

SOLIDARISCH MIT DIR!

BUNDESKONGRESS 2023



JUSOS



ANTRAGSBUCH

Nach I.4cc der Richtlinie für Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD hat der Juso-Bundesvorstand den Antragsschluss auf den 06. Oktober 2023 festgelegt. Die vorliegenden Anträge wurden fristgerecht eingereicht. Die Gliederung der Anträge und die Vergabe der Antragsnummern stellen keine inhaltliche Bewertung der vorliegenden Anträge dar. Die Antragskommission hat der Sortierung der Anträge in der Reihenfolge zugestimmt. Die Antragskommission empfiehlt, alle Anträge auf Grund ihrer politischen Bedeutung dem Kongress zur freien Entscheidung zu überlassen.

Die Antragskommission empfiehlt mit Verweis auf den Beschluss des Bundeskongresses von 2014, Anträge erst dann zur Beratung zuzulassen, wenn sie durch die Antragssteller*innen in geschlechtergerechter Sprache vorgelegt werden.

Anträge

Inhaltsverzeichnis

A - Leitantrag

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
A1	Arbeitsprogramm des Juso-Bundesvorstandes 2024/2025 Juso-Bundesvorstand	19
A2	Unsere Kampagne 2024: Für ein Europa, das für alle da ist! Juso-Bundesvorstand	34
A3	Es gibt kein ruhiges Hinterland - unsere Kampagne für die Ost-Landtagswahlen Juso-Bundesvorstand	40

B - Beschäftigung & Gute Arbeit

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
B1	Den Arbeitsmarkt updaten - Unsere Jungsozialistischen Ansätze für eine Sozial-Ökologische Arbeitswelt Jusos Sachsen-Anhalt	42
B2	Arbeit im Wandel: sozial, feministisch, ökologisch. Jusos Bayern	52
B3	Mindestlohn rauf! – Für einen Erhöhung, die ihren Namen auch verdient Jusos Saar	61
B4	Berufliche Weiterbildungen - Nur mit guten Arbeits- und Rahmenbedingungen Jusos Sachsen-Anhalt	64
B5	Arbeitszeit verkürzen – Lebensqualität erhöhen! Jusos Rheinland-Pfalz	67
B6	Nachhaltige Beschäftigungsbedingungen an Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation einzusetzen Jusos Sachsen-Anhalt	69
B7	Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Saisonarbeiter*innen Jusos Rheinland-Pfalz	72
B8	Verbindliche Mindesthonorare für freiberufliche Lehrkräfte in der beruflichen Aus- und Weiterbildung nach den Sozialgesetzbüchern SGB II/III Jusos Sachsen-Anhalt	73
B9	Ausbildung stärken – Betriebsrat in Personalplanung stärken! Jusos Saar	75
B10	Keep on trucking – Arbeitsbedingungen für LKW-Fahrer*innen verbessern! Jusos Sachsen-Anhalt	76
B11	Statusfeststellungsverfahren von pädagogischem Personal auf Honorarbasis in der öffentlich geförderten Erwachsenenbildung/Weiterbildung Jusos Sachsen-Anhalt	77
B12	Schattenwirtschaften bekämpfen 3 Reinigungskräfte fair entlohnen Jusos Hessen-Nord	78
B13	Festlegung eines angemessenen Mindestlohns für Voll- und Teilzeitkräfte, insbesondere im Rahmen der Beschäftigung in Zeitarbeit Jusos Hessen-Nord	80

C - Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
C1	Endlich richtig ausbilden! Jusos Rheinland-Pfalz	81
C2	Duale (Aus-)bildung stärken und weiterdenken! – Mehr Rechte und Schutzmechanismen für Auszubildende und Dual Studierende! Jusos Saar	87
C3	Bildungsgerechtigkeit gibt es nicht zum Nulltarif Jusos Brandenburg	92
C4	Ausbildungsgarantie: da geht garantiert noch mehr! Jusos Bayern	93
C5	Saubere Luft für unsere Bildungseinrichtungen! Jusos Rheinland-Pfalz	96
C6	Mental Health Matters: Stärkung der psychischen Gesundheit von Schüler*innen Jusos Rheinland-Pfalz	100
C7	Ausbildungsgarantie – aber richtig! Jusos Hamburg	102
C8	Verpflichtende Ausbildungsvergütung in der Heilerziehungspflege Jusos Saar	104
C9	Kein Vergeben! Kein Vergessen! Pflichtbesuche im Konzentrationslager. Jusos Brandenburg	105
C10	Mindestausbildungsvergütung weiterhin erhöhen! Jusos Sachsen	106

D - Demokratie & Partizipation

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
D1	Mehr demokratische Teilhabe für junge Menschen Jusos Bayern	107
D2	Gegen Einschränkungen des Streikrechts, volle Solidarität mit den Streikenden! Jusos Hessen-Nord	116
D3	Direkte Demokratie Jusos Bayern	117
D4	Berücksichtigung von familiären Verhältnissen bei der Höhe des zu zahlenden Mitgliedsbeitrages – sozial gerechte Beiträge für finanziell schwache Familien Jusos Brandenburg	124
D5	Gemeinnützigkeit den Gemeinnützigen, nicht der Wohlstandslobby Jusos Thüringen	125
D6	Wo bleibt die Migrant*innenquote Jusos Saar	127
D7	Keine Verlängerung der Legislatur auf Bundesebene auf 5 Jahren! Jusos Rheinland-Pfalz	129

E - Europa

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
E1	Go East – Eine neue Perspektive für eine progressive (Ost)europapolitik! Jusos Sachsen, Jusos Berlin, Jusos Brandenburg, Jusos Mecklenburg-Vorpommern, Jusos Sachsen-Anhalt, Jusos Thüringen	130
E2	Zwischen Sternen und Machtstrukturen: Europas Antwort auf den Raumfahrtimperialismus Jusos Brandenburg	136
E3	Reißt die Festung ein! Europa muss ein sicherer Hafen werden. Jusos Hannover	139
E4	Never gonna give EU up! Jusos Hessen-Süd	146
E5	Eine Reform der GEAS auf Augenhöhe: Schluss mit Privilegien! - Eine radikale Umgestaltung der GEAS für gleiche Rechte aller Geflüchteten und humane Bedingungen! Jusos Saar	154
E6	Menschlichkeit oder Abschottung? - GEAS-Reform verhindern! Jusos Sachsen-Anhalt	157
E7	Ein Ende des Einstimmigkeitsprinzips in Sicht? - Mehr Außenpolitik wagen! Jusos Saar	159

F - Frieden & Internationales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
F1	Throwing BRIC(K)S at the west? Echter Multilateralismus statt Panikmache vor dem Globalen Süden Jusos Hannover	162
F2	Solidarität mit der Westsahara Jusos Sachsen	168
F3	Der Klimakrise sind eure Bauchschmerzen egal - Vorhaben zu neuen Ölförderprojekten stoppen Jusos Bayern	171
F4	Weniger Aufrüstung, Mehr Waffenkontrollen! Jusos Sachsen-Anhalt	174
F5	Solidarität mit den Armenier*innen in Bergkarabach – Für Frieden und Gerechtigkeit Jusos Saar	175

G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
G1	Für eine tolerante und offene Gesellschaft - Queere und feministische Realitäten anerkennen Jusos Nord-Niedersachsen	179
G2	Alles Krise? - Feministische Antworten auf die Krisen unserer Zeit Jusos Nordrhein-Westfalen	186
G3	Nationaler Aktionsplan FLINTA*gesundheit – den Gender Health Gap schließen! Jusos Hessen-Süd	197
G4	Gleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren bei künstlichen Befruchtungen! Jusos Saar	201
G5	Awareness auf Bundesebene – Und wer kontrolliert das Kontrollgremium? Jusos Saar	202
G6	Spielzeug ist für alle da! – Bekämpfung von genderspezifischem Spielzeug Jusos Rheinland-Pfalz	204
G7	Änderung Adoptionsrecht zur Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partner Jusos Sachsen-Anhalt	206

I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
I1	Sogenannte "Clankriminalität" aus den Köpfen streichen - für einen antirassistischen Kampf gegen organisierte Kriminalität Jusos Berlin	207
I2	Kein Gott im Staat. Unser jungsozialistischer Blick auf das Verhältnis von Staat und Kirche Jusos Hannover	211
I3	Klimaprotest ist kein Verbrechen! Jusos Nordrhein-Westfalen	217
I4	Ein Strafrecht das alle schützt – Betroffenenperspektiven ernst nehmen Jusos Hannover	223
I5	Kinder brauchen Schutz! - Für eine Stärkung des Kinderschutzes in unserer Gesellschaft Jusos Hannover	227
I6	Psychotherapie auf den neuesten Stand bringen, Neurodivergente Personen und Personen mit psychischen Erkrankungen unterstützen Jusos Hessen-Nord	233
I7	Für eine gesunde, gerechte und geschützte Polizei, Forderungen für eine breite Reform der Polizei Jusos Baden-Württemberg	235
I8	Strafverteidigung und Prozesskostenhilfe für alle – Klassenjustiz beenden! Jusos Rheinland-Pfalz	239
I9	Einschränkung von Werbung für alkoholische Getränke Jusos Hessen-Nord	241
I10	Schallwaffen gegen Kinder und Jugendliche? Den Mosquitos-Wahnsinn in Deutschland verbieten! Jusos Hessen-Nord	242
I11	Altersgrenzen für Schöffen abschaffen! Jusos Hessen-Süd	243
I12	Kennzeichnung der Tierhaltungsformen in allen tierischen Produkten bis zum Schluss! Jusos Brandenburg	244
I13	Werbung für Sportwetten verbieten Jusos Sachsen-Anhalt	245

K - Kampf gegen Rechts

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
K1	Demokratie verteidigen, Faschismus bekämpfen: Unsere Strategie gegen den Rechtsruck Jusos Bremen	246
K2	Unser Kampf gegen den Kulturkampf! Jusos Berlin	250
K3	Wir sind alle Antifa - Antifaschismus in die Mitte der Gesellschaft tragen Jusos Rheinland-Pfalz	254
K4	Nazis in Zivil? Nein, danke! Jusos Berlin	260
K5	Klare Kante gegen Rechts! Jusos Saar	262
K6	Errichtung eines Mahnmals für die Opfer rechtsterroristischer Attentate und Morde Jusos Hessen-Süd	264

M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
M1	Auch die Würde von geflüchteten Menschen ist unantastbar – Kurswechsel im Asylrecht jetzt! Jusos Saar	265
M2	Seenotrettung ist kein Verbrechen! Für eine Geflüchtetenpolitik, in der Humanität an erster Stelle steht Jusos Nord-Niedersachsen	269
M3	“It’s not my Europe!” - Die GEAS-Reform Jusos Hessen-Süd	272
M4	Kein Asylkompromiss 2.0 - gegen die Festung Europa! Jusos Rheinland-Pfalz	278
M5	Queer Refugees Welcome! - Für eine Reform der Geflüchtetenpolitik Jusos Berlin	284
M6	Wir wollen eine andere Migrationspolitik: Für eine menschenrechtsgeleitete, gemeinsame europäische Asylpolitik, statt weiterer Legalisierungen von Menschenrechtsverletzungen in Deutschland und an den EUAußengrenzen Jusos Hessen-Süd	286
M7	Keine Abschiebungen nach Afghanistan, keine Zusammenarbeit mit den Taliban! Jusos Hessen-Süd	290

N - Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
N1	Die digitale Gesellschaft der Freien und Gleichen: Unsere jungsozialistischen Leitlinien in der Digitalpolitik Juso-Bundesvorstand	293
N2	Skynet, HAL und Co verhindern - Wie wir KI für uns und nicht gegen uns nutzen können Jusos Braunschweig	307
N3	Öffentlich-rechtliche Inhalte für alle: Verbot von ARD-Plus Jusos Rheinland-Pfalz	311

O - Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
01	Jungsozialistische Politik in den Kommunen - unser Muster-Kommunalprogramm Juso-Bundesvorstand	313
02	Bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende schaffen! Jusos Weser-Ems	329
03	Supermarktkonzerne vergesellschaften! Jusos Bayern	331
04	Die Zukunft der Stadtplanung ist feministisch - für gleichberechtigte und soziale Städte! Jusos Saar	334
05	Förderung der Gewaltprävention durch aktives Handeln Jusos Hessen-Nord	337
06	Her mit dem ganzen Wohngeld! Prüfverfahren vereinfachen, Einkommensprüfung abschaffen Jusos Rheinland-Pfalz	339

P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
P1	Mehr Respekt für Pflegebedürftige und Pfleger*innen - In der Kranken- und Altenpflege muss sich etwas ändern! Jusos Nord-Niedersachsen	340
P2	Leben schützen - Abtreibungen legalisieren! Jusos Sachsen-Anhalt	348
P3	Schnelle Hilfe für psychisch erkrankte Menschen – Bei Therapieplätzen darf nicht gespart werden! Jusos Brandenburg	352
P4	#FairesPJ: Ein Jahr, sie zu knechten Jusos Saar	355
P5	Psychisch kranke Menschen nicht länger im Stich lassen! Jusos Saar	358
P6	Kein catchiger Titel, aber dafür catchige Krankheiten: für Testmöglichkeiten von STIs Jusos Berlin	363
P7	Struktureller Alkoholismus muss bekämpft werden! – In der Gesellschaft, wie im Verband Jusos Berlin	365
P8	Alkohol ist das Schiff, mit dem du untergehst Jusos Hessen-Süd	368
P9	Lipödem-Erkrankte wirksam unterstützen Jusos Schleswig-Holstein	371
P10	Flächendeckende Aufklärung und Sensibilisierung über weibliche Genitalverstümmelungen in Deutschland Jusos Baden-Württemberg	373
P11	„Wir müssen über den Tod reden“ - Suizidhilfe (k)eine Grauzone? Jusos Saar	375
P12	30-Stunden-Woche für Freiwilligendienstleistende! Jusos Sachsen-Anhalt	378
P13	Das deutsche Sozialsystem ist überlastet! - Entlastung durch ein moderneres System Jusos Saar	379
P14	Selbsthilfe fördern und solidarisch finanzieren: Private Krankenversicherung in die Pflicht nehmen Jusos Rheinland-Pfalz	381
P15	Für ein faires Praktisches Jahr! Solidarität mit #faresPJ Jusos Baden-Württemberg	383
P16	Unverschuldete Minusstunden durch Rufbereitschaften in der Pflege bekämpfen Jusos Rheinland-Pfalz	385
P17	Brillen sind kein Luxusgut Jusos Rheinland-Pfalz	386

R - Rente, Generationen & Familie

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
R1	Ein ganzes Leben lang ausgebeutet und im Alter diskriminiert - Gleiches Recht für alle innerhalb der Sozialsysteme! Jusos Thüringen	387
R2	Jetzt schon an Übermorgen denken - Revolution der gesetzlichen Rente Jusos Berlin	389
R3	Kinderarmut endlich wirksam bekämpfen! – Investition in die Zukunft unserer Kinder Jusos Saar	395
R4	Erhöhung der Grundrente und des Grundrentenfreibetrags Jusos Sachsen-Anhalt	398

S - Sonstiges

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
S1	Mental Health auch im Verband – Selbstverpflichtung zur Schaffung von gesünderen Strukturen für eine nachhaltige Arbeit Jusos Berlin	399
S2	Kreativräume als Safeplace für Jugendliche Jusos Saar	402
S3	Negative Quotierung im Organisationsstatut ermöglichen Jusos Sachsen-Anhalt	403
S4	Spargelfahrten des Seeheimer-Kreises: Kommerzieller Fototermin mit dem Kanzler ist nicht sozialdemokratisch! Jusos Rheinland-Pfalz	404
S5	Wir müssen ein Vorbild sein! Kostenlose Menstruationsprodukte in allen Büros von SPD Mandatsträger*innen und Geschäftsstellen Jusos Rheinland-Pfalz	405

U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
U1	Gutes Klima und gute Beschäftigung: Unsere Strategie für die Transformation unserer Industrie Juso-Bundesvorstand	406
U2	Internationalistische Klimagerechtigkeit muss antikapitalistisch, antikolonial und feministisch sein! Jusos Nordrhein-Westfalen	416
U3	Wo keine Ebbe ist - Die Ostsee als Lebens-, Natur- und Erholungsraum erhalten Jusos Mecklenburg-Vorpommern, Jusos Schleswig-Holstein	422
U4	Moor muss nass! Jusos Mecklenburg-Vorpommern	428
U5	Gerechte Landwirtschaft. Sozial und ökologisch. Jusos Bayern	431
U6	Das sechste Massenaussterben verhindern – Wege gegen das Artensterben Jusos Berlin	438
U7	Resolution: Gemeinsam kämpfen, statt kriminalisieren – volle Solidarität mit den Klimaaktivist*innen Jusos Berlin	443
U8	Resolution: Wir kleben zusammen – Solidarität mit friedlichen Klimaschützenden! Jusos Rheinland-Pfalz	447
U9	Für die Aufrechterhaltung der Sektorenziele im Bundes-Klimaschutzgesetz: Keine Pause auf dem Weg zur Klimaneutralität Jusos Braunschweig	449
U10	More Moore! Jusos Hessen-Süd	451
U11	Nachhaltigkeit statt Wegwerfkultur: Verbot von Einweg E-Zigaretten Jusos Rheinland-Pfalz	453
U12	CO2-Ausstoß dringend mindern und Kohleverstromung und Import von Kohlestrom bis 2030 verbieten Jusos Rheinland-Pfalz	454
U13	Verbot von Einweg E-Zigaretten Jusos Hessen-Nord	455
U14	Pfandpflicht für Elektronikartikel Jusos Hessen-Nord	456
U15	Werbung auf Thermopapier verbieten Jusos Rheinland-Pfalz	457
U16	Wir wollen einen guten Start ins neue Jahr - Für ein Verbot von Feuerwerk Jusos Rheinland-Pfalz	458

V - Verkehr & Infrastruktur

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
V1	Sichere Fahrt voraus – Lehren und Konsequenzen aus Schiffshavarien ziehen Jusos Weser-Ems	460
V2	Mobilitäts-Soli: Luxussteuer für überdimensionierte Autos Jusos Hamburg	463
V3	Die Bahn endlich Barrierefrei! Jusos Hessen-Nord	465
V4	Das Fahrschulsystem endlich anpacken! Jusos Hessen-Nord	467
V5	Deutschlandticket – Warum ist einfach so kompliziert? Jusos Saar	469
V6	Die Bahn ins 21. Jahrhundert befördern Jusos Rheinland-Pfalz	471
V7	Deutschland-Ticket ja! ...aber bitte sozial gerecht! Jusos Rheinland-Pfalz	474
V8	Höhere Entschädigungssummen bei Verspätungen Nah- und Fernverkehr der Bahn Jusos Hessen-Nord	475

W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
W1	Grunderbe - weil alle erben sollten, was heute wenigen gehört Juso-Bundesvorstand	476
W2	Ich will nich' dein Haus Opi, aber deine Villa würd' ich nehmen! - Über ein sozialistisches Steuersystem Juso-Bundesvorstand	483
W3	Industriestandort bleiben - sozial, digital, klimaneutral Unsere Forderungen für eine aktive Industriepolitik! Jusos Baden-Württemberg	496
W4	Konjunkturkomponente reformieren – Für eine zukunftsorientierte Finanzpolitik trotz Schuldenbremse Jusos Sachsen-Anhalt	505
W5	Grunderbe - weil alle erben sollten, was heute wenigen gehört Jusos Bayern	508
W6	Finanzmarkt regulieren, Steuervermeidung bekämpfen! Jusos Hessen-Süd	516
W7	Bekämpfung der anhaltenden (Energie)Inflation mit drei Instrumenten! Jusos Saar	520
W8	Mit dreifach Wumms in die Zukunft – Investitionsprogramm für die energetische Transformation in Deutschland Jusos Sachsen-Anhalt	522

Antrag A1: Arbeitsprogramm des Juso-Bundesvorstandes 2024/2025

Antragsteller*in:	Juso-Bundesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Leitantrag

1 Unser Selbstverständnis

2 Wir Jusos sind eine linke Jugendbewegung, die für eine sozialistische Gesellschaft
3 der Freien und Gleichen kämpft, in der jede*r die Freiheit hat, über sein Leben
4 selbst zu bestimmen, sich in seiner Arbeit und Freizeit selbst zu verwirklichen, ohne
5 ausgebeutet oder unterdrückt zu werden. Dafür wollen wir das bestehende,
6 ausbeuterische und kapitalistische Gesellschaftssystem überwinden. Als
7 internationalistische Bewegung kämpfen wir unabhängig von Ländergrenzen und
8 Nationalitäten gegen die kapitalistische Klassengesellschaft, in der sich der
9 Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit immer weiter verschärft. Als feministische
10 Bewegung wollen wir das Patriarchat überwinden, denn nur die Überwindung der männlich
11 dominierten Gesellschaft wird eine menschliche und gerechte Gesellschaft ermöglichen.
12 Wir sind das Bollwerk gegen Rechts und weichen den Faschist*innen keinen Millimeter.
13 Wir kämpfen für die Welt, die unsere ist!

14 Wie die Welt ist

15 Aktuell beobachten wir, dass sich Klassenkonflikte immer weiter verschärfen. Die
16 Ungleichheit nimmt national wie international immer weiter zu. In ökonomisch ohnehin
17 schwierigen Zeiten sehen wir uns zusätzlich mit der Herausforderung konfrontiert, die
18 viel zu lang aufgeschobene Verwirklichung einer klimaneutralen Gesellschaft endlich
19 anzugehen. Die notwendige Transformation unserer Gesellschaft wird von Rechten und
20 Neoliberalen blockiert, die die Privilegien ihrer Wähler*innen verteidigen, die seit
21 Jahren mit ihrer Lebensweise die treibende Kraft sowohl der Ausbeutung der
22 Arbeiter*innen als auch des Planeten sind.
23 Der Kampf gegen die Klimakrise ist ein Verteilungskampf. Ausbeutung, Krieg und Gewalt
24 zwingt Millionen Menschen auf die Flucht. Dafür trägt auch der Globale Norden,
25 Europa, Verantwortung. Doch statt Menschen auf der Flucht Schutz hier zu bieten,
26 lässt die EU zu, dass diese Menschen an ihren Grenzen sterben und interniert sie in
27 Lager. Wer ist es wert zu leben? Wer nicht? Rassismus und Kapitalismus werten
28 Menschengruppen ab, um sie zu unterdrücken und weiter ausbeuten zu können. Rein darf
29 nur, wer nach kapitalistischer Denklöge verwertet werden kann.
30 Rechte sind überall auf dem Vormarsch, auch in Deutschland. Sie profitieren von
31 sozialer Ungleichheit, Armut und Zukunftsängsten. Sparpolitik, die Ideologie der
32 Schwarzen Null gefährden den sozialen Frieden und die Demokratie.
33 Alle demokratischen linken Kräfte sind gefragt, sich dem entschieden
34 entgegenzustellen. Wir akzeptieren nicht, dass Faschist*innen Mehrheiten in Land- und
35 Kreistagen erringen, teilweise sogar in Verwaltungsämtern gewählt werden. Nicht
36 zuletzt aus unserer historischen Verantwortung als Teil der deutschen

37 Sozialdemokratie werden wir das demokratische, linke Lager stärken. Wir wollen in
38 allen Städten und Dörfern in Ost und West wieder die Oberhand gewinnen und die
39 gesellschaftliche Debatte nach links verschieben.

40 In vielen Ländern der Europäischen Union ist die Situation noch prekärer. In Polen
41 und Ungarn regieren rechtsautoritäre Regierungen, selbst im sozialdemokratisch
42 geprägten Schweden haben Rechte übernommen und in Italien ist eine Faschistin
43 Regierungschefin. Dem rechten Nationalismus, der spaltet, gegen Migrant*innen und
44 Geflüchtete hetzt, Sozialabbau betreibt und nur von Hass und Ausgrenzung lebt, werden
45 wir uns innerhalb der EU mit unseren Partner*innen entschieden entgegenstellen und
46 bei den Europawahlen für linke Mehrheiten kämpfen.

47 Nicht nur in der EU, auch darüber hinaus werden Demokratien durch rechte
48 Imperialist*innen bedroht. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zeigt, dass
49 ein friedliches Europa, das für die meisten in unserer Generation immer als
50 selbstverständlich hingenommen wurde, fragiler ist, als wir dachten. Wir stehen
51 solidarisch an der Seite derer, die ihre Demokratien gegen Feinde von außen
52 verteidigen und unterstützen sie darin.

53 Der allgemeine Rechtsruck betrifft marginalisierte Gruppen umso mehr. Antifeminismus
54 ist ein essenzielles verbindendes Element der neuen Rechten. Es ist ein Kampf gegen
55 FINTA um ihre Arbeitskraft und ihre Körper weiter auszubeuten. Das äußert sich zum
56 Beispiel durch sexualisierte Gewalt oder die Care-Krise. Weltweit leisten Frauen
57 täglich über 12 Milliarden Stunden unbezahlte Care-Arbeit. Diese Arbeit bringt auch
58 ökonomischen Mehrwert und hält das kapitalistische System so am Laufen.

59 Ebenso leiden migrantisierte Menschen zunehmend unter alltäglichen rassistischen
60 Übergriffen, systematischer Ausbeutung auf dem Arbeitsmarkt und einer politischen
61 Debatte, die die Gesellschaft immer mehr gegen sie aufhetzt.

62 Vor allem junge Menschen erkennen zunehmend, dass der Kapitalismus unser aller Leben
63 gefährdet und bedroht. Sie wollen das nicht mehr hinnehmen und engagieren sich für
64 ihre Zukunft, in der die Welt nicht mehr ist, wie sie ist. Sie kämpfen für eine
65 bessere Welt, die Welt aller.

66 **Unsere Zukunft**

67 Unser Streben für eine demokratische, sozialistische Gesellschaft ist gleichbedeutend
68 mit einer Welt ohne Unterdrückung und Ausbeutung. Wir wollen, dass alle Menschen
69 gleichberechtigt an der Gesellschaft teilhaben. Sowohl am gemeinsam erwirtschafteten
70 Wohlstand als auch an der demokratischen Willensbildung. Um diese Gesellschaft der
71 Freien und Gleichen zu verwirklichen, muss die kapitalistische Gesellschaft
72 überwunden werden. Eine kapitalistische Gesellschaft, in der ökonomische Macht immer
73 auch politische Macht bedeutet, wird niemals vollends demokratisch sein.

74 Wir wollen unsere Gesellschaft vollständig demokratisieren und damit den Menschen
75 ermöglichen, unabhängig von ihrer Migrationsgeschichte, Race, Klasse und Geschlecht,
76 ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Wir wollen nicht, dass sie hilflos den
77 Kräften der kapitalistischen Marktwirtschaft ausgeliefert sind und über ihre Körper
78 gewaltvoll verfügt wird. Die sozialistische Gesellschaft, die wir anstreben,
79 überwindet den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, sie wird unserer Überzeugung
80 gerecht, dass alle Menschen gleich sind und niemand ausgebeutet werden soll. Sie ist
81 die Verwirklichung einer menschlichen Gesellschaft, die einer kapitalistischen

82 Gesellschaft eine Produktionsweise entgegensetzt, die in Einklang mit den natürlichen
83 Ressourcen steht und die Bedürfnisse des Planeten, die notwendigerweise auch die
84 Bedürfnisse der auf ihm lebenden Menschen sind, achtet.

85 Die Ausbeutung von Mensch und Planet muss enden. Um globale Gerechtigkeit zu
86 schaffen, müssen wir unser Wirtschaften und unsere Außenpolitik dekolonisieren. Wir
87 müssen anerkennen und wieder gut machen, dass wir als Globaler Norden seit
88 Jahrhunderten den Globalen Süden massiv ausbeuten und zerstören. Wir kämpfen für eine
89 feministische Gesellschaft ebenso wie gegen alle Formen der rassistischen Ausbeutung
90 und Diskriminierung. Patriarchat, weiße Vorherrschaft und Kapitalismus bedingen sich
91 gegenseitig und müssen zusammenhängend bekämpft werden.

92 Auch wenn uns als junge Menschen, die in einem kapitalistischen System aufgewachsen
93 sind, es niemals möglich ist, final zu beschreiben, wie eine Gesellschaft im Detail
94 aussieht, die die kapitalistischen Wirkungsweisen überwindet, werden wir durch
95 solidarische Politik, die gesellschaftlichen Wohlstand einerseits umverteilt,
96 andererseits konkret die ausbeutenden Mechanismen der kapitalistischen
97 Marktwirtschaft beseitigt, eine sozialistisch demokratische Gesellschaft nach und
98 nach verwirklichen.

99 **Die politische Linke**

100 Dies kann uns nicht alleine gelingen. Wir glauben an linke Massenbewegungen, die wir
101 gemeinsam mit unseren Bündnispartner*innen - den Gewerkschaften und
102 Gewerkschaftsjugendlichen, Umweltaktivist*innen, feministische und antirassistische
103 Organisationen und andere Aktivist*innen innerhalb des linken Spektrums - im Sinne
104 unserer Doppelstrategie organisieren wollen: Einerseits wollen wir ein Verband sein,
105 der ein Zuhause für Menschen aus all diesen Bewegungen ist, andererseits wollen wir
106 uns gemeinsam mit diesen Bewegungen organisieren, um die notwendige Veränderung
107 unserer Gesellschaft zu erreichen. Politik findet für uns nicht nur in den
108 Parlamenten, sondern vor allem auf der Straße statt. Wir wollen die Zersplitterung
109 der gesellschaftlichen Linken beenden und stattdessen machtvolle gemeinsame
110 Organisationen dem Erstarken rechter Diskurse entgegensetzen. Dafür braucht es ein
111 inklusives Verständnis einer gesellschaftlichen Linken, die Brücken baut, statt sich
112 aufzuspalten und ein inhaltliches Angebot, das den verschiedenen gesellschaftlichen
113 Kämpfen innerhalb der gesellschaftlichen Linken eine gemeinsame Grundlage gibt.
114 Unserem Verständnis nach ist die Vereinigung und Einigung der gesellschaftlichen
115 Linken die historische Rolle der Sozialdemokratie – sie soll die Kämpfe zur
116 Überwindung des kapitalistischen Systems zusammenzuführen. Als Jungsozialist*innen
117 verstehen wir, wie zerstörerisch der Kapitalismus ist. Wir verstehen, wie er Hand in
118 Hand mit der Klimakrise, Rassismus, Sexismus und anderen Menschenfeindlichkeiten
119 geht. Es ist jetzt die Zeit, dass wir als politische Linke all jene zusammenführen,
120 die für eine gerechtere Gesellschaft eintreten. Wir müssen jetzt die Chance nutzen
121 einen emanzipatorischen Klassenkampf zu führen. Es braucht den Druck von der Straße
122 für Veränderungen.

123 **Verhältnis zur SPD**

124 Wir Jusos verstehen uns als Bewegung, die viel stärker als die SPD die
125 gesellschaftliche Debatte von unten verändern will.

126 Unsere starke Eigenständigkeit und Unabhängigkeit begreifen wir als Chance, die

127 Veränderung, die die SPD dringend braucht, von innen anzutreiben. Die SPD muss sich
128 insbesondere in Zeiten der wirtschaftlichen Krise stärker als Interessenvertretung
129 der arbeitenden Klasse und der Unterdrückten verstehen. Wenn arme Menschen, niedrige
130 Einkommensgruppen und marginalisierte Gruppen das berechnigte Gefühl haben, von einer
131 Bundesregierung, die von der SPD angeführt wird, im Stich gelassen zu werden, dann
132 besteht Handlungsbedarf und eine Kursveränderung ist erforderlich.

133 Wir werden unsere Kritik an unsere Mutterpartei stets konstruktiv, aber ebenso
134 deutlich formulieren, wenn wir der Überzeugung sind, dass Regierungsentscheidungen
135 nicht den Ansprüchen genügen, die an eine sozialdemokratisch geführte Regierung
136 berechtigterweise gestellt werden.

137 Die Herausforderungen unserer Zeit erfordern echte Veränderung und mutige politische
138 Maßnahmen. Diesem Anspruch wird die Ampel aktuell nicht gerecht. Die SPD muss sich
139 dem entgegenstellen und den Kurs der Ampel korrigieren. Die Sozialdemokratie wird
140 gebraucht: Wir brauchen mehr Umverteilung von oben nach unten und einen starken
141 Staat, der sich von unnötigen Fesseln wie denen der Schuldenbremse befreit, um die
142 gesellschaftliche Veränderung herbeizuführen, die wir für sichere Arbeitsplätze, gute
143 Infrastruktur, eine erstklassige Daseinsvorsorge, kurz eine gute Zukunft brauchen. Es
144 braucht eine mutige und selbstbewusste Sozialdemokratie für echte Klimagerechtigkeit
145 und eine solidarische und antirassistische Asyl- und Migrationspolitik. Mit uns Jusos
146 ist zu rechnen – laut, kritisch und hart für die Sache! Für unsere Zukunft und die
147 bessere Welt!

148 **Situation des Verbandes**

149 Die letzten Jahre waren für die Jusos als Verband anstrengend. Der Kampf gegen die
150 Groko oder für eine Neuaufstellung unserer Partei. Besonders die Coronazeit ist nicht
151 spurlos an uns vorbeigegegangen. Jahrelang war kein normales Zusammenkommen möglich,
152 alles auf Distanz, digital und das in einer Zeit, wo besonders junge Menschen mental,
153 finanziell und körperlich an ihre Grenzen kamen. Wir können nicht einfach zu back as
154 usual zurückkehren. In den nächsten Jahren gilt es uns jetzt um unseren Verband
155 kümmern. Insbesondere unsere Bildungsarbeit müssen wir wieder stärker in den
156 Vordergrund stellen, als Verband inklusiver werden und unsere Doppelstrategie wieder
157 stärker betonen. Auseinandersetzung der letzten Jahre haben teilweise einen stärkeren
158 Fokus auf die Ereignisse innerhalb der SPD erforderlich gemacht. Jetzt ist es wieder
159 wichtiger, stärker den Anschluss an die linke Zivilgesellschaft und aktivistischen
160 Bewegungen zu suchen. Wir wollen Brücken bauen und als Verband die Voraussetzungen
161 dafür schaffen, dass diese Bewegungen einen festen Platz innerhalb der Jusos haben
162 und wir uns gegenseitig als Verbündete im Kampf um die gleichen Ziele begreifen.

163 **Unsere inhaltlichen Schwerpunkte**

164 **Arbeitsstrukturen**

165 Um die skizzierten Herausforderungen anzugehen, wollen wir gemeinsam als Verband an
166 Lösungen und Visionen für die Probleme, denen wir gegenüberstehen, arbeiten. Daher
167 werden wir unsere Basiskongresse, an denen alle Unterbezirke und Kreisverbände
168 partizipieren können, fortsetzen. Mindestens zwei Basiskongresse finden gezielt zu
169 den inhaltlichen Schwerpunkten des Arbeitsprogramms statt. Wir werden außerdem in
170 Projektstrukturen Themen intensiv in kleineren Gruppen zur Weiterentwicklung unserer
171 Beschlusslage diskutieren. Daraus soll jeweils ein Antrag auf dem Bundeskongress

172 entstehen. Unsere Schwerpunktthemen in den nächsten zwei Jahren umfassen dabei:

173 **Feminismus**

174 Als feministischer Richtungsverband ist für uns klar, dass wir einen stetigen Kampf
175 gegen patriarchale Ausbeutung und Gewalt führen. Handlungsleitend für uns ist unser
176 lila Faden, welcher dafür sorgt, dass sich Feminismus durch alle Praxis- und
177 Theoriefelder durchzieht.

178 Bis heute herrscht keine Rechtssicherheit in Bezug auf Informationen über
179 Schwangerschaftsabbrüche und es gibt nur einen erschwerten bis keinen Zugang zu
180 diesen. Bis heute sind Abtreibungen im Strafgesetzbuch geregelt und das
181 Selbstbestimmungsrecht über den weiblich gelesenen Körper muss überall auf der Welt
182 immer noch und immer wieder erkämpft werden.

183 Die Absprache eigenen Willens und der Handlungsfähigkeit und Ausbeutung von Frauen
184 durch das Patriarchat zieht sich durch alle Lebensbereiche. Durch
185 „Neutralitätsgesetze“ erlangt der Staat, welcher hier als verlängerter Arm des
186 Patriarchats agiert, die Herrschaft über Hijabis. Durch (unbezahlte) Care-Arbeit,
187 welche überwiegend durch FINTA geleistet wird, werden diese weltweit ausgebeutet.
188 Sexualisierte Gewalt ist immer noch Alltag für viele FINTA.

189 Als Verband, dessen Grundpfeiler der Feminismus ist, ist es unsere Pflicht, den lila
190 Faden in unserer Arbeit auf eine neue Ebene zu ziehen. Zuletzt haben wir uns im
191 Schweriner Manifest mit unserem grundlegenden Feminismusverständnis
192 auseinandergesetzt. Es ist jetzt an der Zeit, dieses zu vertiefen und auf die vielen
193 Herausforderungen unserer Zeit zu übertragen. Deshalb wollen wir uns vertiefend mit
194 der materialistischen und queerfeministischen Analyse des Feminismus
195 auseinandersetzen. Eine intersektionale Perspektive ist dabei für uns immer sowohl
196 inhaltlich als auch in unserer feministischen Praxis handlungsweisend.

197 Als Jungsozialist*innen betrachten wir Feminismus vor allem unter materialistischen
198 Fragen. Die Unterdrückung von FINTA ist untrennbar mit dem Kapitalismus verbunden.
199 Frauen sind häufiger von Altersarmut betroffen, nicht zuletzt, weil sie bis heute
200 einen Großteil der unentgeltlichen Sorgearbeit leisten, keinen gleichen Lohn für
201 gleiche Arbeit erhalten und ihre Aufstiegschancen durch die gläserne Decke in
202 erheblichem Maße schlechter sind. Damit sich das ändert, braucht es dringend eine
203 Transformation der Arbeit.

204 Transmensen und weitere Mitglieder der LGBTQIA+ Community sind von frühster
205 Kindheit an häufig von Diskriminierung betroffen, was sich auch auf die
206 Bildungskarriere auswirkt. Auf dem Arbeitsmarkt sind sie mit Vorurteilen und
207 merklichen Hürden konfrontiert. Für uns ist daher klar, dass die Überwindung des
208 Patriarchats immer mit der Überwindung des Kapitalismus einhergeht und umgekehrt die
209 Überwindung des Kapitalismus immer mit der Überwindung des Patriarchats einhergeht.

210 In einer Zeit, in der sich immer mehr Menschen die Miete und das tägliche Leben nicht
211 mehr leisten können, sind wir als Feminist*innen gefragt, um Lösungen anzubieten, die
212 auch berücksichtigen, wie sehr FINTA und Women of Colour von besonderen materiellen
213 Härten betroffen sind.

214 Besonders im Bereich der materialistischen Analyse wollen wir auch unsere
215 gewerkschaftlichen Bündnispartner*innen berücksichtigen, da sie den Kampf um
216 Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern und gute Arbeit auch für FINTA an

217 vorderster Front führen.

218 **Kampf gegen Rechts**

219 Der Rechtsruck ist da! In Deutschland, Europa und der Welt halten Faschist*innen
220 immer mehr Macht und Deutungshoheit im politischen wie gesellschaftlichen Diskurs.

221 Als Jusos ist es unsere historische Verpflichtung, Antidemokrat*innen,
222 Rechtsextremist*innen und Faschist*innen zu widersprechen. Diese historische
223 Verantwortung ergibt sich aus der deutschen Geschichte, aber auch aus der Verfolgung
224 der Arbeit*innenbewegung.

225 Die Umfragen und Wahlergebnisse der sogenannten Alternative für Deutschland zeigen
226 ein deutliches Bild: Unsere Demokratie ist nicht krisenfest genug und rechtsextremes
227 Gedankengut ist weit verbreitet. In manchen Gebieten ist ein Großteil der Menschen
228 bereit, eine offen rechtsextreme Partei zu wählen. Parallel dazu fischen Konservative
229 am rechten Rand, indem sie offen zur Schau stellen, dass sie keine Brandmauer gegen
230 Rechts besitzen.

231 Es braucht eine starke Gegenstimme zu rechten Narrativen und eine klare
232 Gegenerzählung. Es braucht einen Kampf für Solidarität und gegen
233 Menschenfeindlichkeit. Wir Jusos sind stabil gegen Rechts, wir sind die Kraft, die
234 den Antidemokrat*innen und Faschist*innen etwas entgegensetzt und die für einen
235 antifaschistischen Grundkonsens konsequent streitet.

236 Wir Jusos wollen durch Bildungsarbeit, Erinnerungs- sowie Gedenkkultur und
237 Mobilisierung unseres Verbands jeder Normalisierung rechtsextremen Gedankenguts
238 widersprechen.

239 Durch die Stärke der extremen Rechten und ihrer Gewaltbereitschaft sehen sich
240 vielerorts Genoss*innen enormen Angriffen ausgesetzt. Es ist unsere Aufgabe, sie zu
241 schützen und unsere volle Solidarität spüren zu lassen.

242 Insbesondere die sogenannte „neue Rechte“ versucht durch neue Methoden und ein neues
243 Wording extrem rechte Verschwörungsideologien, Narrative und Politik salonfähig zu
244 machen. Wir werden diesen immer wieder die Maske herunterreißen und auch diese
245 Faschist*innen als Faschist*innen benennen.

246 Gerade durch das Erstarken der extremen Rechten sind die Erfolge, die eine
247 gesellschaftliche Linke in den letzten Jahren einfahren konnte, in Gefahr. Seit
248 Jahren bereitet die extreme Rechte den gesellschaftlichen Rollback vor. Angriffe auf
249 CSDs, Angriffe auf Transmenschen und Angriffe auf die reproduktiven Rechte von Frauen
250 gehören mittlerweile zum Alltag. Faschist*innen gewinnen an Deutungshoheit in
251 Deutschland und Europa. Wir Jusos stellen uns jedem Rollback entgegen und streiten
252 für Fortschritte und individuelle Rechte für alle Menschen.

253 **Verteilungskämpfe**

254 Trotz aller Erfolge sozialistischer und sozialdemokratischer Bewegungen in den
255 letzten 200 Jahren bleibt unsere Gesellschaft trotz neuer Regulierungsmodi, geprägt
256 durch die kapitalistische Produktionsweise und den mit ihr einhergehenden
257 gesellschaftlichen und politischen Verwerfungen. Der Widerspruch in den Interessen
258 zwischen Kapital und Erwerbsarbeit zeigt sich in einer zunehmenden Zuspitzung des von
259 Oben nach Unten geführten Klassenkampfes, welcher aktuell insbesondere dadurch
260 geprägt ist, durch scheinbar neue Organisationsformen, verbrieft Schutzrechte zu

261 umgehen und gleichzeitig ausgebeutete Gruppen gegeneinander auszuspielen.
262 Gleichzeitig führt die Akkumulationstendenz von Kapitalkonzentration nicht nur zu
263 einer ungleichmäßigen und völlig ungerechten Verteilung von Kaufkraft und Wohlstand
264 in unserer Gesellschaft, sondern über die Umwandlung ökonomischen Kapitals in andere
265 Kapitalformen auch zu einer Ungleichverteilung politischer Macht. Ergebnis dieser
266 Ungleichverteilung und des von Oben nach Unten geführten Klassenkampfes ist, dass
267 weder die durch die aktuelle Wirtschaftsordnung erzeugte Primärverteilung noch die
268 vorhandenen Systeme sozialer Sicherung in der Lage sind, Armut zu unterbinden.

269 Es bleibt dabei: Egal ob Klimakrise, Krisen im Gesundheitssektor oder der gefährliche
270 Aufstieg der globalen Rechten, all diese Krisen tragen die Handschrift des
271 Kapitalismus, denn die Krise Kapitalismus ist multidimensional. Der Kapitalismus
272 wandelt sich und schafft neue Probleme und Herausforderungen. Um den Kapitalismus
273 wirksam zu bekämpfen, müssen wir verstehen, welche Facetten und Auswirkungen der
274 Kapitalismus unserer Zeit hat und ganz klar die Verteilungsfrage stellen!

275 Nachdem wir Jusos in den letzten zwei Jahren das Steuersystem aus dieser Perspektive
276 in den Blick genommen haben, wollen wir deshalb nun die in unserer Gesellschaft
277 vorhandenen bzw. fehlenden Systeme sozialer Sicherung in den Blick nehmen und auch
278 hier Veränderungsvorschläge in der Tradition antikapitalistischer Strukturreformen
279 entwickeln, systematisieren und in die politische Debatte in Partei und Gesellschaft
280 einspeisen.

281 Ebenfalls wollen wir in diese Frage die globale Perspektive einbeziehen. Als
282 sozialistischer und internationalistischer Verband macht unser Kampf gegen den
283 Kapitalismus nicht an Ländergrenzen halt. Durch die Globalisierung dieser Strukturen,
284 koloniale Kontinuitäten und der Durchsetzung kapitalistischer Mechanismen in der
285 Mehrheit der Länder stehen wir hier ganz klar einer globalen Herausforderung
286 gegenüber: Arbeiter*innen, BIPOCs, FINTAs werden systematisch durch die herrschende,
287 meist männliche und weiße Klasse ausgebeutet. Prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse
288 in den unterschiedlichsten Ausprägungen stützen ein auf Ungleichheit und
289 Profitinteressen fokussiertes System.

290 **Europawahl**

291 Vor der Wahl 2024 steht die Europäische Union an einem kritischen Wendepunkt. Die
292 europäische Politik wurde in den vergangenen Jahren insbesondere von den
293 wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die
294 Ukraine, den Nachwirkungen der Pandemie und der Energiekrise sowie den
295 Herausforderungen im Zusammenhang mit globalen Fluchtbewegungen und Migration
296 geprägt. Diese Entwicklungen haben die Grundlagen für die politische Zusammenarbeit
297 in Europa nachhaltig verändert. Wir erleben einen aufsteigenden Nationalismus und
298 Faschismus in den Mitgliedstaaten der EU. Von der offen (post-)faschistischen
299 Regierung in Italien bis hin zum erstarkenden rassistischen Rassemblement National in
300 Frankreich erleben Europafeind*innen einen Aufschwung. Sie wollen das ursprünglich
301 als transnationales Friedensprojekt gewachsene europäische Projekt abschaffen. Mehr
302 denn je braucht es deshalb eine junge, linke und progressive Vision für das Europa
303 des 21. Jahrhunderts.

304 Auch die sicherheitspolitische Rolle der Europäischen Union ist spätestens seit dem
305 Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine umso mehr in den Fokus gerückt. Die
306 Europawahl wird richtungsweisend sein. Wir wollen die Union als solidarisches und

307 friedensstiftendes Bündnis voranbringen, dass sich konsequent gegen Autokratien und
308 andere Gefahren für die Freiheit und Demokratie von Menschen und Staaten stellt.
309 Bei der kommenden Europawahl können erstmals junge Menschen in Deutschland bereits ab
310 16 Jahren ihre Stimme abgeben und darüber entscheiden, wie die Zukunft Europas
311 aussehen soll. Als größte linke politische Jugendorganisation sind wir Jusos in der
312 Pflicht, unsere Stimme laut und deutlich zu erheben. Wir stehen für ein Europa, das
313 feministisch, antirassistisch und anti-kapitalistisch ist. Es ist unerträglich, dass
314 jeder vierte Mensch in der Europäischen Union in Armut lebt oder von Armut bedroht
315 ist. Wir brauchen ein Europa, das soziale Rechte in den Mittelpunkt stellt und gegen
316 jede Form von Unterdrückung und Ausbeutung kämpft. Ein Europa, dessen Anspruch des
317 Überwindens von nationalstaatlichen Grenzen nicht an der EU-Außengrenze aufhört und
318 ein Leben in Wohlstand, Würde und Freiheit für alle Menschen garantiert. Mit uns wird
319 es keine Festung Europa geben, die sich nach außen abschottet und weiterhin
320 wirtschaftlichen Wohlstand auf Kosten des Globalen Südens erwirtschaftet.

321 Verbandsarbeit

322 **Awarenessarbeit**

323 Als Jusos kämpfen wir für eine Welt, die frei von Unterdrückung und Diskriminierung
324 ist. Wir stellen uns gegen jede Art von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Daher
325 setzen wir auch innerhalb unseres Verbandes auf Strukturen, die diskriminierendes
326 Verhalten unterbinden. Mit Maßnahmen wie der verpflichtenden Gender-Plena bei all
327 unseren Veranstaltungen wollen wir, dass Männer in unserem Verband ihre Männlichkeit
328 und die damit einhergehenden Privilegien kritisch reflektieren und aufarbeiten.
329 Gleichzeitig ermöglichen wir FINTA einen safer space für Vernetzung, Bildung und
330 Austausch.

331 Feministische Themen müssen weiterhin eine prägende Rolle in der inhaltlichen
332 Ausrichtung unserer Veranstaltungen spielen, damit wir uns auch als Gesamtverband
333 verpflichten, uns mit der feministischen Perspektive auseinanderzusetzen. Darüber
334 hinaus müssen unsere Podien quotiert besetzt sein, ebenso wie Redner*innenlisten. Wir
335 wollen außerdem das Format von Critical Whiteness Seminaren im Verband ausbauen, um
336 so antirassistische Strukturen zu stärken.

337 Wir verpflichten uns außerdem, bei all unseren Veranstaltungen barriereärmer zu
338 werden. So ist Ableismus immer noch tief in unserer Sozialisation verankert, wodurch
339 bei der Durchführung von Veranstaltungen oft die Barrierearmut unzureichend
340 mitgedacht wird. Gemeinsam mit dem Juso-Bundesbüro wollen wir solche Strukturen
341 abbauen, um allen im Verband gleichermaßen die Partizipation an unseren
342 Veranstaltungen zu ermöglichen.

343 Ebenfalls sind psychische Probleme und Krankheiten oft Tabu-Themen in politischen
344 Kontexten. Oft fehlt es hier an der notwendigen Sensibilität, obwohl psychische
345 Krankheiten in unserer Gesellschaft weit verbreitet sind und unter jungen Menschen
346 zunehmen. Für uns gilt: Mental health matters! Daher wollen wir psychisch belastende
347 Strukturen für unsere Mitglieder abbauen und eine offene Verbandskultur fördern, in
348 der psychische Krankheiten nicht weiter stigmatisiert werden.

349 Unser Verband ist vielfältig zusammengesetzt. Wir alle kommen aus unterschiedlichen
350 sozialen Verhältnissen mit unterschiedlichen Interessen und das ist gut so! Was uns

351 eint, ist das Streben nach einer Welt der Freien und Gleichen! Der Kampf für diese
352 kann sehr verschieden aussehen, aber klar ist: Unsere Bildungsangebote sind ein
353 großer Teil davon. Deshalb wollen wir im Verband rein akademischen Debatten eine
354 Absage erteilen. Jede*r soll die Möglichkeit haben, an unseren
355 Bildungsveranstaltungen zu partizipieren und sich aktiv einzubringen.

356 Für arme Menschen ist es schwer, am gesellschaftlichen Leben zu partizipieren und man
357 hat nicht die gleiche Möglichkeit der politischen Teilhabe. Das reproduziert sich
358 auch in unserem Verband. Junge Menschen sollen unabhängig vom Geldbeutel an unserem
359 Verband teilhaben können. Auch hier werden wir mit dem Bundesbüro Schritte
360 erarbeiten, die Hürden abzubauen.

361 Eine große Rolle zum Abbau von diskriminierenden und unterdrückenden Strukturen nimmt
362 unsere Awareness-Arbeit ein. Wir dulden keinen Sexismus, keinen Rassismus, keinen
363 Antisemitismus, keine Queerfeindlichkeit, keinen Ableismus und sonstige Formen der
364 gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit und Gewalt auf unseren Veranstaltungen! Wir
365 wollen weiterhin auf allen unseren Veranstaltungen mit Awareness-Teams ansprechbar
366 sein, damit sich alle wohlfühlen und diskriminierendes Verhalten nicht
367 konsequenzenlos bleibt. Allerdings nehmen wir den Bedarf nach einer ständig
368 erreichbaren Awarenessarbeit ebenfalls wahr und wollen diese daher ausbauen. Deshalb
369 werden wir unser Awarenesskonzept überarbeiten, neue Strukturen einführen und
370 spätestens zum Bundeskongress 2024 einen Antrag dazu einzubringen. Wir wollen, dass
371 das Awarenesskonzept Teil unserer Verbandsstrukturen wird. Bei der Erstellung sollen
372 sowohl die Landesverbände und Bezirke beteiligt sein und miteinbezogen werden. Dabei
373 ist für uns klar, dass wir für diesen Prozess auf die Unterstützung von
374 professionellen Dritten zurückgreifen, welche über fundierte Erfahrungen in der
375 Erstellung von Awarenesskonzepten verfügen.

376 **Bildungsarbeit**

377 Als sozialistischer Richtungsverband ist eine unserer wichtigsten Aufgaben die
378 politische Bildungsarbeit für unsere Mitglieder. Indem wir Wissen vermitteln, zum
379 kritischen Hinterfragen der kapitalistischen Gesellschaft anregen und dabei allen
380 möglichst niedrigschwellig ein Angebot machen, befähigen wir unseren Verband und
381 seine Mitglieder dazu, jungsozialistische Positionen zu erarbeiten, weiterzugeben und
382 nach außen zu vertreten.

383 Ein besonderer Schwerpunkt liegt hierbei auf unseren Grundwerten Sozialismus,
384 Feminismus, Internationalismus. Ebenfalls sind uns antifaschistische und
385 antirassistische Themen sehr wichtig. Neben der wichtigen inhaltlichen Arbeit, die
386 sich anhand unserer Grundwerte aufbaut, ist es uns ebenfalls ein Anliegen, praktische
387 Skills der alltäglichen politischen Arbeit an unsere Mitglieder weiterzugeben. Mit
388 unseren Basiskonferenzen, den Projekten, den Vernetzungen und den Empowerment-
389 Programmen schaffen wir ein umfassendes Bildungsangebot für unsere Mitglieder. Wir
390 bewahren außerdem gut bewährte Formate wie das Politikdiplom bei.

391 Gleichzeitig bleibt es unser Ziel, möglichst viele Mitglieder niedrigschwellig zu
392 erreichen. Deshalb wollen wir in den kommenden zwei Jahren ein digitales
393 Bildungsprogramm schaffen, auf welches die Landesverbände und Bezirke sowie die
394 Unterbezirke und Kreisverbände Zugriff haben. Unsere Bildungsangebote sollen nicht zu
395 einer Konkurrenzsituation mit den Veranstaltungen der Landesverbände und Bezirke
396 führen. Daher intensivieren wir unsere Bildungsarbeit zeitschonend, indem wir

397 Angebote parallel zu den Projekten schaffen. Als feministischer Richtungsverband ist
398 uns das Bildungsangebot in diesem Bereich ein besonderes Anliegen. Deshalb werden wir
399 Bildungsangebote zu den feministischen Theorien schaffen. Darüber hinaus schaffen wir
400 Bildungsangebote im Bereich Antirassismus und sozialistischer Theorie.

401 Grundlagenarbeit ist ein zentrales Element unserer Bildungsarbeit, weshalb wir
402 Musterseminare anbieten werden. Aus diesem Angebot heraus entsteht für unsere
403 Mitglieder ein breiter Werkzeugkasten, welcher alle Tools bietet, den sozialistischen
404 Kampf führen zu können.

405 Wir etablieren zeitnah ein digitales Beschlusswiki, um die inhaltliche Arbeit der
406 Verbände sichtbarer und nutzbarer zu machen.

407 **BIPOC Vernetzung**

408 Struktureller und gesellschaftlicher Rassismus sind ebenso wie in allen politischen
409 Institutionen Teil unseres Verbandes. Noch immer sind BIPOC in politischen und
410 verbandlichen Führungspositionen unterrepräsentiert. Deshalb werden wir, wie es sich
411 bewährt hat, erneut ein BIPOC-Empowerment Programm organisieren, das das Ziel hat,
412 zukünftige Funktionsträger*innen, die von Rassismus betroffen sind, zu empowern und
413 für die aktive Teilhabe am Verbandsleben zu ermutigen.

414 Teilnehmer*innen sollen dazu befähigt werden, antirassistische Inhalte in den Verband
415 zu tragen und politisch nach außen vertreten zu können. Es sollen Tools, Skills und
416 Methoden zum Umgang mit den rassistischen und weißen Strukturen innerhalb der Partei,
417 dem Verband und der Gesellschaft vermittelt werden. Zudem soll durch das Programm die
418 Vernetzung und der Austausch unter den Teilnehmer*innen sowie mit unseren
419 antirassistischen Bündnis-Partner*innen gewährleistet werden. Das Ziel ist es,
420 antirassistische Multiplikator*innen zu stärken, die ihr Wissen und ihre Vernetzung
421 ebenfalls in ihre Landesverbände und Bezirke tragen und langfristig daran mitwirken
422 können, den Verband antirassistischer zu machen.

423 **FINTA-Empowermentprogramm**

424 Patriarchale Strukturen zu bekämpfen und langfristig zu überwinden, ist weiterhin
425 eine der Hauptaufgaben unseres Verbandes. Dabei gilt es, den Fokus neben der
426 Gesellschaft auch auf Probleme innerhalb unseres Verbandes zu legen. Auch wir dürfen
427 nicht nachlassen, unsere Arbeit und unsere Strukturen aus feministischer Perspektive
428 zu reflektieren und FINTA zu ermutigen, Verantwortung zu übernehmen.

429 Daher sehen wir die Fortführung des FINTA-Empowermentprogramms als obligatorisch an.
430 Damit schaffen wir einen geschützten Raum für FINTA, der zur Vernetzung, aber auch
431 zur methodischen und vor allem inhaltlichen Weiterbildung dienen soll.

432 **Ostvernetzung**

433 Die Ostvernetzung der Jusos hat sich in den vergangenen Jahren etabliert und
434 ermöglicht den Austausch und die verbesserte Zusammenarbeit ostdeutscher
435 Landesverbände.

436 Wir möchten auch in den kommenden zwei Jahren diesen Vernetzungsraum erhalten und
437 damit die ehrenamtliche, jungsozialistische Arbeit vor Ort stärken.

438 Unser Anliegen ist außerdem, dass über die Ostvernetzung wichtige Perspektiven in den
439 gesamten Bundesverband getragen werden und so ein inhaltlicher Fokus auf drängende
440 Themen, die vor allem in Ostdeutschland von Bedeutung sind, gesetzt wird.

441 Über die Ostvernetzung hinaus werden wir die bis heute bestehenden spezifischen
442 Herausforderungen Ostdeutschlands nicht allein den ostdeutschen Landesverbänden
443 überlassen, sondern sie in all unseren Projekten und in der Arbeit des Bundesverbands
444 einbringen.

445 **Internationales**

446 Als internationalistischer Richtungsverband bekämpfen wir Unterdrückungsverhältnisse
447 und den Kapitalismus international. Das tun wir eingebettet in unsere europäische
448 Dachorganisation, die "Young European Socialists (YES)" und unsere internationale
449 Dachorganisation die "International Union of Socialist Youth (IUSY)". Durch unsere
450 Mitglieder in den entsprechenden Gremien der Dachverbände tragen wir unsere Juso-
451 Positionen auf europäische und internationale Ebene und profitieren vom Austausch und
452 der Vernetzung mit unseren Genoss*innen weltweit. Als Jusos haben wir in beiden
453 Organisationen eine tragende Rolle, die wir auch in Zukunft verantwortungsvoll
454 wahrnehmen werden. Damit der gesamte Verband von der Arbeit in unseren
455 Dachorganisationen profitiert, wollen wir mehr Synergien schaffen und unsere
456 internationalen Partner*innen in unsere weiteren Veranstaltungen, wenn möglich
457 einbinden, sowie dem Verband möglichst breit eine Partizipation an den
458 Veranstaltungen unserer Dachorganisationen ermöglichen.

459 Zuletzt haben wir in Verbandsformaten in der Breite internationale Themen diskutiert
460 und unser Europawahlprogramm erstellt. Das wollen wir auch in den kommenden zwei
461 Jahren unter der Einbindung unserer Dachorganisationen mit internationalen Themen
462 tun. Dazu werden wir mit Interessierten an internationaler Politik aus den
463 Landesverbänden und Bezirken Formate organisieren, an denen wir uns vertiefend unter
464 anderem mit der Klimakrise und weiteren Fragestellungen auseinandersetzen. Mit der
465 Durchführung wollen wir die Beschlusslagen der Jusos im internationalen Bereich
466 aufgreifen und weiterentwickeln. Wir wollen zusätzlich den Aspekt der Vernetzung
467 stärken, indem wir an internationalen Themen interessierte Genoss*innen sowie
468 Genoss*innen aus unseren Dachverbänden miteinander in Kontakt bringen.

469 Geleitet wird das Format durch die zuständigen Bundesvorstandsmitglieder für den
470 internationalen Bereich und unsere Vertreter*innen der internationalen Dachverbände.
471 Dabei werden sie vom*von der internationalen Sekretär*in unterstützt.

472 **Bündnisarbeit**

473 Als Jusos wollen wir unsere Kämpfe Seit' an Seit' mit unseren Bündnispartner*innen
474 führen. Für uns gilt dabei die Doppelstrategie: In die Parlamente sowie in unsere
475 Partei und gleichzeitig auf die Straßen! Wir müssen den emanzipatorischen
476 Klassenkampf über den aktivistischen Kampf auf der Straße führen - von unserer
477 Solidarität mit dem gewerkschaftlichen Arbeitskampf bis hin zu der Arbeit mit den
478 Jugendverbänden in der politischen Bildungsarbeit, um möglichst viele Menschen zum
479 gemeinsamen Kampf zu mobilisieren. Denn: Nur wir Jusos haben das Potenzial,
480 verschiedenste linke Aktions- und Bewegungsformen zu vereinen und so für eine Welt zu
481 kämpfen, die unsere ist.

482 Der Arbeitskampf mit den Gewerkschaften, die antifaschistische Bündnis-Arbeit und die
483 Solidarität mit feministischen und antirassistischen Organisationen gehören zu den
484 tragenden Säulen unserer Bündnis-Arbeit. Ebenso wollen wir mit migrantischen
485 Selbstorganisationen enger zusammenarbeiten. Der Kampf gegen gruppenbezogene

486 Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus sind ebenso unabdingbarer Teil
487 unserer Bündnisarbeit. Die aktuell stattfindende rechte und menschenverachtende
488 Polarisierung um Klima-Aktivismus und Straßenprotest ist alarmierend und als Jusos
489 werden wir deshalb auch mit der Klimabewegung weiterhin solidarisch und laut für eine
490 linke und progressive Zukunft kämpfen.

491 In Anbetracht der anstehenden Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen
492 wollen wir einen Fokus auf das Netzwerk solidarischer Osten legen, um die
493 demokratische Zivilgesellschaft im Osten zu unterstützen und für ihre und unsere
494 Belange zu streiten.

495 Wir wollen Synergien aus dieser Bündnisarbeit ziehen, indem wir Bündnispartner*innen
496 auch in unsere Verbandsbildung miteinbeziehen.

497 **Verbandskommunikation**

498 Wir machen es uns zur Aufgabe, den Verband zusammenzubringen, zur Teilnahme an
499 Veranstaltungen zu motivieren und Partizipationsmöglichkeiten für alle zu schaffen,
500 unabhängig von Verbandserfahrung oder anderen Voraussetzungen.

501 Dafür ist eine intensive Kommunikation mit allen Mitgliedern wichtig. Eine
502 anschauliche und verständliche Informationsvermittlung via Mail bietet die Grundlage
503 unserer Kommunikation. Diese wollen wir jedoch mit weiteren Formen ergänzen, wie
504 beispielsweise eine aktive Nutzung des Telegram-Kanals oder eine übersichtliche
505 Homepage sowie einfach zugängliche Online-Materialien. Um auch unsere neuen
506 Mitglieder schnell und gezielt in unsere Strukturen zu etablieren, wollen wir
507 Neumitglieder-Pakete für diese bereitstellen. Durch ein ergänzendes digitales
508 Beschlusswiki sollen unsere Mitglieder sich online einfach über unsere Beschlüsse
509 informieren könne.

510 Nicht nur mit den Mitgliedern, sondern auch mit den Landesverbänden und Bezirken soll
511 eine intensive Kommunikation gepflegt werden, die nicht alleine der
512 Informationsweitergabe dienen, sondern auch den Raum für Austausch schaffen soll.
513 Auch halten wir es für essentiell, gemeinsam auf bundespolitische Entwicklungen und
514 anstehende Themen im Bundestag zu reagieren. All dies möchten wir durch regelmäßige
515 gemeinsame Schalten erreichen. Darüber hinaus soll natürlich auch das Bundesbüro
516 weiterhin für alle Fragen der LV/BZs ansprechbar sein. Ebenfalls soll der
517 Bundesausschuss weiterhin als Vorbereitung und Ergänzung des Bundeskongresses dienen.
518 Die Sitzungen sollen dabei möglichst an Veranstaltungen gekoppelt sein, um Aufwand
519 und Wege zu sparen.

520 Die Organisationspolitische Kommission ist ein etabliertes Format für den Austausch
521 zwischen den haupt- und ehrenamtlichen (politischen) Geschäftsführer*innen in unserem
522 Verband. Das Format wollen wir zur organisatorischen Planung unserer Verbandsarbeit
523 fortsetzen.

524 Zusätzlich möchten wir auch vor Ort Präsenz zeigen und die Juso-Verbände bei
525 wichtigen Terminen oder Ereignissen unterstützen. Dazu zählen primär die anstehenden
526 Landtagswahlkämpfe und der Europawahlkampf, bei denen wir aktiv vor Ort dabei sein
527 möchten. Auch bei wichtigen Kundgebungen oder Demonstrationen, wie beispielsweise am
528 1. Mai oder als Antwort auf rechte Bewegungen wollen wir Präsenz zeigen.

529 **Öffentlichkeitsarbeit & Kampagnen**

530 In unserer Öffentlichkeitsarbeit wollen wir bestimmte Kampagnen besonders
531 hervorheben. Dazu zählen neben der Europawahl und den ostdeutschen
532 Landtagswahlkämpfen unsere jährlich stattfindenden Kampagnen zum 1. Mai, zum
533 feministischen Kampftag, zum Black History Month, zum Ausbildungsstart und zum
534 Christopher Street Day. Darüber hinaus wollen wir die Abschaffung der §§218 und
535 unseren Kampf für eine klimagerechte Zukunft weiterhin in unserer Kampagnenarbeit
536 sichtbar machen. Dafür wollen wir unsere Teilnahme an Demonstrationen, Wahlkampf-
537 Formaten und anderen Veranstaltungen sowohl digital durch Story-Begleitungen auf
538 Instagram, Posts auf Instagram und TikTok Videos als auch analog durch Kampagnen-
539 Materialien, die wir an die UBs/KVs verteilen, begleiten. Dazu werden wir thematisch
540 passende Kampagnen entwickeln.

541 Ebenfalls wollen wir ein würdiges Gedenken zu den Jahrestagen des Anschlags in Hanau,
542 des Anschlags in Halle, des Anschlags auf Utoya und dem damit zusammenhängenden
543 Anschlag auf das OZE München als Verband begehen und mit unseren Bündnispartner*innen
544 organisieren. Im Jahr 2025 ist das Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz
545 seit 80 Jahren von der Roten Armee befreit. Als antifaschistischer Verband betrachten
546 wir es in Zeiten des wachsenden Antisemitismus als unsere Aufgabe, das Gedenken an
547 die Shoa aufrechtzuerhalten. Wir werden niemals vergessen und wollen deshalb eine
548 Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz organisieren.

549 **Landtagswahlen Ost**

550 In den drei ostdeutschen Bundesländern Brandenburg, Sachsen und Thüringen finden im
551 Jahr 2024 Landtagswahlen statt. Diese Wahlen werden entscheidend sein für die Frage,
552 inwiefern demokratische Kräfte noch mehrheitsfähig sind. Die rechtsextreme AfD konnte
553 in den vergangenen Jahren enorme Zugewinne in den Umfragen erzielen und hat zuletzt
554 auch eine Landratswahl in Thüringen sowie eine Bürgermeisterwahl in Sachsen-Anhalt
555 für sich entschieden.

556 Nicht nur einmal ist die Brandmauer gegen Rechts gefallen - die CDU ist zum
557 Steigbügelhalter geworden und macht gemeinsame Sache mit der AfD in Kreistagen, in
558 Stadträten und in Landtagen. Für uns als Jusos steht fest, dass wir dem etwas
559 entgegensetzen müssen. Wir wollen zusammen als Bundesverband die Genoss:innen in
560 Ostdeutschland bei ihren Wahlkämpfen unterstützen und organisieren eine Kampagne, die
561 eine Zukunftsperspektive für junge Menschen in Ostdeutschland in den Fokus nimmt und
562 dabei ein klares Gegenangebot gegen Rechts schafft.

563 **Kommunalwahlen**

564 Viele Jusos kandidieren für die kommunalen Räte. Das dieser Termin mit der Europawahl
565 zusammenfällt, stellt für viele Landesverbände eine große organisatorische
566 Herausforderung dar. Wir wollen die Landesverbände und ihre Kandidierenden
567 unterstützen. Neben Merch Artikeln werden wir einen Fokus auf unsere Social-Media
568 Kanäle legen. Hier wollen wir unseren Kandidierenden Raum schaffen und mit unserer
569 Reichweite einen positiven Beitrag zum Erfolg von Kandidierenden beitragen.

570 Unser Muster-Kommunalprogramm wollen wir layouten und den Landesverbänden und
571 Bezirken zur Verfügung stellen. Wir achten dabei darauf, neben einer
572 Fließtextvariante auch einen Stichpunktekatalog zur Verfügung zu stellen, um eine
573 praktische Hilfestellung anbieten zu können.

574 **Europawahl**

575 Während wir zuletzt unser Europawahlprogramm erarbeitet haben, wird in den nächsten
576 Monaten der Schwerpunkt auf der Entwicklung und Durchführung unserer Kampagne für die
577 Europawahl liegen. Dazu wird der Bundesvorstand unsere Genoss*innen in den
578 Landesverbänden und Bezirken tatkräftig unterstützen und Merch-Artikel entwickeln,
579 die der Verband im Wahlkampf verwenden soll. Dafür wollen wir unter anderem eine
580 Europa-Tour durch die Landesverbände und Bezirke organisieren. Aber auch online
581 wollen wir unsere Vorstellungen eines gerechten und solidarischen Europas lautstark
582 vertreten. Den Start unserer Kampagne wird unsere Jugendkonferenz Europa legen, bei
583 der wir mit Genoss*innen aus allen Unterbezirken und Kreisverbänden für ein
584 solidarisches Europa eintreten werden.

585 **Bundestagswahl**

586 Zur Vorbereitung auf die Bundestagswahl 2025 werden wir als Verband - wie auch bei
587 der Bundestagswahl 2021 - eine Jugendkampagne organisieren. Flankiert werden soll
588 diese mit einer Tour des Bundesvorstandes, um insbesondere Juso-Kandidierende zu
589 unterstützen. Im Rahmen der Jugendkampagne werden wir aufbauend auf unseren Themen
590 Merch erstellen, dass wir für die Unterbezirke und Kreisverbände zur Verfügung
591 stellen. Wir wollen aus unserer Blase heraus wirken und junge Menschen für linke
592 Inhalte begeistern. Hierzu werden wir eine Social-Media-Kampagne machen und über
593 unsere Kanäle für unsere Inhalte werben. Wie das alles genau aussehen soll, wird der
594 Bundesvorstand mit einem Antrag auf dem Bundeskongress 2024 vorstellen.

595 **120 Jahre Jusos**

596 Etwa bis zum Jahr 1904 existierten keine speziellen Jugendorganisationen innerhalb
597 der Arbeiterbewegung. Innerhalb der SPD gab es zwar Auseinandersetzungen zwischen den
598 "Jungen" und den "Alten", die auf dem Parteitag in Erfurt 1891 zu einem landesweiten
599 Streik am 1. Mai führten. Als Reaktion darauf wurden einige Wortführer*innen aus der
600 Partei ausgeschlossen. Organisatorische Strukturen entwickelten sich jedoch erst nach
601 dem tragischen Selbstmord des 15-jährigen Berliner Lehrlings Paul Nähring am 3. Juni
602 1904. Nähring beging Suizid aufgrund quälender und demütigender Behandlung durch
603 seinen Lehrmeister, was zu weitreichendem gesellschaftlichem Aufschrei und zur
604 Gründung von Lehrlingsvereinen führte. Die offizielle Gründung sozialdemokratischer
605 Lehrlingsvereine und einer eigenständigen sozialdemokratischen Jugendorganisation
606 erfolgte schließlich auf den Parteitagen 1906 und 1907. Praktisch gesehen gab es
607 jedoch zunächst nur wenig Aktivität, nicht zuletzt aufgrund von Verboten von
608 Versammlungen junger Menschen.

609 Aus dieser Historie heraus entstanden die Jungsozialist*innen in der SPD. 2024
610 begehen wir unser 120-jähriges Jubiläum. In der Tradition der Arbeit*innen und
611 Auszubildenden stehend, wollen wir dieses mit einem kleinen Festakt begehen.

612 **Ausblick**

613 Wir Jusos sehen uns in der maßgeblichen Rolle innerhalb der Sozialdemokratie und der
614 gesellschaftlichen Debatte Veränderungen voranzutreiben und Diskursräume zu öffnen,
615 mit dem Ziel, die sozialistische Gesellschaft der Freien und Gleichen zu
616 verwirklichen. Dafür wollen wir in den nächsten zwei Jahren alles geben. Sowohl bei
617 der Europawahl, der Bundestagswahl, der Landtags- und Kommunalwahlen ist ein
618 wesentlicher Baustein dabei, Jusos in Verantwortung zu bringen, noch wichtiger ist
619 aber ein klares, inhaltlich linkes Politikangebot, das unsere Vision einer gerechten

- 620 Gesellschaft mit konkreten Politikvorschlägen auszufüllen mag. Dafür wollen wir in
621 der gesellschaftlichen Debatte sichtbar und in linken Bündnissen auf der Straße
622 präsent sein.
- 623 Gemeinsam nehmen wir uns der Aufgabe an, den Rechtsruck in unserer Gesellschaft zu
624 bekämpfen, linke Ideen mehrheitsfähig zu machen und an einer besseren und gerechteren
625 Zukunft für unsere Generation zu arbeiten.

Antrag A2: Unsere Kampagne 2024: Für ein Europa, das für alle da ist!

Antragsteller*in:	Juso-Bundesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Leitantrag

1 In einer Zeit, in der die Welt sich rasant verändert und Veränderungen unvermeidbar
2 sind, brauchen wir einen Aufbruch für Europa. Unser Kontinent steht heute vor der
3 Herausforderung, nach Jahren der Krise, den Platz in einer globalisierten Welt neu zu
4 definieren. Es ist an der Zeit, dass Europa sich den drängenden Fragen unserer Zeit
5 stellt, von Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit bis hin zu wirtschaftlicher
6 Innovation und internationaler Zusammenarbeit.

7 Vor der Wahl 2024 steht die Europäische Union an einem kritischen Wendepunkt. Die
8 Europäische Politik wurde in den vergangenen Jahren insbesondere von den
9 wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die
10 Ukraine, den Nachwirkungen der Pandemie und der Energiekrise sowie den
11 Herausforderungen im Zusammenhang mit globalen Fluchtbewegungen und Migration
12 geprägt. Diese Entwicklungen haben die Grundlagen für die politische Zusammenarbeit
13 in Europa nachhaltig verändert.

14 Wir dürfen Europa nicht denjenigen überlassen, die nationale Egoismen predigen und
15 nach mehr Abschottung rufen. Dafür braucht die Sozialdemokratie eine neue Vision von
16 Europa. Es ist beschämend, dass Menschen im Mittelmeer tagtäglich ertrinken müssen,
17 weil nationale Regierungen sich von Rechten treiben lassen. Es ist unerträglich, dass
18 jeder vierte Mensch in der Europäischen Union in Armut lebt oder von Armut bedroht
19 ist, während gleichzeitig Milliarden für Rettung von Unternehmen oder die Ausrüstung
20 von nationalen Armeen mobilisiert werden können. Es ist dringend erforderlich, ein
21 Europa zu schaffen, das für alle da ist. Das bedeutet ein Europa, das die Wahrung der
22 Menschenrechte an den Außengrenzen, Soziale Rechte, Demokratie, Gleichheit,
23 Rechtsstaatlichkeit in den Mittelpunkt stellt.

24 In vielen Mitgliedstaaten der Europäischen Union hat in den letzten Jahren der
25 Einfluss demokratiefeindlicher und rassistischer Parteien zugenommen. In Schweden und
26 Italien haben sie sogar Wahlen gewonnen. Sie stellen die europäische Integration in
27 Frage und plädieren für eine Rückkehr zum Nationalstaat. Fast überall in der EU haben
28 Befürworter*innen dieser nationalistischen Agenda politische Macht erlangt. Auch in
29 Deutschland gewinnen antieuropäische Strömungen an Einfluss. Sie finden nicht nur
30 Unterstützung im politischen Umfeld der radikalen Rechten, sondern erstarken
31 ebenfalls in der sogenannten Bürgerlichen Mitte. In diesen herausfordernden Zeiten
32 ist eine pro-europäische und internationalistische Linke von entscheidender
33 Bedeutung.

34 Es ist an der Zeit, für ein demokratischeres, offenes und sozialistisches Europa zu
35 kämpfen, das allen Menschen eine lebenswerte Zukunft verspricht!

36 **Grenzenlos gute Arbeit und Ausbildung**

37 Den marktorientierten Freiheitsrechten für Kapital, Waren und Dienstleistungen wollen

38 wir soziale Grundrechte entgegensetzen. Wir sind entschlossen, die soziale
39 Absicherung aller Menschen in Europa durch die Implementierung von sozialen
40 Mindeststandards in allen Bereichen der europäischen Sozialsysteme sicherzustellen.

41 Als Jungsozialist*innen sind wir fest davon überzeugt, dass eine qualitativ
42 hochwertige Ausbildung und berufliche Bildung von grundlegender Bedeutung für ein
43 gutes Leben und Arbeiten sind. Aus diesem Grund ist die Forderung nach einer
44 europäischen Bildungsgarantie für uns keine bloße Lippenbekenntnis, sondern ein
45 zentrales Anliegen. Wir streben an, dass der Zugang zum ersten Hochschulabschluss
46 oder zur Berufsausbildung europaweit kostenfrei und garantiert wird. Dies ist ein
47 Schritt, um Bildung für alle zugänglich zu machen und Chancengleichheit zu fördern.

48 Wir setzen uns nachdrücklich für die Sicherung der betrieblichen Mitbestimmung auf
49 europäischer Ebene ein. Die EU Jugendgarantie muss weiterentwickelt werden, um jungen
50 Menschen in ganz Europa bessere Perspektiven zu bieten. Wir sind der Überzeugung,
51 dass jeder junge Mensch das Recht haben sollte, eine qualitativ hochwertige
52 Ausbildung zu erhalten und Zugang zu geeigneten Arbeitsplätzen zu haben. Die
53 verpflichtende Entlohnung von Praktika in ganz Europa ist ein wichtiger Schritt, um
54 die Rechte und den Wert von Praktikant*innen anzuerkennen. Wir setzen uns dafür ein,
55 die Vermittlung von Ausbildungsplätzen und Arbeitsplätzen europaweit zu erleichtern.
56 Dies ist entscheidend, um die Mobilität der Arbeitnehmer*innen zu fördern und ihnen
57 die Möglichkeit zu geben, in verschiedenen EU-Ländern zu arbeiten und zu lernen.

58 **Europäisch wirtschaften – klimaneutral und demokratisch**

59 Die wachsende Armut in Europa ist alarmierend, die soziale Infrastruktur ist an
60 vielen Stellen kaputtgespart. Internationale Großkonzerne sowie Banken nutzen nach
61 wie vor die zahlreichen rechtlichen Schlupflöcher in Europa aus, um ihre Profite auf
62 Kosten der arbeitenden Bevölkerung zu maximieren. Wir stehen entschieden gegen den
63 neoliberalen Kurs, der die Interessen der Konzerne über die Bedürfnisse der Menschen
64 stellt. Unsere Priorität liegt darin, Armut zu bekämpfen, die Wirtschaft zu
65 demokratisieren und klimaneutral aufzustellen.

66 Die Entscheidung der USA, mit einem Rekordförderprogramm, dem Inflation Reduction
67 Act, die eigene Industrie fit für das klimaneutrale Zeitalter zu machen,
68 verdeutlicht, wie wichtig es ist, dass auch Europa eine abgestimmte, kraftvolle
69 Strategie verfolgt. Die 2021 verabschiedete „Connecting Europe Facility“ löst nicht
70 alle Probleme. Das beschlossene Budget von 5,84 Mrd. Euro bis 2027 reicht nicht aus,
71 um den notwendigen Transformationsprozess zu stemmen. Die Kosten der Klimakrise durch
72 nicht erfolgten Klimaschutz sind bereits immens. Klar ist, dass nur eine konsequente
73 Nachhaltigkeitspolitik der EU und ihrer Mitgliedstaaten die bestehenden und kommenden
74 Herausforderungen lösen wird. Dafür braucht es einen Umbau aller
75 Gesellschaftsbereiche sowie ein deutlich erhöhtes Tempo in allen für die
76 Transformation notwendigen Bereichen: U. a. in der Energie-, Verkehrs-, Ernährungs-,
77 und Finanzwende. Daher fordern wir unter anderem, dass mindestens 40 Prozent des
78 Budgets der Europäischen Union für den Klimaschutz genutzt wird. Weiterhin fordern
79 wir die Abschaffung der Subventionen für fossile Energieträger, die Einbeziehung
80 eines CO₂-Budgets in Handelsverträge, sowie eine europäische CO₂-Steuer.
81 Nachhaltigkeit bedeutet für uns neben Klimaschutz auch den Schutz unserer
82 ökologischen Lebensgrundlagen, eine gerechte Transition und eine verträgliche
83 Mobilität. Deswegen reicht es für uns nicht, die Industrie zu transformieren. Wir

84 wollen zudem eine Umstrukturierung der Agrarsubventionen hin zu mehr ökologisch-
85 solidarischer Landwirtschaft und dem Schutz genossenschaftlicher Strukturen. Die
86 industrielle Speicherung von CO₂ (CCS) lehnen wir ab, da sie teuer, nicht ökologisch
87 und schwer kontrollierbar ist. Stattdessen soll der Ausbau natürlicher Klimasenken,
88 also von Wäldern, Wiesen und Mooren gefördert werden. Außerdem gehört für uns
89 grenzüberschreitende Mobilität zum guten Leben in der EU dazu. Hier fordern wir eine
90 stärkere physische Verknüpfung des Schienennetzes. Das bestehende DiscoverEU-Programm
91 für junge Menschen genügt uns nicht. Wir fordern ein kostenloses "Interrail Gold"-
92 Ticket für alle 18-jährigen, mit dem sie bis zum 21. Lebensjahr ein halbes Jahr lang
93 kostenlos auf der Schiene durch die EU fahren können.

94 **Die Festung einreißen - Für eine humane Geflüchtetenpolitik**

95 Wir setzen uns entschieden für ein Europa ein, das auf den Grundwerten der
96 Menschlichkeit und Solidarität basiert. In diesem Kontext ist es von zentraler
97 Bedeutung, das individuelle Grundrecht auf Asyl in seiner vollen Bandbreite zu
98 gewährleisten. Jeder Mensch, der vor Verfolgung oder Armut flieht, verdient Schutz
99 und Asyl in der Europäischen Union. Wir lehnen die Einrichtung von Lagern an den
100 Außengrenzen der EU ab. Wir sind überzeugt, dass Lager keine Lösung für die komplexen
101 Herausforderungen der Migration darstellen. Stattdessen setzen wir uns nachdrücklich
102 für die Schaffung sicherer Fluchtrouten und die Bereitstellung legaler
103 Fluchtmöglichkeiten für Schutzsuchende ein. Nur so können wir das tägliche Sterben an
104 den europäischen Außengrenzen verhindern. Unsere Überzeugung ist klar: Wir fordern
105 die Abschaffung von Frontex sowie die Einrichtung eines europäisch organisierten und
106 finanzierten Seenotrettungssystems. Wir setzen uns ebenfalls dafür ein, dass
107 Erstaufnahmeeinrichtungen in der gesamten EU humane Bedingungen und Unterstützung
108 bieten. Für die Kommunen, die Schutzsuchende aufnehmen, fordern wir eine angemessene
109 finanzielle und logistische Unterstützung. Hierzu schlagen wir die Schaffung eines
110 EU-Integrationsfonds vor, der speziell diesem Zweck gewidmet ist.

111 **Den Rechten in Europa den Kampf ansagen**

112 Die extreme Rechte erstarkt in ganz Europa. Wir werden uns faschistischen Strukturen
113 in den Weg stellen, wo sie uns begegnen – ob im Parlament oder auf der Straße. Dieser
114 Auftrag gewinnt besondere Relevanz angesichts der politischen Entwicklungen in
115 Ländern wie Ungarn, Polen oder Italien. In diesen Ländern sehen wir eine zunehmende
116 Gefährdung der demokratischen Prinzipien und der rechtsstaatlichen Grundlagen. Eine
117 unserer zentralen Forderungen ist die Bindung von Fördermitteln an das Einhalten
118 demokratischer und rechtsstaatlicher Grundrechte. Dies bedeutet, dass EU-Mittel nur
119 an Länder vergeben werden sollten, die diese grundlegenden Prinzipien achten und
120 einhalten. Weiterhin ist die systematische Erfassung von Straftaten gegen
121 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit besonders wichtig, um den Anstieg von
122 Hassverbrechen und Diskriminierung zu dokumentieren und dagegen vorzugehen.

123 **Wichtiger denn je: feministische Strukturen erkämpfen!**

124 Unsere Vision für die Zukunft Europas ist klar und entschlossen: Wir setzen uns für
125 ein feministisches Europa ein, in dem Geschlechtergleichstellung und Rechte von FINTA
126 im Mittelpunkt stehen. Wir glauben fest daran, dass ein solches Europa nicht nur
127 gerechter, sondern auch stärker und vielfältiger sein wird. Wir setzen uns für die
128 vollständige Gleichstellung der Geschlechter in allen Bereichen des Lebens ein. Das
129 bedeutet gleichen Lohn für gleiche Arbeit, gleiche Chancen in der Bildung und im

130 Arbeitsmarkt, und gleiche Rechte und Möglichkeiten in allen Lebensphasen. Es bedeutet
131 außerdem, sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte von FINTA*-Personen zu
132 stärken. Sie haben das Recht auf freien Zugang zu Verhütungsmitteln,
133 Schwangerschaftsabbrüchen und qualitativ hochwertiger Gesundheitsversorgung.
134 Weiterhin fordern wir eine europaweite Anerkennung gleichgeschlechtlicher Ehen und
135 Gender-Mainstreaming bei allen Fördermitteln. Wir unterstützen und stärken
136 feministische Bewegungen und Organisationen in ganz Europa. Ein feministisches Europa
137 baut auf der Solidarität und Unterstützung für FINTA*-Aktivist*innen auf, die mutig
138 für Veränderung kämpfen.

139 **Solidarisch und friedlich: nach Außen genauso wie Innen!**

140 Unsere Solidarität endet nicht an den EU-Außengrenzen. Stattdessen fordern wir eine
141 massive Erhöhung der Finanzmittel für die internationale Zusammenarbeit der EU. Darin
142 enthalten ist auch eine Verdopplung der Mittel für zivile Krisenprävention. Die
143 internationale Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit Staaten, aber auch progressiven
144 Parteien und zivilen Organisationen bildet für uns das Rückgrat unserer Außenpolitik,
145 anstatt von Wirtschafts- und Handelspolitik überlagert zu werden. Die Mittel für die
146 zivile Krisenprävention wollen wir im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit
147 verdoppeln. Statt reiner Handelsverträge wollen wir umfassende Kooperationsverträge,
148 die alle Politikfelder zugleich umfassen, schließen. Die OSZE soll zudem gestärkt und
149 der Beitritt der Westbalkan Staaten zur EU beschleunigt werden. Internationalen
150 Konflikten und Verbrechen begegnen wir durch eine Stärkung des Völkerrechts und des
151 Völkerstrafrechts. Weiterhin fordern wir die Unterstützung der Ukraine durch
152 militärische und finanzielle Ressourcen.

153 In Zeiten, in denen viel Geld in militärische Aufrüstung fließt, richten wir unseren
154 Blick auf die zivile Infrastruktur. Häufig ist gerade diese systemrelevant und muss
155 gestärkt werden, insbesondere die Verkehrs- und Nachrichteninfrastruktur, die
156 Energie- und Wasserversorgung, Müllentsorgung sowie Schulen, Krankenhäuser und
157 Lebensmittelversorgung. Wir fordern auch ein Verbot, kritische Infrastruktur ins
158 Ausland zu verkaufen. Ein großer Teil dieser Infrastruktur liegt auch in kommunaler
159 Hand, weswegen wir einen europäischen Kommunalfonds zum Schutz ziviler Infrastruktur
160 auflegen wollen. Im Bereich Digitalisierung gilt es insbesondere Massenüberwachung zu
161 verhindern.

162 **Die Vereinigten Staaten von Europa als Ziel**

163 Wir halten an unserer Vision fest, dass die Vision der Vereinigten Staaten immer das
164 Ziel sein müssen. Dafür bedarf es zunächst einer grundlegenden Demokratisierung der
165 europäischen Strukturen. Das bedeutet ein Ende der Einstimmigkeit im Europäischen Rat
166 und einer Stärkung des Parlaments z.B. durch ein Initiativrecht.

167 **Unsere Zielgruppe: jung & links**

168 Bei dieser Europawahl dürfen in Deutschland das erste Mal auch Menschen ab 16 wählen.
169 Im Wahlkampf liegt unser besonderer Fokus darauf, junge Menschen anzusprechen und zu
170 mobilisieren. Wir sind der festen Überzeugung, dass junge Menschen eine entscheidende
171 Rolle in der Gestaltung der Zukunft Europas spielen und ihre Stimmen und Ideen in den
172 politischen Prozess einbringen müssen. Unsere Zielgruppe umfasst daher alle jungen
173 Menschen, die wie wir davon überzeugt sind, dass eine progressive Europäische Union
174 der Schlüssel zu einer besseren Zukunft ist.

175 Um diese Zielgruppe zu erreichen, werden wir uns auf Orte konzentrieren, an denen
176 junge Menschen sich regelmäßig aufhalten. Wir treffen sie auf dem Campus, wo sie
177 studieren und lernen, auf ihrem Arbeitsweg, Schulweg, Konzerte oder Festivals. Wir
178 sind bei ihnen vor Ort, wenn sie sich in ihrer Freizeit bei Kinoabenden, Konzerten
179 oder Festivals vergnügen. An all diesen Orten möchten wir präsent sein und kreative
180 Ansätze nutzen, um ihre Aufmerksamkeit auf unsere politischen Botschaften zu lenken.
181 Unsere Kampagne wird von jungen Menschen für junge Menschen gestaltet, und wir sind
182 entschlossen, ihre Anliegen und Ideen in den Mittelpunkt zu stellen.

183 **Europa Reloaded: Unser Wahlkampf-Kongress**

184 Der Europakongress 2024 wird zweifellos der Höhepunkt unserer Mobilisierungs- und
185 Qualifizierungsmaßnahmen sein. Dort werden wir unsere Mitglieder auf bevorstehende
186 Herausforderungen des Wahlkampfes vorbereiten und sowohl inhaltlich als auch
187 handwerklich weiterbilden. Die Konferenz markiert den Beginn der intensiven
188 Wahlkampfphase. Sie wird nicht nur eine Lernmöglichkeit sein, sondern auch eine
189 Gelegenheit, um die Wahlkampfteams aus verschiedenen Regionen miteinander zu
190 vernetzen.

191 **Von Likes zu Stimmen: Die Bedeutung des Online-Wahlkampfes**

192 Der Online-Wahlkampf wird im Jahr 2024 das entscheidende Wahlkampfformat sein. Daher
193 müssen wir eine vielseitige Palette von Formaten verwenden, darunter Kurzvideos,
194 Kacheln, Stories, lange Videos und Reels. Auf diese Weise können wir unsere
195 Zielgruppe gezielt auf verschiedenen Plattformen ansprechen und dabei die jeweiligen
196 Anforderungen berücksichtigen. Unsere digitale Kampagne wird nicht nur inhaltlich
197 fundiert sein, sondern auch kreativ und ansprechend gestaltet sein, um die
198 Aufmerksamkeit und das Interesse unserer Zielgruppe zu wecken. Wir werden innovative
199 Technologien und Tools nutzen, um unsere Botschaften auf innovative und interessante
200 Weisen zu präsentieren. Diese möchten wir außerdem den Unterbezirken und
201 Kreisverbänden zur Verfügung stellen, damit alle Ebenen profitieren können.

202 **Junge Köpfe, große Veränderungen: Unterstützung der Juso-Kandidierenden:**

203 Ein zentraler Schwerpunkt unserer bundesweiten Kampagne liegt auf den Regionen, in
204 denen Mitglieder der Jusos als Kandidatinnen* und Kandidaten antreten. Wir sind fest
205 davon überzeugt, dass junge und engagierte Menschen die politische Landschaft in
206 Europa positiv gestalten können, und wir wollen sie in ihrem Wahlkampf bestmöglich
207 unterstützen. In diesen Regionen werden wir mit erhöhter Präsenz und
208 organisatorischer Unterstützung aktiv sein. Unser Ziel ist es, sicherzustellen, dass
209 die Kandidierenden der Jusos die bestmöglichen Voraussetzungen haben, um die
210 Botschaften der Jusos zu vermitteln. Unsere Unterstützung für Jusos-Kandidierende
211 spiegelt unsere Überzeugung wider, dass die Stimmen junger, linker Menschen in der
212 Politik gehört werden müssen.

213 **Kampagnen-Know-how: Die Qualifizierung der Wahlkämpfer*innen**

214 Zentraler Baustein der Kampagne muss es sein, unsere Wahlkämpfer*innen sowohl für den
215 Online-Wahlkampf als auch den Straßenwahlkampf fit zu machen. Dafür möchten wir den
216 Unterbezirken und Kreisverbänden Argumentationsleitfäden, Aktionsideen sowie
217 Aktionspakete zur Verfügung stellen.

218 **Unsere europäischen Partner*innen mitnehmen:**

219 Unsere Vision für Europa geht über nationale Grenzen hinaus und wir sind
220 entschlossen, unsere Ideen und Forderungen auf europäischer Ebene zu verwirklichen.
221 Die Zusammenarbeit mit unseren Partner*innenorganisationen der YES wird uns dabei
222 helfen, unsere Ziele zu erreichen und ein sozial gerechteres und solidarisches Europa
223 aufzubauen. Im Rahmen unserer Kampagne für die Europawahlen 2024 werden wir daher
224 aktiv auf unsere Partner*innenorganisationen der YES zugehen und sie in unsere
225 Aktivitäten einbinden. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir gemeinsam stärker
226 sind und unsere politische Agenda besser vorantreiben können.

Antrag A3: Es gibt kein ruhiges Hinterland - unsere Kampagne für die Ost-Landtagswahlen

Antragsteller*in:	Juso-Bundesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	A - Leitantrag

1 Unsere Demokratie wird angegriffen – von rechts. Die extreme und radikale Rechte
2 gewinnt an Einfluss in Politik und Gesellschaft. Der parlamentarische Arm dieser
3 Faschist*innen, die AfD, versucht, das demokratische System zu unterwandern. 2024
4 steht ein Superwahljahr an. Insbesondere in Brandenburg, Sachsen und Thüringen wird
5 bei Kommunal-, Europa und Landtagswahlen die Resilienz unserer Demokratie geprüft.

6 Bereits 2023 konnte die AfD ein Umfragehoch erreichen und stellt nun in Sonneberg
7 ihren ersten Landrat sowie in Raguhn-Jeßnitz den ersten hauptamtlichen Bürgermeister.
8 Mittlerweile gibt es in Ostdeutschland regelmäßig Stichwahlen, bei denen
9 Kandidat*innen aus dem demokratischen Spektrum gegen die AfD antreten. Während die
10 extremen Rechten solche Erfolge feiern, wäre es wichtig, dass alle Demokrat*innen
11 klar Stellung gegen diese Entwicklungen beziehen, um zu verhindern, dass die extreme
12 Rechte salonfähig wird. Doch stattdessen scheinen Christdemokrat*innen bereit, ihre
13 Brandmauer niederzureißen. Friedrich Merz hat im Sommerinterview davon gesprochen,
14 dass man mit der AfD auf kommunaler Ebene zusammenarbeiten könne, und die CDU
15 Thüringen hat gemeinsam mit der AfD für eine umstrittene Steuersenkung gestimmt.
16 Vielerorts arbeitet die CDU in Kreis-, Stadt- und Gemeinderäten gemeinsam mit der AfD
17 gegen Projekte wie Sozialleistungen oder Migrations- und Integrationsprojekte. Es
18 wird deutlich: Auf diese CDU kann man sich nicht verlassen!

19 Umso mehr braucht es progressive Kräfte, die im Osten glaubhaft für
20 Zukunftsperspektiven, Umverteilung und Anerkennung streiten. Wir Jusos sind hier
21 gefordert. Im Osten hat sich eine neue Jugendkultur entwickelt, zu der auch die Jusos
22 gehören. Sie gehen reflektiert mit der Vergangenheit ihrer Elterngeneration um und
23 setzen sich engagiert für eine vielfältige Gesellschaft ein. Gemeinsam kämpfen sie
24 dafür, dass diese Zukunftschancen fest in ihrer Region verankert sind. Die Jusos und
25 ihre Mitstreiter stehen an vorderster Front für unsere Demokratie und verteidigen sie
26 bis zur letzten Bushaltestelle, denn es gibt kein ruhiges Hinterland.

27 Gerade deshalb wollen wir mit vereinten Kräften und in Solidarität die ostdeutschen
28 Landesverbände dabei unterstützen, für demokratische Mehrheiten in ihren
29 Bundesländern zu kämpfen. Sie stehen vor der realen Gefahr, dass die rechtsextreme
30 AfD erstmals an einer Landesregierung beteiligt sein könnte, dass erstmals AfD-
31 Minister im Bundesrat sitzen und dass die AfD vehement gegen alles vorgeht, was
32 demokratischer Zivilgesellschaft ähnelt.

33 **Unsere Kampagne gegen Rechts - unser Kampf um die Demokratie**

34 **Kampagnenmaterial**

35 Wir wollen für antifaschistische Bildung streiten, deshalb wird der Bundesverband
36 die Möglichkeit bieten Kampagnenmaterial zu bestellen, was in den nächsten Monaten
37 verteilt wird. Dabei wollen wir ein klares Zeichen setzen: Wir haben den Kampf um
38 unsere Demokratie nicht aufgegeben. Gerade und vor allem in den Regionen, die
39 besonders mit rechten Strukturen und einer nach rechts rückenden Gesellschaft zu
40 kämpfen haben, wollen wir antifaschistische Bildungsarbeit leisten.

41 **Präsent sein**

42 In den nächsten Monaten wird es darum gehen, besonders im Osten präsent zu sein. Wir
43 werden mehr Bundesveranstaltungen in den betreffenden Bundesländern stattfinden
44 lassen. Außerdem werden wir ein Angebot für insbesondere junge Menschen schaffen, uns
45 Jusos kennenzulernen und mit uns über Positionen und Ideen zu streiten. Der Kampf
46 gegen Rechts geht uns alle an. Dafür braucht es Veranstaltungsformate, die genau
47 diesen Anknüpfungspunkt bieten und ein Interesse an demokratischen Inhalten schaffen.

48 **Online-Präsenz**

49 Insbesondere die extreme Rechte ist unglaublich stark in den sozialen Medien, dem
50 müssen wir etwas entgegensetzen. Dafür braucht es Möglichkeiten, einfach und
51 effizient Content zu produzieren. Hier kann der Bundesverband unterstützen, sodass
52 jeder Kreisverband in die Lage versetzt wird, Content zu produzieren und Menschen mit
53 diesem zu erreichen.

54 **Solidaritätsexport**

55 Da die Landesverbände in Ostdeutschland aufgrund historischer und demografischer
56 Faktoren kleiner sind, aber dennoch in großen Flächen präsent sein müssen, ist die
57 Solidarität des gesamten Bundesverbandes gefragt. Alle Mitglieder sollten daher aktiv
58 werden, um die Jusos vor Ort zu unterstützen. Dafür wird der Juso Bundesverband beim
59 Matching zwischen Unterstützer*innen und Gliederungen unterstützen um bei der
60 Organisation zu helfen und etwa Bettenbörsen zu vereinfachen. Außerdem braucht es
61 Unterstützung des Bundesverbands, um die Mobilität und Unterbringung innerhalb des
62 Bundeslands zu gewährleisten.

63 **Solidarität muss praktisch werden**

64 Um all dies zu finanzieren, ist jeder Euro wichtig. Daher möchten wir Möglichkeiten
65 bieten, um Solidarität zu zeigen. Zum Beispiel könnten bei Bundesveranstaltungen
66 Soli-Artikel gegen einen kleinen Aufpreis angeboten oder an den Bars spezielle Soli-
67 Getränke verkauft werden.

68 Bei allen Planungen werden die betreffenden Landesverbände mit einbezogen.

Antrag B1: Den Arbeitsmarkt updaten - Unsere Jungsozialistischen Ansätze für eine Sozial-Ökologische Arbeitswelt

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Beschäftigung & Gute Arbeit

1 Die Transformation ist ein zentraler Aspekt unserer Zeit, der sowohl
2 Herausforderungen als auch große Chancen mit sich bringt. Überall im Land steht die
3 Notwendigkeit einer aktiven Gestaltung des Wandels im Fokus, um die regionale
4 Wirtschaft zukunftsfähig auszurichten und den sozialen Fortschritt voranzutreiben.
5 Gerade die Braunkohlereviere Bedeburg (Rheinisches Revier NRW), Saarbrücken,
6 Halle/Pegau (Mitteldeutsches Revier) und Cottbus/Görlitz (Lausitzer Revier) sind
7 davon betroffen. Doch Transformation muss überall passieren und darf nicht nur auf
8 diese Regionen beschränkt werden.

9 Unsere Vision ist es, diese Regionen zu Vorreitern in den Bereichen Innovation,
10 Nachhaltigkeit, Arbeitsmarktfähigkeit und Arbeitsbedingungen zu machen. Dabei ist von
11 zentraler Bedeutung, dass wir als Jungsozialist*innen mit unseren natürlichen
12 Bündnispartner*innen, den Gewerkschaften nicht nur zusammenarbeiten, sondern aktiv
13 Politik für die Beschäftigten in unserem Land machen. Der DGB hat mit seinem Projekt
14 "Revierwende" dazu bereits die ersten notwendigen Schritte getan, denn Strukturwandel
15 und Energiewende kann nur mit den Beschäftigten gestaltet werden. Die Kohleregion
16 können dabei zur Modellregion für ganz Europa werden. Um dieses Ziel zu erreichen,
17 sind gezielte Schritte erforderlich. Die vorgeschlagenen Maßnahmen konzentrieren sich
18 auf verschiedene Schwerpunkte, die eng miteinander verknüpft sind und gemeinsam eine
19 umfassende und nachhaltige Transformation ermöglichen sollen. Dabei sind diese
20 Aspekte nur ein Teil der Lösung, denn Transformation muss aktiv gestaltet und
21 weiterentwickelt werden.

22 Wir sind davon überzeugt, dass eine aktive Gestaltung der Transformation in Sachsen-
23 Anhalt von entscheidender Bedeutung ist, um die zukünftigen Herausforderungen
24 erfolgreich zu bewältigen. Dabei geht es nicht nur um die wirtschaftliche
25 Entwicklung, sondern auch um die Sicherung von Arbeitsplätzen und guten
26 Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten, die Förderung von Bildung und Ausbildung
27 sowie den Schutz unserer Umwelt und Ressourcen.

28 1. Umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie

29 Wir fordern die Einführung einer umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie. Diese
30 Garantie stellt sicher, dass allen Jugendlichen eine qualitativ hochwertige
31 Ausbildung ermöglicht wird. Durch die Umlagefinanzierung werden die Kosten
32 solidarisch auf die Unternehmen verteilt, wodurch auch kleinere Betriebe in der Lage
33 sind, Ausbildungsplätze anzubieten. Mit dieser Maßnahme wird die berufliche Bildung
34 gestärkt und die zukünftige Fachkräftesicherung unterstützt. Doch wie soll diese
35 aussehen und welche Schritte müssen konkret genommen werden und wieso ist diese
36 gerade für die Transformation so wichtig? Zunächst muss festgestellt werden, wieso
37 diese so wichtig ist. Eine umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie bietet eine

38 Reihe von Vorteilen und Argumenten, die im Folgenden erläutert werden:

39 Chancengleichheit: Eine umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie gewährleistet,
40 dass alle Jugendlichen unabhängig von ihrer sozialen oder finanziellen Situation eine
41 Chance auf eine qualitativ hochwertige Ausbildung haben. Dadurch wird
42 Chancengleichheit gefördert und einer möglichen Benachteiligung entgegengewirkt.

43 Fachkräftesicherung: Die Ausbildung junger Menschen ist von entscheidender Bedeutung,
44 um den Bedarf an qualifizierten Fachkräften langfristig zu decken und diese in den
45 für den Strukturwandel bedeutsamen Unternehmen zu etablieren. Eine umlagefinanzierte
46 Ausbildungsplatzgarantie stellt sicher, dass ausreichend Ausbildungsplätze zur
47 Verfügung stehen und somit der Fachkräftemangel bekämpft wird.

48 Solidarität: Durch die Umlagefinanzierung werden die Kosten für die
49 Ausbildungsplatzgarantie auf alle Unternehmen verteilt. Dies fördert Solidarität
50 zwischen den Unternehmen und stellt sicher, dass auch kleinere Betriebe
51 Ausbildungsplätze anbieten können, ohne übermäßig belastet zu werden. Dies stärkt vor
52 allem tarifgebundene kleine und mittlere Unternehmen (KMU), denn diese sind für die
53 Transformation besonders relevant.

54 Arbeitsmarktsituation verbessern: Eine umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie
55 trägt zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation bei, indem sie Jugendlichen bessere
56 Perspektiven und Möglichkeiten bietet. Dies reduziert die Jugendarbeitslosigkeit und
57 erhöht die Beschäftigungsfähigkeit der jungen Generation.

58 Ausbildungsniveau steigern: Eine umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie
59 ermöglicht es, die Ausbildungskriterien zu verbessern und die Qualität der Ausbildung
60 zu steigern. Dies führt zu gut qualifizierten Fachkräften und einem insgesamt höheren
61 Ausbildungsniveau in der Region.

62 Regionale Entwicklung fördern: Eine umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie
63 unterstützt die regionale Entwicklung, indem sie jungen Menschen ermöglicht, in ihrer
64 Heimatregion eine Ausbildung zu absolvieren und anschließend dort auch beruflich
65 tätig zu werden. Dadurch werden die Abwanderung von Fachkräften reduziert und die
66 Wirtschaft vor Ort gestärkt. Gerade für die Reviere stellt die Abwanderung ein großes
67 Problem dar.

68 Investition in die Zukunft: Eine umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie ist eine
69 Investition in die Zukunft der Gesellschaft. Durch die gezielte Förderung der
70 Ausbildung junger Menschen werden sie optimal auf die Anforderungen des
71 Arbeitsmarktes vorbereitet und können langfristig zum wirtschaftlichen und
72 gesellschaftlichen Fortschritt beitragen.

73 Insgesamt bietet eine umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie eine nachhaltige
74 Lösung, um die Ausbildungssituation zu verbessern, Fachkräfte zu sichern und die
75 Zukunftsfähigkeit einer Region langfristig zu stärken.

76 Die DGB-Jugend hat in ihrem Ausbildungsreport 2022 dazu konkrete Forderungen
77 erarbeitet, wie diese aussehen kann, denn der jetzige Gesetzesentwurf aus dem
78 Bundesministerium reicht dazu noch nicht aus!

79 Wir brauchen:

- 80 • solidarische Umlagefinanzierung der Ausbildungskosten durch alle Betriebe mit
81 Kostenausgleich für auszubildende Betriebe

- 82 • Intensive und ausgeweitete Begleitung aller Jugendlichen vor dem Schulabschluss
83 bis zum Ausbildungsabschluss
- 84 • Aufbau eines Auffangnetzes außerbetrieblicher Ausbildungsplätze bei Einhaltung
85 aller Qualitätsstandards und intensiven Vermittlungsbemühungen in betrieblichen
86 Ausbildungsplätzen

87 Die Bundesregierung hat alle nötigen Mittel dazu in der Hand, um diese konkreten
88 Maßnahmen zu erlassen. Her mit der umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie!

89 **2. Zugang zu Ausbildung und Berufsorientierung**

90 Um allen jungen Menschen gleiche Chancen auf eine erfolgreiche berufliche Zukunft zu
91 ermöglichen, setzen wir uns für einen verbesserten Zugang zur Ausbildung und
92 Berufsorientierung ein. Dies beinhaltet eine frühzeitige und umfassende Information
93 über unterschiedliche Berufsbilder sowie die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen
94 Schulen, Unternehmen und der Arbeitsverwaltung. Durch gezielte Beratungs- und
95 Unterstützungsangebote sollen individuelle Fähigkeiten und Interessen gefördert
96 werden. Doch was muss sich dazu genau verbessern? Die DGB-Jugend hat dazu in ihrem
97 Ausbildungsreport von 2022 dazu einige konkrete Zahlen, anhand welcher fortlaufend
98 erklärt wird, was wir verändern müssen:

99 Um den Zugang zur Ausbildung und Berufsorientierung zu verbessern, sind folgende
100 Maßnahmen erforderlich:

101 Frühzeitige und umfassende Berufsorientierung: Angesichts der Tatsache, dass das
102 Interesse am Beruf die mit Abstand wichtigste Rolle bei der Berufswahl spielt (laut
103 DGB-Jugend Ausbildungsreport, 66%), ist es entscheidend, dass Berufsorientierung
104 bereits in der Schule frühzeitig und umfassend stattfindet. Hierbei sollten nicht nur
105 Informationen über verschiedene Berufsbilder vermittelt werden, sondern auch
106 praktische Einblicke in die Arbeitswelt ermöglicht werden, beispielsweise durch
107 Betriebsbesichtigungen oder Praktika.

108 Stärkere Vernetzung von Schulen, Unternehmen und Arbeitsverwaltung: Um den Zugang zur
109 Ausbildung zu verbessern, ist eine engere Zusammenarbeit zwischen Schulen,
110 Unternehmen und der Arbeitsverwaltung erforderlich. Durch regelmäßigen Austausch und
111 gezielte Kooperationen können die Bedürfnisse der jungen Menschen besser erfasst und
112 passende Ausbildungsangebote vermittelt werden.

113 Verbesserung der Qualität der Berufsorientierungsangebote: Die Tatsache, dass mehr
114 als sieben von zehn Auszubildenden angaben, dass ihnen die schulische
115 Berufsorientierung "gar nicht" oder "weniger" geholfen haben (DGB-Jugend
116 Ausbildungsreport), zeigt den dringenden Bedarf an Verbesserungen. Es ist
117 erforderlich, die Qualität der Berufsorientierungsangebote zu steigern, indem
118 beispielsweise qualifizierte Berufsberater*innen eingesetzt werden und praxisnahe
119 Informationen über Ausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

120 Ausbau von Ausbildungsplatzbörsen und Informationsportalen: Um jungen Menschen den
121 Zugang zu Ausbildungsplätzen zu erleichtern, sollten Ausbildungsplatzbörsen und
122 Informationsportale ausgebaut werden. Hier können sowohl Unternehmen ihre freien
123 Ausbildungsplätze anbieten als auch Jugendliche gezielt nach passenden
124 Ausbildungsstellen suchen. Dies erleichtert die Vermittlung und erhöht die
125 Transparenz auf dem Ausbildungsmarkt.

126 Verbesserung der Ausbildungsqualität: 10% der befragten Auszubildenden im DGB-Jugend
127 Ausbildungsreport gaben an, mit der Qualität ihrer Ausbildung im Betrieb nicht
128 zufrieden zu sein. Um den Zugang zur Ausbildung zu verbessern, ist es wichtig, die
129 Ausbildungsqualität zu steigern. Dies kann durch regelmäßige Überprüfung der
130 Ausbildungsbetriebe, Schulungen für Ausbilderinnen und Ausbilder sowie eine enge
131 Zusammenarbeit zwischen Betrieben und Berufsschulen erreicht werden.

132 Erhöhung der Übernahmechancen: Die Tatsache, dass nur rund 33% der befragten
133 Auszubildenden eine Übernahmezusage hatten, verdeutlicht die Unsicherheit vieler
134 Jugendlicher bezüglich ihrer beruflichen Perspektiven. Um den Zugang zur Ausbildung
135 zu verbessern, sollten die Übernahmechancen erhöht werden, beispielsweise durch
136 verstärkte Kooperationen zwischen Unternehmen und die Förderung von
137 Weiterbildungsmaßnahmen für Auszubildende. Optimal wäre eine Ausweitung des
138 Rechtsanspruchs, auf Ausbildung. Bundesarbeitsminister Heil hat in seinem
139 Gesetzentwurf einer "Ausbildungsplatzgarantie" vom Mai 2023 zwar diesen grundsätzlich
140 in Gesetzesform gegossen, doch dieser muss sich auch auf die Umlage beziehen und
141 ausgeweitet werden. Möglich sind hier landesrechtliche Regelungen, am Beispiel von
142 Bremen oder wie geplant in Niedersachsen.

143 Indem diese Maßnahmen umgesetzt werden, kann der Zugang zur Ausbildung und
144 Berufsorientierung deutlich verbessert werden. Dadurch erhalten junge Menschen
145 bessere Möglichkeiten, ihren beruflichen Werdegang aktiv zu gestalten und werden
146 gleichzeitig den Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht.

147 **3. Verbesserung der Ausbildungskriterien- und Bedingungen:**

148 Um die Qualität und die Bedingungen der Ausbildung weiter zu steigern, ist es
149 erforderlich, die Ausbildungskriterien regelmäßig zu überprüfen und anzupassen. Eine
150 enge Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Berufsschulen und Kammern ist dabei
151 unerlässlich. Wir setzen uns für eine stärkere Praxisorientierung, eine
152 kontinuierliche Weiterbildung der Ausbilder*innen sowie eine Anpassung der Lehrpläne
153 an aktuelle Entwicklungen ein. Dies gewährleistet eine qualitativ hochwertige
154 Ausbildung, die den Anforderungen der Arbeitswelt entspricht. Dazu braucht es auch
155 hier konkrete Maßnahmen:

156 Faire Vergütung: Eine angemessene und faire Vergütung ist ein wichtiger Faktor, um
157 Ausbildungsplätze attraktiv zu machen. Eine angemessene Vergütung ermöglicht den
158 Auszubildenden, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und sich aktiv auf ihre
159 Ausbildung zu konzentrieren, ohne finanzielle Sorgen zu haben. Eine Überprüfung der
160 Ausbildungsvergütungen und die Anpassung an die aktuellen Lebenshaltungskosten sind
161 notwendig, um die Attraktivität von Ausbildungsplätzen zu steigern.

162 Arbeitszeitregelungen: Flexiblere Arbeitszeitregelungen können dazu beitragen, dass
163 Auszubildende Ausbildung und Freizeit besser vereinbaren können. Die Einführung von
164 Gleitzeit oder Teilzeitmodellen ermöglicht es den Auszubildenden, ihre Ausbildung an
165 ihre individuellen Bedürfnisse anzupassen und beispielsweise familiäre
166 Verpflichtungen oder Hobbys besser zu berücksichtigen. Gleitende Arbeitszeit liegt
167 für uns vor, wenn dem*der Arbeitnehmer*in die Möglichkeit eingeräumt wird, innerhalb
168 bestimmter täglicher Gleitspannen, die einer festen Mindestarbeitszeit (= Kernarbeitszeit) vor- und nachgelagert sind, den Beginn und das Ende der täglichen
169 Arbeitszeit selbst zu bestimmen, wobei innerhalb eines bestimmten Ausgleichszeitraums

171 die regelmäßige betriebliche Arbeitszeit erreicht werden muss

172 Unterstützung bei Prüfungsvorbereitungen: Prüfungen stellen für viele Auszubildende
173 eine große Herausforderung dar. Um den Auszubildenden den Prüfungsstress zu
174 erleichtern und sie bestmöglich auf die Prüfungen vorzubereiten, sollten ihnen
175 angemessene Unterstützungsangebote zur Verfügung gestellt werden. Dies kann in Form
176 von zusätzlichen Schulungsmaßnahmen, Prüfungsvorbereitungskursen oder individueller
177 Betreuung durch erfahrene Ausbilderinnen und Ausbilder geschehen.

178 Betriebliche Unterstützung und Begleitung: Eine gute Betreuung und Unterstützung
179 seitens des Ausbildungsbetriebs ist entscheidend, um die Ausbildungsbedingungen
180 attraktiv zu gestalten. Regelmäßiges Feedback, klare Ansprechpartner*innen sowie die
181 Möglichkeit zur regelmäßigen Weiterentwicklung und Fortbildung tragen dazu bei, dass
182 sich Auszubildende gut aufgehoben und unterstützt fühlen.

183 Förderung von eigenverantwortlichem Arbeiten: Auszubildende sollten frühzeitig
184 eigenverantwortliche Aufgaben übernehmen und ihre Fähigkeiten unter Anleitung
185 entwickeln können. Die Möglichkeit, eigenständig an Projekten mitzuarbeiten und
186 Verantwortung zu übernehmen, macht die Ausbildung interessanter und fördert die
187 Motivation und das Selbstvertrauen der Auszubildenden. Die Situation hier sieht im
188 Moment allerdings ganz anders aus, denn über 11% der Azubis müssen häufig oder
189 regelmäßig ausbildungsfremde Tätigkeiten verrichten. Das fördert nicht nur nicht die
190 Transformation, sondern schädigt aktiv.

191 Einbeziehung in betriebliche Entscheidungen: Die Einbindung der Auszubildenden in
192 betriebliche Entscheidungsprozesse und die Möglichkeit zur Mitbestimmung schaffen ein
193 Gefühl der Zugehörigkeit und steigern die Motivation. Dazu müssen JAVs aktiv
194 gefördert und unterstützt werden. Durch regelmäßige Austausch- und
195 Feedbackmöglichkeiten können Auszubildende aktiv an der Gestaltung ihrer Ausbildung
196 teilhaben und ihre Ideen und Vorschläge einbringen. Die Jugendbeteiligung im
197 Transformationsprozess muss gefördert werden, damit die Azubis diesen aktiv
198 mitgestalten können.

199 Förderung von Weiterbildungsmöglichkeiten: Die Möglichkeit zur Weiterbildung und
200 beruflichen Weiterentwicklung ist ein wichtiger Aspekt, der Ausbildungsplätze
201 attraktiver macht. Durch die Bereitstellung von Weiterbildungsmöglichkeiten während
202 der Ausbildung können Auszubildende ihre Fähigkeiten und Kenntnisse erweitern. Dazu
203 zählt auch die Ausweitung des Bildungsurlaubs!

204 **4. Mehr betriebliche Mitbestimmung**

205 Wir sind überzeugt, dass eine stärkere Einbindung der Beschäftigten in
206 unternehmerische Entscheidungsprozesse einen positiven Beitrag zur Transformation
207 leisten kann. Daher fordern wir eine Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung
208 überall. Dies wird langfristig nur durch mehr Tarifbindung erreicht! Es braucht daher
209 außerdem eine Abkehr und Neuregelung vom Tarifeinheitsgesetz. Durch eine erweiterte
210 Beteiligung der Arbeitnehmer*innen werden wichtige Erfahrungen und Ideen eingebracht,
211 die zu einer erfolgreichen Umsetzung von Transformationsprozessen beitragen können.

212 Um die betriebliche Mitbestimmung zu verbessern, können folgende Maßnahmen ergriffen
213 werden:

214 Stärkung der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV): Die JAV ist eine wichtige

215 Institution, die die Interessen der Auszubildenden und jungen Beschäftigten im
216 Betrieb vertritt. Um die betriebliche Mitbestimmung zu stärken, ist es wichtig, die
217 Rechte und Befugnisse der JAV zu stärken und ihr eine aktive Rolle bei betrieblichen
218 Entscheidungen zu ermöglichen. Dies kann beispielsweise durch Schulungen und
219 Weiterbildungen für JAV-Mitglieder, klare Zuständigkeiten und regelmäßige
220 Austauschmöglichkeiten mit dem Betriebsrat, bzw. Personalrat geschehen.

221 Förderung von Betriebsräten: Betriebsräte sind wichtige Akteure der betrieblichen
222 Mitbestimmung. Um ihre Rolle zu stärken, ist es notwendig, die Bildung von
223 Betriebsräten zu unterstützen und ihre Rechte und Handlungsmöglichkeiten zu
224 erweitern. Dies kann beispielsweise durch Schulungen und Weiterbildungen für
225 Betriebsratsmitglieder, die Förderung von Informations- und
226 Kommunikationstechnologien zur effektiven Zusammenarbeit sowie die Gewährleistung
227 eines konstruktiven Dialogs zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung geschehen.

228 Ausbau der Mitbestimmungsrechte: Um die betriebliche Mitbestimmung zu verbessern,
229 können die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer*innen erweitert werden. Dies kann
230 beispielsweise durch die Einführung von erweiterten Informations- und
231 Konsultationsrechten bei betrieblichen Veränderungsprozessen, die Einbeziehung von
232 Betriebsräten in die strategische Planung oder die Schaffung von Möglichkeiten zur
233 Mitbestimmung bei der Arbeitszeitgestaltung geschehen.

234 Förderung von Kooperation und Dialog: Eine offene und konstruktive Kommunikation
235 zwischen Betriebsrat, JAV, Geschäftsleitung und Belegschaft ist entscheidend für eine
236 erfolgreiche betriebliche Mitbestimmung. Durch regelmäßige Austausch- und
237 Informationsveranstaltungen, Feedbackkanäle und eine transparente Kommunikation
238 können Missverständnisse vermieden und das Vertrauen zwischen den Parteien gestärkt
239 werden.

240 Feministische Perspektiven stärken: Vor allem die Perspektive von FINTA* wird in
241 diesem Thema häufig zu wenig berücksichtigt. Doch gerade aus den 1990er Jahren wissen
242 wir, dass gerade die FINTA*-Personen im damaligen Strukturumbuch oft eine mehrfache
243 Last trugen. Es braucht daher eine Ausweitung der strategischen Verankerung in allen
244 Handlungsfeldern von Gleichstellungsaspekten.

245 Rechtliche Rahmenbedingungen verbessern: Um die betriebliche Mitbestimmung zu
246 verbessern, können auch die rechtlichen Rahmenbedingungen überprüft und
247 gegebenenfalls angepasst werden. Dies kann beispielsweise die Vereinfachung von
248 Verfahren, die Stärkung der Rechte von Betriebsräten und JAVs oder die Schaffung von
249 Anreizen für Unternehmen zur aktiven Einbeziehung der Beschäftigten sein.

250 Indem diese Maßnahmen umgesetzt werden, kann die betriebliche Mitbestimmung gestärkt
251 und zu einer positiven Unternehmenskultur beitragen, in der die Interessen der
252 Arbeitnehmer*innen den Betrieb bestimmen und sich das Profitstreben der
253 Unternehmer*innen mehr in Richtung der Interessen der Beschäftigten bewegt.

254 **5. Fachkräftemangel Sofort-Paket**

255 Um dem akuten Fachkräftemangel in bestimmten Branchen entgegenzuwirken, schlagen wir
256 die Einführung eines Fachkräftemangel Sofort-Pakets vor. Dies beinhaltet gezielte
257 Maßnahmen wie die Intensivierung der Aus- und Weiterbildung in den betroffenen
258 Bereichen, die Vereinfachung von Anerkennungsverfahren ausländischer Abschlüsse und

259 die Förderung von Einwanderung auf den Arbeitsmarkt. Viele der oben bereits
260 aufgeführten Maßnahmen müssen Teil des Fachkräfte Sofort-Pakets sein:

261 Stärkere Ausbildungsförderung: (siehe oben)

262 Attraktivität der Ausbildungsberufe steigern: Die Attraktivität der Ausbildungsberufe
263 kann durch verschiedene Maßnahmen gesteigert werden. Dazu gehören eine angemessene
264 Vergütung, gute Entwicklungsperspektiven, eine gute Work-Life-Balance sowie die
265 Anerkennung und Wertschätzung der Auszubildenden. Es ist wichtig, die Vielfalt und
266 die Möglichkeiten der Ausbildungsberufe bekannt zu machen und das Image von
267 Ausbildungsberufen zu verbessern.

268 Regionale Zusammenarbeit: Um den Fachkräftemangel zu bekämpfen, ist eine enge
269 Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Bildungseinrichtungen, Arbeitsverwaltung und
270 anderen relevanten Akteur*innen erforderlich. Gemeinsame Projekte,
271 Informationsveranstaltungen, Praktika und Kooperationen können dazu beitragen, die
272 Ausbildungsmöglichkeiten bekannt zu machen und den Übergang von der Schule in den
273 Beruf zu erleichtern. Es kann nicht aus den Landeshauptstädten oder Berlin heraus
274 entschieden werden, was im Revier benötigt wird. Sachsen-Anhalt hat dabei mit dem
275 Revierausschuss auf Landesebene ein Gremium geschaffen, welches in die richtige
276 Richtung zielt. Diese Projekte müssen gestärkt und ausgeweitet werden!

277 Weiterbildung und Umschulung: Es ist wichtig, vorhandene Fachkräfte weiterzubilden
278 und umzuschulen, um den Bedarf an spezialisierten Arbeitskräften zu decken. Die
279 Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen und Umschulungen, beispielsweise durch
280 finanzielle Unterstützung oder Bildungsgutscheine, ermöglicht es den Menschen, sich
281 neue Fähigkeiten anzueignen und sich den Anforderungen des Arbeitsmarktes anzupassen.
282 Gerade im Bezug auf die Digitalisierung ist es wichtig, alle Beschäftigten an
283 verschiedenen Möglichkeiten teilhaben zu lassen, wie z.B. dem Programm "Arbeit 4.0".

284 Attraktivität der Region steigern: Um Fachkräfte anzuziehen, ist es wichtig, die
285 Attraktivität der Region insgesamt zu steigern. Dazu gehören eine gute Infrastruktur,
286 attraktive Wohnmöglichkeiten, kulturelle Angebote, Freizeitmöglichkeiten und eine
287 gute Work-Life-Balance. Eine positive Entwicklung der Region und gezielte
288 Marketingmaßnahmen können dazu beitragen, Fachkräfte anzulocken und langfristig zu
289 binden.

290 Internationale Fachkräftegewinnung: Um den Fachkräftemangel zu bekämpfen, müssen auch
291 internationale Fachkräfte gewonnen werden. Dies erfordert eine gezielte Ansprache,
292 Unterstützung bei der Integration und Anerkennung ausländischer Qualifikationen. Der
293 Ausbau von Sprachkursen und interkulturellen Trainings kann dazu beitragen, die
294 Integration von internationalen Fachkräften zu erleichtern.

295 Indem diese Maßnahmen umgesetzt werden, kann der Fachkräftemangel bekämpft werden und
296 die Region langfristig gestärkt werden.

297 **6. Verbesserung der Arbeitsbedingungen**

298 Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist von zentraler Bedeutung für das
299 Wohlergehen der Beschäftigten und der Gesellschaft. In einer Zeit, in der sich
300 Arbeitswelten und -strukturen stetig verändern, gewinnt die Gestaltung gesunder,
301 motivierender und ausgewogener Arbeitsumgebungen immer mehr an Bedeutung.
302 Arbeitsbedingungen umfassen verschiedene Aspekte wie Arbeitszeit,

303 Arbeitsplatzsicherheit, Arbeitsbelastung, soziale Interaktionen am Arbeitsplatz und
304 die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Eine gezielte Verbesserung dieser
305 Bedingungen trägt nicht nur zur Zufriedenheit der Beschäftigten bei, sondern hat auch
306 positive Auswirkungen auf ihre Produktivität, die Arbeitsqualität und die
307 Attraktivität des Unternehmens als Arbeitgeber. Darüber hinaus fördert die
308 Verbesserung der Arbeitsbedingungen die Gesundheit der Beschäftigten, reduziert
309 Stress und Burnout-Risiken und unterstützt eine bessere Work-Life-Balance. Überall
310 ist es von besonderer Bedeutung, die Arbeitsbedingungen kontinuierlich zu verbessern,
311 um den Menschen eine gute Lebensqualität und Perspektiven in ihrem beruflichen Umfeld
312 zu bieten. Dieser Schritt ist nicht nur im Interesse der Beschäftigten, sondern auch
313 ein wichtiger Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Region und zur Stärkung des
314 Wirtschaftsstandorts.

315 Neue Arbeitszeitmodelle: Die Einführung neuer Arbeitszeitmodelle wie Gleitzeit,
316 Teilzeit oder Homeoffice ermöglicht den Beschäftigten eine bessere Vereinbarkeit von
317 Beruf und Privatleben. Indem die Arbeitnehmer*innen ihre Arbeitszeiten flexibler
318 gestalten können, können sie beispielsweise familiäre Verpflichtungen,
319 Weiterbildungen, Ehrenamt oder Freizeitaktivitäten besser in ihren Alltag
320 integrieren. Hierbei ist es aber von enormer Wichtigkeit, dass die Flexibilisierung
321 nicht zum Betrug wird. Es geht nicht um die Einführung einer "NEW-WORK" Philosophie,
322 sondern darum, dass die Beschäftigten sich flexibler einteilen können, wann sie ihre
323 Arbeit verrichten. Dabei muss vor allem gewährleistet werden, dass die Arbeitszeit
324 genau erfasst wird und keiner mehr Arbeiten muss, als es per Gesetz oder durch den
325 Arbeitsvertrag vereinbart wurde. Daher braucht es eine gesetzliche Maximalarbeitszeit
326 von 30h oder die Einführung einer 4 Tage Woche, wie von der IG Metall jetzt in der
327 aktuellen Tarifrunde "Stahl".

328 Arbeitszeitkonten: Arbeitszeitkonten bieten den Beschäftigten die Möglichkeit, ihre
329 Arbeitszeiten selbst zu steuern und Überstunden oder Mehrarbeit zu erfassen. Durch
330 die flexible Nutzung dieser Konten können Arbeitnehmer*innen Zeiten mit erhöhtem
331 Arbeitsaufkommen ausgleichen oder freie Tage für persönliche Belange nehmen.

332 Gesundheitsmanagement angepasst an die Bedürfnisse der Beschäftigten: Ein gutes
333 Gesundheitsmanagement fördert die Gesundheit und das Wohlbefinden der Beschäftigten.
334 Maßnahmen wie Gesundheitsförderung, Sportangebote, Ergonomie am Arbeitsplatz und
335 Stressbewältigungsprogramme können dazu beitragen, die Arbeitsbedingungen zu
336 verbessern und die Work-Life-Balance zu unterstützen. Diese müssen aber im Rahmen der
337 öffentlichen Daseinsvorsorge für alle zugänglich sein und nicht nur einigen großen
338 Betrieben. Ein Modell wie bei der umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie halten
339 wir hier für sinnvoll.

340 Fachkräfteschulungen: Fachkräfte spielen eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der
341 Arbeitsbedingungen. Durch Schulungen und Trainings können sie sensibilisiert werden,
342 die Bedürfnisse der Beschäftigten zu erkennen und eine positive Arbeitskultur zu
343 fördern. Das Stichwort heißt hier Solidarität unter den Beschäftigten, denn nur so
344 können gezielt Verbesserungen erkämpft werden.

345 Arbeitsplatzsicherheit: Eine sichere Beschäftigung und ein angemessener
346 Kündigungsschutz schaffen Vertrauen und ermöglichen den Beschäftigten eine bessere
347 Planbarkeit ihres beruflichen und privaten Lebens. Eine gute Arbeitsplatzsicherheit
348 ist ein wichtiger Faktor für eine positive Work-Life-Balance.

349 Unterstützung bei Kinderbetreuung und Pflege: Um die Vereinbarkeit von Beruf und
350 Familie zu erleichtern, können Betreuungsangebote für Kinder sowie
351 Unterstützungsleistungen für die Pflege von Angehörigen bereitgestellt werden. Die
352 Schaffung von Kita-Plätzen, Betreuungsmodellen und Beratungsangeboten entlastet
353 Beschäftigte in ihrer familiären Verantwortung und fördert die Work-Life-Balance.

354 **7. Herkömmliche Betriebe hin zu Transformation**

355 Um herkömmliche Betriebe in Unternehmen umzuwandeln, die gut für
356 Transformationsprozesse wie die Herstellung erneuerbarer Energien und Technologie
357 oder von ÖPNV-Geräten und Zubehör geeignet sind, sind folgende Schritte und Maßnahmen
358 hilfreich. Dies muss aber immer und in allen Bereichen von Gewerkschaften und den
359 Organen der betrieblichen Mitbestimmung begleitet werden und gegebenenfalls VETO-
360 Rechte geltend gemacht werden. Damit schlussendlich die Beschäftigten über den
361 Transformationsprozess des Unternehmens bestimmen:

362 Analyse und Bewertung: Zunächst ist es wichtig, den aktuellen Zustand der Betriebe zu
363 analysieren und zu bewerten. Dabei sollten sowohl die bestehenden Fähigkeiten,
364 Ressourcen, Technologien und zukünftigen Anforderungen im Bereich erneuerbare
365 Energien und ÖPNV berücksichtigt werden. Eine umfassende Bewertung ermöglicht es, die
366 vorhandenen Stärken und Schwächen des Betriebs zu identifizieren.

367 Strategieentwicklung: Basierend auf der Analyse sollte eine klare Strategie
368 entwickelt werden, die den Transformationsprozess hin zu einem Unternehmen im Bereich
369 erneuerbare Energien oder ÖPNV definiert. Diese Strategie sollte Ziele, Meilensteine
370 und konkrete Handlungsschritte enthalten. Die Ausrichtung auf Nachhaltigkeit und
371 Umweltfreundlichkeit sind dabei zentrale Aspekte.

372 Kompetenzaufbau und Weiterbildung: Um die Transformation erfolgreich umzusetzen, ist
373 es wichtig, das Wissen und die Fähigkeiten der Beschäftigten anzupassen und
374 weiterzuentwickeln. Dies kann durch Schulungen, Weiterbildungen und den gezielten
375 Aufbau von Kompetenzen im Bereich erneuerbare Energien, ÖPNV oder Ähnlichem
376 geschehen. Der Fokus sollte auf technischem Know-how, Nachhaltigkeit und neuen
377 Produktions- und Fertigungstechniken liegen.

378 Investitionen in Technologien und Infrastruktur: Die Umstellung auf die Herstellung
379 erneuerbarer Energien oder ÖPNV-Geräte erfordert oft Investitionen in neue
380 Technologien und Infrastrukturen. Dies kann den Aufbau von Produktionsanlagen für
381 erneuerbare Energien, den Einsatz von erneuerbaren Energien in der Produktion oder
382 die Entwicklung von innovativen Mobilitätslösungen umfassen. Förderprogramme und
383 finanzielle Unterstützung seitens der Regierung oder anderer Institutionen können
384 dabei helfen, die erforderlichen Investitionen zu stemmen. Diese müssen sich hier an
385 die Tarifbindung halten und nur Unternehmen, welche Tariflohn bezahlen, treffen. Der
386 bereits angelaufene Just Transition Fund (JTF) kann dabei lediglich ein Anfang sein.
387 Es muss gewährleistet werden, dass die Investitionen, welche hieraus kommen nur an
388 Unternehmen gezahlt wird, die sicherstellen können, dass sich mit dem Geld nicht die
389 Taschen voll gemacht wird, sondern die Gelder wirklich für den Transformationsprozess
390 ausgegeben werden.

391 Partnerschaften und Kooperationen: Um die Transformation erfolgreich zu gestalten,
392 können Partnerschaften und Kooperationen mit anderen Unternehmen,
393 Forschungseinrichtungen oder Experten im Bereich erneuerbare Energien und ÖPNV von

394 Vorteil sein. Gemeinsame Projekte und der Austausch von Wissen und Erfahrungen können
395 den Transformationsprozess beschleunigen und neue Perspektiven eröffnen.

396 **8. Stärkung von Gewerkschaften im Betrieb und außerhalb**

397 Abschließend bleibt zu sagen, dass nur Gewerkschaften wirklich zur Verbesserung der
398 Arbeitsbedingungen beitragen. Daher braucht es hier gerade von Seiten der SPD eine
399 klare Unterstützung und Bekenntnis zur politischen Arbeit von Gewerkschaften. Denn
400 nur eine gute Organisation im Betrieb führt langfristig zur wirklichen Work-Life-
401 Balance und zur Transformation der Industrie!

402 **Fazit:**

403 Für die Transformation braucht es folgende Schritte:

- 404 1. Umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie
- 405 2. Zugang zu Ausbildung und Berufsorientierung
- 406 3. Verbesserung der Ausbildungskriterien- und Bedingungen
- 407 4. Mehr betriebliche Mitbestimmung
- 408 5. Fachkräfte Sofort-Paket
- 409 6. Verbesserung der Arbeitsbedingungen
- 410 7. Herkömmliche Betriebe hin zur Transformation
- 411 8. Stärkung von Gewerkschaften im Betrieb und außerhalb

Antrag B2: Arbeit im Wandel: sozial, feministisch, ökologisch.

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Beschäftigung & Gute Arbeit

1 Arbeit und das Verständnis von Arbeit haben sich in den vergangenen Jahren gewandelt.
2 Die Schwerpunkte der Menschen und ihre Einstellung zur Arbeit haben sich verschoben.
3 Umfragen zeigen, dass der Wert von Freizeit und Selbstverwirklichung einen höheren
4 Stellenwert einnimmt als früher. Die digitale Transformation betrifft auch die
5 Arbeitswelt und bringt nicht nur emanzipatorisches Potential sondern auch
6 Herausforderungen für unseren Kampf für gute Arbeit mit. Es werden Branchen in den
7 Bereichen der erneuerbaren Energien geschaffen werden müssen und es werden welche in
8 der Kohle und Stahlindustrie verloren gehen oder sich verändern.

9 Der Ausbildungsstart bedeutet für viele junge Azubis, dass ein neuer Lebensabschnitt
10 beginnt. Um diesen Abschnitt für alle so angenehm wie möglich zu gestalten, müssen
11 wir noch vieles verbessern. „Wer nicht ausbildet wird umgelegt“ ist vielleicht nicht
12 ganz wörtlich gemeint, aber doch der richtige Ansatz für eines der Hauptprobleme.
13 Viele Betriebe bilden nicht oder nicht mehr aus und erschweren es so Azubis einen
14 Ausbildungsplatz zu finden, auch wenn klar ist, dass die Azubis die Zukunft der
15 Branche darstellen.

16 Als Jungsozialist*innen stehen wir Seite an Seite mit den Gewerkschaften und kämpfen
17 für bessere Arbeitsbedingungen, eine flächendeckende Tarifbindung, die Rückkehr aus
18 Teilzeit in Vollzeit und vor allem aktuell: die Aufwertung der Pflegeberufe. Das Wort
19 „systemrelevant“ ist während der Pandemie zum Dauerbrenner geworden und vor allem
20 während des Lockdowns wurde deutlich, wer unsere Gesellschaft in so einem Fall am
21 Laufen hält. Trotzdem sind Berufe in der Pflege und anderen sozialen Berufen
22 vollkommen unterbezahlt und unterbesetzt. Wir sagen: Es braucht mehr als nur Applaus:
23 Es braucht nachhaltige Veränderungen.

24 **Feministische Perspektive**

25 Auch im 21. Jahrhundert stehen Frauen in unserer Gesellschaft vor vielen Hürden und
26 Herausforderungen und sind von systematischer Benachteiligung betroffen. Viele dieser
27 Probleme zeigen sich im Umfeld der Arbeit. Eine der größten Baustellen findet sich an
28 der Spitze von Unternehmen: In Deutschland besetzen kaum Frauen Leitungspositionen
29 in großen Unternehmen, sie stoßen bei ihrem Aufstieg an eine „gläserne Decke“. Dieses
30 Phänomen existiert, weil Vorstände und Aufsichtsräte von Männern dominiert sind, die
31 es vorziehen, auch mit Männern zusammenzuarbeiten. Frauen werden so nicht auf
32 entsprechende Posten berufen. Wir kämpfen deshalb weiter für eine echte
33 Gleichstellung und fordern eine Frauenquote von 50 Prozent für Aufsichtsräte und
34 Vorstände von Unternehmen.

35 Diskriminierung beginnt jedoch nicht bei der Vergabe von Vorstandsposten. Häufig
36 kommt es hierzu schon in Bewerbungsprozessen. Bewerber*innen werden dabei aufgrund
37 ihres Geschlechtes, ihrer Hautfarbe oder Herkunft noch vor einem Gespräch
38 aussortiert.

39 Ein Mittel, dem zu begegnen, ist, Bewerbungsverfahren zu anonymisieren. Dabei werden

40 Merkmale wie Herkunft und Geschlecht nicht in den entsprechenden Unterlagen
41 aufgeführt und Fotos liegen den Personaler*innen nicht vor. Wir fordern deshalb, das
42 Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) entsprechend zu ergänzen, um solche
43 anonymisierten Verfahren vorzuschreiben und Verstöße sanktionierfähig zu machen.
44 Weiterhin ist in Deutschland auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Feld,
45 das von Missständen geprägt ist. Entscheidet sich ein Paar für Kinder, ist es in der
46 Regel die Frau, die entweder Elternzeit nimmt oder ihren Beruf ganz verlässt. Auch
47 die Pflege von Angehörigen übernehmen meist Frauen. Frauen erledigen also meist diese
48 gesellschaftliche „Care- und Reproduktionsarbeit“. Zugleich ist der (Wieder-)Einstieg
49 in den Beruf erschwert. Das be- oder gar verhindert den beruflichen Aufstieg von
50 Frauen und fördert das Risiko, im Alter von Armut bedroht zu sein.

51 Wir akzeptieren das nicht – Care-Arbeit und Reproduktionsarbeit ist Arbeit! Von einer
52 allgemeinen Arbeitszeitverkürzung profitieren nicht nur, aber insbesondere auch
53 Eltern und pflegende Angehörige. Darüber hinaus wollen wir Unternehmen verpflichten,
54 flexible Arbeitszeitmodelle anzubieten. Besonders letztere müssen dabei umfassend
55 tariflich und gesetzlich abgesichert sein, damit kein Missbrauch möglich ist. Das
56 betrifft insbesondere Ruhezeiten sowie tägliche und wöchentliche Höchstarbeitszeiten.
57 Insgesamt ist für uns aber unerlässlich, dass die Maßnahmen die Betroffenen
58 tatsächlich entlasten und gleichzeitig für ein gleichbleibendes Lohnniveau sorgen.
59 Unabhängig vom Konzept sind ein Rückkehrrecht in die Vollzeit und ein Rechtsanspruch
60 auf gleiche Karrierechancen überfällig und müssen garantiert werden. Hierzu fordern
61 wir eine entsprechende Novellierung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG) und
62 eine Überarbeitung der geltenden Brückenzeitregelung.

63 Um zu verhindern, dass Care- und Reproduktionsarbeit zum Armutsrisiko wird, muss sie
64 in der Rentenversicherung und in der Arbeitslosenversicherung berücksichtigt werden.
65 Gegebenenfalls muss der Staat dabei die Beiträge der Arbeitnehmer*innen übernehmen.

66 Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der die Verrichtung von Care- bzw.
67 Reproduktionsarbeit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Das bedeutet, dass die
68 Professionalisierung der Care-Arbeit vorangetrieben wird, um flächendeckend
69 kostenlose Kinderbetreuung in Anspruch nehmen zu können und damit die Organisation
70 der Pflege von pflegebedürftigen und be-hinderten Angehörigen nicht länger eine rein
71 private Aufgabe ist. Darüber hinaus muss die Verteilung der Arbeit von
72 Geschlechterstereotypen befreit werden und in allen Bildungseinrichtungen vermittelt
73 werden, dass Care-Arbeit nicht weiblich, sondern menschlich ist. Für die gerechte
74 Verteilung der Care- und Reproduktionsarbeit sehen wir die Verkürzung der
75 Wochenarbeitszeit auf 25 Stunden als zentrales Instrument.

76 In der nun anlaufenden Legislatur erwarten wir, dass das Ehegattensplitting endlich
77 gestrichen wird. Das Steuermodell bevorzugt Verheiratete, bei denen nur eine Person
78 arbeitet. Entsprechend gesellschaftlicher Rollenklischees bleiben damit in den
79 allermeisten Fällen die Frauen zu Hause. Ein staatliches Programm, das
80 Diskriminierung (in)direkt fördert, muss abgeschafft werden.

81 **Perspektive der Studierenden**

82 **Duales Studium**

83 Studium und Praxis miteinander zu verbinden ist in vielen Studiengängen enorm
84 hilfreich und erleichtert den späteren Berufseinstieg. Um hier die theoretischen
85 Inhalte und die Praxis bestmöglich kombinieren zu können, wurde bereits 1970 das

86 duale Studienmodell entwickelt. Das duale Studium sollte eine erste Antwort auf die
87 gestiegenen Qualifikationsanforderungen darstellen. Heute dient es nicht nur dazu,
88 während des Studiums schon Erfahrungen im Beruf zu sammeln, sondern auch darum, sich
89 in Teilen den Lebensunterhalt leisten zu können. In vielen dualen Studiengängen
90 fallen Studiengebühren an, die wir entschieden ablehnen. Für uns steht fest: Bildung
91 muss immer kostenfrei sein! Deshalb gilt es auch Rückzahlungsklauseln gesetzlich zu
92 verbieten. Die Entlohnung des Dualen Studiums muss sich verbessern, damit die dual
93 Studierenden auch in teuren Städten tatsächlich ihren Lebensunterhalt bestreiten
94 können.

95 Es lassen sich drei verschiedene Arten des dualen Studiums unterscheiden. Das
96 Ausbildungsintegrierende Studium verbindet den angestrebten Hochschulabschluss mit
97 einem Abschluss in einem anerkannten Ausbildungsberuf. Das Praxisintegrierende Modell
98 enthält verlängerte Praxisphasen in dem jeweiligen Berufsfeld. Hierbei besteht für
99 die Studierenden eine gültige Hochschulzulassung und entweder ein Ausbildungs- oder
100 Studienvertrag mit dem Praxispartner. Das Berufsintegrierende Modell verbindet eine
101 Teilzeittätigkeit mit einem Studium.

102 Viele Studierende arbeiten teilweise mehr als 30 Stunden pro Woche und werden dafür
103 nicht ausreichend entlohnt, denn aktuell sind die Rahmenbedingungen für dual
104 Studierende nicht gesetzlich geregelt. Wir Jusos fordern bereits seit 2016 die
105 Aufnahme von dual Studierenden in das Berufsbildungsgesetz (BBiG), um die
106 Arbeitsbedingungen zu verbessern und die Löhne zu erhöhen. Nach fünf Jahren ist diese
107 Forderung aktueller denn je, denn die Zahl der dual Studierenden steigt und die
108 "Spielregeln" für die Praxisphasen sind weiterhin nicht angemessen geregelt. Wir
109 fordern die Aufnahme von dual Studierenden und ihren entsprechenden Praxisphasen in
110 den Unternehmen in das BBiG. Hier gelten aktuell keine einheitlichen Regelungen und
111 die Verträge zwischen den Studierenden und den Unternehmen werden individuell
112 geschlossen und es gibt keine Pflicht, einen gewissen Mindestbetrag auszuführen, was
113 zu Ausbeutung der jungen Mitarbeiter*innen führt. Außerdem muss eine geregelte
114 Ausbildung sichergestellt werden. Daher fordern wir die Pflicht zur Vorlage eines
115 Ausbildungsplans, der während des Studiums als Orientierung dient und vielfältige
116 Einblicke in den Beruf gewähren soll. Bei der Aushandlung von Tarifverträgen ist es
117 wichtig, die Besonderheiten der dual Studierenden in den Blick zu nehmen und Ihre
118 Belange wie Urlaub, Freistellung für die Vorlesungen und Arbeitszeit im BBiG zu
119 regeln und eine gesetzliche Grundlage zu schaffen.

120 Diese Form der Ausbildung wird immer beliebter und 20% aller Studierenden schlagen
121 diesen Weg ein. Wir stehen solidarisch an der Seite der Studierenden und der
122 Gewerkschaften, die sich schon lange für das Thema einsetzen.

123 Um Gleichstellung zu fördern und Antifaschismus in unserer Gesellschaft zu stärken,
124 sollten diskriminierungskritische Inhalte Bestandteil aller Ausbildungen sein – das
125 gilt somit auch für das Studium. Wir fordern daher die Vermittlung
126 diskriminierungskritischer Inhalte, Kompetenzen und Grundsätze als verpflichtende
127 Bestandteile aller Studiengänge in Bayern – und perspektivisch bundesweit.

128 **Wissenschaftliche Perspektive**

129 "Unter dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz hätte jemand wie Albert Einstein
130 sicherlich keinen Nobelpreis bekommen" sagt der stellvertretende Vorsitzende der
131 Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft (GEW). Wer an einer deutschen Universität

132 promoviert, habilitiert oder auf andere Weise seine Qualifikation erhöht, fällt unter
133 eben jenes Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG), das bestimmt, dass
134 wissenschaftliche Mitarbeiter*innen bis zu sechs Jahr vor und sechs Jahre nach ihrer
135 Promotion befristet beschäftigt werden dürfen (in der Medizin sind es sechs
136 beziehungsweise neun Jahre). Die genauen Laufzeiten können die Hochschulen selbst
137 festlegen. Diese Regelungen haben zur Folge, dass es quasi keine unbefristeten
138 Stellen in der wissenschaftlichen Arbeit gibt, sondern alle Mitarbeitenden auf eine
139 Professur hinarbeiten oder die Wissenschaft früher oder später verlassen müssen. 2020
140 waren laut GEW 89 Prozent aller Verträge wissenschaftlicher Mitarbeiter befristet.

141 Die Befristungen sollen den wissenschaftlichen Werdegang der nachrückenden
142 Forscher*innen regeln und laut Bundesbildungsministerin Karlicek auch durch mehr
143 personellen Wandel Innovation schaffen und mehr Menschen einen Weg in der
144 Wissenschaft bieten. Doch das WissZeitVG verfehlt dieses Ziel und verschlechtert
145 sogar die Lebensverhältnisse von jungen wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen.
146 Unabhängig davon, ob "Innovation" tatsächlich durch Befristung entstehen kann, ist es
147 in unseren Augen nicht das primäre Ziel von Wissenschaft innovativ zu sein sondern in
148 erster Linie, wissenschaftliche Qualität durch ordentliche Beschäftigungsverhältnisse
149 sicherzustellen. Nur Wissenschaftler*innen, die sich keine Sorgen um ihre berufliche
150 Zukunft machen müssen, können gut forschen.

151 • Wer befristet arbeitet, kann keine Familie planen. 49 Prozent der Frauen und 42
152 Prozent der Männer, die nach der Promotion in der Wissenschaft arbeiten, bleiben
153 kinderlos. Gerade in der Phase zwischen Mitte 20 und Ende 30, in der Familien
154 gegründet und die Lebensplanung geschieht, haben junge Mitarbeiter*innen an
155 Universitäten keine Planungssicherheit, sondern hangeln sich von Vertrag zu
156 Vertrag.

157 • Die meisten Stellen sind wegen der vielfältigen Aufgaben auf Teilzeit ausgelegt.
158 Mit der Arbeit in Laboren, der Lehre oder der Betreuung studentischer Arbeiten
159 neben der Promotion wird aus einer bezahlten Teilzeitstelle schnell eine
160 gearbeitete Vollzeitstelle. Das eigentliche Ziel, die Promotion oder
161 Habilitation, wird zur Aufgabe in der vermeintlichen Freizeit.

162 • Die Innovation und die Qualität in der Forschung leiden, denn wer jedes halbe
163 Jahr auf einen neuen Vertrag hoffen muss, wird eher solide Publikationen
164 verfassen anstatt kontroverse Thesen zu vertreten und gängige Standpunkte der
165 Wissenschaft anzugreifen. Zudem herrscht auch hier keine Planungssicherheit,
166 denn wird ein Vertrag nicht verlängert, kann auch die Forschungsarbeit oft nicht
167 fortgeführt werden.

168 • Das Ziel der Professur ist ein Irrweg, denn nur eine von 23 Bewerbungen hat
169 Erfolg. Auf wenige Stellen kommen so enorm viele Bewerber*innen. Dabei werden
170 hauptsächlich die Zahl der Publikation und die erreichten Drittmittel bei der
171 Auswahl betrachtet, weniger die Qualität der Lehre. Wer keine Professur bekommt,
172 muss in den meisten Fällen nach zwölf Jahren befristeter Arbeit in der
173 Wissenschaft die Hochschule verlassen und in die freie Wirtschaft wechseln. In
174 vielen Fällen ist dieser Schritt aufgrund des Alters schwer und die
175 Karrierechancen sind extrem gering.

176 Diese Missstände nehmen wir nicht weiter hin! Die wissenschaftlichen
177 Mitarbeiter*innen sind das Grundgerüst der universitären Forschung und Lehre. Sie

178 unterrichten die künftigen Akademiker*innen und forschen zum Wohl der Allgemeinheit.
179 Deshalb verdienen sie Respekt und Sicherheit, keine prekären Arbeitsverhältnisse. Wir
180 fordern deshalb:

- 181 • Als Qualifikationserwerb dürfen nur noch Promotion und Habilitation behandelt
182 werden. Befristete Verträge sollen nur noch in diesen Fällen zulässig sein,
183 nicht mehr bei der Mitarbeit in Forschungsgruppen oder bei der Arbeit an
184 Publikationen.
- 185 • Die Dauer der Befristung darf nicht mehr von den Universitäten selbst festgelegt
186 werden, sondern muss stärker gesetzlich beschränkt sein.
- 187 • Frauen muss es möglich sein, auch mit Kindern einen wissenschaftlichen Werdegang
188 anzustreben. Dazu müssen sie besonders gefördert werden, dazu zählt
189 beispielsweise die Bereitstellung von Betreuungsplätzen.
- 190 • Der geradlinige wissenschaftliche Werdegang mit dem Ziel einer Professur muss
191 verlassen werden. Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen müssen stattdessen
192 unbefristet angestellt werden.
- 193 • Unser Ziel ist es, alle Beschäftigten deutscher Hochschulen aus prekären,
194 befristeten und unfreiwillig abgeschlossenen Teilzeitverträgen in
195 sozialversicherungspflichtige Dauerstellen zu überführen.

196 Nur mit diesen Maßnahme können wir den Wissenschaftsstandort Deutschland sichern und
197 jungen Menschen gleichzeitig einen perspektivreichen Weg in die universitäre
198 Forschung eröffnen. Wissenschaftliche Mitarbeiter*innen sollen endlich den Respekt
199 bekommen, den sie verdienen!

200 **Geringfügige Beschäftigung**

201 Grundsätzlich lehnen wir geringfügige Beschäftigungsverhältnisse ab. Diese sind vor
202 allem ein Mittel, mit dem Altersarmut, aber auch Armut im Falle des Jobverlustes
203 gefördert werden, da diese Arbeit keine Rentenpunkte einbringt und zudem auch kein
204 Beitrag in die Sozialversicherung eingezahlt wird. Da Frauen tendenziell häufiger in
205 geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, sind sie von diesen Gefahren mehr
206 betroffen als Männer. Arbeitgeber*innen haben aus unserer Sicht eine Verpflichtung
207 gegenüber der Gesellschaft und diese Verpflichtung besteht darin, Arbeitsplätze zu
208 schaffen, die ein gutes Auskommen, das armutsfest ist, zu garantieren. Dazu gehört
209 neben dem Mindestlohn die Einzahlung in die Renten- und Sozialversicherung. Wir
210 fordern die Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro. Verhältnisse, in denen
211 Arbeitgeber*innen Bewerber*innen dazu nötigen, auf Renten- und
212 Sozialversicherungseinzahlungen zu verzichten, müssen unterbunden werden.
213 Hierzu bedarf es der Abschaffung von geringfügigen Beschäftigungen in der heutigen
214 Form. Für Schüler*innen und Studierende braucht es beispielsweise Formen der
215 Beschäftigung, die Einzahlungen in die Renten- und Sozialversicherung generieren,
216 damit bereits diese Arbeit zur Absicherung für später beiträgt.
217 Solange geringfügige Beschäftigungsverhältnisse bestand haben, bedarf es einer
218 besseren Aufklärung darüber, welche Auswirkungen der Verzicht auf Einzahlung von
219 Renten- und Sozialversicherungsbeiträge hat. Viele junge Menschen, die als
220 Schüler*innen ihren ersten Job annehmen, wissen nicht ausreichend darüber Bescheid
221 und lassen sich so leicht von Arbeitgeber*innen davon überzeugen, dass sie auf eine
222 Einzahlung verzichten. Hier muss dringend mehr Wissen vermittelt werden.

223 **Perspektive der Azubis**

224 Mit der Einführung der Mindestvergütung für Auszubildende haben wir Jusos in der
225 letzten Legislaturperiode viel für junge Menschen erreicht – gegen den Widerstand der
226 Union. Die Höhe der Mindestausbildungsvergütung reicht aber immer noch nicht für ein
227 selbstständiges Leben von jungen Leuten aus. Daher kämpfen wir für eine Erhöhung der
228 Mindestausbildungsvergütung, bis dies erreicht ist. Ebenso wollen wir den
229 Geltungsbereich des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) auf alle Ausbildungsberufe
230 ausweiten, sodass die Mindestausbildungsvergütung ebenso wie alle anderen
231 Schutzrechte im BBiG zukünftig für alle jungen Menschen in Ausbildung gelten.

232 Wir möchten eine Ausbildungsgarantie einführen, die jedem jungen Menschen das Recht
233 auf einen guten Ausbildungsplatz gibt. Denn immer noch verlassen viel zu viele junge
234 Menschen, die gerne eine Ausbildung machen würden die Schule ohne einen
235 Ausbildungsplatz. Der Staat hat hier die Verantwortung jedem jungen Menschen eine
236 gute Zukunftsperspektive zu geben. Die betriebliche Ausbildung hat hier jedoch
237 Vorrang vor dem staatlichen Ausbildungssystem. Daher bleibt es Ziel, dass jeder junge
238 Mensch einen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommt.

239 Inzwischen beteiligen sich rund 80 Prozent der Betriebe gar nicht mehr an der
240 Ausbildung von Fachkräften. Gerade in Zeiten, in denen sich fast alle
241 Arbeitgeberverbände über fehlende Fachkräfte beklagen, es aber immer noch jährlich
242 Zehntausende junge Menschen gibt, die keinen Ausbildungsplatz bekommen, ist das ein
243 Zustand, den wir nicht hinnehmen können. Daher möchten wir durch eine
244 Ausbildungsplatzumlage dafür sorgen, dass sich zukünftig alle Betriebe zumindest
245 finanziell an der Ausbildung von Fachkräften beteiligen. Die Ausbildungsplatzumlage
246 sollte in einen Ausbildungsfonds entrichtet werden, aus dem wiederum die Schaffung
247 von Ausbildungsplätzen (im Rahmen der Ausbildungsgarantie) finanziert werden. Damit
248 Auszubildende berufliche Sicherheit auch nach dem Ende der Ausbildung haben, fordern
249 wir eine Übernahmegarantie in die Festanstellung.

250 Junge Menschen, die von ihren Eltern nicht finanziell unterstützt werden, haben oft
251 Probleme, die Lebenshaltungskosten während der Ausbildung zu tragen. Mit dem
252 Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) wurde 1971 eine staatliche Förderung für
253 solche Situationen geschaffen. Heute können aber nur noch wenige Auszubildende diese
254 Förderung in Anspruch nehmen, weil die Grenzen für das Einkommen der Eltern zu
255 niedrig angesetzt sind. Außerdem wird die Beantragung durch viele bürokratische
256 Hürden erschwert.

257 Wir fordern deshalb eine Umgestaltung des BAföG, die mehr Menschen den Zugang zur
258 Förderung ermöglicht. Dazu zählt beispielsweise, dass das BAföG unabhängig vom
259 Einkommen der Eltern ausgezahlt wird. Auch wollen wir, dass das BAföG nach dem Ende
260 der Ausbildung nicht mehr wie bisher zurückgezahlt werden muss.

261 Der antifaschistische Kampf für eine befreite Gesellschaft muss auch in den
262 Berufsschulen geführt werden. Die Vermittlung diskriminierungskritischer Konzepte,
263 Inhalte und Grundsätze ist ein weiterer Schritt auf diesem Weg und muss baldmöglichst
264 verpflichtender Teil der Lehrpläne für Berufsschulen in Bayern werden –
265 perspektivisch auch bundesweit.

266 **Ökologische Perspektive**

267 Der Klimawandel ist die zentrale Herausforderung unserer Zeit und wirkt sich damit
268 auf alle Teile unserer Gesellschaft aus. Wenn wir tatsächlichen Klimaschutz umsetzen

269 wollen, müssen wir ihn auch unter dem Eindruck der Arbeit betrachten. Was den Bereich
270 Arbeit in dieser Frage hingegen einzigartig macht, ist, dass sich politische
271 Entscheidungen unmittelbar und entscheidend auf die Lebensgrundlage der Menschen
272 auswirken.

273 Als sozialistischer Richtungsverband gilt für uns, dass wir Klimaschutz vor dem
274 Hintergrund von Klassenunterschieden betrachten und wir für soziale Gerechtigkeit
275 kämpfen – besonders, wenn es um Arbeit geht.

276 **Wege zur Arbeit**

277 Für viele Menschen in Deutschland ist der tägliche Weg zur Arbeit weiterhin der
278 Normalfall. Mehr als zwei Drittel greifen dabei auf das Auto zurück. Für eine
279 ökologischer gestaltete Arbeit, aber auch die Verkehrswende ist der Arbeitsweg ein
280 guter Ansatzpunkt. Wir wollen den ÖPNV auch durch die flächendeckende Einführung
281 eines Jobtickets vorantreiben. Dieses muss über Landkreisgrenzen hinweg gültig und
282 paritätisch vom Staat und den Unternehmen finanziert werden. Damit schaffen wir auch
283 den Anreiz, den ÖPNV der Anschaffung von Firmenfahrzeugen vorzuziehen.

284 Bildung und Ausbildung spielen in diesem Zusammenhang ebenfalls eine wichtige Rolle.
285 Für uns als Jusos ist klar, dass Bildung auf allen Ebenen kostenfrei sein muss. Nur
286 so ist sie für jede*n zugänglich. Das bedeutet, dass der Staat auch die Kosten für
287 den Weg zur Schule oder Universität tragen muss. Wir fordern deshalb ein
288 steuerfinanziertes Bildungstickets für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende.
289 Auch wer sich für eine Fort- oder Weiterbildung entscheidet, darf auf den Fahrtkosten
290 nicht sitzenbleiben, wenn er*sie nicht bereits ein Jobticket hat. Am Ticket der
291 Auszubildenden sollen sich, wie beim Jobticket, auch die Unternehmen paritätisch an
292 der Finanzierung beteiligen. Zur Schulzeit, der Ausbildung oder dem Studium gehört
293 die Begegnung mit anderen jungen Menschen. Auch die eigenen Interessen bilden sich in
294 dieser Zeit. Mobil zusein ist dabei besonders wichtig. Wir wollen deshalb, dass die
295 Bildungstickets nicht nur für den Weg zur Schule oder
296 Universität gelten, sondern jungen Menschen auch ermöglichen soll, in größere Städte
297 zu kommen.

298 Insgesamt wollen wir, dass der ÖPNV für alle zugänglich ist – unabhängig von Beruf
299 oder Alter. Wir wollen den kostenfreien ÖPNV für alle und setzten dabei auch auf
300 massive Investitionen, besonders, um Land und Stadt besser zu verbinden und
301 Querverbindungen zu schaffen. Wenn ausreichend Alternativen bestehen, wollen wir den
302 PKW-Verkehr weniger attraktiv machen und seine Infrastruktur zurück bauen. Dadurch
303 schaffen wir Platz, der wieder allen Menschen zur Verfügung steht.

304 **Für einen sozial-radikalen Wandel**

305 Einige Bereiche unserer Wirtschaft lassen sich nicht klimaneutral umbauen. Das
306 betrifft gerade auch die Arbeit im Kohlebergbau. Die Jobs in diesen Branchen werden
307 deshalb in den kommenden Jahren verschwinden. Für uns gehört es zur Ehrlichkeit, das
308 gegenüber den Beschäftigten so klarzustellen.

309 Wir stehen besonders in diesem Wandel an der Seite der Arbeiter*innen. Deshalb
310 fordern wir einerseits eine Frührente für Kohlearbeiter*innen, denen der Arbeitsmarkt
311 keine Chancen bietet oder zubilligt. Diese Rente darf das Rentenniveau nicht
312 unterschreiten und muss aus Steuermitteln finanziert werden. Die Rentenbeiträge
313 sollen übernommen werden, damit die Beschäftigten keine Nachteile beim Eintritt in
314 die reguläre Rente haben. Für jüngere Arbeitnehmer*innen fordern wir umfassende

315 Begleit- und Unterstützungsprogramme bei der Umschulung, Weiterbildung und weiteren
316 Arbeitssuche. Während dieser Zeit soll das alte Verdienstniveau durch den Staat
317 garantiert werden.

318 In Regionen, in denen heute Kohle abgebaut wird, haben sich soziale und kulturelle
319 Strukturen gebildet. Die Schaffung von klimaneutralen Arbeitsplätzen soll deshalb
320 gerade dort gefördert werden. Besonders die zivilgesellschaftlichen Initiativen,
321 gerade solche, die sich für Toleranz, Antifaschismus und Jugendbildung engagieren,
322 müssen umfassend unterstützt werden.

323 Wenn Produktionsprozesse umgestaltet werden, können in anderen Branchen Arbeitsplätze
324 in eine klimaneutrale Zukunft überführt und neue Arbeitsplätze geschaffen werden.
325 Dazu wollen wir Fort- und Weiterbildungen fördern. In diesem Zusammenhang fordern wir
326 ein Recht auf lebenslange Bildung. Die Teilnahme an solchen Programmen wollen wir
327 durch mindestens zehn zusätzliche (Bildungs-)Urlaubstage ermöglichen und die Kosten
328 für diese Weiterqualifikation auf die Unternehmen umlegen.

329 Um die sozial-ökologische Transformation generell aber besonders um sie im Interesse
330 der Beschäftigten voranzubringen wird eine grundlegende Demokratisierung der Betriebe
331 notwendig sein. Wir wollen, dass gemeinsam entschieden wird, wie und was wir
332 produzieren. Ressourcen sind endlich und müssen über demokratische Aushandlung
333 solidarisch verteilt werden.

334 **Ressourcenschonende Arbeit**

335 Klima- und Ressourcenschutz müssen auch am Arbeitsplatz eine Rolle spielen. Es ist
336 Aufgabe der Unternehmensführungen, ihre Arbeitsplätze und Prozesse dementsprechend zu
337 gestalten.

338 Die Digitalisierung schafft hier neue Möglichkeiten. So lassen sich Behördengänge
339 weitestgehend papierlos und von zu Hause aus erledigen und Dienstreisen, besonders
340 mit dem Flugzeug, können durch Online-Konferenzen vermieden werden. In diesen
341 Bereichen brauchen wir einen gezielten Ausbau.

342 Wir erkennen die Möglichkeit für den Klimaschutz, die das Homeoffice eröffnet.
343 Gleichzeitig sind wir uns der Risiken für Arbeitnehmer*innenrechte und soziale
344 Kontakte bewusst. Wir stehen hier an Seite der Gewerkschaften, um Ausbeutung zu
345 verhindern und gute Arbeitsbedingungen für alle zu schaffen.

346 Gerade in der Pflege gibt es viel zu tun: Wir sind der Auffassung, dass dem
347 Personalüberlastung nur mit Hilfe eines gesetzlich verbindlichen
348 Personalbemessungsinstrument erfolgreich entgegengewirkt werden kann. Wir müssen zu
349 einer Lohnpolitik kommen, die Einerseits zu einer flächendeckenden Tarifbindung die
350 Lohnentwicklung in den nächsten Jahren sichert, aber andererseits eine Neubewertung
351 der Eingruppierung in den Care-Berufen gewährleistet, die die Komplexität und
352 gesellschaftlichen Relevanz abbildet. Hierbei ist die regelmäßig und häufige
353 Evaluation und Anpassung maßgeblich. Dem Personalmangel kann nur durch eine
354 Ausbildungs-offensive entgegengewirkt werde. Auch die Möglichkeit sich in Care-
355 Berufen akademisch weiterzubilden, muss dringend ausgebaut werden.

356 **Arbeit im Wandel**

357 Wie unsere gesamte Gesellschaft befindet sich auch die Arbeitswelt in einem stetigen
358 Wandel und es kommen neue Herausforderungen auf uns zu, die es zu lösen gilt. Als
359 Teil der Arbeiter*innenbewegung begleiten wir diesen Weg und setzen uns an jeder

- 360 Stelle für die Belange der Arbeitnehmenden ein. Ausbeutung und ungerechte Behandlung
- 361 Einzelner müssen ein Ende nehmen.

Antrag B3: Mindestlohn rauf! – Für einen Erhöhung, die ihren Namen auch verdient

Antragsteller*in:	Jusos Saar
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Beschäftigung & Gute Arbeit

1 Analyse:

2 Der Mindestlohn ist der gesetzlich festgelegte niedrigste Stundenlohn, den
3 Arbeitgeber*innen ihren Arbeitnehmer*innen zahlen dürfen. Er dient dazu,
4 sicherzustellen, dass diejenigen, die in Jobs mit niedrigem Lohnniveau arbeiten, ein
5 gewisses Mindestmaß an Einkommen erhalten, um ihre Grundbedürfnisse zu decken. Der
6 Mindestlohn trägt dazu bei, soziale Ungleichheit zu verringern, Armut zu bekämpfen
7 und die Arbeitsbedingungen für Menschen in wirtschaftlich schwächeren Positionen zu
8 verbessern.

9 Der Mindestlohn stellt sicher, dass Arbeitnehmer*innen ein zumindest annähernd
10 angemessenes Einkommen erhalten, um sich und ihre Familien zu unterstützen.

11 Der Mindestlohn hilft vor allem, das Einkommen von Arbeitnehmer*innen anzuheben, die
12 in Niedriglohnjobs tätig sind. Dadurch kann Armut reduziert werden, indem Menschen
13 ein ausreichendes Einkommen erhalten, um ihre Grundbedürfnisse zu decken.

14 Insbesondere FINTA*(Frauen, Inter*, nicht- binäre und Trans* Personen, Menschen, die
15 sich ohne Geschlechtsidentität erleben ("agender") , darunter ein hoher Anteil
16 migrantisierter FINTA, arbeiten oft im Niedriglohnsektor. Der Mindestlohn ist damit
17 auch ein Mechanismus um Altersarmut von (migrantisierten) FINTA* den Kampf anzusagen.

18 Wenn Menschen mehr Einkommen zur Verfügung haben, steigt ihre Kaufkraft, was wiederum
19 die Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen ankurbeln kann. Das wirkt sich positiv
20 auf die Wirtschaft aus, indem es zu einem Wachstum der Binnennachfrage kommt.

21 Der Mindestlohn verhindert, dass Arbeitgeber*innen Löhne auf unrealistisch niedrige
22 Niveaus drücken, um Kosten zu senken. Das schützt die Arbeitnehmer*innen vor
23 Ausbeutung.

24 Schließlich trägt ein angemessener Mindestlohn dazu bei, ein Mindestmaß an
25 Wertschätzung für verschiedene Arten von Arbeit zu zeigen. Echte Wertschätzung gibt
26 es aber nur mit Tarifverträgen!

27 Die stärkere Kaufkraft und höhere Binnennachfrage helfen in den aktuellen Krisen, die
28 Konjunktur zu stabilisieren. Ausgeblieben sind sogenannte negative
29 Beschäftigungseffekte, das zeigt die Forschung. Wer also weiterhin behauptet, durch
30 einen höheren Mindestlohn gehen Jobs verloren, lebt in einer Märchenwelt.

31 In Deutschland gilt seit dem 1. Oktober 2022 ein gesetzlicher Mindestlohn von 12 Euro
32 pro Arbeitsstunde. Der Deutsche Bundestag hatte das Mindestlohnerhöhungsgesetz mit
33 Zustimmung des Bundesrats beschlossen; es wurde zum 30. Juni 2022 verkündet.
34 entsprechenden Gesetzentwurf hatte der Deutsche Bundestag am 3. Juni 2022
35 verabschiedet; der Bundesrat stimmte dem Gesetz eine Woche später zu.

36 Mit dem Gesetz wurde die im Koalitionsvertrag der Ampelparteien vereinbarte einmalige

37 gesetzliche Erhöhung des Mindestlohns auf brutto 12 Euro je Zeitstunde umgesetzt. SPD
38 und Grüne erfüllten damit ihr Wahlversprechen. Die Mindestlohnhöhe von 12 Euro
39 entsprach ungefähr 60 Prozent des Medianlohns in Deutschland – eine Richtgröße, die
40 von der EU-Kommission als Orientierung für einen angemessenen Mindestlohn empfohlen
41 wird. Der gesetzliche Mindestlohn, der zum 1. Januar 2015 mit 8,50 Euro brutto die
42 Stunde eingeführt wurde, betrug Ende 2021 9,60 Euro und wurde zum 1. Juli 2022 auf
43 10,45 Euro angehoben. Mit der gesetzlichen Anhebung zum Oktober 2022 erhöhte sich der
44 gesetzliche Mindestlohn in Deutschland damit innerhalb eines Jahres um 22 Prozent.

45 Über die Anhebung des Mindestlohnes entscheidet üblicherweise die eigens dafür
46 eingerichtete unabhängige Mindestlohnkommission. Sie soll frei von politischer
47 Einflussnahme entscheiden und legt die Höhe alle zwei Jahre neu fest. Außer dem
48 Vorsitzenden gehören dem Gremium je drei Vertreter der Gewerkschaften und der
49 Arbeitgeber sowie zwei beratende Wissenschaftler an. Bei ihrer Empfehlung für die
50 Mindestlohnhöhe orientiert sich die Mindestlohnkommission an der Tarifentwicklung
51 Der gesetzliche Mindestlohn soll mit Wirkung zum 1. Januar 2024 auf 12,41 Euro
52 steigen. Eine weitere Erhöhung ist für das darauffolgende Jahr vorgesehen: Zum 1.
53 Januar 2025 soll sich der Mindestlohn auf 12,82 Euro erhöhen. Nachdem der Mindestlohn
54 zuletzt zum 1. Oktober 2022 in einem einmaligen Schritt per Gesetz auf 12 Euro
55 angehoben wurde, ist jetzt wieder die Mindestlohnkommission für die Anpassung des
56 Mindestlohns zuständig.

57 Seit der Mindestloohnerhöhung auf 12 Euro haben 5,8 Millionen Menschen mehr Geld
58 erhalten. Der Anteil derer, die bisher zu Niedriglöhnen arbeiteten, sank seit der
59 Erhöhung von 19 auf 15,2 Prozent. Somit schafft es der Mindestlohn erwiesenermaßen
60 eines seiner wichtigsten Ziele zu erreichen: den Schutz der Arbeitnehmerinnen und
61 Arbeitnehmer.

62 Besonders migrantisierte FINTA und [geringfügigBeschäftigte](#) profitieren hierbei vom
63 erhöhten Mindestlohn:

- 64 • 3,3 Millionen von ihnen sind weiblich,
- 65 • 3 Millionen sind geringfügig beschäftigt.

66 Trotz Warnungen der Arbeitgeber*innenseite vor der Mindestlohn-Erhöhung und vieler
67 aktueller Krisen belegen die neuen Zahlen des Statistischen Bundesamtes eine deutlich
68 positive Wirkung auf die Wirtschaft.

69 Fast 6 Millionen Mindestlohn-Beschäftigten haben immer weniger Geld im Portemonnaie:
70 So sind die Preise für Nahrungsmittel im Mai im Vergleich zum Vorjahr um ca. 15
71 Prozent gestiegen. Demgegenüber entspricht die geplante Mindestlohn-Erhöhung zum 1.
72 Januar 2024 nur +3,4 Prozent. Die Kommission wird damit ihrer Aufgabe nicht gerecht,
73 den Mindestschutz für Arbeitnehmer*innen zu gewährleisten.

74 Eine Anpassung lediglich im Cent-Bereich wird der steigenden Kosten im Rahmen der
75 Inflation nicht gerecht. Die Mindestlohnkommission wird damit nicht ihrer Aufgabe
76 gerecht, den gesetzlich geforderten Mindestschutz für Arbeitnehmer*innen zu
77 gewährleisten.

78 Um diesen Mindestschutz sowie einen Ausgleich der Inflation zu erreichen, hätte der
79 Mindestlohn zumindest auf 13,53 Euro steigen müssen. Die Arbeitgeber*innen und die
80 Vorsitzende der Kommission haben sich dem verweigert.

- 81 Vollkommen aberwitzig ist zudem, dass die Arbeitgeber*innen als Basis für die nächste
82 Erhöhung nicht den aktuell vom Gesetzgeber festgelegten Mindestlohn von 12 Euro
83 ansetzen. Mit dem jetzt gefassten Beschluss gehen die Arbeitgeber*innen stattdessen
84 vom alten Mindestlohn in Höhe von 10,45 Euro aus. Das kommt einer Missachtung des
85 Gesetzgebers gleich, der vor dem sprunghaften Anstieg der Inflation die 12 Euro
86 festgelegt hatte, um den Mindestlohn armutsfest zu gestalten.
- 87 Es ist beschämend, dass die Arbeitgeber*innen in dieser Situation mit den höchsten
88 Teuerungsraten gerade bei den finanziell Schwächsten des Arbeitsmarktes sparen
89 wollen. Sie müssten de facto Einkommensverluste hinnehmen und wären komplett von der
90 allgemeinen Lohnentwicklung abkoppelt.
- 91 Spätestens bis Ende 2024 muss die EU-Mindestlohn-Richtlinie umgesetzt sein: Demnach
92 sollten Mindestlöhne mindestens 60 Prozent des Medianlohns von Vollzeitbeschäftigten
93 erreichen. Dies würde in Deutschland einem Mindestlohn von etwa 14 Euro entsprechen.
- 94 **Forderung:**
- 95 • Die sofortige Umsetzung der EU-Richtlinie zu Mindestlöhnen und die damit
96 verbundene Anhebung des Mindestlohnes auf 13,53 Euro.
- 97 Darüber hinaus fordern wir weiterhin:
- 98 • Den Wegfall der Ausnahmen beim Mindestlohn. Wo reguläre Arbeit geleistet wird,
99 muss auch regulär bezahlt werden.
 - 100 • Perspektivisch einen Mindestlohn, der mindestens bei 15 Euro liegt.
101 Mindestausbildungsvergütung
 - 102 • Einen nationalen Plan zur Steigerung der Tarifbindung.

Antrag B4: Berufliche Weiterbildungen - Nur mit guten Arbeits- und Rahmenbedingungen

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Beschäftigung & Gute Arbeit

1 Beim anstehenden Strukturwandel, der zunehmenden Digitalisierung und dem ökologischen
2 Umbau von Gesellschaft und Wirtschaft kommt der öffentlich geförderten beruflichen
3 Aus- und Weiterbildung nach den Sozialgesetzbüchern SGB II/III eine besondere Rolle
4 zu. Um eine Neuausrichtung hin zu einer qualitätsorientierten Aus- und Weiterbildung
5 sowie einer hochwertigen Bildungsberatung zu gewährleisten, bedarf es besserer
6 gesetzlicher und finanzieller Rahmenbedingungen und einer Sicherstellung angemessener
7 Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten in der beruflichen Weiterbildung. Diese neu
8 zu schaffenden Arbeits- und Rahmenbedingungen müssen sich an den Tarifniveaus des
9 allgemein sowie berufsbildenden Schulsystems orientieren. Diese zukunftsweisende
10 Weiterbildungsqualität ist abhängig von angemessener Entlohnung der Beschäftigten,
11 einer langfristigen Planungssicherheit und personellen Kontinuität bei den im Auftrag
12 der Bundesagentur für Arbeit tätigen Bildungsunternehmen. (Weiter-)Bildung darf nicht
13 den Prinzipien einer „Vermarktlichung“ unterliegen. Nahezu sämtliche Aktivierungs-,
14 Ausbildungs-, Berufsorientierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen und Projekte nach den
15 SGB II/III sind darüber hinaus von großer gesellschaftlicher Relevanz, da sie die
16 Integration und die gesellschaftliche Teilhabe von Zielgruppen wie „markt- und
17 sozialbenachteiligte Jugendliche, Langzeitarbeitslose, Zugewanderte, Alleinerziehende
18 u.a.“ als Zielsetzung haben. Damit agiert die berufliche Weiterbildung nach SGB II
19 und III an einer Schnittstelle zwischen Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik
20 und stellt de facto die vierte Säule unseres aktuellen Bildungssystems dar, wird aber
21 keineswegs so wertgeschätzt.

22 Die aktuell gesetzlich gesetzten Regelungen für die berufliche Aus- und Weiterbildung
23 nach SGB II/III, wie die wettbewerbliche Vergabe nach § 45 SGB III und § 131a Abs. 2
24 SGB III, die sich am preiswertesten Anbieter orientieren sowie die Festschreibung von
25 Bundesdurchschnittskostensätzen (BDKS) als obere Haltelinie bei Aktivierungs-
26 /Vermittlungsgutscheinen nach § 45 SGB III sowie Bildungsgutscheinen nach § 81 SGB III
27 haben dazu geführt, dass die öffentlich geförderte Weiterbildung inzwischen ein
28 Niedriglohnbereich ist. Die extrem niedrige Tarifbindung der Branche ist dafür ein
29 Indiz. Eine zusätzliche Träger sowie Maßnahmenzertifizierung nach der
30 Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung (AZAV), welche die
31 Weiterbildungsträger im Vorfeld vorweisen müssen, hat nicht dazu beigetragen, diese
32 inzwischen fast 30 Jahren andauernde prekäre Situation abzubauen. Als einziger
33 Lichtblick ist der von den Gewerkschaften initiierte Mindestlohtarifvertrag nach
34 Arbeitnehmerentendegesetz in der Weiterbildung anzusehen, welcher am 01. August 2012
35 vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) zum ersten Mal
36 allgemeinverbindlich erklärt wurde. Dieser branchenbezogene Mindestlohn basiert auf
37 der Grundlage des Mindestlohtarifvertrages Weiterbildung, abgeschlossen zwischen der
38 Zweckgemeinschaft des BBB e.V. und ver.di/GEW. Es handelt sich hier aber

39 ausschließlich um einen Mindeststundenlohn für das eingesetzte pädagogische Personal.
40 Mit der fünften „Aus- und Weiterbildungsdienstleistungenarbeitsbedingungenverordnung
41 – AusbDienstLArbbV5“ werden nach dem AEntG die Rechtsnormen des
42 Mindestlohtarifvertrags für pädagogisches Personal in der SGB II/III geförderten
43 Weiterbildung auf alle Unternehmen erstreckt, die ÜBERWIEGEND in diesem Bereich tätig
44 sind. Mit der zusätzlichen von ver.di initiierten „Vergabemindestentgeltverordnung –
45 VergMindV “ wird der ausgehandelte Mindestlohn auf das gesamte pädagogische Personal
46 in Maßnahmen nach SGB II und III erweitert. Das gilt unabhängig davon, ob das
47 Unternehmen, in dem sie beschäftigt sind, überwiegend Arbeitsmarktdienstleistungen
48 nach SGB II oder III erbringt oder nicht. Nur mit dieser Verordnung war es möglich,
49 das Prinzip der Überwiegenheit nach dem AentG zu überwinden, welches vor dieser
50 Regelung Bildungsunternehmen die Möglichkeit gab, den Mindestlohn zu unterlaufen.
51 Bei seiner Einführung 2012 lag der Mindestlohn noch bei 12,60 Euro in West- und 11,25
52 Euro in Ostdeutschland. Inzwischen ist der „Pädagogische Mindestlohn“ bundesweit
53 einheitlich, aber differenziert nach Qualifikationsniveaus in zwei Stufen. Er liegt
54 ab 2023 bei 17,87 Euro in der Stufe 1 und bei 18,41 Euro in der Stufe 2. Der Abstand
55 zum TVöD Bund und Kommunen liegt aber noch immer bei 20-30 Prozent.
56 Weit über 30 Prozent der insgesamt ca. 45.000 Arbeitnehmer*innen mit einem
57 Feststellungsverhältnis haben einen befristeten Arbeitsvertrag (überwiegend
58 sachgrundlos). Damit weist die berufliche Weiterbildung ein höheres Befristungsniveau
59 auf als beispielsweise das Gastgewerbe (21,4 Prozent). Die Befristungsquote in der
60 Weiterbildung liegt bei Neueinstellungen bei über 60 Prozent, die mittlere
61 Befristungsquote bei 19 Monaten, wobei die Spanne zwischen 2 und 75 Monaten liegt.
62 Circa 50 Prozent des gesamten pädagogischen Personals arbeiten auf Honorarbasis (ca.
63 32.000 bis 35.000 Personen). Die gezahlten Honorare liegen aktuell in der öffentlich
64 geförderten beruflichen Weiterbildung im Schnitt zwischen 20 und 30 Euro pro
65 Unterrichtseinheit (UE à 45 min). Ein vergleichbares Mindesthonorar äquivalent zum
66 aktuellen Mindestlohn Weiterbildung müsste 2023 bei 49 Euro pro UE liegen. Das heißt,
67 dass die Mehrheit der Honorarkräfte noch nicht einmal auf der Höhe des allgemeinen
68 Mindestlohns entlohnt werden.
69 Wir prognostizieren, dass unter den aktuell prekären Lohn- und Rahmenbedingungen in
70 der öffentlich geförderten beruflichen Aus- und Weiterbildung und ohne eine wirkliche
71 Reform, der anstehende Strukturwandel, die Digitalisierung und der ökologische Umbau
72 von Gesellschaft und Wirtschaft nicht zu schaffen ist. Diese Weiterbildungsbranche
73 leidet unter akutem Fachkräftemangel, da immer mehr hochqualifizierte Beschäftigte in
74 andere, besser entlohnte Arbeits- und Bildungsbereiche abwandern.
75 Damit fehlen sie in wesentlichen Kernaufgaben bei der Qualifizierung und Integration
76 von Menschen in Arbeit und zur gesellschaftlichen Teilhabe.
77 Auf dieser Grundlage fordern wir als Jusos für die öffentlich geförderte berufliche
78 Aus- und Weiterbildung:
79 • eine Tariftreue bei der öffentlichen Auftragsvergabe von
80 Weiterbildungsdienstleistungen und damit eine Garantie der Finanzierung von
81 tariflichen Lohnniveaus auf der Höhe des TVöD Bund und Kommunen.
82 • die Abschaffung von sachgrundloser Befristung sowie die Festschreibung von
83 auskömmlichen Mindesthonoraren. Einer Befristung ohne Sachgrund muss endlich die

- 84 gesetzliche Grundlage entzogen werden und Honorare müssen sich an den tariflich
85 vorgegebenen Lohnniveaus der Branche orientieren. Auch ist der Umfang des
86 Einsatzes an Honorarlehrkräften massiv zu begrenzen.
- 87 • eine qualitäts- statt einer preisorientierten Vergabe von
88 Bildungsdienstleistungen. Die Qualität und nicht der Preis sind maßgeblich bei
89 der Vergabe von Weiterbildungsmaßnahmen durch die öffentliche Hand.
 - 90 • vergleichbare Arbeitsbedingungen wie in der schulischen sowie berufsbildenden
91 Bildung. Hierzu gehört u.a. die Festschreibung einer ausreichende Vor- und
92 Nachbereitungszeit sowie eine regelmäßige Fortbildung aller Beschäftigten.
 - 93 • eine Reform der Akkreditierungs- und Zulassungsverordnung Arbeitsförderung
94 (AZAV) in Richtung einer qualitätsorientierten Trägerzertifizierung. Die AZAV
95 muss in der Zukunft als "Instrument der Qualitätssicherung" von Maßnahmen
96 dahingehend reformiert werden, dass zukünftig auch die Beschäftigungsbedingungen
97 des eingesetzten Lehr- und Betreuungspersonals zur Einhaltung und Verbesserung
98 der Qualität von Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen als Zulassungskriterien
99 festgeschrieben werden, da gerade sie einen maßgeblichen Einfluss auf die
100 Ausführungsqualität haben. Des Weiteren bedarf es längerer Anerkennungszeiten
101 von Trägern mit gleichzeitiger Absicherung von Aufträgen, um eine langfristige
102 Planungssicherheit der Bildungsunternehmen und damit der angestellten
103 Beschäftigten in diesen Unternehmen sicherzustellen.
 - 104 • einen Rechtsanspruch auf Freistellung für Bildungszeit sowie die Verabschiedung
105 eines Bildungsförderungsgesetzes. Die Schaffung dieser Förderinstrumente zur
106 zeitlichen, finanziellen und organisatorischen Unterstützung einer individuellen
107 beruflichen Weiterbildung trägt maßgeblich dazu bei, dass sich auch
108 Arbeitnehmer*innen beruflich weiterentwickeln können.

Antrag B5: Arbeitszeit verkürzen – Lebensqualität erhöhen!

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Beschäftigung & Gute Arbeit

- 1 Wir fordern die Einführung einer 4-Tage-Woche, die mit einer entsprechenden Reduktion
- 2 der wöchentlichen Arbeitszeit einhergeht – die tägliche Höchstarbeitszeit soll nicht
- 3 ausgeweitet werden. Urlaubstage sowie Gehälter sollen gleichbleiben.
- 4 Die Umstellung soll schrittweise in mehreren Phasen erfolgen. In der ersten soll die
- 5 Arbeitszeitverkürzung freiwillig erfolgen und über Anreize gefördert werden. Die
- 6 Unternehmen, die sich freiwillig beteiligen, sollen staatlich unterstützt werden. In
- 7 den darauffolgenden Phasen sollen zuerst große (ab 250 Mitarbeitenden oder 50
- 8 Millionen Euro Jahresumsatz), dann mittlere (ab 50 Mitarbeitenden oder 10 Millionen
- 9 Euro Jahresumsatz) und dann kleine Unternehmen erfasst werden (ähnlich wie beim
- 10 Aubry-II-Gesetz 2000 in Frankreich). Die Einbindung von Gewerkschaften muss dabei
- 11 eine entscheidende Rolle spielen, gerade in der ersten Phase können sie die
- 12 Arbeitszeitverkürzungen in Betriebs- und Tarifvereinbarungen miteinbringen.
- 13 Zudem soll Lohnraub in Form von unbezahlten Überstunden stärker verfolgt und härter
- 14 bestraft werden, um die Umgehung der Arbeitszeitverkürzung durch Unternehmen zu
- 15 verhindern.

Begründung

Umfragen zufolge befürwortet eine Mehrheit der Beschäftigten in Deutschland die Einführung einer 4-Tage-Woche. Auch jede zweite Führungskraft spricht sich demnach dafür aus. Das hat gute Gründe: Für die Arbeitnehmer*innen bedeutet ein gewonnener freier Tag pro Woche mehr Zeit für Freund*innen und Familie. Zudem können an diesem Tag wichtige Erledigungen, wie beispielsweise Behördengänge getätigt werden, für die sonst oft ein Urlaubstag verwendet werden muss. Einer der wichtigsten Vorteile für Arbeitnehmer*innen ist jedoch, dass die durch den zusätzlich freien Tag gewonnene Zeit zur Erholung und Entspannung genutzt werden kann. Das sorgt für eine Stressreduktion und stärkt so die Gesundheit der Arbeitnehmer*innen – haben sie lange Arbeitswochen sind sie in der Regel gestresster, schlafen schlechter und sind schneller erschöpft. So erscheinen sie nicht nur motivierter zur Arbeit, sondern sind produktiver und melden sich seltener krank – davon profitieren auch die Arbeitgeber*innen.

Island startete 2015 und 2017 umfangreiche Testmodelle, um die Idee einer kürzeren Arbeitswoche zu erproben. An diesen nahmen über 2.500 Arbeitende teil, die Verkürzung wurde in Büros, Kindergärten, Pflegeheimen für Menschen mit Behinderung, in städtischen Einrichtungen und vielen weiteren Orten erprobt. Die Testmodelle in Island waren ein voller Erfolg, das Wohlbefinden der Arbeitenden und damit ihre Gesundheit, sowie die Work-Life Balance haben sich deutlich verbessert. Negative Auswirkungen auf die Produktivität wurden nicht festgestellt. Auch aktuelle Testprojekte zeigen, dass die 4-Tage-Woche keinen Produktivitätsverlust mit sich bringen muss: In Japan führte Microsoft 2019 eine Testphase ein, mit positiver Bilanz. Die Mitarbeitenden waren zufriedener und konnten ihre Produktivität um bis zu 40% steigern. Zudem stellte man in diesem Versuch auch fest, dass der Strom- und Papierverbrauch gesenkt werden konnte.

Dies zeigt, dass mit einer 4-Tage-Woche auch der globalen Erwärmung und der damit einhergehenden

Klimakrise zumindest etwas entgegengewirkt werden könnte. Zum einen, durch den sinkenden Energieverbrauch der Unternehmen. Zum anderen auch dadurch, dass durch einen Arbeitstag weniger pro Woche auch die Emissionen, die an diesem Tag sonst durch Pendeln verursacht würden, eingespart werden können. Studien legen nahe, dass es eine Korrelation zwischen der Arbeitszeit und dem Verhalten von Menschen in Bezug auf Nachhaltigkeit gibt. So nutzen Menschen die kürzere Arbeitszeiten haben häufiger die öffentlichen Verkehrsmittel, fahren mit dem Fahrrad oder gehen zu Fuß.

Mit der Einführung der 4-Tage-Woche würde sich für viele Arbeiter*innen auch die Möglichkeit ergeben, der „Teilzeitfalle“ zu entkommen. Insbesondere Frauen, die zusätzlich zu ihrer beruflichen Tätigkeit noch häufig mehrere Stunden unbezahlte Care-Arbeit leisten können davon profitieren. Klar ist jedoch, dass die 4-Tage-Woche nur ein Aspekt sein kann, um die Vereinbarkeit von Familie & Beruf zu verbessern. Die konsequente Schaffung von neuen KiTa-Plätzen sowie eine Ausweitung der Betreuungszeiten verliert daher nicht an Bedeutung. Auch Männern wird durch die gewonnene Zeit die Möglichkeit gegeben, sich stärker an der Care-Arbeit zu beteiligen - während Frauen eher die Chance auf eine Vollzeitbeschäftigung erhalten. So kann auch die Gender-Wage-Gap verkleinert werden und Frauen werden in ihrer finanziellen Unabhängigkeit gestärkt.

Im Jahr 2021 machten die Arbeitnehmenden in Deutschland ca. 893 Millionen unbezahlte Überstunden, was rund 20 unbezahlte Überstunden pro Arbeitnehmer*in pro Jahr ausmacht. Für Teilzeitbeschäftigte bedeutet dies, dass sie eine ganze Woche pro Jahr umsonst arbeiten. Nicht nur wird durch unbezahlte Überstunden teilweise der gesetzliche Mindestlohn umgangen, sie bieten darüber hinaus auch die Möglichkeit die im Antrag geforderte Arbeitszeitverkürzung zu umgehen. Um dies zu verhindern, soll diese Form des Lohnraubs durch den Gesetzgeber strenger verfolgt und härter bestraft werden.

Nicht zuletzt muss bei der Einführung einer 4-Tage-Woche das Risiko bedacht werden, dass sich eine Kluft auftut zwischen dem Teil der arbeitenden Klasse, der sich in prekären Beschäftigungsverhältnissen befindet und dem Teil der Arbeiter*innen, die durch hohe Bildung und/ oder einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad in „guten“ Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind. Eine solche Polarisierung würde die arbeitende Klasse nur weiter auseinandertreiben. Daher muss für uns Jungsozialist*innen feststehen, dass der Abbau der prekären Beschäftigungsverhältnisse, gleiche Chancen und gleicher Zugang zu guter Bildung für alle sowie die Stärkung unserer Gewerkschaften für das Gelingen einer Transformation der Erwerbsarbeit zwingend nötig sind.

Antrag B6: Nachhaltige Beschäftigungsbedingungen an Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation einzusetzen

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Beschäftigung & Gute Arbeit

1 Vertreter*innen der Kostenträger*innen führen mit den Dachverbänden der beruflichen
2 Rehabilitationseinrichtungen Preisverhandlungen. Aus diesen Verhandlungen heraus
3 werden Kostensätze für die nächsten Jahre vereinbart. Hier ist es sehr oft ein großes
4 Problem, das keine adäquaten Finanzierungsabsicherungen für die Einrichtungen
5 ausgehandelt wurden. Von den feststehenden Kostensätzen sind sämtliche Kosten zu
6 bestreiten, also neben laufenden Personal- und Sachkosten, nicht eingeplante
7 Zusatzkosten (aktuell z.B. durch Corona; durch den Anstieg der Energiekosten), die
8 Neubeschaffungen von lern- und arbeitsunterstützender Materialien, erforderliche
9 Sanierungskosten der Bildungseinrichtungen etc.. Deshalb ist die Personaldecke häufig
10 ausgesprochen dünn, sodass teilweise nicht mal Krankheitsvertretungen zur Verfügung
11 stehen. Hieraus ergeben sich negative Auswirkungen auf die Beschäftigungsbedingungen
12 an BBW sowie BFW, die die Sozialpartner schon seit Jahren anprangern und immer wieder
13 klare Forderungen stellen, welche zu wichtigen Verbesserungen der
14 Beschäftigungsbedingungen sowie finanziellen Rahmenbedingungen der
15 Bildungseinrichtungen beitragen können.

16 Die jetzigen Eingruppierungsregelungen, sowohl für des pädagogischen Personal unter
17 der Rubrik "Ausbilder*innen", wie auch der Mitarbeiter*innen der „Besonderen Hilfen“
18 stehen in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Anforderungen bei der Qualifizierung
19 von Menschen mit Behinderungen. Vergleicht man die berufliche Rehabilitation mit der
20 allgemeinen und beruflichen Schulbildung, liegen die Gehaltsunterschiede oftmals über
21 1.000 Euro pro Monat.

22 Vom pädagogisch tätigen Personal wird vor Einstellung der Nachweis über eine
23 rehabilitationspädagogische Zusatzausbildung von den Kostenträgern verlangt, die im
24 ersten Schritt einen Weiterbildungsumfang von 320 Stunden beinhaltet und jährlichen
25 im Umfang von 32 Stunden aufgefrischt werden muss. Eine Entsendung und Mitarbeit in
26 den zuständigen Prüfungsausschüssen der jeweiligen Kammern ist selbstverständlich.
27 Die Bundesagentur für Arbeit und auch die Rentenversicherungsträger erwarten von den
28 Einrichtungen eine umfangreiche Dokumentation über die gesamte Laufzeit der Maßnahme
29 mit einem regelmäßigen Austausch von BBW und BFW und den Kostenträger*innen über
30 jeden einzelnen Rehabilitanden. Somit ist das ausbildende pädagogische Personal an
31 BBW und BFW auf keinen Fall mit klassischen Ausbildern*innen gleichzusetzen.

32

33 Die berufliche Rehabilitation in der Bundesrepublik Deutschland ist ein wichtiger
34 Pfeiler des Sozialstaates. Nach § 51 des Sozialgesetzbuches SGB IX sind für die
35 berufliche Rehabilitation ausdrücklich die Berufsbildungswerke (BBW) und die
36 Berufsförderungswerke (BFW) benannt. Die Finanzierung der Bildungsmaßnahmen an BBW
37 erfolgt zu einhundert Prozent durch die Bundesagentur für Arbeit (BA), bei den BFW
38 durch die BA, die Rentenversicherungsträger sowie die Berufsgenossenschaften.

39 BBW für Jugendliche und junge Erwachsene ohne Berufsabschluss und BFW für Erwachsene
40 garantieren mit ihrer bundesweiten Infrastruktur die berufliche Qualifizierung von
41 Menschen mit Benachteiligungen und Behinderungen/Beeinträchtigungen. Sie bieten
42 anerkannte Ausbildungsgänge für verschiedene Berufe mit anschließender Prüfung vor
43 den zuständigen Kammern an. Die beruflichen Rehabilitationseinrichtungen haben
44 hierbei den Auftrag, Menschen mit Benachteiligung durch eine hochwertige berufliche
45 Aus- und Weiterbildung zukünftig im ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Damit haben
46 diese Einrichtungen eine besondere gesellschaftspolitische Funktion im Rahmen einer
47 gelingenden Inklusionsstrategie der Bundesrepublik Deutschland. Um ihre
48 gesellschaftliche Funktion und Bedeutung für die Zukunft sicherzustellen, bedarf es
49 besserer sowie nachhaltiger Beschäftigungsbedingungen.

50 Daher fordern wir:

51 eine langfristige organisatorische sowie finanzielle Absicherung der Einrichtungen
52 aufgrund der gesellschaftspolitischen Bedeutung für eine langfristige Inklusion.
53 eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Beschäftigten an BBW und BFW, hier
54 insbesondere auf der Grundlage sich verändernder Anforderungen in Bezug auf den
55 Anstieg der Behinderungsgrade der zugewiesenen Teilnehmer*innen.
56 Aufgrund der immer höheren Anforderungen, die mit den Rehabilitationsanforderungen
57 einhergehen und der damit verbundenen nötigen Qualifikation und Ausstattung der
58 Rehabilitationseinrichtungen, darf letztendlich nicht der Preis der Reha-Maßnahmen
59 das ausschlaggebende Kriterium für den Zuschlag an Rehabilitationsmaßnahmen für die
60 Einrichtungen sein, sondern die Qualität der Bildungsmaßnahme muss im Mittelpunkt
61 stehen. Das gilt insbesondere für die BBW. Für die BFW bedarf es angemessener
62 Kostensätze zu Erhalt eines kontinuierlichen betrieblichen Ablaufes, um einerseits
63 teilnehmer*innenbedingte Schwankungen abzufedern, andererseits adäquat auf besondere
64 Anforderungen in laufenden Arbeitsprozessen reagieren zu können.
65 Ein Preisdumping im Sinne von Einsparungsmaßnahmen der Kostenträger wird letztendlich
66 auf dem Rücken der Mitarbeitenden ausgetragen, so z.B. mit schlechter Entlohnung,
67 befristeten, Teilzeit- und Honorarverträgen etc. Deshalb müssen zur Sicherung des
68 Personals in den beruflichen Rehabilitationseinrichtungen im Sinne der
69 Fachkräftebindung Befristungen abgebaut sowie Teilzeit- in Vollzeit Arbeitsplätze,
70 soweit gewünscht, umgewandelt werden. Teilzeitarbeitsplätze sind dann grundsätzlich
71 zu verhindern, wenn die Personalpolitik ausschließlich darauf abzielt, dass Stellen
72 nur halb besetzt werden, um Finanzmittel zu sparen.
73 Die Vergabe von Finanzmitteln an berufliche Rehabilitationseinrichtungen muss an die
74 Anwendung und Einhaltung von einheitlichen Tarifverträgen mit einer klaren
75 Orientierung an den TVÖD Bund unter dem Aspekt der zunehmenden Schwierigkeit
76 geeignetes Personal zu finden, gekoppelt werden. Hierzu gehören einheitliche
77 Standards für die Eingruppierung der Beschäftigten, insbesondere des pädagogischen
78 Personals, vergleichbar mit der Eingruppierung von Rehabilitationspädagog*innen an
79 berufsbildenden Schulen mit gleichzeitiger Anerkennung sowie Anrechnung
80 verpflichtender Zusatzqualifizierungen bei der Arbeit an
81 Rehabilitationseinrichtungen. Des Weiteren fordert ver.di eine Festschreibung von
82 gleichwertigen Mindesthonoraren beim Einsatz von Honorarlehrkräften.
83 Um einen immer stärkeren Fachkräftemangel entgegenzutreten, sind BBW und BFW

84 zusätzlich aufgerufen, bessere sowie attraktivere Arbeitsbedingungen für ihre
85 Beschäftigten zu schaffen. Hierzu gehören u.a. ein Weiterbildungs- und
86 Qualifizierungsangebot für das gesamte Personal, bessere Regelungen zur Vereinbarkeit
87 von Beruf und individueller Lebensgestaltung sowie den Ausbau und die Verstärkung
88 eines betrieblichen Gesundheitsmanagements.

Antrag B7: Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Saisonarbeiter*innen

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Beschäftigung & Gute Arbeit

1 Wir fordern, die derzeitigen Arbeitsbedingungen von Saisonarbeiter*innen maßgeblich
2 zu verbessern. Folgende Punkte müssen umgesetzt werden:

- 3 • Die Standards einer Unterbringung der Saisonarbeiter*innen muss laut BMAS den
4 technischen Regeln für Arbeitsstätten (ASR A4.4) entsprechen. In der
5 Vergangenheit kam es immer wieder zu Berichten über miserable Unterkünfte der
6 Saisonarbeiter*innen. Um dies zu ändern, fordern wir eine regelmäßige
7 unangekündigte Kontrolle der von den Arbeitgebenden zur Verfügung gestellten
8 Unterkünfte.
- 9 • Auch dem Lohndumping muss entschieden entgegengewirkt werden. Akkordlöhne
10 dürfen, wenn vertraglich vereinbart, nicht den stündlichen Mindestlohn von
11 derzeit 12 Euro unterschreiten. So fordern wir, dass der stündliche Mindestlohn
12 auch bei Saisonarbeiter*innen strikt eingehalten wird. Eine transparente
13 Erfassung der Arbeitszeiten soll dazu dienen, die Einhaltung des Mindestlohnes
14 besser nachvollziehen zu können, um Lohndumping entgegenzuwirken.
- 15 • Saisonarbeiter*innen sind laut DGB oftmals weder sozialversichert noch voll
16 krankenversichert. Die Sozialversicherung für die Arbeitnehmenden wird durch
17 Gesetzeslücken, die seitens der Arbeitgebenden ausgenutzt werden, umgangen. Die
18 Saisonarbeiter*innen werden teils über Gruppenkrankensicherungen versichert,
19 die in bestimmten Fällen nicht die kompletten Kosten der Behandlung übernehmen.
20 Dadurch bleiben die Arbeitnehmenden auf Teilen der Kosten sitzen. Wir fordern
21 über die gesamte Zeit der Arbeitstätigkeit eine vollständige Sozialversicherung
22 der Saisonarbeiter*innen, die eine Krankenversicherung und einen Anspruch auf
23 Rente beinhalten.
- 24 • Die Gesetzeslücke muss durch das Anpassen der Ausnahmeregeln für Ferien- und
25 Studierendenjobs geschlossen werden.
- 26 • Zudem fordern wir, einen leichteren Zugang der Gewerkschaften zu den
27 Saisonarbeiter*innen. Sowie eine bessere und mehrsprachige Aufklärung über den
28 Arbeitsschutz, damit Saisonarbeiter*innen ihre Rechte und Anlaufstellen kennen,
29 auf welche sie sich im Fall von Verstößen seitens Arbeitgebenden berufen können.

Antrag B8: Verbindliche Mindesthonorare für freiberufliche Lehrkräfte in der beruflichen Aus- und Weiterbildung nach den Sozialgesetzbüchern SGB II/III

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Beschäftigung & Gute Arbeit

- 1 Im Bereich der Aus- und Weiterbildung nach den Sozialgesetzbüchern SGB II/III
2 arbeiten aktuell ca. 80.000 Beschäftigte, davon ca. 32.000 Beschäftigte als
3 pädagogisches Personal in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen.
4 Darüber hinaus kommen ca. 32-35.000 Honorarlehrkräfte zum Einsatz. Das sind nahezu 50
5 Prozent des gesamten pädagogischen Personals in dieser Branche, oftmals unter sehr
6 prekären Erwerbsverhältnissen. Die Durchschnittshonorare liegen zwischen 20 und 30
7 Euro pro Unterrichtsstunde. Davon müssen die Honorarlehrkräfte als
8 Versicherungspflichtige nicht nur ihre Sozialversicherungsbeiträge allein bezahlen,
9 sondern auch noch für Zeiten der Auftragslosigkeit, eigener Weiterbildung,
10 Erholungsurlaub etc. vorsorgen. Damit liegen diese Honorare unterhalb des allgemeinen
11 gesetzlichen Mindestlohns von 12 Euro.
- 12 Honorarlehrkräfte sind oftmals bei mehr als nur einem Weiterbildungsträger zeitgleich
13 in unterschiedlichen Projekten tätig. Es kommt nicht selten vor, dass eine
14 Honorarlehrkraft für drei Auftraggeber tätig ist. Dadurch können die Rechte einer
15 arbeitnehmerähnlichen Person nach § 12a TVG, die eine wirtschaftliche Abhängigkeit
16 und eine soziale Schutzbedürftigkeit bei einem Beschäftigungsrad von mehr als 50
17 Prozent von einem Auftraggeber voraussetzen, nicht erreicht werden.
- 18 Auf der Grundlage der aktuellen Rechtsprechung haben die Mitbestimmungsgremien kein
19 Mitbestimmungsrecht bei der Vorgabe von Honorarverträgen sowie auf die Festsetzung
20 der Honorarhöhe. Diese Möglichkeit nutzen viele Arbeitgeber zu ihren Gunsten aus,
21 ersetzen oftmals Honorarlehrkräfte als günstigere Arbeitskraft „in Konkurrenz“ zum
22 festangestellten pädagogischen Personal. Das hat zusätzlich negative Folgen für
23 angestrebte oder schon vorhandene Haustarifverträge. Auch haben die
24 Weiterbildungsträger durch die Einstellung von Honorarkolleg:innen eine Möglichkeit,
25 den aktuell vereinbarten Mindestlohn für das pädagogische Personal nach dem
26 Arbeitnehmer-Entsendegesetz zu umgehen.
- 27 Zur Berechnung:
- 28 Die Mindesthonorarforderung orientiert sich an den tarifvertraglichen Regelungen des
29 allgemeinverbindlichen Mindestlohns Weiterbildung für das pädagogische Personal in
30 den Rechtskreisen SGB II/III nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz. Dieser Mindestlohn
31 wurde aktuell bis 2026 zwischen der Zweckgemeinschaft des BBB e.V. und ver.di/GEW
32 abgeschlossen und regelt für das sog. pädagogische Personal außerdem noch 29 Tage
33 Urlaub bei einer 5-Tage-Woche.
- 34 Für die Jahre 2023 bis 2026 wurden nach diesem Tarifvertrag folgende Stundenlöhne
35 (Zeitstunden à 60 Min.) vereinbart: 2023: 18,41 Euro; 2024: 19,15 Euro; 2025: 19,96
36 Euro; 2026: 20,86 Euro.

37 Des Weiteren wurden 25 UE pro Woche (exklusive Vor- und Nachbereitungszeit sowie
38 administrative Aufgaben bezogen auf die Weiterbildungsmaßnahme), 13,5 Krankheitstage
39 pro Jahr, 10 Feiertage sowie sämtliche sozialversicherungspflichtige Leistungen,
40 welche die Solo-Selbstständigen zu 100 Prozent selbst bezahlen müssen, mit in die
41 Berechnung eingebunden. Hinzu kommt eine Erschwerniszulage in Höhe von 10 Prozent
42 (für Unterrichtsmaterial, Auftrags-Akquise sowie notwendige Fortbildung etc.).

43 Die Jusos Halle fordern daher ein verbindliches Mindesthonorar für die zum Einsatz
44 kommenden Honorarlehrkräfte im Bereich der öffentlich geförderten beruflichen Aus-
45 und Weiterbildung nach den Sozialgesetzbüchern SGB II/III, welches sich an den
46 branchenbezogenen Mindestlohn für das pädagogische Personal auf der Grundlage des
47 Arbeitnehmer-Entsendegesetzes orientiert.

48

49 Für die Jahre 2023 bis 2026 ergeben sich für sie daraus folgende Mindesthonorar-
50 Forderungen pro Unterrichtseinheit (UE à 45 Minuten):

- 51 • 2023: 49,00 Euro/UE
- 52 • 2024: 51.00 Euro/UE
- 53 • 2025: 53,00 Euro/UE
- 54 • 2026: 56,00 Euro/UE

55 Wir fordern den SPD-Bundesvorstand auf, sich gegenüber dem Bundesministerium für
56 Arbeit und Soziales – BMAS dafür einzusetzen, Mindesthonorare in allen Maßnahmen der
57 aktiven Arbeitsmarktpolitik verbindlich festzuschreiben.

58 Sollte bis 2026 ein Branchentarifvertrag nach Tarifvertragsgesetz auf der Grundlage
59 einer von der Bundesregierung geplanten Bundestariftreue für bundesunmittelbare
60 Dienstleistungen allgemeinverbindlich erklärt werden, müssen die Honorarsätze
61 entsprechend neu angepasst werden.

Antrag B9: Ausbildung stärken – Betriebsrat in Personalplanung stärken!

Antragsteller*in:	Jusos Saar
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Beschäftigung & Gute Arbeit

1 **Analyse:**

2 In den Unternehmen stieg von 1999 – 2015 die Anzahl der Beschäftigten um 12,1 %, die
3 Zahl der Auszubildenden sank hingegen um 6,7 %.

4 Der Trend setzt sich immer weiter fort, da die Arbeitgeber an den falschen
5 Kostenpunkten sparen wollen und denken, dass Auszubildende unnötige Ausgaben sind. Den
6 Betriebsräten bleiben die Hände gebunden, da sie in der Personalplanung für die
7 Berufsausbildung beratend tätig sein dürfen.

8 Das beste Beispiel ist ein Betrieb bei uns in Saarbrücken, in dem im Jahr 2020
9 plötzlich anstatt 37 Azubis nur noch 23 Azubis eingestellt worden sind. Jetzt im Jahr
10 2022 will der Betrieb von 23 auf 17 Azubis reduzieren.

11 **Forderung:**

12 Betriebsräte brauchen volle Mitbestimmung in der Personalplanung für die
13 Berufsausbildung. Um die Mitbestimmung umzusetzen muss man § 87, 92 des BetrVG
14 erweitern. In § 87 BetrVG muss stehen, dass der Betriebsrat bei der Personalplanung
15 für die Berufsausbildung ein volles Mitbestimmungsrecht hat.

16 § 92 BetrVG muss mit folgenden Inhalten komplett umgeschrieben werden: Sobald der
17 Arbeitgeber Änderungen in der Berufsausbildung möchte muss der Betriebsrat darüber
18 informiert werden. Der Betriebsrat kann nicht nur beraten sondern auch die Maßnahmen
19 ablehnen oder fordern. Sollten sich der Arbeitgeber und Betriebsrat nicht einigen,
20 wird es vor einer Einigungsstelle geklärt.

Antrag B10: Keep on trucking – Arbeitsbedingungen für LKW-Fahrer*innen verbessern!

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Beschäftigung & Gute Arbeit

- 1 1. An Deutschlands Autobahnen soll die Zahl der Rastplätze für LKWs auf 100.000
2 ausgebaut werden.
- 3 2. Bestehende LKW-Rastplätze sollen hinsichtlich Sicherheit, Versorgung mit
4 Nahrungsmitteln und hygienischen Bedingungen evaluiert und ggf. ausgebaut
5 werden.
- 6 3. Für LKW-Fahrer*innen sollen von allen Rastplätzen aus erreichbare, mehrsprachige
7 psychosoziale Beratungsangebote gefördert und ausgebaut werden.
- 8 4. Betreiber von Versandlagern sollen dazu verpflichtet werden, festinstallierte
9 Toilettenanlagen und Sozialräume für LKW-Fahrer*innen vorzuhalten.
- 10 5. Die Kapazitäten von Zoll und Autobahnpolizei sind so aufzubauen, dass
11 regelmäßige flächendeckende Kontrollen des LKW-Verkehrs hinsichtlich
12 Standzeiten, Bezahlung und Heimkehrpflicht erfolgen können.
- 13 6. Verpflichtende Routenplanung durch Logistikunternehmen als Orientierung für
14 Fahrer*innen
- 15 7. Die Jusos Sachsen-Anhalt setzen sich mittelfristig im Rahmen der Mobilitätswende
16 und des Klimaschutzes für eine Reduzierung des LKW-Verkehrs in Sachsen-Anhalt
17 ein.

Antrag B11: Statusfeststellungsverfahren von pädagogischem Personal auf Honorarbasis in der öffentlich geförderten Erwachsenenbildung/Weiterbildung

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Beschäftigung & Gute Arbeit

- 1 In der deutschen Weiterbildungsbranche gibt es aktuell geschätzt 691.000 Beschäftigte
2 – darunter 530.000 Lehrende. In fast keiner anderen Branche in Deutschland ist der
3 Anteil Beschäftigter mit einem Normalarbeitsverhältnis so gering wie in der
4 Weiterbildung. Mit geschätzten 190.000 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten
5 beträgt deren Anteil gerade einmal 28 Prozent. Dagegen arbeiten 393.000 Personen als
6 Honorarlehrkräfte. Im Teilbereich der öffentlich geförderten Aus- und Weiterbildung
7 nach den Sozialgesetzbüchern SGB II/III, liegt der Anteil der Honorarlehrkräfte bei
8 ca. 50 Prozent bzw. bei ca. 32-35.000 Personen.
- 9 Honorarlehrkräfte sind verpflichtet, unter anderem Rentenversicherungsbeiträge zu
10 zahlen (siehe Sozialgesetzbuch VI § 2, Satz 1: „Versicherungspflichtig sind
11 selbständig tätige Lehrer und Erzieher, die im Zusammenhang mit ihrer selbständigen
12 Tätigkeit regelmäßig keinen versicherungspflichtigen Arbeitnehmer beschäftigen“).
13 Dennoch kommen viele der Honorarlehrkräfte dieser gesetzlichen Pflichtleistung nicht
14 umfänglich nach, weil sie allein schon vom gezahlten Honorar in diesem Bildungssektor
15 allein nicht leben können. Honorare in Höhe von 20-30 Euro pro Unterrichtseinheit
16 liegen inzwischen weit unterhalb des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns. Um dieser
17 negativen Entwicklung entgegenzuwirken, die Honorarlehrkräfte z.B. für möglichen
18 horrenden Rentenbeitragsnachzahlungen auch und insbesondere vor Renteneintritt zu
19 schützen, ist es neben einem gesetzlich festgeschriebenen Mindesthonorar, zwingend
20 notwendig, dass deutlich mehr Statusfeststellungen vorgenommen werden.
- 21 Die Jusos fordern dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass Rahmenbedingungen geschaffen
22 werden, welche die Deutsche Rentenversicherung, die Bundesagentur für Arbeit sowie
23 weitere Finanzgeber von Erwachsenenbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen
24 verpflichten, regelmäßig, z. B. zweimal im Jahr, ein sogenanntes
25 Statusfeststellungsverfahren bei allen Erwachsenenbildungs- und Weiterbildungsträgern
26 sowie Einrichtungen der beruflichen Rehabilitation, runtergebrochen in alle Regionen,
27 über den Einsatz der freiberuflich Tätigen auf Scheinselbständigkeit durchzuführen
28 und ggf. Verstöße zu ahnden.

Antrag B12: Schattenwirtschaften bekämpfen 3 Reinigungskräfte fair entlohnen

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Beschäftigung & Gute Arbeit

- 1 Viele Haushalte in Deutschland beschäftigen Reinigungskräfte oder Haushaltshilfen,
2 beispielsweise auf Grund körperlicher Einschränkungen, oder in Familien, in denen
3 beide Elternteile in Vollzeit arbeiten. Doch bis zu 90% dieser Haushalte beschäftigen
4 die Reinigungskräfte illegal. Die Gründe dafür liegen auch bei den Reinigungskräften
5 selbst, die auf Grund des großen bürokratischen Aufwandes lieber in die sog.
6 >Schwarzarbeit< ausweichen. Dafür muss eine langfristige Lösung gefunden werden, die
7 Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen entlastet und unterstützt.
- 8 In Deutschland soll daher ein System geschaffen werden, indem Reinigungskräfte legal
9 und mit geringem bürokratischen Aufwand in privaten Haushalten beschäftigt werden,
10 wobei die Haushalte unter bestimmten Umständen bei der Inanspruchnahme solcher
11 Dienstleistungen finanziell entlastet werden. Dies kann zum einen über eine
12 Abzugsfähigkeit der Reinigungsdienstleistung als Sonderausgaben im Sinne der
13 Einkommenssteuer geschehen. Zum anderen kann als Alternative zum Sonderausgabenabzug
14 eine Gutscheinelösung angeboten werden, die bei tariftreuen und legal agierenden
15 Anbietern eingelöst werden können. Privathaushalte erwerben diese Gutscheine bei
16 einer zentralen staatlichen Stelle und lösen diese bei den Reinigungskräften gegen
17 eine Dienstleistung ein, wobei die Reinigungskräfte wiederum den Gutschein zum Erhalt
18 der Entlohnung bei der staatlichen Stelle einlösen. Diese Stelle ist neben der
19 Zahlung der Entlohnungen auch für die Abführung der Steuern und Sozialabgaben
20 zuständig. Mithin wird ein System geschaffen, welches eine rechtskonforme
21 Beschäftigung mit Entrichtung von Steuern und Sozialversicherung gewährleistet und
22 gleichzeitig einen niedrighschwelligen Aufwand darstellt, insbesondere wenn es digital
23 umgesetzt wird.
- 24 Als Vorbild kann das belgische Modell der Service vouchers (Titres services) dienen.
25 Besonders wichtig ist dabei:
- 26 Dass die Agenturen die Reinigungskräfte aktiv bei der Anmeldung, der Abrechnung und
27 ihren Steuerzahlungen unterstützen. Dieses System soll dazu beitragen, legale
28 Beschäftigung als attraktive und faire Alternative zu etablieren. Um das System
29 bekannt zu machen sind folgende Maßnahmen denkbar:
- 30 Eltern kriegen bei der Geburt eines Kindes 25 Gutscheine, um sie in den ersten
31 Monaten nach der Geburt zu entlasten und zu unterstützen. Personen mit einer
32 Behinderung kriegen je nach Schwere der Behinderung ebenfalls ein Kontingent
33 kostenloser Gutscheine zur Verfügung gestellt.
- 34 In den ersten 12 Monaten nach der Einführung des Systems kriegen Haushalte bei der
35 Erstnutzung rabattierte Gutscheine.
- 36 Bei der Planung und Umsetzung soll auch §45b des Pflegestärkungsgesetzes mit
37 einbezogen werden.

Begründung

Dieser Antrag stellt eine Ergänzung zum bisherigen Vorschlag des Arbeitsministeriums dar, das ein wichtiger erster Schritt ist, aber noch nicht weitreichend genug ist. Für viele deutsche Haushalte ist eine Reinigungskraft oder Haushaltshilfe eine aktive Unterstützung in anspruchsvollen Lebenslagen. So ist es beispielsweise nach der Geburt eines Kindes oftmals eine große Hilfe, doch auch für Personen mit körperlichen Behinderungen oder psychischen Problemen ist die Haushaltsführung häufig schwer. Der Wunsch nach Unterstützung ist also nachvollziehbar, doch schwer in einem legalen Umfeld durchzuführen: Denn viele Reinigungskräfte bevorzugen es aufgrund der bürokratischen Hürden, das Geld >unter dem Tisch< zu erhalten. Doch ohne Sozialversicherung, ohne die Möglichkeit sich krankzumelden, ohne Rente ist dies keine langfristige Lösung. Zudem sind viele der Reinigungskräfte Frauen, die sich auch in Gefahr bringen, da sie in Haushalten arbeiten, ohne dass es feste Ansprechpersonen gibt und ohne dass bekannt ist, wo sie sich aufhalten. Das vorgeschlagene System soll deswegen gleichzeitig legale Wege attraktiver, niedrighwelliger, und bekannter machen, und somit Haushalte sowie haushaltsnahe Dienstleister*innen entlasten.

Antrag B13: Festlegung eines angemessenen Mindestlohns für Voll- und Teilzeitkräfte, insbesondere im Rahmen der Beschäftigung in Zeitarbeit

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	B - Beschäftigung & Gute Arbeit

- 1 Wir fordern als SPD einen menschenwürdigen Mindestlohn von 15 Euro für Teilzeit- und
- 2 Vollzeitkräfte. Zudem fordern wir, den gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro ohne
- 3 Ausnahme in allen sonstigen Beschäftigungsverhältnissen, auch für Minderjährige, zu
- 4 zahlen.

Begründung

Arbeitsverträge in Voll- und Teilzeit bringen teilweise finanzielle Unsicherheiten mit sich, insbesondere vor dem Hintergrund der Zeitarbeit und befristeten Arbeitsverträgen. Nicht immer kommt es vor, dass entsprechende Verträge verlängert werden und das Gehalt nicht nur im Zuge dessen im angemessenen Maße steigt. Auch ist häufig der Stundenlohn im Verhältnis zur geleisteten Arbeit zu gering, insbesondere vor dem Hintergrund steigender Lebenshaltungskosten, vor allem in Mittel- und Großstätten.

Dies bringt auch eine dauerhafte Unsicherheit mit sich, wie es finanziell im Leben weitergehen soll. Zeitarbeit ist zudem häufig körperlich anspruchsvollere Arbeit, sodass ein finanzieller Ausgleich für die Beschäftigten als Minimum anzuerkennen ist. Zeitarbeitsfirmen verdienen zudem in der Regel als Verleiher mindestens den doppelten Stundenlohn des Gehalts derjenigen, welcher in einer zugewiesenen anderen Firma arbeiten. In der öffentlichen Debatte zur Zeitarbeit ist häufig der Grund zu hören, die Flexibilität im Zuge der Befristung sei ein Anreizmodell und damit finanziell lohnend.

Dies ist aus Sicht der Sozialdemokratie als unzureichende Basis gegenüber den entsprechenden Beschäftigten anzusehen. Daher fordern wir als SPD, einen menschenwürdigen Mindestlohn von 15 Euro für Voll- und Teilzeitkräfte anzusetzen. Dabei ist es gleich, in welcher Art des Beschäftigungsverhältnisses die Arbeitnehmer*innen stehen. Wir Jusos Kassel Stadt begrüßen in diesem Zusammenhang eine entsprechende Forderung der Bundesjusos nach einem höheren Mindestlohn von 15 Euro pro Stunde. Im Zuge allgemein steigender Kosten, nicht zuletzt aufgrund des Ukraine Krieges, Corona, der Inflation und, wie bereits genannt steigender Mieten, ist eine Anpassung der Löhne erforderlich. Arbeitgeber, die diese vorgeschlagene Vergütung beispielsweise aufgrund der Größe des Betriebes nicht leisten können, müssen hierzu vom Staat unterstützt werden. Nicht zuletzt sind es die Beschäftigten selbst, welche die Geschäfte grundlegend am Laufen halten und ohne die mit ihren teils niedrigen Löhnen nichts funktionieren würde.

Antrag C1: Endlich richtig ausbilden!

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

1 Höhere Vergütung:

2 Wir fordern eine höhere Vergütung von Auszubildenden, welche Netto im 1. Lehrjahr
3 mindestens die Höhe des aktuellen BAföG-Höchstsatzes beträgt und bei Besserstellung
4 der Auszubildenden auf mindestens die branchenabhängige tarifliche
5 Ausbildungsvergütung von 80% steigt. Die Steigerung der Ausbildungsvergütung mit
6 Erreichen eines höheren Lehrjahres soll weiter bestehen bleiben und um mindestens 10%
7 pro Lehrjahr steigen.

8 Anhebung der (Mindest-)Ausbildungsvergütung:

9 In vielen Reden zum Thema Ausbildung wird die Floskel „Ausbildungen sollten dem
10 Studium gleichgestellt werden“ verwendet. Wir fordern, dass dem endlich Taten folgen.
11 Es kann nicht sein, dass Auszubildende für teilweise weniger als Bürger*innengeld
12 lernen und arbeiten, wenn sie oft über 40 Stunden in der Woche im Betrieb sind und
13 neben dem Erlernen ihres Berufs als eine wichtige unterstützende Arbeitskraft für
14 ihre Kolleg*innen fungieren. Diese Arbeitsleistung muss gewürdigt werden! Für
15 Student*innen liegt der BAföG-Höchstsatz aktuell bei monatlich 934€, die
16 Mindestausbildungsvergütung liegt jedoch bei nur 620€ pro Monat. Es ist unserer
17 Meinung nach nicht zu erklären, dass Auszubildende, die neben ihrer Lehre auch
18 Leistungen in Betrieben erbringen, am Ende des Monats finanziell schlechter gestellt
19 sind als Studierende.

20 Daher fordern wir:

21 Eine Ausbildungsvergütung, die...

- 22 • Im 1. Lehrjahr mindestens die Höhe des aktuellen BAföG-Höchstsatzes beträgt
- 23 • Bei Besserstellung des Azubis auf mindestens die branchenabhängige tarifliche
24 Ausbildungsvergütung von 80% steigt
- 25 • Sich mit Erreichen jedes höheren Lehrjahres um mindestens 10% erhöht.

26 Kontrolle/Beschwerde Anlaufstelle:

27 Wir wollen eine unabhängige Beschwerde-/Kontroll-Anlaufstelle auf den Weg bringen, da
28 viele der schon bestehenden Rechte der Auszubildenden heute nicht eingehalten werden.
29 Dies betrifft zum Beispiel nicht erfasste Überstunden, Aufgaben abseits der
30 Ausbildungsinhalte.

31 So hat die Beschwerde-Anlaufstelle die primäre Aufgabe, an jede*n Auszubildende*n
32 heranzutreten und ein verpflichtendes Einzelgespräch mit den Auszubildenden zu
33 führen. In diesem Gespräch, das alle sechs Monate stattfinden, ist eine Checkliste
34 auszufüllen, welche Aufschluss über die Qualität/Zufriedenheit der Ausbildung und mit
35 dem Betrieb gibt. Außerdem soll das Berichtsheft in geringen Abständen von dieser
36 unabhängigen Stelle kontrolliert werden, um Missstände schneller erkennen zu können.
37 Diese Beschwerde-Anlaufstelle soll den zuständigen Kammern untergeordnet sein und

38 BBSen/anderen Schulen angesiedelt sein.

39 Die Kontrolle und Beschwerde-Anlaufstelle hat die primäre Aufgabe, den in den
40 Beschwerden festgestellten Missständen nachzugehen. Dazu zählt z.B. das
41 unangekündigte Recht, Betriebe unangekündigt zu besuchen, um sich selbst ein Bild von
42 der Qualität der Ausbildung zu machen und z.B. mit der Ausbildungsleitung zu reden.

43 Neben dieser Anlaufstelle soll ein verpflichtender Lehrgang zu Beginn der Ausbildung
44 eingeführt werden, indem die neuen Auszubildenden über ihre Rechte und Pflichten
45 aufgeklärt werden, damit sie jene Missstände innerhalb ihrer Ausbildung schneller
46 erkennen und sie bei den entsprechenden Stellen melden können. Die Rechte und
47 Pflichten von Auszubildenden sollen weiterhin Bestandteil des Sozialkundeunterrichts
48 sein und prüfungsrelevant bleiben.

49 Ausbildung und nicht Ausbeutung! Firmen kontrollieren sich und ihre
50 Ausbildungsqualität praktisch selbst. Berichtsheftseiten werden nur unterschrieben,
51 wenn Aufgaben wie "Hof kehren", "für den Chef einkaufen" etc. nicht drinstehen. Diese
52 systematische Ausnutzung von Auszubildenden kann nicht sein und wir dürfen nicht
53 einfach wegschauen! Auszubildende müssen mehr über ihre Rechte wissen und sich bei
54 einer unabhängigen Anlaufstelle beschweren können, ohne Konsequenzen fürchten zu
55 müssen.

56 Daher fordern wir:

57 Eine unabhängige Beschwerde-/Kontroll-Anlaufstelle, die...

- 58 • verpflichtende Einzelgespräche mit den Auszubildenden führt, die alle sechs
59 Monate stattfinden sollen
- 60 • regelmäßig Besuche in Ausbildungsbetrieben durchführt und das Berichtsheft
61 kontrolliert
- 62 • dauerhafte in der Berufsschule/anderen Schulen als Ansprechpartnerin vertreten
63 ist

64 Unbefristete Übernahme ohne Probezeit:

65 Auszubildende sind nach bestandener Abschlussprüfung grundsätzlich im erlernten Beruf
66 unbefristet, in Vollzeit und ohne erneute Probezeit zu übernehmen.

67 Ausnahmen gelten nur, wenn die Unzumutbarkeit der Weiterbeschäftigung erkennbar ist.

68 Dies könnte folgende Gründe haben:

- 69 - Personen- oder verhaltensbedingte Gründe
- 70 - Dringende betriebliche Gründe (fehlende freie Arbeitsplätze)
- 71 - Auftragslage

72 Falls der*die Arbeitgeber*in den*die Auszubildende*n nach Beendigung der
73 Abschlussprüfung nicht weiter beschäftigen kann, muss er*sie sich mit dem Betriebsrat
74 und bei Bestehen mit der JAV zusammensetzen, um Lösungen oder andere
75 Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden.

76 Sollte es aufgrund der Betriebsgröße keinen Betriebsrat geben, so werden diese
77 Aufgaben durch Vertreter*innen der jeweiligen Kammer, wie zum Beispiel den
78 Ausbildungsberater*innen, übernommen. Zudem fordern wir, dass nach dem Abschluss der
79 Berufsausbildung eine Übernahmeverpflichtung von sechs Monaten besteht. Das hat den
80 Vorteil, dass der*die ehemalige Auszubildende bei Nichtübernahme ausreichend Zeit

81 hat, sich auf andere Stellen zu bewerben und Berufserfahrung sammeln kann. Dieser
82 Übernahmzeitraum kann auf Wunsch des*der (ehemaligen) Auszubildenden verkürzt
83 werden.

84 Auszubildende werden immer öfter im Unklaren über ihre Chancen auf Übernahme und
85 Weiterbeschäftigung im Unternehmen gelassen, wodurch sie in der entscheidenden
86 Prüfungsphase einer zusätzlichen Belastung ausgesetzt sind. Auszubildende lernen
87 nicht nur für die Prüfung, sondern müssen sich gleichzeitig auch noch auf eine neue
88 Stelle bewerben, um nicht arbeitslos zu werden. Diesen Zustand können wir nicht
89 befürworten, sondern müssen dagegenhalten, damit Auszubildende nicht mehr dieser
90 Doppelbelastung ausgesetzt sind.

91 Daher fordern wir:

- 92 • Prinzipiell eine Pflicht zur unbefristeten Übernahme (außer es gibt gute Gründe
93 die dem entgegenstehen, Bsp. zu geringe Auftragslage).
- 94 • Keine erneute Probezeit nach der Ausbildung sofern man vom Ausbildungsbetrieb
95 übernommen wird, verkürzte Probezeiten während der Ausbildung in Berufen, in
96 denen ein Betriebswechsel üblich ist (Bspw. Landwirt*in, Winzer*in).
- 97 • Eine klare Regelung der Übernahme. Betriebe sollen verpflichtet werden,
98 mindestens ein halbes Jahr vor der Abschlussprüfung zu erklären, ob sie den*die
99 Auszubildende*n übernehmen können und wollen. Weiterhin sollte es, um die
100 stressige Zeit der Prüfungsphase nicht auch noch mit einem drohenden
101 Betriebswechsel zu belasten, eine halbjährige Übernahmeverpflichtung geben.
102 Damit nach der bestandenen Prüfung Zeit für Bewerbungen in andere Betriebe ist.

103 Zukunftsfonds Ausbildung

104 Wir fordern in Rheinland-Pfalz einen Ausbildungsumlagefonds (Zukunftsfonds), der
105 branchenspezifisch aufgebaut ist. Dadurch sollen mehr betriebliche Ausbildungsplätze
106 geschaffen werden. Ebenso soll der *Zukunftsfonds Ausbildung* in Rheinland-Pfalz
107 ansässige Unternehmen, Betriebe, Betriebsteile und Betriebsstätten dabei
108 unterstützen, Auszubildende zu finden und die Ausbildungsqualität im Allgemeinen zu
109 verbessern.

110 Zudem sollen Beratungsangebote ausgebaut und verbessert werden, damit weitgehender
111 und bedarfsgerechte Unterstützung gewährleistet ist.

112 Durch den *Zukunftsfonds Ausbildung* sollen folgende Ziele erreicht werden:

- 113 • Schaffung von mehr betrieblichen Ausbildungsplätzen
- 114 • Passgenauere Beratung, damit Ausbildungssuchende und Ausbildungsplatzanbieter
115 besser zusammenpassen und zusammenfinden
- 116 • Erhöhung der Ausbildungsqualität
- 117 • Durchfallquoten bei der Zwischen-/Abschlussprüfung senken
- 118 • Bessere Integration von Menschen mit besonderen Herausforderungen in die
119 Ausbildungswelt
- 120 • Schaffung eines solidarischen Ausgleichs zwischen Ausbildungsplatzanbieter*innen
121 und Unternehmen, die keine Ausbildung anbieten
- 122 • Bekämpfung des Fachkräftemangels

123 Damit diese Ziele erreichbar sind, möchten wir mit dem *Zukunftsfonds Ausbildung*

124 unterstützen:

- 125 • Unternehmen, Betriebe, Betriebsteile und Betriebsstätten, die in RLP ansässig
126 sind und **die Ausbildungsbetriebe sind**
- 127 • Unternehmen, Betriebe, Betriebsteile und Betriebsstätten, die in RLP ansässig
128 sind und ihre **Ausbildungsplätze nicht besetzen** können
- 129 • Unternehmen, Betriebe, Betriebsteile und Betriebsstätten, die in RLP ansässig
130 sind und **für die Ausbildung nötige Rahmenbedingungen nicht erfüllen können**
131 (Beispielsweise ein kleiner KFZ Betrieb, der keine Toiletten Möglichkeiten für
132 eine FINTA Person hat)
- 133 • Unternehmen, Betriebe, Betriebsteile und Betriebsstätten, die in RLP ansässig
134 sind, bei der **Ausbildung von Personen mit besonderen Herausforderungen**
- 135 • Bedarfsgerechte **Unterstützung für Schüler*innen und unvermittelbare**
136 **Bewerber*innen** im Übergangssystem zwischen Schule und Ausbildung mit
137 Ausbildungsplatzanbieter*innen gewähren
- 138 • (Monats-)Praktika in Unternehmen, Betrieben, Betriebsteilen und Betriebsstätten,
139 die in RLP ansässig sind für **Auszubildende aus außerbetrieblichen Ausbildungen**
140 (zur Vermittlung praktischer Inhalte).
- 141 • Erhöhung der Quote von Unternehmen, Betrieben, Betriebsteilen und
142 Betriebsstätten, die in RLP ansässig sind, die den **Ausbilderschein für**
143 **Mitarbeiter*innen kostenlos** anbieten

144 Aufbau des Zukunftsfonds Ausbildung:

- 145 • Der Fonds soll sich neben den jährlich festgelegten Beiträgen der in RLP
146 ansässigen Unternehmen, Betriebe, Betriebsteile und Betriebsstätten auch aus
147 einer **Unterstützung des Landes** zusammensetzen, die ca. 10 % des gesamten
148 Fondsvolumens betragen soll
- 149 • Der *Zukunftsfonds Ausbildung* soll **branchenspezifisch** aufgebaut sein. Jede
150 Branche wird hierbei von den Sozialpartner*innen für die Branche betreut,
151 koordiniert und kontrolliert
- 152 • In den Fonds zahlen alle in RLP ansässigen und eine **Minimalgröße nicht**
153 **unterschreitenden Unternehmen, Betriebe, Betriebsteile und Betriebsstätten ein**
- 154 • Die Höhe der Zahlungen in diesen Fonds ist von der Größe des einzahlenden
155 Betriebes abhängig. Sie darf eine **festgelegte Maximalsumme** dennoch nicht
156 überschreiten
- 157 • Jede*r Ausbildungsplatzanbieter*in bekommt, je nach Branche und Förderfähigkeit
158 der auszubildenden Person, jährlich eine Summe an Fördermitteln aus dem Fonds
159 ausgezahlt. Die jeweilige Höhe der Förderung der Branche wird von den
160 **Sozialpartner*innen der jeweiligen Branche festgelegt** und muss dem Ministerium
161 für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung begründet werden. Das
162 Ministerium besitzt ein Vetorecht und kann die Sozialpartner*innen auffordern,
163 die Höhe der Fördermittel zu korrigieren
- 164 Durch die Branchenspezifisierung wird die Umlage noch wirkungsvoller. Auch Studien
165 (Schuß 2022: S. 14-16) zeigen, dass diese effizienter/erfolgreicher sind, insofern
166 die Umlage an den jeweiligen Sektor angepasst ist.

167 Neben der Förderung für Auszubildende haben Betriebe jedoch auch noch andere
168 Möglichkeiten, Unterstützung (oben genannte) aus dem *Zukunftsfonds Ausbildung* zu
169 beantragen. Die Zuständigkeit der Förderungen liegt bei den Sozialpartner*innen jeder
170 Branche, sofern die Förderung eine branchenspezifische ist. Sollte dies nicht der
171 Fall sein, ist das Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und
172 Digitalisierung zuständig und kann Förderungen bewilligen.

173 Kosten, die beispielsweise durch Verwaltung, Zahlungsabwicklungen oder
174 Softwareentwicklungen verwendet werden, sollen aus dem Fonds finanziert werden,
175 soweit diese nicht bereits ohnehin durch Haushaltsmittel gedeckt sind.

176 Berufsberatung an Schulen

177 Wir fordern, das Thema Ausbildung frühzeitig in den Schulen zu einem festen
178 Bestandteil des Unterrichts und des schulischen Alltages zu machen.

179 Wir sehen drei Punkte als besonders wichtig an:

180 1. Ein jährliches, verpflichtendes Schulpraktikum für Schüler*innen ab dem 8.

181 Schuljahr. Der Zeitraum, indem das Praktikum stattfindet, soll vom
182 Kultusministerium frühestmöglich verkündet werden, aber mindestens in den
183 Sommerferien zu dem vorangehenden Schuljahr. So können sich Schulen,
184 Schüler*innen und Betriebe bessere Voraussetzungen frühzeitig darauf
185 vorzubereiten.

186 2. Die Agentur für Arbeit soll einen festen Platz im Schulalltag haben. Neben einem
187 Beratungsangebot an jeder Schule fordern wir auch eine jährliche verpflichtende
188 Berufsberatung für jede*n Schüler*in ab der 8. Klasse bis zu seinem*ihren
189 Schulabschluss.

190 3. Mehr Kooperationen zwischen Betrieben und Schulen. Wir möchten diese
191 Kooperationen weiter ausbauen. Wir sehen große Vorteile, wenn Schulen und
192 Betriebe zusammenarbeiten. So können z.B. besser Berufe vorgestellt werden und
193 Schüler*innen, die kein Praktikum gefunden haben, an diese Kooperationsbetriebe
194 vermittelt werden, damit alle ein Praktikum erlangen.

195 Schulische Praktika werden oft belächelt, aber helfen sehr vielen Schüler*innen bei
196 der Wahl des richtigen Berufes. Deshalb muss es hier eine bessere Zusammenarbeit
197 zwischen Schulen und Ausbildungsbetrieben geben, damit zum einen Berufe in Schulen
198 besser vorgestellt werden und zum anderen auch die Schüler*innen, die selbstständig
199 keinen Praktikumsplatz bekommen haben, hier gut untergebracht werden können.

200 Deshalb fordern wir:

- 201 • Mehr Praktika während der Schulzeit
- 202 • Bessere Kooperationen zwischen Schule und Ausbildungsbetrieben

203 Ausweitung des Berufsabiturs

204 Wir fordern die bundesweite Erweiterung des 2017/2018 in 6 Bundesländern stattfinden
205 Pilotprojekts „Berufsabitur“. Hier konnten Schüler*innen innerhalb von 4 Jahren eine
206 Ausbildung plus Abitur vollenden. Dies nutzt vor allem Schüler*innen, die sich
207 während ihrer Schulzeit schon sicher über ihre Berufswahl waren, sich aber die
208 Möglichkeit offen lassen wollen, an einer Universität zu studieren, als Erweiterung
209 zu ihrer Ausbildung oder in einem anderen Bereich. Nach der bundesweiten Ausweitung
210 des Berufsabiturs muss dies ein klarer Bestandteil in der Ausbildungswelt werden.

211 Dies kann nur gelingen, wenn das Konzept bundesweit an den Berufsschulen angeboten
212 werden kann und wenn Betriebe und Schüler*innen darauf hingewiesen werden, dass es
213 diese Möglichkeit gibt.

214 Dieses Konzept bietet eine weitere Möglichkeit für Schüler*innen eine gute Grundlage
215 für ein Studium zu schaffen. Neben dem fürs Studium an einer Universität wichtigen
216 Abitur bekommt man auch noch die Einblicke aus der Ausbildung und hat somit viele
217 Vorteile. Zudem verdient man in der gesamten Zeit über Geld und ist nicht mehr so
218 sehr von den Eltern etc. abhängig.

219 Daher fordern wir:

220 • Auswertung, sowie Ausweitung des Pilotprojektes

221 • Stetige Evaluation der Möglichkeiten, wie das Ausbildungssystem und die
222 Ausbildungen verbessert werden können, unter Einbeziehung von Modellen und
223 Pilotprojekten

224 Angebote für psychische Beratung und Anlaufstelle für Auszubildende

225 Mentale Gesundheit ist ein Thema, das in der gesamten Gesellschaft immer noch
226 tabuisiert ist. Für uns ist klar, dass die Zeiten des Tabus vorbei sind - gerade beim
227 Thema Ausbildung. Die Zeit nach dem Schulabschluss und dem Beginn der Ausbildung,
228 aber auch während der Ausbildung ist eine Zeit großer Umbrüche in den Leben der
229 jungen Leute. Das Zusammenarbeiten mit Kolleg*innen, der Wegfall der gemeinsamen Zeit
230 mit Freund*innen und viele weitere Gegebenheiten können eine psychische Belastung für
231 Auszubildende sein. Aber auch die Prüfungsphasen sind sehr belastende Zeiten.

232 Daher fordern wir:

233 • Eine psychische Beratung und Anlaufstelle für Auszubildende

234 • Eine Entzerrung von Prüfungs- und anderen Stressphasen von Auszubildenden.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag C2: Duale (Aus-)bildung stärken und weiterdenken! – Mehr Rechte und Schutzmechanismen für Auszubildende und Dual Studierende!

Antragsteller*in:	Jusos Saar
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

1 **Analyse:**

2 Stärkung des Schutzschirms für Ausbildungsplätze und der Verbundausbildung

3 In Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit lastet ein besonderer Druck auf dem
4 Ausbildungsmarkt. Kleine und mittelständische Unternehmen sehen sich oft gezwungen,
5 durch Kosteneinsparungen Umsatzverluste auszugleichen, was zu Personalkürzungen und
6 der Einführung von Kurzarbeit führen kann. Dennoch ist es von größter Bedeutung,
7 Auszubildende vor solchen drastischen Maßnahmen zu schützen. Daher sollte der Betrieb
8 sämtliche zur Verfügung stehenden Mittel mobilisieren, um die laufende Ausbildung
9 aufrechtzuerhalten. Eine mögliche Strategie hierbei ist die Umplatzierung von
10 Auszubildenden in Abteilungen, die nicht von Kurzarbeit betroffen sind, oder die
11 Anwendung des Prinzips der Verbundausbildung. Gemäß § 10 (5) des
12 Berufsbildungsgesetzes (BBiG) besteht die Möglichkeit, dass sich mehrere Betriebe zu
13 einem Ausbildungsverbund zusammenschließen, was die Grundlage für die Umsetzung der
14 Verbundausbildung bildet. Daher setzen wir uns vehement dafür ein, die
15 Verbundausbildung durch die Integration verschiedener Verbundmodelle zu erleichtern
16 und finanziell zu unterstützen. Auf diese Weise können Auszubildende und dual
17 Studierende auch in ökonomisch herausfordernden Zeiten ihre Ausbildung fortsetzen,
18 ohne negativ von Kurzarbeit beeinflusst zu werden.

19 Sicherung der unbefristeten Übernahme nach der Ausbildung für Auszubildende und 20 Studierende im dualen System

21 Eine Vielzahl von Auszubildenden und Studierenden im dualen System trägt bis
22 unmittelbar vor dem Abschluss ihrer Ausbildung eine erhebliche Last der Unsicherheit
23 hinsichtlich ihrer Zukunftsperspektiven. Diese anhaltende Ungewissheit ist nicht nur
24 belastend für die betroffenen jungen Menschen, sondern kann auch einen schädlichen
25 Einfluss auf ihre Motivation und ihre Leistungen während der Ausbildungszeit haben.
26 Es ist von grundlegender Bedeutung, dass dieser Zustand der Unsicherheit über die
27 Übernahmemöglichkeiten nach Abschluss der Ausbildung einer gezielten und umfassenden
28 Lösung zugeführt wird.

29 In dieser Hinsicht besteht ein dringender Bedarf nach einer klaren und einheitlichen
30 Regelung, die für alle Auszubildenden und dual Studierenden gleichermaßen greift.
31 Eine solche Regelung verfolgt das Ziel, die Unsicherheit in Bezug auf die Übernahme
32 nach Abschluss der Ausbildung zu minimieren und jungen Menschen eine verlässliche
33 Perspektive zu bieten.

34 Diese Neuausrichtung könnte nicht nur dazu beitragen, die psychische Belastung der
35 Auszubildenden zu reduzieren, sondern auch ihre berufliche Entwicklung positiv
36 beeinflussen. Wenn Auszubildende bereits während ihrer Lernphase wissen, dass eine

37 ernsthafte Übernahmeperspektive besteht, könnten sie mit einer gestärkten Motivation
38 und einem verstärkten Engagement in ihre Ausbildung investieren. Dies könnte wiederum
39 zu einem höheren Qualifikationsniveau und einer insgesamt positiven Dynamik im
40 Ausbildungsumfeld führen.

41 Eine unbefristete Übernahme ist entscheidend, um bereits während der Ausbildung ein
42 selbstbestimmtes Leben führen zu können. Sie trägt dazu bei, dass der/die
43 Auszubildende wirtschaftlich unabhängig wird. Ferner sorgt sie dafür, dass junge
44 Menschen kreditfähig werden, um sich etwa eine Wohnung anzumieten, sich Eigentum
45 anzuschaffen, sich selbst zu versorgen oder etwa, um eine Familie zu gründen.

46 Die Forderung nach einer klaren unbefristeten Übernahmeregulung für Auszubildende und
47 Studierende nach Abschluss ihrer Ausbildung ist somit nicht nur eine Maßnahme zur
48 Reduzierung von Unsicherheit, sondern auch ein Schritt in Richtung einer nachhaltigen
49 Förderung der jungen Fachkräfte von morgen. Es ist an der Zeit, einen stabilen Rahmen
50 zu schaffen, der die Weichen für eine vielversprechende berufliche Zukunft stellt und
51 gleichzeitig die Auszubildenden in ihrer Entwicklung unterstützt. Eine klare
52 Übernahmepolitik wäre ein Zeichen des Engagements für die Auszubildenden und eine
53 Investition in die Zukunft der Arbeitswelt.

54 Beispiele für einen solchen unbefristeten Übernahmevertrag sieht man bereits in
55 vielen Branchen u.a. in der Stahl- und in Teilen der Metallelektroindustrie. Auch
56 dort lässt sich erkennen, dass die unbefristete Übernahme die Identifikation mit dem
57 Ausbildungsbetrieb stärkt, und Mitarbeitenden bindet, was wiederum Auswirkungen auf
58 den in vielen Branchen herrschenden Fachkräftemangel hat.

59 Anpassung der Digitalisierung in Betrieb und Berufsschule

60 Die Arbeitswelt befindet sich in einem großen digitalen Transformationsprozess.
61 Dieser Wandel ist von enormer Tragweite, denn er verändert nicht nur die Art und
62 Weise, wie wir arbeiten, sondern beeinflusst auch unsere Beziehung zur Technologie
63 und die Art, wie wir Wissen erwerben und uns weiterbilden. Innerhalb dieses
64 umfassenden Umbruchs bieten sich nicht nur Risiken, sondern auch erhebliche Chancen
65 für eine weitreichende Verbesserung der Arbeitsbedingungen und -möglichkeiten für die
66 Arbeitnehmer*innen. Daher ist es von höchster Relevanz, nicht nur passive Beobachter
67 dieser Entwicklung zu sein, sondern aktiv an der Gestaltung und Mitbestimmung der
68 Rahmenbedingungen für diese sich verändernde Arbeitswelt teilzuhaben.

69 Die jüngste globale Pandemie hat auf drastische Weise verdeutlicht, dass die
70 Auswirkungen der unzureichenden Digitalisierung nicht nur die Auszubildenden und
71 Schüler*innen treffen, sondern auch Lehrende an Berufsschulen und Ausbilder*innen in
72 Betrieben überfordern können. Diese Situation legt den Finger auf die Wunde: Sowohl
73 eine mangelnde digitale Ausstattung in Form von notwendiger Hardware als auch eine
74 unzureichende Kompetenz im Umgang mit digitalen Lernmethoden werden deutlich. Obwohl
75 digitale Prozesse immense Potenziale für das Lernen und die Vermittlung von Wissen
76 bieten, werden diese Potenziale nicht in vollem Umfang ausgeschöpft.

77 Es ist daher von größter Bedeutung, dass Bildungseinrichtungen und
78 Ausbildungsbetriebe die digitalen Möglichkeiten erkennen und nutzen. Dies erfordert
79 nicht nur Investitionen in die technische Ausstattung, sondern auch die gezielte
80 Förderung von digitalen Kompetenzen bei Lehrenden und Ausbilder*innen. Schulungen und
81 Fortbildungen, die den sich wandelnden Anforderungen der digitalen Bildung gerecht

82 werden, sind unerlässlich, um den Lehrenden das Rüstzeug zu geben, um in der heutigen
83 digitalen Lernumgebung erfolgreich zu agieren.

84 Indem wir die Digitalisierung als Chance und nicht nur als Herausforderung begreifen,
85 können wir die Bildungslandschaft und die Arbeitswelt insgesamt verbessern. Ein
86 aktiver Ansatz bei der Einführung und Anwendung digitaler Technologien sowie die
87 Förderung digitaler Kompetenzen sind Schlüsselfaktoren, um sicherzustellen, dass
88 niemand aufgrund unzureichender Digitalisierung zurückbleibt. Dies erfordert ein
89 koordiniertes und gemeinschaftliches Bemühen von Bildungseinrichtungen, Unternehmen
90 und politischen Entscheidungsträgern, um die Vorteile der digitalen Transformation
91 voll auszuschöpfen und gleichzeitig sicherzustellen, dass niemand von ihren
92 Möglichkeiten ausgeschlossen wird.

93 Bildungsurlaub von 15 Tagen bundesweit

94 Der Zugang junger Menschen zur Bildung und ihren Chancen in der beruflichen Welt
95 sollte in keiner Weise von der finanziellen Situation ihrer Eltern abhängig sein.
96 Bildungsunterschiede, die aufgrund ökonomischer Faktoren entstehen, sind eine
97 ernsthafte Gefahr für die soziale Gleichheit und stellen eine Einschränkung der
98 individuellen Möglichkeiten zur freien Berufswahl dar. Diese Unterschiede haben eine
99 nebulöse Wirkung auf das Fundament unserer Gesellschaft und können langfristig zu
100 einer verstärkten sozialen Ungleichheit führen.

101 Bildung, als eines der grundlegenden Menschenrechte, trägt nicht nur zur persönlichen
102 Entfaltung jedes Einzelnen bei, sondern spielt auch eine zentrale Rolle für das Wohl
103 der Gesellschaft als Ganzes. Der Mangel an gleichberechtigtem Zugang zur Bildung kann
104 die gesellschaftliche Teilhabe beeinträchtigen und in der Folge zu einer
105 Ungleichverteilung der Ressourcen führen. Es ist daher von entscheidender Bedeutung,
106 Bildungswege zu schaffen, die unabhängig von sozialen und finanziellen Hintergründen
107 sind.

108 Die Bildungsungleichheit hat nicht nur Auswirkungen auf individuelle Perspektiven,
109 sondern auch auf die Gesamtdynamik der Gesellschaft. Sie kann zu einem Teufelskreis
110 führen, in dem eingeschränkte Bildungsmöglichkeiten zu begrenzten beruflichen
111 Aussichten führen, was wiederum soziale Mobilität behindert und soziale Kluft
112 vertieft. Dieser Trend ist nicht nur ungerecht, sondern hat auch potenziell
113 weitreichende Auswirkungen auf die Wirtschaft und das gesellschaftliche Gefüge.

114 In diesem Kontext ist ein gesetzlich verankerter Anspruch auf 15 Tage Bildungsurlaub
115 eine wichtige Gegenmaßnahme. Dieser Anspruch würde jungen Menschen die Möglichkeit
116 bieten, ihre Bildung und berufliche Entwicklung unabhängig von finanziellen Engpässen
117 zu fördern. Es wäre ein wichtiger Schritt, um Bildung als Schlüssel zur
118 Chancengleichheit zu stärken und jungen Menschen eine Brücke zu schlagen, die über
119 finanzielle Hürden hinausreicht.

120 Ein solcher Anspruch auf Bildungsurlaub würde nicht nur dazu beitragen, individuelle
121 Bildungslücken zu schließen, sondern auch dazu beitragen, die Gesellschaft insgesamt
122 gerechter zu gestalten. Bildung ist der Eckpfeiler eines progressiven und inklusiven
123 Gemeinwesens, und die Einführung eines solchen Anspruchs würde einen bedeutenden
124 Schritt in Richtung einer gerechteren Zukunft bedeuten.

125 Stärkung der dualen Ausbildung

126 Die Schutzbestimmungen und Mitbestimmungsrechte, die im Berufsbildungsgesetz (BBiG)

127 für andere Auszubildende gelten, sollten auch für zukünftige Erzieher*innen gelten.
128 Diese benötigen in ihrer Ausbildung:

129 Die übliche Ausbildungsvergütung im öffentlichen Dienst, gesetzlich verankerte
130 Kostenfreiheit der Ausbildung, Schutz durch einen rechtlich bindenden
131 Ausbildungsvertrag, der Urlaubsansprüche regelt, bundesweit einheitliche
132 Rahmenlehrpläne und Ausbildungsrahmenpläne in sozialpartnerschaftlicher
133 Zusammenarbeit, Mitbestimmungsrechte im Ausbildungsbetrieb, einheitliche
134 Qualitätsstandards in der Ausbildung sowie geprüfte Kompetenz der Ausbilder*innen,
135 ein einheitliches Ausbildungssystem bundesweit, unabhängig vom Wohnort.

136 Diese Standards, die im BBiG verankert sind, sollten in allen Branchen gelten. Alle
137 schulischen Berufe sollen unter Federführung des BBiG stehen. Es ist von großer
138 Bedeutung, nicht nur Reformen innerhalb des BBiG anzugehen, sondern auch die
139 grundlegende Struktur zu überdenken. Das BBiG sollte zu einem modernen
140 Berufsqualifizierungsgesetz weiterentwickelt werden, das alle beruflichen Aus- und
141 Fortbildungen einschließt. Dabei sollten die Besonderheiten der bestehenden
142 Bildungsgänge berücksichtigt werden.

143 Wir brauchen eine umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie!

144 Als die Bundesregierung ihren ersten Entwurf für eine Ausbildungsplatzgarantie vorgelegt
145 hat, waren wir zurecht stinksauer. Es war insbesondere den Gewerkschaften zu
146 verdanken, dass die Ausbildungsplatzgarantie in den Koalitionsvertrag aufgenommen
147 wurde. Die Botschaft war klar: Jeder junge Mensch muss das Recht auf einen
148 Ausbildungsplatz haben. Auch wir Jusos haben auf Bundes- und auf Landesebene
149 gefordert – und nicht lockergelassen.

150 Ende März dieses Jahres verkündete Bundesarbeitsminister Hubertus Heil dann den
151 Riesenerfolg: Die Bundesregierung beschließt einen geänderten Gesetzentwurf zur
152 Ausbildungsplatzgarantie in den Bundestag einzubringen. Aus einer nicht ausreichenden
153 "Soll-Forderung" wurde ein gesetzlicher Anspruch. Ein gesetzlicher Anspruch auf einen
154 außerbetrieblichen Ausbildungsplatz in den Regionen, wo es junge Menschen besonders
155 schwer haben, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu finden – ein Riesenerfolg!
156 Eines ist klar: Ohne den Druck, vor allem durch die Gewerkschaften und
157 Gewerkschaftsbündnisse hätte es diese zentrale Nachbesserung nicht gegeben! Auf diese
158 Stärke und Zusammenarbeit mit den DGB-Gewerkschaften bauen wir auf, wenn es um die
159 Ausgestaltung der Ausbildungsplatzgarantie geht. Wir müssen sicherstellen, dass niemand
160 durch das neugespannte Auffangnetz fällt. Aber vor allem: Wir müssen die Lücken
161 angehen, die das Gesetz lässt: Noch immer ist offen, wie mehr betriebliche
162 Ausbildungsplätze geschaffen werden. Die Lösungsansätze sind für uns Jusos klar:
163 Verbundausbildung stärken, tarifvertragliche Ausgleichsfonds anreizen und eine
164 solidarische Umlagefinanzierung der Ausbildungskosten - Wer nicht ausbildet, muss
165 zahlen! Diese gilt es jetzt im Saarland umzusetzen.

166

167 **Forderungen:**

- 168 • Dass die Arbeitgeber(-verbände) das System der Verbundausbildung unterstützen.
169 • Dass, wo immer möglich, Verbundpartnerschaften aufgebaut werden, um
170 sicherzustellen, dass wirtschaftliche Schwankungen keinen negativen Einfluss auf
171 die Ausbildungsquoten und -qualität haben. Dies gilt insbesondere, um kleinen

- 172 bis mittleren Unternehmen die Möglichkeit zur Schaffung von Ausbildungsplätzen
173 zu gewähren.
- 174 • Eine verpflichtende unbefristete Übernahmegarantie für Auszubildende und dual
175 Studierende nach Abschluss ihrer Ausbildung. Die Übernahmegarantie wird
176 vertraglich zwischen Arbeitgeber*in und Auszubildenden beziehungsweise Dual
177 Studierenden vereinbart.
 - 178 • Verpflichtende Fortbildungen und Schulungen für Auszubildende und Lehrende, um
179 digitale Bildung und Unterricht effektiv umzusetzen und um Lern- und
180 Lehrprozesse im Fern- und Hybridunterricht zu verbessern, um auf kommende Krisen
181 handlungsfähig reagieren zu können.
 - 182 • Dass bundesweit ein Bildungsurlaubsgesetz mit einem Mindestanspruch von 15
183 Arbeitstagen pro Kalenderjahr bei einer 5-Tage-Woche eingeführt wird. Nicht
184 genutzter Bildungsurlaub darf übernommen werden. Die abhängig Beschäftigten
185 sollen im Rahmen der förderfähigen Bildungsangebote selbst über den Inhalt der
186 Bildungsmaßnahme entscheiden und die Wahl des Trägers frei treffen können.
 - 187 • Das Berufsbildungsgesetz nicht nur zu modernisieren, sondern zu einem
188 Berufsqualifizierungsgesetz weiterzuentwickeln, das alle beruflichen Aus- und
189 Fortbildungen einbezieht. Dabei sollen die Spezifika der bestehenden
190 Bildungsgänge erhalten bleiben.
 - 191 • Hochschulzugangsvoraussetzungen müssen sich für Absolvent*innen von
192 Aufstiegsfortbildungen (beruflicher Bildung) stärker öffnen und erbrachte
193 Leistungen anerkennen(im Sinne der Gleichwertigkeit akademischer und beruflicher
194 Bildung; der deutsche Qualifikationsrahmen bietet eine Grundlage hierfür)
 - 195 • Die Umlagefinanzierung der Ausbildungsplatzgarantie.

Antrag C3: Bildungsgerechtigkeit gibt es nicht zum Nulltarif

Antragsteller*in:	Jusos Brandenburg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

- 1 Anstelle BAföG-Mittel zu kürzen, wie es der Bundesfinanzminister derzeit plant,
- 2 fordern wir die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und den SPD-Bundesvorstand auf,
- 3 sich innerhalb des Bundestages und der SPD-geführten Bundesregierung für die
- 4 Umsetzung der Strukturreformen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BAföG), die
- 5 der Koalitionsvertrag der Bundesregierung vorsieht, einzusetzen. Dabei sollten
- 6 Einkommensgrenzen neu gedacht, Bürokratie abgebaut und Prozesse optimiert werden, um
- 7 faire Bedingungen für Beziehende zu schaffen und das BAföG zukunftsfähig zu machen.
- 8 Die angestoßenen Reformprozesse dürfen durch Kürzungen nicht ins Stoppen kommen. Das
- 9 BAföG muss einen größeren Empfänger*innenkreis bekommen. Alle Verwaltungsprozesse,
- 10 beginnend mit der Antragstellung über die Bearbeitung durch die Studierendenwerke bis
- 11 zum Bescheid, sollen hierbei vollständig digitalisiert werden. Der Bearbeitungsstand
- 12 soll jederzeit durch die Antragssteller*innen eingesehen werden können. Das fordert
- 13 auch eine strukturelle Stärkung der Studierendenwerke.
- 14 Konkrete Änderungen auf Einkommensgrenzen sollten dazu führen, dass die Haftung der
- 15 Geschwister gestrichen wird und die Einkommensgrenzen der Eltern angehoben werden,
- 16 sodass eine tatsächliche Erweiterung des Beziehendenkreises stattfindet.

Begründung

Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung erklärt, das BAföG zu einem Chancenprogramm zu machen. Aktuell liegt die BAföG-Gefördertenquote bei ca. 16%; mit einem erwarteten Rückgang auf ca. 14,7% bis zum Jahr 2025. Mit diesem Rückgang möchte der Bundesfinanzminister die Löcher im Bundeshaushalt stopfen, die er sich weigert, aufgrund der ideologisch fehlgeleiteten Schuldenbremse mit notwendigen Investitionen zu decken.

Das BAföG sollte Abhilfe schaffen für jene, die von Zuhause nicht die nötigen Mittel bekommen können, um ihre erste vollqualifizierende Ausbildung abzuschließen. Durch die steigenden Lebenshaltungskosten aufgrund der Inflation und multipler Krisen der vergangenen Jahre rutschen Studierende im BAföG-Bezug oft unterhalb des Existenzminimum. Gegenwärtig liegt der BAföG-Mindestsatz unter dem Existenzminimum. Das ist für uns nicht hinnehmbar.

Antrag C4: Ausbildungsgarantie: da geht garantiert noch mehr!

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

- 1 Die Ausbildungsgarantie soll kommen. Damit wird ein langjähriges Juso-Projekt endlich
2 Realität. Es ist richtig und wichtig, dass wir als Jusos uns für die Verbesserung der
3 Arbeitssituation junger Menschen und Menschen in Ausbildung einsetzen. Gute Arbeit
4 und Ausbildung sind das Kernanliegen unserer Politik. Arbeit nimmt einen großen Teil
5 des Lebens der Menschen und ihrer Identität ein, es ist unser Alleinstellungsmerkmal
6 als Teil einer großen politischen Bewegung, dieses Thema ganz oben auf unsere
7 Prioritätenliste zu setzen. Deshalb freuen wir uns auch besonders über alle Erfolge,
8 die wir in diesem Themenfeld erringen können.
- 9 Die Ausbildungsgarantie, wie sie nun durch die Regierung vorgeschlagen werden soll,
10 ist ein solcher Erfolg. Es ist aber nur ein Zwischenschritt in unserem Kampf für
11 einen Ausbildungsplatz für alle Menschen in unserem Land und ist bei weitem nicht
12 ausreichend!
- 13 So sollen Personen, welche keinen Ausbildungsplatz in einem Betrieb finden, dennoch
14 ihre Wunschausbildung absolvieren können. Dazu werden außerbetriebliche Institutionen
15 geschaffen, um eine geregelte Ausbildung mit entsprechendem Praxisteil für alle
16 gewährleisten zu können. Dabei ist es möglich, die Ausbildung vollständig in
17 außerbetrieblichen Einrichtungen zu absolvieren, jedoch wird angestrebt, die Azubis
18 schnellstmöglich in eine betriebliche Ausbildung zu vermitteln. Ein Wechsel von der
19 außerbetrieblichen in die betriebliche Ausbildung soll dabei ohne Verluste von
20 Lernerfolgen pragmatisch ermöglicht werden.
- 21 Die Garantie in Form eines Rechtsanspruchs hat jedoch Einschränkungen und wird
22 lediglich unter Erfüllung von Konditionen gewährt, weshalb es diese noch auszuweiten
23 gilt.
- 24 Zum einen wird der Rechtsanspruch auf einen außerbetrieblichen Ausbildungsplatz als
25 letztes Mittel auf diejenigen Regionen begrenzt sein, in denen eine Unterversorgung
26 an Ausbildungsplätzen festgestellt wird - es ist jedoch unklar, wie in den Regionen,
27 die nicht dazu zählen, sichergestellt werden kann, dass niemand durch das Auffangnetz
28 fällt - zumal nicht jede*r Jugendliche für jeden Ausbildungsplatz qualifiziert ist
29 und Ausbildungszufriedenheit und -erfolg wesentlich von einer zu den eigenen
30 Interessen passenden Berufswahl abhängen. Auch soll der Rechtsanspruch nur für
31 Personen gelten, die nachweisen können, dass sie sich um eine entsprechende
32 Ausbildung bemüht haben. Diese Kondition zusammen mit der geforderten Berufsberatung
33 für den Anspruch auf die Garantie gilt es pragmatisch und unkompliziert im Interesse
34 der Ausbildungsplatzsuchenden zu gestalten.
- 35 Zum anderen gibt der Gesetzentwurf keine Antworten zur Stärkung der betrieblichen
36 Ausbildung - in einer Zeit, in der nur noch 20% der Unternehmen überhaupt ausbilden,
37 wäre dies mehr als notwendig. Eine außerbetriebliche Ausbildung kann eine
38 betriebliche Ausbildung nicht ersetzen, sondern darf immer nur letztes Mittel sein.
39 Notwendig wären insbesondere die folgenden Maßnahmen:

40

- 41 • Die Stärkung der Verbundausbildung
- 42 • Die Förderung tarifvertraglich vereinbarter Ausgleichsfonds
- 43 • Ein bundesweiter "Zukunftsfonds", über den auch nicht ausbildende Unternehmen an
- 44 der Finanzierung der betrieblichen Ausbildung beteiligt werden

45 Über den "Zukunftsfonds" soll eine leistungsfähige Bildungsinfrastruktur finanziert
46 werden, die den Betrieben Anreize und Hilfestellung bietet, betriebliche Ausbildung
47 anzubieten und zu stärken. Dazu gehören vor allem überbetriebliche Bildungszentren
48 für die Verbundausbildung, die Förderung von Qualifizierung des Ausbildungspersonals
49 und weitere Maßnahmen mit dem Ziel, die Ausbildungsfähigkeit der Betriebe zu erhöhen.
50 Darüber hinaus sollen Betriebe vom Fonds profitieren, indem ihnen ein relevanter Teil
51 der Ausbildungskosten erstattet wird. Einzahlen sollen alle Betriebe ab fünf
52 Beschäftigten. Der Beitragssatz wird auf die Bruttolohnsumme erhoben und wird
53 regelmäßig so angepasst, dass alle Maßnahmen und die notwendige Zahl
54 außerbetrieblicher Ausbildungsplätze finanziert werden können.

55 Nicht ausreichend sind weiterhin die Verbesserungen im Bereich des Übergangs zwischen
56 Schule und Beruf. Wir fordern einen flächendeckenden Ausbau der Jugendberufsagenturen
57 als zentrale Anlauf- und Beratungsstellen für alle Ausbildungsinteressierten. Sie
58 müssen dabei mehr als einen Kontaktkanal anbieten und als physische Anlaufstelle in
59 allen Kreisen und kreisfreien Städten präsent sein. Für eine aufsuchende
60 Berufsberatung sind sie dabei auf einen ausgeweiteten Datenaustausch mit den Schulen
61 angewiesen, damit kein*e Jugendliche*r im Übergang von der Schule in die Ausbildung
62 verloren geht. Alle Maßnahmen müssen darauf gerichtet sein, den
63 Ausbildungsinteressierten einen vollqualifizierenden Berufsabschluss zu ermöglichen.
64 Die Flexibilisierung der Einstiegsqualifizierung sehen wir daher kritisch,
65 stattdessen müssen ausbildungsbegleitende Unterstützungsinstrumente wie die
66 »Assistierte Ausbildung flexibel (AsA flex)« stärker genutzt werden. Praktika sind
67 grundsätzlich ein sinnvolles Instrument der Berufsorientierung, jedoch nur, wenn
68 diese gezielt ausgewählt werden und mit einer qualifizierten pädagogischen Begleitung
69 verbunden sind.

70 Darüber hinaus muss die Ausbildungsgarantie begleitet werden von massiven
71 Investitionen in bezahlbaren Wohnraum für junge Menschen sowie einem gut ausgebauten
72 und perspektivisch kostenlosen ÖPNV.

73 Die Stärkung der betrieblichen Ausbildung ist kein reines Bundesthema - auch der
74 Freistaat Bayern ist hier in der Pflicht, damit die Ausbildungsgarantie auch bei
75 denjenigen ankommt, die einen Ausbildungsplatz brauchen. Es muss gelten, dass die
76 Qualifizierung nicht daran scheitern darf, dass Menschen sich in der Zeit ihren
77 Lebensunterhalt nicht leisten können. Wir fordern unter anderem:

78

- 79 • einen bayerischen Ausbildungsunterstützungsfonds nach dem Vorbild des Landes
- 80 Bremen
- 81 • Ein kostenloses Landesticket für alle Schüler*innen, Azubis und Studierende in
- 82 Bayern
- 83 • Die Förderung und finanzielle Unterstützung der Gründung von Azubiwerken nach

84 Münchener Vorbild zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Azubis
85 Wir halten fest, dass politische Projekte nicht einfach durch Beschlüsse entstehen.
86 Die Ausbildungsgarantie war Teil des Regierungsprogramms und daraufhin auf Druck der
87 Jusos Teil des Koalitionsvertrages. Doch selbst das hat nicht ausgereicht: Ohne
88 unsere massive Intervention und ohne unseren Druck, den wir gemeinsam mit
89 Gewerkschaften und mit der Grünen Jugend sowohl innerhalb der Partei als auch auf der
90 Straße erzeugt haben, wäre die Ausbildungsgarantie zur Mogelpackung geworden.
91 Politische Erfolge brauchen mehr als gut formulierte Anträge und die Zustimmung von
92 Delegierten auf Konferenzen oder die Unterschrift von Parteivorsitzenden unter
93 Koalitionsverträgen: Wir erneuern mit diesem Erfolg auch unser Verständnis davon,
94 dass wir als Jusos immer gleichzeitig programmatisch arbeiten und politisch
95 kampagnisieren und lobbyieren müssen, um Verbesserungen für junge Menschen in Arbeit
96 zu erzielen."

Antrag C5: Saubere Luft für unsere Bildungseinrichtungen!

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

- 1 Wir fordern die flächendeckende Installation, Nutzung und Instandhaltung von HEPA
- 2 Luftfiltern (min. HEPA 13) in Bildungseinrichtungen. Zusätzlich fordern wir, dass die
- 3 Luftaustauschraten in den Gebäuden überprüft werden und an die neuesten
- 4 wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Gesundheitsschutz angepasst werden (z.B. die der
- 5 LANCET Commission).
- 6 Das Land Rheinland-Pfalz soll zudem, in Zusammenarbeit mit den kommunalen
- 7 Schulträgern, ein Förderprogramm auflegen, dass die Schulträger sowohl darin
- 8 unterstützt, diese Filteranlagen einzurichten, als auch ihre regelmäßige Wartung zu
- 9 gewährleisten.

Begründung

Als im 19. Jahrhundert Cholera Europa fest im Griff hatte, wurden Maßnahmen getroffen, die diese Epidemien unterbanden - man baute neue Wasserfilteranlagen, Kanalisationssysteme, veränderte die Architektur von Gebäuden und passte sich so an. Nun haben wir es seit drei Jahren mit einem Virus zu tun, der sich hauptsächlich über Aerosole verbreitet und die Welt immer noch fest im Griff hat. Höchste Zeit also, unsere Gesundheit zu schützen und unsere Infrastruktur an respiratorische Viren, Bakterien, Pilze und andere gesundheitsschädliche Substanzen in der Luft anzupassen!

Luftfiltersysteme, die den Standard HEPA 13 erfüllen, in Kombination mit ausreichenden Luftaustauschraten haben neben den positiven Auswirkungen auf den Gesundheitsschutz auch positive Auswirkungen auf die schulischen Leistungen der Schüler*innen und deren Wohlbefinden.

Eine Tatsache, die die Centers for Disease Control and Prevention (CDC) erkannt hat und die Forderung nach Luftfilteranlagen und Luftaustausch aktiv fordert. Auch Belgien hat 2022 ein Gesetz über die Verbesserung der Luftqualität & eine Einführung von Luftgütesiegeln in Innenräumen beschlossen. HEPA-Filter sind äußerst effektiv bei der Entfernung von mikroskopisch kleinen Partikeln wie PM 2.5 (Fein-)Staub, Allergene, Viren und Bakterien aus der Luft. Durch ihre Verwendung können wir das Infektionsrisiko für alle in Bildungseinrichtungen, wie z.B. in Schulen oder Kindergärten zu verringern. Insbesondere bei Kindern, die möglicherweise einen milden Verlauf von COVID-19 haben, ist es wichtig zu bedenken, dass selbst milde Infektionen zu langfristigen gesundheitlichen Schäden führen können, wie beispielsweise Lungen- oder Herzerkrankungen, Veränderungen im Gehirn & neurologische Veränderungen, Diabetes mellitus, Depressionen, Brainfog, Immunsuppressionen, Lymphozytopenie, Organschäden, etc. (1)

Ferner ist wichtig festzuhalten, dass jede Reinfektion vermieden werden muss, da die Wahrscheinlichkeit für schlimme Verläufe und LongCovid, sowie andere langfristige Folgen massiv zunimmt. Darüber hinaus sollten wir den Luftaustausch in den Räumen verbessern. Eine gute Belüftung trägt dazu bei potenziell schädliche Partikel aus der Luft zu entfernen und eine frische, saubere Luftzufuhr sicherzustellen.

Insbesondere in geschlossenen Räumen, in denen sich Menschen über längere Zeit aufhalten, kann ein unzureichender Luftaustausch zu einer Ansammlung von Viren und anderen Schadstoffen führen, die das Infektionsrisiko erhöhen.

Es ist wichtig zu betonen, dass gute Luftqualität nicht nur das Infektionsrisiko verringert, sondern auch einen erheblichen Einfluss auf die schulische Leistung und die körperliche Entwicklung von Kindern hat. Studien haben gezeigt, dass eine schlechte Luftqualität zu einer verringerten Konzentration und Aufmerksamkeit führen kann, was sich negativ auf den Lernerfolg & körperliche Entwicklung auswirkt. Darüber hinaus können Schadstoffe in der Luft allergische Reaktionen auslösen, die wiederum das Wohlbefinden und die Teilnahme am Unterricht beeinträchtigen. (2)

Die Installation von HEPA-Luftfiltern und die Verbesserung des Luftaustauschs sind Investitionen in die Gesundheit und das Wohlergehen unserer Schüler*innen. Ferner tragen sie dazu bei die Teilhabe von gefährdetsten Personen zu ermöglichen, eine Gruppe zu der alle Personen gehören, die schon einmal mit COVID-19 infiziert waren.

Wie genau die Gebäudeinfrastruktur im Detail aussehen kann und welche Maßnahmen getroffen werden sollen hat u.a. die Lancet COVID-19 Commission herausgearbeitet, sowie die amerikanische CDC. An diesen Vorgaben kann sich orientiert werden. (3)

Die Luftfilter müssen nur über Tag, und damit bei Sonnenschein, laufen. Diesen Stromverbrauch kann durch die Photovoltaikanlagen auf den Dächern & an den Fassaden von Bildungseinrichtungen kompensiert werden, die ohnehin geplant sind. Gleichzeitig ist die Installation von Photovoltaikanlagen Beschlusslage der Jusos RLP.

Literatur:

1:

- Kumar PR, Shilpa B, Jha RK. Brain disorders: Impact of mild SARS-CoV-2 may shrink several parts of the brain. *Neurosci Biobehav Rev.* 2023 Jun;149:105150. doi: 10.1016/j.neubiorev.2023.105150 . Epub 2023 Mar 31. PMID: 37004892 ; PMCID: PMC10063523.
- Xie Y, Xu E, Bowe B, Al-Aly Z. Long-term cardiovascular outcomes of COVID-19. *Nat Med.* 2022 Mar;28(3):583-590. doi: 10.1038/s41591-022-01689-3
- <https://www.msmanuals.com/de-de/profi/h%C3%A4matologie-und-onkologie/leukopenien/lymphozytopenie>
- <https://www.news18.com/india/heart-of-the-matter-sudden-cardiac-arrest-among-teens-on-therise-heres-what-experts-say-you-can-do-7888867.html>
- Jafari-Oori M, Moradian ST, Ebadi A, Jafari M, Dehi M. Incidence of cardiac complications following COVID-19 infection: An umbrella meta-analysis study. (<https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/35074740/>) *Heart Lung.* 2022 Jan;52:136-145. Accessed 5/10/2022.
- Batta Y, King C, Johnson J, Haddad N, Boueri M, Haddad G. Sequelae and comorbidities of COVID-19 manifestations on the cardiac and vascular systems. (<https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/35095546/>) *Front Physiol.* 2022 Jan;12:748972. Accessed 5/10/2022.
- National Heart, Lung, and Blood Institute. COVID-19 and the Blood. (<https://www.nhlbi.nih.gov/coronavirus/blood>) Accessed 5/10/2022.
- National Heart, Lung, and Blood Institute. COVID-19 and the Heart. (<https://www.nhlbi.nih.gov/coronavirus/heart>) Accessed 5/10/2022.
- StatPearls. Cardiac Manifestations of Coronavirus (COVID-19). (<https://www.ncbi.nlm.nih.gov/books/NBK556152/>) Accessed 5/10/2022.
- Inderjit Singh et al, Proteomic profiling demonstrates inflammatory and endotheliopathy signatures associated with impaired cardiopulmonary exercise hemodynamic profile in Post Acute Sequelae of SARS CoV 2 infection (PASC) syndrome, *Pulmonary Circulation* (2023).

- <https://scitechdaily.com/risk-of-stroke-surges-50-worldwide-what-can-be-done-about-it/>
- Mina Y, et al "Deep phenotyping of neurological post-acute sequelae of SARS-CoV2 infection" *Neurol Neuroimmunol Neuroinflamm* 2023; DOI: 10.1212/nxi.0000000000200097 Kommentiert: <https://www.medpagetoday.com/neurology/longcovid/104395>
- Su, W., Ju, J., Gu, M. et al. SARS-CoV-2 envelope protein triggers depression-like behaviors and dysosmia via TLR2-mediated neuroinflammation in mice. *J Neuroinflammation* 20, 110 (2023).
- Granholm, Ann-Charlotte. 2023. "Long-Term Effects of SARS-CoV-2 in the Brain: Clinical Consequences and Molecular Mechanisms" *Journal of Clinical Medicine* 12, no. 9: 3190.
- <https://www.fr.de/wissen/corona-studie-gehirn-veraenderungen-infektion-folge-forschung-warnungcovid-19-gesundheit-ltt-91398845.html>
- <https://www.ucl.ac.uk/news/2023/feb/59-long-covid-patients-had-organ-damage-year-later>
- Weiss A, Donnachie E, Beyerlein A, Ziegler A, Bonifacio E. Type 1 Diabetes Incidence and Risk in Children With a Diagnosis of COVID-19. *JAMA*. Published online May 22, 2023. doi:10.1001/jama.2023.8674 (Studie aus Bayern)
- Nafilyan, V., Bermingham, C.R., Ward, I.L. et al. Risk of death following COVID-19 vaccination or positive SARS-CoV-2 test in young people in England. *Nat Commun* 14, 1541 (2023).
- <https://www.aao.org/eyenet/article/retinal-abnormalities-and-covid>
- US CDC, Protect Your Child from COVID-19, the Flu, and Other Illnesses <https://www.cdc.gov/coronavirus/2019-ncov/communication/people-with-idd/help-child-stay-healthy-at-school.html>
- 2:
- <https://itsairborne.com/air-distribution-fans-personal-hepa-filters-plexiglass-short-rangetransmission-6276cb206ec2>
- Zhang, T. et al., 2022. Risk of illness-related school absenteeism for elementary students with exposure to PM2.5 and O3. *Sci. Total Environ.* 842, 156824–156824.
- Deng, S., Lau, J., Wargocki, P. & Wang, Z. (2023). Associations between illness-related absences and ventilation and indoor PM2.5 in elementary schools of the Midwestern United States. *Environment International*, 107944. <https://doi.org/10.1016/j.envint.2023.107944>
- Tittarelli, A., Borgini, A., Bertoldi, M., De Saeger, E., Ruprecht, A., Stefanoni, R., Tagliabue, G., Contiero, P. & Crosignani, P. G. (2008). Estimation of particle mass concentration in ambient air using a particle counter. *Atmospheric Environment*, 42(36), 8543–8548.
- Kearney, C.A., 2008. School absenteeism and school refusal behavior in youth: A contemporary review. *Clin. Psychol. Rev.* vol. 28 451–471
- Group, Michael S. Blaiss, on behalf of The Allergic Rhinitis in Schoolchildren Consensus. "Allergic rhinitis and impairment issues in schoolchildren: a consensus report." *Current medical research and opinion* 20.12 (2004): 1937-1952.
- Brill, Laura C., and Lily M. Wang. "Higher sound levels in K-12 classrooms correlate to lower math achievement scores." *Frontiers in Built Environment* (2021): 141.
- Chen, Lei, et al. "Elementary school absenteeism and air pollution." *Inhalation Toxicology* 12.11 (2000): 997-1016.
- Daisey, Joan M., William J. Angell, and Michael G. Apte. "Indoor air quality, ventilation and health symptoms in schools: an analysis of existing information." *Indoor air* 13.LBNL-48287 (2003).
- Gilliland, Frank D., et al. "The effects of ambient air pollution on school absenteeism due to

respiratory illnesses." *Epidemiology* (2001): 43-54.

- Haverinen-Shaughnessy, U., Shaughnessy, R., Cole, E. C., Toyinbo, O. & Moschandreas, D. J. (2015). An assessment of indoor environmental quality in schools and its association with health and performance. *Building and Environment*, 93, 35–40.

- MacNaughton, Piers, et al. "Impact of particulate matter exposure and surrounding "greenness" on chronic absenteeism in Massachusetts public schools." *International journal of environmental research and public health* 14.2 (2017): 207.

3:

- <https://www.reuters.com/business/healthcare-pharmaceuticals/repeat-covid-is-riskier-than-firstinfection-study-finds-2022-11-10/>

- Bowe, B., Xie, Y. & Al-Aly, Z. Acute and postacute sequelae associated with SARS-CoV-2 reinfection. *Nat Med* 28, 2398–2405 (2022). <https://doi.org/10.1038/s41591-022-02051-3>

- Operational Guidance for K-12 Schools and Early Care and Education Programs to Support Safe In-Person Learning <https://www.cdc.gov/coronavirus/2019-ncov/community/schools-childcare/k-12-childcare-guidance.html>

- US CDC, Improving Ventilation in Buildings <https://www.cdc.gov/coronavirus/2019-ncov/preventgetting-sick/Improving-Ventilation-in-buildings.html>

- The Lancet Commission on lessons for the future from the COVID-19 pandemic, Published: September 14, 2022 DOI: [https://doi.org/10.1016/S0140-6736\(22\)01585-9](https://doi.org/10.1016/S0140-6736(22)01585-9)

- Levinson, M., Geller, A. C. & Allen, J. P. (2021). Health Equity, Schooling Hesitancy, and the Social Determinants of Learning. *The Lancet Regional Health - Americas*, 2, 100032. <https://doi.org/10.1016/j.lana.2021.100032>

- The Lancet COVID-19 Commission & Task Force on Safe Work, Safe School, and Safe Travel. (2022, November). Proposed Non-infectious Air Delivery Rates (NADR) for Reducing Exposure to Airborne Respiratory Infectious Diseases. Abgerufen am 21. Mai 2023, von <https://www.hsph.harvard.edu/josephallen/lancet-covid-19-commission/>

- The Lancet COVID-19 Commission & Task Force on Safe Work, Safe School, and Safe Travel. (2021, April). Designing infectious disease resilience into school buildings through improvements to ventilation and air cleaning. Abgerufen am 21. Mai 2023, von <https://www.hsph.harvard.edu/joseph-allen/lancet-covid-19-commission/>

- The Lancet COVID-19 Commission & Task Force on Safe Work, Safe School, and Safe Travel. (2022, Januar). The First Four Healthy Building Strategies Every Building Should Pursue to Reduce Risk from COVID-19. Abgerufen am 21. Mai 2023, von <https://www.hsph.harvard.edu/joseph-allen/lancet-covid-19-commission/>.

Antrag C6: Mental Health Matters: Stärkung der psychischen Gesundheit von Schüler*innen

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

1 Die mentale Gesundheit von Schüler*innen spielt zweifellos eine entscheidende Rolle
2 für ihre schulische Leistung, Lebensqualität, Wohlbefinden und ihre Fähigkeit, sich
3 erfolgreich in unserer Gesellschaft zu engagieren. Als Jusos setzen wir uns daher
4 aktiv für die Förderung und Unterstützung der mentalen Gesundheit von Schüler*innen
5 ein.

6 Die heutige schnelllebige und anspruchsvolle Welt setzt Schüler*innen einen enormen
7 Druck aus, sei es durch schulische Leistungsanforderungen, soziale Belastungen oder
8 familiäre Probleme. Wenn diese Belastungen über längere Zeit anhalten oder sich
9 akkumulieren, kann dies zu negativen Auswirkungen auf die mentale Gesundheit der
10 Schüler*innen führen, wie beispielsweise Depressionen, Angstzustände, Burnout und
11 andere psychische Erkrankungen.

12 Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, fordern wir die politischen
13 Entscheidungsträger*innen auf, die mentale Gesundheit von Schüler*innen verstärkt zu
14 fördern. Konkret schlagen wir folgende Maßnahmen vor:

- 15 1. Einbindung von Gesundheitsfachkräftenleuten und Schulpsycholog*innen in Schulen:
16 Um eine frühzeitige Erkennung von psychischen Problemen und Störungen zu
17 ermöglichen, sollten Schulen Zugang zu qualifizierten
18 Gesundheitsfachkräftenleuten und Schulpsycholog*innen erhalten. Diese
19 Expert*innen können dazu beitragen, Probleme rechtzeitig zu erkennen und
20 angemessene Unterstützung anzubieten.
- 21 2. Durchführung von Schulprogrammen und Initiativen: Um das Bewusstsein für mentale
22 Gesundheit zu schärfen, Stressbewältigungsstrategien zu vermitteln und den
23 Zusammenhalt unter den Schüler*innen zu stärken, sollten Schulprogramme und
24 Initiativen zur Förderung der mentalen Gesundheit durchgeführt werden. Diese
25 Programme können den Schüler*innen helfen, ihre eigenen Bedürfnisse besser zu
26 verstehen und gesunde Bewältigungsmechanismen zu entwickeln.
- 27 3. Bereitstellung von Ressourcen und Unterstützung: Schüler*innen mit psychischen
28 Problemen und Störungen müssen Zugang zu angemessener Behandlung und Betreuung
29 erhalten. Dies erfordert eine ausreichende Bereitstellung von Ressourcen und
30 Unterstützungssystemen, um sicherzustellen, dass Schüler*innen die Hilfe
31 erhalten, die sie benötigen.
- 32 4. Schulung von Lehrkräften zur mentalen Gesundheit: Um Schüler*innen frühzeitig
33 unterstützen zu können, ist es wichtig, Lehrkräfte im Studium für das Thema
34 mentale Gesundheit zu sensibilisieren. Dies beinhaltet die Schulung zur
35 Erkennung von Anzeichen für mentale Gesundheitsprobleme bei Schüler*innen sowie
36 die Schulung in der Verwendung von mentalen Gesundheitsinstrumenten und -
37 ressourcen, um gezielte Unterstützung bieten zu können.

Begründung

Die mentale Gesundheit von Schüler*innen ist von unschätzbare Bedeutung für ihr Wohlergehen und ihre Entwicklung. Indem wir uns als Konferenz der Jusos für die Stärkung der psychischen Gesundheit von Schülerinnen einsetzen, zeigen wir unsere Verantwortung gegenüber der jungen Generation und tragen dazu bei, dass sie ihre Potenziale entfalten können.

Es ist wissenschaftlich belegt, dass eine gute mentale Gesundheit die schulische Leistung und das Lernverhalten positiv beeinflusst. Schülerinnen, die sich mental gut fühlen, sind motivierter, konzentrierter und können ihr volles Potenzial ausschöpfen. Indem wir die mentale Gesundheit von Schülerinnen fördern, investieren wir in ihre Zukunftschancen und legen den Grundstein für eine gesunde Gesellschaft.

Der heutige Schulalltag ist geprägt von hohem Leistungsdruck, Stress und sozialen Herausforderungen. Viele Schüler*innen stehen vor zahlreichen Belastungen, sei es in Form von schulischen Anforderungen, persönlichen Problemen oder dem Umgang mit sozialen Medien. Diese Belastungen können sich negativ auf ihre mentale Gesundheit auswirken und zu ernsthaften psychischen Erkrankungen führen.

Durch die Einbindung von Gesundheitsfachleuten und Schulpsychologinnen in Schulen schaffen wir eine unterstützende Umgebung, in der Schülerinnen frühzeitig erkannt und angemessen betreut werden können.

Gesundheitsfachleute und Schulpsychologinnen verfügen über das nötige Fachwissen, um psychische Probleme bei Schülerinnen zu erkennen und angemessene Unterstützung anzubieten. Durch ihre Anwesenheit in den Schulen wird eine frühzeitige Intervention ermöglicht, um negative Auswirkungen auf die mentale Gesundheit zu verhindern oder zu reduzieren.

Schulprogramme und Initiativen zur Förderung der mentalen Gesundheit tragen dazu bei, das Bewusstsein für dieses wichtige Thema zu schärfen. Schülerinnen werden über Stressbewältigungsstrategien informiert und lernen, wie sie ihre psychische Gesundheit pflegen und stärken können. Durch den Fokus auf soziale Unterstützung und Zusammenhalt unter den Schülerinnen wird ein positives Schulklima geschaffen, das das Wohlbefinden aller fördert.

Die Bereitstellung von Ressourcen und Unterstützung für Schülerinnen mit psychischen Problemen und Störungen ist von entscheidender Bedeutung. Jede Schülerin sollte Zugang zu angemessener Behandlung und Betreuung erhalten, um ihre mentale Gesundheit wiederherzustellen oder zu verbessern. Indem wir sicherstellen, dass die erforderlichen Ressourcen vorhanden sind, setzen wir uns aktiv für das Wohl der Schülerinnen ein und unterstützen sie bei der Bewältigung ihrer Herausforderungen.

Die Schulung von Lehrkräften zur mentalen Gesundheit ist ein weiterer wichtiger Aspekt. Lehrkräfte sind in direktem Kontakt mit den Schülerinnen und können Anzeichen für mentale Gesundheitsprobleme frühzeitig erkennen. Durch gezielte Schulungen werden sie befähigt, angemessen zu reagieren und den Schülerinnen die benötigte Unterstützung zukommen zu lassen. Die Schulung in der Verwendung von mentalen Gesundheitsinstrumenten und -ressourcen ermöglicht es den Lehrkräften, gezielt auf die Bedürfnisse der Schülerinnen einzugehen und sie bestmöglich zu unterstützen.

Die Aufnahme der mentalen Gesundheit von Schülerinnen als einen Grundsatz in unserem Beschluss wird sicherstellen, dass wir als Konferenz der Jusos unserer Verantwortung gerecht werden. Indem wir uns aktiv für die Förderung und Unterstützung der mentalen Gesundheit von Schülerinnen einsetzen, tragen wir zur Schaffung einer gesunden und inklusiven Lernumgebung bei, in der alle Schülerinnen ihr volles Potenzial entfalten können.

Antrag C7: Ausbildungsgarantie – aber richtig!

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

1 Forderung:

2

3 Die Mitglieder der SPD-Bürgerschaftsfraktion, die SPD-Mitglieder im Hamburger Senat,
4 sowie die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion werden aufgefordert, sich dafür
5 einzusetzen, dass die geplante Ausbildungsgarantie, wie sie im Koalitionsvertrag
6 steht, mitsamt eines sog. Zukunftsfonds, wie ihn der DGB und seine
7 Mitgliedsgewerkschaften fordern, umgesetzt wird.

8 Elemente der umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie müssen dabei auch sein:

9 1. Ein systematisches Übergangsmanagement zwischen Schule und Beruf,

10 2. Förderung der Mobilität von Auszubildenden und

11 3. Bei Bedarf Schaffung außerbetrieblicher Ausbildung

12 Außerdem muss ein Umlagesystem mit einer Steuerungswirkung versehen werden, die
13 sowohl Bedarfe von Bewerber*innen, als auch von Industrie, Handwerk und anderen
14 Ausbildungsbranchen berücksichtigt und so ein passendes Ausbildungsangebot schafft.
15 Weiterhin soll bei Insolvenz des Ausbildungsbetriebs die IHH aktiv bei der Suche nach
16 einem alternativen Ausbildungsbetrieb unterstützen und auch finanzielle Hilfe
17 leisten.

18

19

Begründung

Begründung:

Die duale Berufsausbildung erfüllt wichtige gesellschaftliche Funktionen: Sie eröffnet jungen Menschen einen Zugang zu einer qualifizierten Berufstätigkeit, senkt das Risiko von (Jugend-) Arbeitslosigkeit und bildet die Grundlage für weitere Qualifizierungen. Darüber hinaus leistet die duale Berufsausbildung auch einen wichtigen Beitrag zur Fachkräfte- und Standortsicherung.

Trotz Fachkräftemangel sind aber auch im letzten Jahr rund 230.000 junge Menschen im Übergangsbereich hängen geblieben, der keine Aussicht auf einen Berufsabschluss bietet. Nur etwa zwei Drittel aller interessierten Jugendlichen schaffen jährlich den Sprung in die Ausbildung. Zudem haben in Deutschland mehr als 2,3 Millionen Menschen im Alter zwischen 20 und 34 Jahren keinen Berufsabschluss – Die Tendenz ist seit Jahren steigend. Nicht einmal mehr 20 Prozent der hiesigen Unternehmen bilden aus. Die Folge ist oft prekäre Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit. Diese unhaltbaren Zustände dürfen wir uns nicht länger leisten und den jungen Menschen nicht länger zumuten. Darüber hinaus benötigen Arbeitgeber*innen vom Industrieunternehmen bis zum Handwerksbetrieb um die Ecke dringend Fachkräfte, um nicht nur ihre Auftragsbücher abzuarbeiten, sondern auch in vielen Bereichen, um Klimaschutz praktisch umzusetzen. Auch im Gesundheitssektor und vielen sozialen Einrichtungen sind

Nachwachskräfte rar - mit nur schwer dimensionierbaren negativen Auswirkungen.

Eine Lösung muss daher schnell kommen, da der Ausbildungsmarkt sich offensichtlich nicht selbst regelt. Es ist begrüßenswert, dass die Ampelkoalition eine Ausbildungsgarantie in den Koalitionsvertrag aufgenommen hat. Als Jusos müssen wir aber aufpassen, dass die Bundesregierung dabei nicht auf halber Strecke stehen bleibt. Nur eine Umlagefinanzierung schafft wirksame Anreize, damit Unternehmen mehr Ausbildungsplätze bereitstellen. Als Jusos müssen wir uns hinter die Forderung des DGBs und der DGB Jugend stellen, damit aus dem Projekt der umlagefinanzierten Ausbildungsplatzgarantie keine Alibi-Garantie wird, die ausbildungsinteressierte junge Menschen im Regen stehen lässt.

Antrag C8: Verpflichtende Ausbildungsvergütung in der Heilerziehungspflege

Antragsteller*in:	Jusos Saar
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

1 Analyse:

2 Die Ausbildung zum Heilerziehungspfleger/zur Heilerziehungspflegerin ist eine der
3 unattraktivsten Ausbildungen im Gesundheits- sowie Sozialwesen. Neben der Dauer von
4 vier Jahren, dem Arbeiten im Schichtdienst und der körperlichen sowie psychischen
5 Belastung die Pflegeberufe mit sich bringen, erschwert die bei den meisten Trägern
6 nicht vorhandene Ausbildungsvergütung den Schritt sich zu einer Ausbildung in der
7 Heilerziehungspflege zu entscheiden zusätzlich weiter. Zum momentanen Zeitpunkt
8 können die Träger selbst entscheiden ob sie ihren Auszubildenden in der
9 Heilerziehungspflege eine Vergütung zahlen möchten oder nicht. Am Beispiel des Kurses
10 HEP 23 der SHG Bildung gGmbH wird deutlich, warum man eine Ausbildungsvergütung nicht
11 der Freiwilligkeit überlassen sollte. Nur drei von 19 Auszubildenden (ca. 16%)
12 erhalten eine Ausbildungsvergütung von dem praktischen Träger ihrer Ausbildung. Diese
13 drei Personen arbeiten zudem alle bei demselben Träger. Alle anderen Träger zahlen
14 nichts. In den anderen Heilerziehungspflegekursen dieser Fachschule ist die Quote
15 noch geringer. [Stand 08/2023]

16 Forderung:

17 Wir fordern eine verpflichtende Ausbildungsvergütung für Heilerziehungspfleger*innen,
18 die überproportional hoch ist und für ein angemessenes Leben während der Ausbildung
19 reicht. Dadurch soll die Ausbildung nachhaltig attraktiver werden.

Begründung

Da das Berufsbild der Heilerziehungspfleger*innen sehr breit gefächert ist und damit verbunden das potentielle Einsatzgebiet von Heilerziehungspfleger*innen größer ist als in kaum einem anderen Beruf (Behindertenhilfe im Allgemeinen, Psychiatrie, Geriatrie, Kindertagesstätten, uvm.), wird dieser Beruf in den nächsten Jahren immer mehr an Bedeutung gewinnen. Darum halten wir es für wichtig die Ausbildung zumindest im Punkt der Vergütung so attraktiv wie möglich zu gestalten um die ein oder andere Person mehr davon überzeugen zu können, dass der Weg in die Heilerziehungspflege der richtige für sie sein könnte.

Antrag C9: Kein Vergeben! Kein Vergessen! Pflichtbesuche im Konzentrationslager.

Antragsteller*in:	Jusos Brandenburg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

- 1 Die von der SPD geführte Bundesregierung sowie die SPD-Bundestagsfraktion sollen sich
- 2 dafür einsetzen, dass Schüler*innen der neunten Klasse im Rahmen ihres
- 3 Geschichtsunterrichts verpflichtend mindestens ein Konzentrationslager besuchen, um
- 4 die Erinnerungskultur in Deutschland zu stärken. Dieser Besuch soll dazu beitragen,
- 5 das historische Wissen zu vertiefen und die Auseinandersetzung mit der
- 6 nationalsozialistischen Vergangenheit zu fördern.

Begründung

Die Erinnerung an die Schrecken der nationalsozialistischen Vergangenheit ist von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass sich solche Gräueltaten niemals wiederholen.

Die Schüler*innen der neunten Klasse stehen an einem Punkt ihrer Bildung, an dem sie bereits über grundlegende historische Kenntnisse verfügen. Ein Besuch in einem Konzentrationslager ermöglicht es ihnen, die historischen Ereignisse aus nächster Nähe zu erfahren und sich mit den Schicksalen der Opfer zu identifizieren. Dies fördert Empathie, kritisches Denken und ein tieferes Verständnis für die Bedeutung von Toleranz, Menschenrechten und Demokratie.

Ein verpflichtender Besuch in einem Konzentrationslager stärkt die Erinnerungskultur in Deutschland insgesamt. Es schafft eine persönliche Verbindung zur Geschichte und fördert eine offene Auseinandersetzung mit den dunklen Kapiteln der Vergangenheit. Dies ist entscheidend, um extremistischen Tendenzen entgegenzutreten und die Werte einer demokratischen Gesellschaft zu festigen.

Wir sind überzeugt, dass die Einführung von Pflichtbesuchen für Schüler*innen der neunten Klasse in Konzentrationslagern einen bedeutenden Schritt zur Stärkung der Erinnerungskultur darstellt und somit einen wichtigen Beitrag zur Bildung kritisch denkender und engagierter Bürger*innen leistet.

Antrag C10: Mindestausbildungsvergütung weiterhin erhöhen!

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung

- 1 Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen und an den SPD-Bundesparteitag und die
- 2 SPD-Fraktion im Bundestag weiterleiten:
- 3 Die Mindestausbildungsvergütung soll weiterhin nach den Sätzen auf Grundlage steigen,
- 4 die für die Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung für Auszubildende beschlossen
- 5 wurde. Der Satz betrug im Jahr 2023: 5,98 % bezogen auf den Nettolohn!

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag D1: Mehr demokratische Teilhabe für junge Menschen

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Demokratie & Partizipation

1 Adressat*in:

2 „Junge Menschen sind politisch, auch wenn immer noch versucht wird, Jugendlichen das
3 politische Interesse abzusprechen. Doch was heißt eigentlich “unpolitisch oder
4 politisch sein”? Für viele ältere Menschen geschieht die Politik nur in Parlamenten
5 und nur, wer Teil eines Parlaments ist, ist auch Politiker*in. Jugendliche, die
6 Freitags mit “Fridays for Future” auf die Straße gehen, werden nicht ernst genommen
7 und schon gar nicht als politische Menschen wahrgenommen. Es gilt immer noch das
8 Klischee von “diesen jungen Leuten”, die nicht wissen, was sie da tun. Die aktuelle
9 Shell-Jugendstudie aus dem Jahr 2019 zeigt, dass das politische Interesse bei
10 Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren seit 2015 konstant relativ hoch liegt.

11 “Diese jungen Leute” wollen dabei vor allem auch selbst Ziele erreichen und nicht nur
12 den “erwachsenen” Politiker*innen zuschauen. Gewünscht ist eine echte Partizipation,
13 also eine aktive Teilhabe an Planungen, Entscheidungen und deren Verwirklichungen,
14 die vor allem den eigenen Lebensraum betreffen. Die Jugendlichen wollen Politik
15 mitgestalten und nicht hören, wie über sie geredet wird. Sie wissen, was sie brauchen
16 und können dies selbst artikulieren.

17 Jedes Projekt, das unter dem Titel “Jugendpartizipation” läuft, muss auf Wirkung
18 ausgelegt sein.

19 Das bedeutet, dass es einen echten Einfluss auf Entscheidungen hat und nicht
20 lediglich eine Scheinpartizipation darstellt. Nur so kann Partizipation für
21 Jugendliche attraktiv sein. Die Jugendlichen müssen aktiv eingebunden sein, damit sie
22 sehen, dass sie etwas bewirken können und dies auch weiter betreiben, sodass sie
23 nicht nach einem Projekt direkt wieder demotiviert aufgeben. Deshalb sind zwei
24 Aspekte wichtig, die zum Gelingen führen: hauptamtliches, geschultes Personal, das
25 die Beteiligung und Umsetzung konkreter Projekte ermöglicht und die Bereitstellung
26 der dafür notwendigen Ressourcen. So ist gewährleistet, dass die jungen Menschen, die
27 sich für Projekte einsetzen auch deren zeitnahe Umsetzung gestalten können.

28 **Politische Bildung: Partizipation fördern**

29 Bildung, so wie wir Jusos sie verstehen, befähigt Menschen, ihr Leben selbstbestimmt
30 zu leben. Sie bildet damit das Fundament einer demokratischen Gesellschaft.
31 Politische Bildung meint insbesondere den Bereich der Bildung, in dem Menschen
32 lernen, wie politische Prozesse funktionieren und wie man an ihnen mitwirken kann
33 sowie Zusammenhänge im politischen Geschehen und in der Geschichte zu verstehen.
34 Außerdem trägt sie ihren Teil dazu bei, dass Werte wie Toleranz und Solidarität
35 ausgebildet und gestärkt werden. Politische Bildung erfolgt auf verschiedenen Wegen:
36 Durch das Erlernen von theoretischem Wissen und das praktische Erfahren von
37 partizipativen Prozessen.

38 Jede*r hat eine Meinung – egal ob zwei oder 52 Jahre alt. Insbesondere Jugendliche
39 unter 18 Jahren haben durch den Ausschluss von demokratischen Wahlen weniger
40 Möglichkeiten ihre Meinung einzubringen. Unabhängig davon artikulieren junge Menschen
41 ihre Meinung anders, als erwachsene Menschen, dieser Besonderheit im Engagement
42 Jugendlicher muss entgegen gekommen werden. Mitbestimmung ist dabei ein Lernprozess,
43 der so früh wie möglich beginnen muss. Bereits in der Kita können Kinder in
44 Entscheidungen eingebunden werden. Sie lernen dabei, dass ihre Meinung zählt und eine
45 Rolle spielt, und sie lernen auch auf andere Meinungen zu achten.

46 Während die Bereiche, in denen Kleinkinder mitbestimmen, sich noch auf kleinere,
47 kurzfristige Entscheidungen beschränken, sollen die Möglichkeiten von Schüler*innen
48 je nach Alter und Selbstständigkeit weiter wachsen. Dies betrifft sowohl die
49 Gestaltung des Unterrichts als auch außerunterrichtliche Bereiche.

50 Jugendbeteiligungsformate müssen altersangemessen, niedrighschwellig und motivierend
51 gestaltet werden. Hierfür sind innovative Methoden zur Gestaltung von Diskussions-
52 und Gruppenprozessen einzusetzen. Insbesondere sollen auch Methoden gefunden werden,
53 die Kinder im Vorschul- und Grundschulalter an stadtplanerischen Vorgängen die sie
54 betreffen spielerisch beteiligt.

55 **Partizipation im Unterricht**

56 Unterricht, der Schüler*innen ermöglicht, eigene Entscheidungen über Lerninhalt und -
57 methodik zu wählen, ist in unserem aktuellen Schul- und Unterrichtssystem kaum
58 möglich. Volle Lehrpläne und Leistungsdruck dominieren den Alltag ebenso wie
59 Frontalunterricht, in welchem die Lehrkraft bestimmt, wie häufig die Schüler*innen
60 etwas beitragen dürfen. Um selbstbestimmten Unterricht ermöglichen zu können, müssen
61 Freiräume durch erneuerte Lehrpläne und Stundentafeln geschaffen werden, sodass
62 Kinder und Jugendliche – teils individuell, teils in Gruppen – wählen können, was und
63 in welcher Art und Weise sie lernen möchten. Auch die Lehrkräfte müssen in Aus- und
64 Weiterbildung dazu befähigt werden, ihren Schüler*innen Partizipation im Unterricht
65 zu ermöglichen.

66 **Politische Bildung als Lerninhalt**

67 In der Schule wird politische Bildung in Bayern vor allem im Fach "Politik und
68 Gesellschaft" (vormals: Sozialkunde) bzw. "Sozialwesen" verortet, welches je nach
69 Schulart unterschiedlich intensiv, jedoch stets mit sehr niedrigem Stundenkontingent
70 unterrichtet wird. So hat ein*e Schüler*in am Gymnasium eine Stunde Klasse 10, zwei
71 Stunden Klasse 11, je eine 12 und 13, insgesamt also fünf Wochenstunden Unterricht in
72 Sozialkunde, was im Vergleich aller Schularten das Maximum darstellt. Das ist in
73 unseren Augen zu wenig!

74 Ein Ziel des Faches ist, Schüler*innen zu Diskussionen anzuregen. Dies ist in diesen
75 kurzen Zeitabschnitten kaum möglich. Wir fordern deshalb sowohl die Erhöhung des
76 Stundendeputats für Politikunterricht als auch an dieser Stelle eine Flexibilisierung
77 der Lernzeiten langfristig über ein Aufbrechen des starren Stundenrhythmus sowie
78 die Etablierung von Lernen in Projekten. Politikunterricht beziehungsweise passende
79 Projekte sollten dabei ab der ersten Klasse ihren Raum bekommen, wobei von Anfang an
80 Bezug auf die aktuelle Tagespolitik genommen werden sollte. Es gilt, das Interesse
81 von Kinder für Politik zu wecken und aufrechtzuerhalten. Dies kann und sollte auch
82 durch den Austausch mit Mandatsträger*innen oder Kandidierenden der demokratischen

83 Parteien, denen die AfD nicht angehört, aller politischen Ebenen geschehen, um
84 Politiker*innen nahbar zu machen. Ziel dabei ist es auch, die in den letzten Jahren
85 teilweise verstärkt befeuerte Skepsis gegenüber Parteien und Parlamenten abzubauen.
86 Ebenso sind Gesprächsrunden oder Projekte mit Gewerkschaften und Verbänden zu fördern
87 sowie der Besuch von Orten mit politischer Relevanz wie zum Beispiel Gedenkstätten
88 oder Parlamente.

89 Bei der politischen Bildung, insbesondere der Zusammenarbeit mit Parteien und
90 Organisationen, ist die Einhaltung des Beutelsbacher Konsenses selbstverständlich
91 sicherzustellen. Dies bedeutet, dass Schüler*innen durch die Lernangebote befähigt
92 werden müssen, sich ihre Meinung zu bilden und sich an politischen Prozessen zu
93 beteiligen, und dass strittige Meinungen aus verschiedenen Blickwinkeln dargestellt
94 werden müssen. Dabei bleibt zu betonen, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit,
95 Rassismus, Homophobie und Sexismus keine strittigen Themen sind, sondern strikt
96 abgelehnt werden und in der freiheitlich demokratischen Grundordnung keinen Platz
97 haben. Menschen, Parteien und Verbänden, die dies nicht glaubhaft vertreten, ist in
98 der Schule kein Podium zu bieten.

99 **SMVen stärken**

100 In der "Schülermitverantwortung" (sic) (kurz SMV) können sich Jugendliche an
101 weiterführenden Schulen engagieren, um ihre Schule mitzugestalten. An der Spitze des
102 Gremiums stehen die von der Schüler*innenschaft oder der
103 Klassensprecher*innenversammlung gewählte Schüler*innensprecher*innen. Die SMV hat
104 dabei nach Bayerischen Erziehungs- und Unterrichtsgesetz das Recht, über alle die
105 Schüler*innenschaft betreffenden Belange informiert zu werden, Beschwerden
106 vorzubringen, zwischen Schüler*innen und Lehrkräften oder Schulleitung zu vermitteln
107 sowie Wünsche bezüglich des Schulalltags und Schulveranstaltungen vorzubringen und
108 bei der Umsetzung mitzuwirken. Inwieweit die SMVen dabei an ihren Schulen tatsächlich
109 ihre eigenen Ideen und Vorstellungen umsetzen können, hängt allerdings stark von der
110 jeweiligen Schulleitung ab. Wir fordern, dass gewisse Rechte den SMVen über die
111 aktuellen Bestimmungen hinaus grundlegend eingeräumt werden. Hierzu gehört zum einen
112 das Recht auf ein mehrtägiges, außer Haus stattfindendes SMV-Seminar an allen
113 weiterführenden Schulen, das jährlich zu Beginn des Schuljahres stattfinden soll. Die
114 SMVen können hier ihre gemeinsamen Ziele festlegen und sich als Team finden. Das
115 Seminar soll vollständig finanziert werden. Darüber hinaus sind den SMVen weitere
116 finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, damit Projekte umgesetzt werden können.
117 Insbesondere sollen dabei politische Projekte unterstützt werden, die über aktuellen
118 Aktivitäten wie einen Kuchenverkauf und eine Halloweenparty hinausgehen.

119 Wir fordern außerdem, dass Schüler*innen in bestimmten Bereichen alleinige
120 Entscheidungsrechte haben. Dies kann beispielsweise die Verwendung von einem
121 niedrigen einstelligen Prozentanteil des Schulbudgets oder die Auswahl und das
122 Angebot von Wahlfächern betreffen. Außerdem sind den SMVen die notwendigen
123 Räumlichkeiten für ihre Arbeit zur Verfügung zu stellen. Diese sollten auch außerhalb
124 der Schulöffnungszeiten erreichbar sein, da sich die Schüler*innen während der
125 Schulzeit vorwiegend im Unterricht aufhalten und deshalb keine Aktionen planen
126 können.

127 Auch die Betreuung der SMV durch eine oder mehrere Verbindungslehrkräfte hängt stark
128 von den gewählten Personen ab – von völligem Desinteresse über angemessene und

129 erwünschte Begleitung bis zur Bevormundung. Sowohl für Schulleitungen als auch für
130 Verbindungslehrkräfte sollten deshalb regelmäßige Weiterbildungen angeboten werden,
131 in denen sie lernen, wie sie partizipative Prozesse gestalten und die SMV im
132 richtigen Maße unterstützen können.

133 **Partizipationsmöglichkeiten in der Freizeit**

134 Kinder und Jugendliche verbringen einen großen Teil ihrer Zeit in oder bei
135 Hausaufgaben und Lernen mit der Schule. Bereits für Kinder in der dritten und vierten
136 Klasse nimmt die häusliche Vorbereitung einen großen Zeitraum am Nachmittag ein. Um
137 sich entfalten zu können, ist es aber ebenso notwendig, den eigenen individuellen
138 Hobbys nachgehen zu können. Schulen in Bayern sollten daher grundsätzlich als
139 rhythmisierte Ganztagschulen organisiert sein, damit nach Ende der Schule auch alle
140 schulischen Pflichten erfüllt sind. So haben sie die Möglichkeit, Sport zu treiben
141 oder sich ehrenamtlich zu engagieren. Auch in Vereinen und Verbänden sollen die
142 Möglichkeiten der Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche gestärkt werden.

143 **Mitbestimmung in der Ausbildung**

144 Während es auch in Berufsschulen SMVen gibt und die Auszubildenden hier – zumindest
145 teilweise – mitbestimmen dürfen, ist eine Mitbestimmung im Ausbildungsbetrieb bei
146 weitem nicht sichergestellt. In Unternehmen mit Betriebsrat vertreten Jugend- und
147 Auszubildendenvertretungen (JAV) die Interessen der Auszubildenden. Hat ein
148 Unternehmen keinen Betriebsrat, so ist auch die Bildung einer JAV aktuell nicht
149 möglich. Diesen Zustand halten wir für nicht tragbar und fordern, dass in allen
150 Unternehmen die Gründung einer JAV möglich ist!

151 Damit die JAV eine echte Mitbestimmung besitzt, fordern wir unabhängige
152 Handlungsmöglichkeit auch ohne Zustimmung des BR in Fragen der Jugend,
153 Auszubildenden, Dual Studierenden und Praktikant*innen. Dies muss unter einem
154 verstärkten Kündigungsschutz, Versetzungsschutz und der Zusicherung einer
155 unbefristeten Übernahme von JAV's nach der Ausbildung geschehen, um ohne Sorge auch
156 bei schwierigen Fragen aktiv werden zu können. Uns ist wichtig die Möglichkeiten der
157 Mitbestimmung durch Azubis, Dualis, Jugendlichen und Praktikant*innen in möglichst
158 viele Betriebe zu tragen, weswegen die Altersgrenze für die Gründung einer JAV
159 abgeschafft werden soll und bereits ab 3 Azubis, Dualis, Jugendlichen oder
160 Praktikant*innen deren Einsatz länger als 3 Monate andauert, möglich sein muss.

161 **Politische Bildung über die Schule hinaus**

162 Mit dem Abschluss der Schule und der Ausbildung endet Lernen nicht. Vielmehr erlernt
163 man sein Leben lang neues Wissen und neue Fertigkeiten, die nicht ausschließlich mit
164 dem eigenen Beruf zusammenhängen müssen. Hierzu gehört auch die Fortbildung im
165 Bereich der politischen Bildung. In allen Bundesländern außer Sachsen und Bayern
166 haben Arbeitnehmer*innen für Weiterbildung in den verschiedensten Bereichen die
167 Möglichkeit, Bildungsurlaub zu nehmen. Wir bekräftigen an dieser Stelle unsere
168 Forderung nach der Einführung eines gesetzlichen Anspruches auf Bildungsurlaub im
169 Umfang von mindestens zwölf Tagen.

170 Darüber hinaus wollen wir, dass Einrichtungen der politischen Bildung stärker
171 gefördert werden. In Oberbayern ist dabei insbesondere die Georg-von-Vollmar-Akademie
172 zu nennen, die im Bereich der politischen Bildung ein attraktives und umfangreiches
173 Bildungsangebot anbietet. Daher werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass deren

174 Bildungsstätte in Kochel erhalten bleibt und darüber hinaus bestehende
175 außerschulische Bildungsangebote in Bayern eine ausreichende und beständige
176 Finanzierung erhalten.

177 **Partizipation in der Kommune**

178 **Jugendsprechstunde**

179 Analog zu Bürger*innensprechstunden, die in vielen Kommunen von Bürgermeister*innen
180 angeboten werden, soll es auch mindestens einmal im Monat eine Sprechstunde des*r
181 Bürgermeister*in für Kinder und Jugendliche geben. Die Jugendlichen können so mit
182 ihren Fragen rund um die Kommune bzw. die Politik in der Kommune zum*r
183 Bürgermeister*in kommen und bekommen Antworten aus erster Hand. Damit die
184 Jugendlichen an kommunalen Entscheidungen teilhaben, brauchen sie die Möglichkeit
185 leicht an Antworten zu kommen – dies klappt am besten in einer Jugendsprechstunde
186 des*r Bürgermeister*in oder eines*r Vertreter*in des Gemeinderats. Ein leicht
187 zugängliches, niederschwelliges Onlineportal soll darüber hinaus alle Beschlüsse und
188 Anträge der Kommunen (Gemeinde- & Stadträte sowie Kreistage) übersichtlich zur
189 Verfügung stellen.

190 **Jungbürger*innenversammlungen**

191 Um die Jugendlichen besser in die Geschehnisse der Gemeinde einzubinden, soll
192 mindestens einmal im Jahr eine Jungbürger*innenversammlung stattfinden, zu der alle
193 Jugendlichen, im Alter von 10 bis 22 Jahre, rechtzeitig per Post eingeladen werden.
194 Um eine möglichst breite Beteiligung zu ermöglichen, ist darüber hinaus auch in den
195 Jugendzentren zu mobilisieren, in denen auch Menschen erreicht werden können, die
196 noch nicht politisch interessiert oder aktiv sind. Zusätzlich muss die Veranstaltung
197 auf Social Media und in der Zeitung beworben werden. Auf der
198 Jungbürger*innenversammlung muss der Stadt- oder Gemeinderat allen Jugendlichen mit
199 einem offenen Ohr Rede und Antwort stehen.

200 Innerhalb eines bestimmten Rahmens soll die Jungbürger*innenversammlung abschließende
201 Entscheidungen treffen können, wenn kein Jugendrat vorhanden ist. Die Themensetzung
202 für die Veranstaltung soll dabei durch die Jugendlichen selbst, beispielsweise durch
203 Rückmeldung in den sozialen Medien erfolgen.

204 **Jugendrat**

205 Neben der Jungbürger*innenversammlung stellt auch ein Jugendrat eine gute Möglichkeit
206 der direkten Jugendpartizipation dar.

207 *Definition Jugendrat*

208 Ein Jugendrat ist ein Gremium, in welchem Jugendliche zu aktuellen Belangen einer
209 Kommune tagen. Es orientiert sich dabei an den parlamentarischen Gremien in der
210 Kommune – also dem Stadt- oder Gemeinderat. den Jugendrat bzw. die Jugendlichen, die
211 Teil des Jugendrats sind, sollen zu einer Verbesserung der Situation von Kindern und
212 Jugendlichen in der Kommune beitragen. Sie sind die Vertreter*innen aller Kinder und
213 Jugendlichen und setzen sich für diese ein.

214 Die institutionalisierte Beteiligung von Jugendlichen an der politischen
215 Entscheidungsfindung existiert in verschiedenen Formen unter verschiedenen
216 Bezeichnungen. Unter Jugendparlamenten werden unterschiedliche Dinge verstanden, das
217 reicht von gewählten dauernden Vertreter*innen bis zu einmalig tagenden

218 Vollversammlungen, aus denen keine Ergebnisse resultieren.

219 Wir verwenden daher den Begriff des Jugendrates, dieser beinhaltet für uns Kriterien,
220 wie die projektorientierte und verstetigte Arbeitsweise, ausreichende Finanzierung
221 und hauptamtliche Unterstützung.

222 *Grundanforderungen an Jugendräte*

223 Die Wahlen für den Jugendrat sollen demokratisch per Brief stattfinden.

224 Wahlberechtigt sind alle Kinder und Jugendlichen von 13 bis 22 Jahren mit Wohnsitz in
225 der jeweiligen Gemeinde. Hierbei muss die Kommune dafür sorgen, dass alle sozialen
226 Schichten abgebildet sind.

227 Sind in der Kommunalen Ebene ausreichend örtliche Schulen vorhanden, so ist die Wahl
228 für den Jugendrat über ein Delegiertensystem zu bevorzugen. Dabei entsenden die
229 örtlichen Schulen gewählte Delegierte, wobei alle vorhandenen Schularten
230 gleichermaßen vertreten sein müssen. Diese bilden dann den Jugendrat auf kommunaler
231 Ebene. Die kommunalen Strukturen bringen unterschiedlichste Voraussetzungen mit sich.
232 Ländliche Kommunen, in denen es nur wenige oder gar keine weiterführenden Schulen
233 gibt, haben oft das Problem, dass eine schulbasierte stetige
234 Jugendpartizipationsarbeit kaum umzusetzen ist. Wichtig ist uns, dass
235 Jugendpartizipation überall stattfindet. Deshalb bevorzugen wir in diesen Fällen
236 Projektbezogene Jugendarbeit, deren Ausgestaltung den Kommunen obliegt. So können
237 insbesondere ländliche Strukturen von jungen Menschen mitgestaltet und attraktiver
238 gemacht werden. Grundsätzlich soll dabei auf Geschlechtergerechtigkeit geachtet
239 werden und sich an die Leitplanken des BJR für Jugendpartizipation gehalten werden:

240 – altersangemessen, milieu- und geschlechtersensibel niederschwellig und motivierend
241 zeitlich für die Jugendlichen überschaubar angelegt beziehend auf das konkrete
242 Lebensumfeld transparent in den tatsächlichen Auswirkungen auf Entscheidungen
243 ausreichend mit finanziellen und personellen Ressourcen ausgestattet Perspektiven und
244 Nachhaltigkeit für Anschlussprojekte/-initiativen bietend

245 Sobald die Wahl des Jugendrats durchgeführt wurde, liegt die politische Verantwortung
246 bei den gewählten Mitgliedern.

247 Jeder Jugendrat wird durch einen pädagogische Fachkraft unterstützt. Diese hat dabei
248 selbstverständlich im Jugendrat kein Stimmrecht, kann aber angehört werden. So
249 begleitet sie den Prozess, gibt – sofern nötig – Impulse und steht zur Unterstützung
250 bereit, sollte es zu Konflikten oder anderen Problemen kommen. Inwieweit eine
251 Betreuung durch die pädagogische Fachkraft erfolgt beziehungsweise wie umfangreich
252 diese ist, soll von den Jugendlichen mitbestimmt werden können.

253 *Räumlichkeiten*

254 Weiterhin ist es notwendig, dass der Rat einen barrierefreien Tagungsraum von der
255 Gemeinde zur Verfügung gestellt bekommt. Als Raum kann beispielsweise der Jugendraum
256 oder das Jugendzentrum der Gemeinde genutzt werden, wenn Ausstattung und Größe dies
257 zulassen.

258 *Ebenen und Zusammenarbeit der einzelnen Jugendräte*

259 Die Jugendräte sollen analog zu den Kommunalebene angegliedert sein. Davon
260 ausgenommen sind die Bezirksausschüsse der großen Städte, da sich dort junge Menschen
261 erfahrungsgemäß eher mit der gesamten Stadt identifizieren als mit einzelnen

262 Stadtvierteln. Die Räte auf den unterschiedlichen Ebenen sollen unabhängig
263 voneinander gewählt werden. Selbstverständlich besteht die Möglichkeit, sich sowohl
264 für einen Platz im Jugendrat der Kommune zu bewerben als auch für den Kreisjugendrat.
265 Durch die Unabhängigkeit der Gremien verhindert man, dass immer nur die gleichen
266 Menschen Verantwortung und Posten übernehmen. So können sich Bewerber*innen, die sich
267 insbesondere für Themen im Landkreis einbringen wollen, auf der entsprechenden Ebene
268 wählen lassen, ohne vorher auf kommunaler Ebene gewählt worden zu sein. Das schafft
269 abwechslungsreiche Jugendrate mit vielen neuen Blickwinkeln.

270 Wir möchten die Zusammenarbeit zwischen Kreis- und Kommunenebenen fördern, indem wir
271 analog zu den Bürgermeister*innenrunden auch Treffen zum inhaltlichen Austausch
272 anbieten. Dabei kann ein Erfahrungsaustausch stattfinden und es können neue
273 Denkanstöße geliefert werden. Verschiedene Themen, die in mehreren Gemeinden relevant
274 sind, können vom Kreis unterstützt werden, damit eine flächendeckende Umsetzung
275 erreicht werden kann.

276 *Aktive Mitbestimmung des Jugendrats*

277 Um dem Jugendrat die Möglichkeit zu geben, seine Beschlüsse und Initiativen
278 umzusetzen und seine Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten, sollen die Kommunen in ihrem
279 Haushalt für den Jugendrat eine gesonderte Stelle einrichten. Der Jugendrat verwaltet
280 dabei selbst die ihm zur Verfügung gestellten Mittel und legt der Kommune einen
281 Bericht über die Verwendung der Mittel vor.

282 Damit die Bedürfnisse der Jugendlichen durch das Budget erfasst werden, soll die
283 Kommune den Jugendlichen in dieser Angelegenheit ein Mitspracherecht über die Höhe
284 des Budgets einräumen.

285 Die Anträge, die den Jugendrat behandelt, sind Vorschläge der jungen Bevölkerung
286 einer Kommune, wie sie sich ihr Leben vor Ort in Zukunft wünschen und vorstellen. Die
287 Gemeinden sollen den Räten deshalb außerdem die Möglichkeit geben, Anträge in den
288 Gemeinderat einzubringen. An den Beratungen über die Vorschläge sollen Mitglieder des
289 Jugendrates teilnehmen und auch ein Rederecht bekommen. So soll sichergestellt sein,
290 dass den Jugendrat möglichst reibungslos tätig sein kann und Jugendbeteiligung in der
291 Kommune erfolgreich funktioniert.

292 *Unterstützung des Jugendrats durch Jugendbeauftragte des Gemeinderats und* 293 *pädagogische Fachkräfte*

294 Kommunale Jugendbeteiligung ist in jeder Gemeinde ein besonders wichtiges Thema, das
295 leider oft nicht die nötige Aufmerksamkeit bekommt. Gerade in kleineren Gemeinden
296 kommt es häufig vor, dass sich Jugendbeauftragte als einzige den Anliegen der
297 Jugendlichen annehmen. Da es sich hierbei in der Regel um ein Ehrenamt zusätzlich
298 zum Gemeinderatsmandat handelt, hängt die jugendpolitische Aktivität häufig von den
299 zeitlichen Ressourcen und den politischen Schwerpunkten der*des Beauftragten ab und
300 kommt leider häufig zu kurz. Da die kommunale Jugendbeteiligung ein sehr großes Feld
301 ist, reicht es oft nicht, nur einen ehrenamtlichen Beauftragten dafür einzusetzen.
302 Wir fordern stattdessen pädagogische Fachkräfte, die sich als Teilbereich ihrer
303 Arbeitsstelle um die Koordination und den Aufbau des Jugendrats kümmern. Gerade in
304 kleineren Gemeinden kann es sein, dass sie sich keine Fachkraft leisten können und
305 diese Fachkraft auch nicht genug Aufgaben für eine Vollzeitstelle hätte. Eine
306 mögliche Lösung wäre an dieser Stelle, dass sich mehrere Nachbargemeinden eine

307 pädagogische Fachkraft für den Bereich der Jugendpartizipation und die Betreuung des
308 Jugendrats teilen.

309 Wichtig ist bei der Unterstützung des Jugendrats, dass die Sozialpädagog*innen nicht
310 die Rolle der*des "Aufpasser*in" übernehmen, sondern sie sollen im Sinne des
311 Empowerment-Ansatzes, die Jugendlichen befähigen, selbst aktiv zu werden und den
312 Prozess der politischen Beteiligung unterstützend zu begleiten. Die pädagogische
313 Fachkraft steht dabei immer, wenn Fragen aufkommen, als Ansprechperson zur Verfügung.
314 Deshalb fordern wir:

315 Die Partizipation junger Menschen als Grundsatz in die Bayrische Verfassung
316 aufzunehmen. Die Jugendbeteiligung als Prinzip in die Bayrische Gemeindeordnung sowie
317 in den Geschäftsordnungen der Kommunen und Landkreise festzuschreiben.

318 **Wahlalter 14 jetzt!**

319 *Fridays for Future*, die Demonstrationen gegen die Urheberrechtsreform der
320 Europäischen Union und zahlreiche Debatten über die Sozialen Netzwerke machen klar:
321 Die Jugend will mitbestimmen. Aktive Mitbestimmung und Beeinflussung der politischen
322 Lage geschieht in einer Demokratie durch die Teilnahme an Wahlen. Doch hier haben wir
323 aktuell für Jugendliche einen deutlichen Missstand: Wählen ist erst ab Erreichen der
324 Volljährigkeit mit 18 Jahren möglich.

325 Besonders konservative Kräfte lehnen vehement das Wahlrecht für Jugendliche unter 18
326 Jahren ab. Der häufigste Vorwurf der Gegner*innen ist die fehlende Einsichtigkeit
327 und der Mangel an Verantwortungsbewusstsein der jungen Menschen, die an die Urnen
328 treten möchten.

329 Doch bekommen die Jugendlichen in vielen Bereichen noch vor dem Erreichen der
330 Volljährigkeit Verpflichtungen auferlegt und Rechte zugesprochen. Mit 16 Jahren
331 können Jugendliche bereits eine Arbeit annehmen bzw. in eine Lehre eintreten. Damit
332 kann auch die Verpflichtung mit einhergehen, Steuern und Abgaben zu entrichten.

333 Die Strafmündigkeit tritt bereits mit 14 Jahren ein, ein*e Jugendliche*r kann ab
334 diesem Zeitpunkt für all seine Vergehen zur Rechenschaft gezogen werden und muss sich
335 für diese verantworten. Auch haben Jugendliche in vielen deutschen Bundesländern mit
336 Erreichen des vierzehnten Lebensjahres das Recht, ihre Religion beziehungsweise ihre
337 Religionszugehörigkeit frei zu wählen, ohne die Zustimmung der Eltern einholen zu
338 müssen.

339 Auch der Vorwurf, Jugendliche seien in ihrer Wahlentscheidung leichter beeinflussbar
340 als ihre erwachsenen Mitbürger*innen, entbehrt seiner Grundlage. Besonders des
341 Vorwurf, junge Menschen würden leichter für einfache und radikale Äußerungen zu
342 begeistern sein als

343 Erwachsene und deshalb eher rechtsradikale Parteien wählen, ist haltlos: Stimmt bei
344 der Bundestagswahl 2017 12,6 Prozent der Deutschen für eine offen menschenfeindliche
345 Partei, die AfD, erreichte diese bei den Juniorwahlen, also Wahlen für alle
346 Minderjährigen, 6,0 Prozent, die Hälfte des Ergebnisses der Bundestagswahl. Bei
347 näherer Betrachtung entpuppen sich die Argumente der Gegner*innen einer Herabsetzung
348 des Wahlalters als Nebel um den wahren Kern: Einer Verweigerungshaltung gegenüber der
349 gesellschaftlichen Entwicklung, die dem 21. Jahrhundert angemessen ist.

350 Doch diese Anschauung wird sich nicht halten, denn wir werden das nicht zulassen. Das

351 machen wir mit diesem Antrag nochmals deutlich. Wir fordern das kommunale Wahlrecht
352 für alle Menschen an ihrem Hauptwohnsitz. Wir fordern die Absenkung des Wahlalters –
353 aktiv wie auch passiv – auf 14 Jahre für alle!

Antrag D2: Gegen Einschränkungen des Streikrechts, volle Solidarität mit den Streikenden!

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Demokratie & Partizipation

- 1 Die vergangenen Tarifrunden zeigen, dass sich die Arbeitgeberverbände nicht auf
2 Augenhöhe mit den Gewerkschaften und Betriebsräten bewegen. Nur durch die
3 Durchführung bzw. die Androhung von Streiks, konnten hier wirkliche Verbesserungen
4 bei Entlohnung, Inflationsausgleich, Tarifverträgen und Arbeitsbedingungen geschaffen
5 werden. Da das Mittel des Streikrechts, eins der wichtigsten Druckmittel der
6 Gewerkschaften auf die Arbeitgeberseite ist, fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion,
7 sowie den SPD-Bundesvorstand auf, jeglicher Diskussion über eine Einschränkung des
8 Streikrechts eine Absage zu erteilen. Jegliche Einschränkungen des Streikrechtes
9 lehnen wir ab. Nur durch starke Gewerkschaften und gute Arbeitsmarktpolitik können
10 wir auf die Krisen und Probleme des Arbeitsmarktes reagieren. Des Weiteren fordern
11 wir ein wirksames zentrales Vergabegesetz, welches die Einhaltung von Tarifverträgen
12 bei der Vergabe öffentlicher Ausschreibungen, auch für Subunternehmen sicherstellt.
- 13 Die JUSO-Bundeskongress solidarisiert sich mit den Streikenden und den
14 Gewerkschaften, denn Faire Arbeitsbedingungen, gerechte Löhne und mehr
15 Tarifgerechtigkeit können nur mit diesen erzielt werden.

Antrag D3: Direkte Demokratie

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Demokratie & Partizipation

1 Einleitung und Begriffsdefinitionen

2 In ihrer extremen Ausführung ist das Prinzip der direkten Demokratie als spezifischer
3 Typus politischer Herrschaft, in dem politische Macht allein und direkt durch die
4 Gesamtheit der abstimmungsberechtigten Bürger*innen und nicht durch einzelne oder
5 wenige Repräsentanten oder Amtsträger verbindlich ausgeübt wird zu sehen, stellt
6 hierbei einen Kontrast zur repräsentativen Demokratie dar. Dagegen steht eine
7 gemäßigteres und realitätsnäheres Konzept, das die direkte Demokratie als politisches
8 Entscheidungsverfahren, bei dem Bürger*innen politisch-inhaltliche Sachfragen auf dem
9 Wege der Volksabstimmung selbstständig und unabhängig von Wahlen entscheiden sieht.
10 Diese wohl vertrautere Ausübung ist nicht das Gegenteil einer repräsentativen
11 Demokratie, sondern integriert konstruierte Entscheidungsverfahren als ergänzende
12 Instrumente politischer Beteiligung in unterschiedlicher Ausgestaltung in eben diese.

13 Analyse

14 a) Themensetzung

15 Bei der Debatte um plebiszitäre Elemente ist die Frage nach der Themensetzung
16 essentiell. Was sind geeignete Themen und welche sind relevant genug, um einen
17 Vorteil aus einem Volksentscheid zu gewinnen? Ein Referendum gilt generell als eine
18 progressive Art der Entscheidungsfindung und viele Menschen erhoffen sich von diesem
19 eine direkte Mitbestimmungsmöglichkeit, die dem schwerfälligen politischen Diskurs
20 moderne Reformen entgegengesetzt. Die Erfahrung mit den bisher existierenden
21 direktdemokratischen Systemen, wie etwa in der Schweiz, zeigen jedoch, dass dies
22 nicht der Fall ist. Im Gegenteil wird sogar häufig die Reformfähigkeit gebremst. Die
23 Themensetzung ist oft eher von konservativer Art und unterstützt somit eine Abkehr
24 von progressiver Politik und stellt meist auch einen Rückschritt vom Status Quo dar.
25 In der Schweiz zeigt sich dies besonders am Abbau des Sozialstaates und bei Fragen,
26 die gesellschaftliche Minderheiten betreffen. Die Themensetzung dreht sich dabei
27 stark um die Verringerung von Steuern, Einsparungen bei sozialen Maßnahmen und um
28 populistische Zuspitzungen bei Migrationsfragen. Bei dieser eingeschränkten
29 Themensetzung spielen sozialdemokratische Werte oft keine Rolle. Dies hat zur Folge,
30 dass eher neoliberale oder populistische Themen statt Fragen der sozialen
31 Gerechtigkeit diskutiert werden. Es müssten an dieser Stelle Mechanismen im System
32 eingebaut werden, die eine solche Verengung der Themensetzung verhindern und den
33 Fokus mehr darauf legen, wie eine sozialere und gerechtere Gemeinschaft ermöglicht
34 werden kann. Vor allem Probleme und Anliegen ökonomisch Benachteiligter und
35 Minderheiten finden sich häufig nicht in Volksabstimmungen wieder.
36 Erschwerend kommt hinzu, dass die Probleme unserer Zeit durch eine enorm hohe
37 Komplexität gekennzeichnet sind. Viele wichtige Themen lassen sich nicht in dem engen
38 Rahmen einer Volksabstimmung behandeln, da in solchen nur zwischen Ja oder Nein
39 entschieden werden kann. Wichtige Sachverhalte würden vereinfacht oder gar

40 rausgelassen werden.

41 Zu Volksentscheiden werden oft Themen, die gerade kontrovers und auch emotional
42 diskutiert werden, vorgeschlagen. Eine fundierte Entscheidung setzt allerdings einen
43 längeren Willensbildungsprozess und verfügbare Informationen voraus. Dies steht einer
44 schnellen Abstimmung, wie oft gefordert, entgegen. Bei Entscheidungen mitten in der
45 Debatte besteht die Gefahr einer Überlagerung durch Emotionen. Ein weiterer Aspekt
46 ist, dass die Gestaltungsmöglichkeit politischer Parteien durch die häufige Anwendung
47 von Volksentscheiden auf Bundesebene stark beeinträchtigt wird. Große Themenkomplexe
48 benötigen langfristig angelegte Lösungsansätze und eine auf verschiedenen Ebenen
49 abgestimmte politische Strategie. Werden Volksentscheide zur Regel, besteht für
50 Parteien die Notwendigkeit, permanent Wähler*innen für die jeweils nächste Abstimmung
51 zu mobilisieren. Dies bindet sowohl Personen als auch finanzielle Mittel, die bei der
52 Bearbeitung wichtiger Themen fehlen. Es ist zu befürchten, dass es für Parteien
53 unattraktiv wird, sich langfristigen gesellschaftlichen Projekten zu widmen, da
54 permanent die Gefahr eines negativen Votums droht. Gesellschaftliche Visionen
55 verlieren damit zunehmend an politischer Bedeutung.

56 **b) Kampagnenfähigkeit**

57 Bei Menschen, die von „der Politik“ frustriert sind, findet sich oft die Meinung,
58 Politiker*innen würden nicht die Probleme „des Volkes“ kennen, sondern nur den
59 eigenen Vorteil suchen. Daraus wird abgeleitet, dass eine direkte Demokratie,
60 beispielsweise in Form von Volksentscheidungen auf Bundesebene, die
61 Bürger*innenmeinung reeller vertreten würde. Doch dem ist nicht so. Nimmt man an, es
62 gäbe einen Volksentscheid und man möchte für die eigene Meinung werben, so bräuchte
63 man einerseits eine funktionierende Lobby, die diese Meinung teilt, großflächig
64 unterstützt und dafür wirbt. Andererseits braucht es auch große finanzielle Mittel,
65 um die eigene Werbung sinnvoll und großflächig zu verbreiten. Die Möglichkeit einer
66 solchen Lobby und großer finanzieller Mitteln sind nicht jedem Menschen, der eine
67 Meinung zu dem entsprechenden Thema hat, gegeben. Hier würde nur eine Meinung
68 wirklich groß verbreitet werden: Die Meinung derer, die das Geld haben, um dafür
69 breit zu werben. Das ist ungerecht und entspricht nicht unserer Auffassung einer
70 Gesellschaft, in der jede*r sich zu politischen Themen äußern darf und soll. Jede
71 Meinung ist dabei gleichwertig und verdient es, gehört zu werden.

72 Zudem stellt sich das Problem, dass die verfügbare Auswahlmöglichkeit zu politischen
73 Entscheidungen sehr begrenzt wird. Politik ist nicht unbedingt das Durchsetzen der
74 eigenen Meinung, Politik bedeutet auch das Aushandeln von Kompromissen und dadurch
75 das Finden einer Lösung, mit der sowohl Gegner*innen als auch Befürworter*innen der
76 zu fällenden Entscheidung leben können.

77 Diese Möglichkeit der Kompromissfindung gibt es in der direkten Demokratie nicht.
78 Hier heißt die Antwort entweder Ja oder Nein – für Kompromisse kann es keinen
79 Spielraum geben. So kann Politik nicht funktionieren.

80 Ein weiteres Problem des fehlenden Kompromisses ist das Nicht-Wahrnehmen von
81 Minderheitenmeinungen. Bei einer Kompromissfindung ist es möglich, durch einige
82 Umlenkungen auch diese zu berücksichtigen. Das kann in der direkten Demokratie nicht
83 mehr funktionieren, da diesen einfach keine Plattform geboten wird.

84 Auch die Themen, über die entschieden wird, sind in einer direkten Demokratie nur die
85 großen Mehrheitsthemen. Wichtige Themen, die vielleicht nicht die Mehrzahl der

86 Bevölkerung betreffen, aber für eine Minderheit eine extreme Bedeutung besitzen,
87 werden nicht auf die Agenda kommen.

88 Allgemein finden nur die Themen einen Platz in der öffentlichen Meinungsbildung,
89 deren Vertreter*innen die oben erwähnte Lobby bzw. die finanziellen Mittel besitzen.
90 Über deren Themen wird abgestimmt. Viele Bürger*innen verfügen nicht über die
91 finanziellen Mittel und eine ausreichende Organisationsstruktur, um über
92 direktdemokratische Verfahren angemessen an der Entscheidungsfindung zu
93 partizipieren.

94 **c) Soziale Selektion**

95 Volksentscheide leben von der Wahl für oder gegen eine Entscheidung. Beide
96 Alternativen werden nicht nur von Interessengruppen unterstützt, sondern meist sogar
97 erst von diesen gebildet.
98 Aufgrund von Unterschieden in Vernetzung, finanzieller Ausstattung und
99 Hintergrundwissen
100 verfügen diese oft nicht über die gleichen Möglichkeiten der politischen
101 Einflussnahme. Damit einhergehend fällt es diesen Gruppen relativ leicht, politische
102 Themen im Rahmen von Volksentscheiden ihren Interessen entsprechend zu formulieren
103 und die öffentliche Meinung dahin zu beeinflussen. Diese strukturelle Überlegenheit
104 steht im krassen Widerspruch zu dem grundgesetzlich garantierten Recht auf gleiche
105 demokratische Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung.
106 Diese Dynamik wird für Gruppen, die über wenig Ressourcen verfügen, zum Problem:
107 Eigene Themen im öffentlichen Diskurs zu setzen, ist damit sehr schwierig. Sich gegen
108 einmal gesetzte Themen bei Volksentscheiden aus dieser Position heraus erfolgreich
109 zur Wehr zu setzen, ist nahezu unmöglich. Gestaltungsmöglichkeiten werden
110 unangemessen stark eingeschränkt. Das Bekenntnis zum Rechtsstaat verpflichtet jedoch
111 zum Minderheitenschutz.

112 Die zwei Alternativen einer Volksentscheidung stehen sich daher nicht
113 gleichberechtigt gegenüber, vielmehr prädestinieren faktische und soziale
114 Verhältnisse, die lange vor dem Entscheid selbst geschaffen worden sind, ihren
115 Ausgang.

116 Durch den Einsatz von Finanzen und Lobby verfestigen sich bestehende exklusive
117 Machtstrukturen. Diejenigen, die bereits über Macht verfügen, können diese auf lange
118 Zeit festigen und ausbauen. Wer bislang nicht so großen Einfluss besitzt, hat nur
119 geringe Möglichkeiten, seine*ihre politische Partizipation zu vergrößern.

120 **d) Legitimationsgrundlage Bürger*innenwillen?**

121 Befürworter*innen der direkten Demokratie führen oft an, dass durch Volksentscheide
122 der Wille der Bürger*innen unverstellt abgebildet werde und einen Gewinn für die
123 demokratische Gesellschaft darstelle. Fraglich ist, ob dies tatsächlich so zutrifft.
124 Bei der Frage nach der Abbildung des Bürger*innenwillens darf nicht beim Entscheid
125 als solchen stehen geblieben werden, sondern es muss gerade die entscheidende
126 Vorlaufphase genauer betrachtet werden. In dieser Phase der Meinungsbildung versuchen
127 alle Gruppen, Einfluss auf die Bürger*innen im Sinne ihrer Kampagne zu nehmen.
128 Hierbei kommen vor allem die unterschiedlichen strukturellen Ausstattungen zum
129 Tragen: ein Mehr an Finanzen und sozialer Vernetzung ermöglicht eine stärkere Präsenz
130 der entsprechenden Interessengruppe. Im Zeitpunkt der Entscheidung wird der*die

131 Wähler*in im Zweifel zur bekannteren Alternative neigen. Dazu kommt, dass oftmals
132 diejenigen, die der Meinung sind, dass diese Frage sie ohnehin nicht betrifft, sich
133 gar nicht beteiligen. Der Bürger*innenwille wird also bei einem Volksbegehren
134 keineswegs direkt, sondern unter Umständen sogar sehr verzerrt abgebildet.
135 Auch können Erwägungen außerhalb der Sachfrage eine starke Eigendynamik entfalten.
136 Die Erfahrung zeigt, dass bei Abstimmungen über Projekte im kommunalen Bereich die
137 Bürger*innen grundsätzlich seltener erreicht und mobilisiert werden können.
138 Emotionen, wie Wut und Empörung, motivieren nicht nur zur Teilhabe, sondern
139 beherrschen auch die Diskussion und schließen so sinnvolle Alternativen aus.

140 Inhaltlich führt die auf Ja oder Nein beschränkte Diskussion in der Sachfrage in der
141 Regel zu weiter gehenden, teils populistisch eingefärbten, Vereinfachungen. Komplexe
142 Zusammenhänge lassen sich, anders als im parlamentarischen Verfahren, nicht in allen
143 Dimensionen darstellen und berücksichtigen. Vor allem, wenn die Stimmung in der
144 Bevölkerung von der Wahrnehmung einer Krisensituation geprägt ist, können sich
145 Positionen durchsetzen, die unter "normalen" Umständen keine Mehrheit finden würden.
146 Dass diese Gefahr real ist, zeigt sich zum Beispiel im Anstieg der Popularität von
147 rechtsextremen und populistischen Positionen ab Sommer 2015, wie es die Mitte-Studie
148 aufzeigt (<https://www.boell.de/de/2016/06/15/die-enthemmte-mitte-studie-leipzig>).
149 Neben der gesteigerten Akzeptanz „populistischer“ Ansätze schließt die Sachfrage, die
150 auf nur zwei Lösungen zugeschnitten ist, die Diskussion darüber hinausgehender
151 Lösungsmöglichkeiten aus. In dieser Situation besteht keine Möglichkeit, einen
152 Kompromiss zu erreichen.

153 Diese Punkte zeigen, dass direktdemokratische Verfahren bei der Abbildung des
154 Wähler*innenwillens besonders zugänglich für sachfremde Gründe (z.B. Emotionen,
155 Populismus oder Verkürzungen) sind. Das Ergebnis vieler Volksentscheide hängt so
156 oftmals von der aktuellen Stimmungslage ab.

157 **e) Scheinbeteiligung**

158 In der Regel ist der Erfolg von Volksentscheiden von der Aktualität des Themas
159 abhängig. Die Bürger*innen können sich somit aktiv in aktuelle politische
160 Entscheidungen einbringen, auch wenn die nächsten Wahlen erst in mehreren Jahren
161 stattfinden. Dadurch entsteht jedoch eine Scheinbeteiligung der Bürger*innen, da sie
162 zwar über aktuelle Themen abstimmen und so kurzfristige Entscheidungen treffen, nicht
163 aber nachhaltig Politik prägen können. Eine solche Entscheidung kann dann zudem nicht
164 ohne Weiteres nachträglich korrigiert werden, auch wenn dies durch eine mittel- oder
165 langfristige Veränderung der Situation nötig wäre. Außerdem führt es zu einer
166 Abwertung des Parlaments, wenn aus Volksentscheiden langfristig gültige Gesetze
167 hervorgehen. Könnte hingegen das Parlament Gesetze aus Volksentscheiden jederzeit
168 einschränken, entkräften oder gar rückgängig machen, würde dies endgültig zu einer
169 Scheinbeteiligung führen.

170 **Argumentation**

- 171 • "Medien manipulieren die Meinungsbildung der Bürger*innen." Befürworter*innen
172 von mehr direkter Demokratie argumentieren oft mit einer scheinbaren
173 Manipulation durch Medien. Diese würde angeblich durch mehr direkte Beteiligung
174 an Abstimmungen unterbunden werden. Medien nehmen zwar Einfluss auf den
175 Meinungsbildungsprozess - das ist sogar auch Teil ihrer Aufgabe - aber dies ist
176 unabhängig von repräsentativen oder direktdemokratischen

- 177 Partizipationsmöglichkeiten. Selbst wenn dieser Einfluss sich zu Manipulation
178 entwickelt, ist auch ein direktdemokratisches Verfahren nicht davor geschützt.
179 Ein Beispiel ist die Propaganda, die die Initiator*innen des Minarettverbots in
180 der Schweiz betrieben haben. Meinungsfindung sollte immer durch Medien
181 begünstigt, nicht geschädigt werden. Mag eine Meinung den persönlichen
182 Präferenzen nicht, der Meinungsfreiheit aber doch, entsprechen, ist sie nicht
183 abzuwerten.
- 184 • "Wir müssen die Demokratie wieder vom Kopf auf die Füße stellen." So lässt sich
185 ein weiteres Argument für Volksabstimmungen auf Bundesebene zusammenfassen. Das
186 impliziert, Abgeordnete würden den Willen der Bürger*innen nicht angemessen
187 repräsentieren und deshalb müsste man, um den tatsächlichen Bürger*innenwillen
188 zu ermitteln, immer alle abstimmen lassen. Füße alleine können aber nicht
189 denken. Aus diesem Grund ist eine funktionierende Zusammenarbeit von
190 Zivilgesellschaft und demokratisch gewählten Vertreter*innen zwingend notwendig.
191 Ein Abstimmungsrecht alleine bietet noch keine volle politische Mitbestimmung.
192 Die Beteiligungsmöglichkeiten in unserer Demokratie sind stark ausgeprägt. Ein
193 Mitarbeit in einer Partei beispielsweise bietet dies in größerem Maße, als ein
194 Kreuz bei einem Referendum. Repräsentative Demokratie ist nicht gleichbedeutend
195 mit einem absoluten Repräsentationsanspruch des Staates. Ein*e Abgeordnete*r
196 arbeitet nach seiner*ihrer Wahl nicht frei von Einflüssen aus der
197 Zivilgesellschaft, sondern steht in ständigem Kontakt zu Personen,
198 Organisationen und Interessengruppen aus seinem*ihrer Wahlkreis und aus
199 verschiedenen Fachbereichen und Branchen aus Wirtschaft, Gesellschaft und
200 Kultur.
- 201 • "Die Macht ist einseitig bei Wirtschaft und Eliten konzentriert. Die
202 Gewaltenteilung funktioniert nicht mehr. Es braucht die Bürger*innen, um
203 wirkliches Umdenken anzustoßen, neue Strukturen zu schaffen, alte Institutionen
204 zu reformieren. Es braucht bei der Gesetzgebung eine Gewaltenteilung zwischen
205 Bürger*innen und Parlamenten." Auch das hört man oft in konservativen
206 Argumentationen für mehr direkte Demokratie. Doch hier wird zum einen der
207 Begriff der Gewaltenteilung falsch verwendet, denn Gewaltenteilung heißt nicht,
208 dass 82 Millionen Menschen ihren 82-Millionstel-Anteil an Einfluss bekommen.
209 Vielmehr findet in Deutschland eine Gewaltenteilung in Judikative, Legislative
210 und Exekutive statt, die sich gegenseitig kontrollieren. Zum anderen unterstellt
211 dieses Argument den Parlamenten eine fehlende Rückkopplung mit der Bevölkerung.
212 Dagegen wollen wir uns positionieren. Vielmehr halten wir es für sinnvoll, die
213 Zusammenarbeit zwischen Politik und Bürger*innen weiter zu stärken.
- 214 • "Volksentscheide ermöglichen schnelle und einfache Abstimmungen, um viele
215 Meinungen die die Entscheidungsfindung einzubeziehen." Dies ist ein häufig
216 vorgebrachtes Argument für Volksentscheide. Das Beispiel Stuttgart 21 zeigt
217 jedoch, dass im Gegenteil derartige Entscheide oft langwierig sind und einer
218 großen Vorbereitungszeit bedürfen. Politik muss aber in manchen Situationen
219 schnell und entschlossen reagieren. Die kurzfristige Reaktionsmöglichkeit der
220 Politik, wie sie etwa bei Banken-Rettungspaketen notwendig ist, wird durch
221 Volksabstimmungen in bestimmten Bereichen stark eingeschränkt.
- 222 • "Durch die Formulierung in einem Volksentscheid wird die Thematik so

- 223 zusammengefasst, dass sie klar und für alle Bürger*innen verständlich ist.”
224 Befürworter*innen sagen, dass durch diese Reduzierung auf eine Ja-oder-Nein-
225 Entscheidung alle aktiv in den Gesetzgebungsprozess eingebunden werden können.
226 Das klingt zunächst einleuchtend und logisch. Dabei bleiben jedoch wichtige
227 Details, wie etwa die Finanzierung oder die genaue Formulierung der
228 Gesetzestexte, ungeklärt. Eine Beteiligung findet daher nur mittelbar statt.
- 229 • “Es ist Zeit, dem eigentlichen Souverän, also dem Volk, mehr Kompetenzen
230 zugestehen.” Der Parlamentarische Rat hat sich allerdings bei der
231 Ausarbeitung des Grundgesetzes bewusst für eine repräsentative Demokratie
232 entschieden. Auch die Legislative muss in einer Demokratie durch die anderen
233 Gewalten kontrolliert werden. Eine direkte Abstimmung über Gesetze würde diese
234 Kontrollfunktion in Frage stellen. Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
235 könnten mit der Argumentation angegriffen werden, sie würden dem Volkswillen,
236 der in einem Referendum seinen Ausdruck gefunden hat, entgegenstehen.
 - 237 • “Regierungen und Abgeordnete sind abgehoben und entscheiden über die Köpfe der
238 Menschen hinweg.” Dem kann man die vielfältigen Möglichkeiten der Beteiligung am
239 politischen System entgegen halten: Politische Gestaltung durch Wahlen auf den
240 verschiedenen Ebenen, Mitarbeit in Parteien oder anderen politischen
241 Organisationen und ein aktiver Umgang mit Politik im Allgemeinen, wie
242 Bürgerdialoge, Kontakt zum jeweiligen Mandatsträger oder Beteiligung an
243 politischer Aufklärung. Aktive Teilnahme am politischen Geschehen kann einen
244 bedeutend größeren Einfluss nehmen, als ein Kreuz auf einem Abstimmungs zettel.
 - 245 • “Volksentscheide stärken die Demokratie“. Von fehlendem Hintergrundwissen
246 profitieren gerade Populist*innen, indem sie einfache Lösungen anbieten und sich
247 zu Fürsprecher*innen des “Volkes” stilisieren. Genau dadurch besteht die Gefahr,
248 dass sie ihre undifferenzierten Inhalte durchsetzen, denn sie bieten per se
249 einfache Lösungen an und verkürzen sie auf Ja-/Nein-Entscheidungen. Dies geht
250 zum Nachteil einer Vielfalt an Optionen, von denen eine Demokratie lebt.
251 Förderlicher wäre stattdessen der Ausbau bereits bestehender
252 Teilhabemöglichkeiten, z.B. Bürgerdialoge sowie Mitarbeit in der politischen
253 Arbeit und Bildung.
 - 254 • “Volks- und Bürgerentscheide funktionieren doch in den Bundesländern auch. Warum
255 also nicht auch auf Bundesebene, wenn auch hiervon Menschen direkt betroffen
256 sind?” Fragen auf Bundesebene zeichnen sich aber im Zweifel durch eine höhere
257 Abstraktheit und Komplexität aus, da eine Vielzahl an Personen, Orten und
258 Sachverhalten davon betroffen ist. Fragen auf Kommunal- und Landesebene sind
259 hingegen meist überschaubar und eignen sich daher besser für die Ja-/Nein-Fragen
260 von Volksentscheiden. Dies ist bei Fragen, die die gesamte Bundesrepublik oder
261 die europäische Politik betreffen nicht der Fall.
 - 262 • “Volksentscheide führen dazu, dass sich Bürger*innen wieder stärker in
263 Entscheidungsprozesse eingebunden fühlen.” Dem ist entgegen zu setzen, dass
264 diese nur ein scheinbares Mehr an Mitbestimmung bieten. Wie oben ausgeführt,
265 besteht die Gefahr einer Scheinbeteiligung sowie Verzerrung des
266 Bürger*innenwillens und einer stark eingeschränkten Themensetzung. Eine Stärkung
267 der demokratischen Kultur und eine Bekämpfung der Politikverdrossenheit ist
268 daher nicht zu erwarten.

- 269 • "Die Bürger*innen sind klüger, als viele Politiker glauben – und sehr wohl in
270 der Lage, Argumente abzuwägen" Gerade bei komplexen Themen ist eine
271 Einarbeitung von Laien in wenigen Wochen kaum möglich. Eine Abwägung der
272 Argumente und eine Entscheidungsfindung ist so nur erschwert möglich.

273 **Unsere Forderungen**

- 274 • Wir lehnen Volksentscheide auf Bundesebene weiterhin ab, auf Landes-
275 /Kommunalebene sind Verbesserungen notwendig.
- 276 • Die Kampagnenfinanzierung bei Volksentscheiden muss transparent gemacht werden.
277 Zudem müssen der Finanzierung Grenzen gesetzt werden, um eine massive
278 Einflussnahme gut finanzierter Interessensgruppen vorzubeugen.
- 279 • Eine gleiche Verteilung der Finanzen muss ein langfristiges Ziel sein, z.B.
280 durch Schaffung eines einheitlichen Finanzierungstopfs oder Festlegung einer
281 maximalen Budgetdifferenz der Gruppen.
- 282 • Politische Bildung, vor allem in Bezug auf Partizipationsmöglichkeiten, muss
283 sowohl in den Lehrplänen als auch in der Erwachsenenbildung verstärkt gefördert
284 werden.
- 285 • Auf Landes- und Kommunalebene fordern wir eine Mindestwahlbeteiligung bei
286 Entscheiden und Auswahlmöglichkeiten, die über Ja und Nein hinausgehen.
- 287 • In Grundrechte und wesentliche Staatsstrukturprinzipien darf durch
288 Volksentscheide nicht eingegriffen werden.
- 289 • Den abstimmungsberechtigten Bürger*innen müssen vor der Entscheidung
290 ausreichend Informationen zur Verfügung gestellt werden, welche die Breite der
291 Debatte mit den verschiedenen Meinungen widerspiegeln.

292

Antrag D4: Berücksichtigung von familiären Verhältnissen bei der Höhe des zu zahlenden Mitgliedsbeitrages – sozial gerechte Beiträge für finanziell schwache Familien

Antragsteller*in:	Jusos Brandenburg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Demokratie & Partizipation

- 1 Der Bundeskongress der Jusos beschließt sich für die Ergänzung folgenden Absatzes
- 2 unter § 1 Abs. 1 Finanzordnung der SPD einzusetzen:
- 3 • 1 Abs. 2 NEU (SPD Finanzordnung): „Im Falle von finanziell schwachen
- 4 Familienverhältnissen kann der Mitgliedsbeitrag auf eine für das Mitglied
- 5 verkraftbaren Beitrag reduziert werden, auch unter den Mindestbetrag. Über diese
- 6 Regelung entscheidet der Vorstand der entsprechenden Gliederung aufgrund eines
- 7 formlosen Antrags.“

Begründung

Durch die Berücksichtigung familiärer Verhältnisse bei der Höhe des zu zahlenden Mitgliedsbeitrags können finanziell schwache Familien entlastet werden, insbesondere im Falle von alleinerziehenden Elternteilen oder Mitgliedern, die durch die Pflege und Finanzierung von Angehörigen finanziell stärker belastet sind und nicht vollständig durch das soziale Netz aufgefangen werden.

Des Weiteren wollen wir sicherstellen, dass Mitglieder, die einst ein gutes Einkommen hatten, aber durch Schicksalsschläge jeglicher Art nun vor finanziellen Herausforderungen stehen, ihren Mitgliedsbeitrag individuell an ihre neuen Bedürfnisse anpassen können. Dies ermöglicht ihnen eine gleichberechtigte Teilnahme am politischen Prozess, ohne ihre finanzielle Situation übermäßig zu belasten. Es ist uns wichtig, dass die Mitgliedschaft in einer politischen Partei unabhängig von der finanziellen Situation einer Familie zugänglich ist, um eine breite gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Daher empfehlen wir die Aufnahme der vorgeschlagenen Ergänzung in die Finanzordnung der SPD, um eine sozial gerechte Beitragsgestaltung zu gewährleisten und finanziell schwache Familien zu unterstützen. Dies wird zu einer breiteren Teilhabe und einer vielfältigeren Mitgliedschaft innerhalb der Partei führen.

Antrag D5: Gemeinnützigkeit den Gemeinnützigen, nicht der Wohlstandslobby

Antragsteller*in:	Jusos Thüringen
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Demokratie & Partizipation

1 In Sachen Gemeinnützigkeit wird in der Bundesrepublik offensichtlich mit zweierlei
2 Maß gemessen. Während progressiven, linken Organisationen wie den Vereinen Attac oder
3 Campact die Gemeinnützigkeit aberkannt wurde, bleibt sie bei neoliberalen und
4 konservativen Lobbyvereinen wie dem Bund der Steuerzahler (BdSt) bislang
5 unangetastet. Begründet wurde die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Attac durch
6 das Finanzamt Frankfurt damit, dass sich Attac „zu politisch“ engagiere. Demnach
7 müsse ein Verein, der die allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens oder
8 die politische Bildung als Zweck verfolgt, laut Attac-Urteil stets objektiv, neutral
9 und geistig offen agieren, ohne zu versuchen, politischen Einfluss im Sinne eigener
10 Auffassungen zu nehmen. Diese sehr enge Auslegung der Rechtsvorschriften bestätigte
11 der Bundesfinanzhof 2021 in der letzten Instanz.

12 Der Bund der Steuerzahler ist dagegen mit mehrfacher Bestätigung verbrieft
13 gemeinnützig. Daran gibt es jedoch berechtigte Zweifel. Selbst bezeichnet sich der
14 Verein als „Finanzgewissen der Nation“. Dabei generiert er mit populistischen
15 Forderungen und Kampagnen für einen schlanken Staat, einer harten Schuldenbremse und
16 häufig spekulativen Behauptungen über öffentliche Ausgaben, die vermeintlich im
17 Interesse des Großteils der Bevölkerung wären, große mediale Präsenz. Offensichtlich
18 verstößt der BdSt ebenso gegen das Gebot des Verzichts auf „Beeinflussung der
19 politischen Willensbildung im Sinne eigener Auffassungen“ – wie ein Rechtsgutachten
20 feststellt. Vielmehr überschritten die einseitigen Lösungsvorschläge und die
21 konkreten Umsetzungsforderungen an die Politik, die einzig getragen von
22 Partikularinteressen Vermögender und der Unternehmer:innenschaft sind, diese
23 ausgegebene Linie. Diese Zweiklassen-Gesellschaft lehnen wir entschieden ab. In einem
24 ersten Schritt muss daher dem Wohlstandslobbyverein BdSt die Gemeinnützigkeit
25 aberkannt werden.

26 Das löst jedoch das grundlegende Problem nicht. Demokratie braucht das Engagement von
27 Organisationen und Vereinen, die auch politisch für ihre Zwecke auftreten und
28 Forderungen aufstellen können. Das ist aber durch die enge Auslegung des
29 Gemeinnützigkeitsrechts nicht ohne Probleme möglich. Folglich führen die aktuellen
30 Regeln zu einer weiteren Entpolitisierung der Zivilgesellschaft, die wir für
31 brandgefährlich halten. Wir schließen uns aus diesem Grund den Forderungen der
32 Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ an. Dieses Bündnis setzt
33 sich für eine Novellierung des Gemeinnützigkeitsrechtes in der Bundesrepublik ein. Es
34 braucht eine Novellierung der Abgabenordnung und des dazugehörigen
35 Anwendungserlasses, damit wichtige zivilgesellschaftliche Akteur:innen wie Attac und
36 Campact wieder als gemeinnützig eingestuft werden können. Konkret unterstützen wir
37 dabei folgende Forderungen:

- 38 • Die Liste gemeinnütziger Zwecke gem. § 52 II AO muss um die Förderung der

- 39 Menschen- und Grundrechte, des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und der
40 informationellen Selbstbestimmung ergänzt werden.
- 41 • Es braucht eine Klarstellung, dass zur Zweckverfolgung auch die überwiegende
42 Einwirkung auf die politische Willensbildung und die öffentliche Meinung sowie
43 politische Akteure gehört. Dies sollte in einem neuen § 52 III AO geregelt
44 werden. Diese Ergänzung hilft sowohl den Organisationen als auch den
45 Finanzbehörden und beseitigt Unklarheiten.
 - 46 • Zudem sollten in § 52 II Nr. 24 (“allgemeine Förderung des demokratischen
47 Staatswesens”) die Zusätze “im Geltungsbereich dieses Gesetzes” und “die auf den
48 kommunalpolitischen Bereich” gestrichen werden. Stattdessen ist eine
49 Ausformulierung notwendig, nach der demokratische Teilhabe und insbesondere
50 politische Bildung unter den Zweck fallen, jedoch keine umfassende Unterstützung
51 einzelner Parteien und Wahlgemeinschaften erfolgen darf. Durch eine solche
52 Änderung könnten sich gemeinnützige Organisation auch auf kommunaler und EU-
53 Ebene engagieren und sogar internationale Initiativen unterstützen.

Begründung

Gemeinnützigkeit ist ein großes gesellschaftliches Gut. Wortwörtlich besagt sie, dass eine Organisation oder ein:e Akteur:in der Allgemeinheit dient und ihr einen Mehrwert erbringt. Aus diesem Grund wird die Gemeinnützigkeit in der Bundesrepublik mit Steuerprivilegien begünstigt. Gemäß § 51 i.V.m. § 52 I Abgabenordnung (AO) kann die Gemeinnützigkeit einer Körperschaft anerkannt werden, wenn ihre Tätigkeit darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern.

Vorteile sind insbesondere die Steuerbefreiung oder Steuerbegünstigung. Zudem können gemeinnützige Vereine Spendenbescheinigungen ausstellen, die den steuerlichen Abzug von Spenden an den Verein ermöglichen – das kann als großer Anreiz für potentielle Spender:innen gewertet werden. Nicht zuletzt bildet die Gemeinnützigkeit vielmals die Voraussetzungen, um diverse staatliche Zuschüsse und Fördermittel bekommen zu können.

Antrag D6: Wo bleibt die Migrant*innenquote

Antragsteller*in:	Jusos Saar
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Demokratie & Partizipation

1 Analyse:

2 Politische Partizipation und politisches Engagement sind das Herzstück einer
3 Demokratie, sie fördern diese und stellen sie immer wieder vor neue
4 Herausforderungen. Durch Partizipation äußern Bürger*innen ihre Wünsche und
5 Beschwerden und verschaffen ihren Forderungen in der breiten Öffentlichkeit Gehör.

6 Das politische Engagement von Menschen mit Migrationsgeschichte verhält sich anders
7 als bei Nicht- Migrant*innen, da oft ein unterschiedlicher Zugang existiert. Fehlende
8 Staatsangehörigkeit, Marginalisierung von migrantischen Gruppen, der
9 Bildungshintergrund, das Arbeitsumfeld, das sozioökonomische und soziökologische
10 Umfeld sowie soziale, politische und wirtschaftliche Hürden erschweren die politische
11 Partizipation.

12 Fast 24 Millionen Menschen mit Migrationsgeschichte leben in Deutschland, davon
13 besitzen knapp über die Hälfte die deutsche Staatsangehörigkeit. Viele von ihnen
14 engagieren sich politisch. Sei es auf kommunaler Ebene oder Landes- sowie
15 Bundesebene. Studien belegen, dass nachfolgende Generationen im Vergleich zur ersten
16 Generation von Migrant*innen ein höheres Partizipationsniveau aufweisen, das mitunter
17 dem der Bevölkerung ohne Migrationsgeschichte entspricht.

18 Und wie sieht nun eigentlich die Repräsentanz von Menschen mit Migrationsgeschichte
19 sowohl im Landtag als auch im Bundestag aus?

20 Im Bundestag liegt der Anteil der Abgeordneten mit Migrationsgeschichte insgesamt bei
21 ca. 11% (höher als in der vorherigen Legislaturperiode). Somit sind die Menschen mit
22 Migrationsgeschichte im Vergleich zur Bevölkerung immer noch unterrepräsentiert. Die
23 SPD hat nach der Partei „Die Linke“ mit 17% den zweithöchsten Anteil an Abgeordneten
24 mit Migrationsgeschichte. Bei den Mitgliedern des Bundeskabinetts fällt auf, dass nur
25 eine Person einen Migrationsgeschichte hat, nämlich Cem Özdemir, der Bundesminister
26 für Ernährung und Landwirtschaft.

27 Im Saarland ist die Lücke zwischen dem Anteil der politischen Repräsentant*innen und
28 dem Bevölkerungsanteil mit Migrationsgeschichte immer noch groß. Circa 200.000
29 Menschen mit Migrationsgeschichte leben im Saarland, das sind fast 20%. Das betrifft
30 jede*n Fünfte*n. Im Landtag haben fünf von 51 Abgeordneten einen Migrationsgeschichte
31 – sowohl erste als auch zweite Generation – also 9,8%. Diese fünf stellt die SPD. In
32 der Reihe der Regierungsmitglieder hat niemand eine Migrationsgeschichte – also null
33 Prozent. Das muss verbessert werden.

34 Lasst uns also gemeinsam Strukturen, die die politische Teilhabe erschweren,
35 aufbrechen und Menschen mit Migrationsgeschichte im aktiven politischen Leben
36 unterstützen sowie ihnen den Weg zur Ausübung politischer Ämter erleichtern. Wie
37 Frauen am besten für Frauen entscheiden können, so tun es auch Menschen mit
38 Migrationsgeschichte für Menschen mit Migrationsgeschichte.

39 **Forderung:**

- 40 Eine Erleichterung des politischen Engagements für Migrant*innen/Menschen mit
41 Migrationsgeschichte Einen Aktionsplan für das gezielte Anwerben von Menschen mit
42 Migrationsgeschichte
- 43 Ein Mentoringprogramm für Menschen mit Migrationsgeschichte zur landesweiten
44 Vernetzung
- 45 Eine Migrant*innenquote für Listen der SPD, ähnlich der Frauenquote zur Kommunal-,
46 Europa-, Landtags- sowie Bundestagswahl

Antrag D7: Keine Verlängerung der Legislatur auf Bundesebene auf 5 Jahren!

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	D - Demokratie & Partizipation

- 1 Wir lehnen eine Verlängerung der Legislatur des Bundestages auf 5 Jahre ab! Die
- 2 aktuelle Legislaturperiode von 4 Jahren, wie es in Artikel 39 des Grundgesetzes
- 3 festgelegt ist, soll erhalten bleiben.

Begründung

Es gibt immer wieder Vorstöße, die Wahlperiode des Bundestags auf 5 Jahre zu verlängern. 2017 befürworteten das alle im Bundestag vertretenen Fraktionen, die FDP hat es sich 2021 in ihr Wahlprogramm geschrieben. Auch im Koalitionsvertrag steht, dass Vorschläge zur Verlängerung der Legislaturperiode auf fünf Jahre geprüft werden sollen (S.11).

Damit würde man den Bund in Einklang bringen mit den 15 der 16 Bundesländer, die bereits eine fünfjährige Wahlperiode haben, so die Argumentation. Allerdings muss genau dies vermieden werden. Landtagswahlen können, je nach ihrem Zeitpunkt, die Bundespolitik auf verschiedene Arten beeinflussen. Landtagswahlen in Jahren, in denen ebenfalls eine Bundestagswahl stattfindet, bekommen so regelmäßig eine außerordentliche Signalwirkung zugesprochen. So wurde zum Beispiel der Schulzug 2017 durch enttäuschende Niederlagen in drei Bundesländern ausgebremst und der SPD-Wahlsieg 2021 durch den Wahlsieg in Rheinland-Pfalz im gleichen Jahr eingeläutet. Momentan rotiert diese Signalmacht durch die Länder – bei einer Synchronisierung der Wahlperioden würden allerdings immer die gleichen Bundesländer unverhältnismäßig viel Macht ausüben, eine kaum gerechte Vorstellung.

Außerdem kommt hinzu, dass die Demokratie in Deutschland bei besorgniserregend vielen Menschen an Vertrauen verloren hat. Gerade vor diesem Hintergrund wäre eine Verlängerung der Legislatur, bei der die Politik letztendlich ihre eigene Arbeitsplatzsicherheit erhöht, kein gutes Signal. In einer gesunden Demokratie muss die Politik den Willen der Bevölkerung respektieren und eine Abstrafung durch die Wähler*innen fürchten! Einer Civey Umfrage von September 2017 zufolge lehnt auch eine Mehrheit der Befragten diese Verlängerung ab.

Lasst uns also, ganz im Sinne von Willy Brandt, mehr und nicht weniger Demokratie wagen!

Antrag E1: Go East – Eine neue Perspektive für eine progressive (Ost)europapolitik!

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen, Jusos Berlin, Jusos Brandenburg, Jusos Mecklenburg-Vorpommern, Jusos Sachsen-Anhalt, Jusos Thüringen
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	E - Europa

1 Der Jusos-Bundeskongress möge beschließen:

2 Der 2. russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns im vergangenen Jahr in
3 vielerlei Hinsicht nachhaltig geprägt und uns angeregt bisherige Positionen,
4 beispielweise zur Lieferung von Waffen in Kriegsgebiete, zu hinterfragen sowie zu
5 verändern. Das ist im Anblick der Unterstützung und unserer Solidarität gegenüber der
6 Ukraine bei ihrem Kampf um Souveränität und der Verteidigung gegen den russischen
7 Überfall auch zwingend notwendig.

8 Darüber hinaus hat der Krieg und die damit verbundene „Zeitenwende“ massive Folgen
9 für unsere internationale Politik. Wir schauen zunehmend stärker auf die Interessen
10 und Wahrnehmung unserer Partner:innen in Mittel- und Osteuropa. Damit bekommt diese
11 Region, über die in den letzten Jahrzehnten häufig hinweggeschaut wurde, die
12 Relevanz, die sie auch vorher schon verdient hätte. Unsere Fehler in der vergangenen
13 Russlandpolitik müssen zur Konsequenz haben, dass wir nicht nur kurzfristig im Rahmen
14 der Sicherheitspolitik stärker auf Länder in Mittel- und Osteuropa schauen, sondern
15 auch dauerhaft unsere Verbindungen zu ihnen in allen Politikbereichen stärken. Gerade
16 aufgrund der gemeinsamen Geschichte der sowjetischen Beeinflussung haben wir die
17 notwendigen Anknüpfungspunkte, das zu tun und gleichzeitig das nach wie vor
18 unkritische Narrativ gegenüber Russland in Teilen der Bevölkerung der ostdeutschen
19 Bundesländer zu durchbrechen. Das ist die gelebte Verantwortung unseres
20 internationalistischen Selbstverständnisses.

21 Neben der Verteidigung einer souveränen Ukraine, unterstützen wir auch den
22 Freiheitskampf der Menschen in Belarus. Seit August 2020 demonstrieren Menschen gegen
23 die gefälschten Wahlen und für ein demokratisches Belarus unter der Führung von
24 Swjatlana Zichanouskaja. Wir sind den Menschen verpflichtet, konsequente politische
25 Maßnahmen zu veranlassen sowie die belarussische Diaspora in ihrem Widerstand gegen
26 Machthaber Lukaschenka zu stärken.

27 Die mittel- und osteuropäischen Länder haben eine Geschichte, die mit unserer
28 ostdeutschen eng verbunden ist. Gemeinsam waren wir über 45 Jahre hinweg im
29 Einflussbereich der Sowjetunion. Gemeinsam haben wir unter der antidemokratischen
30 Hegemonie und den Einschränkungen gelitten. Dennoch unterscheidet sich der heutige
31 Umgang mit diesem gemeinsamen Erbe sehr. Wenn wir von den Ländern Mittel- und
32 Osteuropas sprechen, sind wir uns dessen bewusst, dass wir von einer sehr
33 vielfältigen, unabhängigen und individuellen Region sprechen, welche nicht
34 verallgemeinert werden darf oder über einen Kamm geschert werden sollte. Wir sind uns
35 auch dessen bewusst, dass der Geschichteinfluss und die Rolle bzw. das
36 geschichtliche Erbe Deutschlands ein bedeutendes Thema in vielen Gesellschaften der
37 Region bis heute spielt. In diesem Zuge setzten wir uns auch für mehr Bewusstsein

38 darüber innerhalb der deutschen Gesellschaft sowie Völkerverständigung ein.
39 Während es im Großteil der Staaten östlich der ehemaligen DDR große Ablehnung gegen
40 Russland und das russische Regime gibt, finden wir in Ostdeutschland weiterhin eine
41 hohe Affinität und wenig kritische Auseinandersetzung mit der autokratischen
42 Entwicklung der Russischen Föderation in den letzten Jahren. Wir müssen uns daher
43 zukünftig sowohl in diesem Land als auch in dieser Partei stärker kritisch damit
44 auseinandersetzen und die vergangenen Jahre aufarbeiten. Insbesondere Deutschland hat
45 in den vergangenen Jahrzehnten von der wirtschaftlichen Kooperation ohne
46 Konditionalität oder Anknüpfung an politische Veränderungen profitiert und ist selten
47 unseren Partner*innen auf Augenhöhe begegnet. Die universelle Verfügbarkeit
48 russischen Gases hat zu großen Standortvorteilen geführt, während wir damit die
49 Voraussetzung für eine noch stärkere Bedrohungslage unserer mittel- und
50 osteuropäischen Nachbarn gesorgt haben.

51 Deutschland befindet sich bei der Neuausrichtung der europäischen Politik in einer
52 historisch besonderen Position, die wir als solche begreifen und nutzen sollten. Als
53 Staat, durch den über 40 Jahre lang die unüberwindbar scheinende Grenze zwischen dem
54 „Osten“ und dem „Westen“ verlief, sollten wir diese historische Erfahrung nutzen, um
55 eben diese immer noch in den Köpfen existierenden Grenzen aufzubrechen. Anstatt sich
56 weiterhin als Vertreter der „alten“ „west-“europäischen Staaten zu verstehen, sollte
57 Deutschland als Teil Zentraleuropas Brückenbauer*in sein, um gemeinsam mit unseren
58 Partner*innen in Zentraleuropa, eine gemeinsame europäische Politik zu formulieren.
59 Damit das europäische Projekt weiterhin gelingt, braucht es eine ausgewogenere
60 Europapolitik. Dafür müssen die Erfahrungen und Lebenswirklichkeiten Ostdeutschlands
61 eine größere Rolle spielen. Deutsche Europapolitik muss mehr als die Deutsch-
62 Französische Freundschaft sein. Europa bedeutet für uns auch enge Kooperation und
63 Austausch insbesondere mit unseren östlichen Nachbar*innen. Gemeinsam wollen wir mit
64 guten Lösungen auf Herausforderungen unserer Zeit für die Europäische Union
65 vorangehen und gemeinsam dazu beitragen unsere Demokratie zu verteidigen. Dabei
66 müssen wir gerade die existierenden multilateralen Formate wie die
67 Ostseeparlamentarierkonferenz, den demokratischen Ostseeraum insgesamt, die
68 Nachbarschaftsstrategien der Bundesländer und Kommunen, oder auch die Euroregionen
69 als Projekte eines zusammenwachsenden Europas stärken. Dazu gehört auch endlich
70 wieder ein Treffen in diesem Rahmen auf Ebene der Regierungschef:innen. Auch das
71 Weimarer Dreieck bietet trotz aller politischen Schwierigkeiten ein Format, in dem es
72 möglich ist, gemeinsam Lösungen für eine Zukunft der EU zu finden. Das darf uns
73 allerdings nicht davon abhalten Haltung zu Fragen von Demokratie und
74 Rechtsstaatlichkeit klar zu adressieren. Partner*in auf Augenhöhe zu sein, heißt
75 Kritik klar anzusprechen. Deswegen ist die Anwendung des Konditionalitätsmechanismus
76 richtig und geboten. Aber auch wir können uns nicht von unserer Verantwortung
77 freisprechen. Auch wenn die finanziellen Reparationsforderungen der polnischen
78 Regierung derzeit Mittel populistischer Stimmungsmache sind, dürfen wir die
79 zugrundeliegenden Probleme nicht ignorieren. Deutschland muss sich seiner
80 Verantwortung als Täter*in im Zweiten Weltkrieg bewusst sein und sich an
81 Gedenkprojekten, historischer Aufarbeitung und Entschädigungen für
82 Zwangsarbeiter*innen in Zukunft stärker beteiligen und Orte der Begegnung schaffen
83 und fördern. Deutschland und auch unsere Partei muss sich dessen bewusst werden, dass
84 nicht nur aufgrund der Geschichte, sondern auch der vergangenen aber aktuellen

85 Europapolitik insbesondere gegenüber Polen sowohl in der dortigen politischen
86 Landschaft als auch immer noch in der Gesellschaft große Ressentiments gegenüber
87 Deutschland vorherrschen. Wir müssen uns daher nicht nur auf eine Politik auf
88 Augenhöhe bilateral und auf europäischer Ebene einsetzen, sondern auch die
89 gesellschaftliche Aussöhnung, vor allem zwischen der Jugend, entschlossener und
90 aktiver vorantreiben - auch um gegen rechte Narrative in Polen anzukommen.

91 Der wiederholte russische Angriff auf die Ukraine hat auch in diesem Land im letzten
92 Jahr die europapolitische Debatte bestimmt. Vor allem die AfD reproduziert dabei klar
93 russische Narrative und dient damit als nützliche Helferin der Propaganda Moskaus.
94 Diese Rhetorik kennen wir auch aus anderen rechtsradikalen Parteien in Europa. Hier
95 zeigt sich: Die europäische Rechte ist gut vernetzt und versuchen unsere liberale
96 Demokratie zu delegitimieren sowie ihre nationale und menschenverachtende Agenda
97 umzusetzen. Dem stellen wir uns klar entgegen. In diesem Zusammenhang lohnt es sich
98 differenzierter auf Deutschland zu schauen. Während in Westdeutschland 63 % die
99 Unterstützung der Ukraine mit der Lieferung von Waffen befürworten, sind es im Osten
100 Deutschlands nur 40 %. Auch in der politischen Debatte erleben wir regelmäßig, wie
101 die Unterstützung der Ukraine infrage gestellt wird. Der sächsische Ministerpräsident
102 fällt dabei mit besonders fragwürdigen Aussagen und wenig Sachkenntnis auf. Unter
103 anderem fabuliert er immer wieder vom „Einfrieren des Krieges“ und fordert Nord
104 Stream wieder zu reparieren. Er schadet damit nicht nur dem Ansehen Sachsens in der
105 Welt und speziell bei unseren wichtigen Partner*innen in Mittel- und Osteuropa,
106 sondern propagiert auch russischen Erzählungen, wie der Verhandlungsbereitschaft
107 Russlands. Diese Narrative dürfen wir nicht unwidersprochen stehen lassen. Das
108 russische Regime zeigt immer wieder, dass es nicht bereit ist zu verhandeln und für
109 die Erreichung ihrer Kriegsziele weiterhin Menschenrechtsverletzungen und
110 Kriegsverbrechen in der Ukraine begeht. Unsere Antwort darauf kann also nur klar
111 sein: Wir unterstützen die Ukraine in ihrem Kampf um Souveränität und auf ihrem Weg
112 in die Europäische Union. Dazu gehört für uns neben der kontinuierlichen finanziellen
113 und humanitären Hilfe auch die Lieferung von Waffen. Aber auch, wenn der Krieg eines
114 Tages beendet ist, wird die Ukraine Hilfe brauchen. Wir müssen gemeinsam dafür
115 sorgen, dass die Ukraine sich von diesem schrecklichen Krieg erholt und Teil unserer
116 Europäischen Gemeinschaft werden kann. Notwendig dafür wird unter anderem ein
117 Wiederaufbauprogramm sein. Daran sollte sich Deutschland stark beteiligen. Auch die
118 Regionen und Kommunen sollten ihren Teil dazu leisten. Mit neuen
119 Städtepartnerschaften, verstärktem Austausch und wirtschaftlicher Kooperation.

120 Auch sicherheitspolitisch hat sich in den letzten Monaten vieles verändert. Für uns
121 ist klar: wir nehmen die Sicherheitsbedürfnisse und auch die Ängste unserer
122 osteuropäischen Nachbar*innen ernst. Der Überfall auf die Ukraine hat gezeigt, wie
123 real sie sind. Während wir vor über einem Jahr noch dachten, ein Krieg inmitten von
124 Europa sei nicht mehr möglich, sind wir im letzten Jahr Zeug*innen des Gegenteils
125 geworden. Die Gefahr ist real. Konsequenz daraus muss sein, dass wir unsere
126 Sicherheitspolitik in Europa stärken. Jedoch nicht die nationale Aufrüstung aller
127 Einzelstaaten. Wir stehen weiterhin zu der Forderung einer gemeinsamen europäischen
128 Armee, zugunsten nationaler Abrüstung. Nur so werden wir unsere zukünftige Sicherheit
129 gut organisieren können. Es ist in einem Bündnis wie der Europäischen Union nicht
130 sinnvoll, 27 Armeen zu stellen, in der jede*r jede Fähigkeit besitzen muss. Wir
131 bekennen uns klar zur Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)

132 und der Gemeinsamen Europäischen Verteidigungspolitik (GSVP).

133 Um gemeinsam erfolgreich zu sein, braucht es gemeinsame Verbindungen, die wir stärker
134 fördern müssen. Dabei spielen die Grenzregionen in unserem Land eine wichtige Rolle.
135 Um den Grenzregionen auch die verbindende Wirkung zu verleihen, die ihnen nachgesagt
136 wird, gilt es vor allem Vereine und Organisationen, die grenzübergreifende
137 Begegnungen schaffen und vor Ort Vorurteile abbauen, von politischer Ebene zu
138 unterstützen. Weiterhin muss den grenzübergreifenden „Euroregionen“ eine größere
139 Relevanz und Bedeutung zugesprochen werden. Diese stellen eine gute Möglichkeit dar
140 grenzübergreifende Zentren aufzubauen, die sowohl territoriale als auch mentale
141 Grenzen verschwinden lassen. Vergleichen wir die deutsch-tschechischen bzw.
142 polnischen Region mit der deutsch- französischen Grenze, sehen wir, dass, auch wenn
143 viel bereits zusammengewachsen ist, in der Kooperation noch eine Menge Potenzial
144 liegt. Deshalb ist es wichtig, zivilgesellschaftliche Institutionen wie den Deutsch-
145 Tschechischen Zukunftsfonds und andere gesellschaftliche Partner stärker zu fördern.
146 Hier entstehen im alltäglichen Leben viele wichtige Verbindungen untereinander.
147 Außerdem ist es zwingend notwendig, am gegenseitigen Verständnis im ganz engen Sinne
148 zu arbeiten. Mehr Menschen in Deutschland sollten die Möglichkeit nutzen,
149 beispielsweise Tschechisch, Polnisch und Sorbisch zu lernen, was auch dem
150 vermeintlichen Ungleichgewicht in der „Wertigkeit“ der Sprachen gegenüber
151 westeuropäischen entgegenwirken soll. Dafür brauchen wir Kindergärten und Schulen, in
152 denen diese Sprachen bereits den Jüngsten ganz selbstverständlich beigebracht werden
153 können. Schulkooperationen, Schüler*innenaustausche und Jugendprojekte müssen wir
154 ebenfalls dafür nutzen, einander vermehrt zu begegnen, ein Bewusstsein für die
155 gemeinsam geteilte Vergangenheit zu erlangen und Vorurteile abzubauen.

156 Aber auch ausreichende Angebote und Anreize in der (politischen) Erwachsenenbildung
157 sind zentral, um einander besser zu begegnen und langfristige Kooperationen zu
158 ermöglichen.

159 Betrachten wir uns die politischen Landschaften in den Ländern unserer östlichen
160 Nachbarschaft, stellen wir fest: Progressive Bewegungen und Parteien haben es
161 besonders schwer. Insbesondere konservative und rechte Politik hat Erfolg. Das zeigt
162 sich auch in der Gesellschaft. Die politische Durchsetzung unserer Werte ist
163 schwierig. Umso wichtiger ist es, die progressiven politischen Kräfte in den Ländern
164 stärker zu vernetzen und zusammenzubringen. Das ist auch unsere Verantwortung als
165 internationalistischer Verband. Wir brauchen mehr gemeinsame Foren und
166 Austauschmöglichkeiten mit unseren Schwesterorganisationen in Mittel- und Osteuropa,
167 aber auch mit den Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Wir
168 brauchen ein internationales Engagement gegen Anti-Europäer*innen und einen Kampf für
169 Antifaschismus und Antirassismus über unsere Grenzen hinaus. Für uns alle muss daher
170 klar sein: Keinen Fußbreit den Demokratiefeind*innen und Faschist*innen in der
171 Europäischen Union und weltweit.

172 **Dazu fordern wir die:**

173 – Förderung von polnischem, tschechischem und sorbischem Sprachunterricht in
174 deutschen Schulen

175 – Stärkung der deutsch-polnischen Schulbuchkommission und die umfangreiche Aufnahme
176 der daraus entstandenen Schulbücher in die Curricula

- 177 - Intensivierung der deutsch-polnischen und deutsch-tschechischen
178 Schüler*innenaustausche
- 179 - Ausfinanzierung der Lehrstühle für Osteuropäische Geschichte, Ukrainistik,
180 Polonistik und Slawistik an den Hochschulen
- 181 - Intensivierung der Zusammenarbeit der Jusos mit polnischen, tschechischen,
182 belarussischen und ukrainischen sozialistischen Jugendverbänden auch im Sinne unserer
183 Arbeit in unseren internationalen Dachorganisationen YES & IUSY
- 184 - Stärkung des Engagements bei der Erinnerung an die Opfer des 2. Weltkriegs aus der
185 mittel- und osteuropäischen Region
- 186 - umfassende Unterstützung von Freiwilligendiensten in Polen u. Tschechien
- 187 - stärkere finanzielle Förderung der Denkmalpflege und von Gedenkprojekten sowie der
188 politischen Bildung
- 189 - Neubewertung von geschlossenen Verträgen nach 1992 durch die BRD mit der Russischen
190 Föderation
- 191 Auch aus wirtschaftspolitischer Sicht eint uns und unsere Nachbar*innen vieles. Wir
192 alle haben gemeinsam das System der Planwirtschaft erlebt. Wir mussten in den
193 Neunzigerjahren einen großen Strukturbruch und weitreichende Transformation
194 überwinden. Und genauso werden wir alle gemeinsam die grüne Transformation des 21.
195 Jahrhunderts meistern müssen. Die Gemeinsamkeiten und unsere Erfahrungen geben uns
196 einerseits Kraft die Dinge zu lösen, andererseits auch Anreiz dies zusammen zu tun.
197 Die Herausforderungen werden groß. Im Vergleich zu Westeuropa finden wir eine
198 deutlich andere Wirtschaftsstruktur mit deutlich weniger Vermögen und Möglichkeiten
199 vor, in Zukunftstechnologien zu investieren. Gleiches gilt für staatliche
200 Investitionen und Beihilfen. Umso wichtiger ist im gemeinsamen Interesse, seitens der
201 EU ausreichend Mittel zur Unterstützung der anstehenden Investitionen
202 bereitzustellen. Programme wie der Just Transition Fund und Industrial Green Deal
203 sind dafür gute Instrumente. Für eine wirklich schlagkräftige Europäische Union im
204 industriepolitischen Bereich sind weitere finanzielle Möglichkeiten notwendig. Wir
205 fordern die Einrichtung weiterer europäischer Eigenmittel. Außerdem müssen wir in
206 unsere gemeinsame transnationale Verkehrsinfrastruktur, vor allem in die Schiene
207 investieren. Landgrabbing wie es in den östlichen Bundesländern und in der Ukraine
208 bis zum zweiten Kriegsausbruch stattfindet, stellen wir uns entgegen. Gute
209 Transformation kann allerdings nur mit guter Arbeit gelingen. Mit dem Strukturwandel
210 der Neunzigerjahre hat sich auch die Arbeitsrealität in Ostdeutschland und
211 Mitteleuropa geändert. Viele Firmen mussten schließen, viele Unternehmen mit Sitz in
212 Westeuropa haben die Chancen genutzt. Osteuropa ist wie Ostdeutschland in Teilen zur
213 verlängerten Werkbank des Westens geworden. Geringe Löhne und schlechtere
214 Arbeitsbedingungen sind die Folge. Die Transformation ermöglicht uns, das zu ändern.
215 Wir streben schon lange nach gleichen Voraussetzungen innerhalb Deutschlands. Diese
216 brauchen wir auch in ganz Europa. Dafür ist neben Investitionen auch eine gute
217 Arbeitsmarktpolitik innerhalb der Europäischen Union notwendig. Entscheidungen wie
218 die Mindestlohnrichtlinie sind dafür ein erster richtiger Weg. Aber auch darüber
219 hinaus benötigt es weitere Initiativen, beispielsweise für flächendeckende
220 Tarifbindung und Mitbestimmung, die gute Arbeit stärken.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag E2: Zwischen Sternen und Machtstrukturen: Europas Antwort auf den Raumfahrtimperialismus

Antragsteller*in:	Jusos Brandenburg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	E - Europa

1 Das erste von Menschen ins Weltall beförderte Objekt war Sputnik 1 im Jahr 1957.
2 Grundlegende Forschungsergebnisse ergaben sich aus der militärischen Nutzung und
3 Erforschung von Raketen und Triebwerken während der beiden Weltkriege. Nicht nur die
4 Technik für den Weltraum, sondern auch der Weltraum selbst wurde und wird militärisch
5 genutzt. Obwohl seit 1957 der Konsens besteht, den Weltraum nur zu friedlichen
6 Zwecken zu verwenden, wird dies nicht global eingehalten. Der ehemalige US-Präsident
7 Donald Trump bezeichnete den Weltraum gar als neues Kriegsgebiet.

8 Raumfahrt bedeutet auch Forschung und Weiterentwicklung von Technologien auf der
9 Erde. Hierzu zählen GPS-Systeme, Internet, Vermessungstechniken und insbesondere die
10 Erkundung von Bodenschätzen. Besonders Entwicklungen in der Klimaforschung sind ohne
11 Raumfahrttechnologien undenkbar. Dabei bieten nichtstaatliche Organisationen und
12 Unternehmen oft kostengünstigere und agilere Lösungen für Raumfahrtprojekte. Selbst
13 Staaten und Universitäten setzen vermehrt auf private Anbieter, um Astronauten oder
14 Satelliten ins All zu befördern.

15 Der russische Angriffskrieg ließ internationale Forschungsk Kooperationen scheitern.
16 Viele Projekte, wie der Mars-Rover „Rosalind Franklin“, wurden pausiert, da ohne die
17 Zusammenarbeit mit Russland keine Daten empfangen werden konnten. Dies verdeutlicht,
18 wie wichtig es ist, die ESA zu stärken und neu auszurichten.

19 Aktuell hat die USA eine klare Monopolstellung sowohl in der staatlichen als auch
20 privaten Raumfahrt. Wie gefährlich dies ist, zeigt der „Space Act of 2015“. Das
21 Gesetz erlaubt US-Bürger*innen und Unternehmen den Weltraum und seine Ressourcen
22 kommerziell zu nutzen. Dieses Gesetz stellt sich über den UN-Weltraumvertrag, den die
23 USA selbst 1967 ratifiziert haben. Ein nationales Weltraumgesetz sollte nicht zu
24 unbegrenzten Freiheiten führen, sondern private Weltraumaktivitäten regeln und im
25 besten Falle beschränken. US-Bürger*innen sind nun berechtigt, jeden Rohstoff im
26 Weltraum anzueignen, zu verkaufen, zu transportieren oder allgemein zu gewinnen. Dies
27 wird von vielen Wissenschaftler*innen als völkerrechtswidrig betitelt. Aber die
28 Reaktion auf dieses Gesetz sprach für sich: So siedelte sich eine Mehrheit der
29 Raumfahrtunternehmen in den USA an, um die UN-Rechtskonventionen zu umgehen und
30 eigenen Nutzen zu erhalten.

31 Ein weiterer Blick in die USA offenbart zukünftige Szenarien. 2020 setzten die USA
32 die „Artemis Accords“ in Kraft, die bislang von über 22 Nationen, einschließlich
33 Deutschland, unterzeichnet wurden. Die NASA stellte klar, dass Staaten ohne
34 Unterzeichnung des Vertrags von gemeinsamen Raumfahrtaktivitäten ausgeschlossen
35 würden. Die „Artemis Accords“ sind ein weiterer Versuch, den UN-Weltraumvertrag und
36 dadurch das Völkerrecht zu umgraben, um die Ressourcen im All uneingeschränkt
37 auszubeuten. Es werden Sicherheitszonen gefordert, damit sich die Staaten nicht
38 durchkreuzen würden. Damit wird der Weltraum nach kolonialen Strukturen aufgeteilt

39 und das nur unter ausgewählten Nationen. Diese Entwicklungen des Weltall-
40 Imperialismus folgen also denselben Motiven wie die Kolonialisierung.
41 Deutschlands Beitritt zu den „Artemis Accords“ zeigt einen verpassten Schritt, die
42 ESA – die gemeinsame Raumfahrtorganisation Europas – zu stärken. Dadurch begibt sich
43 Deutschland in Abhängigkeit von den USA und festigt deren Monopolstellung.
44 Demgegenüber steht, dass eine gestärkte ESA für Deutschland und die anderen
45 europäischen Bündnisstaaten langfristig einen wirtschaftlichen Aufschwung sowie eine
46 von amerikanischen Machtinteressen unabhängige Raumfahrtorganisation bedeuten würde.
47 Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und der Bundesvorstand der SPD werden
48 aufgefordert, sich innerhalb des Bundestags und innerhalb der SPD-geführten
49 Bundesregierung dafür stark zu machen, dass die imperialistischen Machtstrukturen der
50 USA in der Raumfahrt nicht weiter unterstützt werden. Ein nationales Gesetz soll
51 geschaffen werden, das Raumfahrt und private Raumfahrt reguliert und dabei die
52 europäische Weltraumorganisation ESA stärkt. Bei dieser Gesetzgebung sollte im
53 Vordergrund stehen, eine antiimperialistische Zusammenarbeit zwischen allen Nationen
54 zu fördern. Um die ESA nachhaltig zu stärken, sollte die staatliche Förderung für
55 Forschung und Entwicklung im Bereich Raumfahrt erhöht werden. Ferner sollte die von
56 der SPD geführte Bundesregierung bestrebt sein, aus dem Vertrag „Artemis Accords“ mit
57 den USA umgehend auszutreten.
58 Die Grundwerte der SPD beschränken sich nicht auf Ländergrenzen oder Höhenangaben. In
59 der Raumfahrt müssen Sicherheit, Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit verteidigt werden,
60 sodass in einem "rechtsfreien" Raum weiterhin die Stärkung unserer Demokratie, der
61 Klimaschutz und nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum im Vordergrund stehen.

Begründung

Die UN-Generalversammlung strebte die friedliche Nutzung des Weltraums an und gründete dafür das „Committee of the Peaceful Uses of Outer Space“ (COPUOS). Dieses befasste sich fortan intensiv mit offenen Rechtsfragen. Zwischen 1961 und 1963 wurde ein rechtliches Gerüst entwickelt, welches von der UN-Generalversammlung empfehlend angenommen wurde. Trotz seines nicht verbindlichen Charakters legte es die Basis für das spätere Weltraumgesetz. Seit Dezember 1961 wurde allen UN-Mitgliedstaaten nahegelegt, das Völkerrecht auch im All anzuerkennen und Forschungsergebnisse allen Staaten zugänglich zu machen. Außerdem wurden Regelungen bezüglich der Nutzung von Weltraumressourcen festgelegt. Ab 1963 wurde die militärische Nutzung des Weltraums thematisiert und nukleare sowie andere Massenvernichtungswaffen im All verboten. Dies betonte die gemeinschaftliche Nutzung des Weltraums für die gesamte Menschheit. Die völkerrechtliche Verantwortung für Aktivitäten im All liegt bei den jeweiligen Staaten, unabhängig davon, ob diese staatlich oder privat sind. Diese Grundsätze wurden im UN-Weltraumvertrag vom 27.01.1967 festgehalten, den inzwischen 107 Staaten unterzeichnet haben.

Die stetige Entwicklung der Raumfahrt und der Zuwachs privater Akteure machen rechtliche Anpassungen erforderlich. Länder sind durch den Weltraumvertrag aufgerufen, nationale Gesetze zur Regelung der privaten Raumfahrt zu erlassen. Während viele Staaten dieser Aufforderung nachkamen, hat Deutschland trotz Unterzeichnung des Vertrags noch kein entsprechendes Gesetz geschaffen.

Ein bedeutendes Problem stellt der Weltraumschrott dar. Hierunter fallen ausgediente Objekte wie Raketenreste oder defekte Satelliten. Schon heute ist ein Ring aus Weltraumtrümmern um die Erde sichtbar. Unternehmen wie SpaceX sind führend in der Entwicklung wiederverwendbarer Raketen. Dennoch gibt es bisher keine internationalen Regelungen zur Begrenzung von Weltraummüll. Innovative

Ansätze, wie das Schweizer Projekt „Clean Space One“, zielen darauf ab, Weltraumschrott gezielt einzusammeln und zu beseitigen. Es besteht jedoch Bedarf an gesetzlichen Regelungen, um Unternehmen zu reglementieren und Weltraumschrott langfristig zu reduzieren.

Ein nationales Raumfahrtgesetz bedeutet einen wirtschaftlichen Aufschwung für Deutschland. Ein Gesetz wie dieses würde Deutschland in eine Pole-Position bringen. Es lässt Investition und Innovation zu und viele internationale Unternehmen würden ihren EU-Standort in Deutschland wählen. So treibt es nicht nur die Wirtschaft im All an, sondern ist ein branchenübergreifender Wachstums- und Innovationstreiber. Eine wachsende Raumfahrt würde sich vor allem positiv auf die Bereiche Landwirtschaft, Logistik und Verkehr, Versicherung, Energiesektor, Pharmaindustrie, Infrastruktur etc. auswirken. Aber auch für die Erreichung der Klimaziele kann Raumfahrt beitragen. So kann man von All sehr viel genauer beobachten, wie Ressourcen umweltgerecht eingesetzt werden und Waldbrände genauer erkennen und bekämpfen.

Antrag E3: Reißt die Festung ein! Europa muss ein sicherer Hafen werden.

Antragsteller*in:	Jusos Hannover
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	E - Europa

1 Das Jahr 2022 hat viele unserer europäischen Gewissheiten über Bord geworfen. Es war
2 das Jahr des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, das Jahr der drohenden
3 Energiekrise und der Inflation. Es war aber auch das Jahr, in dem über eine Million
4 ukrainische Geflüchtete in der Europäischen Union Schutz fanden und mit der
5 Gewissheit gebrochen wurde, dass europäische Asylpolitik immer Uneinigkeit,
6 Abschottung und Inhumanität bedeuten muss. Im Umgang mit ukrainischen Geflüchteten
7 haben die EU-Staaten mehr internationale Solidarität bewiesen, als viele von uns
8 erwartet hätten. Die sogenannte "Massenzustromrichtlinie" wurde erstmals aktiviert.
9 Geflüchtete konnten selbst auswählen, in welchem Land der EU sie Schutz suchen, statt
10 wegen des Dublin-Abkommens an der Außengrenze festzuhängen. Sie waren nicht
11 gezwungen, in überfüllten Erstaufnahmeeinrichtungen unterzukommen, sondern konnten
12 ihren Wohnort selbst wählen, sie konnten zur Schule gehen, studieren, arbeiten.
13 Kurzum: Plötzlich war vieles möglich, wofür wir schon lange kämpfen. Und immer wieder
14 wurde diskutiert, wie sich dieser Maßstab auch für Geflüchtete aus anderen Ländern
15 anlegen lasse.

16 Ein Jahr später ist die Unterbringung von Geflüchteten weiterhin ein Thema von
17 öffentlichem Interesse, aber die hoffnungsvolle Bezugnahme auf die Solidarität mit
18 Geflüchteten aus der Ukraine ist kaum noch zu hören. Kommunen beklagen fehlende
19 Unterbringungskapazitäten, Bund und Land geben sich gegenseitig die Schuld an
20 finanziellen Engpässen und aus der Bundesregierung hört man das Vorhaben einer
21 "Rückführungsoffensive". Mehr und schneller abschieben wird, auch von Teilen der
22 Regierungskoalition, als Lösung propagiert. Währenddessen laufen auf europäischer
23 Ebene die Verhandlungen zum Asyl- und Migrationspakt, die klar in Richtung
24 Abschottung deuten. Dieser Abschottung Europas stellen wir uns als Jusos klar
25 entgegen. Wir haben nicht vergessen, dass eine andere, eine solidarische, eine humane
26 Asylpolitik möglich ist! Wir akzeptieren keine rassistische Ungleichbehandlung von
27 Geflüchteten!

28 **Europäische Reformen: Eine solidarische Lösung ist nicht in Sicht**

29 Seit langem wird in der EU über eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems
30 diskutiert. Das Dublin-System hat sich als dysfunktional und unfair für die
31 Mitgliedstaaten erwiesen und trägt gleichzeitig zu unmenschlichen Bedingungen in
32 Lagern an der EU-Außengrenze wie zum Beispiel in Moria bei. Zuletzt wurde die
33 Diskussion über die Reformen konkreter. Die Kommission hat Vorschläge unterbreitet,
34 zu denen der Innenausschuss des Europäischen Parlaments Stellung genommen hat. Die
35 diskutierten Maßnahmen sind alarmierend!

36 **Wir haben dazu klare Positionen:**

- 37 • Wir lehnen die Fiktion der "Nicht-Einreise" ab und die damit verbundenen Asyl-

38 "Schnellverfahren". Um das Recht auf Asyl einzuschränken, sollen Schutzsuchende
39 an der EU-Außengrenze zukünftig inhaftiert werden und als formell "nicht
40 eingereist" gelten. Im 12-wöchigen Schnellverfahren soll dann über den
41 Schutzanspruch der Antragsteller*innen entschieden werden. Ziel der
42 Schnellverfahren unter Haftbedingungen ist es, Geflüchtete in angeblich
43 "sichere" Drittstaaten abzuschicken. Das Europäische Parlament will diese
44 Schnellverfahren nur als "freiwillige" Maßnahme und nicht wie die EU-Kommission
45 als verpflichtende Maßnahme. Das ist zwar eine Abschwächung des Vorschlags, aber
46 es ermöglicht trotzdem eine Aushebelung von rechtsstaatlichen Asylverfahren. Ein
47 rechtsstaatliches, menschenwürdiges Verfahren kann es nicht als Sparversion
48 geben!

- 49 • Wir lehnen die Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten ab.
- 50 • Wir lehnen die Regelungen zu sicheren Herkunftsländern ab und fordern ihre
51 Streichung aus der Asylgesetzgebung, damit stattdessen eine umsichtige
52 Einzelfallprüfung unabhängig von der Herkunft Geflüchteter erfolgen kann.
- 53 • Wir lehnen die EU-Krisenverordnung, die als Teil der GEAS-Reform verabschiedet
54 werden soll, ab. Schon ohne diese Verordnung sehen die Reformpläne haftähnliche
55 Lager an der Außengrenze vor. In „Krisenfällen“ soll die Unterbringung in diesen
56 Lagern sogar noch verlängert werden und die Mindeststandards bei der Aufnahme
57 der Geflüchteten so abgesenkt werden. Eine Entlastung der Regionen an der EU-
58 Außengrenze kann aber nicht durch noch menschenunwürdigere Lebensbedingungen
59 erreicht werden, sondern nur durch die Solidarität der anderen Mitgliedstaaten
60 und die Aufnahme der Schutzsuchenden. Im Übrigen ist die ganze Debatte über das
61 Absenken der Standards eine Farce. Schon jetzt erfüllen die Umstände in
62 Anrainerstaaten wie Griechenland keine notwendigen Standards, weshalb deutsche
63 Verwaltungsgerichte bereits in mehreren Fällen Abschiebungen nach Griechenland
64 verhindert haben.
- 65 • Wir lehnen den "EU-Türkei-Deal" und weitere Abkommen nach diesem Vorbild ab, wie
66 z.B. mit Tunesien. Tunesien wird zunehmend autoritär regiert, gegen die
67 Opposition wird immer rücksichtsloser vorgegangen. Zugleich werfen
68 Nichtregierungsorganisationen den tunesischen Behörden zahlreiche
69 Menschenrechtsverletzungen und Rassismus vor. Fast zeitgleich mit der
70 Bekanntgabe des geplanten Abkommens wurden hunderte Geflüchtete in der
71 tunesischen Wüste aufgefunden, wo sie von tunesischen Polizist*innen ohne Wasser
72 und Nahrung ausgesetzt worden waren. Wenn nicht einmal die Leben der
73 Geflüchteten in Tunesien sicher sind, kann auch von rechtsstaatlichen
74 Asylverfahren auf keinen Fall ausgegangen werden. Es droht sich in noch
75 schlimmerem Ausmaß zu wiederholen, was bereits mit der Türkei passiert ist: Die
76 EU macht sich von einem autoritären Regime abhängig und hebt gleichzeitig das
77 Asylrecht aus.
- 78 • Wir kämpfen gegen Rückführungspartnerschaften als Alternative zur solidarischen
79 Aufnahme von Geflüchteten: Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, dass EU-Staaten,
80 die sich weigern Geflüchtete aufzunehmen, stattdessen zur Abschiebung von
81 Geflüchteten verpflichtet werden sollen. Falls sie damit scheitern, werden sie zur
82 Aufnahme verpflichtet. Mit diesem Verfahren wird die rechte und rassistische
83 Abschottungspolitik von Ländern wie Ungarn bestätigt. Aufnahme und Abschiebung

- 84 von Geflüchteten werden zu einer gleichwertigen Aufgabenteilung in der EU
85 gemacht. Wir unterstützen das Europäische Parlament in der Ablehnung dieser
86 Maßnahme.
- 87 • Wir wollen nicht, dass EU-Mitteln in Infrastruktur zur Abschottung an der
88 Außengrenze investiert werden. Das gilt sowohl für konkrete Barrieren wie Zäune
89 oder Mauern als auch für technische Mittel wie Drohnen.
 - 90 • Wir kritisieren die Verwendung von EU-Heranhilfen für
91 Beitrittskandidaten, um dort Abschiebegefängnisse oder ähnliche Einrichtungen zu
92 bauen. Geschehen ist das im bosnischen Lipa, wo mit EU-Mitteln ein
93 Internierungstrakt für Geflüchtete errichtet wurde - womöglich sogar an
94 zuständigen bosnischen Stellen vorbei. Bewerbungen zum EU-Beitritt werden so
95 genutzt, um Staaten dazu zu zwingen, Geflüchtete zu inhaftieren und
96 abzuschicken. Das ist in doppelter Hinsicht perfide: Es ist menschenfeindlich
97 gegenüber den Schutzsuchenden und neokolonialistisch gegenüber den
98 Beitrittskandidaten.
 - 99 • Wir lehnen den Missbrauch von Handelspolitik als Migrationswerkzeug ab: Über das
100 Allgemeine Präferenzsystem (APS) der EU werden Zölle für Entwicklungsländer
101 gesenkt oder beseitigt. Der EU-Minister*innenrat hat vorgeschlagen, Staaten, die
102 beim Zurücknehmen von Staatsangehörigen nicht ausreichend kooperieren, diese
103 Handelsvorteile zu entziehen. Diese erpresserischen Methoden gegenüber den
104 ärmsten Staaten lehnen wir ab!
 - 105 • Die Bekämpfung von Fluchtursachen darf keine leere Rhetorik mehr sein und muss
106 stattdessen durch diplomatische Initiativen und eine Intensivierung der
107 Entwicklungszusammenarbeit durch Deutschland und die EU endlich konkret in
108 Angriff genommen werden. Hierbei muss klar sein, dass echte Lösungen nur auf
109 Augenhöhe mit den Betroffenen gefunden werden können.
 - 110 • Wir stellen außerdem klar: Wenn keine Einigung unter Wahrung rechtstaatlicher
111 Grundsätze und dem unbedingten Schutz der Menschenrechte gefunden werden kann,
112 ist eine Koalition der willigen EU-Mitgliedstaaten einem Gesamtkompromiss
113 vorzuziehen, um Geflüchtete künftig fairer und zur Schaffung der für sie besten
114 Bedingungen zu verteilen
- 115 **Wir fordern weiterhin:**
- 116 • Die Abschaffung der Grenzschutzagentur Frontex: Zwar haben die Skandale um den
117 ehemaligen Exekutivdirektor Leggeri zu einem Führungswechsel bei Frontex
118 geführt, doch der grundsätzliche Zielkonflikt der Agentur wird dadurch nicht
119 aufgelöst. Der neue Frontex-Chef betont, dass Frontex Menschenrechte schützen
120 soll, hat aber den Auftrag, die EU möglichst effektiv gegen Geflüchtete
121 abzuschotten. Hinzu kommt eine tiefsitzende Intransparenz innerhalb von Frontex.
122 Frontex war außerdem am Betrieb von sogenannten "Black Sites", geheimen,
123 illegalen Abschiebegefängnissen in Mitgliedstaaten wie Bulgarien beteiligt. Das
124 alles sind strukturelle und keine rein personellen Probleme.
 - 125 • Ein sofortiges Ende der Finanzierung der sogenannten „lybischen Küstenwache“
126 durch die EU und eine Aufarbeitung der durch sie mit europäischer Unterstützung
127 begangenen Menschenrechtsverletzungen
 - 128 • Ein staatliche Seenotrettungsmission im Mittelmeer, ein Ende der

129 Kriminalisierung privater Seenotrettung, das Ende der Blockade der vom Bundestag
130 für beschlossenen Fördermittel durch das Auswärtige Amt und politische
131 Rückendeckung durch Deutschland und die gegen Repressionen für
132 Seenotretter*innen und ihre Schiffe

133 • Einen systematischen Monitoring-Mechanismus als Instrument gegen
134 Menschenrechtsverletzungen wie z.B. rechtswidrige Pushbacks die EU-Kommission
135 auf, unverzüglich ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Litauen einzuleiten
136 wegen der nationalen Legalisierung von Pushbacks, auch um ähnlichen Bestrebungen
137 in anderen EU-Staaten einen Riegel vorzuschieben.

138 • Freizügigkeit für Geflüchtete in der EU und die Abschaffung von Grenzkontrollen
139 innerhalb des Schengen-Raums

140 **Deutsche Pläne: Gelebte Solidarität statt Abschiebegipfel**

141 Beachtung findet die deutsche Asylpolitik vor allem in Gestalt überforderter
142 Kommunen. Während die Zahl der in Deutschland gestellten Asylanträge während der
143 Corona-Pandemie zwischenzeitlich gesunken war, ist sie zuletzt wieder deutlich
144 angestiegen. Obwohl spätestens seit 2015 allen politisch Verantwortlichen hätte klar
145 sein müssen, dass Fluchtbewegungen nach Europa nicht einfach so verschwinden werden,
146 war Deutschland erneut unvorbereitet. Weder sind die nötigen praktischen
147 Vorbereitungen, vor allem mit Blick auf Unterbringungsmöglichkeiten, getroffen
148 worden, noch hat sich die Bundesregierung an den positiven Beispielen im Umgang mit
149 Geflüchteten aus der Ukraine orientiert. Ein enormer Vorteil bei der Unterbringung
150 ukrainischer Geflüchteter war, dass sie nicht dazu gezwungen wurden, in
151 Erstaufnahmeeinrichtungen zu wohnen. Stattdessen konnten sie auf freiwillige
152 Helfer*innen sowie auf familiäre Netzwerke zurückgreifen, die sowohl die
153 Aufnahmeeinrichtungen entlastet haben als auch das Ankommen in Deutschland für die
154 Geflüchteten selbst massiv erleichtert haben. Während die Kommunen über überfüllte
155 Unterkünfte klagen, werden mehr Abschiebungen als Lösung dargestellt. Insbesondere
156 die CDU/CSU springt in diese Bresche, unterstellt der Bundesregierung Untätigkeit und
157 fordert mehr "Rückführungspartnerschaften" mit Drittstaaten. Aber auch die
158 Bundesregierung steht dieser Logik nicht fern. Im Koalitionsvertrag ist, neben
159 einigen durchaus progressiven migrationspolitischen Vorhaben, eine
160 "Rückführungsoffensive" vorgesehen und der Migrationsbeauftragte der Bundesregierung,
161 FDP-Politiker Joachim Stamp, plädiert mit Nachdruck für die Auslagerung von
162 Asylverfahren in Drittstaaten, was den Zugang zu rechtsstaatlichen Asylverfahren in
163 der EU faktisch aushebeln würde. Im Mai 2023 verkündete die Bundesregierung, dass sie
164 die Pläne der EU-Kommission unterstütze, sich für mehr Abschiebungen und stärkeren
165 "Schutz" der Außengrenze einsetze. Die Debatte um mehr Abschiebungen ist aber eine
166 populistische Nebelkerze. Dass viele formal "Ausreisepflichtige" nicht abgeschoben
167 werden, liegt nicht an Nachlässigkeit oder ausgeprägter Humanität des deutschen
168 Staates, sondern an handfesten Hürden: insbesondere fehlenden Pässen oder der
169 unsicheren Lage in den Herkunftsländern. Statt mit Debatten über
170 Rückführungsoffensiven abzulenken, erwarten wir von der Bundesregierung, sich auf
171 weiterhin hohe Zahlen an Schutzsuchenden einzustellen und ihnen auch tatsächlich
172 Schutz unter menschenwürdigen Bedingungen zu bieten.

173 **Deshalb fordern wir:**

174 • Freie Wahl von Wohnort und Wohnart für Geflüchtete von Anfang an! Damit

- 175 entlasten wir die Aufnahmeeinrichtungen und erleichtern das Ankommen in
176 Deutschland.
- 177 • Keine Grenzkontrollen im Schengen-Raum! Die SPD-geführte Bundesregierung darf
178 sich auf diese Forderung nicht einlassen
 - 179 • Bundesweit einheitliche, verbindliche Mindeststandards in Unterkünften für
180 Geflüchtete
 - 181 • Bei diesen Standards insbesondere den Schutz von FINTA verstärkt zu beachten.
182 Dazu können auch separate Unterkünfte zählen. Abschließbare Zimmer und Badezimmer
183 in gemischten Unterkünften müssen zwingend gegeben sein. Außerdem sollte das
184 (Wach-)Personal in den Unterkünften gendersensibel geschult werden und nicht
185 rein männlich zusammengesetzt sein. Hygieneartikel sollten kostenlos gestellt
186 werden und in den Unterkünften verfügbar sein.
 - 187 • ein besseres und transparentes Beschwerdemanagement in Geflüchtetenunterkünften
 - 188 • dass die Kommunen bei der Unterbringung und Integration von Geflüchteten endlich
189 angemessen finanziell unterstützt werden. Der Bund hat seine Blockadehaltung
190 hier aufzugeben.
 - 191 • Solange eine menschen- und völkerrechtswidrige Behandlung von flüchtenden und
192 geflüchteten Personen nach der aktuell gültigen oder momentan geplanten
193 Rechtslage droht, fordern wir zudem einen bundesweiten Abschiebestopp mit
194 sofortiger Wirkung, um das Leben und die Würde der Betroffenen zu schützen.
 - 195 • Schließlich fordern wir die Bundesinnenministerin und alle anderen Amts- und
196 Mandatsträger*innen der SPD auf, sich an die Beschlusslage zu Flucht und Asyl in
197 der Partei zu halten und sich intensiver und fairer mit der Kritik am aktuellen
198 Kurs der Asylrechtsverschärfungen auseinanderzusetzen
- 199 **Keine Diskussion über humanitäre Standards**
- 200 Mitten in der parlamentarischen Sommerpause 2023 hat das Bundesinnenministerium ein
201 Diskussionspapier vorgelegt, in dem diverse Verschärfungen im Umgang mit Geflüchteten
202 vorgeschlagen werden. Menschenrechtsorganisationen kritisieren die Vorschläge scharf.
203 **Besonders entschieden lehnen wir wir folgende Aspekte ab:**
- 204 • **Verlängerung des Ausreisegewahrsams:** Die bisherige Höchstdauer soll von 10 auf
205 28 Tage erhöht werden. Einen Menschen fast einen Monat zu inhaftieren, um in
206 Ruhe seine Abschiebung vorbereiten zu können, betrachten wir als völlig
207 unverhältnismäßig. Dabei gibt es mit der Abschiebehaft schon jetzt die
208 Möglichkeit, ausreisepflichtige Personen über längere Zeiträume festzusetzen.
209 Die Abschiebehaft ist aber zurecht an strengere Voraussetzungen geknüpft. Durch
210 die Verlängerung des Ausreisegewahrsams werden diese strengeren Regelungen
211 faktisch umgangen.
 - 212 • **Einschränkung der Unverletzlichkeit der Wohnung:** Nach den Vorschlägen des
213 Bundesinnenministeriums sollen die Behörden nicht nur das Zimmer der
214 abzuschiebenden Person selbst betreten dürfen, sondern auch die Zimmer, in denen
215 andere Geflüchtete wohnen. Damit wird massiv in ihr Grundrecht, nämlich die
216 Unverletzlichkeit der Wohnung, eingegriffen. Dieser Grundrechtseingriff ist
217 nicht nur unverhältnismäßig, er ist auch besonders problematisch bei
218 Geflüchteten, die in ihren Herkunftsländern und oft während der Flucht

219 traumatische Erfahrungen machen mussten und denen, auch mit Blick auf eine
220 mögliche Integration in Deutschland, das Gefühl von Sicherheit vermittelt werden
221 müsste.

- 222 • **Das Durchsuchen der Handys von Geflüchteten**, wenn diese keinen Pass vorlegen
223 können, als schwerwiegenden Eingriff in die Privatsphäre
- 224 • **Kriminalisierung nicht-straffälliger Personen** aufgrund der Zugehörigkeit zu
225 Familien, die als sog. "Clans" eingestuft werden. Was als Schlag gegen die
226 organisierte Kriminalität dargestellt wird, ist in Wahrheit eine
227 Kriminalisierung von Menschen aufgrund ihrer Familienzugehörigkeit. Schon jetzt
228 führt das Konzept der "Clan-Kriminalität" dazu, dass Menschen aufgrund ihres
229 Nachnamens in einen Kontext mit der organisierten Kriminalität gesetzt werden,
230 obwohl entweder gar nicht oder nicht in diesem Rahmen straffällig geworden sind.
231 Nun eröffnet das Diskussionspapier des Bundesinnenministeriums die Debatte, ob
232 "Angehörige" solcher "Gemeinschaften der organisierten Kriminalität" auch dann
233 abgeschoben werden können, wenn sie selbst gar keine Straftaten begangen haben
234 ("unabhängig von einer strafrechtlichen Verurteilung"). Das ist nichts weiter
235 als Sippenhaft, die wir kategorisch ablehnen. Auch wenn sich diese Rhetorik
236 juristisch wohl kaum umsetzen lassen wird, rückt sie Migration doch stark in die
237 Nähe von Kriminalität, trägt damit zu rassistischen Vorurteilen bei und ist
238 Wasser auf den Mühlen der AfD. Von einem sozialdemokratisch geführten
239 Ministerium erwarten wir hier mehr Feingefühl für die gesellschaftlichen
240 Konsequenzen eines Debattenbeitrags.
- 241 • **Abschiebung ohne erneute Vorwarnung**: Das Diskussionspapier schlägt vor, aus
242 Paragraph 60a Aufenthaltsgesetz die Regelung zu streichen, nach der Menschen vor
243 einer Abschiebung erneut vorgewarnt werden müssen, wenn sie länger als ein Jahr
244 in Deutschland geduldet leben. Durch die Streichung dieser Regelung wird eine
245 enorme Unsicherheit für geduldete Personen geschaffen. Bislang muss einen Monat
246 vor der Abschiebung gewarnt werden, sodass die Personen ihre persönlichen
247 Angelegenheiten regeln oder z.B. rechtliche Beratung einholen können. Diese
248 Unsicherheit steht im Widerspruch zum maßgeblich sozialdemokratisch geprägten
249 Chancenaufenthaltsrecht, das Perspektiven und Rechtssicherheit für langfristig
250 Geduldete schaffen soll. Wir sind davon überzeugt, dass ein so schwerwiegender
251 Eingriff wie eine Abschiebung weiterhin mit einer erneuten Vorwarnung verbunden
252 sein muss.

253 **Nennen wir den Rassismus beim Namen**

254 In Deutschland ist im Jahr 2023 wieder eine sogenannte „Migrationsdebatte“ entbrannt.
255 Tag ein, Tag aus wurde im Spätsommer über die angeblich zu hohe Zahl der
256 Schutzsuchenden berichtet. Einen beschämenden Höhepunkt erreichte diese Debatte mit
257 Friedrich Merz' Behauptung, abgelehnte Asylbewerber*innen seien dafür verantwortlich,
258 dass Deutsche keinen Termin bei Zahnärzt*innen bekämen. Diese Aussage war eindeutig
259 unwahr, aber sie beherrschte die öffentliche Auseinandersetzung und befeuerte damit
260 rechte, rassistische Narrative. Geflüchteten wird kurzerhand die Schuld für alle
261 Probleme in Deutschland gegeben. Falls es Merz' Kalkül war, mit seinen rassistischen
262 Aussagen Wähler*innen der AfD für die CDU/CSU zu gewinnen, wird es nicht aufgehen.
263 Inzwischen ist hinreichend bekannt, dass die Normalisierung von AfD-Forderungen durch
264 demokratische Parteien vor allem einer Gruppe nutzt, nämlich der AfD. Die Brandmauer

265 der Union gegen die AfD, die rhetorisch beschworen wurde, existiert nicht. Aber auch
266 in der SPD ist die Bereitschaft erschreckend hoch, sich von einer Panikmache vor
267 Migration und vor Geflüchteten treiben zu lassen. Immer wieder wird behauptet, man
268 müsse auf die Stimmung in der Bevölkerung hören, um weiterhin gesellschaftliche
269 Akzeptanz für die Aufnahme der „wirklich Schutzbedürftigen“ zu erhalten. Schließlich
270 hat die sozialdemokratische Bundesinnenministerin sogar die Forderung nach Kontrollen
271 an den Grenzen zu Polen und Tschechien übernommen, während die SPD sonst bei jeder
272 Gelegenheit beschwört, was für ein Gewinn die offenen Grenzen in der EU sind. In
273 Wahrheit machen alle Parteien, die jetzt für mehr Abschiebungen oder Grenzkontrollen
274 oder „abschreckende“ Standards bei der Unterbringung eintreten, weder Politik für die
275 Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland noch für die Schutzsuchenden, sondern sie
276 machen Politik für eine Minderheit, für die Wähler*innen der AfD. Das Narrativ der
277 Überlastung geht zudem an der Realität vorbei. Zwar gibt es Kommunen, die überlastet
278 sind, dem könnte jedoch durch mehr finanzielle Unterstützung vom Bund leicht begegnet
279 werden. Es gibt jedoch auch viele Kommunen, die keineswegs überlastet sind. Ebenso
280 ist festzustellen, dass die Aufnahme von Geflüchteten aus der Ukraine nicht zu einer
281 vergleichbaren öffentlichen Debatte geführt hat. Im Gegenteil, als 2022 erstmals die
282 sogenannte „Massenzustrom-Richtlinie“ der EU aktiviert wurde und über eine Million
283 Menschen aus der Ukraine nach Deutschland flohen, wurde dies als Beweis der deutschen
284 Solidarität mit der Ukraine gewertet. Auch das war eine Herausforderung für die
285 öffentliche Verwaltung, wie allein an größeren deutschen Bahnhöfen unübersehbar war,
286 aber diese Herausforderung wurde aus Überzeugung bewältigt. Ein Jahr später, wo es
287 vor allem um Geflüchtete aus nicht-europäischen Ländern geht, die weitaus weniger
288 sind als die Geflüchteten aus der Ukraine, überwiegt ganz klar das Narrativ der
289 Überlastung und der Abschottung. Verantwortlich dafür sind Politiker*innen, die
290 dieses Narrativ übernehmen, aber auch die Medien, die wieder den Mythos von der
291 „Flüchtlingswelle“ reproduzieren. Ein bildliches Beispiel dafür ist das Spiegel-Cover
292 vom 23. September 2023, das einen endlos langen Flüchtlingstreck zeigte mit dem Titel
293 „Schaffen wir das noch mal?“ Dass die Reaktion auf Geflüchtete 2023 so anders
294 ausfällt als 2022 hat einen klaren Grund. Dieser Grund heißt nicht „Überforderung“,
295 er heißt nicht „unsere Möglichkeiten sind endlich“, wie es Altpäsident Gauck sagte,
296 er heißt: Rassismus. Dieser Rassismus dominiert die Debatte über Migration in weiten
297 Teilen Deutschlands und Europas und wir erwarten von verantwortungsvoller Politik,
298 dass sie ihm entgegentritt.

299 Wir steuern auf ein Wahljahr in der Europäischen Union zu. Wir Jusos stehen zu
300 unserer Vision eines vereinten Europas. Dieses Europa muss aber in vielen Bereichen
301 anders handeln, als es die EU aktuell macht. Bei der Asylpolitik ist die Kluft
302 zwischen Werten wie Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde auf der einen Seite und der
303 Realität mit Pushbacks, Rückführungsrhetorik und Geflüchtetenlagern auf der anderen
304 Seite gigantisch. Auch die deutsche Bundesregierung schwenkt aktuell in diesen Kurs
305 ein - einen Kurs der Abschottung. Diesem Kurs stellen wir uns entgegen - denn kein
306 Mensch ist illegal!

Antrag E4: Never gonna give EU up!

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	E - Europa

- 1 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Fraktion im EP
2 Die Europäische Union steht für das Versprechen eines Europas des Friedens. Frieden
3 ist nicht nur die Abwesenheit von Krieg, sondern muss auch das Versprechen für ein
4 Leben in Sicherheit und Unversehrtheit sein. Die europäische Friedensordnung wurde
5 durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine grundlegend verändert. Die
6 Notwendigkeit des Zusammenhalts und der Zusammenarbeit innerhalb Europas ist
7 wichtiger denn je. Ebenso wie die europäische Unabhängigkeit von Autokarten, zur
8 Sicherstellung der eigenen Freiheit und Souveränität. Wir fordern eine europäische
9 Politik, die sich für die Wahrung des Völkerrechts, die Stärkung der
10 innereuropäischen und internationalen Zusammenarbeit, sowie für die Förderung von
11 Demokratie, Solidarität, Frieden und Sicherheit einsetzt. Wir sind der Überzeugung,
12 dass nur eine starke und geeinte Europäische Union dazu beitragen kann, bestehenden
13 Frieden zu wahren und Kriege zu beenden. Für eine starke und geeinte Europäische
14 Union ist jedoch eine umfassende Strukturreform als Grundlage der Zusammenarbeit
15 notwendig. Nur durch eine solche Reform kann die Europäische Union in ihrer
16 Handlungsfähigkeit und Schlagkraft gestärkt werden. Hierfür gilt es insbesondere die
17 Zusammenarbeit in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Migration, Integration des
18 Westbalkan und Wirtschafts-, Energie- und Fiskalpolitik an die gegebenen
19 Herausforderungen anzupassen.
- 20 **Solidarity squad Europe, wie Europa sozial gerechter werden kann**
- 21 Bekämpfung der Kinderarmut in Europa: Laut einem Bericht der Europäischen Kommission
22 aus dem Jahr 2020 sind jedoch schätzungsweise 18,7 Millionen Kinder in der EU von
23 Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Das entspricht etwa 22% aller Kinder in der
24 EU. Deshalb braucht es eine bessere finanzielle Unterstützung von Familien, damit
25 Kinder aus einkommensschwachen Familien eine bessere Chance auf
26 Chancengerechtigkeit haben. Auch auf europäischer Ebene fordern wir eine gesetzliche
27 Kindergrundsicherung.
- 28 Eine sichere Rente für alle europäischen Bürger*innen: Laut Daten der Europäischen
29 Kommission lag der durchschnittliche Rentenbetrag in der EU im Jahr 2019 bei etwa
30 1.250 € pro Monat. Allerdings gibt es erhebliche Unterschiede zwischen den Ländern.
31 Wir fordern, dass eine Anpassung der Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten zur
32 Absicherung der Renten auch unter Einbeziehung steigender Lebenshaltungskosten. Wir
33 fordern eine Rente, die min 60% des letzten Gehalts beträgt. Wir fordern ein
34 umfassendes europäisches Sozialsystem mit sicheren Renten,
35 Arbeitslosenunterstützungen und der Garantie auf eine Krankenversicherung für alle
36 Bürger*innen.
- 37 Gute Arbeitsbedingungen in Europa: Bisläng fehlt es an einer gemeinsamen Arbeits- und
38 Sozialpolitik in Europa. Wir wollen schrittweise Initiativen fördern, die das
39 Lohnniveau in der EU erhöhen und Arbeitnehmer*innenrechte stärken. Wir sprechen von

40 einer sozial- ökologischen Transformation, weil es unser Anspruch ist, dass ebenjene
41 von den gesellschaftlichen Anstrengungen profitieren, die es erfordert, die
42 industrielle Zukunft des Kontinents zu sichern. Dazu gehört, dass wir gemeinsame
43 Standards für gute Arbeit schaffen und unsere Vision einer echten Sozialunion
44 schrittweise verwirklichen. Deswegen setzen wir uns für die Einführung eines
45 Europäischen Mindestlohns ein, aber vor allem nehmen wir den Kampf gegen die
46 Jugendarbeitslosigkeit in Europa auf. Wir wollen die Jugendgarantie ausbauen,
47 gemeinsame Standards für kostenlose und hochwertige Ausbildungs- und
48 Bildungsbedingungen schaffen und sicherstellen, dass insbesondere junge Menschen in
49 allen Ländern der EU einen Mindeststandard an Unterstützung erhalten, wenn sie
50 arbeitslos werden. Ebenso wie wir in Deutschland für eine mit einem Rechtsanspruch
51 versehene Ausbildungsgarantie kämpfen, ist es für uns der nächste logische Schritt
52 eine solche auch in der EU unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Bildungs-
53 und Ausbildungssysteme der Mitgliedsstaaten umzusetzen.

54 Eine Reform der Arbeitsbedingungen, die sicherstellt, dass Arbeitnehmer*innen fair
55 behandelt werden und Zugang zu geregelten Arbeitszeiten, Sozialleistungen und einem
56 sicheren Arbeitsplatz haben. Gewerkschaften müssen gestärkt werden. Darüber hinaus
57 müssen sie stärker einbezogen werden und ihnen muss ein wesentlich größerer
58 Spielraum der Einflussnahme gewährt werden.

59 Eine Stärkung der öffentlichen Dienstleistungen Zugang zu Gesundheit, Bildung und
60 kostenlosen öffentlichen Verkehr für alle sicherzustellen. Eine europaweite
61 Unterstützung für sozial benachteiligte Gruppen wie Menschen mit Behinderungen,
62 Migrant*innen, Frauen und LGBTQIA+-Personen.

63 Eine Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen in Europa
64 durch die Förderung von barrierefreien Wohnungen und Arbeitsplätzen. In Betrieben ab
65 20 Personen müssen alle Betriebe mindestens 7% ihrer Arbeitsplätze an Menschen mit
66 einer schweren Behinderung vergeben.

67 Solidarische Wirtschafts- und Fiskalpolitik: Das Versprechen der Europäischen Union
68 war von Anfang an auch eines der wirtschaftlichen Prosperität. Bisher fehlt es
69 jedoch an effektiven fiskalpolitischen Umverteilungsmechanismen. Die geringen
70 Haushaltsmittel der EU reichen nicht aus, wirtschaftlich schwächere EU-Länder
71 ausreichend beim Aufbau eigener Wirtschaftsstrukturen zu unterstützen. Während der
72 grenzenlose Kapitalverkehr, die Möglichkeit grenzübergreifend Dienstleistungen zu
73 erbringen und Handel zu treiben, Teil des Gründungsversprechens der EU ist und in den
74 Grundfreiheiten Niederschlag gefunden hat, wurde diese wirtschaftliche Einheit bis
75 heute nicht durch die Säule einer gemeinsamen Sozial- und Arbeitspolitik ergänzt.
76 Wir wollen diesen Konstruktionsfehler der Europäischen Union beheben. Für uns gehören
77 gemeinsame Sozialstandards und eine Fiskalpolitik, die wirtschaftlich schwächeren
78 EU-Staaten effektiv die Möglichkeit eröffnet, ihren Wohlstand zu steigern und zu den
79 stark industrialisierten Ländern der EU aufzuschließen, unweigerlich zu einer
80 gemeinsamen Wirtschaftspolitik dazu. Das Next Generation EU-Programm, ein
81 gemeinsames und starkes Wiederaufbauprogramm, das insbesondere finanzschwächere
82 Länder der EU stark unterstützen konnte, sollte als Grundlage für eine gemeinsame
83 europäische Fiskalpolitik sein, die die EU in ihrer Eigenständigkeit von den
84 Mitgliedsstaaten stärkt.

85 Ende der Austerität: Die Europäischen Schuldenregeln und der Stabilitäts- und

86 Wachstumspakt bilden ein Korsett für die Schuldenbremse in Deutschland, progressive,
87 zukunftsgerichtete und am sozialen Ausgleich orientierte Politik, behindert und
88 Ungleichheit befördert.

89 Wir lehnen abstrakte Vorgaben für Gesamt- und Neuverschuldung von Staaten
90 grundsätzlich ab. Die Aufnahme von Krediten von Staaten zur Vornahme von
91 Zukunftsinvestitionen ist ökonomisch wünschenswert und darf nicht behindert werden.
92 Deswegen lehnen wir den Stabilitäts- und Wachstumspakt, der in seiner
93 Grundaussage Stabilität- und Wachstum viel mehr befördert, als behindert, sowie
94 alle abstrakten europarechtlichen Vorgaben im Bereich Verschuldungen ab. Hierzu
95 gehört auch die Abschaffung der damit zusammenhängenden Auswirkungen, sprich aller
96 starren Rückzahlungsverpflichtungen der Staaten im Rahmen des SWP und stattdessen
97 die Möglichkeit der Vereinbarung individueller Schuldenabbauwege der einzelnen
98 Staaten mit der Kommission. Stattdessen gilt es zu gewährleisten, dass alle
99 europäischen Länder ausreichend in ihre Infrastruktur und in ihre klimaneutrale
100 Transformation investieren. Die Vereinbarung von individuellen Zielquoten der
101 Staaten für Investitionen in ihre Infrastruktur und die ökologische Transformation
102 ihrer wirtschaftlichen Basis.

103 Die Europäische Union fiskalisch auf eigene Beine stellen: Die Europäische Union ist
104 finanzielle extrem abhängig von den Beitragszahlungen ihrer Mitgliedsländer. In
105 unserem Bestreben, langfristig die Vereinigten Staaten von Europa zu verwirklichen,
106 gilt es, die EU durch die Schaffung einer eigenen Einnahmenbasis mit eigenen EU-
107 Steuern eigenständig zu machen.

108 Als ersten Schritt wollen wir den Eigenanteil der EU an den Einnahmen aus dem EU-
109 weiten Emissionshandel steigern. Mindestens 50% der Einnahmen sollen direkt der EU
110 zufließen, um EU-weit Investitionen in die ökologische Transformation zu
111 ermöglichen. Weiterhin sollen die Einnahmen aus der CO₂-Grenzabgabe vollständig dem
112 EU-Haushalt zufließen. Wir halten außerdem an der Forderung nach einer Einführung
113 einer EU-weiten Finanztransaktionssteuer fest, deren Mittel unmittelbar der EU
114 zukommen. Auch unabhängig von der Corona-Krise wollen wir Übergewinne von
115 europäischen Unternehmen besteuern und befürworten die Einführung einer EU-weiten
116 Übergewinnsteuer als weitere direkte Finanzierungsquelle der EU.

117 Ausgeglichene Leistungsbilanzen in Europa: Innerhalb der EU führen unausgeglichene
118 Leistungsbilanzen zu starken Wohlstandsverschiebungen zwischen den Mitgliedsstaaten.
119 Deshalb setzen wir uns innerhalb der EU für das Ziel ausgeglichener Leistungsbilanzen
120 ein. Mit Staaten, die starke Leistungsbilanzüberschüsse innerhalb der EU
121 erwirtschaften, sollen Vereinbarungen zur Steigerung ihrer investiven Ausgaben
122 getroffen werden, die die Mitgliedsländer gesetzlich binden. Zudem sollen
123 Wohlstandsverschiebungen ausgeglichen werden, indem Länder mit starken Überschüssen
124 finanziell sanktioniert werden. Die hieraus generierten Finanzmittel sollen in einen
125 Strukturfonds eingezahlt werden, der Investitionen in
126 Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten ermöglicht.

127 Gute Arbeitsplätze in der Europäischen Industrie: Die Mitgliedsstaaten und die EU
128 dürfen nicht riskieren, die Entwicklung des industriellen Sektors der Anarchie der
129 Marktkräfte zu überlassen. In diesem Fall droht eine weitgehende Deindustrialisierung
130 Europas. Diese gilt es unbedingt zu vermeiden. Gleichzeitig muss verhindert werden,
131 dass demokratische Staaten, die auf mehr, statt weniger internationale Kooperation

132 angewiesen sind, in einen protektionistischen Wettbewerb einsteigen, der am
133 Ende nur Verlierer*innen kennt.

134 Außerdem wollen wir die beschlossene EU-Taxonomie für nukleare Energie und Gas so
135 ändern, dass diese Energieformen nicht weiter als nachhaltig eingestuft werden. Um
136 die wirtschaftliche Konvergenz zu fördern, gilt es insbesondere finanzschwächere
137 Staaten der EU strukturpolitisch bei der Aufgabe der sozial-ökologischen
138 Transformation zu unterstützen. Zur Steuerung und Kontrolle der entsprechenden
139 Mittelverwendung soll eine zentrale europäische Planungs-
140 und Kontrollbehörde eingerichtet werden.

141 Starke Lockerung des EU-Beihilfenrecht: Das aktuelle EU-Beihilferecht ist Ausdruck
142 des neoliberalen Irrglaubens, dass eine Einmischung des Staates in den freien,
143 marktwirtschaftlichen Wettbewerb grundsätzlich nachteilhaft ist. Statt Beihilfen
144 grundsätzlich zu verbieten sind mindestens Beihilfen im Bereich der industriellen
145 Transformation grundsätzlich zu erlauben. Lediglich Beihilfen, die offensichtlich das
146 Ziel verfolgen, Dumpingpreise zu ermöglichen, sollen unrechtmäßig sein und
147 zurückgefordert werden können. Statt vorab Genehmigungen einzufordern, soll der
148 Kommission die Möglichkeit eingeräumt werden, nachträglich Beihilfen daraufhin zu
149 überprüfen. Für uns ist klar, dass die Förderung von Unternehmen durch EU-Mittel an
150 die Bedingung geknüpft wird, dass faire und tarifgemäße Löhne gezahlt werden und dass
151 innerhalb der Betriebe Mindeststandards der betrieblichen Mitbestimmung werden.

152 CO₂-arme Elektrizität zu günstigen Preisen: Günstige Energiepreise sind wesentliche
153 Standortvorteile und maßgeblich für die Entwicklung der industriellen Produktion. Zum
154 Erreichen der Klimaziele ist es erforderlich, schnellstmögliche Unabhängigkeit von
155 fossilen Energieträgern zu gewinnen. Erneuerbare Energien sind in der Erzeugung
156 wesentlich günstiger als klassische Energieträger. Viele europäische Länder gehören
157 zu der Gruppe der Industrieländer mit dem höchsten Anteil an erneuerbaren
158 Energieerzeugungskapazitäten. Umso wichtiger ist es, dass die EU in ihren
159 Anstrengungen des Aufbaus der Erneuerbaren nicht nachlässt. Vor allem viele mittel-,
160 ost- und südeuropäische Staaten müssen beim Ausbau der erneuerbaren Energien schnell
161 den Anschluss gewinnen und hierfür finanziell unterstützt werden.

162 Es braucht einen flächendeckenden Ausbau der Solar-, Windenergie- und
163 Speicheranlagen: Mit der Überarbeitung der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie wurden
164 erstmals „Renewable Energy Communities“ im europäischen Recht verankert. Im Sinne der
165 Vergesellschaftung und Demokratisierung der zukünftigen Energiegewinnung stehen sie
166 für eine breite Bürgerbeteiligung, die sich am Nutzen der Kommunen und Menschen vor
167 Ort orientiert. Diese Formen der dezentralen und vergesellschafteten Energiegewinnung
168 und -speicherung müssen weiterhin gestärkt werden.

169 Außerdem müssen die fünf existierenden europäischen Stromnetze (Verbundsysteme) zu
170 einem gemeinsamen Verbundsystem zusammengeführt werden, um eine direkte Übertragung
171 von Elektrizität zu erreichen, da die bisherige Synchronisierung hierzu nicht
172 ausreicht. Ziel muss es sein, durch den flächendeckenden Ausbau einen
173 Industriestrompreis nicht höher als 5ct/kwh zu gewährleisten.

174 Solidaritäts- und Transformationsprogramm: Das „NextGenerationEU“-Programm war das
175 richtige Zeichen, dass die EU in der Corona-Krise Arbeitsplätze und Beschäftigung
176 sichert. Dieses zeitlich begrenzte Programm muss überführt werden, in ein dauerhaftes
177 Programm zur solidarischen Transformation der industriellen Basis unseres Kontinents.

178 Dieses Programm soll sowohl die Mitgliedsländer mit starken industriellen Strukturen
179 dabei fördern, diese zu transformieren, als auch den Aufbau von Schlüsselindustrien
180 insbesondere in den europäischen Ländern fördern, die bislang über eher schwache
181 industriellen Strukturen verfügen. Damit werden einerseits diese Länder in ihrer
182 industriellen Entwicklung unterstützt, andererseits wird die Resilienz der
183 europäischen Lieferketten als Ganzes verbessert.

184 Dieser Solidaritäts- und Transformationsfonds soll insbesondere dem Aufbau
185 notwendiger Infrastruktur für die Transformation, der Förderung klimafreundlicher
186 Mobilität, dem Aufbau klimaneutraler Energieerzeugungsanlagen und der dazugehörigen
187 Speicher- und Wasserstoffinfrastruktur, dem Breitbandausbau sowie der Förderung und
188 Investition in den Umbau bestehender und dem Aufbau neuer Industrieanlagen zur CO2-
189 neutralen Produktion, insbesondere im Bereich der Schlüsselindustrien, dienen. Der
190 Fond soll durch eine gezielte Förderung der Batteriezellenproduktion verhindern, dass
191 die europäische Industrie hier ins Hintertreffen gerät. Der gezielte staatliche
192 Aufbau von neuen Produktionsanlagen wie der grünen Stahlproduktion, die weitere
193 Branchen und Unternehmen anzieht, soll Europa als Standort für klimafreundliche
194 Innovation etablieren.

195 Um zeitgleich die Energieversorgung für die Unternehmen vor Ort zu sichern, braucht
196 es finanzielle Unterstützung für kommunale und lokale Energieversorger, um einerseits
197 die Energiebereitstellung zu sichern und sie andererseits fit für das post-fossile
198 Zeitalter zu machen. Hierzu gehört auch, die Infrastruktur für die europäische
199 Wasserstoffstrategie entsprechend bis in die lokalen Ebenen vor Ort zu fördern. Um
200 die Transformation der hochenergetischen Wirtschaft zu stemmen, ist die Förderung des
201 Aufbaus dezentraler Wasserstofferzeugungs- und Zulieferersysteme in öffentlicher Hand
202 wichtig. Darüber hinaus gilt es in Europa eine flächendeckende Schieneninfrastruktur
203 aufzubauen, die die verschiedenen Regionen schnell miteinander verbindet. Damit soll
204 eine klimafreundliche, schnelle und bezahlbare Alternative für innereuropäische Flüge
205 geschaffen werden.

206 Anpassung der CO2-Grenzabgabe: Die Einnahmen aus der CO2-Grenzabgabe können einen
207 Beitrag zur Finanzierung der industriellen Transformation leisten und dabei
208 gleichzeitig verhindern, dass ein Carbon-Leakage zu Lasten der europäischen
209 Produktion stattfindet. Die Grenzabgabe gilt es neben den bereits erfassten
210 Grundprodukten bis spätestens 2030 auf alle Produktgruppen auszuweiten, die vom
211 Emissionszertifikatehandel erfasst sind.

212 Die Einnahmen Grenzabgabe sollen von der EU vollständig verwendet werden für soziale
213 Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen des sozialen Klimafonds, den Aufbau klimaneutraler
214 Produktion und für die Schaffung dafür notwendiger Infrastruktur in den
215 Mitgliedsländern. Dabei sollen insbesondere Länder mit geringerer eigener Finanzkraft
216 unterstützt werden. Daneben soll auch die Unterstützung von Projekten in Drittländern
217 möglich sein mit denen die EU im Rahmen ihrer internationalen Handelskooperation
218 strategische Partnerschaften zur Bewältigung der Transformationsaufgaben verfolgt.

219 Hoch die europäische Solidarität - ein jungsozialistisches Plädoyer für eine
220 menschenrechtsgeleitete und solidarische Migrationspolitik

221 Für uns heißt die Zukunft Europa: Her mit der umfassenden europäischen Integration
222 der Asyl- und Einwanderungspolitik. Der Raum der Sicherheit, Freiheit und des Rechts
223 muss bedeuten, dass Schutzsuchende und Migrant:innen in Europa in Sicherheit und

- 224 Freiheit leben und der umfassende und effektive Zugang zu Recht gewährleistet wird.
- 225 Europäische Seenotrettung: Das Sterben im Mittelmeer muss endlich beendet, statt von
226 der EU finanziert werden! Wir fordern deshalb: Das Ende von Drittstaaten Abkommen mit
227 Ländern, wie bspw. Libyen, zur Abschreckung von Geflüchteten und die Abschaffung von
228 Frontex in seiner jetzigen Form. Stattdessen muss eine europäische Behörde geschaffen
229 werden, die als Hauptaufgabe die europäische Seenotrettung hat. Die EU muss Abkommen
230 wie mit Libyen auflösen und dafür sorgen, dass private Seenotretter:innen und
231 Fluchthelfer:innen nicht durch die Mitgliedstaaten kriminalisiert, sondern durch
232 europäische Standards geschützt werden.
- 233 Zugang zu Recht: Es reicht nicht, Menschenrechte in Verordnungen und Richtlinien
234 aufzunehmen, ohne dass Schutzsuchende das Recht haben, ihre Rechte geltend zu machen.
235 Deshalb müssen effektive Beschwerdemechanismen gegen Frontex und
236 Individualbeschwerdeverfahren zum EuGH etabliert werden. Für uns steht ferner außer
237 Frage, dass die EU endlich ihrer Verpflichtung zum Beitritt zur EMRK gerecht werden
238 muss.
- 239 Und nach Europa: Jeder Mensch hat das Grundrecht auf Asyl. Doch ein Recht auf
240 Einreise ist damit nicht verbunden. Schutzsuchende reisen illegalisiert ein, durch
241 das Stellen eines Asylantrags wird deren Aufenthalt legalisiert. In der Folge sind
242 Menschen, die keine finanziellen Mittel haben, auf tödliche Fluchtrouten angewiesen.
- 243 Eine echte Dublin-Reform: Es braucht eine europäische Verordnung, die die
244 Menschenrechte von Schutzsuchenden, das Recht auf Zugang zu einem funktionierenden
245 Asylverfahren und familiäre und soziale Bindungen stärkt.
- 246 Faire Asylverfahren unabhängig vom Einreiseweg: Wir fordern Faire Asylverfahren
247 unabhängig vom Reiseweg und eine Abschaffung des Flughafenverfahrens.
- 248 Menschenwürdige Unterbringungen für alle schaffen: Die Istanbul-Konvention erkennt
249 die besondere Schutzbedürftigkeit von FINTA* an. Ihre Umsetzung hinkt. Unsere Antwort
250 muss eine vollständige Harmonisierung der europäischen Standards für Bedingungen in
251 Erstaufnahmeeinrichtungen sein, die gewährleistet, dass Schutzsuchende umfassenden
252 Zugang zu medizinischer Versorgung haben und ihre Privatsphäre schützt. Flankierend
253 dazu müssen die Bedingungen überwacht werden und finanziell durch alle
254 Mitgliedstaaten dafür Sorge getragen werden, dass die Standards gewährleistet werden
255 können.
- 256 Umgang mit der Klimakrise heißt Schutz schaffen: Wir fordern die Aufnahme der
257 Klimakrise in den Katalog der UN-Flüchtlingskonvention, für die Anerkennung des
258 Flüchtlingsstatus und den europäischen subsidiären Schutz von Klimageflüchteten.
259 Abschiebeverbote nach deutschem Recht könnten in Betracht kommen, sofern Menschen
260 ihr Existenzminimum im Falle einer Rückkehr nicht in ihrem Herkunftsland sichern
261 können.
- 262 Einwanderungspolitik: Es braucht: soziale Mindeststandards für Schutzsuchende und
263 besonders Schutzbedürftige Personen (darunter fallen insbesondere irreguläre
264 Migrant:innen, gestattete und geduldete Personen) und eine gemeinsame
265 Einwanderungspolitik, die umfassende Legalisierungen der Aufenthaltsstatus und
266 Arbeitsmarktzugänge umfasst.
- 267 Kein Ende: Push- und Pullfaktormythen dominieren die politische Debatte. Sie
268 verkennen, dass Migrationsentscheidungen komplex sind und von verschiedenen Faktoren

269 wie familiäre und soziale Bindungen, finanzielle Mittel und persönliche Fähigkeiten
270 beeinflusst werden. Vorhaben, die Migrationssteuerung zum Ziel haben, legen diese
271 sog. Push- und Pullfaktoren zugrunde. Die individualrechtliche Perspektive von
272 Schutzsuchenden hingegen steht nicht im Vordergrund des Diskurses. Diese muss jedoch
273 für eine menschenrechtsgeleitete Migrationspolitik als Steuerungsanliegen in den
274 Fokus rücken.

275 Überwindung nationalstaatlicher Interessen und Denkmuster: Die EU kann sich schlicht
276 nicht leisten, untätig zu bleiben und sich den Interessen der Mitgliedstaaten zu
277 fügen: Ihre Legitimation hängt davon ab, die Menschenrechte zu achten, damit die
278 Rechte der Schutzbedürftigen zu gewährleisten. Sie muss deshalb wirksame
279 Rechtsschutzverfahren schaffen, Drittstaatenabkommen, die zu
280 Menschenrechtsverletzungen führen, auflösen und die EMRK unterzeichnen. Die
281 Bereitschaft der Mitgliedstaaten für eine Migrationspolitik, die Menschenrechte in
282 den Fokus rückt, kann durch einen glaubwürdigen Einsatz der EU für den Schutz von
283 Menschenrechten selbst gestärkt werden. Lasst uns die Situation, trotz ihrer
284 Schwierigkeiten, als Chance nutzen: Für die europäische Integration und eine Stärkung
285 der individualrechtlichen Perspektive von Schutzsuchenden und Migrant*innen.

286 Integration des Westbalkan

287 Versprechen müssen eingehalten werden: Der letzte Krieg im Westbalkan ist
288 mittlerweile seit 24 Jahren beendet und trotzdem hat es seitdem lediglich Kroatien in
289 die EU geschafft. Alle anderen Länder bewegen sich immer noch zwischen dem Status
290 eines Beitrittskandidaten. Dabei steht die EU und im Besonderen auch die
291 Mitgliedsstaaten der EU in einer außerordentlichen Verantwortung. Kurzsichtige
292 Blockaden, aufgrund bilateraler Konflikte mit EU-Mitgliedsstaaten dürfen dem Ziel
293 einer Vollmitgliedschaft nicht länger im Weg stehen.

294 Wir fordern:

- 295 • Eine EU-Erweiterung der Westbalkanstaaten, jedoch nicht unter der Bedingung,
296 dass alle Staaten nur gleichzeitig eintreten können oder gar nicht.
- 297 • Langfristiges Ziel ist die Vollmitgliedschaft aller Westbalkanländer unter der
298 Bedingung einer qualitativen Demokratie der Länder
- 299 • Keine Blockaden des Beitrittsprozess aufgrund bilateraler und ethnologischer
300 Differenzen auf Seiten der EU
- 301 • Anerkennung des Kosovos durch alle EU-Mitgliedsstaaten
- 302 • Flexiblere Gestaltung des Beitrittsprozesses

303 Demokratieförderung an erster Stelle: Die letzten zwei Jahrzehnte haben gezeigt, dass
304 eine gute und ehrliche internationale Zusammenarbeit und ein Vertrauensverhältnis nur
305 über starke Demokratien laufen können. Alle Staaten des Westbalkans müssen höhere
306 demokratische Standards erfüllen. Wir fordern Demokratie- Förderprojekte im
307 Westbalkan inkl. Kontrolle der EU, dass diese finanziellen Mittel nachweislich zur
308 Förderung der rechtsstaatlichen Demokratie genutzt werden. Autokratische Strukturen
309 und die Eingrenzung der Meinungs- und Pressefreiheit, wie auch ein Regierungseinfluss
310 auf die Verfassungsgerichte, müssen überwunden werden. Förderung einer
311 funktionierenden Justiz im Kampf gegen die Verbindungen mit Politik und organisierter
312 Kriminalität. Antikorruptionsprojekte und -erfolge bedürfen eine besondere Förderung

313 der EU, um einen Anreiz zur Bekämpfung der Korruption zu schaffen. All jene Akteure
314 müssen im besonderen Maß gestärkt werden, die sich ehrlich für mehr Demokratie und
315 Rechtsstaatlichkeit einsetzen. Autokratische Mechanismen müssen infolgedessen mit
316 Sanktionen bestraft werden. Für eine europäische Integration müssen also sowohl die
317 Staaten des Westbalkans Entwicklungen in Richtung der Demokratie hervorbringen und
318 Infrastrukturprojekte vor Ort unterstützt, die EU steht jedoch auch in der
319 Verantwortung diese Prozesse zu beobachten, sie bei positiven Entwicklungen zu
320 fördern und bei entgegengesetzten Prozessen zu sanktionieren. Ein nächster wichtiger
321 Schritt ist die Ausweitung des Schengenraums.

322 Regionale Kooperation: Die Staaten des Westbalkans sind stark von zwischenstaatlichen
323 Konflikten geprägt. Die Staaten der EU haben nach dem Zweiten Weltkrieg gezeigt, dass
324 auch tiefe Streitigkeiten mit der Zeit und mit Hilfe zwischenstaatlicher Kooperationen
325 minimiert und sogar vollständig gelöst werden können. Dazu bedarf es jedoch auch
326 Selbstreflexion und eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen staatlichen
327 Rolle im Krieg. Die Gerichtsprozesse in Den Haag haben zwar zur Bestrafung von
328 Kriegsverbrecher*innen geführt, die nationalen Erzählungen der Staaten blieb aber
329 weitestgehend unberührt davon. Wir fordern, die Förderung von zivilgesellschaftlicher
330 und geschichtspolitischer Arbeit, länderübergreifenden Zusammenkünften,
331 Jugendaustauschprojekten innerhalb der Westbalkanstaaten, Kooperation regional
332 übergreifender Lehrpläne und die Entwicklung gemeinsamer Forschungsprojekten.
333 Grundlage hierfür ist die gegenseitige Anerkennung der Westbalkanstaaten
334 untereinander, inkl. der Überwindung ethnisch- nationalistischer Konflikte. Darüber
335 hinaus muss die EU die sozial-ökologische Transformation des Westbalkans, sowie
336 Klima-, Umwelt- und Naturschutzprojekte unterstützen, um eine wirtschaftliche
337 Eigenständigkeit der Region auf lange Frist zu gewährleisten.

338 Die europäische Integration muss jetzt starten: Die intensiveren Gespräche seit dem
339 Sommer 2022 und die Aufnahme von Bosnien und Herzegowina, wie auch Albanien als
340 Beitrittskandidaten in die EU begrüßen wir sehr. Nichtsdestotrotz muss der Prozess
341 der europäischen Integration an Fahrt gewinnen. Für den Kosovo bedeutet das eine
342 Umsetzung der Visafreiheit bis 2024, eine Aufnahme in den Europarat bis 2025, ebenso
343 wie eine Aufnahme in die NATO und eine endgültige Anerkennung des Staates durch alle
344 EU-Mitgliedstaaten. Die von Olaf Scholz und Emmanuel Macron entwickelten
345 Übereinstimmungspunkte (EU-Vorschlag) zwischen Serbien und dem Kosovo müssen
346 überarbeitet werden. Es ist vor allem seit den Ausschreitungen im September deutlich
347 geworden, dass die Autonomieforderung im Norden Kosovos nur das Ziel verfolgt, den
348 Machteinfluss Serbiens in den Kosovo zu erhöhen und nicht ethnische Minderheiten zu
349 schützen.

350 Im Kampf für ein soziales Europa, in dem Solidarität, Gerechtigkeit und
351 Chancengerechtigkeit gilt!

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag E5: Eine Reform der GEAS auf Augenhöhe: Schluss mit Privilegien! - Eine radikale Umgestaltung der GEAS für gleiche Rechte aller Geflüchteten und humane Bedingungen!

Antragsteller*in:	Jusos Saar
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	E - Europa

1 Analyse:

2 Anfang Juni haben sich die EU-Innenminister*innen, der Rat der EU, über eine Reform
3 des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems geeinigt. Diese Reform sieht restriktivere
4 Maßnahmen gegenüber geflüchteten Menschen und allgemein eine Verschärfung der
5 Asylregeln vor. Diese Reform betrifft vor allem das schnellere Asylverfahren an den
6 EU-Außengrenzen, ganz besonders das EU-Mitgliedsland Griechenland. Es ist vorgesehen,
7 dass Geflüchtete aus spezifischen Herkunftsländern, deren Asylanträge meist wenig
8 Erfolgsaussichten aufweisen, in besonderen Asylzentren an der Grenze unterbracht
9 werden sollen, wobei ihre Bewegungsfreiheit begrenzt wird.

10 Die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems beinhaltet unter anderem ein
11 restriktiveres Vorgehen gegenüber Migrant*innen ohne Bleibeperspektive und die
12 Durchführung von Asylverfahren an den EU-Außengrenzen, um Menschen mit geringer
13 Chance auf Aufnahme erst gar nicht in die EU zu lassen. Die geplante Unterbringung
14 von Asylzentren an der Grenze ist jedoch praktisch kaum umsetzbar, insbesondere wenn
15 zudem Menschen innerhalb von fünf Tagen Einspruch dagegen erheben können. Diese
16 Maßnahme birgt zudem die Gefahr einer Einschränkung der Bewegungsfreiheit der
17 Geflüchteten. Zudem ist es wichtig zu überlegen, welche Länder eine Anerkennungsquote
18 von unter 20% haben, da die geplanten Außengrenz-Verfahren vorerst nur für
19 Migrant*innen aus solchen Ländern gelten sollen. Hierbei müssen wir ebenfalls die
20 Rückkopplung mit den Anerkennungsdaten im Blick behalten, um sicherzustellen, dass
21 keine diskriminierenden Maßnahmen ergriffen werden. Es ist unabdingbar, dass die
22 Stimme der Geflüchteten bei der Ausarbeitung solcher Entscheidungen Gehör findet.
23 Denn diesen Eindruck haben wir als Jusos nicht.

24 Insbesondere vor dem Hintergrund der bevorstehenden Europawahl müssen wir uns bewusst
25 machen, dass die Gestaltung des europäischen Asylsystems eine zentrale politische
26 Frage ist.

27 Migration und Integration neu denken:

28 1. Fokus auf gemeinsame Werte: Ein Schlüssel zur erfolgreichen Integration von
29 Migranten ist, dass wir uns auf gemeinsame Werte und Ziele konzentrieren.
30 Unabhängig von unserem Hintergrund oder unserer Kultur gibt es Dinge, die uns
31 alle verbinden, wie z.B. die Bedeutung von Freiheit, Gerechtigkeit und Toleranz.
32 Wenn wir uns auf diese gemeinsamen Werte konzentrieren und sie als Grundlage für
33 unsere Gesellschaft und unsere Politik nutzen, können wir sicherstellen, dass
34 alle Bürger, einschließlich der Migranten, Teil der Gemeinschaft sind.

35 2. Stärkung der Bildung: Bildung ist ein wichtiger Faktor für die Integration von
36 Migrant*innen. Wir müssen sicherstellen, dass alle Kinder, unabhängig von ihrem

37 Hintergrund, Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Bildung haben. Dazu gehört
38 auch, dass wir uns darauf konzentrieren, Sprachbarrieren abzubauen und
39 Sprachunterricht anzubieten. Eine gute Bildung ist der Schlüssel zur Schaffung
40 von Chancengleichheit und zur Integration in die Gesellschaft.

41 3. Förderung der Zusammenarbeit: Wir müssen sicherstellen, dass Migrant*innen in
42 die Gesellschaft integriert sind und dass sie die Möglichkeit haben, aktiv an
43 der Gesellschaft teilzunehmen, auch

44

45 politisch. Dies kann durch die Förderung von Zusammenarbeit und Zusammengehörigkeit
46 erreicht werden, indem wir Möglichkeiten schaffen, bei denen Menschen aus
47 verschiedenen Kulturen und Hintergründen zusammenkommen und miteinander arbeiten
48 können. Dies könnte in Form von kulturellen Festivals, gemeinsamen Projekten oder der
49 Teilnahme an Freiwilligenarbeit sein.

50 4. Unterstützung der wirtschaftlichen Integration: Migrant*innen müssen in die
51 Wirtschaft integriert werden, um erfolgreich in der Gesellschaft zu sein. Dies
52 bedeutet, dass wir sicherstellen müssen, dass Migrant*innen schneller die
53 Möglichkeit haben, Zugang zu Bildung und Ausbildung zu haben, um die
54 erforderlichen Fähigkeiten zu erwerben, um in der Wirtschaft erfolgreich zu
55 sein. Wir müssen auch sicherstellen, dass Migrant*innen Zugang zu Jobs und
56 wirtschaftlichen Chancen haben, um finanzielle Stabilität zu erlangen. Bei den
57 Kammern (IHK, HWK, Arbeitskammer) sollen Stellen geschaffen werden, die sich
58 zentral mit Problemen in der Ausbildung befassen (z.B.: das Nicht-Erscheinen auf
59 der Arbeit).

60 5. Vermeidung von Diskriminierung: Wir müssen Diskriminierung aufgrund von
61 Ethnizität, Ethnie oder Religion aktiv bekämpfen, um sicherzustellen, dass
62 Migrant*innen in der Gesellschaft akzeptiert und respektiert werden. Dies kann
63 durch Gesetzgebung, politische Maßnahmen und die Förderung von Toleranz und
64 Vielfalt in der Gesellschaft erreicht werden.

65 6. Bessere Wohnbedingungen:

66 Migrant*innen sollten wohnlich mehr in Orte/Städte integriert werden, statt in
67 separaten Flüchtlingsunterkünften. Dies würde die Integration stärken und Vorurteile
68 gegenüber Migrant*innen abbauen. Zudem würde dadurch das Erlernen einer Sprache
69 gefördert.

70 Legale Migrationswege:

71 Einige der legalen Migrationswege, die für Afrikaner*innen und andere Migrant*innen
72 verfügbar sein könnten, sind:

73 1. Arbeitsmigration: Viele Länder haben Arbeitsmigrationsprogramme, die es
74 qualifizierten Arbeitskräften ermöglichen, legal in das Zielland einzureisen, um
75 dort zu arbeiten. Diese Programme können zeitlich begrenzt sein oder die
76 Möglichkeit einer dauerhaften Niederlassung bieten, je nach den Bedürfnissen des
77 Ziellandes.

78 2. Studium und Forschung: Viele Länder bieten Studien- und Forschungsvisa für
79 internationale Studierende und Wissenschaftler an, die legal in das Land
80 einreisen möchten, um an Hochschulen oder Forschungseinrichtungen zu studieren

81 oder zu

- 82 3. Familienzusammenführung: In einigen Fällen können Familienangehörige von in
83 einem Land lebenden Migranten die Möglichkeit haben, legal in das Zielland
84 einzureisen, um sich mit ihren Verwandten zu
- 85 4. Humanitäre Aufnahme: In besonderen Notfällen und humanitären Krisensituationen
86 können Länder humanitäre Visa oder Schutzstatus gewähren, um Menschen zu helfen,
87 die vor Verfolgung, Krieg oder Naturkatastrophen fliehen müssen.
- 88 5. Studentenaustauschprogramme und Stipendien: Internationale
89 Studentenaustauschprogramme und Stipendien können für Student*innen und
90 Schüler*innen aus verschiedenen Ländern die Möglichkeit bieten, legal in ein
91 anderes Land zu reisen, um dort zu studieren oder Erfahrungen zu
- 92 6. Ausbildung und Arbeit sollen grundsätzlich vor einer Abschiebung schützen.
- 93 7. Zur Verbesserung der Mitgliedsländer soll es auf EU-Ebene einen Fonds geben, in
94 dem alle Mitgliedsstaaten einbezahlen und dessen Geld nur zur Finanzierung des
95 Asyl-Systems genutzt wird.
- 96 8. Wir sprechen uns gegen die Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten aus.
97 Außerdem sind wir gegen Abschiebungen in Nachbarstaaten der sichereren
98 Drittstaaten.

99

100 Es ist wichtig zu beachten, dass die Verfügbarkeit und Bedingungen dieser legalen
101 Migrationswege je nach Land und dessen Einwanderungsgesetzen variieren können. Es ist
102 ratsam, die spezifischen Einreisebestimmungen und -anforderungen des Ziellandes zu
103 überprüfen und sich gegebenenfalls rechtzeitig zu bewerben, um eine legale und
104 geordnete Migration zu ermöglichen.

105 **Forderungen:**

106 Eine echte Reform des Dublin III-Systems, um den geflüchteten Menschen die
107 Möglichkeit zu geben, ihren Asylantrag in dem EU-Mitgliedstaat zu stellen, in dem sie
108 dies möchten. Dies würde die Freizügigkeit innerhalb der EU unterstützen und den
109 Schutzsuchenden ermöglichen, ihre eigenen Entscheidungen zu treffen, wie und wo sie
110 ihr Asylverfahren durchführen möchten. Die Reform muss sicherstellen, dass alle EU-
111 Mitgliedsstaaten gleichermaßen Verantwortung für die Aufnahme von Asylsuchenden
112 übernehmen. Es muss auch Mechanismen geben, um die Lasten gerecht zu verteilen und
113 die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten zu stärken. Dies kann beispielsweise
114 durch eine faire Aufteilung der Asylbewerberquoten erreicht werden.

115 Einen einheitlichen und gerechten Verteilungsschlüssel unter den EU- Mitgliedstaaten
116 nach Bevölkerungsanzahl, geographische Lage und BIP.

117 Familien mit Kindern sollen vom Dublin-Verfahren ausgenommen werden.

118 Das Einstimmigkeitsprinzip soll aufgelöst werden, stattdessen soll z.B. ein 2/3-
119 Mehrheitsprinzip oder eine qualifizierte Mehrheit gelten.

120 **Asylprozessbeschleunigung**

121 Es ist politisch erforderlich, die GEAS-Reform als verbindlichen Rechtsakt
122 umzusetzen, indem sie zu einer Verordnung wird, die von allen EU-Mitgliedstaaten
123 umgesetzt werden muss.

Antrag E6: Menschlichkeit oder Abschottung? - GEAS-Reform verhindern!

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	E - Europa

- 1 Das gemeinsame europäische Asylsystem (GEAS) soll reformiert werden. Allerdings wirkt
2 der Vorschlag der EU-Innenminister*innen nicht wie eine Reform sondern eher wie ein
3 Rückschritt. Für Asylsuchende ist diese sogenannte Reform ein Schlag ins Gesicht und
4 eine klare Verletzung der Menschenrechte. Das individuelle Recht auf Asyl wird durch
5 die Reform faktisch abgeschafft.
- 6 Das GEAS, bestehend aus drei Richtlinien und zwei Verordnungen, soll in den
7 Mitgliedsstaaten der EU Mindeststandards für die Durchführung von Asylverfahren und
8 die Unterbringung von Asylsuchenden festlegen. Es zielt auf die Angleichung der
9 Asylsysteme der EU-Mitgliedstaaten, damit jede*r Asylbewerber*in innerhalb der EU
10 gleich behandelt wird, unabhängig davon, in welchem Land die betroffene Person einen
11 Asylantrag stellt. Die Umsetzung der GEAS verläuft in den einzelnen Staaten
12 uneinheitlich, sodass die Asylsysteme in den Mitgliedsstaaten keinesfalls einheitlich
13 sind. EU-Mitgliedstaaten brechen systematisch europäisches Recht und das GEAS.
14 Pushbacks, das gewaltsame Zurückdrängen von Schutzsuchenden ohne einen Asylprozess
15 sind in Griechenland, Ungarn und Polen Standard. Auch Italien bricht immer wieder die
16 geltende Dublin-Verordnung, indem Schutzsuchende an andere Staaten weitergeleitet
17 werden, obwohl sie in Italien den ersten Asylantrag gestellt haben.
- 18 Die Reform fördert derartige Praktiken noch, denn neu ist unter anderem folgendes:
- 19 • Grenzverfahren werden eingeführt, sodass Geflüchtete bereits am Betreten der EU
20 gehindert werden und die rechtlichen Grundstandards auf EU-Boden ausgehebelt
21 werden
 - 22 • auch Kinder können in Grenzverfahren geraten und somit inhaftiert werden
 - 23 • Einführung des „Solidaritätsmechanismus“, oder auch einfach gesagt: die
24 Möglichkeit sich als Mitgliedstaat von seiner Verantwortung frei zu kaufen
 - 25 • Abschiebung in sogenannte Drittstaaten, in denen nur minimalste Versorgung
26 gesichert sein muss.
- 27 Nancy Faeser bezeichnete die Reform als einen historischen Erfolg. Dies ist sie
28 jedoch keinesfalls. Sie ist ein Rückschritt und legt die Axt an das grundrechtlich
29 verbrieftete Recht auf Asyl. Auch Menschenrechtsorganisationen wie Pro Asyl und Amnesty
30 International äußern scharfe Kritik. Dieser Kritik schließen wir uns an.
- 31 Deshalb fordern wir:
- 32 • **Keine Auslagerung an sog. sichere Drittstaaten:** Die Kriterien eines sicheren
33 Drittstaates wurden im Zuge der Reform enorm verweicht, sodass auch die
34 Türkei als sicherer Drittstaat gelten soll. Sicher ist dies keinesfalls. Es darf
35 unter keinen Umständen die Möglichkeit geben, Schutzsuchende durch die
36 Möglichkeit der Auslagerung in sichere Drittstaaten ins Elend zu stürzen und

37 Asylverfahren so einfach von sich weisen zu können.

38 • **Faire Asylverfahren unter Beachtung der Einzelschicksale und unter Wahrung des**
39 **individuellen Anspruchs auf Asyl innerhalb der europäischen Grenzen:**

40 Schutzsuchende haben unterschiedlichste Gründe für ihre Flucht, und ihre
41 Fluchterfahrungen sind auch nicht vergleichbar. Die Asylverfahren müssen dem
42 gerecht werden und individuell geprüft werden.

43 • **Sofortiges Ende der Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen sowie**
44 **Beendigung der illegalen Pushbacks:** An den Außengrenzen sind Gewalt und
45 Pushbacks normales Durchsetzungsmittel geworden. Schutzsuchenden wird die
46 Möglichkeit eines Asylverfahren von Anfang an verwehrt. Gebilligt wird das von
47 allen EU-Staaten. Das organisierte Verbrechen an den Außengrenzen muss sofort
48 beendet werden.

49 • **Eine solidarische Aufnahmesituation:** Kein Staat darf sich seiner Verantwortung
50 entziehen und frei kaufen können. Ein Asylsystem in der EU funktioniert nur
51 solidarisch.

52 • **Sofortiges Verbot der Errichtung von geschlossenen Lagern wie bspw. Moria:** Lager
53 sollten eine temporäre Einrichtung sein, führen aber fast immer dazu, dass
54 Geflüchtete isoliert werden und langfristig von Hilfe abhängig sind. Ziel eines
55 Asylsystems sollte jedoch eine schnelle Integration und keine Abschottung sein.

56 • **Verkürzung der Asylverfahrensdauer:** Die Verfahren dauern momentan viel zu lang
57 und stürzen Schutzsuchende in andere bürokratische Hürden und
58 Perspektivlosigkeit.

59 • **Keine Anzeigen wegen illegalen Grenzübertritts:** Wenn Asylsuchende nach
60 Deutschland kommen wird gegen sie ein Strafverfahren wegen illegalen
61 Grenzübertritts nach § 95 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) eingeleitet, was in 99%
62 aller Fälle wieder eingestellt wird, aber zu Stigmatisierungen und erheblichem
63 bürokratischen Aufwand führt, sowie die Betroffenen stark eingeschüchtert
64 werden.

65 • **Abschaffung des Dublin-Verfahrens:** Das Dublin-Verfahren ist längst kollabiert
66 und hat keinen positiven Nutzen mehr. Im Gegenteil, es führt zu Abschiebungen in
67 Haft und Elend. Geflüchteten muss die Möglichkeit gewährt werden selbst zu
68 entscheiden, in welchem Land sie Zuflucht suchen wollen.

69 • **Schaffung sicherer Fluchtrouten**

70 In der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik muss Menschlichkeit an erster Stelle
71 stehen. Das Recht auf Asyl ist nicht verhandelbar. Deshalb plädieren wir als
72 Jungsozialist*innen: GEAS Reform verhindern und echte Menschlichkeit und Solidarität
73 schaffen!

Antrag E7: Ein Ende des Einstimmigkeitsprinzips in Sicht? - Mehr Außenpolitik wagen!

Antragsteller*in:	Jusos Saar
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	E - Europa

1 Analyse:

2 In den letzten Jahrzehnten hat die Rolle Deutschlands in der Welt an Bedeutung
3 zugenommen. In Zeiten der multiplen Krisen, mit denen wir es aktuell zu tun haben,
4 schaut man darauf, wie sich die Bundesrepublik verhält. Nicht zuletzt wurde diese
5 Tatsache durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zur Schau gestellt. Als
6 es um die außenpolitische Haltung Deutschlands ging, haben vor allem unsere
7 Verbündeten im Westen, die USA, auf uns geblickt – ganz besonders in der Diskussion
8 um Waffenlieferungen an die Ukraine. Auch die Mitgliedstaaten der EU pochten auf
9 Deutschland.

10 Deutschland ist Teil einer supranationalen Gemeinschaft, nämlich der Europäischen
11 Union. Als EU steht man vor allem in Krisenzeiten geeinigt und stark auf globaler
12 Ebene. Schließlich haben einzelne Mitgliedstaaten nicht die internationale Position,
13 wie sie die EU als Zusammenschluss der Gesamtheit ihrer Mitglieder inne hat. Aber
14 warum schaffen wir es trotzdem immer noch nicht, vor allem in großen, wichtigen
15 außenpolitischen Fragen als EU einig nach außen aufzutreten? Stattdessen pocht man
16 immer wieder auf einzelne Mitgliedstaaten, wie bspw. Frankreich und Deutschland. Wozu
17 gibt es die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (kurz: GASP)? Die Antwort
18 liegt im Einstimmigkeitsprinzip der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU
19 mit potentiell Vetorecht jedes einzelnen Mitgliedstaats. Dieses Verfahren der
20 Entscheidungsfindung sorgt immer wieder dafür, dass ein gemeinsames Auftreten erst
21 verzögert möglich ist, oder gar völlig unmöglich scheint, da keine Einigung erzielt
22 werden kann.

23 Die GASP wurde einst eingeführt, um eine verantwortungsvolle Weltordnungspolitik zu
24 verfolgen, fern weg von Waffen, Krieg und Macht. Die Idee an sich ist gut. In der
25 Realität jedoch stoßen wir da bereits auf das erste große Problem: laut den Verträgen
26 der EU hat die GASP keine völkerrechtliche Basis, das heißt, die außenpolitische
27 Kompetenz liegt letztendlich immer noch bei den Mitgliedstaaten. Deswegen lastet ganz
28 besonders auf Deutschland seit Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine so viel
29 Druck. Denn in großen außenpolitischen Fragen verlassen sich die anderen
30 Mitgliedstaaten darauf, wie sich insbesondere Frankreich und Deutschland verhalten,
31 beziehungsweise sie warten auf deren Entscheidungen.

32 Die EU handelt zwar als Völkerrechtssubjekt als eigener Akteur auf der
33 internationalen Ebene. Wenn jedoch 27 Mitgliedstaaten nicht einer Meinung sind, hilft
34 das auch nicht weiter. Denn das Einstimmigkeitsprinzip blockiert viele Handlungen der
35 EU in ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Dass man sich nicht immer
36 einig ist und die gleiche Meinung vertritt, darf man gar nicht allzu sehr als Problem
37 ansehen. Die Hauptsache ist doch, am Ende zu einer Entscheidung zu kommen. Die EU
38 möchte als weltpolitischer Akteur handeln, wird aber immer wieder durch Länder wie

39 Ungarn, aber auch Polen bei wichtigen Fragen aufgehalten. Durch ihr Vetorecht – die
40 Regierungen der Mitgliedstaaten besitzen dies – ist eine solche Blockade einfach.
41 „Wir können uns nicht länger in Geiselnahme nehmen lassen von denjenigen, die die
42 europäische Außenpolitik durch ihre Vetos lähmen. Wer das tut, spielt über kurz oder
43 lang mit dem Zusammenhalt Europas“, sagte Heiko Maas vor ein paar Jahren in seiner
44 Zeit als Außenminister. Die EU blamiert sich auf internationaler Ebene vollkommen.
45 Streitigkeiten werden in der Öffentlichkeit sichtbar und frustrieren auch andere
46 Länder der Welt. Mitunter einer der Hauptgründe dieser Folgen sind eben diese
47 Einstimmigkeitsregeln.

48

49 Es bedarf tiefgreifender EU-Reformen und einer Änderung der Verträge. Leider gilt
50 aber auch hier wieder das Prinzip der Einstimmigkeit, denn alle 27
51 Regierungschef*innen der Mitgliedsstaaten müssten diesen Änderungen zustimmen. Nur
52 ein Mitgliedstaat müsste sein Vetorecht einlegen und wir stünden wieder am Anfang.
53 Nichtsdestotrotz ist für die großen Fragen der Zukunft ein Ende des
54 Einstimmigkeitsprinzips unvermeidbar. Dieses muss endlich durch das Prinzip der
55 qualifizierten Mehrheit ersetzt werden. Das sieht auch unser Bundeskanzler so. Nur wo
56 bleibt der Druck der deutschen Bundesregierung auf die anderen EU-Länder?

57 Die Bundesregierung hat sogar im Koalitionsvertrag festgehalten, das
58 Einstimmigkeitsprinzip durch eine qualifizierte Mehrheit ersetzen zu wollen. Auch
59 viele Bürger*innen wünschen sich das Ende des Vetorechts beim EU-Rat. Somit könnte
60 die EU auf internationaler Ebene in den Fragen der GASP handlungsfähiger werden.
61 Regierungschefs wie Orbán aus Ungarn hätten dann weniger zu sagen, die EU träte
62 endlich in ihrer Außenpolitik einig auf und würde somit ihr volles Potenzial auf der
63 globalen Bühne ausschöpfen.

64 Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU kann in Zukunft auf Basis einer
65 Blockadepolitik nicht funktionieren. Länder, in denen Krieg herrscht, wie wir es
66 zurzeit in der Ukraine erleben, haben keine Zeit für Blockade- und
67 Verzögerungspolitik. [Triggerwarnung: Mord, Vergewaltigung] Bis sich 27
68 Mitgliedsstaaten einig sind, sterben hunderte, gar Tausende von unschuldigen
69 Menschen, werden zig Frauen, junge Mädchen vergewaltigt und Kinder verschleppt und
70 gar ermordet. Das ist die Realität der Menschen dort. Je länger wir hier in der EU
71 zögern, desto schlimmer wird es an den Orten, an denen ihre Entscheidungen dringend
72 erwartet werden.

73 Außenpolitik braucht oft schnelles und gleichzeitig effizientes Handeln; einen kühnen
74 Kopf und gleichzeitig Mut; Durchsetzungsvermögen und Einigkeit. Mehr Außenpolitik
75 wagen, heißt die Devise! Und das wissen wir spätestens seit dem 24. Februar 2022.
76 Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, die von Dringlichkeit sind, werden durch
77 ein Einstimmigkeitsprinzip nicht – oder nur viel zu spät und damit auf Kosten von
78 Menschenleben – gelöst. Darum muss das Einstimmigkeitsprinzip durch ein
79 qualifiziertes Mehrheitsverfahren ersetzt werden. Es braucht endlich echten Druck der
80 Bundesregierung auf diese Reform.

81 Lasst uns so gemeinsam als EU mehr Mut zur Außenpolitik wagen!

82 **Forderungen:**

83 Den Druck der Bundesregierung auf die anderen Regierungen der EU zu erhöhen. Dafür

- 84 sollen sich auch die saarländischen Bundestagsabgeordneten in der SPD-
- 85 Bundestagsfraktion stark machen.
- 86 Die Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU in den Fokus zu rücken.
- 87 Beschleunigtes und effizientes Handeln in Krisensituationen als feststehende
- 88 Verpflichtung der EU zu etablieren.
- 89 Endlich das Einstimmigkeitsprinzip durch qualifizierte Mehrheit im EU- Ministerrat
- 90 ersetzen.

Antrag F1: Throwing BRIC(K)S at the west? Echter Multilateralismus statt Panikmache vor dem Globalen Süden

Antragsteller*in:	Jusos Hannover
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	F - Frieden & Internationales

1 2009 schlossen sich vier Länder zu einem neuen Club der internationalen Kooperation
2 zusammen: Brasilien, Russland, Indien und China. Ein Jahr später folgte das
3 Schwellenland Südafrika. Unter der Abkürzung BRICS hat dieser Zusammenschluss in den
4 letzten Monaten vor allem durch eine Frage viel öffentliche Aufmerksamkeit erregt:
5 Würde der russische Präsident Putin am BRICS-Gipfel 2023 in Johannesburg teilnehmen?
6 Und wenn ja, würde die südafrikanische Regierung den internationalen Strafbefehl
7 ausführen und Putin verhaften? Die Regierung des südafrikanischen Präsidenten
8 Ramaphosa sendete dazu widersprüchliche Signale und löste international Irritationen
9 aus. Die für Südafrika höchst brisante Situation wurde am Ende dadurch vermieden,
10 dass Putin nicht in Präsenz am Gipfel teilnahm. Dennoch ist die BRICS-Allianz immer
11 mehr ins internationale Interesse gerückt - nicht zuletzt wegen der Erweiterung der
12 Gruppe und der Frage inwiefern dies mit einer antiwestlichen Ausrichtung einhergehe.
13 **Umso wichtiger ist es, dass wir uns als Jusos mit diesem Zusammenschluss und seiner**
14 **Rolle im globalen Wirtschafts- und Politikgeschehen sowie für den Globalen Süden**
15 **auseinandersetzen.**

16 **Rising powers des Globalen Südens?**

17 Die Abkürzung BRIC wurde ursprünglich nicht von den Staaten selbst geprägt, sondern
18 von dem Chefvolkswirt von Goldman Sachs. Dieser verwendete den Begriff für einen
19 Investmentfond, der vor allem ökonomisch aufstrebende Schwellenländer ansprechen
20 wollte und am Markt hervorheben sollte, warum diese für Auslandsinvestitionen
21 interessant seien. BRICS kommt in seinen Ursprüngen vor allem aus einer
22 wirtschaftlichen Stoßrichtung. Nicht ohne Grund: Die Staaten umfassen gut 40 Prozent
23 der Weltbevölkerung und erwirtschaften kaufkraftbereinigt fast ein Drittel des
24 weltweiten BIP. Die wirtschaftliche Relevanz der BRICS-Staaten ist somit nicht zu
25 leugnen. Allerdings war bislang vor allem Chinas Wirtschaftswachstum der Motor hinter
26 diesen Zahlen. So macht China alleine etwa 70 Prozent des BIP der BRICS aus. Daran
27 zeigt sich ein generelles Merkmal der BRICS, nämlich eine ausgeprägte Heterogenität
28 der fünf Staaten. Die ökonomische Spannbreite zwischen dem wirtschaftlich stärksten
29 Mitglied der Gruppe, China, und dem schwächsten Mitglied, Südafrika, ist enorm.
30 Südafrika kratzt trotz wirtschaftlicher Potentiale an der Rezessionsgrenze und leidet
31 unter massiven Stromausfällen. Einen weiteren Kontrast bildet Russland, zu dem die
32 Einordnung "Globaler Süden" nicht passt und das zumindest ökonomisch aktuell kaum als
33 "rising power" eingestuft werden kann. Auch wenn die EU-Sanktionen nicht zu einer
34 unmittelbaren Leerung von Putins Kriegskasse führen, beeinträchtigen sie die
35 wirtschaftlichen Verbindungen zwischen Russland und der EU voraussichtlich nachhaltig
36 und legen die Abhängigkeit der russischen Wirtschaft von fossilen Rohstoffen offen.
37 Zudem haben einige der Mitgliedstaaten mit innenpolitischen Problemen zu kämpfen.
38 Südafrika leidet nach wie vor unter Korruption und sozialer Ungleichheit, auch wenn

39 Präsident Ramaphosa der Korruption immer wieder Kampf ansagt. Brasilien wurde bis vor
40 kurzem von einem rechtsextremen Präsidenten regiert, der als "brasilianischer Trump"
41 bezeichnet wurde und nach der Wahl von Lula da Silva kam es zu massiven gewalttätigen
42 Ausschreitungen. Russland ist vor allem durch den Angriffskrieg gegen die Ukraine
43 gebunden und in China versucht die Führung im Xi Jinping das Wohlstandsversprechen
44 der KPCh zunehmend durch einen aggressiven Nationalismus zu ersetzen - wohl auch
45 deshalb, weil die Zeiten des bahnbrechenden Wachstums in China vorbei sind und sich
46 die Konsequenzen von Spekulationsblasen ebenso wie der Überalterung zeigen. Die
47 Einschätzung der BRICS-Staaten fällt also sehr gemischt aus. Nichtsdestoweniger
48 strahlt der Verbund eine Attraktivität für weitere Beitritte aus. Mehr als 40 Länder
49 sollen Interesse an der Mitgliedschaft bekundet haben, sechs neue Mitglieder sollen
50 zum 1. Januar 2024 aufgenommen werden. Diese Attraktivität speist sich aus zwei
51 Quellen: Dem Versprechen der Süd-Süd-Kooperation und damit einer Reform der westlich
52 dominierten Entwicklungszusammenarbeit zum einen und der politischen Ausrichtung
53 gegen die US-amerikanisch geprägten Weltordnung auf der anderen Seite.

54 **Institutionalisierung und Entwicklung**

55 Die BRICS-Staaten bilden weiterhin einen recht losen Zusammenschluss, der auch als
56 "Multilateralismus à la carte" umschrieben wird, weil er es den Mitgliedern
57 ermöglicht, in den Bereichen zusammenzuarbeiten, wo es ihren Interessen dienlich ist,
58 ohne sich weitreichend zu verpflichten. Dennoch liegt der Erfolg der BRICS auch in
59 ihrer Institutionalisierung. Von zentraler Bedeutung sind die NDB, die Neue
60 Entwicklungsbank, sowie die Vereinbarung über eine Reserve und einen Notfallfonds.
61 Die BRICS-Staaten zielen auf eine Schwächung des US-Dollar als Leitwährung ab und
62 setzen sich das Ziel, ihren Handel in den jeweiligen Landeswährungen abzuwickeln. Die
63 NDB fördert vor allem Infrastrukturmaßnahmen und steht allen UN-Mitgliedern offen.
64 Damit bildet die NDB eine Ergänzung zu Weltbank und IWF und spiegelt das berechtigte
65 Interesse der BRICS-Staaten wider, mehr Mitsprache bei der Entwicklungsfinanzierung
66 zu erlangen. Für Weltbank und IWF gilt nach wie vor ein eklatantes Missverhältnis mit
67 Blick auf die Stimmanteile. So halten die BRICS-Staaten 10 Prozent der Stimmanteile
68 der IWF, die EU hingegen 27 Prozent (siehe hierzu auch die Beschlussfassung Juso-
69 Bundeskongress 2021, F5 S. 67-68). **Dass diese Dominanz europäischer und US-
70 amerikanischer Interessen bei der Entwicklungszusammenarbeit durch Alternativen
71 hinterfragt wird, ist berechtigt und notwendig.**

72 **Does The World Needs Better Economic BRICs?**

73 Zum 01. Januar 2024 sollen unter dem neuen Namen BRICS plus Argentinien, Ägypten,
74 Äthiopien, Iran, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate der
75 Staatengemeinschaft beitreten. Durch diese Erweiterung und Aufnahme von sechs
76 weiteren Mitgliedsstaaten gewinnt BRICS an globaler Präsenz und an wirtschaftlicher
77 Bedeutung. Denn schon bald werden sechs der zehn wichtigsten Ölförderer Länder der
78 Welt zukünftig Teil der BRICS plus-Gruppe sein. Darüber hinaus wird die
79 Staatengemeinschaft voraussichtlich schon bald bis zu 37 % des globalen
80 Bruttoinlandsprodukts erwirtschaften und 46 % der Weltbevölkerung repräsentieren.
81 Neben der BRICS plus Gruppe haben weitere 40 Staaten vor dem südafrikanischen BRICS-
82 Gipfel im August 2023 Interesse an einer BRICS-Mitgliedschaft geäußert. Darunter die
83 unterschiedlichsten Länder aus Asien, Latein-Amerika und Nordafrika. Diese
84 Unterschiedlichkeit beschreiben die BRICS-Mitgliedsländer bestens. Denn nach welchen

85 Kriterien neue Mitglieder aufgenommen werden, ist innerhalb der BRICS umstritten und
86 außerhalb nicht bekannt. **Fest steht, durch die Aufnahme von neuen Mitgliedern werden**
87 **auch Staaten beitreten, die antidemokratisch und autoritär sind, dies muss zukünftig**
88 **kritisch beobachtet werden.** Darüber hinaus werden Unsicherheiten ausgeweitet, denn
89 viele der zukünftigen Mitglieder sind geprägt von Krisen und Konflikten. Die Aufnahme
90 der neuen Staaten in BRICS plus verstärkt die Tendenz, dass BRICS nicht nur eine
91 Wirtschaftscoalition, sondern auch ein politisches Gegengewicht zum Globalen Norden
92 bilden.

93 **Auswirkungen auf unsere Außenpolitik**

94 Die Macht und der Einfluss der BRICS-Staaten wachsen und sie streben nach einer
95 stärkeren Position in der globalen Arena. Diese Entwicklung können Deutschland und
96 auch die EU nicht ignorieren. Wir stehen mit den BRICS-Staaten einem Konglomerat an
97 Mächten gegenüber, die in weiten Teilen antidemokratisch geprägt sind und sich als
98 schwere Dialogpartner*innen präsentieren. Diese Form der Zusammenarbeit stellt
99 zugleich einen Widerspruch zu einer "wertegeleiteten" Außenpolitik dar, die auf
100 Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte pocht. **Dies erfordert nun von**
101 **Deutschland, auch offen für andere Positionen zu sein und neue Wege zu finden, um**
102 **außenpolitische Ziele, wie Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Demokratie, zu erreichen**
103 **und zu verfolgen.**

104 Gleichzeitig ist ein tiefergehendes Umdenken in unserer Außenpolitik erforderlich.
105 Ein Hauptziel der BRICS-Gruppe besteht darin, eine multipolare Weltordnung zu
106 schaffen, in der die Macht nicht länger von westlichen Ländern dominiert wird, und
107 Ungleichgewichte in der auf internationaler Gremienebene ausgeglichen werden. **In**
108 **einer sich ständig verändernden Welt muss der Globale Norden lernen, sich neuen**
109 **Vorstellungen darüber zu eröffnen, wie die Weltordnung funktionieren kann.**
110 **Deutschland und die EU sollten Rückschlüsse aus dieser veränderten Welt ziehen und**
111 **erkunden, wie sie einen pragmatischen Umgang mit den BRICS-Staaten erreichen können.**
112 Gleichzeitig soll dies allerdings nicht dazu führen, dass wir unsere Grundwerte und
113 Grundausrichtungen der Außenpolitik in Frage stellen. Die Verankerung demokratischer
114 Werte begreifen wir weiterhin als ein erstrebenswertes Gut globaler Natur. Dennoch müssen
115 wir den neuen globalen Rahmenbedingungen gerecht werden und nach Lösungen suchen, die
116 unsere Interessen und Werte wahren. Ein progressiver Impuls für unsere Außenpolitik,
117 der Flexibilität, Offenheit und die Bereitschaft zur Anpassung an eine sich
118 verändernde Welt ohne Aufgabe unserer Prinzipien vereint, ist dringend erforderlich.

119 **Internationale Institutionen**

120 BRICS hat auf institutioneller Ebene die Fähigkeit, verschiedene Dynamiken
121 miteinander zu verbinden. Dies geschieht dabei nicht nur auf multilateraler Ebene,
122 sondern auch durch bilaterale Vereinbarungen zwischen den derzeitigen
123 Mitgliedsstaaten. So tritt durch die Kombination aus multilateraler Ausrichtung und
124 bilateralen Beziehungen eine Erweiterung des "Multilateralismus à la carte" ein.

125 Maßgeblich geprägt hat dabei die Neue Entwicklungsbank (NDB) das Narrativ der BRICS
126 als eine Infrastrukturgemeinschaft und spielt eine zentrale Rolle. Beeindruckende 48%
127 der von der NDB geförderten Projekte bezogen sich dabei im Zeitraum von 2016 bis 2020
128 auf Infrastrukturmaßnahmen. Insbesondere die Förderung und Voranbringung von Süd-Süd
129 Kooperationen erscheint dabei als ein Schlüsselthema und das wichtigste Instrument
130 der NDB. Man muss dies als ein Zeichen für ein verändertes Verständnis von

131 Entwicklungszusammenarbeit betrachten, welche auf Solidarität und verminderten
132 Auflagen basiert. Aufgenommen wird dabei das Narrativ globaler Machtverschiebungen,
133 wobei diese Veränderungen zugunsten des Globalen Südens erfolgen sollen. Die
134 Ambitionen der BRICS eine größere Rolle in der internationalen Politik zu spielen,
135 wird deutlich reflektiert.

136 **BRICS und Russlands Krieg gegen die Ukraine**

137 Im Grundsätzlichen handelt es sich bei BRICS um einen informellen Staatenbund, der
138 kein gemeinsames sicherheitspolitisches Verständnis oder klare politische Leitlinien
139 teilt. Folglich kommt es zu einer gewissen Lockerheit innerhalb der Gruppe, die die
140 Koordination in sicherheitspolitischen Fragen erschwert. Die Positionierungen in
141 Bezug auf globale Krisenverhältnisse sind von außen heraus intransparent, von innen
142 heraus undefiniert. **Es ist folglich umso wichtiger, genauer zu untersuchen, welche**
143 **Rolle die jeweiligen BRICS-Staaten in Russlands Krieg gegen die Ukraine spielen.**

144 Die Rolle Russlands innerhalb der BRICS hat sich im Laufe der Jahre stark entwickelt.
145 Als eines der Gründungsmitglieder hat Russland schon lange eine aktive Rolle in
146 diesem Staatenbund. Insbesondere in der politischen Dimension kommt Russland eine
147 große Bedeutung zu. Russland hat sich als Befürworter der Erweiterung von BRICS zu
148 BRICS plus positioniert und erfolgreich die Einbeziehung weiterer aufstrebender
149 Volkswirtschaften vorangetrieben, die seine Interessen teilen. Unter den Neu-
150 Mitgliedern sind der Iran und Äthiopien, welche als enge Unterstützer*innen Russlands
151 gelten und so sitzen schon bald die drei größten Unterstützer*innen Russlands, China,
152 Iran und Äthiopien, an einem Verhandlungstisch. Dies hilft Russland insbesondere
153 dabei, Alternativen zum Globalen Norden zu schaffen und gegen die Sanktionen des
154 "Westens" vorzugehen. Denn derzeit trägt keines der BRICS-Länder die Sanktionen
155 gegenüber Russland mit. Dies hat erhebliche Auswirkungen, insbesondere auf den
156 Frieden in der Ukraine. Obwohl Brasilien und Südafrika sich innerhalb von BRICS für
157 Friedensverhandlungen im Ukraine-Krieg ausgesprochen haben, waren diese Bemühungen
158 bisher wenig erfolgreich. Fest steht, solange China, Brasilien und Indien weiterhin
159 zu den größten Abnehmer*innen des russischen Öls gehört, ist die Finanzierung des
160 russischen Krieges gegen die Ukraine gesichert und Russland kann sich seine
161 Kriegstreiberei weiterhin finanzieren. Und dennoch ist die politische Unterstützung
162 von China, Brasilien und Indien für den russischen Ukraine-Krieg begrenzt. Diese
163 Nuancen müssen bei der Gestaltung der Politik und diplomatischen Bemühungen gegenüber
164 den BRICS-Staaten berücksichtigt werden. Bilaterale Gespräche beispielsweise mit
165 Indien müssen weiterhin als relevant in Betracht gezogen werden. Sanktionen müssen so
166 gestaltet sein, dass sie ihr politisches Ziel erreichen, trotz dessen, dass andere
167 Staaten wie beispielsweise China die Sanktionen gegen Russland nicht im gleichen Maße
168 unterstützen. Grundsätzlich müssen wir begreifen, dass bilaterale Abkommen innerhalb
169 der BRICS-Staaten in Verbindung mit Russland eine potenzielle Gefährdung des Friedens
170 in Europa darstellen. Falls Staaten wie Indien oder Brasilien eine vermittelnde Rolle
171 zugeschrieben werden kann, sollte diese dennoch genutzt werden.

172 **China - eine Supermacht?**

173 China ist die größte Volkswirtschaft unter den BRICS-Staaten und trägt erheblich zur
174 wirtschaftlichen Dynamik der Gruppe bei. Als ein bedeutender Handelspartner hat China
175 erhebliche Investitionen in die BRICS-Region getätigt und dadurch seinen Einfluss in
176 den BRICS verstärkt. Obwohl sich die Volksrepublik China in den vergangenen

177 Jahrzehnten zu einer globalen Macht entwickelt hat, befindet sich China seit einiger
178 Zeit nicht mehr in ihrer Hochwachstumsphase, in der sie mal war. Realität ist, dass
179 demographische Probleme herrschen: Die Bevölkerung altert massiv, es hapert an
180 Innovationen und die Produktionszahlen sind eher schlecht. Daher ist China auf der
181 Suche nach neuen Märkten und neuen Partner*innen und setzt Hoffnung in die
182 Erweiterung von BRICS, um dem Anspruch des chinesischen Staats- und Parteichef Xi
183 Jinping, eine globale politische Macht zu sein, zu folgen. Denn auch Xi Jinping weiß,
184 dass eine Organisation mit vielen Mitgliedern einen ganz anderen geopolitischen
185 Einfluss hat, als wenn ihr nur fünf Länder angehören. Innerhalb der BRICS Gruppe
186 versucht China schon seit einiger Zeit eine führende globale Rolle einzunehmen und
187 seinen Einfluss zu erweitern. Chinas Machtausübung erfolgt dabei unter anderem auch
188 durch die Schaffung von Institutionen und die Förderung von bilateralen Beziehungen
189 zu anderen Ländern, wie Russland. Dies umfasst unter anderem auch den Einsatz von
190 wirtschaftlichem Druck und Unterstützungsabkommen, um politische Ziele zu erreichen.
191 Ferner müssen wir derzeit allerdings erkennen, dass bei der stagnierenden Wirtschaft
192 Chinas das Wohlstandsversprechen für die Bevölkerung an Bedeutung verliert. Der
193 chinesische Nationalismus als neue Ideologie hingegen befeuert die globalen
194 Tätigkeiten Chinas auf eine potentiell aggressive Weise.

195 Ziel Chinas ist es, den Globalen Süden um sich herum zu scharen und diese nach China
196 zu richten. Dabei soll Einfluss ausgeübt und die Weltordnung neu geprägt werden. Doch
197 auch innerhalb der BRICS Staaten wird China kritisch betrachtet. So will sich
198 beispielsweise Indien nicht den weltpolitischen Vormachtsbestrebungen Pekings
199 unterordnen, wie wir am Beispiel des brodelnden Konfliktes um das Himalaya-Gebirge
200 sehen können. Chinesischer und indischer Nationalismus stehen in Konkurrenz
201 zueinander. Auch im Hinblick auf Chinas Etablierung und der Suche nach neuen
202 Mitgliedsstaaten, mit der Unterstützung Russlands, wird Brasilien nervös. Denn für
203 die schwächeren Glieder der BRICS Gemeinschaft bedeutet dies einen weiteren
204 Machtverlust.

205 Ein übergeordnetes Ziel vereint die BRICS Länder: eine Gegenmacht zum Globalen
206 Norden, insbesondere der USA, zu sein. Als volkswirtschaftliches stärkstes Land
207 innerhalb der BRICS kommt China dabei eine besondere Bedeutung zu, obwohl sich nicht
208 alle Mitgliedsstaaten des BRICS-Zusammenschlusses derzeit China unterordnen. **Es ist**
209 **von entscheidender Bedeutung, sicherzustellen, dass Chinas Machtausübung im Einklang**
210 **mit internationalen Normen und Prinzipien erfolgt und nicht auf Kosten der**
211 **Souveränität und Interessen der globalen Gemeinschaft geht.**

212 **BRICS und der Kampf gegen den Klimawandel**

213 Auch mit Blick auf den Klimawandel eint die BRICS-Staaten die Kritik am globalen
214 Norden. Doch unterschiedlicher können ihre Strategien, Bedingungen und Ziele zum
215 Klimaschutz kaum sein. Fest steht, auch die BRICS Staaten können es sich nicht
216 leisten, nichts gegen den Klimawandel zu tun, denn die Auswirkungen des Klimawandels
217 auf die BRICS Staaten sind ungefähr genauso groß wie der Einfluss, den die BRICS
218 Staaten auf den Klimawandel haben. China und Indien haben bereits vor dem BRICS-
219 Gipfel im Jahr 2023 unter Hitzewellen und Starkregen gelitten, Waldbrände in Sibirien
220 sind außer Kontrolle geraten und Brasilien erwartet einen Winter mit extremem Regen.

221 China leistet als derzeit wirtschaftlich stärkster Mitgliedstaat von BRICS weltweit
222 den größten Anteil in der Produktion von Windturbinen sowie Solarpanelen und baut die

223 weltweit leistungsstärksten Wasserkraftwerke. Ohne die Fortschritte, die einige
224 BRICS-Staaten in Bezug auf den Klimawandel leisten, wäre die Erreichung der
225 Klimaneutralität deutlich erschwert. Gleichzeitig befinden sich unter den BRICS-
226 Staaten Plus auch Staaten, die als Rohöl- und Erdgas-Lieferanten sowie Atommächte
227 agieren. Diese Faktoren machen sie zu bedeutenden Akteur*innen in den Verhandlungen
228 zur globalen Klimaneutralität. **Das resultiert darin, dass wir in Bezug auf die**
229 **globale Bekämpfung des Klimawandels und für die Gestaltung einer nachhaltigen und**
230 **klimaneutralen Zukunft auf die BRICS-Staaten als Mitstreiter*innen nicht verzichten**
231 **können.**

232 **Zusammenarbeit statt Blockbildung**

233 Es ist nicht zu leugnen, dass die BRICS-Gruppe eine weltweit wachsende Bedeutung
234 bekommt. Voraussichtlich werden die BRICS Plus Staaten mit der Erweiterung um BRICS
235 Plus etwa 37 % des globalen Bruttoinlandsproduktes erwirtschaften und 46 % der
236 Weltbevölkerung repräsentieren. Im Vergleich dazu repräsentieren die G7-Staaten nur
237 etwa elf Prozent der Weltbevölkerung und sie erwirtschaften kaufkraftbereinigt nur 33
238 % des weltweiten BIP.

239 Wir Jusos erkennen daher an, dass die BRICS und BRICS Plus Staaten eine Rolle bei der
240 Gestaltung der globalen Agenda spielen werden und sich zu wichtigen Akteur*innen in
241 einer sich wandelnden globalen Landschaft entwickelt haben. Eine konstruktive
242 Zusammenarbeit unter Achtung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
243 mit den BRICS Plus Ländern soll genutzt werden, um gemeinsame Herausforderungen
244 anzugehen und Chancen zu nutzen. Unser aller Ziel muss sein, eine gerechtere und
245 nachhaltigere Weltordnung zu fördern.

246 Fest steht, dass der Globale Norden die eigenen multilateralen Formate für Staaten
247 des globalen Südens attraktiver machen und öffnen muss. Es bleibt Tatsache, dass die
248 BRICS-Staaten aufgrund ihres fehlenden gemeinsamen sicherheitspolitischen
249 Verständnisses für den Globalen Norden schwer kalkulierbar sind. Doch unabhängig von
250 sehr berechtigter Kritik an Staaten innerhalb der BRICS-Gruppe ist das Streben nach
251 echtem Multilateralismus, an dem alle Staaten gleichberechtigt teilhaben können und
252 der nicht als Machtinstrument des Globalen Nordens wirkt, legitim. Wir müssen zurecht
253 mit der Erkenntnis leben, dass das vom Globalen Norden so stark geprägte
254 Ordnungsmodell zukünftig nicht mehr einfach allgemein weltweit akzeptiert werden
255 wird. Die BRICS-Staaten zeigen durch die Erweiterung um weitere Mitgliedsstaaten ihr
256 gestärktes Selbstbewusstsein. Diesem Selbstbewusstsein sollte proaktiv mit mehr
257 Zusammenarbeit und Reformbereitschaft mit Blick auf internationale Institutionen
258 begegnet werden. Eine Logik des globalen Wettkampfs oder sogar der Gegen-Blockbildung
259 verkennt die berechtigten Interessen der BRICS und würde die politischen
260 Gemeinsamkeiten zwischen den BRICS-Staaten vermutlich sogar noch stärken.

Antrag F2: Solidarität mit der Westsahara

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	F - Frieden & Internationales

1 Historische Entwicklungen in der Westsahara

2 Das Gebiet der Westsahara umfasst eine Fläche von 266.000 km² und grenzt im Norden an
3 das Königreich Marokko und die Demokratische Volksrepublik Algerien sowie im Osten
4 und Süden an die Islamische Republik Mauretanien. Etwa 85 Prozent des von 1884 bis
5 1975/76 unter spanischer Kolonialherrschaft befindlichen Gebietes werden heute durch
6 Marokko besetzt. Die saharauische Bevölkerung wird auf etwa eine Millionen Menschen
7 geschätzt.

8 Nachdem sich die ehemalige Kolonialmacht Spanien Anfang der 1970er Jahre auf
9 wiederholte Aufforderung der UN-Generalversammlung zu der Dekolonisierung der
10 Westsahara und der Vorbereitung eines Referendums über die Unabhängigkeit der
11 Westsahara entschlossen hatte, erhoben sowohl Marokko als auch Mauretanien Anspruch
12 auf das Territorium und entsandten Truppen in die Westsahara. Der Gebietsanspruch
13 Marokkos auf die Westsahara wird bis heute international nicht anerkannt und das
14 angekündigte Referendum hat bis heute nicht stattgefunden.

15 Die Saharais organisierten sich ab 1975 unter anderem in einer bewaffneten
16 "Unabhängigkeitsbewegung" namens Frente Polisario (Frente Popular para la Liberacion
17 de Saguia el- Hamra y Rio de Oro). 1976 gründete die Frente Polisario eine
18 "saharauische Exilregierung", die "Demokratische Arabische Republik Sahara" (DARS),
19 die bis heute in der internationalen Staatengemeinschaft überwiegend nicht als Staat
20 anerkannt wird. Das Gebiet der Westsahara ist durch einen Wall geteilt in einen
21 größeren westlichen Bereich unter der Kontrolle von Marokko sowie einen östlichen und
22 südlichen unter der Kontrolle der Frente Polisario

23 Bis zur Vereinbarung eines Waffenstillstandes im Rahmen der Vereinten Nationen 1991
24 befanden sich Marokko und die „Befreiungsfront Polisario“ im Krieg. In dieser
25 Vereinbarung wurde festgehalten, dass es einen Waffenstillstand und anschließend ein
26 Referendum zur Selbstbestimmung der Bevölkerung der Westsahara geben soll. Das
27 Abkommen wurde von beiden Kriegsparteien ratifiziert, unklar blieb jedoch bis heute,
28 wer in einer solchen Abstimmung stimmberechtigt wäre.

29 In der Nähe der algerischen Stadt Tindouf sind seit 1975 fünf saharauischen
30 Flüchtlingslager errichtet worden. Ihre Bewohner:innen flohen vor der spanischen
31 Besatzung und infolge der Entsendung der marokkanischen und mauretanischen Truppen.
32 Die Flüchtlingslager in der Westsahara sind ohne Beteiligung des UNHCR (UN High
33 Commissioner for Refugees) eingerichtet worden. Sie stehen unter der Kontrolle der
34 Frente Polisario. Selbstformuliertes Ziel der dort lebenden Menschen ist dabei
35 schrittweise ein plurales demokratisches System aufzubauen, was auch in der DARS
36 Verfassung festgehalten ist. So werden derzeit beispielsweise regelmäßige Wahlen
37 innerhalb der Frente Polisario abgehalten. MINURSO, die UN-Mission für ein Referendum
38 in der Westsahara, hat nur ein Mandat, um die Einhaltung des Waffenstillstandes zu
39 garantieren und ein Referendum vorzubereiten, nicht aber für den Schutz der

40 Bevölkerung und die Wahrung der Menschenrechte.

41 **Die aktuelle Situation in der Westsahara**

42 Seit 2004 lehnt Marokko jeden Lösungsvorschlag ab, der die völkerrechtlich
43 garantierte Selbstbestimmung der Bevölkerung der Westsahara involviert. Die
44 Menschenrechtssituation in Marokko allgemein und in der Westsahara im Speziellen ist
45 kritisch zu betrachten. Marokko ist eine repressive Monarchie; die Sicherheitskräfte
46 und die Regierung missachten systematisch rechtsstaatliche Prinzipien. Dazu gehören
47 die Einschränkung der Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit sowie die Rechte von
48 Frauen, willkürliche Verhaftungen und die Verfolgung von Migrant:innen, Geflüchteten
49 und queeren Personen. Jeder Protest für ein Referendum und die Unabhängigkeit der
50 Westsahara wird unterdrückt, Aktivist:innen schikaniert, inhaftiert und die freie
51 Berichterstattung von Journalist:innen verhindert. Amnesty International wirft
52 Marokko die Inhaftierung von kritischen Journalist:innen aus der Westsahara vor,
53 ebenso willkürliche Festnahmen und bis hin zu Folter von Aktivist:innen, die sich für
54 die Unabhängigkeit der Region einsetzen. Die internationale Staatengemeinschaft zeigt
55 sich ambivalent und von kapitalistischen und geopolitischen Profitinteressen
56 geleitet.

57 Die Ressourcen in der Westsahara spielen eine wichtige Rolle im Konflikt, denn
58 Marokko profitiert massiv durch Investitionen internationaler Unternehmen. Das Gebiet
59 der Westsahara ist mit einem fischreichen Gewässer und großen Phosphatvorkommen
60 rohstoffreich und daher von hoher wirtschaftlicher Relevanz für alle
61 Konfliktparteien. Auch europäische und deutsche Unternehmen kooperieren mit
62 marokkanischen Firmen, die auf dem Gebiet der Westsahara agieren, so arbeitet Siemens
63 Energy beispielsweise mit einer Energiefirma, die dem marokkanischen König gehört,
64 und ist am Aufbau eines Windparks in den besetzten Gebieten der Westsahara beteiligt.
65 Die dort gebauten Windräder liefern den Strom für den Abbau von Phosphat und dessen
66 Transport zur Küste, von wo der Rohstoff an Düngerproduzenten im Ausland exportiert
67 wird.

68 Im Jahr 2019 hat die EU ein Fischereiabkommen mit Marokko geschlossen, welches die
69 besetzten Gebiete in der Westsahara mit einschloss. Dies wurde vom Europäischen
70 Gerichtshof für nichtig erklärt, da Marokko kein Recht zu Verhandlungen über das
71 ungeklärte Gebiet habe. Das Fischereiabkommen zwischen der EU und Marokko ist
72 mutmaßlich auch Teil des EU- Korruptionsskandals, welcher 2022 bekannt wurde. Weitere
73 westliche Staaten wie Spanien und die USA haben in den letzten Jahren ihre Positionen
74 zu einer potentiellen Resolution zum Teil aus geopolitischen, migrationspolitischen
75 oder vermeintlich prestigebringenden Gründen gewandelt und so mindestens zu einer
76 diplomatischen Eskalation eines Konflikts beigetragen, der seit Jahrzehnten auf
77 Kosten der Menschen in den besetzten Gebieten der Westsahara ausgetragen wird. Der
78 völkerrechtliche Status der Westsahara ist nach wie vor umstritten. Die unzureichende
79 Menschenrechtslage, der Mangel an andauernder internationaler Aufmerksamkeit und
80 unabhängiger Beobachtung in der Region begünstigten einen Mangel an zuverlässigen
81 Informationen.

82 Im November 2020 eskalierte schließlich die Lage erneut. Die Menschen vor Ort erleben
83 seit dem eine neuerliche Welle einer andauernden Gewaltspirale. Die marokkanische
84 Armee ist dabei in die demilitarisierte Pufferzone nahe dem Gebiet der Stadt
85 Guerguerat eingedrungen. Grund dafür soll die Blockade einer Straße zwischen Marokko

86 und Mauretanien durch Aktivist:innen der Polisario gewesen sein.
87 Der Vorfall zeigt, wie wichtig die Westsahara nicht nur monetär, sondern auch
88 strategisch für Marokko ist. Letztlich geht es für Marokko um den Zugang zum Rest
89 Afrikas: Algerien hat die Grenzen geschlossen und damit führt der einzige Landweg für
90 marokkanische Güter über die Gebiete der Westsahara. Marokko nutze die Lage wohl auch
91 deshalb, um die eigenen Stellungen bis an die mauretanische Grenze zu verschieben und
92 das Polisario-Gebiet zu verkleinern. Daraufhin erklärte die Polisario den seit 1991
93 geltenden Waffenstillstand für nichtig und startete laut eigenen Angaben Artillerie-
94 Angriffe auf marokkanische Stellungen. Marokko dementierte, angegriffen worden zu
95 sein - mutmaßlich um den Konflikt vor der internationalen Öffentlichkeit zu verbergen
96 - auch wenn die Attacken von den Vereinten Nationen bestätigt wurden.

97 **Unsere Forderungen**

- 98 • Wir fordern, dass die Bundesregierung sich für die Umsetzung des vereinbarten
99 Referendums einsetzt. Dieses Referendum, welches über die politische Zukunft der
100 saharauischen Bevölkerung bestimmen soll, soll unter Führung der UN durchgeführt
101 werden.
- 102 • Die Europäische Union darf keine weiteren Abkommen vereinbaren, welche die
103 Westsahara als Gebiete Marokkos inkludieren. Die Urteile des EuGH, die alle
104 Investitionen im Zusammenhang mit der Westsahara für illegal und
105 völkerrechtswidrig erklären, müssen eingehalten werden.
- 106 • Auch fordern wir, dass die wirtschaftliche Zusammenarbeit der deutschen
107 Bundesregierung mit Marokko, welche die besetzten Gebiete der Westsahara
108 betrifft, ausgesetzt wird. Dies bedeutet für uns auch, dass etwa 15 deutsche
109 Unternehmen (u.a. Siemens AG, HeidelbergCement, die Köster Marine Proteins
110 (KMP), DHL, DB Schenker) ihre Projekte und Aufträge in den besetzten Gebieten
111 aufgeben müssen.
- 112 • Deutschland soll sich beim UN-Sicherheitsrat für ein Menschenrechts-Mandat zur
113 Überwachung der Menschenrechtslage in den besetzten Gebieten der Westsahara
114 einsetzen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag F3: Der Klimakrise sind eure Bauchschmerzen egal - Vorhaben zu neuen Ölförderprojekten stoppen

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	F - Frieden & Internationales

1 Adressat*in: Juso Buko

2 Die US-Regierung hat dem Ölkonzern Conocophillips drei neue Bohrplattformen in Alaska
3 genehmigt. Nach Angaben von Conocophillips können mit dem Willow Project täglich bis
4 zu 180.000 Barrel Öl gefördert werden. Insgesamt könne man über die neu entstehenden
5 Plattformen in den kommenden 30 Jahren etwa 600 Millionen Barrel Öl fördern.
6 Ähnlich steht es mit dem britischen Rosebank oilfield. Dabei handelt es sich um das
7 größte noch unerschlossene Ölreservoir in der Nordsee. Hier könnten über die
8 Lebensspanne des Projekts bis zu 500 Millionen Barrel Öl gefördert werden.
9 Über die gesamte Laufzeit wird das Willow Project nach Schätzungen der US-Regierung
10 gut 260 Millionen Tonnen Kohlenstoffdioxid in die Atmosphäre freisetzen.
11 Das freigesetzte CO2 beim Rosebank Ölfeld entspricht den Emissionen der 28 Länder mit
12 dem niedrigsten Einkommen in der Welt. Dennoch werden die Projekte von den
13 Regierungen der Länder gepusht und als „notwendig“ betitelt.

14

15 Der Kapitalismus nimmt in seiner Grundverfasstheit die Natur als Ressource hin,
16 sowohl als Quelle für Inputs in die Produktion, als auch als Senke für die
17 Abfallprodukte. Ihr Wert wird dabei gleichzeitig vorausgesetzt, als auch verleugnet.
18 Damit beschreibt man die neusten Ölexplorationen Großbritanniens und der USA
19 eigentlich auch schon hinreichend.

20 Hinzu kommt ein gesteigertes Interesse an Energieunabhängigkeit. Formal, um die
21 eigene Freiheit zu sichern und von der Abhängigkeit von autokratischen Regimen los zu
22 kommen.. Wahrscheinlich aber auch, um heimische Kapitalinteressen langfristig
23 abzusichern und vor externen Schocks zu bewahren.

24

25 Dabei gibt es bereits technische Lösungen, um die Abhängigkeit von fossilen
26 Ressourcen zu beenden. Durch Investitionen in die Wind- und Solarenergie kann
27 regionaler Strom kostengünstig erzeugt werden. Der Ausbau von erneuerbaren Energien
28 wird jedoch schon seit Jahrzehnten blockiert und strategisch verzögert. Der Ölkonzern
29 Exxon Mobil hat seit den 1970er Jahren eigene Studien zur Klimafolgenforschung
30 betrieben. Laut einer Forschungsgruppe waren die Ergebnisse eindeutig, wurden vom
31 Management aber verschwiegen. Der Konzern steht natürlich seinen eigenen Interessen
32 nicht im Wege. Aber genau dank der Forschung, die an die Gruppen von Exxon Mobil
33 anknüpft, wissen wir, dass sich die Welt weder das Willow Project noch das Rosebank
34 Oilfield leisten kann. Vorausgesetzt, man will weite Teile des Planeten als
35 menschliche Lebensgrundlage erhalten.

36

37 Der Kapitalismus beruht zudem auf zwei Momenten der Aneignung. Das erste ist das uns
38 meist bekannte Moment der Ausbeutung, bei der sich der Mehrwert angeeignet und
39 geleistete Arbeit mit dem gesellschaftlich durchschnittlich, zur Reproduktion
40 notwendigen Preis entlohnt wird. Das zweite Moment ist das der Enteignung. Diese ist
41 sowohl Ausgangsvoraussetzung für die Ausbeutung, als auch fortwährend im Kapitalismus
42 nötig. Besonders stark von diesen Enteignungen sind diejenigen betroffen, die nicht
43 im Laufe der Industrialisierung ihre Staatsbürgerrechte dem Kapital abringen konnten.
44 Auch wenn der Peak der klassischen kolonialen bzw. postkolonialen Aneignung bereits
45 überschritten ist, so betrifft es ganz besonders immer noch und immer wieder die
46 indigenen Bevölkerung Nordamerikas und Alaskas. Sie sind es, auf deren Kosten bereits
47 seit Beginn der Industrialisierung in Nordamerika expandiert wird. Und sie sind es,
48 auf deren Kosten nun der letzte Sargnagel für jedes humane Klimaziel geschmiedet
49 werden soll.

50

51

52 Die Ausbeutung zeigt sich im Finanzkapitalismus nicht mehr nur durch stumpfe
53 Landnahme durch Konzerne und die Vertreibung indigener Bevölkerungen. Die meisten
54 Länder des globalen Südens und zumindest ein guter Teil ihrer Wirtschaftsleistung
55 befindet sich in einer, durch Schulden realisierten, Abhängigkeit von den
56 ökonomischen Zentren des globalen Norden. Die Arbeitsleistung der arbeitenden Klasse
57 und die natürlichen Ressourcen in diesen Ländern wurde sich historisch nicht nur von
58 der eigenen Bourgeoisie angeeignet, sondern auch fortwährend durch den Globalen
59 Norden. Diese Abhängigkeit verhindert in ihrer Konsequenz eine ernsthafte nachhaltige
60 Wirtschaftsentwicklung in den Ländern des Globalen Südens. So bleibt die Konsequenz
61 aus kompliziert zu erschließenden Ölfeldern wie dem Willow Project und dem Rosebank
62 Oilfields, dass der Norden seiner historischen Verantwortung für den Klimawandel
63 weiter ausweicht. Zwar greift er dafür nicht mehr auf die Ressourcenausbeutung des
64 Globalen Südens zurück, wälzt aber die Verantwortung für die Emissionsreduktion hin
65 zu ebendiesen.

66

67 Das exkraktivisch-kapitalistische System wird durch die Kooperation der staatlichen
68 Institutionen, vor allem der Polizei, aufrechterhalten. Seit Jahren zeigt sich, wie
69 die Staatsmacht die Kapitalinteressen der Großkonzerne über die Rechte der
70 Protestierenden stellt und so brutale Polizeigewalt anwendet, um legitime Proteste
71 und Besetzungen zu durchbrechen. Auch hier zeigt sich, dass diese Repressionen System
72 haben und nicht nur ein lokales Phänomen sind. Von der Räumung des Protestcamps in
73 Lützerath über Festnahmen bei Protesten in Schottland bis hin zu unaufgeklärte Morde
74 an Klimaaktivist*innen in ölreichen Ländern wie Kolumbien oder Ecuador. Demokratische
75 Staaten werden zum Spielball globaler Kapitalinteressen und unterstützen die
76 Umsetzung von Großprojekten durch die zunehmende Erhöhung der Repressionen sowohl
77 gegen Klimaaktivist*innen als auch durch die angewendete Rhetorik. Wir stellen uns
78 entschlossen gegen Polizeigewalt und zeigen uns solidarisch mit allen Betroffenen.
79 Die Kriminalisierung von Klimaprotesten lehnen wir vehement ab.

80

81 Ölkonzerne stehen mit im Zentrum eines auf Aneignung natürlicher Ressourcen

82 aufbauenden fossilen Kapitalismus, sie sind das tiefschwarze Herz des fossilen
83 Kapitals. Ihr politischer Einfluss zeigt sich nicht nur im immensen Lobbyismus dieser
84 Branche, sondern vor allem auch in der Abhängigkeit ganzer Produktionszweige von
85 ihnen. Dadurch erscheinen sie unvermeidbar und die Demokratie als zunehmend
86 erpressbare Hülle ihrer selbst. Aus dieser systemischen Abhängigkeit entstehen
87 globale Repressionen gegen das Ausbrechen aus diesem selbstzerstörerischen Kreislauf.
88 Auch deshalb muss unsere Antwort darauf ebenso international lauten: Wir stehen
89 gemeinsam an der Seite derer, die sich gegen den Extraktivismus einsetzen und fordern
90 den sofortigen Stopp der Förderprojekte Willow und Rosebank.

91

92 Es bringt uns zudem nichts, wenn Regierungsvertreter*innen von Bauchschmerzen klagen,
93 wenn sie klimaschädlichen Projekte beschließen oder das Mittel der „offenen
94 Kommunikation“ suchen, um ihre Vorhaben zu legitimieren. Es ist davon auszugehen,
95 dass der Klimakrise und damit der fortschreitenden Zerstörung unserer Lebensgrundlage
96 ein paar Bauchschmerzen herzlich wenig interessieren und diese somit nichts mehr als
97 eine Farce sind, die zur Befriedung der Gesellschaft dienen sollen.

98

99 Unsere Forderungen sind daher:

- 100 • Solidarität mit den Protestbewegungen #stoprosebank und #stopwillow und “just
101 stop oil”
- 102 • Sofortiger Stopp von Räumungen von Besetzungen
- 103 • Sofortiger Stopp von neuen Ölförderprojekten
- 104 • Eine Hand in Hand gehende Kollektivierung und Demokratisierung der
105 Energieressourcen, global wie national
- 106 • Eine globale Entwicklungsstrategie hin zu nachhaltiger Energieversorgung

Antrag F4: Weniger Aufrüstung, Mehr Waffenkontrollen!

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	F - Frieden & Internationales

- 1 Wir fordern, dass eine systematische Erfassung von Waffen jeglicher Art und ihren
- 2 Besitzer*innen stattfindet. Außerdem fordern wir eine regelmäßige und umfangreiche
- 3 Kontrolle aller Waffen und derer Besitzer*innen. Dafür benötigt es eine bundesweit
- 4 einheitliche Regelung, um die bisherige alleinige Verantwortung der Bundesländer für
- 5 Waffenkontrollen abzulösen. Weiterhin, ist es besonders wichtig, dass auch Vereine,
- 6 in denen Sportschießen ausgeübt wird, regelmäßig kontrolliert werden, damit
- 7 Scheinmitgliedschaften unterbunden werden können.
- 8 Dabei muss auch bestehendes Waffenrecht tatsächlich kontrolliert und bei Vorfällen
- 9 und Verstößen auch zukünftig durchgegriffen werden. Vorfälle wie der im Saalekreis,
- 10 wo es trotz mehrfacher Warnungen an die Waffenbehörde trotzdem zu einem Feminizid
- 11 kam, dürfen sich nicht wiederholen. Dazu muss die Kontrolldichte und Abstimmung
- 12 zwischen Gefahrenabwehr- und Waffenbehörden verstärkt werden und eine maximale Frist
- 13 zwischen Kontrollen eingeführt werden. Außerdem fordern wir ein Verbot von
- 14 halbautomatischen Waffen und Kurzwaffen bei Waffenbesitzer*innen.
- 15 Auch muss eine umgekehrte Genehmigungsfiktion zulasten des Waffenbesitzrechts
- 16 verankert werden, heißt: Bei Hinweisen durch Sicherheitsbehörden, die eine
- 17 Zuverlässigkeit hinterfragen, gilt die Erlaubnis automatisch und sofort als
- 18 widerrufen, bis die Waffenbehörde den Fall untersuchen kann.

Antrag F5: Solidarität mit den Armenier*innen in Bergkarabach – Für Frieden und Gerechtigkeit

Antragsteller*in:	Jusos Saar
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	F - Frieden & Internationales

1 Analyse:

2 Seit über 100 Jahren schwelt der Konflikt um das Gebiet Bergkarabach, heute bekannt
3 als die Republik Arzach. Die Republik Arzach, die zu 99% von Armenier*innen bewohnt
4 wird, kämpft seit 1994 um ihre De- facto-Unabhängigkeit, jedoch bleibt ihre Existenz
5 immer wieder bedroht.

6 Es ist von entscheidender Bedeutung, die historische Dimension dieses Konflikts zu
7 verstehen. Die Geschichte Bergkarabachs ist von Ungerechtigkeiten geprägt. Unter
8 Stalin wurde das Gebiet aus politischen Macht-Entscheidungen widerrechtlich an
9 Aserbaidschan übergeben, obwohl die Armenier*innen in der Region dies nicht wollten
10 und ihnen ihr Mitspracherecht verwehrt wurde. Die Entscheidung, Bergkarabach an
11 Aserbaidschan anzuschließen, führte in den folgenden Jahrzehnten zu Spannungen und
12 Konflikten zwischen Armenien und Aserbaidschan. Diese Spannungen gipfelten
13 schließlich in einem bewaffneten Konflikt und einem Krieg zwischen den beiden Ländern
14 um Bergkarabach in den späten 1980er und frühen 1990er Jahren.

15 Dieser Konflikt ist hauptsächlich ein Streit zwischen Armenien und Aserbaidschan,
16 wobei Armenien die Unabhängigkeit unterstützt, während Aserbaidschan das
17 Bergkarabach-Gebiet für sich beansprucht.

18 Russland spielte hier in der Vergangenheit immer die vermeintliche Rolle der
19 „Schutzmacht“ Armeniens und versuchte zu vermitteln.

20 Leider wurden diese Meinungsverschiedenheiten in der Vergangenheit wiederholt durch
21 militärische Auseinandersetzungen ausgetragen, zuletzt im September 2020 durch den
22 von langer Hand geplanten Angriffskrieg, in dem Aserbaidschan die Gebiete
23 zurückerobert hat. Dieser Krieg wurde im November durch ein Waffenstillstandsabkommen
24 beendet. In diesem Abkommen wurde der freie Personen- und Warenverkehr zwischen
25 Armenien und Bergkarabach durch eine 5m breite Verbindung nach Armenien zugesichert,
26 doch dieses Versprechen wurde durch die seit 2022 bestehende Blockade des "Latschin-
27 Korridors" gebrochen, trotz der Anwesenheit der Russischen „Peacekeeper“. Der Lachin-

28 Korridor stellt die einzige befahrbare Straße und sicheren Weg zwischen Arzach und
29 Armenien dar und spielt für die Versorgung und den Warenverkehr eine existenziell
30 bedeutende Rolle für die Bevölkerung des Gebiets. Diese Blockade erfolgte seitens
31 Aserbaidschan, was zur Folge hatte, dass sich die Lage derart verschärfte, dass sogar
32 humanitäre Hilfskonvois daran gehindert wurden, dringend benötigte, u.a. auch
33 medizinische Hilfe zu liefern. Ende August dieses Jahres wurde selbst die Pariser
34 Bürgermeisterin Anne Hidalgo mit 10 LKWs voller Hilfsgüter auf dem Weg nach Arzach
35 daran gehindert, humanitäre Hilfe zu leisten, was auf eine dramatische
36 Verschlechterung der humanitären Situation hindeutet.

37 Am 19. September 2023 startete Aserbaidschan einen erneuten unprovokierten

38 Angriffskrieg auf die Republik Arzach, der aufgrund der Stationierung der
39 militärischen Truppen um das Grenzgebiet schon länger geplant gewesen sein muss.
40 Dieses Vorgehen wurde von Aserbaidshon als lokale "Anti-Terror- Maßnahme"
41 bezeichnet, jedoch kann dies nur als militärischer Überfall betrachtet werden. Die
42 militärischen Auseinandersetzungen zwangen Arzach, sein bereits stark dezimiertes
43 Militär aufzulösen und Gesprächen über eine Integration in Aserbaidshon zuzustimmen,
44 um weitere zivile Opfer zu vermeiden. Aserbaidshon hat durch aggressives
45 militärisches Vorgehen seine Ziele verfolgt und scheint diesen nähergekommen zu sein.
46 In den Interviews Aliyevs wird ebenfalls deutlich, dass es nicht bei dem

47

48 Gebiet Arzach enden soll, sondern er auch Anspruch auf das Land Armenien erhebt. Ein
49 solches Vorgehen verurteilen wir als Jusos auf das Schärfste. Imperialismus und
50 militärische Eroberungen dürfen niemals erfolgreich sein, da sie das friedliche
51 Zusammenleben der Menschen überall auf der Welt gefährden, ein Ziel, das wir Jusos
52 durch unseren Internationalismus anstreben.

53 Die Anwesenheit russischer Friedenstruppen in Bergkarabach hat sich zudem als
54 problematisch erwiesen. Spätestens durch die gleichzeitigen Waffenlieferungen 2020 an
55 Aserbaidshon hat sich gezeigt, dass mitnichten von einer "Schutzmacht" gesprochen
56 werden kann. Es wird immer offensichtlicher, dass diese Truppen nicht ihre
57 eigentliche Aufgabe erfüllen, sondern den taktischen Plänen Putins dienen. Gerade
58 durch den Ukraine Krieg hat Putin gezeigt, wie wenig er von demokratischen Ländern
59 hält und dass auch Armenien, welches sich durch eine friedliche Revolution von der
60 Oligarchie freigesagt und zu einer Demokratie aufgeblüht ist, ist Putin nun ein Dorn
61 im Auge. Daher lässt er dies die armenische Bevölkerung immer wieder spüren und lässt
62 sie gerade jetzt völlig schutzlos, womit Armenien und Arzach völlig schutzlos sind.

63 Besonders Deutschland, das den Völkermord an den Armeniern im Jahr 1915 nicht nur
64 anerkannt hat, sondern auch die moralische Verantwortung für die Rolle des deutschen
65 Kaiserreichs in diesem Völkermord trägt, darf in dieser Angelegenheit nicht untätig
66 bleiben. Der Genozid an den Armenier*innen steht als düsteres Kapitel in der
67 Geschichte und als eine Mahnung gegen das Versagen der internationalen Gemeinschaft,
68 Gräueltaten zu verhindern. Angesichts dieser historischen Verantwortung und unter
69 Berücksichtigung der tragischen Ereignisse in Bergkarabach ist Deutschland dazu
70 aufgerufen, aktiv zu handeln, um einen weiteren Völkermord zu verhindern. Diese
71 historische Ungerechtigkeit und die erlittenen Leiden erinnern uns daran, wie wichtig
72 es ist, Unrecht anzuerkennen und historische Verantwortung zu übernehmen.

73 Wir betonen daher, dass Russland nicht als effektiver "Peacekeeper" in Bergkarabach
74 dienen kann. Stattdessen muss die Europäische Union eine führende Rolle übernehmen,
75 um die Sicherheit und Stabilität in der Region zu gewährleisten. Die EU kann aufgrund
76 ihrer Erfahrung in der Konfliktvermittlung und ihres Engagements für Frieden und
77 Menschenrechte eine effektivere und unparteiische Vermittlungsrolle einnehmen.

78 Im UN-Sicherheitsrat äußerte Armenien vor wenigen Tagen die Sorge, dass es in
79 Bergkarabach aufgrund der Aserbaidshonischen Eroberung zu ethnischen Säuberungen
80 kommen könnte. Schon im Jahr 2020 gab es hunderte Berichte und vereinzelt
81 Bildmaterialien von Enthauptungen, Misshandlungen, Vergewaltigungen und sogar
82 verhängte Kopfgelder für diese Taten an armenischen Gefangenen, sowie Menschen aus
83 der Zivilbevölkerung die nicht aus den eroberten Gebieten fliehen konnten und führte

84 zu einer Traumatisierung.

85 Dies bedeutet nun nichts anderes als die erneute Befürchtung vor Unterdrückung,
86 Vertreibung und Ermordung tausender Armenier*innen in der Region. Erfahrungen aus
87 vergangenen Konflikten haben gezeigt, dass insbesondere Mädchen und Frauen in solchen
88 Situationen leiden. Die internationale Gemeinschaft, die EU und Deutschland dürfen
89 nicht tatenlos zusehen, wenn Krieg Leid über tausende Menschen bringt. Deshalb
90 gebietet es unser Internationalismus und Feminismus, nicht nur das Vorgehen
91 Aserbaidschans zu verurteilen, sondern auch alles in unserer Macht Stehende zu tun,
92 um Unterdrückung, Vertreibung und Leid in Bergkarabach zu verhindern. Alle
93 diplomatischen und wirtschaftlichen Mittel müssen ausgeschöpft werden, um
94 Aserbaidschan zu zwingen, eine friedliche Lösung des Konflikts zu suchen, die das
95 Leiden von tausenden Menschen vermeidet und gleichzeitig das unversehrte Leben der
96 Bevölkerung Arzachs garantiert.

97 Besonders die Europäische Union steht in dieser Angelegenheit in der Verantwortung.
98 Über Jahrzehnte hinweg haben die EU und Aserbaidschan enge wirtschaftliche und
99 politische Beziehungen gepflegt. Diese Beziehungen hätten genutzt werden müssen, um
100 auf eine friedliche Lösung des Konflikts hinzuwirken.

101

102 Stattdessen hat die EU nach der russischen Invasion in der Ukraine ihre Partnerschaft
103 mit Aserbaidschan intensiviert, wobei Aserbaidschan zu einem wichtigen Gaslieferanten
104 für die EU wurde. Für uns ist jedoch klar, dass ein Land, das offensive
105 Militäroperationen zur Unterwerfung benachbarter Regionen und ganzer
106 Bevölkerungsgruppen durchführt, kein "vertrauenswürdiger Energiepartner" sein kann,
107 wie es von Ursula von der Leyen zitiert wurde. Die Vertiefung der wirtschaftlichen
108 Partnerschaft im vergangenen Jahr, obwohl zu diesem Zeitpunkt der Latschin-Korridor
109 bereits durch Aserbaidschan blockiert war, hat es der EU erschwert, eine
110 entscheidende Rolle bei der friedlichen Lösung des Konflikts einzunehmen. Die EU hat
111 sich aus wirtschaftlichen Gründen in eine Abhängigkeit von einem Aggressor begeben.
112 Dies unterstreicht einmal mehr, dass die deutsche und europäische Außenpolitik von
113 unseren Werten des Friedens, der Freiheit, der Menschenrechte und der Gerechtigkeit
114 geleitet sein muss und nicht von ökonomischen Interessen.

115 Daher fordern wir:

116 Die Verurteilung des unprovokierten Angriffskriegs Aserbaidschans auf die
117 Armenier*innen in Bergkarabach.

118 Solidarität mit den Opfern von Krieg und Gewalt in Bergkarabach.

119 Die friedliche Beendigung des Bergkarabach-Konflikts unter Einbeziehung der
120 Interessen der armenischen Bevölkerung vor Ort.

121 Eine gerechte und dauerhafte Lösung, die die Sicherheit der dort lebenden Menschen
122 gewährleistet.

123 Die Nutzung aller diplomatischen und wirtschaftlichen Mittel durch die EU und
124 Deutschland, um eine friedliche Lösung zu fördern und sicherzustellen.

125 Die Verringerung und Beendigung der energiepolitischen Abhängigkeit von Staaten, die
126 in Konflikte verwickelt sind oder absehbar sein könnten.

127 Die aktive Rolle der Europäischen Union bei der Gewährleistung von Sicherheit und

- 128 Stabilität in Bergkarabach, um weitere Gewalt und Unterdrückung zu verhindern.
- 129 Den gemeinsamen Einsatz für Frieden, Gerechtigkeit und die Verhinderung von weiterem
130 Leid in Bergkarabach, damit historisches Unrecht und internationale Versäumnisse
131 nicht erneut zu einem Völkermord führen.
- 132 Quellen:
- 133 https://de.wikipedia.org/wiki/Aserbajdschan_und_die_Europ%C3%A4ische_Union
- 134 <https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/zahlen-und-grafiken-gas-aus-aserbajdschan-so-viel-liefert-das-land-der-eu-und-so-viel-soll-noch-kommen/ar-AA1h42LT>
- 135
- 136
- 137 <https://www.morgenpost.de/politik/article239642103/bergkarabach-aserbajdschan-armenien-konflikt-ethnische-saeuberungen.html>
- 138
- 139 <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/berg-karabach-hintergrund-100.htmlhttps://oc-media.org/aliyev-says-yerevan-historically-azerbaijani/>
- 140
- 141 https://www.zeit.de/politik/ausland/2023-09/bergkarabach-aserbajdschan-armenien-konflikt-verhandlungen?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F
- 142
- 143 <https://www.welt.de/politik/ausland/video247608616/Broder-ueber-Alijews-Angriff-auf-Bergkarabach-Es-ist-die-Absicht-ein-Volk-zu-vernichten.html?fbclid=PAAaYRdYmk3exwzWB0R8ytVpwwwTG7XOCj9LCWs4HJN4RuU1TUESCIJdMI9g>
- 144
- 145
- 146 <https://asbarez.com/paris-mayor-leads-french-humanitarian-aid-convoy-to-lachin-corridor/>
- 147
- 148 https://www.lemonde.fr/en/international/article/2023/09/20/azerbaijan-s-bombardment-of-nagorno-karabakh-illustrates-waning-of-moscow-s-influence_6137934_4.html
- 149
- 150 <https://www.politico.eu/article/france-paris-mayor-anne-hidalgo-armenia-azerbaijan-nagorno-karabakh-conflict-war-zone/>
- 151
- 152 <https://www.zeit.de/2023/34/bergkarabach-aserbajdschan-armenien-hunger-versorgung/komplettansicht>
- 153
- 154 <https://oc-media.org/azerbaijan-takes-control-of-lachin-as-deadline-for-armenians-to-leave-passes/>
- 155
- 156 <https://osteuropa.lpb-bw.de/bergkarabach-konflikt#c68713>
- 157 <https://www.kas.de/de/web/die-politische-meinung/blog/detail/-/content/9-fragen-zum-konflikt-zwischen-armenien-und-aserbajdschan>
- 158
- 159 https://web.archive.org/web/20130921073055/http://hudoc.fcnm.coe.int/XML/Ecri/ENGLISH/Cycle_02/02_CbC_eng/02-cbc-azerbaijan-eng.pdf
- 160
- 161 https://www.voanews.com/a/south-central-asia_human-rights-watch-accuses-azerbaijan-abusing-armenian-pows/6199086.html
- 162
- 163 <https://www.hrw.org/news/2021/03/19/azerbaijan-armenian-pows-abused-custodyhttps://greekcitytimes.com/2020/11/06/syrian-artsakh-armenian/>
- 164
- 165 https://inews.co.uk/news/world/nagorno-karabakh-conflict-execution-videos-armenians-experts-warn-genocide-2636369?ico=most_popular
- 166

Antrag G1: Für eine tolerante und offene Gesellschaft - Queere und feministische Realitäten anerkennen

Antragsteller*in:	Jusos Nord-Niedersachsen
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

1 Das Selbstbestimmungsgesetz muss endlich kommen - ohne weitere Diskriminierungen!

2 Analyse:

3 Lange haben wir Jusos an der Seite vieler weiterer Menschen dafür gekämpft, dass das
4 diskriminierende und menschenverachtende Transsexuellengesetz endlich abgeschafft
5 wird. Inzwischen steht fest, dass das Transsexuellengesetz abgeschafft werden soll.

6 Nun stehen wir vor einem ersten Entwurf des Selbstbestimmungsgesetzes, der uns in
7 dieser Form nicht zufriedenstellen kann. Wir müssen laut und klar sagen: Hier endet
8 unser Kampf gegen die Diskriminierung von queeren Menschen nicht.

9 Der zuletzt erschienene Entwurf des Selbstbestimmungsgesetzes macht deutlich, dass es
10 weiterhin zu Diskriminierungen gegen trans*, inter, genderfluide, agender und weitere
11 Personen kommen würde, die sich dem weit verbreiteten binären Geschlechtersystem
12 nicht zugehörig fühlen. Daher muss am Selbstbestimmungsgesetz noch einiges geändert
13 werden, damit wir endlich auf gesetzlicher Ebene mit den Diskriminierungen aufräumen
14 können. Und fest steht auch: Wir müssen die Aufmerksamkeit auch weiterhin auf dieses
15 Thema lenken, uns immer wieder damit befassen und Druck machen, damit das
16 Transsexuellengesetz endlich abgeschafft und das Selbstbestimmungsgesetz
17 diskriminierungsfrei wird!

18 Deshalb fordern wir:

- 19 • Auch Kinder und Jugendliche sollten die Möglichkeit haben, ihren Vornamen und
20 Personenstand zu ändern, ohne dafür vor Gericht ziehen zu müssen, wenn sie kein
21 unterstützendes oder ein diskriminierendes und queerfeindliches Umfeld haben.
- 22 • Der Verweis auf die Gültigkeit des privaten Hausrechts muss gestrichen werden.
23 Andernfalls bestünde legal die Möglichkeit, Menschen aufgrund ihrer
24 Geschlechtszugehörigkeit zu diskriminieren und das kann unmöglich zugelassen
25 werden.
- 26 • Personenstandsänderungen müssen auch im Kriegs- und Verteidigungsfall geändert
27 werden dürfen. Hier das Argument vorzuschieben, Menschen würden sich offiziell
28 dem weiblichen Geschlecht zuordnen, um der Wehrpflicht zu entgehen, ist eine
29 haltlose Unterstellung und auf mehreren Ebenen diskriminierend.
- 30 • Die drei Monate Bedenkzeit bei einer Personenstandsänderung müssen gestrichen
31 werden, hier darf es keine gesetzlich vorgeschriebenen Wartezeiten geben. Diese
32 Wartezeit gesetzlich festzuhalten wäre diskriminierend, schließlich ist bei
33 keiner anderen Standesamtsangelegenheit eine Warte- oder Bedenkzeit gesetzlich
34 vorgeschrieben.
- 35 • Laufende Vornamens- und Personenstandsänderung-Verfahren nach dem
36 Transsexuellengesetz müssen sofort eingestellt werden, sobald das

37 Selbstbestimmungsgesetz in Kraft tritt. Vonamens- und Personenstandsänderungen
38 sind dann ab sofort unter den Bedingungen des Selbstbestimmungsgesetzes
39 durchzuführen. Es darf nicht zugelassen werden, dass die diskriminierenden und
40 entwürdigenden Praktiken des TSG weiter durchgeführt werden, obwohl es eine
41 bessere und vor allem gesetzlich gültige Alternative gibt.

- 42 • Es braucht einen konkreten gesetzlichen Diskriminierungsschutz: Artikel 3 Absatz
43 3 des Grundgesetzes muss mit dem Verbot der Diskriminierung von queeren Menschen
44 ergänzt werden.
- 45 • Das Selbstbestimmungsgesetz muss in diskriminierungsfreier Form kommen, damit
46 das Transsexuellengesetz und die damit verbundenen Diskriminierungen endlich der
47 Geschichte angehören! Daran muss priorisiert gearbeitet werden.

48

49 Gewalt gegen queere Menschen: Wir brauchen spezifische Präventionsmaßnahmen!

50 Analyse:

51 Nach wie vor ist ein Anstieg von Gewalt gegenüber queeren Menschen zu beobachten.
52 Menschen werden aufgrund ihrer Sexualität und/oder ihrer Geschlechtsidentität
53 beleidigt, bedroht, angegriffen und in einigen Fällen sogar getötet. Hier besteht
54 akuter Handlungsbedarf. Es müssen vermehrt Beratungs- und Hilfsangebote für queere
55 Menschen geschaffen werden, da diese überproportional häufig von Gewalt betroffen
56 sind. Natürlich muss auch Aufklärungs- und Awarenessarbeit geleistet werden, um
57 präventiv zu agieren, damit Gewalt gegen queere Menschen verhindert werden kann. Es
58 ist aber auch wichtig, dass Gewalt gegen queere Menschen, wenn sie geschieht, auch
59 als solche erkannt wird und mit angemessenen Konsequenzen darauf reagiert wird. Dabei
60 muss stets ein intersektionaler Blickwinkel eingenommen werden. Wenn sich
61 verschiedene Diskriminierungskategorien überschneiden und sich gegenseitig
62 verstärken, müssen die Präventions-, Beratungs- und Hilfsangebote entsprechend
63 ausgestaltet werden. So suchen sich beispielsweise queere Menschen mit
64 Migrationshintergrund und/oder mit Behinderungen prozentual seltener Hilfe, wenn sie
65 von Gewalt betroffen sind. Hier müssen dringend spezifische Angebote geschaffen
66 werden. Mit der Aufklärung muss so früh wie möglich begonnen werden, weshalb über
67 diese Thematik bereits in der Schule informiert werden muss. Im Vorfeld braucht es
68 hier entsprechende Schulungen für das Personal. Gleichzeitig muss es auch zu
69 Reformen und Aufklärungsaktionen bei Polizei und Justiz kommen, damit die Exekutive
70 und die Judikative angemessen auf die bestehende Problematik reagieren können.

71 Deshalb fordern wir:

- 72 • Queere Menschen mit Behinderung und Menschen mit Migrationshintergrund suchen
73 sich prozentual seltener Hilfe oder Beratung: Hier müssen gezielte Beratungs-
74 und Hilfsangebote geschaffen und den Menschen leicht zugänglich gemacht werden.
- 75 • Mehrsprachige Infobroschüren, Internetauftritte und Beratungsangebote für queere
76 Menschen.
- 77 • In Geflüchtetenunterkünften sollten Ansprechpartner*innen und Safespaces für
78 queere Menschen vorhanden sein. Alternativ oder zusätzlich sollten Kooperationen
79 zwischen Geflüchtetenunterkünften und externen Beratungsstellen für queere
80 Menschen geschlossen werden, die queeren Geflüchteten mit Schutzräumen,

- 81 Informationen und Beratung generell und bei akuten Problemen zur Seite stehen.
- 82 • Mitarbeiter*innen und ehrenamtliche Helfer*innen in Geflüchtetenunterkünften
83 sollten auch für queere Themen sensibilisiert werden. Gegen Queerfeindlichkeit
84 muss in allen Lebensbereichen angegangen werden - auch in Unterkünften.
- 85 • In allen Unterkünften müssen umgehend Schutzkonzepte erarbeitet und umgesetzt
86 werden, die den Mindeststandards entsprechen
- 87 • Für queere Menschen mit Behinderungen braucht es spezifische Beratungsangebote,
88 die barrierefrei zugänglich sind. Inklusion muss hier auch bei der Mitwirkung
89 stattfinden: Auch queeren Menschen mit Behinderungen sollte verstärkt ermöglicht
90 werden, selbst eine beratende Rolle einzunehmen.
- 91 • Safespaces für queere Menschen generell barrierefrei (um)gestalten.
- 92 • Öffentliche Beratungs- und Hilfestellen, die sich insbesondere an queere
93 Jugendliche richten.
- 94 • Fortbildungen für Schulpersonal und Lehrkräfte, damit eine Sensibilisierung für
95 queere Themen stattfindet. Hierbei muss klar vermittelt werden, welchen
96 Problemen und Gefahren queere Menschen ausgesetzt sind oder sein können.
97 Weiterhin müssen Lehrkräfte und Schulpersonal erfahren, wie sie die Inhalte im
98 Unterricht weiter vermitteln können, wie sie hilfeschenden queeren Jugendlichen
99 helfen und gegebenenfalls auf Queerfeindlichkeit reagieren können.
- 100 • Queerness gehört in den Lehrplan! All die vielen Facetten müssen sinnvoll in den
101 Lehrplan integriert und an die Jugend vermittelt werden. Die bislang dürftig
102 ausfallende Aufklärung muss so bald, wie möglich umfangreich in den Schulen
103 stattfinden, damit auch die Schüler*innen sensibilisiert werden. Hierbei bietet
104 es sich an, fächerübergreifende Konzepte, Aktionen, Informationen und Beispiele
105 zu entwickeln.
- 106 • Fortbildungen und Sensibilisierung bei der Polizei. Auch die Polizei muss
107 adäquat über Queerness aufgeklärt werden. Sie muss in der Lage sein,
108 queerfeindliche Gewalt als solche zu erkennen und entsprechend angemessen darauf
109 zu reagieren.

110

111 Queere Menschen dürfen in der Forschung nicht vergessen werden. Heteronormative
112 Muster müssen aufgebrochen werden!

113 Analyse:

114 Heteronormativität bezeichnet die Ansicht, dass Heterosexualität die soziale Norm
115 sei. Diese Ansicht setzt voraus, dass es eine binäre Geschlechterordnung, also eine
116 klare Festlegung auf nur zwei Geschlechter, gibt, in welcher das
117 anatomische/biologische Geschlecht mit Geschlechtsidentität, Geschlechtsrolle und
118 sexueller Orientierung gleichgesetzt wird. Gleichzeitig wird davon ausgegangen, dass
119 eine heterosexuelle Entwicklung zwischen Frauen und Männern der „natürliche“ Weg sei
120 und während alle anderen Formen der Sexualität als „unnormale“ abgetan werden. Dieses
121 heteronormative Denken begünstigt durch das beschriebene Gesellschaftsbild eindeutig
122 Homophobie und Queerfeindlichkeit in den Köpfen der Menschen und spaltende,
123 menschenfeindliche Tendenzen.

124 Für uns ist sehr klar, dass die heteronormativen Denkmuster aufgebrochen werden

125 müssen, um homo- und transphobe Tendenzen in unserer Gesellschaft keine falsche
126 Grundlage zu geben und queere Menschen vor Queerfeindlichkeit zu schützen.
127 Heteronormativität als Grundlage für Forschung an biologischen und
128 gesellschaftswissenschaftlichen Fragestellungen muss endlich ein Ende gesetzt werden.

129 Deshalb fordern wir:

130 • Dass die Heteronormativität als Weltanschauung, die auf einer binären
131 Geschlechterordnung beruht und damit Homo- und Transfeindlichkeit und andere
132 menschenfeindliche Tendenzen verstärkt, entschieden bekämpft wird.

133 Dafür braucht es:

134 • Eine breit angelegte Aufklärung über Queer Studies und Queer-Theory, die klar
135 aufzeigen, weshalb Heteronormativität nicht zutrifft.

136 • Eine Prüfung von Inhalten auf Heteronormativität, die in der Schullaufbahn, im
137 Studium oder in verschiedenen Ausbildungsberufen vermittelt werden und die
138 entsprechende Korrektur dieser Inhalte.

139 • Breit angelegte Aufklärungskampagnen über Queerfeindlichkeit und andere
140 menschenfeindliche Ansichten sowie ihre Ursachen und Folgen, die die
141 Gesellschaft dafür sensibilisieren, welche Auswirkungen das häufig noch immer
142 praktizierte heteronormative Denken hat.

143 • Die finanzielle, personelle und infrastrukturelle Förderung von
144 Forschungsvorhaben zu Fragestellungen, die in einem biologischen oder
145 gesellschaftswissenschaftlichen Kontext heteronormative Denkweisen widerlegen
146 und Forschungsergebnisse, die hier schon existieren, noch verstärken.

147

148 Queerfeindlichkeit ist auch historisch gewachsen. Wir brauchen eine Aufarbeitung der
149 Geschichte!

150 Analyse:

151 Überall auf der Welt und auch in Deutschland sind zu viele queere Menschen noch heute
152 Hass, verbalen Angriffen und körperlicher Gewalt ausgesetzt. Der Tod des 25-jährigen
153 Transmanns Malte in Munster im Jahr 2022, der durch die Verletzungen eines
154 queerfeindlichen Übergriffs verursacht wurde, hat uns auf dramatische Weise vor Augen
155 geführt, wozu Queerfeindlichkeit auch bei uns in Deutschland führen kann. In den
156 letzten Jahren wurde im politischen Kontext zwar einiges erreicht. Heute werden
157 queere Menschen nicht mehr kriminalisiert, die "Ehe für alle", die, wie wir wissen,
158 nicht für alle gilt, wurde 2017 im Bundestag beschlossen und auch das
159 Selbstbestimmungsgesetz soll bald das Transexuellengesetz ablösen. Jeder dieser
160 Schritte, wenn in jedem einzelnen Fall deutlich zu spät gegangen, war und ist wichtig
161 für queere Menschen in Deutschland. Doch die seit Jahren steigenden queerfeindlichen
162 Straftaten, verdeutlichen die zunehmende Problematik und machen eben auch deutlich,
163 dass queere Menschen noch heute großen Gefahren ausgesetzt sind. Allein zwischen den
164 Jahren 2019 und 2020 wurde ein Anstieg um bis zu 36 % verzeichnet und die
165 Dunkelziffer wird noch deutlich höher sein.

166 Dieser immer wieder auftretende queerfeindliche Hass, die physischen und psychischen
167 Übergriffe gegenüber queeren Menschen, verdeutlichen uns, dass die vermeintlich
168 toleranter werdende Gesellschaft uns nicht über die noch immer strukturell verankerte

169 Queerfeindlichkeit in der Gesellschaft hinwegtäuschen darf. Es braucht daher eine
170 noch klarer forcierte Aufarbeitung der Geschichte queerer Menschen in Deutschland. Es
171 muss dabei ein Augenmerk auf die Entwicklung des Umgangs mit queeren Menschen in der
172 Gesellschaft, die Aufarbeitung der queerfeindlichen Kriminalisierung und die heute
173 aus historischen Gegebenheiten verbliebene Queerfeindlichkeit in der Gesellschaft
174 gelegt werden.

175 Deshalb fordern wir:

- 176 • Die stärkere wissenschaftliche und gesellschaftliche Aufarbeitung der Situation
177 queerer Menschen in der Zeit des Kaiserreichs, der Weimarer Republik, während
178 des Nationalsozialismus in Deutschland sowie in der Bundesrepublik Deutschland
179 und der Deutschen Demokratischen Republik.
- 180 • Aus den gewonnenen Erkenntnissen der wissenschaftlichen Aufarbeitung muss
181 abgeleitet werden, welche historisch gewachsenen Strukturen der
182 Queerfeindlichkeit noch heute existieren. Das Aufbrechen dieser Strukturen muss
183 die Konsequenz dieser Prüfung sein.
- 184 • Den Ausbau staatlicher Finanzierung von Organisationen und Verbänden, die die
185 queere Geschichte in Deutschland aufarbeiten, die öffentliche Sichtbarkeit von
186 queeren Menschen fördern, die Problematik der Queerfeindlichkeit in das
187 gesellschaftliche Bewusstsein rücken und das Gedenken an die Opfer von
188 Queerfeindlichkeit aufrechterhalten.
- 189 • Die Schaffung von mehr öffentlichen Gedenkstätten und Plätzen, die Raum zum
190 Gedenken an queere Menschen, die während der Zeit des Nationalsozialismus
191 verfolgt, interniert und ermordet wurden. Auch muss den Menschen gedacht werden,
192 die wegen ihrer Homosexualität auch in der Bundesrepublik noch bis in das Jahr
193 1969 in der gleichen Form wie während der Nazizeit verurteilt wurden.
- 194 • Die Prüfung der deutschen Gesetze, die in vielen Fällen noch auf Fassungen
195 vergangener Jahrzehnte basieren, ob diese queerfeindliche Rechtsgrundlagen
196 schaffen und die Korrektur dieser Inhalte. Diese Prüfung muss zwingend durch
197 queere Organisationen, Verbände, etc. begleitet werden, um die wirklichen
198 Expert*innen in diesem Bereich einzubinden.

Begründung

Das Selbstbestimmungsgesetz muss endlich kommen - ohne weitere Diskriminierungen!

Die Forderungen zeigen: Beim aktuellen Entwurf des Selbstbestimmungsgesetzes muss nachgebessert werden! Der ganze Entwurf hat einen allgemeinen Beigeschmack von Misstrauen gegenüber trans* Personen. Warum sonst wird im Entwurf explizit auf das Hausrecht verwiesen? Diesen Aspekt im Gesetzesentwurf zu erhalten, wird weiterhin faktisch dafür sorgen, dass diskriminierende Praktiken fortgesetzt werden können. Diese Scheinheiligkeit können wir im Selbstbestimmungsgesetz nicht gebrauchen. Während das ausgesprochene Ziel des Selbstbestimmungsgesetzes alle Betroffenen inkludieren möchte, bewirkt der aktuell vorliegende Entwurf das genaue Gegenteil. Das werden wir nicht akzeptieren. Im Übrigen besteht ein solches Hausrecht gegenüber keiner anderen marginalisierten Gruppe, was die Diskriminierung dieses Aspekts nochmal unterstreicht. Misstrauen gegenüber trans* Personen wird auch verdeutlicht, indem in diesem Entwurf festgehalten wird, dass im Verteidigungs- oder Kriegsfall der Personenstand nicht geändert werden darf. So ein hypothetisches, diskriminierendes und haltloses Szenario mit einzubringen und zu bestimmen, dass in einem solchen Fall der Personenstand

nicht mehr geändert werden darf, ist inakzeptabel. Menschen von vornherein zu unterstellen, sie würden einen weiblichen Geschlechtseintrag beantragen, um der Wehrpflicht zu entgehen, ist weit hergeholt und nichts anderes als eine diskriminierende Unterstellung. Zumal wir im Jahr 2023 uns doch ernsthaft die Frage stellen sollten, ob man bei einer Wehrpflicht - die wir Jusos sowieso grundsätzlich ablehnen - wirklich noch nach Geschlechtern trennen sollte. Des Weiteren halten wir es für realitätsfern, gesetzlich festhalten zu wollen, dass Kinder und Jugendliche nur mit dem Einverständnis ihrer Erziehungsberechtigten, beziehungsweise mit Hilfe gerichtlicher Maßnahmen ihren Vornamen- und Personenstand ändern können sollen. Hier werden Konflikte für die Kinder und Jugendlichen vorprogrammiert, wenn sie in einem Umfeld leben, das keine Unterstützung bietet oder sich diskriminierend verhält. Das Leben der Kinder und Jugendlichen so zu erschweren, halten wir für extrem problematisch. Es sollte für alle Menschen möglich sein, ihren Vornamen- und Personenstand zu ändern, unabhängig vom Alter. Es macht sich bemerkbar, wie viele Diskriminierungsmöglichkeiten sich noch im Entwurf des Selbstbestimmungsgesetzes befinden. Dazu gehört auch die Frist von 3 Monaten Bedenkzeit, sobald eine Vornamens- und/oder Personenstandsänderung beantragt wird. Was rechtfertigt es, hier an dieser Bedenkzeit festzuhalten? Bei keiner anderen Standesamtsangelegenheit ist dies weder gängige Praxis, noch wird es gefordert. Würden wir anfangen darüber nachzudenken, eine solche Bedenkzeit beispielsweise bei Hochzeiten einzuführen, wäre der Aufschrei groß. Allein dieses Beispiel macht deutlich, dass die Bedenkzeit im Selbstbestimmungsgesetz nichts verloren hat und sie durch und durch diskriminierend ist! Fest steht aber auch, dass mit den Praktiken aus dem Transsexuellengesetz und dem TSG selbst endlich Schluss sein muss! Deswegen muss der Entwurf des Selbstbestimmungsgesetzes frei von Diskriminierungen sein. Darüber hinaus braucht es einen konkreten gesetzlichen Diskriminierungsschutz, damit trans* Personen dann auch in Zukunft gesetzlich geschützt sind. Daher fordern wir die Ergänzung von Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes um das Verbot der Diskriminierung von queeren Menschen. Diese Erweiterung ist längst überfällig und würde zudem garantieren, dass das Selbstbestimmungsgesetz nicht einfach wieder von einer anderen Regierung abgeschafft wird. Das Warten muss ein Ende haben

Queere Menschen dürfen in der Forschung nicht vergessen werden. Heteronormative Muster müssen aufgebrochen werden!

Für uns Jusos ist sehr klar, dass wir heteronormative Denkmuster und das Verständnis einer binären Geschlechterordnung nicht nur entschieden ablehnen, sondern auch wissen, dass diese Theorien wissenschaftlich nicht haltbar sind. Vielmehr ist durch die Queer-Theory deutlich geworden, dass der durch heteronormatives Denken vermittelte Zusammenhang von biologischem Geschlecht, sozialem Geschlecht und sexuellem Begehren kritisch zu betrachten und zu untersuchen ist. Es wird also richtigerweise mit der Vorstellung gebrochen, dass es eine binäre Geschlechterordnung gibt, die nur aus Frauen und Männern besteht, dass jede*r, die oder der nicht heterosexuell wäre, von einer Norm abweicht und dass ein Zusammenhang zwischen anatomischem/biologischem Geschlecht mit Geschlechtsidentität, Geschlechtsrolle und sexueller Orientierung besteht. Dieser Weg muss gesamtgesellschaftlich weitergegangen werden.

Das Wissen, welches wir durch Queer Studies und Queer-Theory heute haben und die daraus resultierende Kritik an der Heteronormativität, müssen in die Gesellschaft getragen werden. Die vermittelten Bildungsinhalte in der Schule, dem Studium und in der Ausbildung müssen kritisch auf heteronormative Inhalte geprüft werden. Gleichzeitig muss mehr in solche Bereiche der Forschung investiert werden, die in der Vergangenheit und in der Gegenwart eine heteronormative Prägung haben, um diese Muster aufzubrechen und die Fortschritte in der Forschung zu bestärken, die schon aktuell nachweisen, dass Heteronormativität nichts anderes als eine veraltete Weltanschauung ist. Nur so kann dafür gesorgt werden, dass die Queerfeindlichkeit und andere Formen der sozialen Menschenfeindlichkeit

aus den Köpfen der Menschen verschwinden und die in der Gesellschaft strukturell verankerte Diskriminierung aufgebrochen wird.

Queerfeindlichkeit ist auch historisch gewachsen. Wir brauchen eine Aufarbeitung der Geschichte!

Gesellschaftlich gewachsene Strukturen und Denkmuster sind, auch wenn wir auf antifeministische, rassistische, ableistische und antisemitische Tendenzen in unserer Gesellschaft blicken, historisch gewachsen und deshalb im Denken der Menschen strukturell verankert. Auch für die Queerfeindlichkeit, die sich in den letzten Jahren statistisch gesehen immer häufiger in verbalen Übergriffen und offener Gewalt ausgedrückt hat, gilt dieser historische Ursprung.

Während die gesellschaftliche Stigmatisierung während der Zeit der Weimarer Republik zumindest in den großen Städten wie Berlin etwas abgebaut werden konnte, kam sie mit dem aufkommenden Faschismus in Deutschland mit voller Wucht zurück. Durch die Nazis wurden queere Menschen unterdrückt, verfolgt, gefoltert, in Konzentrationslagern festgehalten, ermordet und zwangssterilisiert. Durch den §175 wurden homosexuelle Männer verurteilt und galten, obwohl sie nach dem Sieg der Alliierten 1945 ebenfalls in einer großen Zahl aus den Konzentrationslagern befreit wurden, nicht als Opfer des Nationalsozialismus, sondern als Kriminelle. Diese Praxis der Verurteilung Homosexueller wurde in der Bundesrepublik noch bis 1969 in der gleichen Art und Weise wie zur Nazizeit fortgesetzt und in dieser Weise auch von der Mehrheitsgesellschaft als richtig empfunden. Auch wenn der §175 auch in der Bundesrepublik über die Jahre liberalisiert wurde, wurde die Homosexualität erst 1994 aus dem Strafgesetzbuch gestrichen.

Anhand dieser Punkte wird sehr klar, dass die deutsche Geschichte von queerfeindlichen Handlungen durchzogen ist. Viele dieser Denkmuster finden sich in teilweise abgeschwächter Form noch immer in den Köpfen der Menschen und sorgen für ein Fortbestehen der Queerfeindlichkeit in unserer Gesellschaft. Deshalb ist es so wichtig, dass eine Aufarbeitung der Geschichte im Hinblick auf die Situation der queeren Menschen forciert wird. Aus einer solchen gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Aufarbeitung müssen zwingend auch Schlüsse folgen, wie queerfeindliche Strukturen und Denkmuster, die unsere Gesellschaft noch heute prägen, aufgebrochen werden können. Gleichzeitig müssen noch deutlich mehr Räume geschaffen werden, in denen Menschen sich mit der Geschichte queerer Menschen auseinandersetzen können, in denen ein Gedenken an die Opfer von Queerfeindlichkeit möglich ist und die mahnen, dass dieser schreckliche Umgang mit queeren Menschen so nicht fortgesetzt werden kann. Staatliche Stellen müssen zur finanziellen Ausstattung von Gedenkstätten zu diesem Zweck sowie von Verbänden und Organisationen sorgen, die sich in diesem Kontext engagieren.

Antrag G2: Alles Krise? - Feministische Antworten auf die Krisen unserer Zeit

Antragsteller*in:	Jusos Nordrhein-Westfalen
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

1 Überall Krise, überall Patriarchat?! – in Zeiten multipler Krisen und der Dauerkrise
2 Kapitalismus enttarnt sich das Patriarchat jedes Mal aufs Neue: prekäre Beschäftigung
3 von FINTA, geschlechtsspezifische Gewalt in Kriegs- und Krisengebieten, die Care-
4 Krise und globale Krisen wie die Klimakatastrophe zeigen klar, dass das Patriarchat
5 immer wieder Wege findet, all jene zu unterdrücken, die nicht in patriarchale
6 Rollenbilder passen, beziehungsweise, die klein gehalten werden müssen, um
7 Machthegemonien aufrecht zu erhalten. Unsere feministische Analyse identifiziert
8 dabei Frauen, Inter, Nicht-binäre, trans und Agender Personen als jene Unterdrückten
9 im Patriarchat. Je nach Kontext sind diese Gruppen zwar sehr unterschiedlich
10 betroffen, sie eint jedoch der Ausschluss aus patriarchalen Hegemonien - ganz im
11 Gegensatz zu Cis-Männern. Es braucht also intersektionale feministische Antworten auf
12 diese Krisen sowie konsequente Solidarität, um unserem Kampf gegen das Patriarchat
13 zum Erfolg zu verhelfen.

14 **Geschlechtsspezifische Gewalt in Kriegs- und Krisengebieten**

15 Inhaltswarning: Gewalt

16 Das Erstarken von autoritären Mächten erschüttert unsere Welt schon seit Jahren: Das
17 Mullah-Regime im Iran, die Diktatur der Taliban in Afghanistan, Lukaschenkos
18 unrechtmäßiger Machterhalt in Belarus, der Angriffskrieg auf die Ukraine oder auch
19 der Krieg im Sudan. Die Anzahl an Kriegen und Krisen steigt immer weiter. In diesen
20 Konflikten kommt es strukturell immer wieder zu geschlechtsspezifischer Gewalt und so
21 wird bspw. sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Mädchen als Waffe genutzt, um Macht
22 zu demonstrieren. Auch genderqueere Personen wie INTA fallen allzu oft dieser Gewalt
23 zum Opfer. Differenziert werden müssen aber die Motive der unterschiedlichen Formen
24 geschlechtsspezifischer Gewalt. Frauen und Mädchen erfahren sexualisierte Gewalt in
25 Krisen- und Kriegsgebieten, weil die Täter sie als Besitz eines ihnen feindlich
26 gegenüberstehenden Mannes verstehen und sie so objektifizieren und sexualisierte
27 Gewalt nutzen um sprichwörtliche Gebietskämpfe zu verkörperlichen. INTA-Personen
28 wiederum fallen meist geschlechtsspezifischer Gewalt zum Opfer, da ihre bloße
29 Existenz als ein Angriff auf patriarchale Hierarchien gewertet wird.

30 In Afghanistan verlieren Frauen seit August 2021 immer weiter an Rechten, INTA waren
31 bereits vor der Machtergreifung der Taliban schweren Repressionen ausgesetzt, müssen
32 nun jedoch einer völlig neuen Gewaltspirale Stand halten, da im Weltbild der Taliban
33 kein Platz für Queerness und Geschlechtsidentitäten jenseits der Binarität ist. So
34 wurden sie aus dem öffentlichen Leben verbannt, dürfen keine Bildungseinrichtungen
35 besuchen oder am Arbeitsmarkt teilhaben. Ebenso sind FINTA erheblich in ihrer
36 Bewegungsfreiheit eingeschränkt und müssen bei Protest gegen ihre Unterdrückung mit

37 Verfolgung, Folter und Inhaftierung rechnen. Auch die gesundheitliche Versorgung von
38 FINTA scheint auf längere Sicht nicht gesichert: Etwa durch das Studienverbot fehlt
39 es an Gynäkolog*innen und Hebammen, um sichere Geburten zu begleiten. So scheint es
40 nicht verwunderlich, dass etwa Afghanistan eine der höchsten Müttersterblichkeiten
41 weltweit verzeichnet.

42 Im Iran zeigt sich ein weiterer Unterdrückungsmechanismus: Seit mehreren Monaten
43 werden regelmäßig junge Schüler*innen in der Schule vergiftet. Diese Vergiftungen
44 treten fast ausschließlich an Mädchenschulen auf und betreffen mittlerweile tausende
45 junge FINTA im Iran, die oft nach den Giftanschlägen im Krankenhaus behandelt werden
46 müssen. Zeitgleich werden im Iran Frauen weiter massivst unterdrückt und systematisch
47 entrechtet: kein Tanzen oder Singen in der Öffentlichkeit, eine
48 Verschleierungspflicht und kein Anspruch auf das Sorgerecht der eigenen Kinder. Vor
49 Gericht gilt die Aussage eines Mannes so viel wie die Aussagen von zwei Frauen. Die
50 feministische Revolution seit dem Mord an Jina Mahsa Amini im September 2022 kämpft
51 gegen diese Unterdrückung, doch das Mullah-Regime antwortet seit Monaten gewalttätig
52 unter anderem mit der Hinrichtung von Aktivist*innen sowie der Vergewaltigung von
53 inhaftierten Freiheitskämpfer*innen.

54 Auch in der Ukraine berichten seit dem Angriffskrieg Putins immer mehr FINTA von
55 sexualisierter Gewalt. Allein 156 Fälle wurden zur Anzeige gebracht – die
56 Dunkelziffer, so auch die Schätzung der Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine, wird
57 viel höher sein. Marta Havryshko, eine ukrainische Wissenschaftlerin, die schon
58 jahrelang über sexualisierte Gewalt in Kriegen forscht, spricht von einer „Epidemie
59 sexualisierter Gewalt“ in der Ukraine seit dem 24.02.2022.

60 In Belarus kämpfen FINTA an vorderster Front gegen das unterdrückerische autoritäre
61 Lukaschenko-Regime

62 All diese Beispiele sind nur ein kleiner Teil der geschlechtsspezifischen Gewalt
63 gegen FINTA in Kriegs- und Krisengebieten - das wahre Ausmaß der Unterdrückung ist
64 weder bekannt noch wirklich vorstellbar. All diese Unterdrückungsmechanismen zeigen
65 aber eines deutlich: Gewalt an FINTA ist eine Waffe. Eine Waffe, die Machthierarchien
66 reproduziert und die Betroffenen demütigen soll und ihnen ihre Existenz und Autonomie
67 abspricht. So wenden in der Ukraine Soldaten sexualisierte Gewalt an, um die
68 Kontrolle über eroberte Gebiete zu behalten. Das Vergiften von jungen FINTA in
69 Schulen begreifen viele als Bestrafung gegen die Freiheitskämpfer*innen: Junge
70 Schüler*innen werden also als Mittel zum Zweck genutzt. Genauso suggerieren diese
71 Anschläge, dass langfristig junge Frauen nicht in Bildungseinrichtungen gehören - die
72 Realität und das Leben von queeren Personen wird komplett negiert.

73 Die Lebensumstände für FINTA in Kriegs- und Krisengebieten sind prekär,
74 lebensgefährdend und unfrei – so zeigt das Patriarchat wieder einmal, dass FINTA in
75 diesem System nicht herrschen, sondern, dass über sie geherrscht wird, über sie
76 entschieden wird und sie zum Objekt gemacht werden. Diese Analyse ist zentral, um
77 gegen Gewalt gegen FINTA als Waffe vorzugehen. Es braucht gesamtgesellschaftlich ein
78 Verständnis und es wird Zeit für eine linke, progressive feministische Außenpolitik,
79 die diese Realitäten anerkennt und systemkritisch agiert. Unsere Solidarität muss
80 langfristig sein und darf nicht abnehmen - es ist unsere Aufgabe als Feminist*innen
81 nicht wegzuschauen, sich zu informieren und laut zu sein gegen Gewalt und für alle
82 Betroffenen in Kriegs- und Krisengebieten.

83 Um gegen diese gewaltvolle und prekäre Situation vorzugehen, fordern wir:

- 84 • eine konsequente feministische Außenpolitik, die sich an den drei Rs und dem D
85 (Rechte, Ressourcen, Repräsentation und Diversität) orientiert und anerkennt,
86 dass es in einem kapitalistischen System immer das Patriarchat geben wird. Es
87 muss wirkliche Sanktionen gegen geschlechtsspezifische Gewalt geben, sichere
88 Fluchtrouten und unbürokratische Aufnahmeverfahren für Betroffene. Handel mit
89 autoritären Regimen, die aktiv geschlechtsspezifische Gewalt als Waffe nutzen,
90 muss kriteriengeleitet eingeschränkt werden.
- 91 • die rechtliche Anerkennung von geschlechtsspezifischer sexualisierter Gewalt als
92 Verbrechen gegen die Menschlichkeit
- 93 • Anlaufstellen für Betroffene, die Hilfe durch psychologische Betreuung und
94 rechtliche Beratung bieten, sowie die Finanzierung dieser Anlaufstellen im Sinne
95 einer feministischen Außenpolitik.
- 96 • Zugang zu kostenlosen Verhütungs- und Abtreibemitteln sowie
97 Menstruationsartikeln - auch in Geflüchtetenunterkünften und -ankünften in EU-
98 Staaten sowie das Recht auf unbürokratische und kostenfreie psychologische und
99 ärztliche Versorgung im Falle von sexualisierter Gewalt. Etwa das System der
100 Anonymen Spurensicherung (ASS) kann hierbei als Vorbild dienen, um Betroffenen
101 die Möglichkeit einer Meldung und Dokumentation von Spuren einer Gewalttat zu
102 ermöglichen, selbst wenn sie sich zum Zeitpunkt der Tat (noch) nicht in der Lage
103 sehen, eine strafrechtliche Verfolgung anzustreben.
- 104 • Wege der langfristigen Solidarität bspw. durch das regelmäßige Einladen von
105 Aktivist*innen und das Schaffen von Begegnungsräumen.
- 106 • Endlich die Umsetzung der Istanbul-Konvention in Hinblick auf Frauenhausplätze,
107 sowie die Finanzierung von Weiterbildungen für das Personal in diesen
108 Einrichtungen für Geflüchtete, die sexualisierte Gewalt während der Flucht
109 beziehungsweise während des Asylprozesses in Deutschland erleben. Dazu gehört
110 auch die Finanzierung von Dolmetscher*innen durch öffentliche Gelder als Teil
111 der Daseinsvorsorge.
- 112 • Informations- und Unterstützungsressourcen besonders für allein flüchtende FINTA
113 mit und ohne Kind(ern), welche ein hohes Risiko haben, während ihrer Flucht
114 beziehungsweise kurz nach ihrer Ankunft in Deutschland der Zwangsprostitution
115 zum Opfer zu fallen. Außerdem die finanzielle Unterstützung aufsuchender
116 Sozialarbeit im Prostitutionsgewerbe, um Zwangsprostitution, wo sie auftritt,
117 schneller zu erkennen und den Betroffenen schneller Hilfe leisten zu können.

118 **Unbezahlte Care-Arbeit als Teil patriarchaler Unterdrückung**

119 Im Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit spricht man in der sozialistischen und
120 marxistischen Theorie davon, dass Arbeiter*innen doppelt frei sind: Erstens frei von
121 Kapitalbesitz und zweitens frei von Leibeigenschaft - das bedeutet sie können ihre
122 Arbeitskraft selbst verkaufen. Teil unserer feministischen Analyse muss sein, diese
123 Analyse um patriarchale Machthierarchien zu ergänzen. So sind vor allem Frauen in
124 heterosexuellen Partnerschaften eben nicht frei in ihrer Entscheidung ihre
125 Arbeitskraft zu verkaufen, da rechtliche und gesellschaftliche Normen sie aus der
126 Erwerbsarbeit halten, damit sie sich voll und ganz der unbezahlten Sorgearbeit
127 widmen. Besonders dieser Punkt verdeutlicht: Ein Sozialismusverständnis, das den

128 Arbeitsbegriff nur als Erwerbsarbeit versteht, kann nie das unsere sein. Unsere
129 antikapitalistische Analyse ist stattdessen: Wir alle sind im Laufe unseres Lebens
130 sowohl auf professionelle (und bezahlte) wie auch unbezahlte Sorgearbeit angewiesen.
131 Diese zumeist von Frauen verrichtete Arbeit ermöglicht erst die kapitalistische
132 Ausbeutung der Arbeitskraft, sprich: Patriarchale Unterdrückung ist kein
133 Nebenwiderspruch, sondern strukturell stabile Herrschaftsstruktur. Unser Kampf gegen
134 das Patriarchat ist deshalb nicht durch unseren sozialistischen Kampf erledigt,
135 sondern bedarf eigener Angriffspunkte.

136 Während der Coronapandemie spitzte sich die Situation sowohl im Bereich der bezahlten
137 als auch der unbezahlten Care-Arbeit zu. Während innerhalb der professionellen Care-
138 Arbeit Überlastung mehr als deutlich wurde, sah die Situation auch bei der
139 unbezahlten Care-Arbeit nicht besser aus. In den Familien blieben zwar auch viele
140 Väter (zwangsweise) während den Lockdowns zuhause, mehr Sorgearbeit verrichteten sie
141 dadurch jedoch strukturell nicht. Tatsächlich verdoppelte sich laut dem DIW sogar die
142 Zahl der heterosexuellen Partnerschaften mit Kind(ern), in denen die Frau die
143 Sorgearbeit de facto allein verrichtet von 8% auf 16%. Doch nachdem die Erinnerung an
144 die Lockdowns der Coronapandemie aus vielen Gedächtnissen verschwunden zu sein
145 scheint, ist die Ungleichverteilung von Care-Arbeit geblieben. Und während vor allem
146 dann gleichstellungspolitische Debatten politisch wie gesellschaftlich geführt
147 werden, wenn es um die reichsten 10% geht - wie etwa bei der Elterngelddebatte -
148 müssen wir diejenigen sein, die die materialistische Analyse der Care-Krise auf den
149 Plan rufen. Denn: Das Ungleichverhältnis bei der unbezahlten Care-Arbeit führt
150 strukturell zu Armut und Prekarisierung unter Frauen. Deshalb geht es ganz
151 grundlegend darum, mehr Frauen in die Vollerwerbsarbeit zu bringen, damit ist das
152 Problem jedoch noch nicht erledigt. Denn eine doppelte Belastung durch Erwerbs- und
153 Care-Arbeit entlastet eben nicht, wenn letztere nicht gerechter verteilt wird.
154 Deshalb geht es darum mehr Männer in die Pflicht zu nehmen und vor allem auch eine
155 antirassistische Perspektive einzunehmen: Denn solange Care-Arbeit strukturell von
156 weißen auf migrantisierte Frauen umverteilt wird, sind wieder einmal Cis-Männer die
157 Profiteure der patriarchalen Ausbeutung, während zusätzlich ein Ungleichgewicht
158 zwischen weißen und migrantisierten Frauen bestärkt wird.

159 Im Angesicht der Care-Krise fordern wir für eine bessere Verteilung unbezahlter Care-
160 Arbeit deshalb:

- 161 • Die Novellierung des Elterngeldes hin zu einem 7+7 Modell, welches die genommene
162 Elterzeit zwischen den Partner*innen gleich aufteilt.
- 163 • die endgültige Abschaffung des Ehegattensplittings. Mit den im Koalitionsvertrag
164 verabredeten kosmetischen Änderungen geben wir uns nicht zufrieden!
- 165 • Die Einführung der 4-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich, denn erste Studien aus
166 Großbritannien beweisen: Frauen profitieren von diesem Arbeitszeitmodell
167 überdurchschnittlich. Auch kann eine gesamtgesellschaftliche Diskussion zum
168 Verständnis von Arbeit und Lebensgestaltung durch die Einführung der 4-Tage-
169 Woche gelingen.
- 170 • Die rechtliche Einschränkung von Minijobs, die noch zu häufig dazu beitragen,
171 Frauen aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung fernzuhalten und so zur
172 Lohnlücke und dem Gender Care Gap beitragen. Das bedeutet konkret: Minijobs als
173 atypische Beschäftigung etwa während des Studiums oder um das Taschengeld

174 aufzubessern, können ein großer Mehrwert für Arbeitnehmer*innen sein. Um jedoch
175 die Frau zuhause zu halten, während der Mann als Alleinernährer auftritt, sind
176 Minijobs ein entscheidender Faktor für das geschlechtsspezifische Armutsrisiko
177 von Frauen.

178 • Um dem Phänomen der Global Care Chains entgegenzuwirken, unterstützen wir den
179 Ausbau von Betreuungsangeboten, finanziert durch ein Solidarmodell, sowie eine
180 europäische Initiative für armutsfeste Mindestlöhne.

181 **Arbeit, Familie und Leben. Soziale Benachteiligung und Ungleichheit aufgrund des** 182 **Geschlechts in Zeiten der multiplen Krisen**

183 Laut dem Weltwirtschaftsforum gehören die steigende soziale Ungleichheit und die
184 Klimakrise zu den größten Gefahren für die Weltgemeinschaft. Besonders von Armut
185 betroffene Menschen können in Zeiten der multiplen Krisen keine Ressourcen aufbauen,
186 um die Folgen dieser Krisen wie steigende Strom- und Gaspreise, Schäden durch
187 Überschwemmungen, Wegfall von Arbeitsplätzen usw. abzufedern. Sie sind den Folgen
188 dieser Krisen, die das kapitalistische System hervorbringt, ausgeliefert.

189 Von Armut und/oder sozialer Ausgrenzung sind unterschiedliche Menschen in
190 verschiedener Weise betroffen. Dies hängt unter anderem mit der Lebens- und
191 Familiensituation, der Klassenzugehörigkeit und Klassenherkunft, dem gelesenen
192 Geschlecht oder der zugeschriebenen ethnischen Herkunft oder Rassifizierung, dem
193 Bildungsgrad, der Migrationsgeschichte oder mit Behinderungen und/oder Erkrankungen
194 zusammen. Statistisch gesehen sind soziale Benachteiligung, Armut sowie soziale
195 Ausgrenzung geschlechtsspezifisch bestimmt. Im steigenden Alter nimmt dieses
196 Ungleichgewicht der Geschlechter sogar noch zu. Dabei liegt das Armutsrisiko von
197 Frauen im Alter spürbar über dem des gesamtgesellschaftlichen Durchschnitts. Auch
198 leiden queere Menschen besonders häufig unter Altersarmut und Krankheit. Dies hat
199 unter anderem etwas damit zu tun, dass auch heute noch queere Menschen Angst haben
200 müssen, sich am Arbeitsplatz zu outen und/oder durch den sogenannten
201 „Minderheitenstress“ früher zu erkranken. Die Erfahrung von Diskriminierung,
202 Ausgrenzung und Gewalt hat bei allen von struktureller Diskriminierung betroffenen
203 Menschen Auswirkungen auf das Leben, die Arbeit und die Rente.

204 Aus vergeschlechtlichten Rollenzuschreibungen und den damit verbundenen Nachteilen für
205 Frauen - allen voran der Verdrängung vom Arbeitsmarkt - ergibt sich so z.B., dass
206 Frauen statistisch gesehen mit einem höheren Armutsrisiko leben müssen.

207 Auch das Bild der „traditionellen Familie“ trägt dazu bei. Es entstand zu Beginn der
208 Neuzeit und prägt und stabilisiert „männliche“ und „weibliche“ Rollenbilder. Das
209 konservative Idealbild einer lebenslangen heterosexuellen Ehe in einer Versorgungs-
210 und Wirtschaftsgemeinschaft, in der sich die Partner*innen ergänzen, teilt Aufgaben
211 und Tätigkeiten in einer zweigeschlechtlichen Vorstellung den Menschen zu. Dem Mann
212 kommt hierbei die Rolle des „Ernährers“ und der Frau die Rolle als „Hausfrau und
213 Mutter“ zu. In diesem konservativen, heute noch verbreiteten Bild der „traditionellen
214 Familie“ werden beide Partner*innen in ihren Entwicklungsmöglichkeiten begrenzt.
215 Heute gibt es noch immer rechtliche Regelungen, die mit diesem Bild der Ehe verbunden
216 sind. So können z.B. im Falle einer Trennung oder Scheidung entstandene Nachteile -
217 etwa durch das Ehegattensplitting - durch die Übernahme von unbezahlter Care-Arbeit
218 in der beruflichen Entwicklung nicht aufgeholt werden.

219 Das patriarchal geprägte Normbild der „traditionellen Familie“ scheint bei Erfüllung
220 meist zu guter staatlicher Familienförderung zu führen, wohingegen „Abweichungen“
221 negative gesellschaftliche Folgen haben. So haben Alleinerziehende ein
222 außerordentlich hohes Armutsrisiko und sind zu 88% Frauen. Ungefähr 40% der
223 Alleinerziehenden müssen Grundsicherung beziehen. Im Vergleich zu anderen
224 Bevölkerungsgruppen haben zusammenlebende Eltern mit nicht mehr als zwei Kindern ein
225 geringeres Armutsrisiko. Hier scheint „Familienförderung“ zu funktionieren.
226 Trennungen können hingegen schnell zu sozialen Nachteilen führen. Menschen, die in
227 anderen Familienformen leben, erhalten weniger finanzielle Förderung und haben ein
228 höheres Armutsrisiko.

229 Seit Jahren ist ein bestehendes politisches Thema die Vereinbarkeit von Familie und
230 Beruf, dennoch ist eine Folge der Corona-Krise ein neues Bestärken konservativer
231 Geschlechterrollen und Aufgabenverteilungen. Obwohl ein Familienmodell, bei dem die
232 partnerschaftliche Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit nicht erfolgt, für viele
233 junge Paare nicht mehr attraktiv zu sein scheint, können knapp ein Drittel der
234 erwerbstätigen Mütter kein Einkommen erzielen, mit dem sie sich materiell absichern
235 können. Des Weiteren nehmen die meisten Männer noch immer keine oder nur eine sehr
236 kurze Elternzeit. Hier setzen auch die Elterngeldregelungen Anreize, patriarchal
237 geprägten Aufgabenverteilungen nachzugehen. In Fällen, in denen der männliche Partner
238 mehr verdient, erscheint es für diesen nicht so attraktiv, eine Elternzeit zu nehmen,
239 da die finanziellen Verluste größer wären als bei der Elternzeit der Partnerin.

240 Diese Fälle, in denen der männliche Partner mehr verdient, sind keine Einzelfälle und
241 haben etwas mit den Lohnunterschieden zwischen den Geschlechtern zu tun. Der
242 unbereinigte Gender Pay Gap ist seit 2002 konstant und liegt im gesamtdeutschen
243 Durchschnitt bei 18%. Diese Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen ergeben sich
244 unter anderem daraus, dass Frauen häufiger unbezahlten Tätigkeiten innerhalb der
245 Familie nachgehen und so weniger Zeit in ihre Karriere investieren können oder öfter
246 in Teilzeitjobs arbeiten, bei denen keine weiteren Aufstiegschancen bestehen. Der
247 Lohnunterschied bei den direkt vergleichbaren Tätigkeiten, also der sog. bereinigte
248 Gender Pay Gap, liegt laut dem statistischen Bundesamt bei sechs Prozent. Laut dem
249 Institut der deutschen Wirtschaft liegt dies daran, dass Frauen häufiger Brüche in
250 ihrer Erwerbsbiografie haben und in schlecht bezahlten Berufen arbeiten.

251 Bereits die Wahl des Berufes und der Ausbildung werden von Vorstellungen und Rollen
252 im Bezug zum Geschlecht geprägt. In der heutigen Zeit sind die sogenannten MINT-
253 Berufe mit den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft „männlich“ und die
254 sogenannten SAGE-Berufe mit den Bereichen Soziale Arbeit, Gesundheit und Pflege,
255 Erziehung und Bildung eher „weiblich“ dominiert. Hieran schließt sich eine
256 schlechtere Bezahlung der frauendominierten Berufe an. Gemäß der kapitalistischen
257 Verwertungslogik wird noch immer ein Unterschied gemacht in der Bewertung der
258 Nützlichkeit sozialer Berufe und 'traditionellen' Arbeitsverhältnissen, die direkt
259 die Kapitalakkumulation beeinflussen. Bereits in der Ausbildung sind diese schulisch
260 ohne Gehalt oder sogar mit Gebühren verbunden. So können Ansprüche auf die
261 Altersvorsorge schlechter aufgebaut werden. Dies kann in Kombination mit
262 Teilzeitarbeit und Familiengründung zur Altersarmut führen. In „weiblich“
263 zugeschriebenen Berufen erfahren die Arbeitenden häufig eine fehlende finanzielle
264 Wertschätzung, geringere Tarifbindungen und Aufstiegschancen. Diese fehlende

265 finanzielle Wertschätzung ist ein Ergebnis gesellschaftlicher Abwertung und
266 Unterdrückung.

267 Aufgrund dieser geschlechtsbezogenen, in bestimmten Lebenssituationen und Lebenslagen
268 auftretenden sozialen Ungleichheiten und Benachteiligungen, fordern wir:

- 269 • Eine breite gesamtgesellschaftliche und politische Aufarbeitung von Fragen
270 geschlechter- und klassenbezogener Diskriminierung und dessen Auswirkungen in
271 Zeiten der Krisen.
- 272 • Eine Berücksichtigung der Familien- und Pflegearbeit in der Sozialversicherung
273 und im Sozialrecht. Hier vor allen Dingen die Abschaffung von rechtlichen
274 Regelungen, die patriarchale Rollenbilder und Aufgabenverteilungen belohnen und
275 eine Ersetzung durch Regelungen, die vor allem die Bekämpfung von Armut und die
276 Emanzipation der Frau in den Fokus rücken.
- 277 • Die Schließung der Datenlücke in Bezug auf strukturelle Armut bei INTA.
- 278 • Eine staatliche politische Familienförderung, die nicht das konservative Bild
279 der "klassischen Kernfamilie" als Idealbild vertritt, sondern unterschiedliche
280 Formen des Familienlebens berücksichtigt, fördert und den Schutz von
281 alleinerziehenden FINTA vor allem in Krisenzeiten in den Blick nimmt.
- 282 • Die Anerkennung und Überwindung der prekären Situation alleinerziehender FINTA
283 als zentraler Punkt in der Familienpolitik, etwa mit Anpassungen beim
284 Elterngeldsatz für Alleinerziehende und Familienzuschlägen bei
285 Beamtenverhältnissen.
- 286 • Die Überprüfung der Leistungen der Existenzsicherung auf die
287 geschlechtsspezifischen Auswirkungen. Die Anhebung des Bürger*innengeldes und
288 die Erhöhung des Mindestlohnes auf einen armutsfesten Satz, der
289 gesellschaftliche, kulturelle und politische Teilhabe und einen Aufbau von
290 Ressourcen zur Absicherung der Folgen von Krisen ermöglicht.
- 291 • Eine armutsfeste Mindestrente, die vor Altersarmut als Folge von
292 geschlechtsspezifischer Benachteiligung im Erwerbsalter schützt.
- 293 • Im antikapitalistischen feministischen Arbeitskampf verstehen wir die
294 Gewerkschaften als unsere wichtigsten Partner*innen. Wir fordern die Stärkung
295 der Gewerkschaften etwa durch ein Tariftreuegesetz (auch auf Landesebene), denn
296 in tarifgebundenen Berufen ist der Gender Pay Gap niedriger und das Lohnniveau
297 insgesamt höher.

298 **Antifeminismus und Faschismus gehen Hand in Hand - Für einen feministischen** 299 **Antifaschismus**

300 Rechte und Faschist*innen sind international wie auch in Deutschland auf dem
301 Vormarsch. Im thüringischen Sonneberg wurde der erste AfD-Landrat gewählt, die
302 Europawahlen stehen vor der Tür und rechte Parteien wännen sich schon im
303 Erfolgsrausch. Als antifaschistischer Verband muss uns dies besorgen, wissen wir
304 doch, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Klassismus und
305 Sexismus, aber auch Ableismus Hand in Hand mit dem Faschismus gehen. Frauen, queere
306 Personen, BIPOC, arme Menschen und Menschen mit Behinderung dienen den Faschist*innen
307 als Projektionsfläche. So wird im Namen der weißen Frau Stimmung gegen Geflüchtete
308 gemacht, im Namen der bürgerlichen Kleinfamilie gegen queere Personen gehetzt und

309 obendrein eine Sozial- und Gesundheitspolitik propagiert, die alles andere als
310 feministisch und progressiv ist. Und deshalb dürfen uns Errungenschaften wie etwa die
311 Streichung des Paragraf 219a auch nicht trügen: Rechte und Faschist*innen arbeiten
312 bereits am Rollback und wollen grundlegend an die von uns erkämpften Rechte!
313 Rechte Parteien nutzen dabei insbesondere Online-Medien, um ihre Reichweite zu
314 vergrößern und vor allem bei jungen Menschen Anklang zu finden. Diese Strategie
315 verstärkt den Nährboden für faschistische Tendenzen sowohl in Bildungseinrichtungen
316 als auch in der Gesellschaft insgesamt und verfestigt patriarchale und
317 diskriminierende Strukturen. Neben Parteien gibt es vermehrt auch männliche
318 Influencer, die durch Online-Content junge Männer ansprechen und aktiv misogynie,
319 meist kombiniert mit queerfeindlichen Aussagen tätigen. Darunter fallen auch
320 sogenannte Incels, die es sich zur Aufgabe machen frauenfeindliche Ansichten zu
321 verbreiten. Zwar wird sich oftmals über diese Menschen lustig gemacht, ihre Taten
322 dürfen jedoch ganz und gar nicht verharmlost werden. Es wird ein misogynies Frauenbild
323 gepaart mit Queerfeindlichkeit, besonders Transfeindlichkeit und anderen
324 Diskriminierungsformen erstellt. Nicht Cis-Männer werden enorm objektifiziert und
325 Gewalt gegen sie wird legitimiert. Die Reichweite dieser Männer und ihre Wirkung auf
326 andere, besonders Kinder und Jugendliche, muss als ernsthaftes Problem begriffen
327 werden. Parteien wie die NoAfD sind an vorderster Spitze mit dabei, solche Narrative
328 mitzutragen.

329 So stehen Parteien wie die AfD für die Verdrängung der Frau vom Arbeitsmarkt, denn
330 sie erkennen in ihr nur die Hausfrau und Mutter. Sie stehen für einen Abbau des
331 Sozialstaates, um etwa Wohnungslose und Geflüchtete gegeneinander auszuspielen und
332 sie beschwören queerfeindliche Mythen wie die Frühsexualisierung und würden am
333 liebsten Aufklärungsunterricht aus Schulen verbannen, Abtreibungen illegalisieren
334 sowie Verhütung tabuisieren. Krankheitsversorgung bei sexuell übertragbaren
335 Krankheiten sehen sie nicht als Teil der Daseinsvorsorge. Diese Liste könnte lange
336 weitergeführt werden und wäre trotzdem nur die Spitze des Eisberges, denn die
337 menschenfeindliche Haltung endet nicht bei politischen Programmpunkten, sondern
338 schlägt immer wieder in Gewalt um. Um diese Gefahr richtig zu erkennen, reicht es
339 jedoch nicht, nur jene in den Blick zu nehmen, die selbst körperliche Gewalt ausüben.
340 Vielmehr muss uns umtreiben, wenn Vertreter*innen etablierter Parteien, wie etwa der
341 CDU/CSU, die Grenze des Sagbaren immer weiter verschieben und sich willentlich dem
342 Kulturkampf der AfD anschließen. Für uns bleibt Antifaschismus deshalb Handarbeit und
343 feministischer Auftrag.

344 Antifaschismus und Feminismus müssen Hand in Hand gehen, um die gemeinsamen Kämpfe
345 gegen Patriachat und Faschismus zu bestreiten. Die antifaschistische Szene wird von
346 Männern dominiert. Der eigene Sexismus innerhalb antifaschistischer Bewegungen wird
347 selten reflektiert. Das muss ein Ende haben. Die antifaschistische Bewegung darf
348 nicht zur Bühne der Selbstdarstellung von Männern werden, sondern sollte Bühne des
349 politischen Kampfs gegen den Faschismus sein. Wir brauchen einen feministischen
350 Antifaschismus.

351 Im Angesicht des Erstarkens rechter Kräfte wollen wir deshalb:

- 352 • Mehr Förderung von queeren, migrantischen und postmigrantischen Projekten, v.a.
353 auf kommunaler Ebene, welche Beratung und Teilhabe bieten. Besonders aus dem
354 Anrecht auf Teilhabe leiten wir abermals die Notwendigkeit des

355 Altschuldenschnitts für die Kommunen ab, um soziale Projekte endlich besser
356 fördern zu können.

- 357 • Die feministische Offensive in der Reproduktions- und Verhütungsdebatte statt
358 des Kuschens vor rechten Diskursen. Das bedeutet konkret die konsequente
359 Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs sowie von Krankenkassen vollständig
360 übernommene Verhütungsmittel (unabhängig vom Alter).
- 361 • Eine umfassende und wirksame Regulierung sozialer Medien, die darauf abzielt,
362 die Verbreitung menschenfeindlicher und rechter Hetze einzudämmen und zu
363 bekämpfen. Diese Regulierung sollte in enger Zusammenarbeit mit Expert*innen und
364 zivilgesellschaftlichen Organisationen erarbeitet werden, um die Integrität
365 digitaler Plattformen zu gewährleisten und die Verantwortung der
366 Plattformbetreiber*innen bei der Moderation und Entfernung von Hassbotschaften
367 zu stärken.
- 368 • Die konsequente Verteidigung der Brandmauer gegen rechts: Das bedeutet nicht nur
369 den Kampf gegen mit AfD und Konsorten, sondern auch der laute Protest, wenn etwa
370 die CDU/CSU meint mit Faschist*innen zu liebäugeln.

371 **Globale Krisen und koloniale Kontinuitäten in einer patriarchal geprägten** 372 **Weltgemeinschaft**

373 Von den Auswirkungen der Corona-Pandemie, über die Folgen des russischen
374 Angriffskrieges bis zu den Folgen der Klimakrise: Wir leben in einer Zeit der Krise.
375 Der Kapitalismus ist Erzeuger von Krisen, Unterdrückung und sozialer Ungleichheit und
376 zeigt sich nicht in der Lage die Grundbedürfnisse aller Menschen nach Essen, Wohnen,
377 Heizen, Mobilität, Sicherheit und Teilhabe zu sichern. Eng mit dem Kapitalismus und
378 den globalen Krisen verbunden sind die historischen Folgen des Kolonialismus. Hierbei
379 ist die Ausbeutung von Arbeitskraft ein zentraler Bestandteil des kapitalistischen
380 Systems, sei es historisch in den Kolonien durch Sklavenhandel und Zwangsarbeit oder
381 aber in der heutigen kapitalistischen Welt durch Sklavenhandel, Zwangsarbeit und
382 durch ausbeuterische Arbeitsverhältnisse. Des Weiteren prägen die Folgen des
383 Kolonialismus unsere heutige Welt und tragen zu aktuellen Krisen bei. So zeigt sich
384 nicht nur zwischen den unterschiedlichen Einkommensgruppen der Industrienationen,
385 sondern im Verhältnis des globalen Nordens zum globalen Süden, dass die
386 gesellschaftlichen Gruppen der Weltgemeinschaft, deren Beitrag zum Klimawandel am
387 geringsten ist, die stärkste Betroffenheit von den Folgen des Klimawandels z.B. durch
388 Überschwemmungen, Hitzewellen, Starkwetterereignisse, Dürreperioden usw. erfahren und
389 erfahren werden. Diese Ungleichheit und Ungerechtigkeit in der Betroffenheit und
390 Verursachung des Klimawandels kann als eine Folge des Kolonialismus gesehen werden.
391 Weitere koloniale Kontinuitäten stellen die Ressourcenausbeutung in Ländern des
392 globalen Südens, kulturelle Unterdrückung und Diskriminierung, die politische
393 Einflussnahme, die zu korrupten Regierungen, politischer Instabilität und autoritären
394 Regime führte und die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit in der
395 Weltgemeinschaft zwischen den Ländern dar. Die Länder, die von kolonialer Ausbeutung
396 heute noch wirtschaftlich profitieren und die Länder, die hiervon betroffen sind, die
397 dadurch entstehende Armut und aufkommenden Konflikte sowie Kriege im globalen Süden
398 sind das, was wir unter kolonialen Kontinuitäten begreifen.

399 Im Bereich der wirtschaftlichen Ungleichheit hat die koloniale Ausbeutung zu einer
400 ungerechten Verteilung von Ressourcen und zu wirtschaftlicher Abhängigkeit geführt.

401 Weiterhin leben wir in einer ungleichen globalen Wirtschaftsordnung, in der koloniale
402 Mächte der Länder des globalen Nordens eine dominante wirtschaftliche Position
403 einnehmen. Diese soziale und wirtschaftliche Ungleichheit führt zur Entstehung und
404 Verstärkung globaler Krisen wie Armut, Ausbeutung, der Klimakrise und trägt zu
405 Fluchtursachen bei. Aufgrund dessen, dass wir in einer patriarchal geprägten Welt
406 leben, sind so vor allem FINTA von Gewalt, Ausbeutung und Armut bedroht, aufgrund der
407 Wirkung kolonialer und rassistischer Strukturen sind BIPOC eine weitere vulnerable
408 Gruppe dieser Gewalt, Ausbeutung und Armut. Im Sinne eines intersektionalen
409 Analyserahmens vermögen wir die gegenseitige Verschränkung dieser strukturellen
410 Diskriminierungen zu erfassen und wissen: Im Dreiklang von Race, Class und Gender
411 wirken Rassismus, kapitalistische Zwänge und Patriarchat ineinander.

412 Eine gerechte und feministische Weltordnung, in der alle Menschen unabhängig ihres
413 Geschlechts, ihrer Herkunft, ihrer Behinderung, ihrer Rassifizierung, ihrer
414 Klassenzugehörigkeit und ihrer Sexualität in Frieden gleichberechtigt leben können,
415 erfordert einen strukturellen Wandel, der die historisch gewachsenen Ungleichheiten
416 bekämpft sowie eine solidarische auf Augenhöhe stattfindende Zusammenarbeit zwischen
417 dem globalen Norden und dem globalen Süden fördert. Es erfordert die
418 Verantwortungsübernahme von Regierungen, multinationalen Unternehmen, der
419 Zivilgesellschaft, den internationalen Intuitionen und den gesellschaftlichen
420 Personengruppen, die heute noch vor allem im globalen Norden von
421 Ausbeutungsstrukturen, vom Kapitalismus und von den kolonialen Kontinuitäten
422 profitieren.

423 Vor diesem Hintergrund fordern wir:

- 424 • Die Bekämpfung von sozialer Ungleichheit und Diskriminierung in der
425 Weltgemeinschaft. Dies kann u.a. die Stärkung der Rechte der Frau,
426 marginalisierten gesellschaftlichen Gruppen und indigenen Gemeinschaften, die
427 Bekämpfung geschlechtsbezogener Gewalt, die Förderung gleichberechtigter
428 politischer Teilhabe und die Schaffung des Zugangs zu Bildungs- und
429 Gesundheitsinstitutionen sowie den Versuch, die Grundbedürfnisse aller Menschen
430 politisch zu sichern, umfassen.
- 431 • Die Strukturen der globalen Wirtschaft zu hinterfragen und eine gerechtere
432 Verteilung der Ressourcen und des Wohlstands politisch zu erzielen. Dies kann
433 unter anderem durch die Förderung lokaler Produktionen und Wertschöpfungsketten,
434 die weltweite Bekämpfung von Ausbeutung und Ungleichheit in globalen
435 Lieferketten, den Schutz und die Rechte indigener Völker usw. erreicht werden.
- 436 • Eine gerechtere Verteilung von Ressourcen, indem feministische
437 Entwicklungszusammenarbeit massiv ausgebaut wird, feministische Außenpolitik ein
438 fester Bestandteil deutscher Außenpolitik wird und faire Handelsbedingungen
439 geschaffen werden mit dem Ziel die wirtschaftliche Abhängigkeit von Kolonien zu
440 verringern.
- 441 • Die Anerkennung der Verantwortlichkeit der Klimakrise von den profitierenden
442 gesellschaftlichen Gruppen des kapitalistischen Systems im globalen Norden wie
443 z.B. Superreiche sowie international handelnde Unternehmen. Wir fordern, die
444 ärmsten Länder in den Anpassungen an den Klimawandel zu unterstützen und eine
445 Reduktion der Treibhausgasemissionen bei den gesellschaftlichen Gruppen der
446 Weltgemeinschaft im globalen Norden zu erzielen. Umverteilungspolitik betreiben

- 447 wir Jusos nicht nur in Vermögensfragen, sondern eben auch in Verantwortung!
- 448 • Die Anerkennung der Geschichte des Kolonialismus und seine Folgen im heutigen
449 kapitalistischen System. Dies umfasst eine Aufarbeitung der kolonialen
450 Vergangenheit und eine öffentliche Bewusstseinsbildung über koloniale
451 Ungerechtigkeiten und kapitalistische patriarchale Strukturen der Ausbeutung.

Antrag G3: Nationaler Aktionsplan FLINTA*gesundheit – den Gender Health Gap schließen!

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

- 1 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag
- 2 Der Bundeskongress der Jusos möge folgende Forderungen beschließen:
- 3 1. Das Bundesgesundheitsministerium wird damit beauftragt einen nationalen
- 4 Aktionsplan FLINTA*gesundheit zu erarbeiten und zu implementieren.
- 5 2. Der Aktionsplan soll zentrale Wirkungsziele und Maßnahmen formulieren, die der
- 6 Verbesserung der Gesundheit und Chancengerechtigkeit von FLINTA* dienen. Das
- 7 übergeordnete Ziel soll dabei die Überwindung des Gender Health Gaps sein.
- 8 Dabei gelten wichtige Aspekte in der Gesundheitsprävention als Fundamental, so müssen
- 9 im Allgemeinen folgende Schwerpunkte eingefügt werden

10 Von Jung bis Alt geschlechtsspezifische 11 Gesundheitsbeachtung

12 FLINTA* benötigen in jedem Alter eine gezielte Beachtung ihrer Gesundheit. Vor allem

13 bei jungen Mädchen, aber auch bei allen anderen Menschen mit Geschlechtsidentitäten,

14 die nicht dem biologischen Geschlecht entsprechen, gibt es besondere

15 Gesundheitsperspektiven, die Beachtung finden müssen. Diese entwickeln und verändern

16 sich mit der Zeit.

17 In der Jugend stehen maßgeblich vor allem die Entwicklung einer Geschlechtsidentität

18 im Fokus, damit einher **fordern wir eine Etablierung und Förderung von Projekten zur**

19 **Information und Unterstützung von Kinder und Jugendlichen in der Entwicklung der**

20 **eigenen Geschlechtsidentität und im Umgang mit unterschiedlichen**

21 **Geschlechtsidentitäten im schulischen- aber auch außerschulischen Bereich.**

22 Nicht nur die Geschlechtsidentität spielt eine wichtige Rolle im Kinder- und

23 Jugendalter, auch die Sexualbildung ist relevant. **Dabei müssen breitere Konzepte**

24 **etabliert und gefördert werden, um Kinder und Jugendliche im Umgang mit Kontrazeptiva**

25 **und der Vorbeugung vor Geschlechtskrankheiten zu informieren.** Insbesondere im Bereich

26 der Krebsvorsorge beginnen schon viele Aspekte im Jugendalter, so ist beispielsweise

27 die Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs ein wichtiger Aspekt der Krebsvorsorge, der

28 bereits vor dem ersten Geschlechtsverkehr für eine möglichst hohe

29 Wirkungswahrscheinlichkeit injiziert werden sollte. Die Wirksamkeit dieses

30 Wirkstoffes wird nach wie vor sehr stark in Frage gestellt, da Gebärmutterhalskrebs

31 nach Kontakt mit den entsprechenden HPV-Viren häufig erst 15-20 Jahre später

32 auftritt. Dementsprechend ist noch nicht nachweisbar zu sagen, dass sich in Folge der

33 Impfung die Anzahl der Menschen mit einer Gebärmutterhalskrebserkrankung reduziert

34 haben. **Nichtsdestotrotz handelt es sich bei diesem Impfstoff um ein gut erforschtes**

35 **und immer wieder verbessertes Produkt, weshalb wir mehr Werbe- und**

36 **Informationskampagnen zur Verbreitung des wichtigen Impfstoffs gegen die HPV-Viren**
37 **fordern.**

38 Vor allem die Forschung um Kontrazeptiva ist nach der Entdeckung der Pille nicht
39 weiter vorangeschritten und nach wie vor wird die Hauptverantwortung, wie auch -
40 Belastung auf Seiten der Frauen gelegt. Mittlerweile haben viele Forschungsergebnisse
41 bestätigt welche Folgen der massive Eingriff von hormonellen Kontrazeptiva auf den
42 gesamten Körper, wie auch auf die Psyche von Mädchen und Frauen haben. Bei
43 Nichthormonellen Kontrazeptiva stehen neben Produkten wie Kupferspirale, Kupferkette
44 oder Kupferbälle keine breitere und nützliche Möglichkeit offen, um einen wirklich
45 sicheren Verhütungsschutz zu gewährleisten. Hinzukommt, dass vor allem Frauen massiv
46 auch finanziell belastet werden. Eine Kupferspirale kostet beispielweise zwischen
47 150-300 Euro, darauf gerechnet müssen dann auch noch alle sechs Monate
48 Ultraschalluntersuchungen bezahlt werden, die sich ebenfalls zwischen 50-70 Euro pro
49 Untersuchung belaufen. Es darf nicht sein, dass Menschen mit Uterus ab 21 Jahren mit
50 diesen Kosten auf sich allein gestellt werden. **Deshalb fordern wir zum einen eine**
51 **Ausweitung der Forschung für Kontrazeptiva, auch für Menschen mit Penis, als auch**
52 **eine Kostenübernahme der Krankenkassen für alle bestehenden Varianten von**
53 **Kontrazeptiva.**

54 Auch die generelle gynäkologische Untersuchung muss ausgeweitet werden, **so sollte es**
55 **die Möglichkeit von kostenfreien Ultraschalluntersuchungen für jedes Alter geben, da**
56 **viele Erkrankungen an den Eierstöcken und in der Gebärmutter bereits früh entdeckt**
57 **werden könnten. Auch sollten bereits jungen Frauen der Zugang zu regelmäßigen**
58 **Mammographien kostenlos, auch ermöglicht werden.**

59 Krankheiten, wie Endometriose oder PCOS sorgen nach wie vor bei Menschen mit Uterus
60 für schlimme Schmerzen und häufig einen unerfüllten Kinderwunsch. Wir stehen
61 weiterhin hinter des Bundesbeschlusses von 2022 zur Bekämpfung von Endometriose.

62 Im Alter spielen bei Menschen mit Uterus die Frage der Wechseljahre eine wichtige
63 Rolle. Damit einher gehen viele hormonelle Veränderungen im Körper. Diese
64 Veränderungen sorgen nicht selten auch für psychische Erkrankungen. **An der Stelle**
65 **fordern wir mehr für mehr Sichtbarkeit und mehr Forschung, um Menschen innerhalb der**
66 **Wechseljahre medizinisch, wie auch psychologisch bei Seite zu stehen.**

67 **Psychotherapeutische Unterstützung für ignorierte**
68 **Lebensbedingungen**

69 FINTA* haben aus unterschiedlichen Gründen eine Mehrbelastung im Alltag. Es können
70 Care-Arbeits-Verpflichtungen, die Verbindung von Arbeit und Familie, der berufliche
71 Stress, der Kampf um gesellschaftliche Akzeptanz, familiäre Streitigkeiten und vieles
72 weitere sein. Häufig stehen diese Personen allein dar und benötigen dringend
73 psychotherapeutische Unterstützung. **Wir fordern dementsprechend den Ausbau von**
74 **Psychotherapie Praxen.**

- 75 • Nach wie vor werden rassistische Narrative in der Gesundheitspraxis verwendet,
76 so werden beispielsweise die Schmerzen von Schwarzen Frauen per se niedriger
77 eingeschätzt, was dann zur Folge hat, dass diese Personen später erst
78 Schmerzmittel verabreicht bekommen. **Wir fordern dementsprechend in der**
79 **Ausbildung von medizinischen Fachangestellt:innen, wie auch im Medizinstudium**

80 **mehr Sensibilisierung gegen vorherrschende rassistische Stereotype.**

81

- 82 1. Unter der Schirmherrschaft des Bundesgesundheitsministerium soll ein jährliche
- 83 Dialogforum zur FLINTA*gesundheit stattfinden.
- 84 2. Zur Finanzierung des Aktionsplans, der Forschung und des Dialogforums sollen
- 85 jährlich Mittel in Höhe von 50 Millionen zur Verfügung gestellt werden.
- 86 3. In der universitären Lehre und Forschung soll ein größerer Fokus auf Frauen- und
- 87 genderspezifische Themen gelegt werden
- 88 4. Im Curriculum des Medizinstudiums, sowie aller Medizinischer Ausbildungsberufe
- 89 sollen Schwangerschaftsabbrüche sowie genderspezifische Themen implementiert
- 90 werden.
- 91 5. In Studien sollen verpflichtend FLINTA*-Proband:innen involviert werden
- 92 6. Forscher:innen sollen dazu verpflichtet werden das Geschlecht der Proband:innen
- 93 zu veröffentlichen
- 94 7. Medikamente müssen hinsichtlich ihrer Wirkung, Nebenwirkung und Wechselwirkung
- 95 im gleichen Verhältnis an Frauen und Männern getestet werden. Für Frauen sind im
- 96 Beipackzettel entsprechend angepasste Dosierungen anzugeben, sofern in der
- 97 Studienphase Unterschiede festgestellt wurden.
- 98 8. Die Fördermittel für genderspezifische Forschung und Lehre sollen den Bedarfen
- 99 entsprechend angepasst werden.
- 100 9. 218 StGB soll im Sinne der vollständigen Entkriminalisierung von
- 101 Schwangerschaftsabbrüchen reformiert werden

Begründung

Die medizinische Versorgung, Forschung und Lehre richtet sich seit Jahrhunderten an einem „Einheitsmenschen“ aus, der vor allem durch einen „männlichen Normkörper“ geprägt wurde. Dies hat fatale Auswirkungen, denn der weibliche Körper entspricht nicht dem männlichen. Frauen benötigen andere Medikamentendosierungen und zeigen andere Krankheitssymptome, die nicht selten fehlgedeutet werden. Das eindringlichste Beispiel ist die Wahrnehmung der Symptome eines Herzinfarktes. Während sich bei Männern „klassische“ Symptome zeigen (stärkste Schmerzen, die von der linken Brusthälfte ausgehend in den linken Arm, die Schulter und den Kiefer ausstrahlen) haben Frauen häufig „unspezifische“ Symptome, die in Form von Oberbauchschmerzen, Stechen in der Brust, Rückenschmerzen, Übelkeit, Depressionen oder auch einem allgemeinen Unwohlsein mit Müdigkeit auftreten. Weil diese Symptome fehlgedeutet werden und der Ernst der Lage so nicht rechtzeitig erkannt wird, dauert es deutlich länger, bis mit einer angemessene notfallmedizinische Versorgung begonnen wird und die Betroffenen in eine Notfallaufnahme gelangen. Deshalb sterben Frauen prozentual deutlich häufiger an einem Herzinfarkt als Männer. Selbst wenn, eine rechtzeitige Versorgung begonnen wird, hängt ihr Überleben davon ab, wer sie behandelt. Eine Studie aus den USA zeigt, dass Frauen, die von einer Ärztin behandelt werden, ein deutlich höhere Überlebensrate aufweisen. Die Problematik beschränkt sich aber keinesfalls nur auf einen Herzinfarkt. Entsprechend einer dänischen Studie, die die Daten von 6,9 Millionen Patient:innen analysiert hat, erhalten Frauen im Durchschnitt 4 Jahre später als Männer eine korrekte Diagnose. Dies betrifft beispielsweise ADHS, Endometriose aber auch schwere Krebsleiden. Für intersexuelle, nicht-binäre, trans und agender Personen besteht faktisch keine angemessene Datenlage. Gendermedizin spielt weder im Curriculum des Medizinstudiums noch anderer Ausbildungsberufe in der

Medizin eine angemessene Rolle. Dieser so genannte Gender Health Gap muss schnellstmöglich geschlossen werden, denn er gefährdet wissentlich und fahrlässig Millionen Menschenleben weiblich gelesener Personen.

Das Menschenrechtskommissariat der Vereinten Nationen hat Deutschland bereits mehrfach für seinen Umgang mit Schwangerschaftsabbrüchen gerügt. Im Fokus der Kritik stand und steht dabei die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, die durch §218 StGB geregelt wird. Die Berichterstatterin des zuständigen Ausschusses der UN zur Umsetzung der internationalen Frauenrechtskonvention Cedaw schreibt dazu folgendes:

Sie nehme zur Kenntnis, dass der deutsche Staat eine Verbesserung der Situation um den Abtreibungsparagrafen 218a des Strafgesetzbuchs „zurückweist“. Der Paragraf schreibt eine Pflichtberatung für ungewollt Schwangere und eine Wartezeit von drei Tagen zwischen Beratung und Abbruch vor. Zudem verweigere der Staat eine Kostenübernahme von Schwangerschaftsabbrüchen, so die Berichterstatterin. Deutschland sei damit daran „gescheitert, mit dem Ausschuss zu kooperieren“. Das „Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau“ Cedaw wurde 1979 von der UNO verabschiedet und 1985 von der Bundesrepublik ratifiziert. Die Vertragsstaaten verpflichten sich zur rechtlichen und faktischen Gleichstellung von Frauen.

Mit der Streichung des §219 geht Deutschland einen ersten Schritt. Diesem müssen nun aber zwangsläufig weitere folgen, die eine vollständige Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen vollziehen.

Antrag G4: Gleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren bei künstlichen Befruchtungen!

Antragsteller*in:	Jusos Saar
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

1 Analyse:

2 In Deutschland ist es schwer für gleichgeschlechtliche Paare ihren Kinderwunsch zu
3 verwirklichen. Während für verheiratete Ehepaare die Möglichkeit besteht die Kosten
4 einer künstlichen Befruchtung zu 50% von der Krankenkasse übernehmen zu lassen,
5 bleiben gleichgeschlechtliche Ehepaare alleine mit den Kosten, da die Richtlinien
6 über ärztliche Maßnahmen zur künstlichen Befruchtung des Bundesausschusses der Ärzte
7 und Krankenkassen eine Unterstützung unter anderem nur vorsieht wenn ausschließlich
8 Genmaterial der beiden Eheleute verwendet wird. Da dies bei gleichgeschlechtlichen
9 Paaren biologisch nicht möglich ist, sind sie faktisch von der Unterstützung durch
10 die Krankenkassen ausgeschlossen. Daher muss die Einbringung von Genmaterial einer
11 dritten Person, die dieses freiwillig überlässt ohne ein Interesse an der daraus
12 resultierenden Elternschaft zu haben, möglich sein. Für viele Paare ist momentan auch
13 die Leihmutterschaft im Ausland die einzige Option neben Adoption Eltern zu werden.
14 Hierbei ist es für die Paare eine zusätzliche Hürde ins Ausland zu müssen um sich
15 Ihren Kinderwunsch zu verwirklichen. Hinzu kommt das die Elternschaft auch bei
16 Leihmutterschaft im Ausland nicht immer den intendierenden Elternteilen zugeschrieben
17 werden, da bei Einreise nach Deutschland geprüft wird ob das Landesrecht der
18 Leihmutter oder deutsches Recht gilt und die Elternschaft demnach den intendierenden
19 Eltern oder der Leihmutter zugeschrieben wird.

20 Forderung:

21 Die Jusos Saar fordern das Abstammungsrecht so zu reformieren, dass
22 gleichgeschlechtlichen Paaren die Möglichkeit gegeben wird ihren Kinderwunsch in
23 Deutschland zu verwirklichen und die Elternschaft Anerkennen zu lassen. So soll die
24 Reformierung die Berücksichtigung von gleichgeschlechtlichen Ehepaaren in den
25 Richtlinien über ärztliche Maßnahmen zur künstlichen Befruchtung des
26 Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen erwirken, um auch diesen Zugang zu den
27 entsprechenden Kassenleistungen und Beihilfeleistungen zu ermöglichen. Hierfür muss
28 es möglich sein Eizellenspenden von Dritten für die künstliche Befruchtung verwenden
29 zu dürfen. Auch das Verbot der künstlichen Befruchtung im Rahmen einer
30 Leihmutterschaft nach § 1 Abs. 1 Nr. 7 des [Gesetzes zum Schutz von Embryonen](#) (ESchG
31 muss abgeschafft werden. Darüber hinaus soll das Abstammungsrecht die Anerkennung der
32 Elternschaft beider Elternteile von gleichgeschlechtlichen Paaren im Falle einer
33 künstlichen Befruchtung oder altruistischen Leihmutterschaft ermöglichen.

Antrag G5: Awareness auf Bundesebene – Und wer kontrolliert das Kontrollgremium?

Antragsteller*in:	Jusos Saar
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

1 Analyse:

2 Wir Jusos schreiben es uns auf die Fahne ein feministischer, internationalistischer
3 und antirassistischer Verband zu sein. Wir stehen für Weltoffenheit und haben es uns
4 zur Aufgabe gemacht, einen Raum zu schaffen, an dem sich alle frei entfalten können
5 und ihre Stimmen gehört werden.

6 Einer unser Grundpfeiler, ohne den eine solche Arbeit nicht möglich wäre, ist die
7 Awarenessarbeit. Treffen Menschen aufeinander, kann es bewusst oder unbewusst leider
8 zu übergriffigem, diskriminierendem Verhalten, kommen. Egal ob Rassismus, Sexismus,
9 Antisemitismus, oft bleibt kritisches Verhalten unkommentiert und wird nicht
10 geahndet, was zu Gefühlen von Unsicherheit und Angst führen kann.

11 Insbesondere für BiPoC, Finta* und LGBTQIA+. Es fehlt meist am Bewusstsein, was
12 richtiges/falsches Verhalten ausmacht. Oft führt dies dazu, dass Personen
13 (insbesondere) in Gruppen unsicher sind, wie sie reagieren sollen, wenn etwas
14 passiert.

15 Darum ernennen wir in unseren Landesverbänden, sowie während Bundesprojekten
16 entsprechende Awarenessteams. Ziel dieser Teams ist es, zu gewährleisten, dass sich
17 während unserer Veranstaltungen alle Personen wohl fühlen. Sollte es dennoch zu
18 Fällen kommen, in denen übergriffiges Verhalten geschieht, ist es umso wichtiger,
19 dass an die Mitglieder der Teams jederzeit möglichst niedrigschwellig herangetreten
20 werden kann. Awarenessangebote sollten daher immer möglichst niedrigschwellig
21 gehalten werden. Insbesondere achten wir darauf, dass eben nicht nur Personen aus
22 Landes- oder Bundesvorständen Teil dieser Teams sind. Ziel ist es zu vermeiden, dass
23 es eine zu große Überwindung kostet an das Awareness-Team heranzutreten. Darüber
24 hinaus dürfen auch die Augen nicht vor der Möglichkeit verschlossen werden, dass
25 übergriffiges Verhalten auch durch Personen im Landes- oder Bundesvorstand an den Tag
26 gelegt werden kann.

27 Unsere Awareness-Strukturen weisen einen großen Fehler auf. Eine Art Regelungslücke,
28 die -sollten wir sie nicht schließen- künftig die Erfahrungen unserer Mitglieder und
29 unsere Arbeit im Verband negativ beeinträchtigen wird. Eine fehlende
30 Awarenessstruktur auf Bundesebene. Zum jetzigen Zeitpunkt können Awarenessfälle, die
31 Personen aus dem Bundesvorstand betreffen, außerhalb von Veranstaltungen nur
32 gegenüber de*r*m Bundesvorsitzenden vorgebracht werden. Demnach entscheidet zum
33 derzeitigen Zeitpunkt lediglich eine Person darüber, ob in solchen Fällen ein
34 Awarenessfall vorlag oder nicht, beziehungsweise wie weiter mit der Thematik
35 verfahren werden soll. Eine Lücke, die es zu schließen gilt. Darüber hinaus ist
36 anzumerken, dass die Hemmschwelle, Awarenessfälle aufzuzeigen, höher ist, wenn sie
37 nur gegenüber de*r*m Vorsitzenden vorgebracht werden können.

38 Um dem zuvorzukommen, streben wir die Einführung umfassender Awarenessstrukturen auf
39 Bundesebene an. Denn Betroffene sollten im Notfall keine zusätzlichen Hürden erfahren
40 müssen!

41 **Forderung:**

42 die Einführung eines unabhängigen Awarenessteams auf Bundesebene, wobei das
43 Awarenesssteam nicht aus Personen aus dem Bundesvorstand bestehen darf.

44 die Schaffung eines Awarenesskonzeptes auch außerhalb von Bundesprojekten und -
45 veranstaltungen

Antrag G6: Spielzeug ist für alle da! – Bekämpfung von genderspezifischem Spielzeug

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

1 Rollenbilder sind und wirken überall in unserer Gesellschaft. Besonders Kinder werden
2 in ihrem Sozialisationsprozess von Rollenbildern beeinflusst. Die Sozialisation von
3 Kindern geschieht nicht nur durch die sie umgebenden Personen, sondern auch durch ihr
4 Spiel.[1] Kinder spielen in Rollenspielen Alltagssituationen wie Familie, Arztbesuch
5 oder Einkaufen nach oder spielen mit ihrem Spielzeug.[2] Aber wie sieht das Spielzeug
6 aus?

7 Spielzeug ist immer stärker Gender bezogen, oft findet man in Spielzeugabteilungen
8 eine Teilung in eine blaue Seite und eine pinke Seite. Selbst große Marken, welche
9 früher nur eine Verpackungsfarbe hatten, verkaufen ihre Produkte mittlerweile in blau
10 und pink. Blau verpackt sind dabei Dinge wie Baustellenfahrzeuge, Ritterburgen oder
11 Drachen, dagegen findet man in pink Einkaufsläden, Feen und Pferde. Passen zu der
12 farblichen Trennung, findet auch die Trennung der Geschlechter bei Darstellungen und
13 in der Werbung nach den Stereotypen statt. So ist in dem einen Spot ein Mädchen zu
14 sehen, das mit Puppen spielt, und im nächsten Jungen, die ein Rennen mit
15 ferngesteuerten Autos veranstalten. Und weiter geht es auf den Verpackungen, wo auf
16 dem Kanton einer Kinderküche ein Mädchen kocht und Jungs verkleidet im
17 Bauarbeiterkostüm das Kostüm getragen zeigen. Durch diese Teilung unterstützt das
18 Spielzeug bestehende Rollenbilder: Technik, Wissenschaft und Abenteuer für Jungen,
19 Carearbeit, Phantasiewelten und Kaufläden für die Mädchen.[3] Das dritte Geschlecht
20 wird meist gar nicht beachtet.

21 Dies sorgt für eine Verfestigung von bestehenden Rollenbildern in der Kindheit und
22 wirkt sich auf die wahrgenommenen Möglichkeiten für das spätere Berufsleben aus.
23 Spanien und Frankreich wirken diesem bereits entgegen und wollen Spielzeug, seine
24 Werbung und seine Verpackung neutraler gestalten, um das Denken in den Kategorien
25 Jungen- und Mädchenspielzeug zu beenden.[4]

26 *Daher fordern wir:*

27 Die Bundesregierung soll ein Gesetz erlassen, das regelt, dass Kinderspielzeug
28 jeglicher Art, insbesondere bezogen auf Werbung, Verpackung, etc., keine
29 genderspezifischen Rollenbilder verstärken bzw. erzeugen darf.

Begründung

„Die Debatte über die Ungleichbehandlung der Geschlechter erfährt zunehmende Kritik aus Öffentlichkeit und Politik. Insbesondere Maßnahmen zur geschlechtsneutralen Erziehung, die im Kindesalter ansetzen, werden abgelehnt: Kritiker befürchten, sie würden die kindliche Entwicklung schädigen. Bestehende Studien zeigen jedoch, dass die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen beeinträchtigt wird, wenn sie Ungleichbehandlung aufgrund des Geschlechts ausgesetzt sind. Im jungen Alter angesetzte Maßnahmen zur Förderung der Gleichbehandlung können diesen Effekt hingegen umkehren. Demnach empfiehlt es sich, zum Entgegenwirken der

geschlechtsspezifischen Benachteiligungen von Frauen und Männern Maßnahmen im Kindesalter anzusetzen.“[5]

Schaut man sich Spielzeugkataloge an, beispielsweise der Firma Playmobil, findet man dort auf einer rosa-weiß gestalteten Seite der Kategorie Princess fast ausschließlich weibliche Figuren mit der Überschrift „Das Große Prinzessinnenschloss“[6]. Drei Doppelseiten weiter findet man eine Ritter- und eine Drachenburg. Dort sind ausschließlich männliche Figuren abgebildet und die Seite ist in den Farben blau, schwarz und rot mit dem Titel „Die Ritterabenteuer gehen weiter“ gestaltet[7]. Für Kinder zwischen 5 und 8 Jahren vertreibt die Marke KOSMOS Experimentierkästen zu den Themen Naturgesetze[8] und Technik in einem neutralen beige mit der Abbildung eines Jungen und eines Mädchens. Betrachtet man aber andere Kästen der Firma, meist für ältere Kinder, zeigt sich eine andere Gestaltung ohne abgebildete Kinder und in den Farbtönen blau-grün-schwarz und rosa. In Rosa vorzufinden sind Kästen wie Seifen-Atelier, Perlen-Fee, Nagel-Studio und Kristall-Garten, in dunklen Kartons findet man Elektro & Co., Mechanical-Power, Fruchtgummi-Labor oder Roboter-Arm. Die Drogerie Kette Müller zeigt in ihrem Spielwarenkatalog auf einer Seite mit rosa Hintergrund Mädchen, die mit Meerjungfrauenpuppen spielen[9], auf einer Seite mit grünen Akzenten findet man vier Jungs, welche mit Spielzeugpistolen[10] hantieren.

Auch wenn dies nur ausgewählte Beispiele sind und sich am Beispiel von KOSMOS auch zeigt, dass die Firmen teilweise neutrale Verpackungen oder Werbungen haben, zeigt sich bei allen, wie gefestigt die Rollenbilder unserer Gesellschaft im Spielzeug, dessen Verpackung und dessen Werbung sind. Um diese Rollenbilder zu bekämpfen, müssen wir dieser Manifestierung entgegenwirken und dafür sorgen, dass Spielzeuge nicht für geschlechterspezifische Zielgruppen produziert, inszeniert und beworben werden.

[1] <https://www.kinder-jugend-familie.info/spielen-spass/spielwaren-dienen-sozialisation/#:~:text=Spielwaren%20dienen%20auch%20der%20Sozialisation,ist%20Spielen%20popul%C3%A4rer%20denn%20je>
[09.03.2023]

[2] <https://www.deutschlandfunk.de/spielzeug-als-spiegelbild-der-gesellschaft-der-mensch-100.html> [18.02.2023]

[3] <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/handel-konsumgueter/spielzeug-im-zwielicht-marketing-mit-rollenbildern/14920032.html> [18.02.2023]

[4] <https://www.boersenblatt.net/news/verlage-news/kommt-auch-deutschland-ein-verbot-238461> [14.02.2023]

[5] https://www.ifo.de/DocDL/ifoDD_19-02_12-16_Heisig.pdf [09.03.2023]

[6] <https://www.playmobil.de/content/katalogviewer/KatalogViewer.html#41> [09.03.2023]

[7] <https://www.playmobil.de/content/katalogviewer/KatalogViewer.html#49> [09.03.2023]

[8] <https://www.galeria.de/produkt/kosmos-mein-erster-experimentierkasten-naturgesetze-4002051602284>
[09.03.2023]

[9] <https://www.galeria.de/produkt/kosmos-mein-erster-experimentierkasten-naturgesetze-4002051602284>
[09.03.2023]

[10] https://www.mueller.de/blaetterkatalog/2018/11/spielwarenkatalog/de/blaetterkatalog/#page_154
[03.09.2023]

Antrag G7: Änderung Adoptionsrecht zur Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partner

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

- 1 Die SPD möge sich dafür einsetzen, dass in einer gleichgeschlechtlichen Partnerschaft
- 2 oder Ehe beide Partner, nicht mehr nur der gebärende Part, als Elternteile eines
- 3 durch einen Spender gezeugten Kindes durch Elternschaftserklärung anerkannt werden
- 4 und der Adoptionsprozess entfällt.

Antrag I1: Sogenannte “Clankriminalität” aus den Köpfen streichen - für einen antirassistischen Kampf gegen organisierte Kriminalität

Antragsteller*in:	Jusos Berlin
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

1 **Wo wir stehen**

2 Immer wieder machen auch SPD-Politiker*innen Öffentlichkeitsarbeit mit Forderungen,
3 härter gegen sogenannte “Clans” vorzugehen. Zuletzt heizte Nancy Faeser die
4 öffentliche Debatte durch einen Vorstoß ihres Bundesinnenministeriums an, Angehörige
5 von “Clans” auch dann abzuschieben, wenn diese selbst keine Straftaten begangen
6 haben. Stimmen, die sich kritisch mit dem Begriff auseinandersetzen, sind in der
7 deutschen Öffentlichkeit rar. Unsere Gesellschaft ist geprägt durch eine weiße
8 Mehrheit, die für die strukturelle und institutionalisierte Unterdrückung von BIPOC
9 verantwortlich ist. Diese Unterdrückung und das Bedürfnis von Kontrolle von BIPOC-
10 Communities manifestiert sich insbesondere in dem Verhältnis von Staatsgewalt zu
11 nicht-weißen Communities. Das ist für Betroffene deshalb besonders einschneidend,
12 weil es die freie Persönlichkeitsentfaltung massiv einschränkt sowie Vertrauen in
13 Rechtsstaat und Demokratie untergräbt. Daher muss unser antirassistischer Kampf in
14 besonderem Maße an staatlichen Strukturen ansetzen, die Rassismus manifestieren und
15 reproduzieren. Wir streben an, ebendiese Strukturen aufzubrechen und Awarenessarbeit
16 in der weißen Mehrheitsgesellschaft über vorherrschende Diskriminierungsformen zu
17 leisten.

18 Dabei ist für uns klar: Die Polizeiarbeit mit nicht-weißen Communities muss sich
19 radikal ändern. Konzepte der sogenannten „Gefahrenabwehr“, die auf rassistischen und
20 stigmatisierenden Vorurteilen beruhen, müssen der Vergangenheit angehören.

21 **99 Problems mit sog. “Clankriminalität”**

22 Eines der rassistischen Konzepte, welches oftmals von Bundeskriminalamt (BKA) und
23 diversen Landeskriminalämtern, sowie in der innenpolitischen Debatte (auch von SPD-
24 Politiker*innen) verwendet wird, ist das sogenannte Konzept der „Clankriminalität“.
25 Im Bundeslagebild OK 2021 definiert BKA Clan dabei als „*eine informelle soziale*
26 *Organisation, die durch ein gemeinsames Abstammungsverständnis ihrer Angehörigen*
27 *bestimmt ist. Sie zeichnet sich insbesondere durch eine hierarchische Struktur, ein*
28 *ausgeprägtes Zugehörigkeitsgefühl und ein gemeinsames Normen- und Werteverständnis*
29 *aus.*“

30 Diese Definition ist aus vielen Gründen problematisch. weil in ihr selbst ein
31 rassistisches Weltbild inhärent ist. Während frühere Lageberichte noch von dem
32 Begriff “Ethnie” sprachen, hat man sich zwar wegen vielfach geübter Kritik an dem
33 Ethnizitätskonstrukt hiervon entfernt, aber auch “Abstammungsverhältnis” legt das
34 rassistische Weltbild offen, das dem Verständnis der sogenannten Clankriminalität
35 inhärent ist. Sie kontrastiert die angeblich gesellschaftlich abgeschotteten,
36 implizit nicht-weißen, kriminellen “Ausländer” mit den weißen Deutschen und ihrer

37 homogenen, erstrebenswerten Ordnung. Das lässt sich schon daran festmachen, dass
38 offensichtlich auch Täter*innengruppen existieren, die ein „gemeinsames deutsches
39 Abstammungsverständnis“ haben und auch ansonsten die BKA-Clan-Definition erfüllen,
40 aber nicht gemeint sind. Es ist auch deshalb grotesk, da etwa die Hälfte der im
41 Lagebericht des BKA aus dem Jahre 2021 genannten Täter*innen die deutsche
42 Staatsbürgerschaft haben.

43 Zudem ist das Konzept rechtsstaatlich problematisch, weil damit eine Klammer um
44 verschiedenste Straftaten gebildet wird, die diese nur deshalb in einen Zusammenhang
45 setzt, weil der*die Beschuldigte nicht weiß ist und eine von der weißen Mehrheit
46 abweichende kulturelle Prägung hat. Neben diesen Bedenken ist die Klammerwirkung der
47 “Clankriminalität” auch deshalb problematisch, weil der Begriff damit konturlos wird:
48 Falschparken kann genauso Grund für die Einstufung als “Clankriminalität” gelten wie
49 ein Mord. Gleichzeitig impliziert das Konzept mit dieser Klammerwirkung der
50 Einwanderungsfamilie einer*eines Beschuldigten, dass bestimmte kulturelle Prägungen
51 eine besondere Nähe zu Kriminalität aufweisen. Die Behauptung, dass es “Gruppen mit
52 gemeinsamem Abstammungsverhältnis” gebe, deren Kriminalitätsneigung im Vergleich zur
53 deutschen Mehrheitsgesellschaft per se gesteigert sei, ist vielfach wissenschaftlich
54 widerlegt und steht in der Tradition der “Rassenforschung”. Praktisch fördert dieses
55 Verständnis Racial Profiling massiv. Ein solch rassistisches Verständnis von
56 Gesellschaft und die dem Konzept zugrundeliegende Ethnisierung von Kriminalität
57 lehnen wir entschieden ab.

58 Eine weitere Ebene, die in innenpolitischen Debatten um sog. “Clankriminalität” oft
59 ausgespart wird, ist die individuelle. Mitglieder bestimmter Familien mit bekannten
60 Nachnamen werden durch die rassistischen Zuschreibungen zu ihrem Familiennamen in
61 nahezu allen Bereichen des (öffentlichen) Lebens diskriminiert. Die pauschale
62 gesellschaftliche Ausgrenzung, die ihnen widerfährt, wäre zu kritisieren, selbst wenn
63 eine Mehrheit der Familienmitglieder kriminell wäre. Die Realität ist aber, dass die
64 große Mehrheit der Familienmitglieder mit kriminellen Strukturen nichts zu tun hat
65 bzw. selbst nie straffällig wird. Die Erwartung ihrer Straffälligkeit begleitet sie
66 aber oft das ganze Leben. Kindern aus entsprechenden Familien wird laut
67 Betroffenenberichten oftmals schon in der Schule eine zukünftige kriminelle Karriere
68 bescheinigt. Das führt bei den betroffenen Schüler*innen oft zu Demotivation,
69 schlechten schulischen Leistungen, starker sozialer Isolation und einem Mangel an
70 Möglichkeiten, ihre Persönlichkeit frei zu entfalten. Beim Einstieg in das
71 Berufsleben haben es junge Menschen mit Nachnamen angeblicher arabischer “Clans”
72 ebenfalls ungleich schwerer: Oft finden sie keine*n Arbeitgeber*in, der*die sie aus
73 Angst um fälschlicherweise vorverurteilten kriminelle Hintergründe nicht einstellen
74 will. Auf dem Mietmarkt, der Mieter*innen auf Wohnungssuche in urbanen Ballungsräumen
75 ohnehin schon verzweifeln lässt, haben Menschen mit bekannten Nachnamen kaum eine
76 Chance und sind oft gezwungen, ihre Kieze zu verlassen. All diese Formen
77 gesellschaftlicher Diskriminierung und sozialer Isolation führen oft dazu, dass
78 Mitglieder entsprechender Familien das Gefühl haben, sich in allen Bereichen des
79 Lebens nur aufeinander und ihre Familienstrukturen verlassen zu können.

80 **Der wahre Grund für Kriminalität: Staatliches Versagen**

81 Die politische und gesellschaftliche Debatte zum Thema der sog. “Clankriminalität”
82 lässt oft aus, was der wahre Grund dafür ist, dass es hohe Kriminalitätsraten unter

83 Familien gibt, die in den 1980er Jahren infolge des libanesischen Bürgerkriegs nach
84 Deutschland geflohen sind. Viele dieser Menschen sind als staatenlose arabische und
85 palästinensische Geflüchtete nach Deutschland gekommen und waren jahrzehntelang in
86 Kettenduldungen gefangen. Sie bekamen keine Arbeitserlaubnis, was es ihnen kaum
87 möglich machte, in dieser Gesellschaft anzukommen und Fuß zu fassen. Die Kinder aus
88 diesen Einwanderer*innenfamilien waren nicht schulpflichtig. Kurzum war dem deutschen
89 Staat daran gelegen, dass sie hier gerade kein neues Zuhause fanden. Der Gedanke
90 hinter der nicht vorhandenen Integrationspolitik war, dass sie nach dem Krieg im
91 besten Fall schnellstmöglich wieder gehen sollten und bis dahin war dem deutschen
92 Staat egal, was mit ihnen passierte. Derselbe deutsche Staat, dem also massive
93 Versäumnisse im Umgang mit den Geflüchteten aus dem libanesischen Bürgerkrieg
94 anzulasten sind, veranstaltet Razzien in Shishabars, moniert Parallelgesellschaften,
95 entwickelt pauschalisierende Konzepte um sog. Clankriminalität zu bekämpfen, statt
96 sich dem eigenen Versagen kritisch auseinanderzusetzen. Auch die Sozialdemokratie
97 geht an dieser Stelle nicht reflektiert genug vor, betont die Repression gegen sog.
98 Clans, statt den Fokus auf Prävention, aufsuchende Sozialarbeit und eine veränderte
99 Polizeiarbeit zu legen

100 Diesen Umgang mit Kriminalität lehnen wir ab. Das bedeutet selbstverständlich nicht,
101 dass wir organisierte Kriminalität und patriarchalisch hierarchische Strukturen
102 tolerieren. Diese müssen auch aus antirassistischer und feministischer Grundhaltung
103 bekämpft werden, richtet sie sich doch überproportional oft gegen nicht-weißen
104 Communities und FINTA-Personen, also gesellschaftlich ohnehin schon marginalisierte
105 Gruppen. Die unter dem Stichwort der "Clankriminalität" geführten Verkehrsdelikte
106 oder Verstöße gegen das Infektionsschutzgesetz helfen für die Bekämpfung von
107 organisierter Kriminalität jedoch nicht weiter.

108 **Moderne Innenpolitik geht mit links**

109 Wir stehen ein für eine moderne Innenpolitik, die organisierte Kriminalität bekämpft,
110 ohne in Rassismen zu verfallen. Dafür brauchen wir aufsuchende Polizeiarbeit, die mit
111 den Communities auf Augenhöhe kooperiert, statt sie als Feind*innen dieser
112 Gesellschaft zu sehen. Reaktionäre Impulse im Umgang mit BIPoC und Kriminalität
113 müssen insbesondere in der SPD der Vergangenheit angehören. Eine alternative
114 Herangehensweise bietet hierbei das Konzept des Community Policing. Hierbei ist das
115 Agieren der Polizei- und Sicherheitsbehörden auf enge und nachhaltige Zusammenarbeit
116 mit den Bewohner*innen der Kommune bzw. des Kiezes ausgerichtet. Lokalen Behörden
117 interagieren dabei mit der Öffentlichkeit und entwickeln gemeinsam Strategien zur
118 Verringerung von Kriminalität. Traditionell wird es von den lokalen
119 Strafverfolgungsbehörden eingesetzt, die sich in erster Linie mit der Prävention und
120 Lösung von Sicherheitsproblemen befassen, welche sich sichtbar auf das tägliche Leben
121 der Bürger*innen vor Ort auswirken und das subjektive Sicherheitsgefühl erhöhen
122 können.

123 Wir fordern daher:

- 124 • das Konzept der Clankriminalität in der behördlichen und polizeilichen Arbeit
125 aufzugeben und durch Konzepte der Banden- und der Organisierten Kriminalität
126 bzw. der Netzwerk-Kriminalität zu ersetzen,
- 127 • Die Erhöhung der Mittel für aufsuchende Sozialarbeit für Menschen aus
128 Einwander*innenfamilien,

- 129 • das Konzept des Community Policing flächendeckend zu implementieren

Antrag I2: Kein Gott im Staat. Unser jungsozialistischer Blick auf das Verhältnis von Staat und Kirche

Antragsteller*in:	Jusos Hannover
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

1 Die deutsche Sozialdemokratie hat eine wechselhafte Geschichte im Umgang mit Religion
2 und Kirche. In ihren Ursprüngen war die Arbeiter*innenbewegung klar laizistisch
3 orientiert, strebte also eine vollständige Trennung zwischen Staat und Kirche an.
4 Nach dem Ende des deutschen Kaiserreichs setzte sich die SPD für diese Trennung in
5 der Weimarer Reichsverfassung ein, konnte sich jedoch nicht durchsetzen. Seit dem
6 Godesberger Programm 1959 hat sich diese Haltung verändert und die SPD hat sich den
7 Kirchen stark angenähert. Von der laizistischen Haltung ist heute nur noch wenig zu
8 spüren. Das macht sich bei konkreten Fragen im Umgang mit den Kirchen bemerkbar, aber
9 auch bei ethischen Fragen und daraus hervorgegangenen Gesetzen. Wir
10 Sozialdemokrat*innen haben weiterhin ein säkulares Staatsverständnis. Religion ist
11 für uns Privatsache. Der Vielfalt weltanschaulicher und religiöser Überzeugungen in
12 dieser Gesellschaft begegnen wir nicht, indem wir immer wieder einzelne Gruppen in
13 den Kreis der Privilegierten aufnehmen (z.B. bei Feiertagen, Religionsunterricht
14 usw.), sondern indem wir vom System der Bevorzugung einzelner religiöser
15 Gemeinschaften wegkommen und das Gemeinsame in den Vordergrund stellen. Bildung,
16 Gesundheitsversorgung, Kinder- und Jugendhilfe und weitere Bereiche, in denen Staat
17 und Kirche aktuell kooperieren, sehen wir im Kern als öffentliche Aufgaben, nicht als
18 Aufgabe privater Träger.

19 In Deutschland besteht keine Staatskirche. Damit sieht das Grundgesetz grundsätzlich
20 eine Trennung von Staat und Kirche vor. Alle Bürger*innen sind frei, ihre Religion zu
21 wählen - ebenso auch keiner Religionsgemeinschaft anzugehören. Der Staat hat den
22 Religionsgemeinschaften gegenüber neutral zu sein. Allerdings besteht kein
23 Kooperationsverbot, wie man es z.B. aus Frankreich kennt (Laizismus). Stattdessen
24 kooperieren Staat und Kirche in vielen verschiedenen Bereichen, wobei dieses
25 Kooperationsverhältnis prinzipiell allen Religionsgemeinschaften offensteht. Soweit
26 die Theorie. Praktisch ist es so, dass vor allem die evangelisch-lutherische und die
27 römisch-katholische Religionsgemeinschaft eine enorm privilegierte Position genießen,
28 sowohl im Vergleich zu anderen Konfessionen als auch im Vergleich zu konfessionslosen
29 Menschen. Diese historisch gewachsene Privilegierung steht einer immer geringer
30 werdenden Mitgliederzahl in den beiden großen Kirchen gegenüber. Dabei lässt sich in
31 der Geschichte der Bundesrepublik ein klarer Trend zur Säkularisierung ablesen.
32 Inzwischen gehört nicht einmal mehr die Hälfte der Deutschen den beiden großen
33 Kirchen an. Der Abwärtstrend hat sich in den letzten sechs Jahren sogar noch einmal
34 erheblich verstärkt. Über 40 Prozent sind konfessionslos, wobei diese Einstufung eine
35 rein formale ist und nichts über den persönlichen Glauben der Personen aussagt. Die
36 Gründe für den Mitgliederschwund sind vielseitig: Insbesondere in der
37 Katholischen Kirche ist der Frust über den Umgang mit sexueller Gewalt gegen Kinder
38 ein Grund auszutreten, außerdem die generelle Reformunwilligkeit. Ein Grund ist aber

39 auch, dass Kirchenmitglied zu sein innerhalb von Familien nicht mehr automatisch
40 weitergegeben wird, also die reine Religionszugehörigkeit aus Tradition seltener wird
41 und es gesellschaftlich meist kein Tabu mehr ist, aus einer Religionsgemeinschaft
42 auszutreten.

43 Diese Entwicklung wirft zahlreiche Fragen im Verhältnis zwischen Staat und Kirche
44 auf. Denn wie kann es zu rechtfertigen sein, dass eine Minderheit so massiv bevorzugt
45 wird - und das gleichzeitig auf Kosten aller? Als Sozialdemokrat*innen stehen wir zur
46 Religionsfreiheit, was sowohl die Freiheit zur Religionsausübung als auch die
47 Freiheit von Religion einschließt. Wir sind aber auch davon überzeugt, dass diese
48 Freiheit faktisch im Widerspruch zur gegenwärtigen Bevorzugung zweier
49 Religionsgemeinschaften steht. Diese Bevorzugung muss in diversen Kontexten beendet
50 werden. Wir streben weiterhin die umfassende Trennung von Kirche und Staat an.

51 **Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrechts**

52 Betriebliche Mitbestimmung ist der Versuch, die strukturelle Ungleichheit zwischen
53 Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen abzumildern. Sie soll durch Ausgleich
54 zwischen betrieblichen Anforderungen und den Belangen und Interessen der
55 Beschäftigten eine soziale Balance schaffen. Deshalb haben Betriebs- und Personalräte
56 bei der Festlegung der Lage der Arbeitszeit, bei Umsetzungen und Versetzungen
57 und vielem mehr mitzubestimmen. **Für die Kirchen und ihre karitativen und**
58 **erzieherischen Einrichtungen gilt das staatliche Recht der betrieblichen**
59 **Interessenvertretungen nicht.** Die Kirchen haben für ihren Bereich nach 1949 besondere
60 Regelungen durchgesetzt. Das Grundgesetz räumt den Kirchen in Art. 140 das Recht ein,
61 ihre inneren Angelegenheiten im Rahmen der für alle geltenden Gesetze selbst zu
62 regeln. Von der verfassungsrechtlich privilegierten Stellung der Kirche sind alle
63 Formen der Glaubensausübung erfasst, die mit der Rechtsordnung der Bundesrepublik
64 vereinbar sind. **Sie nehmen auch eine arbeitsrechtliche Sonderstellung zum Nachteil**
65 **der Beschäftigten in Kauf.** Circa 1,8 Mio. Arbeitnehmer*innen in der evangelischen und
66 katholischen Kirche mit ihren Wohlfahrtsverbänden Diakonie und Caritas wählen
67 regelmäßig so genannte Mitarbeiter*innenvertretungen. Grundlage dafür bilden
68 kirchliche Gesetze mit diversen Sonderregelungen. Mitarbeiter*innenvertretungen sind
69 im Vergleich zu Betriebsräten und Personalräten eine relativ junge Einrichtung.
70 Während das Betriebsverfassungsgesetz 1952 und das Bundespersonalvertretungsgesetz
71 1955 vom Bundestag verabschiedet wurden, zog die Evangelische Kirche in Deutschland
72 (EKD) erst im Jahr 1992 mit dem »Mitarbeitervertretungsgesetz der Evangelischen
73 Kirche in Deutschland (MVG.EKD)« nach. Der Verband der Diözesen Deutschlands
74 (Zusammenschluss der deutschen Diözesen katholischen Kirche) verabschiedete 1971 die
75 "Mitarbeitervertretungsrahmenordnung". Die gewerkschaftlichen Rechte werden - anders
76 als im Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) - nicht geschützt. Die Mitbestimmungsrechte
77 sind aufgrund ihrer beschränkten Wirkmächtigkeit schwächer ausgestaltet und durch
78 extrem formale Verfahren eingeschränkt. Der Gang zu den Arbeitsgerichten ist den
79 Mitarbeiter*innenvertretungen (MAVen) verwehrt. Die Beschäftigten und die MAVen in
80 der Kirche und ihren Einrichtungen sprechen von einem Arbeitsrecht zweiter Klasse.
81 Gleichzeitig führt das kirchliche Arbeitsrecht immer wieder zu Kündigung aufgrund des
82 Privatlebens der Arbeitnehmer*innen. Das kann sowohl die Religionszugehörigkeit sein,
83 eine Scheidung oder die sexuelle Orientierung. Und es betrifft keineswegs nur
84 Arbeitnehmer*innen, die einer unmittelbar religiösen ("verkündungsnahen") Tätigkeit

85 nachgehen, wie z.B. Pastor*innen, sondern auch Ärzt*innen, Reinigungskräfte,
86 Pfleger*innen, Erzieher*innen usw. ("verkündungsfern"). Wer sich beispielsweise bei
87 einem christlichen Kindergarten bewirbt - und die christlichen Träger machen einen
88 erheblichen Anteil aus, sodass für Bewerber*innen nur eine
89 eingeschränkte Wahlfreiheit besteht - muss einer christlichen Religionsgemeinschaft
90 angehören. Zwar hat die Deutsche Bischofskonferenz 2022 eine Reform des Arbeitsrechts
91 in der katholischen Kirche beschlossen, diese wird von der Gewerkschaft ver.di jedoch
92 weiterhin als unzureichend bewertet. Die Diskriminierung nach privater Lebensführung
93 oder Religionszugehörigkeit muss nicht reformiert werden, sie muss abgeschafft
94 werden. Dabei ist wichtig zu betonen, dass kirchliche Einrichtungen des Gesundheits-
95 und Sozialwesens vollständig aus staatlichen Mitteln finanziert werden, nicht aus der
96 Kirchensteuer! Die muslimische Ärztin oder der geschiedene Pfleger oder die lesbische
97 Erzieherin finanzieren über ihre Steuern die Einrichtung, die sie am
98 Ende diskriminiert.

99 **Wir fordern deshalb:**

- 100 • das Arbeitsrecht der Kirchen ist abzuschaffen
- 101 • den kirchlichen Beschäftigten sind volle gewerkschaftliche Rechte zuzugestehen
- 102 • es sind Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften aufzunehmen
- 103 • das Streikrecht ist auch für Beschäftigte in kirchlichen Einrichtungen zu
104 gewähren
- 105 • das Betriebsverfassungsgesetz und die Gesetze zur Unternehmensmitbestimmung wird
106 auch in kirchlichen Einrichtungen volle Anwendung finden
- 107 • Um queere Menschen zu schützen, muss das Diskriminierungsverbot auch
108 bei kirchlichen Arbeitgeber*innen durchgesetzt werden.

109 **Ende der Staatsleistungen - 220 Jahre sind genug!**

110 Bis in die Neuzeit hinein war die - vor allem katholische - Kirche nicht nur eine
111 Religionsgemeinschaft, sondern auch Territorialherrin über zahlreiche Gebiete.
112 Bischöfe herrschten als Fürsten über ihre eigenen Gebiete. Sie waren also
113 gleichzeitig weltliche Herrscher. Diese Fürstbischöfe speisten sich wie die
114 rein weltlichen Fürsten auch in der Regel aus Adelsfamilien. Aus jungsozialistischer
115 Sicht waren die geistlichen Staaten somit ebenso eine illegitime Herrschaft einer
116 kleinen, nicht-demokratischen Elite wie die Adelherrschaften in weltlichen
117 Fürstentümern. Während in den lutherischen und reformierten Teilen des Heiligen
118 Römischen Reiches bereits früher ein Prozess zur Säkularisation einsetzte, also
119 kirchliche Territorialherrschaft an weltliche Herrscher überging, wurden die
120 katholischen Bereiche davon vor allem in Folge der französischen Revolution und
121 napoleonischen Kriege getroffen. Im Jahr 1803 beschloss der
122 Reichsdeputiertenhauptschluss die Auflösung großer kirchlicher Territorien, um damit
123 weltliche Herrscher für ihre Gebietsverluste zu entschädigen. Das alles klingt nach
124 Geschichtsstunde, hat aber Auswirkungen bis heute: Um den Vermögensverlust der
125 Kirchen auszugleichen, erhielten sie Staatsleistungen - also Geld. **Diese**
126 **Geldzahlungen vom Staat an die Kirche laufen bis heute.** Allein für das Jahr 2022
127 haben die Bundesländer 602 Millionen Euro Staatsleistungen an die beiden großen
128 Kirchen veranschlagt. Dabei unterliegen diese Leistungen keiner Nachweispflicht oder
129 Zweckbindung. Sie dienen somit auch nicht der Finanzierung karitativer Dienste, diese

130 werden ohnehin aus staatlichen Mitteln bezahlt. Seit dem Inkrafttreten der Weimarer
131 Verfassung 1919 besteht der Verfassungsauftrag, diese Leistungen zu beenden.
132 Geschehen ist das bislang nicht. Die Ampel-Koalition hat sich vorgenommen, diesen
133 Schritt zu gehen. Die große Frage ist aber, wie die Beendigung abläuft. Die Kirchen
134 verlangen eine Ablösesumme, aus der sie sich in der Zukunft weiterhin finanzieren
135 können, wie bislang aus Staatsleistungen. Das können enorme Geldsummen sein, aber
136 auch Staatsanleihen oder andere Vermögenswerte.

137 Wir fordern: Die Staatsleistungen an die Kirchen müssen noch in
138 dieser Legislaturperiode des Deutschen Bundestags dauerhaft beendet werden. Dabei
139 haben sich auch die Bundesländer, die bislang blockieren, zu bewegen. Eine
140 Ablösungssumme in jeglicher Form lehnen wir ab. Wir sehen die Kirchen und andere
141 Religionsgemeinschaften in der Pflicht, sich selbst zu finanzieren. **Die Entschädigung**
142 **ist durch 220 Jahre Staatsleistungen mehr als abgegolten!**

143 **Auch Karfreitag ist Party für Jesus - Tanzverbot abschaffen**

144 "Stille Feiertage" - an diesen Tagen gilt ein durch die Bundesländer geregeltes
145 öffentliches Tanzverbot. Wie genau dieses Verbot ausgestaltet ist und an welchen
146 Tagen es gilt, variiert zwischen den Ländern. Es kann zusätzlich zum Verbot von
147 öffentlichen Tanzveranstaltungen z.B. auch das Verbot von
148 Sportveranstaltungen umfassen. Immer wieder protestieren Jusos in lokalen,
149 progressiven Bündnissen gegen diesen Zwang zur Andächtigkeit. **Wir fordern weiterhin**
150 **die Abschaffung jeglicher Tanzverbote.**

151 **Lückenlose Aufklärung statt Schweigekartell**

152 Nach wie vor hält die Debatte um sexuelle Gewalt gegen Kinder in kirchlichen
153 Einrichtungen und durch kirchliche Würdenträger an. Insbesondere die katholische
154 Kirche wird immer wieder durch neue Gutachten in einzelnen Bistümern, vor allem aber
155 durch die dortigen Verschleierungsversuche erschüttert. Auch dieser Umgang mit
156 strukturell bedingten Verbrechen in der eigenen Organisation führt zu zahlreichen
157 Kirchenaustritten. Erschütternd ist aber nicht nur, wie Bischöfe und andere Personen
158 innerhalb der Kirche die Verantwortlichen geschützt und die Aufklärung der Verbrechen
159 blockiert haben. Erschütternd ist auch, wie viel Vertrauen staatliche Institutionen
160 in die interne Aufarbeitung der Kirche gesetzt haben. Der Staat hat eine Nachsicht
161 gegenüber der (katholischen) Kirche walten lassen, wie sie in anderen Kontexten kaum
162 denkbar wäre. Als die katholische Bischofskonferenz 2019 beispielsweise einen
163 „Missbrauchsbericht“ veröffentlichte, waren darin Fälle enthalten, die der Justiz bis
164 dahin nicht bekannt gewesen waren. Die Kirche erstattete jedoch keine Anzeige und
165 benannte auch keine Täter. Die Kirche sieht solche Fälle immer noch viel zu oft als
166 interne Angelegenheiten, die sie durch kirchenrechtliche Sanktionen ahnden könne.
167 Dazu kommen staatliche Ermittlungsbehörden, die deutlich zögerlicher bei der
168 Beweissicherung vorgehen, als sie es gegenüber weltlichen Organisationen tun würden.
169 Diese Zurückhaltung muss ein Ende haben! Verbrechen innerhalb der Kirche, vor allem
170 wenn Minderjährige zu Schaden kommen, müssen durch **staatliche Ermittlungsbehörden**
171 lückenlos aufgeklärt werden - ohne Rücksicht auf eine Organisation, die immer wieder dem
172 Täterschutz Vorzug gegeben hat. Zusätzlich muss das kanonische Recht geändert werden:
173 Bislang stellt das katholische Kirchenrecht sexuelle Gewalt gegen Minderjährige nur
174 unter Strafe, wenn sie von Klerikern ausgeht. Der Hintergrund ist, dass durch das
175 Kirchenrecht der Zölibat geschützt werden soll und nicht die sexuelle

176 Selbstbestimmung der Jugendlichen.

177 **Gemeinsam lernen - nicht getrennt nach Konfessionen**

178 Der konfessionelle Religionsunterricht genießt in Deutschland einen besonderen
179 grundgesetzlichen Schutz. Das führt dazu, dass Schüler*innen in Deutschland, sobald
180 es um Religionsunterricht geht, nach ihrer Religionszugehörigkeit getrennt werden. In
181 den meisten Fällen sind das katholischer und/oder evangelischer Religionsunterricht
182 sowie "Werte und Normen" oder ähnliche Fächer für diejenigen, die an diesem
183 Religionsunterricht nicht teilnehmen wollen. Inzwischen ist auch islamischer
184 Religionsunterricht häufiger anzutreffen. Die grundsätzlichen Probleme bleiben
185 dennoch bestehen: Zum einen kann konfessioneller Religionsunterricht nie die
186 weltanschauliche und religiöse Vielfalt, die in der Gesellschaft
187 besteht, widerspiegeln, sondern wird die Schüler*innen nach groben Zugehörigkeiten
188 sortieren. Zum anderen kommt durch die Trennung kein Austausch zwischen
189 unterschiedlichen Anschauungen zustande. Dabei ist für gegenseitige Akzeptanz, aber
190 auch für die persönliche und intellektuelle Entwicklung der Kinder der Austausch
191 zwischen unterschiedlichen Weltanschauungen unerlässlich. Unsere Idealvorstellung ist
192 daher ein gemeinsamer Unterricht für alle. Auf dem Weg dahin kann ein
193 konfessionsübergreifender Religionsunterricht ein richtiger Schritt sein. Aktuell
194 arbeiten die katholische und evangelische Kirche an einem gemeinsamen christlichen
195 Religionsunterricht. Uns hingegen ist wichtig, dass sich ein
196 konfessionsübergreifender Religionsunterricht nicht auf christliche Konfessionen
197 beschränkt. Ein solcher Ansatz existiert bereits in Hamburg, wo verschiedene
198 Religionsgemeinschaften an der Gestaltung des Lehrplans und der Durchführung des
199 Unterrichts beteiligt sind. Langfristig bleibt unser Ziel aber ein nicht-
200 konfessioneller Unterricht, beispielsweise nach dem Vorbild von "Werte und Normen",
201 für alle! Das schließt auch die ausschließlich nicht-konfessionelle Ausbildung der
202 Lehrer*innen ein. Nach unserer Vorstellung sollen kirchliche Autoritäten keine
203 Mitsprache bei der Lehrer*innenausbildung mehr haben. Ein weiteres Problem stellen
204 Konfessionsschulen dar, also z.B. evangelische oder katholische Schulen. Wir Jusos
205 lehnen Privatschulen grundsätzlich ab. Wie bei anderen Schulen in freier Trägerschaft
206 auch (z.B. Waldorfschulen) sind Konfessionsschulen ein Mittel der sozialen
207 Abgrenzung. Die Abgrenzung verläuft nicht nur entlang konfessioneller Gruppen,
208 sondern auch sozialer Klassen. So schicken Eltern ihre Kinder oft auch deshalb auf
209 christliche Schulen, weil sie dort eine bürgerliche, homogene Schulgemeinschaft
210 erwarten. Dementsprechend ist auch der Anteil von migrantisierten Schüler*innen auf
211 diesen Schulen unterdurchschnittlich. Hinzu kommt der Einfluss der Religion auf die
212 Schulbildung, der an Konfessionsschulen auch dadurch besteht, dass fast alle
213 Lehrer*innen der entsprechenden Religion angehören. Vielfalt sieht anders aus. Wir
214 Jusos halten aus Gründen der Gleichheit und des sozialen Miteinanders daran fest,
215 dass es eine Schule für alle braucht - und keine Trennung nach Religionszugehörigkeit
216 oder sozialer Zugehörigkeit.

217 **Nehmt den Staat in die Verantwortung!**

218 Als Argument für die fortwährende Relevanz der Kirchen wird immer wieder ihr
219 karitatives Engagement ins Feld geführt. Dabei ist nicht von der Hand zu weisen, dass
220 kirchliche Träger im Sozial- und Gesundheitssektor wichtige Aufgaben übernehmen. Was
221 dabei jedoch oft übersehen wird, ist, dass die kirchlichen Träger eine Lücke füllen,

222 die der Staat hinterlassen hat. Der Betrieb von Krankenhäusern, Kindertagesstätten,
223 Schulen und weiteren Einrichtungen ist für uns als SPD aber ein Teil der öffentlichen
224 Daseinsvorsorge und damit in öffentlicher Verantwortung anzusiedeln. **Wir wollen, dass**
225 **der Staat wieder in die Verantwortung genommen wird, statt Aufgaben der**
226 **Daseinsvorsorge an die Kirchen abzuwälzen!**

227 **Wir wollen endlich der weltanschaulichen Vielfalt in unserer Gesellschaft Rechnung**
228 **tragen! Deshalb fordern wir:**

- 229 • Die Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrechts
- 230 • Beendigung aller Staatsleistungen ohne Ablösesumme
- 231 • Abschaffung von Tanzverbot an stillen Feiertagen
- 232 • Langfristig die Einrichtung eines nicht-konfessionellen Unterrichtsfachs über
233 Religion, Ethik, Philosophie und Weltanschauungen wie bspw. im Fach "Werte und
234 Normen" für alle Schüler*innen und die Abschaffung des konfessionellen
235 Religionsunterrichts dass der Staat im Sozial- und Gesundheitssektor wieder mehr
236 Verantwortung übernimmt und somit die kirchliche Träger*innenschaft von
237 Kindertagesstätten, Schulen, Krankenhäusern usw. ablöst

Antrag I3: Klimaprotest ist kein Verbrechen!

Antragsteller*in:	Jusos Nordrhein-Westfalen
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

1 Der klimapolitische Diskurs der letzten Monate ist geschädigt durch billige
2 konservative Meinungsmache. Diese fällt zu Lasten derer, die sich für einen
3 konsequenten Klimaschutz einsetzen - es werden jene kriminalisiert und stigmatisiert,
4 die mit allen friedlichen Mitteln versuchen, die Öffentlichkeit für Klimaschutz zu
5 sensibilisieren.

6 **Die historische Notwendigkeit zivilen Ungehorsams**

7 Die Praxis des zivilen Ungehorsams hat eine lange, erfolgreiche Tradition; nicht nur
8 in Deutschland haben zivilgesellschaftliche Bewegungen ihre Ziele gegen eine
9 rückschrittliche Politik ihrer Zeit durchsetzen können. Feministische und
10 antirassistische Bewegungen machten mithilfe zivilen Ungehorsams auf drängende
11 Missstände ihrer Zeit aufmerksam. Zivilen Ungehorsam zeichnet sein gewaltfreier
12 Charakter aus. Prominente Beispiele für erfolgreiche Akte zivilen Ungehorsams finden
13 sich im Kampf für das Frauenwahlrecht, gegen rassistische Gesetze, für die Rechte
14 queerer Menschen. All diese Bewegungen haben durch die bewusste Missachtung einer
15 Gesetzgebung, die Menschen über Jahrzehnte und Jahrhunderte unterdrückt und geschadet
16 hat, Veränderungen bewirkt. Sie mussten Repressionen, Hass und Gewalt erfahren von
17 einem System, das sich nicht nur gegen ihre Ziele, sondern auch gezielt gegen sie als
18 Menschen gerichtet hat.

19 Polizeigewalt auf Kundgebungen und Demonstrationen in Deutschland richtet sich -
20 historisch gewachsen - in der Tendenz gegen progressive Kräfte, die gegen
21 Herrschaftsverhältnisse und gerade auch umweltpolitische Schieflagen demonstrieren.
22 Auf Demonstrationen der Anti-Atomkraftbewegung, für die prominente Beispiele in den
23 1970er und 1980er Jahren liegen, ging die Polizei häufig mit extremer Gewalt gegen
24 die Protestierenden vor. So setzten sich beispielsweise am 28. Februar 1981
25 zehntausende Demonstrierende in Brokdorf über ein Demonstrationsverbot hinweg, das
26 aufgrund erwarteter Zusammenstöße zwischen Demonstrierenden und Polizei verhängt
27 wurde - unrechtmäßigerweise, wie das Bundesverfassungsgericht einige Jahre später
28 urteilte.

29 Die Klimabewegung hat in den letzten Jahren und Jahrzehnten international eine
30 zentrale Rolle bei der Schaffung von Bewusstsein für den klimapolitischen
31 Handlungsdrang gespielt. Konservative Kräfte haben stets versucht, dieses Bewusstsein
32 zu verhindern oder zumindest zu unterdrücken. Seitdem der Klimaschutz durch
33 öffentliche Proteste wieder eine zentrale Rolle im gesellschaftlichen Diskurs spielt,
34 werden Gruppierungen, die sich für den Klimaschutz einsetzen, immer wieder zur
35 Zielscheibe der politischen Gegner*innen einer klimagerechten Welt. Denn diese würde
36 zwangsweise dazu führen, dass die Kapitalist*innen weder Mensch noch Natur in dieser
37 Form ausbeuten dürfen, wie sie es derzeit tun. Es war die Klimabewegung, die sich der
38 staatlichen Durchsetzung von Profitgier und Konzerninteressen in Lützerath
39 entgegengestellt hat. Auch dort begegnete ihr der deutsche Staat mit überschießender

40 Polizeigewalt statt Verhältnismäßigkeit.

41 Wir erkennen den zivilen Ungehorsam verschiedener Gruppierungen in der Klimabewegung
42 als solchen an und verurteilen ungerechtfertigte Kriminalisierungsversuche des
43 konservativen Lagers, die einzig und allein die Delegitimation der Ziele der Bewegung
44 unter dem Deckmantel einer "Law and Order"- Politik zum Ziel haben. Die Bezeichnung
45 von Aktivist*innen als "Klimaterroristen" stellt etwa eine falsche und schwerwiegende
46 Anschuldigung dar, die Klimaprotest als gefährlich und antidemokratisch darstellen
47 will. Statt den Klimaprotest zu delegitimieren, solidarisieren wir uns mit der
48 Klimabewegung und ihren Zielen. Wir wollen zurückkehren zu einem sachlichen Diskurs
49 darüber, wie wir Klimagerechtigkeit erreichen können und weg von autoritärer
50 Delegitimierung des Klimaprotests.

51 Die Kriminalisierung der Klimabewegung und des Klimaprotests als solchem ist nicht
52 verhältnismäßig und eine Ausprägung der Gewaltspirale, die nicht zuletzt durch
53 politisch initiierte Razzien zu gesellschaftlicher Stimmung und Stigmatisierungen
54 gegen Aktivist*innen führt. Eine sprachliche Eskalation in Form der Bezeichnung von
55 Aktivist*innen als "Klimaterroristen" trägt dieser Stigmatisierung - die auch im
56 polizeilichen Umgang mit den Aktivist*innen Anklang zu finden scheint - zusätzlich
57 bei. Es steht für uns fest, dass der politisierte Einsatz der Exekutive gegen
58 Klimaaktivist*innen, zum Beispiel in Form von nur schwer begründbaren Razzien,
59 Präventivhaft und unbegründbar eingesetzten Schmerzgriffen, zu verurteilen ist.

60 Die Räumung von Lützerath, die weitreichende Unzugänglichkeit politischer Kräfte für
61 die Anliegen der Klimabewegung, die um sich greifende "Klima ja, aber so nicht"-
62 Haltung, die verheerende Folgen für Mensch und Natur, allen voran jene im globalen
63 Süden bedeutet, und die Debatte über die Sinnhaftigkeit einzelner Protestaktionen für
64 den Klimaschutz sind einige der jüngsten Beispiele dafür, in welche Schieflage der
65 Diskurs der deutschen Öffentlichkeit über Klimafragen geraten ist.

66 Wir wollen den bisherigen Erfolg dieser Denunziationen und Ablenkungen nicht weiter
67 hinnehmen. Deshalb fordern wir: Schluss mit der Kriminalisierung des Klimaprotests,
68 Solidarität mit der Klimabewegung!

69 **Die „Letzte Generation“ ist keine kriminelle Vereinigung**

70 Hitzig diskutiert wurde in den vergangenen Monaten, ob es sich bei der letzten
71 Generation um eine kriminelle Vereinigung im Sinne des § 129 StGB handelt. Die Norm
72 weist eine lange Geschichte als Mittel zur Verfolgung oppositioneller Gruppen auf.
73 Vorherige Normen richteten sich speziell gegen Vereinigungen mit politischer
74 Ausrichtung. Wer nach dem heutigen § 129 StGB Mitglied einer kriminellen Vereinigung
75 wird oder sie anderweitig unterstützt, macht sich nicht nur strafbar, sondern kann
76 bereits im Verdachtsfall Objekt verschiedener Ermittlungsmaßnahmen, etwa der
77 Telekommunikationsüberwachung, werden. So kam es Ende letzten Jahres bundesweit zu
78 Hausdurchsuchungen bei Personen, die der Gruppe „Letzte Generation“ zugeordnet
79 wurden. § 129 StGB, an den dabei angeknüpft wurde, ist auch heute keinesfalls eine
80 unproblematische Norm. Sie knüpft mit der Bildung einer kriminellen Vereinigung nicht
81 an Verhaltensweisen an, die für sich genommen die Rechtsgüter von Personen verletzen.
82 Stattdessen wird der strafbare Bereich zeitlich vorverlagert. Ab wann eine
83 Unterstützungshandlung vorliegt, ob hierfür bereits Spenden ausreichen, wird vom
84 Gesetz dabei nicht näher konkretisiert. Jenseits des Verbesserungsbedarfs an der Norm
85 selbst gilt es festzustellen, dass die „Letzte Generation“ keine kriminelle

86 Vereinigung in diesem Sinne darstellt. So ist eine Vereinigung nach § 129 Abs. 3 Nr.
87 2 StGB vom Tatbestand ausgeschlossen, wenn die Begehung von Straftaten nur ein Zweck
88 oder eine Tätigkeit von untergeordneter Bedeutung ist. Etwaige Straftaten der
89 „Letzten Generation“ erreichen nicht die Erheblichkeitsgrenze, die aus der
90 Ausnahmvorschrift gefolgert wird. Kennzeichnend für ihr Erscheinungsbild sind
91 schließlich nach wie vor die Straßenblockaden. Zudem sind etwaige strafbare
92 Handlungen gerade nicht das Hauptziel der Bewegung, die in erster Linie eine
93 klimafreundlichere Politik erreichen will. Selbst die Staatsanwaltschaft Berlin
94 stellte in einem Beschluss bereits fest, dass die Anliegen der Aktivist*innen „im
95 Einklang mit der Staatszielbestimmung des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen
96 stehen“. Schutzzweck der Norm bilden die öffentliche Sicherheit und der innere
97 Frieden. Diese Rechtsgüter sind bedroht, wenn Vereinigungen ein Klima der Angst
98 schaffen, nicht aber, wenn sie sich fürs Klima auf die Straße kleben. Grundlegende
99 Rechtsgüter wie Leib und Leben werden dabei nicht angegriffen. Die
100 Strafverfolgungsbehörden bewegen sich über die Grenzen des § 129 StGB hinaus, wenn
101 sie Wohnungsdurchsuchungen wegen einer mutmaßlichen Mitgliedschaft zur „Letzten
102 Generation“ durchführen. Für die Stigmatisierung von ihnen, der „Letzten Generation“
103 und den Klimaprotesten insgesamt bedarf es dabei gar nicht erst einer tatsächlichen
104 Strafbarkeit. Bereits die Ermittlungen, die Prüfung des Verdachts, der viele Monate
105 dauern kann, beeinträchtigen die Grundrechte der Betroffenen erheblich und können zu
106 einer gesellschaftlichen Distanzierung von der Gruppe und ihren berechtigten Anliegen
107 führen. Schon das Ermittlungsverfahren hat somit fatale Wirkungen.

108 **Wir fordern,**

- 109 • Den Wortlaut von § 129 Abs. 1 StGB dahingehend zu konkretisieren, dass es sich
110 bei den angestrebten Straftaten um schwere Straftaten im Sinne von § 100a Abs. 2
111 StPO handeln muss.
- 112 • In § 129 StGB näher zu bestimmen, wann eine strafbare Unterstützungshandlung
113 vorliegt.
- 114 • Die „Letzte Generation“ nicht als vermeintliche kriminelle Vereinigung zu
115 stigmatisieren.

116 **Der Präventivgewahrsam: Überbordende Befugnisse zur Gefahrenabwehr**

117 Eine polizeiliche Maßnahme, die sich im Umgang mit Klimaaktivist*innen großer
118 Beliebtheit erfreut ist der Präventivgewahrsam. So wurden Ende 2022 bereits einige
119 Aktivist*innen in Bayern fast einen Monat lang auf diesem Wege inhaftiert. Dabei
120 lohnt es sich, einen kritischen Blick in die Polizeigesetze zu werfen: Mit dem
121 Präventivgewahrsam kann eine Person vorsorglich in Haft genommen werden. Die
122 Freiheitsentziehung erfolgt dann nicht, um eine Strafe wegen begangener Taten zu
123 vollziehen, sondern um potenzielle künftige Straftaten zu verhindern. Im Gegensatz zu
124 einer Haftstrafe geht dem Präventivgewahrsam damit auch kein Strafverfahren voraus,
125 in dem sich die Betroffenen umfassend verteidigen können. Eine Freiheitsentziehung
126 stellt jedoch einen der schwerwiegendsten staatlichen Eingriffe dar und unterliegt
127 hohen verfassungsrechtlichen Anforderungen. Die konkreten Voraussetzungen
128 (beispielsweise, wann es einer richterlichen Anordnung bedarf) und das zeitliche
129 Ausmaß des Präventivgewahrsams hängen von den Regelungen des jeweiligen Bundeslandes
130 ab. Die Ausweitung der Befugnis zum Präventivgewahrsam in zahlreichen Bundesländern
131 betrachten wir kritisch. Beispielsweise konnten in NRW Personen zunächst höchstens

132 bis zum Ende des Tages nach der Ingewahrsamnahme festgehalten werden. Mit dem
133 Sicherheitspaket I im Jahr 2018 wurde die Maximaldauer auf 28 Tage erweitert. In
134 Bayern ist zurzeit eine Präventivhaft von bis zu 30 Tagen vorgesehen, die um einen
135 weiteren Monat verlängert werden kann. Hessen (6 Tage), Brandenburg (4 Tage) und
136 Berlin (2 Tage) zeigen jedoch, dass eine deutlich kürzere Haftdauer für eine
137 effektive Gefahrenabwehr ausreicht. Während eines solchen mehrtägigen Gewahrsams ist
138 es schließlich möglich, mildere Maßnahmen, beispielsweise solche zur
139 Aufenthaltsüberwachung oder Observation bereitzustellen. Etwa in Fällen häuslicher
140 Gewalt kann auch eine präventive Haft von mehreren Tagen durchaus sinnvoll und
141 gerechtfertigt sein. Auf diesem Wege wird den gefährdeten Frauen ausreichend Zeit
142 verschafft, um sich eine neue Unterkunft zu suchen. Eine Dauer, die wenige Tage
143 überschreitet, kann für den Präventivgewahrsam hingegen nicht zulässig sein.
144 Schließlich ist Zweck der Maßnahme die Verhinderung konkreter, in einer bestimmten
145 kurzen Zeitspanne drohender Straftaten. Andernfalls verwischen die
146 Ermächtigungsgrundlagen in den Polizeigesetzen die Grenze zur repressiven
147 Strafverfolgung und bieten ein erhebliches Missbrauchsrisiko dafür, zum allgemeinen
148 Abschreckungsinstrument zu werden.

149 **Wir fordern daher:**

- 150 • Der Präventivgewahrsam sollte in allen Bundesländern eine Maximaldauer von 48
151 Stunden nicht überschreiten.
- 152 • Die Anordnung des Präventivgewahrsams soll nur unter den engen Voraussetzungen
153 erfolgen können, etwa wenn dies erforderlich ist, um Leib oder Leben einer
154 Person zu schützen.

155 **Schmerzgriffe: Eine polizeiliche Praxis am Rande der Legalität**

156 Schmerzgriffe sind ein Sammelbegriff für verschiedene Techniken, die durch
157 körperliche Einwirkung auf schmerzempfindliche Körperstellen starke Schmerzen
158 erzeugen und so den Willen der Betroffenen beugen sollen. Unmittelbares Ziel ihrer
159 Anwendung ist der Schmerz selbst, der erreichen soll, dass die Betroffenen
160 polizeilichen Anweisungen folgen. Anders verhält es sich beim Wegtragen von
161 Blockierer*innen, das in aller Regel keine Schmerzen verursacht bzw. nur solche, die
162 unbeabsichtigte Nebenfolge des Tragens sind. In den sozialen Medien kursierten in
163 diesem Jahr Videos, die offenbar polizeiliche Anwendungen von Schmerzgriffen
164 gegenüber Klimaaktivist*innen zeigten und nun Gegenstand von Gerichtsverfahren sind.
165 Schließlich ist das Zufügen von Schmerzen nur in dem Maße erlaubt, wie es
166 erforderlich ist. Auch wenn sie die Vollstreckung einer polizeilichen Maßnahme
167 beschleunigen oder vereinfachen, reicht das zu ihrer Legalität lange nicht aus.
168 Solange beispielsweise eine Sitzblockade auch durch das Wegtragen der
169 Blockierer*innen mit Hilfe mehrerer Polizist*innen beendet werden kann, bedarf es
170 keiner Zufügung von Schmerzen. Schmerzgriffe sind dann schlicht unverhältnismäßig und
171 rechtswidrig. Das gebietet das Recht auf körperliche Unversehrtheit und das
172 menschenrechtliche Folterverbot. Aber auch die Versammlungsfreiheit verlangt das
173 Unterlassen von Schmerzgriffen: Videos wie die bereits Erwähnten erzeugen den
174 Eindruck, bei der Teilnahme an einer Demonstration mit körperlicher Misshandlung
175 rechnen zu müssen und schreckt von der Wahrnehmung der Versammlungsfreiheit ab.

176 **Deshalb fordern wir:**

- 177 • Schmerzgriffe dürfen nicht zum Standardrepertoire polizeilicher Maßnahmen
178 werden. Allenfalls wenn sie zum Schutz gewichtiger Rechtsgüter zwingend
179 erforderlich sind, kann eine Anwendung gerechtfertigt sein.
- 180 • Der verhältnismäßige Umgang mit friedlichen Demonstrationen, wie beispielsweise
181 durch Kooperation von Versammlungslagen oder dem Wegtragen von Aktivist*innen
182 muss tiefgreifender in der polizeilichen Aus- und Fortbildungspraxis etabliert
183 werden.

184 **Die volle Härte des Gesetzes?**

185 Im Zuge der zunehmenden Bedeutung der Klimabewegung und der Forderungen nach
186 konkreten Maßnahmen zum Schutz des Klimas werden Aktivist*innen immer häufiger mit
187 polizeilichen Maßnahmen und juristischen Einschränkungen konfrontiert. Dies umfasst
188 unter anderem die Anwendung von präventivem Gewahrsam, Hausdurchsuchungen,
189 Strafverfahren aufgrund von Blockadeaktionen oder das Verhängen von hohen Bußgeldern.
190 Diese repressiven Maßnahmen können dazu führen, dass Aktivist*innen eingeschüchtert
191 werden, ihre Aktivitäten einschränken oder von weiterem Engagement absehen.

192 Gewaltbereiter Protest steht nicht im Einklang mit den demokratischen Grundwerten und
193 dem Rechtsstaat. Die Klimabewegung selbst hat sich jedoch wiederholt von jeglicher
194 Form von Gewalt distanziert und betont, dass ihr Engagement auf gewaltlosem zivilem
195 Ungehorsam basiert. Es ist wichtig, diese Abgrenzung deutlich zu machen und zu
196 betonen, dass gewaltbereiter Protest nicht mit den Anliegen und Zielen der
197 Klimabewegung in Verbindung gebracht werden sollte.

198 Massive repressive Maßnahmen gegen die gesamte Klimabewegung sind daher das falsche
199 Mittel, um mit den legitimen Anliegen der Aktivist*innen umzugehen. Eine solche
200 Vorgehensweise kann nicht nur das Vertrauen in den Rechtsstaat und die demokratischen
201 Institutionen untergraben, sondern auch zu einer weiteren Polarisierung und
202 Eskalation führen.

203 Mitte Dezember 2022 durchsuchte die Polizei bundesweit Wohnungen von Mitgliedern der
204 „Letzten Generation“. Der Verdacht: Bildung einer kriminellen Vereinigung. Beispiele
205 für solche Vereinigungen sind Drogenkartelle, mafiöse Gruppen oder rechtsradikale
206 Rockbands. Im frappierenden Unterschied dazu bedroht die „Letzte Generation“ keine
207 Menschenleben, sondern will sie gerade schützen und zu diesem Zweck auf Ihre
208 Forderung stärkerer Klimaschutzmaßnahmen hinweisen. Dem begegnete der Staat in den
209 letzten Monaten mit drakonischen Maßnahmen und stellte sein breites Instrumentarium
210 zur Schau. Mit der „vollen Härte des Rechtsstaates“ (noch so eine Floskel aus der
211 Hölle) wird nun offenbar gegen Klimaaktivist*innen vorgegangen. Doch was den
212 Rechtsstaat auszeichnet, ist nicht seine „volle Härte“, sondern seine
213 Verhältnismäßigkeit. Und die lassen einige Akteur*innen gerade vermissen.

214 Beispielsweise in NRW nehmen repressive Maßnahmen gegenüber Klimaaktivist*innen zu.
215 Die Einschränkung der Versammlungsfreiheit in NRW infolge der Einführung eines
216 eigenen Landesversammlungsgesetzes sind symptomatisch für diese politische Reaktion.
217 Hierzu zählt etwa ein pauschales Versammlungsverbot auf Autobahnen oder ein äußerst
218 unklar definiertes Einschüchterungs- und Uniformierungsverbot. Der Gesetzgeber hat es
219 verpasst, die Versammlungsfreiheit zu stärken und anstelle dessen juristisch und
220 politisch umstrittene unbestimmte Rechtsbegriffe oder Pauschalisierungen in den
221 Gesetzestext aufgenommen, die ein Einfallstor dafür bilden, gerade auch den Protest

222 von Klimabewegungen unverhältnismäßig einzuschränken.

223 Die weißen Overalls, die seit Jahren bei den Klimaprotesten genutzt werden, stellt
224 das Versammlungsgesetz NRW historisch in eine Reihe mit uniformierten Aufmärschen von
225 SA und SS. Dabei attestiert das Gesetz ihnen wie auch Marschritt und Trommelschlagen
226 eine „suggestiv-militante, aggressionsstimulierende und einschüchternde Wirkung“. Die
227 weißen Overalls sollen also militantes Auftreten oder eine aggressive bzw.
228 einschüchternde Wirkung haben - Fackelmärsche in T-Shirts der Partei “Der Dritte Weg”
229 wie in Plauen im Jahr 2019 aber nicht? Rechtsnormen, die derart unbestimmt sind,
230 tragen nicht dazu bei, eines der wichtigsten Güter unserer Demokratie - die
231 Versammlungsfreiheit - zu schützen. Auch das pauschale Versammlungsverbot auf
232 Autobahnen richtet sich eindeutig gegen Aktivist*innen, die dort protestieren, um auf
233 die sich zuspitzende Klimakrise aufmerksam zu machen.

234 Es kann nicht sein, dass das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ungerechtfertigt so
235 weitgehend einschränkt und dabei Klimaprotestierende in eine Reihe mit
236 demokratiefeindlichen Bestrebungen gestellt werden.

237 **Daher fordern wir:**

- 238 • Die Vermeidung unverhältnismäßiger repressiver Maßnahmen gegenüber
239 Klimaaktivist*innen, die das Vertrauen in den Rechtsstaat und die demokratischen
240 Institutionen untergraben und zu weiterer Polarisierung führen können.
- 241 • Eine Überarbeitung der Versammlungsgesetze auf Landesebene, um die
242 Versammlungsfreiheit zu stärken und unbestimmte Rechtsbegriffe oder
243 Pauschalisierungen zu vermeiden, die den Protest der Klimabewegungen
244 unverhältnismäßig einschränken könnten.
- 245 • Die Sensibilisierung der zuständigen Behörden für die Bedeutung des Schutzes des
246 Versammlungsrechts und den respektvollen Umgang mit Klimaaktivist*innen.
- 247 • Die Schulung von Polizeibeamt*innen im Hinblick auf die Unterscheidung zwischen
248 gewaltbereitem Verhalten und legitimen Ausdrucksformen des Klimaprotests.

Antrag I4: Ein Strafrecht das alle schützt – Betroffenenperspektiven ernst nehmen

Antragsteller*in:	Jusos Hannover
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

1 In der Vergangenheit gab es bereits vermehrt Versuche, sich dem Thema Strafrecht aus
2 einer vor allem feministischen Perspektive anzunehmen. Überwiegend richteten sich die
3 Forderungen auf konkrete fallbezogene Gesetzesänderungen, um so beispielsweise Cat
4 Calling und Stealthing konsequenter zu bestrafen und die Rechte betroffener Personen
5 konsequenter zu schützen. Unserem Selbstverständnis nach hört die Debatte aber nicht
6 bei diesen konkreten Fallbeispielen auf, sondern muss wie zuletzt beim Bundesprojekt
7 Innere Sicherheit konsequent weitergedacht und geführt werden, um so hin zu einem
8 Recht zu kommen, welches unserem jungsozialistischen Gerechtigkeitsverständnis in
9 Gänze entspricht.

10 **Strafe – Muss das wirklich sein?**

11 Aufgrund immer wieder aufflammender gesellschaftlicher Debatten muss es unsere
12 Aufgabe sein, immer wieder kritisch zu hinterfragen, wie, wieso und wann wir strafen
13 wollen. Gerade die Gründe und verfolgten Ziele von Strafen spielen dabei eine
14 zentrale Rolle. In der Rechtsethik werden zur Begründung von Strafen vor allem drei
15 Ansätze vertreten. Nach diesen dienen Strafgesetze dazu, der betroffenen Person eine
16 gewisse Genugtuung für das Erlittene zukommen zu lassen, potentielle Täter*in
17 abzuschrecken beziehungsweise durch den Strafvollzug zu resozialisieren und der
18 Gesellschaft zu zeigen, was Unrecht ist und dadurch eine Solidarisierung mit der
19 betroffenen Person zu erzielen und den*die Täter*in auszustoßen.

20 Schaut man jedoch in die Realität, wird einem schnell klar, dass diese Ansätze nur
21 selten zur Vollendung kommen, sondern im Gegenteil eher leerlaufen, wenn nicht sogar
22 kontraproduktiv ihrem eigentlichen Ziel entgegenwirken. So empfinden Betroffene
23 Gerichtsprozesse als retraumatisierend und entwürdigend, höhere Strafrahmen führen zu
24 keinem erkennbaren Rückgang in der Kriminalstatistik und vollzogene Strafen zu keiner
25 Resozialisierung, sondern eher zu einer noch stärkeren Ausgrenzung und anstelle sich
26 mit der betroffenen Person zu solidarisieren bildet die Gesellschaft sich gerade bei
27 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung viel zu oft ein zweites eigenes
28 Urteil.

29 Sicherlich treffen diese Punkte nicht auf jeden Fall zu, jedoch muss uns bewusst
30 sein, dass eben diese Beispiele alltägliche Realität betroffener Personen sind. Die
31 Gründe, aus denen wir strafen und die Umstände, wie wir strafen, müssen deshalb
32 weiterhin kritisch betrachtet und eingeordnet werden. Wir dürfen deshalb niemals Teil
33 des Chors werden, der nach tragischen Fällen (systematischer) Gewalt zu
34 zusammenhanglosen Straferhöhungen aufruft.

35 Ebenfalls muss für uns weiterhin klar bleiben, dass eine Aufteilung in die „bösen“
36 Täter*innen und den „guten“ Rest grundsätzlich Unsinn ist. Eine solche hilft uns nur
37 dabei, zu verdrängen, dass wir in Machtverhältnisse verstrickt sind, da das

38 gesellschaftliche Gewebe uns alle hervorbringt und wir daran permanent mitweben. An
39 so gut wie jeder Tat hat die Gesellschaft mitgewirkt. Strafe in ihrer aktuellen Form
40 wird dieser Problematik nicht gerecht und dient zu oft nur der Aufrechterhaltung eben
41 dieser Machtverhältnisse. Sie ist in ihrer aktuellen Form kein Mittel für echte
42 emanzipatorische Veränderung jedweder Art. Strafe muss deshalb vielmehr die
43 Entschädigung, die Versöhnung und Wiedergutmachung zwischen der betroffenen Person
44 und dem*der Täter*in in den Mittelpunkt stellen als Rache, Sühne und Wegsperrungen und
45 Vergessen.

46 Vor diesem Hintergrund muss uns stets bewusst bleiben, dass eine Anpassung von
47 aktuellen Strafnormen lediglich eine Einforderung der Gleichbehandlung gegenüber
48 anderen Strafnormen im aktuellen System sein kann und nie die endgültige Lösung
49 darstellt.

50

51 **Strafprozesse sicher gestalten**

52 Gerade mit Blick auf Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung ist der
53 Strafprozess für viele Betroffene ein Ort der Retraumatisierung und Demütigung. Nicht
54 nur müssen sie in Gegenwart des*der Täter*in anwesend sein, sondern auch oftmals in
55 einer öffentlichen Sitzung detaillierte Fragen über den Tathergang beantworten,
56 während der*die Täter*in sowie möglicherweise Angehörige und andere Interessierte
57 oder Schaulustige dem Prozess beiwohnen.

58 Ein solcher Vorgang wirkt sich bei vielen Betroffenen retraumatisierend aus und steht
59 einem psychologischen Heilungsprozess oft entgegen. Hinzu kommt die teils langwierige
60 Gestaltung von Gerichtsprozessen, die es nicht selten erforderlich macht, das Gesagte
61 und Durchlebte vor der nächsten Instanz zu wiederholen, was erneut zu einer
62 Retraumatisierung führen kann. Angesichts der drohenden Strafe für den*die
63 mutmaßliche*n Täter*in scheint ein solches Vorgehen zwar erforderlich, um mögliche
64 Zweifel aus dem Weg zu räumen; für die betroffene Person ist es aber oft unzumutbar.

65 Die deutsche Rechtsordnung erkennt den Schutz Betroffener nicht nur im Rahmen von
66 Prozessen zu sexueller oder sexualisierter Gewalt, sondern auch beispielsweise bei
67 rassistisch motivierten Taten. Auch hier können in besonderem Maße retraumatisierende
68 Folgen eintreten; hinzu kommt allerdings auch eine besondere Gefährdungslage für
69 Zeug*innen und Betroffene, da diese bei öffentlicher Vernehmung oftmals Auskunft über
70 den vollständigen Namen und ihren Wohnort geben müssen, was angesichts der
71 Organisiertheit der Gewalt eine Gefahr darstellen kann.

72 Vor diesem Hintergrund muss der Schutz Betroffener endlich eine angemessene Rolle im
73 Strafprozess spielen, bei prozessualen Entscheidungen ausreichend gewürdigt werden
74 und Betroffene müssen die Möglichkeit haben, durch extra fortgebildete Anwält*innen
75 rechtlich betreut zu werden.

76 **Deshalb fordern wir:**

- 77 • Einen Fachanwalt für Opferrecht, nach dem Vorbild anderer Fachanwaltstitel,
78 dessen Voraussetzungen einen ausreichenden rechtlichen Beistand für Betroffene
79 sicherstellen soll und für Anwält*innen einen Anreiz schafft, sich auf diesem
80 Gebiet fortzubilden
- 81 • Einen allgemeinen Teil vor der Strafprozessordnung und Zivilprozessordnung, nach

- 82 dem Vorbild der Schweiz, welcher innerhalb allgemeiner prozessualer Grundlagen
83 dem Opferschutz ein hohes Gewicht beimisst
- 84 • Die Ausweitung von Möglichkeiten zur digitalen Vernehmung, um das Risiko der
85 Retraumatisierung Betroffener zu minimieren, sowie die Möglichkeit zum Schutz
86 Betroffener Verhandlungen aufzuzeichnen und späteren Instanzen zur Verfügung zu
87 stellen, um erneute Vernehmungen, sofern es die Klärung des Sachverhalts
88 erlaubt, obsolet zu machen
 - 89 • Keine allgemeine Aufzeichnungspflicht von Verhandlungen, wie zuletzt vom
90 Bundesjustizminister Marco Buschmann gefordert, um Betroffene so vor einer
91 großen Öffentlichkeit zu schützen. Eine Aufzeichnung darf nur auf Wunsch des*der
92 Zeug*in stattfinden unter Berücksichtigung des Schutzes der Person und unter
93 Abwägung der Pflicht zur umfassenden Beweiserhebung. Wie ausgeführt muss
94 innerhalb dieser Abwägung der Betroffenenenschutz eine ausreichende Gewichtung
95 finden.
 - 96 • Ausweitung verpflichtender Sensibilisierungsangebote für die Justiz, um den
97 komplexen Thematiken gerecht zu werden und so Betroffene zu schützen und
98 sensibler zu begegnen
 - 99 • Ausweitung bestehender Möglichkeiten zum Schutz von Zeugen vor Einschüchterung

100

Strafbarkeitslücken schließen – Gleichheit im aktuellen Recht schaffen

101 Zentrale Aufgabe des Rechts muss es sein, gleiche Bedingungen zu schaffen. Gerade im
102 Rahmen des Strafrechts ist es daher von zentraler Bedeutung, gewisse Formen von
103 Gewalt nicht ohne erkennbaren Grund gegenüber anderen Formen zu privilegieren.
104 Deshalb ist es für ein gleiches Recht von zentraler Bedeutung, Strafbarkeitslücken
105 vollumfänglich zu schließen und vergleichbares Unrecht auch vergleichbar zu
106 bestrafen. Wie bereits angerissen, stellt das Schließen von Strafbarkeitslücken
107 unserem Selbstverständnis nach nicht die endgültige Lösung des Problems dar, ist aber
108 als Schaffung einer gleichen Grundlage ein Schritt von essenzieller Bedeutung.

109 Ein wechselseitiger Blick vom Strafgesetzbuch in Wirklichkeit offenbart nämlich vor
110 allem eins: Eine solche gleiche Grundlage existiert zu oft nicht. Denn wohingegen das
111 Eigentum und das Kapital nahezu vollumfänglichen Schutz erfahren und beinahe jedwede
112 Konstellation abgedeckt scheint, geht der Schutz der sexuellen Selbstbestimmung oder
113 der Schutz vor partnerschaftlicher Gewalt zu oft an der Lebensrealität der
114 Betroffenen vorbei. Und das, obwohl die Istanbul-Konvention gerade diesen lückenlosen
115 Schutz garantieren soll. Nach ihr ist „Jede Form von ungewolltem sexuell bestimmtem
116 verbalem, nonverbalem oder körperlichem Verhalten mit dem Zweck oder der Folge, die
117 Würde einer Person zu verletzen, insbesondere wenn dadurch ein Umfeld der
118 Einschüchterung, Feindseligkeit, Erniedrigung, Entwürdigung oder Beleidigung
119 geschaffen wird, strafrechtlich oder mit sonstigen rechtlichen Sanktionen zu
120 bestrafen“. Und doch stehen wir mehr als 10 Jahre nach der Verabschiedung des
121 Abkommens hier und Forderungen nach einem Tatbestand für Cat Calling (verbale oder
122 nonverbale sexuelle Belästigung) und Stealthing (das unabgesprochene Nicht-Verwenden
123 eines Kondoms beziehungsweise das Vorspielen der Verwendung eines solchen) sowie der
124 Einführung eines Konsensmodells im Rahmen der Vergewaltigung (Grundsatz Ja-heißt-Ja)

125 sind weiterhin aktuell.

126 Es ist also eindeutig, welche Rechtsgüter aktuell vollumfänglichen Schutz erfahren
127 und welche immer noch zu oft nicht vollumfänglich geschützt werden.

128 **Deshalb fordern wir:**

- 129 • Die konsequente Umsetzung des Grundsatzes Ja-heißt-Ja und damit einhergehend die
130 Einführung von Fahrlässigkeitstatbeständen zum Schutz der sexuellen
131 Selbstbestimmung
- 132 • Eine eindeutige Erweiterung des Paragraphen § 179 StGB um den Tatbestand des
133 Stealthings sowie ähnlich gelagerter Fälle, um so endlich für rechtliche
134 Klarheit zu sorgen
- 135 • Eine Erweiterung des Paragraphen § 179 Absatz 5 StGB dahingehend, dass der
136 Lebensrealität Betroffener (vor allem solcher die von andauernder häuslicher
137 oder partnerschaftlicher Gewalt betroffen sind) Sorge getragen wird; Konkret die
138 Aufnahme der „konkreten und hinreichenden Befürchtung von Gewalt“ sowie die
139 Anpassung des Begriffs der „Schutzlosigkeit“, um die subjektive Perspektive der
140 betroffenen Personen Sorge zu tragen
- 141 • Die Einführung eines Tatbestandes für verbale sexuelle Belästigung (Cat Calling)
142 nach dem Vorbild Spaniens

143 **Ein Ausblick - Gerecht ist das Recht noch lange nicht**

144 Uns ist klar, dass dies nur ein weiterer Anstoß einer Debatte sein kann, die sich der
145 Problematik der Ungleichheit innerhalb des Rechts annimmt. Denn die Probleme reichen
146 weit über die hier angerissenen Perspektiven hinaus. So gilt es konsequent
147 patriarchalen und rassistischen Strukturen innerhalb unseres gesamten Rechts und der
148 Justiz den Kampf anzusagen und Änderungen auf den Weg zu bringen, die wirklich zu
149 echter rechtlicher Gleichheit führen.

Antrag I5: Kinder brauchen Schutz! - Für eine Stärkung des Kinderschutzes in unserer Gesellschaft

Antragsteller*in:	Jusos Hannover
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

1 Einleitung

2 Starke Kinder, starke Welt! Da sind wir uns alle einig. Aber leider ist die Situation
3 von Kindern in Deutschland oftmals prekär. Egal, ob Gewalterlebnisse an Schulen,
4 mangelnde Aufklärung von Eltern über Gewalt gegen Kinder und die Grenzen der
5 Erziehung, Entwürdigung von Kindern vor Gericht, Kinderarmut, schlechte
6 Repräsentation von Kindern in der Politik, Unzureichende Aufklärung von Lehrkräften
7 über Kinderschutz, struktureller Rassismus, Sexismus und Ableismus, der viele
8 Kinder trifft, teilweise unzureichende Umsetzung der Kinderrechte: in allen
9 Lebensbereichen von Kindern fehlt es an Grundsätzlichem. Kinder gehören zu den
10 vulnerabelsten Gruppen unserer Gesellschaft und deshalb ist es unsere Aufgabe sie zu
11 schützen und sie an demokratischen Prozessen teilhaben zu lassen. Um Kinderschutz und
12 Kinderrechte in Deutschland zu stärken und auszubauen, haben wir Forderungen
13 aufgestellt, die sich an fünf Säulen orientieren. Der Kampf gegen Kinderarmut muss
14 geführt werden, um allen Kindern ein würdiges Leben zu ermöglichen und finanzielle
15 Ungleichheit nicht bereits im Kindesalter zu manifestieren. Die Beteiligung von
16 Kindern muss vorgebracht werden, um die mehr als 13 Millionen Kinder in Deutschland
17 an demokratischen Prozessen zu beteiligen und sie endlich als einen gleichwertigen
18 Teil unserer Gesellschaft anzuerkennen. Bildung und Aufklärung über Kinderrechte und
19 Kinderschutz sind unerlässlich, um Kinder zu stärken und um Schulen zu Schutzräumen
20 zu machen. Auch das Justizsystem muss sich Kindern und ihren Bedürfnissen anpassen
21 und einen Kinderschutz im Netz konsequent durchsetzen. Erst, wenn wir uns mehr für
22 Kinder einsetzen, können wir irgendwann sagen: Starke Kinder, starke Welt!

23 Beteiligung

24 Die UN-Kinderrechtskonvention trat am 02. September 1990 in Kraft und spricht allen
25 Kindern auf der Welt dieselben Rechte zu. Unabhängig von Herkunft, Sprache, Hautfarbe
26 und Geschlecht haben Kinder das Recht auf Nichtdiskriminierung, das Recht auf Leben,
27 Überleben und Entwicklung, die Einhaltung der Kindesinteressen sowie das Recht auf
28 Beteiligung. Bereits in vielen Städten und Gemeinden in Niedersachsen und dem
29 gesamten Bundesgebiet können wir viele Kinderparlamente und -beiräte bei ihrer
30 erfolgreichen Arbeit sehen. Allerdings ist die Einführung von den Kinderparlamenten/-
31 beiräten noch lange kein Standard in unseren Kommunen. Doch für die Kinder bietet die
32 Möglichkeit sich für die eigenen Interessen und die ihrer Freund*innen stark zu
33 machen, viele Chancen. Sie lernen durch Partizipation an politischen Projekten, für
34 ihre eigene Meinung einzustehen, ihr Selbstvertrauen wird gestärkt und die
35 Eigenständigkeit gefördert. Diese Eigenschaften sind existentiell für Kinder, um ihre
36 Meinung in Konfliktsituationen zu äußern und sind somit ein wichtiger Bestandteil im
37 Bereich des Kinderschutzes. Daher müssen wir uns für einen Ausbau von
38 Kinderparlamenten/-beiräten stark machen. Die Einrichtung eines solchen Gremiums muss

39 immer mit einem eigenen Budget verbunden sein. Nur so können die Kinder ernsthaft
40 Ideen entwickeln und später umsetzen. Dafür bedarf es ebenfalls eine professionelle
41 und eine geschulte Begleitung durch Erwachsene. Kinder müssen in den Prozessen von
42 Erwachsenen begleitet, aber nicht kontrolliert werden. Daher bedarf es einer aktiven
43 Jugendarbeit in den Kommunen, welche vom Bund und Land finanziell unterstützt werden
44 muss.

45 Doch wir sehen nicht nur die Kommunen in der Verantwortung, Kinder stärker in das
46 politische Handeln einzubeziehen. Sowohl auf Bundes-, als auch auf Landesebene soll
47 ein Kinderparlament eingerichtet werden, damit die Kinder auch auf höherer
48 politischer Ebene Gehör finden und ihre Interessen und Ideen umsetzen können. Um dem
49 Kinderparlament auch hier Handlungsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, müssen die
50 Kinderparlamente ein reguliertes Antragsrecht für den Bundestag und den Landtag
51 erhalten. Dadurch wird eine professionelle und geschulte Betreuung unabdingbar.

52 Daher fordern wir:

- 53 • Die Stärkung von Kinder- und Jugendparlamenten in den Kommunen und damit
54 einhergehend auch eine stärkere finanzielle Ausstattung sowie eine
55 professionelle und geschulte Betreuung. Vor allem ist eine Förderung von FINTA*,
56 BIPOC und Schüler*innen aller Schulformen zu gewährleisten. Es muss darauf
57 geachtet werden, dass sozioökonomisch benachteiligte Kinder und Jugendliche
58 gleichermaßen eingebunden werden.
- 59 • Eine Einrichtung eines Kinder- und Jugendparlaments auf Landes- und Bundesebene
60 mit einem regulierten Antragsrecht sowie professioneller und geschulter
61 Betreuung.

62 **Aufklärung & Schulsystem**

63 Im Schulsystem ist noch großer Handlungsbedarf im Umgang mit Gewalt gegen Kinder. So
64 muss beispielsweise die genaue Bedeutung des Begriffes „Gewalt“ für die Akteur*innen
65 an den Schulen durch Fortbildungen und Workshops zugänglich gemacht werden.

66 Zur Gewalt gehört nämlich neben körperlicher Gewalt auch psychische Gewalt (z.B.
67 unter Druck setzen, Herbeiführen von Schuldgefühlen) und Vernachlässigung (z.B. kein
68 Bereitstellen von Essen, nachlässige Beaufsichtigung, kein Wahrnehmen von
69 Arztterminen). Etwa 60% der Fälle von Kindesmisshandlung liegt Vernachlässigung zu
70 Grunde. Dementsprechend benötigen Lehrkräfte und die multiprofessionellen Teams
71 regelmäßige Fortbildungen zum Thema Kinderschutz, die neben dem Wahrnehmen von
72 Warnsignalen auch den Umgang mit der Situation behandeln. Dabei sollte das Kind
73 ebenfalls im Zentrum stehen, da Kinder in der Schule altersgerecht und über die
74 Grenze zwischen Erziehung und Gewalt aufgeklärt werden müssen.

75 Außerdem werden durch Schulpastor*innen andere Religionen und Atheist*innen
76 ausgeschlossen und diskriminiert. Deswegen fordern wir, dass Schulpastor*innen keine
77 Lösung für die Schule darstellen und es multiprofessionelle Teams für alle
78 Schüler*innen geben muss. Dadurch können die individuellen Bedürfnisse und
79 Anforderungen der Schüler*innen viel mehr berücksichtigt und stärker
80 gefördert werden.

81 Es braucht eine ständige Reflexion und Kinderschutzkonzepte müssen regelmäßig
82 überprüft und gegebenenfalls angepasst werden, um den aktuellen Herausforderungen

83 und Ansprüchen gerecht zu werden. Die Konzepte dürfen nicht in der Schublade
84 verschwinden! Gerade Corona hat gezeigt, dass wir hier einen erhöhten Bedarf haben
85 und dass wir dem schnell Rechnung tragen müssen. Schließlich wollen wir kein Kind
86 alleine lassen und im Sinne der Chancengerechtigkeit muss hier endlich mehr
87 passieren! Es braucht mehr Anlaufstellen, Aufklärungskampagnen und Angebote, um
88 Gewalt gegenüber Kindern vorzubeugen.

89 Deshalb fordern wir:

- 90 • eine differenzierte Betrachtung von Gewalt gegen Kindern, um körperliche
91 Gewalt, psychische Gewalt und Vernachlässigung zu identifizieren und pädagogisch
92 angemessen damit umzugehen.
- 93 • mehr Fortbildungen für Lehrkräfte und die multiprofessionellen Teams zum Thema
94 Kinderschutz, die neben dem Wahrnehmen von Warnsignalen auch den Umgang mit der
95 Situation behandeln.
- 96 • ständige Reflexion und Kinderschutzkonzepte, die den aktuellen Herausforderungen
97 und Ansprüchen gerecht werden.
- 98 • mehr Anlaufstellen, Aufklärungskampagnen und Angebote, um Gewalt gegenüber
99 Kindern vorzubeugen

100 **Kinderarmut**

101 Mehr als jedes fünfte Kind und jede*r vierte junge Erwachsene gilt in Deutschland
102 als armutsgefährdet. Alleinerziehende sowie Familien mit drei und mehr Kindern sind
103 besonders betroffen. Im Jahr 2021 waren es rund 2,9 Millionen Kinder und Jugendliche
104 sowie 1,55 Millionen junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren. Diese Zahlen machen
105 sehr deutlich, dass nach wie vor eindeutig zu viele Menschen in Deutschland,
106 besonders aber Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene von Armut betroffen oder
107 bedroht sind. Wir müssen anerkennen, dass die Menschen, die aus armutsbetroffenen
108 Familien stammen, statistisch ein höheres Risiko haben, selbst von Armut betroffen zu
109 sein. Dieser problematische Zustand muss durch entschiedenes und solidarisches
110 Handeln aufgebrochen werden. Gleichzeitig können wir nicht hinnehmen, dass die
111 Vermögensungleichheit auch heute immer weiter zunimmt und die Menschen mit hohem
112 Vermögen gerade in Zeiten der Krise profitieren, während die Menschen mit niedrigem
113 Einkommen und keinem Vermögen noch ärmer werden. Das aktuell weiter steigende Risiko,
114 von Armut betroffen zu sein, muss endlich reduziert werden.

115 Deshalb fordern wir:

- 116 • Die Einführung einer Kindergrundsicherung, die Kindergeld, Kinderzuschlag,
117 Sozialgeld und Steuerfreibeträge bündelt. Diese Kindergrundsicherung muss allen
118 Kindern und Jugendlichen bis zum Ende des 18. Lebensjahres das sächliche
119 Existenzminimum garantieren. Bei Auszubildenden soll diese Grundsicherung bis
120 zum 25. Lebensjahr und bei Studierenden bis zum 27. Lebensjahr gezahlt werden.
121 Die Kosten, die durch die Kindergrundsicherung zusätzlich entstehen, sollen
122 keine Mehrbelastung für die Menschen bedeuten, die schon heute wenig haben,
123 sondern sollen solidarisch von denjenigen getragen werden, die hohe Vermögen
124 besitzen. Das soll beispielsweise durch die Wiedereinführung einer modernen
125 Vermögenssteuer, eine Anhebung der Erbschaftsteuer, die Einführung einer
126 Börsenumsatzsteuer oder die Einführung eines „Kinder-Solis“ ermöglicht werden.

- 127 • Die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern, um die gesamtgesellschaftliche
128 Verantwortung für die Lebensstandards der Kinder zu unterstreichen.
- 129 • Die finanzielle Förderung und Unterstützung von Kinderhäusern, in denen Kinder
130 in Ruhe ihre Hausaufgaben erledigen, Probleme mit pädagogischem Fachpersonal
131 besprechen, Nachhilfe erhalten, gemeinsam kochen oder anderen Aktivitäten
132 nachgehen kö Hier sollen noch mehr Räume geschaffen werden, um ein gutes
133 soziales Umfeld und Miteinander für von Armut betroffene Kinder zu schaffen.
- 134 • Die Einführung einer Expert*innenkommission, die unter Einbeziehung von
135 Wissenschaftler*innen, Vertreter*innen von Sozial- und Wirtschaftsverbänden
136 sowie Gewerkschaften und Betroffenenorganisationen, die Frage nach der
137 Neuberechnung des Existenzminimums für die Zukunft klärt und alle entscheidenden
138 Faktoren, die gerade die Perspektive der Kinder einbezieht, berücksichtigt.

139 **Justiz**

140 Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Sie gehören einer sehr vulnerablen Gruppe
141 an, darum ist ein sensibler Umgang mit Kindern von äußerster Relevanz. Kinder, die
142 als Zeug*innen vor Gericht aussagen müssen, haben zuvor häufig Traumata erfahren.
143 Dadurch erfordert der Umgang mit ihnen noch zusätzliche Einfühlsamkeit. Aktuell gibt
144 es für Familien- und Jugendrichter*innen – die meistens die Zeug*innenvernehmung bei
145 Kindern durchführen – keine verpflichtenden Fortbildungen zum Umgang mit
146 traumatisierten Kindern. Dies führt teilweise zu einem falschen Umgang mit diesen, da
147 Richter*innen eine juristische und keine pädagogische Ausbildung bekommen (unabhängig
148 von dem Bereich, in dem sie arbeiten). Dadurch können zusätzliche psychische
149 Belastungen für die Kinder entstehen.

150 Kinder, die Gewalterfahrungen machen, benötigen eine psychologische Behandlung, um
151 die Geschehnisse aufzuarbeiten. Derzeit dürfen Kinder, die sich im Zeug*innenstand
152 befinden, während des laufenden Gerichtsverfahrens, eine solche Behandlung nicht in
153 Anspruch nehmen. Grund hierfür ist der Irrglaube, die Erinnerungen der Kinder würden
154 durch eine Psychotherapie verfälscht und eine Verurteilung der Täter*innen würde
155 dadurch schwieriger. Für die betroffenen Kinder hat dieses Verbot massive psychische
156 Folgen – gerade in Anbetracht der langen Dauer von Gerichtsverfahren. Obwohl
157 Verfahren, an denen Kinder beteiligt sind, mit höherer Priorität behandelt werden,
158 können bis zur Verurteilung der Täter*innen Jahre vergehen – Jahre, in denen Kindern
159 psychologische Betreuung verwehrt wird. Nach aktuellem Wissensstand kann die Theorie,
160 Kinder würden durch psychologische Behandlung ihre Erinnerungen verändern, nicht
161 bestätigt werden, die Erinnerungen werden lediglich in den Kontext gesetzt. Dass sie
162 trotzdem keine Hilfe durch Psychotherapie erfahren dürfen, ist nicht nur unmenschlich
163 und grausam, es verstößt auch gegen Art. 24 der UN-Kinderrechtskonvention. Damit das
164 Leid traumatisierter Kinder durch einen Gerichtsprozess nicht zusätzlich verlängert
165 wird, muss ihnen der Zugang zu einer professionellen psychischen Behandlung erlaubt
166 werden.

167 Wenn Kinder in einem Gerichtsverfahren involviert sind, muss sich das Verfahren dem
168 Kind anpassen, nicht umgekehrt! Hierzu sind verschiedene Maßnahmen erforderlich,
169 wie z.B. die Zeug*innenvernehmung des Kindes in altersgerecht ausgestatteten Räumen
170 außerhalb des Gerichtgebäudes. Zur altersgemäßen Ausstattung zählen, neben
171 der Gestaltung des Raumes und der Anpassung der Tisch- und Stuhlhöhe, auch die
172 Platzierung der Gutachter*innen im Raum. Eine Retraumatisierung des Kindes durch

173 Anwesenheit der Täter*innen muss – sofern möglich – vermieden werden. Darüber hinaus
174 müssen Kinder altersgerecht über den Inhalt und den Prozess des Gerichtsverfahrens
175 informiert werden, damit sie verstehen, was passiert und warum es passiert.

176 Daher fordern wir:

- 177 • Dass Familien- und Jugendrichter*innen regelmäßige Schulungen zur Befragung von
178 Kindern und Jugendlichen im Zeug*innenstand erhalten, um einen altersgemäßen
179 Umgang mit ihnen zu ermö
- 180 • Kindern soll im Zeug*innenstand eine psychologische Behandlung während des
181 laufenden Gerichtsverfahrens ermöglicht werden.
- 182 • Im Rahmen einer kindersensiblen Justiz sollen altersgerechte Räume außerhalb des
183 Gerichtsgebäudes zur Zeug*innenbefragung von Kindern genutzt werden.
- 184 • Eine altersgerechte Aufklärung über das Gerichtsverfahren für Kinder.
- 185 • Prinzipiell ist der Grundsatz “Hilfe statt Strafe” zu wahren.

186 **Kindesschutz im Netz**

187 Auch im Netz bedürfen Kinder besonderem Schutz. Kinder, mindestens bis zum 14.
188 Lebensjahr, können das Gewicht dieser Entscheidung, sich in den öffentlichen sozialen
189 Medien zu zeigen, nicht alleine erkennen, da eine neutrale Aufklärung durch die
190 Erziehungsberechtigten nicht erfolgt. Wenn also der Fall auftritt, dass die
191 Erziehungsberechtigten Personen ihr z.B. ein Jahr altes Kind in den sozialen Medien
192 präsentieren wollen, ist die Entscheidung alleine den Erziehungsberechtigten
193 überlassen und diese haben damit das Recht, über die Privatsphäre des Kindes zu
194 entscheiden. Dies kann auf das spätere Leben des Kindes einen sehr großen
195 Einfluss haben, welcher in vielen Fällen eher negativ erfolgt. Zum Beispiel kann es
196 passieren, dass das Kind schon in jungen Jahren sehr berühmt wird und damit auch
197 schon entschieden ist, dass es später kein privates Leben führen kann. Des Weiteren
198 hat das Zeigen des Kindes nur einen Zweck für die Erziehungsberechtigten und keinen
199 für das Kind selbst (und ab dem Moment, wo damit Geld verdient wird, kann man dies
200 auch als Kinderarbeit abstufen.) Außerdem reicht auch die Zustimmung des Kindes nicht
201 (mindestens bis zum Alter von 14 Jahren), da die Meinung sehr einfach beeinflusst
202 werden kann und somit auch die die Entscheidung des Kindes nicht zählen sollte. Ein
203 weiterer Grund gegen das Zeigen von Kindern im Internet ist, dass viele Inhalte, wenn
204 auch unbeabsichtigt von den Eltern, sexualisiert werden und von User*innen angesehen
205 werden, die diese Videos dann auf eine unangemessene Art und Weise anschauen.
206 Ungefähr dasselbe Prinzip besteht auch bei dem Punkt der Kinderwerbeagenturen. Denn
207 auch hier können Kinder nicht einschätzen, was es bedeutet, in dieser Art von
208 sozialen Medien präsent zu sein. Die Entscheidungen, beeinflusst von den
209 Erziehungsberechtigten, kann noch Jahre später bereut werden, doch in diesem Moment
210 wäre es zu spät, da alles, was einmal in die Medien gelangt ist, nie
211 wieder verschwindet.

212 Wir fordern:

- 213 • Kinder müssen vor ungewollter medialer Aufmerksamkeit geschützt werden.
- 214 • Kinder unter 14 Jahren dürfen nicht erkennbar in sozialen Medien gezeigt werden
215 und ebenso nicht der Hauptinhalt des Medieninhalts sein, auch wenn dies dem
216 Willen der Erziehungsberechtigten entspricht.

- 217 • Kinderwerbeagenturen sind zu verbieten.
- 218 • Eine altersgerechte Aufklärung über das Gerichtsverfahren für Kinder.
- 219 Prinzipiell ist der Grundsatz "Hilfe statt Strafe" zu wahren.

220

Antrag I6: Psychotherapie auf den neuesten Stand bringen, Neurodivergente Personen und Personen mit psychischen Erkrankungen unterstützen

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

1 Die Therapieplatzsuche ist für Betroffene eine riesige Herausforderung. In sehr
2 schwierigen Lebenssituationen suchen Menschen oft Monate nach einem Therapieplatz,
3 und erhalten selbst dann nicht die Unterstützung, die sie benötigen. Es ist also eine
4 zusätzliche Hürde, für Menschen, die ohnehin unter hoher psychischer Belastung
5 leiden.

6 Die Suche nach Therapieplätzen wird dadurch erschwert, dass die meisten
7 Psychotherapeut*innen 3 anders als bei Arztpraxen 3 keine Unterstützung bei der
8 Terminvergabe oder den Abrechnungen haben. Telefonische Sprechzeiten sind in vielen
9 Fällen auf wenige Stunde pro Woche begrenzt, erst dann erfahren Betroffene, dass es
10 möglicherweise keine freien Plätze mehr gibt. Patienten können bei ihren Hausärzten
11 oder Krankenkassen eine Liste erhalten, auf der sie die Kontaktdaten von
12 Psychotherapeuten/ Psychologen mit freien Kapazitäten finden. Hausärzte und
13 Krankenkassen haben hierfür Zugang zu einer Datenbank, die die entsprechenden Daten
14 verwaltet. Krankenkassen und Hausärzte weisen ihre Patienten aktive auf diese
15 Möglichkeit hin.

16 Gleichzeitig gibt es eine Reihe an wissenschaftlich fundierten Therapieformen, die
17 nicht von den gesetzlichen Krankenkassen anerkannt werden: Beispielsweise die
18 gleichzeitige Anwendung von Tiefen- und Verhaltenstherapie oder die Anwendung von
19 EMDR auch außerhalb der momentan gültigen strengen Richtlinien. Insgesamt ist es
20 wichtig, dass die Kostenübernahme bei psychotherapeutischen Verfahren flexibler und
21 fundierter wird, und auch neue Verfahren schneller und unbürokratischer übernommen
22 werden können. Um auf neue Probleme einzugehen, sollte auch die interkulturelle
23 Psychotherapie in die Ausbildung von Psychotherapeut*innen übernommen werden. Die
24 Bedarfsplanung für Kassenplätze muss neu aufgestellt werden, damit sie der Realität
25 entspricht.

26 Es muss eine tatsächliche Therapieplatzgarantie geben, die sich nicht nur auf die
27 Garantie für eine erste Sprechstunde begrenzt. Denn auf die Sprechstunde folgen
28 oftmals lange Wartezeiten, wenn die*der erste Therapeut*in überhaupt eine gute
29 Beziehung zu dem*der Behandelnden aufbauen kann.

Begründung

Psychotherapie ist ein wirksames Verfahren, das vielen Menschen weltweit bei diversen psychischen Erkrankungen hilft. Doch aktuell ist die Suche nach einem Therapieplatz nur eine zusätzliche Belastung. Zusätzlich wird die Psychotherapie immer mehr endstigmatisiert, eine sehr positive Entwicklung, die jedoch dazu führt, dass die ohnehin begrenzten Therapieplätze noch umstrittener werden. Auch die Folgen der Corona-Krise sowie die finanziellen Sorgen der vergangenen Jahre tragen zu einer noch

höheren Nachfrage bei. Dieser Nachfrage muss gezielt begegnet werden, in einer Weise die wissenschaftlichen Erkenntnisse anerkennt und auch die Bedürfnisse und Wünsche von Therapeut*innen sowie Patient*innen einbezieht.

Antrag I7: Für eine gesunde, gerechte und geschützte Polizei, Forderungen für eine breite Reform der Polizei

Antragsteller*in:	Jusos Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

1 Zur Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

2 Wir glauben fest an den Grundsatz, dass Polizist*innen wichtiger Teil unserer
3 Sozialdemokratie sind und unsere Unterstützung und Respekt verdient haben. Als
4 wichtiger Teil der Exekutive des Rechtsstaats sind sie vielen Belastungen und
5 Gefahren ausgesetzt und werden dabei oft unzureichend betreut und geschützt. Jedoch
6 tragen sie auch durch das von ihnen ausgeführte Gewaltmonopol große Verantwortung,
7 welcher sie leider oft nicht gerecht werden. Die Polizei hat strukturelle Probleme
8 welche systematisch angegangen werden müssen – zum Schutz unserer Polizist*innen und
9 aller Bürger*innen.

10 Um dies zu erreichen, fordern wir:

11 1. Arbeitsbedingungen und Wohlbefinden

12 1.1 Bund und Länder müssen die Personalaufstellung in den Bereitschaftspolizeien
13 verbessern. Jede*r Polizeibeamte soll mindestens zwei freie Wochenenden innerhalb von
14 fünf Wochen haben, wie auch von der GDP gefordert.

15 1.2 Die aktive Teilnahme an gesundheitsfördernden Maßnahmen muss gestärkt und
16 gefördert werden. Es ist wichtig, dass Polizeibeamt*innen während ihrer Arbeitszeit
17 Zugang zu solchen Angeboten haben, die flächendeckend bereitgestellt werden müssen.

18 1.3 Polizist*innen müssen Zugang zu professionellen, kostenlosen, anonymen und leicht
19 zugänglichen psychologischen Betreuungsangeboten haben. Die Inanspruchnahme solcher
20 Dienste muss als Arbeitszeit betrachtet werden. Diese Angebote sollten für alle,
21 unabhängig von Einsatz und Standort, verfügbar sein.

22 1.4 Eine moderne Schichtplanung nach arbeitsmedizinischen Leitlinien, um die
23 physische und psychische Gesundheit der Beamt*innen zu gewährleisten.

24 1.5 In allen Dienstbereichen müssen mobile Arbeitsmöglichkeiten und Homeoffice nicht
25 nur angeboten, sondern auch rechtlich abgesichert werden.

26 1.6 Die Polizei muss, als Trägerin des Gewaltmonopols, Prävention als eine ihrer
27 Hauptaufgaben ansehen. Dies muss durch ausreichend Personal sichergestellt werden.

28 1.7 Die oben genannten Punkte sollen ebenfalls für Polizist*innen in Ausbildung
29 gelten.

30 2. Kennzeichnungspflicht und Bodycams:

31 2.1 Die aktuelle Pflicht zur Kennzeichnung durch eine individuelle fünfstellige
32 Nummer soll auf alle Polizeikräfte, unabhängig von Einsatzsituation ausgeweitet
33 werden. Zivile Polizeibeamt*innen müssen sich auf Nachfrage bei der Ausführung ihrer
34 Amtshandlungen gegenüber der betroffenen Person und Dritten, die etwa das Geschehen
35 beobachten, ausweisen.

36 2.2 Der Einsatzbereich von Bodycams im „Pre-Recording“-Modus soll auf
37 Geschäftsstätten (primär Gaststätten und Diskotheken) ausgeweitet werden.
38 Polizist*innen muss die konsequente Verwendung der Kameras sowie deren schnelle und
39 reflexhafte Aktivierung in Gewalt- und Gefahrensituationen durch spezielle Schulungen
40 sowie durch das Aufnehmen in Ausbildung und Training beigebracht werden. Zudem
41 fordern wir, dass die stetige Funktionsfähigkeit der Kameras durch ausreichende Akkus
42 und notwendige Accessoires gewährleistet ist.

43 3. Unabhängige Ermittlungsbehörde

44 3.1 Unabhängige Ermittlungsbehörden zur Aufklärung von polizeilichem Fehlverhalten
45 müssen eingerichtet werden. Dies soll nach folgenden Grundsätzen erfolgen:

- 46 • (Interne) Ermittlungen zu durch Polizist*innen im Dienst begangenen Delikten
47 werden aus den Polizeibehörden ausgegliedert und durch eigenständige,
48 unabhängige Ermittlungsbehörden durchgeführt.
- 49 • Diese Behörden erhalten dieselben Ermittlungsbefugnisse, wie die regulären
50 Ermittlungsbehörden Staatsanwaltschaft und Polizei.
- 51 • Zwischen den eigenständigen Behörden und den regulären Ermittlungsbehörden
52 dürfen keinerlei institutionelle oder hierarchische Verbindungen bestehen,
53 insbesondere müssen sie frei von exekutiven Weisungen und politischen
54 Opportunitäten agieren können und die Hoheit über ihr Personal haben.
- 55 • Die unabhängigen Behörden müssen über angemessene personelle und materielle
56 Ressourcen verfügen und von anerkannten Fachkräften mit der notwendigen
57 Unparteilichkeit, Fachkompetenz, Unabhängigkeit und Integrität geleitet werden.
58 Dabei soll in Betracht gezogen werden, wie Personen ohne (kriminal-)
59 polizeiliche Vorbildung in strafprozessuale Ermittlungen einbezogen werden
60 können, damit eine Vielfalt der Ermittlungsperspektiven gewährleistet ist. Zudem
61 müssen sie auch baulich-räumlich von regulären Ermittlungsbehörden getrennt
62 sein.
- 63 • Insbesondere soll es auch die Aufgabe der eigenständigen Behörden sein,
64 Filmaufnahmen von Großlagen aus einer dritten unabhängigen Perspektive
65 anzufertigen. Diese sollen in Gerichtsverfahren eine unabhängige Aufklärung
66 möglicher Verfahren ermöglichen. Die Ausbildung entsprechender Medienteams ist
67 Aufgabe des Kontrollorgans.

68 3.2 Die bestehenden Beschwerde- und Ombudsstellen (in Baden-Württemberg:
69 Bürgerbeauftragte) müssen nach den folgenden Grundsätzen aufrechterhalten und
70 weiterentwickelt werden:

- 71 • Der Fokus ihrer Arbeit soll insbesondere auf systemischen und institutionellen
72 Verbesserungen liegen.
- 73 • Hierzu sollen sie Hinweise und Beschwerden bezüglich polizeilichen
74 Fehlverhaltens und mutmaßlicher Rechtsverletzungen durch Polizeiangehörigen
75 prüfen, festgestellte Missstände beanstanden sowie Empfehlungen zu ihrer Abhilfe
76 an Polizeidienststellen und politisch Verantwortliche adressieren.
- 77 • Sie sollen zudem strafrechtlich relevante Erkenntnisse mit Einverständnis der
78 Betroffenen an die zuständigen unabhängigen neu zu schaffenden
79 Ermittlungseinheiten weiterleiten

- 80 • Dabei sollen sie angemessen mit Personal und Sachmitteln sowie mit
81 Akteneinsichts-, Befragungs- und Inspektionsrechten und dem Recht, Amtshilfe
82 anzufordern ausgestattet sein. Zudem müssen sie auch baulich-räumlich von
83 regulären Ermittlungsbehörden getrennt sein.
- 84 • Über ihre Tätigkeit sollen sie regelmäßig öffentlich Bericht erstatten.
85 Betroffenen soll durch die üblichen Geheimhaltungs- und
86 Vertraulichkeitspflichten Schutz gewährt werden.
- 87 3.3 Die neu einzurichtenden unabhängigen Ermittlungsbehörden und die unabhängigen
88 Beschwerde- und Ombudsstellen müssen kontinuierlich nach folgenden Grundsätzen extern
89 evaluiert werden:

- 90 • Die Evaluation muss sicherstellen diese Einheiten und Stellen denselben
91 Standards von öffentlicher Kontrolle, Unabhängigkeit, Effektivität und
92 Unverzögerlichkeit gerecht werden.
- 93 • Im Falle von Fehlverhalten innerhalb dieser Strukturen sollen Betroffene in der
94 Lage sein, dieselben Ansprüche geltend zu machen, wie es auch bei Verfehlungen
95 seitens der Polizei der Fall ist. Es ist von zentraler Bedeutung, dass diese
96 Kontrollmechanismen die Integrität und Transparenz der Arbeit der Polizei und
97 ihrer Überwachungsstellen stärken.

98 3.4 Die polizeilichen Arbeitsweisen, Handlungskonzeptionen und ihre Wirksamkeit
99 sollen regelmäßig nach den folgenden Grundsätzen wissenschaftlich untersucht und
100 begleitet werden:

- 101 • Der Zugang zu polizeilichen Daten unter Berücksichtigung der Belange des
102 Datenschutzes muss in diesem Zusammenhang gewährleistet werden.
- 103 • Die Untersuchungen sollen seitens der Hochschulen mit polizeifachlichen
104 Studiengängen sowie von externen Wissenschaftler*innen vorangetrieben und
105 ermöglicht werden.
- 106 • Insbesondere sollte das Auftreten systematisch diskriminierender Arbeitsweisen
107 (z.B. Racial Profiling) untersucht werden.
- 108 • Gegenstand regelmäßiger Erhebungen sollten außerdem die Belastungen und die
109 Motivation während der Arbeit im Polizeidienst sein. Die Ergebnisse sollen dazu
110 dienen, Stressoren und besondere Belastungen der Polizeiarbeit zu erkennen und
111 als Grundlage für Reformen sein.

112 4. Racial Profiling

113 4.1 § 22 Abs. 1a BPolG wird um folgenden Passus ergänzt: "Die Bundespolizei ist dazu
114 angehalten, diese Kontrollen, nicht ausschließlich aufgrund des äußerlichen
115 Erscheinungsbildes einer Person, durchzuführen. Bei diesen Kontrollen sind die
116 Gewährleistungen des Art. 3 Abs. 1, 3 GG und der Grundgedanke des § 4 AGG in
117 besonderem Maße zu berücksichtigen."

118 4.2 Polizist*innen müssen verpflichtend zum Thema Rassismus, insbesondere Racial
119 Profiling, geschult werden. Bei rassistischen oder antisemitischen Vorkommnissen, die
120 durch die unabhängige Behörde bestätigt wurden, ist eine solche Schulung zeitnah
121 durchzuführen, um diesem Verhalten entschlossen entgegenzutreten. Die Schulung muss
122 alle 2 Jahre neu absolviert werden, wie der Erste-Hilfe-Kurs.

123 Folgende Inhalte sollten besonders im Vordergrund stehen:

- 124 • Menschenrechtliche Verantwortung der Polizei
- 125 • Ausprägungsformen von Rassismus
- 126 • Bedeutung von strukturellem Rassismus
- 127 • Reflexion des eigenen Verhaltens und Bekämpfung von rassistischen und
- 128 antisemitischen Klischees

Begründung

Erfolg mündlich.

Antrag I8: Strafverteidigung und Prozesskostenhilfe für alle – Klassenjustiz beenden!

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

- 1 Jede*r kennt vermutlich aus Filmen und Serien den Satz: „Sie haben das Recht, zu
2 jeder Vernehmung einen Anwalt hinzuzuziehen. Wenn Sie sich keinen Anwalt leisten
3 können, wird Ihnen einer gestellt.“ So weit so gut, doch die bundesdeutsche Realität
4 sieht anders aus als die Realität der US-amerikanischen Filme und Serien.
- 5 In Deutschland ist Beschuldigten nur in solchen Fällen von Amts wegen eine staatlich-
6 finanzierte Pflichtverteidigung zu bestellen, wenn es sich um sogenannte „notwendige
7 Verteidigungen“ handelt und der*die Beschuldigte noch über keine*n von ihm*ihr
8 gewählte*n Verteidiger*in verfügt. Notwendige Verteidigung bezeichnet dabei eine
9 Verfahrenslage, in der der Gesetzgeber davon ausgeht, dass der*die Beschuldigte sich
10 nicht selbst verteidigen kann. Für die Pflichtverteidigung ist es in Deutschland dabei
11 irrelevant, ob der*die Beschuldigte eine Verteidigung bezahlen kann oder nicht.
- 12 Solche Fälle der notwendigen Verteidigung liegen nach § 140 StPO jedoch nur in einer
13 sehr begrenzten Anzahl von Situationen vor:
- 14 • bei Hauptverhandlungen vor dem Landgericht oder Oberlandesgericht und somit
15 allen Fällen von schwerer und schwerster Kriminalität,
 - 16 • beim Verdacht auf Verbrechen im Sinne von § 12 Abs. 1 StGB (rechtswidrige Taten,
17 die mit Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr bedroht sind),
 - 18 • bei drohendem Berufsverbot,
 - 19 • bei Vollstreckung von Untersuchungshaft,
 - 20 • bei längerem Freiheitsentzug von mindestens 3 Monaten,
 - 21 • bei Unterbringung zur Gutachtenerstellung,
 - 22 • im Sicherungsverfahren,
 - 23 • bei Ausschluss der Wahlverteidigung,
 - 24 • sowie in der Nebenklage,
 - 25 • und wenn wegen der Schwere der Tat oder wegen der Schwierigkeit der Sach- oder
26 Rechtslage die Mitwirkung einer Verteidigung geboten erscheint, oder wenn
27 ersichtlich ist, dass sich Beschuldigte nicht selbst verteidigen können.
- 28 In allen anderen Fällen sind die Beklagten auf eine kostenpflichtige Wahlverteidigung
29 angewiesen, wenn sie sich nicht selbst verteidigen wollen oder können. Dies betrifft
30 oftmals kleine Delikte, aber auch sogenannte Armutsdelikte wie Schwarzfahren und
31 Drogendelikte.
- 32 Allein schon aufgrund des statistischen Phänomens wird sichtbar: Menschen, die
33 aufgrund ihrer Armut keine Alternative zum kriminellen Handeln haben, haben auch
34 keine Möglichkeit auf eine adäquate Verteidigung vor Gericht.
- 35 Denn auch die sogenannte Prozesskostenhilfe hilft hier nicht weiter. Einen Anspruch

36 auf Prozesskostenhilfe kann in Deutschland nur gelten machen, wenn es sich dabei um
37 einen Zivilprozess handelt und

- 38 • wenn man die Kosten nicht, nur zum Teil oder nur in Raten aufbringen kann,
- 39 • die beabsichtigte Rechtsverfolgung oder Rechtsverteidigung hinreichende Aussicht
40 auf Erfolg bietet und
- 41 • man nicht von dem Prozess absehen würde, wenn sie die Kosten selbst tragen
42 müsste (fehlende Mutwilligkeit).

43 Ungeachtet dessen weist die Studienlage darauf hin, dass staatliche
44 Unterstützungsleistungen umso seltener in Anspruch genommen werden, je geringer die
45 finanziellen Möglichkeiten der Bürger*innen sind.

46 Zusammengenommen bedrohen diese Zusammenhänge die Chancengleichheit des Rechtssystems
47 und schaden ihm und dem demokratischen Rechtsstaat so, da arme Menschen das Vertrauen
48 in das Rechtssystem verlieren. Ein gerechtes Rechtssystem muss jedoch eine effektive
49 Waffengleichheit aufweisen. Das heißt, dass jede*r von sich aus gleiche Chancen auf
50 Erfolg oder Misserfolg vor Gericht haben muss, ungeachtet der sozialen oder
51 ethnischen Herkunft, der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität oder der
52 körperlichen und psychischen Gesundheit.

53 Zur Problemlösung fordern wir die Ausweitung der Prozesskostenhilfe als Vorleistung
54 im Strafprozess. Im Fall einer Verurteilung wäre sie zurückzuzahlen. Außerdem die
55 Bereitstellung von Pflichtverteidiger*innen in ausnahmslos allen Strafsachen. Darüber
56 hinaus sollte geprüft werden, welche Armutsdelikte entkriminalisiert werden könnten
57 (bspw. „Erschleichung von Leistungen“ nach § 265a StGB).

58 Wir bekennen uns zu einer sozial-gerechten Rechtsstaatlichkeit. Das heißt für uns
59 auch, dass die Erfolgsaussichten juristischer Verfahren nicht vom Geldbeutel der
60 Kläger*innen und Beklagten abhängen dürfen. Solange Vollzug und Qualität von
61 Verteidigung und Anklage davon abhängen, ob und in welcher Güte sich Bürger*innen
62 Rechtsbeistand leisten können, ist ein gerechtes Rechtssystem nicht möglich.

63 Zur Durchsetzung dieses Grundsatzes fordern wir daher:

- 64 • die Einführung einer solidarischen Prozesskostenhilfe auch für Angelegenheiten
65 des Strafrechts und für Verfassungsbeschwerden,
- 66 • die Möglichkeit der Bestellung von Pflichtverteidiger*innen für Strafsachen,
67 auch wenn keine sogenannte „notwendige Verteidigung“ im Sinne des § 140 StPO
68 vorliegt, sofern die Bestellung einer Wahlverteidigung aufgrund der
69 wirtschaftlichen Situation dem*der Beklagten nicht zugemutet werden kann und es
70 dem Gericht angemessen erscheint,
- 71 • die Entkriminalisierung von Armutsdelikten, wo sinnvoll und möglich –
72 insbesondere § 265 a StGB und Delikte des BTMG.

73

74

Antrag I9: Einschränkung von Werbung für alkoholische Getränke

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

- 1 Wir fordern eine Einschränkung von Werbung für alkoholische Getränke, um insbesondere
- 2 minderjährige vor den Folgen von übermäßigem Alkoholkonsum zu schützen. Wir fordern
- 3 das Alkoholwerbung im Kino (vor Filmen mit FSK unter 16 Jahren), und auf
- 4 Kinderfernsehkäufen, und in Jugendeinrichtungen nicht mehr gezeigt werden darf. Im
- 5 Umkreis von 100 Metern um Bildungseinrichtungen und Kinder- und Jugendeinrichtungen
- 6 darf keine Werbung (Plakate, digital) gezeigt werden, eine solche Einschränkung kann
- 7 sich an der Diskussion zu restriktiver Tabakwerbung orientieren. Es sollen in Zukunft
- 8 Warnhinweise auf alkoholischen Produkten, die im Handel vertrieben werden,
- 9 aufgedruckt werden, ähnlich wie das aktuell bei Zigarettenpackungen der Fall ist.
- 10 Diese Warnhinweise sollen gut erkennbar sein und mindestens 20% der
- 11 Produktetikettierung betragen. Ähnlich wie bei Glücksspielen, soll darüber hinaus ein
- 12 Hinweis auf eine Sucht-Beratungsstelle auf alkoholischen Getränken gedruckt werden.

Begründung

Alkoholwerbung muss aus dem Straßenbild und den Medien verschwinden, da sie zum Konsum animieren und damit zum erhöhten Konsum beitragen. Die gesundheitlichen Schäden und das große Abhängigkeitspotential tragen zu einem Großteil der Kosten für das Gesundheitssystem bei. 7,9 Millionen Menschen der 18- bis 64-jährigen Bevölkerung in Deutschland konsumieren Alkohol in gesundheitlich riskanter Form. Zudem ist missbräuchlicher Alkohol einer der wesentlichen Risikofaktoren für zahlreiche chronische Erkrankungen (zum Beispiel Krebserkrankungen, Erkrankungen der Leber und Herz-Kreislauf-Erkrankungen) und für Unfälle verursacht unter Einfluss von Alkohol. Analysen gehen von jährlich etwa 74.000 Todesfällen durch Alkoholkonsum allein oder bedingt durch den Konsum von Alkohol aus. Alkoholkonsum sinkt bei Jugendlichen die Hemmschwelle, das sorgt dafür das sie risikofreudiger und unvorsichtig werden, das wiederum führt dazu das die Unfallwahrscheinlichkeit stark ansteigt. Jugendliche werden selbstbewusster, überschätzen sich und zeigen ein Verhalten, welches Sie ohne Alkohol- Konsum nicht haben würden. Werbung für alkoholische Getränke hat durchaus eine Wirkung auf Jugendliche, zum Glück ist der Alkoholkonsum in den letzten Jahren gesunken, aber dennoch trägt Werbung dazu bei, dass in Verbindung mit Gruppenzwang und dem Druck von gesellschaftlicher Anerkennung durch Werbung mehr alkoholische Getränke konsumiert werden.

Antrag I10: Schallwaffen gegen Kinder und Jugendliche? Den Mosquitos-Wahnsinn in Deutschland verbieten!

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

- 1 Mit 13 mal 11 Zentimeter groß und der Optik einer Parklampe oder Gegensprechanlage
2 ausgestattet, sieht das kleine "Mosquito"-Gerät unscheinbar aus. Es ist jedoch eine
3 Gefahr für junge Menschen, da es ein Ultraschallsignal erzeugt, das nur von Kindern
4 und Jugendlichen gehört werden kann. Personen unter 25 Jahren nehmen einen
5 konstanten, leicht pulsierenden Ton im Frequenzbereich zwischen etwa 16 und 19
6 Kilohertz mit einem Schalldruckpegel von bis zu 104 Dezibel wahr.
- 7 Laut Hersteller hat das Gerät eine Reichweite von bis zu 20 Metern, bei der aus
8 dieser Entfernung der Druck nicht mehr so unangenehm wahrgenommen wird, wie bei einem
9 Abstand von einem Meter zum Ohr, wo er mit dem Lärm eines Presslufthammers oder einer
10 vollen Discothek vergleichbar sein kann. Mehr als 700 dieser Geräte sollen in
11 Deutschland gekauft worden sein und seither gegen Jugendliche eingesetzt werden. Laut
12 der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin kann die gesundheitliche
13 Schädigung des Hörvermögens nicht gänzlich ausgeschlossen werden.
- 14 Das Gerät wird hauptsächlich an Orten eingesetzt, die von jungen Menschen
15 frequentiert werden und an denen sie angeblich "aktiv Ärgernis" verursachen. Diese
16 klare Diskriminierung von Jugendlichen ist inakzeptabel und darf von unserer
17 Gesellschaft nicht toleriert werden. Wir fordern ein unverzügliches Verbot der
18 Nutzung im öffentlichen Raum, da die Installation dieses Geräts nicht nur eine
19 Diskriminierung darstellt, sondern auch eine direkte Gefahr für junge Menschen
20 darstellt. Die Gesundheit und Sicherheit junger Menschen aufgrund ihrer bloßen
21 Anwesenheit im öffentlichen Raum darf in keinem Fall toleriert werden.

Antrag I11: Altersgrenzen für Schöffen abschaffen!

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

- 1 Weiterleitung an: SPD Bundesparteitag, SPD Bundestagsfraktion
- 2 Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert, sich für eine Abschaffung der
- 3 Altersgrenzen für Schöffen in § 33 Nr. 1 und 2 GVG einzusetzen. Stattdessen soll
- 4 jede*r Volljährige zum Schöffenamts befähigt sein.

Begründung

Aktuell kann gem. § 33 Nr. 1 und 2 GVG nur Schöffe werden, wer bei Amtsantritt mindestens 25 Jahre und maximal 69 Jahre alt ist. Gleichzeitig fehlen deutschlandweit mehrere zehntausend Schöffen. Durch die starren Altersgrenzen es jungen Menschen systematisch die Teilhabe an der Rechtsprechung in der Bundesrepublik Deutschland verwehrt, Gleichzeitig beträgt das passive Wahlalter für die Bundestagswahl 18 Jahre: Es ist also möglich, mit 24 Jahren an der Gesetzgebung über Strafgesetze mitzuwirken, gleichzeitig allerdings nicht an der entsprechenden Rechtsprechung. Zudem ist nicht ersichtlich, warum ein gesunder Pensionär nicht auch mit 70 Jahren noch zum Schöffen berufen werden sollte, gerade aufgrund des aktuen Mangels. Die Altersgrenzen sind daher abzuschaffen.

Antrag I12: Kennzeichnung der Tierhaltungsformen in allen tierischen Produkten bis zum Schluss!

Antragsteller*in:	Jusos Brandenburg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

- 1 Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag wird aufgefordert, sich im Bundestag und
- 2 innerhalb der SPD-geführten Bundesregierung dafür einzusetzen, die
- 3 Kennzeichnungspflicht der Tierhaltungsart auf alle Tierarten, verarbeitete
- 4 Tierprodukte und die Gastronomie auszuweiten. Perspektivisch soll sich die SPD-
- 5 geführte Bundesregierung für eine EU-weite Kennzeichnungspflicht einsetzen.

Begründung

Wir begrüßen die Gesetzesinitiative der Bundesregierung, eine verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung einzuführen. Allerdings gilt diese zunächst nur für unverarbeitetes Schweinefleisch und greift damit noch deutlich zu kurz. Um den Verbraucher*innen eine informierte Kaufentscheidung zu ermöglichen und Transparenz über die Tierhaltung in allen Instanzen sicherzustellen, muss diese Regelung auf alle Tierarten ausgeweitet werden, auch verarbeitete Tierprodukte umfassen und ebenfalls in der Gastronomie Anwendung finden.

Die aktuelle Tierhaltungssituation ist oft von fragwürdigen Bedingungen geprägt, die das Wohlergehen der Tiere stark beeinträchtigen können. Durch die Kennzeichnung der Tierhaltungsformen auf den Produkten in allen Instanzen wird das Tierwohl nicht verbessert. Allerdings haben die Verbraucher*innen das Recht, zu wissen, unter welchen Bedingungen die Tiere gehalten wurden, um bewusste Kaufentscheidungen treffen zu können. Egal, wie teuer gekaufte Produkte oder Gerichte im Restaurant sind - man kann sich oftmals nicht sicher sein, wie die Tiere gehalten wurden, die verarbeitet wurde. Eine transparente Kennzeichnung der Tierhaltung kann langfristig dazu beitragen, dass die Lebensmittelindustrie mehr auf tierfreundliche Haltungsbedingungen setzt.

Antrag I13: Werbung für Sportwetten verbieten

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

- 1 Die SPD soll sich dafür einsetzen, dass der Glücksspielstaatsvertrag dahingehend
- 2 geändert wird, dass Werbung für Sportwetten generell verboten wird. Vorbild sollte
- 3 die Initiative des bremischen Innensenators Ulrich Mäurer sein.

Antrag K1: Demokratie verteidigen, Faschismus bekämpfen: Unsere Strategie gegen den Rechtsruck

Antragsteller*in:	Jusos Bremen
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	K - Kampf gegen Rechts

1 In der Geschichte Nachkriegsdeutschland ist die AfD nicht die erste Partei, die sich
2 rechts der CDU etablieren wollte, jedoch ist sie die erste Partei, die dies
3 tatsächlich geschafft haben könnte. Der ohnehin nicht allumfassende, aber doch
4 dominierende antifaschistische Grundkonsens der Nachkriegszeit scheint momentan in
5 Auflösung begriffen und die von allen Seiten immer wieder beschworene "Brandmauer
6 gegen Rechts" bröckelt. Bereits jetzt gibt es lokale Kooperationen von CDU und AfD
7 und unvergessen bleibt der Tabubruch von Thomas Kemmerich, der sich mit den Stimmen
8 der AfD zum Ministerpräsidenten wählen ließ. Mit der fortschreitenden Normalisierung
9 und Wahlerfolgen der AfD werden bürgerliche Parteien schon bald weitere Bündnisse mit
10 faschistischen Parteien eingehen. Im Kampf gegen rechts sind CDU und FDP keine
11 verlässlichen Partner, vielmehr verhindern sie durch das Propagieren der
12 Hufeisentheorie breite antifaschistische Bündnisse. Die Lage ist also ernst:
13 Rechtsextremismus und Faschismus stellen wieder eine schwerwiegende Gefahr für unsere
14 Demokratie und Gesellschaft dar.

15 Dabei beschränkt sich das Geschehen nicht nur auf die Parlamente, auch im
16 vorpolitischen Raum agieren Rechtsextreme sehr erfolgreich. Rechte Propaganda wird
17 insbesondere im Netz verbreitet und liberale bzw. linke Kräfte haben die
18 Diskurshegemonie längst verloren. Gerade weil die AfD es schafft, das politische Klima
19 insgesamt zu prägen, ist sie auch in der Opposition erfolgreich. Andere Parteien
20 übernehmen sowohl Rhetorik als auch Inhalte der AfD. Leider lässt sich auch die SPD –
21 vor allem in der Innenpolitik – immer wieder auf rechte Framings ein. Der Rechtsruck
22 politischer Diskurse und Narrative wird so noch weiter befeuert. Währenddessen laufen
23 gerade in strukturschwachen Gegenden zivilgesellschaftliche Strukturen, aber auch
24 politische Institutionen, Gefahr, von rechtsextremen Akteur:innen durchsetzt zu
25 werden. Exemplarisch dafür ist die völkische Landnahme, die z.B. in der Lüneburger
26 Heide stattfindet.

27 Obwohl das Gewaltpotential rechter Ideologien steigt, reagieren unsere
28 Sicherheitsinstitutionen nicht adäquat auf die Gefahr von rechts. Entweder weil sie
29 die Augen vor rechtsextremen Strukturen verschließen oder weil sie selbst größere
30 Probleme mit rechten Netzwerken in ihren Reihen haben. Währenddessen nehmen
31 Rechtsterrorismus und Angriffe auf Flüchtlingsheime immer weiter zu – vielfach sind
32 es Einzeltäter, die sich im Netz radikalisiert haben. In Anbetracht dessen, dass ein
33 nicht sonderlich kleiner Teil Rechtsextremer legalen Zugang zu Schusswaffen besitzt,
34 ist dies besonders besorgniserregend. Die rassistischen Morde in Hanau und weitere
35 rechte Anschläge zeigen, welche Gefahren sich hinter dem zu liberalen deutschen
36 Waffenrecht verbergen.

37 **Faschismus fällt nicht vom Himmel**

38 Der Vormarsch rechtsextremer und faschistischer Organisationen kommt nicht aus dem

39 Nichts, sondern wurde seit längerem forciert. Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zur
40 Neuformation rechtsextremer Kräfte, die sich daran machten, ihre rechte Ideologie auf
41 ein neues Fundament zu stellen. Machtlos im parlamentarischen Raum war ihr Ziel,
42 kulturelle Hegemonie im vordemokratischen Raum zu erlangen und die Frage, was noch als
43 konservativ und gesellschaftsfähig durchgeht, in ihrem Sinne zu beantworten. Die AfD
44 beförderte diese Art von Metapolitik schließlich erfolgreich in die Parlamente
45 hinein.

46 Diese Neuformierung von rechtsextremen und faschistischem Gedankengut in der
47 Nachkriegszeit war notwendig für den heutigen Erfolg der AfD, erklärt ihn jedoch
48 nicht vollständig. Auch der Verlust der Mobilisierungsfähigkeit linker Parteien für
49 ihre ursprüngliche Wähler:innenschaft muss berücksichtigt werden. Seit Ende des 20.
50 Jahrhunderts sind Arbeiter:innen als Klasse aus dem Jargon linker Parteien weitgehend
51 verschwunden und damit auch ihre klassenspezifischen Lebensrealitäten, Hoffnungen und
52 Wünsche aus dem Mainstreamdiskurs. Der Klassenwiderspruch musste neutralisierenden
53 Phrasen von Eigenverantwortung und Gemeinwohl Platz machen. Begleitet wurde dies
54 durch einen Sozialabbau, der zum Teil von linken Parteien vorangetrieben wurde. Doch
55 nur weil die Arbeiterklasse sprachlich aus der Politik getilgt wurde, heißt dies noch
56 nicht, dass die Menschen, die früher mit diesem Wort beschrieben wurden, verschwunden
57 sind. Vielmehr kam es zu einer Neuformierung dieser Gruppe: Parteien, wie die AfD,
58 präsentierten sich als einzige, die sich noch um die Interessen der "einfachen Leute"
59 zu kümmern schienen – jetzt jedoch verbunden mit einer ethnischen und nicht einer
60 objektiven materiellen Grundlage. Rechte Ideologien fielen auf den fruchtbaren Boden
61 eines innerhalb der Mehrheitsgesellschaft vorhandenen latenten Rassismus und wurden
62 dankbar aufgegriffen.

63 Nicht zuletzt die Zuwanderung Geflüchteter, die in den letzten Jahren zugenommen hat,
64 vor allem seit der sogenannten „Flüchtlingskrise“ 2015, hat enorm zur Befehung und
65 Propagierung rechter Ideologien im öffentlichen Diskurs beigetragen. Vor dem neuen
66 Feindbild der Geflüchteten und den vermeintlichen Gefahren, die spezifisch von dieser
67 Gruppe ausgehen würden, wird von Rechten – egal ob auf der Straße oder in den
68 Parlamenten – gewarnt und Geflüchtete, womit meistens BPoCs gemeint sind, zum neuen
69 Feindbild erklärt. Die politische Linke hat es versäumt, in den letzten Jahren eine
70 adäquate Antwort auf den gesteigerten Migrations- und Fluchtdruck zu formulieren.
71 Umso mehr lässt man sich nun von rechtsextremen Diskursen treiben, die dem Staat
72 Kontrollverlust und Handlungsunfähigkeit unterstellen und damit erfolgreich an
73 Ressentiments in der Bevölkerung andocken.

74 **Unser Antifaschismus muss mehr sein**

75 Um dem umfassenden Rechtsruck und der Normalisierung von rechtsextremen Gedankengut
76 etwas entgegenzusetzen, müssen wir aus der Defensive wieder in die Offensive kommen.
77 Antifaschismus muss sich als aktive politische und soziale Kraft positionieren und
78 mehr sein als die Organisation von Wahlbündnissen gegen die AfD oder andere rechte
79 Parteien. Der Erfolg der AfD ist nicht zuletzt auch ein Resultat der Aushöhlung
80 unserer Demokratie durch den Kapitalismus. Antifaschismus darf deswegen nicht nur den
81 Status Quo verteidigen, sondern sollte die Vision einer sozialen und freiheitlichen
82 Gesellschaft für alle eröffnen. Die in breiten Teilen der Bevölkerung verankerten
83 rassistischen und autoritären Denkmuster können wir so vielleicht nicht vollständig
84 beseitigen, aber zumindest deutlich abschwächen. Faschistische Ideologien dürfen

85 nirgends hingenommen werden. Dementsprechend dürfen wir Regionen oder Teile der
86 Bevölkerung nicht einfach aufgeben, sondern müssen gerade dort, wo antifaschistische
87 Arbeit mit erheblichen Gefahren und Restriktionen verbunden ist, Aktivist:innen in
88 ihrer Arbeit unterstützen.

89 Antifaschistische Arbeit braucht ein konsequentes zivilgesellschaftliches,
90 politisches und rechtliches Vorgehen gegen Rechtsextremismus, wo immer dies möglich
91 ist. Moralische Appelle, die Spielregeln, Gepflogenheiten und Grenzen unseres
92 politischen Systems zu akzeptieren, sind hingegen der falsche Weg. Im Gegenteil
93 führen sie eher dazu, dass Ressentiments bei Anhänger:innen dieser Parteien eher noch
94 verstärkt werden. Kein Fußbreit dem Faschismus, das bedeutet:

- 95 • Ob Pegida, Bündnis Deutschland, AfD oder andere Gruppierungen: Rechtsextremismus
96 und rechte Verschwörungstheorien müssen als solche klar benannt und nicht weiter
97 verharmlost werden. Verschleiernde Eigenbezeichnungen wie “besorgte Bürger” oder
98 “national-konservativ” dürfen nicht weiter reproduziert werden.
- 99 • Rechtsextremen darf keinerlei Plattform geboten werden. Es muss jede Möglichkeit
100 genutzt werden, ihnen diese zu entziehen oder zu verwehren. Dies schließt den
101 Dialog in situationsadäquater Form jedoch nicht aus.
- 102 • Es gilt, alle rechtlichen Maßnahmen auszuschöpfen, um rechtsextreme Parteien und
103 insbesondere die AfD zu schwächen. Dies schließt ein, die Finanzierung dieser
104 Parteien und ihrer Stiftungen einzuschränken, sowie diese vom
105 Sicherheitsbehörden beobachten zu lassen. Ein Verbotsverfahren der AfD und ihrer
106 Jugendorganisation muss ernsthaft geprüft werden.
- 107 • Bei der Verteilung finanzieller Mittel muss auf kommunaler, Landes- und
108 Bundesebene sichergestellt werden, dass das Geld nicht rechtsextremen Strukturen
109 zugutekommt.
- 110 • Zivilgesellschaft und Antifaschist:innen vor Ort müssen durch uns gestärkt
111 werden. Die SPD und wir Jusos müssen uns nach Möglichkeiten in (lokalen)
112 Bündnissen gegen Rechts einbringen und durch Teilnahme an Demonstrationen und
113 Kundgebungen Präsenz zeigen. Für Genoss:innen, die von rechten
114 Einschüchterungsversuchen oder sogar Gewalt betroffen sind, müssen wir
115 Unterstützungsstrukturen auch innerhalb der SPD etablieren.
- 116 • Staatliche und rechtliche Möglichkeiten müssen voll ausgeschöpft oder wenn nötig
117 ausgeweitet werden. Dazu gehört zuallererst die konsequente Strafverfolgung von
118 rechten Straftäter:innen, die Zerschlagung rechter Strukturen in den
119 Sicherheitsbehörden und das Entfernen von Rechtsextremen aus dem Staatsdienst.
120 Des Weiteren muss das Waffenrecht reformiert und deutlich verschärft werden.
- 121 • Nicht nur die Politik muss handeln, auch zivilgesellschaftliche Akteur:innen
122 stehen in der Pflicht, rechtsextremes Gedankengut in ihren Reihen ernst zu
123 nehmen und zu handeln, bevor es zu spät ist. Das gilt für Sportvereine, wie auch
124 für Bürgerinitiativen.

125 Zu einer klaren Kante gegen Rechts gehört auch, dass wir klar und überzeugend für
126 unsere eigenen Grundwerte einstehen und uns nicht weiter von rechts treiben lassen.
127 Das bedeutet:

- 128 • Dass sich jegliche Zusammenarbeit mit der AfD oder anderen rechtsextremen

- 129 Parteien in Kommunen oder auf Landes- und Bundesebene verbietet, ist
130 selbstverständlich. Es darf aber auch keine Anpassung an die rechtsextreme
131 Agenda und Rhetorik aus der Angst heraus, Wählerstimmen zu verlieren, geben. Das
132 gilt insbesondere in der Innenpolitik.
- 133 • Wir verfolgen eine Politik, die den Konflikt zwischen Arbeit und Kapital wieder
134 mehr in den Mittelpunkt rückt und dabei die wirtschaftsliberalen Forderungen der
135 AfD stärker problematisiert. Unter Berücksichtigung individueller
136 Lebensrealitäten machen wir eine Politik im Interesse aller Arbeiter:innen und
137 Arbeitnehmer:innen. Wir stellen die (sozialen) Rechte und Bedürfnisse der
138 Einzelnen in den Mittelpunkt und positionieren uns gleichzeitig gegen
139 Menschenfeindlichkeit und Diskriminierung.
 - 140 • Der gegenwärtigen menschenfeindlichen Migrationspolitik und der damit verbundene
141 Hetze gegen Geflüchtete gilt es etwas entgegenzusetzen, was sowohl rassistischen
142 Narrativen widerspricht als auch einen praxistauglichen und ehrlichen Umgang mit
143 Migration und Flucht ermöglicht.
 - 144 • Prävention ist wirksamer als Reaktion. Demokratie und Toleranz,
145 antifaschistische und antirassistische Grundbildung müssen deswegen von Anfang
146 an in unserem Bildungssystem verankert werden. Gerade die Bundes- und
147 Landeszentralen für politische Bildung spielen hier eine hervorgehobene Rolle,
148 für sie und die politische Bildung insgesamt braucht es mehr und nicht weniger
149 Ressourcen für politische Bildung.
 - 150 • Die Zivilgesellschaft muss stärker darin geschult werden, rechtsextremes
151 Gedankengut zu erkennen. Vereine und Institutionen, die ebenfalls
152 zivilgesellschaftlich organisiert sind, müssen bei der Durchführung von
153 Antirassismus-, Antisemitismus-, und Demokratie-Workshops gefördert werden.
 - 154 • Wenn wir unsere Demokratie verteidigen wollen, müssen wir sie auch ernst nehmen.
155 Gerade für Menschen, die momentan von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen
156 sind, müssen wir niedrigschwellige Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten
157 schaffen – auch um diesen Menschen das Gefühl von Machtlosigkeit zu nehmen. Dies
158 gilt besonders für junge Menschen.

Antrag K2: Unser Kampf gegen den Kulturkampf!

Antragsteller*in:	Jusos Berlin
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	K - Kampf gegen Rechts

1 Unter dem Stichwort Kulturkampf fasst die politische Rechte, Konservative bis zur
2 extremen Rechten ihren Kampf gegen „Wokeness“ und „cancel culture“ für
3 „Meinungsfreiheit“ und traditionelle Werte zusammen. Sie werfen der politischen
4 Linken und den progressiven Teilen der Gesellschaft vor, einen Kulturkampf zu
5 betreiben. Doch wenn wir einen Blick in die USA werfen, sehen wir, dass der
6 Kulturkampf von Rechts bereits seit Jahren geführt wird und in den letzten Jahren
7 auch in Europa und Deutschland Fahrt aufnimmt. Im Namen des „Kampf gegen den
8 Kulturkampf“ oder gegen „Wokeness“ werden Gesetze erlassen, die die Rechte von Trans-
9 Personen einschränken. Im Zuge dieser Gesetze werden dann auch die Rechte von anderen
10 queeren Menschen massiv beschnitten. Ein Beispiel sind die Gesetze aus Florida,
11 welche erst auf Trans-Menschen zielten und dem dann das „Don` t say gay“-Gesetz
12 folgte. Das „Don` t say Gay“-Gesetz verbietet es Lehrer*innen an Schulen in Florida
13 mit ihren Schüler*innen über Sexualität oder Geschlechtsidentität zu sprechen, die
14 von der heterosexuellen Norm abweichen.

15 Gleichzeitig werden unter dem Vorwand des Schutzes von Kindern der Schulunterricht
16 und die öffentlichen Bibliotheken von Inhalten gesäubert, die den Kindern „ein
17 schlechtes Gefühl“ geben könnten. Dies zielt vor allem auf Literatur und Lerninhalte,
18 die sich mit „whiteness“ und Diskriminierung von Minderheiten, vor allem BIPOC, sowie
19 feministischen oder queeren Themen beschäftigen. Neben Amanda Gormans Gedicht „The
20 Hill We Climb“ in einer Grundschule in Florida, wurde in anderen School Districts, in
21 dem Fall in Tennessee, das Buch „Maus. A Survivor's Tale“ von Art Spiegelmann
22 verboten. Der mit einem Pulitzerpreis ausgezeichnete Comic beschäftigt sich mit der
23 Geschichte von Art Spiegelmanns Vater, der die Shoah überlebt hat.

24 Doch diese Strategie der alt-right und des konservativen Lagers in den USA zeigt sich
25 zunehmend auch in Deutschland. Hier sind vor allem drei Haupt-Kampffelder
26 auszumachen.

27 **Der Kampf um die Geschichte**

28 Ein wichtiger Baustein der Kulturkämpfer*innen ist das Umschreiben, Umdeuten und
29 Verleugnen der Geschichte. Durch Beschränkungen, die beinhalten, dass in den USA
30 nicht oder nur in absolut verharmlosender Form über die Sklaverei, Jim-Crow-Laws und
31 allgemein Diskriminierung von Minderheiten, insbesondere BIPOC, gesprochen werden
32 darf, wird White Supremacy aufrecht erhalten und soll weiter ausgebaut werden.

33 In Deutschland äußert sich der Kampf zum Beispiel in den zunehmenden Angriffen auf
34 Gedenkstätten und Gedenkorte für die Opfer des Nationalsozialismus. Gleichzeitig
35 werden die Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen von Minderheiten in Deutschland
36 vor und nach der Wende geleugnet und verharmlost.

37 Während die extreme Rechte die Shoah in Teilen noch immer leugnet, sehen wir in
38 anderen Teilen des Spektrums eher eine Instrumentalisierung der

39 nationalsozialistischen Judenverfolgung. Mit dieser geht auch eine Verharmlosung der
40 nationalsozialistischen Verbrechen einher. So haben wir während der Corona Pandemie
41 immer wieder Menschen gesehen, die gelbe Sterne mit der Aufschrift "ungeimpft" trugen
42 sowie die Reden gehört, in denen sich Menschen entweder mit Verfolgten des NS-Staates
43 oder mit Widerstandskämpfer*innen gleichsetzten.

44 **Kampf gegen die Medien**

45 Der Kampf gegen die Medien ist ein Teil des rechten Kulturkampfes und vor allem gegen
46 unabhängige Medien zu beobachten. Trumps „Fake News“ oder Pegidas „Lügenpresse“
47 sollen die Glaubwürdigkeit der Medien, vor allem von kritischem und unabhängigem
48 Journalismus, untergraben. Die Presse hat in einer Demokratie die Aufgabe, als
49 „vierte Gewalt“ die Öffentlichkeit zu informieren und damit die anderen drei Säulen
50 der Gewaltenteilung zu kontrollieren. Da öffentliche Kontrolle oder Kritik von
51 Rechten aber als Verrat wahrgenommen werden, muss diese um jeden Preis unterbunden
52 werden.

53 In Deutschland lässt sich der Kampf gegen die Medien vor allem als Kampf gegen den
54 öffentlich-rechtlichen Rundfunk beobachten. Es ist auffällig, wann die Kritik am ÖRR
55 geäußert wird: Immer dann, wenn Beiträge nicht ins Agenda Setting der
56 Kulturkämpfer*innen passen. Sei es, weil über die Klimakrise oder rechte Netzwerke
57 bei der Polizei gesprochen wird oder weil Jugendformate ihrem Auftrag nachkommen und
58 Aufklärung zu Themen wie sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität anbieten.

59 Gleichzeitig wird von Cancel Culture gesprochen, wenn Kritik an der Reproduktion von
60 Sexismus oder anderen Diskriminierungsformen durch Medienbeiträge geübt wird. In
61 diesen Fällen wird mit Meinungsfreiheit argumentiert, obwohl die so kritisierten nur
62 in seltensten Fällen Konsequenzen für ihr Handeln erfahren haben. Der Widerspruch in
63 der Argumentation lässt sich schon daran erkennen, dass explizit die Verschrumpfung
64 des ÖRR auf ein Nachrichten-/ Informationsmedium gefordert wird, die Formate, deren
65 Streichung am häufigsten gefordert wird, ausgerechnet Panorama und Monitor sind, die
66 Informationen und Hintergründe zu politischen Themen bereitstellen.

67 **Antifeminismus**

68 Das aktuelle Haupt-Kampffeld der rechten Kulturkämpfer*innen ist der Kampf gegen den
69 (Queer)-Feminismus.

70 Wie wir an der aktuellen Debatte um das Selbstbestimmungsgesetz sehen, wird der
71 Schutz von vulnerablen Gruppen durch Rechte als Schutzbehauptung missbraucht. So wird
72 die Sicherheit der Frauen in Frauenhäusern, sowie die Sicherheit von Kindern, als
73 Argument genutzt, um die eigene Propaganda zu verbreiten. Gleichzeitig wird von den
74 gleichen Personen bei Missbrauchsvorwürfen immer und konsequent die
75 Unschuldsvermutung hochgehalten und der Wahrheitsgehalt der Vorwürfe angezweifelt.
76 Des Weiteren wird die Schuld immer konsequent bei den Betroffenen gesucht, außer
77 diese entstammen nicht der weißen, heterosexuellen Mehrheitsgesellschaft. Auf diese
78 Art und Weise findet regelmäßig eine öffentliche Schuldumkehr statt.

79 In der Konsequenz wird jeder Versuch, gesellschaftlichen Fortschritt im Bereich
80 Rechte für FINTA und queere Menschen zu erkämpfen, durch Rechte als „Kulturkampf“
81 gelabelt. Hierdurch soll die Diskussion schon in ihrem Ausgangspunkt als illegitim
82 ausgeschlossen werden. Gleichzeitig werden Menschen, die für ihre Rechte eintreten,
83 als die Aggressor*innen gegen die „heile“ cis-hetero Welt diffamiert.

84 **Kampf gegen Migration**

85 Auch in den Debatten um die Reformen des Staatsbürgerschaftsrechts haben wir den
86 Kulturkampf und seine Scharnierfunktion für Konservative bis extreme Rechte erlebt.
87 Die Statements und Schlagzeilen, in denen von einem „Verramschen der
88 Staatsbürgerschaft“ zu lesen war, waren nur noch dank der Autor*innenschaft eindeutig
89 zuzuordnen. Aber auch in anderen Debatten, wie etwa in der um die
90 Kindergrundsicherung, wurden im öffentlichen Diskurs rechte Narrative bedient, um die
91 eigene Position zu rechtfertigen.

92 **Was bedeutet das für uns?**

93 Der Kulturkampf, den wir von rechts beobachten, wird von rechten Thinktanks wie dem
94 „Institut für Staatspolitik“ als „Metapolitik“ bezeichnet. Er dient der Vorbereitung
95 des Angriffes auf die Rechte und in letzter Konsequenz dem Angriff auf das Leben von
96 Menschen, die nach dem rechten Weltbild nicht Teil der „homogenen Volksgemeinschaft“
97 sind. Denn wenn sie von der Mehrheitsgesellschaft nicht mehr als Teil der
98 Gesellschaft betrachtet werden, wird die Mehrheitsgesellschaft sich bei Verbrechen
99 gegen diese Gruppen auch nicht zur Wehr setzen. Die Frage kann nicht sein, ob wir uns
100 mit Verteilungsfragen oder dem Kulturkampf beschäftigen wollen, denn wir müssen
101 beides tun. Der Kulturkampf ist da, und wenn wir ihn gewinnen wollen, müssen wir ihn
102 als solches bezeichnen und führen. Denn die Konsequenz daraus, ihn nicht zu führen,
103 sind potenzielle Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

104 Daraus sind folgende Forderungen abzuleiten:

- 105 • Den verpflichtenden Erhalt und Ausbau der Finanzierung von politischer Bildung
106 und dem Kampf gegen Rechts sowohl im Bundeshaushalt als auch in den
107 Landeshaushalten.
- 108 • Klare Distanzierungen und Verurteilungen von Vorständen, bei Übernahmen rechten
109 Framings durch Mandats- und Funktionsträger*Innen der SPD.
- 110 • Schaffung von Bildungsangeboten in der SPD für Mandats- und
111 Funktionsträger*innen sowie allen Genoss*innen zu rechten Framings.
- 112 • Kein Framing des Kampfes gegen Diskriminierung als „Kulturkampf“ in Kampagnen
113 der SPD und auf allen öffentlichen Kanälen der SPD.
- 114 • Klare öffentliche Positionierung der SPD, wenn andere demokratische Parteien
115 rechte Framings übernehmen.
- 116 • Die klare Unterstützung queer-feministischer und antirassistischer Positionen
117 sowie ein Entgegenstellen gegen Geschichtsverharmlosung und Holocaust-Leugnung.
- 118 • Aufnahme der Aufklärung über rechte Rekrutierungsmethoden in die Schulpläne, im
119 Orientierungskurs und in staatlichen Bildungsangeboten für Erwachsene
- 120 • Ausbau der Präventionsprogramme in besonders von Rechtsextremismus betroffene
121 Bundesländer
- 122 • Entwicklung eines Leitfadens auf Bundesebene mit Handlungsanweisungen bei
123 Einschüchterungs- und Störungsversuchen von Rechts und praktischen Empfehlungen
124 für Kulturinstitutionen wie Sicherheitskonzepte
- 125 • Vernetzungsmöglichkeiten, Freiräume und Safe Spaces schaffen für Institutionen
126 und Kulturschaffende, die von Rechts bedroht werden, Ausbau der „Erklärung der

127 vielen”

128 • Unterstützung für Kultureinrichtungen, die besonders von Rechts bedroht werden.

129 Institutionen müssen eine Sicherheit bezüglich ihrer staatlichen Finanzierung

130 haben und sollten diesbezüglich mehr gestärkt werden.

Antrag K3: Wir sind alle Antifa - Antifaschismus in die Mitte der Gesellschaft tragen

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	K - Kampf gegen Rechts

- 1 **Menschenrechte. Demokratie. Freiheit. Rechtsstaatlichkeit. Antifaschismus.**
- 2 Die größte Bedrohung unserer Demokratie kommt von rechts. Zum Schutz der Demokratie
3 bedarf es der Zusammenarbeit von verschiedenen Akteur*innen der Zivilgesellschaft und
4 des Staates. Die Breite der Gesellschaft ist das Fundament der Demokratie.
- 5 Rechtsextreme nutzen geschickt die Mittel, die ihnen das demokratische System gibt,
6 um die Demokratie zu untergraben und auszuhöhlen. Insbesondere durch das
7 Populärmachen und die Normalisierung rechter Meinungen und Ansichten in der
8 Bevölkerung wächst die rechte Strömung in der Gesellschaft. Rechtsextreme tragen so
9 ihre Ideologie in die Mitte der Gesellschaft. Aufgrund der Vielfältigkeit der Orte,
10 an welchen es geschieht, zum Beispiel in Vereinen, Kneipen, Jugendeinrichtungen,
11 Schulen, etc. muss die Gesellschaft dem geschlossen entgegentreten, damit auch die
12 Menschen, die nicht der Mehrheitsgesellschaft angehören, geschützt werden.
- 13 Die soziale Notlage vieler Bürger*innen darf nicht von rechten Populist*innen
14 ausgenutzt werden. Die Antwort auf die materiellen Nöte der Menschen ist nicht der
15 Rechtsextremismus, sondern sind Solidarität und Sozialismus. Rechter Terror und
16 Gewalt stellen eine reale Bedrohung für unsere Demokratie und viele Menschen dar.
17 Demokrat*innen und Antifaschist*innen tauchen auf Feindeslisten auf, erhalten
18 Drohschreiben oder werden auf dem Weg zur Arbeit oder zum Einkaufen von
19 Rechtsextremen bedroht oder sogar angegriffen. Personen, die sich öffentlich gegen
20 Rechts stark machen, insbesondere BiPoC, LGBTQIA* und FINTA*, sind diesen
21 Einschüchterungsversuchen massiv ausgesetzt.
- 22 **Wir müssen daher ein Bewusstsein für Solidarität in unserer Gesellschaft schaffen und**
23 **Antifaschismus in die Mitte der Gesellschaft tragen.** Aufklärung schafft Bewusstsein,
24 Bewusstsein schafft Solidarität, Solidarität schafft Engagement und kann Faschismus
25 stoppen. Unser Kampf gegen Faschismus ist auch ein Kampf für den auch demokratischen
26 Sozialismus.
- 27 Bei der Frage nach der Verantwortung der Zivilgesellschaft und wie sie im Kampf gegen
28 Rechts unterstützt werden kann, muss einerseits zwischen den Aufgaben der
29 Zivilgesellschaft und andererseits deren Unterstützung durch vorwiegend staatliche
30 Institutionen unterschieden werden.
- 31 Von der Zivilgesellschaft erwarten wir, dass sie aufmerksam ist und aktiv hinschaut.
32 Dabei darf diskriminierendes Verhalten nicht toleriert werden. Entschiedenenes
33 Entgegentreten und Zivilcourage tragen in solchen Fällen dazu bei, die Demokratie zu
34 schützen und zu bewahren. Insgesamt ist eine Solidarisierung mit Betroffenen
35 essentiell. „Victim blaming“ muss klar als solches markiert und beanstandet werden.
36 Ein gestärktes Bewusstsein für Rechtsextremismus und eine höhere Identifikation mit
37 Antifaschismus können der Täter-Opfer-Umkehr, die wir leider immer noch häufig

38 beobachten, vorbeugen.

39 Dies gilt gleichwertig auch für Social Media. Gerade im digitalen Raum ist es
40 entscheidend, dass Straftaten (z.B. auch Hatespeech) aktiv gemeldet und zur Anzeige
41 gebracht werden. Hier sind die jeweiligen Plattformen verantwortlich, die nötigen
42 Strukturen zu bieten und Meldungen mit entsprechendem Nachdruck zu prüfen. Die
43 polizeilichen Behörden sind dann in der Verpflichtung, diesen Anzeigen auch
44 konsequent nachzugehen.

45 Eine Recherche des ZDF-Moderators Jan Böhmermann, die im Mai 2022 veröffentlicht
46 wurde, deckte große Missstände bei der Verfolgung von Hasskriminalität im Internet
47 seitens der verschiedenen Landespolizeien auf. Das Experiment zeigte, dass es stark
48 auf die jeweiligen Polizist*innen, an die sich Betroffene wenden, ankommt, also: wie
49 ernst sie die Straftaten im Internet nehmen und ob sie Ermittlungen einleiten oder
50 nicht. Auch in Rheinland-Pfalz gab es Probleme: Erst 9 Monate nachdem die
51 Hasskommentare zur Anzeige gebracht wurden, erfuhr die Staatsanwaltschaft davon -
52 während in anderen Bundesländern innerhalb weniger Tage Tatverdächtige ermittelt
53 werden konnten. Die Landespolizeien haben bei der Verfolgung von Hasskriminalität im
54 Internet also leider großen Nachholbedarf, auch im Hinblick auf die Sensibilisierung
55 der Beamt*innen hinsichtlich solcher Hasskommentare.

56 Des Weiteren haben Medien einen großen Einfluss auf die Gesellschaft, weshalb durch
57 diese auf rechte Gewalt und Diskriminierung aufmerksam gemacht werden muss. Dabei
58 müssen menschenverachtende Taten klar als solche benannt werden und dürfen nicht
59 verharmlost werden. Zudem liegt es in der Verantwortung der Medien, bestehende
60 Strukturen in diesem Zusammenhang öffentlich zu machen und allgemein aufzuklären.
61 Immer wieder hat sich gezeigt, dass es meistens antifaschistische und journalistische
62 Recherchen waren, die rechte Strukturen aufgedeckt haben; so auch im Fall des
63 Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke.

64 Insgesamt lässt sich jedoch feststellen, dass trotz vieler zivilgesellschaftlicher
65 Bündnisse, die sich im Kampf gegen Rechts stark engagieren, die Zivilgesellschaft
66 nicht die alleinige Verantwortung für den Kampf gegen Rechts tragen kann. Auch unsere
67 Institutionen und Behörden sowie selbstverständlich die Politik auf allen Ebenen
68 stehen in der Verantwortung des "Nie wieder!".

69 Leider bilden staatliche Institutionen, öffentliche Ämter und Parlamente unsere
70 Gesellschaft nicht immer so pluralistisch ab, wie sie tatsächlich ist. Für
71 marginalisierte Personengruppen, insbesondere BIPOC, ist eine Beteiligung an
72 Entscheidungsprozessen daher oft wesentlich schwerer als für die Weiße
73 Mehrheitsgesellschaft. Daher sollte die Zivilgesellschaft, auch im Interesse derer,
74 die dies selbst nicht können, den Staat mit Nachdruck auffordern entsprechende
75 weiterführende Maßnahmen zu ergreifen, um Rechtsextremismus und Rassismus selbst
76 entgegenzuwirken und die Zivilgesellschaft dahingehend zu unterstützen. Hierzu gehört
77 in einem ersten Schritt ebenfalls die Solidarität mit Betroffenen von rechter Gewalt
78 und Diskriminierung. Dabei sollte der Fehler vermieden werden, nur über die
79 Betroffenen zu reden, statt mit ihnen. Stattdessen müssen Betroffene zu
80 Gesprächsformaten eingeladen und angehört werden. Ihre Perspektive muss in
81 Entscheidungen mit einfließen, um tatsächlich solidarische politische Konsequenzen
82 ziehen zu können.

83 Räume zu Vernetzung, Aufklärung und Austausch müssen (auch auf

84 zivilgesellschaftlicher Ebene) vom Staat finanziert und gegebenenfalls
85 organisatorisch unterstützt werden. Dies muss möglichst unbürokratisch und
86 barrierearm passieren. Der Kampf gegen Rechts ist eine fortwährende und auch
87 staatliche Aufgabe, und nicht zeitlich befristet! Dies muss sich auch in der
88 Finanzierung widerspiegeln: Sie muss langfristig von staatlicher Seite gewährleistet
89 sein, um nachhaltig wirken zu können. **Daher fordern wir eine Entfristung von**
90 **demokratiefördernden Projekten.**

91 Der parlamentarische Arm des Rechtsextremismus, die AfD, arbeitet jedoch auch in den
92 Parlamenten an der Verächtlichmachung von Organisationen, Förderprogrammen und
93 Initiativen, die sich der Demokratiebildung verschreiben. Mit parlamentarischen
94 Anfragen versuchen sie - wie zuletzt im Mai 2023 im rheinland-pfälzischen Landtag -
95 Informationen über Initiativen in Erfahrung zu bringen, um am Ende demokratische
96 Akteur*innen einschüchtern zu können. Solche Methoden sind nicht demokratisch - sie
97 sind faschistisch!

98 Essenziell ist am Ende jedoch, dass nicht nur geredet wird, sondern rechtzeitig
99 konkretes Handeln vom Staat durch die Politik folgt und nicht erst dann, wenn zu
100 großer Druck von Gesellschaft und Medien aufgebaut wird. Dabei wollen wir uns nicht
101 mit Floskeln zufriedengeben. **Wir fordern eine echte Solidarisierung seitens**
102 **Politiker*innen mit antifaschistischen zivilgesellschaftlichen Bewegungen und wollen**
103 **auch konkrete politische Handlungen sehen.**

104 Der Staat muss Betroffene, sowie Menschen, die sich solidarisch mit ihnen zeigen,
105 schützen, nicht stigmatisieren oder gar verfolgen. Dies gilt einerseits für
106 Demonstrationen, die ermöglicht und geschützt werden müssen und andererseits auch bei
107 alltäglichen Bedrohungen und rechter Hetze, denen engagierte Antifaschist*innen und
108 Bürger*innen ausgesetzt sind, wenn sie sich gegen Rechtsextremismus engagieren. Der
109 Staat hat das Gewaltmonopol und daher auch eine besondere Verantwortung. Letztendlich
110 kann der ganzheitliche Kampf gegen Rechts nur erfolgreich sein, wenn eine
111 Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Staat auf Augenhöhe stattfindet.

112 Die Zivilgesellschaft kommt auf verschiedenen Ebenen mit "dem Staat" in Kontakt, sei
113 es im persönlichen Alltag, beim Beantragen eines neuen Personalausweises oder bei der
114 Anmeldung einer Demonstration. **Der Staat ist in der Verantwortung, Vorurteile**
115 **abzubauen, um extremistischem Gedankengut vorzubeugen und keinen Nährboden dafür zu**
116 **bieten.** Eine zentrale Aufgabe ist hierbei beispielsweise, Migrationshilfe zu leisten.
117 In rechtsextremen Kreisen herrscht das gängige Vorurteil, Migrant*innen seien nicht
118 arbeitswillig bzw. arbeitsfaul. Jedoch wird gezielt verschwiegen, dass die
119 Arbeitsfähigkeit von Migrant*innen an Behörden gekoppelt ist. Konkret meint dies,
120 dass Asylbewerber*innen keine Arbeitserlaubnis erteilt wird, solange deren Asylantrag
121 in Bearbeitung ist. Bis diese ihre Arbeitserlaubnis bekommen, dauert es daher oft
122 mehrere Jahre. Die Menschen sind keineswegs arbeitsfaul - der Staat erschwert ihnen
123 den Einstieg in den Arbeitsmarkt!

124 Ein weiteres häufiges Vorurteil ist, dass Migrant*innen nicht integrationswillig
125 seien. Allerdings wird auch hier oftmals verschwiegen, dass Migrant*innen zum
126 Beispiel häufig einen gemeinsamen Wohnkomplex zur Verfügung gestellt bekommen, der in
127 Orts- oder Stadtrandlage liegt und sie so aus dem öffentlichen Bild verdrängt - so
128 erschwert sich die Integration dadurch deutlich.

129 Solche Vorurteile machen auch vor Behörden nicht halt. Immer wieder tauchen

130 rechtsextreme Chats auf, auch in Rheinland-Pfalz. Ganze Einheiten von polizeilichen
131 Spezialkräften mussten bereits aufgelöst werden, teilweise fand man bei
132 Rechtsextremisten polizeiliche Munition. Die Liste der Vorfälle ist zu lang, um hier
133 noch von Einzelfällen zu sprechen! Unbestreitbar ist, dass gesamtstaatliche
134 Institutionen ein strukturelles Problem mit Rassismus und Rechtsextremismus haben.
135 Dies führt dazu, dass rechtsextremistische Straftaten nicht oder nur unvollständig
136 aufgeklärt werden, dass Betroffene bei Behörden abgewiesen werden, oder dass
137 Ermittlungen sogar aktiv behindert werden.

138 Der Fall der nordrhein-westfälischen Dozentin Bahar Aslan, deren Lehrauftrag wegen
139 eines Tweets, in dem sie auf rechtsextreme Gesinnungen innerhalb der Polizei hinwies,
140 widerrufen wurde, bestürzt uns. Was die Lehre sein soll, ist, dass (durchaus
141 berechnete) Kritik an den Sicherheitsbehörden unerwünscht ist - vielmehr werden
142 kritische Geister unter Druck gesetzt und müssen staatliche Repression befürchten.
143 Daher stehen wir solidarisch an der Seite von Bahar Aslan und fordern den Staat auf,
144 die Prüfung dienstrechtlicher Konsequenzen unverzüglich abzurechnen sowie die
145 Entlassung zurückzunehmen.

146 **Wir fordern vor allem aber, rechtsextremistische Vorfälle und Tendenzen in**
147 **staatlichen Behörden konsequent und umfassend aufzuklären, sowie transparente**
148 **Ergebnisse für die Betroffenen.**

149 Des Weiteren bekräftigen wir unsere Forderung nach **unabhängigen Anlauf- und**
150 **Meldestellen** für Betroffene von Polizeigewalt oder behördlicher Diskriminierung. Dies
151 gilt auch für Beamt*innen selbst: Auch sie benötigen eine Möglichkeit, um
152 rechtsextremistische Vorfälle anonym melden zu können, ohne sich dem Vorwurf der
153 "Nestbeschmutzung" aussetzen zu müssen und ohne sich Sorgen um die eigene berufliche
154 Laufbahn machen zu müssen.

155 Zwar gibt es in allen staatlichen Institutionen Vorfälle von Rechtsextremismus oder
156 Rassismus, bei den Sicherheitsbehörden jedoch häufen sie sich geradezu an. Um diese
157 nicht nur aufzuklären, sondern auch um ihnen vorzubeugen, benötigt es einer
158 **umfassenden Studie zu Rassismus und Rechtsextremismus in der Polizei**, und zwar
159 bundesweit und einheitlich unter Beteiligung aller Bundesländer. So kann eine
160 wissenschaftliche Grundlage geschaffen werden, die es ermöglicht, wirksame und
161 nachhaltige Maßnahmen zu entwickeln, um Rechtsextremismus und Rassismus in unseren
162 Sicherheitsbehörden zu bekämpfen und vorzubeugen. Wir möchten betonen, dass es uns
163 nicht um eine Vorverurteilung aller Beamt*innen geht, sondern vielmehr darum, eine
164 valide Datengrundlage zu schaffen, die dazu dienen kann, die Polizei als Behörde zu
165 verbessern - für die Bürger*innen und die Beamt*innen selbst.

166 Neben einer solchen Studie fordern wir, dass nicht nur während der Ausbildung der
167 Beamt*innen ein Fokus auf Demokratiebildung und Sensibilisierung für gruppenbezogene
168 Menschenfeindlichkeit gelegt wird, sondern auch während des gesamten Berufslebens,
169 insbesondere auch für die Polizeiausbilder*innen. Hierfür benötigt es **verpflichtende**
170 **Fort- und Weiterbildungen durch externe Expert*innen.**

171 Im demokratischen Staat ist von allen Organen und Akteur*innen demokratisches Handeln
172 zu erwarten: Das betrifft neben Polizei und Politik auch die Bundeswehr, Justiz und
173 Verwaltung. Wenn eine Richterin sich mit Soldaten zum Staatsstreich verabredet, wie
174 beispielsweise im Dezember 2022 im Fall von Birgit Malsack-Winkelmann aufgedeckt
175 wurde, muss von Seiten der wehrhaften Demokratie klare Kante gezeigt werden! Auch

176 hier fordern wir Demokratiebildung und klare Bekenntnisse von Staatsbediensteten.
177 Nicht nur in Behörden, Bundeswehr und Justiz herrscht oft mangelnde Aufklärung,
178 sondern auch in vielen anderen Bereichen unserer Gesellschaft. Beispielsweise treten
179 in Schulen oftmals rechtsextremistische und rassistische Vorfälle auf. Sowohl
180 Lehrer*innen als auch Schüler*innen wissen oft nicht, wie sie mit diesen Situationen
181 umgehen sollen. Hier benötigt es **umfassende Schulungen und Rassismus- und**
182 **Rechtsextremismusprävention für Mitarbeiter*innen und Schüler*innen sowie ausreichend**
183 **geschulte Schulsozialarbeiter*innen.** Regelmäßige Projektstage an Schulen, die von
184 Expert*innen begleitet werden, sind ebenfalls maßgebend, um rechtsextremistischem und
185 rassistischem Gedankengut an Schulen bereits frühzeitig vorzubeugen.

186 Antifaschismus und der Kampf gegen Rechts sind Teil unseres jungsozialistischen
187 Selbstverständnisses. Dennoch ist uns bewusst, dass auch wir Jusos unsere
188 antifaschistische Arbeit immer wieder auf den Prüfstand stellen und uns fragen
189 müssen, was wir politisch und im zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Rechts
190 weiter tun können.

191 Auch Jusos und SPD haben im Bereich Antifaschismus leider teilweise Nachholbedarf.
192 Wir Jungsozialist*innen müssen Aufklärungs- und Beratungsangebote verstärkt in
193 Anspruch nehmen, um uns selbst fortwährend weiterzubilden. Antifa ist nicht nur
194 Handarbeit, sondern auch Bildungsarbeit! Wir müssen für unsere Genoss*innen
195 Strukturen schaffen, die Informationen sammeln und bereitstellen und Kontakte zu
196 Expert*innen offerieren, sowie die Vernetzung von Juso-Ortsgruppen, insbesondere auch
197 im ländlichen Raum, vertiefen. Ebenso müssen wir die Vernetzung zwischen Jusos und
198 zivilgesellschaftlichen und antifaschistischen Bündnissen gegen Rechts ausbauen und
199 pflegen. Wir wollen im Verband und nach außen gegen Rechts zusammenarbeiten und den
200 Kontakt zu unseren Mandatsträger*innen nutzen, um antifaschistische Politik vor Ort
201 zu gestalten. **Klar ist aber auch: Von unserer SPD wünschen wir uns ein klareres**
202 **Bekenntnis zum Antifaschismus!** Er darf keine leere Worthülse sein, sondern muss
203 gelebte Solidarität beinhalten. Für die SPD heißt das: Auch wenn wir uns ausdrücklich
204 mehr SPD auf Kundgebungen gegen Rechts wünschen, reicht es eben leider nicht aus,
205 sich zu dritt auf eine Demo zu stellen. Es müssen zudem auch konkrete politische
206 Vorhaben und Initiativen etabliert und umgesetzt werden. Von einer progressiven
207 Partei erwarten wir, dass sie antirassistische Kritik ernst- und annimmt und dass
208 dabei klar ist: Rassistische und diskriminierende Aussagen, Handlungen und Politiken
209 dieser Art sind eine klare Grenzüberschreitung und haben in unserer Partei keinen
210 Platz! Keine Zusammenarbeit mit Rechtsextremen, auf keiner politischen Ebene und auch
211 keine Gratulationen an Faschist*innen! Ein Beispiel: Im Falle von Giorgia Meloni muss
212 es die SPD als Partei in Gänze verurteilen, dass ein sozialdemokratischer Kanzler
213 einer Faschistin zur Wahl gratuliert. Es darf hier seitens der SPD keine
214 Entschuldigungsversuche oder Verharmlosungen mit Verweis auf "die übliche Etikette"
215 geben. Nicht die Gratulation ist Etikette, **unsere Etikette heißt stabil gegen Rechts!**

216 Als Jusos müssen wir unsere Zusammenarbeit mit antifaschistischen und
217 antirassistischen Vereinen, Initiativen und Beratungs- sowie Aufklärungsstellen wie
218 Change Network, dem NDC und der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus verstärken.
219 Sie sind nicht nur wichtige Verbündete im Kampf gegen Rechts, sondern auch
220 Expert*innen, die uns in unserem Kampf gegen Rechts beraten und unterstützen können.
221 Ebenso möchten wir diese Angebote nicht nur selbst in Anspruch nehmen, sondern ihre

222 wichtige Arbeit bekannter machen und als Multiplikator*innen dienen, um die
223 professionelle Arbeit dieser Projekte in der Gesamtgesellschaft bekannter zu machen.
224 Darüber hinaus müssen wir Solidarität zeigen, und zwar auf der Straße, in den
225 Parlamenten und in der Partei. Wir wollen unsere Strukturen bei Kundgebungen und
226 Demonstrationen gegen Rechtsextremist*innen nutzen und uns in den Verbänden stärker
227 vernetzen. Auf der politischen Ebene führen wir Anträge und Beschlüsse herbei, die
228 einerseits das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechts schützen und stärken
229 wollen, und andererseits konkrete Handlungsempfehlungen im Kampf gegen Rechts für die
230 Politik beinhalten. Die SPD muss den Druck der Jungsozialist*innen im Nacken spüren:
231 Wir machen unsere SPD antifaschistischer! Insgesamt machen wir den Widerstand gegen
232 die Faschist*innen sichtbar! Wir wollen, dass Antifa in der Stadt und auf dem Land
233 als zivilgesellschaftliche Bewegung respektiert und anerkannt wird. Deshalb zeigen
234 wir: **Wir sind alle Antifa und dennoch nicht alle schwarzer Block.**

235 Gelebte antifaschistische Solidarität braucht jede*n: Nur wenn Zivilgesellschaft und
236 Staat sichtbar Hand in Hand gehen, lassen sich faschistische Landnahmen, rechte
237 Terrorakte, rassistische und rechtsextremistische Strukturen und Tendenzen in
238 Behörden und die Normalisierung dieses Gedankenguts verhindern und beenden. Gelebte
239 antifaschistische Solidarität heißt: Wir schützen Antifaschist*innen untereinander
240 und fordern den Schutz durch den demokratischen Staat ein. Gleichzeitig sind
241 rechtsextreme und -terroristische Aktivitäten schonungslos aufzuklären und konsequent
242 zu verfolgen. Das ist gelebte antifaschistische Solidarität – das ist es, was wir
243 meinen, wenn wir sagen: **Kein Fußbreit dem Faschismus!**

Antrag K4: Nazis in Zivil? Nein, danke!

Antragsteller*in:	Jusos Berlin
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	K - Kampf gegen Rechts

- 1 Dass Rechtsextreme sich unter dem Deckmantel von ehrenamtlichem Engagement
2 zivilgesellschaftlich organisieren, ist schon lange bekannt. Sie werben auf diese
3 Weise nicht nur um Mitglieder und Zuspruch für ihre Ideologie, sondern verbreiten so
4 auch unerkannt oder ganz offen Hass und Hetze.
- 5 Nicht allein die Mitgliedschaft von Rechtsextremen in Schützenvereinen oder
6 Kampfsportgruppen ist eine reelle Gefahr für unsere liberale Gesellschaft, sondern
7 die Bedrohung geht weit darüber hinaus.
- 8 Egal, ob als Begleiter*in bei Schulausflügen, Aufpasser*in auf dem Fußballplatz,
9 Kuchenbäcker*in für das nächste Nachbarschaftsfest oder Schöff*in bei Gericht: Eine
10 derartige und vor allem strategische Einflussnahme gefährdet unsere Demokratie. Das
11 Nachbarschaftsfest oder der Sportverein des Kindes ist nämlich gleichzeitig auch der
12 perfekte Ort, um die eigene rechtsextreme Ideologie sowie Verschwörungsmymen zu
13 verbreiten. Dies geschieht oft ohne, dass es den anderen Menschen überhaupt auffällt,
14 geschweige denn es angemessen verurteilt wird. Dennoch gibt es ebenso so viele
15 Beispiele, in denen Vereine und gesellschaftlichen Akteur*innen bewusst wegeschauen
16 und damit Nazis eine zivilgesellschaftliche Bühne und indirekte Akzeptanz ihrer
17 rechtsextremen Ideologie bieten. Daneben erleben wir alle fünf Jahre vor Neuwahl von
18 Schöff*innen, dass AfD, Pegida und Co. zum Kandidieren für das Amt als
19 ehrenamtliche*r Laienrichter*in aufrufen, um die Strafjustiz strukturell zu
20 unterwandern. Durch die Schöff*innen wird der Grundsatz der Teilhabe der
21 Zivilgesellschaft an der Rechtsprechung verwirklicht. Bei rund 40.000 Schöffen, die
22 alle fünf Jahre neu gewählt werden, geht von rechten Aufrufen zur Unterwanderung der
23 Justiz jedoch eine ernstzunehmende Gefahr aus.
- 24 Nicht zu vergessen ist hierbei die besondere Rolle von rechtsextremen weiblich
25 gelesenen Personen, die sich die sogenannte „doppelte Unsichtbarkeit“ zunutze machen
26 und deswegen von einem nicht unerheblichen Teil der Zivilgesellschaft nicht als
27 Täterinnen, geschweige denn überhaupt als politisch relevant wahrgenommen werden.
28 Hier besteht also ein großes, oft übersehenes Potenzial der Rechten, sich
29 gesellschaftlich zu organisieren und zu legitimieren. So geben sie sich nach außen
30 hin betont „bürgerlich“ und vertreten sogenannte traditionelle Werte und
31 Rollenbilder, um als „nette Nachbarn“ Strukturen, Vereine, Organisationen und Gruppen
32 zu infiltrieren, rechtes Gedankengut zu verbreiten, Diskurse zu verschieben und
33 Straftaten zu begehen.
- 34 Vereine und Institutionen wissen oft nicht, wie sie mit entsprechenden Vorfällen oder
35 einfach nur dem Engagement von Rechtsextremen umgehen sollen und teilweise versuchen
36 sie es auch gar nicht erst.
- 37 Deswegen und aufgrund der dargestellten Problemlage fordern wir:
- 38 • Die Zivilgesellschaft muss, beispielsweise durch Aufklärung in

- 39 Bildungseinrichtungen, durch öffentliche Kampagnen und Einarbeitung in Kinder-
40 und Jugendschutzkonzepte, stärker darin geschult werden, rechtsextremes
41 Gedankengut zu erkennen - nur so kann unsere Demokratie wehrhaft bleiben.
- 42 • Prävention statt Reaktion: Antirassismus-, Anti-Antisemitismus-, und Demokratie-
43 Workshops für Vereine und Institutionen, die ebenfalls zivilgesellschaftlich
44 organisiert sind, müssen aufwandsarm und kostenlos zugänglich gemacht werden.
 - 45 • Verteilung finanzieller Mittel auf kommunaler Landesebene an strenge Kriterien
46 knüpfen, wie beispielsweise im vorherigen Punkt aufgeführte Maßnahmen. In jedem
47 Fall gilt: Kein Geld für Nazis! Sobald es Hinweise auf rechtsextreme
48 Mitgliederstrukturen gibt, müssen auch staatliche Strukturen greifen.
 - 49 • Kein Fußball dem Faschismus, gilt auch auf dem Sportplatz und überall sonst:
50 Zivilgesellschaftliche Akteur*innen müssen klar in die Pflicht genommen werden,
51 rechtsextremes Gedankengut in ihren Reihen ernst zu nehmen und zu handeln, bevor
52 es zu spät ist.
 - 53 • Es muss eine Stelle geben, an die man sich wenden kann, sollte es den Verdacht
54 auf rechtsextremes Gedankengut in Vereinen geben. Diese Stelle muss bekannt und
55 leicht zugänglich sein. Als Konsequenz soll entsprechenden Vereinen die
56 Gemeinnützigkeit entzogen werden können.
 - 57 • Vor allem in aktuell strukturarmen Regionen muss das Angebot für Freizeit- und
58 Bildungsangebote demokratiefördernd staatlich sichergestellt werden.
 - 59 • Dass die Berliner Bezirke sicherstellen, dass es bei der Schöffenwahl 2023 nicht
60 zu einer Unterwanderung der Justiz durch rechte Schöffenrichter*innen kommt.
- 61 Ob im Sportverein oder auf der Klassenfahrt - während Nazis davon träumen,
62 zivilgesellschaftliche Strukturen zu infiltrieren und unterwandern zu können, müssen
63 wir uns ihnen entschieden in den Weg stellen - immer und überall!

Antrag K5: Klare Kante gegen Rechts!

Antragsteller*in:	Jusos Saar
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	K - Kampf gegen Rechts

1 Analyse:

2 Spätestens seit der Wahl von Robert Sesselmann zum Landrat des Kreis Sonnenberg am
3 25. Juni 2023 lässt es sich nicht mehr leugnen: Die AfD hat es geschafft! Mit Hass,
4 Hetze und Populismus hält sie unsere Demokratie im Würgegriff und ist mittlerweile
5 sogar in der Lage Direktwahlen zu gewinnen. Seit Jahren spielt die AfD mit den
6 Ängsten der Menschen, die sich nun aufgrund der mannigfachen Krisen weiter
7 verschlimmern. Der Krieg in Europa, die Energiekrise, der Klimawandel, die
8 Transformationen der Wirtschaft, das marode Bildungs- und Gesundheitssystem, die
9 wirtschaftliche Rezession nach der Corona- Krise, die wachsende Armut und der
10 befürchtete Wohlstandsverlust der Mittelschicht: All diese Herausforderungen sind
11 eine enorme Belastungsprobe für unsere demokratische Gesellschaft und ja, sie können
12 auch beängstigend sein. Doch die AfD ist weder willens noch in der Lage auch nur ein
13 einziges dieser Probleme zu lösen. Wir dagegen sind in der Lage diese Probleme zu
14 lösen. Wir wollen mutig voran gehen und gerade in diesen schweren Zeiten
15 Verantwortung übernehmen, um Lösungen zu bieten und Vertrauen zu schaffen, statt Hass
16 und Hetze zu verbreiten. Das können wir, denn wir nehmen die Sorgen und Nöte der
17 Bürgerinnen ernst, statt sie zu missbrauchen, um die Demokratie anzugreifen und
18 unsere Gesellschaft zu spalten. Unsere Aufgabe als JungsozialistInnen ist es den
19 Wählerinnen und Wählern die Augen zu öffnen und ihnen zu zeigen, wofür die AfD
20 wirklich steht. Nämlich nicht für eine Alternative, sondern für
21 Menschenfeindlichkeit, Chauvinismus, Autoritarismus und Terror, für ein System, das
22 wir aus den 30er und 40er Jahren des letzten Jahrhunderts kennen. Wir müssen den
23 WählerInnen ihre Verantwortung vor Augen führen. Niemand soll im Nachhinein sagen
24 können, er/sie habe es nicht besser gewusst. Gleichzeitig müssen wir aufs Gas treten
25 und die Herausforderungen unserer Zeit noch entschiedener anpacken, um zu zeigen,
26 wozu unsere Demokratie auch in Krisenzeiten fähig ist.

27 Bei der CDU mag die Brandmauer zur AfD bröckeln, unsere tut es nicht! Wir arbeiten
28 nicht mit FaschistInnen und VerfassungsfeindInnen zusammen, egal wie viele
29 WählerInnen diese mit falschen Versprechen blenden konnten! Wir lehnen jede
30 Kooperation mit der AfD, ihren Anhängern und Sympathisanten ausdrücklich ab, egal ob
31 auf organisatorischer oder inhaltlicher Ebene, egal ob im Ortsrat, dem Stadt- oder
32 Gemeinderat, auf Landes- oder Bundesebene. Kann eine Entscheidung nicht ohne die
33 Stimmen der AfD zustande kommen, so ist diese Entscheidung zu überdenken und es eine
34 Mehrheit unter den demokratischen Parteien zu finden. Wir appellieren dabei
35 ausdrücklich an die Kompromissfähigkeit aller DemokratInnen jener Parteien, die fest
36 auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Darüber hinaus steht für uns fest, dass eine
37 CDU, die eine Koalition mit der AfD duldet, für uns kein verlässlicher
38 Koalitionspartner mehr sein kann. Ein derartiger Verrat an unseren demokratischen
39 Idealen würde jede Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit in Zukunft

40 zerstören. Wir rufen außerdem dazu auf, im Rahmen der demokratischen Möglichkeiten,
41 den parlamentarischen Einfluss der AfD, etwa durch Änderungen von Geschäftsordnungen,
42 so weit wie möglich einzuschränken. Wer nicht in der Lage ist, einen respektvollen
43 Umgang innerhalb und außerhalb des Parlamentes zu pflegen hat kein Anrecht auf
44 parlamentarische Vorzüge außerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen, die
45 selbstverständlich einzuhalten sind. Demokratischer Anstand bedeutet nicht, dass
46 Feinde der Demokratie durch diese geschützt werden. Eine Demokratie muss andere
47 Meinungen und Positionen aushalten, aber sie muss nicht ihre eigenen Feinde, die sie
48 zerstören wollen, schützen. Eine Demokratie muss wehrhaft bleiben!

49 Wir JungsozialistInnen stehen seit jeher ~~auf~~ gegen alle Formen von Faschismus,
50 Rassismus und Diskriminierung. Angesichts des rasant wachsenden Einflusses von
51 Rechtsextremismus in Deutschland und International wollen und müssen wir unsere
52 Bemühungen in diesem Bereich weiter verstärken. Dazu wollen wir im kommenden
53 Kommunal- und Europawahlkampf 2024 die WählerInnen nicht nur von unseren Programmen
54 und Vorhaben überzeugen, sondern auch gezielt die diskriminierenden und
55 rückschrittlichen Positionen der AfD anprangern. Wir möchten keine Gelegenheit
56 versäumen, um über Rechtsextremismus und seine Folgen zu informieren. Darüber hinaus
57 wollen wir gemeinsam mit externen Organisationen Schulungen in unserem Verband
58 anbieten, um Rechtsextremismus besser verstehen und das neu erworbene Wissen in
59 unseren Kampf gegen Rechts integrieren zu können. Auch auf der Straße wollen wir
60 weiterhin bei Demonstrationen, Protesten und Kundgebungen gegen Rechtsextremismus
61 vorgehen und unsere Bemühungen intensivieren, so wie wir es seit jeher getan haben.

62 **Forderung:**

- 63 • Keinerlei inhaltliche oder organisatorische Kooperation mit der AfD, ihren
64 Anhängern und Sympathisanten auf der Kommunal-, der Landes-, der Bundes- und der
65 Europaebene
- 66 • Keine Koalitionen mit einer CDU, die mit der AfD koalitiert oder eine solche
67 Zusammenarbeit in ihren eigenen Reihen duldet.
- 68 • Einschränkung der parlamentarischen Vorteile der AfD, sofern die gesetzliche
69 Grundlage dies erlaubt Aufklärung über die AfD in allen zukünftigen Wahlkämpfen
70 der Saar Jusos
- 71 • Innerverbandliche Schulungen z.B über Themen wie Rechtsextremismus oder den
72 Umgang mit der AfD
- 73 • Regelmäßige Teilnahme und Veranstaltung von Demonstrationen, Kundgebungen,
74 Protesten und weiteren Aktionen gegen Rechts

Antrag K6: Errichtung eines Mahnmals für die Opfer rechtsterroristischer Attentate und Morde

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	K - Kampf gegen Rechts

- 1 Weiterleitung: SPD-Bundesparteitag
- 2 Wir fordern die Errichtung eines Mahnmals für die Opfer rechtsterroristischer
- 3 Attentate und Morde. Insbesondere sollen dabei die Opfer des NSU und Hanau gewürdigt
- 4 werden. Das Mahnmal soll auf dem Kranzplatz vor der hessischen Staatskanzlei stehen,
- 5 um eine besondere Sichtbarkeit und Mahnwirkung zu erzielen. Vielmehr sollen
- 6 öffentlichkeitsfördernde Projekte, wie beispielsweise die Arolsen Archive (engl.
- 7 Arolsen Archives), durch das Land durchgeführt werden, um präventiv gegen NSU und
- 8 Antisemitismus vorzugehen und eine Beschäftigung der Landesregierung mit dem Thema
- 9 sicherzustellen. stehen, um eine besondere Sichtbarkeit und Mahnwirkung zu erzielen.
- 10 Weiter fordern wir, dass alle Bundesländer sich mit ihrer rechten Geschichte
- 11 auseinandersetzen und landtagsnah Erinnerungsorte schaffen.

Begründung

Wir dürfen nicht vergessen, dass in den letzten Jahren mehrere unschuldige Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer politischen Überzeugung von rechtsextremen Terroristen ermordet wurden. Allein der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) hat zehn Menschen ermordet: Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Halit Yozgat, Michèle Kiesewetter. Auch in Hanau wurden am 19. Februar 2020 neun Menschen aufgrund ihrer Herkunft ermordet: Gökhan Gültekin, Sedat Gürbüz, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Hamza Kurtović, Vili Viorel Păun, Fatih Saraçoğlu, Ferhat Unvar und Kaloyan Velkov.

Diese Angriffe haben unsere Gesellschaft zutiefst erschüttert und gezeigt, dass der Rechtsextremismus auch heute noch eine tödliche Gefahr darstellt. Es ist beschämend, dass viele Puzzle-Teile zur Aufklärung der Taten durch die Opferfamilien, ihre Anwälte und antifaschistische Initiativen beigetragen wurden, während die bisherigen Innenminister von CDU und deren Ministerpräsidenten ihren Versprechen nicht nachgekommen sind, durch parlamentarische Untersuchungen zur Aufklärung beizutragen. Dadurch hat der Staat sein zentrales Versprechen gegenüber der Gesellschaft eingebüßt. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Erinnerung an diese schrecklichen Ereignisse verblassen oder gar vergessen werden. Indem wir ein Mahnmal für die Opfer rechtsterroristischer Angriffe errichten, können wir ein starkes Signal gegen den Rechtsextremismus setzen und gleichzeitig unsere Solidarität mit den Hinterbliebenen der Opfer bekunden. Das Mahnmal soll auch dazu beitragen, dass die Erinnerung an diese schrecklichen Ereignisse wachgehalten wird und dass wir uns weiterhin für eine tolerante und offene Gesellschaft einsetzen.

Antrag M1: Auch die Würde von geflüchteten Menschen ist unantastbar – Kurswechsel im Asylrecht jetzt!

Antragsteller*in:	Jusos Saar
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

1 In Anlehnung an die Erklärung des Bundesvorstandes der AG Migration und Vielfalt in
2 der SPD:

3 **Analyse:**

4 Am 9. Juni 2023 traf die Konferenz der Innenminister*innen der Europäischen Union
5 während ihres Gipfeltreffens in Luxemburg eine Entscheidung, die als EU-
6 Asylkompromiss bekannt ist. Anwesend war auch die Bundesinnenministerin Nancy Faeser
7 als Vertreterin der deutschen Bundesregierung. Diese Vereinbarung verkörpert eine
8 deutliche Abschottungshaltung gegenüber Menschen, die gezwungen sind, ihre Heimat zu
9 verlassen. Die Absicht, verbindliche Grenzverfahren und Flüchtlingslager
10 einzurichten, um den Asylanspruch der Geflüchteten vor Ort zu prüfen, wird von vielen
11 als Zugeständnis an rechtspopulistische Strömungen innerhalb der EU betrachtet.
12 Besonders stark von diesen Maßnahmen betroffen sind diejenigen, die bereits in einer
13 verletzlichen Lage sind, darunter Familien mit Kindern, Minderjährige und
14 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sowie andere schutzbedürftige Gruppen. Diese
15 Vorgehensweise wird von uns auf das Schärfste abgelehnt.

16 Die Behauptung, dass im Trilog mit der EU-Kommission und dem Europäischen Parlament
17 möglicherweise noch Verbesserungen erzielt werden können, erscheint wenig
18 überzeugend, da im EU-Parlament eine konservative Mehrheit besteht, die
19 möglicherweise nicht bereit ist, den Forderungen progressiver Parteien nachzukommen.

20 Wir teilen nicht die Einschätzung von Innenministerin Faeser und der deutschen
21 Bundesregierung, dass dieser sogenannte Asylkompromiss als historischer Erfolg
22 anzusehen sei. Stattdessen betrachten wir ihn als bedeutenden Rückschritt, bei dem
23 sozialdemokratische Werte und politische Versprechungen in den Hintergrund gerückt
24 werden. Wir appellieren an die Bundesregierung und die SPD-Bundestagsfraktion, am
25 Ende der Verhandlungen mit der EU-Kommission und dem Europäischen Parlament keinem
26 Kompromiss zuzustimmen, der nicht die Grundlagen einer humanitären Asylpolitik
27 berücksichtigt.

28 Insbesondere der Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition hat einen Neuanfang in der
29 Gesellschaftspolitik und eine humanitäre Asylpolitik versprochen. Wir sehen uns
30 diesem Vertrag verpflichtet und stehen bedingungslos hinter den vereinbarten
31 migrationspolitischen Maßnahmen, die konsequent umgesetzt werden müssen:

- 32 • Ein Ende der rechtswidrigen Zurückweisungen und der Not an den Außengrenzen ist
33 unabdingbar.
- 34 • Es ist erforderlich, höhere Schutzstandards für Suchende nach Sicherheit sowohl
35 während des Asylverfahrens als auch bei der Eingliederung in die EU-
36 Mitgliedstaaten zu etablieren.

- 37 • Die Prüfung von Asylanträgen von Individuen, die Schutz innerhalb der EU suchen,
38 muss innerhalb des rechtsstaatlichen Rahmens innerhalb der EU erfolgen.

39

40 Wir verlangen von der Bundesregierung, umgehend von ihrem menschenverachtenden Kurs
41 im Bereich des Asylrechts Abstand zu nehmen und sich an die Verpflichtungen aus dem
42 Koalitionsvertrag zu halten.

43 Wir erinnern die Führungspersonen der SPD daran, dass ihre Aufgabe nicht nur darin
44 besteht, die Harmonie zwischen den Koalitionspartnern und den europäischen Partnern
45 sicherzustellen, sondern auch die Beschlüsse unserer Partei bei der Umsetzung des
46 Koalitionsvertrags zu respektieren.

47 Ein Asylpaket, das im Gegensatz zu humanitären Standards geschnürt wurde und
48 normalerweise eher von konservativen Kräften erwartet wird, entspricht niemals
49 unserer Vorstellung von einem menschenrechtsbasierten Asylrecht. Trotz unserer
50 Unterstützung für eine europäische Einigung dürfen wir die humanitäre
51 Grundausrichtung nicht außer Acht lassen. Das Dublin-System sollte überwunden werden,
52 ohne jedoch die Situation der Betroffenen zu verschärfen.

53 Im Koalitionsvertrag haben wir unsere Forderungen im Einklang mit unseren Grundwerten
54 deutlich formuliert. Von diesem Kurs abzuweichen und eine Haltung à la Seehofer zu
55 präsentieren, die von uns verurteilt und kritisiert wird, dürfen wir nicht
56 akzeptieren.

57 Die kontinuierlichen Misserfolge an den EU-Außengrenzen und die unmenschlichen
58 Zustände in den Flüchtlingslagern, die ungeahndeten und systematischen
59 Zurückweisungen, die vorübergehende Aussetzung der Aufnahme von Flüchtlingen aus
60 Afghanistan, die steigenden Abschiebungen sowie das Fehlschlagen bei der Aufnahme von
61 Erdbebenopfern aus der Türkei und Syrien – diese strategische Neuausrichtung wurde
62 ohne Konsultation der Parteigremien und der Fraktion beschlossen. Dies steht in
63 deutlichem Widerspruch zur Ernsthaftigkeit der Lage und ist keineswegs angemessen.

64 Experten und Arbeitsgruppen innerhalb der Partei, die über Fachkenntnisse im Bereich
65 Migration verfügen, ebenso wie die zahlreichen Organisationen, die sich für eine
66 menschenwürdige Flüchtlingspolitik einsetzen, müssen in solche weitreichenden
67 Änderungen einbezogen werden.

68 Der Titel des Koalitionsvertrags lautet: "Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für
69 Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit". Das vorgelegte Asylpaket stellt jedoch
70 einen barbarischen Rückschritt dar. Die Idee, die EU-Außengrenzen zu verriegeln,
71 willkürliche Ablehnungsmechanismen zu institutionalisieren, unbegründete
72 Haftbedingungen einzuführen, Abschiebungen und Rückführungen als primäre Ziele zu
73 etablieren und damit Menschen ihrem Schicksal zu überlassen, mag für
74 rechtskonservative EU-Länder von Bedeutung sein, ist jedoch für uns demokratische
75 Länder nicht akzeptabel.

76 Ein derartiger europäischer Kompromiss verschärft die Bedingungen für Flüchtlinge.
77 Gemeinsam mit den zahlreichen Flüchtlingsorganisationen werden wir dies nicht dulden
78 und erwarten eine sofortige Abkehr von diesem Asylpaket. Wir setzen uns für eine
79 Regierung ein, die sich der Bewahrung von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität
80 verschrieben hat – sowohl auf europäischer als auch auf internationaler Ebene.

81 Der sogenannte europäische Asylkompromiss in der Flüchtlingspolitik ist schmerzhaft,
82 da er auf der Abwehr von Flüchtlingen basiert. Dies steht im direkten Gegensatz zu
83 einem progressiven Aufbruch und bedeutet, dass wir denjenigen in der EU
84 hinterherlaufen, die Flüchtlinge ablehnen. Dies ist auch eine Verletzung all jener,
85 die sich für eine humane Flüchtlingspolitik in Deutschland und Europa einsetzen.
86 Während Europa zweifellos eine solidarische Verteilung benötigt, erfordert dies auch
87 humane, rechtlich einwandfreie und faire Verfahren. Deutschland sollte für diese
88 Prinzipien eintreten anstatt für eine Politik der Abschottung. Wir verurteilen den
89 Kompromiss der europäischen Innenminister:innen vom 9. Juni 2023 aufs Schärfste!

90 Die gegenwärtige Diskussion über Reformen betrifft auch die Frage, wie die EU mit
91 Personen umgehen sollte, die keinen Anspruch auf Asyl haben. Unsere Herangehensweise
92 besteht nicht darin, haftähnliche Zustände an den Außengrenzen zu schaffen, sondern
93 vielmehr in der Förderung der Arbeitsmigration – sowohl aus eigenem Interesse als
94 auch mit dem Ziel, das Asylsystem zu entlasten. Dieses System ist für viele Menschen
95 in unseren südlichen Nachbarländern derzeit die einzige praktische Möglichkeit der
96 Migration. In Bezug auf abgelehnte Asylbewerber:innen setzen wir nach wie vor auf
97 einen konkreten Kurswechsel – das Chancenaufenthaltsrecht stellt hierbei eine
98 wichtige Maßnahme dar, die jedoch nicht als abschließende Lösung betrachtet werden
99 sollte, da es erst nach einem Aufenthalt von fünf Jahren in Kraft tritt. Für Personen
100 ohne Aussicht auf dauerhaften Aufenthalt setzen wir auf freiwillige Rückkehr.

101

102 **Forderungen:**

- 103 • Die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung, die SPD-
104 Bundestagsfraktion, den SPD-Bundesparteivorstand und die SPD-Mitglieder in der
105 S&D-Fraktion im Europäischen Parlament müssen sich für die Wahrung und Achtung
106 der Menschenrechte und Solidarität mit den Geflüchteten einsetzen.
- 107 • Die Bundesregierung sollte sich von populistischen Ansätzen und Erzählungen
108 distanzieren, die die Aufnahme von Flüchtlingen ablehnen. Es ist erforderlich,
109 dass sie sich klar für die Aufnahme von geflüchteten Menschen ausspricht und
110 gemäß den sozialdemokratischen Prinzipien von "Freiheit, Gerechtigkeit und
111 Solidarität" agiert, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.
- 112 • Anstatt Transitzentren zu errichten, sollte die Betonung auf rechtsstaatlichen
113 Aufnahmeverfahren und einheitlichen Aufnahme Standards liegen. Hierbei sollten
114 die betroffenen EU-Länder personell und finanziell unterstützt werden.
- 115 • Die EU muss sich vom bestehenden Dublin-System und der Alleinverantwortung der
116 Grenzstaaten entfernen. Es ist notwendig, einen solidarischen
117 Verteilungsmechanismus innerhalb der EU zu etablieren.
- 118 • Die derzeit diskutierte Asylverfahrens-Verordnung steht im Widerspruch zu einem
119 Europa der Menschlichkeit. Insbesondere lehnen wir die Bestimmungen ab, die für
120 begleitete geflüchtete Kinder weitreichende Beschränkungen des Asylrechts und
121 der Einreise vorsehen. Wir setzen uns für Ausnahmen von diesen Bestimmungen ein
122 und unterstützen die Bemühungen der Bundesregierung, Verhandlungen mit der
123 Europäischen Kommission und dem EU-Parlament in dieser Hinsicht zu führen.
- 124 • De facto Inhaftierungen sind abzulehnen. Alle Einrichtungen müssen es den
125 Menschen ermöglichen, während des laufenden Asylprozesses jederzeit und an jedem

- 126 Punkt diese Einrichtungen ohne Verzögerung zu verlassen.
- 127 • Die Annahme einer Nichteinreise-Fiktion ist nicht akzeptabel.
- 128 • Es ist von entscheidender Bedeutung, dass die Vulnerabilität von Individuen
129 angemessen von unabhängigen Stellen überprüft wird. Die Bereitstellung
130 medizinischer und psychologischer Betreuung muss dauerhaft gewährleistet sein.
- 131 • Analog zur deutschen Regelung sollten Geflüchtete das Recht auf unabhängige
132 Verfahrensberatung haben. Hilfsorganisationen müssen jederzeit Zugang haben.
- 133 • Nichtregierungsorganisationen sollten verpflichtend in allen Phasen des
134 Asylprozesses für Menschenrechtsüberwachung sorgen. Der Zugang und die
135 Transparenz sollten vollständig gewährleistet sein.
- 136 • Die Bundesregierung muss sich in Zusammenarbeit mit europäischen Partnern für
137 eine humane Seenotrettung mit ärztlicher Versorgung einsetzen, um das Sterben
138 von Flüchtlingen im Mittelmeer zu beenden. Hierfür ist eine staatlich
139 organisierte europäische Seenotrettung notwendig, bei der Hilfsorganisationen
140 Flüchtlinge unmittelbar in europäische Häfen bringen dürfen.
- 141 • Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Außengrenzen, einschließlich
142 solcher, an denen Frontex beteiligt ist, müssen aufhören. Die Politik von
143 Frontex an den europäischen Grenzen wird im Sinne humanitärer Unterstützung
144 überarbeitet. Die Bundesregierung muss sich entschieden gegen Pushbacks
145 einsetzen.
- 146 • Frontex sollte dem Europäischen Parlament und dem Rat rechenschaftspflichtig
147 sein und von einem ständigen parlamentarischen Kontrollgremium überwacht werden,
148 ähnlich dem Modell des parlamentarischen Kontrollgremiums von Europol. Frontex
149 sollte regelmäßig, transparent und umfassend über allgemeine Aktivitäten und
150 bedeutende Vorgänge informieren und auf Berichtsanfragen eingehen.
- 151
- 152 Auf nationaler Ebene setzen wir uns dafür ein:
- 153 • Die Stärkung der Kommunen durch finanzielle, strukturelle und personelle
154 Unterstützung.
- 155 • Die Integration sollte als Pflichtaufgabe etabliert werden und hierfür eine
156 rechtliche Grundlage geschaffen werden.
- 157 • Die Evakuierung von geflüchteten Menschen aus Afghanistan sollte unverzüglich
158 fortgesetzt werden, ebenso wie die Verbesserung des Bundesaufnahmeprozesses und
159 die Steigerung der Transparenz. Unabhängig davon sollten alle Aufnahmeprogramme
160 umgesetzt werden.
- 161

Antrag M2: Seenotrettung ist kein Verbrechen! Für eine Geflüchtetenpolitik, in der Humanität an erster Stelle steht

Antragsteller*in:	Jusos Nord-Niedersachsen
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

1 Jedes Jahr setzen sich zehntausende Geflüchtete gefährlichen Fluchtrouten, meist über
2 das Mittelmeer, aus, da sie keine andere Möglichkeit mehr sehen. Bei diesen
3 Versuchen, an das europäische Festland zu gelangen, sind seit dem Jahr 2014 nach
4 offiziellen Zahlen über 21.000 Menschen ums Leben gekommen. Und trotz dieser
5 erschreckenden Zahlen wird die Seenotrettung immer mehr eingeschränkt, statt sie zu
6 unterstützen und fördern. Für uns ist klar: Unabhängig von der Herkunft, der Gründe
7 für die Überfahrt oder sonstiger Faktoren muss die Rettung von Menschenleben an
8 erster Stelle stehen. Erstes Kriterium darf nicht die berufliche Qualifikation von
9 Menschen sein und wie sie unsere Wirtschaft bereichern können, sondern ob sie Hilfe
10 benötigen, bspw. aufgrund von Verfolgung in ihrem Herkunftsland. Menschen vor dem
11 Ertrinken zu retten und ihnen eine sichere Überfahrt zu garantieren, muss oberste
12 Priorität haben. **Wir Jusos kämpfen für eine humane Geflüchtetenpolitik.**

13

14 Die Seenotrettung auf dem Mittelmeer wird aktuell fast ausschließlich von nicht
15 staatlichen Schiffen gewährleistet. Jedes Schiff, das auf Menschen in Seenot trifft,
16 ist nach internationalem Seerecht dazu verpflichtet, diese zu retten. Diese
17 Seenotrettungen sind dann aber eher zufällig und reichen bei weitem nicht aus. Daher
18 gibt es zunehmend Initiativen, die sich bewusst die Seenotrettung zur Aufgabe machen.
19 Diese Initiativen haben jedoch oft mit restriktiven Maßnahmen und Kriminalisierung zu
20 kämpfen und werden dadurch an ihrer Arbeit gehindert. Und das obwohl es aktuell keine
21 europäischen und kaum staatliche Strukturen gibt, die diese Arbeit selbst leisten
22 können.

23 Auf europäischer Ebene gibt es keine Operationen zur Seenotrettung mehr, seit sich
24 die Mitgliedstaaten nicht über die Verteilung der geretteten Geflüchteten einigen
25 konnten. Frontex, die europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache, nimmt keine
26 Rettungsmaßnahmen vor, sondern hindert Geflüchtete daran, das europäische Festland zu
27 erreichen. Sogenannte Push-Backs, also illegale Zurückweisung von Geflüchteten, sind
28 bei Frontex kein Einzelfall. Europäische Strukturen arbeiten also aktuell nicht für
29 das Retten von Geflüchteten, sondern verschärfen die Situation.

30

31 **Um den Menschen auf der Flucht zu helfen, braucht es sichere Fluchtrouten!** Wir müssen
32 das Sterben auf dem Mittelmeer um jeden Preis beenden. Es kann nicht sein, dass die
33 einzige Möglichkeit, nach Europa zu kommen, ist, das eigene Leben aufs Spiel zu
34 setzen. Auch Geflüchtete, bei denen ein offensichtlicher Asylgrund besteht, sind
35 gezwungen, lebensgefährliche Routen auf sich zu nehmen. Unter der aktuellen Praxis
36 leiden dadurch besonders FINTA und andere unterdrückte gesellschaftliche Gruppen.

37

38 Wir sind allen (ehrenamtlichen) Helfer*innen von NGOs wie Seawatch, die regelmäßig
39 Menschen auf der Flucht das Leben retten, mit tiefster Dankbarkeit verbunden. Es ist
40 eine Schande, dass diese Arbeit kriminalisiert wird. Wir verurteilen daher die
41 Versuche des Bundesverkehrsministeriums, per Verordnung die private Seenotrettung mit
42 deutschen Schiffen einzuschränken, zutiefst. Diese Pläne müssen schnellstmöglich
43 gestoppt werden.

44

45 Gleichzeitig müssen wir klar machen, dass das Retten von Menschenleben keine
46 ausschließliche Aufgabe von NGOs oder spendenbasierten privaten Rettungsmissionen
47 sein darf. Wir müssen vor Allem die staatliche Seenotrettung auf dem Mittelmeer
48 massiv ausbauen. Es braucht eine europäische Behörde, die von offizieller Seite aus
49 dafür zuständig ist, im Mittelmeer zu patrouillieren, Rettungsschiffe zu betreiben
50 und die Menschen sicher an Land zu bringen, um damit das geltende Seerecht umzusetzen
51 und sicherzustellen. Ziel muss eine gemeinsam koordinierte europäische Seenotrettung
52 sein. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Erstaufnahmeländer. Inhumane
53 Abschottungsgesetze wie von der postfaschistischen italienischen Regierung müssen in
54 aller Deutlichkeit angeprangert und bekämpft werden. Von Erstaufnahmeländern wie
55 Italien oder der Türkei mehr Humanität zu erwarten, muss eine gesamteuropäische
56 Erwartungshaltung sein. Erstaufnahmeländer sind in der Pflicht, sichere Häfen bereit-
57 und zur Verfügung zu stellen, humanitäre Versorgung und Erstunterbringung zu
58 gewährleisten und ihren Anteil an einem geordneten und fairen Asylverfahren zu
59 leisten.

60

61 Die Schaffung von sicheren Fluchtrouten bleibt aber eine gesamteuropäische Aufgabe.
62 Dazu ist die Solidarität von Ländern, die keine typischen Erstaufnahmeländer sind
63 (insbesondere Deutschland) mit den Erstaufnahmeländern eine zwingende Voraussetzung.
64 Dazu gehören neben finanzieller, struktureller und personeller Unterstützung aber
65 auch solidarische Verteilungsmechanismen unter den EU-Mitgliedstaaten, die eine faire
66 Verteilung der Geflüchteten sicherstellen. Zusammen müssen wir alles in unserer Macht
67 stehende dafür tun, dass das Elend an den europäischen Außengrenzen beendet wird.
68 Zustände wie in dem Lager Moria darf es nie wieder geben. **Wir wollen keine "Festung
69 Europa", sondern eine "Brücke Europa" - hin zu mehr Menschlichkeit.**

70

71 Jeder Mensch sollte Anspruch haben auf ein geordnetes und faires Asylverfahren! Das
72 ist ein Grundrecht. Die Vorschläge der CDU/CSU, welche die Genfer
73 Flüchtlingskonvention und diese Grundrechte in Frage stellen, machen uns fassungslos.
74 Wir verurteilen die menschenverachtende Forderung, Menschen auf der Flucht zur
75 Abschreckung anderer ertrinken zu lassen, aufs Schärfste. Diese Annahme des "Pull
76 Faktors" ist mehrmals wissenschaftlich widerlegt, bessere Seenotrettung führt eben
77 nicht zu mehr Migration! Mehr Schiffe bedeuten nicht mehr Boote, aber weniger Schiffe
78 bedeuten mehr Tote. Was bei dieser Logik zudem meistens vergessen wird, ist die
79 Dringlichkeit, mit der wir Migration brauchen- zur Bewältigung des demografischen
80 Wandels, des Fachkräftemangels und nicht zuletzt um neue Perspektiven und Kulturen
81 für Europa zu gewinnen.

82

83 Wir werden deshalb nicht müde zu betonen: **We need a #safepassage! Denn kein Mensch**
84 **ist illegal.**

85 Deshalb fordern wir konkret:

- 86 • Schaffung von legalen und sicheren Fluchtwegen.
- 87 • Eine Geflüchtetenpolitik, die die Menschenwürde und die Menschlichkeit als erste
88 Priorität sieht.
- 89 • Entkriminalisierung von ziviler Seenotrettung in Deutschland und damit den
90 sofortigen Stopp von jeglichen Verordnungen des BMDVs mit dem Ziel, die zivile
91 Seenotrettung zu behindern. Auch gegenüber den anderen EU-Mitgliedstaaten muss
92 die deutsche Bundesregierung die dortigen unmenschlichen Gesetze klar
93 anprangern.
- 94 • Gleichzeitig mehr Solidarität Deutschlands und anderen Nichterstaufnahmeländern
95 mit den Erstaufnahmeländern wie Italien, Griechenland, Spanien oder Malta.”
96 durch “Gleichzeitig mehr Solidarität Deutschlands und anderen Nicht-
97 Erstaufnahmeländern mit den Erstaufnahmeländern wie Italien, Griechenland,
98 Spanien oder Malta, mit dem Ziel einer humaneren Geflüchtetenpolitik.
- 99 • Solidarische Verteilungsmechanismen unter den EU-Mitgliedsstaaten. Ein
100 solidarischer Verteilungsschlüssel muss auch gegen den Widerstand von Ländern
101 wie Ungarn und Polen vorangetrieben werden. Damit geht eine Reform des
102 überholten Dublin-Systems einher.
- 103 • Die Schaffung einer EU-Seenotrettungsbehörde mit eigenen Rettungsschiffen inkl.
104 Fachpersonal, welche für eine gemeinsame europäisch koordinierte Seenotrettung
105 sorgt.
- 106 • Die Unterstützung und Finanzierung der sogenannten libyschen Küstenwache
107 unverzüglich einzustellen. Dazu gehören auch die sogenannten “Fortbildungs-,
108 Beratungs- und Beschaffungsleistungen” der deutschen Bundespolizei.
- 109 • EU-Missionen im Mittelmeer wie IRINI mit einem Mandat zur Seenotrettung
110 auszustatten.
- 111 • Die Aktivierung des EU-Krisenreaktionsmechanismus (IPCR). Deutschland muss
112 hierzu darauf drängen, das Sterben im Mittelmeer als “Krise” zu definieren, um
113 eine schnellere und koordinierte Entscheidungsfindung der EU zu ermöglichen.
- 114 • Die Auflösung von Frontex und eine klare strafrechtliche Aufarbeitung ihrer
115 Verbrechen.
- 116 • Die grundsätzliche Sicherstellung von geordneten und fairen Asylverfahren für
117 alle Menschen.
- 118 • Mehr Unterstützung des Bundes für Kommunen bei der Unterbringung und Versorgung
119 muss ausgebaut werden- Kommunen dürfen hier nicht im Stich gelassen werden!
- 120 • Die Einstellung jeglicher Zusammenarbeit mit dem International Centre for
121 Migration Policy Development (CMPD).

Antrag M3: “It’s not my Europe!” - Die GEAS-Reform

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

1 Weiterleitung an: SPD Bundestagsfraktion, Bundesparteitag

2 **Die GEAS-Reform, oder auch it’s not my Europe!**

3 Besorgt beobachten weiter den immer weiter nach rechts verschobenen Diskurs über
4 Geflüchtete und die immer gefährlichere gesamtgesellschaftliche Stimmung gegen
5 Schutzsuchende. Bereits die Unterscheidung von Geflüchteten und Ungleichbehandlung
6 nach Beginn des Angriffskrieges auf die Ukraine hat gezeigt, dass das Grundrecht auf
7 Asyl unterschiedlich ausgelegt wird, je nachdem woher eine schutzsuchende Person
8 kommt. Hierdurch wurde die gesamtgesellschaftliche Stimmung gegenüber nicht-weißen
9 und nicht-christlichen Schutzsuchenden erheblich aufgeheizt. Die mangelnde
10 finanzielle und personelle Unterstützung seitens der Länder, u.a. des Landes Hessen,
11 für die Kommunen und die mangelnde Versorgung, insbesondere mangelnde
12 Gesundheitsversorgung der Schutzsuchenden (bspw. durch eine landesseitig eingeführte
13 Gesundheitskarte), hat sich die gesellschaftliche Stimmung noch weiter aufgeheizt.
14 Der Diskurs verkennt dabei, dass die Zahl der Schutzsuchenden in der Europäischen
15 Union aus dem globalen Süden bereits stetig abnimmt. Mit besonderen Herausforderungen
16 sind unsere Kommunen durch die Unterbringung ukrainischer Geflüchteter und mit dem
17 russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine geflüchteten Personen konfrontiert. Wobei
18 die Kommunen durch die Länder im Stich gelassen werden, statt personeller und
19 finanzieller Unterstützung für die Versorgung und Unterbringung von Schutzsuchenden,
20 beschlossen die Regierungschef*innen der Länder Anfang Mai in ihrem Entwurf zur
21 “gemeinsamen Flüchtlingspolitik von Bund und Ländern” u.a. längere Abschiebehaften.
22 Schutzsuchende werden kriminalisiert. Der MPK Beschluss zeigt deutlich, dass die
23 Länderchef*innen bereit sind rote Linien in der Frage von Asyl- und Migrationspolitik
24 zu überschreiten. Dass auch die Hessische Landesregierung diesen Kurs mitträgt
25 verwundert nicht weiter, wenn man Debatten über die menschenunwürdigen Unterbringung
26 von Geflüchteten etwa an der Bergstraße oder auch die Frage von Abschiebe Praktiken
27 der schwarz-grünen Landesregierung der letzten zehn Jahre betrachtet. Hinzu wir die
28 Situation durch Aussagen von CDU-Politikern, die rechte Parolen zurück in den Diskurs
29 der “Mitte” der Gesellschaft bringen, weiter verschärft. Nicht zuletzt die auf
30 Rekordhöhe gestiegenen Umfragewerte der AfD zeigen, dass rechte Parteien längst
31 wieder anschlussfähig innerhalb der Gesellschaft geworden sind. Es ist deutlich
32 sichtbar, dass sich das gesellschaftliche Klima immer weiter nach rechts verschiebt
33 und die Stimmungsmache gegenüber Schutzsuchenden und migrantischen Menschen
34 erfolgreich ist.

35 Dass diese Debatte nun, durch die Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems
36 (GEAS), die am 08. Juni 2023 im EU-Innenrat in Luxemburg, unter Beteiligung der
37 sozialdemokratisch geführten Bundesregierung, auf den Weg gebracht wurde, weiter
38 befeuert wird, besorgt uns Jusos, ebenso wie die Reform selbst zutiefst.

39 Zwar erkennen wir die Bemühungen, nach jahrelanger Diskussion eine gesamteuropäische

40 Lösung voranzutreiben an, doch widerspricht die nun beschlossene GEAS-Reform in
41 weiten Teilen unseren sozialdemokratischen Grundsätzen der Gerechtigkeit,
42 Menschlichkeit und Solidarität als Grundlage einer solidarisch europäischen Asyl- und
43 Migrationspolitik, unter Achtung der humanitären Verantwortung und der Menschenrechte
44 aller schutzsuchenden Menschen. Durch den Reformvorschlag wird ein Klassenasylsystem
45 auf europäischer Ebene geschaffen, an dessen vorderster Stelle ukrainische
46 Geflüchtete stehen und an letzterer Schutzsuchende aus Georgien, der Türkei und
47 Russland. Schutzsuchende werden gegeneinander ausgespielt, statt ihr individuelles
48 Recht auf Asyl als gleichwertig anzuerkennen. Für uns steht fest: Unter den
49 derzeitigen Bedingungen wäre keine Reform die bessere Ausgangslage. Auch heute ist
50 das europäische Asylsystem, genauso wie der vorgeblich gefährdete Schengenraum,
51 unionsrechtlich kodifiziert. Die Mitgliedstaaten sind zur Einhaltung dieser
52 Verpflichtungen gezwungen, doch verweigern sie sich häufig in der Realität. Völlig
53 zurecht beklagen die an den EU-Außengrenzen liegenden Mitgliedstaaten ihre
54 Unzufriedenheit über mangelnde gesamteuropäische Unterstützung. Doch die Reform wird
55 nicht zu einer Entlastung dieser Mitgliedstaaten führen, sondern den bereits
56 restriktiven Migrationskurs der EU in eine Form bringen, die rote Linien der
57 Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Solidarität überschreitet statt endlich legale
58 Einreisewege und Regularisierungen von Aufenthalten voranzubringen.

59 **Grenzverfahren statt Grenzkontrollen – kann das wirklich funktionieren?**

60 Schutzsuchende werden nach dem EU-Innenratsbeschluss an der Einreise in die EU
61 gehindert und zur Durchführung ihres Asylverfahrens in Grenzlagern verpflichtet.
62 Kommuniziert wird derzeit, dass maximal zweimal jährlich 30.000 Schutzsuchende aus
63 Herkunftsländern, deren Anerkennungsquote unter 20% liegt oder deren Herkunft nicht
64 nachgewiesen werden kann, solche Grenzverfahren durchlaufen müssen. Der von der
65 Ratspräsidentschaft vorgeschlagene Entwurf sieht jedoch bis zu 120.000 Menschen pro
66 Jahr vor. Ferner reisen die meisten Schutzsuchenden aus Herkunftsländern ein, deren
67 Anerkennungsquote bei über 70% liegt (Afghanistan 73%, Syrien und Eritrea 83%, s.
68 [Aktuelle Zahlen Bericht 03/2023 \(bamf.de\)](#)). Letztlich wird durch die Einführung der
69 Grenzverfahren der Diskurs in der europäischen Migrationspolitik weiter nach rechts
70 verschoben: Es wird das Narrativ bedient, dass viele Schutzsuchende ohne
71 Anerkennungsgrund in die EU einreisen würden. Dem ist aber nicht so. Die
72 Grenzverfahren werden damit Ressourcen in Anspruch nehmen und Verfahrensrechte von
73 Schutzsuchenden beschneiden, ohne eine grundlegende faktische Änderung
74 herbeizuführen. Denn Schutzsuchende, die vom Grenzverfahren ausgenommen sind, was
75 nach dem Beschluss des EU-Innenrates den Großteil der Geflüchteten betreffen soll,
76 werden die aktuell bestehenden Herausforderungen und das Bedürfnis einzelner
77 Mitgliedstaaten nach der Grenzkontrolle nicht beseitigen.

78 Gleichzeitig sorgt der sog. Solidaritätsmechanismus dazu, dass sich Mitgliedstaaten
79 durch die Zahlung eines Geldbetrags auch weiterhin aus der Verantwortung ziehen
80 können, statt als Teil eines einheitlichen, gesamteuropäischen Systems die Aufnahme
81 von Geflüchteten zu garantieren. Gleichzeitig führt die Verschärfung der im Zuge der
82 GEAS-Reform, reformierten Dublin-Verordnung, in Verbindung mit der Ausweitung von
83 "sicheren Drittstaaten", der geplanten Verfahrensbeschleunigung und EU-
84 Außengrenzverfahren zu einer weiteren Verschärfung der Lebensumstände schutzsuchender
85 Menschen. Die Neuregelung der sog. Sekundärmigration, mit dem Ziel das

86 unkontrollierte Weiterziehen innerhalb der EU-Staaten, durch eine Verlängerung der
87 Überstellungsfrist auf ein Jahr, mit Sonderregelung der Verlängerung beim Versuch
88 unterzutauchen, sowie die schnellere Rückführung in "sichere Drittstaaten" löst das
89 Problem von der Sehnsucht einzelner nach Grenzkontrollen im Schengenraum ebenfalls
90 nicht.

91 **Nein zu Grenzlagern!**

92 Wir lehnen eine Unterbringung geflüchteter Menschen in Lagern innerhalb der EU und an
93 dessen Außengrenzen ab. Der Zweck der Lager an den EU-Außengrenzen ist,
94 Schutzsuchende an der Einreise in die EU zu hindern. Dementsprechend wahrscheinlich
95 ist es, dass uns nach deren Errichtung Bilder von mit Stacheldraht gesäumten
96 Sicherheitszäunen und Sicherheitspersonal erreichen werden. Erst nach der Ausstellung
97 eines Registrierungsdokuments für Asylsuchende ist es theoretisch möglich, das Lager
98 zu verlassen. In der Praxis vergehen oft mehrere Wochen, in denen die Asylsuchenden
99 faktisch inhaftiert sind. Bei jeder Rückkehr ins Lager müssen strenge
100 Sicherheitskontrollen durchlaufen werden. Das ständige Gefühl der Überwachung und
101 Kontrolle prägt das Leben der Schutzsuchenden und wirkt sich mit teils verheerenden
102 Folgen insbesondere auf die psychische Gesundheit und Entwicklung der Kinder und
103 Jugendlichen, die vom Grenzverfahren genauso wie andere vulnerable Gruppen nicht
104 ausgenommen sind, aus. Auch wenn der SPD Parteivorstand geschlossene Lager und
105 haftähnliche Bedingungen ablehnt und Rechtsstaatlichkeit und humanitäre Standards zur
106 Bindung der sozialdemokratischen Zustimmung für einen jeden Kompromiss macht,
107 bezweifeln wir, dass die letztendliche Umsetzung diesen Anforderungen genügen wird.

108 **Wie es mit der GEAS-Reform weitergehen muss:**

109 Nach der Einigung im Rat wird sich die Kommission nun in einem Trilog mit dem
110 Europäischen Parlament und dem Rat verständigen. Jedoch lässt der Ratsbeschluss
111 aufgrund seiner Verfasstheit der detaillierten Positionierung entlang des Gesetzes,
112 statt einer grundsätzlichen Eckpunkte Positionierung, nur noch einen indirekten
113 Einfluss des Europäischen Parlamentes zu. Dennoch fordern wir unsere Genoss*innen im
114 Europäischen Parlament und die Bundesregierung dazu auf, alles in ihrer Macht
115 stehende zu tun, sich für folgende konkrete Änderungen einzusetzen:

- 116 1. **Es muss jederzeit die Wahrung aller menschenrechtlicher Standards für alle**
117 **Geflüchteten gewährleistet sein.** Hierzu gehört die Gestaltung des
118 Grenzverfahrens in einer Form, die sicherstellt, dass Anträge auf
119 internationalen Schutz inhaltlich umfassend geprüft, die Rechte der
120 Schutzsuchenden gewahrt und die Unterbringungsmodalitäten menschenwürdig
121 gestaltet werden.
- 122 2. **Allen Menschen muss das individuelle Recht auf Asyl gewährt werden.** Die Prüfung
123 muss sowohl die individuellen Umstände der Schutzsuchenden als auch die
124 Bedingungen im Einzelfall für die schutzsuchende Person im potenziellen
125 Drittstaat, sofern eine Rückführung vorgesehen ist, umfassen. Dafür braucht es
126 eine effektive **Gewährleistung des Zugangs zur unabhängigen Rechtsberatung** durch
127 Anwalt*innen und zivilen Organisationen in den Grenzlagern, um eine bestmöglich
128 informierte Anhörung und bei negativem Ausgang des Verfahrens effektiven
129 Rechtsschutz als Teil des Asylrechts, das rechtsstaatlichen Standards genügen
130 muss, zu gewährleisten. Entsprechend muss in dieser Zeit der rechtlichen Klärung
131 durch eine aufschiebende Wirkung der Klagen von angelehnten Schutzsuchenden

- 132 sichergestellt werden, dass keine Rückführung erfolgt.
- 133 3. **Die Sicherstellung, dass unbegleitete Minderjährige unter keinen Umständen teil**
134 **des Grenzverfahrens werden können.** Hierzu gehört insbesondere auch ein möglicher
135 Zeitraum einer Identitätsklärung oder auch die Sicherheitseinstufung der Person
136 durch den entsprechenden Mitgliedstaat.
- 137 4. **Familien mit minderjährigen Kindern und vulnerable Gruppen wie queere**
138 **Schutzsuchende sind vom Grenzverfahren auszuschließen.**
- 139 5. Eine **Überarbeitung der Bestimmungen für sichere Drittstaaten**, um
140 sicherzustellen, dass die Anforderungen für die Einstufung als sicherer
141 Drittstaat nicht gesenkt werden und die Lebensbedingungen und Asylverfahren in
142 diesen Staaten gründlich geprüft werden. Dies sollte auch die Prüfung von
143 Berichten über Menschenrechtsverletzungen von Nichtregierungsorganisationen und
144 die Prüfung der Einhaltung internationaler Menschenrechtsnormen umfassen. **Die**
145 **Einstufung sicherer Drittstaaten muss gesamteuropäisch für alle Mitgliedstaaten**
146 **durch das Europäische Parlament und den Rat**, auf Grundlage der GFK bestimmt
147 werden, um eine Harmonisierung wie durch Erwägungsgrund 47 der
148 Asylverfahrensrichtlinie zu gewährleisten, statt auf nationalstaatlicher Ebene
149 umgesetzt zu werden. **Eine Flexibilisierung der Regeln für "Mindeststandards"**
150 **durch nationalstaatliche Umsetzung der Kriterien für "sichere Drittstaaten"**
151 **lehnen wir deshalb entschieden ab.** Hierdurch besteht explizit auch die Gefahr
152 des Missbrauchs der Regelung von "sicheren Drittstaaten" als Mittel der
153 Legitimierung für Pushbacks, was es unbedingt zu verhindern gilt.
- 154 6. Die feste Einhaltung der Regelung des "Verbindungselements" auch bei der
155 Einreise aus einem "sicheren Drittstaat". Hierfür gilt es den **Transit durch**
156 **einen "sicheren Drittstaat" explizit als "Verbindungselement" auszuschließen**,
157 auch um mittels Einzelfallentscheidungen und Rechtsschutzmöglichkeiten das
158 Individuelle Rechts auf Asyl sicherzustellen.
- 159 7. Die **Einrichtung eines unabhängigen Überwachungsmechanismus**, um die Einhaltung
160 dieser Standards zu überprüfen und sicherzustellen. Hierzu muss auch das
161 **ständige Zugangsrecht für Mitglieder des Europäischen Parlamentes, der**
162 **Kommission und des Rates zu allen Grenzlagern sichergestellt werden.**
- 163 8. **Strenge Sanktionen für Mitgliedstaaten, die gegen Menschenrechte und das**
164 **Asylrecht, bspw. durch Pushbacks, verstoßen.** Darüber hinaus fordern wir eine
165 transparente und unabhängige Untersuchung aller gemeldeten Pushback-Vorfälle,
166 sowie einen Kompensationsfond für Menschen, die von Pushbacks betroffen sind
167 oder waren.
- 168 9. **Gesamteuropäische Kriterien zur Entscheidung über eine mögliche Gefährdung der**
169 **Sicherheit des öffentlichen Interesses durch die schutzsuchende Person**, statt
170 diese Entscheidung der Auslegung der Mitgliedsstaaten zu überlassen.
- 171 10. **Eine umfassende Dublin-Reform, die der Wirklichkeit gerecht wird, die**
172 **Individualinteressen von Schutzsuchenden in den Mittelpunkt stellt und keine**
173 **käufliche Solidarität zulässt.**
- 174 11. **Keine Behinderung der zivilen Seenotrettung durch die Mitgliedstaaten.** FRONTEX
175 halten wir als europäische Agentur aufgrund der in der Vergangenheit
176 nachweislich unterstützten Pushbacks nicht geeignet, den europäischen Raum in

177 Einklang mit den Menschenrechten zu schützen und darf nicht weiterhin durch
178 Mittel der EU finanziert werden. Die zunehmende Militarisierung des Mittelmeers
179 durch FRONTEX lehnen wir ab. Wir fordern stattdessen **NGOs und die zivile**
180 **Seenotrettung zu stärken und den deutschen Einsatz für eine europäische**
181 **Seenotrettung zu intensivieren.**

182 **12. Wahrnehmung europäischer Verantwortung zur Rettung von Menschenleben auf See**
183 **statt der einseitigen Fokussierung der Sicherung ihrer Außengrenzen.** Es sollte
184 eine neue Operation errichtet werden, die auf den Prinzipien und Erfolgen von
185 Mare Nostrum basiert. Diese Operation sollte von allen EU-Mitgliedstaaten
186 gemeinsam finanziert werden, um die Lasten gerecht zu verteilen und die
187 humanitäre Verantwortung der EU zu erfüllen.

188

189 Darüber hinaus fordern wir, mit Blick auf die nationale Debatte rund um das neue
190 Migrationspaket:

191 1. Das Narrativ rund um die illegalisierte Migration muss sich ändern. Es darf
192 nicht mit solchen Begriffen um sich geworfen werden, denn es verschleiert die
193 tatsächlichen, bewussten politischen Entscheidungen zur Illegalisierung von
194 bestimmten Migrationsformen und schürt folglich Rassismus und Vorurteile
195 innerhalb der Bevölkerung. Menschen, die illegal zur Durchführung eines
196 Asylantrags einreisen müssen, haben das Recht angehört und ihren Umständen und
197 Fluchtgründen nach angemessen behandelt zu werden.

198 2. Eine Stärkere Kooperation in den Herkunftsländern soll dafür genutzt werden,
199 Asylanträge in den Botschaften vor Ort möglich zu machen, um eine legale
200 Einreise zu gewährleisten. Zudem soll die Kooperation mit den Behörden im
201 Ausreiseland vertieft werden, um Nachweispflichten im Rahmen der Asylverfahren
202 zu lockern, indem etwaige behördliche Dokumente über die Herkunftsländer
203 abgefragt werden. Damit kann gleichzeitig die Anerkennung von ausländischen
204 Ausbildungszeugnissen vereinfacht werden, um so eine Bleibeperspektive zu
205 schaffen und das Potential zu nutzen. Es darf sich nicht zum Nachteil der
206 Angekommenen auswirken, dass Unterlagen aufgrund von Krieg oder einer
207 gefährlichen Flucht zurückgelassen, verloren gegangen oder vernichtet worden
208 sind.

209 3. Wir fordern, dass mehr in Integration, die Unterstützung und Entlastung von
210 Kommunen investiert wird, anstatt in Abschiebehaf und Abschiebungen.

211 4. Sogenannte „Migrationspartnerschaften“ mit anderen Staaten dürfen nicht dazu
212 führen, dass mit Regimen kooperiert wird, die Menschenrechte verachten und
213 verletzen. Geflüchtete dürfen auch nach der Genfer Flüchtlingskonvention nicht
214 in Staaten abgeschoben werden, wo ihr Leben und ihre Freiheit bedroht sind.

215 5. Wir wehren uns vehement dagegen gesetzliche Regelungen zur Abschiebung zu
216 verschärfen, damit Menschen schneller abgeschoben werden können.

217 6. Wir lehnen die Reform von verwaltungsrechtlichen Normen, die mit dem
218 Asylverfahren zusammenhängen, ab. Sowohl die Ausweitung der richterlichen
219 Kompetenzen, das Hinzufügen des Haftgrundes Aufenthaltsverbot sowie die
220 erweiterten Zugriffskompetenzen der Ordnungs- und Polizeibehörden, greifen in
221 absolut untragbarer Weise in die Grundrechte der Betroffenen ein

222 Wir fordern die Bundesregierung und insbesondere Bundesinnenministerin Nancy Feaser,
223 diese Forderungen zu unterstützen und sich für ihre Umsetzung auf Bundesebene
224 einzusetzen. Diesen Einsatz halten wir für unbedingt erforderlich, um die europäische
225 Verantwortung für den Schutz von Geflüchteten ernst zu nehmen und Maßnahmen zu
226 ergreifen, die sicherstellen, dass alle Asylsuchenden fair und menschenwürdig
227 behandelt werden. Ferner ist endlich eine neue Richtung im Migrationsdiskurs durch
228 uns Sozialdemokrat:innen einzuschlagen. Ein solcher, in dem wir Schutzsuchende als
229 selbstbestimmte und gleichberechtigte Individuen behandeln und ihnen Potentiale
230 bieten, statt von rechts bedienten Narrativen aufrecht zu erhalten. Dies beansprucht
231 unserer aller Anstrengungen. In der Europäischen Union, im Bund, in den Ländern, in
232 unseren Kommunen und letztlich in unserer aller Alltags. Dem sind wir aus unserer
233 historischen Verantwortung als Sozialdemokrat:innen zutiefst verpflichtet.

Begründung

Erfolgt Mündlich

Antrag M4: Kein Asylkompromiss 2.0 - gegen die Festung Europa!

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

1 Wir verurteilen den Beschluss zur Geflüchtetenpolitik den die Bundesregierung,
2 insbesondere Olaf Scholz und Bundesinnenministerin Nancy Faeser gemeinsam mit den
3 Ministerpräsident*innen der Länder am 10.05.2023 auf den Weg gebracht haben. Ferner
4 verurteilen wir den Beschluss des Rats der Europäischen Union zu einem Gemeinsamen
5 europäischen Asylsystem (GEAS) vom 08.06.2023.

6 Europaweit arbeiten verschiedene Akteure, politisch und gesellschaftlich, auf die
7 weitgehende Abschaffung des Schutzes für Geflüchtete hin. Nachdem die
8 Oppositionsparteien #noAfD und CDU/CSU bereits seit Wochen und Monaten medial
9 Stimmung gegen Geflüchtete gemacht, und Druck auf die Regierung ausgeübt haben, wurde
10 am 10.05.2023 bei einem Treffen von Bundesregierung und Regierungschef*innen der
11 Länder ein Beschluss gefasst, der ebenfalls in diese Richtung steuert. Ziel soll eine
12 effektive Steuerung von Migration sein. Dafür wird versucht, auf sogenannte "Push-
13 bzw. Pull-Faktoren" einzuwirken, die in der Migrationsforschung zur Erklärung von
14 Migrationsentscheidungen einhellig abgelehnt werden.

15 Für die handelnden Akteur*innen aus Landes- und Bundesregierung stehen dabei
16 vermeintliche Sicherheitsbedürfnisse der Bundesrepublik und nicht die
17 individualrechtliche Perspektive der Migrant*innen und Geflüchteten im Vordergrund.

18 Der Beschluss ist auf die Bekämpfung "irregulärer Migration" ausgerichtet und sieht
19 als Lösung unter anderem "konsequente Rückführungen" vor. Dabei gilt festzuhalten,
20 dass für Schutzsuchende ein Asylantrag nach der Einreise der einzig "reguläre" Weg
21 ist, und dass weder die Bundesregierung noch die EU aktuell Maßnahmen ergreifen oder
22 zumindest vorschlagen, um mehr "reguläre" Migrationswege zu schaffen und den Menschen
23 mehr aufenthaltsrechtliche Bleibeperspektiven zu bieten. Aktuell existiert kein Recht
24 auf Einreise, das zu dem Recht auf Asyl korrespondiert. Folglich sind Schutzsuchende
25 auf eine irreguläre Einreise angewiesen, ihr Aufenthalt legalisiert sich durch das
26 Stellen eines Asylantrags. Die im Beschluss vom 10.05. angedachten Maßnahmen tragen
27 weder zur Gewährleistung von Menschenrechten noch zu einer solidarischen und
28 progressiven Asyl- und Migrationspolitik bei. Ganz im Gegenteil, im Jahr, in dem sich
29 die rassistischen Anschläge von Solingen zum 30. Mal jähren, werden Verschärfungen
30 der Migrations- und Asylgesetze wieder hingenommen, die diskursive Begleitung durch
31 Springerpresse, CDU/CSU und natürlich #noAfD bereiten - damals wie heute - den Weg
32 für solche Vorhaben. Nancy Faeser sprach in Zusammenhang mit der Berliner
33 Silvesternacht, bei der inzwischen bekannt ist, dass die meisten der
34 Verdächtigen/Täter*innen Deutsche waren, von "gewaltbereiten Integrations-
35 Verweigerern", die Berliner CDU forderte eine "Vornamen-Abfrage" (sic!) und Jens
36 Spahn stellte direkt den Zusammenhang mit "ungeregelter Migration" her und stellte
37 bei Markus Lanz die Genfer Flüchtlingskonvention zur Disposition. Ganz getreu dem
38 Motto: Man wird ja noch fragen dürfen. So wird durch sprachliche Entgleisung die
39 Entrechtung von Schutzsuchenden vorbereitet.

40 Der Schritt, sich mit den Ministerpräsident*innen der Länder zusammenzufinden ist im
41 Grunde dennoch vom Ansatz her nicht falsch, denn gerade die Kommunen benötigen mehr
42 Unterstützung bei der Unterbringung und Versorgung der Geflüchteten. Insbesondere in
43 Hinblick auf die vielen Menschen, die angesichts der Klimakrise flüchten werden, ist
44 auch eine langfristige Absicherung der Kommunen besonders notwendig.

45 Nun gibt es also mehr Geld für die Länder, die dieses dann an die Kommunen
46 weitergeben sollen: Eine Milliarde Euro. Das ist der Kompromiss. Während 100-mal so
47 viel Geld für die Bundeswehr mir nichts, dir nichts beschlossen und durchgewunken
48 wurde, lässt sich die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung diese eine
49 Milliarde Euro für schutzsuchende Menschen nur mühsam abringen.

50 Die Länder forderten dagegen Finanzierungsmodelle, die sich an den tatsächlichen
51 Ausgaben der Länder orientieren, doch diesen Forderungen erteilte die Bundesregierung
52 eine Absage. Insbesondere für unsere unterfinanzierten Kommunen, die viel Kraft für
53 die Unterbringung und Integration Schutzsuchender aufwenden, eine herbe Enttäuschung.

54 Statt also flexible Kapazitäten zu schaffen, Verfahren zu vereinfachen oder Auflagen
55 zu lockern setzen die Regierungschef*innen auf Abschottung - wenn weniger Menschen
56 bei uns ankommen und bleiben dürfen, dann kostet es ja schließlich auch weniger Geld.
57 Mehr als zynisch, bei einer Koalition, die sich selbst gerne "Fortschrittskoalition"
58 nennt. Neben der Abschottung steht auch die "spürbare Reduzierung" von "irregulärer
59 Migration" im Papier - ohne dabei Fluchtursachenbekämpfung sowie die Schaffung
60 legaler Einreisewege zu berücksichtigen. Dafür sollen Migrationspartnerschaften und
61 Kooperationen mit den jeweiligen Herkunftsstaaten stärker vorangetrieben werden.

62 Insbesondere die Schaffung legaler Einreiseregungen wäre jedoch ein dringend
63 nötiger Schritt für eine progressive Asyl- und Migrationspolitik, auch in Hinblick
64 auf den Fachkräftemangel. Die aktuellen aufenthaltsrechtlichen Regelungen sind
65 maßgeblich daran geknüpft, dass Migrant*innen mit dem erforderlichen Visum einreisen,
66 ihren Lebensunterhalt sichern und ihre Identität nachweisen können. Trotz
67 Fachkräfteeinwanderungsgesetz reichen die derzeitigen Regelungen zur Erwerbsmigration
68 nicht aus, um (potenziellen) Arbeiter*innen eine Bleibeperspektive in Deutschland zu
69 bieten.

70 Ganz im Gegenteil: Andere Aufenthaltstitel, wie solche zur Erwerbstätigkeit, werden
71 durch ein erfolglos durchgeführtes Asylverfahren gesperrt. Das Asylverfahren wiederum
72 stellt oft die einzige Legalisierungsmöglichkeit des Aufenthalts dar. Irreguläre
73 beziehungsweise illegalisierte Migration lässt sich am besten durch Legalisierung
74 überwinden. Das Beschlusspapier von Bund und Ländern liefert hierauf keine Antworten.

75 Wir erkennen an, dass das kürzlich verabschiedete Chancenaufenthaltsrecht einen
76 Schritt in die richtige Richtung darstellt und vielen Menschen endlich eine
77 Bleibeperspektive bietet und deren Lebensleistung anerkennt. Dennoch können viel zu
78 viele Menschen in prekären aufenthaltsrechtlichen Situationen nicht vom
79 Chancenaufenthaltsrecht profitieren.

80 Für uns ist klar, dass insbesondere Maßnahmen zur Legalisierung von Einreise und
81 Migration auf EU-Ebene entscheidend sind, um endlich eine gemeinsame, solidarische
82 europäische Einwanderungspolitik zu schaffen - diese Maßnahmen auf EU-Ebene werden in
83 der aktuellen Debatte jedoch leider außer Acht gelassen. Zwar ist Bereitschaft, das
84 gemeinsame europäische Asylsystem (GEAS) zu reformieren aktuell so hoch wie lange

85 nicht, doch die Reformvorhaben, die dabei diskutiert werden, zu denen sich auch Bund,
86 Länder und unsere sozialdemokratische Innenministerin positiv geäußert haben sind
87 restriktiv und werden von uns ganz deutlich abgelehnt.

88 Eine Stärkung von Frontex, Grenzverfahren und Grenzzäune sind u.a. Teil der
89 Reformvorhaben und stellen nichts dar als die weitere Entrechtung von Schutzsuchenden
90 und einen weiteren Schritt hin zur Festung Europa. Die Äußerung von
91 Bundesinnenministerin Nancy Faeser, in der sie den Beschluss der EU-
92 Innenminister*innen als „historische[n] Erfolg“ für die EU, „eine neue, solidarische
93 Migrationspolitik und für den Schutz von Menschenrechte[n]“ bezeichnet, erachten wir
94 als zynisch, zumindest aber als unwahr: An den Reformvorschlägen zum GEAS ist nichts
95 ein Erfolg, nichts solidarisch, nichts hilfreich für den Schutz der Menschenrechte
96 und zuletzt auch nichts sozialdemokratisch!

97 Keine verpflichtenden Grenzverfahren - für faire und menschenwürdige Asylverfahren

98 Mit dem Vorschlag der Asylverfahrensordnung sollen Grenzverfahren verpflichtend
99 werden und es ist zu erwarten, dass die humanitären Missstände an den EU-Außengrenzen
100 sich dadurch weiter verschärfen würden. Verfahren an den Grenzen sind bereits heute
101 mit systemischen Mängeln behaftet, und so ist zu befürchten, dass der Schutz von
102 Geflüchteten durch weitere absehbare Verfahrensmängel weiter untergraben wird. Wenn
103 Menschen innerhalb kürzester Zeit, unter menschenunwürdigen Bedingungen wie sie in
104 den geschlossenen Lagern an den EU-Außengrenzen vorherrschen, ihre Fluchtgründe
105 angeben müssen dann leidet absehbar auch die Qualität, und somit auch die
106 Rechtssicherheit der Verfahren. Unzählige Organisationen, unter anderem ProAsyl und
107 der Paritätische Gesamtverband, warnen, dass diese Grenzverfahren insbesondere in
108 Kombination mit der “Fiktion der Nichteinreise” voraussichtlich zu Inhaftierungen und
109 de-facto Haftlagern an den EU-Außengrenzen führen können. Die “Fiktion der
110 Nichteinreise” (§13, Absatz 2 Aufenthaltsgesetz) bedeutet vereinfacht, dass Menschen
111 tatsächlich eine Grenze überqueren können, rein rechtlich jedoch als “nicht
112 eingereist” betrachtet werden - solange also nicht darüber entschieden wurde, ob eine
113 Person einreisen darf, darf sie von Behörden festgehalten werden, sie befindet sich
114 in einer Transitzone und gilt als “nicht eingereist”, während die Prüfung läuft. Die
115 Bundesregierung möchte Minderjährige von dieser Haft zwar ausnehmen, doch aus unserer
116 Sicht reicht das nicht aus - Schutzsuchende aufgrund ihres Schutzgesuches zu
117 inhaftieren ist menschenrechtlich nicht hinnehmbar und verstößt gegen die Genfer
118 Flüchtlingskonvention.

119 Wir lehnen Grenzverfahren an den EU-Außengrenzen daher entschieden ab. Auch den
120 Vorschlag, statt kompletten Verfahren lediglich die Registrierung von Schutzsuchenden
121 an den EU-Außengrenzen durchzuführen lehnen wir ab, auch dies stellt eine
122 Externalisierung von Teilen des Verfahrens an die EU-Außengrenzen dar und ebnet so
123 den Weg, zukünftig auch weitere Verfahrensschritte an den EU-Außengrenzen
124 durchzuführen.

125 Die Ampelparteien im Bund bezeichnen sich selbst nicht nur als
126 “Fortschrittskoalition” sondern im Koalitionsvertrag auch als “Bündnis für Freiheit,
127 Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit”. Ebenso spricht sich die Regierung in ihrem
128 Koalitionsvertrag dafür aus, das Leid an den Außengrenzen zu beenden. Dies ist mit
129 den nun geplanten verpflichtenden Grenzverfahren nicht möglich. Stattdessen würde die
130 Bundesregierung mit einer Befürwortung dieser Maßnahmen auf EU-Ebene einen Teil dazu

131 beitragen, die EU einen Schritt weiter in Richtung Abschottung zu bringen, einen
132 Schritt näher an die Festung Europa. Dies geht entgegen unserer jungsozialistischen
133 Vorstellung von Internationaler Solidarität! Wir möchten die Bundesregierung,
134 insbesondere das federführende sozialdemokratisch geführte Innenministerium sowie
135 unseren Kanzler "für mehr Respekt" daher an ihren eigenen Koalitionsvertrag erinnern
136 und auf die Einhaltung der oben genannten Punkte drängen.

137 Das Dublin-System ist gescheitert!

138 Weiter wird über die Einführung eines sogenannten "Verbund der Freiwilligen", also
139 Mitgliedstaaten, die sich für die Prüfung von Asylverfahren als zuständig erklären,
140 diskutiert. Damit soll der anhaltenden Solidaritätskrise der EU-Mitgliedstaaten und
141 den unfairen Kriterien der Dublin-Verordnungen (insbesondere dem
142 "Ersteinreisekriterium") entgegengewirkt werden.

143 Aktuell wenden nicht alle Mitgliedstaaten die bestehenden Regelungen an und
144 versuchen, ihre Verantwortung an Nicht-EU-Länder auszulagern. Das System ist
145 dysfunktional und auch aktuelle Reformvorschläge können hier nicht zu einer Besserung
146 beitragen. Auch der Vorschlag der Bundesregierung, die innereuropäische
147 Rücküberstellung an den nach Dublin-Verordnung zuständigen Mitgliedstaat von 6 auf 12
148 Monate zu verdoppeln, trägt zu keiner Besserung bei. Im Gegenteil, aus unserer Sicht
149 wird so die Verantwortung auf die EU-Mitglieder mit einer Außengrenze gelegt und ist
150 daher unsolidarisch.

151 Stattdessen fordern wir, dass an einem gemeinsamen und tatsächlich solidarischen
152 Aufnahmemechanismus gearbeitet wird, der Verantwortung fair verteilt. Hierbei ist
153 entscheidend, dass sich nicht nur die einzelnen Mitgliedstaaten darin wiederfinden
154 können, sondern auch die Schutzsuchenden. Ihre Interessen und die Wahrung ihrer
155 Rechte müssen dabei viel stärker in den Blick genommen werden.

156 Ein solcher Aufnahmemechanismus muss dann auch von allen Mitgliedsstaaten eingehalten
157 werden. Das GEAS darf kein Projekt einzelner, williger Mitgliedstaaten sein, sondern
158 soll Ausdruck europäischer Souveränität sein, die klar macht, dass sich nicht nur
159 Teile der EU, sondern die gesamte Europäische Union an ihre menschenrechtlichen
160 Verpflichtungen hält.

161 Auslagerung in Drittstaaten eine Absage erteilen

162 Eine weitere, große Gefahr liegt in dem Vorschlag, die Anwendung des Konzepts von
163 angeblich "sicheren Drittstaaten" auszuweiten und somit die Anforderung hinsichtlich
164 des anzuwendenden Schutzes im Drittstaat herabzusetzen. So hofft die Regierung, ihr
165 Versprechen von "konsequenten Rückführungen" einfacher erfüllen zu können. Denn
166 konkret bedeutet das, dass Geflüchtete so ohne Prüfung ihrer Fluchtgründe schneller
167 und unkomplizierter in ein außereuropäisches Land abgeschoben werden können -
168 möglicherweise in ein Land, in dem die Personen nicht in allen Landesteilen sicher
169 sind oder zu dem sie keine Verbindung haben.

170 Innerhalb des Europarats werden bezüglich der Schutzanforderungen in den Drittstaaten
171 verschiedene Vorschläge diskutiert - teilweise sind diese Anforderungen weit unter
172 dem Niveau der Genfer Flüchtlingskonvention. Sollte sich ein entsprechender Vorschlag
173 durchsetzen, erhöht sich die Gefahr völkerrechtswidriger Kettenabschiebungen in
174 Länder wie Afghanistan oder Syrien.

175 Wir lehnen das Konzept der "sicheren Dritt- und Herkunftsstaaten" im Grundsatz und

176 seine Erweiterung im Besonderen ab, da wir Missbrauch befürchten und Menschen mit
177 ernsthaften Schutzgründen nicht von einer inhaltlichen Asylprüfung ausgeschlossen
178 werden dürfen. Von der Bundesregierung erwarten wir, auf europäischer Ebene gegen
179 einen solchen Vorschlag zu votieren.

180 Zur Umsetzung von konsequenten Rückführungen wurden im Migrationspaket von Bund und
181 Ländern noch weitere Maßnahmen festgehalten. Mit den Heimatländern der Geflüchteten
182 und Migrant*innen soll stärker kooperiert werden, die Erreichbarkeit von Behörden
183 soll verbessert werden, um Eilrechtsverfahren schneller abzuhandeln und Menschen
184 somit schneller ausweisen zu können. Hierfür ist ebenfalls ein Ausbau der
185 polizeilichen Kapazitäten nötig, ebenso wie eine Ausweitung der Abschiebehaftplätze.
186 Diese Vorhaben kritisieren wir scharf. Das Geld, das hierfür aufgewendet werden muss,
187 könnte ebenso gut den Kommunen bei der Unterbringung, Versorgung und Integration von
188 Geflüchteten zugutekommen.

189 Wir fordern:

190 **1. Einen (Dis-)Kurswechsel in der Asyl- und Migrationspolitik.**

191 Das Narrativ von "irregulärer Migration" muss sich ändern, denn die Verwendung
192 und Normalisierung solcher Begriffe bereitet restriktiven politischen
193 Entscheidungen den Weg und schürt Rassismus und Vorurteile innerhalb der
194 Bevölkerung.

195 Ebenso erwarten wir von unserer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung, genau
196 wie von der SPD als Partei, dass sie sich auf europäischer Ebene für einen neuen,
197 solidarischen Aufnahme- und Verteilungsmechanismus einsetzen. Auch den Ausbau von
198 Grenzinfrastruktur, verpflichtende Verfahren an den EU-Außengrenzen, die Stärkung von
199 Frontex gilt es auf allen Ebenen abzulehnen.

200 **2. Die Schaffung legaler Einreisemöglichkeiten.**

201 Auf Basis aktuell bestehender Rechtslage haben Schutzsuchende keine Wahl, außer
202 illegal einzureisen. Daher muss hier auf europäischer Ebene dringend nach
203 menschenwürdigen, nachhaltigen Lösungen gesucht werden. Solange Menschen zur
204 Durchführung eines Asylantrags jedoch illegal einreisen müssen, haben sie das
205 Recht auf faire Verfahren, sie haben das Recht angehört zu werden und ihre
206 Fluchtgründe in einem menschenwürdigen, sicheren und rechtsstaatlichen Rahmen
207 vorzutragen und menschenwürdig behandelt zu werden.

208 Hierfür soll eine stärkere Kooperation in den Herkunftsländern genutzt werden. So
209 sollen beispielsweise Asylanträge auch in den Botschaften vor Ort möglich gemacht
210 werden, um die legale Einreise zu ermöglichen. Um Nachweispflichten im Rahmen der
211 Asylverfahren zu lockern, soll intensiver mit den Behörden im Ausreiseland kooperiert
212 werden, indem etwaige behördliche Dokumente direkt über die Ausreiseländer abgefragt
213 werden. Damit kann gleichzeitig die Anerkennung von ausländischen
214 Ausbildungszeugnissen vereinfacht werden, um so eine Bleibeperspektive zu schaffen
215 und eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

216 Es darf sich nicht zum Nachteil der Schutzsuchenden auswirken, dass Unterlagen
217 aufgrund von Krieg oder einer gefährlichen Flucht zurückgelassen, verloren gegangen
218 oder vernichtet worden sind.

219 **3. Keine Verschärfung von gesetzlichen Regelungen zur Abschiebung!**

220 Ebenso lehnen wir die Reform von verwaltungsrechtlichen Normen, die mit dem

221 Asylverfahren zusammenhängen, ab. Sowohl die im Beschluss von Bund und Ländern
222 festgehaltene Ausweitung von richterlichen Kompetenzen, das Hinzufügen des
223 Haftgrundes "Aufenthaltsverbot" sowie erweiterte Zugriffskompetenzen der
224 Ordnungs- und Polizeibehörden greifen untragbar in die Grundrechte der
225 Betroffenen ein.

226 **4. Mehr Unterstützung und Entlastung der Kommunen sowie Integrationsförderung,**
227 statt noch mehr Geld in Abschiebungen und Abschiebehaft zu investieren

228 **5. Keine Kooperation mit Staaten, die die Menschenrechte verachten und verletzen!**

229 Die Genfer Flüchtlingskonvention darf nicht aufgeweicht werden, in Staaten, in
230 denen Leben & Freiheit der Geflüchteten gefährdet ist, darf es keine
231 Abschiebungen geben. Ebenso fordern wir, dass das Konzept der "sicheren
232 Drittstaaten" nicht erweitert wird - die Bundesregierung und die SPD müssen sich
233 hier entsprechend positionieren.

234 Zudem fordern wir auch die rheinland-pfälzische SPD dazu auf, sich dieser besonderen
235 Verantwortung zu stellen. Offensiv für eine gerechte Migrationspolitik einzustehen
236 und aktiv zu gestalten, muss eine Kernaufgabe aller rheinland-pfälzischen
237 Kandidat*innen für die Europawahl 2024 sein.

238 Als Jusos stehen wir ganz klar gegen die Festung Europa und für eine solidarische und
239 menschenrechtsgeleitete Asyl- und Migrationspolitik. Als Jusos sehen wir uns hier in
240 der besonderen Verantwortung, als linke Kraft in der SPD den Kampf gegen Ungleichheit
241 und Rassismus voranzutreiben. Ebenso sehen wir uns in der historischen Verantwortung,
242 dass die Sozialdemokratie nicht dieselben Fehler wie vor 30 Jahren machen darf, indem
243 sie vor Konservativen und Rechten Kräften einknickt. Unsere Haltung ist ganz klar:

244 **Kein Asylkompromiss 2.0!**

Antrag M5: Queer Refugees Welcome! - Für eine Reform der Geflüchtetenpolitik

Antragsteller*in:	Jusos Berlin
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

1 Wir fordern eine grundlegende Reform der Geflüchtetenpolitik besonders mit Blick auf
2 LSBTQIA*-Geflüchtete. Hierzu sollen die SPD-Abgeordneten von Bund und Land sich für
3 eine Reform der notwendigen Gesetze einsetzen, die folgende Maßnahmen gesetzliche
4 reformiert werden:

- 5 1. 3 (1) 1. des Asylgesetzes soll um die "sexuelle Identität" und
6 "Geschlechtsidentität" als Gründe der Flucht vor Verfolgung ergänzt werden. Mit
7 der Aufnahme der sexuellen Identität und Geschlechtsidentität ins Asylgesetz
8 wird die nationale Gesetzgebung an die Richtlinie 2011/95/EU angepasst, die
9 diese Verfolgungsgründe bereits anerkennt.
- 10 2. Für alle Mitarbeitenden von Ämtern, Behörden und Aufnahmeeinrichtungen sollen
11 Sensibilisierungsprogramme zum Umgang mit LSBTQIA*-Geflüchteten verpflichtend
12 angeboten werden. Diese Sensibilisierungsprogramme sollen in Zusammenarbeit mit
13 entsprechenden zivilgesellschaftlichen Organisationen eingerichtet werden.
- 14 3. Bundesweit soll ein behördenunabhängiges Asylberatungssystem eingerichtet
15 werden. Die Beratungen sollen hierbei u.a. als Einzelgespräche zur Verfügung
16 stehen. Darüber hinaus müssen die Beratungsangebote niedrigschwellig und
17 flächendeckend angeboten werden und vor behördlichen Anhörungen wahrnehmbar
18 sein. Die Einrichtung eines behördenunabhängigen Asylberatungssystems kommt der
19 in Richtlinie 2013/33/EU festgeschriebenen Verpflichtung nach, Geflüchtete im
20 Asylprozess über ihre Rechte und mögliche Rechtsberatungsstellen zu informieren.
21 Dabei gewährleistet das Angebot von Einzelgesprächen, dass queere Menschen nicht
22 vor Dritten ein Zwangsouting erleben müssen. Frühzeitige Beratungsangebote
23 gewährleisten zudem, dass die Asylsuchenden rechtzeitig über die eigenen Rechte
24 aufgeklärt werden.
- 25 4. Sogenannte Ankerzentren sollen abgeschafft und durch dezentrale Unterbringungen
26 ersetzt werden.
- 27 5. In allen Aufnahmeeinrichtungen muss Zugang zu rechtlicher, gesundheitlicher und
28 psychologischer Betreuung für LSBTQIA*- Geflüchtete gewährleistet werden. Zudem
29 müssen weitere Aufnahmeeinrichtungen speziell für LSBTQIA*-Geflüchtete
30 geschaffen werden.
- 31 6. Alle Kommunen werden insbesondere verpflichtet, geschützten Wohnraum für
32 LSBTQIA*-Geflüchtete bereitzustellen bzw. beim Neubau von Wohnkomplexen darauf
33 zu achten, dass solche Wohnungen gestellt werden können. Ausreichende Mittel
34 werden zentral zweckgebunden zur Verfügung gestellt. Hierbei soll in jedem Fall
35 jeweils Gruppen- und Einzelunterbringung grundsätzlich gewährleistet sein. Diese
36 Wohnungen werden entweder von Fachträger*innen der queeren Wohnhilfe oder der
37 Queerarbeit verwaltet oder von explizit hierfür zu schulendem Fachpersonal

- 38 kommunaler Trägerschaften. Der Gesetzgeber legt Fristen zur Einrichtung und
39 ihrer Kontrolle fest, sodass die Nichterfüllung dieser Aufgabe durch die
40 Kommunen verhindert werden kann. Eine Einrichtung zu Lasten expliziten Wohnens
41 bspw. für junge Geflüchtete oder geflüchtete FINTA (Frauen, inter, non-binary,
42 trans, agender) findet nicht statt.
- 43 7. Etwaige Überprüfung muss diskriminierungs- und übergriffsfrei verlaufen.
- 44 8. Wir lehnen Abschiebungen weiter für alle Menschen ab. Sie sind ein inhumanes
45 Mittel der Geflüchtetenpolitik, wodurch Menschen häufig in lebensbedrohliche
46 Situationen gebracht werden.

Antrag M6: Wir wollen eine andere Migrationspolitik: Für eine menschenrechtsgeleitete, gemeinsame europäische Asylpolitik, statt weiterer Legalisierungen von Menschenrechtsverletzungen in Deutschland und an den EUAußengrenzen

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

1 Weiterzuleiten an: Bundesparteitag

2

3 Der Bundeskongress möge beschließen,

4 wir Jusos verurteilen das neue Migrationspaket der Bundesregierung vom 10.05.2023,
5 welches Bundeskanzler Olaf Scholz, Bundesinnenministerin Nancy Faeser und die
6 Regierungschef*innen der Länder auf den Weg gebracht haben.

7

8 Das Migrationspaket enthält Maßnahmen, die Migration effektiv steuern sollen.
9 Zunächst ist anzumerken, dass politische Entscheidungsträger*innen versuchen
10 Migration zu steuern und auf sogenannte Push- und Pullfaktoren einzuwirken, die in
11 der Migrationsforschung einhellig zur Erklärung von Migrationsentscheidungen
12 abgelehnt werden. Zu berücksichtigen ist, welche Steuerungsinteressen politische
13 Akteur*innen in den Vordergrund stellen. Unsere oben angesprochenen Genoss:innen
14 stellen nicht die individualrechtliche Perspektive von Migrant*innen, sondern
15 vermeintliche Sicherheitsbedürfnisse der Bundesrepublik in den Vordergrund. Das Paket
16 legt den Fokus auf die Bekämpfung „irregulärer“ Migration und „konsequente
17 Rückführungen“ statt zu beleuchten, weshalb Migrant*innen irregulär einreisen und
18 keine aufenthaltsrechtlichen Bleibeperspektiven bestehen. Letztlich trägt das
19 Maßnahmenpaket nicht zur Gewährleistung der Menschenrechte von Migrant:innen, noch zu
20 einer solidarischen und progressiven Migrationspolitik bei.

21

22 Zwar werden einerseits Investitionen des Bundes in Höhe von einer Milliarden Euro für
23 die Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten, die Unterstützung und Entlastung
24 der Kommunen sowie die Digitalisierung der Ausländerbehörden durch die Länder
25 zugebilligt. Allerdings ist die Höhe dieser Investitionen kaum ausreichend, um diese
26 Ziele zu erreichen. Den Forderungen der Länder nach Finanzierungsmodellen, die sich
27 an den tatsächlichen Ausgaben der Länder orientieren, erteilte der Bund eine Absage.
28 Für unsere unterfinanzierten Kommunen, die ihre Kraft besonders in die Unterbringung
29 und Integration von Schutzsuchenden aufwenden, eine berechtigte Enttäuschung.

30 Andererseits wird nicht nur eine menschenverachtende Abschottungspolitik, sondern
31 auch aktive Maßnahmen zur Verhinderung der Einreise von Schutzsuchenden auf den Weg
32 gebracht. „Irreguläre“ Migration soll „spürbar reduziert“ werden. Dafür sollen
33 Migrationspartnerschaften und Kooperationen mit den jeweiligen Herkunftsstaaten
34 stärker vorangetrieben werden. Hierbei wird außer Acht gelassen, dass die Eindämmung

35 „irregulärer“ Migration nicht ohne Fluchtursachenbekämpfung (sofern dies möglich
36 ist) und die Schaffung von legalen Einreisewegen stattfinden kann. Unter irregulärer
37 Migration versteht man die Einreise und den Aufenthalt von Personen ohne Bleiberecht
38 und ohne entsprechende Kenntnis und Betreuung durch die Ausländerbehörden. Die
39 Hintergründe und Umstände müssen in einzelnen Fällen betrachten und demnach agiert
40 werden. Es existiert kein Recht auf Einreise, das zu dem Recht auf Asyl
41 korrespondiert. Folglich sind Schutzsuchende auf eine irreguläre Einreise angewiesen,
42 ihr Aufenthalt legalisiert sich durch das Stellen eines Asylantrags. Die
43 aufenthaltsrechtlichen Regelungen sind maßgeblich daran geknüpft, dass Migrant*innen
44 mit dem erforderlichen Visum einreisen, ihren Lebensunterhalt sichern und ihre
45 Identität nachweisen können. Die derzeitigen Regelungen zur Erwerbsmigration reichen
46 trotz des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes nicht, um potentielle Arbeiter:innen eine
47 Bleibeperspektive in der Bundesrepublik zu bieten und bestehende Potentiale
48 auszuschöpfen.

49 Ganz im Gegenteil: Andere Aufenthaltstitel, wie solche zur Erwerbstätigkeit, werden
50 durch ein erfolglos durchgeführtes Asylverfahren gesperrt. Das Asylverfahren wiederum
51 stellt oft die einzige Legalisierungsmöglichkeit des Aufenthalts dar. Irreguläre
52 beziehungsweise illegalisierte Migration lässt sich am besten durch Legalisierung
53 überwinden. Hierzu schweigt das Maßnahmenpaket.

54 Das Chancenaufenthaltsrecht stellt einen Schritt in die richtige Richtung dar,
55 allerdings können viele Menschen in einer prekären aufenthaltsrechtlichen Situation
56 nicht davon profitieren. Legalisierungsmaßnahmen auf EU-Ebene spielen innerhalb der
57 Debatte leider keine Rolle, obwohl genau hier anzusetzen ist, um eine gemeinsame
58 europäische Einwanderungspolitik, wie durch die Verträge vorgesehen, endlich zu
59 schaffen.

60

61 Stattdessen ist die Bereitschaft das gemeinsame europäische Asylsystem (GEAS) zu
62 reformieren, so hoch wie schon lange nicht mehr. Diese Reformvorhaben, zu denen sich
63 Bund, Länder und insbesondere unsere Innenministerin ausgesprochen haben, sind ebenso
64 Ausdruck einer Politik, die den Steuerungsbedürfnissen der Mitgliedstaaten und nicht
65 der Stärkung der individuellen Rechte von Schutzsuchenden dient.

66

67 Die geplante Einführung von sogenannten Grenzverfahren (Asylverfahren an den EU-
68 Außengrenzen) lehnen wir ab. Asylverfahren in Transitzone als Sonderrechtszonen, in
69 denen die sogenannte Fiktion der Nicht-Einreise gilt, führen zur Beschneidung der
70 Verfahrensrechte von Schutzsuchenden und dienen dem Ziel, durch beschleunigte
71 Verfahren, die nicht umfassend die Schutzbedürftigkeit von Schutzsuchenden
72 feststellen können, weniger Schutzstatus zuzuerkennen und Schutzsuchende an der
73 Einreise zu hindern. In den letzten Wochen wurde sich von einigen
74 Bundespolitiker*innen lediglich für Registrierungen von Schutzsuchenden an den EU-
75 Außengrenzen ausgesprochen. Doch auch dies stellt eine Externalisierung von
76 Verfahrensschritten des Asylverfahrens an die EU-Außengrenzen dar und legt den
77 Grundstein, um künftig weitere Verfahrensschritte an den EU-Außengrenzen
78 durchzuführen. Nach der aktuellen Reform sollen Menschen an den Außengrenzen
79 festgehalten werden, weil sie einen Asylantrag stellen. Das Recht ein Asyl zu suchen,
80 ist ihr Menschenrecht. Als Folge festgehalten und haftähnlichen Bedingungen

81 ausgesetzt zu werden, ist hingegen menschenrechtlich hoch bedenklich. Sollten
82 Grenzverfahren eingeführt werden, würde dies ein Gewinn der rechten Regierungen
83 Europas bedeuten. Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten,
84 sich dafür einzusetzen, das Leid an den EU-Außengrenzen zu beenden. Asylanträge von
85 Schutzsuchenden müssen folglich schnellstmöglich inhaltlich geprüft werden. Eine
86 solche inhaltliche Prüfung, die rechtsstaatlichen Standards genügt, kann jedoch durch
87 die geplanten Grenzverfahren nicht stattfinden. Europa würde einen weiteren Schritt
88 in Richtung Abschottung gehen und Schutzsuchende aktiv an der Einreise in die EU
89 hindern – dafür wäre ihr die Legalisierung von haftähnlichen Bedingungen und die
90 faktische Aufhebung des individuellen Rechts auf Asyl Recht. Das ist nicht das
91 Europa, das wir Jungsozialist*innen wollen. Für uns bedeutet hoch die internationale
92 Solidarität eine menschenrechtsgeleitete europäische Asylpolitik, die eine klare
93 Ablehnung der derzeitigen Reformbestrebungen bedeutet.

94

95 Ebenso wird die Einführung eines sogenannten Verbunds der Freiwilligen diskutiert,
96 einem Verbund aus Mitgliedstaaten, die sich für die Prüfung von Asylverfahren als
97 zuständig erklären. Solche Ideen lehnen wir ab. Das Dublinsystem benötigt eine
98 umfassende Reform, die die Menschenrechte der Schutzsuchenden in den Vordergrund
99 stellt, alle Mitgliedstaaten verpflichtet und Mechanismen für die Einhaltung dieser
100 Verpflichtung vorsieht. Das GEAS ist kein Projekt einzelner williger Mitgliedstaaten,
101 sondern Ausdruck europäischer Souveränität, die das Handeln aller Mitgliedstaaten zur
102 Erfüllung der menschenrechtlichen Verpflichtungen der Europäischen Union bedarf.
103 Zur Umsetzung von konsequenten Rückführungen wurden im Migrationspaket durch den
104 Kanzler und die Regierungschef*innen der Länder mehrere Maßnahmen festgehalten. Dafür
105 werden stärkere Kooperationen mit den Heimatländern anvisiert. Die Erreichbarkeit der
106 Behörden soll verbessert werden, um Eilrechtsverfahren schneller klären und Menschen
107 schneller ausweisen zu können. Auch diese Praxis ist verwerflich, weil wir nicht mehr
108 polizeiliche Kapazitäten bei der Ausweisung von Menschen, sondern bei der
109 Erreichbarkeit der Polizei für Notfälle in der Zivilgesellschaft brauchen. Auch, dass
110 geplant ist, weitere Plätze in Abschiebehafteinrichtungen einzurichten, kritisieren wir auf das
111 Schärfste. Das Geld, welches in die Bereitstellung und Ausweitung von
112 Abschiebehafteinrichtungen und in Abschiebungen selbst investiert wird, könnte den Kommunen
113 bei der Unterbringung und Integration von Geflüchteten zugutekommen. Wir fordern
114 daher:

- 115 1. Das Narrativ rund um die illegalisierte Migration muss sich ändern. Es darf
116 nicht mit solchen Begriffen um sich geworfen werden, denn es verschleiert die
117 tatsächlichen, bewussten politischen Entscheidungen zur Illegalisierung von
118 bestimmten Migrationsformen und schürt folglich Rassismus und Vorurteile
119 innerhalb der Bevölkerung. Menschen, die illegal zur Durchführung eines
120 Asylantrags einreisen müssen, haben das Recht angehört und ihren Umständen und
121 Fluchtgründen nach angemessen behandelt zu werden.
- 122 2. Eine Stärkere Kooperation in den Herkunftsländern soll dafür genutzt werden,
123 Asylanträge in den Botschaften vor Ort möglich zu machen, um eine legale
124 Einreise zu gewährleisten. Zudem soll die Kooperation mit den Behörden im
125 Ausreiseland vertieft werden, um Nachweispflichten im Rahmen der Asylverfahren
126 zu lockern, indem etwaige behördliche Dokumente über die Herkunftsländer

- 127 abgefragt werden. Damit kann gleichzeitig die Anerkennung von ausländischen
128 Ausbildungszeugnissen vereinfacht werden, um so eine Bleibeperspektive zu
129 schaffen und das Potential zu nutzen. Es darf sich nicht zum Nachteil der
130 Angekommenen auswirken, dass Unterlagen aufgrund von Krieg oder einer
131 gefährlichen Flucht zurückgelassen, verloren gegangen oder vernichtet worden
132 sind.
- 133 3. Wir fordern, dass mehr in Integration, die Unterstützung und Entlastung von
134 Kommunen investiert wird, anstatt in Abschiebehaf und Abschiebungen.
- 135 4. Sogenannte „Migrationspartnerschaften“ mit anderen Staaten dürfen nicht dazu
136 führen, dass mit Regimen kooperiert wird, die Menschenrechte verachten und
137 verletzen. Geflüchtete dürfen auch nach der Genfer Flüchtlingskonvention nicht
138 in Staaten abgeschoben werden, wo ihr Leben und ihre Freiheit bedroht sind.
- 139 5. Wir wehren uns vehement dagegen gesetzliche Regelungen zur Abschiebung zu
140 verschärfen, damit Menschen schneller abgeschoben werden können.
- 141 6. Wir lehnen die Reform von verwaltungsrechtlichen Normen, die mit dem
142 Asylverfahren zusammenhängen, ab. Sowohl die Ausweitung der richterlichen
143 Kompetenzen, das Hinzufügen des Haftgrundes Aufenthaltsverbot sowie die
144 erweiterten Zugriffskompetenzen der Ordnungs- und Polizeibehörden, greifen in
145 absolut untragbarer Weise in die Grundrechte der Betroffenen ein.
- 146 7. Wir fordern unsere Innenministerin dazu auf, sich am 08.06.2023 in der Sitzung
147 des Rats gegen die aktuellen Reformvorhaben des GEAS zu positionieren.
148 Stattdessen soll eine Reform auf den Weg gebracht werden, die die Menschenrechte
149 von Schutzsuchenden in den Vordergrund stellt. Unsere konkreten Forderungen
150 haben wir im Antrag „Never gonna give EU up“
- 151 Wir fordern unsere Bundesregierung, hier vor allem Bundeskanzler Olaf Scholz und
152 Bundesinnenministerin Nancy Faeser dazu auf diese restriktive Politik der Abschottung
153 und aktive Politik, die auf die Externalisierung des Asylverfahrens gerichtet ist,
154 einzustellen und eine solidarische und menschenrechtsgeleitete Linie in der
155 Geflüchtetenpolitik zu gehen, die der historischen Verantwortung der Sozialdemokratie
156 würdig ist. Wir sehen uns Jusos hier in der besonderen Verantwortung, um als linke
157 Kraft innerhalb der Partei den Kampf gegen Ungleichheit und Rassismus für eine
158 solidarische Zukunft voranzutreiben.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag M7: Keine Abschiebungen nach Afghanistan, keine Zusammenarbeit mit den Taliban!

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

1 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag

2

3 Die Jusos und die SPD lehnen Abschiebungen nach Afghanistan ab. Abgeschobenen
4 erwartet in Afghanistan kein rechtsstaatliches Verfahren. Ihnen droht Folter oder gar
5 die Todesstrafe. Abschiebungen nach Afghanistan verstoßen damit sowohl gegen die
6 Genfer Flüchtlingskonvention als auch gegen Art. 19 der Charta der Grundrechte der
7 Europäischen Union und sind mit unserer Überzeugung als Sozialdemokrat*innen, dass
8 jeder Mensch ein rechtsstaatliches und faires Verfahren verdient, nicht vereinbar.
9 Abschiebungen nach Afghanistan würden außerdem den Abschluss völkerrechtlicher
10 Verträge mit der nicht anerkannten Regierung der Taliban voraussetzen und damit eine
11 Normalisierung des Regimes, die wir außenpolitisch ablehnen.

12

13 Bundesinnenministerin Nancy Faeser lässt aktuell prüfen, inwiefern Abschiebungen von
14 Straftäter*innen oder potenziellen Gefährder*innen nach Afghanistan möglich wären.
15 Sollte es zu Rückführungen nach Afghanistan kommen, müssten diese mit der dortigen
16 Regierung verhandelt werden. Dies würde eine Zusammenarbeit mit der Taliban bedeuten.
17 Einer sowohl von der Bundesregierung als auch internationalen Gemeinschaft nicht als
18 Regierung anerkannten islamistischen Terrorgruppe.

19 Wir fordern unsere Innenministerin Nancy Faeser dazu auf, sich konsequent gegen
20 solche Abschiebungen auszusprechen und einzusetzen, denn dies ist in vielerlei
21 Hinsicht untragbar:

22 Afghanistan ist ein Land, das seit vielen Jahren von gewaltsamen Konflikten und
23 instabilen politischen Verhältnissen geprägt ist. Insbesondere seit dem Abzug der
24 internationalen Truppen im Jahr 2021 hat sich die Sicherheitslage im Land
25 verschlechtert und die Taliban haben die Kontrolle über weite Teile des Landes
26 übernommen. In dieser Situation ist es nicht sicher, nach Afghanistan zurückzukehren,
27 vor allem für Straftäter*innen, die möglicherweise verfolgt werden könnten.
28 Ausgewanderte Menschen werden durch die Taliban als Verräter und Ungläubige
29 klassifiziert und sind damit im Falle einer Rückkehr Inhaftierung, Folter und
30 potenziell dem Tod ausgesetzt.

31

32 Die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK), welche 1953 von Deutschland ratifiziert
33 wurde, verbietet es, Menschen in Länder zurückzuführen, in denen ihr Leben und ihre
34 Freiheit bedroht sind (Art. 33, GFK). Das Auswärtige Amt aktualisiert auf seiner
35 Website permanent die Reisewarnungen und spricht von einer „akuten Gefahr“, von
36 „terroristischen Anschlägen“ und warnt ausdrücklich vor Reisen nach Afghanistan.

37 Wieso sollte es dann gerechtfertigt sein, Menschen nach Afghanistan abzuschieben?

38

39 Hinzu kommt, dass vor einigen Wochen die nordafghanische Region durch ein Erdbeben
40 der Stärke 6,5 erschüttert wurde und mehrere Tote und Verletzte verzeichnet wurden.

41 Die Grenzregion zu Pakistan befindet sich ohnehin, nach den verheerenden Erdbeben im
42 Sommer 2022, noch im Aufbau.

43

44 Darüber hinaus darf die Bundesregierung ihre zu Recht bestehende Maßnahme, mit den
45 Taliban nicht zu verhandeln, nicht aufgeben:

46 Das brutale Taliban-Regime verbietet es Mädchen und Frauen in Schulen und
47 Universitäten zu gehen. Sie verbieten ihnen Bildung und leben ein frauenverachtendes,
48 patriarchales Weltbild. Die Taliban verachten alles, was mit Demokratie und
49 Menschenrechten zu tun hat. Sie foltern und töten Menschen, die sich gegen ihre
50 Terror-Herrschaft auflehnen. Die SPD muss sich für die Wahrung der Menschenrechte
51 einsetzen und es daher ablehnen, dass Menschen in ein Land abgeschoben werden, in dem
52 ihre Sicherheit und ihre Rechte gefährdet sind.

53

54 Deutschland hat sich mit vielen weiteren Staaten der internationalen Gemeinschaft
55 dazu entschieden, die Taliban und ihr Regime nicht anzuerkennen. Das muss so bleiben.

56 Wir dürfen jetzt nicht anfangen, mit den Taliban zu verhandeln.

57 Vom aktuellen Abschiebestopp unberührt bleiben sogenannte Zurückweisungen im Rahmen
58 von Flughafen-Schnellverfahren. Nach der Landung in Deutschland befinden sich
59 Asylbewerber*innen zunächst in einem sogenannten Transitbereich. Sie haben nicht
60 dieselben Rechte wie Asylbewerber*innen, die mit dem Zug oder Auto nach Deutschland
61 gekommen sind, bereits Fuß auf deutschen Boden gesetzt und einen regulären Asylantrag
62 gestellt haben. In den Flughafen-Schnellverfahren prüfen zunächst Mitarbeitende des
63 Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), ob für die Antragsteller
64 überhaupt eine Chance auf Asyl besteht. Dabei müssen Entscheidungen innerhalb von 14
65 Tagen gefällt werden. Unter diesem enormen Zeitdruck und der damit einhergehenden
66 mangelnden Qualität leiden die Geflüchteten. Eine hohe Anzahl der gestellten Anträge
67 wurde in den vergangenen Jahren als „unbegründet“ abgelehnt. In diesem Fall erfolgt
68 eine Rückführung in das entsprechende Herkunftsland unabhängig von vorliegenden
69 Abschiebestopps in das entsprechende Land. Trotz der herrschenden Lage in Afghanistan,
70 der hohen Gefährdungslage sowie den brutalen Repressionen des Taliban-Regimes gegen
71 ihre Bevölkerung, fanden in diesem Jahr auch Rückführungen nach Afghanistan statt. So
72 wurde im März 2023 eine Frau zunächst rechtswidrig wochenlang am Frankfurter
73 Flughafen festgehalten und danach nach Afghanistan abgeschoben. Somit wurde sie
74 wieder der Willkür der Taliban ausgesetzt. Diese Politik ist nicht hinnehmbar. Wir
75 fordern daher, dass Asylanträge afghanischer Schutzsuchender nicht als
76 „offensichtlich unbegründet“ abgelehnt werden dürfen und dass es keine
77 Zurückweisungen nach Afghanistan gibt. Alle bereits zurückgewiesenen Personen werden
78 umgehend nach Deutschland zurückgeholt. Auf Dauer wird die rechtliche Gleichstellung
79 von Asylbewerber*innen die per Flugzeug nach Deutschland kommen mit allen
80 Asylbewerber*innen die mit dem Zug oder Auto kommen gleichgestellt und die damit
81 einhergehende Abschaffung der Flughafen-Schnellverfahren abgeschafft.

82 Abschließend sollte die generelle Praxis, Straftäter*innen abzuschieben, hinterfragt
83 werden. Insbesondere müssen die individuellen Verhältnisse Beachtung finden und wir
84 dürfen nicht pauschal über Straftäter*innen urteilen... Die Umstände in ihren
85 Herkunftsländern und die Bedingungen, unter welchen sie nach Europa kommen, sind
86 traumatisierend. Hinzu kommt, dass viele im Ankunftsland sozial isoliert sind und
87 keine Perspektiven haben. Durch diese Perspektivlosigkeit, welche durch zusätzlich
88 psychisch belastende Faktoren, wie einem ungerechtfertigten Abschiebescheid oder der
89 Sorge um die Familie in Afghanistan, Geldnöte und Rassismus, noch mehr verstärkt
90 wird, werden (vor allem junge) Betroffene in die Kriminalität gedrängt. Dieses
91 ausbeuterische System ist unfair. Betroffene brauchen Hilfe, eine Resozialisierung,
92 Entlastungen unterstützende Hände und Perspektiven. Das ist die Wurzel und eine
93 Ursache, die angepackt werden muss. Wir fordern eine soziale Politik und keine
94 Politik der Abschottung! Wir dürfen den konservativen und „besorgten Bürger*innen“
95 nicht die Deutungshoheit über diese Debatte überlassen, die daraus gerne eine
96 rassistische Debatte machen; vielmehr müssen wir über soziale Gerechtigkeit und
97 Perspektiven in dem Zusammenhang sprechen. Ferner müssen bedrohte Personen endlich
98 durch die Umsetzung des Bundesaufnahmeprogramms evakuiert werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag N1: Die digitale Gesellschaft der Freien und Gleichen: Unsere jungsozialistischen Leitlinien in der Digitalpolitik

Antragsteller*in:	Juso-Bundesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	N - Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

1 Der digitale Wandel treibt die Welt zu immer neuen kapitalistischen Höchstleistungen
2 an. Digitale Großkonzerne, wie Meta, Alphabet, Amazon und Co. generieren aus Daten
3 ihrer Nutzer*innen fantastische Gewinne: Die Liste der reichsten Menschen führen
4 Männer an, die ihr Vermögen mehrheitlich in diesem Bereich gemacht haben und jeder
5 von ihnen vereinigt ein Vermögen auf sich, das die Wirtschaftsleistung mancher Länder
6 übersteigt. Diese radikale Ungleichheit lehnen wir als Jungsozialist*innen aus tiefer
7 Überzeugung ab.

8 Ebenso öffnet besonders digitale Kommunikation auch für staatliche Repressionen und
9 Überwachungen neue Türen. Wo in der analogen Welt eng abgesteckte Befugnisse und
10 Grenzen für staatliche Eingriffe gelten, ist in der digitalen Welt die Sammlung und
11 Verarbeitung von Daten oft nicht einsehbar. Für uns ist klar, dass die
12 Digitalisierung kein Einfallstor für die staatliche Überwachung sein kann.

13 Gleichzeitig ermöglicht Digitalisierung gesellschaftlichen Fortschritt und bringt
14 insbesondere durch Effizienzgewinne enorme Potenziale für Arbeitszeitverkürzung,
15 Umverteilung und gesellschaftliche Mehrwerterzeugung/-abschöpfung mit sich. Auch
16 höhere Transparenz, bessere Partizipation und erhöhte Sichtbarkeit von
17 marginalisierten Gruppen können durch eine richtig umgesetzte Digitalisierung
18 erreicht werden. Als Jungsozialist*innen müssen wir daher unsere hergebrachten
19 Analysen auf den Prüfstand stellen, mit neuen Realitäten abgleichen und aus diesen
20 aktualisierte Schlussfolgerungen ziehen.

21 **Kritik an der kapitalistischen Verwertungslogik im Digitalen**

22 In unserem digitalen Zeitalter werden Daten unterschiedlicher Herkunft und Verwendung
23 abgeschöpft, zusammengesetzt und verwertet. Die Sammlung und Verknüpfung von Daten
24 ist allgegenwärtig. Denn Daten sind ein unabdingbarer Rohstoff unserer Gesellschaft
25 geworden. Somit ist eine Verwertung dieser auch integraler Teil unserer
26 gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rohstoffverwertung.

27 Im digitalen Kapitalismus entsteht Wertschöpfung teilweise auf eine neue Art und
28 Weise. Produkte setzen sich nicht aus physischen Rohstoffen zusammen, sondern aus
29 Ereignissen in der realen Welt, deren Daten mittels menschlicher oder sensorischer
30 Eingabe zunächst als gesammelt, rekombiniert und zu interpretierbaren und
31 wertstiftenden Informationen aufbereitet werden. Durch die Bereitstellung dieser
32 Informations-Infrastruktur für Konsument*innen, Maschinen oder für andere Unternehmen
33 ist es möglich, Rendite zu generieren. Ein gutes Beispiel dafür ist der Google-
34 Suchalgorithmus. Der Mehrwert entsteht hierbei dadurch, dass das Internet und damit
35 Daten, die ohnehin öffentlich zugänglich sind, besser durchsucht werden können.
36 Unsortiert oder in Ausschnitten machen diese Daten nicht den kapitalistischen Wert
37 des Suchalgorithmus aus. Erst wenn die Daten in Zusammenhang zueinander gebracht

38 werden, werden sie für Nutzende so wertvoll und damit auch für werbetreibenden
39 Unternehmen, die eben jene Kund*innen erreichen wollen.

40 • **Kollektivierung gesellschaftlich relevanter Infrastrukturen**

41 Während es unsere sozialistische Vision ist, dass Unternehmen mit Daten überhaupt
42 keine Rendite machen, so muss es unsere realpolitische Forderung sein, **Dienste und**
43 **digitale Infrastruktur** in den Fällen zu **kollektivieren**, in denen sie im Sinne des
44 Gemeinwohls gesellschaftlich relevant sind. Das verhindert, dass einzelne Konzerne
45 die Deutungshoheit in Bezug auf den Ausbau, den Erhalt und die Art und Weise dieser
46 Infrastrukturen haben. Wo es sich bei kritischer Infrastruktur um Software handelt,
47 ermöglicht die Veröffentlichung und freie Nutzbarmachung als Open Source Software
48 eine Kollektivierung. Der Staat versteht sich als vorgebender Akteur des ursprünglich
49 anarchistischen Projekts Internet, der Regulierungen durchsetzt und Standards
50 vorgibt. Diese Haltung führt zur Entmachtung und zur Zerschlagung von Big Tech und
51 sichert damit das gemeinwohlorientierte antikapitalistische Wesen des Internets.

52 Gesellschaftliche Machtstrukturen verfestigen sich ebenfalls durch kapitalistische
53 Strukturen im digitalen Raum. So werden beispielsweise Posts, die viele Reaktionen
54 haben, also Likes, Reposts usw., zum Beispiel durch Social-Media-Plattformen
55 bevorzugt und wiederum mehr Nutzer*innen angezeigt. Dies liegt daran, dass sich die
56 kapitalistisch betriebenen Plattformen dadurch noch mehr Interaktionen, also noch
57 mehr Daten und daraus resultierendes Kapital versprechen. Gesellschaftliche
58 Konsequenzen dieser Praktiken sind allerdings direkt spürbar.

59 Denn Posts, die viele Interaktionen hervorrufen, sind teilweise menschenfeindlich und
60 diskriminierend. Auch wenn es Gesetze gegen Hate Speech gibt, werden diese nicht
61 ausreichend angewendet und bleiben wirkungslos. Was Kapitalismus im digitalen Raum
62 bedeuten kann, lässt sich aktuell am Beispiel von Twitter (nun X) verfolgen. Nach dem
63 Kauf der Plattform durch einen der reichsten Menschen der Welt, schaffte dieser
64 plattforminterne Regulierungsinstanzen ab. Die Folgen war ein drastischer Anstieg von
65 Hate Speech, sodass viele von Diskriminierung betroffene Menschen sich auf dieser
66 Plattform nicht mehr sicher fühlten und diese verließen.

67 So wird dieser digitale Raum immer weiter nach rechts gerückt, menschenfeindliche
68 Aussagen nehmen zu. All diese Verschiebungen haben Auswirkungen auf die politische
69 Debatte, die auch im digitalen Raum stattfindet. Den digitalen Raum dem Kapitalismus
70 zu entziehen, ist also nicht nur eine wirtschaftliche Frage, sondern auch eine
71 gesellschaftliche und demokratische Aufgabe.

72 • Deshalb fordern wir die baldige Kollektivierung aller gesellschaftlich
73 relevanten digitalen Infrastrukturen.

74

75 • **Kritik am Rohstoffverbrauch durch digitale Infrastruktur**

76 Digitale Technologien, Infrastruktur und Dienstleistungen haben auch durch ihre
77 Herstellung einen Einfluss auf die analoge Welt. Wir kritisieren die fehlende
78 Transparenz über den Energieverbrauch digitaler Infrastruktur und Dienstleistungen.
79 Es ist für den*die Endverbraucher*in meist nicht ersichtlich, wie viele Ressourcen
80 mit der Nutzung einer digitalen Dienstleistung verbraucht werden. Außerdem ist der
81 Ursprung und Verbrauch von Energie und Rohstoffen digitaler Unternehmen für die
82 Öffentlichkeit nicht einsehbar. Ausbeutung ist auch bei der Herstellung digitaler

83 Hardware durchweg vorhanden.

84 Deshalb fordern wir:

- 85 • Volle Transparenz über Energieverbrauch bei Nutzung digitaler Infrastruktur.
- 86 • Öffentliche Einsicht in den Energieverbrauch von Technologieunternehmen und
87 Anbietern digitaler Infrastruktur.
- 88 • Volle Transparenz über Ursprung Rohstoffe und Produktionswege digitaler
89 Endprodukte.

90 **Ein sozialistischer Freiheitsbegriff für die digitale Welt**

91 Wir Jusos setzen uns für die Verteidigung von Freiheits- und Gleichheitsrechten in
92 der Digitalpolitik ein. Insbesondere muss eine Perspektive für die Digitalpolitik
93 eröffnet werden, die weitergedacht wird als ein bloßer Abwehrkampf gegen
94 Überwachungsfantasien konservativer Politik. Wir brauchen einen sozialistischen
95 Freiheitsbegriff für die digitale Welt. Denn digitale Freiheit ist nicht nur die
96 Abwesenheit von Unterdrückung oder äußeren Zwängen, sondern auch das Vorhandensein
97 von Chancengleichheit, sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Kontrolle über
98 digitale Ressourcen und Technologien.

99 • **Feministische Digitalpolitik**

100 Das erfordert einen **Paradigmenwechsel in der Digitalpolitik**. Dieser bezweckt den
101 digitalen Raum sowie die Technikentwicklung- und -industrie umzustrukturieren. Die
102 Digitalisierung ist hin zu einer gerechteren und auf den Menschen zentrierten
103 Strukturen zu entwickeln. Feministische Digitalpolitik heißt, **Digitalpolitik als**
104 **Gesellschafts- und Gerechtigkeitsfrage** zu betrachten.

105 Denn die Digitalisierung ist bisher vor allem von wirtschaftlichen Interessen
106 geprägt. Statt den Bedürfnissen von Menschen zu dienen, prägen Innovation und
107 Effizienz die Entwicklungen im digitalen Raum. Das führt heute dazu, dass es
108 Gewinner*innen und Verlierer*innen in der Digitalisierung gibt. Denn nicht alle
109 Menschen verfügen über die gleichen Zugangsmöglichkeiten zu neuen Technologien oder
110 können diese aktiv mitgestalten. Zudem werden bestehende Diskriminierungsmuster und
111 Ungerechtigkeiten wie Sexismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit, Klassismus oder
112 Ableismus verfestigt und verstärkt.

113 Diese Umstände darf sich eine kritische Digitalpolitik nicht kommentarlos zu eigen
114 machen. Wir nehmen eine neue Perspektive an und blicken mit einem
115 gesamtgesellschaftlichen Bezug auf die Digitalisierung. Dazu ist das **Augenmerk auf**
116 **die Situation und Bedürfnisse benachteiligter Gruppen** zu legen. Die Ungerechtigkeiten
117 durch gesellschaftliche und staatliche Machtstrukturen sind auch im digitalen Raum zu
118 bekämpfen. Denn Digitalpolitik ist Gesellschaftspolitik, die grundlegende soziale
119 Fragen wie Gerechtigkeit, Mitbestimmung und Zugang zu öffentlichen Räumen adressiert.

120 • **Demokratische Kontrolle der Digitalisierung**

121 Zudem gilt es, öffentliche Räume wieder unter die wirksame Kontrolle des Staates zu
122 stellen. Die entstandenen **Strukturen sind aufzubrechen und zu demokratisieren**. Denn
123 der Staat tritt bisher im Verhältnis zur Tech-Branche in erster Linie als
124 regulierende Instanz auf. Dabei besteht jedoch eine Abhängigkeit von den
125 Regulierungsadressat*innen, die in wirtschaftlicher Hinsicht und mit Blick auf die
126 Kompetenzen im digitalen Bereich einen klaren Vorsprung genießen. Staatliche

127 Regulierung bleibt so strukturell auf das kooperative Verhalten der Konzerne
128 angewiesen.

129 Besondere Probleme treten dabei dort auf, wo Big Tech staatliche oder proto-
130 staatliche Aufgaben u[ber]bernommen hat. Nutzer*innen und Bu[er]ger*innen sind hier den
131 Unternehmen durch ihre monopolistische Stellung ausgeliefert. Die Übermacht von Big
132 Tech, die hohe Innovationsgeschwindigkeit und die verlangsamte Reaktionszeit der
133 Regulierungsinstanzen führten nicht zuletzt zur Eröffnung einer Art von rechtsfreien
134 Räumen, die in Teilen bis heute fortbestehen und sich auch neu eröffnen.

135 Wenn **derdemokratische Diskurs im digitalen Raum** ausgelebt wird, darf dieser nicht
136 privatwirtschaftlich und kapitalistisch getrieben werden. Es sind insbesondere die
137 Plattformen von Big-Tech-Unternehmen, auf denen ein Großteil des öffentlichen
138 Diskurses stattfindet. So wie der Staat für die Gewährleistung und den Schutz
139 öffentlicher Räume in der analogen Welt zuständig ist, trägt er auch die
140 Verantwortung für den öffentlichen Raum in der digitalen Welt. Dabei sind an den
141 digitalen öffentlichen Raum sogar höhere Schutzstandards anzusetzen. Denn die
142 umfassende Datensammlung von privaten Diensten ermöglicht Echtzeitrückschlüsse auf
143 die politische Einstellung, das Verhalten, die Routinen und Bekanntschaften und den
144 Standort einer Person.

145 Dieselben Standards gelten auch für staatliches Handeln im Digitalen. Denn auch
146 staatliches Handeln ist im Rahmen des gesamtgesellschaftlichen Spannungsfeldes
147 zwischen Sicherheitsinteressen und dem Interesse individueller Freiheit zu
148 betrachten. Dieses Spannungsfeld zwischen Datensicherheit und Datennutzungsinteressen
149 bewegt sich insbesondere im Bereich der Tätigkeiten von Sicherheitsbehörden ungleich
150 zu Lasten der Datensicherheit. Während die Grenzen des Handelns von Sicherheits- und
151 Strafverfolgungsbehörden in der analogen Welt beschränkt sind und kontrolliert werden
152 können, wird nachrichtendienstlichen Behörden das Sammeln und Verarbeiten von
153 umfassenden Daten ermöglicht.

154 • **Der Handlungsauftrag des Staates im Digitalen**

155 Wir sehen nach all dem den Staat in all seinen Gewalten in der Verantwortung, im
156 digitalen Raum Schutz zu bieten, sich bei Eingriffen in Zurückhaltung zu üben und
157 Grunddienste zu leisten.

158 • **Der Staat, der Rechte schützt**

159 Nach unserem jungsozialistischen Verständnis von Freiheit ist der **Schutz** der
160 Bürger*innen **vor staatlicher Überwachung** hochzuhalten und durchzusetzen. Dieser
161 Schutz darf nur unter engsten Voraussetzungen beeinträchtigt werden. Grundrechte wie
162 insbesondere das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sowie die Gewährleistung
163 der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme dürfen nur äußerst
164 behutsam und zum Schutz überragend wichtiger Interessen des Gemeinwohls beschnitten
165 werden.

166 Aus dieser Perspektive betrachten wir viele aktuelle Entwicklungen auf dem Gebiet
167 staatlicher Überwachung kritisch. Wir lehnen den Einsatz automatisierter Echtzeit-
168 Gesichtserkennung in Verbindung mit Videoüberwachung ab. Aufgrund der bisherigen
169 Ergebnisse des sogenannten Predictive Policing lehnen wir diesen ebenso ab. Auch
170 hinsichtlich des zuletzt vom Bundesverfassungsgericht thematisierten Data-Mining
171 haben wir Bedenken. Data-Mining darf nur unter den oben genannten hohen

172 Voraussetzungen rechtlich zulässig sein. Die Vorratsdatenspeicherung steht unserem
173 Verständnis über die Rolle des Staates in der Digitalisierung konträr gegenüber. Wie
174 lehnen sie deshalb auch weiterhin konsequent ab.

175 Eine zeitgemäße, digitale Demokratie erfordert neue Ansätze, um sicherzustellen, dass
176 **Rechte im digitalen Raum verteidigt** werden. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf
177 den Schutz vor digitaler Gewalt gelegt werden. Hass und Hetze im Netz führen zu einem
178 Ausschluss marginalisierter Gruppen aus digitalen Räumen und verfestigen
179 gesellschaftliche Strukturen. Dem treten wir entschieden entgegen, denn
180 Diskriminierungsschutz gehört zum Freiheitsschutz. Wir unterstützen den Vorschlag für
181 ein Digitales Gewaltschutzgesetz um die effektive Rechtsdurchsetzung zu verbessern.
182 Dabei setzen wir auf eine Stärkung staatlicher Strukturen, damit die Abwägung
183 zwischen Meinungsfreiheit und Schutz vor digitaler Gewalt nicht Plattformbetreibern
184 überlassen werden. Dafür braucht es eine zügige Befähigung von Gerichten und
185 Staatsanwaltschaften, neue zivilrechtliche Verfahrensmöglichkeiten und Accountsperrern
186 als Mittel gegen unbekannte Urheber*innen. Eine grundsätzliche Klarnamenpflicht
187 lehnen wir ab.

188 Wir unterstützen zudem ausdrücklich die Bestrebungen zur Schaffung digitaler
189 Grundrechte. Insbesondere der Entwurf der "European Declaration on Digital Rights and
190 Principles for the Digital Decade" ist ein Schritt in die richtige Richtung.
191 Derzeitig bestehende private Plattformen müssen zunächst verpflichtet werden, die
192 Grundrechte ihrer Nutzer*innen in der Ausgestaltung und Anwendung ihrer Algorithmen
193 zu beachten. Zudem ist Nutzer*innen das Recht zu gewähren, eine autonome Entscheidung
194 darüber zu erhalten, welche Informationen sie preisgeben möchten. Dies stellt sicher,
195 dass persönliche Daten nicht ungefragt und ohne Zustimmung der Betroffenen verwendet
196 werden.

197 • **Der Staat, der sich in Zurückhaltung übt**

198 Zur Aufgabe des Staates gehört es, dass er sich **bei Eingriffen in die Rechte von**
199 **Bürger*innen selbst kontrolliert**. Unser Ansatz ist, der Legislative und Exekutive
200 Pflichten aufzuerlegen, die zu einer Rücksichtnahme auf die Rechte von Bürger*innen
201 im Entstehungsprozess und bei der Anwendung von Gesetzen führen. Zudem muss der Weg
202 zu Gerichten erleichtert werden. Mit geringeren Spielräumen für Behörden und einem
203 weiteren Anwendungsbereich in Bezugnahme auf Richter*innen sowie erleichterter
204 Rechtsschutzmöglichkeiten, ist bereits ein großer Schritt zu mehr Selbstkontrolle
205 geschaffen. Es sind vermehrt präventive Instrumente zum Schutz vor Missbrauch bei der
206 Anwendung von Überwachungsmaßnahmen einzuführen, wie beispielsweise
207 Richter*innenvorbehalte.

208 Zudem wollen wir zivilgesellschaftliche Akteur*innen wie NGOs stärken, die sich
209 kritisch mit Überwachungsmaßnahmen auseinandersetzen.

210 Es existieren bereits eine Vielzahl staatlicher Überwachungsbefugnisse und
211 Datensammlungen. Für eine Aufrechterhaltung und Ausweitung dieser
212 Zugriffsmöglichkeiten müssen zwingend erhebliche Gründe vorliegen. Bevor weitere
213 Überwachungsmaßnahmen durch Ermächtigung von Behörden geschaffen werden, gilt eine
214 **besondere Begründungspflicht**. Insbesondere muss aufgezeigt werden, dass bereits
215 bestehende staatliche Eingriffsmöglichkeiten genutzt und möglichst
216 grundrechtsschonend angewendet werden. Jede belastende Maßnahme, wie Videoüberwachung
217 oder Geo-Tracking, muss vor Erlass weiterer Regelungen auf ihre Verhältnismäßigkeit

218 hin evaluiert werden.

219 Die Wirkungen einer neuen Überwachungsmaßnahme dürfen zudem nicht isoliert für die
220 individuellen Freiheitsrechte der Betroffenen betrachtet werden. Bei der Bewertung
221 staatlicher Eingriffe ist vielmehr eine **Überwachungsgesamtrechnung** vorzunehmen, wie
222 sie das Bundesverfassungsgericht bereits vorgeschlagen hat und wie sie auch im
223 aktuellen Koalitionsvertrag der Ampel vereinbart, aber bislang immer noch nicht
224 umgesetzt ist. Dabei werden nicht nur die Folgen für das Individuum, sondern darüber
225 hinaus die Belastung von Überwachungsmaßnahmen für das freiheitlich-demokratische
226 Gemeinwesen wissenschaftlich und evidenzbasiert untersucht und in die Abwägung
227 miteinbezogen. Eine solche Überwachungsgesamtrechnung halten auch wir für notwendig,
228 um unsere freiheitliche Demokratie aufrecht zu erhalten.

229 Zudem hat eine **Technikfolgenabschätzung** zu erfolgen, die jeder neuen oder
230 aufrechtzuerhaltenden Überwachungsbefugnis vorhergehen soll. Bevor ein neues
231 technisches Überwachungsinstrument eingeführt oder verstärkt eingesetzt wird, müssen
232 seine Auswirkungen vorausschauend untersucht werden. Prognosen sollen dabei
233 hinsichtlich gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und ökologischer Folgen angestellt
234 werden. Insbesondere Diskriminierungsrisiken müssen zuvor untersucht werden.

235 Bei allen Überwachungsmaßnahmen ist der Grundsatz der **Datensparsamkeit** einzuhalten.
236 Die Behörden sollen nur so viele Daten erheben, wie zur Erfüllung ihrer gesetzlichen
237 Aufgaben notwendig sind. Die Zusammenführung von personenbezogenen Daten in
238 zentralisierte Systeme ist grundsätzlich von der Planung an zu vermeiden. Vorhaben
239 wie das gemeinsame Datenhaus aller Polizeibehörden „Polizei 20/20“ lehnen wir
240 entschieden ab. Der Zwang zum online-Ausweis als Kontrollmaßnahme widerspricht
241 unserem Grundverständnis.

242 • **Der Staat, der (gewähr-)leistet**

243 Der Staat muss sich von marktwirtschaftlichen Prinzipien im Infrastrukturausbau
244 verabschieden. Dies stellt keine rein ideelle, sondern zugleich eine elementare
245 Sicherheitsfrage dar. **Kritische Infrastrukturen** haben dem Gemeinwohl zu dienen und
246 sollen nicht profitorientiert bereitgestellt werden.

247 Der Staat hat dabei eine Grundversorgung sicherzustellen. Zum einen bedeutet dies,
248 dass ein physischer Internetanschluss unabdingbar ist. Ohne Internetanschluss wird
249 ein wichtiger Teil der gesellschaftlichen Teilhabe verwehrt. Aus diesem Grund muss
250 die **Versorgung mit Breitbandinternet und Mobilfunk** staatlich gewährleistet sein,
251 darunter fällt auch der Glasfaserausbau. Dadurch werden zudem Doppelstrukturen, also
252 mehrere Leitungen verschiedener Dienstleister, vermieden und die
253 Versorgungssicherheit in wirtschaftlich unattraktiven Regionen sichergestellt. Der
254 Internetausbau kann in kommunale Hand in Form der Stadtwerke oder in Form einer
255 staatlich kontrollierten Telekom als Netzbetreiber gelegt werden. Private Anbieter
256 sollen keine eigenen Netze außerhalb eines **öffentlichen Gesamtkonzepts** ausbauen
257 können.

258 Ebenso muss Digitalisierung vermehrt in das **Bildungssystem** integriert werden. Dies
259 betrifft sowohl die Entwicklung von digitalen Anwendungen als auch die Auswirkungen
260 der Digitalisierungen auf das wirtschaftliche und demokratische System. So kann im
261 Rahmen der politischen Bildung das Systemverständnis und die Teilhabe an einer
262 digitalen Demokratie gestärkt werden.

263 **Plattformsozialismus durch Zerschlagung, Verstaatlichung und Regulierung der Macht**
264 **von Digitalkonzernen**

265 Big-Tech-Unternehmen stellen Staat, Demokratie, Wirtschaft und Gesellschaft auf die
266 Probe. Die nie dagewesene Effizienz und Vernetzung im sozialen, unternehmerischen und
267 gesellschaftlichen Agieren ist gewiss zwiespältig zu betrachten. Wir stellen fest,
268 dass Digitalisierung einen enormen Informationsgewinn auf der einen, aber eine
269 Herausforderung für die freie, demokratische und soziale Gesellschaft auf der anderen
270 Seite darstellt.

271 Durch die monopolartige oder sogar monopolistische Stellung von Big Tech Unternehmen
272 entsteht eine extreme Konzentration von Macht. Teilweise bestehen diese Monopole oder
273 Oligopole auch in Dienstleistungsbereichen, die gesellschaftliche Relevanz aufweisen
274 oder sogar kritische Infrastruktur darstellen. Ist ein digitaler Dienst, den ein
275 Unternehmen anbietet, einerseits durch seine monopolartige Durchdringung im Markt und
276 andererseits die Art der Dienstleistung von gesamtgesellschaftlicher Relevanz,
277 entsteht die Notwendigkeit, den Konzern entweder zu verstaatlichen oder zu
278 zerschlagen und den entsprechenden Dienstleistungsbereich zu regulieren. Umso mehr
279 gilt das selbstverständlich für Unternehmen, die gleich in mehreren
280 Dienstleistungsbereichen mit ihren Diensten eine solche marktbeherrschende Stellung
281 in gesellschaftlich relevanten Bereichen aufweisen, wie das derzeit für viele Big
282 Tech Unternehmen der Fall ist. Sind in einem Dienstleistungsbereich zwar ausreichend
283 viele Unternehmen am Markt aktiv, aber dieser Bereich ist dennoch von hoher
284 gesellschaftlicher Relevanz, soll eine starke Regulierung im Sinne einer klassisch-
285 jungsozialistischen Wirtschaftspolitik erfolgen.

286 Schließlich bieten das Web und die Digitalisierung trotz der derzeit dystopischen
287 Entwicklungen auch in besonders hohem Maß Chancen für demokratisch-sozialistische
288 Ansätze des Lebens und Wirtschaftens. Anders als bei physischen Dienstleistungen kann
289 mit geringen Steigerungen des Material- und Ressourceneinsatzes eine potentiell
290 unbeschränkte und globale Verteilung von Dienstleistungen, sog. "Skalierung" erreicht
291 werden.

292 • **Aktuelle Regulierung durch die EU**

293 Der bereits 2022 in Kraft getretene Digital Markets Act (**DMA**) und der 2023 in Kraft
294 getretene Digital Services Act (**DSA**) zielen als Regulierungspaket der EU darauf ab,
295 marktbeherrschende Tech-Konzerne und deren einzelne Service-Unternehmen stärker zu
296 regulieren, da sie einerseits Grundrechte von Bürger*innen systematisch gefährden und
297 andererseits als private Unternehmen die Macht besitzen, in quasi-staatlicher
298 Funktion Regeln in der digitalen Welt einzuführen und durchzusetzen.

299 Im Rahmen des Digital Markets Act (DMA) hat die EU-Kommission auch im September 2023
300 konkret sechs Gatekeeper definiert: Alphabet, Amazon, Apple, Meta und Microsoft sowie
301 ByteDance. Deren marktbeherrschende Stellung bezieht sich auf die Kerndienstleistungen
302 Soziales Netzwerk, Vermittlung, Werbung, Browser, Betriebssystem, Video Sharing und
303 Messenger. Die genannten Gatekeeper haben nun bis März 2024 Zeit, die im DMA
304 vorgegebenen Normen zu erfüllen, wie z.B. Drittanbietern eine Interoperabilität mit
305 ihren Services zu ermöglichen oder Zugang zu Datenbeständen zu gewähren.

306 Der Digital Services Act (DSA) wiederum zielt generell auf Online-Vermittlerdienste
307 und Online-Plattformen, nicht nur auf die größten im Markt. Allerdings werden auch

308 hier die großen Dienste mit monatlich mehr als 45 Millionen aktiven Nutzer*innen
309 gesondert behandelt und müssen unter anderem früher die Regulierung umsetzen. Bei
310 diesen großen Diensten handelt es sich derzeit um: Alibaba AliExpress, Amazon, Apple
311 App Store, Booking.com, Facebook, Google Play, Google Maps, Google Shopping,
312 Instagram, LinkedIn, Pinterest, Snapchat, TikTok, X, Wikipedia, YouTube und Zalando
313 sowie Google Search und Bing. Der DSA stärkt die Rechte von Nutzer*innen im
314 Verhältnis zu diesen Dienstleister*innen und verlangt z.B. auch das Löschen von Hate
315 Crime und diskriminierenden Inhalten.

316 Grundsätzlich halten wir die Absicht und auch die Vorgehensweise der EU mit dem
317 aktuellen Regulierungspaket für richtig. Zum ersten Mal werden nun die großen und
318 größten Tech-Unternehmen gesondert und ihrer Größe angemessen reguliert. Es bleiben
319 jedoch noch einige offene Baustellen. Insbesondere ist zu bezweifeln, ob die
320 Maßnahmen ausreichen, um die Monopolstellung von Großkonzernen nachhaltig
321 einzudämmen. Auch stellt sich die Frage nach der Kontrolle der Verpflichtungen, die
322 sich aktuell noch als schwierig und unübersichtlich gestaltet.

323 • **Plattformsozialismus statt Big Tech**

324 Wir fordern je nach Bereich entweder die Verstaatlichung von Big-Tech-Unternehmen
325 oder die Zerschlagung bei gleichzeitiger Regulierung des nach der Zerschlagung
326 entstehenden Marktsegments. Hierdurch wollen wir aber nicht nur destruktiv die
327 Marktmacht der Konzerne bremsen, sondern konstruktiv auf die sozialistische
328 Gesellschaft der Freien und Gleichen hinarbeiten, die Ziel aller jungsozialistischen
329 Politik ist.

330 Neben den weiter oben genannten physischen Netzen bedeutet digitale Grundversorgung
331 für uns auch, dass es eine **Grundversorgung an Software** geben muss, die wir als
332 kritische Infrastruktur und Teil der Daseinsvorsorge begreifen. Und gerade hier zeigt
333 sich der Konflikt unserer Vorstellung mit Big Tech am deutlichsten. Hier kann auf der
334 Vorarbeit der EU mit der Einführung des DMA und DSA und der damit verbundenen
335 Verwaltungs- und Kontrollstruktur aufgebaut werden. Alle im DMA-DSA-Paket als von Big
336 Tech dominiert identifizierten Bereiche sehen auch wir Jusos als kritisch an. Über
337 diese von der EU identifizierten Bereiche hinaus stellen wir starke Konzentrationen
338 bei Big Tech in folgenden Bereichen fest: Bei Office-Anwendungen, bei der
339 Identifikationsinfrastruktur für Personen sowie beim Hosting (Cloud-Services).

340 Eindeutig eine staatliche Aufgabe ist für uns eine **offene, zugängliche Infrastruktur**
341 **zur sicheren Identifikation im Web**. Der ePerso ist bereits ein Schritt in diese
342 Richtung, jedoch ist er für Dritte nicht besonders gut zugänglich, da die
343 Bundesdruckerei hier die Rolle eines unter Wirtschaftlichkeitszwang stehenden
344 Gatekeepers einnimmt. Es muss für jede*n einfach möglich sein, rechtssicher mit einer
345 digitalen Identität zu unterschreiben / signieren und zu verschlüsseln.

346 In anderen Bereichen fällt es teilweise schwerer zu entscheiden, ob ein von Big Tech
347 dominierter Marktbereich verstaatlicht oder zerschlagen werden soll. Verstaatlichung
348 verbietet sich überall dort, wo ein zu starker Eingriff des Staates in die
349 Grundrechte der Bürger*innen zu befürchten ist. Letztlich scheiden nach diesen beiden
350 Kriterien die Bereiche Soziale Netzwerke, Video-Sharing, Suche, Betriebssysteme,
351 Werbung sowie Browser allesamt für eine Verstaatlichung aus.

352 Der Bereich der **Intermediäre** umfasst zum einen Kartendienste und insbesondere Google

353 Maps. Hier ist eine Form von "softer Verstaatlichung" denkbar, bei der eine
354 öffentlich-rechtliche Plattform auf EU-Ebene für **Karten und**
355 **Navigationsdienstleistungen** eigenständig aufgebaut wird. Öffentlich-rechtlich soll
356 hier explizit staatsfern bedeuten, da die Nutzer*innenanfragen, ihre Standorte und
357 Navigationsrouten sensible personenbezogene Daten darstellen, die nicht für
358 staatliche Akteur*innen einsehbar sein sollten. Google Maps dürfte weiterhin parallel
359 zu dieser neuen öffentlich-rechtlichen Plattform auf EU-Gebiet seine Dienste
360 betreiben, sofern diese mittelfristig durch die öffentlich-rechtliche Konkurrenz
361 signifikant an Marktanteilen verliert und somit die Quasi-Monopolstellung verliert.
362 Öffentlichen Stellen und insbesondere öffentlichen Verkehrsunternehmen soll es
363 gleichzeitig verboten werden, Google Maps und anderen gewinnorientierten Unternehmen
364 ihre Daten zur Verfügung zu stellen. Ohne die Einbindung von z.B. ÖPNV-Daten wird die
365 Relevanz von Google Maps für Nutzer*innen stark sinken.

366 Als Intermediäre werden nach der Definition des DMA zudem **Verkaufsplattformen**
367 bezeichnet. Im mobilen Software-Markt haben hier Apple Store und Play Store eine
368 monopolartige Stellung. Bei klassischen Desktopanwendungen ist eher der
369 Direktvertrieb der Anbieter zu beobachten, wobei dieser Bereich durch die Verwendung
370 von Web Apps sehr stark an Bedeutung verloren hat. Im Games-Bereich wiederum gibt es
371 ein Oligopol einer Hand voll Stores, die die Spiele der größeren Games-Entwickler
372 vertreiben, insbesondere Steam, EA-App und Ubisoft Connect. In allen diesen Bereichen
373 ist häufig ein Lock-In-Effekt zu verzeichnen, bei dem man Softwareprodukte, die man
374 bei einem Händler gekauft hat, auch nur aus dessen Bibliothek heraus starten oder
375 aktualisieren kann. Wir fordern die Pflicht, digitale Softwareprodukte interoperabel
376 zu machen. Hersteller und Marktplätze für Software sollen verpflichtet werden, einmal
377 erworbene Software unabhängig vom Vertriebskanal auf jedem anderen Marktplatz oder
378 direkt beim Hersteller neu herunterladen und updaten zu können. Der Marktplatz wäre
379 somit lediglich ein optionaler Vertriebskanal für Software, aber es entstünde keine
380 dauerhafte Abhängigkeit mehr.

381 Auch bei **Office-Anwendungen** braucht es aus unserer Sicht kein Vertriebsverbot für die
382 Produkte von Microsoft und Google in der EU, um den Zweck zu erreichen. Vielmehr
383 erwarten wir vom Staat, dass er alternative Open Source-Office-Produkte aktiv
384 fördert, indem er in die Entwicklung investiert und diese selbst verwendet. Durch ein
385 solches Vorgehen kann erreicht werden, dass Open Source-Alternativen gut
386 funktionieren und über eine barrierearme Dokumentation verfügen. Das führt
387 langfristig dazu, dass die Nutzung dieser Produkte attraktiver wird und langfristig
388 private Monopole ablösen kann

389 Im Bereich der **Werbung** liegt die Gefahr für die Gesellschaft zum einen in der enormen
390 Machtkonzentration bei wenigen Playern, wie sie auch im Digital Markets Act der EU
391 beschrieben wird. Andererseits geht aber auch ganz grundsätzlich, unabhängig von der
392 Größe der Firmen, eine gesamtgesellschaftliche Gefahr von personenbezogener Werbung
393 aus. Bereits in der Vergangenheit forderten wir als Jusos eine starke Einschränkung
394 personenbezogener Werbung. Der Digital Services Act der EU geht einen ähnlichen Weg,
395 und beschneidet die Möglichkeiten zum Ausspielen von Targeted Ads. Wir schließen uns
396 der Forderung von Datenschutz-Aktivist*innen, zivilgesellschaftlicher Organisationen
397 und linker Kräfte im EU-Parlament an und fordern ein **generelles Verbot**
398 **personenbezogener Werbung**. Eine separate Zerschlagung der Ad-Services von Google,

399 Meta und Amazon wird dadurch obsolet.

400 In allen anderen von Big Tech dominierten Bereichen kommt keine Verstaatlichung,
401 sondern nur eine **Zerschlagung und anschließende Regulierung** in Frage. Alle von der EU
402 im DMA als Gatekeeper definierten Big Tech Unternehmen haben ihren Hauptsitz in den
403 USA oder in China. Ein natürlicher Ansatzpunkt für die Zerschlagung ist es daher,
404 alle Sub-Unternehmen der Gatekeeper-Konzerne mit Sitz in der EU aus den jeweiligen
405 Konzernen auszulösen und den Konzernteilen mit Sitz außerhalb der EU das Anbieten der
406 Dienstleistungen gegenüber Bürger*innen mit Sitz in der EU verbieten. Letztlich wird
407 dies seitens der Konzerne in vielen Fällen zu einer Abwicklung der europäischen
408 Gesellschaften führen. Häufig sind diese Gesellschaften heute auch defizitär,
409 beschränken sich auf Beratungsleistungen und stellen selbst keine Service-Endpoints
410 zu den Kund*innen bereit. Im Ergebnis wäre dann der bekannte Dienst in der EU
411 zunächst nicht verfügbar. Dies stellt allerdings kein Problem dar, da schnell andere
412 Anbieter die Lücke schließen werden, um den von Big Tech als hochprofitabel
413 erwiesenen Marktbereich für sich zu erschließen. Bei den Sozialen Netzwerken
414 Facebook, Instagram, TikTok und LinkedIn sowie dem Messenger WhatsApp muss die
415 bestehende Pflicht für die Anbieter aus der DSGVO besser durchgesetzt werden, den
416 gesamten Verlauf an Aktivitäten sowie insbesondere ihr Kontaktnetzwerk ("Social
417 Graph") in standardisierter und technisch geeigneter Form auf Wunsch an die
418 jeweiligen Nutzer*innen herauszugeben, sodass diese bei ihren nächsten Sozialen
419 Netzwerken und Messengern direkt mit ihren gesammelten Kontakten und Chatverläufen
420 beginnen können.

421 Wir fordern also zusammenfassend:

- 422 • Die Verstaatlichung oder Zerschlagung großer Tech-Unternehmen, abhängig von dem
423 Bereich, in dem sie eine marktbeherrschende Stellung einnehmen.
- 424 • Ein generelles Verbot personenbezogener Werbung.
- 425 • Eine Regulierung des durch Zerschlagung dezentralisierten Digitalmarkts.

426

- 427 • **Offene und demokratische Ausgestaltung des staatlichen und nicht-kommerziellen**
428 **Plattformökosystems**

429 Die oben skizzierte staatliche Grundversorgung mit Software soll für uns mit der
430 Veröffentlichung aller produzierter Software als **Open Source** mit einer sog.
431 "Copyleft-Lizenz" sichergestellt werden. Diese besondere Form der Open Source-Lizenz
432 sorgt dafür, dass Veränderungen, Verbesserungen oder ganze Projekte, die auf dem Code
433 aufbauen nicht "abgeschlossen" und damit privatisiert werden dürfen, sondern auch
434 wieder als Open Source-Software der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden
435 müssen. Staatliche Softwareentwicklung und staatlich geförderte Software-Entwicklung
436 sowie staatliche Daten müssen der Logik "**public money, public code**" folgen. Das
437 heißt, dass Software und Daten, die mit öffentlichen Geldern entwickelt werden,
438 öffentliches Eigentum werden.

439 Der Staat kann wählen, ob er selbst Entwickler*innen anstellt oder bestehende
440 Projektformen fördert und ausfinanziert. Die Jusos begrüßen dabei Vereine und
441 Softwaregenossenschaften, da sie den Gedanken der demokratischen Organisation
442 aufgreifen. In Fällen, in denen wir eine öffentlich-rechtliche Organisationsstruktur
443 fördern, muss diese staats- und privatfern ausgestaltet sein. Insbesondere muss sie

444 durch Beiträge und nicht aus Steuern oder privatwirtschaftlichen Einnahmen finanziert
445 werden.

446 Eigene staatliche Betätigung im Bereich der Softwareentwicklung ist nur dort
447 akzeptabel, wo mittelfristig ausreichend eigenes Know-How aufgebaut wird. Die
448 Verschwendung von finanziellen Mitteln für umfassende Beratungstätigkeiten bereits
449 bei Ausschreibungen („Beratungstreppe“) ist nicht weiter hinnehmbar. Zudem muss ein
450 starker Fokus auf der Nutzer*innenorientierung liegen. Neben dem Aufbau von
451 Fähigkeiten im Bereich der UI/UX-Entwicklung fordern wir hierfür die Einführung von
452 User*innen-Plattformräten, die die Interessen der User*innen angemessen vertreten
453 können. Auch digitale Barrierefreiheit muss in der staatlichen Softwareentwicklung
454 ein wesentlicher Baustein sein. Das beinhaltet nicht nur den Text (Leichte Sprache),
455 sondern auch die Darstellung (Kontrast), sowie die logischen und technischen
456 Navigationsmöglichkeiten durch die Prozesse.

457 Neben dem Anbieten von Software der digitalen Grundversorgung mit direktem Nutzen,
458 müssen auch unbekannte, aber stark verbreitete Software-Basis-Komponenten in den
459 Blick genommen werden. Diese Komponenten bilden teils kritische Infrastruktur, werden
460 aber nur von sehr wenigen, teilweise nur einzelnen Menschen weiterentwickelt und
461 gewartet. Durch staatliche Förderung muss sichergestellt werden, dass diese
462 Komponenten weiterhin sicher und auf dem technisch neuesten Stand bleiben. Auch die
463 systematische Überprüfung von Sicherheitsstandards in diesen Softwarekomponenten
464 sollte staatlich finanziert werden.

465 Wir fordern also:

- 466 • die Veröffentlichung staatlicher und staatlich geförderter Software als Open
467 Source mit „Copyleft“ Lizenz.
- 468 • ein Ende der Abhängigkeit von Berater*innen in der öffentlichen
469 Softwareentwicklung.
- 470 • die Einhaltung hoher Qualitätsstandards für Software bei
471 Nutzer*innenorientierung und Barrierefreiheit.

472 **Regulierung von Künstlicher Intelligenz**

473 Die Weiterentwicklung und der verantwortungsvolle Einsatz von KI und maschinellem
474 Lernen ist **eine der drängendsten Herausforderungen unserer Zeit**. Künstliche
475 Intelligenz (KI) ist zu einem zentralen und hochaktuellen Feld der sozio-technischen
476 Entwicklung in Forschungseinrichtungen und Unternehmen auf der ganzen Welt geworden.
477 Es werden kontinuierlich Fortschritte erzielt, die unser Verständnis „intelligenter“
478 Systeme und ihrer Anwendungsmöglichkeiten erweitern. Der Einsatz von KI wirft
479 insbesondere in den Bereichen wichtige Fragen auf, in denen mit sensiblen Daten
480 umgegangen wird. Deshalb ist die Anwendung von KI unter anderem in Bezug auf Ethik,
481 Datenschutz und ihrer Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hinreichend zu überprüfen.

482 Dabei ist längst bekannt, dass der Einsatz von KI-Systemen häufig zu
483 **Diskriminierungen** führt. Dafür gibt es mehrere Gründe. Zum einen werden KI-Modelle
484 mit Trainingsdaten entwickelt, die oft Vorurteile und Ungleichheiten unserer
485 Gesellschaft widerspiegeln. Diese Vorurteile werden dann von den Modellen übernommen
486 und in ihren „Entscheidungen“ wiedergegeben. Wir beobachten auch die Entwicklung von
487 „Deepfakes“ mit großer Sorge. Wenn mittels KI erstellte, täuschend echt aussehende
488 Bilder und Videos kursieren, stellt dies eine Bedrohung für den freien und offenen

489 demokratischen Diskurs dar. Oftmals lässt sich kaum erkennen, ob es sich um
490 verfälschte Bilder handelt. Diese manipulierten Wahrnehmungen der Wirklichkeit
491 untergraben das öffentliche Vertrauen.

492 Die gesamten Entwicklungen rund um KI stellen zudem die **Funktionsweise des Staates**
493 auf die Probe. Die KI-Anwendungen werden meist privatwirtschaftlich entwickelt. Für
494 diese entwickelnden Tech-Konzerne stellt die Entwicklung der KI ein
495 Geschäftsgeheimnis dar. Daher weigern sie sich die Daten offenzulegen, die für die
496 Entwicklung der KI herangezogen worden sind. Somit kann die Grundlage, auf der die
497 Ergebnisse möglicher KI-Anwendungen beruhen, nicht hinreichend geprüft werden.
498 Dadurch wird auch eine Kontrolle dessen verhindert, inwiefern sich
499 Diskriminierungsformen und Machtstrukturen widerspiegeln und sich durch ihre
500 Anwendung manifestieren. Dies ist besonders problematisch in Fällen, bei denen KI
501 staatliche Entscheidungen, wie die Bewilligung oder Ablehnung von Anträgen,
502 übernehmen soll. Wenn staatliche Entscheidungen an KI-Anwendungen ausgelagert werden,
503 gehen also damit grundsätzliche Probleme in Bezug auf die Rechenschaftspflicht und
504 Transparenz staatlichen Handelns einher.

505 Menschen müssen **Verantwortung für KI-Entscheidungen** übernehmen. Denn KI-
506 Entscheidungen werden nicht objektiv und unabhängig vom Menschen gemacht. KI kann und
507 soll im aktuellen Entwicklungsstandard die menschliche Entscheidungsfindung nicht
508 komplett ersetzen. Denn die Anwendung von KI sorgt nicht für objektive
509 Entscheidungen, solange sie von Menschen in diskriminierenden, gesellschaftlichen
510 Systemen erstellt werden. Bevor es zu einer umfassenden Anwendung von KI kommen kann,
511 müssen Vorurteile in den Daten minimiert, ethische Grundsätze in den
512 Entwicklungsprozess integriert und Transparenz und Rechenschaftspflicht gefördert
513 werden.

514 Für uns sind in der Entwicklung und Anwendung von KI wichtige Aspekte:

- 515 • **Transparenz:** Wir fordern, dass KI-generierte Inhalte sowie die Nutzung von KI
516 gegenüber allen Nutzer*innen kenntlich gemacht werden und eine vollständige
517 Erklärung der verwendeten Methoden der Entwickler*innen erfolgt. Diese muss
518 verpflichtend offengelegt werden. Gleiches gilt auch für die Quellcodes der KI.
- 519 • **Aufklärungspflichten:** Diese zwingende Offenlegung muss einhergehen mit einer
520 grundsätzlichen Aufklärungspflicht in Bezug auf angewandte digitale
521 Technologien. Die Erklärungen müssen leicht verständlich und für alle
522 Nutzer*innen nachvollziehbar sein.
- 523 • **Zertifizierung:** Auch fordern wir, dass KIs zertifiziert werden. Hierzu ist eine
524 KI-Norm zu entwickeln, die sich auf die Zertifizierung und Anwendbarkeit der KI
525 bezieht. Diese Zertifizierung muss anwendungsspezifisch sein.
- 526 • **Standards:** Zudem sind statistische Kriterien (z.B. im Hinblick auf die
527 Repräsentativität) zu definieren und offenzulegen, die eine Aussagekraft über
528 die zugrundeliegenden Daten für die Gesellschaft bieten können.
- 529 • **Datenschutz und Privatsphäre:** Eine DSGVO-konforme Nutzung wird vorausgesetzt. Es
530 ist vor der Verwendung von personenbezogenen Daten in einer KI die Einwilligung
531 der betroffenen Person einzuholen. Werden personenbezogenen Daten mit einer KI
532 ausgewertet oder von einer KI verwendet, sind diese Informationen den
533 Nutzer*innen bekannt zu machen.

- 534 • **Meldestellen:** Die Einhaltung der gestellten Anforderungen muss überprüfbar sein.
535 Es muss eine Meldestelle eingerichtet werden, um auf die Nichteinhaltung
536 hinweisen zu können.
- 537 • **Mitbestimmung:** Betriebs- und Personalräte sind eng in die Entscheidung über den
538 Einsatz von KI einzubinden. Die Arbeiterleichterung durch KI muss sich auch
539 positiv auf die Beschäftigten auswirken und darf nicht zu einer ständigen
540 Nachverdichtung von Arbeit führen.
- 541 Trotz dieser hohen Standards sind Bereiche zu definieren, in denen die **Anwendung von**
542 **KI ausgeschlossen** ist. In diesem Zusammenhang begrüßen wir den im aktuellen Entwurf
543 der EU zur KI-Verordnung vorgenommenen, risikobasierten Ansatz. Die vorgeschlagene
544 Regulierung geht uns jedoch nicht weit genug. Wir fordern ein weitreichendes KI-
545 Anwendungsverbot in wichtigen Lebensbereichen wie im gesamten Gesundheitsbereich
546 sowie bei gerichtlicher Entscheidungsfindung. Außerdem darf KI bei
547 Behördenentscheidungen im Bereich Asyl- und Migration sowie im militärischen Kontext
548 nicht zum Einsatz kommen. Denn KI-generierte Entscheidungen können zwar nachträglich
549 durch einen Menschen kontrolliert werden. Die KI-Entscheidung bringt jedoch oftmals
550 einen Bias mit sich. So tendieren Menschen öfter dazu, der vorhergehenden KI-
551 Entscheidung zu folgen.
- 552 Für uns ist darüber hinaus klar, dass **staatliche Entscheidungen nicht an**
553 **privatwirtschaftliche Programme ausgelagert** werden dürfen. Daher gelten die oben
554 genannten Pflichten insbesondere bei der Anwendung von KI bei staatlichem Handeln.
555 Gleichzeitig hat ein Rechtsanspruch zu bestehen, dass alle Entscheidungen, die von
556 einer KI getroffen wurden, erneut von einem Menschen geprüft werden. In Fällen, in
557 denen eine KI eine Ermessensentscheidung oder Prognose trifft, muss diese
558 grundsätzlich durch einen Menschen überprüft werden, da die Grundlage für diese
559 Entscheidung sonst nicht hinreichend geprüft werden kann.
- 560 • **Keine Überwachung durch die EU-Chatkontrolle!**
- 561 Die Chatkontrolle soll zukünftig Behörden dabei unterstützen, die Verbreitung von
562 Missbrauchsdarstellungen von Kindern zu verhindern und Kinder und Jugendliche vor
563 Cybergrooming zu schützen. Nach der entsprechenden Verordnung sollen Anbieter*innen
564 von Messengerdiensten bis zu E-Mail-Providern verpflichtet werden, Fotos, Videos und
565 andere Inhalte, die Nutzer*innen verschicken oder hochladen, automatisch auf
566 Darstellungen von Kindesmissbrauch zu durchsuchen und mögliche strafbare Fälle an die
567 Ermittlungsbehörden zu melden. Außerdem soll Cybergrooming entdeckt werden, also
568 Textnachrichten, die von Erwachsenen formuliert werden, um sich Kindern in Chats mit
569 sexuellen Absichten zu nähern. Eine Ausnahme soll es für Kommunikationsdienste, die
570 eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung ermöglichen, nicht geben. Das heißt, jede
571 Kommunikation im Digitalen kann nach dem Entwurf durchleuchtet werden.
- 572 Ob die vorgeschlagene Chatkontrolle zur Eindämmung der Verbreitung von
573 Missbrauchsdarstellungen überhaupt geeignet ist, ist auch nach Auswertung durch den
574 Wissenschaftlichen Dienst des Europäischen Parlaments und durch
575 Kinderschutzorganisationen mehr als zweifelhaft. Der Wissenschaftliche Dienst stellte
576 fest, dass die Gesamtwirksamkeit der vorgeschlagenen Regelung begrenzt sein dürfte.
577 Denn es mangelt den Ermittlungsbehörden nicht an Hinweisen auf Aufzeichnungen von
578 sexualisierter Gewalt gegenüber Minderjährigen. Allein auf das Sammeln und Melden von
579 solchen Inhalten zielt jedoch die Verordnung ab. Dabei ist anzumerken, dass die

580 verschlüsselte Kommunikation bereits jetzt kaum eine Rolle in der Verbreitung von
581 Missbrauchsdarstellungen spielt.

582 Während der positive Effekt der Chatkontrolle nicht belegt ist, wäre ihr Eingriff in
583 die Grundrechte der Betroffenen massiv. Es handelt sich um ein Instrument der
584 **anlasslosen Massenüberwachung**. Insbesondere bei Ende-zu-Ende-verschlüsselter
585 Kommunikation ist das höchst problematisch. Wird eine Technologie entwickelt, die
586 Verschlüsselung umgeht oder entschlüsselt, wird ein wichtiger Schutzmechanismus für
587 die Nutzer*innen ausgehebelt. Dadurch können gefährdete oder marginalisierte Gruppen
588 nicht mehr sicher kommunizieren oder Whistleblower*innen sich nicht mehr geschützt
589 äußern.

590 Wir lehnen entschieden ab, dass der Staat selbst „unechte“ Missbrauchsdarstellungen
591 mittels KI generiert und verbreitet. Im Bereich der Strafverfolgung debattiert, ob
592 KI-generierte Bilder im Rahmen sog. "Honey Pot"-Operationen genutzt werden dürfen, um
593 Zugang zu einschlägigen Foren zu erhalten. Dazu würden beschlagnahmte Datensätze zur
594 Generierung ähnlicher, wenn auch "künstlicher" Missbrauchsdarstellungen verarbeitet.
595 Für uns ist jedoch klar, dass insbesondere staatliche Akteur*innen dem
596 verantwortungsvollen Umgang mit KI unterworfen sein müssen. Ein solches Vorgehen
597 lehnen wir entschieden ab.

598 Der Staat hat die Pflicht, die zur Strafverfolgung gesammelten Daten und die darauf
599 abgebildeten Personen zu schützen. Eine Verarbeitung durch KI sowie die
600 Bildgenerierung aufgrund dieser Daten sehen wir als unverzeihbaren Vertrauensbruch.
601 Aufgrund dessen, dass KI-Systeme zur Generierung von Inhalten angelernt und mit
602 vergleichbaren Inhalten „gefüttert“ werden müssen, können Gewaltdarstellungen auch
603 dann, wenn sie KI-generiert sind, niemals gewaltfrei entstehen. Die staatliche
604 Schutzpflicht gegenüber Opfern gilt auch in Bezug auf die Verwendung verbotener
605 Schriften, welche durch private Akteur*innen zum Zwecke der KI-Anlernung genutzt
606 werden. Die strafbewehrte Verbreitung von Inhalten darf nicht durch eine Flucht in
607 KI-generierte Inhalte umgangen werden.

608 Statt einer wahllosen Kontrolle aller Kommunikationsmedien bedarf es einer besseren
609 Aufklärung und gesamtgesellschaftlichen Sensibilisierung in Bezug auf die Belästigung
610 von Kindern im digitalen Raum. Erwachsene, insbesondere Lehr- und Erziehungspersonal
611 müssen geschult und sensibilisiert werden, sodass mögliche Betroffene schnell erkannt
612 werden und Unterstützung erhalten. Nicht zuletzt deshalb erachten wir auch den Ausbau
613 des Therapiesektors für unerlässlich. Auch in den Jugendämtern ist mehr Fachpersonal
614 und eine bessere Ausstattung vonnöten. Statt einer Chatkontrolle machen wir uns
615 außerdem für die konzentrierte Zerschlagung von Foren stark, in denen
616 Missbrauchsdarstellungen von Kindern geteilt werden.

617 Für eine wirksame Bekämpfung der Missbrauchsdarstellungen im Netz sind
618 **Justizschnittstellen** zu schaffen, die in die Dienste von Dritten (beispielsweise
619 Messenger-Apps) eingebunden werden können. Über diese Schnittstellen können
620 strafrechtlich relevante Inhalte mit wenigen Klicks von den Nutzer*innen selbst an
621 Strafverfolgungsbehörden gemeldet werden. Auf diesem Weg können einfache,
622 niedrigschwellige Meldeverfahren eingeführt werden, die auch vor Cybergrooming
623 schützen. Den meldenden Personen sollten dabei auch Hilfsangebote angezeigt werden,
624 auf die sie zurückgreifen können.

Antrag N2: Skynet, HAL und Co verhindern - Wie wir KI für uns und nicht gegen uns nutzen können

Antragsteller*in:	Jusos Braunschweig
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	N - Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

- 1 Schon vor dem Siegeszug von ChatGPT war Künstliche Intelligenz (KI) längst ein fester
2 Bestandteil unseres Alltags. Egal, ob es um Filter bei Instagram und Snapchat,
3 inhaltsbestimmende Algorithmen auf TikTok, Sprachassistenten oder Chatbots geht – für
4 viele ist die Nutzung von KI nicht mehr wegzudenken. Eine zunehmend bedeutendere
5 Position nehmen dabei Deepfakes ein, also mittels KI erstellte Bilder und Videos.
6 Doch mit der stetigen Verbesserung der Technologie steigt auch das Potenzial für
7 ihren Missbrauch und damit einhergehend die Notwendigkeit für Regelungen, die einen
8 verantwortungsvollen Umgang sicherstellen.
- 9 Dabei ist es KIs wie ChatGPT egal, ob man nach einer BuKo-Rede, einer Hausarbeit oder
10 einer Kurzgeschichte fragt. Viele KIs schaffen es, innerhalb kürzester Zeit enorme
11 Datenmengen zu erfassen und zu brauchbaren Medien weiterzuverarbeiten und
12 zusammzusetzen. Doch gerade bei hochspezifischen Anfragen kann es vorkommen, dass
13 die erstellten Inhalte zwar immer noch gut klingen oder gut zu lesen sind, jedoch
14 fachlich falsche Aussagen beinhalten oder eine künstlich generierte Hand sechs
15 anstatt fünf Finger aufweist. Denn bisher sind in nahezu keiner KI feste
16 Kontrollinstanzen programmiert, und ihre Arbeit ist bei weitem nicht fehlerfrei.
17 Ebenso können die verwendeten Quellen in den seltensten Fällen auf ihre Qualität hin
18 geprüft werden. Hinzu kommt, dass sich Chatbots leicht manipulieren lassen, da sie
19 auf Gesprächsverläufe Bezug nehmen und aus diesen lernen, wodurch eigene moralische
20 Hürden leicht überwunden werden können. So werden falsche Informationen in das KI-
21 Gedächtnis einprogrammiert oder Anleitungen zur Herstellung von gefährlichen
22 Substanzen ausgegeben.
- 23 Solange keine integrierten Kontrollmechanismen existieren, liegt es vor allem in der
24 Verantwortung der Nutzer*innen, die Antworten der KI nicht ungeprüft zu akzeptieren.
25 Dieses kritische Hinterfragen wird zwar von den Programmierer*innen beworben, jedoch
26 erschwert durch fehlende Quellenangaben. Da den Nutzer*innen die Quellenbewertung als
27 Werkzeug des Faktenchecks genommen wird, müssen sich die Entwickler*innen und
28 Trainer*innen ihrer Verantwortung bewusst sein, wenn es um die Auswahl von Quellen
29 als Trainingsmaterial für ihre KI-Programme geht. Eine verantwortungsvolle Auswahl
30 muss nicht nur eine allgemeine Prüfung der Qualität des Materials umfassen, sondern
31 auch den Schutz geistigen Eigentums, zum Beispiel durch nachvollziehbare
32 Quellenangaben oder die Möglichkeit für Autor*innen die Nutzung ihrer Texte und
33 Arbeiten als Trainingsmaterial zu verweigern.
- 34 Aufgrund dieser Tatsache kann eine KI auch nie besser werden als ihr
35 Trainingsmaterial. Wenn Vorurteile jeglicher Art in diesem Material vorkommen, werden
36 auch die Antworten des besten KI-Programms menschliche Fehler aufweisen. Die
37 Verantwortung für umfassendes und unvoreingenommenes Ausgangsmaterial liegt dann
38 nicht mehr nur allein bei den Entwickler*innen, sondern wird zu einer

39 gesamtgesellschaftlichen Pflicht. Wenn keine verantwortungsbewusste Kontrolle des
40 Trainingsmaterials und der Ausgaben erfolgt, sei es durch verantwortungsbewusste
41 Entwickler*innen oder staatliche Vorgaben, wird das Ausmaß, in dem Desinformation und
42 Propaganda online verbreitet werden, immens vergrößert.

43 Der Lernprozess einer KI endet jedoch nicht mit dem Lernmaterial; jede weitere
44 Interaktion und angegebene personenbezogene Daten der Nutzer*innen gehören ebenfalls
45 dazu. Hier ist eine strenge Kontrolle der Software-Anbieter*innen durch den Staat
46 erforderlich. Trotz eines bereits bestehenden Verbots in Italien drohen ähnliche
47 Verbote und entsprechende Klagen in weiteren Ländern, da ChatGPT/OpenAI nur begrenzt
48 eine rechtliche Grundlage für die Sammlung persönlicher Daten vorweisen kann.

49 Handlungsbedarf besteht auch bei der Verbindung von KI mit erneuerbaren, nachhaltigen
50 Energiequellen. Wie die übrige materielle Infrastruktur des Internets verbrauchen
51 auch die für die Programme genutzten Server enorme Mengen an Strom und Kühlwasser.
52 Ein durchschnittlich langes Gespräch mit ChatGPT verbraucht bereits einen halben
53 Liter Wasser. Bevor künstliche Intelligenz uns bei der Bewältigung der
54 Klimakatastrophe unterstützen kann, muss sichergestellt sein, dass diese Ressourcen
55 nicht unwiederbringlich verschwendet werden.

56 Auch die Unternehmen, die KI-Programme produzieren, müssen für ihre Arbeitskräfte in
57 die Pflicht genommen werden. Neben gut bezahlten Stellen für Programmierer*innen sind
58 auch Clickworker*innen an der Schulung und Pflege der Algorithmen beteiligt. Sie sind
59 beauftragt, rassistische, sexualisierte, antisemitische, strafbare oder schlicht
60 ekelerregende Inhalte herauszufiltern, die den Nutzer*innen nicht angezeigt werden
61 sollen. Diese Arbeitsverhältnisse sind oft schlecht bezahlt, die Clickworker*innen
62 stehen unter hohem Leistungsdruck und haben keinen ausreichenden Zugang zu
63 psychologischer Betreuung.

64 Ein weiteres Feld, in dem KIs häufig missbräuchlich eingesetzt werden, sind
65 sogenannte Deepfake-Videos. Deepfakes sind Medieninhalte, die mithilfe von KIs
66 erstellt, verändert oder gefälscht wurden. Obwohl Deepfakes nicht neu sind, wird es
67 durch das rasante maschinelle Lernen immer einfacher, solche Inhalte zu erstellen,
68 und die Benutzungshürden wurden durch KIs stark gesenkt. Ursprünglich hatten
69 Deepfake-Videos ihre Anfänge in der Internetpornografie, und bis heute machen
70 pornografische Inhalte immer noch über 95% der erstellten Deepfakes aus. Kurz nach
71 dem ersten Auftreten einer solchen Deepfake-Software im Jahr 2017 wurde diese für
72 jedermann frei zugänglich. Es dauerte nicht lange, bis nicht nur prominente Frauen
73 Opfer von Deepfakes wurden. Obwohl viele große Social-Media-Plattformen Auflagen
74 gegen das Erstellen und Hochladen von KI-generierten Inhalten in ihren
75 Nutzungsbestimmungen verankert haben, gestaltet sich eine effektive Überprüfung
76 aufgrund der großen Menge zu prüfender Inhalte sowie des technischen Katz-und-Maus-
77 Spiels zwischen Erkennungs- und Erstellungssoftware als schwierig.

78 Durch dieses leicht zugängliche und wenig kontrollierte Angebot der
79 Erstellungsprogramme steigt vor allem für Frauen das Risiko, Opfer von „Revenge Porn“
80 zu werden. In Deutschland können solche Fälle zwar strafrechtlich als
81 Sexualbeleidigung oder als Verletzung der Persönlichkeitsrechte verfolgt werden,
82 jedoch muss der Täter oder die Täterin identifizierbar sein. Opfer finden oft Hilfe
83 bei zivilen Organisationen wie HateAid. Neben der Schaffung eines konkreten
84 Straftatbestandes und damit einer wirksamen Handhabe für die Betroffenen ist es auch

85 wichtig, das Erstellen von KI-Pornografie zu erschweren. Dies könnte etwa durch eine
86 Kennzeichnungspflicht bei den Produkten entsprechender Software und durch
87 Einschränkung der Optionen in Appstores und innerhalb der Programme erreicht werden,
88 was einen wichtigen Schritt darstellen würde.

89 Im Zusammenhang mit der strafrechtlichen Verfolgung sowie bei Kunst- und
90 Unterhaltungsmedien, die durch KI erstellt wurden, ergeben sich Probleme im Umgang
91 mit dem Urheberrecht. Bisher ist unklar, wer Ansprüche an das Endprodukt geltend
92 machen kann. Möglichkeiten könnten neben den Nutzer*innen, die die wesentlichen
93 Befehle eingeben, auch die Künstler*innen und Produzent*innen der für die KI-Software
94 genutzten Trainingsdaten, die Kurator*innen, die diese ausgewählt haben, und die
95 Programmierer*innen der Software sein. Diese Situation erfordert zukünftig eine faire
96 Nutzungsweise entsprechender Software, bei der möglichst alle Urheber*innen in ihren
97 Interessen geschützt werden und keinen Diebstahl ihres geistigen Eigentums fürchten
98 müssen.

99 Besonderer Wert sollte auch darauf gelegt werden, die Persönlichkeitsrechte eines*r
100 jeden zu schützen. Hierfür bietet die bereits geltende EU-Regelung eine gute
101 Grundlage. Sie umfasst Anforderungen zur Transparenz von Algorithmen, um
102 Diskriminierung zu vermeiden, ebenso wie ein Verbot privater Gesichtsdatenbanken und
103 KI-basierter Social-Scoring-Systeme. Noch nicht vollständig geklärt ist jedoch die
104 Nutzung von Material aus öffentlichen Videoüberwachungen als Trainingsmaterial für
105 Deepfake-KI.

106 Den vermutlich größten Eindruck im öffentlichen Bewusstsein haben jedoch mit
107 Deepfakes unterstützte Desinformationskampagnen hinterlassen. Besonders in Verbindung
108 mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine, aber auch in der Coronapandemie und
109 im US-Präsidentenwahlkampf wurden Deepfakes genutzt, um die Agenda von
110 Antidemokrat*innen und Verschwörungserzähler*innen zu untermauern. Um diesen Kräften
111 keinen zusätzlichen Auftrieb zu ermöglichen, sind Projekte zur Entwicklung und
112 Festigung von Medien- und Digitalkompetenz in allen Alters- und Bevölkerungsgruppen
113 unabdingbar. Allerdings könnte die stetige Verbesserung der technischen Qualität von
114 Deepfakes es zukünftig für Konsument*innen unmöglich machen, diese als erstellten
115 Inhalt zu erkennen. Daher besteht die Notwendigkeit zur Entwicklung von
116 Erkennungssoftware. Diese stellt auch ein wertvolles Werkzeug in der journalistischen
117 Recherchearbeit dar. In beiden Bereichen gibt es bereits staatlich geförderte
118 Projekte in Deutschland. Diese Förderung muss durch die Bundesregierung beibehalten
119 und aufgrund der gesellschaftlichen Tragweite sogar ausgeweitet werden. Neben den
120 Fähigkeiten zur Erkennung von mit KI erstellten Falschinformationen ist auch eine
121 moderne und aktive politische Kommunikation für eine robuste demokratische
122 Zivilgesellschaft unabdingbar. Entscheidungsprozesse der Regierung müssen (soweit
123 möglich) offen kommuniziert und erklärt werden, wobei der Informationsfluss allen
124 Zielgruppen in verschiedenen Medien und Formaten zugänglich sein muss. Ebenso müssen
125 Desinformationskampagnen und Verschwörungsmythen weiterhin aktiv durch
126 Gegendarstellungen, beispielsweise durch Faktenchecks, bekämpft werden.

127 Klar abzugrenzen und hier zu benennen sind jedoch auch die positiven
128 Anwendungsmöglichkeiten von Deepfakes. Dazu gehören bildende und unterhaltende
129 Inhalte, die es ermöglichen, bereits verstorbene oder anderweitig unerreichbare
130 Personen zugänglich zu machen. Ebenso zählt der Einsatz von Gesichts- und

131 Sprachfiltern in Dokumentationen und journalistischen Arbeiten dazu, wodurch ein
132 Schutz von Zeug*innen und von Diskriminierung und Verfolgung bedrohten Personen
133 möglich wird, ohne dass durch die Unkenntlichmachung eine Distanzierung der
134 Zuschauer*innen droht.

135 Das immens hohe Fortschrittstempo der künstlichen Intelligenz zusammen mit den teils
136 noch nicht abschätzbaren Fähigkeitsprofilen und Risiken der Technik macht es in
137 Zukunft unumgänglich, ein festes Regelwerk sowie Sicherheits- und ethische Standards
138 festzulegen. Neben dem Verantwortungsbewusstsein der Unternehmen und staatlicher
139 Vorgaben und Kontrolle wird es vor allem auch gesamtgesellschaftliche Prozesse
140 benötigen, die in Gang gesetzt werden müssen. Ihre Aufgabe wird es sein, Wege zu
141 finden, künstliche Intelligenz nutzbringend in ihren Bereichen zu integrieren, die
142 dazu nötigen Modernisierungen anzustoßen und ihre Einblicke in die Diskussion
143 aufkommender Konflikte einzubringen.

144 **Deshalb fordern wir:**

- 145 • Eine Kennzeichnungspflicht für Deepfakes, beispielsweise durch integrierte
146 Wasserzeichen.
- 147 • Die Schaffung eigener Straftatbestände für Vergehen im Zusammenhang mit
148 Deepfakes. Neben pornographischen Inhalten ist hier auch Betrug durch das
149 Aneignen von Gesichtern oder Sprache relevant.
- 150 • Eine Anpassung des Urheberrechts für KI-erstellte Medien.
- 151 • Ein klares Verbot der Nutzung von Material aus öffentlicher Überwachung als
152 Trainingsmaterial für KI-Software.
- 153 • Ebenso ein Verbot der Schaffung von KI-gestützten (Gesichter-)Datenbanken, da
154 diese die Grundlage für Social-Scoring-Systeme bilden könnten.
- 155 • Das Andauern und die Ausweitung der Förderung von Forschung zur Erkennung und
156 den Auswirkungen von KI sowie von Projekten zur Schaffung von Digital- und
157 Medienkompetenz in der Bevölkerung durch die Ministerien.
- 158 • Eine konstante Weiterentwicklung des KI-Aktionsplans des
159 Bundesforschungsministeriums, wobei eine Ausdehnung auf alle Ministerien und
160 Verwaltungsebenen zwingend erforderlich ist.
- 161 • Eine Ressourcengarantie für bereits bestehende KI-Gremien oder Taskforces,
162 beispielsweise im Bildungswesen, bei der Polizei oder bei Anlaufstellen für
163 betroffene Opfer von beispielsweise Deepfake-Videos.
- 164 • Die Überwachung von KI-Software-Produzent*innen zur Einhaltung guter
165 Lieferketten.

Antrag N3: Öffentlich-rechtliche Inhalte für alle: Verbot von ARD-Plus

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	N - Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

- 1 Wir fordern, dass der Bezahlservice der ARD, ARD-Plus sowie sinngleiche Angebote,
2 welcher öffentlich-rechtlich produzierte Inhalte in einem kostenpflichtigen Abo-
3 Service anbietet, in ein kostenfreies Format überführt wird. Die Einrichtung
4 entgeltpflichtiger Streaming-Angebote soll den öffentlich-rechtlichen Medienanstalten
5 per Medienstaatsvertrag untersagt werden. Zudem sollen alle öffentlich-rechtlichen
6 Produktionen dauerhaft online zum Abruf kostenfrei bereitgestellt werden. Der
7 Medienstaatsvertrag soll hierzu passend geändert werden, beziehungsweise die für die
8 rechtliche Gültigkeit notwendige anderweitige gesetzliche Grundlage geschaffen
9 werden.
- 10 Zudem fordern wird die Gesamtheit der öffentlich-rechtlichen Fernsehsender und
11 Radioanstalten in Deutschland dazu auf, bei zukünftigen Produktionen, welche entweder
12 komplett oder zum Teil mit dem Geld der Beitragszahler*innen produziert wurden, in
13 den entsprechenden Verträgen sicherzustellen, dass den öffentlich-rechtlichen
14 Anstalten eine unbegrenzte Lizenz zur Nutzung und Verbreitung dieser Inhalte auf all
15 ihren Kommunikations- und Veröffentlichungskanälen zugesichert wird.

Begründung

Wir verstehen die Intention der ARD, Inhalte, welche ursprünglich komplett oder teilweise mit dem Geld der Beitragszahler*innen finanziert wurden, für die aber aus vertragsrechtlichen Gründen die Lizenzen zur weiteren Ausstrahlung fehlen, da diese durch Vertragsschluss zeitlich begrenzt wurden, den Beitragszahler*innen wieder zur Verfügung zu stellen. Ein kostenpflichtiger Bezahlservice ist hier unserer Meinung nach allerdings der falsche Ansatz. Die ARD ist ein öffentlich-rechtlicher Sender, der durch den Rundfunkbeitrag finanziert wird. Die Kosten für den Betrieb des Senders und die Produktion von Inhalten sollen gemäß gesetzlichem Auftrag, also bereits durch die Beitragszahler*innen, abgedeckt sein. Ein kostenpflichtiger Streamingdienst wie ARD-Plus widerspricht diesem Grundsatz und muss als doppelte Finanzierung verstanden werden.

Durch die Einführung von ARD-Plus als kostenpflichtiger Streamingdienst entsteht zudem eine Zwei-Klassen-Medienlandschaft innerhalb der öffentlich-rechtlichen, in der nur zusätzlich zahlende Kund*innen Zugriff auf bestimmte Inhalte haben. Dieser Entwicklung muss sofort Einhalt geboten werden, bevor weitere öffentlich-rechtliche Sendeanstalten auf die Idee kommen, diesem Beispiel zu folgen! Stattdessen sollte das Angebot von ARD-Plus in eine für alle Beitragszahler*innen kostenfreie Option wie die ARD-Mediathek überführt werden. Hier sehen wir bei der ARD die Notwendigkeit in den finanziellen sauren Apfel zu beißen, um dies sicherzustellen. Die schlechten lizenzrechtlichen Vertragsabschlüsse der Vergangenheit können und dürfen nicht den Beitragszahler*innen zu Last gelegt werden!

Um zukünftig solchen Entwicklungen und finanziellen Sachzwängen vorzubeugen, fordern wir zudem, dass öffentlich-rechtliche Produktionen durch Absicherung in den entsprechenden Verträgen mit den Produktionsfirmen dauerhaft lizenzrechtlich den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten zur Verfügung

stehen müssen, solange diese von ebenjenen finanziert oder teilfinanziert worden sind. Denn die öffentlich-rechtlichen Sender sollen die Möglichkeit haben, ihre eigenen Inhalte auch langfristig und ohne weitere Kosten für sich selbst nutzen und verbreiten zu können. So können wichtige und/oder für die Beitragszahler*innen aus nostalgischen Gründen wichtige Inhalte auch noch nach vielen Jahren wiederholt werden und stehen der Öffentlichkeit dauerhaft zur Verfügung.

Antrag O1: Jungsozialistische Politik in den Kommunen - unser Muster-Kommunalprogramm

Antragsteller*in:	Juso-Bundesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

1 Als Jusos ist es unser Ziel, linke Inhalte in der gesellschaftlichen Debatte zu
2 platzieren und politisch umzusetzen. Dazu zählen neben der Bundes- und Landesebene
3 auch die Kommunalen Parlamente. Gerade hier haben wir die Möglichkeit, politische
4 Entscheidungen unmittelbar sichtbar zu machen. Die kommunalpolitische Ebene ist sehr
5 unterschiedlich. Von kleinen Gemeinderäten bis hin zu Stadträten in Großstädten sind
6 die Zuständigkeiten und Gestaltungsmöglichkeiten vielfältig. Dazu kommen
7 unterschiedliche Herausforderungen und Chancen, welche immer ganz konkret mit der
8 jeweiligen Kommune verbunden sind. Daraus ergibt sich, dass es keine allgemeingültige
9 und konkrete Antwort für alle Kommunen in Deutschland geben kann. Geeint sind diese
10 heterogenen politischen Prozesse in der Herausforderung, jungsozialistische Politik
11 gegen Widerstände anderer Parteien und nicht selten unserer eigenen Partei
12 durchzusetzen. Wir unterliegen nicht dem Zwang, mit unserem politischen Wirken der
13 nächsthöheren Ebene keinesfalls kritisch gegenüber zu stehen. Als Jungsozialist*innen
14 haben wir die Freiheit, viel weiter zu denken. Wir sehen unsere Kommunen und die
15 Bürger*innen. Wir wollen für sie gestalten, ihr Umfeld und ihr Leben verbessern, ohne
16 Rücksicht darauf zu nehmen, damit Verfehlungen aufzudecken. Mit diesem Muster-
17 Kommunalprogramm vereinen wir unsere politischen Überzeugungen, übersetzen die großen
18 politischen Fragen auf die kleinste und unmittelbarste Ebene und bieten damit unseren
19 Jusos im ganzen Land einen Rahmen, welchen sie auf ihre Kommune und ihre konkreten
20 Problem- und Fragestellungen übersetzen können.

21 **Feministische Stadtentwicklung**

22 Stadtplanung beeinflusst nahezu jeden Aspekt unseres alltäglichen Lebens. Doch wurden
23 und werden Städte zu lange von weißen cis Männern für weiße cis Männer entworfen.
24 Kommunale Infrastruktur, Straßen, Verkehrsführung, Wohnräume und die allgemeine
25 Stadt-/Gemeindearchitektur orientieren sich dabei an traditionellen Rollenbildern vom
26 berufstätigen Mann als Ernährer und der "Hausfrau", die die unbezahlte reproduktive
27 Haus- und Sorgearbeit übernimmt. Die kommunale Verkehrsinfrastruktur ist darauf
28 ausgelegt, dass "der Ernährer" möglichst schnell und bequem zur Arbeit kommt. Bis
29 heute sind die Auswirkungen dieser Art der Stadtplanung in unseren Kommunen spürbar.
30 Freiheit, Sicherheit, Mobilität und der Zugang zum öffentlichen Raum und
31 Infrastruktur spielt eine untergeordnete Rolle, die bis heute als Grundlage der
32 Städte- und Gemeindeplanung liegt. Hinzu kommt, dass die meisten Stadtplaner*innen,
33 Architekt*innen und Entscheidungsträger*innen in Kommunen immer noch Männer sind. Die
34 Auswirkungen davon spiegeln sich u.a. in Nahverkehrs-Fahrplänen, der autozentrierten
35 Verteilung des Straßenraums und dem mangelnden Sicherheitsgefühl von FINTA, durch
36 sog. Angsträume im öffentlichen Raum wider.

37 Feministische Stadt- und Gemeindeentwicklung muss das Leitbild unserer
38 Kommunalpolitik werden. Das übergeordnete Ziel hierbei ist immer die Schaffung einer

39 fair geteilten Stadt/Gemeinde für alle. Um dieses Ziel zu erreichen, betrachten wir
40 unsere Stadt-/Gemeindeentwicklung immer unter den Gesichtspunkten der Zugänglichkeit,
41 Bezahlbarkeit und Partizipation.

42 Die **Partizipation und Perspektiven aller gesellschaftlichen Gruppen**, insbesondere
43 Frauen, Kinder, Senior*innen, Menschen mit Behinderung, Wohnungslosen, Menschen mit
44 Migrationsgeschichte und anderer marginalisierter Gruppen, bei der Stadtentwicklungs-
45 bzw. -planung müssen zwingend überall einbezogen werden, damit das direkte
46 Lebensumfeld endlich nach den Bedürfnissen aller Bürger*innen gestaltet wird. Hierzu
47 müssen die verschiedenen Lebenskonzepte und Realitäten anerkannt und berücksichtigt
48 werden. Das gilt für alle Bereiche der Bauleitplanung. Um das Erreichen zu können,
49 müssen **feministische Stadtentwicklungskonzepte Teil der Ausbildung/des Studiums**
50 **künftiger Stadtplaner*innen** in unserer Kommune sein. Ergänzend hierzu verändern wir
51 unsere Stellen in der öffentlichen Verwaltung dahingehend, dass wir genderspezifische
52 Bedürfnisse und **Auswirkungen von Planung strukturell verankern**. Doch auch über die
53 klassische Bauleitplanung hinaus wollen wir Frauen, Kinder, Senior*innen,
54 migrantisierte Menschen und Menschen mit Behinderung in kommunalen Evakuierungs- und
55 Notfallkonzepten stärker berücksichtigen.

56 Die autozentrierte Bauleitplanung ist in vielerlei Hinsicht antifeministisch. Das
57 Ungleichgewicht in der Verrichtung der Sorgearbeit steht in engem Verhältnis zur
58 Unangepasstheit der Mobilität an die Bedürfnisse jenseits der männlichen Norm. Doch
59 auch der Ausschluss der Personengruppen, welche sich keinen eigenen PKW leisten
60 können, lässt sich nicht mit einer feministischen Bauleitplanung verbinden, ebenso
61 wenig wie die durch ein hohes Aufkommen an motorisiertem Individualverkehr bedingten
62 Klimafolgen, welche im Rahmen der Generationengerechtigkeit keinem feministischen
63 Ansatz unterliegen können. **Wir beenden die autozentrierte Stadtentwicklung in unseren**
64 **Kommunen**. Durch breite Gehwege, abgeflachte Bordsteine und Zebrastreifen, dem Ausbau
65 von Rampen an Treppen, mehr Querungsmöglichkeiten an von Autos dominierten Straßen,
66 barrierefreien Wegeleitsystemen und dem Ausbau verkehrsberuhigter Straßen schaffen
67 wir einen Verkehrsraum, in dem das Auto nicht weiter den Vorrang hat. Wir verbessern
68 neben der Taktung des ÖPNV vor allem auch die **Querverbindungen und passen die**
69 **Fahrpläne an alltägliche Bedarfe an**. Der Zugang zu Mobilität ist ein entscheidender
70 Beitrag zur sozialen und gesellschaftlichen Teilhabe. Wir streben eine **Umverteilung**
71 **des öffentlichen Raums** an, um mehr Platz für alternative Fortbewegungsmöglichkeiten,
72 aber auch mehr Gemeinschaftsflächen zu schaffen.

73 Einer der wichtigsten Aspekte feministischer Stadtplanung Maßnahmen sind **kurze und**
74 **sichere Wege**. Eine kompakte Stadtteilplanung (sog. "15-Minuten-Stadt") mit gemischter
75 Nutzung (u.a. Wohnen, Einkaufen, medizinische Versorgung, Bildungseinrichtungen,
76 Freizeitangebote), eine Fußgänger*innen-zentrierte Straßengestaltung und der
77 dezentrale öffentliche Zugang zu kommunaler (kritischer) Infrastruktur (z.B.
78 öffentliche Verkehrsmittel, Kinderbetreuung, Ärzte, sanitäre Anlagen u.v.m.).
79 Lebenswerte Städte zeichnen sich zudem durch **mehr öffentliche Aufenthaltsfläche** mit
80 Sitzgelegenheiten, mehr Grün und dem **kostenfreien Zugang zu sanitären Anlagen sowie**
81 **breite, barrierefreie und gut ausgeleuchtete Gehwege und Abstellmöglichkeiten für**
82 **Fahr- und Lastenräder** aus.

83 Eine feministische Stadtentwicklung können wir nur gewährleisten, wenn **FINTA in**
84 **Entscheidungspositionen der Bauleitplanung** sowohl durch die Kernverwaltung als auch

85 in kommunalen Entwicklungsgesellschaften beteiligt sind. Wo die Kommunalstruktur dies
86 ermöglicht, unterstützen wir die **Bildung kommunaler Entwicklungsgesellschaften** mit
87 dem Ziel, dezentrale und integrative Quartiere zu schaffen.

88 Der öffentliche Raum muss allen Menschen ohne Hürde zugänglich sein. Mit Blick auf
89 die Bauleitplanung der Vergangenheit gilt es hier erstmal, Hürden abzubauen. Deshalb
90 sorgen wir dafür, dass **öffentliche Toiletten gebührenfrei und mit**
91 **Menstruationsprodukten bestückt werden** und durch bauliche Veränderungen
92 **flächendeckend Wickelmöglichkeiten** schaffen. Wir schaffen in unseren Kommunen einen
93 **barrierefreien Zugang zu allen Aufenthaltsorten** an öffentlichen Plätzen. Neben den
94 baulichen Voraussetzungen steht für uns dabei natürlich im Fokus, dass unser
95 **öffentlicher Raum unkommerziell nutzbar** sein muss. Dies schließt die **Ablehnung von**
96 **Alkoholverboten und defensiver Architektur** mit ein. Um soziale Begegnungen zwischen
97 verschiedenen ökonomischen Schichten zu fördern, schlagen wir Maßnahmen vor, die eine
98 **integrative Nutzung des öffentlichen Raums** ermöglichen. Dies kann durch gezielte
99 Veranstaltungen und Initiativen erreicht werden. Gerade mit Blick auf ländliche
100 Räume, in denen die Gemeinden qua Struktur keineswegs die Angebote urbaner
101 Gebietskörperschaften bereitstellen können, kommt der Schaffung einer hohen
102 Aufenthaltsqualität eine besondere Bedeutung zu. Insbesondere hier kann durch
103 gezielte Maßnahmen wie der **Installation von sog. „Dorfautomaten“** eine ungezwungene
104 soziale Atmosphäre gefördert werden.

105 Für FINTA fordern wir eigene **geschützte Begegnungsstätten**, an denen auch
106 Beratungsstellen entstehen sollen. Wir wollen **Angsträume aufbrechen** und z.B. durch
107 intelligente Beleuchtungskonzepte bisherige Angsträume neu-/umgestalten. Wir wollen
108 unsere Kommunen sicher und nachhaltig gestalten. Daher begrüßen wir grundsätzlich
109 **smarte Beleuchtungskonzepte**, welche das Ziel der Energieeinsparung verfolgen.
110 Gleichzeitig müssen diese aber immer zwingend so intelligent ausgestaltet sein, dass
111 sie bisherige Angsträume neu-/umgestalten, statt neue Angsträume zu schaffen. Durch
112 die **Kommunalisierung unserer Bahnhöfe** erlangen wir Steuerungshoheit, um einen
113 häufigen Angstraum baulich umzugestalten. Wir befürworten **anonyme Meldesysteme und**
114 **niedrigschwellige Anlaufstellen**, wie etwa ein kommunaler Mängelmelder oder eine
115 andere App, in der FINTA "Angsträume" entsprechend markieren können. In diesem
116 Kontext wollen wir eine **strukturierte Datenerhebung und -analyse** darüber, an welchen
117 Orten besonders häufig sexualisierte Gewalttaten geschehen. Durch (inter-)kommunale
118 **Heimwegtelefone und Nachttaxen** schaffen wir mehr Sicherheit auf dem Nachhauseweg.
119 **Wir setzen die Istanbul-Konvention ausnahmslos um.** Hierzu sollen u.a.
120 Aufklärungskampagnen im öffentlichen Raum und an Schulen sowie niedrigschwellige
121 Anlaufstellen und Hilfetelphone für Betroffene in Zusammenarbeit mit den in diesem
122 Bereich agierenden Vereinen entstehen. Wir schaffen **ausreichend Frauenhausplätze** und
123 tun unser Möglichstes, um die **Hemmschwelle zur Inanspruchnahme dieser Plätze**
124 **abzusenken.**

125 **Gebäude- und Flächenmanagement**

126 Im Gebäude- und Flächenmanagement steckt ein zentrales Steuerungselement der
127 Kommunen. Nur wenn es zukunftsorientiert betrieben wird, können Kommunen
128 generationsgerecht entwickelt werden. Um diese Steuerungshoheit nutzen zu können,
129 müssen Kommunen **konsequent ihr Vorkaufsrecht nutzen.** Ziel muss sein, den **Gebäude- und**
130 **Flächenpool der Kommune stetig zu erweitern**, auch wenn zu diesem Zeitpunkt noch nicht

131 klar ist, was mit den Gebäuden/Flächen geschehen soll. Wo Flächen entwickelt werden,
132 muss eine soziale und nachhaltige Nutzung im Vordergrund stehen. Aus diesem Grund
133 wollen wir **baurechtliche Voraussetzung zur Nutzung nachhaltiger und vorrangig**
134 **regionalen Materialien** bei der Sanierung und dem Neubau von Gebäuden schaffen.

135 Wir wollen ein **flächendeckendes Angebot an Sportflächen** (im Freien ebenso wie
136 Sporthallen) erhalten bzw. schaffen. Diese Einrichtungen bieten den Einwohner*innen
137 nicht nur die Möglichkeit zur sportlichen Betätigung, sondern bieten gerade Kindern
138 und Jugendlichen eine sinnvolle Möglichkeit zur Freizeitgestaltung.

139 Im Rahmen unseres Programms setzen wir uns vehement für die **Förderung und den Erhalt**
140 **von Schwimmbädern** als wichtige Sporteinrichtungen und soziale Begegnungsstätten ein.
141 Der Anteil an Nichtschwimmer*innen unter Kindern und Jugendlichen wird immer höher -
142 dies wird durch die Möglichkeit der Schulen, Schwimmunterricht anzubieten,
143 entgegengewirkt. In der Umsetzung halten wir eine interkommunale Zusammenarbeit für
144 sinnvoll, sodass im Umkreis von 20 km eine öffentliche Schwimmstätte verfügbar ist.

145 Bei der **Errichtung von Kunstrasenplätzen setzen wir konsequent auf nachhaltige**
146 **Materialien** wie Kork oder biologisch abbaubares Plastik. Diese umweltfreundlichen
147 Alternativen tragen dazu bei, die Umweltauswirkungen zu reduzieren und die
148 Langlebigkeit der Plätze zu gewährleisten. Diese Kunstrasenplätze müssen oft mehrmals
149 im Jahr mit neuem Plastikgranulat aufgefüllt werden, dieses landet schlussendlich in
150 den Gewässern - dies wird durch ökologisches Material verhindert.

151 Wir stehen für **Innen- vor Außenentwicklung**. Daraus ergibt sich, dass wir urbane Räume
152 bevorzugt nachverdichten. Die **Schließung von Baulücken** ist hier eines der zentralen
153 Mittel. Aber auch die Prüfung auf **Nachnutzung von Industrie- und Gewerbeflächen** darf
154 nicht außer Acht gelassen werden. Wir begrüßen die **mehrgeschossige Bauweise** und
155 wollen Bestandsbauten aufstocken. Dabei sind neben regionalen Gegebenheiten vor allem
156 der Erhalt von Grün- und Erholungsräumen zu berücksichtigen.

157 Bei der Versiegelung von Flächen muss **stets eine Mehrfachnutzung geprüft und**
158 **umgesetzt werden**. Wenn die Schaffung von einfachen Parkplätzen unumgänglich ist, muss
159 der versiegelten Fläche eine Mehrfachnutzung durch die Aufstellung von Solaranlagen
160 zukommen. Wo eingeschossige Gewerbeflächen entstanden sind bzw. entstehen sollen,
161 muss die Aufstockung und Nutzung für Wohnraum gefordert werden. Wir sehen keinen
162 Grundsatz darin, Gewerbe- und Wohnflächen gebietstechnisch strikt voneinander zu
163 trennen. Die **Mischnutzung von Gewerbe- und Wohnflächen** kann zu kurzen Wegen führen
164 und Gebiete aufwerten und soll daher für die Kommunen geprüft werden.

165 Wo die Errichtung von Flachdächern vorgesehen ist, müssen diese mit **Solaranlagen oder**
166 **einer Dachbegrünung** ausgestattet werden. Dabei stehen wir bei Bauten grundsätzlich
167 dafür, **lieber in die Höhe statt in die Breite zu bauen**. Das umfasst nicht die
168 Forderung von Hochhäusern, sondern eine auf die Kommune abgestimmte Bauweise, die
169 Flachbauten vermeidet.

170 **Wir sorgen dafür, dass Flächen nirgends vollständig versiegelt werden.**

171 Bei der Bereitstellung von Parkplätzen für den Individualverkehr ist es ratsam, die
172 Option von **Parkhäusern gegenüber Tiefgaragen oder weiten Parkplätzen zu bevorzugen**.
173 Parkhäuser bieten eine größere Flexibilität in der Nachnutzung, sind
174 kosteneffizienter wie auch leichter rückbaubar und führen zu weniger Versiegelung von
175 Flächen. Ferner sollten bei Parkhäusern eine Fassadenbegrünung sowie Schutz vor

176 Lichtverschmutzung durch ein- und ausparkende Autos gewährleistet werden. Das oberste
177 Geschoss könnte beispielsweise durch Solarpanels beschattet werden.

178 Bei der Neuerrichtung oder Sanierung von Straßen ist es aus Gründen des Klimaschutzes
179 ratsam, **helleren Asphalt zu verwenden**. Dieser reflektiert das Sonnenlicht besser und
180 trägt somit zur Reduzierung von Hitzeinseln in urbanen Gebieten bei. Zusätzlich
181 sollte **Flüsterasphalt** eingesetzt werden, um den Lärmschutz zu verbessern. Dies
182 minimiert die Geräuschbelastung für Anwohner und trägt zu einer angenehmeren Umgebung
183 in städtischen Gebieten bei.

184 **Bei der Versiegelung von Plätzen** wie Schulhöfen oder Basketballfeldern sollte die
185 Möglichkeit einer **Zweitnutzung als Wasserbassin** während Starkregenereignissen in
186 Betracht gezogen werden. Dies ermöglicht die gezielte Ableitung des gesammelten
187 Wassers ins Netz, um Hochwasser zu vermeiden. Gleichzeitig kann dieses gespeicherte
188 Wasser während Trockenperioden genutzt werden, um Wasserressourcen zu schonen und
189 eine nachhaltige Bewässerung zu gewährleisten.

190 **Die Schaffung kleiner Wasserspeicher** ist eine wichtige Maßnahme zur Vorsorge gegen
191 Trockenphasen. Diese Speicher ermöglichen es, Regenwasser zu sammeln und in
192 Trockenzeiten zu nutzen, um Wasserressourcen zu schonen und die Bewässerung
193 sicherzustellen.

194 **Wohnen**

195 Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist eine der zentralen kommunalen Aufgaben
196 unserer Zeit. Flächen müssen effektiv genutzt werden, deshalb fordern wir gerade in
197 Städten konsequente Maßnahmen zur **Nachverdichtung**, beispielsweise durch die Bebauung
198 von Hinterhöfen und das Schließen von Baulücken. Hierbei muss sich die
199 **Flächenversiegelung auf ein Minimum beschränken** und gleichzeitig müssen
200 Ausgleichsflächen gesichert werden. Soziale Infrastruktur wie Schulen oder
201 Kindergärten müssen in allen Planungen berücksichtigt werden. Die öffentliche Hand
202 muss mehr Einfluss auf dem Wohnungsmarkt haben, deshalb gründen wir **kommunale**
203 **Wohnungsbaugesellschaften** und statten sie so aus, dass sie in der Lage sind, in
204 großem Umfang bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Dazu gehört auch, dass wir ihnen
205 entsprechende Flächen zur Bebauung zur Verfügung stellen. Dies geschieht über
206 **Erbpachtverträge**, damit die Flächen dauerhaft in öffentlicher Hand verbleiben und die
207 zweckmäßige Nutzung sichergestellt werden kann. Im ländlichen Raum fordern wir die
208 **Gründung von Zweckverbänden** zur besseren Koordinierung von Wohnbau. Nicht zuletzt
209 fordern wir die **konsequente Nutzung des Vorkaufsrechtes** zur Schaffung von bezahlbarem
210 Wohnraum.

211 Dort, wo Industrie entwickelt oder neu angesiedelt wird, fordern wir die
212 **Verpflichtung zum Bau von Werkwohnungen**, insbesondere auch für Auszubildende. Bei
213 der Aufstellung neuer Bebauungspläne ist eine **Quote für barrierefreien Wohnraum und**
214 **die barrierearme Gestaltung** der zu schaffenden angrenzenden Infrastruktur
215 verpflichtend. Existierende barrierefreie Angebote müssen erhalten werden. Inklusiv
216 kann Wohnen nur sein, wenn es auch bezahlbar ist: Als Zielmarke für den **Anteil**
217 **öffentlich geförderter bezahlbarer Wohnungen setzen wir 65 Prozent an**. Bei allen
218 Neubauprojekten wird **Wohnraum für Projekte, wie Housing First, aber auch**
219 **Schutzwohnungen und Wohnraum für Geflüchtete** vorgehalten, um Teilhabe zu sichern und
220 Obdachlosigkeit zu verhindern. Neubauprojekte werden offen geplant, defensive
221 Architektur lehnen wir ab.

222 Zur Sicherung von bestehendem, günstigem Wohnraum scheuen wir die **Enteignung und**
223 **Vergesellschaftung** von Spekulationsobjekten und Immobilien im Leerstand nicht. Wir
224 wollen **Zweckentfremdung durch Kurzzeitvermietung konsequent vermeiden** und eine
225 effektive Durchsetzung der bestehenden Regulierungen sicherstellen. Wir nutzen alle
226 rechtlichen Instrumente, insbesondere Milieuschutzsatzungen, um die **Umwandlung von**
227 **Miet- in Eigentumswohnungen und Luxussanierungen zu verhindern.**

228 Quartiersprojekte müssen ausgebaut und **Quartiersmanagement** sichergestellt werden.
229 Dies stellt eine Milieudurchmischung sicher und befördert den Aufbau von
230 Nachbarschaftsprojekten. Dazu gehört auch, dass **Wohnraum für die sog. "zweite Säule"**,
231 also Mieter*innen mit einem so hohen Einkommen, dass kein Wohnberechtigungsschein
232 erteilt wird und dennoch mit zu wenig Einkommen, um eine Wohnung auf dem Markt
233 außerhalb der Sozialbindung zu finden, ausgebaut wird.

234 **Klimaschutz**

235 Die Wende in der Energiepolitik muss auf kommunaler Ebene eng begleitet und
236 vorangetrieben werden. Wir setzen dabei auf **Solaranlagen auf allen öffentlichen**
237 **Gebäuden.** Bei der Schaffung von Bebauungsplänen soll diese auch für Private und
238 Gewerbetreibende gelten. Balkonsolaranlagen wollen wir im Rahmen der kommunalen
239 Möglichkeiten fördern. Kommunen sollen sich an der nachhaltigen Stromerzeugung
240 beteiligen. Wir wollen **Windkraft fördern.** Hierzu wollen wir Ausweisflächen prüfen und
241 dort Windkraft umsetzen. Bestehende Anlagen wollen wir vergesellschaften und durch
242 die Beteiligung der Bürger*innen Akzeptanz schaffen.

243 Wir wollen überall, wo es möglich ist, **Fassadenbegrünungen** schaffen. Dabei wollen wir
244 das sogenannte Vertical Gardening in Betracht ziehen. Bei dieser Form der Begrünung
245 werden Moose und andere Pflanzen eingesetzt, was die Effekte der Begrünung verstärkt.
246 Versiegelte Flächen wie Bushaltestellen, Gewerbegebiete oder Innenstädte wollen wir
247 umfassend begrünen.

248 Wir wollen Bürger*innen darin unterstützen, ihre Häuser nach dem Gebäudeenergiegesetz
249 energetisch zu sanieren. Hierzu wollen wir eine **kommunale Energieberatung** anbieten,
250 welche nicht nur durch den Förderdschungel führt, sondern eine individuelle Beratung
251 und Betreuung von der Planung der Sanierung bis zur Fertigstellung anbietet.

252 Wir wollen **Naherholungsgebiete** ausbauen, genauso wie **kommunale Streuobstwiesen.**
253 Darüber hinaus wollen wir mit **Blühstreifen** die Insektendiversität fördern. Nicht
254 zuletzt daraus ergibt sich für uns die klare **Ablehnung gegenüber Schottergärten,**
255 welche wir durch Bebauungspläne und Gestaltungssatzungen ausschließen wollen.
256 Überall, wo die Kommune Bäume und Sträucher pflanzt, wollen wir auf eine **mediterrane**
257 **Bepflanzung** setzen, um dem Sterben der Begrünung aufgrund des Klimawandels
258 entgegenwirken zu können.

259 Wir setzen auf eine umfassende kommunale **Klima- und Hitzeschutzplanung.** Dabei
260 schaffen wir schattige und kühle Orte, insbesondere an Bushaltestellen und
261 öffentlichen Plätzen. Gerade bei der Schaffung/der Neugestaltung öffentlicher
262 Treffpunkte setzen wir auf **unentgeltliche Trinkstellen und barrierefreie Wasserspiele**
263 . Durch **Schwammstädte** und -gemeinden wollen wir Regenwasser sammeln und reaktivieren,
264 um der Aufheizung unserer Städte und Gemeinden entgegenzuwirken. Aufgrund der
265 anhaltenden Hitze in den Sommermonaten ziehen wir ein **Verbot von Feuerschalen** in
266 Erwägung.

267 Hochwasserschutz ist ein zentrales Thema für die Kommunen. Wir wollen die bestehenden
268 Maßnahmen prüfen und mit **Hochwasserschutz-Aktionsplänen** schnell und zielgerichtet
269 ausbauen. Durch die **Renaturierung von Gewässern aller Ordnungen** können wir hier
270 unterstützend wirken und gleichzeitig einen Naherholungsort schaffen. Wir **erhalten**
271 **und schaffen Versickerungsflächen**, um Starkregenereignissen wirksamer zu begegnen und
272 den ungehinderten Abfluss des Wassers zu mindern.

273 Durch eine umfassende Digitalisierung der Verwaltung wollen wir der Papierflut
274 Einhalt gebieten. Außerdem wollen wir **kommunale Fuhrparks vollumfänglich mit**
275 **klimaneutralen Fahrzeugen** besetzen.

276 Wir wollen **Nachhaltigkeitskonzepte für Veranstaltungen** einführen und erwägen die
277 Etablierung von kommunalen Feuerwerken, sofern diese zu einer Minderung der privaten
278 Feuerwerke führt. Mülleimer sollen überall mit **Pfandringen** ausgestattet werden.

279 Bei allen Entscheidungen, die in den kommunalen Parlamenten getroffen werden, soll
280 die **Beschlussvorlage die etwaigen Auswirkungen auf Umwelt-, Klima- und Artenschutz**
281 **aufführen**.

282 **Mobilität**

283 Wir setzen uns für die Schaffung eines **zusammenhängenden Radwegenetzes** ein. Dieses
284 Netzwerk von Radwegen ermöglicht es den Menschen, sicher und effizient mit dem
285 Fahrrad zu pendeln und die Umwelt zu schonen. Im ländlichen Raum kann ein
286 ausgewiesenes Radwegenetz dazu genutzt werden, Kommunen miteinander zu verbinden, die
287 ansonsten nur über unsichere Landstraßen miteinander verbunden sind. Durch die
288 Einrichtung von **Radstationen und Fahrradparkhäusern**, gerade an Bahnhöfen oder
289 anderweitigen Verkehrsknotenpunkten fördern wir nachhaltige Pendelwege. Wir wollen
290 **kommunales Bikesharing** anbieten und im ländlichen Raum auf interkommunale
291 Zusammenarbeit zurückgreifen. Die **Sicherheit der Radwege**, insbesondere in
292 Kreuzungsbereichen, hat oberste Priorität. Nachdem die Mobilitätspolitik
293 jahrzehntelang auf die Schaffung von Parkraum ausgelegt war, wollen wir prüfen, wo
294 bestehender Parkraum umverteilt werden kann und bspw. durch Fahrradbügel zu
295 Abstellmöglichkeiten werden können.

296 Die **Schaffung und der Ausbau von Car-Sharing Konzepten** sind ein wichtiger Schritt in
297 Richtung nachhaltiger Mobilität. Wir setzen uns dafür ein, die Verfügbarkeit von Car-
298 Sharing-Diensten in unserer Gemeinde zu erhöhen, um den Bedarf an individuellem
299 Fahrzeugbesitz - auch im ländlichen Raum - zu reduzieren. Auch **kommunale**
300 **Onlineplattformen**, um Bürger*innen einfach und sicher die Möglichkeit zu geben, ein
301 Auto mit interessierten Menschen zu teilen oder Fahrgemeinschaften zu bilden, sollten
302 eingerichtet werden. Eine Mehrfachnutzung von versiegelten Flächen ist für uns
303 unverhandelbar. Wir wollen den Dialog mit den Supermarktbetreiber*innen suchen, um
304 **Parkraum nach Ladenschluss für Anwohner*innen bereitzustellen**. Wir wollen den Ausbau
305 von **Elektroladesäulen** weiter konsequent vorantreiben.

306 Es muss für jeden Menschen möglich sein, auch ohne eigenes Auto am gesellschaftlichen
307 und beruflichen Leben teilzuhaben. Deshalb bauen wir den **ÖPNV** in unseren Kommunen
308 immer weiter aus. Wir wollen in unseren Städten und Gemeinden auf einen
309 **fahrscheinlosen ÖPNV** hinwirken. Bis zur flächendeckenden Umsetzung wollen wir auf den
310 möglichst geringen Fahrpreis hinwirken. In unseren Städten wollen wir **neue**
311 **Schieneinfrastruktur** schaffen, um Straßenbahnen anbieten zu können. Die

312 **Wiederinbetriebnahme von Trassen** im ländlichen Raum kann nur durch die kommunale
313 Gemeinschaft geschehen. Darauf wollen wir hinwirken. Kleinbusse (E-Minivans), die
314 nach dem **Mobility on Demand Prinzip** funktionieren, sind unserer Meinung nach eine
315 gute Lösung für den ländlichen Raum, wo sich Linienbusse außerhalb der Stoßzeiten
316 oftmals nicht rechnen. Überall, wo der ÖPNV noch nicht **nachhaltig betrieben** wird,
317 stellen wir das um. Egal ob in unseren Städten oder innerhalb der kommunalen
318 Gemeinschaft: Wir schaffen ein **flächendeckendes und regelmäßiges Nachtangebot**.

319 **Soziales und Teilhabe**

320 Die Kommunen sind von großer Bedeutung in der Umsetzung sozialpolitischer Maßnahmen.
321 Das Hilfenetz der Kommunen spielt für die soziale Absicherung benachteiligter und
322 vulnerabler Menschen eine sehr wichtige Rolle. Durch den unmittelbaren Kontakt zu den
323 Bürger*innen übernehmen die Institutionen der Kommunen gerade in der Kinder- und
324 Jugendhilfe, aber auch der Sozialhilfe eine zentrale und sensible Rolle. Deshalb ist
325 es uns wichtig, **die zuständigen Ämter finanziell, personell und infrastrukturell**
326 **bestens auszustatten**. Niemand soll aufgrund kaputtgesparter Ämter monatelang auf die
327 Bewilligung und Zurverfügungstellung von Hilfen warten müssen. **Frauenhäuser und**
328 **Familienzentren wollen wir etablieren und durchgehend unterstützen**. Auch die
329 Suchtberatung braucht eine stabile, kostendeckende und verlässliche Finanzierung. In
330 jeder Kommune muss es **ambulante Beratungsdienste für Menschen mit Suchtproblemen**
331 geben. Neben diesen Drogen- und Suchtberatungsstellen fordern wir überall, wo es zur
332 Struktur der Kommune passt, **Drogenkonsumräume und Drogenkonsummobile**.

333 Durch die **Ausbildung und Anstellung von „Vor-Ort-für-dich-Kräften“** sichern wir eine
334 wohnortangepasste niedrigschwellige medizinische Versorgung von
335 Gemeindebewohner*innen, die beispielsweise bei Anträgen wie zur Anerkennung einer
336 Pflegestufe unterstützt oder Familien passende Hilfsangebote vermittelt. Durch
337 **Gesundheitszentren**, in welchen medizinische Leistungen gebündelt werden und auch auf
338 Abruf zur Verfügung stehen, sichern wir die gesundheitliche Versorgung in ländlichen
339 Räumen. Mit der Einrichtung **standortgebundener wie aufsuchender Kälte- und Wärmehilfe**
340 gewährleisten wir nachhaltige Hilfe und Unterstützung für obdachlose Menschen.

341 In unseren öffentlichen Gebäuden wollen wir **kostenlose Hygiene- und**
342 **Menstruationsprodukte sowie Verhütungsmittel** zur Verfügung stellen.

343 Gut ausgestattete Spiel- und Sportstätten werten den Alltag von
344 Gemeindebewohner*innen auf. Diese müssen nicht nur ausreichend finanziert, erhalten
345 und ertüchtigt werden. Wir fordern **flexible Öffnungszeiten, vor allem von**
346 **Spielplätzen**. Auch **geschlossene Sportplätze sind zur Freizeitnutzung zu öffnen**,
347 **kostenlose Freizeitangebote** wie beispielsweise Skater*innenanlagen, Outdoor Gyms und
348 moderne Sportstätten sind auszubauen. Die Bildungs- und Freizeitmöglichkeiten, die es
349 in einer Kommune gibt, bilden das Fundament für einen erfolgreichen Start von Kindern
350 und Jugendlichen in das Leben.

351 Aus unserer Überzeugung heraus, dass Bildung kostenfrei von der Kita bis zur
352 Hochschule/dem Meister sein muss, ergibt sich, dass wir überall dort, wo wir in
353 unseren Kommunen hier einen Handlungsspielraum haben, Gebührenfreiheit einführen. In
354 **Kindertagesstätten und Schulen wollen wir für alle Kinder kostenloses, gesundes und**
355 **regionales Essen sowie stets Früh- und Nachmittagsbetreuung anbieten**. Wir sehen in
356 der Daseinsvorsorge klar den Staat in der Verantwortung. Aus diesem Grund wollen wir
357 **Kindertagesstätten priorisiert kommunal betreiben** und nur, wenn dies nicht anders

358 möglich ist, an einen externen Träger vergeben.

359 Wir wollen als Kommunalpolitiker*innen dafür Sorge tragen, dass in unseren Städten
360 und Gemeinden die UN-Kinderrechtskonvention konsequent umgesetzt wird. Dazu wollen
361 wir das **Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ erlangen**. Eine kinderfreundliche Kommune
362 beachtet den Vorrang des Kindeswohls. Sie schafft kinderfreundliche
363 Rahmenbedingungen, indem sie die Vertretung und Durchsetzung von Kinderinteressen
364 garantiert und beteiligt Kinder und Jugendliche an politischen Entscheidungen.

365 In Einklang damit schaffen wir **kostenlosen Zugang von Kindern und Jugendlichen zu**
366 **kulturellen und kommunalen Einrichtungen** wie Freibädern. Außerdem fordern wir mehr
367 **öffentliche Aufenthaltsorte für junge Menschen**, an denen sie ihre Freizeit kostenfrei
368 verbringen und kreativ gestalten können. Dazu gehören unter anderem die (insbesondere
369 finanzielle) **Stärkung und Förderung von Jugendhäusern und offenen Jugendtreffs mit**
370 **flexiblen Öffnungszeiten**, deren genaue Ausgestaltung unter Beteiligung junger
371 Menschen erarbeitet werden soll. **Streetwork** ist auch im ländlichen Raum ein wichtiges
372 Thema, wenn auch gleich aufgrund der langen Wege deutlich schwieriger umzusetzen.
373 Dennoch wollen wir auch hier in aufsuchende Jugend- und Sozialarbeit intensivieren.
374 Dies ermöglicht eine gezielte Unterstützung für Jugendliche und sozial
375 Benachteiligte, auch in entlegenen Gebieten. Hier wollen wir insbesondere Kindern und
376 Jugendlichen mit Fluchtgeschichten Angebote machen. **Jugendliche sollen Schulhöfe nach**
377 **der Unterrichtszeit frei nutzen können**. Wir wollen die **Spielplätze unserer Kommunen**
378 **prüfen und auf den neuesten Stand bringen**. Dabei wollen wir pädagogische Spielgeräte
379 in Erwägung ziehen und Inklusivität schaffen. Außerdem wollen wir **Spielplatzpat*innen**
380 **etablieren**.

381 Wir wollen das Zusammenleben der verschiedenen Generationen in unseren Kommunen aktiv
382 beeinflussen. Hierzu wollen wir **generationenübergreifende Begegnungsstätten** schaffen
383 und positiv auf den **Besuch von Kindertagesstätten in Pflegeeinrichtungen** einwirken.
384 Gesellschaftliche Teilhabe im Alter ist ein wichtiges Thema, nicht zuletzt um
385 Einsamkeit vorzubeugen. Daher schaffen wir **Senior*innentreffpunkte**, die nicht nur das
386 **Miteinander**, sondern auch kulturelle und Bildungsangebote in den Blick nehmen.

387 Im Gemeindeleben spielt das Ehrenamt eine besonders große Rolle. Wir wollen Menschen
388 zu ehrenamtlichem Engagement ermutigen, das Ehrenamt erhalten, fördern und
389 unterstützen. Hierzu führen wir eine **(inter-) kommunale Ehrenamtskarte** ein, mit der
390 das Engagement von Ehrenamtlichen durch Vergünstigungen bei Partner*innen – zum
391 Beispiel bei Geschäften, kulturellen Einrichtungen wie Museen, Freizeiteinrichtungen
392 – **gewürdigt werden soll**.

393 Wir wollen das **Antragsrecht der Beiräte auf allgemeinpolitische Belange ausdehnen** und
394 nicht nur auf ihre Fachzuständigkeit beschränken. Wir wollen, dass die Belange der
395 Bürger*innen in jeder Weise repräsentiert sind. Deshalb schaffen wir, angepasst an
396 die kommunale Struktur, **Vertretungen für Menschen mit Behinderung, Menschen mit**
397 **Migrationsgeschichte und Senior*innen**. Direkte Wahlen durch die jeweilige Zielgruppe
398 gewährleisten eine authentische Vertretung. Zur Unterstützung, insbesondere im
399 Hinblick auf formale Prozesse, soll **hauptamtliches Personal** bereitgestellt werden. Um
400 die Teilhabe von Jugendlichen zu gewährleisten, sollen **Jugendparlamente eingeführt**
401 **werden** und nicht auf Einmal-Veranstaltungen beschränkt sein. Hierbei ist es uns
402 besonders wichtig, FINTA und Jugendliche mit Migrationsgeschichte in kommunale
403 Entscheidungsprozesse einzubinden.

404 **Wir fördern alternative Formen der Bürger*innenbeteiligung wie**
405 **Bürger*innensprechstunden, -versammlungen und -fragestunden.** Die Einrichtung weiterer
406 Räte, wie etwa Mieter*innenbeiräte bei städtischen Wohnungsbaugesellschaften könnte
407 ebenfalls in Betracht gezogen werden. Um die Beteiligung der Bürger*innen an den
408 demokratischen Prozessen zu stärken, setzen wir auf **Bildung und Weiterbildung,**
409 **insbesondere durch Volkshochschulen.**

410 Alle Kinder und Jugendliche sollen an dem kommunalen Zusammenleben partizipieren
411 können. Deshalb schaffen wir besondere Inklusionsangebote. Gemeinsam mit unseren
412 Schulen schaffen wir interkulturelle Bildungsangebote, um Verständnis und Toleranz
413 zwischen verschiedenen Kulturen zu schaffen.

414 **Unterbringung, Integration und Umgang mit Geflüchteten**

415 Unsere progressive Geflüchtetenpolitik steht im Zeichen der Solidarität und
416 Unterstützung. Wir wollen unsere Kommunen zu **Sicheren Häfen** für Geflüchtete erklären
417 und mit der **Organisation SEEBRÜCKE zusammenarbeiten.** Wir setzen uns für eine schnelle
418 und unkomplizierte Aufnahme von in Seenot geratenen Menschen ein, wobei wir
419 sicherstellen, dass alle erforderlichen Ressourcen für eine menschenwürdige
420 Unterbringung, medizinische Versorgung und Bildung zur Verfügung stehen.

421 Zusätzlich zu den Verteilungsquoten für Schutzsuchende wollen wir **kommunale**
422 **Aufnahmeprogramme** ins Leben rufen, insbesondere für junge und minderjährige
423 Schutzsuchende. Unser Ziel ist es, **umfassende Konzepte zur Integration zu entwickeln.**
424 Dazu gehört die Schaffung von **Begegnungsorten** wie Cafés, in denen Bürger*innen und
425 Geflüchtete in Kontakt treten können. **Berufsmessen** sollen Arbeitgebende und
426 Geflüchtete zusammenbringen, unterstützt durch **Beratungsstellen und**
427 **Schlichtungsstellen.** Um den Zugang zu diesen Angeboten zu schaffen, wollen wir
428 **Informationsangebote in verschiedenen Sprachen** erstellen.

429 Wir setzen auf **Kommunikationsleitfäden**, um Ängste zu nehmen und rechtsextreme
430 Argumentationen zu entkräften. Der **Abbau von Barrieren für den Zugang zur**
431 **gesellschaftlichen Teilhabe**, einschließlich Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie Bildung,
432 steht für uns im Fokus.

433 Die Integration wird durch die **Öffnung von Sprachkursen und die Förderung von**
434 **Integrationsbeiräten** maßgeblich beeinflusst. Ein **Patenschaftensystem, Ehrenamtspools**
435 **von Übersetzer*innen und die Förderung kommunaler Integrationsprojekte** sind weitere
436 wichtige und effektive Maßnahmen, welche wir in unseren Kommunen vorantreiben wollen.

437 Die **Unterbringung von Geflüchteten** erfordert die konsequente Einhaltung von sozialen
438 Standards, dezentrale Unterkünfte mit Anbindung an die Kommune und finanzielle
439 Unterstützung. Dafür sollen alle staatlichen Liegenschaften in Betracht gezogen
440 werden. Zelte und Container als Unterkünfte sollen der Vergangenheit angehören,
441 vielmehr sollen durch eine kluge und soziale Baupolitik genügend Unterkünfte
442 geschaffen werden.

443 Die Kommunale Behörde nimmt eine besonders sensible Stellung im Umgang mit
444 Geflüchteten ein. Wir wollen Organisationsuntersuchungen anstoßen, um mehr **Stellen in**
445 **den Ausländerbehörden** schaffen zu können. Unsere Mitarbeitenden sollen ihren
446 **Ermessensspielraum vollumfänglich nutzen** und **Dokumente in verschiedenen Sprachen**
447 vorhalten. Um in Bezug auf den Umgang mit Geflüchteten zu sensibilisieren, wollen wir
448 entsprechende **Leitbilder für unsere Behörden** erarbeiten. Diese sollen verpflichtende

449 Fortbildungen zu interkulturellen Kompetenzen enthalten. Zur Klärung rassistisch
450 motivierter oder diskriminierender Fälle wollen wir eine **unabhängige**
451 **Diskriminierungsstelle** schaffen.

452 Im Bildungsbereich schaffen wir durch Nachmittagsprogramme **Inklusion und Begegnung**
453 **mit anderen Jugendlichen. Wir lehnen ausgegliederte Kita-Gruppen oder Schulklassen ab**
454 . Im Freizeitsektor ermöglichen wir kostenlosen Zugang zu Vereinen, indem wir
455 **Vereinsgebühren als Kommune tragen**. Wir unterstützen migrantische Vereine und
456 schaffen Integration durch Sport.

457 Hass und Hetze hat keinen Platz in unseren Städten und Gemeinden. Deshalb
458 unterstützen wir **Konzerte und Festivals gegen Rechts** bei Standortgenehmigungen und
459 **wenn gewünscht, in der Organisation. Runde Tischen** oder anderen Strukturen bieten wir
460 in unseren öffentlichen Einrichtungen unentgeltlich einen Raum. Wir nehmen uns als
461 Kommune aber auch selbst in die Verantwortung, **Kampagnen gegen Rassismus und zum**
462 **Abbau von Vorurteilen** zu veranlassen oder zu unterstützen.

463 **Kultur**

464 Kultur ist ein zentraler Baustein kommunaler Aufgaben. Sei es als
465 Freizeitbeschäftigung, als Beruf oder als Möglichkeit der sozialen Teilhabe, ein
466 vielfältiges kulturelles Leben erhöht die Lebensqualität für alle. Gleichzeitig haben
467 nicht alle gleichermaßen Zugang zu kulturellen Angeboten, da hier auch oftmals der
468 Geldbeutel oder die Postleitzahl entscheidet, in welchem Maß dieser Zugang
469 gewährleistet werden kann.

470 Deshalb schaffen wir Kulturangebote, an denen alle Menschen einer Kommune teilhaben
471 können. Durch **Kulturpässe** können Kinder und Jugendliche, Senior*innen oder Menschen
472 mit geringem Einkommen alle öffentlichen Kulturveranstaltungen entgeltfrei besuchen.
473 Wir wollen **kommunale Förderungen kultureller Projekte und Angebote erhöhen**, sodass
474 diese sich nicht ausschließlich über Eintrittspreise finanzieren müssen.

475 Wir fordern darüber hinaus, dass **Kultur verstärkt im öffentlichen Raum stattfindet**,
476 um diese allen Menschen leichter zugänglich zu machen. Um die Vielfalt unserer
477 Kommunen sichtbar zu machen und zu zeigen, dass diese Vielfalt unsere Stärke ist,
478 fordern wir die **Ausweitung von Flächen und Finanzierung von interkulturellen Festen**.

479 Um eine Vielfalt auch im Ausdruck öffentlicher Kunst und Kultur sicherzustellen,
480 fordern wir **Flächen für Graffiti und andere Kunst**, die nur durch ihre Öffentlichkeit
481 lebt, dort aber zu oft sanktioniert wird. Bei allen Angeboten von Kunst und Kultur im
482 öffentlichen Raum achten wir auf **komplette Entgeltfreiheit, vor allem auch ohne**
483 **Konsumzwang**. Für Künstler*innen wollen wir **niedrigschwellige und kostenlose**
484 **Atelierflächen zur Verfügung stellen**. Freiraum ist in jeder Kommune ein rares Gut.
485 Deshalb fordern wir **Kulturpartnerschaften zwischen Kommunen und Regionen**, vor allem
486 auch für den ländlichen Raum.

487 Wir schaffen eine gleichwertige Unterstützung von Subkultur im Vergleich zu Hoch-
488 oder Breitenkultur. Abgestimmt auf die kommunale Struktur schaffen wir **Fest- bzw.**
489 **Nachtbürgermeister*innen** zur Vermittlung zwischen nächtlicher Kulturszene,
490 Ordnungsbehörden, Anwohner*innen und Veranstalter*innen. Wir unterstützen die
491 Gründung von Kneipenverbänden, die gemeinsam Veranstaltungen organisieren. Wir wollen
492 **Parkplätze in belebten Vierteln zu Bereichen für Außengastronomie und Veranstaltungen**
493 **umwandeln**. Wir stehen konsequent gegen Alkoholverbotzonen und dauerhafte

494 Videoüberwachung.

495 Wir setzen uns außerdem für den **Ausbau von Jugendkulturangeboten** ein - sei es durch
496 Angebote der Kommune oder autonom und selbstverwaltet. So geben wir allen
497 Jugendlichen die Möglichkeit, an kulturellem Leben teilzuhaben und ihre Freizeit mit
498 Spaß und Freund*innen sinnvoll zu gestalten.

499 Wir stehen als Kommune in der Verantwortung, die **Erinnerungskultur vor Ort zu stärken**
500 . Deshalb fordern wir eine verlässliche, dauerhafte Finanzierung dieser Angebote.
501 Erinnerungskultur muss immer auch die heutigen Lebensweisen mit einbeziehen. Deshalb
502 fordern wir die **Vergabe von Projekten an vielfältige Träger*innen und Künstler*innen**,
503 um Erinnerungskultur und Antifaschismus lebendig werden zu lassen.

504 **Arbeit**

505 Unser Ziel ist es, die **Vielfalt des lokalen Einzelhandels zu schützen und zu fördern**.
506 Hierbei setzen wir auf kommunale Rabattaktionen und Vernetzung mit dem Ehrenamt. Bei
507 der Vergabe von Gewerbeflächen wollen wir durch ein **Punktesystem**, welches sozial
508 gerechte und nachhaltige Kategorien bewertet, zukunftsorientierte Betriebe für unsere
509 Kommunen gewinnen. Dabei wollen wir die Gebiete nach dem Prinzip „**Kommune der kurzen**
510 **Wege**“ gestalten.

511 Große Ketten sollen nicht die lokale Gastronomie verdrängen. Wir setzen uns für
512 regionale Produkte und nachhaltige Ernährung ein. Hierzu wollen wir als Kommune ein
513 **Netzwerk für Gastronom*innen anbieten** und durch **günstige Mieten in kommunalen**
514 **Liegenschaften** oder der **Bevorzugung regionaler Unternehmen bei der Verpflegung in**
515 **öffentlichen Einrichtungen** unterstützend wirken.

516 Im Kontext unserer feministischen Stadt- und Gemeindeplanung verstehen wir die
517 Innenstadt nicht als reinen Einkaufsort. Wir möchten **kleine und lokale Geschäfte**
518 **stärken und die Innenstadt zu einem Ort der Erholung machen**. Das bedeutet
519 Sitzmöglichkeiten, Grünflächen, Wasserspender, Außengastronomie und Spielplätze für
520 alle. Leerstand wirken wir aktiv entgegen. Wir wollen diesen Raum nutzen für
521 Zwischennutzungen durch Start-Ups und Neugründungen. Gleichzeitig fördern wir den
522 Austausch durch die Einrichtung eines Runden Tisches Wirtschaft, der lokale
523 Akteur*innen zusammenbringt.

524 Wir setzen uns für den **Ausbau von Netzinfrastruktur** ein, schaffen **Co-Working Spaces**
525 **und Gründungszentren**. Die Unterbringung von Saisonarbeiter*innen soll menschenwürdig
526 gestaltet werden, etwa durch die **Schaffung von Werkwohnungen**. Lokale
527 Arbeitsplatzbörsen und Plattformen für Ausbildung und Studium werden verpflichtend
528 für alle Schulen.

529 Die Kommune sollte aktive Initiativen ergreifen, um sich als attraktiven Arbeits- und
530 Ausbildungsstandort zu positionieren. Dazu gehört die Einführung einer lokalen
531 **Umlagefinanzierung für die Unterstützung lokaler Ausbildungsplätze** sowie der
532 vorrangige Zugriff auf einen Pool von Absolvent*innen. Die Ausschreibung eines
533 **Preises für gute Ausbildung** schafft Anreize für Unternehmen, qualitativ hochwertige
534 Ausbildungsprogramme anzubieten. Die **Schaffung von Wohnraum für Auszubildende** ist ein
535 zentrales Element eines guten Ausbildungsstandortes. Zusätzlich sollten
536 **Beratungsangebote** zur Verfügung stehen, die junge Menschen bei ihrer Berufswahl und
537 während der Ausbildung unterstützen.

538 Wir wollen umfangreiche **Arbeitsmarktstrategien** in unseren Kommunen einführen, welche

539 verschiedene Handlungsfelder in den Blick nehmen. Die Einführung der **Tarifbindung bei**
540 **der Vergabe von Aufträgen durch die Kommune** stärkt nicht nur die Rechte der
541 Arbeitnehmer*innen, sondern fördert auch faire Arbeitsbedingungen in der Region. Eine
542 **regionsspezifische Initiative zur Einführung eines Mindestlohns** zeigt das Engagement
543 der Kommune für gerechte Entlohnung und wirkt sozialen Ungleichheiten entgegen. Durch
544 **kommunale Arbeitsmarktprogramme** in enger Zusammenarbeit mit den Jobcentern und der
545 Bundesagentur für Arbeit können durch Beratungen, Aus- und Fortbildungen sowie
546 Umschulungen bürger*innennahe Angebote zur (zurück) Findung in den Arbeitsmarkt
547 geschaffen werden.

548 **Verwaltung**

549 Verwaltung bedeutet für uns ein Zusammenspiel aus drei Elementen: Verwaltung als
550 Arbeitgeberin, Betrieb und Ausbildungsstätte, Verwaltung als Dienstleisterin für alle
551 Menschen einer Kommune und Verwaltung als Repräsentantin der Kommune nach außen. All
552 diese drei Elemente müssen im Gleichklang funktionieren, um eine zukunftsfähige,
553 gerechte und inklusive Kommune für ALLE zu schaffen.

554 Verwaltungen sind Arbeitgeberin, Betrieb und Ausbildungsstätte. Damit haben wir als
555 Kommunalpolitiker*innen eine große Verantwortung für die **Sicherstellung von guten**
556 **Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen**. Gleichzeitig leiden die Kommunen immer mehr am
557 Fachkräftemangel und werden in den nächsten Jahren durch den Ruhestand der sog.
558 "Babyboomer-Generation" einen massiven Verlust an Expertise und Arbeitskraft
559 verzeichnen. Deshalb stehen wir für gute Arbeit in den Kommunen und wollen die
560 **Verwaltung als attraktiven Arbeitsort stärken und ausbauen**.

561 Wir fordern deshalb grundsätzlich eine **Verbesserung der Bezahlung** für alle, aber vor
562 allem der unteren Entgeltstufen. Gemeinsam mit den Personalräten und Gewerkschaften
563 stellen wir sicher, dass es **keine öffentliche Beschäftigung ohne Tarifvertrag** gibt.
564 Ausgründungen oder Ausgliederungen in Tochtergesellschaften mit schlechteren
565 Arbeitsbedingungen lehnen wir grundsätzlich ab.

566 Wir fordern nicht nur **angemessene und ausreichende Räumlichkeiten und technische**
567 **Ausstattung**, sondern auch **Pendler*innenangebote** wie ÖPNV-Jobtickets, Stellplätze für
568 Autos und Fahrräder und Dienstwagen und -räder für alle, die für ihre Tätigkeit in
569 der Kommune viel unterwegs sind. Weiterhin fordern wir **Duschräume für**
570 **Radpendler*innen, Küchen und Aufenthaltsräume**, in denen mindestens Getränke für alle
571 Beschäftigten zur Verfügung stehen. **Kantinen** sollen überall betrieben werden und
572 dabei günstiges, gesundes, nachhaltiges, regionales und saisonales Essen zu allen
573 Dienstzeiten anbieten.

574 Wir wollen, dass Verwaltungen auf die Herausforderungen der sich verändernden Arbeit
575 angemessen reagieren. Dazu gehören eine **höhere Flexibilität bei Arbeitszeiten und**
576 **Beschäftigungsverhältnissen, räumliche Wahlfreiheit und die Möglichkeit der**
577 **Heimarbeit und eine wertschätzende Führungskultur**. Wir erwarten, dass alle
578 Führungsebenen mindestens nach FINTA-Personen quotiert sind und andere
579 marginalisierte Gruppen sichtbar repräsentieren. Verlagerung von Arbeit nach Hause,
580 um beispielsweise Räume zu sparen, lehnen wir ab. Gleichzeitig ist eine hohe Präsenz
581 wichtig, um für die Menschen in den Kommunen direkt und niedrigschwellig ansprechbar
582 zu sein.

583 Wir fordern außerdem zusätzlich zu einer deutlich verbesserten Bezahlung für
584 Auszubildende eine komplett neue **Ausbildungsstrategie** für die Kommunen.
585 Ausbildungskonzepte sollen behörden-, standort- und stellenspezifisch angepasst
586 werden und einen adäquaten Wissenstransfer sicherstellen. Auszubildende sollen sich
587 als gleichberechtigter Teil der Kolleg*innenschaft fühlen. Dafür erhalten sie **eigene**
588 **Arbeitsplätze und Erstattungen für ihre Lehr- und Lernmittel**. Mindestens für den
589 Transfer zwischen Betrieb und Berufsschule stellen wir Auszubildenden ein **kostenloses**
590 **ÖPNV-Ticket** zur Verfügung oder ersetzen Fahrtkosten anderweitig. Die Verwaltungen als
591 Ausbildungsbetriebe beteiligen sich ebenfalls an Projekten zur **Schaffung von**
592 **günstigem Azubi-Wohnen**. Für Quereinsteiger*innen fordern wir auf ihre Lebenssituation
593 angepasst Ausbildungskonzepte. Hierbei soll für viele verschiedene berufliche
594 Hintergründe und Abschlüsse die Möglichkeit der Qualifizierung bestehen. **Alle, die**
595 **erfolgreich ihre Ausbildung bei der Kommune abschließen, erhalten eine unbefristete**
596 **Stelle**. Wir stehen für eine gute Weiterbildung in allen Beschäftigungsphasen. So
597 sollen alle Kolleg*innen **Qualifizierungs- und Bildungsmöglichkeiten** erhalten,
598 unabhängig von Stelle oder Behörde.

599 Grundsätzlich gilt: Wir wollen Expertise im Haus behalten. Alles, was öffentliche
600 Aufgabe ist, muss von der öffentlichen Hand geleistet werden können. Projektbasiertes
601 Zukaufen von Expertise aus der Privatwirtschaft muss die Ausnahme bleiben. Dort, wo
602 Expertise verloren gegangen ist, wollen wir sie zurückholen. Dazu müssen wir **auf**
603 **allen Ebenen unbürokratisch mehr Stellen schaffen und diese attraktiv ausschreiben**
604 **und gestalten**. Wir müssen **Einstellungsprozesse deutlich verkürzen**. Wir zielen darauf
605 ab, **keine neuen Verbeamtungen** durchzuführen. Hiervon ausgenommen sollen nur einzelne
606 hoheitliche Aufgaben sein, in denen die Voraussetzungen für eine Verbeamtung wichtig
607 für die Stellen sind.

608 Wir setzen uns in unserer Kommune dafür ein, dass eine **Selbstverpflichtung zur**
609 **Schaffung verschiedener Dienstvereinbarungen** getroffen wird. So stellen wir sicher,
610 dass keine Entscheidung ohne die Beschäftigten getroffen wird, insbesondere bei
611 Umstrukturierungen, Umzügen oder Um- und Neubauten von Dienstorten. Dasselbe gilt für
612 alle kommunalen Eigenbetriebe. Hierfür machen wir uns auch in den **Verwaltungs- und**
613 **Aufsichtsräten stark, in denen wir politische Posten besetzen**. In unseren Fraktionen
614 stellen wir sicher, dass Personalräte und Beschäftigtenvertretungen bei allen
615 wichtigen Entscheidungen angehört und so Einfluss auf den politischen
616 Entscheidungsprozess erhalten.

617 Für uns gilt der Grundsatz einer bürger*innennahen Verwaltung. Dies bedeutet für uns
618 grundsätzlich eine Öffnung der Verwaltung nach außen und ein positives und
619 konstruktives Verhältnis zwischen den Menschen in der Kommune und den Kolleg*innen in
620 der Verwaltung.

621 Dort, wo die Verwaltung im öffentlichen Raum präsent ist, fordern wir **ein neues**
622 **Verständnis von Ordnungs- und Vollzugsdienst**, vor allem bei der Übernahme von
623 Aufgaben im Rahmen der Amtshilfe durch die Polizei. Gleichzeitig gilt es genau
624 festzulegen, welche Angebote der kommunale Ordnungsdienst machen kann. Wir fordern
625 daher einen klaren **Aufgaben- und Angebotskatalog für den Ordnungsdienst**, der in enger
626 Abstimmung mit der Zivilgesellschaft und den Vollzugsbehörden erarbeitet wird. Dieser
627 muss vor allem auch einen Fokus auf Arbeitsbedingungen und Ausbildungsinhalte legen.

628 Eine der zentralen Aufgaben der Verwaltung der Zukunft ist eine **zügige und**

629 **nutzer*innenfreundliche Digitalisierung.** Hierfür ist die Komplettdigitalisierung
630 aller Akten und Vorgänge, soweit dies rechtlich möglich ist, vorrangige Daueraufgabe.
631 Gleichzeitig muss einerseits verlässliche und für Bürger*innen und
632 Verwaltungsbeschäftigte leicht navigierbare Software entwickelt werden und Training
633 für alle Nutzer*innengruppen niedrigschwellig angeboten werden. Software muss
634 kompatibel sein, sodass alle Verwaltungsebenen, also Kommune, Landkreis, Land und
635 Bund, Daten schnell und sicher austauschen können und sich keine Kultur der doppelten
636 Buchführung etabliert. **Gleichzeitig müssen immer analoge Bearbeitungsmöglichkeiten**
637 **geboten werden,** damit denjenigen, die digitale Angebote nicht nutzen können oder
638 wollen, keine Nachteile entstehen. Die Verwaltung arbeitet mit sensiblen Daten. Daher
639 muss **Transparenz und dem Datenschutz** die oberste Priorität zukommen. Die Bürger*innen
640 einer Kommune müssen jederzeit wissen, welche Stellen welchen Vorgang mit ihren Daten
641 durchgeführt haben.

642 Wir fordern außerdem **niedrigschwellige digitale Beteiligungsmöglichkeiten** für alle
643 Bürger*innen einer Kommune. Insbesondere bei Bau- und Entwicklungsvorhaben müssen
644 alle Bewohner*innen eng eingebunden werden, damit sie ihre Ideen und Bedürfnisse
645 direkt mit den Entscheidungsträger*innen und Ausführenden kommunizieren können.

646 All dies geht nur, wenn wir gut **bezahlte und attraktive Stellen im Bereich IT**
647 schaffen und dauerhaft finanzieren. Gleichzeitig wollen wir, dass Verwaltung und
648 Politik eine höhere Bereitschaft zeigt, sich Expertise - auch von außen- zu eigen zu
649 machen, um eine moderne digitale Infrastruktur aufzubauen.

650 Wir verstehen die Verwaltung nicht nur als reine Dienstleisterin, sondern auch
651 gemeinsam mit der politischen Ebene, als Kraft, die die Kommune als Ganzes
652 repräsentiert. Viele Entscheidungen, die von der Verwaltung getroffen werden, haben
653 großen Einfluss auf das Leben aller. Deshalb muss die Verwaltung in der Lage sein,
654 die Gesellschaft in ihrer Vielfalt zu verstehen und viele Sichtweisen in ihr Handeln
655 einzubauen.

656 Deshalb fordern wir den Ausbau von Stellen und Gremien, die verschiedene Gruppen und
657 Interessen beratend repräsentieren. Dafür sollen **Gleichstellungsstellengestärkt und**
658 **flächendeckend Beauftragte oder Räte,** beispielsweise Queerbeauftragte oder
659 Beauftragte für Menschen mit Behinderungen **ingerichtet werden.** Wir sorgen dafür,
660 dass die Beauftragten oder Räte **in alle zentralen Verwaltungsverfahren einbezogen**
661 werden und auch den politischen Entscheidungsträger*innen Bericht erstatten können.
662 Für uns ist klar, dass von Diskriminierung betroffene Menschen ihre Erfahrungen am
663 besten selbst darlegen können und damit eine wertvolle Ergänzung zur politischen
664 Vertretung und Expert*innen auf der Verwaltungsebene sind.

665 Wir setzen uns in unserer politischen Arbeit in der Kommune darüber hinaus dafür ein,
666 dass **die Verwaltung eng in politische Entscheidungsprozesse eingebunden wird.** Wir
667 stehen dafür, dass die Projektverantwortlichen und Sachbearbeitungen auch angehört
668 werden und ihre Arbeit und Prozesse vorstellen können, statt nur auf Führungskräfte
669 zu setzen. Dies stellen wir auch in unseren Fraktionen sicher.

670 **Finanzen**

671 Die Mehrheit unserer Kommunen kämpft mit finanziellen Schwierigkeiten, die durch eine
672 mangelnde Ausfinanzierung in Verbindung mit den vielfältigen und stetig steigenden
673 Aufgaben ausgelöst werden. Diese Problematik kann in der Hauptsache nur durch Bund

674 und Länder gelöst werden. Im Folgenden betrachten wir die allgemeine Haltung zur
675 kommunalen Haushaltsführung, unabhängig von den Verfehlungen in der Ausfinanzierung
676 durch Bund und Länder.

677 Wir setzen uns für die **Anhebung der Hebesätze** ein, vorausgesetzt, dass die
678 wirtschaftliche Lage es zulässt. Dabei ist es unser Ziel, die zusätzlichen Einnahmen
679 unmittelbar an die Bürger*innen weiterzugeben. Dies geschieht durch die Umsetzung
680 sozialer und nachhaltiger Projekte und dem zukunftsorientierten Ausbau der
681 Infrastruktur. Ebenfalls befürworten wir die **flächendeckende Einführung**
682 **wiederkehrender Straßenausbaubeiträge**, um die finanzielle Belastung fairer zu
683 verteilen.

684 Die Erhebung einer City-Maut bzw. generell jegliche nutzungsabhängige Abgabe für
685 elementare Bestandteile einer Kommune lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir uns für
686 **differenzierte Parkraumgebühren** ein, die abhängig sind von alternativen
687 Mobilitätsmöglichkeiten, Verfügbarkeit von Parkraum und der Nutzer*innengruppe.
688 Weitere Steuern wie die Betten- und Hundesteuer möchten wir beibehalten. Wir wollen
689 einen X-Pass für ausgewählte Zielgruppen einführen, mit welchem kommunale
690 Nutzungsentgelte entfallen und Gebühren reduziert werden.

691 Im Rahmen von Haushaltskonsolidierungen sind es meist die Kultur und
692 Demokratiebildung, an denen zuerst gespart wird. Aber auch Jugendförderung und
693 Sozialarbeit werden hier schnell gestrichen. Durch eine Definition innerhalb der
694 Kommune von Daseinsvorsorge, allgemeinen freiwilligen Leistungen und Pflichtaufgaben,
695 wollen wir die Haushaltsansätze in den genannten Bereichen besser verteidigen.
696 Außerdem wollen wir **Transparenz in der Förderung** von externen Trägern schaffen. Für
697 geplante Investitionen sollen Ansätze ehrlich und transparent gebildet werden. **Wir**
698 **lehnen das Bilden von Platzhaltern ab**, da dies zur Irreführung der Bürger*innen führt
699 und effektiv dazu führt, dass andere Bereiche finanziell schlechter ausgestattet
700 werden.

701 **Den Verkauf von Grundstücken zur Haushaltskonsolidierung lehnen wir ab.** Stattdessen
702 befürworten wir Erbpacht als langfristige und dynamische Lösung, gekoppelt an den
703 Bodenwert. **Public Private Partnership lehnen wir ab**, da die Kriterien oft im weiteren
704 Prozess nicht eingehalten werden und zu unerwünschten Abhängigkeiten führen können.

705 Schulden sollten nicht tabuisiert, sondern in einem ehrlichen Haushalt transparent
706 und bedarfsorientiert behandelt werden. **Den Grundsatz eines ausgeglichenen Haushalts**
707 **lehnen wir ab.** Bei kooperativen Kommunalaufsichtsbehörden sollten alle Spielräume
708 genutzt werden, um die Selbstbestimmung der Kommunen zu wahren. In der Aufstellung
709 des Haushaltes ist für uns das **Gender-Budgeting** grundsätzlich zu verfolgen. Der
710 Haushalt stellt das zentrale Steuerungsinstrument einer Kommune dar, weshalb dieser
711 partizipativ erstellt werden soll. Aus diesem Grund wollen wir **Bürger*innenhaushalte**
712 aktiv fördern.

Antrag O2: Bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende schaffen!

Antragsteller*in:	Jusos Weser-Ems
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

1 Inflation, Wohnungsnot und Bildungschancen sind grundlegende Probleme unsere
2 Gesellschaft. Diese betreffen auch Auszubildende. Knapp drei Viertel aller
3 Auszubildenden wohnen bei ihren Eltern oder anderen Verwandten. Mit dieser Situation
4 sind aber nur rund ein Drittel der Auszubildenden zufrieden. Das zeigt eine Umfrage
5 der DGB-Jugend aus dem Jahr 2020. Diese zeigt außerdem, dass staatlich geförderter
6 und bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende existenziell ist. Steigende Mieten machen
7 es vielen Azubis schwer neue Wohnungen zu finden, so lag die Durchschnittsmiete im 1.
8 Halbjahr 2022 in Deutschland bei 7,50 Euro Nettokaltmiete pro Quadratmeter
9 Wohnfläche. 15 % höher fiel die Miete aus, wenn die Wohnung im Jahr 2019 oder später
10 neu bezogen wurde. Hierbei lag die Nettokaltmiete durchschnittlich bei 8,60 Euro.
11 Hinzu kommen gestiegene Nebenkosten beispielsweise in Form von gestiegenen
12 Heizkosten. Diese Faktoren führen dazu, dass die eigene Wohnung in der Regel bei
13 Auszubildenden an Ihren finanziellen Mitteln scheitert, dies hat sich durch die
14 Inflation sogar noch drastisch verstärkt. Um diesen Menschen trotzdem ein
15 eigenständiges und zentrales Wohnen zu ermöglichen, können staatlich geförderte
16 Azubi- Wohnheime eine kostengünstige Alternative bieten.

17 Des Weiteren machen Azubi-Wohnheime Orte und Ausbildungsstätten attraktiver, dies ist
18 gerade in Zeiten vom akuten Fachkräftemangel wichtig. Mit Azubi-Wohnheimen kommen wir
19 gesamtgesellschaftlich auch der Chancengerechtigkeit ein Stück näher, da jeder
20 Auszubildende seine Ausbildungsstätte ortsunabhängig wählen kann und dabei nicht vom
21 Geldbeutel der Eltern abhängig ist.

22 Bund und Länder sind gefordert gemeinsam ein Konzept zur Realisierung der
23 Auszubildenden Wohnheime vorzulegen und umzusetzen. Schließlich wird die
24 Bundesregierung für den sozialen Wohnungsbau bis zum Jahr 2026 eine finanzielle
25 Unterstützung in Höhe von 14,5 Milliarden Euro bereitstellen. Für den sozialen
26 Wohnungsbau liegt die ausschließliche Gesetzgebungs- und Vollzugskompetenz bei den
27 Ländern. Die Länder verpflichten sich ihrerseits, Landesmittel in Höhe von mindestens
28 30 Prozent der in Anspruch genommenen Bundesmittel bereitzustellen.

29 Eine Förderung der Unabhängigkeit und des Wohnraumes für Auszubildende ist vor diesem
30 Hintergrund umso bedeutender. Daher setzen wir uns für ein Konzept zur Realisierung
31 von staatlich geförderten Auszubildenden Wohnheimen ein. Bei den Auszubildenden
32 Wohnheimen soll es sich um eine gemeinnützige Stiftung handeln. Ein gutes Vorbild
33 hierfür ist das „Azubiwerk“ in Hamburg, welches günstigen Wohnraum für voll- und
34 minderjährige Auszubildende mit pädagogischer Begleitung sowie Beratungs- und
35 Unterstützungsangeboten anbietet. Gefördert wird die Stiftung durch die Hamburger
36 Sozialbehörden und die Hamburger Handelskammer. Das Ziel muss es daher sein,
37 flächendeckend attraktiven und bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, der selbstständiges
38 und selbstbestimmtes Wohnen in der Nähe zur Ausbildungsstätte ermöglicht. Darüber
39 hinaus müssen eine gute Ausstattung sowie die qualitativ hochwertige pädagogische

40 Betreuung minderjähriger Auszubildender im Fokus stehen.

Antrag O3: Supermarktkonzerne vergesellschaften!

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

1 Adressat*in: Juso Bundeskongress

2 Die Versorgung mit Lebensmittel ist existentiell. Deshalb muss die
3 Lebensmittelversorgung Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge werden und als solche
4 unabhängig von privaten Profitinteressen und Marktlogiken organisiert sein. Um uns
5 mit Lebensmittel zu versorgen ist der Besuch des Supermarktes unverzichtbar. Die
6 Durchsicht der Werbeprospekte nach günstigen Angeboten sind Beleg dafür, dass
7 Supermärkte nicht nur auf die Preise, sondern auch auf die Art unserer Ernährung
8 großen Einfluss haben.

9 Diese wichtige Aufgabe darf nicht dem Profitinteresse privater Supermarktkonzerne
10 unterworfen sein. Deshalb fordern wir die konsequente Vergesellschaftung und
11 Demokratisierung der Supermarktkonzerne, damit was an Nahrungsmitteln zu welchen
12 Preisen verkauft wird und wie es produziert werden soll und wie sie produziert werden
13 sollen.

14 Private Gewinne an Lebensgrundlage verbieten

15 Zu den Konsumgüter des täglichen Bedarfs zählen neben Lebensmitteln auch alkoholfreie
16 und alkoholische Getränke, Tabakwaren, Körperpflegemittel und Kosmetik, Wasch-,
17 Putz- und Reinigungsmittel, Papierhygiene und Heimtierbedarf. All das kaufen wir
18 vorrangig bei REWE, Penny, Kaufland, LIDL, ALDI, EDEKA, Netto und Co ein. Die fünf
19 größten Lebensmittelkonzerne, die jeweils unterschiedliche Discounter und
20 Lebensmittelvollsortimenter unter ihrem Dach vereinen, haben so in Deutschland einen
21 Marktanteil von 75%, ihre Nettogewinne stiegen insbesondere während der Pandemie
22 gewaltig und die Besitzer*innen gehören zu den Top-Milliardär*innen in Deutschland.

23 Gleichzeitig muss davon ausgegangen werden, dass 12,5 Millionen Menschen in diesem
24 Land, die unter der Armutgefährdungsquote leben, zumindest zeitweise von
25 Ernährungsarmut betroffen sind. Menschen, die Armutsrisiko ausgesetzt sind, sind
26 außerdem häufiger Opfer von chronischen Erkrankungen - wie Herz-Kreislauf-
27 Erkrankungen oder Diabetes. Diese sind auch auf die Ernährung zurückzuführen. Das
28 ernährungsbedingte Krankheitsrisiko ist eine große soziale Ungerechtigkeit, die wir
29 bekämpfen müssen.

30 Ernährung ist eine Klassenfrage!

31 Es ist nicht akzeptabel, dass das Kapital einiger weniger auf Kosten der vielen
32 weiter wächst. Die Versorgung der Bevölkerung mit existentiellen Konsumgütern darf
33 nicht der Kapitalvermehrung dienen. Der Zweck muss der bezahlbare Zugang zu gesunden
34 und ausgewogenen Lebensmittel für alle Menschen sein.

35 Gesunde und bezahlbare Lebensmittel für alle

36 1,65 Millionen Menschen waren in Deutschland im Jahr 2021 regelmäßig auf Lebensmittel
37 von Tafeln angewiesen. Gemeinnützige Träger kompensieren so ein Problem, dass durch
38 niedrige Renten, unzureichende Grundsicherung und Erwerbsarmut verursacht werden.

39 Unser Ziel ist es, durch die Bekämpfung von Armut Tafeln überflüssig zu machen und
40 dafür zu sorgen, dass durch Demokratisierung und Vergesellschaftung von Supermärkten
41 gesunde Lebensmittel selbstbestimmt erworben werden können. Der kapitalistische Markt
42 ist dieser Herausforderung nicht gewachsen. Das Profitinteresse der
43 Supermarktkonzerne führt dazu, dass insbesondere nährstoffarme und verarbeitete
44 Lebensmittel mit hohen Gewinnspannen günstig verkauft werden. Das führt mitunter
45 dazu, dass von Armut betroffene Menschen am Ende des Monats häufig auf Obst und
46 Gemüse verzichten und dafür schnell sättigende Lebensmittel kaufen.

47 Um den Widerspruch zwischen bezahlbarer und gesunder Ernährung einerseits und
48 zwischen nachhaltigen Produktionsbedingungen und gerechter Bezahlung von
49 Erzeuger*innen andererseits auflösen zu können, bedarf es eines staatlichen Eingriffs
50 und ein grundlegende Umstrukturierung von Subventionen. So muss die massive
51 Ungleichheit, beispielsweise die steuerliche Bevorzugung klimaschädlicher
52 Fleischprodukte, zugunsten einer nachhaltigen, klimafreundlichen und
53 Ernährungssicherheit schaffenden Lebensmittelproduktion angepasst werden.

54 Lebensmittellieferketten, die Ausbeutung überwinden und auf Nachhaltigkeit setzen
55 Die kapitalistische Bewirtschaftung der Agrarflächen beutet unsere Lebensgrundlage
56 genauso wie die Produzent*innen aus. Die auf Ertragssteigerung ausgelegte
57 Bewirtschaftung hat fatale Folgen für die Arten- und Biotopvielfalt. Die
58 Supermarktkonzerne haben daran einen erheblichen Anteil indem sie Kostendruck auf
59 Erzeuger*innen ausüben. Nur langsam ist in Bezug auf nachhaltige Produktion und
60 Tierwohl ein Umdenken zu erkennen. Die Bemühungen sind aber längst nicht ausreichend
61 und lassen insbesondere die Arbeitsbedingungen der Arbeiter*innen außer acht. Mit der
62 Vergesellschaftung von Supermärkten können wir diese unternehmerischen Entscheidungen
63 – die entscheidend für die Bekämpfung des Klimawandels sind – demokratisieren und
64 dafür sorgen, dass existenzsichernde Löhne und Teilhabe an der Wertschöpfung für alle
65 Menschen, die an der Produktion von Lebensmitteln beteiligt sind, gewährleistet
66 werden.

67 Da enormer Preisdruck zwischen verschiedenen Supermärkten existiert versuchen die
68 Konzerne ihre Macht gegenüber den Produzent*innen und Lebensmittelherstellern
69 knallhart auszunutzen, um die Preise zu drücken und die Gewinnmargen zu erhöhen. Dies
70 führt zu enorm belastenden Situation für die Erzeuger*innen und zu
71 Qualitätseinschränkungen in der Herstellung.

72 Lebensmittelverschwendung entgegenwirken

73 In Deutschland werden jedes Jahr 12 Mio. Tonnen Lebensmittelabfälle vernichtet. Davon
74 rund 34% bei der Primärproduktion, Verarbeitung und im Handel. Supermarktkonzerne
75 planen sorgfältig die Produktion von Lebensmitteln und haben somit großen Einfluss
76 auf Lebensmittelverschwendung. Supermärkte sind hochgradig geplante ökonomische
77 Systeme für deren Funktionieren es notwendig ist, weit im voraus zu planen um
78 saisonale Nachfrage und zuverlässige Lieferketten zu gewährleisten. Für diese Planung
79 werden komplexe Datensätze und Algorithmen angewandt, die viele schwankende Variablen
80 berücksichtigen. Daraus können wir ableiten, dass dezentrale Planwirtschaft nicht
81 zwangsläufig zu Mangel führt, sondern im Gegenteil enorme Kapitalanhäufung
82 ermöglichen kann. Wir wollen diese Mechanismen nutzen, um das Gemeinwohl zu steigern,
83 Lebensmittelverschwendung zu bekämpfen und den Zugang zu Lebensmitteln als
84 Daseinsvorsorge begreifen.

85 Gute Arbeit im Supermarkt

86 Die Arbeit der Beschäftigten im Supermarkt ist systemrelevant und elementar für die
87 Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Konsumgütern. Mit dem Outsourcing der
88 Beschäftigten in der Reinigung und derjenigen, die vor Ladenöffnung die Regale
89 auffüllen, mit geringfügiger Beschäftigung und geringen Löhnen ist eine Bezahlung,
90 die die Relevanz der Arbeit abbildet, nicht gegeben. Mit der Vergesellschaftung von
91 Supermärkten können Löhne adäquat zum öffentlichen Dienst und gute Arbeitsbedingungen
92 umgesetzt werden.

93 Vergesellschaftung und Demokratisierung, was heißt das?

94 Für die konkrete Organisationsform einer vergesellschafteten und demokratisierten
95 Lebensmittelbranche gibt es unterschiedliche Ansätze. Schon jetzt gibt es in anderen
96 Ländern große genossenschaftlich organisierte Supermarktketten. Auch in Deutschland
97 ist z. B. EDEKA teilweise als Genossenschaft organisiert, jedoch nicht mit den
98 Konsument*innen als Genoss*innen, sondern mit den Supermarktbetreiber*innen.
99 Gleichzeitig entstehen z. B. mit dem Kartoffelkombinat in München konkrete
100 genossenschaftlich organisierte Projekte, die ökologische und unter gerechten
101 Bedingungen hergestellte Lebensmittelversorgung anbieten. In derartigen Projekten
102 lässt sich schnell feststellen, dass der Preis für Lebensmittel, die regional,
103 ökologisch und mit guten Arbeitsbedingungen produziert und verkauft werden,
104 eigentlich höher liegen müsste, als er bei preisgedumpten Discounterkonzernen ist.
105 Höhere Kosten für Lebensmittel, die Ausbeutung entlang der Wertschöpfungskette
106 verhindern, begründen die Notwendigkeit höherer Löhne und einer entsprechenden
107 Anpassung der Höhe von Sozialleistungen.

108 Neben Genossenschaften sind aber auch kommunale Betriebe denkbar, die einer
109 demokratischen Kontrolle unterstehen. Bestimmte Dienstleistungen für diese kommunalen
110 Betriebe sind wiederum durch eine staatliche Organisation möglich, die z. B. durch
111 ein Bundesministerium gesteuert wird.

Antrag O4: Die Zukunft der Stadtplanung ist feministisch - für gleichberechtigte und soziale Städte!

Antragsteller*in:	Jusos Saar
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

1 Analyse:

2 Unsere Städte wurden und werden von Männern für Männer entworfen. In der
3 traditionellen Stadtplanung waren die Infrastruktur unserer Städte, ihr Verkehrsfluss
4 und ihre Architektur auf den berufstätigen Mann ausgerichtet, der mit dem Auto von
5 zuhause zur Arbeit und wieder zurück fährt. Frauen und ihre Bedürfnisse sind in
6 diesen Planungen lange nicht konsequent mitgedacht worden. Leslie Kern spricht in
7 ihrem Buch *A feminist city* von "Ein[em] Patriachat, das in Stein gemeißelt ist".
8 Lange galt die Prämisse, dass Städte vor allem autogerecht sein müssen: Straßen,
9 Verkehrsführung, Wohnräume - vieles orientierte sich am Modell des Ernährers, der mit
10 dem Auto morgens zur Arbeit fährt und abends wieder zurückkommt. Die Haus- und
11 Carearbeit wurde einer „Hausfrau“ zugewiesen, die für die unbezahlte
12 Reproduktionsarbeit verantwortlich war und zuhause bleiben sollte. Da Männer also das
13 Geld verdienten, baute man ihnen Autos, Straßen und Parkplätze, damit sie möglichst
14 schnell vorankamen. Frauen sollten sich um Haushalt und Kinder kümmern, weshalb es
15 nicht vorgesehen war, überhaupt mobil zu sein. Wenn sie aus dem Haus mussten, um
16 einzukaufen oder ihre Kinder wegzubringen, dann schien es kein besonderes
17 städtebauliches Anliegen, ihren Weg angenehm und effizient zu gestalten.
18 Diese gesellschaftlichen Annahmen wirken bis heute nach, denn diese Art der
19 Stadtplanung erzeugt eine systemische Diskriminierung, die die Erfahrungen der Frauen
20 (und selbstverständlich auch die anderer marginalisierter Gruppen) in der Stadt, ihre
21 Freiheit, Sicherheit, Mobilität und Zugang zu öffentlichen städtischen Räumen prägt.
22 So sind in Städten beispielsweise sog. Angsträume entstanden, also Orte oder Wege mit
23 schlechter Einsehbarkeit, Dunkelheit, schlechter Ausleuchtung, Enge, fehlenden
24 Fluchtmöglichkeiten und wenigen Menschen. Laut einer [StudiederStadtH](#)
25 [eidelberg](#) nehmen 83 Prozent der befragten Frauen Umwege in Kauf, um solche Angsträume
26 zu vermeiden. Auch mangelnde Barrierefreiheit und die schlechte Erreichbarkeit von
27 Orten mit öffentlichen Verkehrsmitteln können neben Angsträumen ein Grund dafür sein,
28 dass Frauen sich aus dem öffentlichen Leben zurückziehen.
29 Die meisten Stadtplaner und Architekten sind immer noch Männer. Dabei prägt die
30 eigene Alltagserfahrung die Arbeit stark: Man muss aktiv aufgefordert werden eine
31 andere Perspektive einzunehmen, damit alle Bewohner*innen ihren Platz in der Stadt
32 finden. Im Studium der künftigen Stadtplaner*innen spielen feministische Konzepte
33 nahezu keine Rolle. Grundlegende Prämisse der feministischen Stadtplanung ist ein
34 kritischer Planungsansatz, der die Bedürfnisse verschiedener gesellschaftlicher
35 Gruppen bei der Stadtentwicklung und -planung berücksichtigt. Einen solchen Ansatz
36 konsequent zu verfolgen, würde zur Gestaltung von Städten führen, die letztendlich
37 jeder*m zugutekommen.

38 SPD, Grüne und FDP haben sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt, dass sie
39 „lebenswerte Städte, Gemeinden und ländliche Regionen in ganz Deutschland“ anstreben.
40 Diese sollen lebenswert für alle sein. Wir fordern deshalb, dass die Bedürfnisse
41 verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, insbesondere Frauen, Kinder, Senior:innen,
42 Menschen mit Behinderung, Wohnungslose, Menschen mit Migrationsgeschichte und andere
43 marginalisierte Gruppen bei der Stadtentwicklung und -planung berücksichtigt werden.

44 Zu den wichtigsten Merkmalen feministischer Stadtplanungsmaßnahmen gehören kompakte
45 Stadtviertel mit gemischter Nutzung, eine fußgängerzentrierte Straßengestaltung und
46 die öffentliche Bereitstellung kritischer städtischer Infrastruktur, besonders in den
47 Bereichen öffentliche Verkehrsmittel, Kinderbetreuung und sanitäre Anlagen. Wer zu
48 mehr Gleichberechtigung in der Stadt beitragen will, muss die Care-Perspektive
49 mitdenken: Kinder zur Kita bringen, ältere Angehörige im Alltag unterstützen und
50 einkaufen gehen. Dies gilt auch für den ländlichen Raum. Weitere Merkmale einer
51 lebenswerten Stadt für alle sind mehr Aufenthaltsflächen, breitere Gehwege,
52 Abstellmöglichkeiten für Fahr- und Lastenräder, Gemeinschaftsflächen zum Treffen und
53 Sitzen, auf denen auch Kinder sich frei bewegen können.

54 Wege sollten nicht nur barrierefrei, also ohne Bürgersteigkanten und Schwellen sein,
55 sondern auch möglichst kurz und gut ausgeleuchtet. Es ist wichtig, die Infrastruktur
56 auszubauen und neue Quartiere zu schaffen, bei denen Wohnen, Arbeit und der tägliche
57 Bedarf eng beieinander ist - fußläufig und verkehrsberuhigt. Eine solche Stadtplanung
58 fördert die Gleichberechtigung und die soziale Teilhabe im öffentlichen Raum, weil es
59 allen, insbesondere aber Frauen und anderen marginalisierten Gruppen, erleichtert,
60 Verpflichtungen, Hobbies und Care Arbeit unter einen Hut zu bringen. Von einer
61 feministischen Stadtplanung profitieren am Ende alle.

62 Zudem werden Städte und Gemeinden nachhaltiger und klimaresilienter, da kurze
63 Alltagswege sowie großzügige Grünflächen gewährleistet werden. Parks schaffen das
64 soziale Kapital einer Stadt. Urbane Grünflächen sind sowohl grüne Infrastrukturen,
65 die der Bildung von Hitze entgegenwirken, den Abfluss von Regenwasser ermöglichen und
66 einen Lebensraum für Tier- und Pflanzenarten darstellen, als auch soziale
67 Infrastrukturen, in denen Menschen sich begegnen, miteinander in Austausch treten und
68 sich erholen. Beide Funktionen sind unmittelbar miteinander verbunden.

69 **Forderung:**

70 Die Einbindung feministischer Konzepte in den Stadtplanungsprozess der Städte, indem
71 sie z.B. verschiedene Perspektiven und Bedürfnisse in die Planung einbeziehen,
72 konkret:

- 73 • Die Erarbeitung von Beleuchtungsstrategien für Parkanlagen und
74 Naherholungsgebiete, die sowohl Angsträume beseitigt als auch die Umwelt
75 schützt.
- 76 • Gewährleistung von barrierefreiem Zugang zu Toiletten im gesamten öffentlichen
77 Raum.
- 78 • Die Berücksichtigung von Gender-Aspekten bei den Förderkriterien in
79 Ausschreibungen des Bundes und mehr Fördermöglichkeiten für Maßnahmen zur
80 Erreichung einer geschlechtergerechten Stadt.
- 81 • Eine generelle Verankerung feministischer Stadtplanungskonzepte in Ausbildung
82 und Studium von künftigen Stadtplaner*innen.

- 83 • Eine strukturelle Verankerung von Stellen in der öffentlichen Verwaltung, die
- 84 sich mit genderspezifischen Bedürfnissen und Auswirkungen von Planung
- 85 beschäftigen.

Antrag O5: Förderung der Gewaltprävention durch aktives Handeln

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

- 1 Die Förderungsmöglichkeiten von Kommunen, Sportvereinen und Sozial-karitativen
- 2 Jugendclubs für die Betreuung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch
- 3 präventive Sozialarbeit programm-technisch, zu verbessern: Bewilligung von
- 4 Projektmitteln bei akutem Handlungsbedarf, Sensibilisierung der Kinder- und
- 5 Jugendwohlfahrt des Landes, Senkung finanzieller Hürden zur Teilnahme an Kinder-,
- 6 Jugend- und Bildungsprogrammen.

Begründung

Die Corona Pandemie und der Krieg am Rand der Europäischen Union haben gezeigt, dass junge Menschen ab dem Eintritt in das Jugendalter in Europa psychisch (schwer) belastet sind. Die Folgen der Lockdown-Phasen und das tägliche Medienangebot mit Bildern von Eskalation und Verletzung haben Jugendliche in den Zustand mentaler Belastung versetzt. Fehlende Orientierungsmöglichkeiten und erlernte Bewältigungsmöglichkeiten, die fehlende Ausübung physischer Betätigung im Körperkontakt in sportlichem Rahmen, führen bei Kindern- und Jugendlichen zu teilweise gewalttätigen und unausgeglichenen Verhaltensmustern.

Indem private und soziale Träger ausreichend finanzielle und materielle Mittel gewilligt werden:

1. Wird Personal zur Betreuung /Sozialer Arbeit besser und attraktiver finanziert.
2. Können bessere Konzepte für kollektive Bewältigungsaufgaben erarbeitet werden.
3. Werden die Zugangsmöglichkeit und die Teilnahme-Kapazitäten verbessert. Insbesondere durch, Netzwerken und Fortbildungen von Sozialarbeiter*Innen unter- einander können lokal Lagebilder und effizienter Präventionskonzepte erstellt werden. Hierdurch entsteht ein breites Angebot an Betätigungen, die eine nachhaltige soziale und integrative Wirkung entfaltet. Junge Menschen können im Idealfall zwischen Individual und

Gruppenorientierten Aktivitäten auswählen. Dies sorgt für ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen gruppenorientiertem Lernen und individuellem Entwicklungspotenzial. Aufklärungsunterricht über Gewaltprävention an vereinzelt Tagen im Schuljahr ist keine nachhaltige Lösung. Vielmehr sollten junge Menschen, die Chance haben von ihren Erfahrungen wahlweise in einem offen und in einem geschützten Rahmen bewältigen zu können. Dafür könnte Module in ein Kommunales Konzept aus Sport- und Entwicklungsförderung integriert werden.

Diese Projekte sollten mit jungen Menschen und Expert*Innen aus Vereinen und Gesellschaft regelmäßig reflektiert werden. Und die Ergebnisse sollten im Rahmen öffentlichkeitswirksamer

Veranstaltungen präsentiert werden. Jugend ist Zukunft!

Quellen:

Lokales Ereignis; <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/opfer-von-eisenstangen-attacke-in-marburg-ich-bin-nicht-mehr-so-wie-frueher-v1,opfer-gewalttat-marburg-100.html>

Lokale Expert*Innen: <https://www.mittelhessen.de/lokales/kreis-marburg-biedenkopf/marburg/wie-sich->

paedagogen-gegen-jugendkriminalitaet-in-marburg-stemmen-2473521

Studie der Bundesregierung <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/corona-kinder-und-jugendliche-2163490>

Antrag O6: Her mit dem ganzen Wohngeld! Prüfverfahren vereinfachen, Einkommensprüfung abschaffen

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	O - Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

- 1 Nach aktueller Maßgabe kann Wohngeld nur für Personen bewilligt werden, die entweder
2 über ein Einkommen verfügen, das dem SGB XII-Regelbedarf entspricht, oder die
3 plausibel darlegen können, dass sie ihren Lebensunterhalt auch ohne Wohngeld
4 vollumfänglich bestreiten können.
- 5 Ziel des Wohngelds soll es aus jungsozialistischer Perspektive hingegen sein,
6 Menschen bei der alltäglichen finanziellen Lebensbewältigung zu unterstützen, indem
7 der Staat Unterstützung für oft exorbitante Mieten leistet.
- 8 Insbesondere Menschen mit geringem Einkommen benötigen diese Entlastungen – und zwar
9 unabhängig davon, ob sie genug verdienen, um zu überleben oder nicht. Das Wohngeld
10 soll eine Hilfe beim Überleben sein und dieses nicht voraussetzen! Im Übrigen sind
11 Empfänger*innen anderer Sozial- und Transferleistungen sowie von Leistungen nach
12 BAföG ohnehin vom Bezug des Wohngeldes ausgeschlossen.
- 13 Durch die Abschaffung der aufwendigen Plausibilitätsprüfung werden darüber hinaus
14 auch Ressourcen in der öffentlichen Verwaltung frei und die Antragsbearbeitung kann
15 beschleunigt werden.
- 16 Ziffer 15.01 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung des
17 Wohngeldgesetzes (WoGVwV) soll mit dem Ziel abgeschafft werden, dass ein
18 Lastenzuschuss auch im Fall eines Einkommens unterhalb des SGB XII-Regelsatzes
19 gewährt wird.

Antrag P1: Mehr Respekt für Pflegebedürftige und Pfleger*innen - In der Kranken- und Altenpflege muss sich etwas ändern!

Antragsteller*in:	Jusos Nord-Niedersachsen
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

1 Die Pflegegelderhöhung muss kommen!

2 Analyse

3 Im Jahr 2025 soll es etwa 5,5 Millionen Pflegebedürftige in Deutschland geben und
4 diese Zahl wird voraussichtlich in den nächsten Jahrzehnten noch weiter steigen. Der
5 Trend der Jahre 2019 bis 2021 zeigte einen Anstieg der Pflegebedürftigen um 20%.

6 Viele der Menschen, die gepflegt werden müssen, werden nicht in Pflegeheimen
7 untergebracht, sondern vier von fünf Pflegebedürftigen (2020) werden zu Hause
8 versorgt. In diesem Fall erhält die Pflegebedürftige Person ein Pflegegeld. Dieser
9 Betrag schwankt je nach Pflegegrad zwischen 316 und 901 Euro im Monat, wurde aber
10 seit 2017 nicht mehr erhöht, trotz steigender Inflation. Nun soll zumindest 2024 eine
11 5%ige Erhöhung kommen - dennoch ist es bezeichnend, dass gut 7 Jahre nichts passiert
12 ist. Die nun angekündigte Erhöhung gleicht außerdem die bisherige Inflation nicht aus
13 und wird den realen Kosten insgesamt nicht gerecht.

14 Insgesamt werden etwa 65% der Pflegebedürftigen Menschen allein durch Angehörige
15 gepflegt, wobei von diesen 5,3 Mio. häuslich Pflegenden, 3 Mio. erwerbstätig sind.
16 Dies ist eine große Zusatzbelastung neben dem Beruf und kann große alltägliche
17 Schwierigkeiten mit sich bringen. Ein weiterer Punkt ist, dass ungefähr 70% dieser
18 pflegenden Personen Frauen sind. Hierbei spielt vor allem die Mehrfachbelastung eine
19 große Rolle aufgrund von z.B. Familienversorgung, Beruf oder unbezahlter Care-Arbeit.
20 Außerdem wurde ein Großteil der pflegenden Angehörigen vergessen, so finden zum
21 Beispiel die pflegenden Rentner*innen keinerlei Berücksichtigung. Sie erhalten
22 (logischerweise) keine Rentenpunkte für ihre Pflgetätigkeit - schließlich sind sie
23 schon in Rente. Doch hier wurden bislang keine alternativen Honorierungsmöglichkeiten
24 geschaffen. Sie gehören viel zu selten zu den Anspruchsberechtigten solcher
25 Möglichkeiten und wurden beispielsweise auch beim Pflegegeld nicht berücksichtigt.

26 Das muss sich zukünftig ändern!

27 Die Inflation der letzten Jahre hat viele Menschen an die Armutsgrenze getrieben.
28 Dies betrifft vor allem auch die Pflegebedürftigen. Das Pflegegeld, das sie erhalten,
29 reicht oft nicht bis zum Ende des Monats aus, um alle Kosten zu decken, die
30 angefallen sind. Das ist vor allem den steigenden Lebenshaltungskosten zuzuschreiben,
31 aber auch der gescheiterten Reform der Pflege. In den letzten Jahren wurde versäumt,
32 das Pflegegeld weiter zu erhöhen und anzupassen und deshalb muss es eine sofortige
33 Erhöhung geben, um die Pflegenden und Pflegebedürftigen zu entlasten. Es muss
34 jährlich geschaut werden, inwieweit man das Pflegegeld an die aktuelle Inflationslage
35 anpassen muss, um zu vermeiden, dass viele, vor allem alte Menschen, in die Armut
36 rutschen. Dieses Problem könnte gelöst werden, indem ein Rechtsanspruch auf Tages-,
37 Verhinderungs- und Kurzzeitpflege eingeführt werden würde. Dies würde auch vor allem
38 zur Entlastung der pflegenden Angehörigen führen.

39

40 Deshalb fordern wir:

- 41 • Eine sofortige Pflegegelderhöhung um 25%.
- 42 • Dass eine jährliche verbindliche Dynamisierung der Pflegegelderhöhungen
43 eingeführt wird, um sich immer an die aktuelle Lage anzupassen.
- 44 • Die gestiegene Inflation muss in diesem Zusammenhang auch rückwirkend
45 ausgeglichen werden.
- 46 • Dass ein Rechtsanspruch auf Tages-, Verhinderungs- und Kurzzeitpflege eingeführt
47 wird.
- 48 • Dass der Kreis der Anspruchsberechtigten des Familienpflegegeldes stark
49 ausgeweitet wird.

50 Pflegebedürftige und pflegende Angehörige entlasten - Familienpflegegeld und -
51 pflegezeit ausgestalten!

52 Analyse

53 Wie soll die vielfach geforderte Ausgestaltung des Familienpflegegeldes und der
54 Familienpflegezeit konkret aussehen? Dazu haben wir Jusos genaue Vorstellungen. Bei
55 der Formulierung unserer Forderungen haben wir uns unter anderem am Bericht des
56 unabhängigen Beirats für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf orientiert.
57 Wie bereits hinreichend festgestellt wurde, wird ein Großteil der Pflegebedürftigen
58 in Deutschland zu Hause von ihren Angehörigen gepflegt. Mit der Übernahme der
59 häuslichen Pflege eines oder mehrerer Angehöriger darf allerdings nicht einhergehen,
60 dass die pflegenden Angehörigen aus dem Erwerbsleben ausscheiden oder hohe
61 Einkommenseinbußen hinnehmen müssen, weil sie aufgrund der Pflege ihre Arbeitszeit
62 verkürzt haben. Dies ist bisher aber oft der Fall. Die Reduzierung der Arbeitszeit
63 ist auch oft notwendig, um den zeitlichen Anforderungen der Pflege gerecht zu werden.
64 Bisher ist es so, dass man mit der Reduzierung der Arbeitszeit nicht nur Lohneinbußen
65 hinnehmen muss, es kann auch schnell passieren, dass man bisherige
66 Anspruchsberechtigungen im Pflegekontext verliert, da die Anspruchsberechtigungen
67 oftmals mit einer Mindestanzahl an Wochenstunden verbunden sind, die erbracht werden
68 müssen.

69 Bisherige Freistellungs- und Finanzierungsmöglichkeiten reichen außerdem bei weitem
70 nicht aus, um die tatsächliche Arbeit zu honorieren und die anfallenden Kosten,
71 beziehungsweise die Lohnausfälle auszugleichen. Dies hat der unabhängige Beirat für
72 die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf bereits 2015 festgestellt. Seitdem hat sich
73 jedoch noch nichts geändert. Des Weiteren erhalten die pflegenden Angehörigen bisher
74 nur Anspruch auf Familienpflegezeit und Familienpflegegeld, wenn eine bestimmte Größe
75 des Betriebs erfüllt ist und eine fest definierte familiäre Verbindung zwischen der
76 pflegebedürftigen Person und der pflegenden Person besteht. Diese Muster sind zu eng
77 gedacht und passen keineswegs zu den vielen individuellen Schicksalen und
78 Pflegesituationen. Für alle möglichen Situationen und Konstellationen braucht es ein
79 höchstmögliches Maß an Passgenauigkeit und flexiblen Hilfen. Für uns steht fest,
80 dass die nachfolgenden Forderungen schnellstmöglich und priorisiert umgesetzt werden
81 müssen.

82 Deshalb fordern wir:

- 83 • Pflegende Angehörige sollen Anspruch auf mindestens 36 Monate Familienpflegezeit

- 84 haben. Der Kreis der Anspruchsberechtigten soll ausgeweitet werden und sich
85 nicht nur auf die Familie beschränken, sondern auch auf Freund*innen,
86 Nachbar*innen und vergleichbare nahestehende Personen.
- 87 • Dass sowohl eine teilweise Freistellung, als auch eine vollständige Freistellung
88 ermöglicht werden müssen, die staffelbar sind und individuell in Anspruch
89 genommen werden können. Beide Optionen müssen allen Anspruchsberechtigten zur
90 Verfügung stehen, unabhängig von der Betriebsgröße.
 - 91 • Wenn die Familienpflegezeit genutzt wird, kann für den Zeitraum von insgesamt 36
92 Monaten eine steuerfinanzierte Lohnersatzleistung in Anspruch genommen werden.
 - 93 • Um Anspruch auf Familienpflegezeit zu erhalten, reicht es aus, dass die zu
94 pflegende Person über Pflegegrad 1 verfügt.
 - 95 • Die pflegebedürftige Person oder gegebenenfalls ein*e Bevollmächtigte*r soll
96 unbürokratisch und unkompliziert bestätigen können, wer die
97 anspruchsberechtigten Personen sind.
 - 98 • Die Familienpflegezeit soll unbürokratisch und unkompliziert von den
99 Anspruchsberechtigten in Anspruch genommen werden können.
 - 100 • Es darf keine maximale Anzahl an anspruchsberechtigten pflegenden Angehörigen
101 geben.
 - 102 • Wenn es mehrere pflegende Angehörige gibt, darf die Familienpflegezeit der
103 einzelnen Anspruchsberechtigten hintereinander oder gleichzeitig erfolgen.
 - 104 • Pflegende Angehörige dürfen mehrere Personen pflegen und für jede zu pflegende
105 Person erneuten Anspruch auf die Familienpflegezeit haben.
 - 106 • Die Umsetzung des Familienpflegegeldes und der Familienpflegezeit muss so
107 flexibel wie möglich gestaltet werden, sodass alle pflegenden Angehörigen davon
108 profitieren und die Leistungen entsprechend der individuellen Pflegesituation in
109 Anspruch nehmen können.
 - 110 • Anspruchsberechtigte unterstehen dem Kündigungsschutz nach dem Pflegezeitgesetz
111 §5.
 - 112 • Die rentenrechtliche Absicherung der Anspruchsberechtigten darf sich nicht
113 verschlechtern, wenn sie die Familienpflegezeit in Anspruch nehmen.
 - 114 • Anspruch auf Familienpflegegeld sollen alle pflegenden Angehörigen haben
115 (Familie, Bekannte, Nachbar*innen und vergleichbar nahestehende Personen)
 - 116 • Um diese Personen zu bestimmen, kann die pflegebedürftige Person oder
117 gegebenenfalls eine bevollmächtigte Person unbürokratisch und unkompliziert
118 bestätigen, wer zu den pflegenden Angehörigen gehört.
 - 119 • Anspruch auf das Familienpflegegeld erhalten die pflegenden Angehörigen, wenn
120 die zu pflegende Person mindestens über den Pflegegrad 2 verfügt.
 - 121 • Anspruch haben alle eingetragenen pflegenden Angehörigen. Pflegende Renter*innen
122 dürfen hier nicht übergangen werden. Berufstätige Angehörige haben Anspruch auf
123 das Familienpflegegeld unabhängig von Voll- oder Teilzeit und der Betriebsgröße.
124 Auch Angehörige, die noch nicht oder nicht mehr berufstätig sind, haben
125 Anspruch.
 - 126 • Der Anspruch auf das Familienpflegegeld besteht immer, unabhängig von der Höhe

127 des Einkommens.

- 128 • Mehrere Angehörige können sich den Anspruch auf das Familienpflegegeld
129 untereinander aufteilen. Es gibt keine maximale Anzahl an Anspruchsberechtigten
130 pro pflegebedürftiger Person.
- 131 • Die Höhe des Familienpflegegeldes wird entsprechend der Regelungen des
132 Elterngeldes berechnet.
- 133 • Wird das Elterngeld angehoben, muss auch das Familienpflegegeld angehoben
134 werden.
- 135 • Das Familienpflegegeld wird so lange gezahlt, wie die Anspruchsberechtigten
136 eine*n Angehörige*n pflegen.
- 137 • Analog zum Elterngeld, gibt es auch beim Familienpflegegeld einen
138 Mehrlingszuschlag pro weiterer zu pflegender Person.
- 139 • Die Beantragung des Familienpflegegeldes muss unbürokratisch und unkompliziert
140 möglich sein.

141 **Mehr Anerkennung schaffen: Rentenpunkte für vollzeitbeschäftigte pflegende**

142 **Angehörige!**

143 **Analyse**

144 Wenn wir uns damit beschäftigen, wie berufstätige pflegende Angehörige entlastet
145 werden können, beziehungsweise ihre geleistete Care-Arbeit anerkannt werden kann,
146 dürfen wir einen weiteren essentiellen Punkt nicht vergessen: Die bislang fehlenden
147 Rentenpunkte für vollzeitbeschäftigte pflegende Angehörige.

148 Was hat es damit auf sich? Für pflegende Angehörige gibt es aktuell die Möglichkeit,
149 Rentenpunkte für ihre Pflgetätigkeit zu erhalten. Hierfür müssen aber bestimmte
150 Voraussetzungen erfüllt sein, welche im SGB 11 §44 festgehalten sind: Die Gepflegten
151 müssen mindestens für den Pflegegrad 2 eingestuft worden sein. Die Pflege muss
152 darüber hinaus vom MDK (Medizinischer Dienst der Krankenversicherung) als notwendig
153 festgestellt worden sein. Die zu pflegende Person muss des Weiteren Anspruch auf
154 Leistungen aus der gesetzlichen oder privaten Pflegeversicherung haben. Schließlich
155 ist es auch notwendig, dass die pflegende Person in Deutschland, der Schweiz oder im
156 europäischen Wirtschaftsraum wohnhaft ist. Die geleistete Pflege muss mindestens 10
157 Stunden in häuslicher Umgebung ausgeübt werden, aufgeteilt auf mindestens zwei Tage
158 in der Woche.

159 Doch damit nicht genug. Um Anspruch auf Rentenpunkte zu haben, darf die pflegende
160 Person nicht mehr als 30 Stunden in der Woche arbeiten. Genau dieser Punkt ist jedoch
161 eine große Ungerechtigkeit und spiegelt keineswegs die realen Verhältnisse wider. In
162 Deutschland leben fast 5 Millionen anerkannte Pflegebedürftige. Rund 3/4 von ihnen
163 werden zu Hause durch ihre Angehörigen und teilweise durch die zusätzliche Hilfe
164 eines Pflegedienstes gepflegt. Etwa die Hälfte der pflegenden Angehörigen reduziert
165 ihre Arbeitszeit nicht. Daraus resultiert, dass es viele Menschen gibt, die einer
166 Vollzeitbeschäftigung - also 40 Stunden die Woche und mehr - nachgehen und zusätzlich
167 noch ihre Angehörigen pflegen. Dabei werden die geforderten 10 Mindeststunden Pflege,
168 aufgeteilt auf mindestens 2 Tage die Woche, erfüllt und sogar überschritten. Mit dem
169 Unterschied, dass diese Menschen keine Rentenpunkte für ihre Pflgetätigkeit
170 erhalten.

171 Dabei ist es schon schwer genug, die Pflege und den Vollzeitjob miteinander zu

172 vereinbaren. Nun soll diese kräftezehrende und zeitintensive Arbeit nicht mal durch
173 Rentenpunkte honoriert werden, weil es nicht vorgesehen ist, dass
174 Vollzeitbeschäftigte ihre Angehörigen pflegen? Das empfinden wir als große
175 Ungerechtigkeit. Dieser realitätsfernen Regelung muss schleunigst entgegengewirkt
176 werden. Wir müssen uns wirklich bewusst machen, wie prekär die Gesundheits- und
177 Pflegeversorgung aktuell ist! Viele Menschen haben gar keine andere Möglichkeit, ihre
178 Vollzeitbeschäftigung mit der Pflege ihrer Angehörigen zu vereinbaren. Denn
179 Pflegedienstleistungen und Pflegeplätze sind teuer und schwer zu bekommen. Nicht
180 jede*r kann sich dies ohne weiteres leisten, ohne in eine finanzielle Schieflage zu
181 geraten oder sogar auf zusätzliche Sozialleistungen angewiesen zu sein.
182 Umso wichtiger ist es, dass eine Gleichstellung aller pflegender Angehörigen so
183 schnell wie möglich erfolgt.

184

Deshalb fordern wir:

- 185 • Das SGB 11 §44 muss geändert werden: Vollzeitbeschäftigte, die zusätzlich ihre
186 Angehörigen pflegen und die übrigen Anforderungen erfüllen (Pflegebedürftige
187 verfügt mindestens über Pflegegrad 2; Pflege wurde durch MDK als notwendig
188 eingestuft und hat Anspruch auf Leistungen der gesetzlichen oder privaten
189 Pflegeversicherung; Pflegende*r Angehörige*r ist in Deutschland, der Schweiz
190 oder im europäischen Wirtschaftsraum wohnhaft; Pflege erfolgt mind. 10 Stunden
191 die Woche, aufgeteilt auf mindestens zwei Tage), müssen ebenfalls Anspruch auf
192 Rentenpunkte erhalten!

193

Es braucht mehr Kurzzeitpflegeplätze!

Analyse

196 Ein Notfall passiert und eine angehörige Person muss kurzzeitig gepflegt werden,
197 beispielsweise aufgrund eines Sturzes oder einer OP. Die Angehörigen können nicht
198 einspringen oder die Pflegebedürftigkeit der Person hat sich so weit erhöht, dass die
199 notwendige Pflege und Arbeit nicht mehr zu schaffen ist. Hier kommt die
200 Kurzzeitpflege zum Einsatz. Hierbei handelt es sich um eine überbrückende Pflege, die
201 auch als Notfallpflege gilt, bei der die Patient*innen vorübergehend vollstationär
202 in einem Pflegeheim untergebracht und versorgt werden. In dieser Situation kann dann
203 ein Pflegeersatz für Zuhause gesucht oder das Problem anders gelöst werden. Doch
204 vielen in dieser Situation fällt es nicht nur schwer, den Eigenanteil zu übernehmen,
205 es ist auch schwer, überhaupt einen Platz zu finden. Die Zahl der
206 Kurzzeitpflegeplätze in Einrichtungen sinkt seit Jahren kontinuierlich. Es gab einen
207 Rückgang in den Einrichtungen zwischen 2017 und 2021 um 470 Plätze auf insgesamt 1205
208 Plätze. Obwohl also die Zahl der Pflegebedürftigen steigt und somit auch die
209 Nachfrage und der Bedarf nach Kurzzeitpflege, sinken die Kurzzeitpflegeplätze.

210

Deshalb fordern wir:

- 212 • Einen Wiederaufbau der Kurzzeitpflegeplätze in Einrichtungen.
213 • Mehr finanzielle Unterstützung für Kurzzeitpflegeplätze in den Einrichtungen.

214 **Pflegekosten in Deutschland gerecht verteilen. Der Eigenanteil braucht einen Deckel!**

215 **Analyse**

216 Der Eigenanteil in Pflegeheimen setzt sich aus einem Anteil an den Pflegekosten, den
217 Kosten für Unterbringung und Verpflegung, Investitionskosten in den Pflegeheimen und
218 möglichen Zusatzkosten zusammen. In Deutschland lag der monatliche Eigenanteil im
219 Pflegeheim am 01.01.2022, laut einer Erhebung vom Verbund Pflegehilfe, bei rund 2179
220 Euro. Im Vergleich zum Eigenanteil im Pflegeheim aus dem Jahr 2018 ist das ein
221 Anstieg um 23 Prozent. Diese extreme Kostensteigerung lässt sich vor allem auf den
222 Personalmangel in den Pflegeberufen, der sich immer weiter zuspitzt, und den Mangel
223 an Plätzen in den Pflegeheimen zurückführen. Selbiges gilt auch für den ambulanten
224 Pflegedienst. Auch hier übernimmt ein Teil der Kosten die Pflegeversicherung, doch
225 auch die Angehörigen müssen Teile der Kosten übernehmen. Die Entwicklung der letzten
226 Jahre hat dazu geführt, dass ein flächendeckender Platzmangel und lange Wartezeit bei
227 gleichzeitig steigenden Kosten für die zu pflegenden Bewohner*innen und ihre
228 Angehörigen entstanden sind.

229 **Deshalb fordern wir:**

- 230 • Eine Deckelung einer möglichen Steigerung des Eigenanteils der Bewohner*innen,
231 beziehungsweise der Pflegeleistungsempfänger*innen (bspw. bei Inanspruchnahme
232 ambulanter Pflegeleistungen) oder ihrer Angehörigen an den Pflegekosten, damit
233 beispielsweise tarifbedingte Lohnsteigerungen des Pflegepersonals nicht in Gänze
234 weitergegeben werden können.
- 235 • Die Einführung eines „Pflege-Deckels“, der die Pflegekassen stärker in die
236 Zahlung des Eigenanteils der Bewohner*innen, beziehungsweise der
237 Pflegeleistungsempfänger*innen oder ihrer Angehörigen einbindet und so dazu
238 beiträgt, dass ein starker Anstieg des Eigenanteils nicht mehr möglich ist. Der
239 Leistungszuschlag zum Eigenanteil reicht hier nicht aus.
- 240 • Staatlich mitfinanzierte Programme, um dem flächendeckend existierenden Mangel
241 an Pflegeplätzen in den Pflegeheimen entgegenzuwirken und so das
242 Anstiegspotenzial des Eigenanteils zu reduzieren.
- 243 • Maßnahmen die der Profitorientierung in den Pflegeheimen, die von den großen
244 privaten Betreiber*innengesellschaften durch Sicherung eines größeren
245 Marktanteils ausgelebt wird, entgegenwirkt.

246 **Mehr Anerkennung und bessere Bedingungen für Kranken- und Altenpfleger*innen!**

247 **Analyse**

248 Es gilt jedoch nicht nur eine entscheidende Verbesserung für die Bewohner*innen in
249 den Pflegeheimen zu erreichen. Auch an der Situation der Pflegekräfte muss sich
250 zweifellos etwas ändern. Sie sind tagtäglich mit unklaren Arbeitszeiten und durch den
251 steigenden Personalmangel mit zusätzlichen Herausforderungen konfrontiert.
252 Gleichzeitig entsprechen die heute in diesem Bereich gezahlten Löhne in vielen Fällen
253 keinen tariflich festgelegten Standards. Die Menschen in den Pflegeberufen werden für
254 ihre Arbeit in vielen Fällen nicht fair bezahlt, wodurch die Schwierigkeiten im
255 Hinblick auf die finanzielle Absicherung im Alter sich noch zusätzlich zuspitzen.
256 Neben einer finanziellen Aufwertung der Pflegeberufe braucht es zusätzliche Anreize,
257 um die Ausbildung in diesem Bereich attraktiver zu gestalten, dem Personalmangel in
258 den Pflegeheimen, der ambulanten Pflege und Krankenhäusern entgegenzuwirken und den
259 Druck auf das schon jetzt in diesem Bereich arbeitende Personal zu verringern.

260 Deshalb fordern wir:

- 261 • Bessere und vor allem geregelte Arbeitszeiten für Krankenpfleger*innen und
262 Altenpfleger*innen, die vertraglich stärker abgesichert werden.
- 263 • Eine von allen im Kontext der Pflege relevanten Akteur*innen getroffene
264 Vereinbarung über bessere Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer*innen in
265 diesem Bereich, die genau die Perspektive dieser Berufsgruppe in den Mittelpunkt
266 stellt.
- 267 • Die Einführung einer betrieblichen Altersvorsorge für die Pflegefachkräfte und
268 Pflegehelfer*innen.
- 269 • Mehr Anreize zu schaffen, um die Aus- und Fortbildung im Bereich der Alten- und
270 Krankenpflege deutlich attraktiver zu gestalten.
- 271 • Dass die Fortbildungen für Pfleger*innen von den Heimbetreiber*innen oder
272 Krankenhäusern übernommen werden, damit ein beruflicher Aufstieg in diesem
273 Bereich nicht weiterhin vom eigenen Geldbeutel abhängig ist.
- 274 • Dass mehr Stellen und Möglichkeiten geschaffen werden, damit ein beruflicher
275 Aufstieg nach einer Fortbildung ermöglicht werden kann.
- 276 • Dass Pfleger*innen, die eine Fortbildung erfolgreich absolviert haben, zukünftig
277 auch ein entsprechend höheres Gehalt ausgezahlt bekommen.

Begründung

Pflegekosten in Deutschland gerecht verteilen. Der Eigenanteil braucht einen Deckel!

Immer mehr Menschen in Deutschland werden perspektivisch auf die Möglichkeit angewiesen sein, Pflegeleistungen in Anspruch zu nehmen. Das bedeutet, dass sie früher oder später einen Platz in einem Pflegeheim belegen können, aber auch ambulante Pflegeleistungen in Anspruch nehmen können. Neben dem Phänomen der erhöhten Nachfrage auf Pflegeplätze, verursacht durch die steigenden Lebenserwartungen der Menschen in Deutschland und die grundsätzliche Veränderung der Altersstruktur, sind auch steigende Kosten für die Pflege und wuchernde Eigenanteile zu beobachten. Das ist problematisch, weil immer weniger Menschen die Möglichkeit haben, zusätzlich etwas fürs Alter beiseite zu legen, während die durchschnittliche Altersvorsorge (beispielsweise die gesetzliche Rentenversicherung) kaum noch reicht, um im Alter finanziell ausreichend aufgestellt zu sein, sollte man selbst Pflegeleistungen in Anspruch nehmen müssen. Zur gleichen Zeit sind immer mehr Menschen in Deutschland von der Armut im Alter betroffen, kommen also kaum noch über die Runden oder müssen auch nach dem Renteneintritt weiterarbeiten. Diese äußerst problematische Entwicklung, die wir beobachten und die es dringend zu bekämpfen gilt, und die Kostenentwicklung in der Pflege widersprechen sich ganz eindeutig. Es kann nicht sein, dass die Menschen, die aktuell schon finanziell schlechter gestellt sind, durch die Notwendigkeit, einen Pflegeheimplatz zu bekommen oder andere Pflegeleistungen in Anspruch nehmen zu müssen und die damit verbundenen hohen Kosten, hinnehmen müssen, noch schlechter gestellt werden. Auf der einen Seite müssen wir wieder dafür sorgen, dass alle Menschen von ihrer Rente und ihrem Ersparnis im Alter gut leben können. Gleichzeitig muss ein "Pflege-Deckel" eingeführt werden, der die Pflegekassen stärker in die Pflicht nimmt, eine überzogene Steigerung des Eigenanteils in den Pflegeheimen durch Übernahme dieser Steigerung abzufedern. Auch muss geregelt werden, dass beispielsweise tariflich bedingte Lohnsteigerungen nicht in Gänze auf die Bewohner*innen oder ihre Angehörigen übertragen werden dürfen. Das hier klar ersichtliche, fast ausschließlich auf wirtschaftlichen Interessen basierende, Handeln muss durch staatliche Maßnahmen

zurückgedrängt werden. Die Pflegeeinrichtungen gehören genau wie die Krankenhäuser in die öffentliche Hand und dürfen nicht von Profitinteressen großer Pflegeheimbetreiber*innen getrieben sein.

Mehr Anerkennung und bessere Bedingungen für Kranken- und Altenpfleger*innen!

Altenpfleger*innen und Krankenpfleger*innen sind von dem sich zuspitzenden Personalmangel in diesem Bereich in ihrem Arbeitsalltag hart getroffen. Sich häufig ändernde Schichtpläne, Überstunden und wenig Zeit mit den Bewohner*innen gehören häufig ungewollt dazu. Das wirkt sich auch auf das Arbeitsklima und vor allem auf die Bedingungen aus, unter denen die Arbeit verrichtet wird. Es muss ein Weg gefunden werden, um die Qualifizierung der schon in der Pflege arbeitenden Menschen aktiver voranzutreiben und gleichzeitig mehr Menschen von einer Ausbildung in diesem Bereich zu überzeugen. Anreize, die auf der einen Seite schon in der Pflege arbeitenden Menschen den Zugang zu Fortbildungen erleichtern und ihre neuen Qualifikationen zusätzlich durch eine bessere Bezahlung würdigt, wirken sich auch auf die Menschen aus, die an einer Ausbildung in der Pflege interessiert sind und zeigt ihnen auf, dass es auch in der Pflege die Möglichkeit zum Aufstieg gibt. Zusätzlich ist es sehr klar, dass gemeinsam mit allen im Bereich der Pflege relevanten Akteur*innen ein gemeinsamer Weg zu finden ist, der vor allem aus Sicht der Pflegekräfte sinnvoll ist. Es müssen neue Standards für die Arbeitszeiten gesetzt werden, die den Arbeitnehmer*innen entgegenkommen und vertraglich abgesichert sind. Auch muss ein Übereinkommen über bessere Arbeitsbedingungen in den Pflegeberufen getroffen werden, der auf diversen Eindrücken aus der alltäglichen Praxis in diesem Bereich basiert. Gleichzeitig muss eine Altersvorsorge für Pflegefachkräfte und Pflegehelfer*innen geschaffen werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Menschen in den Pflegeberufen während ihrer Zeit im Beruf und darüber hinaus finanziell abgesichert und fair entlohnt sind.

Antrag P2: Leben schützen - Abtreibungen legalisieren!

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

1 Nach Schätzungen entsteht jede dritte Schwangerschaft ungewollt. Jährlich werden
2 circa 100.000 Abtreibungen vorgenommen. Trotzdem sind sie ein gesellschaftliches Tabu
3 und immer noch unzähligen Vorurteilen und Stigmatisierungen unterworfen.
4 Menschen, die abtreiben werden verurteilt und in prekäre Situationen gebracht.
5 Schwangerschaftsabbrüche macht jedoch niemand unüberlegt, niemand tut sich damit
6 leicht. Als betroffene Person eine solche Entscheidung zu treffen ist sehr schwer und
7 mit vielen Problemen und Anstrengungen verbunden.
8 Zusätzlich fühlt sich die Gesetzgebung scheinbar dazu verpflichtet, diesen Prozess zu
9 verkomplizieren: Betroffene werden verunsichert und Menschen in prekäre Situationen
10 gebracht. Ein Zustand, den wir klar ablehnen, da die aktuellen Regelungen aus der
11 Luft gegriffen und in vielen Bereichen schädlich sind.
12 Es gibt drei Indikationen, wie ein Schwangerschaftsabbruch in Deutschland straffrei
13 durchführbar ist. Einerseits die medizinische, bei der aus verschiedenen Gründen
14 eine Schwangerschaft für die schwangere Person oder das Kind nicht zumutbar ist. Der
15 Abbruch einer Schwangerschaft aus kriminologischer Indikation wäre die zweite
16 Indikation. Diese macht mit 0,05 % den kleinsten Anteil aus.
17 Der mit Abstand häufigste Abbruchgrund ist der nach der Beratungsregelung (96,2% ;
18 Stand 2022^[1]). Dieser ist bis zur zwölften Schwangerschaftswoche straffrei.
19 Beratungsregel bedeutet, dass schwangere Personen vor einem Abbruch verpflichtend
20 eine Schwangerschaftskonfliktberatung bei einer zertifizierten Beratungsstelle machen
21 müssen. Einige Stellen bieten Schwangerschaftskonfliktberatung an, sind jedoch nicht
22 zertifiziert und können bzw. dürfen daher keine Beratungsnachweise ausstellen, wie
23 die Stiftung Netzwerk Leben, was für viele Betroffene verwirrend sein kann. Nach
24 einer verpflichtenden Bedenkzeit von drei Tagen kann dann der Abbruch vorgenommen
25 werden. Dieser kann gynäkologisch ambulant in Praxen oder Kliniken vorgenommen
26 werden. Interessanterweise sprechen sich die meisten Beratungsstelle, sei es AWO oder
27 das Rote Kreuz, gegen eine Beratungspflicht aus, da sie eine willkürliche
28 Einflussnahme der Gesetzgebung darstellt und zudem ein weiteres Hindernis für
29 Schwangerschaftsabbrüche. Schwangerschaftsabbrüche können einerseits bis zu einer
30 Grenze von neun Woche medikamentös und operativ bis zur zwölften Woche vorgenommen
31 werden. Die Orte, an dem Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden, sind zudem
32 wenig und vor allem schwer zu finden. Bspw. Halle hat nur drei, ab dem Spätsommer
33 2023, nur zwei gynäkologische Praxen, die einen Abbruch vornehmen. Im Raum Bayern ist
34 die Lage noch viel drastischer.
35 Die Kosten für einen Abbruch werden zudem nur in wenigen Fällen übernommen. Bei einer
36 Abtreibung nach der Beratungsregel belaufen sich die Kosten in der Regel zwischen 360
37 und 460 Euro. Personen mit geringen Einkommen erhalten die Behandlung kostenfrei,
38 wenn sie dieses vor dem Eingriff bei ihrer Krankenkasse beantragen. Hierfür müssen

39 die schwangeren Personen eine Menge Bürokratie auf sich nehmen und es kann die
40 Abtreibung unnötig weiter nach hinten schieben. Die meisten Personen müssen die
41 Kosten jedoch selbst tragen. Die Kosten sollten für alle wie eine reguläre Leistung
42 von der Kasse übernommen werden, ohne vorher Anträge stellen zu müssen. Die häufig
43 mediale Tatsachenbeschreibung, dass vor allem Jugendliche einen
44 Schwangerschaftsabbruch vornehmen ist auch nicht richtig. Von den ca. 95.000 –
45 100.000 Schwangerschaftsabbrüchen, die jedes Jahr vorgenommen werden sind die über
46 die Hälfte von Personen, die 25 bis 35 Jahre alt, welche häufig eine abgeschlossene
47 Kinderplanung haben.

48 Daher fordern wir:

- 49 • Eine Aufhebung der Beratungspflicht – parallel jedoch mit einer Ausweitung der
50 Beratungsstellen verbunden, die verpflichtend ergebnisoffen beraten
- 51 • Ein rechtliches Schützen des Begriffs der „Schwangerschaftskonfliktberatung“,
52 damit nur zertifizierte Stellen diese, bspw. online, anbieten dürfen und
53 Betroffene Klarheit erhalten
- 54 • Übernahme der Kosten von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Krankenkassen für alle
55 Personen unabhängig vom Einkommen, ohne bürokratische Anträge und auch noch nach eines
56 Eingriffs.
- 57 • Eine verpflichtende Krankschreibung für Betroffene rund um den Abbruch, mit
58 entsprechendem Krankengeld
- 59 • Eine geeignete Strategie zur Gewährleistung einer flächendeckenden Versorgung
- Überprüfung der Öffnung eines medikamentösen Abbruchs durch bspw.
Allgemeinmediziner*innen

60 Ein weiteres Problem ist, dass Schwangerschaftsabbrüche oftmals nicht zum
61 Pflichtstoff des Medizinstudiums gehören. Dabei können Chefärzt*innen von
62 Unikliniken ihre eigenen Befindlichkeiten und Werte walten lassen, und die Ausbildung
63 und Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen gänzlich blockieren. Erlaubt wird das
64 durch das Schwangerschaftskonfliktgesetz und dem dadurch zugesprochen
65 Verweigerungsrecht für Ärzt*innen. Medizinstudierende, die trotzdem lernen wollen,
66 wie ein Schwangerschaftsabbruch durchgeführt wird, müssen sich in der Folge selbst
67 helfen und sog. Papaya-Workshops durchführen. Schwangerschaftsabbrüche sollten jedoch
68 nicht nur im Medizinstudium, sondern auch in der Pflege- und
69 Pflegeassistentenz Ausbildung unterrichtet werden. Zusätzlich sollte der Abbruch auch
70 schon in der Schule thematisiert und entstigmatisiert werden. Nur so kann eine
71 lückenlose Aufklärung und Information von Anfang an gewährleistet werden, und
72 Vorurteile und Stigmatisierung abgebaut werden.

73 Daher fordern wir:

- 74 • Verankerung des Schwangerschaftsabbruchs im Lehrplan des Medizinstudiums, aber
75 auch in der Pflege- und Pflegeassistentenz Ausbildung sowie in der Schule bspw. im
76 Biologieunterricht
- 77 • Blockadehaltung von Chefärzt*innen entgegenstehen- kein*e Ärzt*in darf auf Grund
78 von Hierarchien den Einfluss haben, Schwangerschaftsabbrüche zu unterbinden
- 79 • Überarbeitung des Schwangerschaftskonfliktgesetzes (SchKG)

80 Schwangerschaftsabbrüche sind ein Menschenrecht.

- 81 Trotzdem sind sie in Deutschland noch immer grundsätzlich rechtswidrig in Ausnahmen
82 jedoch straffrei.
- 83 Der § 218 im Strafgesetzbuch legt fest, dass Schwangerschaftsabbrüche eine Straftat
84 sind. Erst im § 218a werden Bedingungen genannt, unter denen Schwangerschaftsabbrüche
85 nicht strafbar sind.
- 86 Damit werden schwangere Personen zunächst als Straftäter*innen dargestellt.
- 87 Dabei sind Schwangerschaftsabbrüche Teil der reproduktiven Gerechtigkeit und
88 Selbstbestimmung. Hinzu kommt, dass der Schwangerschaftsabbruch im Teil der
89 Kaptialdelikte, also Mord und Totschlag geregelt ist, sodass auch die Stellung im
90 StGB gänzlich falsche Signale sendet. Dass jede Person, die schwanger werden kann,
91 das Recht hat, selbstbestimmt zu entscheiden, ob sie eine Schwangerschaft austrägt,
92 wurde bereits 1994 auf der UNO-Weltbevölkerungskonferenz festgehalten.
- 93 Die Regelungen, wann Abtreibungen erlaubt sind, in Deutschland, verglichen mit vielen
94 anderen EU-Staaten restriktiv. Die derzeitige Regelung macht Schwangere zu unmündigen
95 Bürger*innen und stellt sie als Kriminelle dar.
- 96 Zur den strengen Gesetzen kommen antifeministische Abtreibungsgegner*innen. Oft
97 stammen die Abtreibungsgegner*innen aus einem christlich-konservativen christlich-
98 fundamentalistischen oder rechten bis rechtsextremen Umfeld. Beide Gruppen vertreten
99 ein höchst patriarchalisches Weltbild. Personen, die schwanger werden können, haben
100 aus ihrer Sicht in erster Linie die Aufgabe Kinder zu bekommen und diese zu erziehen.
- 101 Abtreibungsgegner*innen vergleichen Abtreibungen mit einem Völkermord, sprechen vom
102 "Babycaust" und nutzen andere zu tiefst antisemitische Slogans, wie "Abtreibung macht
103 frei".
- 104 Damit wird der Holocaust als größtes Verbrechen relativiert. Menschen werden mit
105 Embryonen und Föten gleichgesetzt.
- 106 Die Gruppen vernetzen sich immer stärker, wie nicht nur in Ländern wie Polen oder den
107 USA beobachtet werden kann. In Polen und vielen US-Staaten sind
108 Schwangerschaftsabbrüche fast vollständig verboten.
- 109 Mit dem Rechtsruck in Deutschland wächst auch hier die Gefahr, dass sich die
110 Situation weiter verschlechtert und Gesetze zu Schwangerschaftsabbrüchen verschärft
111 werden.
- 112 Schon jetzt wird es für Schwangere immer schwieriger eine Abtreibung vornehmen zu
113 lassen. Ein wichtiger Grund dafür Abtreibungsgegner*innen, die schwangere Personen,
114 die eine Abtreibung vornehmen lassen wollen und Ärzt*innen und medizinische
115 Helfer*innen, die diese anbieten, belästigen und bedrohen. Dabei reichen die
116 Drohungen bis zu Morddrohungen.
- 117 Abtreibungsgegner*innen halten sich häufig vor den entsprechenden Kliniken und Praxen
118 auf. Das führt dazu, dass immer weniger Krankenhäuser und Ärzt*innen diese
119 Gesundheitsleistung anbieten.
- 120 Deshalb fordern wir:
- 121 • die Abschaffung des § 218 StGB,
 - 122 • die Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen außerhalb des StGB
 - 123 • die Gefahr die von Abtreibungsgegner*innen ernst nehmen, u.a. durch das

- 124 rechtliches Ahnden von Gehsteigbelästigung
- 125 • Schutz von medizinischen Personal die Schwangerschaftsabbrüche anbieten und
- 126 Schwangeren die eine Abtreibung vornehmen lassen wollen.
- 127 Es ist höchste Zeit, die rechtlichen und gesellschaftlichen Bedingungen für
- 128 Schwangerschaftsabbrüche zu überarbeiten. Für eine reproduktive Selbstbestimmung-
- 129 jetzt!

Antrag P3: Schnelle Hilfe für psychisch erkrankte Menschen – Bei Therapieplätzen darf nicht gespart werden!

Antragsteller*in:	Jusos Brandenburg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

1 Die psychische Gesundheit ist eine wesentliche Voraussetzung für Lebensqualität,
2 Leistungsfähigkeit und soziale Teilhabe. In den letzten Jahren hat der psychische
3 Druck auf junge Menschen stark zugenommen. In einer Zeit multipler Krisen sind sie
4 einem hohen Maß an Herausforderungen ausgesetzt. Die zunehmende Komplexität der
5 modernen Welt kann zu Stress, Ängsten und anderen psychischen Belastungen führen.

6 Zusätzlich haben Ereignisse wie die Auswirkungen der Corona-Pandemie, der russische
7 Angriffskrieg auf die Ukraine und die Inflationskrise zur Isolation und zum
8 Weltschmerz bei Jugendlichen beigetragen. Hinzu kommt, dass es bei jungen Menschen
9 heute häufiger Medienabhängigkeit, Schlafstörungen, Essstörungen und Zwangsstörungen
10 gibt als je zuvor. Die Sorge um eine unsichere Zukunft ist in solch krisenbehafteten
11 Zeiten omnipräsent. Laut Angaben der Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) hat sich
12 der Bedarf an Psychotherapie in den letzten 20 Jahren gemäß epidemiologischen Studien
13 nahezu verdoppelt.

14 Gleichzeitig sind traditionelle Unterstützungsnetzwerke, wie Familien oder
15 Gemeinschaften, nicht mehr so präsent wie einst. Psychotherapie stellt deshalb eine
16 entscheidende Ressource dar, um jungen Menschen Werkzeuge zu vermitteln, mit diesen
17 Herausforderungen fertig zu werden, ihre Resilienz zu stärken und eine gesunde
18 psychische Entwicklung zu fördern.

19 Betroffene brauchen bei einer Erkrankung rasche und effektive Unterstützung. Die
20 Realität sieht jedoch aktuell oft anders aus. Im Durchschnitt wartet eine Person fünf
21 Monate auf einen Therapieplatz, obwohl ihr gesundheitlicher Anspruch darauf bereits
22 bestätigt wurde. Diese Zahlen sind zudem noch beschönigt; nicht erfasst sind
23 unversorgte Patient*innen in strukturschwachen und ländlichen Gebieten sowie die
24 deutlich gestiegene Nachfragesituation in den Praxen.

25 In Deutschland sind 48.000 Psychotherapeut*innen qualifiziert. Während einige in
26 Rehakliniken und Psychiatrien arbeiten, streben viele an, eine eigene Praxis zu
27 eröffnen. Für die Behandlung von gesetzlich Versicherten ist eine Zulassung, auch
28 "Kassensitz" genannt, erforderlich. Doch laut Kassenärztlicher Bundesvereinigung
29 besitzen nur 33.000 Psychotherapeut*innen einen solchen Kassensitz. Und von diesen
30 teilen 60 Prozent den Sitz mit anderen, was die Anzahl der Kassenpatienten, die sie
31 behandeln können, einschränkt.

32 Die Anzahl der Therapieplätze in einer Region wird durch die Bedarfsplanungs-
33 Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses festgelegt. Dieser Ausschuss setzt sich
34 aus der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, der Kassenzahnärztlichen
35 Bundesvereinigung, der Deutschen Krankenhausgesellschaft und dem Spitzenverband Bund
36 der Krankenkassen zusammen.

37 Die aktuelle Richtlinie besagt, dass in städtischen Gebieten etwa eine*n

- 38 *Psychotherapeut*in* für 3.000 Menschen vorgesehen ist. Da angenommen wird, dass
39 Menschen aus ländlichen Gebieten auch in Städte fahren, um ärztliche Versorgung in
40 Anspruch zu nehmen, wird in ländlichen Regionen eine*n *Psychotherapeut*in* für
41 ungefähr 6.000 Menschen bereitgestellt. Durch diese Regelung werden insbesondere
42 finanziell benachteiligte Personen in strukturschwachen Gebieten strukturell
43 benachteiligt.
- 44 Es besteht dringender Reformbedarf in der Bedarfsplanungs-Richtlinie. Vor allem die
45 Krankenkassen zeigen Widerstand gegen eine Überarbeitung der aktuellen Regelung, da
46 sie erhebliche Mehrkosten befürchten. Doch beim Thema Therapieplätze darf nicht am
47 falschen Ende gespart werden!
- 48 Es kann nicht im Sinne der „Zukunftscoalition“, insbesondere nicht unter
49 sozialdemokratischer Führung, sein, dass der Zugang zur psychischen
50 Gesundheitsversorgung von finanziellen Mitteln und dem Wohnort abhängt. Solche
51 Klassenunterschiede müssen überwunden werden, um allen Menschen ein psychisch
52 gesundes Leben zu ermöglichen.
- 53 Deswegen fordern wir die SPD-geführte Bundesregierung auf, sich für die deutliche
54 Erhöhung der Bedarfsplanungs-Richtlinie auf mehr kassenärztlich zugelassene
55 *Psychotherapeut*innen* hinzuwirken. Zudem fordern wir die Einführung einer gesonderten
56 Bedarfsplanungs-Richtlinie für Kinder und Jugendliche, um gerade für diese vulnerable
57 Gruppe die Wartezeiten erheblich zu reduzieren.

Begründung

Alle von uns kennen sicherlich mindestens eine Person, die an einer psychischen Erkrankung leidet, oder sind vielleicht selbst betroffen. Denn immer mehr Menschen, insbesondere Kinder und Jugendliche in Deutschland, leiden an psychischen Erkrankungen. Das ist nicht nur ein subjektiver Eindruck, sondern wird auch durch Statistiken bestätigt.

So zeigen Daten des Statistischen Bundesamtes, dass im Jahr 2021 fast 81.000 Kinder und Jugendliche wegen psychischer Krankheiten und Verhaltensstörungen stationär behandelt wurden. Das sind 19 Prozent aller Krankenhausaufenthalte in dieser Altersgruppe und somit die häufigste Ursache für einen Krankenhausaufenthalt. Zehn Jahre zuvor lag dieser Anteil noch bei 13 Prozent.

Eine Studie des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 2019 zeigt, dass die Wartezeit auf einen Therapieplatz im Bundesdurchschnitt bei 19,9 Wochen lag.

In Deutschland gibt es so wenige junge Menschen wie noch nie: Ende 2021 lebten etwa 8,3 Millionen Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren hierzulande, was einem Anteil von 10,0 Prozent an der Gesamtbevölkerung entspricht. Als Gesellschaft stehen wir vor zahlreichen Herausforderungen, und junge Menschen sind immer häufiger gefordert, Verantwortung zu übernehmen. Der demografische Wandel führt in vielen Bereichen wie Wirtschaft, Politik, Klimaschutz und Gesellschaft zu erhöhtem Druck, der oft mit Burnout, Depressionen und enormer psychischer Belastung einhergeht.

Deshalb ist jetzt eine leistungsfähige Gesundheitsinfrastruktur vonnöten, die als Sicherheitsnetz fungiert und uns nicht erst nach durchschnittlich fünf Monaten auffängt. Es ist essenziell, dass wir als Jugendorganisation die Teilhabe junger Menschen an der Gesellschaft durch eine angemessene gesundheitliche Versorgung sicherstellen.

Es ist auch wichtig, die psychische Behandlung für die gesamte Bevölkerung zu normalisieren, um die Traumata unserer Eltern, Großeltern und Urgroßeltern endlich adäquat behandeln zu können.

Diese essenziellen Aufgaben dürfen nicht an den kapitalistischen Grenzen unseres Gesundheitssystems scheitern. Wir benötigen mehr Ressourcen, mehr Aufmerksamkeit, mehr Entschlossenheit und vor allem mehr Kassenplätze!

Antrag P4: #FairesPJ: Ein Jahr, sie zu knechten

Antragsteller*in:	Jusos Saar
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

1 Analyse:

2 Die ärztliche Ausbildung besteht aus drei Teilen: dem vorklinischen Studienabschnitt
3 (1-4. Semester), dem klinischen Studienabschnitt (5-10. Semester) und dem
4 abschließenden Praktischen Jahr. Nach jedem Abschnitt steht den Absolvent*innen der
5 einzelnen Abschnitte ein Staatsexamen bevor. Nach der Vorklinik besteht das erste
6 Staatsexamen aus einem schriftlichen und mündlichen Teil, nach dem klinischen
7 Abschnitt schreibt man eine schriftliche Prüfung und nach dem Praktischen Jahr
8 absolviert man eine finale mündliche Prüfung, das sogenannte 3. Staatsexamen, nach
9 diesem man die Approbation beantragen darf und als Ärzt*in arbeiten darf. Der Fokus
10 im vorklinischen Abschnitt liegt auf dem Erlernen von medizinisch-
11 naturwissenschaftliche Grundlagen wie bspw. Anatomie, Physiologie und Biochemie. Im
12 klinischen Abschnitt baut man auf diese Grundlagen auf und erlernt die Grundzüge der
13 klinischen Fächer, wie man sie aus dem Krankenhaus kennt, beispielsweise Kardiologie,
14 Kindermedizin oder Gynäkologie. Das Praktische Jahr (PJ) soll die Studierenden in
15 ihrem letzten Jahr des Studiums nach einer sehr theorielastigen Zeit endlich zu den
16 Fertigkeiten eines praktizierenden Arztes/einer praktizierenden Ärztin hinführen. Das
17 PJ gilt als Abrundung der bisherigen Studienzeit, es soll den späteren Berufseinstieg
18 erleichtern, man könnte es auch ganz lapidar formulieren: im PJ wird endlich mal
19 etwas richtig gut gelernt, endlich hands on an die Patient*innen.. Das Praktische
20 Jahr ist im Rahmen der ärztlichen Ausbildung als „Highlight“ anzusehen, da man nun
21 täglich mit Patient*innen in Kontakt tritt, diese mitbehandelt und -betreut, wie
22 auch die praktischen Fertigkeiten vertieft. Dementsprechend kommt dem praktischen Jahr
23 des Medizinstudiums eine enorme Bedeutung zu. Leider sieht die Praxis nicht ganz so
24 rosig aus. Deshalb hat die bvmd, die Bundesvertretung der Medizinstudierenden in
25 Deutschland, einen Notstand ausgerufen und eine Petition mit knapp 102.000
26 Unterschriften (Stand 28.08.2023) gestartet. Ihre Petition beginnen sie mit „Stellen
27 Sie sich vor, Sie kommen in die Notaufnahme und werden von kranken, überarbeiteten
28 oder übermüdeten Studierenden mitbehandelt. Aktuell ist das nicht unwahrscheinlich.“
29 Was ist denn das zugrunde liegende Problem? Da gibt es nicht nur eins, sondern so
30 einige:

31 1. Die Bezahlung

32 PJ-Studierenden sind vollzeit mit 40 Wochenstunden im Krankenhaus tätig. Für die
33 Aufwandsentschädigung ist in der Approbationsordnung lediglich eine obere Grenze in
34 Höhe des Bafög-Höchstsatzes festgelegt, jedoch keine Mindest-Aufwandsentschädigung.
35 Die Höhe der Aufwandsentschädigung wird folglich von den jeweiligen
36 Universitätskliniken und akademischen Lehrkrankenhäusern festgelegt. Leider erhalten
37 Studierende oft kaum bis gar keine Vergütung für ihre Arbeit, was sie in finanzielle
38 Notlagen bringt. Viele müssen sich während des PJs auf familiäre Finanzhilfen
39 verlassen. So werden unter anderem Studierende ohne einkommensstarken Hintergrund

40 benachteiligt. Studierende, die sich bisher mit einer Nebenbeschäftigung im Studium
41 finanziert haben, können dies nicht mehr aufgrund des Vollzeitcharakters des PJs.
42 Fakt ist, dass bei einer durchschnittlichen Aufwandsentschädigung von 2,33 Euro pro
43 Stunde sich viele noch nicht einmal ihre Miete im PJ leisten können. Eine
44 Mindestvergütung in Höhe des BaFÖG-Mindestsatzes würde solche prekäre Verhältnisse
45 einigermaßen vermeiden.

46 2. Mangelhafte Betreuung

47 PJ-Studierende werden oftmals einfach nur als billige Arbeitskräfte auf Station
48 angesehen, die Routineaufgaben machen wie bspw. Blutabnahmen. Blutabnahmen gehören
49 zum ärztlichen Tätigkeitsfeld, wenn man aber den Großteil des Tages Blutabnahmen
50 erledigen soll, bleibt keine Zeit um an Visiten teilzunehmen oder eigene
51 Patient*innen zu betreuen. Im letzten Jahr soll man auf die praktische Tätigkeit
52 vorbereitet werden und nicht nur die Hilfsarbeiten machen. Gute Lehre und Betreuung
53 sollten selbstverständlich sein, sind es aber leider ganz und gar nicht. Deshalb
54 müssen die bereits erstellten Lehrstandards nach dem Entwurf der Approbationsordnung
55 2025, am besten schon davor, schnellstmöglich umgesetzt werden.

56 3. Die Sache mit den Fehltagen

57 Während des Praktischen Jahrs hat man 30 Fehltag. Dazu zählen Kranktage, Kinder-
58 Krank-Tage, Urlaubstage, Lerntage, einfach alles. Dass das Mist ist, sollte
59 einleuchten: PJ-Studierende können es sich nicht leisten, krank zu sein, kommen
60 dementsprechend krank zur Klinik und tun sich selber und vor allem den Patient*innen
61 und Kolleg*innen keinen Gefallen. Hier werden unnötige Infektionsrisiken geschaffen.
62 Man meint, nach 3 Jahren Corona-Pandemie etwas gelernt zu haben. Eine Trennung von
63 Krankheits- und Fehltagen sollte selbstverständlich sein. Es sollte
64 selbstverständlich sein, sich krankschreiben zu lassen ohne, dass diese Tage unter
65 die 30-Fehltag-Regelung fallen. Während der Pandemiezeit wurde eine solche Regelung
66 für Corona-Infektionen mit verbundener Quarantänezeit geschaffen, diese sollte
67 weiterhin Bestand haben und nicht nur auf Corona beschränkt sein.

68 4. Die Sache mit dem dritten Staatsexamen

69 Zahlreiche Studierende müssen sich während der Endphase ihres PJs intensiv auf die
70 bevorstehende mündliche Prüfung des 3. Staatsexamens vorbereiten, viele holen sich
71 dafür noch die restlichen Fehltag des Jahres. Hat man sehr viel Pech, hat man eine
72 Woche nach dem Ende des PJs direkt das Staatsexamen. Die bvmd fordert hier einen
73 Mindestabstand von 4 Wochen zwischen PJ-Ende und Staatsexamen, den wir unterstützen.
74 Deshalb übernehmen wir die Forderungen der bvmd in Bezug auf das Praktische Jahr im
75 Medizinstudium und fordern: - eine Mindestaufwandsentschädigung i.H. des BaFÖG-
76 Höchstsatzes - eine Einführung und Umsetzung von Lehrstandards für eine
77 sichergestellte gute Lehre und Betreuung der Studierenden mit kontinuierlicher Re-
78 Evaluation unter Einbeziehung der Studierendenvertretungen - eine Trennung von
79 Krankheits- und Fehltagen - einen Mindestabstand von vier Wochen zwischen dem Ende
80 des Praktischen Jahres und dem dritten Staatsexamen. Deshalb übernehmen wir die
81 Forderungen der bvmd in Bezug auf das Praktische Jahr im Medizinstudium und fordern
82 folgendes:

83

84 **Forderung:**

- 85 • eine Mindestaufwandsentschädigung i.H. des BaFöG-Höchstsatzes
- 86 • eine sichergestellte gute Lehre und Betreuung der Studierenden mit
- 87 kontinuierlicher Re-Evaluation unter Einbeziehung der Studierendenvertretungen
- 88 • eine Trennung von Krankheits- und Fehltagen
- 89 • einen Mindestabstand von vier Wochen zwischen dem Ende des Praktischen Jahres
- 90 und dem dritten Staatsexamen

91

92 Quellen:

- 93 [https://www.bvmd.de/wp-content/uploads/2022/01/2018-](https://www.bvmd.de/wp-content/uploads/2022/01/2018-10_Massnahmenvorschlaege_zur_Aenderung_der_Approbationsordnung_fuer_Aerztinnen_und_Aerzte_%E2%80%93_Abschnitt_Praktische_Jahr.pdf)
- 94 [10_Massnahmenvorschlaege_zur_Aenderung_der_Approbationsordnung_fuer_Aerztinnen_und_Ae-](https://www.bvmd.de/wp-content/uploads/2022/01/2018-10_Massnahmenvorschlaege_zur_Aenderung_der_Approbationsordnung_fuer_Aerztinnen_und_Aerzte_%E2%80%93_Abschnitt_Praktische_Jahr.pdf)
- 95 [rzte %E2%80%93 Abschnitt_Praktische_Jahr.pdfhttps://www.bvmd.de/fairespj/](https://www.bvmd.de/fairespj/)
- 96 [https://www.openpetition.de/petition/online/ausbildung-statt-ausbeutung-endlich-ein-](https://www.openpetition.de/petition/online/ausbildung-statt-ausbeutung-endlich-ein-fairespj-im-medizinstudium)
- 97 [fairespj-im-medizinstudium](https://www.openpetition.de/petition/online/ausbildung-statt-ausbeutung-endlich-ein-fairespj-im-medizinstudium)

Antrag P5: Psychisch kranke Menschen nicht länger im Stich lassen!

Antragsteller*in:	Jusos Saar
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

1 **Analyse:**

2 Wir erleben eine Pandemie psychischer Erkrankungen. Immer mehr Menschen sind und
3 werden psychisch krank und erhalten keine angemessene Unterstützung. Sowohl die
4 Prävention psychischer Störungen als auch die Versorgung der Erkrankten ist nicht
5 ausreichend gewährleistet.

6 Was ist die Problemlage?

7 In Deutschland leidet jeder vierte Erwachsene innerhalb eines Jahres an einer
8 psychischen Erkrankung [1]. Über die Hälfte aller psychischen Erkrankungen entstehen
9 dabei bereits vor dem 19. Lebensjahr [2], was Kinder und Jugendliche zu einer
10 besonders betroffenen Gruppe macht. Jahrzehntelange Forschung hat wirksame Methoden
11 zur Behandlung dieser Leiden hervorgebracht. Psychotherapie ist eine empirisch
12 fundierte und wirksame Kassenleistung, deren Behandlungsmethoden eine höhere
13 Effektivität aufweist als die vieler somatischer Erkrankungen [3].

14 Folgen von Nicht-Behandlung

15 Auch wenn Psychotherapie Geld kostet, ist der volkswirtschaftliche Nutzen weitaus
16 höher als die Kosten. Kosten-Nutzen-Analysen ergeben auf Basis zahlreicher Faktoren,
17 dass jeder in Psychotherapie investierte Euro einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen
18 von 2 bis 5 Euro ergibt [4]. Mit 42% sind psychische Erkrankungen die mit Abstand
19 häufigste Ursache für eine Erwerbsminderungsrente und der zweithäufigste Grund für
20 Arbeitsunfähigkeitstage. Wird jemand wegen einer psychischen Erkrankung frühberentet,
21 ist er im Schnitt 51 Jahre alt und damit jünger als Personen, die wegen einer
22 körperlichen Erkrankung frühberentet werden. Seit der Jahrtausendwende, sind die
23 Fehltage wegen psychischer Erkrankungen um 239% gestiegen, während sie bei allen
24 anderen Erkrankungsgruppen um nur 28% gestiegen sind [5]. Neben einem erhöhten Risiko
25 für Arbeitsausfall, hat eine psychische Erkrankung weitere Folgen, sowohl für die
26 einzelne Person wie auch für ihr Umfeld und für unser System. Für die Betroffenen
27 erhöht sich mit jedem Tag das Risiko für Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Störungen des
28 Immunsystems, Diabetes und eine Vielzahl weiterer körperlicher Erkrankungen [6]. Das
29 Risiko für Suizid ist um das 30 bis 50-fache erhöht [7]. In der Altersgruppe der 15-
30 24-Jährigen ist Suizid neben Verkehrsunfällen die häufigste Todesursache [8]. Kinder
31 psychisch kranker Eltern haben ein deutlich höheres Risiko selbst zu erkranken [9].
32 Werden die Leiden dieser Menschen nicht behandelt, betrifft das also nicht nur die
33 Erkrankten selbst, sondern es betrifft uns alle.

34 Gemeinsamer Bundesausschuss

35 Tragischerweise muss jemand der in unserem Gesundheitssystem um Hilfe bittet, aktuell
36 im Schnitt 142 Tage zwischen einem Erstgespräch und dem Beginn der eigentlichen

37 Therapie warten [10]. Dies liegt nicht an einem Mangel an Psychotherapeut*innen,
38 sondern daran, dass zu wenige Kassensitze vorhanden sind [11]. Ein Kassensitz ist die
39 Berechtigung zur Abrechnung der therapeutischen Leistung mit den gesetzlichen
40 Krankenversicherungen (GKV). Damit die eigene Psychotherapie von der Kasse bezahlt
41 wird, muss man sich also an eine*n Therapeut*in mit einem Kassensitz wenden.
42 Festgelegt wird das Kontingent der Sitze, vom Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA),
43 einem Gremium in dem Vertreter*innen der Kassen und der Leistungserbringer sitzen.
44 Die Anzahl an Kassensitzen wird vom G-BA durch die Bedarfsplanung bestimmt.
45 Diese Bedarfsplanung hat jedoch gravierende Mängel [12]. Sie beruht auf der Lage aus
46 dem Jahr 1999 und unterliegt damit der Annahme, es habe sich innerhalb der letzten 20
47 Jahre nichts am Bedarf an psychotherapeutischer Versorgung geändert. Als "Bedarf"
48 festgesetzt wurde nämlich die Anzahl der Psychotherapeut*innen, die damals einen
49 Kassensitz bekamen. Das führt zu einer hohen Diskrepanz zwischen der vom G-BA
50 errechneten Versorgungsrate und den tatsächlichen Wartezeiten. Rechnet man nach dem
51 System der Bedarfsplanung, haben wir in Deutschland im Schnitt eine
52 psychotherapeutische Überversorgung von 131% [13]. Das lässt sich mit einer Wartezeit
53 von 142 Tagen nicht vereinen.

54 Darüber hinaus hat der Gesetzgeber keinen wirklichen Einfluss auf die Beschlüsse des
55 G-BA. Besonders bezeichnend ist die häufig verwendete Formulierung „Das
56 Zentralkomitee des deutschen Gesundheitssystems“. Obwohl 90% der Deutschen in der GKV
57 versichert sind und entsprechend laut SGB V einen Anspruch auf ausreichende und
58 bedarfsgerechte medizinische Krankenbehandlung haben, haben sie keine Kontrolle
59 darüber, welche und wie viele Leistungen die GKV's übernehmen.

60 Coronapandemie und weitere Krisen - Öl ins Feuer

61 Die Covid-19 Pandemie hat die Lage in Deutschland als multidimensionaler Stressfaktor
62 für die psychische Gesundheit deutlich verschlimmert. Das subjektive Gefühl von
63 Kontrollverlust, der Wegfall sozialer Kontakte und die Bedrohung von Bildungs- und
64 Arbeitsmöglichkeiten sind an der Bevölkerung nicht spurlos vorübergegangen. In Folge
65 der staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus haben sich in der deutschen
66 Bevölkerung laut repräsentativer Umfragen vermehrt Ängste, Stress und Sorgen
67 verbreitet. Eine aktuelle Studie an der Universität des Saarlandes hat die
68 psychischen Auswirkungen der Krisen, wie der Pandemie, dem Ukraine-Krieg und dem
69 Klimawandel bei Kindern und Jugendlichen untersucht [14]. Rund 54 Prozent haben bei
70 Befragungen klinisch auffällige Angstsymptome, 41 Prozent berichteten über klinisch
71 auffällige Depressionssymptome.

72 Gleichzeitig hat sich die Wartezeiten-Problematik in dieser Zeit nochmals deutlich
73 verschärft. Waren es 2021 noch 38,3% der Praxen, bei denen Patient*innen
74 durchschnittlich länger als sechs Monate auf den Beginn einer Psychotherapie warten
75 mussten, so stieg die Zahl bis 2022 auf fast 50% an. Die Wartezeiten für Kinder und
76 Jugendliche sind seit Pandemiebeginn auf durchschnittlich 25 Wochen gestiegen und
77 haben sich somit nahezu verdoppelt [15]. Infolgedessen erhält aktuell nur jedes
78 zehnte (!) psychisch erkrankte Kind eine antragspflichtige Psychotherapie [16].

79 Der Einfluss der "Klasse"

80 Die finanziellen Ressourcen einer Person spielen eine große Rolle bei der Entstehung
81 und Behandlung psychischer Störungen. Zahlreiche Studien legen einen Zusammenhang

82 zwischen dem sozioökonomischen Status und der psychischen Gesundheit nahe [17]. Das
83 Stresslevel ist um ein Vielfaches erhöht, wenn man in ständiger Unsicherheit über die
84 Versorgung von sich und seiner Familie lebt. Es kostet massive kognitive Ressourcen,
85 sich andauernd über die Finanzierung des alltäglichen Lebens Gedanken machen zu
86 müssen, sodass viel weniger Zeit bleibt, sich um protektive Faktoren, wie ein
87 funktionierendes soziales Umfeld, ausreichend Entspannungsmöglichkeiten oder um Sport
88 und gesunde Ernährung zu kümmern.

89 Entsprechend überrascht es nicht, dass Kinder und Jugendliche mit niedrigem
90 sozioökonomischem Status mit einer 2-3 mal höheren Wahrscheinlichkeit psychisch krank
91 werden [18].

92 Darüber hinaus haben psychisch erkrankte Personen mit genügend finanziellen Mitteln
93 viel eher die Möglichkeit eine selbstfinanzierte Psychotherapie zu bezahlen. Das
94 mangelhafte Versorgungsnetzwerk der GKV führt somit auch dazu, dass Kinder und
95 Jugendliche, die Hilfe brauchen, vom Geldbeutel ihrer Eltern abhängig sind. Wer Hilfe
96 benötigt und für seine Psychotherapie nicht selbst bezahlen kann, der leidet enorm -
97 eine bittere Manifestation der Ungleichheit in unserer Gesellschaft.

98 Die weitreichenden Folgen für unsere Gesellschaft

99 Psychische Erkrankungen sind fast immer gekennzeichnet durch ein Gefühl der
100 Machtlosigkeit. Gerade in solchen Situationen erhöht sich das Bedürfnis nach
101 einfachen Antworten. Versäumen wir es uns den Betroffenen zuzuwenden und uns um ihr
102 Wohlergehen zu kümmern, werden andere diesen Platz einnehmen. Es kommt nicht von
103 ungefähr, dass selbsternannte SelfHelp-Gurus mit fragwürdiger politischer Agenda
104 immer mehr Menschen finden, die bereit sind, sich ihnen anzuschließen und die
105 politische Linke, Trans-Menschen, Geflüchtete und den Feminismus für ihre Lage
106 verantwortlich zu machen. Diesen Akteuren geht es leider nicht darum, den Menschen zu
107 helfen, sondern sie wollen die Frustration und die Hoffnungslosigkeit in Wut
108 umwandeln, um sie in die Richtung von Minderheiten zu lenken. Dieser Trend war noch
109 nie ein gutes Zeichen und zeigt in aller Deutlichkeit, dass ein schlechtes
110 Versorgungsnetzwerk für psychische Gesundheit, letztlich nicht nur eine Gefahr für
111 das Gesundheitssystem, sondern auch für die Demokratie an sich ist.

112

113 **Forderung:**

- 114 • Schaffung von mehr Kassensitzen für Psychotherapeut*innen. In Deutschland gibt
115 es genügend Menschen, die sich für den Beruf des Psychotherapeuten/der
116 Psychotherapeutin entschieden haben, um den wachsenden Bedarf zu decken. Es ist
117 dringend notwendig den 20 Jahre alten Fehler zu korrigieren und die Versorgung
118 für die Versicherten zu gewährleisten. Insbesondere junge Menschen leiden stark
119 unter den Fehlern im System. Als 2020 die Corona-Pandemie begann, wurde sehr
120 häufig an die Solidarität appelliert. Es waren vor allem Kinder und Jugendliche,
121 die sich zweieinhalb Jahre lang immer wieder solidarisch gezeigt haben. Wir
122 müssen dafür sorgen, dass diese Solidarität nicht unerwidert bleibt. Eine
123 vorläufige erste Maßnahme, die noch bei weitem nicht ausreichen würde, wäre eine
124 Absenkung der Verhältniszahlen für die Arztgruppe der Psychotherapeut*innen um
125 mindestens 20%. Dadurch wäre ein Psychotherapeut für weniger Einwohner*innen
126 zuständig und diese Maßnahme hätte eine Zunahme von ca. 1.600 Kassensitzen zur

127 Folge.

- 128 • Aktuell werden Kinder- Jugendpsychotherapeut*innen (KJPLer) und Erwachsenen-
129 Psychotherapeut*innen zur selben Gruppe in der Bedarfsplanung gezählt. KJPLer
130 dürfen jedoch keine Erwachsenen therapieren und umgekehrt. Da sich der Anteil an
131 KJPLern gemessen an allen Psychotherapeut*innen nicht mit dem Verhältnis der
132 Kinder und Jugendlichen gemessen an allen Patient*innen deckt, müssen die
133 Wartezeiten für Kinder und Jugendliche über eine eigene Bedarfsplanung gezielt
134 abgebaut werden.
- 135 • Transparenz über die Verfügbarkeit von Therapieplätze und Gruppenangebote in
136 Form von einem bundesweiten Register stärken
- 137 • Demokratische Legitimierung des Gemeinsamen Bundesausschusses
- 138 • Eine einheitliche Aufklärungskampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche
139 Aufklärung zum Thema psychische Gesundheit

140

141 Quellen

142 Jeder vierte Erwachsene leidet innerhalb eines Jahres an einer psychischen
143 Erkrankung: [https://](https://www.dgppn.de/schwerpunkte/zahlenundfakten.html#:~:text=Bundesweit%20erfüllt%20mehr%20als%20jeder,Störungen%20durch%20Alkohol-%20oder%20Medikamentengebrauch.)

144 [www.dgppn.de/schwerpunkte/zahlenundfakten.html#:~:text=Bundesweit%20erfü](https://www.dgppn.de/schwerpunkte/zahlenundfakten.html#:~:text=Bundesweit%20erfüllt%20mehr%20als%20jeder,Störungen%20durch%20Alkohol-%20oder%20Medikamentengebrauch.)
145 [llt%20mehr%20als%20jeder,Störungen%20durch%20Alkohol- %20oder%20Medikamentengebrauch.](https://www.dgppn.de/schwerpunkte/zahlenundfakten.html#:~:text=Bundesweit%20erfüllt%20mehr%20als%20jeder,Störungen%20durch%20Alkohol-%20oder%20Medikamentengebrauch.)

146 Age of Onset psychische Erkrankungen:

147 [https://bptk.de/pressemitteilungen/fast-20-prozent-erkranken-an-einer-psychischen-](https://bptk.de/pressemitteilungen/fast-20-prozent-erkranken-an-einer-psychischen-stoerung/)
148 [stoerung/](https://bptk.de/pressemitteilungen/fast-20-prozent-erkranken-an-einer-psychischen-stoerung/)

149 Psychotherapie ist wirksam: Margraf, J., & Schneider, S. (Hrsg.). (2009). Lehrbuch
150 der Verhaltenstherapie.

151 Springer Berlin Heidelberg. <https://doi.org/10.1007/978-3-540-79541-4>

152 Kosten-Nutzen-Analyse: <https://econtent.hogrefe.com/doi/10.1026/00333042/a000154>

153 Frühberentung und AU-Tage:

154 [https://www.deutsche-depressionshilfe.de/depression-infos-und-hilfe/ depression- in-](https://www.deutsche-depressionshilfe.de/depression-infos-und-hilfe/depression-in-verschiedenen-facetten/depression-und-arbeit)
155 [verschiedenen-facetten/depression-und-arbeit](https://www.deutsche-depressionshilfe.de/depression-infos-und-hilfe/depression-in-verschiedenen-facetten/depression-und-arbeit)

156 Erhöhtes Risiko für körperliche Erkrankungen: [https://bptk.de/neuigkeiten/psychische-](https://bptk.de/neuigkeiten/psychische-erkrankungen-schaedigen-das-herz)
157 [erkrankungen-schaedigen-das-herz](https://bptk.de/neuigkeiten/psychische-erkrankungen-schaedigen-das-herz) ; [https://](https://www.orthomol.com/de-de/lebenswelten/immunsystem/psychoneuroimmunologie)

158 www.orthomol.com/de-de/lebenswelten/immunsystem/psychoneuroimmunologie ; [https://](https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC10133031/)
159 www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC10133031/

160 Erhöhtes Risiko für Suizid:

161 [https://www.nd-aktuell.de/artikel/1174574.sterbehilfe-suizid-betroffenen- helfen-](https://www.nd-aktuell.de/artikel/1174574.sterbehilfe-suizid-betroffenen-helfen-statt-absichten-foerdern.html)
162 [statt-absichten-foerdern.html](https://www.nd-aktuell.de/artikel/1174574.sterbehilfe-suizid-betroffenen-helfen-statt-absichten-foerdern.html)

163 Suizide bei 15-24 jährigen:

164 [https://web.de/magazine/ratgeber/kind-familie/suizid-haeufigste- todesursache-](https://web.de/magazine/ratgeber/kind-familie/suizid-haeufigste-todesursache-juengeren-wissen-36299342)
165 [juengeren-wissen-36299342](https://web.de/magazine/ratgeber/kind-familie/suizid-haeufigste-todesursache-juengeren-wissen-36299342)

166 Kinder psychisch kranker Eltern:

167 [https://www.laekh.de/heftarchiv/ausgabe/artikel/2021/11-2021- november- 2021/kinder-](https://www.laekh.de/heftarchiv/ausgabe/artikel/2021/11-2021-november-2021/kinder-psychisch-kranker-eltern)
168 [psychisch-kranker-eltern](https://www.laekh.de/heftarchiv/ausgabe/artikel/2021/11-2021-november-2021/kinder-psychisch-kranker-eltern)

- 169 142 Tage Wartezeit: <https://bptk.de/pressemitteilungen/psychisch-krank-warten-142-tage-auf-eine-psychotherapeutische-behandlung/>
- 170
- 171 Wartezeiten: <https://www1.wdr.de/nachrichten/psychotherapie-platzsuche-tipps-100.html>
- 172 Fehlerhafte Bedarfsplanung: [https://bptk.de/stellungnahmen/willkuerliche-berechnung-](https://bptk.de/stellungnahmen/willkuerliche-berechnung-und-formaler-fehler/)
- 173 [und-formaler-fehler/](https://bptk.de/stellungnahmen/willkuerliche-berechnung-und-formaler-fehler/)
- 174 Versorgung laut KBV: <https://gesundheitsdaten.kbv.de/cms/html/17016.php>
- 175 Aktuelle Studie der UdS zur psychischen Gesundheit bei Kindern und Jugendlichen:
- 176 <https://www.uni-saarland.de/aktuell/guckhin-studie-erste-ergebnisse-26897.html>
- 177 Pressemitteilung der Bundespsychotherapeutenkammer: [https://api.bptk.de/](https://api.bptk.de/uploads/20230713_B_Pt_K_Pressemappe_b45bb35bb0.pdf)
- 178 [uploads/20230713_B_Pt_K_Pressemappe_b45bb35bb0.pdf](https://api.bptk.de/uploads/20230713_B_Pt_K_Pressemappe_b45bb35bb0.pdf)
- 179 Versorgung Kinder und Jugendliche:
- 180 [https://bptk.de/stellungnahmen/psychische-gesundheit-von-kindern-umfassend-in-den-](https://bptk.de/stellungnahmen/psychische-gesundheit-von-kindern-umfassend-in-den-blick-nehmen/)
- 181 [blick-nehmen/](https://bptk.de/stellungnahmen/psychische-gesundheit-von-kindern-umfassend-in-den-blick-nehmen/)
- 182 Zusammenhang mit sozioökonomischem Status: [https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/](https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC6415852/)
- 183 [PMC6415852/](https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC6415852/)
- 184 Höheres Risiko für Kinder und Jugendliche: <https://pubmed.ncbi.nlm.nih.gov/23746605/>

Antrag P6: Kein catchiger Titel, aber dafür catchige Krankheiten: für Testmöglichkeiten von STIs

Antragsteller*in:	Jusos Berlin
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

- 1 Sexuell übertragbare Krankheiten (STIs) kommen immer häufiger vor: In Deutschland hat
2 sich die Zahl der Syphilis-Fälle in den Jahren von 2009 bis 2019 verdoppelt und seit
3 2001 sogar vervierfacht. Dass einige STIs auch über Oralsex übertragbar sind, ist oft
4 unbekannt. Aufgrund der leichten Übertragbarkeit wäre es wichtig, sich vor allem bei
5 wechselnden Sexualpartner*innen regelmäßig auf STIs zu testen, auch wenn keine
6 Symptome auftreten. Leider ist das aufgrund verschiedener Hindernisse nicht die
7 Lebensrealität vieler Menschen:
- 8 Zum einen sind STIs weiterhin tabuisiert. Zudem sind STI-Tests nicht leicht
9 zugänglich: Wenn man im Internet nach STI-Tests in Berlin sucht, erhält man viele
10 kommerzielle Angebote wie private Testzentren oder Testkits für zu Hause, die über
11 100 Euro kosten.
- 12 Zwar gibt es bereits einige sehr gute Angebote, zum Beispiel von der Berliner
13 Aidshilfe oder dem Checkpoint (einem Zentrum für sexuelle Gesundheit mit Test- und
14 Behandlungsangebote für STIs sowie Beratungsangebote zu sexueller Gesundheit,
15 Chemsex/Substanzkonsum und queeren Themen), bei dem die Kosten für HIV-Tests, die
16 meist zwischen 5 und 25 Euro liegen, erstattet werden können.
- 17 Bislang gibt es außerdem die Möglichkeit von STI-Tests in den Gesundheitsämtern von
18 vier Bezirken (Mitte, Marzahn-Hellersdorf, Friedrichshain-Kreuzberg und
19 Charlottenburg-Wilmersdorf) mit telefonischer Voranmeldung. HIV-Tests dort kosten 10
20 Euro für Zahlungsunfähige.
- 21 Die Kostenübernahme durch die Krankenkassen ist allerdings in der Regel an das
22 Vorliegen von Anzeichen einer STI gebunden bzw. wenn bei dem*der Sexpartner*in
23 bereits eine STI festgestellt wurde. Es ist allerdings nicht immer so, dass die
24 Anzeichen einer STI bemerkt oder als solche wahrgenommen werden. So können diese
25 unbemerkt an weitere Personen übertragen werden. Es ist daher wichtig präventiv die
26 Möglichkeit zu haben, unabhängig vom Geldbeutel, einen STI-Test zu machen bevor es
27 zur unbemerkten Verbreitung bzw. auch Schäden durch Nicht-Behandeln der Infektion
28 kommt. Auch die vorhandenen Strukturen und Angeboten müssen gestärkt und ausgebaut
29 werden, um Hürden wie lange Anfahrtswege und überlastete Testkapazitäten zu senken.
- 30 Ein anonymes Testangebot bereitzustellen ist heutzutage noch für viele Menschen
31 wichtig. Offene, niedrighschwellige Testangebote bieten in der Regel anonyme Tests an.
32 Sie auszubauen ist daher ein wichtiges Anliegen. Gerade auch, weil es ebenso Menschen
33 gibt, die ohne gesetzliche Krankenversicherung ihr Leben bestreiten müssen und daher
34 diese niedrighschwellig Testangebote benötigen.
- 35 Epidemiologische Kennziffern verdeutlichen, dass FINTA*-Personen sowie queere
36 Menschen am häufigsten an STIs leiden. Hinzu kommt auch, dass selbige oftmals sowieso
37 schlechteren Zugang zu medizinischer Infrastruktur haben. Die Ausweitung der

38 Testmöglichkeiten stellt auch eine Möglichkeit da, die bestehende Stigmatisierung
39 durch sexuell-übertragbare Krankheiten weiter einzudämmen und mehr Aufmerksamkeit für
40 STIs zu erzeugen.

41 **Aus diesem Grund fordern wir, dass...**

- 42 • das Testangebot für sexuell-übertragbare Krankheit so ausgebaut wird, dass in
43 jedem Bezirk mindestens eine Möglichkeit zur Testung besteht. Dies soll möglich
44 sein, durch unabhängige, gemeinnützige und finanzierte Stellen, um die
45 Kostenlosigkeit zu gewährleisten. Entsprechend soll § 1 Gesundheitsdienst-
46 Zuständigkeitsverordnung (GDZustVO) angepasst werden.
- 47 • Es soll ein gesetzlicher Anspruch geschaffen werden, sodass STI-Tests auch ohne
48 Anlass, also ohne Symptome bzw. STI-Nachweis bei Sexpartner*in, von den
49 gesetzlichen Krankenkassen übernommen werden.
- 50 • Das Land Berlin wird aufgefordert die Förderung von Projekten, welche STI-Tests
51 anonym und niedrigschwellig anbieten in dem Maße zu erhöhen, sodass diese
52 zukünftig höhere Kapazitäten für Tests bereitstellen können und diese kostenfrei
53 in Anspruch genommen werden können
- 54 • die STI-Testung in ärztlichen Praxen mit infektiologischem Schwerpunkt für alle
55 jederzeit zugänglich ist und die Kosten für die Tests vollständig von der
56 Krankenkasse getragen werden.
- 57 • der Zugang zur HIV-Prophylaxe PrEP (Präexpositionsprophylaxe) und die dauerhafte
58 und vollständige Kostenübernahme durch Krankenkassen allen, unabhängig vom
59 Sexualverhalten, ermöglicht wird.
- 60 • Zielgruppenspezifische finanzielle Mittel für mehr Aufklärung und Informationen
61 zu Testzentren.
- 62 • zusätzlich in allen Bildungseinrichtungen nicht-stigmatisierende
63 Bildungsangebote und Ansprechpersonen eingerichtet werden und auch außerhalb von
64 Bildungseinrichtungen Aufklärungsangebote ausgebaut werden

Antrag P7: Struktureller Alkoholismus muss bekämpft werden! – In der Gesellschaft, wie im Verband

Antragsteller*in:	Jusos Berlin
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

1 „Hol mir ne Flasche Bier rüber, sonst streik ich hier“

2 Ob zur (Verbands-)Feier, zur Trauer oder einfach zum Abschalten. Alkohol als legale
3 Droge erfährt in unserer Gesellschaft eine hohe Akzeptanz und Ritualisierung. Er wird
4 mit großer Selbstverständlichkeit serviert und dabei oft in zu hohen Mengen
5 konsumiert. Dabei zeigen Umfragen: Lediglich ca. 16% der Befragten zwischen 18 und 64
6 Jahren gaben an, seit einem Jahr oder länger keinen Alkohol mehr getrunken zu haben.
7 Insgesamt liegt der durchschnittliche Alkoholkonsum in Deutschland bei 129 Litern pro
8 Jahr, beziehungsweise bei 17 Litern Reinalkohol. Dies entspricht dem dreifachen des
9 weltweiten Durchschnitts. Dabei liegt die Grenze für riskanten Konsum mit deutlich
10 erhöhtem Risiko für gesundheitliche Folgeschäden laut Definition der internationalen
11 Klassifikationssysteme bei Frauen bei ca. 10g und bei Männern bei ca. 20g Reinalkohol
12 pro Tag. Zur Einordnung: Die 20g Reinalkohol entsprechen ungefähr 0,3l Bier oder 0,2l
13 Wein.

14 Allein in Deutschland gelten laut dem Drogenbeauftragten der Bundesregierung 1,3
15 Millionen Menschen als alkoholabhängig. Die Dunkelziffer liegt vermutlich weitaus
16 höher, da es sich um ein sozial und gesellschaftlich unerwünschtes Thema handelt, was
17 sich u.a. in „Untertreibungen“ bei Befragungen äußert. Zudem bleiben abhängige
18 Personen oft unentdeckt, da sie beispielsweise heimlich konsumieren.

19 Erhöhter Alkoholkonsum stellt dabei eine Gefahr für die Gesundheit dar. So erhöht
20 dieser das Risiko für viele gesundheitliche Probleme, einschließlich Krebs, Herz-
21 Kreislauf-Erkrankungen und Lebererkrankungen. Zusätzlich erhöht Alkohol massiv das
22 Demenzrisiko. Alkohol ist ein Zellgift! Übermäßiger Konsum schadet dem Körper.

23 Aufgrund des deutlich erhöhten und damit gesundheitsschädigenden Konsumverhaltens in
24 Deutschland müssen sowohl präventive Maßnahmen, als auch Unterstützungsmöglichkeiten
25 und Ansprechpartner*innen für bereits Betroffene und deren Zugehörige ausgebaut
26 werden.

27 Alkohol sollte nicht zum „guten Ton“ dazu gehören. Wir fordern daher die Finanzierung
28 und Durchführung umfassender Aufklärungsmaßnahmen für die Gesamtgesellschaft in
29 Medien, Öffentlichkeit und Einrichtungen, die über Risiken und Folgen von
30 Alkoholkonsum aufklären. Zusätzlich muss ein Ausbau staatlicher (anonymer)
31 Hilfsangebote, für die von den Folgen von Alkoholkonsum betroffenen Menschen,
32 erfolgen. Verpflichtende Warnhinweise auf jeglichen Alkohol sollen die
33 Konsument*innen vor jeder Kaufentscheidung auf mögliche Risiken hinweisen.

34 Durch die positive, akzeptierte und verherrlichende Darstellung von Alkohol im
35 öffentlichen Raum steigt einerseits die allgemeine Motivation zum Konsum und
36 andererseits erschwert trockenen Alkoholiker*innen oder von Abhängigkeit/riskantem
37 Konsum Betroffenen die Abstinenz davon. Ungefähr 85% der von Alkohol abhängigen

38 Personen werden nach einem Entzug wieder rückfällig. Ob beim Fußballspiel oder im
39 Kino, Alkoholwerbung existiert in jedem Rahmen. Daher muss ein Verbot von Werbung für
40 alkoholhaltige Produkte und Getränke in Medien und Öffentlichkeit erfolgen.

41 Der Verkauf von hochprozentigem Alkohol soll nicht länger in Supermärkten und
42 Discountern möglich sein.

43 Ob Alkohol getrunken wird oder nicht sollte jede*r für sich selbstbestimmt und
44 informiert entscheiden dürfen!

45 Im Verhältnis von Männern zu Frauen, trinken Männer sechs Mal mehr Alkohol. Alkohol
46 löst Hemmungen. Dies hat leider auch negative Folgen. So wurde 2011 zuletzt
47 festgehalten, dass jede dritte Straftat in Bezug auf Gewalt, unter Alkoholeinfluss
48 entstanden ist. Der Zusammenhang zwischen kritischer Männlichkeit und Alkohol muss
49 weiter ermittelt werden.

50 **Wie Alkohol die Lebensqualität von Kindern beeinflussen kann**

51 Jedes fünfte Kind {2.65 Millionen Kinder} in Deutschland wächst in einem Haushalt mit
52 einem problematischen Alkoholkonsum auf. Alkoholismus ist ein strukturelles Problem,
53 selbstverständlich findet sich dies auch in den Familien wieder. Doch dies ist nicht
54 in den Köpfen der meisten Deutschen. Im Gegenteil: Ab 14 darf getrunken werden,
55 zusammen mit einem Elternteil - nur problematisch, wenn dieses selber nicht
56 verantwortungsvoll mit Alkohol umgehen kann. Wir fordern daher ein Verbot des
57 begleitenden Trinkens!

58 Jedes Jahr kommen rund 3200 Kinder im Alter von 10-15 Jahren wegen einer
59 Alkoholvergiftung in die Notaufnahme (letzte Daten aus 2019). Das BZgA
60 (BundesZentrale für gesundheitliche Aufklärung) hat zuletzt 2015 ermittelt, dass rund
61 2/3 der 12-17jährigen mindestens einmal schon Alkohol konsumiert haben. Rund 13% der
62 genannten Altersgruppe betätigt dabei mindestens einmal im Monat sogenanntes Binge-
63 Drinking (5 oder mehr Gläser Alkohol) In dieser Altersspanne ist Alkohol in jeder
64 Menge entwicklungsgefährdend. Es muss eine Verstärkung der Kontrolle und eine
65 Durchsetzung der geltenden Gesetze zum Jugendschutz, die den Verkauf und die
66 Herausgabe von alkoholhaltigen Produkten und Getränken an Minderjährige regeln geben.

67 Jedes Jahr kommen in Deutschland 10.000 Kinder mit dem fetalem Alkoholsyndrom (FAS)
68 auf die Welt. Die Schädigungen, wie beispielsweise körperliche Missbildungen oder
69 Defizite in der geistigen Entwicklung sind meist bleibend. Dabei haben viele
70 Betroffene ihr ganzes Leben Schwierigkeiten in der Schule, im Beruf und im gesamten
71 Alltag und sind ihr gesamtes Leben auf eine gewisse Unterstützung angewiesen. An
72 dieser Stelle muss mehr Präventionsarbeit geleistet werden und für werdende Eltern
73 muss eine geschützte und anonyme Möglichkeit geschaffen werden, sich bei bestehender
74 Abhängigkeit beraten zu lassen. Neben den o.g. Beeinträchtigungen kommt es in
75 Familien mit riskantem Alkoholkonsum zusätzlich auch zu sozialen und
76 gesellschaftlichen Folgen.

77 Die Kinder von Alkoholiker*innen sind unfassbar schwer in der Schule oder in anderen
78 Bereichen des öffentlichen sozialen Lebens als solche zu identifizieren. Für
79 Lehrer*innen wirken sie häufig sogar als besonders engagiert und weit in der
80 Entwicklung. Nicht selten wird das Jugendamt von den Eltern gemieden und den Kindern
81 als Feindbild suggeriert. Dem Jugendamt muss dies bekannt sein und bedacht handeln.
82 Wir fordern hierbei die Sensibilisierung von Mitarbeitenden in Polizei, Behörden wie

83 Sozial-, Jugend- und Arbeitsamt, Bildungseinrichtungen, Freizeiteinrichtungen wie
84 Sportvereinen und Jugend- und Familienzentren für das Erkennen von und den Umgang mit
85 (Co-) Abhängigkeit. Zudem müssen die bereits bestehenden schulischen Präventions- und
86 Informationsangebote wie „Alkohol - kenn dein Limit“ ausgebaut und betroffenen
87 Kindern und Jugendlichen konkrete Ansprechpartner*innen zur Seite gestellt werden.

88 1/3 der Kinder im Erwachsenenleben kämpft weiter mit psychischen Leiden. Ein weiteres
89 Drittel hat später auch mit einer Suchterkrankung zu kämpfen. Spezielle staatliche
90 (anonyme) Hilfsangebote und Schutzräume müssen frühzeitig auch für Angehörige
91 bereitgestellt werden!

92 Die genannten Punkte dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Studienlage zum
93 Thema Alkoholismus nicht vollständig aussagekräftig und aktuell ist. Wir fordern
94 daher die Beauftragung und Durchführung von separierten Studien zum Thema
95 Alkoholkonsum bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen, die eine detaillierte und
96 differenzierte Datenlage zu den Punkten Konsum und Konsumverhalten, Folgen und Umgang
97 schaffen.

98 **Die Jusos müssen auch der sichere Hafen für Nichttrinker*innen sein!**

99 Viel zu oft werden Menschen, die aus unterschiedlichen Gründen keinen Alkohol
100 trinken, schief beäugt oder gefragt, warum sie keinen Alkohol trinken würden. Auch in
101 unserem Verband entstehen solche Situationen, wenn auf Kongressen die ersten Flaschen
102 Bier geöffnet werden oder wenn sich die Verbands Party in fortgeschrittener Stunde
103 befindet. Die Gründe dafür, warum Menschen auf Alkohol verzichten, sind so vielfältig
104 wie privat. Zu oft wird beständig nachgebohrt - ein übergriffiges Verhalten, welches
105 wir als Verband ablehnen. Wir Jusos müssen einen sensiblen und reflektierten Umgang
106 mit Alkohol in unserem Verband pflegen.

107 Es muss unser Anspruch sein, dass sich in unserem Jugendverband alle jungen Menschen
108 wohlfühlen. Deshalb sollte im Rahmen von Veranstaltungen explizit auf einen
109 verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol und die Akzeptanz der eigenen Entscheidung
110 hingewiesen werden. Dazu gehört auch, bei Locations für Veranstaltungen oder Verbands
111 Partys Orte zu wählen, in denen alkoholfreie Getränke verfügbar sind. Wir
112 subventionieren keine alkoholphaltigen Getränke bei Veranstaltungen des Juso-
113 Bundesverbandes.

114 Besonders aus einer feministischen Sicht ist der aktuelle Umgang mit Alkohol in
115 unserem Verband zu hinterfragen. Verhalten von cis Männern, die viel Alkohol
116 konsumieren, ist öfter übergriffig und kann unseren Verband zu einem Ort machen, an
117 dem sich FINTAs unsicher fühlen. Deshalb muss der kritische Umgang mit Alkohol auch
118 in die Diskussion um kritische Männlichkeit einfließen. Awareness-Strukturen hierfür
119 müssen sensibilisiert werden! Personen, die sich (wiederholt) nicht an die Regeln
120 halten oder sich unangemessen und/oder übergriffig gegenüber anderen verhalten,
121 sollen von zukünftigen Veranstaltungen ausgeschlossen werden können.

122 Aus Rücksicht auf Nichttrinker*innen und Betroffene von Alkoholismus sollen deren
123 Perspektive und deren Bedürfnisse - wie alkoholfreie Getränkeangebote und Schutzräume
124 - bei der Planung von Veranstaltungen auf allen Ebenen mitgedacht werden.

Antrag P8: Alkohol ist das Schiff, mit dem du untergehst

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

- 1 Weiterleitung an: SPD Bundestagsfraktion, Bundesparteitag, SPD Fraktion im EP
- 2 In Deutschland konsumieren ca. 7,9 Millionen Menschen der 18- bis 64-jährigen
3 Bevölkerung Alkohol in gesundheitlich riskanter Form ,rund 1,7 Millionen Menschen
4 leiden unter einer behandlungsbedürftigen Alkoholabhängigkeit, knapp 74.000 sterben
5 jedes Jahr an den Folgen des Alkoholmissbrauchs, 5-2 10% davon durch Suizid . Knapp
6 drei Millionen Kinder haben alkoholsüchtige Eltern. Dazu kommen weitere Millionen
7 Ehe- und Lebenspartner. Fast alle verfolgt die Abhängigkeit ihr Leben lang, macht sie
8 anfällig, selbst süchtig zu werden, psychisch zu erkranken – und nur wenige Kinder
9 aus Suchtfamilien können ihr Leben ganz ohne Beeinträchtigungen weiterführen. Die
10 Alkoholabhängigkeit ist also eine schwere und häufige Erkrankung, deren Prävention
11 deshalb zentrales Ziel sein muss.
- 12 Gleichzeitig ist der Alkoholkonsum ein kulturell verankertes Verhalten, sodass der
13 grundsätzliche Umgang mit Alkohol keine rein therapeutische Frage (bei Erkrankten)
14 ist, sondern eine gesamtgesellschaftliche Debatte erfordert. Wir verstehen die
15 freiheitliche Entscheidung der*des Einzelnen für oder gegen den Konsum von Drogen als
16 beste Prävention von Kriminalisierung und gesundheitlichen Gefahren durch
17 (potenziell) suchtauslösende Substanzen. Gerade deshalb muss dieser Anspruch auch in
18 Bezug auf kulturell häufig konsumierte Suchtstoffe gelten: Die Freiheit zum
19 Alkoholkonsum wird in Deutschland wie in fast keinem anderen Land der Welt gewährt
20 (sogar das Führen von Kraftfahrzeugen bleibt bei geringen Blutalkoholkonzentrationen
21 erlaubt), doch ebendiese „Liberalität“ impliziert einen enormen Zwang zum Konsum.
22 Dieser Zwang entsteht auf mehreren Ebenen, beginnend mit der Peer-Group und endend
23 mit überdimensionalen Werbeplakaten an nahezu allen öffentlichen Plätzen – Konkurrenz
24 macht hier nur die Tabakindustrie. Ziel einer progressiven und emanzipatorischen
25 Drogenpolitik muss es deshalb sein, den Menschen die Entscheidung über den Konsum von
26 Alkohol wirklich selbst zu überlassen.
- 27 **Prävention beginnt auf der Straße und im Netz**
- 28 Die Werbeausgaben für alkoholische Getränke in Deutschland lagen 2021 bei Euro .
29 Dieses Geld wissen die Alkoholproduzent*innen gut angelegt: Werbung (Außenwerbung
30 und Fernseh-Werbung) für Alkohol erhöht die Wahrscheinlichkeit, mit schädlichem
31 Alkoholgebrauch zu beginnen und erhöht bei vorbestehendem Alkoholabusus die
32 Trinkmenge (in einer [studienabhängig variablen] Dosis-Wirkungs-Beziehung) . Kinder
33 und Jugendliche werden dabei nicht nur kollateral von Außenwerbung miterfasst,
34 sondern gezielt sozialselektiv durch online Werbung angesprochen . Selbstverständlich
35 ist Werbung nicht der einzige Manifestationsfaktor für die Entstehung einer
36 Alkoholabhängigkeit. Doch gerade besonders gefährdete Menschen zeigen eine erhöhte
37 Empfänglichkeit für Alkoholwerbung und dadurch initiiertes Rauschtrinken . Werbung
38 für Alkohol kann also nicht dem Zweck dienen, einen kritischen Umgang mit Alkohol zu
39 fördern oder einen differenzierten P - Konsum anzustreben, sie dient allein der

40 rücksichtslosen Umsatzsteigerung!

41 Demgegenüber können Forscher*innen. Zeigen, dass Werbeverbote, die Reduktion von
42 Verfügbarkeit und Preiserhöhungen durch (erhöhte) Besteuerung kosteneffektive
43 Maßnahmen zur Reduktion von Alkoholfolgeschäden sind . Wir lehnen dabei jedoch das
44 Instrument der (isolierten) Alkoholsteuererhöhung zur Alkoholismusprävention ab, weil
45 es eine sozialeslektive Exklusion bedingt, die nicht mit unserem sozialdemokratischen
46 Verständnis einer solidarischen Steuerpolitik vereinbar ist. Wesentlich ist
47 dementsprechend auch die Reduktion der Verfügbarkeit: Fast flächendeckend kann in
48 Deutschland rund um die Uhr Alkohol gekauft werden, ein Umstand, der nur für wenige
49 andere Produkte zutrifft. Während die Beschaffung von Medikamenten oder
50 Grundnahrungsmitteln sonn- und feiertags mit erheblichem Aufwand und Mehrkosten
51 verbunden ist, können Alkohol und Tabakwaren durchgehend an Tankstellen und Kiosks
52 erworben werden:

53 Genau diese Über-Verfügbarkeit trägt mit zur Omnipräsenz des Alkohols bei und fördert
54 auch den schädlichen Gebrauch.

55 Deshalb fordern wir:

- 56 • Verbot der Außen-, Rundfunk- und Onlinewerbung für alkoholhaltige Getränke
- 57 • Begrenzung des Verkaufs alkoholhaltiger Getränke auf staatlich lizenzierte
58 Verkaufsstellen mit einheitlich begrenzten Öffnungszeiten

59 **Aufklären statt Verbieten**

60 Ein selbstbewusster und unabhängiger Umgang mit Alkohol bedarf einer guten
61 Information und Bildung zu dem Thema. Die Bundeszentrale für Gesundheitliche
62 Aufklärung (BzgA) bietet hier mit Kampagnen einen Ansatz. Zwar konnte bisher nur
63 belegt werden, dass Aufklärungskampagnen das Wissen über schädlichen Alkoholkonsum,
64 eine Änderung der Einstellung zum Alkoholkonsum sowie ein verstärktes Wahrnehmen von
65 Therapieangeboten bewirken, diese Effekte rechtfertigen dennoch intensive
66 Aufklärungsarbeit . Deutlich wird hier aber auch, welchen zentralen Stellenwert die
67 Vorbeugung von suchtauslösenden Faktoren hat. Wir fordern deshalb:

- 68 • Ausbau der finanziellen Ausstattung der BzGA
- 69 • Ausbau der öffentlichen Aufklärungskampagnen und Schaffung zusätzlicher
70 Aufklärungsangebote für Schulen
- 71 • Umfassende Verankerung des Themas „Substanzabhängigkeit“ in den Kernkurrikula

72 **Im eigenen Verband und der Partei**

73 Wesentlicher Faktor der Manifestation einer Alkoholabhängigkeit bleibt jedoch das
74 persönliche Umfeld. Der subkulturelle Umgang mit Alkohol ist nicht nur
75 Rahmenbedingung für die Entwicklung eines schädlichen Alkoholkonsums, sondern auch
76 eine wichtige Bedingung für Krankheitseinsicht und Therapieerfolg. Der oben
77 skizzierte gesamtgesellschaftliche Wandel hin zu einem wirklich freien Alkoholkonsum
78 beinhaltet damit auch die Freiheit zum Nicht-Konsum, die wir selbst in unserem
79 Verband vorleben wollen. Wir fordern alle Ebenen der Jusos und der SPD dazu auf,
80 einen Code of Conduct zum Umgang mit Alkohol auf internen Veranstaltungen zu
81 entwickeln. Als Jusos Hessen-Süd wollen wir mit gutem Vorbild vorangehen und auf
82 unseren Konferenzen, auf denen wir den Einkauf der Getränke beeinflussen können
83 (Gaststätten etc. ausgenommen), keinen Schnaps mehr einkaufen und ausschenken. Der

84 Schutz der Minderjährigen in unserem Verband hat oberste Priorität.

Begründung

Die im internationalen Vergleich in Deutschland hochprävalente (3,4% der Gesamtbevölkerung) Alkoholabhängigkeit stellt nicht nur ein häufiges und schweres Krankheitsbild dar, sie ist auch Ausdruck einer sozial und altersabhängig stratifizierten Erkrankung. Besonders junge Menschen (18-20 Jahre und 21-24 Jahre) sind häufig von Alkoholabhängigkeit betroffen (6,4% bzw. 6,1%). Der Alkoholismus ist also ein wichtiges politisches Feld gerade auch der politischen Jugendorganisationen.

Vor dem Hintergrund der sozialselektiven und zielgerichteten Werbung für Alkohol für Kinder und Jugendliche verschärft sich das politische Problem von Alkoholwerbung generell: Eine besonders in Deutschland hoch profitable Branche nutzt Werbung, um die ohnehin bestehende kulturelle Verbreitung des Alkoholkonsums weiter emotional aufzuladen.

Werbung hat nie den Zweck, die freie Konsumententscheidung zu ermöglichen, sondern zielt immer darauf, die Kaufentscheidung (zwangsläufig unselbstständig) zu beeinflussen. Solange der Kapitalismus nicht überwunden ist, scheint Werbung in der Fata Morgana des freien Marktes die notwendige Hitze darzustellen, so als unterschieden sich die Produkte im Regal der neoliberalen Globalisierung tatsächlich. In Bezug auf Suchtstoffe aber können wir doch die Werbemanipulation gerade derer, die die höchste Gefahr haben, an einer Alkoholabhängigkeit zu leiden, am wenigsten zulassen!

Was wir stattdessen brauchen, ist eine Kultur des kritischen Konsums und des Respekts für beide Entscheidungen: für und gegen den Alkoholkonsum. Kulturelle Veränderungen sind nicht klar steuerbar, sie sind aber beeinflussbar. Eine öffentliche Debatte und systematische Aufklärungen können ebenso dazu beitragen, den Umgang mit Alkohol auf subkultureller Ebene zu verändern wie ein aktives Vorleben. Als weiterer Aspekt ist dabei zu betrachten, dass ein kulturell erzwungener Alkoholkonsum häufig auch sexistische Stereotype fortführt, deren Fortführung kein progressives politisches Ziel sein kann. Dieser Antrag soll nicht den Alkohol oder seinen Konsum dämonisieren oder den Spaß an einem feuchtfröhlichen Abend nehmen, er soll ihn mit seinen Maßnahmen erstrecht erlauben – für alle in eigener, freier Entscheidung!

Antrag P9: Lipödem-Erkrankte wirksam unterstützen

Antragsteller*in:	Jusos Schleswig-Holstein
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

1 Der Bundeskongress beauftragt den Bundesvorstand, die folgenden Forderungen an die
2 Bundestagsfraktion weiterzuleiten und auf die Thematik aufmerksam zu machen.

3 **Forderung:**

- 4 • Lipödem betroffene Personen benötigen ausführliche Informationsmöglichkeiten und
5 Anlaufstellen im gesamten Bundesgebiet.
- 6 • klare Investitionen in die Forschung für Diagnose und Behandlung des Lipödems
- 7 • Die Liposuktion bei Lipödem Erkrankungen muss langfristig in **allen** Stadien
8 Kassenleistung werden.

Begründung

Das Lipödem ist eine Störung der Fettverteilung, bei der es zu einer unkontrollierten Fettvermehrung vor allem an Beinen, Hüfte, Gesäß und in einigen Fällen auch an den Armen kommt. Betroffen sind in Deutschland rund 3,8 Millionen Menschen, fast ausschließlich Frauen. Es ist aber von einer hohen Dunkelziffer auszugehen, weil viele Betroffene nichts von ihrer Erkrankung wissen und glauben, die Fettvermehrung sei unmittelbare Folge von falscher Ernährung und zu wenig Bewegung. Auch Ärztinnen und Ärzte erkennen die Erkrankung nicht immer, verwechseln sie häufig mit einem Lymphödem oder Adipositas. Erst in den vergangenen 20 Jahren ist das Lipödem zunehmend ins Bewusstsein von Medizinerinnen und Gesellschaft gerückt.

Typisch für ein Lipödem ist ein unproportionales Verhältnis der einzelnen Körperteile zueinander. Im Extremfall tragen betroffene Frauen Oberteile in Kleidergröße XS und Hosen in Größe XXL. Viele betroffene Frauen leiden unter den Folgen, die diese Ungleichverteilung für ihr äußeres Erscheinungsbild bedeutet. Dazu kommen ständige Schmerzen durch [Wasserablagerungen zwischen den Fettschichten](#).

Jens Spahn konnte in der Groko erreichen, dass die Liposuktion im dritten Stadium von der Krankenkasse [übernommen wird](#), das dritte Stadium ist das letzte Stadium und damit die Endstufe. Eine Heilung ist in diesem Stadium nicht mehr möglich, besonders für junge Finta* Personen bedeutet diese Regelung, dass sie "abwarten" müssen, bis ihr Körper dieses dritte Endstadium erreicht hat.

Die Lipödem Gesellschaft äußert sich hierzu folgendermaßen:

„Absolut lächerlich, dass die Ausrede andauernd lautet, dass sie keinerlei Kenntnis haben; traurig, dass die Regierung die Schmerzen und das Leiden Betroffener nicht ernst nehmen“ – das sind zwei von vielen Stimmen betroffener Frauen als Reaktion auf die Antworten der Bundesregierung (Drucksache 20/4756) zum Thema Lipödem. Im November 2022 hatten die Linken die kleine Anfrage der Bundesregierung eingereicht 1. Aus den Antworten der Bundesregierung gehen keine wirklich neuen Erkenntnisse hervor. Innerhalb von knapp 10 Jahren war es der Bundesregierung nicht möglich, entsprechende Prävalenzdaten zu erheben. Hochrechnungen gehen von 3,8 Millionen betroffene Frauen aus.

Neben der Endometriose gehört das Lipödem zu der am weitesten verbreiteten Frauenerkrankung. „Der G-BA hat sich mit der Erkrankung Lipödem und der Behandlungsmethode der Liposuktion bereits befasst und diese bewertet. Im Ergebnis seiner Beratungen am 20. Juli 2017 wurde zunächst entschieden, dass der

Nutzen der Behandlungsmethode der Liposuktion noch nicht hinreichend belegt ist. Am 18. Januar 2018 hat er beschlossen, eine Erprobung durchzuführen, um die ihm noch fehlenden Erkenntnisse zur Bewertung des Nutzens gewinnen zu können,“ heißt es in der Antwort der Bundesregierung. Auf die vorherigen Jahre – angefangen mit dem Antrag der Patientenvertretung aus März 2014 bis zum heutigen Tag, also knapp 10 Jahren, wird widersprüchlich eingegangen. Zum einen schreibt die Bundesregierung, dass im gesamten Verlauf die Rechtsaufsicht des BMG’s nichts zu beanstanden hatte. Zum anderen heißt es jedoch im Text, dass zwar kein Systemversagen vorliegen würde, „allenfalls die Alternative, der nicht zeitgerechten Durchführung in Betracht käme. Ein Systemversagen liege nach höchstrichterlicher Rechtsprechung dann von, wenn „...für eine Überprüfung notwendige formale und inhaltliche Voraussetzungen nicht oder nicht zeitgerecht durchgeführt wurden“ (Vgl. Aktenzeichen 1 BvR 2861/16). Im fortlaufenden Text nimmt die Regierung noch Stellung zur aktuellen Erprobungsstudie, die angeblich durch die Pandemie (und nicht durch ein Ethikvotum) eine erneute Verzögerung nach sich zog. Auch die Inhalte und Vergütung der Erprobungsstudie werden kurz thematisiert. Daten über die Inanspruchnahme der Leistungen bei einer Privatklinik liegen der Bundesregierung ebenfalls (seit Jahren) nicht vor. Eine erweiterte Übergangslösung für die Betroffenen Frauen, die seit 2014 regelrecht auf die lange Bank geschoben werden und damit keine Hilfe für die chronisch progrediente Erkrankung erfahren, sei ebenso wenig in Planung wie eine kostendeckende Sicherstellung der operativen Maßnahmen. Seit Jahren fordern die Betroffenen Hilfe, um ihre Lebensqualität wiederzuerlangen und die Berufsunfähigkeit zu vermeiden. Die Versorgungslage geht ins 10. Jahr und eine Verzögerung der Thematik wird auch durch die Bundesregierung definiert. Eine entsprechende Korrektur dessen bleibt jedoch aus. Der Koalitionsvertrag fordert eine gendergerechte Medizin und möchte das Stimmrecht der Patientenvertreter:innen stärken. Die Kritik der Patientenvertreter:innen ist seit Jahren laut und eine bedarfsgerechte Behandlung wird gefordert. Die Antwort der Bundesregierung scheint nicht mit den Zielen des Koalitionsvertrags kongruent zu sein. Enttäuschend, stigmatisierend und nicht tragbar!

Weitere Quellen: https://www.bundestag.de/resource/blob/954044/26d7f28e689f2b53410c7ca9f4d2589e/20_14_0120-1-_Gemeinsamer-Bundesausschuss-_Lipoedem-data.pdf

Antrag P10: Flächendeckende Aufklärung und Sensibilisierung über weibliche Genitalverstümmelungen in Deutschland

Antragsteller*in:	Jusos Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

1 FGM (Female Genitale Mutilation), auf deutsch als weibliche Genitalverstümmelung
2 bezeichnet, ist eine in über 30 Ländern verbreitete Prozedur, bei der Mädchen und
3 Frauen ihre äußeren Genitalien teilweise oder vollständig entfernt werden. In der
4 Regel wird der Eingriff ohne Betäubung, teilweise mit unhygienischen improvisierten
5 Instrumenten unter extremen Schmerzen durchgeführt. Daraus ergeben sich schwere
6 körperliche Folgen, wie Infektionen, chronische Schmerzen, Inkontinenz,
7 Unfruchtbarkeit, Schmerzen beim Geschlechtsverkehr oder ein hohes Geburtsrisiko. Um
8 die 25% der Betroffenen sterben während der Genitalverstümmelung oder an ihren
9 Folgen. Doch auch die psychischen Folgen sind gravierend. Traumata, Angststörungen
10 und Depressionen sind keine Seltenheit.

11 Begründet wird diese Menschenrechtsverletzung kulturell und teilweise religiös, wobei
12 keine heilige Schrift dieses Verfahren empfiehlt. Die FGM soll unter anderem die
13 Libido der Frau verringern, um sicherzustellen, dass sie vor der Ehe keine sexuellen
14 Beziehungen hat und während der Ehe treu bleibt.

15 Weltweit sind über 125 Millionen Frauen betroffen und obwohl der überwiegende Teil in
16 Ländern Afrikas lebt, geht man auch in Deutschland von einer Zahl zwischen 60.000 und
17 100.000 Frauen aus, die mit einer Genitalverstümmelung leben.

18 Seit 2013 ist weibliche Genitalverstümmelung in Deutschland strafrechtlich verboten,
19 Mädchen dafür ins Ausland zu bringen ebenfalls. Trotzdem erleben wir in den letzten
20 Jahren einen Anstieg an vorgenommenen Genitalverstümmelungen sowie an davon gefährdeten
21 Mädchen, gerade bei Minderjährigen. Nach einer Schätzung der Organisation „Terre des
22 Femmes“ sind zwischen knapp 2.000 und 17.000 Mädchen, die in Deutschland geboren
23 wurden, akut gefährdet.

24 2020 wurden die Belange von Betroffenen erstmals in der Studien- und
25 Prüfungsverordnung für Hebammen festgehalten.

26 Auch wurden von der zuständigen Arbeitsgruppe zur Überwindung von weiblicher
27 Genitalverstümmelung in Deutschland aus dem Bundesfamilienministerium Maßnahmen, wie
28 der sogenannte „Schutzbrief“ auf den Weg gebracht. Dieser informiert über die
29 Strafbarkeit und soll dadurch gefährdeten Mädchen, die ihren Urlaub in ihren
30 Heimatländern verbringen, vor Ort dabei helfen, gesellschaftlichem und familiärem
31 Druck entgegenzuhalten. Aus dem Bundesfamilienministerium kam seit diesem Schutzbrief
32 jedoch keine weitere Initiative.

33 Seit 2013 ist FGM als geschlechtsspezifische Verfolgung ein anerkannter Fluchtgrund,
34 was Betroffenen und Mitarbeitenden in den Behörden jedoch oft nicht bewusst ist.

35 Die Thematik ist in der breiten Gesellschaft und Öffentlichkeit noch zu unbekannt.
36 Behörden, Lehrer*innen, Sozialarbeiter*innen, Ärzt*innen und Erzieher*innen wissen
37 nicht, wie man mit einem gefährdeten Mädchen umgeht und dass es Beratungs- und

38 Hilfsangebote gibt. Und gerade für die betroffenen Frauen ist es eine große
39 Überwindung sich medizinische Hilfe zu suchen. Oft sind ihnen die Zusammenhänge
40 zwischen den aktuellen Gesundheitsproblemen und der viele Jahre zuvor erlittenen
41 Genitalverstümmelung nicht bewusst.

42 Deshalb fordern wir eine bessere Sensibilisierung und Aufklärung zum Thema weibliche
43 Genitalverstümmelung, um zum einen die Unterstützung von betroffenen Mädchen und
44 Frauen zu verbessern und zum anderen den Schutz von bedrohten Mädchen zu stärken.

45 Dafür brauchen wir eine bundesweit flächendeckende Versorgung mit psychosozialen,
46 medizinischen und juristischen Beratungsstellen. Außerdem soll eine bundesweite
47 Aufklärungskampagne zum Thema weibliche Genitalverstümmelungen auf den Weg gebracht
48 werden, in der insbesondere Frühwarnsysteme zur Erkennung gefährdeter Mädchen
49 ausgearbeitet werden. Darüber hinaus soll FGM fester Bestandteil der Fortbildung
50 relevanter Berufsgruppen, wie beispielsweise Mitarbeitende in Behörden, Lehrkräfte,
51 Sozialarbeiter*innen, Erzieher*innen und medizinischem Personal werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag P11: „Wir müssen über den Tod reden“ - Suizidhilfe (k)eine Grauzone?

Antragsteller*in:	Jusos Saar
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

1 Analyse:

2 Seit vielen Jahren befasst sich der Bundestag nun schon mit dem Thema Sterbehilfe.
3 Damit, ob ein todkranker Mensch Hilfe bei der Beendung seines Lebens erhalten sollte.
4 Doch noch immer konnte kein entsprechender Konsens gebildet werden. Die Suizidhilfe
5 gehört zu den Themen, in denen die Gesellschaft enorm gespalten ist.
6 Befürworter:innen streben eine Entkriminalisierung des assistierten Suizids durch
7 geschulte Ärzt:innen unter strengen Auflagen an, während Gegner:innen der Sterbehilfe
8 fürchten, eine Beihilfe zur Selbsttötung würde zwangsläufig zu einer gesetzlosen
9 Grauzone führen, die vulnerable Gruppen mitunter gefährdet.
10 Einig sind sich aber sowohl Gegner:innen, als auch Befürworter:innen darin, dass es
11 genauere Regelungen braucht, wie mit todkranken Menschen umgegangen werden sollte.
12 Sterben ist etwas, mit dem todkranke Patient:innen sowie ihre Angehörigen
13 zwangsläufig konfrontiert werden. Dennoch handelt es sich hierbei um ein Thema,
14 welches gesellschaftlich überwiegend mit Ablehnung oder negativen Gefühlen verbunden
15 ist. Klar ist: Über Tod zu sprechen, führt die eigene Sterblichkeit vor Augen.
16 Spricht eine Person über das Sterben, wird oft das Thema gewechselt oder betretenes
17 Schweigen herrscht. Dies hilft Sterbenden und ihren Angehörigen in ihrer schwierigen
18 Situation jedoch nicht. Sieht man sich mit dem eigenen nahenden Tod oder dem baldigen
19 Tod eines geliebten Menschen konfrontiert, verspürt man mithin viele Ängste.
20 Insbesondere Patient:innen haben Angst vor (möglicherweise) kommenden Schmerzen oder
21 davor, von Angehörigen abhängig zu sein, ihnen zur Last zu fallen. Es handelt sich um
22 eine Phase der Angst und Unsicherheit, weswegen entsprechende Beratungs- oder
23 Begleitangebote wie sie in der Hospiz- oder Palliativmedizin vertreten sind, wichtige
24 Stützen für Betroffene und ihre Nächsten sind.
25 Rechtssicherheit in diesen Lebensphasen ist das essentiell für Betroffene.
26 Insbesondere, um sicherzustellen, dass genau dem Willen de*s*r Betroffenen
27 entsprochen wird und ein Missbrauch von vorneherein ausgeschlossen werden kann.
28 Gerade für Angehörige sind Schriftsätze wie Patient:inneverfügungen wichtige
29 Richtlinien.
30 Doch Sterbehilfe ist nicht gleich Sterbehilfe. Viele verbinden mit Suizidhilfe das
31 Beispiel des „in die Schweiz fahrens – Gift Cocktail trinkens“. Diese Art der
32 Suizidhilfe nimmt jedoch nur einen Teil der tatsächlichen Sterbehilfe ein, die letzte
33 von insgesamt vier Stufen. Seit 2010 ist die passive Sterbehilfe erlaubt, sofern dies
34 dem erklärten Willen de*r*s Patient*in entspricht. Auch die indirekte Sterbehilfe,
35 also die Inkaufnahme eines verfrühten Todes aufgrund einer schmerzlindernde
36 Behandlung wird mit Einverständnis de*s*r Betroffenen nicht rechtlich sanktioniert.
37 Im Bereich des assistierten Suizid, also der Hilfe zur Selbsttötung etwa durch

38 Bereitstellen eines Giftes, das Patient:innen zu sich nehmen, beginnt die rechtliche
39 Grauzone. Spätestens die aktive Sterbehilfe, also das Töten auf Verlangen (meist
40 durch eine tödliche Substanz) ist in § 216 StGB verboten.

41 Die fehlende rechtliche Klarheit im Bereich der Sterbehilfe führt dazu, dass leidende
42 Menschen mitunter in ihrer Selbstbestimmung eingeschränkt werden. Es gilt daher, das
43 Selbstbestimmungsrecht der Patient:innen zu stärken und ihnen die Entscheidung über
44 die Dauer und das Ende ihres Lebens selbst zu überlassen. Todkranke Menschen sollten
45 nicht aufgrund äußerer Umstände eingeschränkt werden. Vielmehr verdienen sie,
46 selbstbestimmt und in Würde sterben zu können.

47 Es scheint mithin ein Gebot der Menschenwürde zu sein, leidenden Menschen an ihrem
48 Lebensende zu helfen und deren genauen Wünschen zu entsprechen. Eine Person, die
49 einen großen Leidensweg vor sich hat, an dessen Ende ein unvermeidbarer Tod steht und
50 die beschließt diesen Weg zu verkürzen, sollte nicht von Anderen bei dieser
51 Entscheidung bevormundet werden. Es handelt sich hierbei um eine Entscheidung, die
52 mit ausreichender Sensibilität angegangen werden muss. Laut einem Urteil des
53 Bundesverfassungsgerichts vom 26. Februar 2020 umfasst das Recht auf selbstbestimmtes
54 Leben auch die Freiheit „bei Dritten Hilfe zu suchen und diese, soweit sie angeboten
55 wird, in Anspruch zu nehmen.“

56 Bei der Tötung auf Verlangen handelt es sich um eine längst überholte strafrechtliche
57 Norm, die das Selbstbestimmungsrecht der Patient:innen und Mediziner:innen mitunter
58 einschränkt. Denn sie müssen möglicherweise gegen den Willen der Patient:innen
59 handeln, um strafrechtliche Folgen zu vermeiden. Es wird deutlich: Rechtlich
60 herrschen in Bezug auf den assistierten Suizid noch viele Gesetzeslücken, die es zu
61 schließen gilt. Es braucht klare rechtliche Strukturen, die einen solchen
62 assistierten Suizid oder gar die aktive Sterbehilfe regeln. Dies kann und sollte
63 jedoch nicht die strafrechtliche Sanktionierung der Tötung auf Verlangen aus § 216
64 StGB sein. Vielmehr bieten sich entsprechende strafrechtliche Regelungen, die die
65 kommerzielle Förderung der Selbsttötung sanktionieren an, um Rechtssicherheit für
66 Ärzt:innen zu schaffen. Weiterhin braucht es genaue Voraussetzungen, die die
67 Rahmenbedingungen einer durchzuführenden assistierten Selbsttötung festlegen.
68 Hierunter fallen unter anderem entsprechende psychologische Beratungen und
69 Einstufungen durch unabhängig voneinander agierenden Ärzt:innen, die Bestimmung des
70 mentalen und physischen Zustandes, sowie die Aufklärung über Alternativen zur
71 Selbsttötung und Behandlungsmöglichkeiten. Auch braucht es entsprechende Fristen, um
72 sicherzustellen, dass es sich bei der Entscheidung de*r*s Sterbenden um einen
73 dauerhaften Entschluss handelt.

74 **Forderung:**

75 Überarbeitung des § 216 StGB und der Regelungen über den assistierten Suizid sowie
76 eine Stärkung der Hospiz- und Palliativmedizin. Es kann nicht sein, dass ein
77 überholtes Gesetz Hilfesuchende derart in ihrer Selbstbestimmung allein lässt und
78 ihnen entsprechende Hilfe versagt. Wer sein*ihr Leben beenden möchte, sollte das nach
79 eigenen Konditionen tun.

80

81 Die Einführung einer entsprechenden Regelung zur Sterbehilfe, die das Wohl der
82 Patient:innen in den Fokus rückt. Solange die Betroffenen ausreichend ärztlich und

83 psychologisch betreut wurden, sichergestellt wurde, dass

84 • eine tödliche Krankheit tatsächlich vorliegt,

85 • es sich bei dem Willen zu sterben um einen dauerhaften handelt

86 • und ihnen alle Alternativmöglichkeiten zum Suizid im Vorfeld aufgezeigt wurden.

87

88 Darüber hinaus soll sich eine entsprechende Kommission aus Expert*innen mit möglichen
89 Lösungen zur Thematik der Suizidhilfe bei nicht tödlich Kranken, befassen. Das Verbot
90 von Suizidhilfe bei Minderjährigen, aus verwerflichen Beweggründen und bei Personen,
91 die nicht an einer schweren, dauerhaften Krankheit leiden, soll hiervon unangetastet
92 bleiben und entsprechende Taten strafrechtlich sanktioniert.

Antrag P12: 30-Stunden-Woche für Freiwilligendienstleistende!

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

1 Freiwilligendienste sind ein wichtiges Instrument für gesellschaftliches Engagement
2 und persönliche Entwicklung junger Menschen. Freiwilligendienstleistende leisten
3 einen wertvollen Beitrag in sozialen, kulturellen, ökologischen und
4 Bildungsbereichen. Sie engagieren sich aus sozialer Verantwortung und dem Wunsch,
5 einen Beitrag zum Gemeinwohl zu leisten. Und das ganz freiwillig und nur für ein
6 sogenanntes Taschengeld von durchschnittlich 350 € pro Monat.

7 Jedoch sind die Arbeitsbedingungen für Freiwilligendienstleistende in vielen Fällen
8 noch nicht ausreichend. Aktuell beträgt die wöchentliche Arbeitszeit oft 38,5 oder
9 sogar mehr Stunden, was zu Überbelastung und Stress führen kann. Dies steht im
10 Widerspruch zu den eigentlichen Zielen von Freiwilligendiensten, nämlich junge
11 Menschen zu fördern und zu stärken.

12 Ein zentrales Anliegen der Jusos Sachsen-Anhalt ist es, die Arbeitsbedingungen für
13 Freiwilligendienstleistende zu verbessern und ihnen eine angemessene Entlohnung zu
14 ermöglichen. Daher setzen wir uns für die Einführung einer 30-Stunden-Woche für
15 Freiwilligendienstleistende ein.

16 **Beschluss:**

- 17 • Die Jusos Sachsen-Anhalt sprechen sich dafür aus, die wöchentliche Arbeitszeit
18 für Freiwilligendienstleistende auf maximal 30 Stunden zu reduzieren.
- 19 • Die Arbeitszeitreduktion soll ohne Kürzung des Taschengeldes erfolgen, um die
20 Anerkennung der wertvollen Arbeit der Freiwilligendienstleistenden angemessen zu
21 gewährleisten.
- 22 • Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt wird aufgefordert, gemeinsam mit den
23 Trägern der Freiwilligendienste die Umsetzung der 30-Stunden-Woche zu prüfen und
24 bei Bedarf entsprechende rechtliche Regelungen zu schaffen.
- 25 • Die verbesserten Arbeitsbedingungen sollen dazu beitragen, dass
26 Freiwilligendienstleistende ihre Aufgaben motiviert und mit voller Energie
27 erfüllen können, was auch langfristig ihre Bereitschaft zu gesellschaftlichem
28 Engagement fördern
- 29 • Die Jusos Sachsen-Anhalt werden sich auf allen politischen Ebenen dafür
30 einsetzen, dass dieser Beschluss umgesetzt wird und Freiwilligendienstleistende
31 die Unterstützung erhalten, die sie verdienen.
- 32 • Kürzungen im Bundeshaushalt für das Freiwillige Soziale Jahr müssen verhindert
33 werden. Die Jusos und die SPD setzen sich für ein im Vergleich zum Haushalt 2023
34 ungekürztes Budget für das FSJ ein.

Antrag P13: Das deutsche Sozialsystem ist überlastet! - Entlastung durch ein moderneres System

Antragsteller*in:	Jusos Saar
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

1 Analyse:

2 Das deutsche Sozialsystem befindet sich derzeit in einer Phase der Überlastung. Die
3 zunehmenden Belastungen resultieren aus mehreren Faktoren, darunter die demografische
4 Entwicklung, wirtschaftliche Veränderungen und die steigenden Anforderungen an
5 soziale Dienstleistungen. Besorgniserregend ist das anhaltende Ungleichgewicht
6 zwischen den kontinuierlich steigenden Beiträgen, wie die Anpassung des
7 Beitragssatzes der Pflegeversicherung und den schwindenden Leistungen, beispielsweise
8 bei den gesetzlichen Krankenkassen. Die steigenden Beiträge zu den
9 Sozialversicherungen, wie beispielsweise der Kranken- und Rentenversicherung,
10 belasten sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber. Trotz dieser gestiegenen
11 finanziellen Beteiligungen fühlen sich viele Bürgerinnen und Bürger durch rückläufige
12 Leistungen frustriert. Dies hat zur Folge, dass die Erwartungen an das Sozialsystem
13 und die realen Leistungen immer weiter auseinanderdriften. Vergleicht man Deutschland
14 mit anderen EU-Staaten, so kann beispielsweise Norwegen eine Variante mit
15 Zukunftschance bieten. Das norwegische Sozialsystem und der dortige Staatsfonds, der
16 Government Pension Fund Global (GPF), bilden ein bemerkenswertes Modell. Norwegen
17 hat es geschafft, ein nachhaltiges soziales Absicherungssystem aufzubauen, bei dem
18 die Balance zwischen steigenden Beiträgen und wachsenden Leistungen erhalten bleibt.
19 Der Fonds verfolgt eine langfristige Anlagestrategie, die darauf abzielt,
20 langfristiges Wachstum und Stabilität zu gewährleisten. Er investiert in eine breite
21 Palette von Vermögenswerten, darunter Aktien, Anleihen, Immobilien und
22 Geldmarktinstrumente. Die Diversifikation der Anlagen hilft, das Risiko zu
23 minimieren. Er verfolgt strenge Ethikrichtlinien und schließt Investitionen in
24 Unternehmen aus, die in Bereichen wie Waffen, Tabak, Korruption und Verletzung von
25 Menschenrechten tätig sind. Durch regelmäßige Berichte über seine Investitionen,
26 Portfoliozusammensetzung und Leistung bietet der Fond große Transparenz. Ein
27 bedeutendes Merkmal des norwegischen Ansatzes ist die Verbindung zwischen dem
28 Sozialsystem und dem Staatsfonds. Die Einnahmen aus dem norwegischen Öl- und
29 Gasgeschäft werden in den GPF investiert, der als eine Art Puffer für zukünftige
30 Generationen dient. Dies ermöglicht dem Land, von seinen Rohstoffen zu profitieren
31 und gleichzeitig sicherzustellen, dass die kommenden Generationen finanziell
32 abgesichert sind. Ersetzt man die Einnahmen aus Rohstoffen beispielsweise mit Teilen
33 aus den deutschen Steuereinnahmen aus der Waffen- und Automobilindustrie, so lässt
34 sich dieses Modell auch für Deutschland ermöglichen. Die Erfolgsgeschichte Norwegens
35 könnte als Leitfaden dienen, um das deutsche Sozialsystem zu stärken. Indem man das
36 Gleichgewicht zwischen Beiträgen und Leistungen wiederherstellt und gleichzeitig auf
37 eine langfristige finanzielle Stabilität hinarbeitet, könnte Deutschland einen Weg
38 einschlagen, der den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger besser gerecht wird.

39 Deutschland sollte sich an Norwegen ein Beispiel nehmen und sein Sozialsystem
40 überarbeiten und entlassen.

41 **Forderungen:**

- 42 • Die Prüfung der Integration eines Staatsfonds: Das deutsche Sozialsystem sollte
43 einen ähnlichen Ansatz wie Norwegen verfolgen, indem es einen Staatsfonds
44 einführt, der aus Einnahmen, die aus einer radikalen Erbschaftssteuer finanziert
45 wird. Diese soll die soziale Ungerechtigkeit bekämpfen, dass wenige ohne Arbeit
46 ein riesiges Vermögen anhäufen. Diese Vermögen sollen für die Stabilität
47 zukünftiger Investitionen und der Sicherung der Sozialsysteme herangezogen
48 werden. Dieser Fonds kann als finanzieller Puffer für zukünftige Generationen
49 dienen. Als Ergänzung zum bestehenden System soll die Integration Schritt für
50 Schritt erfolgen. So kann bei Anpassungsbedarf trotz der Veränderung
51 entsprechend gehandelt werden.
- 52 • Gleichgewicht zwischen Beiträgen und Leistungen: Das System sollte angemessene
53 Beiträge sicherstellen, während es gleichzeitig gewährleistet, dass die
54 erbrachten Leistungen im Einklang mit den Beiträgen stehen. Die Balance zwischen
55 finanzieller Beteiligung und tatsächlicher Absicherung der Bürger ist
56 entscheidend
- 57 • Fokus auf umfassende Absicherung: Das deutsche System sollte sich stärker auf
58 umfassende soziale Absicherung konzentrieren, ähnlich wie das norwegische
59 Modell. Dies beinhaltet hochwertige Gesundheitsversorgung, Bildung und Renten,
60 um soziale Ungleichheit zu minimieren.
- 61 • Langfristige Nachhaltigkeit anstreben: Das überarbeitete System sollte
62 langfristige Nachhaltigkeit in den Vordergrund stellen, indem es sicherstellt,
63 dass die sozialen Leistungen sowohl für aktuelle als auch künftige Generationen
64 gewährleistet sind. Die Integration von bewährten Elementen aus dem norwegischen
65 Ansatz kann dazu beitragen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag P14: Selbsthilfe fördern und solidarisch finanzieren: Private Krankenversicherung in die Pflicht nehmen

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

- 1 Die Finanzierung der gemeinschaftlichen, gesundheitsbezogenen Selbsthilfe in Form von
- 2 Selbsthilfegruppen, Selbsthilfeorganisationen, Selbsthilfeunterstützung und
- 3 Selbsthilfekontaktstellen soll auch zur Pflichtaufgabe der privaten
- 4 Krankenversicherungen werden, solange sie nicht abgeschafft sind.
- 5 Daneben sollen soziale Themen, deren Bearbeitung in Selbsthilfegruppen zur
- 6 Gesundheitsförderung bzw. primären oder sekundären Prävention beitragen, auch zur
- 7 gesundheitsbezogenen Selbsthilfe anerkannt werden, sodass sie nicht von der
- 8 Selbsthilfeförderung nach § 20h SGB V ausgeschlossen werden.

Begründung

Selbsthilfegruppen sind freiwillige, meist lose Zusammenschlüsse von Menschen, deren Aktivitäten sich auf die gemeinsame Bewältigung von Krankheiten, psychischen oder sozialen Themen richten, von denen sie - entweder selbst, oder als Angehörige - betroffen sind. Ihr Ziel ist eine Veränderung der persönlichen Lebensumstände der Gruppenmitglieder und häufig auch ein Hineinwirken in ihr soziales und politisches Umfeld. In der regelmäßigen Gruppenarbeit betonen sie Authentizität, Gleichberechtigung, gemeinsames Gespräch und gegenseitige Hilfe. Die Gruppe ist dabei ein Mittel, die äußere (soziale, gesellschaftliche) und die innere (persönliche, seelische) Isolation aufzuheben. Die Zahl an Selbsthilfegruppen liegt bundesweit bei ca. 100.000 Gruppen mit insgesamt bis zu dreieinhalb Mio. Mitglieder.

Diese arbeiten auf Landes- oder Bundesebene themenspezifisch zu einer bestimmten Erkrankung bzw. Thema. Hauptsächlich fungieren sie als Interessensvertretung und weisen oftmals enge Kontakte zum professionellen Hilfesystem auf. In der Regel haben sie auch über ihre eigene Mitgliedschaft hinaus umfangreiche Informations- und Beratungsangebote. Mittlerweile sind die krankheits- oder indikationsspezifischen Vereinigungen auf ungefähr 350 Verbände mit zum Teil über 100.000 Mitgliedern je Organisation angewachsen.

Die Selbsthilfeunterstützung ist Hauptaufgabe von Selbsthilfekontaktstellen. Als Einrichtungen mit hauptamtlichem Personal und Gruppenräumen verbessern sie die Infrastruktur, damit Selbsthilfegruppen entstehen und sich weiterentwickeln. Sie fördern und begleiten Selbsthilfegruppen, pflegen Datenbanken zu örtlichen Gruppen, vermitteln Betroffene an Gruppen oder unterstützen sie bei Gruppenneugründungen. Daneben arbeiten sie in kommunalen Netzwerken mit und schaffen mit Öffentlichkeitsarbeit und Projekten ein selbsthilfeförderndes Klima in der Gesellschaft. Das Angebot ist kostenfrei. Bundesweit gibt es 257 Selbsthilfekontaktstellen.

Bei der Selbsthilfearbeit entstehen Kosten. Es fallen Raummieten für Gruppentreffen, Kosten für Büromaterial, Porto, Telefon- und Internetgebühren sowie Ausgaben für technische Geräte und Öffentlichkeitsarbeit an. Daneben entstehen für Teilnahmen an Vortragsveranstaltungen, Gesundheits- und Selbsthilfetagen oder überregionaler Gremienarbeit Beiträge und Fahrtkosten. Bei Organisationen und Kontaktstellen kommen Büromieten und hauptamtliches Personal hinzu.

Bisher zahlen hauptsächlich gesetzliche Krankenkassen in die Selbsthilfe ein, während private

Krankenkassen in Deutschland nicht dazu verpflichtet sind. Es fehlt hier an einer gesetzlichen Grundlage um die Finanzierung fair aufzuteilen. Die finanzielle Beteiligung der gesetzlichen Krankenkassen an der Selbsthilfe ist gesetzlich festgelegt. Das Sozialgesetzbuch V (SGB V) schreibt vor, dass die gesetzlichen Krankenkassen die Selbsthilfe fördern und finanziell unterstützen sollen. Es gibt jedoch keine vergleichbare rechtliche Verpflichtung für private Krankenkassen.

Zudem basiert das deutsche Gesundheitssystem auf dem Solidaritätsprinzip, bei dem die Beiträge der Versicherten nach ihrem Einkommen berechnet werden. Gesetzliche Krankenkassen sind Teil dieses Systems und müssen bestimmte Solidaritätsaufgaben erfüllen, zu denen auch die Förderung der Selbsthilfe gehört. Private Krankenkassen hingegen agieren auf der Grundlage von individuellen Versicherungsverträgen und haben eine andere Finanzierungsstruktur. Trotzdem profitieren privat versicherte Menschen sowie deren Krankenkassen von der Selbsthilfe und ihren Strukturen ohne finanziell daran beteiligt zu werden. Dies widerspricht dem Solidaritätsprinzip im Grundsatz und muss geändert werden!

Das eine Beteiligung der privaten Krankenversicherung an der Finanzierung der gesundheitsbezogenen Selbsthilfe legislativ geregelt werden kann, zeigt die Selbsthilfe für Pflegebedürftigen und deren Angehörigen, die in § 45d SGB XI geregelt ist. Hier wurde eine Mitfinanzierung durch die private Pflegeversicherung festgeschrieben.

Auch wenn gesetzliche Krankenkassen aufgrund der höheren Anzahl von Versicherten (87% der Bevölkerung, ca. 73 Mio Menschen stand 2021) und der solidarischen Beitragsgestaltung in der Regel größere finanzielle Ressourcen zur Verfügung haben, als private Krankenkassen (13% der Bevölkerung; ca. 10,9 Mio Personen stand 2021), sollte es keine übermäßige Belastung für private Krankenkassen sein entsprechend der Zahl ihrer Mitglieder einen entsprechenden Beitrag zu leisten.

Einige private Krankenversicherungen investieren bereits freiwillig in die Selbsthilfe und unterstützen die Arbeit von Selbsthilfeorganisationen. Allerdings besteht aktuell keine rechtliche Verpflichtung für private Krankenkassen, in die Selbsthilfe einzuzahlen. Um die Chancengleichheit und Unterstützung für Selbsthilfegruppen zu stärken, fordern wir daher eine gesetzliche Regelung/ Gesetzesanpassung, die auch private Krankenkassen zur finanziellen Beteiligung an der Selbsthilfe verpflichtet.

Die Förderung von Selbsthilfegruppen und -organisationen erfolgt, wenn der Fokus auf der gemeinsamen Bewältigung von Krankheiten, Krankheitsfolgen und/oder psychischen Problemen liegt, von denen die Teilnehmer entweder selbst oder als Angehörige betroffen sind. Es gibt jedoch eine Notwendigkeit, eine umfassendere Definition für die gemeinschaftliche, gesundheitsbezogene Selbsthilfe festzulegen, um eine klare Unterscheidung zwischen gesundheitsbezogener und sozialer Selbsthilfe zu ermöglichen.

Die derzeitige Ausrichtung an der ICD-11 (Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme) hat zur Folge, dass Gruppen und Organisationen, die an sozialen Themen arbeiten, von der Förderung gemäß § 20h SGB V ausgeschlossen sind.

Es gibt jedoch Themen, die trotz fehlender ICD-Codierung in einem nachweisbaren Zusammenhang mit Gesundheitsgefährdungen stehen und deren Bearbeitung im Rahmen von Gruppenarbeit zur Gesundheitsförderung oder primären und sekundären Prävention beitragen kann. Dazu gehören beispielsweise Allein- oder Getrennterziehende, LGBTIQ-Personen, Menschen mit unerfülltem Kinderwunsch, Eltern von Sternenkindern oder Angehörige von Suizidopfern.

Um sicherzustellen, dass Gruppen, die sich mit sozialen Themen beschäftigen, förderfähig sind, sollten sie in den Anwendungsbereich des § 20h SGB V fallen. Dadurch könnten sie zukünftig Zuschüsse für ihre Gruppenarbeit beantragen, die für die betroffene Gesellschaft eine wertvolle Stütze darstellt.

Antrag P15: Für ein faires Praktisches Jahr! Solidarität mit #faresPJ

Antragsteller*in:	Jusos Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

- 1 Am Ende des Medizinstudiums steht das Praktische Jahr (PJ), welches Studierende nach
2 einem theoriebetonten Studium auf den praktischen Berufseinstieg vorbereiten soll.
3 Schon seit Jahren fordern Studierende und Verbände, vor allem die Bundesvertretung
4 der Medizinstudierenden in Deutschland e.V. (bvmd), grundlegende Verbesserungen beim
5 PJ, sowohl hinsichtlich der inhaltlichen Qualität als auch weiterer
6 Rahmenbedingungen.
- 7 Zuletzt wurde im Rahmen von 13 Demonstrationen unter dem Motto #faresPJ, welche am
8 19.07.2023 bundesweit durchgeführt wurden, über die Forderungen berichtet. 4.200
9 Medizinstudierende aus ganz Deutschland sind dabei auf die Straße gegangen. Eine
10 entsprechende Petition nähert sich der 100.000er-Grenze.
- 11 Die Lehre der Medizinstudierenden in den Kliniken ist nicht klar geregelt. Lernziele
12 werden aktuell nicht systematisch erfasst und dokumentiert. Die Studierenden werden
13 oft für nichtärztliche Routineaufgaben herangezogen, anstatt in die Versorgung der
14 Patienten involviert zu werden. Darunter leidet die inhaltliche Qualität der
15 Ausbildung, was dazu führt, dass die Studierenden am Ende des PJ nicht auf die
16 ärztliche Tätigkeit vorbereitet sind.
- 17 Studierende im PJ erhalten oftmals gar keine Aufwandsentschädigung. Wenn, dann
18 meistens so wenig, dass sie hiervon nicht leben können. Sie sind auf externe
19 Unterstützung, Stipendien oder einen Nebenjob neben dem Vollzeit-PJ angewiesen. Somit
20 ist es ein Privileg weniger PJ-Studierender sich voll und ganz auf das PJ
21 konzentrieren zu können.
- 22 Hinzu kommt, dass Studierende im PJ keinen Urlaubsanspruch besitzen. Sie verfügen nur
23 über 30 Fehltage, welche auch bei eigener Krankheit, Krankheit des Kindes oder Urlaub
24 aufgebraucht werden. Da zwischen Ende des PJ und dem letzten Staatsexamen (M3) oft
25 nur wenige Tage liegen, ist es zudem üblich, 20 der 30 Fehltage für die
26 Prüfungsvorbereitung ans Ende zu legen. Dies führt dazu, dass PJler:innen krank
27 arbeiten gehen, statt einen Fehltag zu verbrauchen, was ein Risiko für ihre
28 Kolleg:innen und Patient:innen darstellt. Studierende mit chronischen Erkrankungen
29 oder Kindern sind hier besonders stark benachteiligt.
- 30 Alles in allem sind die Rahmenbedingungen im PJ nicht akzeptabel. Die Jusos erklären
31 sich solidarisch mit der Kampagne des bvmd und schließen sich ihrer Forderungen an:
- 32 • Standards in der Lehre im PJ durch eine flächendeckende Etablierung von PJ-
33 Logbüchern, eines Mentoring-Systems, der Ausbildung der Studierenden durch
34 Fachärzt:innen, sowie der kontinuierlichen Betreuung eigener Patient:innen unter
35 Supervision.
 - 36 • Das Verbot, Studierende zur Füllung von ärztlichen Personallücken zu nutzen.
 - 37 • Das Recht, sich krankzumelden durch die Trennung von Krankheits- und Fehltagen
38 in der Approbationsordnung.

- 39 • Eine Aufwandsentschädigung mindestens in Höhe des jeweils aktuellen 1,5-fachen
40 BAföG-Höchstsatzes (derzeit 1401 Euro/Monat), zu zahlen durch die
41 Ausbildungsstätten.
- 42 • Einen Mindestabstand von vier Wochen zwischen dem Ende des Praktischen Jahres
43 und dem dritten Staatsexamen, der Abschlussprüfung des Medizinstudiums.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag P16: Unverschuldete Minusstunden durch Rufbereitschaften in der Pflege bekämpfen

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

- 1 Wir fordern, dass Bereitschafts- und Rufdienste auch in der Pflege als vollwertige
2 Arbeitszeit rechtlich gesichert werden. Das heißt, dass die Ruhezeit nicht auf
3 fünfeneinhalb Stunden gekürzt werden darf. Bei einer Unterbrechung der gesetzlichen
4 Ruhezeit von elf Stunden muss diese von vorne beginnen. Die am nächsten Tag aufgrund
5 der Ruhezeit nicht geleistete Arbeit darf nicht als Minusstunden dokumentiert werden.
6 Wir müssen darauf hinwirken, dass ein entsprechender Gesetzentwurf unverzüglich zur
7 Abstimmung gestellt und angenommen wird. Wir fordern die schnellstmögliche Streichung
8 dieser Grauzone.
- 9 Die aktuelle Gesetzeslage lässt durch eine Grauzone zu, dass die Arbeitgebenden den
10 Arbeitnehmenden in der Pflege Minusstunden aufschreiben dürfen, nachdem ein Ruf- oder
11 Bereitschaftsdienst geleistet wurde und aufgrund dessen die elfstündige Ruhepause
12 nicht eingehalten werden konnte.
- 13 Wir fordern, dass man nach einem Bereitschaftsdienst nicht nach Gutdünken der
14 Arbeitgebenden den nächsten Tag „frei“ nehmen muss. Es sollten alle Arbeitnehmenden
15 selbst über ihre Urlaubstage verfügen dürfen. Es ist nicht die Verantwortung der
16 Arbeitnehmenden, die personelle Besetzung zu gewährleisten.
- 17 Nicht nur lebt man von Dienst zu Dienst, sondern hat auch nicht die Zeit, sich
18 körperlich von einem Dienst zu erholen.
- 19 Nach einem zehnstündigen Arbeitstag mit einer 30-minütigen Pause muss man am nächsten
20 Tag morgens wieder für den nächsten Tagdienst zur Arbeit erscheinen. Die
21 dazugehörigen Wochenenddienste, die nicht nur das persönliche Leben einschränken,
22 sondern auch psychisch bei immer mehr Arbeitnehmenden zu größeren Herausforderungen
23 werden, sorgen für krankheitsbedingte Ausfälle.
- 24 Wir fordern, dass die Arbeitgebenden nicht nach einem erbrachten Dienst von
25 Arbeitnehmenden Minusstunden aufschreiben dürfen, sondern dass gesetzlich geregelt
26 ist, dass man den anschließenden Tag frei zur Erholung hat, bis die elfstündige
27 Ruhepause eingehalten ist. Nicht nur erkranken dann weniger Pflegekräfte an
28 Überlastung, sondern kommt auch mehr Pflegepersonal aus den Leihfirmen wieder in die
29 Festanstellung zurück.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag P17: Brillen sind kein Luxusgut

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

- 1 Der Bundekongress möge beschließen:
- 2 Der Steuersatz für Sehhilfen soll auf den ermäßigten Steuersatz gesenkt werden.
- 3 Zusätzlich sind Sehhilfen in den Katalog der Pflichtleistungen der gesetzlichen
- 4 Krankenversicherungen aufzunehmen.

Begründung

In Deutschland gilt nach dem Umsatzsteuergesetz ein Mehrwertsteuersatz von 19%. Für Produkte des Grundbedarfs gilt der ermäßigte Steuersatz von 7%. Darunter fallen zum Beispiel die meisten Lebensmittel, aber auch einige medizinische Hilfsmittel wie Hörgeräte für Schwerhörige oder Rollstühle. Brillen jedoch nicht. ([Link 1](#), [Link 2](#))

Nach einer Erhebung des Zentralverbandes der Augentoptiker und Optometristen im Jahr 2019 tragen in Deutschland etwa 41,1 Millionen Menschen gelegentlich oder ständig eine Brille und der Zentralverband verweist auf eine steigende Anzahl an Brillenträger*innen. ([Link 3](#)) Durch den hohen Steuersatz gelten Brillen jedoch als Luxusgut, obwohl sie medizinische Hilfsmittel sind. Dieses Hilfsmittel ermöglicht es Sehbeeinträchtigten, ihre Beeinträchtigung bestmöglich zu kompensieren und in vielen Fällen Schmerzen zu vermeiden. Für Sehbeeinträchtigte ist eine Brille kein größerer Luxus als für Hörgeschädigte ein Hörgerät. Daher sollten beide mit demselben Steuersatz besteuert werden. Denn Beeinträchtigte sollten nicht gegenüber anderen Beeinträchtigten benachteiligt werden. Außerdem sollte der ermäßigte Steuersatz angewendet werden, da es sich bei Hilfsmitteln für Beeinträchtigte um kein Luxusgut handelt, sondern Betroffenen eine gleichwertige Teilnahme am Leben ermöglicht wie nicht Beeinträchtigten.

Antrag R1: Ein ganzes Leben lang ausgebeutet und im Alter diskriminiert - Gleiches Recht für alle innerhalb der Sozialsysteme!

Antragsteller*in:	Jusos Thüringen
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	R - Rente, Generationen & Familie

1 Der Weg zur Einführung des Bürgergeldes war lang und beschwerlich und verlief
2 deutlich anders als von uns Jusos erhofft. Statt die Verwertungslogik von Hartz IV zu
3 überwinden, gab es lediglich eine kleine Abschwächung. Der Mythos, dass Menschen, die
4 Bürger:innengeld beziehen, nicht leistungswillig seien, lebt dagegen weiter.
5 Stattdessen werden Menschen auf dem und außerhalb des Arbeitsmarktes gegeneinander
6 ausgespielt.

7

8 Die Debatte um das Bürger:innengeld geht weiter: Die Regelsätze sind nicht
9 armutsfest; daran ändert auch die aktuelle Erhöhung nichts. Die allgemeine Inflation
10 beträgt aktuell sieben Prozent. Lebensmittelpreise sind sogar um 24 Prozent
11 gestiegen, sodass nur bedingt von einem Inflationsausgleich die Rede sein kann.

12

13 Es braucht eine Überwindung dieses Systems! Vor allem braucht es eine Überwindung der
14 Benachteiligung von älteren Menschen in unserem Sozialsystem!

15 Mit den diesjährigen Neuregelungen im Bereich des SGB II wurden u. a. Regelungen zum
16 Schonvermögen angepasst. Schonvermögen bezeichnet dabei das Ersparte von
17 Leistungsbeziehenden, das nicht zum Bestreiten des Lebensunterhalts herangezogen
18 werden muss. Das Schonvermögen bei Bezieher:innen von Bürger:innengeld wurde auf
19 40.000 Euro im ersten Jahr, der sogenannten Karenzzeit, für die erste Person in einer
20 Bedarfsgemeinschaft festgelegt. Für jede weitere Person können weitere 15.000 Euro
21 Schonvermögen berücksichtigt werden. Nach Ablauf eines Jahres sind pro Person 15.000
22 Euro Schonvermögen vorgesehen.

23 Bei der Grundsicherung im Alter nach SGB XII mit insgesamt ähnlichen Regelungen wie
24 im Bereich des SGB II beträgt der Betrag des Schonvermögens hingegen nur noch 10.000
25 Euro pro Person. Dieser Unterschied ist für uns nicht nachvollziehbar. Das ist ganz
26 klar Altersdiskriminierung!

27

28 Aber nicht nur beim Schonvermögen findet eine Ungleichbehandlung statt. Bei der
29 Festlegung des Wertes eines "angemessenen Kraftfahrzeugs" gibt es zwischen SGB II und
30 SGB XII einen Unterschied von 5000 Euro. Das gleiche gilt für die Fläche von
31 sogenannter geschonter selbstgenutzter Wohnfläche, oder bei Freibeträgen auf
32 Erwerbseinkommen. Sogar Fristen werden im Alter verkürzt, obwohl es gerade ältere
33 Menschen sind, die besonders auf Unterstützung in diesem Bereich angewiesen sind. Der
34 Zeitraum zur Antragstellung einer Heizkostennachzahlung beträgt nach SGB II drei
35 Monate und nach SGB XII lediglich einen Monat.

36

37 Es braucht endlich eine Abkehr von der schwarz-gelben

38 Verwertungslogik. Altersdiskriminierung darf in unserem Sozialsystem keinen Platz

39 haben. Solidarität bedeutet für uns immer auch generationenübergreifende Solidarität!

Antrag R2: Jetzt schon an Übermorgen denken - Revolution der gesetzlichen Rente

Antragsteller*in:	Jusos Berlin
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	R - Rente, Generationen & Familie

1 Jeder Mensch hat das Recht auf ein würdiges Leben in jeder Lebensphase. Die Aufgabe
2 des Sozialstaats, dieses zu gewährleisten, beginnt ab der Geburt mit der
3 Kindergrundsicherung, verstetigt sich im Erwachsenenleben mit dem Bürger*innengeld
4 bei Erwerbslosigkeit und mündet im Alter in die Rente. Die Aufgabe des Sozialstaats
5 bleibt dabei aber nicht darauf beschränkt, Ungleichheiten und finanzielle
6 Unterschiede zu korrigieren. Ein gerechter Sozialstaat garantiert allen Menschen ein
7 Leben in Teilhabe und ohne Existenznot, ein Leben in Freiheit. Er ist gestaltet, um
8 die Spaltung durch den Kapitalismus aufzubrechen und ihm etwas entgegenzusetzen.
9 Unser Verständnis eines Sozialstaats ist nicht das des Korrektivs, sondern eines der
10 aktiven Rolle eines Staates, Ungleichheiten frühzeitig vorzubeugen und sie in allen
11 Ansätzen stets mitzudenken. Insbesondere in fehlender Teilhabe durch eine finanziell
12 schlechte Lebenssituation manifestieren sich Ungleichheiten der Gesellschaft und
13 werden zu einer Spirale, die sich über Generationen fortsetzt. Werden Kinder in einem
14 von Armut betroffenen Haushalt geboren, braucht es durchschnittlich fünf
15 Generationen, um aus dieser Armut herauszukommen. Wer hingegen in eine reiche Familie
16 geboren wird, kann mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sagen, auch in
17 Zukunft zum reichen Teil der Gesellschaft zu gehören und sich fast ausschließlich in
18 dieser soziokulturellen Subgruppe zu bewegen. Besonders verstärkt wird dieser Faktor
19 für FINTA*-Personen, BIPOC, Menschen mit Behinderung, niedrigeren Bildungsabschlüssen
20 und Menschen aus Ostdeutschland. Unser Sozialstaat muss dies erkennen und besonders
21 berücksichtigen. Es braucht ein intersektionales (der Begriff der Intersektionalität
22 ist geprägt von der Juristin Kimberlé Crenshaw und beschreibt das Überschneiden von
23 Diskriminierungen, bspw. race, class und gender) Verständnis der verschiedenen
24 Instrumente, denn nur so können wir zu unserer Gesellschaft der Freien und Gleichen
25 gelangen, in der jeder Mensch sich frei entfalten kann.

26 Aber es gilt auch, diese Instrumente ständig zu überarbeiten, anzupassen und zu
27 verbessern - besonderen Reformationsbedarf gibt es dabei momentan bei der Rente,
28 denn: Unsere Rente ist in großer Gefahr.

29 **Wie funktioniert die Rente heute**

30 Die gesetzliche Rente ist das Fundament der Altersvorsorge der meisten Bürger*innen.
31 Erhalten kann sie, wer das Mindestalter erreicht hat und eine
32 Mindestversicherungszeit von fünf Jahren erfüllt. Auf die Mindestversicherungszeit
33 wird die Zeit angerechnet, in der Menschen angestellt oder (unter bestimmten
34 Umständen) selbständig waren, aber auch Kindererziehung oder häusliche Pflege zählen
35 als anrechenbar für die Mindestversicherungszeit. Nicht einzahlen tun zum Beispiel
36 Beamte*innen, Richter*innen und Berufssoldat*innen. Um die volle Rente zu erhalten,
37 muss außerdem ein Mindestalter erreicht werden - dies liegt momentan in der Regel bei
38 67 Jahren. Wer davor aufhört zu arbeiten, muss mit einer niedrigeren Rente auskommen.

39 Die gesetzliche Rente ist nach dem Umlageverfahren organisiert. Das heißt konkret:
40 mit dem heute eingezahlten wird kein Kapitalstock für die Einzahler*innen angelegt.
41 Stattdessen finanziert das heute eingezahlte die Rente der heutigen Rentner*innen.
42 Für die Rente der heutigen Einzahler*innen kommen dann die auf, die zur Zeit ihres
43 Ruhestands in die Rentenkasse einzahlen. Die jetzige Generation Arbeitnehmer*innen
44 finanziert also die Generation vor ihnen. Wer in die Rente einzahlt, erhält dadurch
45 einen Anspruch, selbst im Alter abgesichert zu sein. Die Renteneinzahlung wird zur
46 Hälfte vom Bruttolohn finanziert, die andere Hälfte wird vom Arbeitgeber*in
47 eingezahlt. Der Rentensatz liegt momentan bei 18,6 % - Arbeitnehmer*innen geben also
48 9,3 % von ihrem Bruttolohn an die Rentenkasse, Arbeitgeber*innen ergänzen dies um
49 weitere 9,3 %. Selbstständige oder Freiberufler*innen können freiwillige Beiträge an
50 die Rente leisten. Auch heute gibt es bereits Berufsgruppen, die trotz
51 Selbstständigkeit zur Einzahlung in die gesetzliche Rentenversicherung verpflichtet
52 sind, zum Beispiel Selbstständige, die Lehrtätigkeiten erbringen. Eine
53 Vereinheitlichung ist hier notwendig.

54 Diese Beiträge in die Rentenkasse reichen aber leider schon lange nicht mehr, um die
55 gesetzliche Altersvorsorge zu tragen. Der Staat finanziert die Rente zu großen Teilen
56 mit. Im Jahr 2021 gab der Bund 106 Milliarden Euro mit in den Rententopf - das
57 entspricht ca. einem Fünftel des Bundeshaushalts.

58 Ein großer Grund für dieses Defizit ist der demographische Wandel: Menschen werden
59 immer älter und beziehen die Rente daher für eine längere Zeit. Zusammengenommen mit
60 der Tatsache, dass immer weniger Kinder geboren werden stehen immer mehr
61 Rentner*innen immer weniger Einzahler*innen gegenüber - so verschiebt sich die
62 Balance.

63 Dieses Problem lässt sich nicht lösen, indem man das Renteneintrittsalter immer
64 weiter in die Höhe schiebt oder durch Kürzung der Rentenhöhe. Es braucht tatsächliche
65 Veränderungen im Rentensystem, um ein Altern in Würde für alle zu gewährleisten.

66 Dies gilt insbesondere, da das ganze Erwerbssystem ohnehin von Ungerechtigkeit nur so
67 strotzt. Diese Ungerechtigkeiten multiplizieren sich im Alter zunehmend und führen zu
68 einer extremen Spaltung der Gesellschaft, die die Arbeit nicht mehr wertschätzt. Das
69 große Problem der Rente ist also nicht der demografische Wandel, sondern - wie so
70 häufig - Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat. FINTAs, von Armut betroffene
71 Menschen, migrantisierte Menschen, nicht-vermögende Menschen und Menschen mit
72 Behinderungen sind im Erwerbsleben viel größeren Hürden ausgesetzt, werden häufig
73 schlecht(er) bezahlt und in den Niedriglohnsektor gedrückt bzw. dort gehalten. All
74 dies hat massive Auswirkungen auf ihre Altersvorsorge und bedeutet im schlimmsten
75 Fall eine Rente, deren Höhe kaum zum Leben reicht.

76 Eine Verbesserung gibt es seit 2021: die Grundrente. Die Grundrente ist ein Zuschlag
77 zur eigenen Rente. Anspruch hat man, wenn man selbst viele Jahre in die Rentenkasse
78 eingezahlt hat und trotzdem nur den Anspruch auf eine sehr kleine Rente hat. Die
79 Grundrente stockt die niedrigen Rentenzahlungen auf, ist aber leider noch lange nicht
80 genügend Umverteilung, um von einem würdevollen Leben im Alter zu träumen.

81 Zusammengefasst: Die Rente ist ungerecht, weil die Erwerbsarbeit ungerecht ist. Ein
82 gerechtes System ist unser einziger Garant für eine gerechte Rente. Konkrete,
83 kurzfristige Maßnahmen sind aber dennoch möglich und dringend nötig. Leider verliert
84 sich die Politik in der Suche nach Lösungen für die Krise des Rentensystems in den

85 immergleichen, erfolglosen Ideen.

86 Zu allererst positionieren wir uns daher klar gegen:

- 87 • eine Anhebung des Renteneintrittsalters
- 88 • eine Kürzung des Rentenanspruchs
- 89 • eine Anhebung des Rentenbeitrags auf Arbeitnehmer*innenseite

90 Neben diesen un kreativen und ungerechten Dauerbrennerideen, gibt es andere kreative,
91 aber weiterhin größtenteils nutzlose Ideen zur Rettung der Rente:

92 **Keine Spekulation mit unserer Rente - keine Aktienrente**

93 Das Umlageverfahren der gesetzlichen Rentenversicherung basiert auf einer Solidarität
94 zwischen der arbeitenden generation, die heute einen Teil des von ihr
95 Erwirtschafteten abgibt, um die Rente der heutigen Rentner*innen zu finanzieren.
96 Diese Solidarität besteht nur zwischen bestimmten Berufs- und Einkommensgruppen, muss
97 aber in Zukunft alle umfassen.

98 Kapitalgedeckte Rentenmodelle, wie die Aktienrente, basieren nicht auf einer
99 Solidarität, sondern beuten Arbeitnehmende und ihren erwirtschafteten Profit weiter
100 aus. Rentenbeiträge von heute werden am Kapitalmarkt investiert und im Alter aus
101 Zinsen, Dividenden und Wertsteigerungen ausgezahlt. Das kapitalistische System wird
102 so weiter befeuert. Eine staatliche Beteiligung an solchen Modellen lehnen wir strikt
103 ab. Spekulationen durch den Staat auf dem Rücken der Arbeitnehmenden, die so die
104 Wirtschaft immer weiter zu einem unermesslichen Wachstum treiben müssten, um ihre
105 Rente zu steigern, für die ihr Profit wieder und wieder ausgebeutet wird, entspricht
106 nicht dem Verständnis eines sozialen Staates als Versuch eines Gegenpols zum
107 Kapitalismus. Generationengerechtigkeit kann nicht über Spekulationen und
108 Unsicherheiten erreicht werden. Es braucht eine solide und solidarische Finanzierung
109 der Rente!

110 **Privatisierung in der Rente - nein, danke!**

111 Eine gesetzliche Rentenversicherung muss den Anspruch haben, alle Bezieher*innen
112 abzusichern. Es kann nicht sein, dass sich der Staat aus der Affäre ziehen will,
113 indem er sich darauf verlässt, dass sich die Leute zusätzlich privat absichern, aus
114 Sorge, dass ihre Ansprüche aus der gesetzlichen Altersvorsorge keine genügende
115 Lebensgrundlage darstellen. Es muss die staatlichen Institutionen beschämen, dass
116 Menschen die Notwendigkeit sehen, sich privat abzusichern, weil die gesetzliche Rente
117 nicht genügend leisten kann, stattdessen wird dies teils durch die staatliche
118 Förderung privater Rentenversicherungen belohnt. Fehler wie Riester und Rürup (die
119 Riester- und Rürup-Rente sind private Altersvorsorgemodelle mit staatlicher
120 Förderung. Die jeweiligen Sparer*innen erhalten hierdurch vor allem Steuervorteile,
121 entziehen Geld also dem solidarisch angelegten Steuersystem, während auch die
122 eigentlich versprochenen Vorteile dieser Modelle nur in seltenen Fällen tatsächlich
123 bei den Sparer*innen ankommen) dürfen nicht erneut gemacht werden. Es gilt ein neues
124 gesetzliches Rentensystem zu schaffen, dass allen ein würdevolles Altern erlaubt und
125 das private Rentenversicherungen überflüssig macht.

126 Nachdem nun besprochen wurde, was keine Lösungsansätze sind, wird es Zeit, sich mit
127 tatsächlichen Lösungsideen zu beschäftigen:

128 **First things first:**

- 129 • Um die Rente langfristig lebensfähiger zu machen, muss ein Konzept erarbeitet
130 werden, das die Rentenpunkte loslöst vom Schein des Durchschnittsgehalts,
131 welches durch die wachsende Schere zwischen Arm und Reich verzerrt wird.
132 Stattdessen müssen die Rentenpunkte an die realen Gehälter der
133 Beitragszahler*innen angepasst werden.
- 134 • Das grundsätzliche Prinzip in der Rente und der staatlichen Finanzierung dieser
135 bleibt die Umverteilung; wir unterstreichen daher unsere Forderungen nach einer
136 Vermögenssteuer sowie Reformen der Erbschafts- und Schenkungssteuer, die die
137 Grundlage für echte Sozialpolitik (und so viel mehr) bilden werden
- 138 • Das Mindestlohniveau muss kontinuierlich angepasst werden, so dass es nach 35
139 Beitragsjahren zu einem Rentenanspruch oberhalb der Grundsicherung führt
- 140 • Es braucht eine staatliche Rentenaufklärung, denn die (eigene) Rente ist häufig
141 viel zu intransparent, Rentenansprüche unklar, Menschen verwirrt; dem ist
142 entgegenzuwirken
- 143 **Eine gesetzliche Rentenversicherung, die von ALLEN für ALLE getragen wird**
- 144 Solidarität ist das Gebot der Stunde - auch bei der Rente. Ein System, in das alle
145 einzahlen und von dem alle profitieren. Aber zahlen denn eigentlich alle Bürger*innen
146 in die Rentenkasse? Nein! Beamt*innen, Richter*innen, Soldat*innen: Berufsgruppen,
147 die nicht zur Rentenkasse beitragen und stattdessen Pension kassieren.
148 Pensionär*innen erhalten im Alter im Durchschnitt 3 Mal so viel Geld wie
149 Rentner*innen - Tendenz steigend. Während die Rente als Umlagesystem funktioniert -
150 wer arbeitet, finanziert mit seinen*ihren Rentenbeiträgen die momentane Rente von
151 Ruhestandler*innen - wird die Pension aus dem Steuertopf finanziert. Doch es sind
152 nicht nur Beamt*innen, die nicht in den Topf der gesetzlichen Rente einzahlen. Auch
153 die freien Berufe, die über ihre Versorgungswerke abgesichert sind, gilt es
154 einzubinden. Berufsständische Versorgungswerke sind Sondersysteme, die für die
155 kammerfähigen Freien Berufe der Ärzt*innen, Apotheker*innen, Architekt*innen,
156 Notar*innen, Rechtsanwält*innen, Steuerberater*innen, Tierarzt*innen, Zahnarzt*innen,
157 Ingenieur*innen, sowie Psychotherapeut*innen die Pflichtversorgung bezüglich der
158 Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung ihrer Mitglieder sicherstellen.
159 Auffallend bei all diesen Ausnahmeregelungen von der Rentenzahlung ist natürlich das
160 traditionell hohe Entgelt dieser Berufsgruppen.
- 161 Diese Ungerechtigkeiten sind durch nichts zu rechtfertigen. Die Rente soll als
162 solidarisches Umlagesystem funktionieren, dafür muss sie von allen gleichermaßen
163 getragen werden - auch von "Staatsdiener*innen" und den freien Berufen. Auch
164 Selbstständige sollen sich in einem gesamtgesellschaftlichen Solidarsystem
165 beteiligen. Einerseits gibt es häufig genug Selbstständige, die aufgrund fehlender
166 Altersvorsorge auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Andererseits können
167 bisher nicht-pflichtversicherte Selbstständige einen wichtigen Beitrag zu einer
168 solidarischen Rente beitragen und sind so nicht auf private Altersvorsorgesysteme
169 angewiesen.
- 170 **Erbschaften - die Rente für Reiche**
- 171 Private Altersvorsorge hat viele Gesichter. Ist es für die Einen, den Großteil der
172 Gesellschaft, mehr die Alterssorge, kann sich ein anderer Teil weiter aus dem Fenster
173 der Bequemlichkeit lehnen, denn durch Schenkungen und Erbschaften, vor allem auch von

174 Betriebseigentum und Immobilien, ist man gut abgesichert.

175 Erbschaften dienen keineswegs der Umverteilung auf mehrere Schultern, auf eine
176 breitere Masse der zukünftigen Generation, auch wenn dies gerne behauptet wird. Vor
177 allem große Erbschaften finden stattdessen in den immer gleichen westdeutschen, gut
178 gebildeten, weißen Familien statt, vor allem unter Männern - und sie erfahren eine
179 immer stärkere Wertsteigerung. Ein Vermögenszuwachs findet aber nur bei dem reichsten
180 1 Prozent der Bevölkerung statt. Mit einer effektiven Erbschaftssteuer muss diese
181 übermäßige Akkumulation von Vermögen bei Einzelnen verhindert werden. Auch
182 Betriebsvermögen müssen konsequenter und stärker besteuert werden. Neben der
183 wichtigen Diskussion über ein Maß an Zumutung der Existenzgrenze braucht es vor allem
184 auch eine Obergrenze für Reichtum und eine Beschränkung der maximalen Erbschaften.

185 **The limit does exist - für eine Maximalrente**

186 Die Rente basiert auf dem Äquivalenzprinzip, heißt: Höhe und Dauer des durch
187 Beitragszahlungen belegten Arbeitseinkommens sind entscheidend dafür, wie viel Rente
188 man schlussendlich erhält. Prozentual zahlen alle gleich viel: 18,6 %. Die Hälfte
189 davon wird von Arbeitgeber*innen, die andere Hälfte von Arbeitnehmer*innen gezahlt.
190 Wer also ein besonders hohes Gehalt hat, zahlt also auch besonders viel in den
191 Rententopf ein, richtig? Falsch!

192 Wer momentan mehr als 7.300 € brutto in West- bzw. 7.100 € in Ostdeutschland ist von
193 der sogenannten Beitragsbemessungsgrenze betroffen. Alles, was darüber an Entgelt
194 erhalten wird, ist nicht rentenversicherungspflichtig. Dem Rententopf geht somit
195 einiges an Geld verloren. Was es daher braucht, ist eine Abschaffung eben dieser
196 Beitragsbemessungsgrenze. Die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze ist notwendig
197 für die gerechte Verteilung der steigenden Kosten für Alterssicherheit.

198 Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass die Rentenauszahlungen ins Unermessliche
199 steigen. Auf alles, was über dem Wert der momentan bestehenden
200 Beitragsbemessungsgrenzen künftig eingezahlt wird, besteht dann kein
201 Rentenpunktesanspruch. Das bedeutet also: alles, was man darüber einzahlt, stockt die
202 Rentenauszahlung nicht weiter auf. Dies entspricht einer Annäherung an das
203 Solidarprinzip, wie es auch die gesetzlichen Krankenversicherungen praktizieren.

204 **Care-Arbeit ist Arbeit - für eine feministische Rente**

205 Die Rente wird ausbezahlt, basierend auf dem, was man im Erwerbsleben in die
206 Rentenkasse eingezahlt hat. Was passiert allerdings dann, wenn die Erwerbsarbeit
207 unterbrochen, verringert oder beendet wird, um sich stattdessen zum Beispiel
208 Kindererziehung oder häuslicher Pflege zu widmen?

209 Im Falle der Kindererziehung ist die momentane Regel, dass bis zu drei Jahre Care
210 Arbeit auf die Rente anrechenbar sind. Konkret heißt das: Für drei Jahre der
211 Kindererziehung wird einem Elternteil der durchschnittliche monatliche
212 Einzahlungsbetrag für die Rente gutgeschrieben. Die Kindererziehungszeit wird auch
213 gutgeschrieben, wenn das beantragende Elternteil neben der Erziehung weiterarbeitet.

214 Soweit so gut. Problem ist leider nur, dass sich die ungleiche Verteilung der
215 Kindererziehung selten nach dem dritten Lebensjahr des Kindes ändert. Das zwingt
216 Eltern - hauptsächlich dabei FINTAs - oft zur Teilzeit- oder Minijob-Beschäftigung,
217 welche sich massiv negativ auf die Rente auswirken.

218 Diese Care-Arbeit muss auch über das dritte Lebensjahr des/der Kinder hinweg
219 wertgeschätzt werden. Diese Wertschätzung in Form von Rentengutschrift muss
220 mindestens bis zum Eintritt des Kindes in die Grundschule sichergestellt werden. Für
221 eine gerechte Arbeitswelt und Gesellschaft bedarf es dazu dem massiven Ausbau von
222 kostenlosen Kindergartenplätzen und kostenloser Ganztagsbetreuung an allen Schulen
223 und den damit einhergehenden Ausbildungs- und Finanzierungsmaßnahmen.
224 Gleiches gilt für Care-Arbeit in Form von häuslicher Pflege. Jede Form der häuslichen
225 Pflege muss auf die Rente angerechnet werden. Es wird wichtige Arbeit verrichtet, auf
226 diese muss ein Rentenanspruch gelten.

Antrag R3: Kinderarmut endlich wirksam bekämpfen! – Investition in die Zukunft unserer Kinder

Antragsteller*in:	Jusos Saar
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	R - Rente, Generationen & Familie

1 Analyse:

2 Enorme Ungerechtigkeit widerfährt im Saarland derzeit jedem vierten Kind. Es wächst
3 in Armut auf. Diese erschreckende Zahl offenbart die neuste Studie der Bertelsmann
4 Stiftung (vgl. Funcke u.a. 2023, S. 2ff.). In Industrieländern wird von „relativer
5 Armut“ gesprochen. Diese liegt vor, wenn jemand, gemessen am Wohlstand der jeweiligen
6 Gesellschaft, an materiellen und immateriellen Gütern unterversorgt ist. So gilt
7 beispielsweise in Deutschland als „relativ“ arm, wer weniger als 50- 60% des
8 Medianeinkommens einer Bevölkerungsgruppe zur Verfügung hat. Kinderarmut ist Teil der
9 „relativen Armut“. Sie umfasst neben dem geringen Einkommen der Eltern die Bereiche
10 Wohnen, Bildung, Gesundheit, soziale Integration sowie Lern- und
11 Erfahrungsmöglichkeit. Kinder- und Jugendarmut stellt seit Jahren bundesweites ein
12 strukturelles Problem dar und hat sich durch die derzeitige Inflation verschärft. Die
13 enormen Preissteigerungen treffen vor allem Familien mit niedrigem und mittlerem
14 Einkommen hart. Es konnte festgestellt werden, dass sowohl die Einkommenssituation
15 der Eltern als auch der Familientyp, die Hauptrisikofaktoren für Kinderarmut sind.
16 Somit zählen Alleinerziehende, Arbeitslose sowie Menschen ohne abgeschlossene
17 Berufsausbildung bzw. abgeschlossenen Schulabschluss zu den prozentual am stärksten
18 von Armut Betroffenen. Armut schränkt Kinder und Jugendliche in nahezu allen
19 Bereichen ihres Lebens ein und hat nicht nur direkte negative Auswirkungen, sondern
20 auch bleibende Folgen für ihre Zukunft. Armut zieht für Kinder andere Konsequenzen
21 nach sich als für Erwachsene. Sie erleben und nehmen Armut anders wahr. Sie führt vor
22 allem zu:

- 23 • geringerer sozialer Teilhabe
- 24 • niedrigeren Bildungschancen schlechterer Gesundheit
- 25 • und vielem mehr

26 Ihnen wird die Möglichkeit der sozialen Teilhabe genommen, wenn sie aus finanziellen
27 Gründen keine Mitgliedschaft in einem Verein eingehen können, da der Mitgliedsbeitrag
28 oder die benötigte Ausrüstung für das Hobby zu teuer sind. Oder aber auch, wenn sie
29 aufgrund der beengten Wohnsituation keinen Besuch von Freunden*innen empfangen
30 können. Überdies sinken die Bildungschancen für Kinder die in Armut leben im
31 besonderen Maße bei einem geringen Bildungsniveau sowie mangelnder Unterstützung von
32 Seiten der Eltern. Daneben sind sie im gesundheitlichen Bereich erhöht gefährdet.
33 Studien zeigen, dass sie im Vergleich zu Kindern aus Familien am oberen
34 Einkommensrand häufiger Verhaltensauffälligkeiten, Entwicklungs- und Essstörungen
35 aufweisen. Ein entscheidender Faktor, um aus der Armut herauszukommen, ist der Faktor
36 Zeit. Je länger eine Familie in Armut lebt, desto schwieriger wird es für sie diese
37 Statuspassage zu überwinden. Die genannten Schilderungen verdeutlichen den dringenden

38 Handlungsbedarf. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss verbessert werden.
39 So wird es beiden Elternteilen möglich einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, wodurch
40 das Armutsrisiko deutlich sinkt.

41 Alle Kinder und Jugendliche sollen und müssen die gleichen Chancen in sämtlichen
42 zentralen Lebens- und Entwicklungsbereichen bekommen, unabhängig vom Einkommen ihrer
43 Eltern bzw. Personensorgeberechtigten. Die Kindergrundsicherung, das Angebot an
44 kostenlosem Mittagessen sowie dem Ausbau an Ganztagesangeboten kann dazu beitragen,
45 dass Kinder und Jugendliche gesund, glücklich und uneingeschränkt aufwachsen und an
46 unserer Gesellschaft teilhaben können. Kinder sind unsere Zukunft. Es wird Zeit
47 endlich in sie zu investieren.

48

49 **Forderung:**

50 Deshalb fordern wir folgende Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut:

- 51 • Die sofortige Umsetzung einer bedarfsorientierten Kindergrundsicherung. Neben
52 dem Garantiebtrag, welcher deutlich höher liegen muss, als das bisherige
53 Kindergeld von 250€ und der die Preissteigerungen des letzten Jahres
54 berücksichtigen muss, soll es einen zusätzlichen einkommensabhängigen
55 Zusatzbeitrag geben. Bis eine automatisierte Auszahlung möglich ist, sollen
56 Familien mit einem hohen Haushaltseinkommen über die Steuererklärung den
57 Basisbetrag erhalten. Der Zusatzbetrag für Familien mit einem geringen Einkommen
58 soll Bürgergeld für Kinder und den Kinderzuschlag zusammenfassen. Dadurch werden
59 auch Familien mit niedrigerem Einkommen unterstützt.
- 60 • Wir befürworten eine automatisierte Auszahlung der Kindergrundsicherung. Das
61 Bundesfinanzministerium muss die Voraussetzungen durch eine Verknüpfung und
62 einen Austausch von Steuerdaten mit den Behörden, welche die Sozialleistungen
63 auszahlen, schaffen. Bis dies erfolgt ist, unterstützen wir sowohl die Idee,
64 dass über ein digitales Antragsportal auf der Seite des Bundesministeriums für
65 Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Kindergrundsicherung digital beantragt
66 werden kann, als auch der angedachte Kindergrundsicherungscheck, welcher prüfen
67 soll, ob eine Familie Anspruch auf den Zusatzbetrag haben könnte und die Eltern
68 informiert. Letzteres muss der Familienservice aber verpflichtet tun.
- 69 • Kostenloses Mittagessen für alle Schüler*innen ab der ersten Klassenstufe, damit
70 Familien finanziell entlastet werden und sichergestellt ist, dass jedes Kind
71 während der Woche, mindestens einmal am Tag ein warmes Essen zu sich nimmt.
- 72 • Nicht nur die Grundschulen, sondern alle Schulformen sollen im Anschluss des
73 Unterrichts, eine Betreuung am Nachmittag anbieten. Die Schüler*innen sollen bei
74 diesem Betreuungsangebot, neben einem kostenlosen warmen Mittagessen, die
75 Möglichkeit bekommen, ihre Hausaufgaben unter fachkundiger Aufsicht zu erledigen
76 sowie ein Freizeitangebot erhalten. Dieses kann individuell von dem Team der
77 jeweiligen Nachmittagsbetreuung gestaltet werden. Das Team soll aus pädagogisch
78 geschultem Personal bestehen.
- 79 • Neben der Finanzierung für den Ausbau der Ganztagsbetreuung muss das
80 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Förderung von
81 Sprach-Kitas wieder aufnehmen und den Ländern Gelder hierfür zur Verfügung
82 stellen.

- 83 • Die angedachten Kürzungen im Bereich des Bundesministeriums für Bildung und
84 Forschung lehnen wir entschieden ab. Der Bund muss seine Investitionen in den
85 Bildungsbereich dauerhaft deutlich erhöhen, um u.a. die Rahmenbedingungen für
86 Lehrkräfte zu verbessern.

87 Literaturverzeichnis:

- 88 Funcke, A. / Menne, S. (2023): Kinder- und Jugendarmut in Deutschland. Gütersloh:
89 Bertelsmann Stiftung.

Antrag R4: Erhöhung der Grundrente und des Grundrentenfreibetrags

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	R - Rente, Generationen & Familie

- 1 Die Grundrente wird so angepasst, dass Bruttorenten unter 2000 Euro automatisch auf
- 2 diesen Betrag erhöht werden.

Antrag S1: Mental Health auch im Verband – Selbstverpflichtung zur Schaffung von gesünderen Strukturen für eine nachhaltige Arbeit

Antragsteller*in:	Jusos Berlin
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	S - Sonstiges

- 1 Nach und während jedem Kongress, ob auf Landes- oder Bundesebene kennen wir alle die
2 Gesprächsthemen: Wenig Schlaf, Überforderung, langfristige Stresssituationen bzw. ein
3 durchgehend erhöhtes Grundniveau an Stress, Panikattacken und körperliche Folgen, von
4 Kopfschmerzen oder Schlafstörungen über um den Kongress herum startende Infekte zu
5 Verdauungsproblemen oder Schmerzen am Rücken, im Nacken oder an anderen Stellen. Das
6 alles sind direkte Folgen des Engagements. Mit unangenehmen Gefühlen oder
7 Gesprächsbedarf ist man ab Ende des Kongresses insofern allein gelassen, dass es zu
8 wenige geplante Nachbesprechungen über das Inhaltliche hinaus gibt.
- 9 Delegierte wissen, dass die Belastung durch die tagelange Vorbereitung auf Kongresse
10 vorhanden ist und dazu beitragen kann, Krankheiten zu verursachen. Individuelle
11 Ressourcen unterscheiden sich, aus diesem Grund sollten wir alle gemeinsam zu einer
12 konstruktiven Fehlerkultur beitragen. Das heißt konkret, dass wir akzeptieren, dass
13 Belastungen und Ressourcen sich unterscheiden. Das heißt auch, dass wir akzeptieren,
14 dass Fehler jedem*jeder unterlaufen und dass wir akzeptieren und Menschen auch
15 ermutigen, wenn sie freiwillig ihr Engagement reduzieren.
- 16 Durch die Vorbereitung und die Kongresse an sich setzen wir uns großen
17 gesundheitlichen Risiken aus. Dieses Risiko sollten wir uns vor der Planung und bei
18 der Durchführung von Kongressen vor Augen führen.
- 19 Auf dem Kongress sind persönliche Pausen zwar theoretisch möglich, aber immer mit
20 Schuldgefühlen verbunden. Ganze Kongresspausen sind selten und immer das erste, was
21 dem Zeitmangel zum Opfer fällt. Dies führt neben den gesundheitlichen Folgen für
22 jede*n einzelne*n Delegierte*n auch zu einer unkonzentrierten und dadurch wieder
23 anstrengenderen Gesamtatmosphäre.
- 24 Doch auch über Konferenzen und Kongresse hinaus haben sich bei uns Strukturen
25 etabliert, die ein gesundes Arbeiten erschweren oder unmöglich machen. Es ist nicht
26 nur normalisiert, sondern wird explizit gelobt, wenn sich Amtsinhaber*innen komplett
27 für den Verband aufgeben. Wer neben Lohnarbeit, Schule, Ausbildung, Studium,
28 Carearbeit, Familie und anderen persönlichen Verpflichtungen jede Aufgabe, die im
29 Verband anfällt, angeht, wird als Positivbeispiel genutzt. Natürlich ist es die freie
30 Entscheidung jeder*jedes Einzelnen bei uns Jusos, sich im Rahmen der eigenen
31 Möglichkeiten zu engagieren und das Ausmaß dessen selbst zu wählen. Das Problem
32 entsteht, wenn die Erwartungshaltung anderer an das Ausführen eines Amtes die eigenen
33 Kapazitäten übersteigt und durch den impliziten Druck Einfluss auf diese freie
34 Entscheidung genommen wird. Persönliche Kapazitäten werden selbstständig eingeschätzt
35 und umgesetzt und können dabei unterschiedlich ausfallen.
- 36 Es besteht zu oft der Konflikt zwischen inhaltlicher Arbeit und persönlicher

37 Gesundheit, und fast immer wird zugunsten von mehr inhaltlicher Arbeit entschieden.
38 Dieser Konflikt kann Menschen davon abschrecken, ihre wichtige Perspektive durch
39 Annahme von Ämtern und Verantwortung mehr in unseren Verband einzubringen. Wir setzen
40 uns ein für eine Verbandskultur, in der Pausen und das Ablehnen von Aufgaben nicht
41 mit einer Art Bedeutungsverlust einhergehen und das Ausmaß des Einsetzens von
42 Arbeitskraft nichts über die eigene zugeschriebene Bedeutung der Aufgabe aussagt.

43 Der Kapitalismus macht uns krank, und im Kampf gegen ihn machen wir es selber noch
44 schlimmer. Mit diesen Strukturen, die sich über Jahre bei uns etabliert haben, laugen
45 wir Menschen aus. Diejenigen, die es am besten aushalten, bleiben länger dabei und
46 können eher Verantwortung und Ämter übernehmen als diejenigen, die früher von der
47 Struktur gebrochen werden. Wir verlieren wichtige Perspektiven, gerade wenn es um den
48 Kampf für eine bessere Versorgung im Bereich Mental Health geht, weil wir die
49 Menschen mit diesen Perspektiven ungewollt ausschließen.

50 Aber auch viele Menschen, die Lohn- und Carearbeit gleichzeitig verrichten müssen,
51 haben oft schlicht nicht die Zeit und die Ressourcen, sich im für viele Aufgaben
52 geforderten Rahmen zu engagieren. Wir wissen, dass diese Menschen unsere
53 Unterstützung brauchen und wir arbeiten daran, ihre Situation zu verbessern. Nur
54 nehmen wir ihnen gleichzeitig die Möglichkeit, bei uns im Verband selbst
55 Verantwortung zu übernehmen und sich selber für eine Verbesserung der Situation
56 einzusetzen.

57 Sie sind nur ein Beispiel vieler Gruppen, die sich bei uns nicht in dem Maße
58 engagieren können, das wir einfordern. Dabei sollten wir gerade Menschen in solchen
59 Situationen nicht nur unserer Stimme geben, sondern ihnen ermöglichen, die eigene
60 Stimme zu erheben.

61 Wir kämpfen überall den wichtigen Kampf für faire und gesunde Arbeitsbedingungen,
62 schaffen es aber selber nicht, diese in unseren Strukturen zu verankern. Ehrenamt ist
63 Arbeit, aber Ehrenamt muss nicht krank machen. Die Probleme sind auch keine puren
64 Juso-Probleme. Sie sind entstanden, weil wir Jusos, wie viele andere progressive
65 Jugendorganisationen auch, die großen Probleme unserer Welt nicht unbeantwortet
66 lassen können und wollen. Wir arbeiten viel, weil viel zu tun ist bis zu unserer
67 Utopie des demokratischen Sozialismus, bis zu einer Welt in der tatsächlich alle
68 Menschen die gleichen Chancen haben. Damit wir diese Arbeit auch weiterführen können,
69 müssen wir aber aufhören, uns damit selbst zu schaden.

70 Wir sehen die Probleme und Hindernisse klar in unseren Strukturen und nicht im
71 Verhalten einzelner. Jede Person, die viel Zeit und Arbeit in die Jusos steckt,
72 stärkt uns als Verband. Unsere Strukturen beeinflussen jedoch die Bereitschaft dazu
73 in eine ungesunde Richtung. Dazu schrecken sie Menschen davon ab, sich für Ämter zur
74 Verfügung zu stellen, statt sie zu empowern. Diese Zustände müssen wir verändern,
75 ohne dabei unsere Dankbarkeit für die Personen zu vergessen, die sich für unseren
76 Verband engagieren.

77 Wir fordern daher:

- 78 • Die Möglichkeit zur Aufteilung von Amtspositionen auf mehrere Person über eine
79 Änderung der SPD-Statuten
- 80 • Schaffung einer bundesweiten Arbeitsgruppe, die auch für uns nahestehende
81 politische Jugendorganisationen offen ist und Strukturen für eine gesündere

- 82 Arbeitsweise in der politischen Jugendarbeit erarbeitet
- 83 • Seminare für Amtsinhaber*innen zu toxischen und ungesunden Verbandsstrukturen
- 84 • Eine Abkehr vom unreflektierten Fördern und impliziten Fordern von kompletter
- 85 Selbstaufgabe für den Verband
- 86 • Mehr Pausen auf Kongressen und Konferenzen, sowie eine Erinnerung an die
- 87 Möglichkeit zum spontanen Antrag auf Sitzungsunterbrechung in der GO jedes
- 88 Kongresses und jeder Konferenz durch das Präsidium
- 89 • Kongresstage sollen nicht länger als 10 Stunden dauern. Kongresstage, die
- 90 teilweise fast doppelt so lange dauern, wie ein normaler Arbeitstag, sind weder
- 91 produktiv noch gesund. Zusätzlich sollen feste Pausenzeiten eingehalten werden.
- 92 • Nachbesprechungen in den Delegationen, in denen explizit auf Diskriminierung,
- 93 Workload, Mental Health und toxische Strukturen und Verhaltensweisen eingegangen
- 94 wird

Antrag S2: Kreativräume als Safeplace für Jugendliche

Antragsteller*in:	Jusos Saar
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	S - Sonstiges

1 Analyse:

2 Jugendliche wollen sich oft außerhalb von Zuhause treffen. Der erste Anlaufpunkt ist
3 meistens die Stadt. Sie liegt zentral und ist, im Gegensatz zu den meisten Orten, gut
4 ÖPNV angebunden. Dort hat man Platz und Raum um sich zu treffen und dieses
5 Zusammenkommen nach Belieben zu gestalten. Doch was, wenn mal schlechtes Wetter ist?
6 Dann tritt schon ein erstes Problem auf. Ein beliebter Treffpunkt zur Gestaltung des
7 alltäglichen Lebens, insbesondere von Jugendlichen fällt weg. Die Alternative? Bars,
8 Cafés und Restaurants in der Nähe. Alles Orte, die einen regelmäßig nur aufnehmen,
9 sofern etwas gekauft wird. Orte die Geld kosten, welches Schüler:innen meist nicht
10 oder nur sehr begrenzt zur Verfügung haben. Und das trotz der vielen Leerständen in
11 den Städten, Gemeinden und Ortsmitten. Daher ist es sinnvoll sogenannte
12 „Kreativräume“ für Jugendliche zu schaffen. Wir Jusos fordern wettergeschützte Orte,
13 in denen sich junge Menschen mit Ihren Freund:innen treffen können. Innerhalb dieser
14 Orte soll man die eigene Kreativität ausleben dürfen. Unabhängig von Wetter oder Geld
15 soll man sich in den Kreativräumen treffen können. Der Unterschied? Was die
16 sogenannten Kreativräume maßgeblich von beispielsweise einem Juz unterscheidet, ist
17 der Freiraum der hier geboten wird. Der Kreativraum soll nicht von einer erwachsenen
18 Person betreut werden sondern von Sozialarbeitenden unterstützt und begleitet werden.
19 Außerdem soll der Raum für ältere Schüler:Innen ab der 9ten Klasse zur Verfügung
20 stehen. Ein weiterer Punkt ist, dass dieser Raum möglichst variabler Öffnungszeiten
21 haben soll. Somit kann auch Schutz im Dunkeln geboten werden. Zur Gestaltung und
22 Möblierung sollte auch hier den Jugendlichen Freiraum gelassen werden, da es ein Raum
23 von Jugendlichen für Jugendliche werden soll. Von außen kann man das Gebäude begrünen
24 und das Gebäude klimaneutral gestalten. Man hätte also eine Lösung für den Leerstand,
25 der in Städten herrscht und eine sichere Unterkunft geschaffen. Gegebenenfalls können
26 gemeinnützige Organisationen hier Workshops anbieten, welche die politische Bildung
27 und die Selbstständigkeit fördern. Diese können die Jugendlichen auch direkt
28 anwenden, indem sie einen Vorstand gründen, welcher sich um den Zustand und die
29 Sicherheit kümmert. Die sozialarbeiterische Begleitung erhält den Schlüssel für den
30 entsprechenden Raum und trägt somit auch die Verantwortung. Sie schließt den Raum auf
31 und auch wieder ab, sobald sie geht. Das Thema Selbstständigkeit sowie Demokratie
32 werden also den Jugendlichen beigebracht.

Antrag S3: Negative Quotierung im Organisationsstatut ermöglichen

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	S - Sonstiges

- 1 Satz 1 des § 11 II des Organisationsstatuts der SPD soll wie folgt geändert werden:
- 2 „In den Funktionen und Mandaten der Partei dürfen nach Maßgabe dieses Statuts und der
- 3 Wahlordnung Männer mit maximal 50% vertreten sein.“

Antrag S4: Spargelfahrten des Seeheimer-Kreises: Kommerzieller Fototermin mit dem Kanzler ist nicht sozialdemokratisch!

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	S - Sonstiges

- 1 Seit Jahren bieten der Seeheimer-Kreis unter dem Deckmantel "Spargelfahrt" eine
- 2 Bootstour mit Spargelessen an. Faktisch ist diese Veranstaltung aber ein reiner
- 3 Fototermin mit dem Kanzler, welcher gerade von Lobbyist*innen teuer bezahlt wird. Als
- 4 Bürger*in an Tickets zu gelangen, ist nahezu unmöglich und unbezahlbar. Diese
- 5 kommerzielle Art ist vieles, aber nicht sozialdemokratisch!
- 6 Wir fordern: Der Seeheimer-Kreis muss sein Konzept der Spargelfahrt überarbeiten und
- 7 im Sinne der Sozialdemokratie verändern. Bis dahin gehören die Spargelfahrten
- 8 abgeschafft!

Begründung

Eigentlich ist es traurig, dass wir überhaupt über so ein Thema abstimmen müssen. Aber aus unserer Sicht ist eine Positionierung der Jusos so langsam unabdingbar! Bei den Spargelfahrten des Seeheimer-Kreises sprechen wir von Missbrauch von Privilegien, einer Vermischung von politischem Einfluss und privater Interessen, mangelnder Transparenz und der Ungleichheit im politischen Zugang. Die Spargelfahrt steht für genau das, für das die Union bekannt ist und wofür die Sozialdemokratie nicht stehen sollte!

Antrag S5: Wir müssen ein Vorbild sein! Kostenlose Menstruationsprodukte in allen Büros von SPD Mandatsträger*innen und Geschäftsstellen

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	S - Sonstiges

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen:
- 2 Wir fordern eine verpflichtende Bereitstellung von kostenlosen Menstruationsprodukten
- 3 in allen Geschäftsstellen und Büros der Mandatsträger*innen der SPD.
- 4 Für uns Jusos ist die Bereitstellung von kostenlosen Menstruationsprodukten eine
- 5 Selbstverständlichkeit. Sie sorgen dafür, dass die Teilhabe von menstruierenden
- 6 Personen in unserer Gesellschaft trotz ihrer Menstruation gesichert ist. Gerade die
- 7 SPD sollte in diesem Thema eine Vorreiter*innenposition einnehmen und
- 8 Menstruationsprodukte kostenfrei in allen Büros zur Verfügung stellen.
- 9 Weiterhin ist darauf zu achten, dass diese nicht nur auf den Frauentoiletten
- 10 platziert werden dürfen, sondern so platziert werden müssen, dass alle
- 11 Menstruierenden einen Zugriff auf diese haben.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag U1: Gutes Klima und gute Beschäftigung: Unsere Strategie für die Transformation unserer Industrie

Antragsteller*in:	Juso-Bundesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

1 Einleitung

2 Wir wollen die Klimawende in der Industrie sozial nachhaltig gestalten. Insbesondere
3 gilt es, den Beschäftigten in der Industrie die Sicherheit zu geben, dass die
4 ökologische Transformation des industriellen Sektors nicht zu ihren Lasten gehen wird
5 und ihre Arbeitsplätze zu guten Bedingungen erhalten bleiben. Wir wollen, dass Europa
6 seinen Beitrag dazu leistet, die industrielle Produktion in Einklang mit den
7 Klimazielen zu organisieren. Während es den Kapitalist*innen egal ist, wo, zu welchen
8 Arbeitsbedingungen und unter welchen ökologischen Standards produziert wird, sehen
9 wir uns gemeinsam mit den Gewerkschaften in der Verantwortung gute Beschäftigung in
10 der Industrie weiterhin in der EU zu gewährleisten.

11 Unser Sozialismus ist nachhaltig. Wir grenzen uns von einem kapitalistischen System
12 ab, das grundsätzlich auf der Ausbeutung von Menschen ebenso wie der Natur beruht.
13 Wir wollen uns der Aufgabe stellen, unsere Industrie möglichst schnell klimaneutral
14 zu machen und damit eine gute Zukunft für die Beschäftigten in der Industrie zu
15 garantieren.

16 Energiewende

17 Um die ökologische Transformation der Industrie zum Erfolg zu führen ist die
18 Verfügbarkeit von klimaneutral erzeugter Energie wesentlicher Faktor. Durch die
19 Elektrifizierung des Verkehrssektors, der zunehmenden Bedeutung von Elektrizität bei
20 der Wärmeerzeugung und der Umstellung industrieller Prozesse, die bislang auf
21 fossilen Energieträger angewiesen waren, auf Strombetrieb wird der Bedarf an
22 Elektrizität enorm zunehmen. Das Fraunhofer Institut geht von einem zusätzlichen
23 Bedarf von +11 % bis 2030 im Vergleich zu 2018 aus. Dafür wird ein massiver Ausbau
24 der erneuerbaren Energien, der Stromnetze und der Speichertechnologie erforderlich
25 sein, um die starken Schwankungen in der Energieerzeugung auszugleichen, die bei der
26 erneuerbaren Energieerzeugung auftreten.

27 Ausbau erneuerbare Energien

28 Geografisch eignet sich Deutschland insbesondere gut zur Erzeugung von Windenergie.
29 An Land und auf See gilt es, den Ausbau von Windkraftanlagen voranzutreiben.

30 An Land ist zum Erreichen der Ausbauziele erforderlich, perspektivisch 2 % der
31 Landfläche für die Windkraft zu nutzen. Das Energie-an-Land-Gesetz sieht vor, bis
32 2027 1,4 % als Zwischenziel zu erreichen. Um den Ausbau zu beschleunigen, gilt es,
33 dieses Zwischenziel bereits auf 2025 vorzulegen.

34 Insbesondere die südlichen Bundesländer wie Bayern, Baden-Württemberg und Hessen
35 sperren sich dabei gegen den Ausbau der Windkraft, indem sie wie Bayern durch völlig

36 übertriebene Abstandsregelungen oder die Verschleppung von Genehmigungsverfahren den
37 Windenergieausbau blockieren. Die Spielräume der Länder zu einer solchen
38 Blockadehaltung sollen geschlossen werden, indem die Öffnungsklausel für die Länder
39 zur Festlegung von Mindestabstandsflächen aus dem BauGB gestrichen wird und über eine
40 einheitliche Bundesregelung bestehende Regelungen der Länder aufgehoben werden.
41 Neben dem Windkraftausbau wird die Solarkraft einen wesentlichen Beitrag dazu
42 leisten, ausreichend erneuerbare Energie zu produzieren. Viele Hauseigentümer*innen
43 nutzen bereits bestehende Fördermaßnahmen und kommen dadurch in den Genuss günstiger
44 Energie, die sie selbst verbrauchen. Es gilt insbesondere, Mieter*innen stärker an
45 den Vorteilen grüner Energieerzeugung zu beteiligen. Dafür wollen wir bei günstigen
46 baulichen Voraussetzung einen Anspruch für Mieter*innengemeinschaften auf Errichtung
47 von Mieterstrom-Dachphotovoltaikanlagen schaffen. Dabei müssen die Regularien im EnWG
48 verschärft werden, dass Mieterstrom preislich mindestens 30% unterhalb des örtlichen
49 Grundversorgungstarifs liegen muss. Bei Neubauten sollen ebenso wie auf besonders gut
50 geeigneten, großen Dachflächen, Dachsolaranlagen verpflichtend werden.

51 **Beschleunigung von Planung- und Genehmigung**

52 Ein weiterer zentraler Aspekt ist es, die Planungs- und Genehmigungsverfahren in
53 Deutschland deutlich zu beschleunigen. Damit die Transformation hin zu einer
54 klimaneutralen und digitalisierten Wirtschaft gelingt, muss vor allem der Ausbau der
55 erneuerbaren Energien sowie die Modernisierung unserer Infrastruktur wesentlich
56 schneller werden. Aktuell umfassen Genehmigungsprozesse eine Dauer von bis zu 15
57 Jahren. Dabei handelt es sich bei der Beschleunigung von Genehmigungsprozessen immer
58 um eine Situation die sorgfältige Abwägung bedarf. So stehen auf der einen Seite der
59 dringend notwendige Beschleunigungseffekt und auf der anderen Seite die Einhaltung
60 von demokratischen Prozessen (öffentlichen Auslegung, Beteiligungsprozesse) sowie der
61 Natur- und Artenschutz gegenüber. Daher müssen Novellierungen in diesem Bereich immer
62 auf Ausgewogenheit zwischen diesen berechtigten Interessen abgewogen werden. Klar ist
63 jedoch: Künftig sollen Rechtsstreitigkeiten über Genehmigungsverfahren nicht mehr
64 dazu führen, dass Verfahren über viele Jahre hinweg blockiert oder komplett neu
65 gestartet werden müssen. Wir möchten die Korrektur von Verfahrensfehlern erleichtern
66 und den Missbrauch von Klagerechten, soweit es das europäische Recht zulässt,
67 einschränken. Nicht selten werden Klagen nicht aufgrund von Betroffenheit durch
68 Windkraftanlagen, sondern aufgrund grundsätzlicher Gegnerschaft gegenüber Windenergie
69 angestrengt. Die Beschleunigung von Projekten wird möglich, wenn bereits im Vorfeld
70 alle beteiligten Parteien ernsthaft einbezogen und dadurch Klagen vermieden werden
71 können. Daher ist es wichtig, verstärkt auf frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligungen
72 und Antragskonferenzen bei komplexen Verfahren zu setzen. Mediations- und
73 Schlichtungsverfahren sollen finanziell, personell und strukturell gefördert werden.
74 Außerdem müssen europarechtliche Vorgaben auf ihre Zweckmäßigkeit überprüft werden.

75 **Energiegenossenschaften**

76 Die Energiewende ist auch eine Chance, die Energieversorgung aus der Hand einiger
77 weniger Unternehmen zu nehmen und zu vergesellschaften. Jetzt bereits profitieren
78 Stadtwerke und kleinere Energieversorger von den Möglichkeiten der dezentralen
79 Energieerzeugung durch die Erneuerbaren. Zusätzlich entstehen immer mehr
80 Energiegenossenschaften, aktuell bestehen fast 900 in Deutschland.
81 Energiegenossenschaften stellen eine Möglichkeit der Vergesellschaftung und direkten

82 Demokratisierung der lokalen Energieversorgung dar. In den Bundesländern werden
83 Energiegenossenschaften unterschiedlich über Bürgerenergiefonds gefördert. Zudem
84 sichert der Risikoabsicherungsfonds auf Bundesebene Energiegenossenschaften bei der
85 Errichtung von Windenergieanlagen ab. Es braucht eine bundeseinheitliche Förderung
86 von Energiegenossenschaften, um insbesondere unter den Bedingungen des aktuell hohen
87 Zinsniveaus, Energiegenossenschaften die Gründung zu ermöglichen.
88 Energiegenossenschaften müssen dabei für alle zugänglich sein. Häufig können
89 Haushalte mit geringen Einkommen sich die Genossenschaftsanteile nicht leisten. Dafür
90 sollen Energiegenossenschaften verpflichtet werden, Sozialmodelle anzubieten, die
91 Menschen mit geringen Einkommen die Beteiligung und damit die Teilhabe an einer
92 dezentralen Energiewende ermöglichen.

93 **Regulierung der Energiepreis**

94 Als Auswirkungen des Kriegsbeginns in der Ukraine sind die Energiekosten in
95 Deutschland und Europa stark gestiegen. Auch die Strompreise waren betroffen. Hohe
96 Strompreise werden dabei durch das deutsche Marktdesign begünstigt. Das Merit-Order-
97 Prinzip führt dazu, dass die letzte erzeugte Stromeinheit den Preis für alle
98 Einheiten festlegt. Die letzten Einheiten waren dabei regelmäßig mit Erdgas
99 betriebene Reservekraftwerke, die aufgrund der gestiegenen Gaspreise enorm hohe
100 Preise aufgerufen haben. Auch bei einer klimaneutralen Energieerzeugung besteht die
101 Gefahr, dass etwa mit Wasserstoff betriebene Reservekraftwerke nach dem gleichen
102 Mechanismus zu extrem hohen Energiepreisen führen. Das gilt es zu vermeiden. Dafür
103 muss in den Marktmechanismus über die Festlegung von Höchstpreisen eingegriffen
104 werden. Für günstig erzeugte, erneuerbare Energien soll jährlich über
105 Rechtsverordnung ein Höchstpreis festgelegt werden, der oberhalb der
106 durchschnittlichen Kosten der Erzeugung liegt. Steigt der Marktpreis über diesen
107 Höchstpreis, werden die Preise für die erneuerbaren Energien gedeckelt. Dadurch
108 können kurzfristig die durchschnittlichen Preise gesenkt und gleichzeitig verhindert
109 werden, dass Stromkonzerne übermäßige Gewinne machen.

110 Die Energieversorgung ist Teil der Daseinsvorsorge und sollte deswegen nicht
111 privatwirtschaftlich organisiert sein. Stadtwerke sind heute schon häufig in
112 kommunaler Hand. Energiegenossenschaften sind eine Möglichkeit, die Stromerzeugung
113 dezentral und nicht gewinnwirtschaftlich vorzunehmen. Insbesondere Reservekraftwerke
114 erfüllen eine Stabilisierungsfunktion für das ganze Stromnetz. Sie müssen
115 verstaatlicht werden und damit der gewinngetriebenen Marktlogik perspektivisch
116 dauerhaft entzogen werden.

117 Der Strompreis wird weiterhin durch die erhobenen Netzentgelte und die Stromsteuer
118 belastet. Die Stromsteuer hat als Verbrauchssteuer keine positive
119 Umverteilungswirkung und belastet niedrigere Einkommen relativ überproportional
120 stark. Um die Strompreise insgesamt weiter zu senken, wollen wir die Stromsteuer für
121 Privathaushalte und Unternehmen abschaffen. Die Netzentgelte steigen in den letzten
122 Jahren kontinuierlich. Besonders hoch sind sie in den Regionen mit besonders viel
123 erneuerbarer Energieerzeugung. Gut ausgebaute Netze sind Teil der Daseinsvorsorge und
124 müssen als natürliches Monopol staatlich betrieben und vorgehalten werden. Eine
125 Finanzierung auf die einzelnen Verbraucher*innen in den jeweiligen Regionen
126 umzuwälzen ist ungerecht, insofern die Energiewende eine gesamtgesellschaftliche
127 Aufgabe ist. Deshalb soll Netzausbau und Unterhalt auch allgemein und progressiv über

128 Steuereinnahmen finanziert werden, die Netzentgelte entsprechend abgeschafft werden.

129 **Ausbau der Netze**

130 Fortschritte im Netzausbau können dazu beitragen, den Energieverbrauch zu optimieren
131 und Emissionen zu reduzieren. Zum Beispiel ermöglicht die Vernetzung von Gebäuden und
132 Infrastruktur eine effizientere Nutzung von Ressourcen. Eine ausreichende finanzielle
133 Unterstützung ist unerlässlich, um den Ausbau von Netzinfrastrukturprojekten zu
134 ermöglichen. Die Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich der
135 Netztechnologie kann dazu beitragen, neue Lösungen und effizientere Technologien für
136 den Ausbau zu entwickeln.

137 Die Energiewende erfordert sowohl vor Ort als auch überregional den konsequenten
138 Netzausbau. Vor allem gilt es Übertragungsnetze schneller auszubauen, insbesondere
139 Nord-Süd-Verbindungen zu schaffen und den Widerstand konservativer Landesregierungen
140 gegen den Trassenausbau zu überwinden. Bis spätestens 2030 müssen alle Nord-Süd-
141 Trassen fertiggestellt sein, wenn die Energiewende gelingen soll.

142 Daneben muss auch der Ausbau und die Ertüchtigung der Verteilernetze schnell
143 erfolgen, um zu verhindern, dass Elektromobilität, die verstärkte Nutzung von
144 Elektrizität für die Wärmeerzeugung und die erhöhte Einspeisung von
145 Photovoltaikdachanlagen die lokalen Netze überfordern. Verteilernetze müssen dort, wo
146 sie nicht mehr in der Hand kommunaler Träger sind, rekommunalisiert werden. Der
147 privat, marktwirtschaftlich organisierte Netzausbau ist zum Scheitern verurteilt. Die
148 lokalen Verteilernetze müssen beschleunigt ausgebaut werden. Dafür müssen
149 insbesondere finanzschwache Kommunen finanziell unterstützt werden. Dafür sollen aus
150 dem Energie- und Klimafonds zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.

151 **Speichertechnologie**

152 Speichertechnologien sind entscheidend für die Speicherung von Energie aus
153 erneuerbaren Quellen wie Sonne und Wind, die intermittierend sind. Sie ermöglichen
154 die Bereitstellung von Strom, wenn die Nachfrage hoch ist und die Erzeugung niedrig
155 ist, und umgekehrt. Dies ist entscheidend für die Stabilität des Stromnetzes und die
156 Förderung erneuerbarer Energien. Insgesamt sind Speichertechnologien ein
157 entscheidender Baustein für die Modernisierung und Transformation des Energiesektors
158 sowie für die Förderung nachhaltigerer und effizienterer Energiesysteme.

159 Wir wollen Pumpspeicherkraftwerke beschleunigt ausbauen, als effizienteste Methode,
160 große Mengen Energie auch intersaisonal zu speichern. Daneben wollen wir dezentral
161 und flächendeckend Batteriespeicher ausbauen und miteinander vernetzen, um
162 insbesondere kurzfristige Spitzen- und Einbrüche in der Energieversorgung abzufedern.

163 **Wasserstoff**

164 Klimaneutral hergestellter Wasserstoff spielt eine wichtige Rolle bei der
165 Klimatransformation. Für energieintensive Industrien kann Wasserstoff energiedichte
166 fossile Energieträger wie Erdgas ersetzen. Auch für Nutzfahrzeuge in Land- und
167 Bauwirtschaft, die Schifffahrt oder CO₂-neutralen Flugverkehr, für Bereiche also, die
168 technisch aktuell noch nicht sinnvoll über batteriebetriebene Lösungen elektrifiziert
169 werden, ist grüner Wasserstoff eine sinnvolle Lösung, um den CO₂-neutralen Betrieb zu
170 gewährleisten.

171 Für alle Bereiche macht aufgrund der hohen Energieverluste bei der Elektrolyse die

172 Verwendung von Wasserstoff keinen Sinn. Hier empfiehlt sich stattdessen
173 batteriebetriebener Betrieb, etwa im PKW-Bereich. Ein Betrieb von Gasheizungen mit
174 Wasserstoff ist ebenso hochgradig energieineffizient. Im Sinne einer möglichst
175 effizienten Verwendung des verfügbaren Wasserstoffs in den Bereichen, in denen er
176 wirklich benötigt wird, gilt es die Verwendung in anderen Bereichen gesetzlich zu
177 verbieten.

178 Neben der Verwendung als grünem Treibstoff, ermöglicht grüner Wasserstoff auch die
179 intersaisonale Speicherung von Energie. Dafür braucht es den massiven Ausbau der
180 Elektrolysekapazitäten, insbesondere in der Nähe großer erneuerbarer
181 Erzeugungsanlagen.

182 Den Gesamtbedarf an Wasserstoff wird Deutschland nicht alleine decken können. Wir
183 werden grünen Wasserstoff zusätzlich importieren müssen. Dafür muss eine
184 flächendeckende Wasserstoffpipelineinfrastruktur in Deutschland und Europa aufgebaut
185 werden, die die Erzeugungsanlage, Speicherzentren, die industriellen Abnehmer*innen
186 und die Importterminals miteinander verbindet.

187 Zudem gilt es bei dem Import von Wasserstoff darauf zu achten, dass die erzeugenden
188 Länder nicht übervorteilt werden, sondern durch den Abschluss fairer Verträge an der
189 Wertschöpfung entlang der Lieferkette gerecht beteiligt werden.

190 **Aktive Industriepolitik**

191 Nur mit einer aktiven, intervenierenden Industriepolitik neben der konsequenten
192 Energiewende wird es gelingen, eine Verlagerung industrieller Produktion zu
193 verhindern. Während es den Eigentümer*innen der Unternehmen egal ist, auf welchem
194 Kontinent, zu welchen Arbeitsbedingungen und unter welchen Umweltstandards ihre
195 Renditen erwirtschaftet werden, betrachten wir uns gemeinsam mit den Gewerkschaften
196 als Garant dafür, langfristig Beschäftigung zu sichern und den Beweis anzutreten,
197 dass es möglich ist, klimaneutral industrielle Produktion aufrechtzuerhalten.

198 **Brückenstrompreis**

199 Die Umstellung auf erneuerbare Energien birgt langfristig die Möglichkeit,
200 Strompreise zu senken und industrielle, auch energieintensive Industrie und Handwerk
201 und die damit verbundene Wertschöpfung zu sichern. Aktuell führt aber der
202 unzureichende Ausbau der Erneuerbaren und der Netzinfrastruktur noch dazu, dass die
203 Preise für Strom stark ansteigen. Zusätzlich wird dieses Problem durch die zunehmende
204 und erforderliche Elektrifizierung von Industrie und Handwerk verschärft, die die
205 Klimatransformation erfordert. Bis das Ziel einer dauerhaft günstigen und
206 klimaneutralen Energieversorgung erreicht ist, gilt es mit der Einführung eines
207 Brückenstrompreises bis mindestens 2030 die Zeit der Transformation der
208 Energieerzeugung zu überbrücken und damit sicherzustellen, dass die Industrie und das
209 energieintensive Handwerk fortbestehen kann.

210 Deshalb schließen wir uns der Forderung der IG-Metall nach einem Brückenstrompreis in
211 Höhe von 5 Cent pro Kilowattstunde inklusive Steuern und Abgaben an. Dieser muss aus
212 dem Bundeshaushalt finanziert werden. Es gilt als Voraussetzung für die Gewährung der
213 Förderung mit den jeweiligen Unternehmen verpflichtende Vereinbarungen über Maßnahmen
214 zur ökologischen Transformation ihrer Fertigung und zur Erreichung einer höheren
215 Energieeffizienz zu treffen. Eine Kopplung der Förderung an eine Reduzierung des
216 historischen Stromverbrauchs ergibt jedoch keinen Sinn aufgrund von schwankender

217 Produktion und des Anspruchs im Zuge der Transformation industrielle Prozesse
218 zunehmen zu elektrifizieren.

219 Für uns ist klar, dass das Instrument eines Brückenstrompreises gleichermaßen großen,
220 energieintensiven Industriebetrieben wie Stahlkochern oder der Chemieindustrie,
221 ebenso wie kleineren, energieintensiven Handwerksbetrieben wie Bäckereien oder
222 Reinigungen zugutekommen muss.

223 **Unterstützung bei der Transformation**

224 Für viele Unternehmen ist die Herausforderung der Umstellung ihrer Unternehmen auf
225 klimaneutrale Produktionsverfahren mit enorm hohen Investitionen verbunden.
226 Gleichzeitig führt eine Umstellung in einer internationalen Konkurrenzsituation in
227 der kurzen Frist häufig noch zu Wettbewerbsnachteilen aufgrund von höheren
228 Fertigungskosten.

229 Das Instrument der Klimaschutzverträge ermöglicht jetzt bereits eine zielgenaue
230 Förderung von Unternehmen, die die entsprechenden Investitionen vornehmen und soll
231 Wettbewerbsnachteile ausgleichen. Dieses Instrument muss noch stärker als bislang
232 neben klimapolitischen Zielen auch an Beschäftigungsziele gebunden werden und
233 gemeinsam mit den Sozialpartnern ausgearbeitet werden. Die vorgesehenen Mittel
234 innerhalb des Klima- und Transformationsfonds sind bei Bedarf aufzustocken.

235 Das Instrument der Klimaschutzverträge beantwortet allerdings nicht die Frage, wie
236 politisch mit Unternehmen verfahren werden soll, deren Eigentümer*innen die
237 Transformation am Standort scheuen oder die Produktion stattdessen in Länder mit
238 geringeren ökologischen Standards verlagern wollen. In diesen Fällen muss ein
239 Beteiligungsfonds aufgelegt werden, der entsprechende Unternehmen teil- oder
240 vollständig verstaatlicht, um Maßnahmen zur Transformation durchzusetzen und den
241 Verlust von Arbeitsplätzen zu vermeiden.

242 **Reindustrialisierung**

243 Weite Teile der Grundstoffherstellung etwa in der Chemie- und Pharmaindustrie oder
244 der Herstellung von Vorprodukten und Bauteilen im Maschinenbaum sind international
245 verlagert. Die Produktion findet häufig unter Nichteinhaltung von Umwelt- ebenso wie
246 Sozialstandards statt. Zusätzlich führt die Internationalisierung der Produktion zu
247 ungewollten internationalen Abhängigkeiten. Es ist unser Anspruch, innerhalb Europas
248 und Deutschland resiliente Lieferketten zu gewährleisten, was beinhaltet, dass auch
249 Grundstoffe sowie Vorprodukte zumindest teilweise in Europa hergestellt werden und
250 diese Produktion in Krisensituationen auch schnell skaliert werden kann.

251 Zudem muss die Produktion klimafreundlicher Technologie etwa für Windkraft- und
252 Solaranlagen in den nächsten Jahren schnell skaliert werden. Um entsprechende
253 Produktion aufzubauen, ist eine gezielte europäische und nationale Förderpolitik
254 notwendig. Neben dem Aufbau der entsprechenden Industrien soll dabei auch eine
255 Reindustrialisierung strukturschwacher Regionen gefördert werden, um das Versprechen
256 einzulösen, dass eine Reindustrialisierung auch den Menschen in den Regionen konkret
257 nützt und gute Arbeitsplätze schafft.

258 **Europa**

259 Die Corona-Pandemie hat Europa eindrucksvoll verdeutlicht, wie stark wir von
260 internationalen Lieferketten abhängig sind und wie schnell internationale

261 Entwicklungen die Produktion zum Erliegen bringen können. Besonders in Deutschland,
262 aber auch in anderen europäischen Ländern, bestand eine riskante Abhängigkeit von
263 russischem Pipelinegas. Es ist dringend geboten, uns von dieser Abhängigkeit zu
264 befreien, um sowohl die Unabhängigkeit von diktatorischen Regimen zu erreichen als
265 auch die Klimaziele zu erreichen.

266 Die Mitgliedsstaaten der EU sollten nicht das Risiko eingehen, die Entwicklung des
267 industriellen Sektors den unkontrollierten Kräften des Marktes zu überlassen. In
268 diesem Szenario besteht die Gefahr einer umfassenden Deindustrialisierung Europas,
269 die unbedingt vermieden werden sollte. Gleichzeitig sollte verhindert werden, dass
270 demokratische Staaten, die verstärkt auf internationale Zusammenarbeit angewiesen
271 sind, in einen protektionistischen Wettbewerb verwickelt werden, der letztendlich nur
272 Verlierer hervorbringt.

273 Reform des EU-Beihilferechts: Das gegenwärtige EU-Beihilfenrecht zum Beispiel
274 reflektiert den fehlgeleiteten Glauben an die neoliberalen Vorstellungen, wonach
275 jegliche staatliche Einmischung in den freien marktwirtschaftlichen Wettbewerb
276 grundsätzlich nachteilig ist. Doch gerade die freie und weitgehend unregulierte
277 Marktwirtschaft hat erheblich zur aktuellen Klimakrise beigetragen. Um dieser Krise
278 zu begegnen, sind staatliche Eingriffe dringend erforderlich, insbesondere wenn wir
279 die Transformation der europäischen Industrie erfolgreich bewältigen wollen. Das
280 bestehende Beihilfenrecht erweist sich in dieser Hinsicht als doppelte Barriere.
281 Einerseits stellt es zu hohe materielle Anforderungen, die Staaten daran hindern,
282 ihre heimische Industrie bei der Bewältigung der Transformationsaufgaben angemessen
283 zu unterstützen. Dies führt dazu, dass das bestehende Beihilfenrecht aktiv Nachteile
284 im internationalen Vergleich schafft, insbesondere wenn andere Länder wie die USA
285 ähnliche Förderungen gewähren. Andererseits sind die verfahrensrechtlichen
286 Anforderungen so kompliziert, dass sie erhebliche Rechtsunsicherheit für die
287 Empfänger schaffen. Anstatt Beihilfen grundsätzlich zu verbieten, sollten zumindest
288 Beihilfen im Bereich der industriellen Transformation grundsätzlich erlaubt sein. Nur
289 Beihilfen, die offensichtlich das Ziel verfolgen, Dumpingpreise zu ermöglichen,
290 sollten als unrechtmäßig gelten und rückforderbar sein. Statt im Voraus Genehmigungen
291 zu verlangen, sollte der Kommission die Möglichkeit gegeben werden, Beihilfen
292 nachträglich auf ihre Vereinbarkeit zu überprüfen.

293 Solidaritäts- und Transformationsprogramm: Das „NextGenerationEU“-Programm war das
294 richtige Zeichen, dass die EU in der Corona-Krise Arbeitsplätze und Beschäftigung
295 sichert. Dieses zeitlich begrenzte Programm muss überführt werden, in ein dauerhaftes
296 Programm zur solidarischen Transformation der industriellen Basis unseres Kontinents.
297 Dieses Programm soll sowohl die Mitgliedsländer mit starken industriellen Strukturen
298 dabei fördern, diese zu transformieren, als auch den Aufbau von Schlüsselindustrien
299 insbesondere in den europäischen Ländern fördern, die bislang über eher schwache
300 industriellen Strukturen verfügen. Damit werden einerseits diese Länder in ihrer
301 industriellen Entwicklung unterstützt, andererseits wird die Resilienz der
302 europäischen Lieferketten als Ganzes verbessert.

303 Dieser Solidaritäts- und Transformationsfonds soll insbesondere dem Aufbau
304 notwendiger Infrastruktur für die Transformation, der Förderung klimafreundlicher
305 Mobilität, dem Aufbau klimaneutraler Energieerzeugungsanlagen und der dazugehörigen
306 Speicher- und Wasserstoffinfrastruktur, dem Breitbandausbau sowie der Förderung und

307 Investition in den Umbau bestehender und dem Aufbau neuer Industrieanlagen zur CO2-
308 neutralen Produktion, insbesondere im Bereich der Schlüsselindustrien, dienen.

309 Europäische Antwort auf den Inflation Reduction Act (IRA)

310 Als Antwort auf den amerikanischen IRA und um die europäische Industrie möglichst
311 schnell und flächendeckend in eine klimaneutrale Zukunft zu führen, wollen wir das
312 Re-Power-EU-Programm mit mindestens 350 Mrd.€ ausstatten, um in allen EU-Ländern die
313 Energiewende konsequent vorantreiben zu können. Neben der Förderung des Ausbaus der
314 erneuerbaren Energie soll auch der Ausbau von Wasserstoffelektrolysekapazitäten und
315 einer europäischen Wasserstoffinfrastruktur vorangetrieben werden.

316 Ein Europäisches Stromnetz

317 Um die Elektrizitätswende zum Erfolg zu führen, ist ein Ausbau und eine stärkere
318 Integration des Europäischen Stromnetzes dringend erforderlich. Während es in
319 Deutschland geografisch an den Voraussetzungen fehlt, um hohe Kapazitäten in der
320 Energiespeicherung durch den Zubau von Pumpspeicherkraftwerken zu schaffen, können
321 Länder wie Schweden, Österreich, Slowenien oder Norwegen hier zusätzliche Kapazitäten
322 schaffen, um den überschüssig erzeugten Strom dort zu speichern. Insbesondere gilt
323 es, die Voraussetzungen schaffen, um auch große Windkraft-Offshore-Anlagen in das
324 Europäische Stromnetz zu integrieren, ohne dass es zu einer Überlastung kommt. Dafür
325 gilt es, Interkonnektoren auszubauen und die europäischen Netze stärker ineinander zu
326 integrieren. Und dafür ist es erforderlich, auf Europäischer Ebene stärker Mittel für
327 Netzinvestitionen bereitzustellen, um insbesondere finanzschwache Länder stärker beim
328 Netzausbau zu unterstützen.

329 **Kreislaufwirtschaft**

330 Wir wollen möglichst ressourcenschonend wirtschaften. Dazu gehört es, dass verwendete
331 Ressourcen innerhalb unseres Wirtschaftskreislaufs erhalten bleiben. Verwendete
332 Materialien gilt es wiederzuverwenden oder zu recyceln, wie wollen die Reparatur und
333 Wiederverwendung von Produkten fördern und vor allen Dingen langlebige Produkte
334 produzieren.

335 **Was heißt Kreislaufwirtschaft für uns?**

336 Kreislaufwirtschaft ist ein Konzept, das darauf abzielt, Ressourcen effizienter zu
337 nutzen und Abfälle zu minimieren, indem Produkte, Materialien und Ressourcen in
338 geschlossenen Kreisläufen gehalten werden. Dies bedeutet, dass Produkte und
339 Materialien nicht mehr nach ihrer Nutzung einfach weggeworfen werden, sondern
340 vielmehr wiederverwendet, recycelt oder in anderer Weise weiterverarbeitet werden, um
341 ihren Wert zu erhalten und Umweltauswirkungen zu reduzieren. Die Kreislaufwirtschaft
342 fördert Nachhaltigkeit, indem sie den Verbrauch begrenzt und Umweltauswirkungen
343 minimiert. Dies trägt zur Reduzierung von Ressourcenknappheit, Treibhausgasemissionen
344 und Umweltverschmutzung bei.

345 **Primärrohstoffsteuer**

346 Wir fordern die Einführung einer Primärrohstoffsteuer. Eine Steuer auf den Verbrauch
347 von Primärrohstoffen kann Anreize schaffen, Ressourcen effizienter zu nutzen und dazu
348 beitragen, den Verbrauch von natürlichen Ressourcen zu reduzieren. Dies ist wichtig,
349 um den Druck auf Umwelt und Ökosysteme zu verringern. Wenn die Rohstoffsteuer auf
350 Materialien mit hoher Umweltauswirkung ausgerichtet ist, kann sie dazu beitragen, den

351 CO₂-Ausstoß und andere Umweltauswirkungen zu verringern, indem sie Unternehmen dazu
352 zwingt, auf umweltfreundlichere Materialien umzusteigen.

353 **Repairability by Design**

354 Wir wollen die Langlebigkeit von Produkten vorgeben, in dem wir insbesondere für
355 technische Konsumgüter verpflichtende Vorgaben schaffen, die geplante Obsoleszenz
356 konsequent verbieten. Bei Zuwiderhandlung sollen Unternehmen mit empfindlichen
357 Bußgeldern und Importbeschränkungen belegt werden. Darüber hinaus wollen wir ein
358 Produktdesign vorschreiben, bei dem Verschleißteile einfach und kostengünstig
359 ausgetauscht werden können.

360 **Recyclability by Design**

361 Viele Kunststoffe sind eigentlich sehr gut wiederverwertbar, weil sie extrem leicht
362 zu recyceln sind. Für die Wiederverwertbarkeit ist es dabei aber entscheidend, dass
363 die Kunststoffe von Sortiermaschinen erkannt werden können, was zum Beispiel stark
364 von der Farbgebung abhängt, schwarze Kunststoffe sind besonders schwer zu erkennen.
365 Wir wollen einerseits verpflichtende Vorgaben für materialsparendes, ebenso wie
366 leicht zu recycelndes Verpackungsdesign machen, um die Wiederverwertbarkeit zu
367 erleichtern.

368 **Wem gehört die Fabrik?**

369 Treibende Kraft des kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems ist der
370 permanente Expansionsdrang des Kapitals in Form des bedingungslosen Strebens nach
371 Profiten, dem alles andere untergeordnet wird. Dieses zerstörerische Streben steht in
372 einem fundamentalen Gegensatz zu dem menschlichen Bedürfnis, einen lebenswerten
373 Planeten zu erhalten. Als Sozialist*innen wollen wir die Wirtschaft demokratisieren
374 und die Produktionsmittel sozialisieren. Reformen im Hier und Jetzt müssen
375 gleichzeitig immer den Anspruch erfüllen, neben der konkreten Problemlösung
376 drängender politischer Probleme auch über die aktuellen Systemzwänge hinauszudeuten.
377 Statt das bestehende kapitalistische System zu stabilisieren, geht es uns darum, mit
378 jeder Reform unserer Vision, einer solidarischen, sozialistischen Gesellschaft näher
379 zu kommen.

380 **Mitbestimmung, Tarif und Ausbildung**

381 Es muss klar sein, dass alle Unternehmen, die staatliche und damit gesellschaftliche
382 Unterstützung bei der Transformation in Anspruch nehmen, egal ob in Form von
383 Brückenstrompreisen oder der Förderung über Klimaschutzverträge, ihre
384 Arbeitnehmer*innen anständig bezahlen, Mitbestimmung gewährleisten und junge Menschen
385 ausbilden müssen.

386 Lediglich wer nach Tarif bezahlt, soll Anspruch auf Unterstützungsleistungen bei der
387 Transformation erhalten. Außerdem können Unternehmen keine Hilfe in Anspruch nehmen,
388 wenn sie nicht Mitbestimmung in ihren Betrieben zulassen. Insbesondere sollen sie
389 verpflichtet werden, Beschäftigte und Gewerkschaften über den Abschluss von
390 Transformationstarifverträgen direkt in die unternehmerischen Entscheidungen, die die
391 Beschäftigten betreffen, einzubeziehen, gemeinsam mit Beschäftigten einen Plan für
392 eventuell notwendige Weiter- oder Umqualifizierung zu entwerfen und natürlich die
393 Gehaltsstruktur festzulegen.

394 Entsprechende Unternehmen müssen selbstverständlich einen Betriebsrat haben und, wenn

395 sie mindestens 5 Auszubildende haben, eine Jugendausbildungsvertretung. Auch hierüber
396 gilt es verpflichtende Vereinbarungen in Klimaschutzverträgen zu treffen. Die
397 staatliche Unterstützung von Unternehmen bei ihrer Transformation verfolgt das Ziel,
398 Arbeitsplätze zu erhalten. Selbstverständlich kann sie nicht mit Stellenabbau
399 verbunden werden, sondern muss sicherstellen, dass Beschäftigung langfristig
400 gesichert bleibt.

401 Insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen sind teilweise von den
402 Herausforderungen der Transformation überfordert. Diese Unsicherheit bedroht
403 Arbeitsplätze. Nach dem rheinland-pfälzischen Vorbild der Transformationsagentur
404 setzen wir uns dafür ein, dass die Agentur für Arbeit Beratungsangebote schafft, die
405 Unternehmen und Arbeitnehmer*innen bei den notwendigen Maßnahmen zur
406 Klimatransformation ihrer Unternehmen begleitet und die Arbeitnehmer*innen bei den
407 notwendigen Weiterbildungs- und Umqualifizierungsmaßnahmen unterstützt und damit
408 Arbeitsplätze sichert.

409 **Von kollektiver Mitbestimmung zu kollektivierten Unternehmen**

410 Unternehmen, die im Zuge der Transformation verstaatlicht werden, sollen entsprechend
411 unserer Beschlusslage (W3, Buko 2021) in Mitarbeitergesellschaften überführt werden.
412 In einem ersten Schritt sollen unternehmerische Entscheidungen gemeinsam mit dem
413 Betriebsrat getroffen werden und eine Transformationsstrategie im Einvernehmen mit
414 den Mitarbeiter*innen ausgearbeitet werden. Neben der Entscheidung darüber, was
415 produziert werden soll und welche Investitionen vorgenommen werden, um die Produktion
416 klimaneutral zu machen, soll von Beginn an die Arbeitsorganisation umstrukturiert
417 werden, um Partizipation der Mitarbeitenden an Unternehmensentscheidungen auf allen
418 Ebenen zu gewährleisten, insbesondere auch der innerbetrieblichen Vergütungsstruktur.
419 In einem zweiten Schritt sollen die Unternehmen in mitarbeitergeführte,
420 vergesellschaftete Betriebe überführt werden und der Staat soll sich, sofern es sich
421 nicht um Unternehmen der Daseinsvorsorge handelt, aus den Unternehmen wieder
422 zurückziehen.

423 **Investitionsoffensive jetzt!**

424 Öffentliche Investitionen sind die Grundlage für den Weg in ein ökologisch nachhaltig
425 produzierendes, digitales und sozial gerechtes Zeitalter. Die Bedingung für das
426 Gelingen der sozial-ökologischen Transformation von Wirtschaft und Industrie ist ein
427 handlungsfähiger und investierender Staat. Generationengerechte Politik bedeutet
428 effektiv, die Voraussetzungen für das Lösen von überfälligen Transformationsaufgaben
429 zu schaffen, wie beispielsweise den Ausstieg aus der Verstromung fossiler
430 Energieträger sowie das Ende von Verbrennungstechnologien im Automobilsektor. Junge
431 Menschen demonstrieren auf den Straßen nicht für schwarze Zahlen, sondern für den
432 Erhalt einer lebenswerten Zukunft und für das Ernstnehmen der Klimakrise. Die
433 Weigerung konservativer politischer Verantwortungsträger*innen, die notwendigen
434 finanziellen Mittel dafür bereitzustellen, überlässt der Privatwirtschaft die
435 Bewältigung dieser existenziellen Krise und stellt damit ein Scheitern sicher.

436 Wir fordern ein Ende der Schuldenbremse, um die Mittel zu mobilisieren, die es für
437 die notwendigen Investitionen braucht. Außerdem gilt es über Erbschaft- und
438 Vermögensteuer, große Vermögen stärker in die Verantwortung für die Mobilisierung der
439 Mittel für den erfolgreichen Umbau unserer Gesellschaft zu mobilisieren.

Antrag U2: Internationalistische Klimagerechtigkeit muss antikapitalistisch, antikolonial und feministisch sein!

Antragsteller*in:	Jusos Nordrhein-Westfalen
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

1 “Die Klimakrise steht auf unserer Türschwelle.” Die Aussage stimmt definitiv,
2 zumindest aus der Sicht der Verantwortlichen, Deutschlands und der EU. Im Globalen
3 Süden dagegen tobt die Klimakrise in einem viel größeren Ausmaß. Scheinbar müssen
4 aber die Auswirkungen auch in Europa drastischer werden, damit die Hauptverursacher
5 das Problem als relevant genug ansehen. Die Notwendigkeit der internationalistischen,
6 feministischen und antikapitalistischen Klimagerechtigkeit möchten wir mit diesem
7 Antrag deutlich machen.

8 Um das Konzept der Klimagerechtigkeit verstehen zu können, ist es wichtig, sich mit
9 den weiten Begriffen „Globaler Norden“ und „Globaler Süden“ auseinanderzusetzen.
10 Der Globale Norden besteht aus wohlhabend lebenden Industrieländern, die größtenteils
11 auf der Nordhalbkugel liegen. Diese Staaten emittieren am meisten Treibhausgase,
12 gerade im Vergleich zu Staaten im Globalen Süden, die aufgrund der geringeren
13 Industrie und des geringeren Verbrauchs klimaschädlicher Produkte weniger
14 Treibhausgasemissionen produzieren.

15 Mit „Klimagerechtigkeit“ sollen die Verantwortungsträger*innen im Globalen Norden
16 dafür sorgen, dass alle Staaten fair die Verantwortung für CO₂ Ausstoß tragen. Das
17 bedeutet, dass die reichen Staaten mehr Verantwortung als ärmere Staaten, die
18 meistens im globalen Süden liegen, tragen müssen. Der globale Norden ist für 92% der
19 CO₂-Emissionen, die seit 1850 entstanden sind, verantwortlich.
20 Diese Ungerechtigkeit hat große Auswirkungen auf Menschen im globalen Süden, die
21 weltweit am meisten unter Dürren, Wasserknappheit, Temperaturextreme und anderen
22 Folgen leiden. Die Auswirkungen führen zur Unbewohnbarkeit von Gebieten, starker
23 Verarmung, Destabilisierung von Gesellschaften und Volkswirtschaften, sowie zur
24 Verschlechterung von gesundheitlicher und ernährungstechnischer Versorgung. Damit
25 drängt die Klimakatastrophe Menschen zur Flucht von ihrer Heimat und muss als
26 Fluchtgrund anerkannt werden. Menschen müssen wegen des Klimawandels ihre Heimat
27 verlassen.

28 Laut einer Oxfam-Studie aus dem Jahr 2020 emittierten die reichsten 10% der
29 Weltbevölkerung (630 Millionen Menschen) zwischen 1990 und 2015 insgesamt 52% der
30 globalen CO₂-Emissionen. Im selben Zeitraum emittierten die ärmsten 50% der
31 Weltbevölkerung (3,1 Milliarden Menschen) nur 7% der globalen CO₂-Emissionen. Die
32 Studie zeigt uns, wie dringend eine Klimagerechtigkeit ist.

33 **Was hat Kolonialismus mit der Klimakrise zu tun?**

34 Mit dem Kolonialismus, der 1492 begann, ging die Ausbeutung von Tieren, Pflanzen
35 sowie gesamten Ökosystemen im Globalen Süden einher. Mit Betreten dortiger Staaten
36 erklärten europäische Kolonialmächte diese zu ihrem Eigentum, entrechteten und
37 versklavten Menschen und setzten diese zur Ausbeutung der gefundenen Bodenschätze

38 ein.

39 Bald waren Produkte aus den Kolonien besonders gefragt in Europa. Für mehr Böden zum
40 Anbau benötigter Pflanzenarten raubten die Kolonialmächte Land und rodeten Wälder. Um
41 die Pflanzen zu ernten und weiterzuverarbeiten, wurden neben kolonialisierten auch
42 verschleppte Menschen versklavt. Dies und die Enteignung von Land diente unter anderem
43 der Errichtung von Plantagen.

44 So wie *weiße* Menschen sich kolonialisierten Menschen, wozu unter anderem auch *weiß*
45 Gelesene fallen können, gegenüber als überlegen darstellten, stellten sie sich auch
46 der Natur gegenüber als überlegen dar und werteten sie ab. Von ihr bzw. allen
47 Lebensformen, die sie als nicht-menschlich ansahen, grenzten sie sich ab. Mit einem
48 kolonialen Naturverständnis rechtfertigten europäische Kolonisator*innen die
49 Ausbeutung und Zerstörung der Natur. Darüber hinaus wurde „Natur“ kapitalistisch
50 bewertet, weswegen heutzutage von Natur als „natürliche Ressource“ die Rede ist. In
51 den Kolonien sahen die Kolonialmächte eine unversiegbare Quelle für Fortschritt,
52 Wachstum und einem gewissen Lebensstil in Europa. Entsprechend stand Natur für
53 unendliche Verfügbarkeit und Konsum. Dieses koloniale Naturverständnis wird heute
54 noch weitergeführt und bleibt Grundlage für Raubbau bzw. Extraktivismus sowie
55 Umweltzerstörung.

56 Da dieses Verständnis nur für *weiße* Menschen bestimmt war und Parallelen zur
57 rassistischen Ideologie im Kolonialismus aufweist, soll Rassismus rechtfertigen, dass
58 weiße Menschen die Lebensgrundlagen von BIPOC (Black, Indigenous and People of
59 Colour) zerstören. So veränderten sie die Klimabedingungen global so sehr, dass die
60 Biosphäre eine existenzielle Bedrohung ausmacht – vor allem im Globalen Süden.

61 Der Klimawandel wurden nicht von allen Menschen gleichermaßen verursacht. Seine
62 Ursache liegt im kolonialen Denken *weißer* Menschen in Europa. Als Ergebnis von 500
63 Jahren kolonialer Praktiken betrifft die Klimakrise weltweit besonders Nicht-
64 männliche und BIPOC aus dem Prekariat.

65 **Zusammenhang Kolonialismus, Kapitalismus, Patriarchat & Klimakrise**

66 Die Kolonialmächte versuchten, bestehende Kulturen und Gesellschaftsstrukturen zu
67 zerstören, definierten sich selbst als "höherwertig" - daraus entstand die
68 Rassifizierung, also die Abwertung all derer, die nicht *weiß* waren. Man selbst gab
69 sich die Attribute modern, zivilisiert, entwickelt, und verteilte auf der anderen
70 Seite Bezeichnungen wie unzivilisiert, wild, rückständig. Aber auch das Emotionale,
71 das Weibliche, das Natürliche wurde negativ konnotiert. Man konstruierte das "Andere"
72 (auch "Othering" genannt), um die eigene Überlegenheit zu demonstrieren. Othering
73 wurde gegenüber marginalisierten Gruppen, BIPOC, FINTA (Frauen, Intergeschlechtlich,
74 Nichtbinäre, Trans und Agender), Queers, Nicht-Christ*innen und Menschen mit
75 Behinderungen betrieben. Und dieses System besteht bis heute.

76 Die am stärksten von den Auswirkungen des Klimawandels betroffenen Staaten und
77 Gemeinschaften sind oft jene, die bereits unter den Folgen des Kolonialismus und des
78 kapitalistischen Systems gelitten haben. Die sozialen, wirtschaftlichen und
79 ökologischen Auswirkungen der Klimakrise verstärken bestehende Ungerechtigkeiten und
80 führen zu einer Verschärfung der globalen Ungleichheit.

81 Um dem entgegenzuwirken, ist es notwendig, die Zusammenhänge zwischen Kolonialismus,
82 Kapitalismus, Patriarchat und der Klimakrise anzuerkennen und zu adressieren. Eine

83 transformative Klimapolitik muss historische Kontexte berücksichtigen und soziale
84 Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellen.

85 **Antikolonialer Widerstand**

86 In der westlichen, *weißen* Geschichtsschreibung werden kolonialisierte Menschen
87 praktisch durch die Bank als Opfer gezeichnet. Ausgespart wird, dass es von ihrer
88 Seite auch immer Widerstand gab und gibt, so z.B. durch Yaa Asantewaa, die das
89 Königreich der Ashanti auf dem heutigen Staatsgebiet Ghanas gegen britische
90 Kolonialisierungsversuche mehrfach erfolgreich verteidigte. Ein weiteres Beispiel ist
91 Manuela Beltrán, die sich im Jahr 1781 im heutigen Kolumbien gegen die spanische
92 Kolonialmacht auflehnte, indem sie eine Revolte anzettelte, die in der "Revolución
93 Comunera" mündete.

94 Auch im Kampf gegen die Klimakrise werden Widerstandsstrukturen und -bewegungen von
95 BIPOC kaum erzählt, dabei ist ihr Anteil essentiellen Charakters. Eine Gründungsszene
96 der Umweltgerechtigkeit fand 1982 in North Carolina, USA statt, als der Bundesstaat
97 sich das mehrheitlich durch BIPOC und armutsbetroffene Menschen geprägten Warren
98 County aussuchte, um eine Giftmülldeponie für mit PCB verseuchter Erde zu schaffen.
99 PCB (auch Chlordiphenyl) ist eine giftige und krebserregende Chlorverbindung. Es
100 folgten Protestmärsche, wochenlange Blockaden und hunderte Festnahmen. Ebenso kämpfen
101 indigene Völker in verschiedensten Teilen der Erde gegen die Ausbeutung und
102 Zerstörung ihrer Heimatgebiete.

103 Die oft missachteten Kämpfe und heftigsten Folgen für BIPOC müssen maßgebend für die
104 intersektionale Bekämpfung der Klimakatastrophe sein. Sie zeigen auch, dass (Neo-
105)Kolonialismus, Rassismus, Kapitalismus und Patriarchat keine voneinander getrennte,
106 sondern sich gegenseitig bedingende und stützende Systeme sind.

107 Menschen sind von der Klimakrise unterschiedlich stark betroffen: Dieses Bewusstsein
108 ist essentiell, wenn es darum geht, auf die Klimakrise und ihre Folgen zu reagieren.
109 Im globalen Norden haben die Menschen noch ganz andere Chancen der Klimakrise zu
110 entgehen, als im globalen Süden. Eine FINTA ist anders betroffen als ein cis Mann.
111 Hier dürfen patriarchale Strukturen nicht dafür sorgen, dass diese Perspektive
112 verloren geht. Ebenso sind armutsbetroffene Menschen schneller durch die Klimakrise
113 gefährdet als wohlhabendere Menschen.

114 **Koloniale Kontinuitäten:**

115 Unter dem Einfluss der historischen Kontinuitäten sind bestimmte Praktiken und
116 Projekte entstanden, die den Klimawandel und seine Auswirkungen verstärken und
117 zugleich lokale Gemeinschaften im Globalen Süden benachteiligen. Diese kolonialen
118 Kontinuitäten erfordern dringend unsere Aufmerksamkeit und eine kritische Bewertung.
119 Die Kontinuität kolonialer Strukturen, Denkmuster und wirtschaftlicher Zusammenhänge
120 wird anhand einiger Beispiele deutlich.

121 *Auswirkungen von Aufforstungsprojekten:*

122 Einige Aufforstungsprojekte haben bedauerlicherweise zur Folge, dass lokale
123 Gemeinschaften den Zugang zu den Wäldern verlieren. Im Extremfall werden Gemeinden
124 sogar zwangsumgesiedelt, um Platz für solche Projekte zu schaffen. Dies ist eine
125 besorgniserregende Entwicklung, die nicht nur die traditionelle Lebensgrundlage der
126 betroffenen Menschen bedroht, sondern auch ihre Stimmen und Rechte marginalisiert.

127 *Co2-Kompensationsprojekte und deren Effektivität:*

128 Es ist anzumerken, dass CO2-Kompensationsprojekte in Staaten des Globalen Südens mit
129 erhöhter Effizienz und zu geringeren Kosten durchgeführt werden können. In solchen
130 Projekten erwerben Institutionen, Unternehmen oder Privatpersonen sogenannte
131 Emissionsminderungsgutschriften oder Zertifikate, um ihren eigenen
132 Treibhausgasausstoß auszugleichen - und um Konzerninteressen zu sichern. Die dabei
133 generierten Einnahmen werden für Klimaschutzprojekte verwendet. Jedoch muss beachtet
134 werden, dass diese Projekte manchmal nicht ausreichend überprüft werden und zu
135 weiteren Ungerechtigkeiten führen können.

136 CO2-Kompensationsprojekte im Globalen Süden, die häufig mit dem Zweck des
137 Greenwashings großer Global Player des globalen Nordens durchgeführt werden, zeigen
138 nicht nur die Gefahr kolonialer Kontinuitäten in unserer Wirtschaftsweise, sondern
139 verstärken diese zusätzlich. Der Globale Norden versucht so, seine Verantwortung für
140 Klimaschutz und die Aufarbeitung seiner Kolonialverbrechen für sich selbst
141 nutzenmaximierend zu missbrauchen.

142 Ein erheblicher Teil des weltweit abgebauten Kobalts stammt aus dem Kongo, wo im
143 Profitinteresse vieler global Player des Globalen Nordens die Achtung der Menschen-
144 und Arbeitsrechte oft vernachlässigt wird. Die ungesicherten Minen und der Einsatz
145 von unsicheren Arbeitsbedingungen stellen eine Gefahr für die Arbeiter*innen dar.
146 Darüber hinaus ist der Gewinnungsprozess von Kobalt giftig und birgt große Risiken
147 für die lokale Bevölkerung und die Umwelt, allen voran für die Kinder, die in
148 Kobaltminen unter unwürdigen Bedingungen und Verhältnissen moderner Sklaverei
149 ausgebeutet werden.

150 *Nickel als Rohstoff aus Russland:*

151 Ein beträchtlicher Anteil des weltweit verwendeten Nickels stammt aus Russland. Es
152 ist wichtig zu bedenken, dass die Beschaffung von Rohstoffen in Abhängigkeit von
153 bestimmten Ländern zu Ungleichheiten führen kann. Eine Diversifizierung der
154 Nickelquellen und eine Überprüfung der Arbeitsbedingungen sind erforderlich, um
155 sicherzustellen, dass keine Ausbeutung oder weitere Ungerechtigkeiten entstehen.

156 Der Wohlstand des Globalen Nordens geht wieder einmal zu lasten des Globalen Südens;
157 und ist historisch gewachsen. Der Globale Norden versucht mittlerweile händeringend,
158 sein Gewissen zu reinigen: Während die Länder des Globalen Nordens weiterhin an einem
159 Wachstumszwang festhalten und die Begrenztheit der Ressourcen auf unserem Planeten
160 nur vorgeben, anzuerkennen, betreiben sie Greenwashing auf Kosten des Globalen
161 Südens.

162 Wenn von "unserem Wohlstand" gesprochen wird, ist der europäische bzw. der deutsche
163 Wohlstand gemeint. Dieser Wohlstand und die ungebrochene Wachstumssucht ist mit ein
164 Grund für Kolonialismus, Klimakrise und die globale Ungerechtigkeit und untrennbar
165 damit verbunden. Internationalistische Klimagerechtigkeit bedeutet auch, dass wir
166 innerhalb Deutschlands die Voraussetzungen für dessen Umsetzung schaffen und die
167 Verantwortung für ökonomische und ökologische Gerechtigkeit tragen und Reichtum, der
168 Hauptverursacher der Klimakrise ist, endlich wirksam begegnen. Wir können uns
169 ökonomischen Reichtum schlicht nicht mehr leisten, umso mehr sind wir auf
170 ökologischen Reichtum angewiesen.

171 **Deshalb fordern wir:**

- 172 • Klimagerechtigkeit muss anticolonialistisch, feministisch, antikapitalistisch
173 sein! Die historische Verantwortung der Industriestaaten für einen Großteil der
174 Treibhausgas-Emissionen muss solidarisch und von kolonialen Kontinuitäten
175 befreit in kooperative und nachhaltige Partnerschaften umgesetzt werden, in
176 denen Entwicklungs-, Schwellen-, und Industriestaaten Anstrengungen vereinen,
177 den Herausforderungen des Klimawandels mit Berücksichtigung sozialer
178 Verpflichtungen zu begegnen.
- 179 • Förderung Förderung und Implementation von Alternativen zum kapitalistischen
180 Wachstumszwang auf regionaler und lokaler Ebene!
- 181 • Stärkere Kontrolle und Verpflichtung globaloperierender Unternehmen und
182 Konzernstrukturen hinsichtlich sozialer und ökologischer Standards durch
183 Sanktionsmechanismen und finanzpolitischer Steuerungsinstrumente (Strafabgaben
184 für Verstöße gegen Sozial- und Umweltvorgaben)!
- 185 • Verpflichtung von privaten Hauptemittenten (Unternehmen) zu klimagerechter
186 Transformation und Einführung globaler Mindeststandards an Arbeitsbedingungen.
187 Ferner muss eine Demokratisierung des Wirtschaftslebens
188 vorangetrieben werden, durch stärkere Einbeziehung der Belegschaften in
189 Entscheidungsprozesse und sukzessive Vergesellschaftung von Großunternehmen mit
190 Monopol- bzw. Oligopolstellung.
- 191 • Entwicklungszusammenarbeit gerecht, anticolonial und solidarisch strukturieren!
- 192 • Entwicklungszusammenarbeit bedeutet Zusammenarbeit auf Augenhöhe - Expertise und
193 Bedürfnisse des Globalen Südens ernst nehmen!
- 194 • Stärkung der lokalen Bevölkerung und insbesondere vulnerablen und
195 marginalisierten Gruppen im Umgang mit klimabedingten Bedrohungen und
196 politischer Beteiligung!
- 197 • Epistemische Gewalt und Eurozentrismus in der Wissenschaft bekämpfen - für
198 wissenschaftlichen Austausch auf Augenhöhe!
- 199 • Verpflichtung des Globalen Nordens im globalen Katastrophenschutz!
- 200 • Asyl aufgrund des Klimawandels als Menschenrecht!
- 201 • Schluss mit kolonialen Kontinuitäten - Reparationszahlungen und Restitution an
202 den Globalen Süden jetzt!
- 203 • Umgestaltung gesellschaftlicher Strukturen, um echte Klimagerechtigkeit zu
204 verwirklichen!

205

206 **Quellen**

- 207 [https://www.bundjugend.de/wp-content/uploads/Kolonialismus-und-Klimakrise-Ueber-500-
208 Jahre-Widerstand-11.pdf](https://www.bundjugend.de/wp-content/uploads/Kolonialismus-und-Klimakrise-Ueber-500-
208 Jahre-Widerstand-11.pdf)
- 209 [https://www.bpb.de/themen/kolonialismus-imperialismus/postkolonialismus-und-
210 globalgeschichte/](https://www.bpb.de/themen/kolonialismus-imperialismus/postkolonialismus-und-
210 globalgeschichte/)
- 211 https://link.springer.com/referenceworkentry/10.1007/978-3-658-37222-4_32-1#Sec3
- 212 <https://de.euronews.com/my-europe/2022/06/01/folgen-der-klimakrise-globaler-suden->

- 213 [fordert-reparationen-von-globalem-norden](#)
- 214 <https://www.oxfam.de/ueber-uns/aktuelles/klimawandel-ungleichheit-reichste-1-prozent-schaedigt-klima-doppelt-so-stark>
- 215 [schaedigt-klima-doppelt-so-stark](#)
- 216 [Klimagerechtigkeit \(nachhaltig-in-graz.at\)](#)
- 217 <https://reset.org/der-globale-norden-ist-fuer-92-prozent-der-co2-emissionen-weltweit-verantwortlich-und-koennte-d/>
- 218 [verantwortlich-und-koennte-d/](#)
- 219 <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S2542519620301960>

Antrag U3: Wo keine Ebbe ist - Die Ostsee als Lebens-, Natur- und Erholungsraum erhalten

Antragsteller*in:	Jusos Mecklenburg-Vorpommern, Jusos Schleswig-Holstein
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

1 Die Ostsee ist das größte Brackwassermeer der Welt. Insgesamt wohnen etwa 82
2 Millionen Menschen im Einzugsgebiet der Ostsee. Davon etwa 2,7 Millionen in MV und
3 SH. Dieser Natur- und Lebensraum ist in seiner ökologischen und kulturellen Vielfalt
4 einzigartig, aber er steht unter Druck, denn der Ostsee geht es schlecht. Die Quoten
5 für den Fischfang, die durch die niedrigen Fischbestände begründet sind, sind durch
6 Sauerstoffmangel und Überfischung so scharf wie noch nie. Die Ostsee erwärmt sich
7 immer weiter auf, die Versauerung, Sauerstoffknappheit, Verschmutzung und Belastung
8 durch Schiffsverkehr, Off-Shore Anlagen und Pipelines nimmt immer weiter zu. So
9 entstehen immer mehr Todeszonen, wo aufgrund von Sauerstoffmangel und anderen
10 Faktoren kein Ökosystem mehr existiert. Zudem boomt die Tourismusbranche, womit auch
11 die Belastung der Tourismusregionen an Land weiter zunimmt. Daher benötigt die Ostsee
12 als Natur- und Lebensraum einen stärkeren Fokus. Um die Ostsee zu erhalten, brauchen
13 wir jetzt enorme finanzielle Mittel, Kooperationen und Beschränkungen. Der Kipppunkt
14 ist noch nicht erreicht, noch können wir handeln. Dafür braucht es aber nicht nur
15 Maßnahmen, die über die betroffenen Regionen und Länder hinausgehen, sondern
16 internationale Kraftanstrengungen verlangen. Auch wir können unseren Beitrag dazu
17 beitragen, dafür muss die Ostsee aber endlich ins Zentrum der Betrachtung.
18 Die Ostsee ist wie eine gute Freundin, sie ist immer da. Wir müssen dafür sorgen,
19 dass es so bleibt.

20

21 **Munitionsbelastung**

22 Nach den Feststellungen des Umweltbundesamtes lagern allein in deutschen Gewässern in
23 Nord- und Ostsee etwa 1,6 Millionen Tonnen konventioneller Munition und 5000 Tonnen
24 chemischer Kampfstoffe.

25 Allein in der Ostsee wissen wir bisher von 400.000 Tonnen konventionellen
26 Sprengstoffen und etwa 40.000 Tonnen chemischen Waffen. Das entspricht in etwa der
27 Ladung von 11.000 Sattelschleppern.

28 Versenkte Munition korrodiert und lässt giftiges TNT, andere Sprengstoffe oder
29 enthaltende chemische Giftstoffe in die Meeresumwelt entweichen.

30 Dadurch entstehen Gefahren für die Menschen, das Leben im Meer und damit verbunden
31 für die Fischerei und den Tourismus.

32 Außerdem kann dies die Installation von Offshore-Energieinfrastrukturen und Seekabel-
33 Verlegungen behindern und sich negativ auf weitere Sektoren der blauen Wirtschaft
34 auswirken.

35 Mit den gegenwärtigen Räumungskapazitäten würde eine großflächige Räumung mehrere
36 Jahrhunderte in Anspruch nehmen.

37 Um irreparable Schäden für Menschen und Umwelt zu vermeiden, ist es nach
38 übereinstimmenden Aussagen führender Wissenschaftler*innen und Expert*innen
39 notwendig, jetzt die Voraussetzungen für großflächige Räumungen zu schaffen und diese
40 mithilfe der jetzt vorhandenen und weiterentwickelten Technologien entschlossen in
41 die Wege zu leiten und in den nächsten 20 Jahren umfassend durchzuführen.

42 Die Kombination von Sensoren mit hoch fortschrittlichen Softwaresystemen und
43 künstlicher Intelligenz ermöglicht es erstmals, ein umfassendes Bild der Situation zu
44 gewinnen.

45 Die Entwicklung mobiler Plattformen für die Munitionsräumung eröffnet das Vordringen
46 in neue Dimensionen großflächiger Räumungen.

- 47 • Wir fordern die bisherigen beispielhaften konkreten Schritte zur Abwendung der
48 Gefahren, die für Mensch und Umwelt von den Munitionsablagerungen in der Ost-
49 und Nordsee ausgehen, konsequent und auf Dauer weiterzuverfolgen und
50 auszuweiten
- 51 • zusammen mit den demokratischen Staaten des Ostseeraums im Rahmen des
52 Ostseerates (Council of the Baltic Sea States, CBSS) unter Einbeziehung der
53 Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt der Ostsee (HELCOM) den
54 Anrainerstaaten des Nordseeraums und der EU-Kommission, müssen Strategien
55 entwickelt und mit weiteren umfassenden konkreten Aktionsplänen und Maßnahmen
56 untersetzt werden, damit innerhalb der nächsten 20 Jahre eine großflächige
57 Beseitigung der Munitionsaltlasten auf dem Meeresboden so erfolgt, dass im Sinne
58 verantwortungsvoller Vorsorgepolitik langfristige, irreparable Schäden für
59 Mensch und Umwelt vermieden werden
- 60 • Verdopplung der Haushaltsmittel zur Munitionsbergung auf mindestens 200
61 Millionen Euro

62 **Die Ostsee als Lebens- und Erholungsraum erhalten**

63 Die Ostsee ist die deutsche Urlaubsregion. Mit über 50,6 Millionen Übernachtungen und
64 12 Millionen Ankünften von Gäst*innen ist die Ostsee die beliebteste Region in
65 Deutschland, um Urlaub zu machen. Nach der Corona-Pandemie boomt die Branche wieder
66 und stellt den wichtigsten Wirtschaftsfaktor der Region dar. Der Tourismus stellt den
67 größten Beschäftigungssektor dar und ist demnach nicht wegzudenken. Dennoch bringt
68 diese Entwicklung auch große Probleme mit sich. Durch Overtourism wird die Natur,
69 nach der sich im Urlaub gesehnt wird, durch den Bauboom und das anhaltende
70 Verkehrsaufkommen zum Teil zerstört. Der Tourismus als Branche ist zudem ein
71 Niedriglohnsektor mit geringer Tarifbindung und schlechten Ausbildungsbedingungen bei
72 anhaltendem Fachkräftemangel. Durch anhaltenden neoliberale Privatisierungsbemühungen
73 und der Beschränkungen von Zugängen, wird zudem eine noch stärkere Kommerzialisierung
74 forciert, die Einwohner*innen de facto ausschließt. Auch der ständige Angriff auf
75 Freizeitmöglichkeiten an der Ostsee, in Form von Beschränkungen Surf- Kite und
76 Foilstrandabschnitten, betrachten wir mit großer Sorge.

77 Unser Ziel ist es, den Natur- und Umweltschutz an der Ostsee und die Entlastung und
78 Partizipation der Anwohner*innen bei der weiteren Entwicklung dieser
79 Tourismusregionen ins Zentrum zu rücken, um diese auch in Zukunft als
80 Naherholungsraum und Tourismusregion zu erhalten. Dabei ist es gerade für die

- 81 Anwohner*innen von zentraler Bedeutung, dass Ostseestrände nachhaltig gepflegt
82 werden, kostengünstig erreichbar bleiben und ein sozialer- sowie ökologisch
83 nachhaltiger Tourismus stattfindet.
- 84 Unser Ziel muss es sein, die Tourismusregionen an der Ostsee so zu entwickeln, dass
85 diese sozial- und ökologisch nachhaltig sind. Nur ein Tourismus, der vor Ort
86 Akzeptanz findet und im Einklang mit der Natur stattfindet und dessen Schutz fördert,
87 kann auch in Zukunft erfolgreich sein.
- 88 • Darum fordern wir mehr Unterstützung von Schullandheimen und Jugendherbergen in
89 Ostseenähe
 - 90 • Festlegung von ausreichend Surf, Kite und Foil Korridore, die für verschiedene
91 Wind, Wellen und Strömungsbedingungen geeignet sind. Dabei soll darauf geachtet
92 werden, dass diese Spots gut zu erreichen sind. Diese sollen so festgelegt
93 werden das Wassersportler*innen sie gut erreichen können und nicht in Konkurrenz
94 zu Umweltzonen geraten
 - 95 • Konzepte um Badestrände trotz Umweltauflagen erhalten und dort bessere
96 Müllreduzierung und dem Verhindern von Partylärm unterstützen
 - 97 • Kosten zur Strandreinigung dürfen nicht durch Eintritte von Anwohner*innen
98 finanziert werden
 - 99 • Projekte zu einem ökologisch nachhaltigem Tourismus sollten stärker gefördert
100 werden, insbesondere lokale Projekte zur Umweltpädagogik in Verbindung mit
101 beliebten Ausflugszielen
 - 102 • Den Ausbau von neuen und die Reaktivierung von alten Bahnstrecken und
103 öffentlichem Nahverkehr in Tourismusregionen
 - 104 • Jegliche Privatisierung von Stränden oder Strandabschnitten lehnen wir ab, zudem
105 setzen wir uns für kommunale Begrenzungen der Verknappung von diesem
106 öffentlichen- und sozialen Erholungsraum durch Strandbars, Strandkörbe,
107 Eventflächen und sonstige indirekte Bebauungen an Stränden ein
 - 108 • Wir sind solidarisch mit der NGG und unterstützen diese bei Ihren Bemühungen die
109 Tarifbindung im Tourismussektor zu erhöhen
 - 110 • Bei der Finanzierung der lokalen Tourismusinfrastruktur sprechen wir uns für
111 Lösungen aus, die die lokalen Gewerbe und Unternehmen, die am Tourismus
112 partizipieren, stärker beteiligt und die Einwohner*innen entlastet in Form von
113 Tourismusabgaben
 - 114 • Lokale Mietpreisbremsen und Umwandlungsverbote von Wohnraum in Ferienwohnungen

115

116 **Der Kreuzfahrttourismus und seine externen Kosten**

117 Der Kreuzfahrttourismus zeigt häufig auf, wie wichtig die Branche für die
118 Wertschöpfung einer Kommune ist und diese somit wirtschaftlich stärkt. Die
119 umweltlichen und gesundheitlichen Belastungen durch die Kreuzfahrtindustrie sind
120 enorm. Auf einer siebentägigen Kreuzfahrt stößt das Kreuzfahrtschiff 1,9 Tonnen CO₂
121 pro Kopf aus, was ca. 18% des jährlichen CO₂-Ausstoßes pro Kopf in Deutschland
122 bedeutet. Während der Liegezeit in den Häfen, stoßen die Schiffe Feinstaub, Stick-
123 und Schwefeloxide aus, die zu gesundheitlichen Folgen bei Anwohner*innen führen.

124 Zwar sind die Gästezahlen von Kreuzfahrten noch lange nicht auf dem Vor-Corona-
125 Niveau, dennoch lässt sich eine Verdreifachung der Gästezahlen, von 2021 auf 2022,
126 beobachten. Studien zum Thema Kreuzfahrtschiffe, ihre Auswirkungen auf die
127 Wertschöpfung mit der Verrechnung von externen Kosten (wie z.B. gesundheitliche
128 Folgen der Bevölkerung durch Feinstaub, Stick- und Schwefeloxiden bei Liegezeiten im
129 Hafen) sind kaum vorhanden. Die Branche stellt die Beiträge zur Wertschöpfung meist
130 in absoluten Zahlen dar und verrechnet diese nicht mit den externen Effekten für
131 Umwelt und Gesundheit. Studien zu dem Nutzen und den Kosten für eine Gemeinde gibt es
132 kaum. Erste Studien in anderen Regionen außerhalb von Deutschland zeigen aber ein
133 erstes Bild: Die Erlöse z.B. aus dem Tourismus in den Orten werden durch die Kosten
134 durch Luft- und Wasserverschmutzung fast ausgeglichen.

135 Außerdem kann von einem wirtschaftlich fairen Wettbewerb zwischen dem lokalen Hotel-/
136 Gaststättengewerbe und der Kreuzfahrtbranche kaum die Rede sein, da die Kreuzfahrt
137 andere Arbeits- und Rahmenbedingungen hat sowie Steuer- und Zollvorteile bei
138 Verköstigungen an Board. Durch All-inclusive Angebote auf dem Schiff sind die Anreize
139 für einen Restaurantbesuch an Land größtenteils unattraktiv.

- 140 • Wir fordern die Untersuchung von tatsächlichen Einnahmen der Kreuzfahrt
141 verrechnet mit den Umwelt- und Gesundheitskosten für eine Stadt/ Gemeinde in
142 Deutschland → Zusätzliche Abgaben der Kreuzfahrtbranche an die Gemeinden in Höhe
143 der externen Kosten und Gewinnbeteiligung der anfahrenden Städte
- 144 • Verbesserung der Ladeinfrastruktur in den Häfen, um Kreuzfahrtschiffe vermehrt
145 mit Landstrom bei Liegezeiten zu versorgen und dadurch die Feinstaub, Stick- und
146 Schwefeloxide deutlich zu verringern.
- 147 • Verpflichtung der Schiffe auf Umrüstung zu Ladestrom bei Liegezeiten im Hafen
- 148 • Betreiben von neuen Fähren nur noch mit Wasserstoff oder anderen emissionsfreien
149 Kraftstoffen und Umrüstung älterer Fähren zu Wasserstoff oder anderen
150 fossilfreien Antrieben
- 151 • Die Schaffung von Vorschriften für entsprechende Abgasreinigungssysteme von
152 Kreuzfahrtschiffen
- 153 • Ausweisung der gesamten Ostsee als ECA-Gebiet (Schwefel- und Stickoxid-
154 Kontrollgebiet)
- 155 • Eine strikte Umsetzung der IMO-Richtlinie im Ostseegebiet

156 **Mehr Meeresschutzgebiete für marines Leben und Meerespflanzen**

157 Für die Artenvielfalt und Lebensraum von verschiedenen Meerestieren ist Seegras ein
158 wichtiger Bestandteil der Ostsee. Dabei gibt es noch viele weitere wichtige Vorteile
159 (Festigung vom Sediment am Meeresboden, Sauerstofflieferant etc.). Insbesondere in
160 Betrachtung des Klimawandels wird eine weitere Fähigkeit unbedingt benötigt: Seegras
161 speichert große Mengen an Kohlendioxid. Deshalb ist der Schutz von sogenannten
162 Seegraswiesen in vielerlei Hinsicht wichtig.

163 Durch zu wenige Schutzmaßnahmen ist der Bestand an Seegras in der Ostsee
164 zurückgegangen. Die Ursachen liegen hierbei meistens an hohen Nährstoffeinträgen wie
165 Dünger.

- 166 • Darum fordern wir den Bestand des Seegras in der Ostsee zu schützen und weiter

167 zu fördern, um so einen wichtigen Bestandteil für Artenvielfalt und gegen den
168 Klimawandel zu erhalten.

169 **Mehr Meeresschutzgebiete und ein gemeinsames Management der Anrainerstaaten**

170 Die traditionelle Fischerei in Deutschland ist heutzutage kaum noch vorhanden. Sie
171 kann sich schwerlich gegen die Großfischerei durchsetzen und leidet dann unter
172 schwindenden Fischbeständen. Aber nicht nur für diesen traditionellen Beruf, auch für
173 die Artenvielfalt und das sensible Gleichgewicht der Meeresökologie bedeutet es eine
174 harte Herausforderung. Der Klimawandel und die Erwärmung der Meere lassen die
175 Fischlarven meist früher schlüpfen, zu den Zeiten, in denen sie aber keine
176 ausreichende Menge an Nahrung finden. Diese Kombination ist für die Fischbestände
177 schwer zu verkraften. Deshalb sollten die Reformen in der EU über die
178 Fischereipolitik zu positiven Veränderungen führen. Hier müssen Deutschland und die
179 Anrainerstaaten der Ostsee mehr Meeresschutzgebiete erschaffen. In diesen Gebieten
180 ist die Berufs- und Freizeitfischerei zeitlich zu verbieten. Diese
181 Meeresschutzgebiete sollten durch ein kooperatives Management koordiniert betreut und
182 geschützt werden. Außerdem gilt es, diese Schutzgebiete auch auf die Offshore-
183 Windenergie zu beziehen. Dabei sollen Laichgebiete, Wanderkorridore von Fischen,
184 Vögel und Fledermäusen analysiert und entsprechende Verbotzonen eingeführt werden.
185 Nur durch die Beschränkung der Fischerei werden wir den Beruf der Fischerei retten.

- 186 • Wir fordern, dass Seegraswiesen schützen und fördern: Verbot von Baumaßnahmen
187 und Fischerei Aktivitäten (insbesondere mit Schleppnetzen) in unmittelbarer Nähe
188 zu Seegraswiesen
- 189 • Bildung von mehr Meeresschutzgebieten, die durch ein gemeinsames Management der
190 Anrainer-Bundesländer koordinierend betreut werden
- 191 • Einrichtung von marinen Schutzgebieten, die über die aktuellen Quotenregelungen
192 hinausgehen, in der die Berufs- und Freizeitfischerei zeitlich verboten werden
193 zur Erholung von Fischbeständen
- 194 • Besondere Gebiete in der Ostsee für die Artenvielfalt (Laichgebiete,
195 Wanderkorridore für Vögel, Fledermäuse und Fischen) durch Verbotzonen für
196 Offshore-Windenergie und Unterwasserarbeiten, schützen
- 197 • Eine umfassende Lärmschutzstrategie für die Ostsee
- 198 • Die Förderung von Renaturierungszonen in der Ostsee
- 199 • Die küstennahe Fischerei muss mittelfristig zum immateriellen Kulturerbe
200 transformiert werden und somit der*die Ausbildung der Berufsfischer*innen
201 angepasst werden

202 **Reduzierung von Nährstoffeinträge**

203 Das Kernproblem der Ostsee ist die Belastung durch Nährstoffe, wodurch
204 sauerstofffreie Zonen entstehen, in denen kein marines Leben möglich ist. Diese
205 „Todeszonen“ werden durch verschiedene Faktoren begünstigt, wobei Dünger ein großer
206 Faktor ist, der menschlich verursacht ist. Durch diesen Dünger entstehen mehr Algen
207 und die Blütezeit der Algen häuft sich. Durch natürliche Abbauprozesse sinkt der
208 Sauerstoffanteil so drastisch, dass marines Leben in diesen Gebieten nicht möglich

- 209 ist. Seit 120 Jahren haben sich diese Todeszonen in der Ostsee verzehnfacht.
210 Politisches Handeln ist in der Ostsee notwendig, da die Meereserwärmung durch den
211 Klimawandel den Prozess in Zukunft noch verstärken wird.
- 212 • Darum fordern wir eine massive Reduktion von Düngemittel und Pestiziden in der
213 Landwirtschaft, insbesondere in Küstennähe
 - 214 • Eine stärkere Förderung von ökologischer Landwirtschaft, besonders in Küstennähe
 - 215 • Marine Schutzgebiete in der Ostsee müssen auch Gewässerrandstreifen mit
216 einbeziehen
 - 217 • Null Eintrag von gefährlichen Schadstoffen in Nähe des Nationalparkes Ostsee,
218 sowie der gesamten deutschen Ostseeküste
 - 219 • Die Schaffung einer Grundlage für Gewässerrandstreifen an Zuflüssen der Ostsee
 - 220 • 150 Meter breite Pufferzonen an allen Buchten und Meeresarmen der Ostsee
 - 221 • Neue Stoffe, die z. B. in der Landwirtschaft als Biozide und Pestizide Anwendung
222 finden, müssen insbesondere in Schutzgebieten grundsätzlich als gefährlich
223 eingestuft werden, bis das Gegenteil bewiesen ist

Begründung

Erfolgt ggf. mündlich.

Antrag U4: Moor muss nass!

Antragsteller*in:	Jusos Mecklenburg-Vorpommern
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

1 Als Moore bezeichnet man Feuchtgebiete, in denen durch die Wassersättigung nicht
2 ausreichend Sauerstoff für die Abbauprozesse organischer Stoffe zur Verfügung steht
3 und sich so Torf bilden kann. Das Wasser kann entweder ausschließlich aus
4 Niederschlägen stammen, dann wird von Hochmooren gesprochen, oder aber aus
5 Oberflächen-, Grund- oder Meerwasser, dann wird von Niedermooren gesprochen.
6 So sind Moore eine immense Senke für Kohlenstoff, da dieser dort unter
7 Wassersättigung permanent gespeichert wird. Sie sind in der Lage mehr Kohlenstoff zu
8 speichern als jedes andere Ökosystem auf der Welt. Obwohl Moore nur 3 % der
9 Landfläche bedecken, können sie ca. doppelt so viel CO₂ speichern, wie alle Wälder
10 der Welt (ca. 30 % der Landfläche) zusammengenommen. In Deutschland stellen Moore
11 sogar den größten terrestrischen Kohlenstoffspeicher dar. Moore wachsen über
12 geologische Zeiträume hinweg und können so erst im Laufe von tausenden Jahren ihre
13 Senkenwirkung vollständig entfalten, sodass eine Trockenlegung große Mengen
14 Kohlenstoff freisetzt. Bestenfalls wird ein intaktes Moor folglich einfach in Ruhe
15 gelassen. Intakte Moorflächen gibt es in Deutschland jedoch kaum noch.
16 Die moorreichsten Bundesländer Deutschlands sind Niedersachsen (597.116 ha),
17 Mecklenburg-Vorpommern (330.193 ha) und Brandenburg (243.432 ha).
18 Von diesen Flächen sind jedoch nur noch ungefähr 3 % naturnah bzw. nicht entwässert,
19 da der Großteil mittlerweile landwirtschaftlich genutzt wird. Für diese Nutzung
20 wurden in der Vergangenheit weitreichende Entwässerungsmaßnahmen eingeleitet, um die
21 vormals nassen Flächen trockenzulegen und so wirtschaftlich nutzbar zu machen. Mit
22 fatalen Folgen für Klima, Umwelt und die Biodiversität.
23 Denn trockene Moorböden emittieren durch den Kontakt des gespeicherten Kohlenstoffes
24 mit dem Sauerstoff der Luft CO₂. So sind die Moorböden in Mecklenburg-Vorpommern für
25 37 % der Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft verantwortlich, obwohl sie nur
26 7 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche ausmachen. Moore werden so von wichtigen
27 Kohlenstoffsinken zu riesigen Treibhausgasemittenten.
28 Die Wiedervernässung langfristig trockengelegter und so für die Landwirtschaft
29 nutzbar gemachter Flächen kann die Emission von CO₂ und anderen klimaschädlichen
30 Gasen deutlich verringern und sogar wieder Kohlenstoffsinken aus den Mooren machen.
31 Auch für die Resilienz des Mikroklimas sind Moore von großer Bedeutung, da sie
32 Starkwetterereignisse abmildern können. Im Falle von Dürren können Moore durch
33 Verdunsten des Wassers zu einer lokalen Abkühlung beitragen und während
34 Starkregenereignissen sind Moore wichtige Retentionsflächen für das anfallende
35 Regenwasser und tragen so zum Hochwasserschutz bei.
36 Aber nicht nur das Klima ist von der Trockenlegung von Mooren direkt betroffen.
37 Ebenso nimmt die Biodiversität im einzigartigen Ökosystem Moor drastisch ab. Hoch
38 spezialisierte Tier- und Pflanzenarten werden teilweise irreversibel verdrängt.

- 39 Ein weiteres Problem ist der Abbau von Torf, welcher ebenfalls irreversible Schäden
40 durch die Zerstörung der Torfschichten verursacht. Torf wird bevorzugt im Garten- und
41 Landschaftsbau als Kultursubstrat verwendet, obwohl es für den privaten Bereich
42 bereits torffreie Alternativen gibt.
- 43 Aber auch bei der Verwendung von torfhaltigem Substrat im industriellen Bereich muss
44 ein stärkerer Fokus auf Alternativen gelegt werden, damit künftig kein Torf mehr
45 abgebaut wird.
- 46 Entscheidend für einen Kurswechsel bei der Betrachtung und Behandlung von Mooren ist
47 jedoch eine ausreichende Beteiligung der betroffenen Menschen vor Ort, um ein
48 Bewusstsein für die Tragweite des Themas zu schaffen und Interessenskonflikten
49 vorzubeugen. Nur so kann eine von allen befürwortete und unterstützte, nachhaltige
50 Moorrestauration durchgeführt und dauerhaft aufrechterhalten werden.
- 51 Eine Alternative zur konventionellen Landwirtschaft auf trockenen Moorflächen sind
52 Paludikulturen auf wiedervernässten Standorten. Hierbei werden Nutzflächen erhalten,
53 indem standortspezifische Pflanzen, wie zum Beispiel Torfmoose, Schilf oder
54 Rohrkolben angebaut werden. Diese Form der Bewirtschaftung von wiedervernässten
55 Flächen verbindet den Schutz der Moore als Ökosystem und Lebensraum und den Erhalt
56 ihrer klimaschützenden Eigenschaften mit einer regionalen Wertschöpfung. Dies ist
57 insbesondere von Bedeutung, um mittels Einkommensalternativen Akzeptanz für die
58 Bedeutung des Schutzes der Moore in der Bevölkerung zu schaffen.
- 59 Paludikulturen sollen jedoch ausdrücklich nicht auf bereits schützenswerten Flächen
60 bzw. in Schutzgebieten aufgebaut werden. Vielmehr sollen sie dazu dienen bereits
61 landwirtschaftlich genutzte Flächen trotz Wiedervernässung weiterhin nutzen zu
62 können. Hier können Flächen, auf denen Paludikulturen betrieben werden, als Puffer
63 zwischen Schutzgebieten und konventionell genutzten landwirtschaftlichen Flächen auf
64 mineralischen Böden betrachtet werden.
- 65 Nasse Moore sind wichtige Komponenten im Kampf gegen den Klimawandel und den Verlust
66 von Biodiversität. Gleichzeitig haben sie enorm viel Potenzial für nachhaltige
67 Landwirtschaft, bei der sich Schutzziele, sowie regionale und ökonomische Ziele
68 vereinbaren lassen.
- 69 Wir fordern daher:
- 70 • interdisziplinären Moorschutz auf europäischer, Bundes-, Landes- und kommunaler
71 Ebene
 - 72 • Schutz von Moorböden vor Bebauung, welche nicht mit einer Wiedervernässung
73 vereinbar sind
 - 74 • Verbot von torfhaltigen Substraten im privaten Bereich und die schnelle
75 Erarbeitung von Alternativen für den gewerblichen Bereich
 - 76 • mehr staatliche Investitionen in Forschung und Entwicklung zur Wiedervernässung
77 von Mooren und Bewirtschaftung durch Paludikulturen, sowie die weiterführende
78 Erprobung von Paludikulturen auf geeigneten Flächen
 - 79 • Möglichkeiten der vereinfachten Zertifizierung durch entsprechende DIN – Normen
80 für nachwachsende Bau- und Rohstoffe aus Paludikulturen
 - 81 • Aufnahme von Paludikulturen in den Subventionskatalog der GAP, sowie eine
82 grundsätzliche Streichung von klimaschädlichen Subventionen

- 83 • stärkere Anreize zum Moorschutz für Eigentümer*innen von trockengelegten
84 Moorflächen, sowie die Möglichkeit zur Sanktionierung und Enteignung bei
85 strikter Weigerung, vergleichbar mit dem Vorgehen im Straßenbau
- 86 • Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für die Wichtigkeit von Moorschutz in der
87 Bevölkerung
- 88 • Beschleunigung der Restaurierung von Mooren und stärkere finanzielle
89 Unterstützung durch die EU, Bund und Ländern von Moorschutzprojekten
- 90 • absoluter und konsequenter Schutz für intakte Moore!
- 91 Das übergeordnete Ziel und damit unsere Kernforderung lautet ganz klar: Moor muss
92 nass!

Antrag U5: Gerechte Landwirtschaft. Sozial und ökologisch.

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

1 Adressat*innen: Juso-Bundeskongress, Bundesparteitag, S&D Fraktion

2 **Präambel**

3 Der primäre Sektor mit einem Anteil von heute nur rund 2% am BIP und insbesondere die
4 Land- und Forstwirtschaft spielt seit Jahrzehnten im politischen und
5 gesellschaftlichen Diskurs eine untergeordnete Rolle. Dabei hängen an diesem Sektor
6 elementare Grundbedürfnisse wie etwa die Nahrungsmittelversorgung oder auch die
7 Funktionsfähigkeit unserer Ökosysteme. Der voranschreitende Verlust der
8 Biodiversität, Störungen im Wasserkreislauf, die Übernutzung und der Verlust von
9 Böden, das drohende Waldsterben uvm. sind direkte Folgen des menschengemachten
10 Klimawandels und der Art und Weise, wie diese natürlichen Ressourcen bewirtschaftet
11 wurden und werden. Zudem zeigen sich gerade im Landwirtschaftsbereich weltweit die
12 Folgen des auf Gewinnmaximierung ausgelegten Wirtschaftssystems: Akkumulation von
13 Eigentum an Boden und Produktionskapazitäten in den Händen weniger, Missachtung und
14 Dumping sozialer, ökologischer Standards und des Tierwohls sowie irreversible
15 Schädigung der natürlichen Lebensgrundlagen. Und wie auch in vielen anderen
16 Wirtschaftsbereichen, werden diese gerade auch globalen Ungleichheiten nicht
17 reduziert, sondern etwa durch Freihandelsregime zementiert oder sogar verstärkt.

18

19 Es ist an der Zeit, diesen fatalen Trends eine moderne Politik entgegenzusetzen, die
20 den Fokus auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit legt und globale sowie lokale
21 Ungleichheiten abbaut. Von zentraler Bedeutung ist dafür, dass jegliche Form
22 landwirtschaftlicher Produktion wieder in ein gesundes Verhältnis zu den dafür vor
23 Ort erforderlichen Flächen gebracht wird. Das bedeutet eine Entflechtung und
24 Dezentralisierung der Produktionsketten, was zugleich auch die Grundlage ist für ein
25 deutlich höheres Maß an Verteilungsgerechtigkeit. Zudem können nur so die natürlichen
26 Kreisläufe, Wasser- oder Nährstoffkreisläufe wieder geschlossen und weiterer Schaden
27 von den Ökosystemen abgewendet werden. Seit Jahrzehnten zeigt sich weltweit ein Trend
28 zum Verlust von Böden. Dieser Trend wird nicht aufzuhalten sein, wenn nicht auch
29 nennenswerte Teile unserer Flächen der Verwertungslogik insgesamt entzogen werden,
30 bis sie sich grundlegend regeneriert haben. Neben dem Schutz solcher Flächen, muss
31 die kombinierte Nutzung Vorrang bekommen vor der einseitigen Nutzung. Das betrifft
32 u.a. die Nahrungsmittelproduktion, Energiegewinnung und den Artenschutz. Vielmehr
33 noch muss die Produktion von Nahrungsmitteln Vorrang bekommen vor der Produktion von
34 Futtermitteln für Tiere.

35

36 Der Umgang mit den Flächen muss grundsätzlich auch die Auswirkungen auf den
37 Treibhausgashaushalt (THG-Haushalt) berücksichtigen und im Einklang mit der zur

38 Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels erforderlichen THG-Emissionsminderung geschehen. THG-
39 Quellen wie etwa die Methan-Emissionen der Fleisch- und Milchproduktion müssen massiv
40 reduziert werden, während THG-Senken (Wälder, Moore, Böden) geschützt und ausgeweitet
41 werden müssen. In diesem Sinne muss folglich, wo noch nicht geschehen, eine
42 konsequente Quantifizierung des Treibhausgaspotenzials der jeweiligen Flächennutzung
43 erfolgen. Darauf aufbauend müssen die Emissionen bepreist/besteuert werden.

44

45 Die Umsetzung all dieser Ziele erfordert Rahmenbedingungen, die das Verhältnis von
46 Eigentum an Grund und Boden sowie Bewirtschaftung des Bodens grundlegend neu ordnet.
47 Nicht mit dem Eigentum per se soll Geld verdient werden, sondern mit der
48 gemeinwohlorientierten Bewirtschaftung desselben. Öffentliches Geld, wie etwa die
49 europäischen Agrarsubventionen, sollen künftig nur noch für öffentliche Leistungen
50 und im Sinne voranstehender Ziele gewährt werden. Handelsbeziehungen müssen fair
51 sein, Ungleichheiten reduzieren, soziale, ökologische und Tierwohlstandards einhalten
52 und verbessern und dürfen nicht weiter der ungebremsten Kapitalakkumulation dienen.
53 Aus Ländern, in denen Hunger herrscht oder Wälder vernichtet werden, dürfen keine
54 Agrarerzeugnisse mehr abgezogen werden. Nicht zuletzt und bis auf weiteres muss die
55 Zuweisung der Klima- und Umweltschäden verursachergerecht erfolgen.

56 **Boden, Eigentum und Agrarförderung**

57 Die Verteilung von Land ist heute in der EU noch stärker aus dem Gleichgewicht
58 geraten als die

59 Verteilung von Vermögen. 2,7% aller Betriebe besitzen 50% der europäischen Fläche.
60 80% der Direktzahlungen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) gehen an die größten 20%
61 der Betriebe. Dies bedeutet eine Abschöpfung der EU-Gelder von Landeigentümer*innen.
62 Besonders betroffen sind osteuropäische Länder durch zunehmendes "Land Grabbing",
63 d.h. den Erwerb von Landeigentum durch oftmals ausländische Privatinvestoren oder
64 Konzerne als Kapitalanlage.

65 Gerade in Ostdeutschland und Osteuropa wurden in den 1990er Jahren die öffnenden
66 Märkte des ehemaligen Ostblocks genutzt, um die Landwirtschaft neoliberal umzubauen,
67 mit der Folge, dass sich enorme Monopole gebildet haben. In Tschechien beispielsweise
68 liegt über die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den Händen von Betrieben
69 mit über 1.000 Hektar. In Brandenburg kontrollieren die drei Konzerne, KTG, die
70 Lindhorst-Gruppe und Odega allein schon 20% aller Flächen.

71 Was die Forstflächen in Deutschland angeht, sind d 48% Privatwald, 29% Staatswald der
72 Länder, 3,5% Staatswald des Bundes und 19,4% Körperschaftswald. Hier ist eine
73 Veränderung der Nutzung vonnöten, hin zu einer der ökologischen Herausforderungen
74 entsprechend. Dabei müssen insbesondere die Staatswälder eine hervorgehobene Rolle
75 spielen.

76 In Bayern sind 65% der Fläche unter Pacht. Zwischen 2008 und 2018 stiegen die
77 Agrarlandpreise in Bayern um 156 Prozent. Nicht die flächenstärksten Betriebe,
78 sondern bäuerliche Betriebe und insbesondere junge Menschen, die sich in der
79 Landwirtschaft eine Existenz aufbauen wollen, müssen ein Vorkaufsrecht erhalten.

80 Kleinbäuerliche Betriebe weichen immer mehr wachsenden industrialisierten
81 Agrarbetrieben. Die

- 82 Zahl der Bauernhöfe sank von knapp 400.000 Betrieben 1950 auf heute nur noch
83 110.000 Betriebe. Mit dem Sterben kleiner Betriebe werden verbleibende Betriebe immer
84 größer. Mit der Betriebsgröße steigt auch die Tendenz zu größeren Schlägen
85 (Agrarfläche). Negative Auswirkungen für die Artenvielfalt sind die Folge.
- 86 Zu der zunehmenden Verknappung auf immer größere Konzerne kommt es nicht, weil es an
87 Instrumenten fehlen würden. Landkauf ab 1 Hektar ist bereits genehmigungspflichtig
88 und die staatseigenen Flächen könnten überwiegend an kleine Betriebe verpachtet oder
89 verkauft werden.
- 90 Leider zeigt sich, dass die Entwicklung entgegen anderweitiger Beteuerung politisch
91 gewollt ist. Die CSU gibt vor, die familiären Betriebe im Blick zu haben (Ilse Aigner
92 als Landwirtschaftsministerin: "nicht die industrielle Landwirtschaft, sondern der
93 bäuerliche Familienbetrieb"), fördert aber mit ihrer Politik klar die Monopolisierung
94 der Landwirtschaft. Die Agrarlobby-Studie des NABU aus dem Jahr 2019 ist hier
95 beispielhaft. So wird der Rechtsbegriff der "ungesunden Landverteilung", welcher
96 entscheidend für die Genehmigung von Landkauf ist, meist "wachstumsfördernd"
97 ausgelegt und somit dem expandierenden Unternehmen ein Allgemeininteresse
98 angedichtet. Kleine Betriebe, gerade im Nebenerwerb haben dabei das Nachsehen.
- 99 Es braucht nicht weniger als einen Paradigmenwechsel weg von der "Wachsen oder
100 sterben"-Philosophie des bayerischen Bauernverbands. Kleinstbetriebe müssen im
101 Zentrum der Lebensmittelproduktion stehen. Zu diesem Ideal hinzukommen bedeutet aber
102 auch, dass man Entwicklungen der letzten 20 Jahre rückgängig machen muss.
- 103 Auf EU-Ebene fordern wir:
- 104 • EU-Subventionen müssen angepasst werden, sodass Kleinstbetriebe, Nebenerwerb
105 und Neugründungen überproportional profitieren. Schluss mit dem
106 Gießkannenprinzip der Flächensubventionen.
 - 107 • Auch Kleinstflächenbesitzer*innen (unter 1 ha) müssen Subventionen erhalten
108 Rückabwicklung hin zur Eigentumsstreuung
- 109 Auf Bundesebene fordern wir:
- 110 • Gründung von gemeinnützigen, landeseigenen Siedlungsgesellschaften in allen
111 Bundesländern. Dieses soll für längere Zeit Boden bevorraten und Land verpachten
112 dürfen, um die bestehenden Agrarstrukturen zu sichern und durch eine breitere
113 Streuung des Eigentums an Grund und
 - 114 • Boden in den Händen von Landwirten zu verbessern. Dabei wollen wir langfristig
115 für die Abschaffung von Eigentum auf Grund und Boden einsetzen, denn diese sind
116 Allgemeingut. Für uns vorstellbar sind Nutzungsüberlassungen in Form von
117 Erbpacht und genossenschaftliche Modelle
 - 118 • Förderung von kleinen und mittleren Betrieben durch die Bodenverwertungs- und
119 Verwaltungs-GmbH (BVVG) und anderer staatlicher
120 Flächenverwaltungsgesellschaften, insbesondere von Nebenerwerb und Neugründungen
 - 121 • Konsequente Anwendung der rechtlichen Mittel gegen das Entstehen und Anwachsen
122 der Agrarkonglomerate
- 123 Auf Landesebene (Bayern) fordern wir:
- 124 • Jährlich Erstellung und Veröffentlichung eines repräsentativen Pachtpreisspiegel

- 125 • Grundsätzliche Untersagung von Agrarlandverkauf an Nichtlandwirte sowie
- 126 Gesellschaften, die von nicht-landwirtschaftlichem Kapital dominiert werden
- 127 • Ermächtigung der Bayrischen Siedlungsgesellschaften „auf Vorrat“ im Zweifel mit
- 128 Vorkaufsrecht kaufen zu können
- 129 • Vorkaufsrecht für bäuerliche Existenzgründungen, auch wenn sie nur bis 120% des
- 130 Verkehrswertes mitbieten können

131 **Arbeitsbedingungen**

132 In der EU arbeiten mehr als 22 Mio. Menschen in der Landwirtschaft. Es ändert sich
133 die Art der Arbeitsplätze von Selbstständigkeit und Familienarbeit hin zu abhängiger
134 Lohnarbeit. Immer mehr Arbeitsplätze in der Landwirtschaft gehen verloren. Die Zahl
135 der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft schrumpfte von 1,3 Millionen 1950 über eine
136 halbe Million 1980 auf nur noch 152 000 im Jahr 2012. Seit 1950 wurden in Bayern also
137 über 1,2 Mio. Arbeitsplätze in der Landwirtschaft abgebaut.

138 Ursache für viele Probleme ist der Kostendruck, der durch Billigproduktion für den
139 Weltmarkt entsteht. Davon profitieren aber ausschließlich die industriellen Agrar-,
140 Verarbeitungs-, und Handelskonzerne, während die Umweltschäden von uns allen jetzt
141 und in der Zukunft bezahlt werden. Insbesondere auch in der Forstwirtschaft ist eine
142 Abkehr von einem ökologisch sinnvollen Waldkonzept hin zur reinen Nutzwaldlogik weit
143 vorangeschritten. Erwartungsgemäß sind es auch hier nicht die (Forst)-Arbeiter*innen,
144 welche von dieser vermeintlich höheren Wirtschaftlichkeit profitieren.

145 Die Zahlungen pro Hektar statt pro Arbeitskraft fördern die Vergrößerung der
146 Agrarunternehmen und treiben die Bodenpreise in die Höhe, statt Arbeitsplätze zu
147 schaffen. Denn je größer der Landbesitz, desto weniger Arbeitskräfte sind im
148 Allgemeinen pro Hektar beschäftigt.

149 **Mindestlohn in der Landwirtschaft**

150 Der gesetzliche Mindestlohn gilt mittlerweile auch in der Landwirtschaft. Jedoch wird
151 dieser durch Sonderregelungen für Saisonarbeiter*innen oft umgangen. Insbesondere vor
152 dem Hintergrund, dass von den familienfremden Arbeitskräften fast 60%
153 Saisonarbeitskräften sind.

154 **Saisonarbeit**

155 Eine besondere Problem für Saisonarbeitnehmer*innen sind die Vermittlungsagenturen,
156 welche häufig horrenden Summen für die Vermittlung, sowie für die Unterkunft
157 verlangen. Durch die Nichtaushändigung können sie häufig nicht nachvollziehen, wie
158 viel Geld sie wirklich verdienen.

159 Oft erfahren sie erst nach der Rückkehr, dass sie teilweise nur 2€ Stundenlohn
160 bekommen haben. Diese Form der Ausbeutung muss dringend unterbunden werden. Es
161 braucht gerechte Arbeitsbedingungen für alle, unabhängig ihrer Nationalität.

162 **Gender**

163 Mit 35,1% sind in der Landwirtschaft weniger Frauen tätig als in der
164 Gesamtwirtschaft, wo sie 45,9% der Erwerbsbevölkerung ausmachen. Die meisten Frauen

165 haben entweder eine abgeschlossene Berufsausbildung oder ein Studium absolviert. Sie
166 haben im Bereich Bildung also die gleichen Chancen wie ihre männlichen Kollegen. Mit
167 10% an Frauen in Führungspositionen im Agrarbereich liegt Deutschland aber weit
168 hinter dem EU- Durchschnitt von 28%. Frauen in der Landwirtschaft sind oft durch mehr
169 Arbeit belastet, da sie sich zusätzlich zu der Arbeit auf dem Hof noch um den
170 Haushalt und die Kinder kümmern. Sie arbeiten als sogenannte Familienarbeitskräfte.
171 Wenn sie nicht angestellt sind, dann können sie auch nicht in die Rentenkasse
172 einzahlen und haben Probleme mit der Sozialversicherung. Rund 40% der Frauen in der
173 Landwirtschaft haben keinen Arbeitsvertrag. Außerdem gehört in den meisten Fällen der
174 Boden nicht den Frauen, sondern den Männern. Auch bei der Suche nach einem
175 Ausbildungsbetrieb haben Frauen immer noch mit Vorurteilen zu kämpfen und werden
176 teilweise abgewiesen, weil ihnen die harte körperliche Arbeit und der Umgang mit den
177 landwirtschaftlichen Maschinen nicht zugetraut wird.

178 Arbeitsschutz

179 Der Schutz der Arbeiter*innen muss immer an höchster Stelle stehen. Das gilt
180 grundsätzlich bei allen Arbeiten, egal ob Landwirtschaft oder auch Forstarbeit. Der
181 Bodenschutz darf nicht auf Kosten der Arbeiter*innen gehen. Für manuelle Arbeiten
182 braucht es einen hohen technischen Standard, ggf. mit Assistenzsystemen. Ist dies
183 gewährleistet, geht der Schutz von Mensch und Natur Hand in Hand

184 Wir fordern:

- 185 • Es muss sichergestellt sein, dass Arbeit in Familienbetrieben ausgeglichen ist.
186 Hierzu erscheint eine gesonderte Beratungsstelle für Frauen in der
187 Landwirtschaft sinnvoll
- 188 • Lohndumping muss entschlossen entgegnet werden. Dazu braucht es u.a. mehr
189 Stellen bei den Kontrollbehörden, dem Verbot der Praxis der
190 Vermittlungsagenturen und die Unterkunftsabzüge müssen abgeschafft werden
- 191 • Wer am Hof Arbeit verrichtet muss auch angemeldet sein und das
192 sozialversicherungspflichtig. Familienarbeit darf nicht kostenlos sein.
193 Insbesondere im Alter profitieren Frauen dann von einer höheren, angemesseneren
194 Renten
- 195 • Hohe technische Standards müssen gewährleistet werden. Auch hier sind u.a. mehr
196 Stellen bei Kontrollbehörden nötig

197 Internationaler Handel mit Lebensmittel und anderen Agrarprodukten

198 *Landwirtschaftliche Erzeugnisse sind regelmäßig Gegenstand von (Frei-)Handelsabkommen*
199 *(z.B. Mercosur) und gerade hier zeigen sich die Spannungsfelder zwischen*
200 *wirtschaftlichen Interessen einerseits und der Einhaltung und Ausweitung sozialer und*
201 *ökologischer Standards andererseits. Durch das Zusammenschalten von Märkten in einem*
202 *Sektor, der zwangsläufig direkt auf Grund und Boden und den natürlichen Ressourcen*
203 *aufbaut, wurden strukturelle Probleme bisher eher verstärkt als beseitigt. Viele sich*
204 *entwickelnde Länder hängen stark von ihrer landwirtschaftlichen Produktion ab und*
205 *partizipieren dennoch nur von einem kleinen Teil der landwirtschaftlichen*
206 *Wertschöpfungsketten. Bäuerliche Arbeit, die Grundlage jeglicher landwirtschaftlichen*
207 *Produktion ist, ist immobil und gerät im Kontext immer stärkerer Akkumulation von*
208 *Ressourcen und Produktionskapazitäten zunehmend unter enormen wirtschaftlichen Druck*

209 *mit direkten Konsequenzen auf die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards.*

210 Die grundlegende Prämisse, dass landwirtschaftliche Produktion jeglicher Art in
211 gesundem Verhältnis zu der dafür vor Ort eingesetzten Fläche stehen sollte, muss
212 daher unbedingt auch für Handelsabkommen im Landwirtschaftsbereich gelten. Eine
213 strenge Einhaltung dieses Grundsatzes führt nicht nur zu einer Dezentralisierung der
214 Wertschöpfung und damit zu einer gerechteren Verteilung, sondern ist die
215 Grundvoraussetzung dafür, dass die Produktion unter hohen sozialen Standards und im
216 Einklang mit den begrenzten natürlichen Ressourcen erfolgen kann.

217 Um diesen Zustand zu erreichen, muss ein Konditionalitätsprinzip Einzug in jegliche
218 Verhandlungen und Abkommen über internationalen Handel landwirtschaftlicher
219 Erzeugnisse finden: Handelserleichterungen sind erst zu verantworten, wenn soziale,
220 ökologische und Tierwohlstandards eingehalten werden. Dazu gehören im Einzelnen die
221 Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen, die Einführung und Einhaltung eines lokalen
222 Mindestlohnes und die Gewährleistung hoher ökologischer Standards. Zugleich muss klar
223 sein, dass in der EU nicht zugelassene Stoffe (etwa Pestizide, Düngemittel usw.) auch
224 nicht zur Produktion für zum Export in die EU bestimmte Produkte andernorts
225 eingesetzt werden dürfen. Natürlich kann das Konditionalitätsprinzip dazu führen,
226 dass die gehandelten Mengen deutlich zurückgehen, das ist in diesem Zusammenhang
227 jedoch sogar gewünscht. Es dient nämlich einer suffizienteren Landwirtschaft vor Ort
228 und wird dazu führen, dass abgewanderte Wertschöpfung zurückkehren und mehreren
229 Menschen zugutekommen kann. Soweit keine unmittelbaren existenziellen Nebeneffekte
230 für ausländische Produzent*innen resultieren, ist im Ansatz protektionistische
231 Handelspolitik vertretbar. Handel muss fair sein und wo das nicht gewährleistet ist,
232 ist es gerechtfertigt, den Handel zwischenzeitlich einzuschränken.

233 Konkret fordern wir im Bezug auf die europäische Handelspolitik im
234 Landwirtschaftsbereich:

- 235 • Fairhandel statt Freihandel (jegliche Maßnahmen und Abkommen müssen zu einer
236 gerechteren Verteilung der Wertschöpfung führen sowie zu einer Verbesserung der
237 sozialen, ökologischen und Tierwohlstandards)
- 238 • Prämisse jeder Handelsvereinbarung muss sein, dass landwirtschaftliche
239 Produktion nach und nach wieder in ein gesundes Verhältnis zu der vor Ort
240 verfügbaren Fläche gebracht wird. Nur so kann ein nachhaltiger Wasser- und
241 Nährstoffkreislauf wiederhergestellt werden
- 242 • Handelserleichterungen sind erst zu rechtfertigen, wenn soziale, ökologische und
243 Tierwohlstandards eingehalten werden (Konditionalitätsprinzip)
- 244 • Die Einhaltung dieser Standards sollte durch internationale öffentliche und/oder
245 nicht gewinnorientierte (d.h. gemeinnützige) Zertifizierung erfolgen. Diese
246 Zertifizierung ist partnerschaftlich mit den Handelspartnern zu ermöglichen
- 247 • Aus der EU exportierte Produkte dürfen den Absatz lokal produzierter Güter
248 nicht gefährden und ausländische Märkte überschwemmen
- 249 • CO₂-Bepreisung von Holz: stoffliche gegenüber der energetischen Nutzung
250 fördern; zum Beispiel durch ein fünfjähriges Kontrollsystem zur Verwertung des
251 Holzes

252 Wir fordern die Einhaltung dieser Mindeststandards:

253 Soziale Standards:

- 254 • Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen und Einhaltung des lokalen Mindestlohns vor
255 Ort
- 256 • Zuallererst muss die Nachfrage vor Ort gedeckt werden, keine Importe aus
257 Ländern, wo Hunger herrscht (Nahrungsmittelproduktion vor Tierfutterproduktion
258 und Energiepflanzen)
- 259 • Erhöhung des Postens für Lebensmittel und alkoholfreie Getränke in der Hartz IV
260 Berechnung des Regelsatzes auf 500 Euro pro Monat.

261 Ökologische Standards:

- 262 • Kopplung Produktionsmengen an regional verfügbare Flächen (insbesondere bei der
263 Milch und Fleischproduktion)
- 264 • Abkehr von Monokulturen
- 265 • In der EU nicht zugelassene Stoffe dürfen auch nicht für importierte Produkte
266 eingesetzt werden
- 267 • Ressourcen vor Ort (Nährstoffe und Wasser) dürfen nur insoweit genutzt werden,
268 wie sie sich natürlich nachbilden können (Kreislaufwirtschaft)
- 269 • Keine Importe aus Ländern, wo zur Produktion der Güter Wald vernichtet wird

270 Tierwohlstandards:

- 271 • Ausschluss von pauschalen Antibiotika
- 272 • Strengere Flächenvorgaben für die Tierhaltung
- 273 • Verweis: Grundsatzpapier zu progressivem Tierschutz

Antrag U6: Das sechste Massenaussterben verhindern – Wege gegen das Artensterben

Antragsteller*in:	Jusos Berlin
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

- 1 Wir leben in einer Zeit der multiplen ökologischen Krisen. Während die Klimakrise
2 endlich einen wichtigen Platz in der öffentlichen Debatte gefunden hat, wird über die
3 zweite große ökologische Krise kaum diskutiert: das Artensterben. Jeden Tag sterben
4 derzeit 150 Tier- und Pflanzenarten für immer aus. Einmal ausgestorben, wird eine Art
5 nie wieder zurückkehren.
- 6 Es gab in der Erdgeschichte fünf große Massenaussterben, bei denen jeweils ein großer
7 Teil der Tier- und Pflanzenarten auf der Erde ausgestorben ist. Das Leben insgesamt
8 ging zwar weiter, hat aber jeweils Millionen von Jahren gebraucht, um sich davon zu
9 erholen. Das letzte große Massenaussterben fand vor 65 Millionen Jahren statt, als
10 durch einen Meteoriteneinschlag unter anderem die Dinosaurier vollständig ausstarben.
11 Die aktuelle Rate des Artensterbens hat eine Geschwindigkeit erreicht, dass
12 Wissenschaftler*innen mittlerweile vom sechsten großen Massenaussterben der
13 Erdgeschichte sprechen. Auf jeden Fall ist die Rate des Aussterbens mittlerweile so
14 hoch wie seit 65 Millionen Jahren nicht mehr. Der Hauptgrund dafür ist ähnlich wie
15 bei der Klimakrise der Mensch. Durch menschliches Handeln und unsere Art zu Leben und
16 zu Wirtschaften schränken wir viele Tiere und Pflanzen in ihren Lebensräumen immer
17 weiter ein und bedrohen so ihre Existenz. Daher müssen die Menschen auch ihren Teil
18 zur Lösung des Problems beitragen.
- 19 Die Ökosysteme auf der Erde sind sehr komplex und aufeinander abgestimmt. Ein
20 Wegfallen von Arten aus diesen kann zum Kollaps ganzer Ökosysteme führen und wird so
21 zwangsläufig am Ende auch den Menschen selbst betreffen.
- 22 Artenschutz ist ein absolutes Querschnittsthema, dass sich durch alle Bereiche
23 menschlichen Handelns und durch unser Verhältnis und unseren Umgang mit der Umwelt
24 insgesamt zieht.
- 25 **Artenschutz für alle**
- 26 Einzelne Artenschutzprogramme wie das indische Programm zum Tigerschutz zeigen, dass
27 es möglich ist, dass sich durch entsprechendes Eingreifen die Bestände bedrohter
28 Arten erholen können. Während der Tigerbestand dort zum Minimum nur noch bei 1400
29 freilebenden Tieren lag, sind es mittlerweile, gut 10 Jahre später, wieder über 3600.
30 Auch weitere Projekte dieser Art zeigen Erfolge.
- 31 Es ist aber klar, dass es sich dabei nur um einzelne Leuchtturmprojekte handelt, die
32 lediglich einzelne Arten schützen. Bei 150 aussterbenden Arten täglich ist dies nur
33 ein Tropfen auf dem heißen Stein. Artenschutz muss weitergedacht werden. Durch
34 Schutzprogramme für Einzelarten kann das Massenaussterben nicht verhindert werden.
35 Außerdem ist es wichtig, dass alle Tier- und Pflanzenarten geschützt werden. Hierbei
36 darf es keine Priorisierung geben, wie attraktiv eine Art für den Menschen erscheint.
37 Danach hätte immer der Schutz großer Säugetierarten Priorität. Es ist aber

38 insbesondere der Schutz von Insekten- und Pflanzenarten wichtig, da diese oftmals
39 entscheidend für das Funktionieren von Ökosystemen sind.

40 Wir fordern:

- 41 • Artenschutz ganzheitlich zu denken, statt sich im Schutz einzelner Arten zu
42 verlieren
- 43 • dass insbesondere der Schutz von Pflanzen sowie von Insekten mitgedacht wird

44 **Artensterben und Klimakrise – Die großen ökologischen Krisen gemeinsam denken**

45 Die beiden großen ökologischen Krisen unserer Zeit verstärken sich gegenseitig. Durch
46 die rasante Erhitzung der Erde verändern sich Ökosysteme so schnell, dass sich viele
47 Arten nicht in ausreichender Geschwindigkeit daran anpassen können. Polkappen und
48 Gletscher schmelzen, Meere erwärmen sich, Savannen verwüsten und Regenwälder werden
49 geschwächt. All das führt zum Wegbrechen von Lebensräumen für die dort lebenden
50 Arten. Daher ist Klimaschutz der beste Artenschutz.

51 Aber auch die Natur ist eine große CO₂-Senke und bremst die Klimaerhitzung. Das
52 Aussterben von Arten und der Kollaps von Ökosystemen können also einen Kipppunkt im
53 Klimasystem darstellen und die Klimakrise vorantreiben.

54 Diese beiden Krisen müssen also zusammen gedacht und gelöst werden. Artenschutz ohne
55 ein Bremsen der Klimakrise wird nicht funktionieren und Klimaschutz ohne ein Bremsen
56 des Artensterbens führt zu schlechten Ergebnissen.

57 Ein scheinbarer Konflikt zwischen Klima- und Artenschutz stellt sich bei der
58 Betrachtung von Windkraftanlagen. Von Kritiker*innen wird immer wieder das Argument
59 hervorgebracht, dass Vögel in die Rotorblätter fliegen und so sterben könnten. Dieses
60 Argument ist für uns nichtig, da es erstens durch Studien belegt ist, dass die Anzahl
61 der Vögel, die auf diese Art sterben, gering ist. Zweitens überwiegen der Klimateffekt
62 durch Windräder und damit auch die Vorteile für den Artenschutz deutlich.

63 Wir erneuern daher alle unsere klimapolitischen Forderungen und fordern:

- 64 • das Artensterben und die Klimakrise immer gemeinsam zu denken
- 65 • eine ambitionierte Klimapolitik entlang der Leitlinien des Pariser Abkommens
- 66 • eine bundesweite CO₂-Neutralität bis spätestens 2040

67 **Den menschlichen Fußabdruck in unserer Umwelt bedenken**

68 Nicht nur die menschengemachte Klimaerhitzung setzt der Artenvielfalt zu, auch unser
69 Umgang mit der Natur insgesamt hat viele negative Auswirkungen auf die Biodiversität.
70 So sind es insbesondere menschliche Produkte, die wir in der Natur verteilen, wie
71 Plastikmüll oder Düngemittel, die vielen Arten erheblich zusetzen. Hier muss stärker
72 reguliert werden. Wir unterstützen daher Initiativen, die auf kommunaler, Landes-,
73 Bundes- oder Europaebene versuchen, den Plastikmüll zu reduzieren. Wichtig ist, dass
74 bei diesen Maßnahmen auch Mikroplastik berücksichtigt wird, da dieser vielen
75 Tierarten besonders zusetzt.

76 Beim Einsatz von Düngemitteln oder Pestiziden muss genau darauf geachtet werden, wie
77 weit diese Tier- und Pflanzenarten belasten und im Zweifel töten, gegen die das
78 Mittel gar nicht wirken soll. Solche Kollateralschäden müssen vermieden werden. Bei
79 der Zulassung dieser Stoffe muss das Vorsorgeprinzip gelten, d.h. dass Pestizide oder
80 Dünger nur zugelassen werden, wenn nachgewiesen werden kann, dass sie der Natur nicht

81 übermäßig schaden, genauso wie auf die potentiellen Schäden für die menschliche
82 Gesundheit geachtet werden muss. Eine Zulassung darf nicht auf Verdacht erfolgen,
83 solange, bis die Schädlichkeit bewiesen ist.

84 Wir fordern also:

- 85 • konsequentere Maßnahmen zur Vermeidung von Plastikmüll, inklusive durch
86 ambitioniertere Mehrweg- und Recyclingstrategien, einen Aufbau einer
87 Kreislaufwirtschaft, sowie weitestgehende Verbote des Einsatzes von Mikroplastik
88 in Alltagsprodukten wie Kosmetik und Waschmitteln und von Einwegplastik
- 89 • Investitionen in Forschung und Technologien zum Rausfiltern von Mikroplastik
90 durch Kläranlagen sowie direkt an den Verschmutzungsquellen
- 91 • dass Pestizide und Düngemittel nur zugelassen werden, wenn sie nachweislich
92 keinen oder nur einen sehr geringen Effekt auf Tier- und Pflanzenarten haben.
93 Hierbei muss das Vorsorgeprinzip gelten.

94 **Artenschutz gegen Tierschutz**

95 In vielen Fällen stehen sich leider der Artenschutz, also der Schutz ganzer Arten
96 bzw. der Erhalt von Artenvielfalt und der Tierschutz, also der Schutz eines einzelnen
97 Individuums, konträr gegenüber. Dies kann allen voran der Fall sein, wenn einzelne
98 Tiere getötet werden müssen, um Ökosysteme zu erhalten und so den Bestand vieler
99 Arten zu sichern. Für uns ist in diesen Fällen klar, dass der Artenschutz im Zweifel
100 immer Vorrang vor dem Tierschutz haben muss. Dies kann auch Bestandskontrollen
101 einzelner Arten in Ökosystemen beinhalten. Wie diese aussehen, ist im Einzelfall zu
102 klären.

103 Ein weiteres Beispiel, bei dem Tier- und Artenschutz aufeinandertreffen, bilden Zoos.
104 In diesen können Tiere nicht artgerecht gehalten werden, auch wenn Bemühungen, die
105 Haltung so artgerecht wie möglich zu gestalten, unterstützenswert sind. Der
106 Tierschutz und die Lebensqualität von Einzeltieren werden in Zoos zwangsläufig
107 beeinträchtigt. Auf der anderen Seite führen Zoos immer wieder ihren Nutzen für den
108 Artenschutz an, da in diesen Arten weiterleben, deren Bestand in freier Wildbahn
109 zurückgeht. Dieser positive Effekt muss von Zoos aber nachgewiesen werden.

110 Wir fordern:

- 111 • dass der Schutz ganzer Arten gegenüber dem Schutz von Einzeltieren im Zweifel
112 Vorrang hat
- 113 • dass Bestandskontrollen einzelner Arten zum Schutz anderer Arten hierfür
114 grundsätzlich in Betracht gezogen werden
- 115 • dass bei Bestandskontrollen genau auf die Verhältnismäßigkeit und Wirksamkeit
116 geachtet wird. Im Zweifel kann beispielsweise eine Kontrolle über gezielte
117 Kastrationen sinnvoller und verhältnismäßiger sein als Tötungen.
- 118 • dass Zoos ihren positiven Effekt für den Artenschutz und wirklich artgerechte
119 Tierhaltung klar nachweisen müssen. Ansonsten haben sie keine
120 Existenzberechtigung.

121 **Artenschutz lokal denken**

122 Artenschutz fängt bereits auf der kleinsten Ebene, auf der Landes- oder kommunalen
123 Ebene an. Die Wiederansiedlung einzelner Arten, wie beispielsweise des Wolfes in

124 Deutschland heißen wir gut. Da es aber nur um wenige Arten und wieder vor allem um
125 große Säugetierarten geht, wird hierdurch das Problem des Artensterbens nicht gelöst.

126 In Großstädten kann der Artenschutz durch einzelne ausgeschriebene Flächen wie die
127 Berliner Wuhlheide geschehen, in denen die Biodiversität kontrolliert wird. Ansonsten
128 sind auch kleine Projekte wie einzelne Wiesen oder Höfe begrüßenswert. Hierbei ist
129 aber besonders auf die Zusammensetzung des Saatguts zu achten. Nicht jede bunte
130 Blumenwiese verheißt zwangsläufig auch Biodiversität. Diese Aspekte und
131 wissenschaftliche Erkenntnisse müssen bei der Auswahl berücksichtigt werden. Denn
132 auch eine Wiese voller Insekten bedeutet nicht zwangsläufig eine hohe Biodiversität,
133 da die Insektenarten auf dieser Wiese begrenzt sein können. Einige Bienenarten sind
134 beispielsweise sehr beschränkt in der Wahl der Pflanzen, an denen sie anlanden. Um
135 mehr von diesen kleinen Biotopen zu schaffen, ist es wichtig, gegenteilige Formen wie
136 Schottergärten oder Rindenschrot zu verbieten und so Anreize zum biodiversen
137 Bepflanzen zu schaffen.

138 Insbesondere in ländlichen Regionen ist es wichtig, dass ausreichend
139 Naturschutzgebiete als wirklich wilder Raum existieren, in dem sich die Natur frei
140 entfalten kann. Hier müssen in Deutschland deutlich mehr Flächen geschaffen werden.

141 Wir fordern daher:

- 142 • die Einrichtung ausgeschriebener, geschützter Wildflächen im städtischen wie im
143 ländlichen Raum, in denen die Natur sich frei entfalten kann
- 144 • dass diese Flächen deutschlandweit bis 2030 mindestens 30% der Landfläche
145 ausmachen
- 146 • dass dies auch in den Meeren geschieht
- 147 • im städtischen Raum mehr grüne Flächen mit Pflanzenartenvielfalt als
148 Bestäubungsfläche für Insekten. Bei der Auswahl des Saatguts müssen
149 Biodiversitätsaspekte und wissenschaftliche Erkenntnisse berücksichtigt werden.
- 150 • ein Verbot von Schottergärten und biodiversitätsarmen Alternativen wie
151 Rindenschrot

152 **Artenschutz global denken**

153 Artenschutz ist wie alle ökologischen Krisen ein globales Problem. Alle Länder der
154 Welt müssen zusammenarbeiten, um wirksamen Artenschutz zu erreichen. Der bisher beste
155 internationale Vertrag auf dem Gebiet ist das Montreal-Abkommen, das auf der UN-
156 Biodiversitätskonferenz 2022 in Montreal verabschiedet wurde. Dieses Abkommen ist als
157 analog zum Pariser Abkommen für den Klimaschutz zu betrachten, geht aber noch nicht
158 weit genug. Wir fordern weitergehende, völkerrechtlich verbindliche Verträge auf
159 künftigen Konferenzen dieser Art. Eine der zentralen Forderungen in der globalen
160 Politik zum Artenschutz ist das 30by30-Ziel, wonach bis 2030 in jedem Land 30% der
161 Land- und Seefläche als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden soll. Dieses Vorhaben
162 unterstützen wir ausdrücklich.

163 Wichtig bei der globalen Betrachtung des Problems ist die Erkenntnis, dass
164 Artenvielfalt auf der Erde extrem ungleich verteilt ist. Die artenreichsten Gegenden
165 liegen dabei in den Tropen. Hier liegen vor allem Länder des globalen Südens, mit
166 denen ein Austausch von Expertise und Ressourcen stattfinden muss. Zudem muss eine
167 gerechte finanzielle Subvention von ökonomisch starken zu schwachen Ländern

168 stattfinden, damit das gemeinsame Ziel unter Berücksichtigung der jeweiligen
169 Kapazität erreicht werden kann. Wichtig ist bei den multilateralen Beziehungen
170 hierbei eine Begegnung auf Augenhöhe, um postkoloniales Denken im Umgang mit den
171 Ländern des globalen Südens aufzubrechen. Gerade die indigene Bevölkerung in den
172 entsprechenden Ländern muss in die Verhandlungen mit einbezogen werden. Insbesondere
173 bei den Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-
174 Staaten muss die Komponente Artenschutz eine wichtige Rolle spielen.

175 Wir fordern daher:

- 176 • ein Agieren gemäß dem Montreal-Abkommen in Deutschland und auf internationaler
177 Ebene
- 178 • eine Verbesserung des Abkommens mit strengeren Maßgaben bei künftigen UN-
179 Biodiversitätskonferenzen
- 180 • eine Unterstützung des 30by30-Ziels
- 181 • eine weitreichende, auch finanzielle Unterstützung von Staaten des globalen
182 Südens, insbesondere in besonders artenreichen Regionen in den Tropen durch die
183 reichen Staaten des globalen Nordens
- 184 • eine Begegnung auf Augenhöhe mit Staaten des globalen Südens bei Verhandlungen
185 zum Thema Artenschutz unter Einbeziehung der indigenen Bevölkerung
- 186 • ein starkes Augenmerk auf das Thema Artenschutz beim EU-Mercosur-Abkommen

Antrag U7: Resolution: Gemeinsam kämpfen, statt kriminalisieren – volle Solidarität mit den Klimaaktivist*innen

Antragsteller*in:	Jusos Berlin
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

1 Was haben die Rodungen der Grünheide für eine neue Tesla-Fabrik, das Abbaggern des
2 Dorfes Lützerath, die überstürzten Rodungen im Teutoburger Wald, evidenzbasierter und
3 wissenschaftlich fundierter Kampf für Klimaschutz der Scientists for Future und der
4 internationalen Bewegung Fridays for Future, die zum großen Teil aus jungen Menschen
5 besteht, Rufe nach besonders harten Strafen und einem harten Durchgreifen der Justiz
6 und Gewalt von Passant*innen gegen Aktivist*innen gemeinsam? Sie zeigen, dass wir als
7 Gesellschaft ein krasses Problem haben! Wir steuern weiterhin auf eine
8 existenzgefährdende Krise zu und bestrafen, verhöhnen und ignorieren, die die uns auf
9 diese Krise und die damit einhergehenden Gefahren aufmerksam machen wollen!

10 Warum tönen gerade aus den Reihen der SPD die Rufe nach einem harten Umgang mit den
11 Klimaaktivist*innen und einer harten Bestrafung derer so laut? Weil uns die
12 Aktivist*innen auf unsere eigene Untätigkeit, unser eigenes Versagen und unsere
13 eigene Ahnungslosigkeit hinweisen?

14 Rufe nach drakonischen Strafen, einem harten Durchgreifen der Justiz oder der
15 unverhältnismäßigen Erhöhung von Strafen im Nachgang zu den Protestaktionen von
16 Klimaaktivist*innen - auch und gerade aus den Reihen der SPD - verurteilen wir aufs
17 Schärfste, offenbaren sie doch ein Rechtsstaatsverständnis, das wir so nicht teilen
18 können.

19 Statt in ein ewiges "Aber nicht grüner als die Grünen!" zu verfallen, müssen wir als
20 Partei - in Regierungsverantwortung - anerkennen, dass wir unserer Verantwortung für
21 kommende Generationen, für die Zukunft aller - insbesondere junger - Menschen nicht
22 gerecht geworden sind und nicht gerecht werden. Es braucht jetzt ein radikales
23 Umdenken und ein entschlossenes und schnelles Handeln!

24 Spätestens seit das Dorf Lützerath durch den Konzern RWE geräumt wurde, stellen
25 unzählige Gutachten fest, dass Deutschland seinen Beitrag zur Einhaltung der Ziele
26 des Pariser Klimaabkommens und eine Dekarbonisierung bis 2050 nicht mehr leisten
27 können wird. Deutschland muss selber aus Gründen der Klimagerechtigkeit und seiner
28 globalen Verantwortung für die Klimakrise schon 2035 Klimaneutral sein. Was zuerst so
29 lapidar klingt, hat fatale Folgen. Die Zunahme von Dürren, Hitzeerscheinungen und
30 Niederschlagsdefiziten, ein Artensterben und der damit verbundene Rückgang der
31 Artenvielfalt, das Steigen des Meeresspiegels, die Versauerung und Erwärmung der
32 Ozeane, Risiken für die menschliche Sicherheit und Gesundheit, Risiken für unsere
33 Lebensgrundlage, unsere Nahrungsmittel- und Wasserversorgung und das wirtschaftliche
34 Wachstum und die Zunahme kaskadierender Kippeffekte sind nur ein Teil der Szenarien,
35 die uns drohen. Und dabei macht jedes Zehntelgrad, das wir an globaler Erwärmung
36 verhindern können, einen riesigen Unterschied!

37 Für uns ist klar, die Klimakrise ist nicht diskutierbar! Es geht nicht um eine

38 Haltung oder eine Meinung. Die Klimakatastrophe ist ein wissenschaftlich breit und
39 eindeutig belegter Fakt, der uns alle betrifft. Nicht irgendein Fakt, sondern die
40 Tatsache, dass unsere Gesellschaft schon in den nächsten Jahren das einzigartige
41 ökologische Gleichgewicht einbüßen wird, das uns die gesamte bisherige
42 Menschheitsgeschichte begleitet hat.

43 Wenn wir jetzt nicht ins Handeln kommen, wird die Klimakatastrophe unsere
44 Gesellschaft, wie wir sie kennen, über den Haufen werfen. Sie wird unzählige Tode und
45 Verteilungskämpfe nach sich ziehen, in Größenordnungen, die wir uns heute kaum
46 vorstellen können.

47 Und schaut man sich an, wer bisher die Folgen der Klimakatastrophe zu spüren bekommt,
48 sieht man: es handelt sich hierbei um Länder und Regionen, die vergleichsweise wenig
49 zur globalen Klimakrise beigetragen haben. Während die Länder des globalen Nordens
50 durch ihr Wirtschaften, durch ihre Industrie und durch ihr Nichthandeln mit Blick auf
51 wirksame Klimapolitik die Verschlimmerung der Klimakatastrophe zu verantworten haben,
52 müssen die Länder des globalen Südens unter den katastrophalen Folgen am stärksten
53 leiden. Und die Ergebnisse internationaler Konferenzen wie COP27 (Die 27.
54 Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention) zeigen, dass es trotz
55 historischer Vereinbarung zur Einrichtung eines Fonds zur Kompensierung von Verlusten
56 und Schäden immer noch kein ausreichendes westliches Interesse daran gibt, Länder und
57 Personen, die massiv von Folgen der Klimakatastrophe betroffen sind, finanziell zu
58 unterstützen. Dies zeigt sich auch darin, dass die bereits 2009 von den reichsten
59 Ländern versprochenen 100 Milliarden für Klimaschutz und -anpassung in den
60 meistbetroffenen Ländern bis COP27 nicht erfolgreich mobilisiert worden sind. Dabei
61 ignorieren sie geflissentlich, dass bereits heutzutage Menschen aufgrund der
62 Klimakrise, aufgrund von Hitzetagen und Wetterkatastrophen sterben. Dass dabei eben
63 jene Länder betroffen sind, die die Krise nicht befeuern scheint irrelevant zu sein.
64 Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass Industrieländer wie Deutschland die zu
65 verhandelnden JETPs (Just Energy Transition Partnerships bzw. Partnerschaften zur
66 gerechten Energiewende) mit Ländern wie Senegal eher alibimäßig zur Versicherung
67 ihrer Versorgung mit fossilem Gas als zur Verbesserung des Energiezugangs für die
68 lokale Bevölkerung nutzen und dabei sowohl Klimaschutz als auch soziale Gerechtigkeit
69 vernachlässigen. Doch wir tragen eine globale Verantwortung. Klimaschutz kann nur
70 erfolgreich sein, wenn er global und solidarisch ist!

71 Das entscheidende Problem, mit dem wir gegenwärtig als Gesellschaft konfrontiert
72 sind, liegt darin, dass wir die Klimakrise nicht wahrhaben wollen. Wir verschließen
73 unsere Augen schon viel zu lange vor den Fakten, die seit vielen Jahren auf dem Tisch
74 liegen. Hinter dieser Ignoranz stecken die verantwortlichen Unternehmen und deren
75 Lobbys, die am meisten von der fossilen Wirtschaft profitieren, noch weiter kassieren
76 möchten und daher Desinformationskampagnen führen und medial Verzögerungsdiskursen
77 und Greenwashing verbreiten. Dabei ist es unumstritten, dass die Klimakrise nicht von
78 allein verschwindet und nur wir ihre Folgen aufhalten können.

79 Und genau das ist das Ziel der Klimaaktivist*innen: Dass endlich anerkannt wird, wie
80 sehr wir alle gemeinsam auf eine Katastrophe zusteuern. Erst wenn wir als
81 Gesellschaft gemeinsam eingestehen, dass wir ein Problem haben, kann sachlich über
82 die richtigen Maßnahmen und Wege zu mehr Klimaschutz diskutiert werden.

83 Protestbewegungen haben zur Aufgabe, wie ein Warnmelder Aufmerksamkeit auf ein Thema

84 zu lenken und so den öffentlichen Diskurs zu verändern. Mit Bewegungen, wie „Fridays
85 for Future“, waren und sind Massen vorwiegend junger Menschen auf den Straßen, was
86 aber trotzdem nicht zu den notwendigen Veränderungen geführt hat. Allein im Jahr 2019
87 haben Millionen Menschen für eine progressive Klimapolitik demonstriert. Ein globaler
88 Klimastreik von Fridays for Future hat am 20.09.19 Hunderttausende auf die Straßen
89 Berlins mobilisiert. Am selben Tag wurde ein Verfassungswidriges Klimaschutzgesetz,
90 ein sogenanntes Klimapakete, veröffentlicht. Ein Gesetzespaket, was diesen Namen
91 eigentlich nicht verdient hat. Tausende junge Klimaaktivist*innen haben Monatlang,
92 Jahrelang demonstriert, die Gesellschaft hat eine Verkehrswende, eine
93 Dekarbonisierung, ein CO₂-neutrales Wirtschaften eingefordert und dennoch bleiben
94 krisengerechte Maßnahmen aus. Viel eher wird vor allem heutzutage über die jeweiligen
95 Protestformen gesprochen. Nicht mehr die Klimakrise ist Gesprächsthema, sondern die
96 Legitimität von zivilem Ungehorsam. Dabei hat sich die Debatte von „schulschwänzenden
97 Kinder, die auf die Profis hören sollen“ hin zu Vergleichen (auch von SPD-Politikern)
98 der Protestbewegung „Letzte Generation“ mit den Taliban entwickelt. Die
99 Klimagerechtigkeitsbewegung ist keine Terroristische Gruppe, vielmehr versucht sie
100 Grundrechte und das Grundgesetz durch das aktive Aufmerksam machen auf Missstände zu
101 wahren. Und dabei ist ziviler Ungehorsam sinnvoll. Alle großen politischen
102 Errungenschaften wurden in der Geschichte der Menschheit erkämpft, indem die
103 Zivilgesellschaft unbequem war, denn es zeigt sich auch heute: scheinbar reichen
104 Menschenmassen auf den Straßen, ein Verfassungsgerichtsurteil, internationale
105 bindende Verträge oder Wähler*innenwillen nicht aus. Scheinbar führen auch legale
106 Protestmöglichkeiten nicht zu sichtbarem Erfolg. Deutlich wird im Umgang mit Fridays
107 for Future und auch den Protesten der „Letzten Generation“, dass in der öffentlichen
108 Debatte der Fokus auf die Form der Proteste gelegt wird, statt auf die Inhalte der
109 Demonstrierenden. So wird beispielsweise, statt darüber zu sprechen, dass junge
110 Menschen zu tausenden für besseren Klimaschutz demonstrieren, viel zu oft darüber
111 diskutiert, ob junge Menschen dafür Schule schwänzen dürfen und wie der Staat zu
112 reagieren hat.

113 Und hier offenbart sich auch ein großer Konflikt. Welches Signal möchte unsere
114 Politik an die jungen Menschen senden, die sich für einen echten Klimaschutz
115 einsetzen? Soll sie ihnen zeigen, dass ein Großkonzern, wie RWE, der einer der
116 größten CO₂-Emittenten der Europäischen Union ist, trotz aller Warnungen von
117 Wissenschaftler*innen ganze Landschaften abbaggern kann, um durch Investitionen in
118 fossile Brennstoffe Gewinn zu machen oder will sie ihnen zeigen, dass der Kampf für
119 das Gemeinwohl und für eine Zukunft, in der alle Menschen weltweit überleben können
120 in einer Demokratie entschieden von allen Beteiligten - auch gegen die Interessen
121 eines Großkonzerns - gekämpft wird?

122 Kurz: soll sich die radikale Gewinnlogik eines Großkonzerns gegen unser aller Zukunft
123 durchsetzen können? Soll in einer Demokratie, in einer Gesellschaft das Tönen derer,
124 die finanzielle Macht haben, lauter und erfolgreicher sein als das Rufen derer, die -
125 fachwissenschaftlich fundiert - darauf hinweisen, dass wir im freien Fall auf eine
126 Katastrophe zusteuern? Als sozialistischer Verband ist für uns klar, dass sich die
127 Interessen von Konzernen niemals gegen das Gemeinwohl und gegen das Interesse der
128 Allgemeinheit durchsetzen dürfen! Der Kampf für wirksamen Klimaschutz und gegen die
129 Klimakatastrophe ist immer ein antikapitalistischer Kampf - denn es braucht einen
130 System-, keinen Klimawandel!

131 Die Klimakrise ist an sich eine Krise des bestehenden Demokratieverständnis, die die
132 Grenzen unseren Systems verdeutlicht. Die atmosphärischen Folgen der fossilen
133 Wirtschaft werden räumlich und zeitlich anders verteilt, als das, womit wir uns
134 innerhalb der parlamentarischen Demokratie befassen können. Weder künftige
135 Generationen noch Bürger*innen der meistbetroffenen Länder haben
136 Mitbestimmungsrechte, wie und wie schnell die Klimapolitik hier und jetzt umgesetzt
137 wird. Die schweren sozialen Folgen der sich bereits anbahnenden Klimakrise machen den
138 Raum zur Mitgestaltung der Klimapolitik nach bisherigem parlamentarischen Modell,
139 v.a. für arbeitende und/oder marginalisierte Menschen, enger. Dabei wächst auch die
140 Verzweiflung junger Menschen, während die demokratischen sowie multilateralen
141 Prozesse versagen. Diese greifen zum zivilen Ungehorsam und zu immer disruptiveren
142 Taktiken.

143 In manchen Fällen, u.a. in der Mobilität, ist es aufgrund der Art der fossilen
144 Infrastruktur schwierig zu unterscheiden, ob man bei diesen Aktionen gerade gegen
145 individuelles Verhalten oder fehlenden Strukturwandel demonstriert. Man kann auf
146 einer Autobahn schlichtweg nicht zwischen Spießer*in im Cabrio und Krankenpfleger*in
147 im Polo differenzieren. Diese Aktionen schüren dadurch Ressentiments unter Teilen der
148 arbeitenden Bevölkerung, die im aktuellen System auf das Auto angewiesen sind. Dabei
149 ist in Deutschland Verkehr der Sektor schlechthin, wo kaum CO2-Ersparnisse erzielt
150 worden sind und wo sich nicht mal ein Tempolimit durchsetzen lässt. Dies gilt es auch
151 sichtbar zu machen.

152 Klimaaktivist*innen, Jugendliche und junge Erwachsene, die sich an Protestaktionen
153 für einen entschlossenen Kampf gegen die Klimakatastrophe beteiligen, die Wälder, die
154 durch Rodungen gefährdet sind, besetzen und die durch öffentlichkeitswirksame
155 Aktionen eine längst überfällige Debatte über wirksame Maßnahmen zum Klimaschutz
156 anstoßen und die Politik und die Parteien auf ihr Versagen hinweisen wollen, haben
157 uns in ihrem Kampf für eine lebenswerte Zukunft an ihrer Seite!

158 Unsere Solidarität gilt allerdings auch den Menschen, die aufgrund ihrer Stellung in
159 der heutigen kapitalistischen Gesellschaft nicht individuell auf ressourcen- und
160 emissionsintensive Produktions- und Verbrauchsverhalten verzichten können und dadurch
161 von manchen dieser disruptiven Proteste in ihren Lebensrealitäten missachtet fühlen.
162 Wir Jusos stellen die Bedürfnisse dieser Menschen in den Mittelpunkt unserer
163 Klimapolitik. Wir lehnen die Vernachlässigung dieser Bedürfnisse sowie den Missbrauch
164 derer in konservativen Verzögerungsdiskursen ab

165 Fortschritt musste in der Vergangenheit immer erkämpft werden. Und Akte des Protests
166 und des Aufbegehrens haben sich rückblickend häufig als wegweisende Lernkurven
167 unserer Demokratie herausgestellt. Die Klimaaktivist*innen überschreiten mit ihrem
168 zivilen Ungehorsam bewusst Grenzen, um zu zeigen: Was nicht legal ist, kann legitim
169 sein.

170 Wir solidarisieren uns mit den Anliegen und Forderungen der "Letzten Generation", wir
171 solidarisieren uns mit den Protestierenden, den Forderungen und der Besetzung von
172 #Lützibleibt, #Hambibleibt, #Heibobleibt und #Fecherbleibt, wir unterstützen den
173 Volksentscheid „Berlin 2030 Klimaneutral“, wir solidarisieren uns mit der globalen
174 Klimagerechtigkeitsbewegung und schließen uns ihrem Kampf für einen wirksamen, sozial
175 gerechten, intersektionalen, antifaschistischen, feministischen und
176 antikapitalistischen Klimaschutz an!

Antrag U8: Resolution: Wir kleben zusammen – Solidarität mit friedlichen Klimaschützenden!

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

1 Im Mai war es überall zu lesen: „Wieder Razzia bei der Letzten Generation!“ oder
2 „Bundesweite Razzia bei Klima-Klebern!“.

3 Die Aktivist*innen der Letzten Generation sind dem Vorwurf der Bildung einer
4 kriminellen Vereinigung ausgesetzt. Im Auftrag des bayrischen Landeskriminalamts und
5 der Generalstaatsanwaltschaft München wurden bundesweit Wohnungen von Aktivist*innen
6 durchsucht und die offizielle Homepage der Gruppe wurde auf Anweisung der
7 Staatsanwaltschaft abgeschaltet, um „die Finanzierung von Straftaten zu stoppen“.
8 Stattdessen wurde auf eine Website der Polizei Bayern weitergeleitet, auf der ein
9 Hinweis zur Beschlagnahmung eingeblendet wurde. Darauf der Satz: „Die Letzte
10 Generation stellt eine kriminelle Vereinigung gemäß § 129 StGB dar!“.

11 Unschuldsvermutung? Fehlannonce. Auf Nachfrage des NDR räumte die
12 Generalstaatsanwaltschaft München ein, dass diese Formulierung unzutreffend sei, da
13 lediglich ein Anfangsverdacht gegen die Gruppe bestehe. Die Formulierung auf der
14 beschlagnahmten Website wurde inzwischen wieder geändert.

15 Auch die Staatsanwaltschaft im brandenburgischen Neuruppin glaubt schon länger, dass
16 die Aktivist*innen der Letzten Generation (nachfolgend „LG“) eine kriminelle
17 Vereinigung sind und ließ bereits im Dezember 2022 Wohnungen von mutmaßlichen
18 Mitgliedern der Gruppe durchsuchen. Und auch Berlins Justizsenatorin stimmte, noch
19 vor den Razzien gegen LG in Bayern, in den Chor derjenigen mit ein, die eine härtere
20 Verfolgung der Aktivist*innen fordern.

21 Die Anwendung der im 8. Abschnitt der Strafprozessordnung genannten
22 Ermittlungsmaßnahmen, welche durch den §129 StGB (häufig auch „Schnüffelparagraph“
23 genannt) ermöglicht werden, sind dabei ein hartes Kaliber und ermöglichen den
24 Ermittlungsbehörden weitreichende Befugnisse zur staatlichen Überwachung.
25 Insbesondere die Hausdurchsuchung und Telekommunikationsüberwachung scheinen ein
26 unverhältnismäßiges Mittel in Anbetracht der Taten der LG zu sein. Die Aktivist*innen
27 versuchen mit ihren Aktionen, darauf hinzuweisen, dass die Bundesregierung keine
28 ausreichenden Maßnahmen ergreift, um die sich selbst gesteckten Klimaziele zu
29 erreichen und um das Klimaschutzgesetz einhalten zu können.

30 Die eigenen Fehler vorgeführt zu bekommen, mag schmerzhaft sein und die Lobby des
31 fossilen Kapitals ist mächtig, so wundert es nicht, dass Ministerien und Behörden mit
32 Repression antworten, um von der eigenen Ideenlosigkeit und/oder dem Unwillen endlich
33 konsequenten und effektiven Klimaschutz zu betreiben, abzulenken.

34 Ob die Repression wirkt? Die Welle der Solidarität mit den Aktivist*innen jedenfalls
35 ist groß, und innerhalb weniger Tage erhielten die Aktivist*innen mehrere
36 hunderttausend Euro an Spendengeldern. Dazu kritisierte sowohl die UN als auch
37 Amnesty International den harten Kurs der deutschen Behörden.

38 Ob die Gruppe nun eine kriminelle Vereinigung darstellt, bleibt von den Gerichten
39 festzustellen. Doch klar ist: Auch wenn die Protestformen manchen von uns nervig,
40 unangebracht oder rechtlich fragwürdig erscheinen, so bleiben die Aktivist*innen
41 selbst dann Menschen gegenüber friedlich, wenn Passant*innen diese beschimpfen,
42 bespucken oder sogar handgreiflich werden. Auch ihre Forderungen (9€-Ticket,
43 Tempolimit) sind nicht radikal oder gar verfassungsfeindlich. Und ihr Anliegen, der
44 Schutz des Klimas und die Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels steht ebenfalls nicht im
45 Gegensatz zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

46 Das Konzert von Medien und Politik, die sich seit Monaten in immer schärferen Tönen
47 an den Aktivist*innen abarbeiten gipfelt aber nicht nur in staatlicher Repression,
48 sondern führt auch immer häufiger zu Gewalt gegen die friedlichen (!) Aktivist*innen
49 selbst. Mediale Debatten darüber, ob Gewalt gegen Aktivist*innen nun eigentlich
50 Notwehr gegen Nötigung sei, die unangemessene, unverschämte Bezeichnung der
51 Gruppierung als „Klima-RAF“, die zahlreichen, hämischen Online-Kommentare nach dem
52 Prinzip „Einfach drüberfahren“ – all das normalisiert nicht nur Hass und Gewalt,
53 sondern schafft dem Soziologen Simon Teune vom Institut für Protest- &
54 Bewegungsforschung nach auch eine moralische Grundlage für Übergriffe gegen
55 Aktivist*innen. Gewalt als Antwort auf politische Konflikte würden so enttabuisiert,
56 so der Wissenschaftler. Auch er beobachtet eine zunehmende Gewalt gegenüber der LG.
57 Die Aktivist*innen werden über die Straße geschleift, es wird an ihren festgeklebten
58 Händen gezerzt, manche Autofahrenden schieben die Aktivist*innen im Schrittempo mit
59 der Motorhaube vor sich her. Nach unserer Ansicht wird hier verkannt, dass es sich
60 bei dem Aktivismus der LG um eine neue Form des politischen Engagements und der
61 politischen Meinungsäußerung handelt. Durch die Ignoranz und das Unverständnis der
62 breiten Bevölkerung, besonders geschürt durch die Medien und missverstanden von der
63 Politik, verhärten sich dabei die Fronten und führen zu einem problembehafteten
64 Diskurs über die Klimakrise.

65 **Auf Staatliche Repression und Gewalt gegen friedliche Aktivist*innen kann es von uns**
66 **nur eine Antwort geben: Solidarität.**

67 Auch wir sind uns der Dringlichkeit der Klimakrise bewusst, auch wir fordern die
68 Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels und auch, wenn nicht alle von uns die Protestformen der
69 Aktivist*innen befürworten, so sind wir im Anliegen vereint.

70 Daher fordern wir: Offene Solidarität von Jusos & SPD mit den Aktivist*innen der
71 Letzten Generation! Wir müssen das fossile Kapital bekämpfen, nicht friedliche
72 Aktivist*innen! Wir müssen uns lautstark gegen die Kriminalisierung der Klima- und
73 Umweltbewegung stark machen, denn das Problem sind nicht die, die auf die Missstände
74 aufmerksam machen – sondern die, die trotz besseren Wissens weiterhin für fossilen
75 Profit das Klima verschmutzen und die Regierungen, bei denen es an ernsthaften
76 Bemühungen für den Klimaschutz mangelt. [Definition: friedlich verstehen wir im Sinne
77 von friedlich gegenüber Mitmenschen]

Antrag U9: Für die Aufrechterhaltung der Sektorenziele im Bundes-Klimaschutzgesetz: Keine Pause auf dem Weg zur Klimaneutralität

Antragsteller*in:	Jusos Braunschweig
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

1 Im März 2023 beschloss das Bundeskabinett, dass die Einhaltung der im
2 Klimaschutzgesetz (KSG) festgehaltenen Sektorenziele künftig sektorübergreifend und
3 anhand einer mehrjährigen Gesamtrechnung überprüft werden soll, anstatt wie bisher in
4 Form einer jährlichen sektorbezogenen Betrachtung. Mit diesem Beschluss soll der
5 zentrale Mechanismus des KSG aufgelöst und abgeschafft werden. Bisher galt: Immer
6 wenn die jährliche Kontrolle der Treibhausgasemissionen nach Sektoren ergab, dass ein
7 Ministerium seine Sektorenziele nicht erreicht hatte, sollte ein Sofortprogramm
8 vorgelegt werden.

9 In Zukunft sollen bei der Nichteinhaltung der jährlichen Klimaziele keine
10 Sofortprogramme der einzelnen Ministerien mehr existieren, sondern ein gemeinsames
11 Programm der gesamten Bundesregierung. Dabei sollen die emissionsstarken Ministerien
12 Vorschläge zur Verbesserung machen, die nicht nur sie selbst betreffen, wie es beim
13 Sofortprogramm der Fall war, sondern auch andere Ministerien einbeziehen. Dieses
14 Vorhaben bringt jedoch einige Probleme mit sich.

15 Die geplante Methode zur Überprüfung der Sektorenziele führt dazu, dass einzelne
16 Ministerien ihrer Verantwortung nicht mehr vollumfänglich nachkommen müssen.
17 Grundlegende Transformationsschritte, die für unsere Gesellschaft und die Erfüllung
18 internationaler Verträge, wie dem Pariser Klimaabkommen, notwendig sind, werden nicht
19 in dem erforderlichen Tempo vollzogen, da der Druck auf die Ministerien nachlässt.
20 Dadurch werden wichtige Schritte zur Transformation der Sektoren verzögert. Zum
21 Beispiel erhält der Verkehrssektor, der der einzige Sektor war, der seine Emissionen
22 von 1990 bis 2019 nicht senken konnte, keinen Anreiz, grundlegende Veränderungen
23 anzugehen.

24 Somit gefährden diese Veränderungen des KSG das Vorhaben der Klimaneutralität und der
25 sozial-ökologischen Transformation als Ganzes. Das KSG ist ein Meilenstein der
26 deutschen Klimapolitik, vorrangig umgesetzt durch die SPD. Deutschland muss die
27 geforderte Transformation in der vorgegebenen Zeit und in sozialverträglicher Weise
28 durchführen, nur dann kann dies auch weltweit gelingen.

29 Als Jusos setzen wir uns für die konsequente Umsetzung der Klimaziele ein. Die
30 Reduktion der Treibhausgasemissionen der einzelnen Ministerien darf nicht ausgesetzt
31 werden, deshalb muss das KSG in seiner jetzigen Form erhalten bleiben. Deutschland
32 darf sich als einer der größten CO₂-Emittenten nicht seiner internationalen
33 Verantwortung entziehen.

34

35 **Deshalb fordern wir:**

- 36 -die Aufrechterhaltung der Sektorenziele im KSG. Die Sektorenziele sollen weiterhin
- 37 in Zahlen in der Anlage des Gesetzes ausgewiesen sein.
- 38 -die Vorlage eines Sofortprogramms durch das jeweils verantwortliche Ministerium bei
- 39 Überschreitung der Emissionswerte, und zwar weiterhin für jedes Jahr und nicht im
- 40 Durchschnitt von etwa zwei Jahren, wie derzeit geplant.
- 41 -die Nachreichung eines Sofortprogramms durch das Verkehrsministerium.

Antrag U10: More Moore!

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

- 1 Weiterleitung an: Bundesparteitag der SPD.
- 2 • Bis 2050 sollen in Deutschland und weltweit alle bis dato entwässerten Moore
3 wieder hergestellt werden. (NABU) Dazu sollen alle entwässerten Moore wieder
4 vernässt werden. Kleine und mittlere Agrarunternehmen aus Deutschland sollen für
5 die verlorene Fläche angemessen entschädigt werden. Besiedelte Flächen sind von
6 der Renaturierung ausgenommen.
- 7 • Alle deutschen Moore sollen ab 2025 Naturschutzgebiete werden.
- 8 • Jegliche Bebauung und Entwässerung von Mooren, Bruchwäldern, artenreichen
9 Feuchtgebieten und anderen prioritär geschützten Lebensraumtypen nach der FFH-
10 Richtlinie der Europäischen Union soll ausnahmslos verboten werden.
- 11 • Die Bundeswehr soll Truppenübungen mit Feuergefahr in der Nähe von Mooren
12 unmittelbar unterlassen.
- 13 • Das industrielle oder private Anzünden von Mooren und ähnlichen Lebensraumtypen
14 soll unter hohe Haftstrafen gestellt werden.
- 15 • Torfstecherei soll ab 2024 gänzlich verboten werden. Umschulungen für zum
16 Beispiel den Einsatz von Arbeitskräften aus der Torfindustrie zur Renaturierung
17 von Mooren soll staatlich organisiert werden und regionale Akteure mit
18 entsprechenden Mitteln ausgestattet werden. Die Anzahl an Experten und die
19 Mittel in den zuständigen Behörden zum Moorschutz sollen auf allen Ebenen massiv
20 aufgestockt werden. Es soll ein bundesweites Feuchtgebietmonitoring geben,
21 welches die Moor- und Feuchtgebietbestände bemisst. Auch die Mittel für das
22 Löschen von Moorbränden und den Katastrophenschutz sollen erhöht werden.
- 23 • Moorfreundliche Industrien wie ökologischer Schilfanbau oder das Halten von
24 moorfreundlichen Weidetieren sollen gefördert werden.
- 25 • Alle hier aufgelisteten Entscheidungen sollen von allen Landesverbänden der
26 Jusos und der SPD übernommen werden.
- 27 • Zudem soll sich auch auf europäischer Ebene für den Schutz von Mooren eingesetzt
28 werden

Begründung

98% der deutschen Moore sind entwässert, nur noch 5% sind naturgemäß, die allermeisten sind zu industriellen Zwecken trockengelegt. Die SPD ist dem Thema bis heute vor allem auf Landesebene vollkommen fremd geblieben und hat es fälschlicherweise zu oft als Öko-Randthema abgetan. Artenschutz – Moore sind mit den Meeren die artenreichsten und am meisten gefährdeten Biotope der Erde.

Klimaschutz – Moore sind sowohl Klimaretter als auch Klimazerstörer, je nachdem wie sich der Mensch verhält, denn sie speichern enorme Mengen an CO₂ und anderen Treibhausgasen, die freigelassen werden,

wenn sie entwässert, angezündet oder intensiv industriell genutzt werden. Werden sie jedoch in einem bewässerten Zustand in Ruhe gelassen und gepflegt, dann sind sie die bis jetzt effizienteste Carbon Capture and Storage-Methode, die es weltweit gibt und die kostenlos zur Verfügung steht.

Sicherheit: Moorbrände zu löschen ist eine oft beinahe unmögliche Aufgabe, da die Brände unter der Erde entstehen. Moorbrände, besonders von trockengelegten Mooren, stellen eine extreme Sicherheitsgefahr für nahegelegene Ortschaften dar.

Klimaresilienz – Moore wachsen durch Torfanbau und schützen somit vor Überflutung. Sie befördern zudem regional ein mildes und feuchtes Klima. Außerdem sind Moore wichtige Wasserspeicher, die angesichts klimawandelbedingter Trockenheit in Zukunft extrem wichtig sein werden. Um Paris einzuhalten, müssten 50000 ha/Jahr an Mooren vernässt werden, es werden jedoch 2000 ha/Jahr vernässt. Das ist ein Armutszeugnis für den deutschen Klimaschutz.

Antrag U11: Nachhaltigkeit statt Wegwerfkultur: Verbot von Einweg E-Zigaretten

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

- 1 Wir fordern die deutsche Bundesregierung dazu auf, schnellstmöglich ein Gesetz zu
- 2 erarbeiten und zu verabschieden, in welchem ein generelles Verbot für Einweg E-
- 3 Zigaretten geregelt wird.
- 4 Zudem fordern wir die deutsche Bundesregierung dazu auf, sich innerhalb der EU dafür
- 5 einzusetzen, ein solches gesetzliches Verbot ebenfalls auf EU-Ebene einzurichten.

Begründung

Ein Verbot von Einweg E-Zigaretten ist angesichts der heutigen Umweltverschmutzung, der in verschiedensten Bereichen ansteigenden Ressourcenknappheit und folgend klar nötigem Bekenntnis unserer Gesellschaft, unser Wirtschaftssystem gänzlich auf erneuerbare bzw. wiederverwendbare Ressourcen umzustellen, unbedingt notwendig.

Die Umweltbelastung, welche durch diese nicht notwendigerweise als Einwegprodukte existierend müssenden Produkte sowie die horrende Ressourcenverschwendung durch die in jeder Einweg E-Zigarette vorhandenen und größtenteils derzeit nicht recycelbaren Batterien, Verdampfer, etc. stellt eine in der heutigen Zeit nicht mehr zumutbare Belastung unseres Ökosystems dar. Zudem bestehen Einweg E-Zigaretten aus Plastik und diversen anderen Materialien, welche nicht biologisch abbaubar sind und stellen somit eine langfristige Belastung für die Umwelt dar. Sie tragen zum globalen Müllproblem bei und gefährden die Gesundheit von Menschen und Tieren, welche mit den weggeworfenen Produkten in Kontakt kommen. Die dauerhaft notwendige neue Herstellung von Einweg E-Zigaretten erfordert zudem unnötig hohe Ressourcen und Energie, was zu einem weiterhin zu hohen CO₂-Fußabdruck beiträgt.

Darüber hinaus gibt es bereits Alternativen zu Einweg E-Zigaretten, nämlich „normale“ wiederbefüllbare oder aufladbare E-Zigaretten, welche weit weniger Umweltbelastungen und Ressourcenverschwendung verursachen. Ein Verbot von Einweg E-Zigaretten sendet ein starkes Signal an die gesamte Industrie, Investitionen in die Entwicklung nicht nachhaltiger Produkte zu unterlassen und nachhaltige Produktions- und Entsorgungspraktiken zu fördern. Daher ist es an der Zeit, Einweg E-Zigaretten zu verbieten!

Antrag U12: CO₂-Ausstoß dringend mindern und Kohleverstromung und Import von Kohlestrom bis 2030 verbieten

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

- 1 1. Die Gesetzgebung soll den Rahmen dafür schaffen den definitiven Kohleausstieg
2 auf 2030 vorzuverlegen. Der Ausstieg aus der Braunkohle als klima- und
3 menschengschädlichere Kohleart soll priorisiert sein.
 - 4 2. Kohleverstromung soll ab 2030 in Deutschland verboten und unter Strafe gestellt
5 werden. Gleiches gilt für den Import von Kohlestrom ab 2030.
 - 6 3. Der Ausbau von Photovoltaikanlagen soll beschleunigt und stärker gefördert
7 werden. Energiesparmaßnahmen sollen beschleunigt werden.
- 8 Der menschengemachte Klimawandel ist eine enorme Bedrohung für das globale Ökosystem
9 und die gegenwärtige Lebensweise des Menschen. Linke Politik ist es, sich dem
10 Klimawandel entgegenzustellen; ihn einzudämmen, zu bekämpfen und umzukehren. Ein
11 lebenswertes Dasein soll international gewährleistet sein. Es treffen die
12 zerstörerischen Auswirkungen des Klimawandels vor allem jedoch den Globalen Süden und
13 verstärken somit das bestehende Gerechtigkeitsgefälle.
- 14 Kohlekraft ist eine enorme Triebkraft zum CO₂-Ausstoß. Gegenwärtige Diskussionen,
15 auch in Hinblick auf die angestrebte Entflechtung von Energieabhängigkeiten zu
16 Russland, Laufzeiten von Kohlekraftwerken zu verlängern oder Stilllegungen zu
17 verschieben, verdeutlichen ein anhaltendes Rückgreifpotenzial zu diesem
18 Energieträger.
- 19 Ziel des Antrags ist es, Versorgungssicherheit und wirtschaftliche Entwicklung im
20 Rahmen einer CO₂-neutralen Verstromung zu ermöglichen.
- 21 Deshalb muss Kohleverstromung verboten werden, aber auch der Import von Kohlestrom
22 verboten sein. Sollte letzteres nicht möglich sein, soll der Import von Strom aus
23 Ländern, die Kohlestrom in ihrem Energiemix produzieren, verboten werden.
- 24 Um vermehrt CO₂-Neutralität sicherzustellen, soll Photovoltaik gefördert und
25 Maßnahmen zur Stromeinsparung erforscht, geplant und umgesetzt werden.
- 26 Jede gesetzliche Maßnahme, die der Bekämpfung von Kohlekraft dient, sollte genutzt
27 werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag U13: Verbot von Einweg E-Zigaretten

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

- 1 Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag setzt sich im Rahmen ihrer
- 2 Regierungsverantwortung
- 3 dafür ein, Einweg E-Zigaretten bundesweit zu verbieten.

Begründung

Im Vergleich zu wiederverwendbaren E-Zigaretten sind Einweg E-Zigaretten viel weniger nachhaltig. Sie werden in der Regel in großen Mengen hergestellt und nach einmaliger Verwendung weggeworfen. Dies führt zu einem erheblichen Abfallproblem, da die meisten Einweg E-Zigaretten nicht recycelbar sind. Die Produktion von Einweg E-Zigaretten erfordert außerdem große Mengen an Rohstoffen und Energie, die ebenfalls verschwendet werden, wenn das Produkt nur einmal verwendet wird. In Einweg E-Zigaretten sind nämlich größtenteils die selben seltenen Rohstoffe in technisch identischen Batterien verbaut, wie in wiederverwendbaren Produkten, nur dass in sie, um dadurch eine andere Zielgruppe anzusprechen, keine Möglichkeit zum Aufladen verbaut wird. Eine derartige Verschwendung von seltenen Ressourcen, die größtenteils unter inakzeptablen Arbeitsbedingungen gewonnen werden und insgesamt nur begrenzt vorhanden sind, darf nicht weiter bestehen.

Antrag U14: Pfandpflicht für Elektronikartikel

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

- 1 Um Recyclinganteile bei Elektronikartikeln zu erhöhen, sowie um Verbraucher*innen
- 2 einen Anreiz zum korrekten Recyceln von Verbrauchsgegenständen zu geben fordern wir:
- 3 Die Einführung einer Pfandgebühr für Elektro-Kleinartikel und Batterien. Dabei sollte
- 4 der Pfandbetrag bei Einwegartikeln (bspw. Einweg E-Zigaretten) besonders hoch
- 5 angelegt sein, genauso wie bei allen Elektronikartikeln mit kurzer Lebensdauer.

Begründung

Viele Elektronikartikel werden falsch entsorgt, zum Beispiel in dem sie in den Restmüll oder die Gelbe Tonne geschmissen werden. Verbraucher*innen wissen oftmals nicht, wo die Artikel richtig entsorgt werden müssen, oder wollen den Weg zur richtigen Abgabestation schlichtweg nicht machen. Durch die Einführung einer Elektronik-Pfandpflicht würde, analog zur Pfandpflicht bei Dosen und Flaschen, der Anteil falsch entsorgter Gegenstände deutlich sinken. Ein Pfand Barcode könnte dabei auf E-Zigaretten, aber auch Kopfhörer oder sogar Bankkarten, die ebenfalls nicht im Restmüll entsorgt werden dürfen, gedruckt werden. Verkäufer oder Vertreiber solcher Produkte müssten die Pfandartikel selbstverständlich zurücknehmen.

Wichtig ist allerdings, dass der Pfandbetrag relativ hoch liegt, bspw. bei 5€, um den Verbraucher ausreichend Anreiz für die korrekte Entsorgung zu geben. Anzuvisieren wäre eine finanzielle Obergrenze, ab der die Pfandpflicht für Elektronikartikel entfällt, bspw. 100€, da größere und teurere Geräte prinzipiell eine längere Nutzungsdauer vorweisen können.

Antrag U15: Werbung auf Thermopapier verbieten

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

1 Wir fordern, dass Werbung auf Thermopapier verboten wird.

Begründung

Thermopapier ist nicht recyclebar, sondern muss im Hausmüll entsorgt werden.

Man weiß leider nicht bevor man in Supermarkt, Bäckerei oder Restaurant geht, ob diese Werbung auf den Kassenzettel drucken, welcher in aller Regel aus Thermopapier ist. Zudem kann sich der Verbraucher schlecht gegen diesen Spam wehren, da es heute üblich ist, dass ein Kassenzettel einen großen Bereich nur mit Werbung enthält. Außerdem fehlt gerade in kleinen Dörfern oft die Möglichkeit, in einen anderen Markt zu gehen, um die Werbung auf Thermopapier zu meiden.

Antrag U16: Wir wollen einen guten Start ins neue Jahr - Für ein Verbot von Feuerwerk

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

- 1 Wir fordern ein Verbot der Durchführung von privaten Feuerwerken sowie den
2 öffentlichen Verkauf von Feuerwerkskörpern für private Haushalte/private Zwecke.
3 Zeitgemäße Alternativen (Drohnenshows, Lichtshows etc.) sind zu fördern und
4 auszubauen. Öffentliche Feuerwerke sollen auf lange Sicht ebenfalls durch diese
5 Alternativen Schritt für Schritt ersetzt werden.
- 6 Der Jahreswechsel des Jahres 2022 auf 2023 hat uns noch einmal bewusst die
7 Auswirkungen von Feuerwerk gezeigt. Besonders in die Öffentlichkeit rückten dabei die
8 Ausschreitungen in Berlin und Hamburg, bei denen viele Menschen verletzt wurden.[1]
9 Nicht nur in diesem Extremfall, sondern auch in den Jahren zuvor sind rund um
10 Silvester immer wieder Berichte von Menschen zu hören, die durch den Bau von
11 Feuerwerkskörpern ums Leben kommen, oder sich auf Grund von leichtsinnigem Umgang
12 schwer verletzen.
- 13 Dies führt an diesem Tag immer wieder zu unnötigen/vermeidbaren Verletzungen, die
14 dann in ohnehin schon überfüllten Notaufnahmen behandelt werden müssen. Die Folge ist
15 dann, dass dringende, unverschuldete Notfälle eine längere Wartezeit haben. Aus
16 diesem Grund sehen wir den Verkauf von Feuerwerk an Privatpersonen als untragbar an
17 und sind der Meinung, dass Feuerwerke nur noch von ausgebildeten Fachkräften
18 durchgeführt werden sollten.
- 19 Ein Verbot von Feuerwerk würde nicht nur dazu führen, dass die Verletzungsgefahr für
20 Menschen geringer wird, sondern auch Tiere weniger Stress ausgesetzt werden.
- 21 Die bunten Farben, aber vor allem die knallenden Geräusche für Haustiere, aber auch
22 Tiere in der freien Wildbahn, bedeuten Gefahr. Sie nehmen diese Geräusche viel lauter
23 wahr und können sie nicht einordnen.
- 24 Gerade der Stress den Haustiere haben, hat auch einen Einfluss auf das Leben ihrer
25 Besitzer*innen. Diese müssen bei Veranstaltungen, bei denen klar ist, dass Feuerwerk
26 im Spiel ist, viele Sicherheitsvorkehrungen treffen.
- 27 Feuerwerk hat aber nicht nur einen negativen Einfluss auf Tiere und Menschen, sondern
28 auch auf die Umwelt.
- 29 Die Umweltbelastungen sind immens und in Zeiten der Klimakrise untragbar: Rund 2.050
30 Tonnen Feinstaub werden jährlich durch Feuerwerk freigesetzt, was ca. einem Prozent
31 der gesamten freigesetzten Feinstaubmenge in Deutschland entspricht.[2] Für gesunde
32 Menschen sind diese Mengen zwar unbedenklich, doch insbesondere für Menschen mit
33 Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Erkrankungen an der Lunge kann diese zusätzliche
34 Belastung (in Form von z.B. Asthmaanfälle oder Herzinfarkte) reizend bzw. sogar
35 lebensgefährlich sein.
- 36 Pyrotechnik ist für uns keine zeitgemäße Maßnahme mehr, um Feierlichkeiten wie

- 37 Silvester, Stadtfeste oder Ähnliches zu begleiten.
- 38 Für uns ist klar, dass die Zeit der öffentlichen Feuerwerke vorbei ist und Licht- und
39 Drohnen-Shows die schonende Alternative sind. Aus diesem Grund plädieren wir dafür,
40 dass auch öffentliche Feuerwerke, die vom Fachpersonal durchgeführt werden, auf ein
41 Minimum beschränkt werden.
- 42 Lichtshows bieten die gleichen Effekte wie es Feuerwerke auch tun, nur dass diese für
43 die Umwelt, Menschen und Tiere deutlich schonender sind.

Antrag V1: Sichere Fahrt voraus – Lehren und Konsequenzen aus Schiffshavarien ziehen

Antragsteller*in:	Jusos Weser-Ems
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	V - Verkehr & Infrastruktur

1 Das jüngste Schiffsunglück der Fremantle Highway vor der niederländischen Küste hat
2 erneut die gravierenden Risiken und potenziellen Konsequenzen von Bränden auf
3 Schiffen und der Beförderung von Gefahrgütern auf See aufgezeigt. Der Brand auf dem
4 Transportschiff für Elektroautos, das neben der Fracht 1600 Tonnen Schweröl und
5 weitere 200 Tonnen Marine-Diesel geladen hatte, drohte in einer Umweltkatastrophe für
6 die Nordsee, die Küstenregion sowie das Naturschutzgebiet Wattenmeer zu enden. Die
7 Auswirkungen von Schiffshavarien auf die Natur und die Menschen bedürfen daher unsere
8 Aufmerksamkeit. Um einen nachhaltigen globalen Handel zu organisieren, muss die
9 Sicherheit der Schifffahrt gewährleistet werden.

10 **Reedereien in die Verantwortung nehmen**

11 Die Havarie der Freemantle Highway reiht sich in eine Reihe von Schiffsunglücken in
12 der Nordsee und im Bereich des Naturschutzgebietes Wattenmeer ein. Die verschiedenen
13 Havarien in den letzten Jahren bedeuteten jeweils weitere Umweltbelastungen für das
14 Wattenmeer und die Nordsee. Alleine von der MSC Zoe fielen 342 Container in die
15 Nordsee, die mitunter umweltschädliche Chemikalien und große Mengen an Lithium-Ionen-
16 Batterien enthielten. Langjährige Untersuchungen der Havarie der MSC Zoe kamen zu dem
17 Ergebnis, dass die Größe des Frachtschiffes eine unmittelbare Wirkung auf die
18 Sicherheit der Fracht hatte.

19 Der Trend, immer größere Frachtschiffe zu bauen, der sich seit der Einweihung der MSC
20 Zoe ungehindert fortsetzt und zum Ziel hat, Transportkosten einzusparen und dadurch
21 die Profite der Reedereien zu maximieren, muss gestoppt werden. Riesige Frachtschiffe
22 gefährden die Sicherheit des Güterschiffsverkehrs. Es ist inakzeptabel, dass die
23 Ozeane, Naturschutzgebiete und die Menschen in den Küstenregionen die Rechnung für
24 die Gewinn gier großer Konzerne tragen müssen. Die zulässige Größe von Frachtschiffen
25 ist ein entscheidender Faktor für die Sicherheit der Schifffahrt und muss sich bei
26 der Festlegung neuer Sicherheitsstandards an den Untersuchungsergebnissen vergangener
27 Schiffshavarien und aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren. Die
28 Gewinnmaximierung von Reedereien darf dabei keine Rolle spielen.

29 Bei künftigen Schiffshavarien ist die Einhaltung der festgelegten
30 Sicherheitsstandards zu überprüfen. Unternehmen, die Sicherheitsstandards nicht
31 einhalten, müssen konsequent zur Verantwortung gezogen werden.

32 **Umwelt- und Sicherheitsstandards anpassen**

33 Die jüngste Frachterhavarie hat gezeigt, dass die Brandschutz- und
34 Sicherheitsstandards im Güterschiffsverkehr weiterentwickelt werden müssen, um dem
35 Transport von Fahrzeugen, und insbesondere von Elektroautos, gerecht zu werden. Dies
36 beinhaltet die Entwicklung von spezifischen Sicherheitsrichtlinien und Notfallplänen
37 für den Umgang mit Bränden, die durch Lithium-Ionen-Batterien ausgelöst oder

38 angetrieben werden. Insbesondere muss die technische Ausrüstung von Güterschiffen den
39 Entwicklungen der Automobiltechnik standhalten und damit fortlaufend angepasst
40 werden. Zum verantwortungsvollen Umgang mit dem Schiffstransport von Elektroautos
41 gehört deshalb ausdrücklich auch die Klassifizierung von Elektroautos als Gefahrgut
42 auf Schiffen.

43 Im Fall der Fremantle Highway konnte der Brand gelöscht und eine Umweltkatastrophe
44 abgewendet werden. Nichtsdestotrotz hat auch das chemiehaltige Lösch- und Kühlwasser
45 negative Auswirkungen auf das maritime Ökosystem. Gemeinsam müssen die Küstenländer
46 aktiv werden, um sich bei der Internationalen Maritimen Organisation für verschärfte
47 Sicherheitsstandards für Schiffe und den Schutz der Meere einzusetzen.

48 **Green Shipping beschleunigen**

49 Die klimaneutrale Transformation des Verkehrs darf auch vor der Schifffahrt nicht
50 halt machen. Riesige Frachtschiffe, die mit Schweröl betankt und beladen sind,
51 stellen eine extreme Gefahr für die Natur, das Klima und die Menschen dar. Neben dem
52 CO₂- und Schadstoffausstoß, der bei der Verbrennung verursacht wird, bedeutet das
53 Auslaufen von Schweröl auch besonders katastrophale Folgen für das maritime
54 Ökosystem, die zum Teil Jahrzehnte anhalten. Es ist deshalb notwendig, Schweröl als
55 Schiffstreibstoff kurzfristig zu verbieten. Insbesondere in Naturschutzgebieten und
56 sensiblen Lebensräumen ist der Verkehr von Schiffen, die mit Schweröl betrieben sind
57 verantwortungslos.

58 Die Emissionssenkungsziele für die Schifffahrt, die im Rahmen des European Green Deal
59 und der „FuelEU Maritime“-Verordnung formuliert wurden, sind konsequent einzuhalten.
60 Auf nationaler und europäischer Ebene muss die Forschungsförderung für nachhaltige
61 und klimaneutrale Schiffsantriebe massiv ausgebaut werden. Das muss auch die stärkere
62 Förderung von Windenergie als Antriebsart einschließen. In einer nachhaltigen und
63 klimaneutralen Schifffahrt hat Flüssiggas keinen Platz. Der Tendenz zum LNG-Schiffbau
64 muss deshalb entgegengewirkt werden. Wissenschaftsferne Illusionen von synthetischem
65 LNG in der Schifffahrt dürfen dem klimaneutralen Umbau des Schiffsverkehrs nicht im
66 Weg stehen. Bei der Förderung und Stärkung der wasserstoffbetriebenen Schifffahrt
67 muss der Aufbau einer vollständigen Lieferkette in Norddeutschland vorangetrieben
68 werden, um eine sichere Produktion mit tarifgebundenen Arbeitsplätzen und kurzen
69 Transportwegen zu gewährleisten.

70 **Sichere Seerouten festlegen**

71 Der Brand der Fremantle Highway wäre beinahe in einer Umweltkatastrophe geendet. Eine
72 Ölpest im Naturschutzgebiet Wattenmeer hätte nicht nur kurzfristig katastrophale
73 Folgen für die Natur und Lebewesen, sondern würde das Meeresökosystem über viele
74 Jahre hinweg belasten. Die Nordsee ist eines der am stärksten befahrenen Gewässer
75 weltweit. Gefahrguttransporte, einschließlich des Transports von Elektroautos, werden
76 in der Zukunft eher zu- als abnehmen. Es ist daher notwendig, die Nutzung von
77 küstennahen Seerouten für den Gefahrguttransport auf den Prüfstand zu stellen.
78 Insbesondere in Bereich der Naturschutzgebiete müssen Gefahrguttransporte massiv
79 eingeschränkt und auf küstenferne Seerouten verlegt werden. Günstige Transportkosten
80 dürfen kein Grund für die Gefährdung des Weltkulturerbes sein. Deshalb müssen hierfür
81 sichere Seerouten festgelegt werden.

82 **Ausbeutung beenden**

83 In den letzten Jahrzehnten hat sich die Kapitalakkumulation in der Güterschifffahrt
84 extrem beschleunigt. Wenige einflussreiche Reedereien haben sich zu Allianzen
85 verbunden und bestimmen die Konditionen des globalen Güterschiffverkehrs.
86 Infolgedessen hat das Verhältnis von Arbeit und Kapital in der Branche eine starke
87 Schlagseite zugunsten der Reedereien eingenommen.

88 Die Güterschifffahrt spielt eine zentrale Rolle im globalen Handel, doch die
89 Arbeitsbedingungen der Beschäftigten und die Ausbildungsbedingungen stehen in vielen
90 Fällen im krassen Gegensatz zu den hohen Sicherheits- und Umweltschutzstandards, die
91 für die Gewährleistung von Schiffssicherheit nötig sind. Diese Missstände sind zum
92 Teil so dramatisch, dass sie nicht nur die psychische und physische Gesundheit der
93 Arbeiter*innen beeinträchtigen, sondern auch die Sicherheit auf See gefährden.
94 Schiffssicherheit, die Verhinderung von Schiffshavarien und drohenden
95 Umweltkatastrophen sind damit unerlässlich mit der Verbesserung von
96 Arbeitsbedingungen verbunden.

97 Der Güterschiffverkehr ist eine zutiefst international verwobene Branche. Um die
98 Sicherheit auf See zu gewährleisten und die Arbeitsbedingungen zu verbessern, müssen
99 daher einheitliche, weltweit verbindliche Mindeststandards eingeführt werden. Diese
100 Standards sollten die gute Ausbildung und Qualifizierung der Beschäftigten in den
101 Mittelpunkt stellen und Aspekte wie Arbeitszeiten, Ruhezeiten, Entlohnung und die
102 Unterbringung abdecken. Zudem muss die Tarifbindung in der Güterschifffahrt massiv
103 ausgeweitet werden.

104 Der Tarifvertrag der International Transport Workers' Federation (ITF) muss als
105 Mindeststandard gelten. Auf keinem international fahrenden Schiff soll dieser
106 unterschritten werden dürfen. Die Praxis, Mitarbeiter*innen je nach
107 Staatsangehörigkeit unterschiedlich zu bezahlen, muss gestoppt werden. Auch in der
108 Güterschifffahrt muss gelten: Gleicher Lohn, für gleiche Arbeit! Zudem können
109 Reedereien durch das Prinzip der Ausflagung das für sie angenehmste nationale
110 Arbeitsrecht auswählen und dadurch zu Lasten der Beschäftigten ihre Profite
111 maximieren. Um diese Ausbeutung zu verhindern, dürfen Schiffe nur unter der Flagge
112 des Staates fahren, in dem der nutznießende Eigentümer ansässig ist.

Antrag V2: Mobilitäts-Soli: Luxussteuer für überdimensionierte Autos

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	V - Verkehr & Infrastruktur

1 Forderung:

2

3 Die SPD-Mitglieder des Bundestags und des Europaparlaments sollen sich dafür
4 einsetzen, dass eine jährliche Luxussteuer auf nicht gewerblich genutzte Autos
5 progressiv erhoben wird, die für ihren jeweiligen Anwendungszweck überdimensioniert
6 sind. Kriterien hierfür können, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, sein:

7 1. Autos, die über mehr Leistung verfügen als sinnvoll für ihren Anwendungszweck
8 wäre. Der Anwendungszweck sei zu definieren. Wir schlagen eine Obergrenze von
9 200kW vor.

10 2. Autos, die vorwiegend in der Stadt gefahren werden und länger und schwerer als
11 festzulegende Maße sind. Wir schlagen 4,5m und 2t vor.

12 3. Autos, die einen zu niedrigen Wirkungsgrad haben, also die erforderliche
13 Leistung nur mit signifikant höherem Verbrauch als notwendig wäre, erbringen.

14 4. Halter*innen, die erhöhten Mobilitätsbedarf haben, z.B. Großfamilien ab fünf
15 Personen oder mobilitätseingeschränkte Personen sind davon nicht betroffen.

16 Die Steuer soll progressiv erhoben werden, also bei weiterer Überschreitung der
17 Kriterien höher ausfallen. Sie soll außerdem nicht auf vorrangig gewerblich genutzte
18 Fahrzeuge veranschlagt werden und auch nicht oder geringer auf Wagen älteren Baujahrs
19 (wir schlagen 2019 als jüngstes Baujahr vor, bei dem keine Steuer erhoben wird). Die
20 Ausnahme für gewerbliche Fahrzeuge gilt nicht, sofern ein Fahrzeug mit einem Gewicht
21 von unter zwei Tonnen und einer Länge von 4,5 Metern zumutbar ist. Reine
22 Elektrofahrzeuge, einschließlich Wasserstoffautos, sollen von der Steuer ausgenommen
23 sein.

24 Die Steuereinnahmen daraus sollen dem Ausbau des ÖPNV und der Bahn zugutekommen. Die
25 Steuer soll für ausnahmslos alle betreffenden Autos gelten, die in Deutschland
26 zugelassen werden und Umgehungen (z.B. über Leasing oder Import) sollen
27 ausgeschlossen werden.

Begründung

Zweifelsfrei ist das Auto für viele Menschen in Deutschland das einzig zuverlässige Verkehrsmittel, auch wenn wir im Sinne der Verkehrswende anstreben, dies zu ändern. Dennoch ist die Verhältnismäßigkeit nicht automatisch gegeben. Gleichsam fehlen oft die Mittel zum zweckmäßigen Ausbau und Betrieb eines funktionierenden ÖPNV.

Besonders leistungsstarke Autos sind in der Regel auf spezielle Zwecke zugeschnitten, die mit einem möglichst flüssigen und dadurch geringstmöglich umweltschädigenden Verkehr schwer vereinbar sind. In

der Stadt sind hohe Leistungen nicht erforderlich. Für die Auffahrt und manche Situationen auf der Autobahn mag hohe Leistung hilfreich sein, allerdings verleitet sie oft auch zu riskanten und nicht selten verbotenen Manövern. Da aus ökologischen Gründen ein Tempolimit von 130km/h grundsätzlich erstrebenswert ist und dies bereits jetzt der geltenden Richtgeschwindigkeit entspricht, kann das Überschreiten dieser Geschwindigkeit als eine unnötige Belastung der Allgemeinheit verstanden werden. Ähnliches lässt sich für besonders große Autos sagen, wenn sie in beengten Räumen fahren und genutzt werden. Ein durchschnittlicher Kombi oder ein SUV belegen eine Fläche von mehr als 10m², auch und vor allem dann, wenn sie parken, was sie durchschnittlich 23 Stunden am Tag tun und häufig auf öffentlichem Raum.

Autos, die besonders viel verbrauchen, schaden objektiv der Umwelt und haben gegenüber verbrauchsärmeren Autos häufig keine nennenswerten Vorteile, die über reinen Komfort bzw. Luxus hinausgehen. Die Schäden am Allgemeingut müssen wir aber alle bezahlen, von den gesundheitlichen Folgekosten einmal abgesehen. Von daher ist es nur fair, dass Leute, die solche Autos fahren wollen, einen Ausgleich dafür leisten.

Da die in diesem Antrag beschriebenen Autos häufig überdurchschnittlich teuer sind, ergibt es Sinn, dass Leute, die willens sind für diesen Luxus derart viel Geld auszugeben, einen Beitrag dafür leisten, dass die, die dies nicht wollen oder können auch davon profitieren.

Antrag V3: Die Bahn endlich Barrierefrei!

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	V - Verkehr & Infrastruktur

1 Selbstbestimmte Mobilität ist ein Menschenrecht und muss in einer freien und
2 solidarischen Gesellschaft für alle Menschen, unabhängig davon, ob sie eine
3 Behinderung haben oder nicht, gewährleistet werden. Dabei kommt eine zentrale Rolle
4 den öffentlichen Verkehrsunternehmen zu, vor allem der Deutschen Bahn als Konzern in
5 staatlicher Hand. Es ist für uns in keiner Weise tragbar, dass weder sie noch andere
6 Bahnbetreiber Barrierefreiheit ausreichend umsetzen.

7 Wir fordern deshalb, dass hier endlich weitreichende Verbesserungen durchgesetzt
8 werden:

9 Langfristig müssen Maßnahmen ergriffen werden, die es sich zum Ziel setzen, dass alle
10 Menschen mit Behinderung jeden Zug in Deutschland völlig ohne die Hilfe einer anderen
11 Person betreten und verlassen können.

12 Dies kann erreicht werden, indem zukünftig nur noch Züge mit stufenlosen Einstiegen
13 und vereinheitlichten Bodenhöhen neu angeschafft werden dürfen und alle Bahnsteige
14 auf diese Bodenhöhe angeglichen werden müssen, damit der Eingang in Züge ebenerdig
15 ist und somit Hublifte für Rollstuhlfahrer*innen überflüssig werden.

16 Alle Bahnsteige müssen über Rampen erreichbar sein, um die Abhängigkeit derjenigen,
17 die die Treppen nicht nutzen können, von häufig defekten Aufzügen zu beenden.

18 Jeder ICE muss immer mindestens einen rollstuhlgerechten Wagen (breitere Türen,
19 Stellplätze für Rollstühle, entsprechende WCs) mit sich führen. Besonders für viel
20 befahrene Strecken muss sichergestellt werden, dass genügend Rollstuhlplätze bzw.
21 entsprechende Wagen in jedem Zug vorhanden sind.

22 Damit Menschen mit kognitiven, Hör- oder Sehbehinderungen angemessen an Infoschaltern
23 beraten werden können, werden Schulungen des Servicepersonals zur Sensibilisierung im
24 Umgang mit behinderten Personen nach Absprache mit Behindertenverbänden durchgeführt.
25 Auch liegen an allen Informationspunkten Übersichten in Brailleschrift, extra großer
26 Schrift und in Leichter Sprache aus. Nach diesen Standards werden auch die
27 Informationen in den DB-Apps aufbereitet. Dort finden sich Leitprogramme, die
28 Menschen mit kognitiver Behinderung dabei helfen, sich im Bahnhof zurechtzufinden.
29 Ticketautomaten lassen sich ebenfalls durch klar ersichtliche Auswahlmöglichkeiten
30 auf extra große Schrift und Leichte Sprache umstellen und es gibt mindestens einen
31 Automaten auf niedrigerer Höhe, damit ihn zum Beispiel auch kleinwüchsige Menschen
32 und Personen im Rollstuhl nutzen können.

33 An allen Bahnhöfen müssen außerdem unkomplizierte Blinden-Leitsysteme installiert
34 sein, die zu allen relevanten Orten für die Zugfahrt selbst und die An- und
35 Weiterfahrt im ÖPNV führen und es müssen alle den Zugverkehr betreffenden
36 Informationen, die aktuell ausschließlich durch visuelle Anzeigen ablesbar sind, in
37 den verbalen Durchsagen ergänzt werden, damit die Nutzung der Bahn auch für Menschen
38 mit Sehbehinderung möglichst problemarm wird. Es wird zudem sichergestellt, dass die

39 Informationen aus denjenigen Durchsagen, die spontane Veränderungen im Fahrplan
40 betreffen, unmittelbar und gut sichtbar auf den digitalen Anzeigetafeln zu sehen
41 sind, damit auch Menschen mit geschädigtem Gehör auf sie zugreifen können.

42 Da uns bewusst ist, dass nicht alle Bahnhöfe sofort umgebaut und alle Züge, die
43 aktuell im Einsatz sind, in naher Zukunft ersetzt werden können, müssen zusätzlich zu
44 unseren bis hierher erhobenen Forderungen einige Maßnahmen umgesetzt werden, die
45 kurzfristige Verbesserungen im bestehenden, unzureichenden System schaffen können.

46 Eine Einstiegshilfe in Züge für Rollstuhlfahrer*innen (z.B. durch Hublifte) muss 24
47 Stunden am Tag geleistet werden können, nicht wie bisher nur von 6 Uhr bis 18 Uhr
48 bzw. 22 Uhr. Um dies zu ermöglichen, muss das Zugpersonal eines jeden Zuges die
49 Einstiegshilfe leisten können, da viele Bahnhöfe, vor allem im Regionalverkehr,
50 personell nicht besetzt sind.

51 Auch müssen Einstiegshilfen spontan möglich sein und nicht wie bisher zur
52 Gewährleistung der Beförderung mindestens 24 Stunden vorher angemeldet werden. Dies
53 könnte man zum Beispiel dadurch ermöglichen, dass das Zugpersonal über einen Rufknopf
54 in einer App oder einen physischen Knopf am Gleis darüber informiert werden kann, das
55 eine Person im Rollstuhl mitfahren möchte.

56 Bei kurzfristigen Gleiswechseln müssen Züge, falls eine Person mit Behinderung für
57 sie angemeldet ist, eine angemessene Wartezeit einhalten, damit die Person das Gleis
58 wechseln kann. Damit die Einstiegshilfe überhaupt funktionieren kann, müssen Hublifte
59 auf jedem Bahnsteig vorhanden sein und regelmäßig kontrolliert bzw. bei Schäden
60 sofort durch Ersatz abgelöst werden.

61 Genauso müssen rollstuhlgerechte ICE-Wagen, einschließlich ihres behindertengerechten
62 WCs, vor jeder Fahrt auf Schäden kontrolliert werden und in solcher Zahl vorhanden
63 sein, dass beschädigte Wagen bis zu ihrer Reparatur spontan ersetzt werden können,
64 damit kein Zug ohne sie abfahren muss.

65 Aufzüge zum Gleis, müssen ebenfalls regelmäßig überprüft und bei Schäden sofort
66 repariert werden. Wenn eine Person aufgrund von nicht funktionierenden Hubliften,
67 defekten rollstuhlgerechten ICE-Wagen oder kaputten Aufzügen an einer Mitfahrt
68 gehindert wird, muss sie Anspruch auf eine Entschädigung haben.

69 Schließlich muss die Telefonhotline der Mobilitätshilfe der Deutschen Bahn kostenfrei
70 sein, da sich Menschen mit Behinderung aktuell vor der Fahrt über sie anmelden müssen
71 und es nicht sein kann, dass sie dafür Geld bezahlen müssen.

Begründung

Die Bahnbetreiber, vor allem die Deutsche Bahn als Unternehmen in öffentlicher Hand, haben eine soziale Verantwortung, die auch gegenüber Menschen mit Behinderung gilt. Nur durch die tatsächliche Gewährleistung von Barrierefreiheit können sie dieser Verantwortung gerecht werden und einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und zur Förderung von Chancengleichheit in der Gesellschaft leisten. Dazu sind sie sogar durch verschiedene nationale und internationale Normen verpflichtet. Zu diesen gehören beispielsweise das deutsche Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) sowie die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK).

Antrag V4: Das Fahrschulsystem endlich anpacken!

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	V - Verkehr & Infrastruktur

1 Ob für den Weg zur Arbeit oder zur Schule, zu Freizeitveranstaltungen oder im
2 Notfall. Viele Menschen sind auf ein Auto und damit auf einen Führerschein
3 angewiesen. Doch das Fahrschulsystem ist veraltet. Die Fahrschulen sind überlastet,
4 es gibt zu wenig Fahrlehrer*innen und BIPOC und Frauen berichten über sexistischen
5 und rassistischen Übergriffen in der Fahrschule. Für das veraltete System muss es
6 eine ordentliche Reform geben.

7 Fahrlehrer*innen-Ausbildung

8 Die Fahrschulbranche leidet unter einem besorgniserregenden Fachkräftemangel. Seit
9 Jahren besteht ein dringender Bedarf an Fahrlehrern, und die Situation wird sich in
10 den kommenden Jahren voraussichtlich weiter verschlechtern, da die Branche überaltert
11 ist und viele Fahrlehrer in den Ruhestand gehen. Früher war es üblich, dass die
12 Bundeswehr eine beträchtliche Anzahl von Fahrlehrern ausbildete und mehr als 30
13 Prozent des Fahrlehrerbedarfs abdeckte. Allerdings hat sich die Bundeswehr inzwischen
14 fast vollständig aus der Fahrlehrerausbildung zurückgezogen, was zu einem eklatanten
15 Fachkräftemangel in der Branche geführt hat, insbesondere in den letzten 10 Jahren.
16 Die Hürden für die Fahrlehrer*innen-Ausbildung sind trotz Reform noch zu hoch. Die
17 Ausbildung zum Fahrlehrer dauert mindestens ein Jahr und besteht aus Theorie und
18 einem Lernpraktikum. Die Kosten für die Ausbildung müssen selbst getragen werden und
19 summieren sich auf 15.000 - 20.000 Euro. Außerdem müssen Fahrlehrer*innen bereits
20 eine abgeschlossene Berufsausbildung haben. Das Interessierte in einem Gebiet, in dem
21 dringende Fachkräfte gesucht werden, die Ausbildungskosten selbst tragen, lehnen wir
22 ab. Die Kosten für die Fahrlehrerausbildung müssen daher vollständig übernommen
23 werden. Die Mindestanforderung für die Fahrlehrerausbildung ist eine abgeschlossene
24 Berufsausbildung oder ein gleichwertiger Abschluss wie Abitur und Fachabitur. Auch
25 diese Hürde muss gesenkt werden, um Haupt- und Realschüler*innen den Zugang zur
26 Ausbildung zu ermöglichen. Viele Fahrschüler*innen erleben häufig verbale
27 Auseinandersetzungen mit Fahrlehrer*innen. Deshalb soll in der Ausbildung ein
28 stärkerer Fokus auf die Pädagogik gelegt werden um allen Fahrschüler*innen gerecht zu
29 werden. Um mehr Menschen und vor allem BIPOC-Personen und Frauen für die
30 Fahrlehrerausbildung zu motivieren, soll eine Informations- und Imagekampagne
31 gestartet werden.

32 Fahrschulunterricht

33 Momentan müssen Fahrschüler*innen einen Fragenpool von mehr als 1200 Fragen lernen.
34 Dabei handelt es sich um Fragen des Gefahrenbewusstseins, Verkehrszeichen,
35 Verkehrssituationen usw. Der Umfang des Fragenpools soll erheblich reduziert werden
36 und sich auf praxisrelevante Fragen beschränken. Der Zugang zur Software, die für die
37 Ausbildung und theoretische Prüfung notwendig ist, sollte kostenlos zur Verfügung
38 gestellt werden. Außerdem soll die Lizenzbefristung aufgelöst werden, damit man
39 unabhängig von der Fahrschulausbildung Zugang kostenlosen Zugang zu den Fragen hat.

40 Prüfung

41 Die theoretische und praktische Führerscheinprüfung stellt einen erheblichen
42 Kostenfaktor für Fahrschüler*innen dar. Zusammen belaufen sich die Kosten für beide
43 Prüfungen auf mehr als 350 Euro. Wir fordern den Preis für die praktische Prüfung zu
44 deckeln und die Gebühr für die theoretische Prüfung abzuschaffen.

45 Kosten

46 Die Kosten für den Führerschein sind besonders seit der Corona-Krise und dem Ukraine-
47 Krieg stark angestiegen. In Kombination mit langen Wartezeiten aufgrund von zu vielen
48 Fahrschülern und zu wenigen Fahrlehrern ergeben sich lange Ausbildungszeiten und hohe
49 Kosten. Dies stellt insbesondere für Menschen, die nicht die finanziellen Mittel für
50 eine Fahrschulausbildung zurücklegen konnten, eine große Herausforderung dar. Selbst
51 mit einer Berufstätigkeit sind die Kosten kaum zu bewältigen. Das Sparen für weitere
52 Fahrstunden kann zu Verzögerungen führen und sich negativ auf die Ausbildung
53 auswirken. Daher ist es notwendig, einen bundesweiten Kostendeckel für Fahrschulen
54 einzuführen, der von einer Kommission festgelegt und regional angepasst werden kann.
55 Ein Führerschein bietet Flexibilität und ermöglicht den Zugang zum Arbeitsmarkt.
56 Insbesondere bei jungen Menschen, die keinen Führerschein besitzen und keine
57 Ausbildung absolvieren, sollte geprüft werden, ob die Kosten von Jobcentern
58 übernommen werden können. Belästigung und Diskriminierung entgegenwirken! Sexismus
59 und sexuelle Belästigung in Fahrschulautos ist kein Sonderfall, sondern gehört zu
60 einer Erfahrung, die viele junge Frauen machen müssen. Der Bundesverband der
61 Frauenberatungsstelle stellt etliche Fälle sexueller Belästigung und Diskriminierung
62 in der Fahrschule fest. Es besteht ein Machtverhältnis zwischen Fahrlehrer*innen und
63 Fahrschüler*innen die mit einer räumlichen Begrenzung und Unsicherheit im
64 Straßenverkehr einhergeht. Den Angsträum Fahrschulauto können wir als Gesellschaft
65 nicht hinnehmen. Daher fordern wir eine repräsentative Studie zu Diskriminierung und
66 sexueller Belästigung in Fahrschulen. Junge Frauen und BIPOC-Personen müssen schon
67 jetzt vor sexuellen Übergriffen geschützt werden. Die Sensibilisierung und Schulung
68 für sexistische und rassistische Strukturen muss Teil der Ausbildung von
69 Fahrlehrer*innen werden. Außerdem braucht es deutliche Anlaufstellen für Fälle von
70 sexueller Belästigung und Diskriminierung die unabhängig von der Fahrschule
71 aufzufinden sind.

Antrag V5: Deutschlandticket – Warum ist einfach so kompliziert?

Antragsteller*in:	Jusos Saar
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	V - Verkehr & Infrastruktur

1 Der folgende Antrag bezieht sich nicht auf die preislichen Konditionen des
2 Deutschlandtickets, sondern ausschließlich auf die Art und Weise, wie es zu erwerben
3 ist.

4 **Analyse:**

5 Auch diesen Sommer ist uns in etlichen Tagesschau-Sendungen am Abend wieder vor Augen
6 geführt worden, wie sich der Klimawandel konkret auswirkt: Rhodos, Teneriffa, Türkei
7 oder auch Slowenien sind hier nur einige Beispiele, ganz zu schweigen von den
8 Umweltkatastrophen im globalen Süden. Auch ein Blick in die Statistiken des Deutschen
9 Wetterdienstes zeigen, dass wir von 1881 bis 2021 schon einen durchschnittlichen
10 Temperaturanstieg von 1,6°C in Deutschland beobachten können. Neben der
11 Energieerzeugung und der Industrie ist der Verkehrssektor für gut ein Fünftel der
12 Treibhausgasemissionen in Deutschland 2020 verantwortlich gewesen, wie das
13 Statistische Bundesamt zeigt. Eine genauere Betrachtung der Aufschlüsselungen zeigt,
14 dass diese Emissionen maßgeblich (zu mehr als 75%) auf den Straßen durch Autos
15 ausgestoßen wurden. Kurz gesagt: Der Verkehr auf Deutschlands Straßen ist für einen
16 nicht vernachlässigbaren Teil unserer Co2-Emissionen verantwortlich.

17 Außerdem bildet sich schon seit einigen Jahren eine weitere Entwicklung ab: Mobilität
18 wird immer teuer. Aktuell bezahlt man für ein einmaliges Ticket von Saarbrücken nach
19 Otzenhausen 8 Euro, mit dem Auto hingegen 6 Euro. Wenn ich also aus Saarbrücken komme
20 und 2 Tage hintereinander zur Landeskonferenz der Jusos Saar nach Otzenhausen fahren
21 möchte bezahle ich ganze 32 bzw. 24 Euro. Für ein Wochenende. Dies ist nur ein
22 Beispiel dafür, dass Mobilität längst nicht niedrigschwellig ist, sondern viele
23 preisliche Hürden insbesondere für junge Menschen mit sich bringt.

24 Umso wichtiger war es, dass die von der SPD angeführte Ampelkoalition ab Mai 2023 das
25 Deutschlandticket als Nachfolger des 9-Euro-Tickets und sinnvolle Verknüpfung von
26 sozialer und nachhaltiger Mobilität an den Start brachte und die saarländische SPD-
27 Alleinregierung mit dem „Junge Leute Ticket“ für 30,40€ sogar noch einen draufsetzte.
28 Erstmals gab es ein einigermaßen bezahlbares, 1 Monat gültiges und deutschlandweit
29 einsetzbares ÖPNV-Ticket.

30 Jedoch gibt es bei diesem Ticket neben dem Preis einen weiteren entscheidenden
31 Unterschied zum 9- Euro-Ticket. Das Deutschlandticket ist ausschließlich als Abo-
32 Modell erwerbbar, was einige große Nachteile mit sich zieht:

33 Man kann das Deutschlandticket nicht am Fahrkartenautomaten kaufen

34 Dadurch, dass man Abo-Tickets nur online oder in einer Geschäftsstelle der regionalen
35 Verkehrsbetriebe kaufen kann werden Barrieren, insbesondere für Ältere und
36 Minderjährige aufgebaut.

37 Terminfristen

38 Wer das Deutschlandticket ab einem bestimmten Monat bestellen möchte, muss dies
39 spätestens bis zum
40 15. des vorherigen Monats getan haben. Kündigungen zum Monatsende müssen spätestens
41 bis zum 10. des laufenden Monats eingereicht werden. Diese Fristen, insbesondere
42 erstere steht dem spontanen Charakter entgegen, welcher das 9-Euro-
43 Ticket so attraktiv gemacht hat. Reisen mit dem Deutschlandticket müssen frühzeitig
44 geplant werden, was oft nicht zur Lebensrealität, insbesondere von jungen Menschen
45 passt.

46 Bezahlung

47

48 Durch den Abonnement-Charakter des Deutschlandtickets muss in der Regel eine Schufa-
49 Prüfung vorgenommen werden. Bei negativen Schufa-Auskünften kann das
50 Deutschlandticket einigen Menschen vorenthalten bleiben. Außerdem ist das Ticket
51 nicht Bar Bezahlbar, sondern nur mit Online- Bezahlmethoden oder per
52 Lastschrifteinzug. Dadurch werden besonders die ärmsten unserer Gesellschaft
53 ausgeschlossen. Des Weiteren erfordert die Bezahlung eines Abo-Tickets die
54 Geschäftsfähigkeit, welche bei Minderjährigen nur eingeschränkt gegeben ist. Dadurch
55 werden Unterschriften von Eltern nötig, was den gesamten Prozess deutlich
56 verkompliziert.

57 Aufgrund dieser Barrieren ist das Deutschlandticket nicht so niedrigschwellig wie es
58 sein könnte. Außerdem sind die genannten Punkte Faktoren, welche die Attraktivität
59 des Deutschlandtickets insbesondere für die weniger lauten Gruppen unserer
60 Gesellschaft wie Kinder, ärmere Menschen und Ältere deutliche verringert.

61 **Forderungen:**

62 Das Deutschlandticket soll sobald wie möglich neben dem Abo-Modell um eine weitere
63 Variante erweitert werden. Diese soll ebenfalls 49 Euro (30,40 Euro für Junge Leute
64 und 26,83 für Studierende im Aufstockermodell) kosten und unter folgenden Bedingungen
65 erworben werden können:

66 Gültigkeitszeitraum

67 Das Ticket gilt jeweils vom 1. Tag eines Monats bis zum letzten tag dieses Monats.
68 Das Ticket kann sowohl für den aktuell laufenden Monat, wie auch für einen der
69 kommenden 3 Monate im Voraus erworben werden.

70 Verkaufsstellen

71 Das Ticket soll an jedem Fahrkartenautomaten und online gekauft werden können.

72 Bezahlung

73 Das Ticket soll an den Automaten Bar oder mit Karte bezahlt werden können.

74 Von dieser Erweiterung versprechen wir uns mehr Flexibilität und eine
75 niedrigschwelligere Erreichbarkeit von Mobilität für alle. Unabhängig davon setzen
76 wir Jusos Saar uns weiterhin für einen kostenlosen ÖPNV für alle ein.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag V6: Die Bahn ins 21. Jahrhundert befördern

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	V - Verkehr & Infrastruktur

- 1 Damit die Bahn ihre Anforderung an Mobilitätsgarantien, Ökologie und Klimaschutz
2 erfüllen kann, muss sie leistungsfähiger werden als sie es heute ist. In vielerlei
3 Hinsicht ist die Eisenbahn in Europa im 19. Jahrhundert stecken geblieben.
- 4 Das Kuppeln von Wagen, etwa beim Zusammenstellen von Güterzügen, erfolgt noch wie in
5 Kaiserzeiten ebenso wie Eisenbahnstrecken signalisiert und gesichert werden. Dass
6 beides im Rahmen einer digitalisierten Welt und deutlich gestiegenen Anforderungen an
7 die Bahn nicht weiter fortbestehen darf, ist selbstredend.
- 8 Um die Kapazitäten im Personen- und Güterverkehr zeitnah zu steigern soll das BMDV
9 die Mittel für die Einführung von ETCS (European Train Control System) und der DAK
10 (Digitale Automatische Kupplung) deutlich aufstocken. Darüber hinaus soll mit der
11 Deutschen Bahn als staatseigenen Konzern sowie europäischen Nachbarländern eine
12 Strategie für eine möglichst schnelle Etablierung in ganz Europa erarbeitet und
13 umgesetzt werden.
- 14 Um die durch die Bundesregierung gesetzten Klimaziele zu erreichen muss schnell eine
15 deutliche Reduzierung der CO₂-Emissionen erfolgen. Hierbei ist der Verkehrssektor mit
16 einer der größten Verursacher von CO₂-Emissionen und hat seit 1990 kaum Reduzierungen
17 erreichen können. Dementsprechend müssen im Verkehrssektor umweltfreundlichere
18 Verkehrsmittel gestärkt werden. Ein Bestandteil ist das Verlagern von Personen- und
19 Güterverkehr auf die Schiene. Diese wurde aber in den letzten Jahren und Jahrzehnten
20 nicht ausreichend infrastrukturell ausgebaut um schnell eine deutliche Steigerung von
21 Passagier- und Frachtzahlen zu erreichen.
- 22 Daher müssen dringend notwendige und lange überfällige Systeme zur
23 Leistungssteigerung auf der Schiene etabliert werden. ETCS und DAK sind die beiden
24 Systeme, die am ehesten die Kapazität für den Personen- und Güterverkehr steigern
25 können.
- 26 ETCS (European Train Control System) ist ein Zugbeeinflussungssystem was heute vor
27 allem auf Hochgeschwindigkeitsstrecken zum Einsatz kommt. Es soll perspektivisch
28 nationale Zugbeeinflussungssysteme ablösen und kann dazu verwendet werden die nötigen
29 Sicherheitsabstände zwischen Zügen zu verkürzen und damit die Kapazität einer Strecke
30 zu steigern. Im Gegensatz zur heute in Deutschland am meisten verwendeten PZB
31 (Punktförmige Zugbeeinflussung) kommt ETCS ohne feste Signale und sogenannte
32 Blockabstände aus und ähnelt damit der LZB (Linienförmige Zugbeeinflussung), welche
33 auf den meisten deutschen Hochgeschwindigkeits- und Ausbaustrecken verbaut ist. Der
34 nötige Sicherheitsabstand wird von ETCS unter anderem anhand der gefahrenen
35 Geschwindigkeit und der Bremskurve des Zuges ermittelt.
- 36 Insbesondere stark belastete Strecken können mit ETCS ausgestattet werden um damit
37 leistungsfähiger zu werden ohne dafür zusätzliche Gleise verlegen zu müssen.
- 38 Selbstverständlich müssten auch Triebfahrzeuge, also Lokomotiven und Triebwagen, mit

39 ETCS aus- bzw. nachgerüstet werden, damit es genutzt werden kann.
40 Das Verlegen von Gleisen ist angesichts der langen Vorlaufzeiten für
41 Schienenprojekte, angefangen von der Trassenfindung über das
42 Planfeststellungsverfahren bis zum eigentlich Bau sehr langwierig, sodass das
43 Nachrüsten von ETCS der einfachere Weg zu sein scheint um Streckenkapazitäten zu
44 erhöhen. Zumal immer damit gerechnet werden muss, dass Bürger*inneninitiativen
45 versuchen ein solches Projekt zu kippen, was solche Verfahren zusätzlich in die Länge
46 ziehen kann.
47 Bis zur Eröffnung einer neuen Strecke können daher gut und gerne 20 Jahre ins Land
48 ziehen, während ETCS innerhalb einiger weniger Jahre verbaut werden könnte. Dafür
49 müssten auch keine Flächen neu versiegelt werden und wertvolle Acker- und Waldflächen
50 können erhalten bleiben.
51 Daher sollten zumindest auf den meisten Hauptbahnen ETCS verbaut werden. So könnten
52 zusätzliche Güterzüge fahren oder ein dichteres Fahrplanangebot für Fahrgäste
53 geschaffen werden, wo dies heute wegen fehlender Infrastruktur nicht möglich ist.
54 Ein weiteres System ist die DAK (Digitale Automatische Kupplung), welche ihre Stärken
55 vor allem im Güterverkehr ausspielen kann.
56 Heute werden in Europa fast alle Lokomotiven und Waggons mit der Schraubekupplung
57 verbunden. Hierbei muss ein*e Rangierer*in händisch die beiden Wagen miteinander
58 kuppeln und die Druckluftschläuche verbinden. Das entkuppeln erfolgt ebenso noch
59 händisch. So dauert das Zusammenstellen von Zügen in Rangierbahnhöfen teils mehrere
60 Stunden bis ein Zug wieder abfahrbereit ist. Neben dem Fachkräftemangel ist auch die
61 unproduktive Zeit des Rollmaterials ein Problem.
62 Mit der DAK ließen sich solche Vorgänge erheblich vereinfachen und automatisieren.
63 Neben der eigentlichen mechanischen Verbindung zwischen den Wagen stellt die DAK auch
64 die Druckluftversorgung der Wagen sicher und kann auch als Datenleitung verwendet
65 werden. Züge können so in Rangierbahnhöfen wesentlich einfacher ent- und wieder
66 gekuppelt werden. Das erspart wesentliche Zeit und sorgt dafür, dass das Rollmaterial
67 weniger lang unproduktiv herumsteht. Dadurch kann der Güterverkehr effizienter und
68 wirtschaftlicher betrieben werden, was auch die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber
69 konkurrierenden Verkehrsmitteln, etwa LKW, erhöht.
70 Zur Einführung einer automatischen Kupplung gab es europaweit schon mehrere Anläufe.
71 Bereits seit mehreren Jahrzehnten werden alle neu zugelassen Schienenfahrzeuge für
72 die Nachrüstung einer automatischen Mittelpufferkupplung konstruktiv vorbereitet.
73 Derzeit läuft wieder ein Projekt zur Einführung einer automatischen Kupplung, dieses
74 Mal mit der DAK. Hierzu werden aktuell verschiedene Kupplungstypen in einem Testzug
75 europaweit getestet. Sollten die Tests zufriedenstellend ablaufen sollte die
76 Umrüstung des Rollmaterials schnellstmöglich stattfinden um die Vorteile der DAK
77 nutzen zu können.
78 Neben den Güterwagen müssen auch Lokomotiven und Reisezugwagen umgerüstet werden. Da
79 die DAK sehr ähnlich zur Scharfenbergkupplung aufgebaut ist, wäre sie auch für
80 Triebwagen (S-Bahn Züge, ICE Züge) eine sinnvolle Lösung, sodass die Insellösung zum
81 schnellen (Ent-)Kupplern von Triebwagen entfallen kann.

82

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag V7: Deutschland-Ticket ja! ...aber bitte sozial gerecht!

Antragsteller*in:	Jusos Rheinland-Pfalz
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	V - Verkehr & Infrastruktur

- 1 Das Deutschland-Ticket ist ein richtiger und wichtiger Schritt in die Richtung einer
- 2 nachhaltigen und einfachen Mobilität. Die aktuelle Umsetzung ist aber eines: sozial
- 3 ungerecht!
- 4 Wir fordern, dass das Deutschland-Ticket kostenlos wird für alle Minderjährigen,
- 5 Schüler*innen aller Schularten und -formen, Auszubildende, Studierende,
- 6 Freiwilligendienstleistende, Sozialhilfeempfänger*innen, sowie allen weiteren sozial
- 7 und finanziell bedürftigen Menschen!
- 8 Langfristig betrachtet kann das Ticket jedoch nur einer von vielen Schritten hin zu
- 9 einer echten Mobilitätswende sein. Daher halten wir weiterhin an unserer Forderung
- 10 nach einem ticketfreien ÖPNV fest. Das Deutschland-Ticket kann also nur ein
- 11 Übergangsmodell sein.

Begründung

Es gibt mehrere überzeugende Gründe, warum es kostenlose Deutschland-Tickets für Schüler*innen, Auszubildende, Studierende, FSJler*innen, Sozialhilfeempfänger*innen und anderen sozial bedürftigen Menschen geben sollte.

Erstens sorgt es für mehr Mobilität und soziale Integration. Bezahlbare Tickets für ganz Deutschland, wie das 9-Euro-Ticket, ermöglichen es auch finanziell schwächeren Menschen, nicht nur zur Arbeit und wieder nach Hause zu kommen, sondern ebenso, wie finanziell besser gestellten, in ganz Deutschland Urlaub zu machen. Sie können an weiter entfernten Freizeitaktivitäten und an vielfältigen sozialen oder kulturellen Veranstaltungen teilnehmen. Dies fördert also die soziale Teilhabe und verhindert soziale Isolation. Dies steigert das Wohlbefinden der Betroffenen und beugt psychischen Problemen vor. Es ermöglicht Menschen in schwierigen finanziellen Situationen, sich nicht zwischen notwendigen Anschaffungen und sozialer Teilhabe entscheiden zu müssen. Gesellschaftliche Solidarität durch kostenlose Deutschland-Tickets für Schüler*innen, Auszubildende, Studierende, FSJler*innen, Sozialhilfeempfänger*innen sowie allen anderen sozial Bedürftigen ermöglicht es diesen auch, mehr gemeinsame Aktivitäten mit finanziell besser gestellten Menschen zu unternehmen und so Klassenunterschiede zu überwinden.

Kostenlose Deutschland-Tickets helfen nicht nur sozial bedürftigen Menschen, sondern bieten auch langfristige Vorteile für die gesamte Gesellschaft. Durch den erleichterten Zugang zu Bildung, Mobilität und gesellschaftlicher Teilhabe können mehr Menschen ihre Potenziale entfalten und Klassenunterschiede werden überwunden.

Antrag V8: Höhere Entschädigungssummen bei Verspätungen Nah- und Fernverkehr der Bahn

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	V - Verkehr & Infrastruktur

Wir fordern ab einer Verspätung von 30 Minuten künftig 25% des Ticketpreises erstattet werden, bei 60 Minuten sollen 50% zum Tragen kommen. Verspätungen darüber hinaus sollen mit 75% Erstattung einhergehen.

Begründung

Seit einigen Jahren gibt es bei der Deutschen Bahn die Regel, dass Zugverspätungen ab 60 Minuten 25% Rückerstattung des gekauften Tickets für die entsprechende zur Folge haben. Ab 120 Minuten sind es 50%. Diese daraus resultierenden Geldbeträge sind deutlich zu gering angesetzt, nicht zuletzt aufgrund der vielen Reisenden und damit verbundenen vielen Zügen der DB, die davon betroffen sind. Schlussfolgern lässt sich hieraus unter anderem, dass Verspätungen bis zu 60 Minuten keiner Rückerstattung würdig sind, obwohl hierdurch wichtige Termine verpasst werden können und die persönliche wie auch berufliche Planung der Reisenden beeinträchtigt wird. Eine Regelung, die den Fahrgästen besser entgegenkommt, ist daher dringend notwendig und könnte wie folgt aussehen; Ab einer Verspätung von 30 Minuten sollen künftig 25% des Ticketpreises erstattet werden, bei 60 Minuten sollen 50% zum Tragen kommen. Verspätungen darüber hinaus sollen mit 75% Erstattung einhergehen.

Allein im letzten Jahr 2021 waren gerade einmal etwas über 75% der Fernverkehrszüge pünktlich, was auch gesehen gegenüber der Zuverlässigkeit des Schienenverkehrs als Hauptverkehrsmittel für viele Reisende ein großes Manko darstellt. Durch höhere Entschädigungszahlungen könnte gegenüber Reisenden bei Verspätungen in Zukunft ein respektvolleres Zeichen gesetzt werden und damit auch Verspätungen unter einer Stunde als Erstattung zu würdigen. In diesem Zusammenhang ist auch die generelle Ansicht der DB darüber, ab wann Verspätungen als solche zu anzuerkennen sind, zu hinterfragen. In einem Zeitfenster von bis zu 16 Minuten kann ein Zug noch als pünktlich gelten. Dies setzt realistisch jedoch voraus, dass die verlorene Zeit wieder eingeholt werden kann. Sofern dies nicht gelingt, werden nicht nur Anschlussverbindungen verpasst. Auch sind solche Zeitspannen auf Strecken, die ohnehin ungewöhnlich lang brauchen, beispielsweise aufgrund eines schlecht ausgebauten Schienennetzes (z.B. Verbindungen in NRW) eine zusätzliche Belastung.

Um die Bahn noch beliebter zu machen und diese als gute Alternative zum Auto zu gestalten, auch im Rahmen der notwendigen Verkehrswende, ist daher die Pünktlichkeit der Züge zu optimieren und auf dem Weg dahin über angemessenere Entschädigungszahlungen für Fahrgäste zu verhandeln. Dem Bund allein gehört die Deutsche Bahn, daher sehen wir als SPD diesen in der Pflicht, bezüglich dieses Themas mit der Bahn in verstärkten Austausch zu treten und sich in besonderer Weise gegenüber den Bedürfnissen der Fahrgäste zu positionieren.

Antrag W1: Grunderbe - weil alle erben sollten, was heute wenigen gehört

Antragsteller*in:	Juso-Bundesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

1 Die Bundesrepublik Deutschland ist der Staat mit der zweithöchsten
2 Vermögensungleichheit im gesamten Euroraum. Lediglich zehn Prozent der Bevölkerung
3 kontrollieren um die siebenundsechzig Prozent des gesamten gesellschaftlichen
4 Vermögens, das reichste Prozent besitzt über ein Drittel des gesamten Vermögens und
5 zwei Familien haben mehr Geld als die gesamte untere Hälfte der Bevölkerung.
6 Gleichzeitig verfügen die ärmsten zwanzig Prozent über kein nennenswertes Vermögen
7 und die ärmsten zehn Prozent sind sogar überschuldet. Das Ausmaß dieses Problems wird
8 oft unterschätzt. Mit einem Gini-Index bei Vermögen von 0,8 (0 entspricht dabei einer
9 absoluten Gleichverteilung, 1 entspricht einer maximalen Ungleichheit) ist
10 Deutschland eine der weltweit ungleichsten Demokratien.

11 Da mehr als die Hälfte dieser Vermögen vererbt oder verschenkt wurden, steht diese
12 massive Ungleichheit in unmittelbarem Zusammenhang mit dem System von Erbschaft und
13 Schenkung in Deutschland. Schätzungen bezüglich des deutschen Erbschaftsvolumens
14 belaufen sich auf unglaubliche 400 Milliarden Euro pro Jahr – das ist ungefähr das
15 gesamte Bruttoinlandsprodukt von Österreich oder 10 Prozent des BIP von Deutschland.
16 Durch niedrige Steuersätze und eine regressive Steuerbelastung sowie hohe und viele
17 Ausnahmen in der Erbschafts- und Schenkungssteuer werden lediglich 0,2 % dieses Erbes
18 zurück in die Gemeinschaft bzw. an den Staat umverteilt. Dabei gilt die Regel: Je
19 größer das Erbvolument, desto niedriger die Steuerbelastung: Der durchschnittliche
20 Steuersatz auf Erbschaften und Schenkungen von unter 20 Mio. Euro beträgt 9 %, bei
21 Erbschaften und Schenkungen von über 20 Mio. nur noch lediglich 2,8 %.

22 Wohneigentum ist in Deutschland extrem ungleich verteilt: Unter den 10 % der
23 Haushalte mit dem höchsten Nettovermögen verfügen 92 % über vermietete Immobilien,
24 die 20 % mit dem niedrigsten Nettovermögen besitzen nur 2 %. Dabei sind mehr als 70
25 % der vermieteten Immobilien in der Hand der 10 % reichsten Haushalte. Die
26 Wohneigentumsquote ist in keinem anderen EU-Land so niedrig wie in Deutschland. Nur
27 42 % der Personen besitzen die Immobilie, die sie bewohnen, in Ostdeutschland sogar
28 nur 37 %. 1,3 % der Deutschen besitzen hingegen Mietwohnungen, die sie in den meisten
29 Fällen geerbt haben oder durch eine Erbschaft finanzieren konnten.

30 Durch diese Wirkweise trägt die aktuelle Erbschaft- und Schenkungssteuer mit zu einer
31 fortlaufenden Konzentration von Vermögenswerten bei, anstatt diese aufzuheben und
32 steigert so Ungleichheit. Dadurch erfolgt für die Mehrheit der Menschen ein
33 konsequenter Ausschluss von der Möglichkeit, Rücklagen zu bilden.

34 Dies steht in direktem Zusammenhang zu sozialer Mobilität: Je ungleicher eine
35 Gesellschaft ist, desto niedriger ist ihre soziale Mobilität. Je mehr Erbe von immer
36 weniger Menschen vererbt wird, desto schwieriger wird der Aufbau von Vermögen durch
37 Erwerbsarbeit. Ungleichheit reproduziert sich dabei selbst. In Deutschland entsteht
38 durch diesen Prozess Vermögen nahezu nur noch durch Erbgang. Dieser Zustand

39 verhindert das Erreichen einer klassenlosen Gesellschaft. Die Idee einer
40 Gesellschaft, in der Arbeit die treibende Kraft für Wohlstand ist, verkommt mit dem
41 aktuellen System zur Legende.

42 **Ungleichheit gefährdet die Demokratie**

43 Die sich immer weiter verschärfende Vermögensungleichheit ist dabei nicht nur ein
44 schwerwiegendes ökonomisches Problem, sondern auch eine ernste Gefahr für die
45 Demokratie und ihre Institutionen. Vermögen ermöglichen ihren Eigentümern als
46 ökonomische Form von Kapital innerhalb der kapitalistischen Produktions- und
47 Verteilungsmechanismen Entscheidungshoheit über Produktionsabläufe und generieren
48 somit politischen Einfluss, welcher demokratisch nicht kontrolliert werden kann. Wir
49 lehnen die Anhäufung von Vermögen als Voraussetzung zur Teilhabe ab, erkennen aber,
50 dass im kapitalistischen System, in dem wir leben, genau das der Fall ist.

51 Langfristig übersetzen sich große Vermögensakkumulationen auch in Formen von
52 sozialem, symbolischem und kulturellem Kapital. Das ökonomische und soziale Kapital
53 der Eltern hat z.B. einen erheblichen Einfluss auf den Bildungserfolg der Kinder.
54 Eltern mit höherem ökonomischen Kapital haben oft die Möglichkeit, ihren Kindern
55 bessere Bildungschancen zu bieten, wie den Besuch von privaten Schulen,
56 Nachhilfeunterricht oder individuelle Förderung. Diese zusätzlichen Ressourcen können
57 dazu beitragen, dass Kinder bessere Noten in der Schule schreiben und sich auf höhere
58 Bildungswege vorbereiten können.

59 Ebenso ermöglicht ein großes Vermögen Zugang zu kulturellen Veranstaltungen und
60 Aktivitäten und somit zu sozialen und politischen Netzwerken. Daraus folgt, dass
61 Vermögen nicht nur bloße Konzentrationen von Kaufkraft, sondern auch immer
62 Akkumulationen politischer Macht sind. Ungleichheit von Vermögen bedeutet deshalb
63 Ungleichheit politischer Einflussmöglichkeiten. Wenn Vermögen nahezu nur noch über
64 Erbgang generiert und somit Ungleichheit in Vermögenswerten zementiert wird, folgt
65 hieraus eine Manifestierung von Machtgefällen zwischen verschiedenen sozialen
66 Gruppen. Diese Prozesse stehen in direktem Zusammenhang mit immer wiederkehrenden
67 gesellschaftlichen Problemen. In unserer Gesellschaft, geprägt von patriarchalen,
68 klassistischen und rassistischen sowie kolonialen Strukturen, die sich über die
69 vergangenen Jahrzehnte bis heute konstant halten, erben Männer häufiger als Frauen,
70 weil besonders große Vermögen oder Unternehmen oft an Söhne statt Töchter vererbt
71 werden, und nur Familien, die keinen historischen Bruch, durch Flucht oder
72 Vertreibung, und keine systemische und gesellschaftliche Benachteiligung erfahren
73 haben, verfügen überhaupt über erhebliche Vermögen, um diese zu vererben.

74 In Deutschland gibt es historisch gewachsene Ausbeutungsmechanismen, die sich in
75 verschiedenen Regionen auch heute noch im besonderen Ausmaß entladen.

76 Besonders eklatant zeigen sich diese Prozesse zwischen der besitzenden-
77 kapitalistischen und der ausgebeuteten Klasse, zwischen Ost- und Westdeutschland, bei
78 FINTA, Menschen mit Migrationsgeschichte, Menschen mit Behinderung und BIPOCs. Diese
79 besitzen unter anderem aufgrund struktureller Diskriminierung und Unterdrückung
80 weniger Vermögen.

81 Die Arbeiter*innenklasse wird im Kapitalismus, in dem wir leben, konsequent,
82 strukturell und klassistisch benachteiligt. Allein durch Lohnarbeit ist es in der
83 Regel so gut wie unmöglich, Rücklagen oder private Absicherungssysteme aufzubauen,
84 sozialer Aufstieg durch Arbeit ist ein leeres, neoliberales Versprechen. Gleichzeitig

85 führt ein mangelnder Zugang zu guter Lohnarbeit dazu, dass betroffene Personen
86 seltener in beruflichen Spitzenpositionen Fuß fassen, soziales Kapital generieren und
87 somit Wohlstand im Verlauf ihres Lebens erlangen. Im Gegensatz dazu können Menschen
88 mit Einkommen, das nicht aus Lohnarbeit kommt, hohe leistungslose Vermögen anhäufen.
89 Der Verdienst an den Grundbedürfnissen anderer wird über Generationen vererbt,
90 während auf der anderen Seite auch Armut und insbesondere Schulden über Generationen
91 weitergeben werden. Es braucht im Durchschnitt fünf Generationen, um aus dieser Armut
92 auszurechnen. Hierdurch entsteht eine strukturelle Ungleichheit.

93 Zwischen West- und Ostdeutschland zeigt sich ein enorm starkes Gefälle, welches sich
94 anhand von unterschiedlichen Lebensverhältnissen und der daraus resultierenden
95 Chancenungleichheit manifestiert.

96 Mehr als 30 Jahre nach der sogenannten Wiedervereinigung Deutschlands sind die
97 Unterschiede in den Lebensverhältnissen nach wie vor groß. Systembedingt konnten
98 Menschen in der DDR weniger privates Vermögen aufbauen und an die nachfolgenden
99 Generationen weitergeben als Menschen in Westdeutschland. Entsprechend sind die
100 individuellen Nettovermögen in Ostdeutschland deutlich geringer als in den alten
101 Bundesländern. Der Median des Nettogesamtvermögens liegt im Westen mit rund 60.000 €
102 dreimal so hoch wie im Osten mit nur 21.000 €. Auch bei den Erbschaften zeigen sich
103 extreme Ungleichheiten: Ostdeutsche erhalten seltener und kleinere Erbschaften. Am
104 gesamten Erb- und Schenkungsvolumen 2021 hatte der Osten Deutschlands lediglich 2,8
105 Prozent. Schon beim Geldvermögen erben Westdeutsche mehr als Ostdeutsche: Die
106 durchschnittliche Erbschaft liegt im Westen bei 92.000 €, im Osten nur bei 52.000 €.

107 Ein weiterer Faktor für die ungleiche Verteilung sind Immobilien: Während im Westen
108 in jedem zweiten Erbfall Immobilien vererbt werden, ist dies im Osten nur bei jedem
109 dritten Erbgang der Fall. Bei den Unternehmensvermögen ist die Ungleichheit noch
110 drastischer. Zwischen 2009 und 2020 wurden über 409 Milliarden Euro steuerfrei
111 verschenkt oder vererbt. Lediglich 1,6 Prozent gingen dabei nach Ostdeutschland. Es
112 gibt heute keine Region in Europa, in dem eine Bevölkerung so wenig Grund und Boden,
113 Immobilien und Betriebe besitzt, wie die Ostdeutschen in Ostdeutschland. Keine
114 Bevölkerung hat dort, wo sie lebt, so wenig Führungspositionen inne wie die
115 Ostdeutschen, sei es in den Betrieben, in den Medien, in den Verwaltungen und Banken,
116 beim Militär und bei der Polizei oder an den Gerichten und Universitäten. Und auch
117 diese fehlende Repräsentation steht im Zusammenhang mit fehlendem, sowie ungleich
118 verteiltem Kapital und der damit verbundenen sozialen Ungleichheit.

119 Die Vermögensungleichheit zwischen Männern und FINTA ist enorm. Laut einer Oxfam
120 Studie besitzen Männer 50 % mehr Vermögen als Frauen. Auch in Deutschland ist die
121 Vermögensungleichheit sehr deutlich. Hauptgrund dafür ist, dass FINTA viel unbezahlte
122 Reproduktionsarbeit leisten. Durch patriarchale Macht- und Unterdrückungsstrategien
123 verdienen Frauen für dieselbe Arbeit weniger Geld, arbeiten durch strukturelle
124 Nachteile häufiger in prekären Beschäftigungsverhältnissen, beispielsweise Minijobs
125 und Teilzeit (unbereinigter Gender-Pay-Gap von 18 % im Jahr 2023) und werden durch
126 politische Rahmenbedingungen wie die aktuellen Regeln zum Unterhalts- und
127 Betreuungsrecht oder dem Ehegatten-Splitting darüber hinaus zusätzlich strukturell
128 benachteiligt, weshalb sie häufiger von Armut und insbesondere Altersarmut betroffen
129 sind. FINTA werden durch ihre gesellschaftlich zugeschriebene Position seltener mit
130 Erbe von Betriebsvermögen bedacht, welches den Großteil des vorhandenen Vermögens

131 ausmacht.

132 In unserer Analyse beziehen wir uns hier auf die Geschlechterkategorien Mann und
133 Frau. Dies hat den Grund, dass Binarität eine Grundlage der meisten Datenerhebungen
134 ist, da die heterosexuelle Kleinfamilie Ausgangspunkt vieler Vorteile des
135 Sozialstaats ist und deshalb eine zentrale Säule unserer feministischen Analyse sein
136 muss. Nichtsdestotrotz erkennen wir an, dass queere Personen unter dem Patriachat
137 leiden. Insbesondere trans Personen erfahren häufig (Mehrfach-)Diskriminierungen, was
138 Auswirkungen auf ihren Zugang zum Arbeitsmarkt hat.

139 Menschen mit Behinderungen sind deutlich häufiger armutsgefährdet als Menschen ohne
140 Behinderungen. Das Armutsrisiko von Menschen mit Behinderungen liegt bei ca. 20 %.
141 Hierbei sind insbesondere jüngere Menschen mit Behinderungen von Armut betroffen, so
142 lag die Quote der 26-49-Jährigen im Jahr 2018 bei 27,8 %. Behinderte Menschen, die in
143 Werkstätten arbeiten, sind vom Mindestlohn ausgeschlossen, dies sorgt weiterhin für
144 enorme Ungleichheit. So können Menschen mit Behinderungen kaum Einkommen generieren
145 und somit keine Rücklagen bilden. Außerdem werden Menschen mit Behinderung aufgrund
146 nicht barrierefreier Infrastruktur oft vom öffentlichen Leben ausgeschlossen, sodass
147 eine Teilhabe an kulturellem und sozialem Kapital erschwert wird.

148 Aber nicht nur Menschen mit Behinderungen selbst, sondern auch ihre Angehörigen haben
149 durch langfristige Pflege und Betreuung ein erhöhtes Armutsrisiko. Diese pflegenden
150 Angehörigen sind zum überwiegenden Teil die weiblichen Familienangehörigen, die nicht
151 entlohnte Pflegearbeit leisten. Aus den Schwierigkeiten der Vereinbarkeit zwischen
152 Pflegearbeit und Erwerbsarbeit folgt auch hier häufig ein finanzieller Nachteil und
153 Einschränkungen der sozialen Teilhabe.

154 Vor allem Menschen mit Migrationsgeschichte und BIPOC sind in Deutschland mit den
155 Folgen relativer Armut konfrontiert und einem enormen Armutsrisiko ausgesetzt. Dies
156 wird vor allem auch durch die prozentualen Armutsentwicklungen der letzten Jahre
157 verdeutlicht. Im Jahr 2022 betrug die Armutsgefährdungsquote 28,1 % - im Vergleich zu
158 Menschen ohne Migrationsgeschichte lag diese nur bei 12,1 %. Dies macht deutlich,
159 Armut ist nicht gleich Armut und muss differenziert betrachtet werden, auch in der
160 Betrachtung der unterschiedlichen Herkunftsländer. Die meisten Menschen, die nach
161 Deutschland migrieren oder flüchten, kommen ohne Vermögen und Besitz nach
162 Deutschland. Deswegen sind Menschen mit eigener Migrationserfahrung von Armut
163 nochmals stärker betroffen als Menschen mit Migrationsgeschichte ohne eigene
164 Migrationserfahrung. Durch fehlende Teilhabeaspekte, diskriminierende Barrieren auf
165 dem deutschen Arbeitsmarkt und dem strukturellen Ausschluss aus
166 Bildungsinstitutionen, entstehen Wechselwirkungen, die das Armutsrisiko erhöhen und
167 die Armutsspirale für Menschen mit Migrationsgeschichte zementieren. Gerade diese
168 Zementierung durch die genannten Wechselwirkungen führt dazu, dass Armut an
169 nachfolgende Generationen weitervererbt wird. Aufgrund fehlender Daten, die explizit
170 auf die Lebensrealitäten von BIPOC eingehen, ist eine dezidierte Darstellung über die
171 Armutsbetroffenheit von BIPOC nicht quantifiziert. Allerdings lässt sich strukturell
172 erschließen, dass gerade eben auch BIPOC von Armut betroffen sind.

173 Aus einer intersektionalen Perspektive sind wir uns bewusst, dass die elaborierten
174 Perspektiven sich überschneiden können und erkennen an, dass mehrfach marginalisierte
175 Personen besonders von solchen Prozessen betroffen sind. Dieses intersektionale
176 Verständnis ist zentral, um die bestehende Vermögensungleichheiten zu analysieren.

177 Jedes Erbvermögen hat zudem eine Geschichte. Diese Geschichte ist nicht immer rein
178 und unbelastet. Einige der reichsten deutschen Erb*innen teilen nicht nur einen
179 gewaltigen Wohlstand, sondern auch eine sehr belastete Vergangenheit. Der Ursprung
180 ihres Vermögens ist von dunklen Kapiteln gezeichnet.

181 Beispielsweise profitieren die Erb*innen des BMW-Imperiums bis heute von den während
182 der NS-Herrschaft erzielten Gewinnen, die durch Zwangsarbeit, Raub und Kriegsgewinne
183 erwirtschaftet wurden. Sie sind nur die Spitze des Eisbergs in einer Generation von
184 Erb*innen, deren Vermögen seine Wurzeln im Nationalsozialismus hat oder in der Zeit
185 der NS-Herrschaft in großem Maße angehäuft wurde.

186 Nicht nur die NS-Vergangenheit ist hier von Bedeutung. Auch das koloniale Erbe spielt
187 eine entscheidende Rolle, insbesondere in den alten Handelsfamilien, die von der
188 Ausbeutung ehemals deutscher Kolonien auf dem afrikanischen Kontinent profitierten.
189 Beispiele wie das Unternehmen Sarotti der Familie Wöermann aus Hamburg zeigen, dass
190 blutig erworbenes Kolonialvermögen bis heute in den Händen der Erb*innen verbleibt.

191 **Tax the rich and lift the poor!**

192 Nach alledem ist nicht zu bestreiten, dass es in der BRD einer grundlegenden
193 Umverteilungspolitik bedarf. Hierfür sind eine umfassende Reform, vor allem die
194 Abschaffung von Ausnahmen für Betriebsvermögen, sowie eine Erhöhung der
195 Erbschaftssteuer unumgänglich.

196 Darüber hinaus wollen wir die Verschärfung der Erbschaftssteuer durch ein Grunderbe
197 für alle ergänzen. Eine reformierte Erbschaftssteuer bei gleichzeitiger Auszahlung
198 eines Grunderbes an junge Menschen von bereits 20.000€ hätte einer Studie des DIW
199 folgend das Potential den Gini-Koeffizienten Deutschlands um bis zu 7,2% zu senken.
200 Mit steigender Höhe des Grunderbes dürfte dieser Effekt noch stärker ausfallen.

201 Wenn jedem Menschen im Alter von 18 Jahren ein Erbe zusteht, ist dies eine massive
202 Investition in junge Menschen. Während aktuell insbesondere Menschen im Alter von um
203 die 50 Jahren erben, sorgt das Grunderbe dafür, dass junge Menschen über mehr Kapital
204 verfügen. Es ist offensichtlich, dass je nach ökonomischer Situation das Grunderbe
205 unterschiedlich eingesetzt werden wird. Dennoch werden junge Menschen das erhaltene
206 Grunderbe im Vergleich zu einem älteren Erbenden öfter innovativ, investiv oder zum
207 Zwecke der eigenen Ausbildung verwenden und seltener sparen. Dies bedeutet, dass das
208 über das Grunderbe verteilte Vermögen schneller und direkter zur Steigerung
209 gesellschaftlichen Wohlstands eingesetzt werden kann. Zudem kann das Grunderbe bei
210 gleichzeitiger Reform der Erbschaftssteuer zu einer stärkeren Angleichung der
211 Vermögensverhältnisse zwischen Ost und West sowie zwischen Menschen mit und ohne
212 Migrationsgeschichte beitragen.

213 Dabei ist uns aber klar, dass das Grunderbe für die Bekämpfung von Ungleichheit nur
214 ein Baustein sein kann, aber die entscheidenden Weichen im Leben eines Menschen viel
215 früher gestellt werden. Deshalb ist das Grunderbe kein Instrument, um Kinderarmut
216 oder die ökonomische Abhängigkeit des Bildungserfolgs zu bekämpfen. Wir Jusos fordern
217 weiterhin eine armutsfeste Kindergrundsicherung, eine Reform des Bildungssystems, in
218 dem das ökonomische, soziale und kulturelle Kapital der Eltern keine Rolle mehr
219 spielen. Ein armutsfester Sozialstaat steht für uns weiterhin an erster Stelle.

220 Ebenso muss uns klar sein, dass das Konzept eines Grunderbes droht, neoliberale
221 Erzählungen "Jede*r ist des eigenes Glückes Schmied*in" zu bedienen - so wird das

222 Grunderbe in armutsbetroffenen Familien vor allem genutzt werden, um das
223 Existenzminimum zu sichern, während andere das Geld in kapitalistischer Manier
224 vergrößern können. Deshalb schlagen wir zusammen mit unserem Konzept der
225 Erbschaftsteuer vor, das Grunderbe mit den Freibeträgen zu verrechnen und so
226 Mitnahmeeffekte zu minimieren.

227 Für uns ist klar: Das Grunderbe kann nur ein Baustein einer umfassenden
228 Umverteilungspolitik sein. Das Grunderbe allein in einem rein kapitalistischen System
229 ist kaum in der Lage, uns der Vision einer Gesellschaft der Freien und Gleichen näher
230 zu bringen.

231 **Unser Grunderbekonzept**

232 Unser Konzept des Grunderbes sieht eine bedingungslose Auszahlung von 60.000 € an
233 jede Person vor, die das 18. Lebensjahr vollendet und ihren Hauptwohnsitz in
234 Deutschland hat. Dies gilt für alle Menschen unabhängig des Aufenthaltsstatus. Die
235 Verwendung des Grunderbes soll nicht zweckgebunden sein. Aufgrund unseres
236 emanzipatorischen Weltbildes wissen wir, dass junge Menschen für sich selbst und ihre
237 Handlungen Verantwortung übernehmen und selbstbestimmt über eine Geldsumme verfügen
238 können. Jeden Versuch paternalistischer Bevormundung junger Menschen durch
239 Auszahlungsbedingungen oder Zweckbindungen eines Grunderbes lehnen wir deshalb
240 unbeding ab.

241 Die Auszahlung erfolgt automatisch und antragslos. Menschen, die das Ihnen zustehende
242 Grunderbe mit Vollendung des 18. Lebensjahres noch nicht verwenden wollen, sollen die
243 Möglichkeit erhalten, ihr Grunderbe maximal bis zur Vollendung des 30. Lebensjahres
244 jederzeit nach Bedarf abzurufen.

245 Die Einführung des Grunderbes muss mit einer hohen Sensibilisierung einhergehen, wir
246 wollen junge Menschen in allen Schulformen darüber aufklären, welche Möglichkeiten
247 das Grunderbe bietet. Zusätzlich braucht es außerschulische Möglichkeiten der
248 Aufklärung, z.B. im Rahmen von Kursen an Volkshochschulen.

249 Der finanzielle Aufwand unseres Grunderbes beträgt rund 45 Mrd. Euro pro Jahr.
250 Hierfür müssen nicht einmal 15 % der rund 400 Mrd. €, die jährlich leistungslos
251 vererbt werden, durch die Erbschaftsteuer eingenommen und umverteilt werden. Wir
252 schlagen hierfür folgende Reform der Erbschaftsteuer vor:

253 Unser Instrument, um die Vermögensgegensätze, die sich in den letzten Jahrzehnten
254 kaum regulierter kapitalistischer Akkumulation gebildet haben, aufzulösen, ist die
255 Erbschaft- und Schenkungsteuer (im Weiteren nur Erbschaftsteuer) als Bundessteuer.

256 In der jungsozialistischen Erbschaftsteuer soll es nur noch einen einzigen
257 persönlichen und universellen Grundfreibetrag in Höhe von 999.999 Euro geben. Im
258 Gegensatz zum bisherigen Steuersystem gilt dieser Freibetrag jedoch nicht mehr im
259 konkreten Verhältnis erblassende Person und erbende Person bzw. schenkende Person und
260 beschenkte Person innerhalb von 10 Jahren, sondern universell für jede Person
261 lebenslang. Dies bedeutet, dass ein Mensch in seinem Leben maximal 999.999 Euro
262 steuerfrei erben oder als Schenkung erhalten kann.

263 Die Besteuerung des außerhalb des Grundfreibetrages liegenden steuerpflichtigen
264 Betrages soll mit einem Steuersatz von 10 % einsteigen. Zur Herstellung der
265 Progression der Erbschaftsteuer bei gleichzeitig niedrigem Verwaltungsaufwand soll
266 diese als Stufensteuer ausgestaltet werden. Der Einstiegssteuersatz von 10 % gilt

267 hierbei für die erste Million, die außerhalb des Grundfreibetrags liegt. Die zweite
268 Million soll auf der nächsten Stufe mit 20 % und die dritte Million auf der dritten
269 Stufe mit 30 % besteuert werden. Die weiteren Stufen folgen diesem Prinzip, bis die
270 neunte außerhalb des Freibetrags liegende Million mit 90 % besteuert wird. Ab diesem
271 Punkt verbleibt der Steuersatz auf dieser Höhe.

272 Mitnahmeeffekte, die durch die bedingungslose Auszahlung des Grunderbes erzeugt
273 werden, können über die Erbschaftsteuer wieder eingezogen werden. Hierfür müssen
274 bestehende Freibeträge in der Erbschaftsteuer mit dem ausgezahlten und bis zum
275 Erbfall verzinsten Grunderbe verrechnet werden.

Antrag W2: Ich will nich' dein Haus Opi, aber deine Villa würd' ich nehmen! - Über ein sozialistisches Steuersystem

Antragsteller*in:	Juso-Bundesvorstand
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

1 1. Steuern und Sozialismus

2 Wir Jusos wollen die Gesellschaft der Freien und Gleichen. Darunter verstehen wir
3 eine Gesellschaft, die sozialen, ökologischen und ökonomischen Fortschritt mit der
4 freien Entwicklung und Entfaltung aller auf Basis ökonomischer Sicherheit verbindet.
5 In ihr ist gleiche Teilhabe an Wohlstand und gleicher Zugang zu gesellschaftlicher
6 Macht gewährleistet. Geschlecht, Sexualität, Herkunft, soziale Stellung, individuelle
7 Vorlieben und körperliche wie geistige Verfassung gereichen in ihr niemandem zum
8 Nachteil. Sie steht allen offen und sorgt für Teilhabe auf allen Ebenen. Die
9 Gesellschaft der Freien und Gleichen kennt keine Grenzen. Das Streben hin zu dieser
10 Gesellschaft und der Prozess des hierbei stetig zu erringenden Fortschritts begreifen
11 wir als Demokratischen Sozialismus.

12 Immanenter Bestandteil des Demokratischen Sozialismus ist dabei das Bestreben eine
13 sozialistische Organisation der Produktion zu erreichen. Der Bundeskongress 2019 hat
14 mit dem Beschluss W3 Möglichkeiten einer solchen sozialistischen Produktionsweise
15 unter den Bedingungen von Rechtsstaat und freiheitlicher Demokratie dargestellt.

16 Ein sozialistisches Verständnis von Besteuerung muss dem doppelten Sozialismusbegriff
17 gerecht werden. Das heißt, unser Verständnis von Besteuerung muss der Erkenntnis
18 gerecht werden, dass der Demokratische Sozialismus sowohl ein ständiger
19 gesellschaftlicher Prozess, als auch eine Organisationsform der Produktion ist. Diese
20 kann von der gesellschaftlichen Ressourcenverteilung durch Betriebsräte bis hin zu
21 einer sozialistischen Marktlösung reichen. Dies bedeutet, dass der Entwurf eines
22 sozialistischen Besteuerungssystem immer zwei Fragen beantworten muss:

23 1. Wie behindert die aktuelle Besteuerung den Prozess des Demokratischen
24 Sozialismus?

25 2. Welche Rolle hat die Besteuerung in einer von uns angestrebten sozialistischen
26 Produktionsweise?

27 2. Grundprinzipien einer sozialistischen Steuerreform

28 Anhand des sich aus unserer Programmatik ergebenden Verständnisses von Sozialismus
29 lassen sich folgende Grundsätze für die von uns angestrebte Reform des Steuersystems
30 feststellen:

31 Das Steuersystem sozialistischer Prägung

- 32 • basiert auf rationalen Erwägungen und empirischen Erkenntnissen,
- 33 • reflektiert gesellschaftliche Machtverhältnisse jeder Art und hilft
34 Machtkonzentrationen zu zerschlagen,
- 35 • hilft die natürlichen Grenzen des Planeten einzuhalten und so die
36 Lebensgrundlagen menschenwürdigen Lebens zu erhalten und

- 37 • verfolgt das Ziel sozial und ökonomisch nachhaltigen Wohlstand für alle Menschen
38 zu sichern.

39 Dies bedeutet insbesondere, dass das Steuersystem sozialistischer Prägung

- 40 • im Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zugunsten des Faktors Arbeit wirkt,
41 also insbesondere Kapital belastet und zur Steigerung der sozialen Gleichheit
42 beiträgt,
43 • feministische Kämpfe dahingehend unterstützt, patriarchale Ungleichheiten zu
44 beseitigen, und gendergerechte Besteuerungsergebnisse erzeugt,
45 • queerfeindliche Systeme bekämpft und strukturelle Unterdrückung beendet,
46 • durch rassistische und koloniale Strukturen entstandene Vermögens-, Einkommens-
47 und Machtungleichgewichte angreift und dabei hilft ihre erneute Entstehung
48 national und international zu verhindern,
49 • Anreize zum ökologisch und sozial nachhaltigen Wirtschaften steigert und
50 • auf regionale Lebensverhältnisse angleichend wirkt.

51

3. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Funktion von Steuern

52 In der Geschichte moderner Gesellschaften wurden einzelnen Steuern, aber auch dem
53 gesamten Steuersystem bereits verschiedenste Funktionen zugewiesen. Um die oben
54 beschriebenen Grundsätze zu erfüllen, bedarf es Klarheit über die Frage, welche
55 gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Funktionen von Steuern erfüllt werden können.

56 1. Die Finanzierungsfunktion

57 Häufig wird im politischen sowie volkswirtschaftlichen Diskurs dem Steuersystem die
58 Aufgabe der staatlichen Finanzierung zugewiesen. Das Steueraufkommen soll dabei
59 möglichst die staatlichen Ausgaben decken. Wir Jusos lehnen eine solch starre
60 Betrachtung staatlicher Besteuerung ab. Wie der Bundeskongress 2021 im Antrag W3
61 erkannt und beschlossen hat, sind die durch Steuern generierten Einnahmen keine
62 notwendige Voraussetzung zur Finanzierung staatlicher Tätigkeiten.

63 Der Staat hat insbesondere für Investitionen eine praktisch unerschöpfliche Menge an
64 Geld über die Zentralbank zur Verfügung. Die Frage ist hier nicht die
65 Finanzierbarkeit, sondern ob Investitionen mit den verfügbaren Produktivkräften
66 umsetzbar sind und sich langfristig lohnen. Für Ausgaben mit Zukunftscharakter bedarf
67 es keiner unmittelbaren einnahmenseitigen Gegenfinanzierung über Steuern.

68 2. Die Umverteilungsfunktion

69 Steuern sind das wesentliche Instrument, um der ungerechten Verteilung von Einkommen
70 und Vermögen entgegenzuwirken. Der Staat übernimmt dabei die umverteilende Rolle.
71 Hierfür stellen Ertragsteuern und Vermögenssteuern ein wesentliches Instrument dar.
72 Zudem haben sich in den letzten Jahrzehnten in den Händen Einzelner durch die
73 Aneignung fremder Arbeitskraft derartige Kapitalmengen akkumuliert, dass sie neben
74 einem Gerechtigkeitsproblem auch ein gesellschaftliches Machtungleichgewicht
75 zugunsten einiger weniger Hochvermögender schaffen. Dies stellt neben den
76 unerwünschten sozialen Implikationen auch eine Bedrohung für den Anspruch dar,
77 gesellschaftliche Produktion zu lenken. Somit ist es erforderlich, insbesondere über

78 erhöhte vermögenswirksame Steuern (d.h. Erbschafts- und Vermögenssteuern),
79 akkumulierte Guthaben wieder zu vergesellschaften und gesamtwirtschaftlich nutzbar zu
80 machen.

81 3. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Steuerungs- und Lenkungsfunktion

82 Häufig wird Steuern unter der Phrase "Steuern durch Steuern" auch Steuerungs- oder
83 Lenkungsfunktion zugewiesen. Der erhoffte Lenkungseffekt bezieht sich dabei sowohl
84 auf individuelles Verhalten wie Konsum als auch auf makroökonomische Kennzahlen wie
85 Produktion, Binnennachfrage, Konjunktur und Inflation. Häufig sollen hier indirekte
86 Steuern als Mittel der Lenkung zum Einsatz kommen.

87 Für uns Jusos ist klar, dass indirekte Steuern zur gezielten Lenkung der Produktion
88 beitragen können. Höhere indirekte Steuern können die Produktionskosten erhöhen. Dies
89 senkt oder verlagert die Produktion und Investitionen in diesen Bereich.

90 Der extensiven Lenkung individuellen Konsumverhaltens durch indirekte Besteuerung,
91 stehen wir auf Grund der kaum zu vermeidenden sozialen Ungerechtigkeiten, die diese
92 mit sich bringt, kritisch gegenüber.

93 4. Transparenz und Klarheit als notwendige Voraussetzung gerechter Besteuerung

94 Der Staat ist als Träger der Besteuerung in hohem Maße auf die Mitwirkung
95 steuerpflichtiger Personen angewiesen. Im derzeitigen System profitieren insbesondere
96 Gruppen mit bereits hoher Macht- und Kapitalkonzentration von zahlreichen
97 Möglichkeiten, diese Mitwirkung zu verweigern oder auf Grund der Komplexität des
98 Systems Lücken zu finden. Ein umfassendes Eigentums-, Besitz- und Vermögensregister
99 ist deshalb die notwendige Voraussetzung einer gerechten Besteuerung, um so
100 gesellschaftliche Klarheit über die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen Mitgliedes der
101 Gesellschaft zu erhalten.

102 Darüber hinaus muss das sozialistische Steuersystem dem Grundsatz "So einfach wie
103 möglich, damit möglichst jeder das System versteht und versteckte Lücken geringer
104 werden und so komplex wie nötig, damit ausreichende Einzelfallgerechtigkeit gewahrt
105 ist" folgen.

106 **Intersektionale Perspektive auf das deutsche Steuersystem**

107 Um die Wirkung von Steuern zu verstehen und warum vor allem marginalisierte Gruppen
108 unter dem jetzigen Steuersystem leiden, ist es wichtig Intersektionalität zu
109 verstehen und sich die bestehenden Ungleichheiten bewusst zu machen. Der Begriff
110 Intersektionalität ist geprägt von der Juristin Kimberlé Crenshaw und beschreibt das
111 Überschneiden von Diskriminierungen (bspw. race, class und gender).

112 Dass Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten nicht die Gesamtgesellschaft betreffen,
113 sondern vor allem marginalisierte Gruppen, zeigen die Armutsgefährdungsquoten. Sie
114 zeigen beispielsweise, dass Menschen mit Migrationsgeschichte eine
115 Armutsgefährdungsquote von 38,9 % haben. Im Vergleich lag die gesamtgesellschaftliche
116 Armutsgefährdungsquote 2020 bei 16,2 %. Ebenso stärker von Armutsgefährdung betroffen
117 sind Erwerbslose, Menschen mit lückenhafter oder ohne (Berufs-)Qualifizierung,
118 Alleinerziehende, junge Menschen, Rentner*innen, queere Menschen im Alter und Frauen.
119 Im Kontext dieses Antrags werden wir ausschließlich den Begriff Frauen verwenden, da
120 unter anderem die Datenlage zu nicht-binären Menschen fehlt.

121 Derzeit ist Vermögen und Einkommen extrem ungleich verteilt – so besitzen die
122 reichsten 10% ca. 67% des gesamten Vermögens und damit mehr als alle anderen 90%
123 zusammen. Eine Folge dieser Ungleichheit ist Armut. Diese befördert z.B. schlechtere
124 Bildungschancen: Wer kein Vermögen hat, hat schlechtere Startvoraussetzungen und
125 damit geringere Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben.

126 Das Problem ist also klar: Das jetzige System schafft es nicht, marginalisierte
127 Gruppen zu schützen und Vermögen umzuverteilen. Dies ist der jetzige, fatale Status
128 Quo, auf welchen man mit einem jungsozialistischen Steuersystem endlich Antworten
129 finden muss.

130 **Unser feministisches Steuersystem**

131 In unserer Erarbeitung eines jungsozialistischen Steuersystems müssen wir einmal mehr
132 verdeutlichen, was wir mit dem “lila Faden” meinen: Das Identifizieren patriarchaler
133 Struktur in jedem politischen Teilbereich.

134 In unserer Analyse beziehen wir uns hier auf die Geschlechterkategorien Mann und
135 Frau. Dies hat den Grund, dass die heterosexuelle Kleinfamilie Anknüpfungspunkt
136 vieler steuerlicher Vorteile ist und deshalb eine zentrale Säule unserer
137 feministischen Analyse sein muss. Nichtsdestotrotz erkennen wir an, dass queere
138 Personen unter patriarchaler Gewalt leiden.

139 Im Einzelnen ist dies besonders wichtig für unsere Analyse der tatsächlichen
140 Steuerlast nach Geschlecht, der Identifikation (indirekter) Anreize für
141 heterosexuelle Kleinfamilienmodelle, die Frauen strukturell erschweren eigenes
142 Vermögen zu akkumulieren und zu halten, die Vermögensungleichverteilung nach
143 Geschlecht, sowie die Einkommensverteilung. Denn Frauen werden strukturell von
144 Kapital ausgeschlossen, um sie im Raum des Privaten und der Sorgearbeit zu halten und
145 ihnen so Machtmöglichkeiten zu verwehren. Auch außerhalb von heterosexuellen
146 Beziehungen werden Frauen durch das Patriarchat unterdrückt. Lesbische Paare haben im
147 Vergleich zu heterosexuellen Paaren ein deutlich niedrigeres Einkommen, da sie durch
148 den Gender Pay Gap doppelt betroffen sind und geringere durchschnittliche Einkommen
149 als heterosexuelle Beziehungen haben.

150 Schon lange fordern wir Jusos die Abschaffung des Ehegattensplittings. Bei 90% der
151 vom Ehegattensplitting profitierenden Partnerschaften, ist die Frau diejenige, die
152 weniger verdient als der Mann, was durch dieses Instrument verstärkt wird. Wir wollen
153 nochmal mit Nachdruck wiederholen, dass das Ehegattensplitting abgeschafft werden
154 muss. Darunter verstehen wir die vollständige Abschaffung des Splittingtarifs
155 zugunsten konsequenter Individualbesteuerung.

156 Eine wirkungsvolle Vermögenssteuer kann außerdem ein Umverteilungsmechanismus auf dem
157 Weg zu mehr Geschlechtergerechtigkeit sein. Männer verfügen im Schnitt über rund 33%
158 mehr Vermögen als Frauen.

159 Viele Steuervorteile werden überdurchschnittlich von Männern geltend gemacht, was
160 häufig damit zu tun hat, dass Frauen in ihrem Erwerbsleben weniger oft in hohe
161 Positionen kommen und häufiger in Teilzeit oder prekärer Beschäftigung angestellt
162 sind. So machen Frauen beispielsweise nur etwa die Hälfte der Werbungskosten geltend,
163 die im gleichen Zeitraum von Männern geltend gemacht werden. Auch Arbeitswege sind in
164 Deutschland steuerlich gefördert, Wege für unbezahlte Carearbeit (wie etwa der Weg,
165 um Kinder zur Schule zu bringen) allerdings nicht.

166 **Unser antirassistisches Steuersystem**

167 Im vorherrschenden Steuersystem werden vor allem *weiße*, reiche Männer bessergestellt.
168 Wohingegen migrantisierte Menschen, beispielsweise bei der Erbschaftssteuer, nicht
169 von den großzügigen Verschonungsregeln für Betriebsvermögen profitieren, da sie
170 weniger ökonomisches Kapital besitzen. Steuern auf Lohn treffen sie vergleichsweise
171 härter. In Deutschland besteuern wir gerade aber vor allem Lohn und nicht Vermögen.
172 Hierdurch reproduziert das aktuelle Steuersystem die bestehenden
173 Vermögensunterschiede zwischen migrantisierten und *weißen* Menschen.

174 Ein weiteres Problem ist der Rassismus in der Finanzverwaltung. Rassistische
175 Vorstellungen sind in deutschen Behörden noch immer weit verbreitet und strukturell
176 eingebettet. Dies führt zu weiteren Stigmatisierungen und Diskriminierungen, wie z.B.
177 häufigere Betriebsprüfungen.

178 Historisch gesehen sind Kleingewerbe-Betriebe, wie Gastronomien, Kioske oder
179 Lebensmitteleinzelhandel, oft durch migrantisierte Menschen geprägt. Der Weg in die
180 Selbstständigkeit dient in der migrantischen Ökonomie dabei als Ausbruch aus
181 ausbeuterischen Lohnarbeitsverhältnissen und rassistisch geprägten
182 Abhängigkeitsverhältnissen zu Arbeitgeber*innen. Der einfachste Weg in die
183 Selbstständigkeit ist die Form des Einzelunternehmens. Dieser ist oft mit hohen
184 bürokratischen Hürden und finanziellem Aufwand verbunden. Die Entlastungen, die wir
185 im Folgenden für niedrige Einkommen in der Einkommensteuer vorschlagen, wirken auch
186 hier entlastend. Dasselbe gilt für die im Weiteren vorgeschlagenen staatlichen
187 Steuerberatungsleistungen für die Neugründung von Kleinbetrieben. Eine Reform des
188 Steuerwesens muss eine steuerliche Entlastung von wenig kapitalintensiven Kleinst-
189 und Kleinbetrieben umfassen.

190 Darüber hinaus arbeiten migrantisierte Menschen überdurchschnittlich häufig in nicht-
191 tarifgebundener, prekärer Beschäftigung. Sie sind öfter von Armut betroffen und haben
192 ein höheres Risiko in die Arbeitslosigkeit zu rutschen. Dies liegt etwa an
193 rassistischen Strukturen im Bildungssystem und eingeschränktem Zugang zum
194 Arbeitsmarkt. Aktuell belasten indirekte Steuern migrantisierte Menschen meist
195 stärker als *weiße* Menschen. Im Widerspruch von Kapital und Arbeit finden sich
196 migrantisierte Menschen oft auf der Seite der Arbeit wieder und damit struktureller
197 Ungleichheit ausgesetzt. Unsere kritische Auseinandersetzung mit indirekten Steuern
198 und ihren Wirkungsweisen, unterliegt deshalb auch unserer antirassistischen
199 Perspektive.

200 **Unser internationalistisches Steuersystem**

201 Aktuell wird die globale Steuerordnung zur Festlegung internationaler Regelungen von
202 Ländern des Globalen Nordens dominiert, insbesondere über die G20 und die OECD.

203 Das gegenwärtige internationale Steuersystem lässt viel Spielraum für aggressive
204 grenzüberschreitende Steuervermeidung und -hinterziehung sowie intransparente
205 Steuergestaltung zu. Aktuelle Bemühungen der internationalen Gemeinschaft adressieren
206 diese Probleme jedoch nicht hinreichend und führen weiterhin zu Steuerverlusten in
207 Milliardenhöhen. Besonders Länder des Globalen Südens leiden darunter. Unter anderem
208 dieser Steuerverlust untergräbt Entwicklungschancen und die Finanzierung von
209 grundlegenden öffentlichen Dienstleistungen und Gütern.

210 Wir treten für eine internationale Steuer-Governance, die inklusiv und

211 gleichberechtigt ist, ein. Internationale Steuerregeln sollten nicht von den Ländern
212 des Globalen Nordens diktiert werden. Jedes Land sollte gleichberechtigt bei der
213 Gestaltung des internationalen Steuersystems mitwirken dürfen. Daher fordern wir,
214 dass internationale Steuerfragen und die internationale Kooperation zu Steuerfragen
215 in multilateralen Organisationen mit gleichberechtigter und inklusiver Teilhabe
216 organisiert werden. Die OECD ist aufgrund der Dominanz der Staaten des Globalen
217 Nordens hierfür keine geeignete Plattform. Aktuell ist eine gleichberechtigte und
218 inklusive Teilhabe an der Festlegung solcher Regeln für internationale Steuer-
219 Governance am ehesten unter dem Dach der UN möglich. Deshalb fordern wir eine UN-
220 Steuerkonvention, in der neben Regelungen zur Zusammenarbeit und Bekämpfung von
221 Steuerhinterziehung und -vermeidung auch einheitliche Regeln zur Vermeidung
222 internationaler Doppelbesteuerung allgemeinverbindlich festgelegt werden. Hierdurch
223 werden die bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen, die in der Regel zum Vorteil der
224 Staaten des Globalen Nordens wirken, durch eine gerechtere Regulierung ersetzt.

225 Wir unterstützen die Länder des Globalen Südens beim Aufbau von feministischen,
226 dekolonialen, progressiven, gerechten und transparenten Steuersystemen. Daher fordern
227 wir, dass die auszubauende deutsche Entwicklungszusammenarbeit in Abstimmung mit den
228 Partnerländern und entsprechend deren Bedürfnissen diese finanziell und technisch
229 beim Aufbau schlagkräftiger Steuerverwaltungen und der Ausbildung relevanter
230 Fachkräfte unterstützt.

231 **Regionalökonomische Perspektiven**

232 Wirtschaftlich betrachtet wird allgemein oft angenommen, dass in den Städten hohe
233 Einkommen und hohe Mieten vorherrschen. Auf dem Land dagegen seien sowohl die Mieten
234 als auch die Einkommen geringer.

235 Ein Blick auf die Daten zeigt, dass die Städte sehr wohl die ökonomischen Zentren
236 bilden und dort das BIP pro Kopf, also die Wertschöpfung wesentlich höher ist, als in
237 ländlich geprägten Gebieten. Auch die angenommenen Unterschiede in den Mieten
238 bestätigen sich.

239 Bei den Unterschieden in den Einkommen ist allerdings in den vergangenen Jahren eine
240 Angleichung zu beobachten. So liegt der Median der verfügbaren Einkommen in den
241 Städten nur noch knapp 6% über dem Median der Einkommen auf dem Land. Ein
242 Unterschied, der sich durch die höheren städtischen Mieten mindestens aufhebt.

243 Mit Blick auf die kommunalen Steuern zeigen sich einige Unterschiede zwischen Stadt
244 und Land:

245 Die Belastung durch kommunale Steuern ist in Städten höher als auf dem Land.
246 Ursächlich ist die unterschiedliche Höhe beispielsweise der Grundsteuer B,
247 Gewerbesteuer oder Hundesteuer.

248 Dabei ist zu bedenken, dass marginalisierte Gruppen, vor allem BIPOCs, wesentlich
249 häufiger in Städten wohnen. Die steuerliche Benachteiligung des Lebens in Städten
250 gewinnt hierdurch intersektionale Relevanz.

251 Neben einem regionalen Gefälle zwischen Stadt und Land ergibt sich auch ein Gefälle
252 zwischen dynamischen Entwicklungsräumen und Räumen, die von
253 Deindustrialisierungsprozessen betroffen waren oder sind, wie z.B. die ostdeutschen
254 Flächenländer, das Ruhrgebiet und das Saarland. Diese Kommunen sind fast
255 flächendeckend steuerschwach und haben so einen deutlich geringeren

256 Gestaltungsspielraum bei der kommunalen Selbstverwaltung.

257 Ein Großteil unserer Kommunen ist chronisch unterfinanziert. Durch das gegenwärtige
258 System, in welchem die Kommunen die Höhe der für ihre Gemeinde erhobenen
259 Gewerbesteuer selbst bestimmen, entsteht ein Unterbietungswettbewerb. Die Kommunen
260 versuchen durch möglichst niedrige Gewerbesteuersätze Sitzverlegungen von Betrieben
261 in ihre Gemeinde zu erreichen, um somit überhaupt gewisse Einnahmen zu erzielen.

262 Dieses schädliche "race-to-the-bottom" findet sowohl im Verhältnis größerer Städte zu
263 ihren Umlandgemeinden, als auch zwischen ländlichen Gemeinden statt. Die hierdurch
264 insgesamt entstehenden Mindereinnahmen der kommunalen Ebene werden dann unter anderem
265 durch Erhöhungen der kommunalen Grundsteuerhebesätze notdürftig ausgeglichen, da hier
266 der Gegenstand der Besteuerung weniger mobil ist.

267 Mit unserer Steuerreform wollen wir aus diesem Teufelskreislauf ausbrechen. Hierfür
268 wollen wir den steuerlichen Teil der kommunalen Finanzierung auf völlig neue
269 Grundlagen stellen.

270 Wir wollen die Grundsteuer und Gewerbesteuer abschaffen. Die Grundsteuer wird
271 vollständig durch das von uns vorgeschlagene Vermögensteuerkonzept ersetzt. Anstelle
272 der Gewerbesteuer wird die Körperschaftsteuer um 15% erhöht. Damit wollen wir den
273 kommunalen Unterbietungswettbewerb beenden. Im neuen System steuerlicher
274 Kommunalfinanzierung soll nicht mehr entscheidend sein, welcher Gemeinde es gelingt,
275 möglichst viele Unternehmen anzulocken oder wo zufällig eher wohlhabende Menschen
276 leben. Einzig und allein entscheidend soll der finanzielle Bedarf der Gemeinde sein.

277 Hierfür soll ein bundesweiter Fond eingerichtet werden. In diesen soll zunächst der
278 Teil der Körperschaftsteuer, der die Gewerbesteuer ersetzt, einfließen. Ergänzt
279 werden soll er durch einen angemessenen Anteil der Vermögen-, Erbschaft- und
280 Einkommensteuer. Diese wollen wir daher als Bundessteuern ausgestalten. Das
281 Gesamtvolumen dieses Fonds wird im Anschluss auf alle Kommunen nach einem Schlüssel,
282 der sowohl einen Bevölkerungs- als auch einen Flächenfaktor enthält, verteilt.

283 Die Gestaltungsfreiheit kommunaler Selbstverwaltung wird so durch eine bundesweit
284 gleichmäßige und gerechte Verteilung steuerlicher Mittel gewährleistet. Andere
285 Mechanismen kommunaler Finanzierung wie Schlüsselzuweisungen, das Recht Gebühren und
286 Abgaben zu erheben und das kommunale Erfindungs- und Erhebungsrecht lokaler
287 Verkehrssteuern sollen hiervon unberührt bleiben. So wird die kommunale
288 Selbstverwaltung vom steuerlichen Unterbietungswettbewerb befreit und ist frei in der
289 Gestaltung des kommunalen Gemeinwesens.

290 **Vermögen**

291 Die konsequente Besteuerung von Vermögenswerten ist zentral für eine konsequente
292 Umverteilungspolitik.

293 Vermögen setzt sich dabei einerseits aus Ersparnissen im Laufe eines Lebens zusammen
294 und andererseits aus Erbschaften früherer Generationen. Das Vermögen der reichsten
295 1000 Familien Deutschlands ist überwiegend über hundert Jahre alt, nur 24 % sind seit
296 1950 entstanden.

297 Bei einem Gesamtvermögen der privaten Haushalte in Deutschland von knapp 11 Billionen
298 Euro werden zwischen 2015 und 2024 drei von zehn Vermögenswerten den*die Besitzer*in
299 wechseln. In diesem Zeitraum werden 3,1 Billionen Euro vererbt, 2,1 Billionen davon

300 an die nächste Generation.

301 Dabei sind Erbschaften in Deutschland sehr ungleich verteilt: wie bei großen
302 Vermögen, konzentrieren sich auch große Erbschaften auf wenige Personen. Während jede
303 achte Erbschaft vermögenslos ist, geht die Hälfte des gesamten Erbschaftsvolumens an
304 die oberen zehn Prozent. Erbschaften verstärken die absolute Ungleichheit enorm:
305 Personen mit größerem kulturellem und ökonomischem Kapital haben eine höhere
306 Erbchance und erhalten höhere Erbsummen.

307 Ein erheblicher Unterschied zeichnet sich auch zwischen Ost- und Westdeutschland ab,
308 so ist die Erbquote mit 33% in Ostdeutschland deutlich geringer als mit 49% in
309 Westdeutschland.

310 **Erbschaft- und Schenkungsteuer**

311 Unser Instrument, um diese Vermögensgegensätze, die sich in den letzten Jahrzehnten
312 kaum regulierter kapitalistischer Akkumulation gebildet haben, aufzulösen, ist die
313 Erbschaft- und Schenkungsteuer (im Weiteren nur Erbschaftsteuer) als Bundessteuer.
314 Eine konsequente Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen ermöglicht einen
315 direkten staatlichen Zugriff zum Zwecke der Umverteilung bei verhältnismäßig wenig
316 Verwaltungsaufwand. Zu diesem Zwecke wollen wir die bestehende Erbschaftsteuer
317 vereinfachen und gleichzeitig progressiv ausgestalten.

318 Die Vereinfachung erfolgt im Wesentlichen durch die konsequente Reduzierung von
319 Ausnahmetatbeständen und Freibeträgen.

320 Als einziger Ausnahmetatbestand, neben üblichen Gelegenheitsgeschenken und
321 Zuwendungen an öffentliche oder gemeinnützige Einrichtungen, verbleibt in unserem
322 Konzept die steuerfreie Vererbbarkeit/Schenkung einer vom Erben/Beschenkten selbst
323 bewohnten Immobilie, die angemessene Grundmaße nicht überschreitet.

324 Die Erbschaftsteuer soll darüber hinaus alle übertragenen Vermögenswerte abzüglich
325 zusammenhängender Verbindlichkeiten erfassen. Für die auf betriebliches Vermögen oder
326 auf Unternehmensanteile anfallende Erbschaftsteuer sollen dem Steuerpflichtigen
327 verschiedene Möglichkeiten eingeräumt werden, seine Steuerschuld zu begleichen. Diese
328 reichen von großzügigen Stundungsregeln, die eine Abführung der zu verzinsenden
329 Steuerschuld innerhalb von bis zu 20 Jahren ermöglichen, über die Möglichkeit die
330 Steuerschuld direkt in stimmberechtigten Unternehmensanteilen zu bezahlen bis zur
331 Option im Gegenzug zu Demokratisierungsmaßnahmen im Unternehmen einen teilweisen
332 Erlass auf die Steuerschuld zu erhalten.

333 In der jungsozialistischen Erbschaftsteuer soll es nur noch einen einzigen
334 persönlichen und universellen Grundfreibetrag in Höhe von 999.999 Euro geben. Im
335 Gegensatz zum bisherigen Steuersystem gilt dieser Freibetrag jedoch nicht mehr im
336 konkreten Verhältnis Erblasser und Erbe bzw. Schenker und Beschenker innerhalb von
337 10 Jahren, sondern universell für jede Person lebenslang. Dies bedeutet, dass ein
338 Mensch in seinem Leben maximal 999.999 Euro steuerfrei Erben oder als Schenkung
339 erhalten kann.

340 Die Besteuerung des außerhalb des Grundfreibetrages liegenden steuerpflichtigen
341 Betrages soll mit einem Steuersatz von 10% einsteigen. Zur Herstellung der
342 Progression der Erbschaftsteuer bei gleichzeitig niedrigem Verwaltungsaufwand soll
343 diese als Stufensteuer ausgestaltet werden. Der Einstiegssteuersatz von 10% gilt
344 hierbei für die erste Million, die außerhalb des Grundfreibetrags liegt. Die zweite

345 Million soll auf der nächsten Stufe mit 20% und die dritte Million auf der dritten
346 Stufe mit 30% besteuert werden. Die weiteren Stufen folgen diesem Prinzip, bis die
347 neunte außerhalb des Freibetrags liegende Million mit 90% besteuert wird. Ab diesem
348 Punkt verbleibt der Steuersatz auf dieser Höhe.

349 Eine solche Stufensteuer hat praktisch folgende Auswirkungen: Eine Person, die
350 999.999 Euro erbt, zahlt keine Erbschaftssteuer. Gleiches gilt für Erbschaften oder
351 Geschenke über eine selbst bewohnte Immobilie, die angemessenen Maßen entspricht.
352 Dies stellt im Verhältnis zum jetzigen Stand eine enorme Steuersenkung für
353 Erbschaften in diesem Bereich dar.

354 Auch eine Person, die 3 Millionen Euro erbt, muss lediglich Erbschaftsteuer in Höhe
355 von 300.000 Euro zahlen. Eine Person, die 10 Millionen Euro erbt, muss in diesem
356 Szenario lediglich 4,5 Millionen Euro Steuern abführen. Es verbleiben also über 50%
357 der Person, die die Zuwendung erhält.

358 Die Senkung der Steuer auf vergleichsweise "kleine" Erbschaften wird im System
359 ausgeglichen durch eine intensive Besteuerung von Erbschaften über 9 Millionen Euro.
360 Ab hier steigt die Steuer in dem Sinne an, als dass auf jeden Euro Zuwendung über 9
361 Millionen Euro 90ct Steuern zu zahlen sind. So beträgt in unserem Konzept die
362 Steuerlast bei einer Erbschaft von 15 Millionen 9 Millionen Euro und liegt bei einer
363 Erbschaft von 20 Millionen Euro bereits bei 13,5 Millionen Euro. Eine Umgehung der
364 Erbschaftsteuer durch Verschiebung von Vermögen in Stiftungen gleich welcher
365 Rechtsnatur, wollen wir gesetzlich ausschließen.

366 **Vermögensteuer**

367 Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögensteuer als Bundessteuer. Diese verstehen
368 wir als Akkumulationsbremse. Sie soll also verhindern, dass einzelne Menschen immense
369 Vermögen anhäufen. Eine Anhäufung von Vermögen und ihre Akkumulation bestimmt durch
370 ihre Limitierung von ökonomischen und kulturellem Kapital (wie Bildung) maßgeblich
371 die Schichtung einer Gesellschaft, indem sie in dieser eine Hierarchie schafft und
372 erhält. Dies und der hohe Verwaltungsaufwand einer ständigen Veranlagung von Vermögen
373 veranlassen uns dazu, die Vermögensteuer so auszugestalten, dass sie nur etwa 0,1%
374 der Bevölkerung treffen wird.

375 Wir wollen ausschließlich natürliche Personen, Einheitsgesellschaften sowie
376 Stiftungen besteuern. Dabei besteuern wir das globale Vermögen von
377 in Deutschland sowie alles Vermögen in Deutschland. Nicht besteuert werden soll
378 Gebrauchsvermögen. Wir fordern einen pauschalen Freibetrag von 2 Millionen Euro pro
379 Person, zusätzlich einen Freibetrag von 3 Millionen Euro für eine selbst bewohnte
380 Immobilie und einen Freibetrag von 5 Millionen Euro für ein selbst geführtes
381 Unternehmen, welches sich zu mindestens 25% im eigenen Besitz befindet.
382 Unternehmensanteile, welche nicht diesen Anforderungen entsprechen, fallen in den
383 pauschalen Freibetrag. Für Stiftungen gilt ein pauschaler Freibetrag von 10 Millionen
384 Euro.

385 Vermögen über den Freibeträgen soll mit einem Satz von 1% pro Jahr besteuert werden.
386 Dieser Satz soll bis zu einem Wert von 3% ab einem zu versteuernden Vermögen von 50
387 Millionen Euro ansteigen. Wie die Erbschaftsteuer kann die Vermögensteuer durch
388 stimmberechtigte Unternehmensanteile beglichen, in Jahren mit schlechtem Ertrag
389 gestundet oder durch Demokratisierung des selbstgeführten Unternehmens gesenkt

390 werden.

391 **Einkommensteuer**

392 Die Einkommensteuer ist die Steuer, die in ihrer derzeitigen Form am gerechtesten
393 funktioniert. Einkommen aus Arbeit wird progressiv besteuert, Hochverdiener*innen
394 zahlen am meisten Steuern. Doch auch die aktuelle Einkommensteuer hat nur mäßig
395 umverteilende Wirkung, während zwar niedrige Einkommensgruppen gering belastet und
396 Spitzenverdiener*innen absolut am höchsten besteuert werden liegt die höchste
397 Steigung der Grenzsteuersätze derzeit im Bereich mittlerer Einkommenshöhen.

398 Hier bedarf es einer Korrektur des Tarifs. Wir fordern eine Einkommensteuer, welche
399 in einer konvexen Kurve zunächst flach ansteigt, sodass der Grenzsteuersatz für das
400 Durchschnittseinkommen nicht über 25% liegt und dann den Anstieg in einer steileren
401 Progression fortsetzt, bis sie beim zwanzigfachen des Durchschnittseinkommens,
402 derzeit etwa 1 Mio Euro brutto im Jahr, zum Höchststeuersatz von 80% übergeht. Die
403 derzeit annähernd konkave Grenzsteuerkurve soll also in eine annähernd konvexe Form
404 gebracht werden.

405 Durch die sogenannte Kapitalertragsteuer werden aktuell Einkommen aus Kapitalgewinn
406 (z. B. Zinsen und Dividenden aus Kapitalanlagen sowie Gewinne aus
407 Wertpapierverkäufen) besteuert. Dabei besteht aufgrund der sogenannten abgeltenden
408 Wirkung keine Pflicht mehr, diese bereits versteuerten Beträge in der Einkommensteuer
409 anzugeben. Folglich wird in Deutschland derzeit das Kapitaleinkommen niedriger als
410 das Arbeitseinkommen besteuert. Dies führt zu einer überproportional starken
411 Belastung des Faktors Arbeit im Vergleich zum Faktor Kapital. Die Argumentation, dass
412 durch eine geringere Kapitalertragsteuer Steuerflucht vorgebeugt würde, weil es sich
413 dann eher lohne, mit dem vorhandenen Kapital im deutschen Finanzsystem zu
414 wirtschaften, halten wir für falsch. Steuerflucht ist nicht durch Steuersenkungen,
415 sondern durch multilaterale Abkommen, internationalistische Kooperation und die
416 Bindung der Steuerpflicht an die Staatsbürgerschaft sowie durch den Ausbau der
417 Steuerfahndungen zu bekämpfen.

418 Wir fordern daher eine einheitliche Besteuerung aller Einkommen unabhängig davon, ob
419 sie aus Arbeit, Kapitalertrag oder anderen Quellen stammen. Dafür soll unsere
420 Einkommensteuer jeweils direkt am Ort der Wertschöpfung erhoben werden. Wir wollen
421 das System der bestehenden Lohnsteuer beibehalten und die Kapitalertragsteuer in ein
422 vergleichbares System überführen. Für die Kapitalertragsteuer sollen folglich
423 pauschale Abschläge und Jahresendabrechnungen eingeführt werden, wobei die Person,
424 die die Ausschüttung des Einkommens durchführt, auch für die Abführung der Steuer
425 verantwortlich ist. Um darüber hinaus sicherzustellen, dass der Faktor Kapital nicht
426 gegenüber dem Faktor Arbeit bevorzugt wird, wollen wir die sogenannten
427 Spekulationsfristen für private Veräußerungsgeschäfte von nicht selbstbewohnten
428 Immobilien mit angemessenen Maßen und von anderen Wirtschaftsgütern von nicht
429 täglichen Bedarf abschaffen.

430 **Besteuerung von Unternehmen**

431 Die Frage der Art und Weise der Besteuerung von Unternehmen ist seit vielen Jahren
432 zentraler Diskussionspunkt vieler steuerpolitischer Debatten. Dabei wird sowohl die
433 Besteuerung von Einkommen als auch von Vermögen gestreift. Mit Unternehmen werden in
434 diesem Zusammenhang in aller Regel juristische Personen des Privatrechts gemeint, bei

435 denen nicht der Personenverbund der Gesellschafter*innen, sondern das eingelegte
436 Stammkapital im Fokus der juristischen Person steht. Solche sogenannten
437 Kapitalgesellschaften stellen, in Abgrenzung zu den sogenannten
438 Personengesellschaften, vollständig eigenständige Rechtssubjekte dar.

439 Wir stellen fest, dass die Gründung solcher Unternehmensformen mit fehlendem sozialen
440 und ökonomischen Kapital in der Praxis mit großen Hürden verbunden ist. Das Gründen
441 von Kleinunternehmen, die im Sinne einer dezentralen und gerechteren Verteilung von
442 wirtschaftlichem Potential angestrebt wird, sollte durch strukturelle Maßnahmen
443 erleichtert werden. Dafür wollen wir einen Anspruch auf kostenfreie Steuerberatung
444 für die Gründung von Kleinunternehmen im Rahmen staatlich organisierter Angebote
445 ermöglichen.

446 Bei der Besteuerung von Personengesellschaften wollen wir beim bewährten System der
447 einheitlichen und gesonderten Gewinnfeststellung bleiben, mit welchen zuerst der
448 Gewinn der Personengesellschaft festgestellt und dann im Rahmen einer fiktiven
449 Ausschüttung auf die Gesellschafter*innen verteilt wird, bei denen der Gewinn im
450 Rahmen der persönlichen Einkommensteuer veranlagt wird.

451 Im Falle der Kapitalgesellschaften sind grundsätzlich drei Ebenen denkbar, an denen
452 Besteuerung erfolgen kann. Zum einen können die Gewinne, die ein Unternehmen macht
453 besteuert werden, zum anderen können die Ausschüttungen, die das Unternehmen an seine
454 Gesellschafter*innen ausgibt, besteuert werden. Zuletzt kann das im Unternehmen
455 liegende Vermögen gesondert besteuert werden. Eine solche Vermögensbesteuerung auf
456 Unternehmensebene ist jedoch mit Blick auf die in diesem Antrag vorgesehene
457 vollumfängliche Berücksichtigung von Unternehmensanteilen in der persönlichen
458 Vermögensbesteuerung nicht zielführend.

459 Entsprechend unserer marxistischen Analyse und der praktischen Erfahrungen mit der
460 Körperschaftsteuer, aus denen sich ergibt das Kapitalgesellschaften zahlreiche
461 Möglichkeiten haben, ihre Steuerlast im Rahmen der Körperschaftsteuer durch
462 Gestaltung künstlich zu senken, wollen wir den Fokus bei der Besteuerung von
463 Kapitalgesellschaften auf die Anteilseigner*innen als natürliche Personen legen.

464 Dies bedeutet, dass wir auf Ebene der Körperschaftsteuer eine erste Besteuerung in
465 Kombination des Mindestlevels internationaler Vereinbarungen (15%) und des Ersatzes
466 der Gewerbesteuer (15%) von aktuell insgesamt 30% vornehmen wollen. Die
467 hauptsächliche Besteuerung soll dann auf Ebene der Ausschüttungen erfolgen. Auch hier
468 soll der Kapitalertrag nicht abgeltend und nicht als Flat-Tax besteuert werden,
469 sondern unabhängig von der Höhe der Beteiligung voll in der persönlichen
470 Einkommensteuerpflicht des Gesellschafters berücksichtigt werden. Das sogenannte
471 Teileinkünfteverfahren, bei dem die Ausschüttung zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
472 im Zusammenspiel mit der Körperschaftsteuer nur teilweise berücksichtigt wird, wollen
473 wir nur noch für Klein- und Kleinstunternehmen anwenden. Eine Doppelbesteuerung von
474 Unternehmensgewinnen für größere Gesellschaften und damit eine Höherbelastung des
475 Faktors Kapital gegenüber dem Faktor Arbeit nehmen wir nicht nur Bewusst in Kauf,
476 sondern halten diese für geboten.

477 **Indirekte Steuern**

478 Indirekte Steuern sind zwar für jede Person gleich hoch, belasten aber nicht alle
479 Einkommensgruppen gleich stark. Unter indirekten Steuern verstehen wir dabei Steuern,

480 die beim Kauf von Verbrauchs- oder Konsumgütern sowie Dienstleistungen anfallen. Sie
481 sind anteilig im Preis enthalten und müssen von der konsumierenden Person an die
482 verkaufende Person mitgezahlt werden. Somit fällt die Steuer erst durch den Kauf an
483 und wird durch die verkaufende Person an den Staat abgeführt. Weil Menschen mit
484 niedrigem Einkommen dieses nahezu komplett für den Konsum nutzen, haben sie im
485 Vergleich zu anderen Einkommensgruppen die höchste Steuerlast durch die indirekten
486 Steuern. Aufgrund unserer intersektionalen Analyse wissen wir, dass beispielsweise
487 Frauen und migrantisierte Menschen überdurchschnittlich der untersten
488 Einkommensgruppe angehören. Indirekte Steuern treffen sie daher besonders hart. Da
489 mit steigendem Einkommen die prozentuale Steuerlast sinkt, handelt es sich bei
490 indirekten Steuern um regressive Steuern. Zusammen mit der ebenfalls regressiven
491 Wirkung der Sozialabgaben hebt sie so die progressive Wirkung der Einkommensteuer
492 fast vollständig aus. Aus diesem Grund sehen wir indirekte Steuern grundsätzlich
493 kritisch.

494 Jedoch haben indirekte Steuern zusätzliche Lenkungswirkung, da sie bestimmte Produkte
495 teurer und dadurch den Umstieg auf Alternativen opportun machen. Steuern können
496 jedoch nie allein gesellschaftliche Probleme lösen, weshalb die steuerlichen
497 Lenkungswirkungen in allen weiteren Abschnitten durch ordnungspolitische Maßnahmen
498 unterstützt werden müssen.

499 Die Umsatzsteuer, auch Mehrwertsteuer genannt, fällt auf praktisch alle
500 Konsumprodukte an und hat daher keine nennenswerte Lenkungswirkung und belastet
501 untere Einkommensgruppen jedoch überdurchschnittlich.

502 Daher fordern wir die Abschaffung der Umsatzsteuer.

503 Die regressive Wirkung aller folgenden indirekten Steuern kann kurzfristig über
504 Transferleistungen ausgeglichen werden. Wir begreifen dieses Steuerkonzept jedoch als
505 Gesamtwerk, welches als solches die Progression des gesamten Steuersystems
506 sicherstellt.

507 **Treibhausgase**

508 Wir Jusos fordern die Einführung einer Treibhausgassteuer, welche die bisherige CO2-
509 Steuer, sowie alle spezifischen Steuern auf Treib- und Brennstoffe ersetzt. Die Höhe
510 dieser Steuer soll sich an wissenschaftlichen Erkenntnissen orientieren um externe
511 Kosten des Treibhausgasausstoßes zu internalisieren und diesen so zu begrenzen. Zum
512 jetzigen Zeitpunkt sind weitere Studien notwendig, um diese zu bestimmen.

513 Das wichtigste Argument für die Treibhausgassteuer ist, Anreize für Unternehmen zu
514 schaffen, ihre Produktion klimaneutraler zu machen. Das Einsparen von Kosten ist bei
515 Unternehmen ständige Praxis. In Branchen in welchen Zertifikatehandel betrieben wird,
516 soll die Treibhausgassteuer wie ein Mindestpreis fungieren.

517 **Konsumsteuern**

518 Eine Besteuerung von Suchtmitteln wie Alkohol, Tabak und THC-haltigen Produkten
519 lehnen wir ab. Uns ist bewusst, dass dieser Konsum gesellschaftliche Kosten
520 verursacht, wir erachten es jedoch als Aufgabe einer konsequenten Sozialpolitik, in
521 Fragen von Suchtproblematiken, Abfederung und Hilfe zu bieten.

522 Unsere Glücksspielbesteuerung ist als zusätzliche Gewinnbesteuerung konzipiert. Sie
523 soll sich an der durchschnittlichen Gewinnwahrscheinlichkeit für den

524 Glücksspielanbieter orientieren und den Gewinn der Betreiber*innen besteuern. Je
525 mehr prozentualen Gewinn Betreiber*innen erwirtschaften, desto höher soll die
526 Besteuerung ausfallen. Damit werden Glücksspieler*innen nicht besteuert, nur
527 Betreiber*innen, welche durch ihr Glücksspielangebot einen fast risikolosen Gewinn
528 erwirtschaften.

529 Wir sprechen uns explizit gegen eine Fleischsteuer aus. Eine Fleischsteuer verbessert
530 nicht die Haltungsbedingungen von Tieren, sie würde lediglich dafür sorgen, dass
531 weniger Fleisch konsumiert würde, was für uns nicht ausreicht, um eine regressive
532 Steuer zu rechtfertigen.

533 Bezüglich einer Zuckersteuer sehen wir die Wirkung einer geringeren Zumischung von
534 Zucker zu Lebensmitteln im Verhältnis zur regressiven Wirkung als zu gering an,
535 weswegen wir uns auch gegen eine Zuckersteuer aussprechen.

536 **Finanztransaktion und Grunderwerb**

537 Um indirekte Steuern in diesem Konzept zu rechtfertigen, braucht es eine
538 Lenkungswirkung. Die Lenkungswirkung von Finanztransaktions- und Grunderwerbsteuer
539 ist, Kapitalanlagen gegenüber Konsum unattraktiver zu machen, was Spekulation
540 vorbeugen soll. Finanztransaktionen soll daher mit einem Satz in der Größenordnung
541 von einem Prozent besteuert werden. Um Bodenspekulation zu vermeiden, fordern wir
542 einen Mindestsatz auf die Grunderwerbsteuer von 5%.

Antrag W3: Industriestandort bleiben - sozial, digital, klimaneutral Unsere Forderungen für eine aktive Industriepolitik!

Antragsteller*in:	Jusos Baden-Württemberg
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

1 **Warum wir für eine neue Industriepolitik kämpfen**

2 „Autozulieferer: IG-Metall-Betriebsrät*innen warnen vor Verlagerungen“ – mit dieser
3 Überschrift einer Pressemitteilung schlug die Industriegewerkschaft erst im Frühling
4 2023 Alarm, es drohe die Abwanderung von Teilen einer Schlüsselindustrie. Die
5 Beschäftigung bei Automobilherstellern wie auch -Zulieferern war in den vergangenen
6 Jahren tendenziell rückläufig, bei letzteren ist die Ernüchterung aber noch größer:
7 2022 sank die Zahl der Arbeitnehmer*innen bei den Zulieferern auf den tiefsten Stand
8 seit mindestens 17 Jahren (und vor 2005 sind schlicht keine vergleichbaren Daten
9 verfügbar).

10 Deutschlands Industrie galt lange als internationales Vorbild – hat Trends wie die
11 Abkehr vom klassischen Verbrennungsmotor jedoch über Jahrzehnte hinweg verschlafen.
12 Gerade für diesen fossilen Verbrennungsmotor produzieren und entwickeln jedoch
13 zahlreiche Zulieferer spezialisierte Einzelteile, die Abhängigkeit von dieser
14 Technologie ist hoch. Eine von vielen Auswirkungen einer trägen oder gar nicht erst
15 vorhandenen Industriepolitik, die insbesondere Baden-Württemberg mit seiner
16 historisch gewachsenen Autoindustrie negativ beeinflusst. Ähnliche Phänomene
17 beobachten wir beispielsweise in der Stahlindustrie, deren wirtschaftlicher Erfolg
18 auf billigem Erdgas beruht.

19 Apropos: Wie die baden-württembergische, deutsche, europäische Industrie dasteht,
20 kann nur vor dem Hintergrund geopolitischer Spannungen begriffen werden. Der Import
21 von kostengünstigen fossilen Energieträgern, oftmals aus autokratisch geführten
22 Staaten, gehört leider bis heute zum industriellen Geschäftsmodell.

23 Zudem liefern sich China und die USA ein überdimensioniertes Rennen um die Pole
24 Position unter den Wirtschaftsnationen: Mit der Industriestrategie „Made in China
25 2025“ einer- und dem Inflation Reduction Act der Joe-Biden-Administration
26 andererseits.

27 Es ist also 5 vor 12: Nur mit einem Plan zu einer gesamteuropäischen, de-
28 karbonisierten, digitalen Industrie können Produktions- und Entwicklungsstandorte
29 gehalten, zurückgeholt sowie neu angesiedelt werden. Diese Industrierwende erfordert
30 eine sozialdemokratische und jungsozialistische Vision – wie wir Jusos Baden-
31 Württemberg uns jene Industrie der Zukunft vorstellen, skizzieren wir in diesem
32 Antrag.

33 **Wovon wir überzeugt sind**

34 „Der Markt“ regelt eben nicht – zumindest nicht genug. Neoliberale Denkweisen haben
35 seit den 1990ern zu einer massiven Schwächung der öffentlichen Infrastruktur in
36 Europa geführt. Der Rückzug des Staats sollte zu mehr Innovation führen, doch dieses
37 Versprechen wirtschaftsliberaler Kräfte blieb allzu oft eine leere Worthülse. Wir

38 wollen eine aktive Industriepolitik, die Ziele der Standort-, Beschäftigungssicherung
39 sowie Klimaneutralität formuliert, Unternehmen in die Verantwortung nimmt, für den
40 notwendigen Wandel aber auch ausreichend Investitionsmittel bereit stellt. Die
41 Schuldenbremse im Sinne der Art.109 und 115 des deutschen Grundgesetzes steht diesen
42 Zukunftsinvestitionen entgegen, weshalb wir wiederholt ihre sukzessive Abschaffung
43 fordern.

44 Als Jusos bekennen wir uns zu industrieller Produktion und Entwicklung in Baden-
45 Württemberg, Deutschland und der Europäischen Union. Hierfür wollen wir die
46 entsprechenden Bedingungen schaffen: Die EU soll modernster Industriestandort der
47 Welt werden und damit Maßstäbe pro Nachhaltigkeit setzen.

48 Gleichzeitig stehen wir an der Seite der Gewerkschaftsbewegung. Wir kämpfen mit den
49 industriell Beschäftigten für beste Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen, hohe Löhne
50 sowie breit gefächerte Möglichkeiten zur Weiterbildung und Umschulung.

51 Wir nehmen ernst, dass eine hohe Anzahl an Arbeitnehmer*innen die Industriewende als
52 Gefahr ansieht: Als Risiko, den eigenen Arbeitsplatz verlieren oder mit höheren
53 technischen Anforderungen nicht Schritt halten zu können. Wir wollen Beschäftigten
54 Perspektiven in Krisenzeiten bieten, die von Klimakatastrophe, Krieg in Europa und
55 den Nachwehen der Corona-Pandemie geprägt sind.

56 Als Jusos treten wir dem Erstarken rechter und rechtsextremistischer Parteien wie der
57 sogenannten „Alternative für Deutschland“ lautstark entgegen – nicht zuletzt mit der
58 Forderung an unsere Mutterpartei SPD, mit einer klugen Industriestrategie für
59 Sicherheit am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu sorgen und den Bürger*innen dadurch
60 jene Ängste zu nehmen, die faschistische Kräfte am Leben halten.

61 **Was wir wollen**

62 1. Eine entschlossene Energie-, Wärme- und Wasserstoffstrategie

63 Mit dem brutalen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine begann neben einer
64 Neuausrichtung unserer Außen- und Verteidigungspolitik auch die Konfrontation mit
65 Energieknappheit – das sture Festhalten an Erdgas- und teils Erdölimporten aus
66 Russland wurde zur volkswirtschaftlichen Bedrohung. Die De-Karbonierung der Industrie
67 ist neben Klima- folglich auch ein Stück Sicherheitspolitik.

68 Die Elektrifizierung von Schlüsseltechnologien wie dem Kraftfahrzeugmotor und die
69 steigende Nachfrage nach „grünem“ Wasserstoff lassen den Bedarf an Strom in die Höhe
70 schnellen. Das Fraunhofer Institut geht davon aus, dass der Bruttostromverbrauch der
71 Bundesrepublik bis 2030 auf 658 Terawattstunden (TWh) anwächst, das entspricht einem
72 Plus von 11% gegenüber 2018. Lange wurde der zukünftige Strombedarf zu
73 geringgeschätzt und so wichtige Zeit verschwendet. Mit der Stromlüge muss nun Schluss
74 sein und das Industrieprojekt klimaneutrales Deutschland endlich angepackt werden.

75 Um das **1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens** einzuhalten, muss dieser Strom aus
76 erneuerbaren Energieträgern gewonnen werden – bis spätestens 2035 zu 100%. Dies
77 bedeutet enorme Kraftanstrengungen, denn der Ausbau regenerativer Energien ist nach
78 dem anfänglichen Boom durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) während Angela
79 Merkels Kanzlerinnenschaft ins Stocken geraten.

80 Es braucht also die Turbo-Energiewende: Das von Olaf Scholz' Ampelregierung Anfang
81 2023 aufgelegte **Windenergie-an-Land-Gesetz** (WindBG) ist ein großer Schritt in die

82 richtige Richtung. Die gesetzlich verpflichtenden Flächenziele von 2% für Windkraft
83 an Land unterstützen wir, jedoch ist die Umsetzung bis 2032 nicht ehrgeizig genug. Es
84 braucht die Energiegewinnung auf sämtlichen dieser Flächen mindestens fünf Jahre
85 früher statt des vorgesehenen Zwischenstaps von 1,4% bis 2027.

86 Windkraftanlagen auf dem Meer haben große Vorteile, denn sie liefern verlässlich und
87 nahezu über das gesamte Jahr Strom. Mittlerweile kann Strom aus Offshore-Anlagen ohne
88 EEG-Förderung erzeugt werden und ist ideal für die Herstellung von "grünem"
89 Wasserstoff. Das angestoßene **Windenergie-auf-See-Gesetz** (WindSeeG) erhöht die
90 Offshore-Ausbauziele bereits auf mindestens 30 Gigawatt in 2030, 40 Gigawatt bis 2035
91 und 70 Gigawatt bis 2045. Um das zu schaffen, braucht es ausreichend Raum für
92 Offshore-Windparks. Die Netzanbindung muss sichergestellt, die
93 Flächenentwicklungspläne für Nord- und Ostsee unverzüglich angepasst werden.

94 **Solarenergie** ist eine zentrale Säule der Energiewende. Auch hier benötigt es deutlich
95 mehr Tempo: Ende 2020 waren etwa 54 Gigawatt Photovoltaik in Deutschland installiert,
96 bis 2030 ist mindestens eine Verdreifachung notwendig. Wie bei der Windenergie gilt
97 der Grundsatz, schnellstmöglich geeignete Flächen zu erschließen. Hierbei kommt
98 Industrieanlagen und -Gebäuden eine große Bedeutung zu, sie müssen vermehrt mit
99 Photovoltaik auf Dächern, Lärmschutzwällen und Fassaden ausgestattet werden. Zugleich
100 wollen wir die Freiflächen-Photovoltaik massiv ausweiten.

101 **Wärmeanwendungen** bis 200 Grad verursachen über drei Viertel des deutschen
102 Erdgasverbrauchs und über ein Viertel der Treibhausgasemissionen. Fossile Energien
103 dominieren aktuell noch die Wärmeversorgung in industriellen Prozessen. Für die
104 Erreichung der Klimaziele und zur Senkung des Erdgasverbrauchs ist daher
105 entscheidend, die Versorgung auf klimaneutrale Lösungen umzustellen. Großwärmepumpen
106 können hierbei erhebliche Potenziale in Geothermie, Gewässern und Abwärme heben. Wir
107 wollen bis spätestens 2045 70% der Fernwärmeversorgung durch Großwärmepumpen ersetzen
108 und dafür die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.

109 Um **Wasserstoff** klimaneutral durch Elektrolyse zu erzeugen, damit wir von "grünem"
110 Wasserstoff sprechen können, bedarf es einer breiten Wasserstoffstrategie. Eine
111 weiterentwickelte nationale Wasserstoffstrategie muss neben der Erzeugung auch
112 Transport und Lagerung mit einbeziehen. Es braucht eine leistungsfähige
113 Wasserstoffinfrastruktur mit einem ausgebauten Wasserstoffstartnetz beziehungsweise
114 Wasserstoffleitungen, um bis 2030 alle großen Produktions-, Import- und
115 Speicherzentren in Deutschland zu verbinden.

116 Im Allgemeinen müssen **Verwaltungs-, Planungs- und Genehmigungsverfahren** von
117 Industrie- und Energie-Anlagen radikal verkürzt und für entsprechende Behörden
118 ausreichend Fachpersonal zur Verfügung gestellt werden.

119 2. Eine flächendeckende Digitalisierung

120 Digital-Wüste Deutschland – leider steckt ganz schön viel Wahrheit in dem weit
121 verbreiteten Vorurteil, die Bundesrepublik hinke bei der Digitalisierung hinterher.
122 Dies muss sich schnell und grundlegend ändern.

123 **Gigabit-Netze** aufzubauen muss dabei höchste Priorität haben: Deutschland verfügt
124 gegenwärtig erst über 14% Glasfasernetze, bei einer Gigabit-Anschlussfähigkeit von
125 insgesamt 70%. Es braucht ein Sonderprogramm der Bundesregierung, sämtliche Gewerbe-
126 und Industriegebiete bundesweit mit Breitbandinternet zu versorgen.

127 Menschen, Maschinen und Produkte sind in der Fabrikhalle und im Forschungslabor
128 bereits heute miteinander verwoben. **Industrie 4.0** heißt im Rahmen dessen:
129 Intelligente Vernetzung von Maschinen und Abläufen in der Industrie mit Hilfe von
130 Informations- und Kommunikationstechnologie. Die Plattform Industrie 4.0 der
131 Bundesregierung gilt es auszuweiten, um den Wissensaustausch zwischen Unternehmen,
132 Gewerkschaften, Verbänden, Forschungseinrichtungen und dem öffentlichen Sektor zu
133 erleichtern. Wir wollen die Forschungsmittel zu Industrie 4.0 an Hochschulen und
134 Universitäten erhöhen sowie eine gezielte steuerliche Forschungsförderung für kleine
135 und mittelständische Unternehmen einführen. Hierbei legen wir einen besonderen
136 Schwerpunkt auf die Erforschung der Auswirkungen digitalisierter Industrieprozesse
137 auf betroffene Beschäftigte und ihre Arbeitsbedingungen.

138 **Künstliche Intelligenz (KI)** muss intensiver gefördert und in europäischen Clustern -
139 sprich in enger Zusammenarbeit von Unternehmen in der EU- entwickelt,
140 Quantentechnologien in industrielle Anwendungen überführt und ein Ökosystem für
141 Blockchain entwickelt werden. Als Jusos erkennen wir die Potenziale, aber auch
142 Risiken von KI an. Wir wollen eine gemeinwohlorientierte Nutzung vorantreiben. Das
143 beinhaltet die Schaffung eines rechtssicheren Ordnungsrahmens für KI-Akteur*innen und
144 die Anpassung des Wettbewerbs- und Urheberrechts, um die Menge an nutzbaren Daten zu
145 erhöhen, ohne persönliche Daten oder betriebliches Know-How preiszugeben.

146 3. Einen starken Industriestandort Baden-Württemberg

147 Baden-Württemberg ist Autoland. Jeder 10. Arbeitsplatz hängt im Ländle von der
148 Automobilindustrie ab. Dabei arbeiten über 300.000 Menschen direkt bei
149 Automobilherstellern oder Zulieferbetrieben. Hinzu kommen Materialzulieferer sowie
150 Kfz-Handwerker*innen. Was hier im Land passiert, hat große Auswirkungen auf ganz
151 Deutschland, denn in Baden-Württemberg findet ein bedeutender Teil der Wertschöpfung
152 der deutschen Automobil- und Zulieferindustrie statt. Dabei steht die
153 Automobilindustrie in Baden-Württemberg unter großem Druck. Die ökologisch-digitale
154 Transformation erfordert den zeitnahen und massiven Umbau einer Schlüsselbranche
155 mitsamt ihren Zulieferern. Bis 2035 muss die Industrie vom **Verbrenner- auf den**
156 **Elektromotor** umgestellt werden. Gleichzeitig ist es unser Ziel, die industrielle
157 Struktur zu erhalten und die Menschen in diesem Wandel bestmöglich mitzunehmen. Dies
158 ist nicht einfach, denn in vielen Betrieben, gerade auch in der Zuliefererbranche,
159 ist die Abhängigkeit vom Verbrennungsmotor noch immer hoch.

160 Wir fordern in Baden-Württemberg die Einführung einer **Transformationsagentur** nach
161 rheinland-pfälzischem Vorbild, die das Ziel hat, Transparenz über die Chancen und
162 Herausforderungen der Transformation der Arbeitswelt herzustellen und
163 Handlungsmöglichkeiten für Betroffene aufzuzeigen. Damit soll sie ein Bindeglied
164 zwischen Politik, Unternehmen und der Arbeitnehmer*innenseite sein. Durch geschulte
165 **Transformationsbegleiter*innen** sollen Arbeitnehmer*innen individuelle Beratungs- und
166 Betreuungsangebote an die Hand gegeben werden sowie Kontakte zu wichtigen
167 Partner*innen wie der Agentur für Arbeit vermittelt werden können. Gleichzeitig
168 erhoffen wir uns von einer Transformationsagentur neben einer Lotsen- und
169 Netzwerkfunktion wissenschaftliche Begleitung der Transformation sowie Bildungs- und
170 Diskussionsangebote für die Öffentlichkeit, um gesamtgesellschaftliche Lösungen für
171 die daraus resultierenden gesellschaftlichen Veränderungen zu debattieren.

172 Neben der Automobilindustrie stehen viele energieintensive Branchen wie die Chemie-,

173 Elektro- und Maschinenbauindustrie vor Herausforderungen, die Produktion klimaneutral
174 zu gestalten. Auch hier gilt: Wir wollen in diesen Branchen weiterhin führend sein
175 und Arbeitsplätze erhalten. Dafür braucht es niedrigere Strompreise und
176 Planungssicherheit für diese Betriebe. Langfristig ist es uns ein Anliegen, die
177 baden-württembergische Wirtschaftsstruktur zu **diversifizieren** und neben schon
178 existierenden Industriezweigen neue Technologien anzusiedeln und innovative
179 Unternehmen zu fördern.

180 Das Land muss dabei dringend mehr in die **öffentliche Infrastruktur** investieren, um
181 beste Rahmenbedingungen für die Unternehmen, aber auch für die Arbeitnehmer*innen zu
182 schaffen. Wir brauchen auf Landesebene höhere Investitionen in die
183 Schieneninfrastruktur, um mehr Güterverkehr aufs Gleis zu setzen. Ebenso muss der
184 Ausbau von 5G-Netzen in Baden-Württemberg schneller vorangehen.

185 Um langfristig Arbeitnehmer*innen anzusprechen, braucht es mehr bezahlbaren Wohnraum.
186 Gerade in Ballungsgebieten, wo viele Menschen arbeiten. Das Land ist hier gefordert,
187 eine Landeswohnbaugesellschaft zu gründen und vor allem in sozialen Wohnungsbau zu
188 investieren. Auch in Städten müssen in der Nähe des Arbeitsplatzes Mietwohnungen
189 erschwinglich sein. Neben einer guten digitalen Infrastruktur muss das Land mehr in
190 den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und eine höhere Taktung sowie
191 Mobilitätsgarantie in allen Kommunen zwischen 5 und 24 Uhr investieren. Hier soll das
192 Land den Landkreisen mehr Mittel zur Verfügung stellen. Gerade für Pendler*innen
193 zwischen Arbeits- und Wohnort ist das Deutschlandticket ein Quantensprung, um vom
194 Auto auf den ÖPNV umzusteigen, seine Finanzierung muss sichergestellt werden. Damit
195 Bus und Bahn zur und vom Arbeitsplatz genutzt werden, braucht es flächendeckend -von
196 Tuttlingen bis Mannheim, von Freiburg bis Schwäbisch Hall- eine gute Anbindung im
197 öffentlichen Nahverkehr.

198 4. Eine innovative Bundesrepublik

199 Transformation bedeutet tiefgreifende Veränderung – politisch, gesellschaftlich,
200 ökonomisch. Diesen Wandel als Chance zu begreifen ist unsere Aufgabe als
201 Jungsozialist*innen und Sozialdemokrat*innen. Wir wollen eine Bundesrepublik, die
202 ihre Industrie stärkt und dabei Veränderung nicht scheut.

203 Innovation braucht Investition. Wir fordern deshalb einen **staatlichen**
204 **Transformations- und Beteiligungsfonds**. Ein solcher Transformationsfonds im Umfang
205 von zunächst 120 Milliarden Euro ist sinnvoll, um den für den Klimaschutz notwendigen
206 Investitionen deutscher Unternehmen schnell den nötigen Schub zu geben. Über den
207 kreditfinanzierten Fonds soll sich die Bundesrepublik an Unternehmen beteiligen, die
208 klimaneutrales Wirtschaften massiv voranbringen können, denen dazu aber finanzielle
209 Mittel fehlen. Das können etablierte Industriebetriebe sein, die frühzeitig und
210 massiv in klimaneutrale Techniken investieren, beispielsweise “grünen” Wasserstoff,
211 aber auch Start-Ups, die vielversprechende Geschäftsideen zur Reduktion von
212 Treibhausgasemissionen verfolgen. Zulieferbetriebe sollen im Besonderen bedacht
213 werden. Mit dem Fonds möchten wir drei Ziele verfolgen: Erstens – unterstützen, dass
214 die deutsche Industrie den nötigen Beitrag leistet, um die Klimaziele laut Paris
215 Agreement zu erreichen. Vor allem in Branchen wie der Stahlindustrie, der
216 Grundstoffchemie oder der Zementproduktion, die für knapp 60% der Emissionen in der
217 Industrie stehen, sind durchgreifende Verbesserungen nur machbar, wenn bei der
218 Produktion auf erneuerbare Energieträger umgestellt wird. Zweitens – auch unter

219 Transformationsbedingungen innovative und wettbewerbsfähige Unternehmen mit
220 attraktiver, gut bezahlter Beschäftigung sichern und gegebenenfalls problematischen
221 Übernahmen aus Nicht-EU-Ländern vorbeugen. Drittens – durch erfolgreiche
222 Beteiligungen an zukunftsorientierten Unternehmen Vermögenswerte für die öffentliche
223 Hand schaffen und damit staatliche Investitionen erweitern.

224 Wir Jusos positionieren uns pro **Industriestrompreis**: Als Überbrückung, bis
225 ausreichend elektrischer Strom aus erneuerbaren Energiequellen zur Verfügung steht.
226 Dieser Industriestrompreis wird zunächst für zwei Jahre vor Steuern und Umlagen auf 5
227 Cent pro Kilowattstunde festgesetzt. Während dieser Zeit soll der künftige Preis in
228 Relation zu Preisen in Wettbewerbsregionen ermittelt und angepasst werden. Die
229 geförderte Strommenge soll auf 70% des Verbrauchs begrenzt werden, kann aber um
230 zusätzliche Strommehrbedarfe, die auf Grund der Transformationen anfallen, erweitert
231 werden. Profitieren sollen Unternehmen mit einem Jahresverbrauch von mehr als 30.000
232 Kilowattstunden. Weitere Voraussetzungen müssen sein, dass Unternehmen tarifgebunden
233 sind und einen Transformationsplan vorlegen.

234 Durch den tiefgreifenden Strukturwandel hin zu einer digitalen und klimaneutralen
235 Industrie wird es manche Berufe in einigen Jahren nicht mehr geben. Es ist daher umso
236 wichtiger, Übergangspfade zu ähnlichen Berufen zu schaffen und Beschäftigte in der
237 Automobil-, Chemie-, Stahl- sowie weiteren Industriezweigen weiterzuqualifizieren und
238 **Umschulungsmaßnahmen** zu fördern. Im besten Fall findet diese Weiterqualifizierung im
239 eigenen Unternehmen statt.

240 Durch den demografischen Wandel ergibt sich auch eine Chance für erfolgreiche
241 Umschulungsprogramme, denn auch in der Industrie wird in den nächsten Jahren die
242 Auswirkung des Fachkräftemangels für manche Beschäftigungsfelder spürbar. Der Umstieg
243 auf den Elektromotor und die bessere digitale Ausstattung von Automobilen
244 beispielsweise schaffen eine Reihe neuer Beschäftigungsfelder. Es entstehen neue
245 berufliche Möglichkeiten in der Fertigung von Elektromotoren, Batterien oder
246 Ladestationen sowie der Entwicklung von Software-, Daten- und Mobilitätslösungen.
247 Aber auch bereits bestehende Berufsfelder haben durchaus Zukunft, wenn sie mit
248 aktuellen und künftigen Entwicklungen Schritt halten. Gelingt es, Beschäftigte aus
249 gefährdeten Berufen für zukunftssträchtige Tätigkeitsfelder mit wachsender Nachfrage
250 zu qualifizieren, lassen sich Arbeitsplätze erhalten und offene Fachkraftstellen
251 besetzen. Das Instrument des **Transformationstarifvertrags**, in dem die
252 Arbeitnehmer*innen die Transformation am Standort mitgestalten können und
253 Transformationsprozesse gemeinsam mit statt gegen diese stattfinden, unterstützen wir
254 ausdrücklich und machen uns an der Seite der Gewerkschaften für eine Ausweitung
255 dieser stark.

256 Hierbei ist es zentral, dass Beschäftigungs- und Arbeitsplatzsicherung nur durch
257 gemeinsame und vernetzte Anstrengungen von Unternehmen, Sozialpartner*innen und
258 Politik gelingen kann. Das Land Baden-Württemberg muss in einer gemeinsamen
259 Initiative mit den Gewerkschaften und den führenden Betrieben Vereinbarungen treffen:
260 Große Unternehmen müssen ihre Personalbedarfe ermitteln und in Transformationsplänen
261 festhalten.

262 Die Zahl der dualen Ausbildungen sinkt jährlich. Während 2008 noch über 600.000
263 Ausbildungsverträge geschlossen wurden, sind es 2022 nur noch 475.143. In Zeiten des
264 Fachkräftemangels haben diese weniger abgeschlossenen Ausbildungsverträge eine fatale

265 Wirkung in die Zukunft. Die duale Ausbildung zu stärken bewerten wir als Fundament
266 der Industriegewende.

267 Um dem Abwärtstrend entgegenzuwirken, brauchen wir dringend eine **nachhaltige**
268 **Aufwertung und mehr Anerkennung für Ausbildungsberufe**. Dazu gehört eine deutlich
269 höhere Ausbildungsvergütung, welche Auszubildenden ein finanziell eigenständiges
270 Leben ermöglicht, trotz gestiegener Lebenshaltungskosten. Für die Ausbildungsgarantie
271 haben wir lange gekämpft – sie beinhaltet die Stärkung der betrieblichen Ausbildung
272 ebenso wie Fahrtkostenzuschüsse und die Förderung von Praktika noch während und nach
273 der Schulzeit. Wir sind stolz darauf, dass die Bundesregierung dieses Projekt auf
274 Druck von den Gewerkschaftsjugendverbänden und uns Jusos angeht: Zugleich sehen wir
275 noch viel Aufholbedarf im Bereich der Umlagefinanzierung der **Ausbildungsgarantie** und
276 der Ausweitung der Berufsorientierung. Um die Qualität der Ausbildung zu sichern, ist
277 es wichtig, dass die fachliche und persönliche Qualifizierung der Auszubildenden
278 deutlich gestärkt und an die Anforderungen unserer digitalisierten Zeit angehoben
279 wird. Schließlich setzen wir uns dafür ein, dass die Daten der Personen, welche die
280 Berufsschule verlassen, ohne einen Abschluss erlangt zu haben, an die Agentur für
281 Arbeit übermittelt werden. So können wir sicherstellen, dass eine bessere Betreuung
282 gewährt und Abgänger*innen besser in den Arbeitsmarkt integriert werden können. Auch
283 mit kürzeren Arbeitszeiten und flexiblen Arbeitsmodellen können Berufe für junge
284 Menschen attraktiver werden.

285 Für **dual Studierende** fordern wir eine **Angleichung der Schutzrechte** an jene von
286 Auszubildenden. Dabei geht es um die Schaffung eines Mindeststandards für
287 Studienverträge sowie die Etablierung betrieblicher Studienpläne als Entsprechung zum
288 betrieblichen Ausbildungsplan. Auch muss für dual Studierende, die Mitglied einer
289 Jugend- und Auszubildendenvertretungen sind, die Übernahme nach §78a
290 Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) gelten.

291 5. Ein europäisches Verständnis von Industriegewende

292 Industriepolitik spielt international wieder eine größere Rolle. Die Vereinigten
293 Staaten von Amerika haben mit dem Inflation Reduction Act (IRA) ein Gesetz
294 verabschiedet, das mit einem starken wirtschafts- und industriepolitischen Ansatz
295 Antworten auf die Herausforderungen der Klimakrise und der sich in den USA unter
296 Druck befindenden Mittelschicht geben soll. Der Gesetzesname ist dabei zum Teil
297 irreführend, denn das Gesetz zielt nicht direkt auf die Reduzierung der Inflation,
298 sondern ist die ambitionierteste Klimagesetzgebung, die jemals in den Vereinigten
299 Staaten verabschiedet wurde. Ziele bilden die Ankurbelung von Investitionen in
300 regenerative Energien, eine Strategie zur Reindustrialisierung über Investitionen in
301 inländische Produktionskapazitäten zum Aufbau einer grünen Wirtschaft, die Stärkung
302 von Forschung und Entwicklung von Spitzentechnologien wie zum Beispiel
303 Kohlenstoffspeicherung oder die Herstellung von "grünem" Wasserstoff.

304 Kurzum: Durch massive Investitionen in die Energiewende und eine klimaneutrale
305 Industrieproduktion möchte die Joe-Biden-Regierung die Treibhausgasemissionen in den
306 kommenden Jahren deutlich senken und gleichzeitig Amerikas Arbeitnehmer*innen,
307 Gewerkschaften und Gemeinden stärken und langfristiges, nachhaltiges Wachstum und
308 Wohlstand erzeugen. Der IRA umfasst das bislang umfangreichste Investitionspaket der
309 USA seit dem New Deal in den 1930er Jahren. Dafür investieren die USA über den IRA
310 nach Schätzungen des Congressional Budget Office 433 Mrd. US-Dollar. Dies setzt die

311 Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten enorm unter Druck - dient aus Juso-Sicht
312 aber auch als industriepolitisches Vorbild.

313 Die protektionistischen Regelungen (local-content-Regelungen) im Gesetzespaket
314 kritisieren wir zugleich klar. Denn unter engen Werte- und Handelspartner*innen
315 wollen wir langfristig mehr Freihandel statt weniger. Die EU-Kommission hat die
316 Gefahren der Investitionsumlenkungen und Produktionsverlagerungen in die USA erkannt
317 und mit dem **Green Industrial Plan** darauf reagiert. Dieser ist die europäische Antwort
318 auf IRA und soll die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie stärken und den
319 Übergang zur Klimaneutralität vorantreiben. Der Green Industrial Plan baut auf
320 früheren EU-Initiativen auf und ist eine Ergänzung zu den Bemühungen im Rahmen des
321 European Green Deal.

322 Dabei baut der Green Industrial Plan auf vier Säulen auf: Erstens soll ein
323 Regelungsumfeld geschaffen werden, das es ermöglicht, rasch zu expandieren und
324 günstige Bedingungen für die klimaneutrale Industrie zu schaffen. Neue Standorte für
325 saubere Technologien sollen beschleunigt und vereinfacht genehmigt werden. Zweitens
326 sollen Beihilfavorschriften vorübergehend angepasst werden, um Beihilfen schneller
327 und leichter zu ermöglichen. Gleichzeitig sollen faire Wettbewerbsbedingungen für
328 Firmen überall in Europa gewahrt werden. Über einen Europäischen Souveränitätsfonds
329 sollen Überbrückungslösungen gesucht werden, um schnelle und gezielte Unterstützungen
330 dort zu leisten, wo sie akut benötigt werden. Durch drittens Kompetenzaufbau und die
331 Qualifizierung für zukunftssträchtige Berufe sollen Weiterbildungs- und
332 Umschulungsprogramme in strategischen Industrien entwickelt werden. Abschließend
333 sollen neue Handelsabkommen mit verschiedenen Staaten und Handelsräumen geben, um
334 stärkere und krisenfestere Lieferketten aufzubauen und grüne Technologien zu fördern.

335 Die US-amerikanischen und europäischen Maßnahmen zielen grundsätzlich in dieselbe
336 Richtung. Die Energiewende soll durch den Ausbau von erneuerbaren Energien gelingen.
337 Die Automobilindustrie soll durch den Umstieg auf Elektromotoren klimaneutral werden.
338 Die Höhen der Fördergelder in den USA sind zum Teil vergleichbar mit den EU-
339 Programmen. Aus diesen Entwicklungen in den USA, obgleich Expert*innen auch
340 Möglichkeiten von Spillover-Effekten für die hiesige Industrie sehen, leiten sich
341 Handlungsanforderungen für Europa ab – insbesondere für unsere internationalen
342 Handelsbeziehungen.

343 Für uns Jusos ist dabei wichtig: Regelungen der Welthandelsorganisation (WTO) müssen
344 weiterhin eingehalten werden. Wir streben eine **Stärkung regelbasierten Handels** im
345 Rahmen der WTO an und setzen dabei auf einen engen Dialog mit den USA und anderen
346 Partnerländern.

347 Wir begrüßen, dass die EU auf die Herausforderungen des IRA mit dem Green Industrial
348 Plan reagiert hat. Dabei sehen wir beim Beihilferecht deutlichen Verbesserungsbedarf:
349 Unser **EU-Beihilferecht** ist nicht mehr zeitgemäß, der Beihilferahmen muss grundlegend
350 verändert werden. Erforderlich sind weitere europäische Mittel wie beispielsweise ein
351 **Europäischer Souveränitätsfonds**, da damit Ungleichgewichte zwischen den Ländern durch
352 europäische Fördermittel ausgeglichen werden könnten.

353 Wir unterstützen den Fokus auf zukunftsfähige Technologien im Green Industrial Plan.
354 Es bedarf dabei allerdings auch ein Hauptaugenmerk auf Schlüsseltechnologien am
355 Anfang der Wertschöpfungskette, wie zum Beispiel der Chemie- und Stahlindustrie. Die
356 Erhaltung weitgehend geschlossener Wertschöpfungsketten ist für Europa und

357 insbesondere für Deutschland essentiell. Erste Schritte über europäische Initiativen,
358 **Schlüsseltechnologien**, in denen industrielle Wertschöpfung stattfindet, unter anderem
359 von Mikro- und Nanoelektronik, Chip-Herstellung und Batteriezellfertigung (wieder-
360)aufzubauen und dadurch Abhängigkeiten von Player*innen wie China zu verringern,
361 gehen in die richtige Richtung. Sie sind allerdings den Zwängen der Schuldenbremse
362 und restriktiven Beihilfekontrollen unterworfen. Diese müssen abgeschafft respektive
363 reformiert werden.

364 Für die Transformation der Industrie bedarf es stabiler und wettbewerbsfähiger
365 Strompreise. Die eher geringen Eingriffe in das derzeitige **Strommarktdesign** sind aus
366 unserer Sicht nicht ausreichend. Zentral für die industrielle Zukunft Europas ist ein
367 wettbewerbsfähiger Industriestrompreis, gerade für die energieintensive Industrie.

368 Wir Jusos stellen die Förderung guter Arbeit in den Mittelpunkt: Wir wollen einen
369 European Social Green Deal. Nur Unternehmen, die tarifgebunden sind und gute
370 Entlohnung sowie Arbeitsbedingungen bieten, dürfen europäische Fördergelder erhalten.
371 Für Sektoren, in denen eine sehr geringe **Tarifbindung** existiert, muss für die
372 Verbesserung von Mindestarbeitsbedingungen die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von
373 Tarifverträgen weiter vereinfacht und Tarifbindung in den Ausschreibungskriterien
374 öffentlicher Aufträge berücksichtigt werden.

375 Der **Zugang zu kritischen Rohstoffen** und eine **regionale klimaneutrale Verarbeitung**
376 dieser muss durch eine europäische Industriestrategie gesichert und gefördert werden.
377 Hierzu sollen auf EU-Ebene verhandelte Handelsabkommen schnell ratifiziert und
378 laufende Verhandlungen zügig vorangetrieben werden. Die Handelsabkommen mit
379 rohstoffreichen Ländern in Afrika und Lateinamerika haben dabei besondere
380 strategische Bedeutung. Mit dem Critical Raw Materials Act hat die Europäische Union
381 einen entsprechenden Schritt unternommen. Dies ist zu unterstützen. Beim Recycling
382 von Rohstoffen ist allerdings noch deutlich Verbesserungspotenzial zu erkennen.

383 Eines ist dabei allerdings immer klar: Strategische Partnerschaften sind richtig –
384 **Abstriche bei der Achtung von Menschen-, Arbeits- und Umweltrechten** aus
385 wirtschaftlichen Interessen akzeptieren wir nicht. Wir wollen auf die Interessen von
386 Partnerländern nach eigener Wertschöpfung achten. Zudem solle die EU bereit sein, ihr
387 Handelsschutzarsenal einzusetzen, um gegen Missachtung dieser Standards und Dumping
388 vorzugehen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag W4: Konjunkturkomponente reformieren – Für eine zukunftsorientierte Finanzpolitik trotz Schuldenbremse

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

- 1 Als Jusos ist uns klar und hinreichend bewiesen, dass eine Schuldenbremse nichts im
2 Grundgesetz verloren hat und gestrichen gehört. Diesbezüglich gab es innerhalb der
3 Jusos und auch innerparteilich viele Debatten. Es bildet sich zunehmend eine Mehrheit
4 heraus, die sich für eine Streichung der Schuldenbremse im Grundgesetz stark macht,
5 wie auch der Parteikonvent im Willy-Brandt-Haus zeigte.
- 6 Als Jusos wollen wir auch weiterhin für dieses Anliegen kämpfen, debattieren und
7 streiten.
- 8 Zur Streichung der Schuldenbremse aus dem Grundgesetz werden jedoch
9 Zweidrittelmehrheiten in Bundestag und Bundesrat benötigt. Um diese zu erlangen,
10 bedarf es eines gesellschaftlichen Konsens, an dem wir im Verbund mit anderen
11 progressiven Kräften arbeiten werden. Dass nun auch Länderchefs der CDU mit
12 Sondervermögen die Schuldenbremse umgehen oder sogar für ihre mittelfristige
13 Aussetzung plädieren, spricht für sich. Aber auch innerhalb der SPD ist der
14 Widerstand ausgeprägt.
- 15 Man kann natürlich Verfechter*in von inaktuellen Wirtschaftstheorien sein, jedoch der
16 aktuelle Finanzierungsbedarf ist enorm. Anstatt die Zukunft zu gestalten, sparen wir
17 das Land kaputt. Das hat mittlerweile nicht mehr nur Auswirkungen auf die öffentliche
18 Infrastruktur, sondern zeigt sich auch in der Privatwirtschaft. Unternehmen
19 entscheiden sich reihenweise Investitionen in die USA zu verlagern. Die
20 Dekarbonisierung bietet große wirtschaftliche Chancen, aber Deutschland entscheidet
21 sich aktuell bewusst dagegen, diese wahrzunehmen. Wir verspielen fahrlässig unsere
22 Zukunft.
- 23 Fahrlässig ist es insbesondere, weil es auch ohne Grundgesetzänderung anders ginge.
24 **Die Schuldenbremse im Grundgesetz enthält keine quantitative Begrenzung der**
25 **zulässigen Neuverschuldung.** Stattdessen legt das Grundgesetz fest, dass die jährliche
26 Nettokreditaufnahme die die konjunkturelle Entwicklung - beschrieben als Abweichung
27 von der „Normallage“ der Wirtschaft - (symmetrisch) berücksichtigen soll. Die genaue
28 Beschreibung bzw. Definition des Begriffs „Normallage“ wird nicht getätigt: „Das
29 Verfahren zur Berechnung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme und insbesondere
30 der Berücksichtigung der konjunkturellen Entwicklung ist nicht im Grundgesetz
31 festgehalten. Es ist einfachgesetzlich geregelt“ (Krahé, Schuster, Sigl-Glückner
32 (2021): 1). Damit bleibt viel Interpretationsspielraum: „Die Bestimmung der
33 Konjunkturkomponente und damit die Höhe der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme
34 (ist) am Ende stark von der Auslegung des Begriffs Normalauslastung abhängig, der im
35 rechtlichen Kontext nicht weiter spezifiziert wird“ (Krahé, Schuster, Sigl-Glückner
36 (2021): 2).
- 37 Die einfachgesetzliche Ausgestaltung der Schuldenbremse liegt in der Hand der

38 Bundesregierung, sie könnte sie heute ändern. Aktuell wird die zulässige
39 Neuverschuldung in Abhängigkeit von der Produktionslücke berechnet. Sie „entspricht
40 der Differenz zwischen dem geschätzten Produktionspotenzial (der Normallage) der
41 Volkswirtschaft und dem erwarteten tatsächlichen BIP“ (Krahé, Schuster, Sigl-Glößner
42 (2021): 1).

43 Eine wissenschaftlich tragfähige Grundlage für die aktuelle einfachgesetzliche
44 Ausgestaltung der Schuldenbremse gibt es dabei nicht. Im Gegenteil, die Schätzung des
45 Produktionspotenzials, beziehungsweise der Produktionslücke hätte eigentlich niemals
46 dazu genutzt werden sollen, ein quantitatives Kreditlimit zu berechnen (Vandermeulen
47 et al., 2019). Dazu impliziert die heutige Methodik zur Schätzung des
48 Produktionspotenzials normative Setzungen, die der Beschlusslage der SPD klar
49 widersprechen. Anstatt zum Beispiel Vollbeschäftigung zu ermöglichen, wird von einer
50 notwendigen Mindestarbeitslosigkeit ausgegangen. Anstatt Frauen und Männern
51 gleichermaßen zu ermöglichen am Berufsleben teilzunehmen, wird davon ausgegangen,
52 dass Frauen auch in Zukunft in wesentlich geringerem Maß erwerbstätig sind. Die
53 heutige Ausgestaltung der Schuldenbremse sieht Gleichberechtigung nicht vor.

54 Die Situation, dass der Begriff Normallage nicht konturiert ist, ist gerade in Zeiten
55 wirtschaftlicher Unsicherheiten problematisch. Allerdings birgt er auch den Vorteil,
56 dass die Bundesregierung diesen gestalten kann. In der aktuellen Ermittlung der
57 Konjunkturkomponente werden dabei auf unterschiedliche, mitunter kritische, Merkmale
58 und Modelle zurückgegriffen, welche eine progressive ökonomische Sichtweise nicht
59 ermöglichen oder zumindest stark behindern. So erfolgt die Schätzung des
60 Produktionspotenzials durch eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion. Solche Modelle
61 sind weit verbreitet und werden häufig benutzt. Geprägt sind sie allerdings durch die
62 neo-klassische Ökonomik. Bei diesem Modell wird bspw. die komplette Nachfrageseite
63 ignoriert und nimmt eine Vollausslastung der Kapazitäten an. Nicht nur aus
64 sozialdemokratischer Brille, sondern auch durch eine progressiv-ökonomische
65 Sichtweise kommt man schnell zur Erkenntnis, dass dies nicht der Fall ist und mit der
66 Realität nicht viel zu tun hat. Allzu oft werden die Berechnungen einfach auf Basis
67 statistischer Werte der vergangenen Jahre vollzogen. Die Schätzung des
68 Arbeitspotenzials mit der NAWRU (non-accelerating wage rate of unemployment)
69 getätigt. Die NAWRU ist die Höhe der Arbeitslosenquote, bei welcher es bei einer
70 Unterschreitung dieser zu einer beschleunigten Inflation kommt. Als Grundlage der
71 NAWRU dient die Phillips-Kurve, die einen negativen Zusammenhang zwischen Inflation
72 und Arbeitslosigkeit beschreibt (niedrige Arbeitslosigkeit = hohe Inflation und
73 andersherum).

74 Einerseits heißt das in der Konsequenz, dass eine echte Vollbeschäftigung nicht
75 angestrebt wird, da man sich ansonsten mit einer beschleunigten Inflation
76 konfrontiert sieht. Jedoch: „Das Grundgesetz gewährt zwar kein Recht auf Arbeit,
77 jedoch lässt sich dem Sozialstaatsprinzip und den Grundrechten auf Berufsfreiheit und
78 freie Entfaltung der Persönlichkeit der Verfassungsauftrag entnehmen, auf
79 Vollbeschäftigung hinzuwirken“ (Korioth, Müller (2021): 4). Eine sozialdemokratische
80 Partei muss auf eine Vollbeschäftigung hinarbeiten. Gute Arbeit für alle ist ein
81 Grundpfeiler der der SPD. Mit der aktuellen Vorgehensweise zur Berechnung ist dies
82 nicht gegeben.

83 Andererseits ist die NAWRU wirtschaftswissenschaftlich hoch umstritten und in vielen

84 Bereichen empirisch widerlegt. So zeigt sich, dass ein unterschreiten der NAWRU die
85 Inflation nicht beschleunigt. „Nach Meinung des Federal Reserve Boards (FED) war
86 diese Evidenz sogar so stark, dass das Board sich im Sommer 2020 entschied, sich
87 nicht mehr auf die NAIRU (das US-Äquivalent zur NAWRU) als zentralen Indikator zu
88 stützen. Stattdessen entschied man sich für ein Ziel des maximum employment.“ (Krahé,
89 Schuster, Sigl-Glückner (2021): 3).

90 Es bedarf daher dringend einer Reform der Konjunkturkomponente. Die aktuelle
91 Ausgestaltung der Schuldenbremse ist undemokratisch, da sie normative Setzungen
92 technischen Verfahren überlässt, enthält Normen, die denen der Sozialdemokratie
93 diametral widersprechen und ist wissenschaftlich unfundiert. Die Umsetzung einer
94 solchen Reform ist, vor allem im Vergleich zur einer Grundgesetzreform, machbar und
95 realistisch und würde die finanzielle Mittel des Haushalts prognostisch erweitern.
96 Der Schuldenbremse zugestimmt zu haben ist einer der großen Fehler deutscher
97 sozialdemokratischer Politik des frühen 21 Jahrhunderts. Die SPD muss nun die selbst
98 verursachten „Fehler“, deren Fans sich vor allem bei der CDU und FDP befinden,
99 angehen und korrigieren. Parallel ist keine Zeit des Sparens, sondern mindestens
100 eines fünffach Wummps. Wir müssen als Land die Folgen der Corona-Pandemie bewältigen.
101 Viele Menschen haben keine Perspektiven, der Zuschussbedarf der Sozialversicherungen
102 steigen, die Klimakrise und ihre Folgen sind spürbarer denn je und wir stehen vor
103 einem notwendigen Transformationsprozess, welche den gesamten Energiesektor
104 umkrepeln muss. Nicht nur in Ostdeutschland verzeichnen wir einen immer
105 weiterführenden Rechtsruck und viele Menschen sehnen sich nach einer Perspektive
106 innerhalb dieser krisenhaften Zeit. Geld kann allein keine Probleme, aber für gute
107 soziale Politik braucht man viel Geld. Eine Zeitenwende müssen wir ganzheitlich
108 denken.

109 Daher fordern wir:

- 110 • Eine Neuregelung der Konjunkturkomponente durch parlamentarische Gesetzgebung
- 111 • Eine Einbeziehung der aktuellen Forschungsstandards
- 112 • Ein demokratisch legitimiertes Verfahren
- 113 • Beteiligung des politischen Prozesses, nicht nur bei ungenauer Evidenz, sondern
114 generell
- 115 • Das Anstreben der Vollbeschäftigung in Deutschland

116 *Literaturverzeichnis:*

- 117 • *Krahé, Schuster, Sigl-Glückner (2021): „Wird die Konjunkturkomponente der*
118 *Schuldenbremse ihrer Aufgaben noch gerecht?“ Wirtschaftsdienst ZBW – Leibnitz –*
119 *Informationszentrum – Wirtschaft*
- 120 • *Korioth, Müller (2021): „Die Konjunkturkomponente der Schuldenbremse –*
121 *Spielräume und Grenzen“ Wirtschaftsdienst ZBW – Leibnitz – Informationszentrum –*
122 *Wirtsch*

Antrag W5: Grunderbe - weil alle erben sollten, was heute wenigen gehört

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

1 Adressat*in: Juso Buko

2 **Deutschland ist ein Ungleichland**

3 In Deutschland ist das Vermögen sehr ungleich verteilt. Wenige besitzen sehr viel und
4 große Teile der Bevölkerung leben an der Armutsgrenze. Wir wollen diese Schere
5 zwischen arm und reich aufbrechen. Dabei muss ganz klar eine Umverteilung von den
6 oberen 10% zu den unteren 90% erfolgen. Wir erkennen auch an, dass ostdeutsche
7 Bundesländer von dieser Ungleichheit noch stärker betroffen sind und auch in dieser
8 Richtung eine Umverteilung von West nach Ost stattfinden muss.

9 Das Ziel muss es sein, gerechtere Startbedingungen für alle Menschen zu schaffen und
10 nicht nur wenigen die besten Chancen auf Bildung, Teilhabe, Mobilität und
11 Mitbestimmung zu gönnen.

12 Das Grunderbe sehen wir als eine Maßnahme an, um der Ungleichverteilung
13 entgegenzuwirken. Trotzdem möchten wir langfristig den demokratischen Sozialismus
14 erreichen und kämpfen auch weiter für eine wirklich kostenlose Bildung, gerechtere
15 Löhne, den kostenlosen ÖPNV, eine faire Rente und das Ende des Kapitalismus.

16 Dieser Antrag adressiert nicht die Frage, welche Rolle Vermögen in einer
17 sozialistischen Gesellschaft spielt. Er bezieht sich aus einer reformistischen Sicht
18 auf die konkrete Situation im Hier und Jetzt, in der gesellschaftliche Teilhabe sehr
19 eng mit Vermögen zusammenhängt. Die Förderung von Vermögen für diejenigen, die
20 aktuell vermögenslos sind, trägt dabei jedoch zu einer Egalisierung von Vermögen bei,
21 dieser Effekt ist explizit erwünscht und beabsichtigt.

22 **Vermögensungleichheit- warum sich etwas ändern muss**

23 Vermögen ist in Deutschland enorm ungleich verteilt. Einige wenige kontrollieren den
24 Großteil des Nettovermögens, sei es monetäres Vermögen, Immobilien oder
25 Unternehmensanteile. Das reichste Prozent der Bevölkerung vereint rund 35% des
26 gesamten gesellschaftlichen Vermögens, lediglich 10% der Bevölkerung kontrollieren
27 über zwei Drittel des Vermögens.

28 73% der Millionär*innen sind Selbstständige, kaum abhängig Beschäftigte und nur
29 wenige Angestellte, davon fast alle aus leitenden Positionen. Beschäftigte haben kaum
30 eine Möglichkeit, allein durch ihren Lohn Rücklagen aufzubauen oder gar Immobilien zu
31 erwerben.

32 Wohneigentum ist in Deutschland extrem ungleich verteilt: Unter den 10% der Haushalte
33 mit dem höchsten Nettovermögen verfügen 92% über vermietete Immobilien, die 20% mit
34 dem niedrigsten Nettovermögen besitzen nur 2 %. Dabei sind mehr als 70% der

35 vermieteten Immobilien in der Hand der 10% reichsten Haushalte. Die
36 Wohneigentumsquote ist in keinem anderen EU-Land so niedrig wie in Deutschland. Nur
37 42% der Personen besitzen die Immobilie, die sie bewohnen, in Ostdeutschland sogar
38 nur 37%. 1,3% der Deutschen besitzen hingegen Mietwohnungen, die sie in den meisten
39 Fällen geerbt oder durch eine Erbschaft finanzieren konnten.

40 Das Vermögen in Deutschland ist nicht nur ungleich verteilt, sondern auch den
41 patriarchalen, rassistischen und Ostdeutschland benachteiligten Strukturen folgend,
42 die unsere Gesellschaft bis heute prägen. Die meisten Personen, die über ein
43 Nettovermögen mit Wert von durchschnittlich ca. 3 Millionen Euro verfügen, sind
44 männlich, haben keinen Migrationshintergrund und kommen aus Westdeutschland. Nur 6%
45 der Millionär*innen kommen aus Ostdeutschland, 14% haben einen Migrationshintergrund
46 und 31% sind Frauen.

47 Die Ungleichheit in unserer Gesellschaft hat mitunter einen entscheidenden Grund:
48 Vererbung ist der einfachste Weg ein Vermögen anzuhäufen. 400 Milliarden Euro werden
49 (nach Berechnungen) jährlich in Deutschland vererbt oder verschenkt. Vererbung ist
50 daher Ursache der Ungleichheit, zementiert diese und verschärft sie immer weiter.

51 Wer das Glück hatte, in eine reiche Familie geboren worden zu sein, die das Glück
52 hatte, über Dekaden von keiner Krise betroffen gewesen zu sein, muss sich um die
53 eigene wirtschaftliche Zukunft keine Gedanken machen.

54 Die Ungleichverteilung des Erbes hängt dabei immer mit wiederkehrenden
55 gesellschaftlichen Problemen zusammen. Unsere Gesellschaft ist geprägt von
56 patriarchalen und rassistischen Strukturen, die sich über die vergangenen Jahrzehnten
57 bis heute konstant halten. Männer erben häufiger als Frauen, weil besonders große
58 Vermögen oder Unternehmen oft an Söhne statt Töchter vererbt werden. Nur Familien,
59 die keinen historischen Bruch, durch Flucht oder Vertreibung, und keine systemische
60 und gesellschaftliche Benachteiligung erfahren haben, können vererben. Und auch die
61 Wiedervereinigung und der wirtschaftliche Profit einiger wenige, zumeist
62 Westdeutscher, auf die Kosten vieler Ostdeutscher haben Ungleichheiten verursacht,
63 die bis heute nicht beseitigt werden konnten.

64 Einige Wenige kommen bereits abgesichert auf die Welt, müssen sich nie um ihren
65 Lebensunterhalt sorgen, sondern können mit einem Erbe über Immobilien, Vermögenswerte
66 oder Unternehmensanteile rechnen. Dabei verdienen sie anschließend vom Grundbedürfnis
67 Wohnen anderer Menschen und von deren Arbeitskraft, um ihr Vermögen weiter
68 auszubauen.

69 Anderen hingegen bleiben Aufstiegschancen verwehrt. Die soziale Mobilität der
70 Gesellschaft wird durch die Vermögensanhäufung einiger weniger massiv eingeschränkt.
71 Sich durch Erwerbsarbeit über das Verdienst des Lebensunterhalts hinaus Rücklagen
72 aufzubauen wird immer schwieriger, für weite Teile der Gesellschaft unmöglich.

73 Der Start in das selbstständige Leben ist der Punkt der größten Ungerechtigkeit. Die
74 einen müssen sofort auf eigenen Füßen stehen, die anderen schweben über den Dingen.
75 Vermögensvorteile zu Beginn des Lebens sind für die meisten nicht aufzuholen, erst
76 recht nicht durch Lohnarbeit.

77 Für Berufsausbildung, Weiterbildung und selbstbestimmtes Leben bedeutet die Frage des
78 Erbes einen großen Unterschied: Die einen können studieren, was sie wollen,
79 Bildungsabschlüsse anhäufen bzw. ausbauen und sich dauerhaft weiterbilden. Die

80 anderen müssen auf den schnellstmöglichen Abschluss setzen, möglichst schnell Geld
81 verdienen und haben dabei weniger Chancen auf gute und gut bezahlte Arbeit.

82 Auch im Bezug auf den Aufbau von persönlichen Sicherungssystemen ist das Erbe ein
83 enormer Vorsprung: Die einen besitzen seit ihrer Geburt Rücklagen und können
84 problemlos weiter aufbauen, die anderen leben von ihrer Arbeit und können keine
85 Mechanismen schaffen, die sie in schwierigen Zeiten auffangen. Vermögen reproduziert
86 sich: Während die einen noch arbeiten und für die Miete bezahlen müssen, können
87 andere, die eine Wohnung geerbt haben, das Geld zur Seite legen und den Gewinn
88 reinvestieren.

89 Oft wird großes Vermögen verteidigt mit der Argumentation, dass es ja auch irgendwann
90 erarbeitet wurde und den Menschen daher zusteht. Bei vielen Unternehmen – darunter
91 beispielsweise BMW – ist das Vermögen mitunter auch ein Ergebnis von Ausbeutung.
92 Viele große Industrieunternehmen haben in der NS-Zeit Zwangsarbeiter*innen
93 beschäftigt und damit unrechtmäßige Vermögenswerte angehäuft.

94 Die Ungleichheit, die Erbschaften in der heutigen Form auslöst, können wir als
95 sozialistischer Verband nicht tolerieren oder gar gutheißen. Eine Gesellschaft durch
96 das Glück der vermögenden Geburt in vermögend und weniger privilegiert zu
97 unterteilen, widerstrebt jedem Gedanken der Chancengerechtigkeit und den Zielen des
98 demokratischen Sozialismus. Es gefährdet den sozialen Frieden und den Zusammenhalt
99 unserer Gesellschaft und führt zu großen Spannungen in der Gesellschaft einerseits
100 und zu großer Unzufriedenheit und Belastung Einzelner andererseits.

101 **Grunderbe – ein guter Start in das selbstbestimmte Leben**

102 *Um den Start in das Erwachsenenleben für alle jungen Menschen möglichst*
103 *chancengerecht zu gestalten, fordern wir die Einführung eines Grunderbes.*

104 Jeder Person, die die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt oder eine gewisse
105 Mindestzahl an Jahren in Deutschland gelebt hat bekommt zu ihrem 18. Geburtstag den
106 Fixbetrag von 60.000€ ausbezahlt. Der Betrag soll an die Inflation angepasst werden.
107 Das bedeutet: Sinkt der Geldwert, steigt auch der Betrag des Grunderbes an.

108 Der Ostbeauftragte der Bundesregierung fordert ein Grunderbe in Höhe von 20.000€ und
109 möchte auch die Auszahlung an bestimmte Zwecke knüpfen. Doch Studien zeigen, dass man
110 nur durch ein höheres Grunderbe merkliche Unterschiede in der Umverteilung wahrnimmt
111 und erst ab diesem Betrag auch langfristige wirtschaftliche Reaktionen erkennbar
112 sind.

113 **Wir fordern ein Grunderbe in Höhe von 60.000€, über das junge Erwachsene selbst**
114 **entscheiden dürfen, wann und für was sie es ausgeben wollen.**

115 Wir müssen jungen Menschen zutrauen, ihre eigenen Entscheidungen für ihre Zukunft zu
116 treffen und dürfen ihnen nicht ihre Entscheidungsfähigkeit absprechen. Der Umgang mit
117 Geld sollte in der Schule und in der weiteren Ausbildung thematisiert werden, sodass
118 schon Kinder und Jugendliche sich dessen bewusst sind.

119 Mit dem Grunderbe sollen junge Menschen die Möglichkeit haben, mit gleicheren Chancen
120 in das Leben zu starten und selbstbestimmt entscheiden zu können, welchen Weg sie in
121 ihrem Leben gehen möchten. Viele junge Menschen müssen sich heute zwischen ihren
122 Interessen in der Weiterbildung und einem Job, der ihnen die Lebensgrundlage sichert,

123 entscheiden. Aber auch Bedürfnisse nach Mobilität, Flexibilität und Freiheit werden
124 durch finanzielle Zwänge eingeschränkt. Mit einem Grunderbe können junge Menschen
125 ihren Bildungsweg freier gestalten und ihr Potenzial bestmöglich gestalten. So kommen
126 wir einem gerecht verteilten Zugang zu Bildung und Qualifikation näher.

127 Egal ob das gewünschte Studium mit höheren Beiträgen einhergeht oder man
128 beispielsweise ein Auslandssemester zur Stärkung der eigenen Persönlichkeit und zum
129 Ausbau von interkultureller Kompetenz wahrnehmen möchte, all das wird dank einem
130 Grunderbe möglich genauso wie die Finanzierung einer Ausbildung oder des Meisters.

131 Neben Bildung und Weiterbildung kann das Grunderbe auch zur Bildung von Rücklagen und
132 damit für die Schaffung von privater Absicherung genutzt werden. Wir lehnen eine
133 Vermögenanhäufung durch Privatpersonen ab, sehen aber die Bildung von Rücklagen als
134 legitimes Ziel an, um Abhängigkeiten von staatlichen Sozialstrukturen zu verhindern,
135 um mehr Selbstbestimmung zu bewahren. Für Lebensphasen, in denen Personen weniger
136 arbeiten wollen oder können, bieten Rücklagen Flexibilität und Planbarkeit. Zudem
137 können Investitionen besser geplant und getätigt werden, wenn Rücklagen absichern
138 können. Soziale Mobilität, selbstbestimmtes Leben und Abfedern von unplanbaren
139 Umständen können so erleichtert werden.

140 Außerdem hilft das Grunderbe dabei, das Vermögen innerhalb unserer Gesellschaft
141 umzuverteilen. Wie im ersten Teil gezeigt, besitzen wenige Menschen viel und viele
142 besitzen wenig. Diese Kluft kann durch das Grunderbe verkleinert werden.

143 Hebt man die Erbschaftssteuer auf die größten Erbsummen an und besteuert auch den
144 Übertrag von Immobilien und Unternehmen konsequent, so kann diese Umverteilung
145 konsequent beschritten werden und die benötigte Summe für die Auszahlung eines
146 Grunderbes von 60.000€ problemlos abgebildet werden.

147 **Reform der Erbschaftssteuer – Wie wir das finanzieren** 148 **wollen**

149 Eine konsequente Erbschaftssteuer ist ein gutes Mittel um Umverteilung zu erreichen.
150 Vermögen, die von einer Generation in die nächste übergehen, müssen progressiv
151 versteuert werden. Durch das Geld, das durch eine reformierte Erbschaftsteuer
152 eingenommen werden kann, wollen wir das Grunderbe finanzieren.

153 Gegen (hohe) Erbschaftssteuern werden immer wieder Argumente von verschiedenen Seiten
154 ins Feld geführt. Die Erbschaftssteuer ist aber tatsächlich ein faires Instrument und
155 die Besteuerung von Erbmasse aus Motiven der Gerechtigkeit und Solidarität
156 unabdingbar.

157 **Mittel der Umverteilung**

158 Niemand, der Nettovermögen erbt, hat etwas dafür getan, außer Kind bzw. Enkelkind zu
159 sein. Erbe basiert nur auf dem Glück der wohlhabenden Geburt, wovon man schon in
160 seiner Kindheit durch (häufig) bessere Unterstützung im Bildungsweg, mehr
161 Möglichkeiten in der Freizeitgestaltung und höheren Lebensstil profitiert hat.

162 Es sollte nicht einigen wenigen Person ein Vermögen in den Schoß fallen, das sie für
163 den Rest ihres Lebens absichert und Lohnarbeit zur Nebensache macht, wohingegen diese
164 für andere, die das Glück des Erbens nicht hatten, existentiell ist und eine

165 Selbstabsicherung in den meisten Fällen trotz Anstrengungen nicht ermöglicht.
166 Erbe ist erwirtschaftet durch die Eltern, Großeltern, andere Verwandte oder Bekannte.
167 Auch wenn sie dieses erwirtschaftete Nettovermögen bereits versteuert haben, die
168 Empfänger*in hat für diese Zuwendung nichts getan, profitiert aber ebenso von den
169 infrastrukturellen und staatlichen/gesellschaftlichen Voraussetzungen, die den Aufbau
170 und die Weitergabe des Vermögens ermöglicht haben. Es ist deshalb nur gerecht, dass
171 sie dem Staat und damit der Gesellschaft etwas zurückgibt und damit die Schaffung und
172 den Erhalt von Infrastruktur und staatlichen Systemen unterstützt.
173 Dabei stehen nicht die Familien im besonderen Blickpunkt, die seit Generationen eine
174 Immobilie vererben oder die, bei denen die Erblasser eine Immobilie erworben haben,
175 auch im Gedanken daran, die eigenen Nachkommen zu unterstützen. Vielmehr sollen die
176 Erbschaften in den Fokus genommen werden, die sich über massive Vermögenswerte,
177 Immobilien und Unternehmensanteile erstrecken und die Erbenden für ihr gesamtes Leben
178 versorgen. Besonders solche Erben werden aktuell kaum bzw. viel zu wenig von der
179 Erbschaftssteuer tangiert. Denn gerade die, die ansonsten den radikalen
180 Leistungsgedanken predigen, haben das System, das für mehr Chancengerechtigkeit und
181 weniger Zufallsvermögen steht, korrumpiert und bremsen Maßnahmen aus.

182 **Erbschaftssteuer ein zahloser Tiger**

183 Die aktuelle Erbschaftssteuer ist ein zahloser Tiger, d.h. sie erzielt nicht die
184 notwendigen Umverteilungsmaßnahmen und ist stattdessen höchst ungerecht, denn gerade
185 die, die viel erben, zahlen wenig Steuern.

186 Die Erbschaftssteuer ist im Schnitt weitaus geringer als die auf geleistete
187 Lohnarbeit. Berechnet man aus der Erbmasse an Nettovermögen aus 2021 (400 Milliarden
188 Euro) und der tatsächlich eingenommenen Summe an Erbschaftssteuer (11 Milliarden
189 Euro), so ergibt das, dass 2021 im Schnitt nur 2,7% Erbschaftssteuer gezahlt wurde.
190 Das liegt zum einen daran, dass nur ein Bruchteil des tatsächlich vererbten
191 Nettovermögens auch vom Finanzamt veranlagt wurde (118 Milliarden) und zum anderen
192 daran, dass auch hier nur 9,4% Steuer im Schnitt bezahlt wurden.

193 Die Steuer ist also insgesamt zu niedrig und zu viele Freibeträge werden erst gar
194 nicht besteuert. Dabei sind es Betriebsvermögen und großer Immobilienbesitz, die
195 nicht adäquat besteuert werden. Das Szenario, dass Betriebe vererbt werden und im
196 Anschluss die halbe Belegschaft entlassen müssen, ist nicht realistisch, stattdessen
197 werden große Vermögen an der Steuer vorbei vererbt. Durch die Steuer auf Immobilien-
198 Erbe ist aktuell mehr das Familienhaus als der Großgrundbesitz oder der vermietete
199 Wohnblock betroffen.

200 **neu denken – konsequent und gerecht**

201 Die Erbschaftssteuer muss neu gedacht werden, um die höchsten Erbschaften, sowie die
202 Erbschaften auf Unternehmensvermögen und Immobilien endlich konsequent zu besteuern.

203 ***Wir fordern als Hauptziel, die vererbten Betriebsvermögen endlich in den Blick zu***
204 ***nehmen.***

205 Besonders Anteilseigner*innen bei Holdings oder an Aktiengesellschaften müssen im
206 Falle eines Erbes deutlich stärker zur Kasse gebeten werden.

207 Aber auch mittelständische Unternehmen müssen ihren Beitrag leisten. Die

208 Erbschaftssteuer muss erhöht werden. Freibeträge sollen auch weiterhin gewährt
209 werden, allerdings gemessen an der Größe der Unternehmen, insgesamt geringer als
210 bisher und nur an Betriebe, die im Gegenzug ihre Betriebsstrukturen demokratisieren.
211 So erhalten die Mitarbeiter*innen mehr Möglichkeiten zur Mitbestimmung und Teilhabe.

212 Erbschaftssteuer muss nicht auf einmal gezahlt werden. Wir fordern, dass die
213 Erbschaftssteuer auf Betriebe über mindestens 10 Jahre bezahlt werden muss und dabei
214 der Erfolg/Misserfolg der Unternehmen zu einer Erhöhung/Reduzierung der Steuersumme
215 führt.

216 **Als weitere wichtige Maßnahme fordern wir konsequente Besteuerung von**
217 **Immobilieigentum.**

218 Die Besteuerung soll dabei an die Anzahl der Immobilien gekoppelt werden, sodass eine
219 Immobilie, die selbst bewohnt wird, bis zu einer gewissen Größe zu verminderter
220 Erbschaftssteuer und großzügigen Freibeträgen vererbt werden kann.

221 In besonderen Fällen wollen wir nachhaltige und langfristige Kreditmöglichkeiten (z.
222 B. KfW-Kredite) ermöglichen. Im Gegenzug sollen diese günstigen staatlichen Kredite
223 im Grundbuch gesichert werden. So soll der Staat oder die Kommune eine Möglichkeit
224 zum preisgünstigen Erwerb erhalten, sollte der Kredit nicht zurückgezahlt werden
225 können. Zusätzlich soll ein kommunales oder staatliches, preislimitiertes
226 Vorkaufsrecht eingetragen werden, um Freibeträge und öffentliche Mittel abzusichern
227 und auszugleichen, die zugunsten von Privateigentum gewährt werden.

228 Durch ausreichende Freibeträge beim selbstgenutzten Immobilieigentum und einem
229 Fokus auf die Gesamtanzahl der vererbten Wohneinheiten kann sichergestellt werden,
230 dass nicht die Familien, die eine Immobilie weitergeben möchten, diese verkaufen
231 müssen, sondern tatsächlich große Immobilienerbschaften vermehrt in den Blick
232 genommen werden. Wir wollen mit diesen Regelungen eben nicht den Erhalt von Omas
233 Einfamilienhäuschen erschweren, das einfach nur in der Familie bleiben soll. Dieses
234 Argument wird in der aktuellen Debatte lediglich vorgeschoben um Reformen zu
235 verhindern, die auf Multimillionär*innen abzielen.

236 Freibeträge bei der Erbschaftssteuer sollen künftig im Gegenzug an bezahlbare Mieten
237 gekoppelt sein. Allerdings sollen Begünstigungen wie Freibeträge nur für den
238 Erstwohnsitz gelten, wodurch die Erbschaftssteuer bei allen weiteren, nicht als
239 Erstwohnsitz selbstgenutzten Immobilien-Erbschaften erhöht wird. Bei vermieteten
240 Wohnungen ist ein Freibetrag nur dann denkbar, wenn im Gegenzug die Miete bezahlbar
241 ist und bleibt und dies grundbuchlich gesichert wird.

242 Eine Regionalisierung der Freibeträge und Steuersätze widerspricht dem im Grundgesetz
243 enthaltenen Grundsatz der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Wir erteilen
244 diesen Vorschlag daher eine klare Absage. Eine Regionalisierung der Freibeträge und
245 Steuersätze wie von der CSU gefordert würde dazu führen, dass in reichen Ländern wie
246 Bayern ein niedrigerer Steuersatz gilt. Dies widerspricht jedoch dem Ansatz eines
247 progressiven Steuermodells und dem Ziel, Reiche stärker in Anspruch zu nehmen.

248 Außerdem würde eine Regionalisierung Tür und Tor für weitere Steuervergünstigungen
249 auch in den "ärmeren" Bundesländern öffnen und die geforderte bundesweite Regelung
250 aushöhlen.

251 **Wir fordern, dass die monetären Vermögen stärker von der Erbschaftssteuer erfasst**
252 **werden und diese Besteuerung progressiv erfolgen muss.**

253 **Zudem müssen Freibeträge auf die insgesamt Höhe des geerbten Nettovermögens im Leben**
254 **der Person beschränkt werden.** Dadurch sind Freibeträge bei Mehrfach-Erbschaften nur
255 bis zu einer gewissen kumulierten Gesamtsumme möglich.

256 **Vermögensumverteilung – weil der Start nicht der ganze** 257 **Lauf ist**

258 Im Laufe des Lebens kommt jede*r immer wieder in Situationen, in denen die
259 Ungleichheit die Person direkt betrifft und einschränkt. Gegen viele Probleme, die
260 das Grunderbe wirken kann, gibt es auch andere Lösungsansätze, die in Teilen schon
261 bestehen und ausgebaut werden müssen oder die wir seit Jahren fordern. Das Grunderbe
262 ersetzt weder BAFöG noch Rente, weder staatlichen Wohnungsbau, noch Kindergeld. Es
263 dient nicht als Ausrede, um andere Forderungen fallen zu lassen, sondern muss
264 eingepflegt werden in einen Katalog an Maßnahmen, mit Hilfe derer die massive
265 Ungleichheit in Deutschland beendet werden kann. Nur mit einem engmaschigen Netz an
266 Maßnahmen, die in vielen verschiedenen Lebensbereichen wirken, können wir
267 Umverteilung erreichen und verhindern, dass die erwünschten Effekte des Grunderbes
268 verpuffen.

269 Das Grunderbe allein ist nicht genug und reicht nicht aus, kann aber ein wichtiger
270 Baustein sein. Wir bekräftigen deshalb bestehende Forderungen und Positionen der
271 Jusos zu kostenloser Bildung, einer armutsfesten Grundsicherung insbesondere für
272 junge Menschen und gute, existenzsichernde Löhne, die sozialen Aufstieg ermöglichen.
273 Außerdem braucht es eine Sicherung von Einkommen im Alter durch gute Rente und einen
274 respektvollen Staat, der bei Verlust der Arbeitsstelle fördert und respektvoll mit
275 Erwerbslosen umgeht.

276 Bevor das Grunderbe zum 18. Geburtstag ausbezahlt wird, braucht es während der
277 Kindheit Maßnahmen zur Chancengerechtigkeit. Bildung muss kostenlos sein, egal ob die
278 Busfahrt zur Schule, das digitale Endgerät oder die Nachhilfestunde. Bildungschancen
279 dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Es braucht zudem grundsichernde
280 Maßnahmen, um zu Verhindern, dass Kinder in Armut aufwachsen. Dazu benötigt es eine
281 echte Reform von Hartz 4 und mehr Unterstützung für Kinder aus Haushalten, die sie
282 weniger unterstützen können.

283 Das Grunderbe ist eine Erleichterung zum Studien- oder Ausbildungsstart und kann auch
284 zur finanziellen Begleitung genutzt werden. Es darf allerdings nicht zum Ersatz für
285 BAFöG oder Mindestauszubildendenvergütung werden. Das BAFöG muss angehoben und
286 elternunabhängig ausbezahlt werden. Auszubildende müssen fair bezahlt werden und
287 durch die Mindestauszubildendenvergütung einen guten Lebensstandard während der
288 Berufsausbildung, während der sie bereits wertvolle Arbeit leisten, erreichen können.

289 Im Arbeitsleben müssen für viele Arbeitnehmer*innen aus verschiedenen Branchen die
290 Löhne erhöht werden. Es braucht einen Mindestlohn, der wirklich zum Leben ausreicht
291 und mit der Inflation auch anwächst. Branchenmindestlöhne müssen angehoben werden,
292 Grundversorgung muss in öffentliche Hand und der Staat als Arbeitgeber für z. B.
293 Pflegekräfte bessere Löhne auszahlen.

294 Menschen, die ihren Job verlieren, müssen gefördert und nicht bestraft werden. Sie
295 müssen bei der Bewältigung von Problemen und bei der Suche nach einer neuen
296 Anstellung unterstützt und die Unterdrucksetzung beendet werden. Dazu braucht es ein

297 echtes Bürger*innengeld, keine Umbenennung von Hartz IV.

298 Mit einer Vermögens- und Grundsteuerreform müssen diejenigen einen Anteil an die
299 Allgemeinheit abgeben, die mehr als genug besitzen. In den meisten Fällen begründet
300 sich ihr Vermögen aus Erbmassen oder der Ausnutzung der Arbeitskraft anderer
301 Personen. Das Vermögen in Deutschland muss umverteilt werden, bzw. diejenigen, die
302 unverhältnismäßiges Vermögen besitzen, müssen Teile davon abgeben, um öffentliche
303 Infrastruktur und Daseinsvorsorge aufrechtzuerhalten. Die Verteilung von Grund und
304 Boden muss grundlegend verändert werden. Große Immobilienkonzerne und Besitzer*innen
305 zahlreicher Mietobjekte müssen enteignet werden, der Vermieter der allermeisten
306 Wohnungen sollte der Staat sein. Grundstücke in kommunalem oder staatlichem Besitz
307 werden nicht mehr veräußert. Die Nutzung kommunaler oder staatlicher Grundstücke z.
308 B. für eigengenutzten Wohnraum soll nur noch im Rahmen von Erbbaurechtsverträgen
309 erfolgen. Als Zukunftsvision sollte niemand mehr Wohneigentum besitzen.

310 Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben, sich in seinem Arbeitsleben für die Rente
311 abzusichern. Dafür braucht es ein stabiles Rentensystem, eine Grundrente, die zum
312 Leben ausreicht und keine Anhebung des Renteneintrittsalters.

313 Es braucht in Deutschland eine massive Umverteilung und dafür weitreichende und
314 umfangreiche Maßnahmen. Das Grunderbe muss eine davon sein, auf dem Weg zu einem
315 gerechten Start in das Leben für alle Menschen, egal wer sie sind und aus welchen
316 Verhältnissen sie kommen.

Antrag W6: Finanzmarkt regulieren, Steuervermeidung bekämpfen!

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

1 Weiterleitung: SPD-Bundesparteitag

2 Mittlerweile entstehen die größten finanziellen Gewinne nicht mehr durch die
3 Herstellung von Produkten, sondern durch die Verwaltung von Risiken. Die
4 Finanzbranche boomt, die Renditen werden immer größer und es wird nach immer
5 lukrativeren Spekulationsmöglichkeiten gesucht – und das zu Lasten des Großteils der
6 Bevölkerung. Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007 sind immer
7 noch spürbar. Allerdings wurden nach wie vor keine ausreichenden Maßnahmen ergriffen,
8 um das Risiko solcher Krisen für die Zukunft zu reduzieren. Neben anderen Maßnahmen
9 gehört die Regulierung des Finanzsektors dazu.

10 Deshalb fordern wir:

- 11 • die Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken, um das Risiko von
12 hochspekulativen Investmentgeschäften nicht auf einfache Anleger*innenumzulegen,
- 13 • eine europäische Finanztransaktionssteuer zur Regulierung und Eindämmung
14 hochspekulativer Risikogeschäfte,
- 15 • die Wiedereingliederung der Kapitalertragssteuer in die Einkommenssteuer,
- 16 • ein Verbot von Leerverkäufen und Dividendenstripping,
- 17 • die Regulierung von Derivaten,
- 18 • das Verbot des Handels mit Finanzprodukten, die (oder deren Handel) der
19 Versorgung der Grundbedürfnisse von Menschen in Gefahr bringen,
- 20 • eine Demokratisierung des Rating-Bereichs durch Aufbau einer öffentlichen
21 Rating-Agentur, die in einem wissenschaftlich verifizierten Verfahren die
22 Kreditwürdigkeit von Staaten bewertet und
- 23 • die Einführung klarer Transparenzvorschriften für private Rating-Agenturen.

24

25 Die EU-Staaten verlieren durch Steuerhinterziehung und -vermeidung fast eine
26 Billionen Euro jährlich. Grund dafür sind unter anderem Steuermodelle und -tricks aus
27 den Häusern der Big Four (KPMG, PwC, Ernst & Young und Deloitte). Diese beraten nicht
28 nur Unternehmen, sondern prüfen sie auch. So kommt es oftmals dazu, dass sie ihre
29 eigenen Steuermodelle prüfen. Auch Steueroasen, vor allem innereuropäische, fördern
30 die Steuervermeidung. Deshalb fordern wir:

- 31 • die Trennung von Wirtschaftsprüfung und Wirtschaftsberatung,
- 32 • die personelle Aufstockung der Finanzämter und der BaFin und die Durchführung
33 von Betriebsprüfungen für Großbetriebe ab der ersten Auffälligkeit,
- 34 • die Einführung eines Unternehmensstrafrechts,
- 35 • europaweite Mindeststeuersätze für Körperschaften und eine einheitliche
36 Bemessungsgrundlage für die Besteuerung von Körperschaften und

- 37 • eine europaweite Digitalsteuer, die in dem Land abgeführt werden muss, in
38 welchem die Nutzer*innen wohnen.

Begründung

Einführung einer Finanztransaktionssteuer & Wiedereingliederung der Kapitalertragssteuer in die Einkommenssteuer:

Die Wirtschaft belohnt nicht mehr nützliche, ehrliche Arbeit, sondern Risikobereitschaft und vorhandenes Vermögen. Eine Pflegekraft muss Lohnsteuer zahlen und einen Teil ihres harterarbeitenden Gehaltes an die Staatskasse abgeben; ein Großanleger, der mit bloßen, für die Gesellschaft nutzlosen Finanzprodukten handelt, kann den Gewinn unter einem niedrigeren Steuersatz einfahren. Das ist nicht nur an sich ungerecht, sondern vermittelt auch einen fatalen Wert: Nicht diejenigen, die einer ehrlichen gesellschaftsfördernden Arbeit nachgehen, werden vom System belohnt, sondern diejenigen, die sich egoistisch auf abstraktes Kapitalgeschiebe stürzen. Daher muss die Transaktion von Finanzprodukten besteuert, die Differenzierung der Einkommensarten aufgehoben und die Kapitalertragssteuer wieder in die Einkommenssteuer eingliedern werden.

Verbot von Leerverkäufen und Dividendenstripping:

Zunächst ein Beispiel eines Cum-Ex-Geschäftes: Leerverkäufer*in „LV“ veräußert vor dem Dividendenstichtag Aktien zum Kurswert von 100 € an Leerkäufer*in „LK“. Die Aktiengesellschaft beschließt, eine Bruttodividende je Aktie in Höhe von 10 € zu zahlen. Nach dem Dividendenstichtag erwirbt LV die Aktien ohne Dividende von X zum geminderten Kaufpreis in Höhe von 90 € und überträgt diese an LK. Zusätzlich leistet er an LK eine Kompensationszahlung in Höhe der Nettodividende von 7,50 €. LK erhält genauso wie X eine Steuerbescheinigung in Höhe von 2,50 € und wird damit so gestellt, als habe er, wie vereinbart, die Aktie mit Dividendenanspruch erworben. Im Ergebnis macht LV einen Gewinn in Höhe der doppelt bescheinigten Kapitalertragssteuer. Hätte LK die Aktien direkt von X erworben, wäre durch einen Sperrvermerk im Depot von X die doppelte Bescheinigung verhindert worden. Im Fall des Leerverkaufs war aus Sicht der bescheinigenden Depotbanken die Dividenden-Kompensationszahlung nicht von einer Nettodividende zu unterscheiden. Und so wird die Staatskasse um 2,50 € pro Aktie betrogen. Cum-Cum-Geschäfte funktionieren sehr ähnlich. Dieses Beispiel zeigt gut, dass Cum-Cum- und Cum-Ex-Geschäfte aufgrund von Leerverkäufen möglich sind. Ein einfaches Verbot solcher Leerverkäufe würde diesem Geschäftsmodell also ein Ende bereiten.

Regulierung von Derivaten & Verbot des Handels mit Finanzprodukten, die (oder deren Handel) der Versorgung der Grundbedürfnisse von Menschen in Gefahr bringen:

Hier wird auf einen schlechten Ernteertrag im nächsten Jahr gewettet, dort werden die Lebensversicherungen von Renter*innen als Kapitalanlage angeboten und woanders wird Wohnraum zum Spieleinsatz. Diese Spekulationen sind für die Anlegenden äußerst gewinnbringend, für die Gesellschaft aber und die Menschen, die darunter leiden, sind sie Gift. Die schlechte Ernte im nächsten Jahr verspricht den Anlegenden eine hohe Rendite, während es für die Kleinbäuerinnen und -bauern oft der Verlust der Existenzgrundlage bedeutet. Die Gewinne aus den Fonds von Lebensversicherungen werden desto größer, je eher die Menschen, die diese Lebensversicherungen abgeschlossen und aufgrund finanzieller Engpässe verkauft haben, sterben. Und die Mieterin, die seit 50 Jahren in ihrer Wohnung in Berlin lebt, kann die Miete nicht mehr bezahlen, weil mit Wohnraum an der Börse Geld gemacht wird. Hier stehen finanzielle Werte im extremen Kontrast zu menschlichen Schicksalen. Solche Spekulationen mit menschlichen Lebensgrundlagen können wir als Jusos nicht wollen. Auch die Werte, die mit diesen Wettgeschäften in die Mitte der Gesellschaft rücken, sind keine, die wir als Jungsozialist*innen vertreten können. Finanzielle Einzelinteresse dürfen nicht schwerer wiegen als die Lebensgrundlagen der breiten Bevölkerung.

Reformierung des Rating-Bereichs:

Da Ratingagenturen privatwirtschaftlich organisiert sind, erhalten sie ihre Aufträge von dem Unternehmen, das sie bewerten sollen. Die Unternehmen möchten natürlich eine möglichst gute Bewertung und dies führt zu Interessenskonflikten und Spekulationsblasen wie in der Finanzkrise ab 2007. Ratingagenturen agieren auch auf politischer Ebene, indem sie die Bonität von Staaten bewerten. Eine schlechte Bewertung kann dazu führen, dass die Staaten erheblich höhere Zinsen zahlen müssen oder sogar gar keine Kredite mehr aufnehmen können. Dadurch können Ratingagenturen unmittelbaren Einfluss auf die Politik von Staaten nehmen, ohne politisch legitimiert zu sein. Ein weiteres Problem ist, dass der Markt maßgeblich von drei großen Ratingagenturen bestimmt wird: Standard and Poor's, Moody's und Fitch. Aus dieser Enge des Marktes folgt eine noch immensere Macht der großen drei Ratingagenturen über ganze wirtschaftliche Zweige und Staaten.

Trennung von Wirtschaftsprüfung und Wirtschaftsberatung:

Wirtschaftsprüfungsunternehmen – wie die Big Four (KPMG, PwC, Ernst & Young und Deloitte) – beraten die Unternehmen, die sie überprüft haben, auch in wirtschaftlicher, finanzieller oder steuerlicher Hinsicht. Dabei ist es in zahlreichen Fällen, bekanntestes Beispiel ist Lehman Brothers in der Finanzkrise 2008, zu Steuerhinterziehung in Milliardenhöhen für den deutschen Staat gekommen. Einige Schätzungen rechnen in der Europäischen Union mit einem jährlichen Einnahmedefizit durch Steuerhinterziehung und illegale Steuermodelle von bis zu einer Billionen Euro. Die Idee ist einfach wie perfide: Die Wirtschaftsprüfung und Beratungsunternehmen schlagen ihren Klient*innen – vor allem internationale Großkonzerne – ein oft illegales Steuermodell vor, um möglichst viel Kapital an den staatlichen Kassen vorbeizuschleusen. Dieses Steuermodell wird dann durch Schönungen in den Bilanzberichten durch dieselben Wirtschaftsprüfung und Beratungsunternehmen verschleiert. Die Wirtschaftsprüfungsunternehmen prüfen also ein illegales Steuermodell, was sie ihrer*m Klient*in selbst empfohlen haben. Der Interessenskonflikt ist also glasklar erkennbar und muss deshalb durch die Zerschlagung dieses Prinzips aufgelöst werden.

Die personelle Aufstockung der Finanzämter und der BaFin und die Durchführung von Betriebsprüfungen für Großbetriebe ab der ersten Auffälligkeit:

Treten Ungereimtheiten beim Jahresabschluss auf, so prüft das Finanzamt nicht sofort. Erst wenn die Jahresabschlüsse eines Unternehmens drei Jahre in Folge Unstimmigkeiten zeigen, kommt es zu einer genaueren Betriebsprüfung durch das zuständige Finanzamt. Ähnlich ist es bei den Sonderprüfungen durch die BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht). Nicht selten ist es dann aber schon zu spät. Abhilfe können hier frühzeitige Prüfungen durch das zuständige Finanzamt bzw. die BaFin ab der ersten Auffälligkeit schaffen. Die Finanzämter und die BaFin müssen, um ihrer Aufgabe nachzukommen, allerdings konsequent personell aufgestockt werden. Einführung eines Unternehmensstrafrechts: Helfen Banken in Deutschland bei der Steuerflucht, können sie als gesamte Institution bislang nur nach dem Ordnungswidrigkeitsrecht (Geldstrafe nach § 30 OWiG) belangt werden. Strafrechtlich zur Verantwortung gezogen können lediglich einzelne Personen, denen eine vorsätzliche Tatbeteiligung nachgewiesen werden muss. Dieser Nachweis ist bei Personenvereinigungen, juristischen Personen und Banken oft schwer zu führen. Dieses Problem lässt sich durch Unternehmensstrafrecht lösen.

Europaweite Mindeststeuersätze und eine einheitliche Bemessungsgrundlage für die Besteuerung von Körperschaften:

Durch europaweite Mindeststeuersätze und eine einheitliche Bemessungsgrundlage sollen europäische Steueroasen ausgetrocknet werden. So wird Steuervermeidung nachhaltig erschwert.

Europaweite Digitalsteuer:

Digitale Unternehmen können ihre Produkte grenzüberschreitend anbieten und Gewinne erzielen, ohne im betreffenden Land eine klassische Betriebsstätte zu unterhalten. Außerdem werden zunehmend schwerer zu

beziffernde immaterielle Vermögenswerte, Daten und Dienstleistungen zum Handelsgut. Deshalb werden ihre Erträge im Steuerrecht oft nicht erfasst und sie bleiben unbesteuert. Diese Steuerungerechtigkeit soll durch eine Digitalsteuer beseitigt werden.

„Wenn Spekulationen, die keinem erkennbaren nützlichen Zweck dienen, belohnt werden, wirkt sich das zersetzend auf den Charakter aus. Es zersetzt nicht nur den Charakter einzelner Menschen, sondern auch die Tugend und Einstellung, die eine gerechte Gesellschaft ausmachen.“

[Sandel, Moral und Politik; Ullstein, 2017]

Antrag W7: Bekämpfung der anhaltenden (Energie)Inflation mit drei Instrumenten!

Antragsteller*in:	Jusos Saar
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

1 Analyse:

2 Nach aktuellen Zahlen des Internationalen Währungsfonds (IWF), wird die deutsche
3 Wirtschaft in diesem Jahr um 0,3 Prozent schrumpfen - während das
4 Bruttoinlandsprodukt in den USA und in Italien weiter steigt. Deutschland ist der
5 einzige G7-Staat, dessen BIP sinkt. Die Gründe sind auf verteuerte Energie- und
6 Lebensmittelpreise zurückzuführen.

7 1. Instrument

8 Bei allen Nahrungsmittelgruppen gab es inflationsbedingt Preiserhöhungen. In
9 Spitzenzeiten wurde die 20-Prozent-Marke weit überschritten: Eine enorme
10 Mehrbelastung, insbesondere für Menschen mit geringem Einkommen. Eine schnelle Umkehr
11 ist derzeit nicht erkennbar. Damit BürgerInnen spürbar entlastet werden, muss die
12 Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel für drei Jahre ausgesetzt werden. Der Staat
13 muss in einem solchen Konjunkturzyklus sinnvoll entgegenwirken. Durch eine Aussetzung
14 der Mehrwertsteuer für Obst, Gemüse, Getreideerzeugnisse, Backwaren und pflanzlichen
15 Ölen, sowie pflanzlichen Ersatzprodukten würden die privaten Haushalte nach einer
16 ersten Schätzung von Experten rund vier Milliarden Euro jährlich entlastet. Haushalte
17 mit niedrigem Einkommen würden davon am stärksten profitieren.

18 Neben der finanziellen Entlastung, durch eine Befreiung der Mehrwertsteuer, würden
19 zudem kluge Anreize für eine Ernährungswende gesetzt werden. In anderen europäischen
20 Ländern wird die Steuerbefreiung für Lebensmittel bereits praktiziert. Spanien und
21 Polen haben gute Erfahrungen gesammelt.

22 2. Instrument

23 Um die Inflation sinnvoll zu bekämpfen, ist es ratsam, dafür zu sorgen, dass keine
24 weiteren Preissteigerungen im Energiesektor erfolgen und die Energiekosten weiter
25 steigen. Daher muss die 2021 in Deutschland eingeführte CO₂-Bepreisung um weitere
26 zwei Jahre konstant auf 30 Euro bleiben und nicht weiter erhöht werden. Durch die
27 eingeführte CO₂-Bepreisung müssen Menschen und Unternehmen seitdem beim Heizen oder
28 Produzieren mit Gas oder beim Tanken mehr bezahlen.

29 3. Instrument

30 Die Sicherung der Industrie im Saarland erfordert die Bereitstellung von stabilen und
31 erschwinglichen Energiepreisen, die als entscheidender Standortfaktor fungieren. In
32 der Vergangenheit konnte aufgrund anhaltender Krisensituationen wie dem russischen
33 Angriffskrieg auf die Ukraine und einer hohen Inflation keine stabile
34 Energiepreislage gewährleistet werden. Zukünftige Prognosen deuten ebenfalls nicht
35 auf eine eigenständige Stabilisierung des Preisniveaus hin.

36 Wir begrüßen es, dass die Landesregierung im März dieses Jahres einen

37 Entschließungsantrag zum Thema Industriestrompreis in den Bundesrat eingebracht hat.
38 Standortsicherheit und Wettbewerbsfähigkeit der saarländischen Industrie müssen
39 gewährleistet werden. Denn die saarländische Industrie leidet bereits erheblich unter
40 den Auswirkungen des Strukturwandels und der Transformationsprozesse. Ein
41 einheitlicher Industriestrompreis soll die Umstellung auf CO₂-neutrale

42

43 Produktionsverfahren betriebskostenseitig erleichtern, wodurch Industrieunternehmen
44 ihre Investitionsspielräume behalten und für die notwendigen Anpassungen an den
45 Geschäftsbetrieb im Zuge der Transformation nutzen können. Um diesen Aspekt zu
46 berücksichtigen, brachte das Saarland gemeinsam mit Hamburg im Rahmen der
47 Wirtschaftsministerkonferenz am 21. und 22. Juni 2023 einen Beschlussvorschlag zur
48 Einführung eines Transformationsstrompreises ein, der einvernehmlich beschlossen
49 wurde.

50 Im Mai 2023 veröffentlichte das Bundeswirtschaftsministerium ein Papier, das zwei
51 Ansätze für einen Industriestrompreis vorstellt: Zum einen einen langfristigen
52 Transformationsstrompreis und zum anderen einen mehrfach konditionierten
53 Brückenstrompreis. Die Inhalte des Arbeitspapiers wurden bereits von der
54 saarländischen Landesregierung begrüßt. Auch wir begrüßen, dass das Bundesministerium
55 für Wirtschaft und Klimaschutz die Einführung eines bundesweit einheitlichen
56 Strompreises zur Entlastung energieintensiver Unternehmen plant. Nun ist eine
57 zeitnahe Umsetzung gefordert.

58 **Forderungen:**

59 Eine Aussetzung der Mehrwertsteuer für Obst, Gemüse, Getreideerzeugnisse, Backwaren
60 und pflanzlichen Ölen, sowie pflanzlichen Ersatzprodukten.

61 Dass die 2021 in Deutschland eingeführte CO₂-Bepreisung um weitere zwei Jahre
62 konstant auf 30 Euro bleibt.

63 Die Einführung eines einheitlichen Überbrückungsindustriestrompreises.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag W8: Mit dreifach Wumms in die Zukunft – Investitionsprogramm für die energetische Transformation in Deutschland

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt
Status:	zugelassen
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

- 1 • Es wird ein umfassendes Investitionsprogramm auf Bundesebene in Deutschland für
2 ein energetische Transformation eingeführt, das sich am Beispiel des „Inflation
3 Reduction Act“ in den USA orientiert
- 4 • Investitionen sollen gezielt in Projekte fließen, die eine nachhaltige und
5 klimafreundliche Zukunft fördern, wie den Ausbau von erneuerbaren Energien,
6 Energieeffizienzmaßnahmen und nachhaltiger Mobilität.
- 7 • Die Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze, mit entsprechendem
8 arbeitsrechtlichem Schutz, ist dabei ein verbindlicher Part der Forderung.
- 9 • Die Lasten der Transformation, jeglicher Art, sollen durch gezielte Programme
10 entgegengewirkt werden. Dabei ist auch eine faire Steuerpolitik zu betrachten,
11 die neben der umweltgerechten Steuerwirkung, vor allem den Umverteilungsaspekt
12 berücksichtigt. Daher muss Teil der Investition auch soziale Vorhaben definiert
13 werden
- 14 • Finanziert soll das Investitionsprogramm über ein Sondervermögen, welches über
15 die Koalition mit allen demokratischen Parteien abgestimmt wird